Vanessa Conze

Das Europa der Deutschen

Studien zur Zeitgeschichte

Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 69

R. Oldenbourg Verlag München 2005

Vanessa Conze

Das Europa der Deutschen

Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970)

R. Oldenbourg Verlag München 2005

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2005 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: http://www.oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf

Umschlagabbildung: Johannes Grützke: Europa auf dem Stier, auf der Mauer balancierend. Vorwärts oder rückwärts? Bildnachweis: Mauermuseum – Museum Haus am Checkpoint Charlie, Berlin.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-57757-3

Inhalt

Vorwort IX

Einleitung 1

Erster Teil: Abendländische Idee und Abendländische Bewegung (1920–1970) 25

I. Wege ins „Abendland" (1920–1945) 27

1. Der Abendland-Kreis in der Weimarer Republik 27
Abendländische Verständigungsbemühungen in der Locarno-Ära: die Zeitschrift *Abendland* (27) – Die Idee vom „Abendland" in den zwanziger Jahren (33) – Die „abendländische Reichsideologie" Anfang der dreißiger Jahre (44) – Der Katholische Akademikerverband (51)

2. Wurzeln abendländischen Engagements in biographischen Erfahrungen 56
Im Bann von „Reich" und „Großraum": das „Abendland" im Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg (57) – Friedrich August Freiherr von der Heydte: ein katholischer Adeliger im „Reich" – ein Wehrmachtsgeneral im „Großraum" (63) – Emil Franzel: vom sudetendeutschen Sozialdemokraten zum österreichischen Legitimisten (71) – Georg Stadtmüller und Ernst von Hippel: abendländische Wissenschaft vom „Großraum"? (85) – Hans-Joachim von Merkatz: Propagandist der „Neuen Ordnung" (92) – Otto von Habsburg: das „Abendland" im Exil (99)

II. Die Abendländische Bewegung in der Bundesrepublik 111

1. Wiederbeginn und Neuanfang: das „Abendland" in der frühen Nachkriegszeit (1945–1948/49) 111
Die Gründung des *Neuen Abendlandes* (113) – Zurück zu den Wurzeln: die abendländische Idee in der unmittelbaren Nachkriegszeit (116) – Abendländische Föderalisten (123)

2. Die Abendländische Bewegung in den fünfziger Jahren 127
Das *Neue Abendland* auf dem Weg zum rechten Rand der politischen Zeitschriftenlandschaft (128) – Die Abendländische Aktion (129) – Die Abendländische Akademie (132) – „Die Erneuerung des Abendlandes wird eine Erneuerung des Reiches sein": die abendländische Idee in den fünfziger Jahren (135) – Vom abendländischen Staatsverständnis: die Abendländer und die Demokratie der Bundesrepublik (147) – Ein erneuerter Konservatismus als Zielpunkt abendländischer Interessen (156) – Aktivitäten der Abendländischen Akademie (160) – Die „Schlacht auf dem Lechfeld" 1955 (162) – Nachspiel (167)

3. „Wie eine geistige Familie, Männer, die treu zueinander stehen ...": das Europäische Dokumentations- und Informationszentrum (1952–1970) 169
Die „realpolitische" Wende der abendländischen Idee (172) – Die Gründung des CEDI (173) – Aktivitäten, Wirkungsformen und Selbstverständnis des CEDI (174) – Abendländische Interessen: das francistische Spanien (179) – Europa als abendländische „Weltmacht" (185) – Die Abendländer als „Gaullisten" (188) – „Bollwerk" Lateinamerika (192) – Auf dem Weg nach „Paneuropa"... (197)

Zweiter Teil: West-europäische Idee und west-europäische Bewegung (1920–1970) 207

I. Wege nach „West-Europa" (1920–1945) 209

1. Organisatorische Kontinuitäten 210
Wilhelm Heile und der „Verband für Europäische Verständigung" (211) – „Geburtshelferin": die Schweizer Europa-Union (218)
2. Wurzeln (west)-europäischen Engagements in biographischen Erfahrungen 223
Eugen Kogon: Vom „Reich" zum „Europa der Dritten Kraft" durch Verfolgung und Konzentrationslager (223) – Hans Albert Kluthe und Ludwig Rosenberg: über das Exil nach „Westeuropa" (233) – „Tainted sources"? Industrielle Interessen im europäischen „Großwirtschaftsraum" (264)

II. Die Europa-Union in der Nachkriegszeit (1945–1970) 291

1. Euphorie und Aufbau: die frühen Jahre (1946–1952) 291
Aus dem Geist des Widerstands: die Gründung der internationalen europäischen Bewegungen (292) – Neubeginn in Deutschland: die Gründungsgeschichte der Europa-Union (296) – „Die eigentliche politische Aufgabe der Europa-Union beginnt erst jetzt!": erste Aktivitäten des Verbandes (301) – Ideen der Europa-Union um 1950 (307) – „... daß die eigentliche Aufgabe darin besteht, eine neue Gesellschaft entstehen zu lassen": gesellschaftspolitische Interessen einer Europa-Bewegung (317)
2. Gekappte Wurzeln: Krise und Neubeginn seit Mitte der fünfziger Jahre 321
Die Reorganisation der Europa-Union (1953–1955) (321) – Industrielle Interessen in der Europa-Union (329) – „Westernisierer"? (336) – Für ein atlantisches Europa auf freiheitlicher Grundlage: ideelle Neuorientierung der reformierten Europa-Union (342) – Abnabelung: die Trennung von der „Union europäischer Föderalisten" (349) – Der „wichtigste Europa-Verband in der Bundesrepublik": die Europa-Union im Zenit (353)
3. Gaullistische Herausforderung: die Europa-Union in den sechziger Jahren 361
„Wir sind Antigaullisten!" (361) – „Wege nach Gesamteuropa": Aufbruch zu einer neuen Ostpolitik (368) – Unerwartete Konkurrenz: Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Union (372) – „Honoratiorenverband oder APO?": die Europa-Union an der Schwelle der siebziger Jahre (377)

Zusammenfassung und Ausblick 385

Abkürzungen 405

Quellen- und Literaturverzeichnis 409

Personenregister 451

Vorwort

Dieses Buch ist die überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die im Sommersemester 2001 von der Geschichtswissenschaftlichen Fakultät der Eberhard-Karls-Universität Tübingen angenommen wurde. Zu seinem Entstehen haben viele beigetragen, denen ich an dieser Stelle danken will.

Allen voran gilt dies für meinen Doktorvater Anselm Doering-Manteuffel. Er fordert von seinen Mitarbeitern und Schülern kritisches Denken über die Grenzen von „Schulen" und Traditionen hinweg. Gleichzeitig vertraut er auf ihre eigenständige Arbeit und hält sie nicht am (intellektuellen) Gängelband. Des weiteren gilt mein Dank Ulrich Herbert (Freiburg), Axel Schildt (Hamburg) und Guido Müller (Aachen) für Kritik und Rat, Udo Sautter für die Übernahme des Zweitgutachtens im Dissertationsverfahren. Dem Wissenschaftlichen Beirat des Instituts für Zeitgeschichte und seinen Gutachtern danke ich für die Aufnahme der Arbeit in die Reihe der „Studien zur Zeitgeschichte". Ihre Überarbeitungshinweise waren, ebenso wie die kritische Redaktion Petra Webers vom Institut für Zeitgeschichte, äußerst hilfreich. Dank gilt auch der Deutschen Forschungsgemeinschaft, durch deren Finanzierung die Arbeit entstehen konnte. Schließlich stehe ich bei den zahlreichen Archivaren und Bibliothekaren in der Schuld, ohne die diese Arbeit nicht hätte geschrieben werden können, darunter nicht zuletzt – und stellvertretend für alle anderen – Lubor Jilek von der Fondation Archives Européennes in Genf. Für die Freunde und Kollegen vom Seminar für Zeitgeschichte in Tübingen sei Julia Angster, Sigrid Schütz und Julia Eichenberg gedankt für die kritische Lektüre des Manuskripts.

Kritische Diskussionen haben die Entstehung dieser Arbeit auch zu Hause begleitet. Dafür danke ich meinem Mann, Eckart Conze, und auch dafür, daß er die Jahre mit Emil, Richard und Eugen immer mit Humor genommen hat. Weit mehr als dieser fachliche Austausch bedeutet mir jedoch seine Liebe, seine Stärke und seine Zuversicht. Unsere kleine Familie ist der Mittelpunkt meines Lebens.

Widmen aber möchte ich dieses Buch meinem Vater – und dem Andenken an meine Mutter. Sie hat den Lebensweg ihrer Tochter zwar nicht miterleben können, mich aber stets begleitet. Mein Vater war nicht nur immer für mich da, nein, er hat auch die wissenschaftliche Neugier in mir geweckt. Er hat mir beigebracht, daß die Frage nach dem „Warum" nie enden darf. Dafür bin ich ihm zutiefst dankbar.

Tübingen, im Dezember 2003 Vanessa Conze

Einleitung

Themenstellung

Am Beginn des 21. Jahrhunderts liegt Europa, ebenso wie Deutschland, im Westen. Bei allen Auseinandersetzungen um Einzelfragen hinsichtlich der „Finalität Europas" hat unser Europa*bild* heute, ganz unabhängig von den Stärken und Schwächen „Brüssels", liberal-demokratische, freiheitlich-pluralistische Werte zur Grundlage. Das war gerade in Deutschland, ja selbst in der Bundesrepublik, nicht immer so. Im Gegenteil: Bis in die sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts, bis zu jenem Zeitpunkt, als sich die Strukturen der Europäischen Gemeinschaften, der späteren Europäischen Union, langsam abzuzeichnen begannen, existierte in Deutschland eine Vielzahl europäischer Ideen und Konzepte. Bei Konzepten wie denen des „Abendlandes", „Mitteleuropas" oder „Paneuropas", des „Reiches" oder des „Großraums" handelte es sich indes nicht allein um politische oder wirtschaftliche Europapläne, die graduell voneinander abwichen. Sie repräsentierten vielmehr Weltbilder und Ordnungsvorstellungen, die Europa und seine Gesellschaft(en) nach konfessionellen, ständisch-elitären, imperialen oder auch hegemonialen Vorgaben zu ordnen gedachten und sich damit ganz grundlegend von unserer heutigen Idee von Europa unterschieden. Erst in den sechziger Jahren setzte sich die gegenwärtig so selbstverständliche Gleichsetzung von liberaler Demokratie, Pluralismus und „Europa" in der westdeutschen Gesellschaft durch. Diese historische Rivalität unterschiedlicher Europaideen und der langwierige Prozeß, an dessen Ende unser heutiges Europaverständnis steht, sind Thema dieser Arbeit.

Am Gegenstand zweier rivalisierender Europaideen – der Idee des „Abendlandes" und der von „West-Europa" –, der dahinter stehenden Weltbilder und Ordnungsvorstellungen, ihrer Trägergruppen und Interessen sollen Kontinuität und Wandel von Europakonzeptionen in Deutschland von der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bis in die späten sechziger Jahre hinein untersucht werden. Dabei zeigt sich, daß ältere Ideen, wie etwa die des „Abendlandes", zum Teil unverändert oder den Zeitumständen nur graduell angepaßt, aus der Zwischenkriegszeit bis weit in die Bundesrepublik hinein vertreten wurden. Mit solchen Ideen erhielten sich antimoderne und antiliberale Elemente ebenso wie eine grundsätzliche Skepsis gegenüber (verallgemeinernd gesprochen) „westlichen" Ordnungsvorstellungen wie Liberalismus und Pluralismus. Europavorstellungen dieser Art waren in der deutschen Gesellschaft der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts weit verbreitet und übten einen erheblichen Einfluß aus. Selbst die „Epochengrenze" von 1945 vertrieb diese tief verwurzelten Denkmuster nicht von einem Tag auf den anderen aus den Köpfen der Deutschen, und so konnte das „Abendland" in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre noch einmal zu einem geradezu inflationsartig benutzten Topos werden.[1] Gleichzeitig jedoch entwickelte sich in der Bundes-

[1] Zum „Abendland" der Nachkriegszeit vgl. u.a.: Hürten, Der Topos vom christlichen

republik der gleichen Jahre, und zwar erstmals in der deutschen Geschichte mit wirklicher Emphase, ein ausgesprochenes „West-Europabewußtsein", das im Gegensatz zu den traditionellen Konzepten für eine liberal-demokratische und pluralistische Ordnung der europäischen Staaten und ihrer Gesellschaften plädierte.[2]

In der deutschen Gesellschaft der Jahre vor 1945, aber eben auch der frühen Bundesrepublik koexistierten also ganz unterschiedliche Europaideen. Diese Pluralität ist heute eher in Vergessenheit geraten. Auch in der Geschichtswissenschaft richtete sich die Aufmerksamkeit lange Zeit und bis vor kurzem nur auf eine, gleichsam *die* europäische Idee: die Idee der „Vielfalt in der Einheit, entsprungen aus der Idee der Individualitäten und ihres Vorrechts vor der Uniformität, gegeneinander ausbalanciert und geschützt durch rationale Institutionen und Verfassungen auf der Grundlage der Idee der Freiheit und der Menschenrechte, geordnet nach den Prinzipien des Interessenausgleichs und der Demokratie".[3] Andere Konzepte, die Europa auf grundsätzlich anderen Kriterien aufbauen wollten, blieben in dieser Sichtweise meist unberücksichtigt. Die Frage nach ihrem Platz in der Vorgeschichte der europäischen Integration einerseits, aber auch innerhalb des europäischen Bewußtseins in Deutschland andererseits hat man nur selten gestellt und noch seltener, im Grunde gar nicht, systematisch untersucht.

Statt dessen schilderten Historiker die Geschichte der (einen) europäischen Idee vorwiegend in zwei Varianten.[4] Entweder sie verlief, von der Antike her erzählt, einem großen Kontinuitätsfaden gleich durch die europäische Geschichte, einem Faden, der je nach den Zeitumständen mal dicker und mal dünner gesponnen war, jedoch immer essentieller Bestandteil des europäischen Bewußtseins blieb. Oder aber man betonte den fundamentalen Bruch, welcher durch den Zweiten Weltkrieg und die Erfahrung der deutschen Okkupation Europas im Weltbild der Zeitgenossen hervorgerufen wurde, als der Nationalstaat sich überlebt zu haben schien und Europa als „Rettungsanker" diente.[5] Auch wenn beiden Interpretationsansätzen gewiß ein hohes Maß an historischer Erklärungskraft zukommt, darf man doch ihre Zeitgebundenheit nicht unterschätzen. Entstanden in den späten fünfziger und sechziger Jahren, als sich die historische Forschung der europäischen Integration zuzuwenden begann, zielten sie auf eine Idealvorstellung und erfüllten den letztlich politischen Zweck, „Trost für eine Minorität von Europabewegten zu spenden, dem Wunschbild eines geeinten Europas die historische Legitimität zu verschaffen".[6]

Abendland. Jost, Abendland-Gedanke. Schildt, Zwischen Abendland und Amerika. Plichta (jetzt: Conze), Erneuerung des Abendlandes. Dies., Bollwerk christlicher Kultur. Dies., Zwischen Rhein und Donau.

2 Krüger, Europabewußtsein, S. 48.

3 Schulze, Europa als historische Idee, S. 12. Diese Definition der europäischen Idee findet sich in ähnlicher Weise in zahlreichen Arbeiten zur europäischen Integrationsgeschichte.

4 Kaelble, Europabewußtsein, Gesellschaft und Geschichte, S. 3. Als Beispiele vgl. etwa neuerdings: Salewski, Geschichte Europas. Schmale, Geschichte Europas. Siehe auch: Foerster, Europa. Geschichte einer Idee. Schulze, Wiederkehr Europas.

5 Loth, Rettungsanker Europa. Vgl. als weitere Beispiele: Lipgens (Hg.), Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen. Niess, Ursprünge der europäischen Idee.

6 Kaelble, Europabewußtsein, Gesellschaft und Geschichte, S. 26.

Auf Dauer jedoch führt eine solche Herangehensweise an die Geschichte europäischer Ideen und Konzepte nicht weiter. Nicht nur blieben durch diesen eingeschränkten Blick, der sich zudem beinahe ausschließlich auf politische Einigungspläne konzentrierte, zahlreiche Elemente der wirtschaftlichen, rechtlichen, kulturellen oder gesellschaftlichen Integration Europas unbeachtet, die sich zunehmend als zentral für eine Geschichte des europäischen Bewußtseins herauskristallisieren.[7] Vor allem aber ließ man lange Zeit all jene Europaideen außen vor, die nicht in den Rahmen des demokratisch-pluralistischen Europakonzeptes paßten. Dadurch wirkte die frühe ideengeschichtliche Forschung zum Europagedanken häufig realitätsfern: Sie war bemüht, die grundsätzlich positiv definierte europäische Idee zu jedem Zeitpunkt der europäischen Geschichte nachzuweisen, und vergaß dabei, nach der tatsächlichen Relevanz oftmals nur vereinzelter oder randständiger Stimmen für den großen Gang der europäischen Geschichte zu fragen. Gleichzeitig ließ sie andere, möglicherweise wirkungsmächtigere Ideen unbeachtet. Und schließlich findet sich bis in die Gegenwart hinein ein drittes Problem: Zahlreiche Untersuchungen zur „europäischen Idee" waren immer wieder bemüht, die vereinzelten europäischen Stimmen innerhalb ihrer jeweiligen nationalen Kontexte als Teil einer gesamteuropäischen Diskussion darzustellen.[8] Gewiß ähnelten sich die Argumente der „Europäer" in unterschiedlichen Ländern, und ganz sicher ist es nötig, das gemeinsame europäische Bewußtsein solcher elitärer Zirkel oder Einigungsbewegungen näher zu untersuchen. In diesem Sinne gilt es denn, europäische Geschichte verstärkt auch tatsächlich europäisch-vergleichend anzulegen.[9] Dennoch hat man bisher vielfach übersehen, in welchem Maße die Diskussion über Europa jeweils Teil eines nationalen Diskussionszusammenhangs war.[10] Und noch mehr: Die vorliegende Arbeit will zeigen, in welchem Maße deutsche Ideen für eine europäische Ordnung gleichzeitig auch Ideen für eine Ordnung Deutschlands waren. Wer in Deutschland über Europa nachdachte, dachte stets – allerdings ohne es immer auszusprechen – auch, wenn nicht gar vor allem, an Deutschland. Nicht nur bei den hier betrachteten Europaideen wird deutlich, daß sie umfassenden, weit über einzelne Einigungspläne hinausgehenden Weltbildern entsprangen, bei denen die Vision eines wie auch immer zu gestaltenden Europas mit der Vision einer neuen Ordnung in Deutschland verbunden war. Damit korrespondierte die Tatsache, daß die untersuchten Europabewegungen organisatorisch zwar europäische Kontakte pflegten und teilweise übernationalen

---

[7] Ders., Europäer über Europa, Einleitung.

[8] Jüngst wieder: Ders., Europäer über Europa.

[9] Vgl. zu diesen Forderungen in Auswahl: Blickle, Auf dem Weg zu einer europäischen Historiographie, S. 187–189. Hudemann, Methodendiskussion. Schmale, Europäische Geschichte als historische Disziplin. Schulze, Von der „europäischen Geschichte" zum „Europäischen Geschichtsbuch". Schwarz, Die europäische Integration.

[10] Hartmut Kaelble hat in seiner jüngsten Arbeit keine Spuren dieser nationalen Verankerung von Europaideen gefunden. Dies mag daran liegen, daß er allein nach der oben als positiv definierten Europaidee gesucht hat, Konzepte wie das „Abendland", das „Reich" oder „Mitteleuropa" aber außer Acht gelassen hat, bei denen eine nationale Verankerung im deutschen Denken offensichtlich ist. Doch selbst für die hier untersuchte West-Europa-Idee zeigen sich nationale Unterschiede und spezifisch auf Deutschland bezogene Elemente. Kaelble, Europäer über Europa.

Zusammenschlüssen oder Dachverbänden angehörten, letztlich aber in ihren Aktionen, bezüglich ihres Zielpublikums und ihrer Wirkungsabsichten national beschränkt blieben. Gerade aufgrund dieser ideellen wie organisatorischen nationalen Verankerung bietet es sich an, die Analyse des deutschen Europabewußtseins auch im nationalen Rahmen durchzuführen.[11]

Angesichts der wissenschaftlichen und publizistischen Konzentration auf die *eine* Europaidee sind immer wieder Stimmen zu vernehmen, die dafür plädieren, Europaideen, die den Kontinent nach anderen Vorgaben als den liberal-demokratischen zu ordnen gedachten, als „Anti-Europaideen" zu bezeichnen.[12] Dies gilt insbesondere für die Europakonzepte des Nationalsozialismus.[13] Die nationalsozialistischen Ideen durch die Bezeichnung „antieuropäisch" aus der Geschichte des deutschen Europaverständnisses gewissermaßen herauszunehmen, kann indes kaum dazu beitragen, die Entwicklung deutscher Europapläne und das Wirken ihrer Planer zwischen der Weimarer Republik und der Bundesrepublik in konstruktiver Weise zu beleuchten. Doch auch weit weniger hegemoniale Konzepte als die „Neue Ordnung" der Nationalsozialisten, Konzepte, die im Verlauf der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, zum Teil bis an die Schwelle der sechziger Jahre, in den deutschen (und anderen europäischen) Gesellschaften kursierten, konnten aus diesen Gründen nur unzureichend erfaßt und analysiert werden. Dabei entfalteten Ideen wie die des „Abendlandes", „Mitteleuropas" oder des „Reiches" in Deutschland insbesondere vor 1945 weitaus stärkere Wirkung als die liberal-demokratische und pluralistische Europaidee. Das verstärkt die Zweifel daran, ob eine Normierung der europäischen Idee hin auf das im heutigen Zeitverständnis positive Europabild tatsächlich sinnvoll ist. Ist es nicht angemessener und wissenschaftlich weiterführender, statt den Begriff „Europa" exklusiv mit der gegenwärtigen liberal-demokratisch-pluralistischen Bedeutung zu belegen, die Heterogenität sowie die Wandlungen und Brüche europäischer Ideen deutlich zu machen, um auf diese Weise die Genese unseres heutigen Europabildes und des konkreten Verlaufs der europäischen Integration nach 1945 besser verstehen zu können? Diese Aufgabenstellung, zu der die vorliegende Arbeit einen Beitrag leisten will, ist zwar nicht neu. Denn schon vor knapp 20 Jahren hat Hans-Peter Schwarz gefordert, endlich die „geschichtliche Tiefendimension der auf Europa bezogenen Forschung zu stärken", also die Jahre vor 1945 – und zwar nicht nur durch Beachtung der Europapläne der Résistance – stärker als zuvor in die Analyse mit einzubeziehen.[14] Doch eingelöst wurde diese Forderung bisher kaum.

Der Weg der Deutschen nach Europa war keineswegs gerade: Er lief nicht eindeutig – teleologisch – auf das Europa der Römischen Verträge zu. Das gilt es sich in Erinnerung zu rufen. Es gab niemals nur *eine* europäische Idee, und es war kei-

---

[11] Krüger, Europabewußtsein, Gesellschaft und Geschichte, S. 33. Noch einmal sei jedoch betont, daß dies nicht als Gegensatz zu „europäischen" Ansätzen zu begreifen ist.

[12] Vgl. neuerdings: Burgdorf, Chimäre Europa. Peter Krüger spricht von einem „Gegeneuropa", welches sich nach dem Ersten Weltkrieg im deutschen Denken ausbildete: Krüger, Europabewußtsein, S. 41.

[13] Vgl. hierzu: Kletzin, Europa aus Rasse und Raum.

[14] Schwarz, Europäische Integration, S. 570.

neswegs a priori absehbar, daß am Ende jene Europaidee sich durchsetzen würde, die heute in der öffentlichen Meinung vorherrscht und die den politischen Prozeß der europäischen Integration bestimmt. Die Frage, wie die Deutschen zu einer liberal-demokratischen Europaidee und damit zu einer Akzeptanz „westlicher", das heißt vor allem in angelsächsisch-liberaler Tradition stehender Ordnungsmodelle fanden und wie sie dabei ältere antidemokratische oder antiliberale, „antiwestliche" Europakonzepte hinter sich ließen, bedarf daher der Analyse.

Nun soll dabei keinesfalls der Anschluß an einen nicht näher definierten, aber positiv überhöhten „Westen" zum einzig wünschenswerten Ziel der deutschen Geschichte erklärt werden.[15] Die Sonderwegsthese in ihrer Überspitzung ist aus exakt diesen Gründen vor Jahren in die Kritik geraten. Daher bezieht sich die vorliegende Arbeit weniger auf reale deutsche politische, wirtschaftliche oder gesellschaftliche Entwicklungen, die als „normal", „sonderweghaft" oder eben „westlich" bzw. „nicht-westlich" zu klassifizieren bzw. deklassifizieren wären. Vielmehr steht das deutsche Selbstverständnis im Mittelpunkt. Denn ganz unbestritten begriff sich ein Großteil der Deutschen vom späten 19. bis mindestens in die Mitte des 20. Jahrhunderts definitiv nicht als Teil des „Westens". „Deutsch" und „westlich" standen sich in diesem Denken mehr oder weniger gegensätzlich gegenüber.[16] Bei diesem Abgrenzungsprozeß spielte der Erste Weltkrieg eine entscheidende Rolle, und die sich – vereinfacht ausgedrückt – gegenüberstehenden Ideen von „1789" und „1914" prägten die Selbstsicht der Deutschen während der folgenden Jahrzehnte.[17] Erst im Verlauf der späten fünfziger und der sechziger Jahre führten in der Bundesrepublik schließlich tiefgreifende gesellschaftliche Liberalisierungsprozesse dazu, daß das antiwestliche Selbstverständnis der Westdeutschen sich nahezu vollständig verlor. Nicht nur materiell wurden insbesondere die USA den Westdeutschen zum Vorbild, auch ideell sah man sich nun als Teil des „Westens". Dabei stellte (und stellt) dieser „Westen" natürlich ein idealtypisches Konstrukt dar. Es bezieht sich vor allem auf die angelsächsischen Länder und die USA, aber auch auf Frankreich, also jene Länder, die ihre Gesellschaften – nicht zuletzt im Gefolge der amerikanischen und französischen Revolutionen – vom Individuum her denken und auf pluralistisch-liberalen Werten aufbauen. Daß ein solchermaßen konstruierter „Westen" auch im Westen selbst nicht immer in dieser idealtypischen Weise zu finden ist, sei an dieser Stelle ausdrücklich angemerkt.

---

[15] Als Beispiele für die derzeitige „Konjunktur" des „Westens" (wobei mit dem Begriff teils mehr, teils weniger analytisch fundiert umgegangen wird) in der Forschung vgl.: Im Sog des Westens. Vorgänge 154 (2001). Schildt, Ankunft im Westen. Winkler, Der lange Weg nach Westen. Zur Kritik an dieser „Westorientierung" vgl. den (allerdings überspitzenden) Aufsatz Philipp Gasserts, Ex occidente Lux. Dagegen entwickelt Anselm Doering-Manteuffel aus dem Begriff des „Westens" eine weiterführende Kategorie: Ders., Wie westlich sind die Deutschen.

[16] Wendt, „Sonderweg" oder „Sonderbewußtsein". Hier auch umfangreiche Literaturangaben zum Verlauf der „Sonderwegsdebatte", ebenso wie in: Grebing, Der „deutsche Sonderweg" in Europa. Vgl. auch jüngst: Elvert, Mitteleuropa, S. 27.

[17] See, Die Ideen von 1789 und die Ideen von 1914.

Seinen Niederschlag fand das antiwestliche Selbstverständnis breiter deutscher Bevölkerungsschichten nicht zuletzt auch in den deutschen Vorstellungen von Europa und der europäischen Ordnung. Bei den sich in Deutschland während und nach dem Ersten Weltkrieg formierenden Europakonzepten handelte es sich um ganz unterschiedliche Modelle, von denen die meisten den Kontinent nach anderen Kriterien als den „westlichen" neu ordnen wollten. Zum Teil zeichnen sich die Unterschiede zwischen den Konzepten schon in den Begriffen ab, je nachdem, ob man eben vom „Abendland", von „Mitteleuropa" oder vom „Reich" sprach. Doch neben diesen traditionellen Europaideen finden wir, wenngleich bedeutend schwächer vertreten als die dominierenden antiwestlichen Konzepte, auch in den Jahren vor 1945 schon Ansätze jenes sich in den fünfziger Jahren langsam durchsetzenden liberal-demokratischen, pluralistischen Europaverständnisses. Der Verweis auf die *Résistance*, die man immer wieder als Quelle für die europäische Idee der Nachkriegszeit genannt hat, ja deren Anteil an der Entwicklung dieses Konzeptes in der Vergangenheit vielleicht sogar überschätzt wurde,[18] genügt indes gerade für den deutschen Fall nicht, um diese Ursprünge zu klären. Denn der Anteil Deutscher an den Widerstandsbewegungen in den besetzten Ländern Europas während des Zweiten Weltkrieges, in denen man sich mit aller Kraft der Entwicklung europäischer Nachkriegsplanungen zuwandte, war äußerst gering. Und auch von den Nachkriegsplänen des deutschen Widerstands, etwa jenen des „20. Juli", lassen sich nur bedingt und begrenzt Kontinuitäten in die Zeit nach 1945 ableiten. Die Forschung hat schon früh genug gezeigt, daß die Konzepte des Widerstands eben doch in starkem Maße traditionellen deutschen Ordnungsvorstellungen aus der Zeit des späten 19. und des frühen 20. Jahrhunderts verhaftet waren.[19]

Es bleibt also zu fragen, wie und warum, aufgrund welcher biographischer Prägungen sowie ideeller und politischer Überzeugungen, aber auch aufgrund welcher konkreten Interessen, Vertreter des nicht nur geographisch verstandenen „West-Europakonzeptes" der fünfziger und sechziger Jahre dazu kamen, sich gerade für diese Idee einzusetzen. Und ebenso wissen wir noch kaum etwas über das Fortwirken der ideellen und personellen Kontinuitätslinien der älteren, antiwestlichen Europakonzepte in der Bundesrepublik. Damit gilt es gleichzeitig, die Frage zu klären, wie, wann und warum ältere Konzepte ihre Prägekraft innerhalb der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit verloren, wann also die deutsche Gesellschaft so sehr zu einer Gesellschaft mit einer liberalen und pluralistischen Öffentlichkeit geworden war, daß in ihr fundamentale Gegenentwürfe – hier im Blick auf Europa – keine Durchsetzungschance mehr hatten.[20] In jüngster Zeit sind in diesem Zusammenhang wiederholt die späten fünfziger Jahre als „Umbruchphase" identifiziert worden.[21] Zu diesem Zeitpunkt, und das wird auch die

---

[18] So auch: Loth, Die Résistance und die Pläne zu europäischer Einigung, S. 47.

[19] Vgl. u.a.: Graml, Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstands. Hammersen, Politisches Denken im deutschen Widerstand. Mommsen, Der deutsche Widerstand.

[20] Erker, Zeitgeschichte als Sozialgeschichte, S. 220.

[21] Ebenda, S. 218; vgl. auch: Schildt, Ankunft im Westen, S. 15–48. Schwarz, Die fünfziger

Analyse der hier betrachteten Europaideen zeigen, verloren ältere Konzepte ihre Prägekraft, und neue Elemente traten an ihre Stelle. Diese Entwicklung setzte sich in den sechziger Jahren beschleunigt fort.

Die vorliegende Studie stellt also, trotz ihres europäischen Themas, im Kern einen Beitrag zur deutschen Ideengeschichte dar. Es geht um Kontinuität und Wandel deutscher Ordnungsvorstellungen im 20. Jahrhundert, um die Frage nach Gründen und Ausmaß der Liberalisierung deutschen Denkens vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren sowie um Widerstände gegen diesen Prozeß. Damit gliedert sich die Arbeit in den Diskussionszusammenhang um die „Verwestlichung" (oder „Westernisierung") und Liberalisierung der bundesrepublikanischen Gesellschaft ein.[22] Doch reicht sie über ihn hinaus, indem sie ihn durch den langen Untersuchungszeitraum und ihre diachrone Anlage in eine historische Perspektive rückt.[23] So sind Antriebskräfte und Widerlager des „Verwestlichungsprozesses" in ihren Motivationen und Prägungen genauer auszuloten, und zwar eben nicht nur für die viel zitierten „langen fünfziger Jahre". Die Arbeit berücksichtigt viel mehr, daß jene „zusammengehörige Epoche" zwischen dem späten 19. Jahrhundert und den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts, „die durch eine besonders intensive Beschäftigung [...] der Zeitgenossen mit den Problemen der sozialen [und auch politischen] Ordnung gekennzeichnet war"[24], für ideengeschichtliche Fragestellungen erhebliche Bedeutung besitzt.

Der Untersuchungszeitraum der vorliegenden Arbeit beginnt mit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Denn sieht man einmal von der einflußreichen Mitteleuropa-Debatte während des Krieges ab, so heizten vor allem der Zusammenbruch des bestehenden Systems und die sich bald abzeichnende Schwäche der Pariser Friedensordnung in ganz Europa die Suche nach einer anderen Ordnung für den Kontinent an; es entfalteten sich von da an bis in die sechziger Jahre hinein verschiedenste, miteinander rivalisierende europäische Ordnungsvorstellungen. Diese waren, ebenso wie andere politische oder soziale Konzepte utopische Zukunftsentwürfe, „in die Zukunft verlagerte Gegenbilder zu der Erfahrung der jeweils gegenwärtigen Ordnung", und ihre Rivalität war geprägt von dem „manchmal geradezu verzweifelten Ringen der Zeitgenossen um akzeptable und konsensfähige [...] Ordnungsmodelle, aber auch [dem] scharfen Konflikt entgegengesetzter Entwürfe der Gesellschaft".[25]

Jahre als Epochengrenze. Herbert (Hg.), Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Schildt/Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Auch die Projekte zur „Westernisierung" unterstreichen diesen Befund. Vgl. die Literaturangaben in der folgenden Fußnote.

[22] Vgl. Jarausch/Siegrist (Hg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung. Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen. Ders., Westernisierung. Ders., Im Westen angekommen. Gassert, Amerikanismus, Antiamerikanismus, Amerikanisierung. Aus dem Tübinger Forschungsprojekt „Westernisierung" sind folgende Einzelstudien hervorgegangen: Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive. Kruip, Das „Welt"-„Bild" des Axel Springer Verlags. Sauer, Westorientierung im deutschen Protestantismus.

[23] Die bisher einzige Arbeit aus dem „Westernisierungs"-Zusammenhang mit einem vergleichbaren Ansatz: Angster, Konsensliberalismus und Sozialdemokratie.

[24] Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft, S. 25.

[25] Ebenda, S. 28/29.

Auf diese Weise, und das ist zentrales Anliegen der Arbeit, werden die politikgeschichtlichen „Epochengrenzen" der Jahre 1933 und 1945 überwölbt und damit auch relativiert, um das erst jüngst wieder geforderte „historische Begreifen des 20. Jahrhunderts, im Hinblick auf seine inneren Zäsuren und Kontinuitäten" voranzutreiben.[26] Die Analyse unterschiedlicher Europaideen wird zeigen, daß für viele ideengeschichtliche Zusammenhänge die üblichen Periodisierungen der Zeitgeschichte von minderer Bedeutung sind.[27] Viel eher waren es gesamtgesellschaftliche Wandlungsprozesse, die sich eben nicht parallel zu politischen Umbrüchen vollzogen, welche Veränderungen im Denkgebäude europäischer Ordnungsvorstellungen auslösten bzw. ihnen Wirkungsmöglichkeiten boten oder nahmen. Und so verschwanden überkommene, tief im Denken der Deutschen verwurzelte Europakonzepte weder mit dem 30. Januar 1933 noch mit dem 8. Mai 1945 aus ihren Köpfen, ebenso wenig wie sich von Demokratie und Liberalismus geprägte Ideen schlagartig durchsetzen konnten.

Diese Ausrichtung der Studie spiegelt nicht zuletzt ihren Entstehungszusammenhang: Im Rahmen eines Projekts über „Traditionsbestände sozialistischer und bürgerlicher Ordnungsideen und ihren Wandel von ‚Weimar' bis ins Nachkriegsdeutschland (1920–1970)" ging es vornehmlich darum, die Abschottung der einzelnen Epochen des 20. Jahrhunderts gegeneinander zu überwinden und ideengeschichtlich nach den Zusammenhängen und Kontinuitäten zwischen der Weimarer Republik, dem „Dritten Reich" und der Bundesrepublik sowie der DDR zu fragen. Im Hinblick auf Europaideen erwies es sich als nicht sinnvoll, für die Nachkriegszeit Konzepte und Trägergruppen in der DDR mit einzubeziehen: Da die Teilnahme am Prozeß der Integration (West-)Europas auf die Bundesrepublik beschränkt blieb, konnten nur hier Europaideen gesellschaftliche und politische Wirkungskraft entfalten.

Eine weitere Einschränkung des Themas lag nahe. Auch wenn eine solche Untersuchung ebenfalls ein Desiderat ist, wird die Arbeit sozialistische Europakonzepte außer acht lassen. Dies geschieht zwar einerseits aus arbeitspragmatischen Gründen, um das Thema angesichts des langen Untersuchungszeitraums und der Vielzahl rivalisierender Europaideen handhabbar zu machen.[28] Doch bietet sich die Beschränkung auf konservative und liberale Modelle andererseits auch inhaltlich an. Denn sozialistische und die hier allgemein (im Sinne von nicht-sozialistisch) als „bürgerlich" bezeichneten Europaideen unterscheiden sich grundlegend voneinander. Die deutsche Sozialdemokratie teilte seit ihrer Frühzeit den traditionellen Internationalismus der Arbeiterbewegung, eine Tatsache, die sich nicht zuletzt in den Europakonzepten der Partei und sozialdemokratisch orientierter Kreise spiegelte.[29] In der Geschichte konservativer, aber auch liberaler Eu-

---

[26] So auch ebenda, S. 17.

[27] Niethammer, Wandel der Kontinuitätsdiskussion, S. 81.

[28] Im Rahmen des Gesamtprojektes „Traditionsbestände sozialistischer und bürgerlicher Ordnungsideen und ihr Wandel von ‚Weimar' bis ins Nachkriegsdeutschland (1920–1970)" wurden sozialistische Ordnungsvorstellungen in einer anderen Teiluntersuchung bearbeitet; vgl. die entstehende Dissertation von Sigrid Schütz, Jugendweihe als Ritual zur Konstruktion einer sozialistischen Gesellschaft.

[29] Vgl. für die Bundesrepublik: Rogosch, Vorstellungen von Europa.

ropaideen hingegen ist die tiefverankerte Orientierung auf die „Nation" weitaus stärker spürbar. Gerade deshalb aber ist es möglich, durch die Betrachtung dieser „bürgerlichen" Europaideen darzulegen, wie sich in einem langwierigen, mehrere Jahrzehnte dauernden Prozeß die Fixierung liberaler und konservativer Schichten auf das Paradigma des Nationalstaats auflöste bzw. wie sie an Bedeutung verlor. In gleicher Weise liefert eine Untersuchung der Frage, wann und warum sich liberaldemokratisch-parlamentarische Ideen als identitätsstiftende Momente für die Konstruktion übernationaler gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen durchsetzten, entscheidende Aufschlüsse über die ideelle Prägung bürgerlicher Gesellschaftsgruppen und den Wandel dieser Prägungen. Am Beispiel europäischer Ideen, die von Vertretern eines ähnlichen sozialen Umfeldes getragen wurden, lassen sich daher auch Fragen beantworten nach langfristigen Demokratisierungs- und Liberalisierungsprozessen innerhalb eines Teils der westdeutschen Gesellschaft.

Untersuchungsgegenstand und Vorgehensweise

Um die Kontinuität und den Wandel traditioneller und jüngerer Europaideen von der Zwischenkriegszeit bis in die sechziger Jahre hinein verfolgen zu können, wurden in dieser Arbeit als Kern und Ausgangspunkt der Analyse die fünfziger Jahre gewählt. Denn zu diesem Zeitpunkt finden wir beide „Typen" von Europaideen in der öffentlichen Debatte der Bundesrepublik; für einen relativ kurzen Zeitraum standen sie gleichberechtigt nebeneinander. Während in den Jahrzehnten zuvor die West-Europaidee gegenüber traditionelleren Konzepten kaum eine Chance hatte, verloren überkommene Ideen wie das „Abendland" bereits am Ende der fünfziger Jahre an Wirkungskraft. Indem die vorliegende Arbeit die in den fünfziger Jahren kursierenden Ideen und ihre Trägergruppen herauspräpariert, kann sie die Rivalität beider Konzepte in einem Moment ausloten, als die historische Situation relativ offen war, d.h. beide Ideen durchaus beträchtliche Wirkung und Einfluß in der westdeutschen Gesellschaft entfalteten.

Die fünfziger Jahre als Ausgangspunkt zu wählen, hat indes noch einen anderen Vorteil. Denn wenn man die unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg entwickelten Europakonzepte, die damals erstmals zu einem wichtigen Element der politischen Debatte wurden, mehr oder weniger wahllos untersuchte und diese in ihren unzähligen ideellen, aber auch organisatorischen Verästelungen der nachfolgenden Jahrzehnte verfolgte, würde dies zu einer kaum mehr zu überblickenden Aufsplitterung führen. Insbesondere für die Jahre des „Dritten Reiches" ergäbe sich überdies bei einer solchen Herangehensweise das Problem, daß in dem Moment, in dem sich organisatorische Strukturen von Europaverbänden in Folge von Auflösung, Verbot oder Gleichschaltung verlieren, nur noch in klassisch ideengeschichtlicher Weise Versatzstücke von Europaideen in Texten jedweder Art zusammengesucht werden könnten. Man könnte dann zwar – um ein Beispiel zu nennen – den Abendland-Begriff in Hitler-Reden, in Dokumenten des nationalkonservativen Widerstands, aber auch in Schriften der inneren Emigration, ja

selbst des Exils finden. Wirkliche Kontinuitäten über das Jahr 1933 hinweg, erst recht aber in die Zeit nach 1945 hinein, die über geistesgeschichtliche Thesen allgemeiner Form hinausgingen, ließen sich auf diese Weise jedoch kaum ausmachen.

Indem die vorliegende Arbeit nun statt dessen ihren Blick aus den fünfziger Jahren zurück auf die Wurzeln der in diesem Jahrzehnt virulenten und wichtigen Europaideen und ihre Trägergruppen richtet, können hier am konkreten Beispiel tatsächlich klare Aussagen über Kontinuität und Wandel getroffen werden. So läßt sich fragen, wo Ideen und Konzepte herkamen und warum ihre Protagonisten sie vertraten, wie sie zu ihren Überzeugungen der fünfziger Jahre fanden. Dabei lassen sich für beide Europaideen einerseits organisatorische Wurzeln in den Jahren der Weimarer Republik finden. Da sich jedoch die meisten organisatorischen Formen während der Jahre des „Dritten Reiches" verloren, Individuen aber gleichzeitig durchaus auch auf anderen Wegen, also nicht über die organisatorischen Frühformen, zur Abendländischen Bewegung bzw. zur Europa-Union finden konnten, wählt die Arbeit andererseits und gerade für die Zeit des Nationalsozialismus einen biographischen Zugriff. Dieser ermöglicht es, am Beispiel von exemplarischen Einzelbiographien den Weg von späteren Europa-Protagonisten durch das „Dritte Reich" hindurch zu verfolgen. Dabei wird deutlich werden, wie sehr sich die Wurzeln des Abendland-Gedankens strukturell von jenen der West-Europaidee unterschieden.

Mittels dieses doppelten Zugriffs lassen sich also die Konjunkturen deutscher Europaideen von der Zwischenkriegszeit bis in die fünfziger Jahre hinein verfolgen. Gleichzeitig jedoch soll die Analyse auch deutlich über die fünfziger Jahre hinausgreifen. Damit gilt es der Gefahr vorzubeugen, im Aufstieg der westeuropäischen Idee eben doch in teleologischer Manier den Zielpunkt der Geschichte der europäischen Idee zu sehen. Obwohl man nämlich beim Blick auf das Ende der fünfziger Jahre den Eindruck gewinnen könnte, daß die Hoch-Zeit traditioneller Europakonzepte in der westdeutschen Gesellschaft endgültig vorüber gewesen sei, bietet sich für die sechziger Jahren ein zumindest modifiziertes Bild. Denn es zeigt sich, daß die Vertreter des Abendland-Konzeptes, welches am Ende der fünfziger Jahre als „antiquiert" an den Rand gedrängt wurde, es durchaus verstanden, dieses zu „modernisieren", so daß es am Ende der sechziger Jahre, wenn auch in veränderter Form, wieder an Bedeutung gewann. Diese Entwicklung ist bisher kaum beachtet, doch gewährt ihre Untersuchung Aufschluß über die Wandlungsfähigkeit insbesondere konservativer Ordnungsvorstellungen in der Bundesrepublik. Gleichzeitig schafft sie einen zumindest veränderten Blick auf die Frage nach ideengeschichtlichen Kontinuitäten der Zwischenkriegszeit, von denen meist in der Forschung die Meinung vorherrscht, sie verlören sich Ende der fünfziger Jahre.

Angesichts des langen Untersuchungszeitraums mußte notwendigerweise ein abgrenzbarer und damit handhabbarer Untersuchungsgegenstand gewählt werden. Daher wurden für die Analyse zwei Europa-Organisationen der fünfziger Jahre als Trägergruppen jeweils unterschiedlicher Europaideen ausgewählt, anhand derer die Wurzeln der Konzepte, ihre ideelle und organisatorische Entwicklung, ihre spezifischen Wirkungsformen und -absichten sowie die biographischen Prägungen und Erfahrungen ihrer Protagonisten untersucht werden sollen. Es

handelt sich um die sogenannte Abendländische Bewegung einerseits, um die Europa-Union andererseits.

Die Abendländische Bewegung[30] bestand aus verschiedenen Organisationen, der Abendländischen Aktion, der Abendländischen Akademie und dem Centre Européen de Documentation et Information/Europäisches Dokumentations- und Informationszentrum (CEDI). Hinzu kam eine Zeitschrift mit dem Namen *Neues Abendland*, welche das abendländische Gedankengut während der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik zu verbreiten suchte. Die Tagungen und Veranstaltungen der Abendländischen Bewegung fanden regelmäßig guten Zuspruch, und Presse und Öffentlichkeit brachten den abendländischen Aktivitäten vor allem in den frühen fünfziger Jahren durchweg positive Resonanz entgegen. Zwar änderte sich dies seit Mitte des Jahrzehnts, als die westdeutschen Medien zunehmend kritischer auf die unüberhörbar konservativen Stimmen des „Abendlandes" reagierten. Doch entfaltete vor allem das CEDI auch in den späten fünfziger und den sechziger Jahren eine lebhafte Aktivität, welche darauf zielte, Konservative aus ganz Europa in ein Netzwerk einzubinden.

Bei all diesem Engagement stand eine bestimmte europäische Idee, gefasst unter dem Topos des „Abendlandes" im Mittelpunkt. Dabei handelte es sich um ein in katholischer Tradition stehendes Modell, das die Vision einer ständisch-subsidiär organisierten europäischen Gesellschaft, kombiniert mit weiteren antimodernen Elementen, vertrat. Orientiert an einem idealisierten Bild vom Mittelalter als dem „goldenen Zeitalter" war die politische und gesellschaftliche Ordnung, welche die Repräsentanten des „Abendlandes" anstrebten, von antiliberalen Vorbehalten gegenüber der sogenannten „Formaldemokratie" geprägt und zielte statt dessen auf ein autoritär-elitäres politisches System. Überwölbt wurden diese Ordnungsvorstellungen von einem rigiden Antikommunismus einerseits, zunehmend jedoch auch von einer Ablehnung der amerikanischen „Hegemonie" über den europäischen Kontinent andererseits. Diese Ideen standen, ebenso wie auch die Träger und Trägergruppen der Abendländischen Bewegung, in klarer Kontinuität zur Zwischenkriegszeit und den Jahren des „Dritten Reiches".

Die Abendländer wollten Europa also zu einer im Kern katholischen Wertordnung zurückverhelfen. Sich selbst wies man in diesem Kontext eine durchaus einflußreiche Rolle zu, sah man sich doch als die Elite, welche die „Mission" des Kontinents würde vorantreiben können:[31] Als Multiplikatoren sollten die abend-

---

[30] Mit der Bezeichnung „Bewegung" ist hier keine soziologische Definition verbunden. Sie war eine Selbstbezeichnung der Abendländer aus der Zwischenkriegszeit, verschwand aber im „Dritten Reich", als sich der organisatorische Zusammenhang des Abendland-Kreises verlor. Nach 1945 ist die Selbstbezeichnung als „Bewegung" dann kaum noch zu finden. Eher noch ordneten kritische Presseberichte das „Abendland" einer „Bewegung" zu. Auch das Auswärtige Amt bezeichnete das CEDI bzw. die Abendländische Akademie als „europäische Bewegung", und der (sicherlich etwas pauschalisierende) Begriff hat sich – ebenso wie „Abendländer" – mittlerweile auch der Forschung eingeprägt. Im Folgenden wird darauf verzichtet, die Bezeichnungen „Abendländische Bewegung", „Abendländer", „Abendland-Kreis" usw. in Anführungszeichen zu setzen. Allein für den Topos „Abendland" wird dies beibehalten. Gleiches gilt für „West-Europa".

[31] Ibach, Europas Reserven, S. 113.

ländischen Vertreter in Politik und Publizistik in die Gesellschaft hineinwirken oder politikberatend tätig sein. Zu keinem Zeitpunkt hingegen ging es den Abendländern darum, eine Massenorganisation zu schaffen. Man wählte elitäre Organisationsformen, um elitäre Ideen zu vertreten.

In den Reihen der Abendländischen Bewegung finden wir in den fünfziger Jahren durchaus prominente Vertreter des konservativen, vorwiegend (aber nicht ausschließlich) katholischen Spektrums. Zum engeren Kreis der Abendländischen Bewegung, also zu jener Gruppe von Protagonisten, die regelmäßig an den Veranstaltungen der Akademie oder des CEDI teilnahmen bzw. den Gremien der genannten Organisationen angehörten, lassen sich mit Richard Jaeger und Hans-Joachim von Merkatz zwei hochrangige Politiker der Union (Merkatz seit 1960, vorher DP) rechnen. Im weiteren Umfeld finden sich mit Heinrich von Brentano, Hermann Pünder, Theodor Oberländer (seit 1955), Franz Wuermeling oder Alois Hundhammer, später auch Friedrich Zimmermann oder Franz Heubl, eine ganze Reihe von anderen prominenten Mitgliedern der CDU oder CSU. Zum Kern der Bewegung zu rechnen sind hingegen aus dem publizistischen Bereich vor allem Redakteure und Mitarbeiter eher konservativer Blätter der westdeutschen Medienlandschaft. Besondere Bedeutung kam dabei etwa dem Journalisten und Publizisten Emil Franzel zu, der für das *Neue Abendland*, die *Deutsche Tagespost* oder den *Bayerischen Staatsanzeiger* schrieb, ebenso aber etwa Paul Wilhelm Wenger oder Otto B. Roegele vom *Rheinischen Merkur*. Auch die bundesrepublikanische Universitätslandschaft war mit zum Teil recht bekannten Persönlichkeiten in der Abendländischen Bewegung vertreten: Friedrich August Freiherr von der Heydte, Rechtswissenschaftler in Würzburg, war Vorsitzender der Abendländischen Akademie. Seine Kollegen Ernst von Hippel aus Köln und Ulrich Scheuner aus Bonn gehörten in den fünfziger Jahren ebenso zu den Abendländern wie der Osteuropahistoriker Georg Stadtmüller aus München, der „Referent für übervölkische Ordnung" in der Abendländischen Akademie. Hinzu kamen einige protestantische Vertreter wie Dekan Wilhelm Stählin, ehemals Bischof in Oldenburg, oder Propst Hans Assmussen. Schließlich fiel bereits den Zeitgenossen der hohe Anteil Adeliger in den Reihen der Abendländischen Bewegung auf, allen voran Angehörige der oberschwäbischen Familie Waldburg-Zeil, welche die Aktivitäten der Abendländischen Bewegung finanzierten. Eine entscheidende Rolle spielte auch Georg von Gaupp-Berghausen, der als Sekretär der Abendländischen Akademie und auch des CEDI die organisatorischen Zügel der Abendländischen Bewegung in Händen hielt. Otto von Habsburg wiederum, der Präsident des CEDI, war allen Abendländern das „lebendige Symbol" des Abendlandes, an dessen Person ihnen deutlich wurde, „daß Europa keine Ideologie sein kann, sondern Idee sein muß. Idee aber ist Bild, und das höchste Bild, in dem wir ja selbst unseren Gott zu schauen versuchen, ist das Menschenbild, ist die Persönlichkeit".[32]

Die hier genannten Abendländer stellten so etwas wie die Kerngruppe der Bewegung dar. Wenn auch noch eine ganze Reihe anderer Persönlichkeiten hinzutrat, sollen doch vor allem an ihren Lebensläufen verschiedene individuell-biogra-

[32] Franzel, Europa im Escorial, in: Deutsche Tagespost vom 25. 6. 1956.

phische Wege hin zur Abendländischen Bewegung der fünfziger Jahre gezeigt werden, um der Frage nach Kontinuität und Wandel der abendländischen Idee von der Zwischenkriegszeit bis in die Nachkriegszeit nachzugehen. Diese Biographien wurden vor allem aufgrund ihres Beispielcharakters herangezogen: In ihnen finden sich einzelne Elemente, die auch für andere Vertreter des abendländischen Denkens typisch sind und somit bestimmte ideengeschichtliche Elemente erklären helfen. Dies erklärt auch, warum nicht alle Abendländer eigenständig biographisch gewürdigt werden – auch auf die Gefahr hin, daß die getroffene Auswahl dem einen oder anderen Leser nicht als repräsentativ erscheinen mag.[33]

Ähnliches gilt für diejenigen biographischen Erfahrungen, die andere Personen dazu brachten, sich nach 1945 nicht für eine Idee wie das „Abendland", sondern für die West-Europaidee zu engagieren. Auch hier werden aus einem größeren Sample von Protagonisten jene ausgewählt, die als exemplarisch für unterschiedliche Wege hin zur Europa-Union der fünfziger Jahre gelten können. Dabei sind die Wurzeln der Europa-Union insgesamt weitaus disparater als jene der Abendländischen Bewegung, was nicht zuletzt daran liegt, daß sich in den Reihen der Europa-Union ein größeres politisches und soziales Mitgliederspektrum fand als bei der weltanschaulich extrem homogenen Abendländischen Bewegung.

Die Europa-Union war der mitgliederstärkste Europaverband der Bundesrepublik, schon darin unterschied sie sich von der bewußt „klein" gehaltenen Abendländischen Bewegung. Wenn es ihr auch niemals gelang, einen Massenverband zu schaffen, so zählte die Europa-Union doch Zehntausende von Mitgliedern im gesamten Bundesgebiet. Von daher war sie mit Gliederungen auf Kreis-, Landes- und Bundesebene auch völlig anders organisiert als die auf den süddeutschen Raum beschränkten übersichtlichen abendländischen Institutionen. Schon aus diesem Binnenaufbau ergab sich eine weitaus demokratischere und pluralistischere Organisation der Europa-Union als der Abendländischen Bewegung, eine Differenz, die sich freilich auch auf weltanschaulicher Ebene spiegelte.

Hatte die Europa-Union Ende der vierziger Jahre noch vehement für ein sozialistisches Europa der „Dritten Kraft" gekämpft – und insofern thematisiert die Arbeit sozialistische Europaideen dann doch –, so wandelten sich die von ihr vertretenen Ideen Mitte der fünfziger Jahre erheblich. Sozialistische Elemente verloren sich völlig, und die Europa-Union war fortan in einem „bürgerlichen", liberalen und konservativen Milieu verankert, welches die Adenauersche Westintegrationspolitik mittrug. Dies führte nicht zuletzt dazu, daß fortan nur solche Sozialdemokraten in führender Position Mitglieder des Verbandes waren, die zu den Reformkräften in der eigenen Partei gehörten. Seit Mitte der fünfziger Jahre vertrat die Europa-Union die Vision eines atlantisch ausgerichteten Westeuropa. In enger Partnerschaft mit den USA sollte hier ein völlig anderes Europa entstehen, als es die Ideen der Abendländer vorsahen. Der Europa-Union ging es, neben der Auseinandersetzung mit tagespolitischen Fragen des europäischen Integrationspro-

[33] An den entsprechenden Stellen innerhalb des Textes wird jeweils ein Verweis auf andere, ähnlich gelagerte biographische Erfahrungen innerhalb der Gruppe der Abendländer erfolgen, welcher deutlich machen wird, daß die analysierten Biographien Elemente aufweisen, die als durchaus typisch „abendländisch" gelten können.

zesses, vor allem um die Schaffung einer freiheitlich-pluralistisch, liberal-demokratisch organisierten europäischen Gesellschaft. So verfochten die „West-Europäer" nicht allein die Stärkung des militärisch-politischen Bündnisses des Westens. Auch ideologisch sollte Europa, vor allem aber (West-)Deutschland, ein für alle Mal ein Teil des „Westens" werden, und das schloß die Verankerung als „westlich" bezeichneter Werte wie Pluralismus, Demokratie oder Toleranz in der bundesrepublikanischen Gesellschaft als Ziel der Europa-Union dezidiert ein.

Bei ihren Anstrengungen konnte die Europa-Union vor allem in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre auf exzellente Kontakte zu Politik, Wirtschaft und Medien zurückgreifen. Vertreter von Industrie und Wirtschaft suchten die Nähe des Verbands ebenso wie etwa das Auswärtige Amt. Die jährlichen Kongresse erfreuten sich großer Aufmerksamkeit in den Medien, hochrangige Politiker nutzten die Gelegenheit solcher Anlässe, ihre Verbundenheit mit „Europa" zu äußern. Die Europa-Union sah sich selbst als „Gewissen Europas" – und wurde als solches von der westdeutschen Öffentlichkeit auch lange wahrgenommen.

Angesichts der hohen Mitgliederzahlen der Europa-Union konzentriert sich die Arbeit vor allem auf den Bundesverband und seine Organe, wie Präsidium und Hauptausschuß. Hier kamen ganz unterschiedliche Protagonisten zusammen. Zentral war die Bedeutung der jeweiligen Präsidenten, erst die Publizisten Eugen Kogon und Ernst Friedländer, später der Bankier Friedrich Carl von Oppenheim. Insbesondere letzterer stellte, als Chef des Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie., die für die Europa-Union seit Mitte der fünfziger Jahre entscheidenden Beziehungen zur westdeutschen Wirtschafts- und Finanzwelt her. Auf diese Weise fanden auch Industrievertreter ihren Weg in die Europa-Union, darunter vor allem Wilhelm Beutler, der Hauptgeschäftsführer des BDI, Heinrich Kost, der Präsident der Wirtschaftsvereinigung Bergbau, Ulrich Haberland von der Bayer AG und Günter Henle vom Klöckner-Konzern. Diese Industrie-Präsenz wirft nicht zuletzt die Frage nach Kontinuitäten zwischen der einstigen Beteiligung deutscher Industrieller am nationalsozialistischen „Großwirtschaftsraum" und ihrem späteren Engagement für die europäische Integration in der Nachkriegszeit auf, waren doch alle industriellen Europa-Unions-Mitglieder bereits vor 1945 in ähnlich verantwortlicher Stellung tätig gewesen. Doch nicht nur Arbeitgeber, sondern auch die Gewerkschaften waren in den Reihen der Europa-Union vertreten, allen voran durch den späteren DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg. Dieser hatte die Jahre des „Dritten Reiches" ebenso im Exil verbracht wie eine ganze Reihe anderer Mitglieder der Europa-Union. Unter diesen ist vor allem der spätere Präsident des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger, Hans Albert Kluthe, zu nennen. Wie im Falle der Abendländischen Bewegung dienen die Lebensläufe der hier genannten Protagonisten dazu, exemplarisch die Bedeutung von biographischen Prägungen und Erfahrungen auf dem Weg nach „West-Europa" und damit ideengeschichtliche Wurzelstränge der west-europäischen Idee herauszuarbeiten.

Natürlich bedeutet die Konzentration auf die genannten beiden Europagruppierungen und ihre Ordnungsvorstellungen eine Auswahl. Sie stehen hier exemplarisch für bestimmte „Typen" von Europaideen – für jene, die eher traditionell-deutschem Denken verbunden waren wie die Abendland-Idee, und für jene, die eher „modern-westlich" geprägt waren. Dies bedeutet natürlich den Ausschluß

anderer deutscher „Europäer": So gab es Vertreter des Abendland-Gedankens wie der Westeuropa-Idee, die hier unberücksichtigt blieben. Dementsprechend erhebt diese Arbeit auch keinen Anspruch darauf, *die* Abendland- oder *die* Westeuropa-Idee in allen ihren möglichen Ausprägungen zu beschreiben: Es wird immer Denkmuster geben, die andere Vertreter der Abendland- oder der Westeuropa-Idee stärker in den Vordergrund stellten als die hier betrachteten Vertreter. Es geht vielmehr darum, eine Spielart einer eher traditionellen und einer eher „moderneren" Europaidee einander gegenüberzustellen und aus dieser – sicherlich manchmal bewußt überspitzten Dichotomie – weiterreichende Aussagen zu gewinnen.

Dennoch ist die getroffene Auswahl in mancher Hinsicht exemplarisch und repräsentativ, und das auch, weil sich die untersuchten Gruppen und Individuen kontinuierlich in einen breiteren intellektuellen und politischen Diskussionszusammenhang eingliederten und damit Teil des „Zeitgeists" waren. So können Aussagen weit über die spezifischen Individuen und Gruppen hinaus getroffen werden, und gesamtgesellschaftliche Entwicklungen geraten in den Blick. Vor allem aber, und das ist entscheidend, zeigt sich, daß die untersuchten Ideen auch insoweit über sich selbst hinausweisen, als in ihnen und ihrer Geschichte auch andere Europakonzepte mitschwingen und sich manifestieren, die in der Geschichte des deutschen Europabewußtseins Bedeutung entfalteten. Dazu gehört etwa die Mitteleuropa- oder die Reichs-Idee, welche die Abendland-Idee mitprägten. Im Westeuropa-Konzept hingegen finden sich Spuren der Diskussion um den nationalsozialistischen „Großraum" oder auch die Idee eines Europas der „Dritten Kraft". So geraten über die Untersuchung der Abendland- und der West-Europaidee die zwischen Weimarer Republik und Bundesrepublik wichtigsten und einflußreichsten Europakonzepte in den Blick. Ebenso wird auch deutlich, gegen welche Ideen man sich abgrenzte. Dabei kommt der Paneuropa-Idee des Grafen Richard N. Coudenhove-Kalergi zentrale Bedeutung zu. Ursprünglich war daher geplant gewesen, neben der Abendland- und der Westeuropa-Idee auch die Paneuropa-Idee und damit die Paneuropa-Union als Trägergruppe gleichberechtigt in die Analyse miteinzubeziehen. Es stellte sich jedoch (nach getaner Archivarbeit) heraus, daß Coudenhove-Kalergi und seine Paneuropa-Union in Deutschland – entgegen dem von Coudenhove entworfenen und teils bis heute nachwirkenden Bild – niemals einen starken Rückhalt besaßen, nicht einmal in den zwanziger Jahren, als sein Erfolg in Deutschland noch am größten war. So war die Paneuropa-Union bis zum Tode des Grafen im Jahre 1972 mehr oder weniger eine „Ein-Mann-Aktion". „Paneuropa" daher als deutsche Europa-Idee, d.h. in Deutschland verankerte Idee zu bezeichnen, entspricht schlicht nicht den Tatsachen, und so konnte das Konzept auch in die vorliegende Untersuchung mit ihrer spezifischen Fragestellung nicht aufgenommen werden.

Dennoch spielt Coudenhove-Kalergi eine wichtige Rolle in dieser Arbeit. Gerade an ihm, dem bis heute zum „Vorkämpfer" der europäischen Idee stilisierten Adeligen, entzündete sich eine lebhafte Debatte. Nicht zuletzt seine egozentrische Art machte es selbst jenen nicht einfach, die sich für eine Verbreitung der Paneuropa-Idee in Deutschland einsetzen wollten und ihm ihre Mitarbeit anboten. Aber auch Coudenhoves Ideen selbst zogen in zunehmendem Maße Kritik auf sich, vor allem, weil dem Grafen aufgrund seiner übernationalen Sozialisation der nationale

Blickwinkel auf europäische Probleme völlig abging. So fanden nicht wenige deutsche „Europäer" ihre eigenen Positionen vor allem in der Auseinandersetzung mit Coudenhove-Kalergi. Daher werden diese Konflikte, die es sowohl in der Zwischen- als auch in der Nachkriegszeit gab, hier zu behandeln sein. Eine Geschichte der Paneuropa-Bewegung bietet diese Arbeit gleichwohl nicht.[34]

Methodischer Rahmen

Mit ihrer ideengeschichtlichen Thematik war diese Studie, als Teil des oben beschriebenen Projektes zu sozialistischen und bürgerlichen Ordnungsvorstellungen im Wandel, in das Schwerpunktprogramm der DFG „Ideen als gesellschaftlicher Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit" eingebunden. Dieses Programm, ausgeschrieben um der ideengeschichtlichen Forschung in der Bundesrepublik neue Impulse zu verleihen, zielte insbesondere auf die Wirkungsgeschichte von Ideen, die es als verhaltensprägende „Realitätsbilder" und „gedachte Ordnungen" verstand.[35] In diesem Sinne geht es auch im folgenden, das ist bereits angeklungen, nicht um vereinzelte politische Integrationspläne, sondern um komplexe gedachte Ordnungen; nicht um Entwürfe etwa eines europäischen Staatenbundes, sondern um umfassende Bilder und Visionen der europäischen (und damit einhergehend der deutschen) Gesellschaft. Ideen stellen in diesem, an Berger/Luckmann angelehnten Verständnis, Wissen über die Wirklichkeit dar,[36] „wobei der Begriff des ‚Wissens' nicht nur harte Daten einschließt, sondern auch Normen ästhetischer Urteile und Vorstellungen über die Identität des Akteurs im Verhältnis zu anderen Akteuren".[37] Diese Weltbilder prägen das soziale Verhalten im weitesten Sinne. Indem sie die „Komplexität von Wirklichkeit" ordnen,[38] bestimmen sie das gesellschaftliche und politische Handeln ihrer Träger mit.

Um die Wirkungsmächtigkeit von Ideen auf Individuen und Gruppen, in unserem Falle also die hier betrachteten Trägergruppen, deutlich zu machen, gilt es, im Anschluß an Max Weber und M. Rainer Lepsius, die Ordnungsvorstellungen in ihrer Struktur genau zu bestimmen.[39] Um ideengeschichtliche Kontinuitäten und Brüche, die sich hinter dem durchgängigen Gebrauch „europäischer" Begriffe verbergen, deutlich zu machen, bedient sich die Arbeit nicht zuletzt begriffsgeschichtlicher Instrumentarien.[40] Doch kann es im Rahmen der hier skizzierten Fragestellung nicht genügen, sich allein auf Texte zu beschränken, in denen tat-

---

[34] Die Autorin hat die gesammelten Materialien zu Coudenhove-Kalergi in einer Biographie ausgewertet. Vgl.: Conze, Umstrittener Visionär Europas.

[35] Ausschreibungstext DFG „Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft", S. 1/2.

[36] Berger/Luckmann, Gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit.

[37] Jachtenfuchs, Ideen und internationale Beziehungen, S. 428.

[38] Ausschreibungstext DFG „Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft", S. 1.

[39] Lepsius, Interessen und Ideen, S. 33.

[40] Zur „Begriffsgeschichte" siehe vor allem die Arbeiten Kosellecks: Ders., Zur historisch-politischen Semantik asymmetrischer Gegenbegriffe. Ders., Einleitung, in: Geschichtliche Grundbegriffe, Bd. 1, XIII–XXVII. Ders. (Hg.), Historische Semantik und Begriffsgeschichte.

sächlich der Begriff „Europa" oder „Abendland" vorkommt. Denn die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen oder politischen Vorstellungen der hier untersuchten Trägergruppen europäischer Ideen müssen sich nicht notwendigerweise ausschließlich in Äußerungen über Europa finden. Gewissermaßen in Umkehr der jüngst von Hartmut Kaelble in einer Untersuchung zum europäischen Bewußtsein angewandten Methodik, Texte nicht in ihrer Gesamtheit zu interpretieren, sondern Texte bestimmter Autoren als „Steinbrüche" zu nutzen und dabei jene Passagen unbeachtet zu lassen, in denen sich der Begriff „Europa" nicht findet, sollen im folgenden auch Texte herangezogen werden, die auf den ersten Blick nicht von Europa handeln.[41] Nur so können die untersuchten europäischen Konzepte als Teil umfassender Weltbilder analysiert und damit historisch kontextualisiert werden. Denn so wie Kaelble sich dafür entschieden hat, nationale und individuelle biographische Prägungen zugunsten des gesamteuropäischen Europa-Diskurses in den Hintergrund treten zu lassen, so stehen hier umgekehrt die nationale Verankerung und die individuellen Erfahrungen der betrachteten Protagonisten im Vordergrund.

Des weiteren gilt es, nach den spezifischen Organisationsformen und Wirkungsweisen der untersuchten Trägergruppen zu fragen. Gerade wenn man – im Sinne einer erneuerten Ideengeschichte – nicht „freischwebenden" Ordnungsvorstellungen nachjagen, sondern diese vielmehr politik- und sozialhistorisch verankern möchte, muß diesem Aspekt mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, als dies bisher und vor allem in der älteren ideen- und geistesgeschichtlichen Forschung in Deutschland geschehen ist.[42] Nicht zuletzt ist dabei der Frage nachzugehen, ob bestimmte Ideen und Ordnungsvorstellungen mit bestimmten Organisationsformen verbunden waren bzw. ob die Trägergruppen bestimmter Ideen spezifisch entwickelte Wirkungsformen anwandten, um ihre Überzeugungen politisch und gesellschaftlich durchzusetzen. So zeigt bereits ein erster Blick auf die hier behandelten Kreise, daß sich die Trägergruppen der Abendland-Idee völlig anders organisierten und völlig anders wirken wollten als die des Westeuropa-Konzepts. Die auf der ideellen Ebene festzustellenden Unterschiede setzten sich also bis in die praktische Arbeit und die Organisationsstruktur hinein fort.

Mit den skizzierten Zusammenhängen ist die Frage nach der Wirkung von Ideen aufgeworfen. Was aber ist Wirkung? In jedem Fall ist sie nicht gleichbedeutend mit der Rezeption von Ideen; diese macht höchstens einen Teilaspekt von ideeller Wirkung aus. Die Rezeption punktueller Aktionen der Abendländischen Bewegung oder der Europa-Union durch die westdeutsche Gesellschaft und Öffentlichkeit ist daher, soweit etwa in Form von Teilnehmerzahlen oder Pressereaktionen „meßbar", in die Untersuchung miteinzubeziehen. Darüber hinausgehend jedoch wird die Rezeption, die auf die Aufnahme und Beurteilung der untersuch-

---

[41] Kaelble, Europäer über Europa, S. 21.

[42] Untersuchungen, die die Organisations- und Wirkungsformen europäischer Bewegungen im 20. Jahrhundert analytisch miteinbeziehen, sind relativ selten, vor allem für die Zeit nach 1945. Die Frage, ob die von den Bewegungen vertretenen Konzepte sich in irgendeiner Weise in Organisations- und Wirkungsformen spiegeln, ist bisher nicht aufgeworfen worden.

ten Europaideen durch breite, über die betrachteten Organisationen hinausgehende Bevölkerungsschichten zielt, vernachlässigt werden. Die Frage, wie bestimmte Europaideen in der gesamten westdeutschen Gesellschaft – nicht nur in ausgewählten Gruppierungen – verankert waren, bedarf sicherlich der Untersuchung.[43] Doch wären zur Beantwortung dieser Frage völlig andere Fragestellungen und Quellen notwendig gewesen.

Die Arbeit fragt indes nach anderen Aspekten der Wirkung von Europaideen. Erkennt man nämlich die Wirkungsmächtigkeit von Ideen gerade auch darin, daß sie Individuen oder Gruppen helfen, „heterogene Erfahrungen in ein relativ einheitliches Wirklichkeitsbild zu integrieren" und ihnen damit handlungsleitende Kategorien an die Hand geben, dann gilt es vor allem zu zeigen, wie sich Ideen im Handeln ihrer Trägergruppen auswirken.[44] Dabei kommt einerseits der subjektiven Bedeutung von Ideen eine entscheidende Rolle zu. Dies schlägt sich in dieser Arbeit in dem beschriebenen biographischen Zugang nieder. Gleichzeitig aber bezieht sich normen- und ideenorientiertes Verhalten nach Habermas niemals allein auf einen „atomistischen Akteur", sondern „auf einen Akteur als Mitglied einer sozialen Gruppe, die ihr Verhalten an gemeinsamen Werten orientiert".[45] Die Analyse wird zeigen, daß die untersuchten Europaideen sowohl für den individuellen Protagonisten wie auch für die gesamte Trägergruppe große Wirkungsmächtigkeit entfalteten. Dies wiederum spiegelte sich darin, wie und auf welche Weise Individuen und Trägergruppen versuchten, ihre Ideen in die deutsche Politik und Gesellschaft hineinzutragen, wie und auf welche Weise sie wirken wollten.

Nun sind es jedoch bekanntermaßen nicht allein Ideen, die das Handeln von Akteuren bestimmen, sondern auch Interessen. Dies gilt auch für Europakonzepte, ohne daß allerdings bisher umfassend untersucht wäre, in welchem Maße interessengeleitetes Handeln hinter dem Engagement für „Europa" stand und steht. Der Analysehorizont oszillierte in früheren Jahrzehnten zwischen den extremen Thesen der früheren DDR-Historiographie, der gesamte westeuropäische Integrationsprozeß fuße allein auf den materiellen Interessen des Industriekapitalismus, und den ebenso extremen Beschreibungen der westdeutschen Geschichtswissenschaft. Diese umgab die Europabewegungen, aber auch die „Väter Europas", also Briand oder De Gasperi, Adenauer und Schuman, lange mit einem idealistischen Nimbus und sprach ihnen nationale oder anderweitig partikulare Interessen gänzlich ab. Erst in jüngerer Zeit werden Europaideen stärker auch in Beziehung zu „materiellen Interessenlagen, und damit einhergehend, zu nationalen politischen Zwängen und außenpolitischen Konstellationen, auch zu Öffentlichkeitsabsichten" untersucht.[46]

---

[43] Kaelble verweist zu Recht darauf, daß sich die Geschichtswissenschaft bisher der Verankerung bzw. Rezeption von Europaideen in breiten Bevölkerungsschichten nicht in ausreichendem Maße zugewandt hat. Vgl. Ders., Europabewußtsein, Gesellschaft und Geschichte, S. 11 und S. 21. Vgl. auch ders., Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft.

[44] Ausschreibungstext DFG „Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft", S. 1.

[45] Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. 1, S. 126–128. Zitat: Jachtenfuchs, Ideen und internationale Beziehungen, S. 427.

[46] Kaelble, Europabewußtsein, Gesellschaft und Geschichte, 5. Vgl. jüngst: Rhenisch, Europäische Integration und industrielles Interesse.

Diesen Weg will die vorliegende Arbeit weiter beschreiten. Es geht ihr darum, Ideen und Interessen in ihrer „Komplementarität" zu untersuchen und damit ihr komplexes Ineinandergreifen deutlich zu machen.[47] Dabei soll gesellschaftliches, politisches oder soziales Handeln von Akteuren im Vorverständnis weder als ausschließlich interessenorientiert definiert und Ideen damit allein zu Legitimierungsstrategien degradiert werden. Ebenso wenig jedoch ist angestrebt, Ideen von vorneherein als über Interessen stehend darzustellen. Es geht vielmehr „um einen Mittelweg [...] zwischen Ideen als der zentralen Kategorie und Ideen als flüchtiger Oberflächenerscheinung der grundlegenden Logik von Macht und Interesse".[48] Die Arbeit versucht zu zeigen, in welchem Maße sich Interessen und Ideen bei den Trägergruppen europäischer Ordnungsvorstellungen miteinander verbanden, aber sie wird auch zeigen, daß letztlich keine der beiden Kategorien die andere vollständig dominierte. Das Handeln der Akteure blieb von beiden Elementen geprägt. Der immer wieder in ideengeschichtlichen Zusammenhängen zitierte Satz Max Webers kann für die Untersuchung deutscher Europaideen seine Relevanz beweisen: „Die ‚Weltbilder', welche durch ‚Ideen' geschaffen wurden, haben sehr oft als Weichensteller die Bahnen bestimmt, in denen die Dynamik der Interessen das Handeln fortbewegte."[49] Ebenso jedoch könnte man sagen, daß die Struktur von Ideen immer wieder auch von Interessen mitbestimmt war.[50] Es gilt mithin, das komplexe Wirkungsverhältnis von Ideen und Interessen zu analysieren und damit einen Beitrag zu einer „erneuerten Ideengeschichte" zu leisten. Ebenso wichtig jedoch ist es, die „Entmythologisierung" der europäischen Idee weiter voranzutreiben und damit auch die Wurzeln unseres heutigen Europaverständnisses zu klären.

Forschungsstand und Quellenlage

Der Forschungsstand zum Thema ist äußerst disparat. Es existieren bisher keine Studien, die Kontinuität und Wandel rivalisierender Europakonzepte, ihre Trägergruppen und dahinter stehende Interessen zwischen der Weimarer Republik und den sechziger Jahren der Bundesrepublik analysieren. Nichtsdestoweniger kann die vorliegende Arbeit auf umfassende Vorarbeiten zu Einzelbereichen zurückgreifen. Im folgenden soll der Forschungsstand im Hinblick auf die abendländische Idee und ihre Trägergruppen sowie die West-Europaidee und ihre Protagonisten skizziert werden.

Die Geschichte der Abendländischen Bewegung in der Zwischenkriegszeit und im Zweiten Weltkrieg ist zumindest unter der hier zugrundeliegenden Fragestellung kaum beleuchtet, wird doch das „Abendland" in der vorliegenden Literatur nicht als europäische Idee verstanden. Zwar gibt es mehrere Untersuchungen zu jenem Kreis in der Weimarer Republik, der sich um die Zeitschrift *Abendland*

---

[47] Lepsius, Interessen und Ideen, S. 43.
[48] Jachtenfuchs, Ideen und internationale Beziehungen, S. 423.
[49] Weber, Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. 1, S. 252.
[50] Lepsius, Interessen und Ideen, S. 42.

scharte, doch werden hier Kontinuitäten bis in die fünfziger Jahre eher behauptet als nachgewiesen.[51] Auch die jüngst fertiggestellte Dissertation Dagmar Pöppings über das „Abendland" in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich" hilft im Hinblick auf das „Abendland" als Europaidee nur bedingt weiter, analysiert sie den Topos doch vor allem unter konfessionsgeschichtlichen Aspekten.[52] Noch gravierender ist indes unsere Wissenslücke in bezug auf den Ort der abendländischen Idee in den Jahren des Nationalsozialismus. Wenn diese Frage überhaupt thematisiert wird, dann in so allgemeiner Art und Weise, daß sie kaum in der Lage ist, ideengeschichtliche Kontinuitäten und Brüche in den Jahren 1933 bis 1945 aufzuhellen. Die vorliegende Arbeit hingegen wird durch ihren biographischen Ansatz die Jahre des „Dritten Reiches" gleichberechtigt in die Analyse miteinbeziehen und in diesem Zusammenhang nachzuweisen versuchen, in welch starkem Maße sich Vertreter der Abendland-Idee vor und nach 1933 dem Reichs-Begriff und damit letztlich den übernational-europäischen Ordnungsvorstellungen des Nationalsozialismus angenähert haben. Dieser Prozeß wurde bereits Anfang der dreißiger Jahre eingeleitet, als das „Abendland" in den Bannkreis der „Reichsideologie", der sogenannten „Konservativen Revolution" und des katholischen „Brückenbaus" zum Nationalsozialismus geriet.[53] Diese Tatsache ist bisher kaum beachtet worden, sie stellte jedoch eine tiefgreifende inhaltliche Verschiebung innerhalb der abendländischen Idee dar, die sich damit von einem verständigungsbereiten und in Richtung Frankreich orientierten Europamodell immer stärker auf „Mitteleuropa" und die Reichs-Idee ausrichtete.

Die Kontinuitäten dieser Umorientierung reichten bis in die fünfziger Jahre, ohne daß sie bisher näher untersucht wären. Dennoch hat die Abendländische Bewegung der jungen Bundesrepublik insgesamt mehr Aufmerksamkeit gefunden. Dabei sind vor allem die Arbeiten Axel Schildts hervorzuheben, der die Organisationsgeschichte der Abendländer erstmals sorgfältig nachzeichnete und die Bedeutung des Topos „Abendland" in Westdeutschland analysierte.[54] Jedoch fragt Schildt beinahe ausschließlich nach der innenpolitischen Dimension des Begriffs, und so spiegelt sich in seinen Arbeiten kaum, daß das „Abendland" auch, wenn nicht gar primär, eine Europaidee darstellte: Der Topos dient ihm vor allem dazu, das geistige Klima der fünfziger Jahre zu veranschaulichen. Auch die wenigen anderen Arbeiten zum „Abendland" und zur Abendländischen Bewegung der Nachkriegszeit lassen deren europäische Dimension mehr oder weniger unbeachtet.[55] Dem entspricht die Feststellung, daß der genuin übernational-europäische Zweig der Abendländischen Bewegung, das CEDI, bisher keinerlei Aufmerksamkeit in der Forschung gefunden hat, obwohl das CEDI in den fünfziger und sech-

---

[51] Am deutlichsten noch: Brelie-Lewien, Abendland und Sozialismus. Hürten, Der Topos vom christlichen Abendland.

[52] Pöpping, Abendland.

[53] Vgl. hierzu die wichtige Studie von Breuning, Die Vision des Reiches.

[54] Schildt, Zwischen Abendland und Amerika. Ders., Ideologie im Kalten Krieg. Ders., Ökumene wider den Liberalismus.

[55] Am deutlichsten noch: Hürten, Der Topos vom christlichen Abendland. Jost, Abendland-Gedanke.

ziger Jahren eine überaus rege Aktivität zur Verbreitung der Abendland-Idee entwickelt hat.[56]

Der Forschungsstand zur Vorgeschichte der West-Europaidee scheint auf den ersten Blick besser zu sein. Vor allem die Arbeiten von Walter Lipgens haben sich intensiv mit der Bedeutung der europäischen Widerstandsbewegungen im Zweiten Weltkrieg für die Herausbildung der europäischen Idee nach 1945 beschäftigt.[57] Anzumerken bleibt indes nicht nur, daß sich in Lipgens Arbeiten gelegentlich eben jener Idealismus findet, den Hartmut Kaelble der frühen Historiographie zur Geschichte der europäischen Idee vorgeworfen hat. Auch sind die behaupteten Kontinuitäten zwischen der europäischen Idee der Widerstandsbewegungen und jener der Nachkriegszeit, das ist bereits angeklungen, zumindest für den deutschen Fall von minderer Bedeutung. Andere Wurzeln der West-Europaidee der fünfziger und sechziger Jahre bleiben demgegenüber im dunkeln. Sicherlich kann die vorliegende Untersuchung auf Arbeiten zur Geschichte der Europa-Verbände in der Weimarer Republik zurückgreifen.[58] Doch selbst die Bedeutung des Exils scheint im Hinblick auf Kontinuitäten von Europakonzepten in der Nachkriegszeit noch ungenügend ausgelotet.[59] Vor allem aber gibt es kaum Untersuchungen, welche die fortlaufende Linie industriellen Engagements für einen europäischen Wirtschaftsraum, die sich durch die gesamte erste Hälfte des 20. Jahrhunderts zieht, über das Jahr 1945 hinaus analytisch umfassend erarbeiten. Die historische Forschung in der ehemaligen DDR hat zu diesem Komplex zwar Vorarbeiten geleistet, sich durch ein vorab ideologisch festgelegtes Ergebnis jedoch häufig selbst den Weg zu abgewogenen Urteilen verbaut.[60] Die vorliegende Untersuchung kann die Fragen nach Kontinuität zwischen „Großwirtschaftsraumplanungen" aus der Zeit des Nationalsozialismus und der EWG in den fünf-

---

[56] Ausnahmen stellen hier Arbeiten zu den deutsch-spanischen Beziehungen dar, in denen das CEDI erwähnt wird: Aschmann, „Treue Freunde ...". Weber, Spanische Deutschlandpolitik.

[57] Lipgens (Hg.), Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen. Ders., Ideas of the German Resistance. Vgl. auch: Loth, Die Résistance und die Pläne zu europäischer Einigung.

[58] Vgl. u.a.: Frommelt, Paneuropa oder Mitteleuropa. Heß, Europagedanke und nationaler Revisionismus. Holl, Europapolitik. Müller, Deutsch-französische Gesellschaftsbeziehungen.

[59] So behandeln einige Arbeiten die außenpolitischen Vorstellungen oder Europakonzepte des Exils, allerdings gehen sie nicht über 1945 hinaus, können also wirkliche Kontinuitäten kaum nachweisen. Vgl. in Auswahl: Behring, Demokratische Außenpolitik für Deutschland. Paul, Zauberformel vom vereinten Europa. Voigt (Hg.), Friedenssicherung und europäische Einigung.

[60] Vgl. in Auswahl: Drechsler/Dress/Hass: Der Platz Zentraleuropas. Eichholtz, Die IG-Farben-„Friedensordnung". Ders., Expansionsrichtung Nordeuropa. Piskol, Konzeptionelle Pläne und Maßnahmen der deutschen Monopolbourgeoisie. Ders., Nachkriegskonzeption der deutschen Monopolbourgeoisie. Schumann, Reichsgruppe Industrie. Ders., Die faschistische „Neuordnung" Europas. Ders., Wirtschaftspolitische Überlebensstrategie. Ders., Nachkriegsplanungen. Ders., Politische Aspekte der Nachkriegsplanungen. Ders./Bednareck, „Neuordnung" Europas. Siehe auch die Quellensammlungen: Schumann/Nestler (Hg.), Anatomie des Krieges. Opitz (Hg.), Europastrategien des deutschen Kapitals. Hass (Hg.), Anatomie der Aggression.

ziger Jahren zwar ebenfalls nicht umfassend beantworten. Indes wird sie am konkreten Beispiel führender Präsidiumsmitglieder der Europa-Union aus Industrie und Wirtschaft und ihrem Verhalten vor 1945 zumindest Entwicklungen und Tendenzen aufzeigen können.

Für die unmittelbare Nachkriegszeit ist die Literaturlage zur Geschichte der Europabewegungen hingegen ausgesprochen gut, dies vor allem aufgrund der Arbeiten von Walter Lipgens, aber auch der von Wilfried Loth.[61] Das wissenschaftliche Interesse an ihrer Geschichte konzentrierte sich indes bisher auf die vierziger und frühen fünfziger Jahre. Denn mit dem Scheitern des Modells der „Dritten Kraft", welches die Europabewegungen der ersten Stunde in idealistisch-euphorischer Art und Weise vertreten hatten, schienen die Europabewegungen ihre historische Möglichkeit, auf die nationalen Regierungen machtvoll einwirken und damit den Integrationsprozeß beeinflussen zu können, eingebüßt zu haben. Damit verliert sich auch das Interesse der Forschung an den europäischen Organisationen: Das spätere Wirken der Europabewegungen erschien offensichtlich zu unspektakulär im Vergleich zu den frühen Jahren. So existiert, abgesehen von einer Festschrift der Europa-Union selbst,[62] kaum Literatur zur Geschichte des Verbandes in den fünfziger Jahren, keine hingegen für die sechziger Jahre.[63]

Im Gegensatz zur disparaten Forschungslage kann der Quellenstand zum Thema als ausgezeichnet gelten. Zwar war es der Verfasserin – ebenso wie anderen vor ihr – nicht möglich, Zugang zum Archiv der Familie Waldburg-Zeil, welche die Abendländische Bewegung über beinahe zwei Jahrzehnte finanziert hat, zu erlangen und dort die Verbandsunterlagen der Abendländischen Akademie einzusehen.[64] Doch gelang es, diesen Mangel durch Parallelüberlieferungen in Nachlässen verschiedener Abendländer wettzumachen. Vor allem der Nachlaß von Hans-Joachim von Merkatz im Archiv für Christlich-Demokratische Politik gestattet

---

[61] Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik. Loth, Deutsche Europa-Konzeptionen. Ders., Rettungsanker Europa.

[62] Koppe, Das grüne E.

[63] Loth, Europa-Bewegung. Ruppert, Die Europa-Union Deutschland.

[64] Die Verfasserin erhielt auf ihre Anfrage die Antwort, daß die Bestände zur Abendländischen Bewegung „mit Rücksicht auf die Persönlichkeitsschutzrechte beteiligter Personen und die berechtigten Interessen Dritter Benützern vorerst nicht zugänglich gemacht werden" können. Brief Rudolf Beck, Fürstlich Waldburg-Zeilsches Gesamtarchiv an Vanessa Plichta, 30. 7. 1998. Warum die Familie Waldburg-Zeil bis heute so rigide in den Zugangsbestimmungen ihres Archivs ist, läßt sich nur vermuten. Die Angst, demokratiekritischen Gedankenguts überführt zu werden, kann es jedenfalls nicht sein, da die über Publikationen greifbaren Inhalte der Abendländischen Bewegung bereits eine deutliche Sprache sprechen. Möglicherweise ist es die massive finanzielle Unterstützung solcher demokratiekritischer Bestrebungen in Form von Organisationen und Publikationsorganen, von denen die Waldburg-Zeils nicht möchten, daß sie einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wird. Auch diese allerdings läßt sich über Parallelüberlieferungen nachweisen. Axel Schildt, dem der Zugang zum Familienarchiv ebenfalls verweigert wurde, vermutet übrigens, daß die Waldburg-Zeils gezielt Nachlässe anderer Abendländer in das Familienarchiv zogen, um eben jene Parallelüberlieferungen zu vermeiden. Vgl.: Schildt, Ökumene wider den Liberalismus, FN 6. Auch Dornheim, Adel in der bürgerlich-industrialisierten Gesellschaft, hat für seine familienbiographische Studie keinen Zugang zum Familienarchiv der Waldburg-Zeils erhalten.

es, die Geschichte der Abendländischen Bewegung umfassend zu rekonstruieren. Ergänzungen lieferten die ebendort gelagerten Nachlässe Gerhard Krolls und Friedrich August von der Heydtes sowie die im Bundesarchiv Koblenz liegenden Nachlässe Walter von Keudells, Heinrich von Brentanos und Hermann Pünders. Die Vorgeschichte der Abendländischen Bewegung ließ sich vor allem über umfangreiche Publikationen späterer Abendländer fassen; demgegenüber traten archivalische Quellen hier, abgesehen von den Personalbeständen Emil Franzel, Georg Stadtmüller und Friedrich August von der Heydte im ehemaligen Berlin Document Center im Bundesarchiv Berlin, eher in den Hintergrund.[65] Dennoch ergibt sich auch für die Jahre vor 1945 für die Abendländische Bewegung ein im Bezug auf die Quellen gesättigtes Bild.

Gleiches gilt für die Vorgeschichte der Europa-Union: Hier konnten die Nachlässe Wilhelm Heiles, der als Gründungsmitglied der Europa-Union an sein europäisches Engagement in der Weimarer Republik anknüpfte, im Bundesarchiv Koblenz sowie der Nachlaß Heinrich Ritzels, von 1937 bis 1947 Generalsekretär der Europa-Union Schweiz, im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn ausgewertet werden. Der Nachlaß Hans Albert Kluthes, Präsidialmitglied der Europa-Union in den fünfziger Jahren, im Bundesarchiv bot die Möglichkeit, die biographischen Erfahrungen eines Emigranten während des Nationalsozialismus und ihre Wirkungen auf die Entwicklung einer bestimmten Europakonzeption auszuloten. Hinzu kamen für die Europa-Union die Nachlässe der Generalsekretäre Hans-Joachim von Unger und Erich Roßmann sowie die Nachlässe der Präsidialmitglieder Ernst Friedländer, Paul Leverkuehn, Günter Henle, und Materialien zu Dieter Roser im Stadtarchiv Esslingen. Die im Archiv des Bankhauses Oppenheim eingesehenen Unterlagen gaben Aufschluß über die einflußreiche Rolle des Präsidenten der Europa-Union, Friedrich Carl von Oppenheim. Gleiches gilt für die im BDI-Archiv zur Person des Präsidialmitglieds Wilhelm Beutler, dem Geschäftsführenden Präsidialmitglied des BDI, durchgearbeiteten Akten. Zentraler Quellenbestand für die Europa-Union der Nachkriegszeit hingegen waren die (hier erstmals bearbeiteten) umfangreichen Verbandsunterlagen, die im Archiv der sozialen Demokratie in Bonn lagern, ergänzt durch die Bestände des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung und der Jungen Europäischen Föderalisten.

Um die Aktivitäten und Wirkungen der beiden untersuchten Organisationen auf die Politik beurteilen bzw. umgekehrt die Beurteilung der Verbände durch Politik und Verwaltung ausmachen zu können, wurden zusätzlich Bestände im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts (vor allem Abteilung und Referat Völkerbund, Politische Abteilung, Handelspolitische Abteilung, Büro der Staatssekretäre, Abteilung West) und im Bundesarchiv (Reichskanzlei, Bundeskanzleramt) herangezogen. Hinzu traten schließlich publizierte Quellen wie Zeitschriften und Einzelpublikationen der beiden Europagruppierungen.

---

[65] So konnten im Bundesarchiv z. B. die Bestände zur Deutsch-Spanischen Gesellschaft eingesehen werden, in der mit Hans-Joachim von Merkatz ein späterer Abendländer an der Europa-Propaganda des „Dritten Reiches" in Richtung Spanien mitarbeitete.

Aufbau der Arbeit

Die Arbeit gliedert sich in zwei Hauptteile. Im ersten Teil geht es um die Abendland-Idee (Teil I), während im zweiten Teil die West-Europaidee im Mittelpunkt steht (Teil II). Strukturell sind beide Teile in sich jeweils gleich aufgebaut: Am Anfang stehen Kapitel, welche nach organisatorischen und ideengeschichtlichen Wurzeln der jeweiligen Gruppierungen in den Jahren vor 1945 fragen: Existierten bereits Gruppen, die eine personelle und inhaltliche Kontinuität bis in die Nachkriegszeit hinein verkörperten (Teil I, Kap. I.1. und Teil II, Kap. I.1.)? Hinzu tritt jedoch der erwähnte biographische Ansatz, der sich den Kapiteln zu den organisatorischen Wurzeln anschließt. Die biographisch orientierten Kapitel werden an ausgewählten Beispielen die Wege einzelner Protagonisten hin zu jener Europa-Idee, die sie in der Nachkriegszeit vertraten, aufzeigen und dabei für die jeweiligen Ideen spezifische Strukturmerkmale aufdecken. Während diese bei der Abendländischen Bewegung insgesamt von starker Homogenität geprägt sind (Teil I, Kap. I.2.), ist das Bild, das sich von der Vorgeschichte der Europa-Union zeichnen läßt, weitaus disparater. Hier kamen ganz verschiedene Elemente zusammen, die die Kapitel zu den Wurzeln der West-Europaidee weniger geschlossen erscheinen lassen, als dies bei der abendländischen Idee der Fall ist (Teil II, Kap. I.2.).

Es folgen in beiden Hauptteilen nach diesen Ausführungen zu Zwischenkriegszeit und Zweitem Weltkrieg dann Kapitel zu den Jahren nach 1945 (Teil I, Kap. II. und Teil II, Kap. II.). Dabei haben sich bei beiden Organisationen ähnliche Periodisierungen ergeben. Jeweils ist eine Frühphase der unmittelbaren Nachkriegszeit (Teil I, Kap. II.1. und Teil II, Kap. II.1.) bis an die Schwelle der fünfziger Jahre organisatorisch wie von den vertretenen inhaltlichen Positionen deutlich zu unterscheiden von einer späteren Phase in den fünfziger Jahren selbst (Teil I, Kap. II.2. und Teil II, Kap. II.2.). Und für beide Verbände bedeuteten schließlich die sechziger Jahre Wandel und Umbruch, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß (Teil I, Kap. II.3. und Teil II, Kap. II.3.). Jeweils drei Kapitel widmen sich also in den Teilen für die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg diesen unterschiedlichen Perioden in der Geschichte der Abendländischen Bewegung und der Europa-Union. Der Schlußteil der Arbeit schließlich wird die beiden Hauptkapitel zusammenbinden: Er wird die beiden betrachteten Ideen in den weiteren Kontext der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert einbinden und den Bogen von den frühen zwanziger bis zum Ende der sechziger Jahre spannen. Während der Frage nach Kontinuität und Wandel deutscher Europaideen, ihren Trägergruppen und Interessen im Verlauf der Arbeit am konkreten Beispiel nachgegangen wird, richtet sich der Blick zum Schluß wieder – über das konkrete Beispiel hinaus – auf das „Europa" der Deutschen.

Erster Teil:
Abendländische Idee und Abendländische Bewegung (1920–1970)

I. Wege ins „Abendland" (1920–1945)

1. Der Abendland-Kreis in der Weimarer Republik

Als im Jahre 1946 in Augsburg eine Zeitschrift mit dem Namen *Neues Abendland. Zeitschrift für Politik, Kultur und Geschichte* ins Leben gerufen wurde, jene Zeitschrift, die das zentrale Organ der Abendländischen Bewegung werden sollte, war dieser Name keineswegs zufällig gewählt. Ganz deutlich wollte man vielmehr die Nachfolge einer Zeitschrift der Zwischenkriegszeit antreten, der Zeitschrift *Abendland. Deutsche Monatshefte für europäische Kultur, Politik und Wirtschaft.* Jener kleine Kreis des Jahres 1946, aus dem sich die Abendländische Bewegung entwickeln sollte, stellte sich damit in bewußte Kontinuität zu den Jahren der Weimarer Republik. Und auch der Sache nach bestand diese Kontinuität: Im *Neuen Abendland* schrieben zahlreiche Autoren, die schon im *Abendland* der Weimarer Jahre zur Feder gegriffen hatten. Hier lagen die organisatorischen, und wie zu zeigen sein wird, auch die ideellen Wurzeln der Abendländischen Bewegung der Nachkriegszeit. Woran aber, an welche Ideen, Traditionen oder Personen knüpfte man nun in Augsburg im Jahre 1946 an?

Abendländische Verständigungsbemühungen in der Locarno-Ära: die Zeitschrift Abendland

Zunächst einmal griff man mit dem „Abendland" einen Begriff auf, der sich in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland äußerster Beliebtheit erfreute. Freilich konnte er auf eine jahrhundertlange begriffsgeschichtliche Tradition zurückblicken.[1] Die deutsche Form des im Mittelalter geläufigen „Occident" bürgerte sich in den Reformationsjahren ein. Lange vorwiegend geographisch definiert, formten sich erst im Verlauf des 19. Jahrhundert eigenständige, vor allem historisierende Inhalte des Abendland-Begriffs aus. Dabei kam der Romantik eine wichtige Rolle zu.[2] Den entscheidenden Einschnitt jedoch bildete der Erste Weltkrieg, in dessen Folge sich das Bewußtsein für die Notwendigkeit einer stabilen europäischen Ordnung schärfte. Damit kam es auch zu einer Aufwertung europäischer Topoi im deutschen Sprachgebrauch. Der Begriff „Abendland" fand sich fortan deutlich häufiger, Heinz Gollwitzer spricht gar von seinem „Durch-

---

[1] Zur wortgeschichtlichen Entwicklung vgl. immer noch: Gollwitzer, Europabild und Europagedanke, vor allem: Prolegomena. Zu „Europa" vor dem 20. Jahrhundert siehe auch (in Auswahl): Barraclough, Europa, Amerika und Rußland. Fischer, Oriens-Occidens-Europa. Hübinger, Abendland, Christenheit, Europa. Malettke, Europabewußtsein und europäische Friedenspläne. Schmidt, The Establishment of „Europe".

[2] Vgl. vor allem die Arbeiten Lützelers: Ders. (Hg.), Hoffnung Europa. Ders. (Hg.), Plädoyers für Europa. Ders., Der Schriftsteller als Politiker. Ders., Die Schriftsteller und Europa.

bruch".[3] Dabei verweist er auf den enormen Einfluß Oswald Spenglers. Dessen Buchtitel vom „Untergang des Abendlandes" gerann zu einem stehenden Topos der ersten Nachkriegszeit (und weit darüber hinaus), dem sich ungezählte akademische und publizistische Beiträge widmeten. Noch im untergegangenen Kaiserreich wurzelnd, entwickelte sich Spenglers „Morphologie der Weltgeschichte", die die eigene Gegenwart mit starkem kulturpessimistischen Grundton beschrieb, zu einem der zentralen Interpretationsschemata der jungen Weimarer Republik, und in jedem Fall brachte dieses zweibändige Werk mit seinen hohen Auflagen den Deutschen den Begriff des „Abendlandes" ins Bewußtsein.[4] Dies galt auch für diejenigen, die Spenglers Sicht nicht teilten.

Kritik an seinem Konstrukt kam unter anderem von katholischer Seite, gerade weil man hier – zurückreichend auf romantische Traditionen des 19. Jahrhunderts – das „Abendland" als einen dem katholischen Weltanschauungsgebäude zugehörigen Begriff interpretierte. Im katholischen (intellektuellen) Milieu stand das „Abendland" für die gemeinsamen kulturellen Wurzeln der europäischen Völker in einer vergangenen, vorreformatorischen, christlich-katholischen Einheit, gestiftet durch die mittelalterliche Kirche und das „Sacrum Imperium". Dem Kulturpessimismus und Untergangsszenario Spenglerscher Prägung glaubte man unmittelbar nach Kriegsende ein „positives Abendland" katholischer Provenienz entgegensetzen zu können.

Während der katholische Bevölkerungsanteil in den Jahren des Kaiserreiches auch nach dem Ende des „Kulturkampfes" am gesellschaftlichen und politischen Leben auf nationaler und gesamtgesellschaftlicher Ebene eher marginal teilhatte, in jedem Fall aber außerhalb des katholischen Milieus katholische Wertvorstellungen und Ordnungsmodelle in der deutschen Gesellschaft kaum Prägekraft entfalten konnten, schien das Ende des Ersten Weltkrieges den Zusammenbruch der preußisch-protestantischen Gesellschaft und ihrer Ordnungsprinzipien zu bedeuten. Viele Katholiken begriffen diese Situation als einmalige Chance, katholische Ordnungsvorstellungen und Werte nun gesellschaftsgestaltend wirksam machen zu können und „den Katholizismus als Vision einer besseren Zukunft vorzuführen".[5] Das sich aus dieser Situation entwickelnde, durch ein erhebliches gesellschaftliches Bedürfnis nach Religiosität[6] noch geförderte katholische Hochgefühl gleicht übrigens in vielem jenem nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, als wiederum das „Abendland" vorübergehend zur Leitkategorie politischer, gesellschaftlicher und kultureller Erneuerungsbemühungen werden konnte. Doch dazu später.

---

[3] Gollwitzer, Europabild und Europagedanke, S. 15.

[4] Spengler, Der Untergang des Abendlandes. Literatur zu Spengler in Auswahl: Dorowin, Retter des Abendlandes. Felken, Oswald Spengler. Lantink, Oswald Spengler oder die „Zweite Romantik". Merlio, Oswald Spengler. Ders., Spengler ou le dernier des Kulturkritikers. Vollnhals, Oswald Spengler und der Nationalsozialismus.

[5] Ruster, Die verlorene Nützlichkeit der Religion, S. 16f. Vgl. auch Hürten, Deutsche Katholiken, S. 63–74. Richard van Dülmen bezeichnet die Zeit nach 1918 als „zweite große Emanzipationsbewegung des Katholizismus". Vgl. ders., Katholischer Konservatismus, S. 254.

[6] Hürten, Deutsche Katholiken, S. 63.

Die Katholiken der frühen Weimarer Jahre glaubten, den „Kampf der Weltanschauungen" zwischen Liberalismus und Christentum bzw. Katholizismus, der in ihren Augen spätestens seit der Französischen Revolution tobte, nun für sich entscheiden zu können. Die Hoffnung, die „liberalistische" Moderne durch klassisch katholische Deutungsmuster revidieren zu können, kam vielleicht am deutlichsten in der 1924 von dem Theologen Peter Wust ausgerufenen „Rückkehr aus dem Exil" zum Ausdruck: „Wie ein mittelalterlicher Burgwart, so trete ich an die Brüstung des Turmes und rufe es laut ins heimische Land: Deutsche Katholiken, eure Stunde ist gekommen."[7]

Vor dem Hintergrund dieser Aufbruchsstimmung kam dem Topos vom „Abendland" besondere Bedeutung zu: Denn in den frühen zwanziger Jahren, als die Suche nach neuen europäischen Ordnungsmodellen durch die Schrecken des Krieges und die Situation der Nachkriegszeit in Intellektuellenkreisen angeregt worden war, schien die traditionell übernationale Ausrichtung der Katholiken Orientierung zu bieten.[8] Angestoßen durch die beginnende internationale Verständigung im Umfeld der Locarno-Verträge entwickelte sich das „Abendland" seit Mitte der zwanziger Jahre zur zentralen Leitkategorie in jenen Teilen des katholischen Intellektuellenmilieus, welche an einer europäischen Verständigung interessiert waren. Dabei läßt sich mit dem Kreis katholischer Intellektueller, der sich um die Zeitschrift *Abendland* gruppierte, eine Kerngruppe ausmachen, die die abendländische Idee in der Locarno-Phase exemplarisch vertrat, und an welche die Abendländische Bewegung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges personell und inhaltlich anknüpfte.[9]

Allerdings läßt sich bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges kaum von einer eigenständig organisierten Abendländischen Bewegung sprechen: statt dessen fühlte sich die hier betrachtete Trägergruppe der abendländischen Idee eng den katholischen Laienverbänden verbunden. Zwar war das katholische Verbandswesen nach dem Ersten Weltkrieg bereits von Auflösungserscheinungen betroffen,[10] gleichzeitig aber diversifizierte es sich erheblich und erlebte in Teilbereichen einen starken Aufschwung. So war das katholische Verbandsleben insgesamt in der Weimarer Republik noch deutlich besser entwickelt als nach 1945, als sich vor allem seit Ende der fünfziger Jahre die Auflösung des katholischen Milieus bemerkbar machte. Das „Hochgefühl" deutscher Katholiken nach dem Ende des Ersten Weltkrieges führte schon bald auch zu Verbandsgründungen. Neben den traditionellen (Laien-)Verbänden entwickelten sich nun neue katholische Organisationen, die vor allem die Jugend und katholische Akademiker ansprechen wollten.

---

[7] Wust, Die Rückkehr des deutschen Katholizismus. Der Anspruch, auf die Herausforderungen der Moderne mit rein katholischen Orientierungsmustern zu reagieren, war auch von katholischer Seite nicht unwidersprochen hingenommen worden. Vgl. Ruster, Die verlorene Nützlichkeit der Religion, S. 88–90.

[8] Hürten, Der Topos vom christlichen Abendland, S. 142.

[9] Die protestantischen Vertreter der Abendland-Idee stellten sowohl vor wie auch nach 1945 immer eine Minderheit dar; das „Abendland" war trotz aller überkonfessionellen Beteuerungen fest im Katholizismus verwurzelt. Dem „ökumenischen" Aspekt des „Abendlandes" widmete sich jüngst die Arbeit Dagmar Pöppings, Abendland.

[10] Hürten, Deutsche Katholiken, S. 119.

Diesen Gruppierungen waren die Träger des Abendland-Gedankens in der Weimarer Republik eng verbunden. Daher hatte es der Abendland-Kreis letztlich gar nicht nötig, sich selbst eine eigenständig-organisatorische Struktur zu geben. Da seine Mitglieder sich eindeutig dem Katholizismus zuordneten, verstanden sie sich auch als Teil des katholischen Verbandslebens. Um die spezifische Abendland-Idee zu verbreiten, genügte die Publikation einer Zeitschrift mit dem Titel *Abendland*, die überdies noch durch anderweitige Schriften von Abendländern ergänzt wurde. Darüber hinaus boten sich die Kongresse und Tagungen der katholischen Verbände als Plattform zur Verbreitung abendländischer Ordnungsvorstellungen an – und genügten offenbar auch vollkommen.[11]

Von besonderer Bedeutung waren dabei jene Verbände, die der sogenannten „Liturgischen Bewegung" nahestanden. Die enge Verbindung von Abendland-Idee und dieser katholischen Erneuerungsbewegung ging nicht zuletzt auf den Bonner Romanisten Hermann Platz zurück. Immer wieder hat die Forschung auf seine zentrale Rolle für die Verbreitung der abendländischen Idee in der Weimarer Republik verwiesen. In der Tat gehörte Platz auf katholischer Seite zu den aktivsten Protagonisten einer deutsch-französischen Verständigung während der Weimarer Republik. Diese stellte er vor allem unter den Abendland-Topos, so daß Heinz Hürten betont, Platz habe das Abendland-Thema „geistreich und ausdauernd wie kein anderer im katholischen Deutschland [der Weimarer Republik] verfochten".[12] Platz hatte zahlreiche Kontakte nach Frankreich, und nicht nur beruflich haben ihn französische Kultur und Wissenschaft beeinflußt. Auch seine religiöse Grundhaltung empfing schon früh aus Frankreich Anregung. So ist sein Name eng verbunden mit der seit dem Ersten Weltkrieg im Deutschen Reich aufkeimenden „Liturgischen Bewegung", die vor 1914 in Frankreich und Belgien entstanden war.[13] Dieser ging es – ohne hier näher auf theologische Inhalte eingehen zu können – darum, der Liturgie im Leben des einzelnen Gläubigen einen neuen Platz zu geben. Durch gemeinsames Beten, durch vertiefte Kenntnis kirchlicher Texte und Riten würde sich der Gläubige in die Gemeinschaft der Betenden stärker als zuvor einfühlen und durch die aktive Teilnahme am Gottesdienst auch ein neues Kirchengefühl entwickeln können.[14] Zur Verbreitung dieser Bewegung mit beigetragen hatte eine kleine Gruppe Straßburger Studenten, unter ihnen Hermann Platz. Diese Gruppe stand wiederum in Kontakt mit der Benediktinerabtei Maria Laach in der Eifel, einer Abtei, mit der auch die Abendländische Bewegung nach 1945 noch in Kontakt stehen sollte.[15] Von dort aus weitete sich die Bewe-

---

[11] Als Beispiel sei hier nur die Tagung des Katholischen Akademikerverbandes (KAV) im September 1928 genannt, die unter dem Thema „Abendland" stand. Vgl. Spael, Wilhelm: Die Abendland-Tagung von Konstanz. Nachwort zur Herbsttagung des Katholischen Akademikerverbandes, in: Abendland 3 (1928), S. 355–357.

[12] Hürten, Der Topos vom christlichen Abendland, S. 134. Zu Hermann Platz siehe auch die verschiedenen Aufsätze in: Berning (Hg.), Hermann Platz.

[13] Zur katholischen Erneuerungsbewegung vgl. in Auswahl: Baumgartner, Auswirkungen der Liturgischen Bewegung. Berning, Geistig-kulturelle Neubesinnung. Hürten, Deutsche Katholiken. Schroeder, Aufbruch und Mißverständnis.

[14] Rink, Ildefons Herwegen, S. 68.

[15] Vgl. Berning, Hermann Platz. Romanist und katholischer Kulturphilosoph. Vgl. auch:

gung seit 1913 kontinuierlich aus. Dabei stieß sie gerade bei der katholischen Jugend auf positive Resonanz.[16] Um aber nicht nur der Jugend, sondern auch „akademisch gebildeten Katholiken zur Vertiefung ihres religiösen Wissens und zu stärkerer Bindung an das Leben der Kirche Anregung und Hilfe zu geben",[17] gründete Hermann Platz 1913 zusammen mit seinem Freund Theodor Abele den Katholischen Akademikerverband (KAV), mit dem der Abendland-Kreis eng verbunden war.

Nach dem Abklingen der internationalen Spannungen im Zusammenhang mit der Ruhrbesetzung 1923 veröffentlichte Platz 1924 seine zentralen Arbeiten über das „Abendland".[18] Daraus entwickelte sich die Zeitschrift *Abendland. Deutsche Monatshefte für europäische Kultur, Politik und Wirtschaft.* Im Oktober 1925 zum ersten Mal erschienen, richtete sich das Blatt, unter Leitung des katholischen Schriftstellers und Publizisten Friedrich Schreyvogl, an einen katholisch-akademischen Leserkreis. Von Anfang an begleitete eine ganze Schar bekannter Namen des Weimarer Katholizismus als Herausgeber die Entwicklung des *Abendlandes.*[19] Aus denselben Kreisen speiste sich anfangs auch sein Mitarbeiterkreis, während in späteren Jahrgängen zunehmend auch französische Autoren in der Zeitschrift publizierten. Grundsätzliches Ziel war es, „aus bodenständiger Kraft eine Bewegung [entstehen zu lassen], die das Abendländische als Idee und Kraft herausarbeitet und ins Bewußtsein hämmert".[20] Freilich darf man den Gebrauch des Wortes „Bewegung" in diesem Zusammenhang nicht mißverstehen: Den Herausgebern ging es primär darum, die grundlegenden Prinzipien des „Abendlandes" zu verdeutlichen, die eben viel mehr bedeuten sollten als politische und wirtschaftliche Annäherung der europäischen Staaten. „Die Vereinigten Staaten von Europa müssen das Ergebnis einer Welt sein, die von einer europäischen Ordnung gestaltet ist, eine Gesinnung, ein Bekenntnis, ein neuer Menschentypus, jedenfalls ein Punkt über der Politik muß die Kraft abgeben. [...] Das Abendland ist nicht ein beliebiger politischer Einfall, sondern die letzte reife Frucht, die vom Baume der christlichen Erkenntnis als endgültige Formel für das Leben in Gemeinschaft fällt."[21] Statt politische Zielvorstellungen näher zu skizzieren, widmete sich besonders der erste Jahrgang der Zeitschrift der selbstgestellten Aufgabe, die Bedeutung des Begriffes „Abendland" in aller Tiefenschärfe auszuloten; später nahm die Anzahl der konkreteren, auf Tagespolitik bezogenen Beiträge zu. So kann man das

---

Platz, Hermann: Erste Begegnung mit Maria Laach, in: Das Wort in der Zeit 2 (1934/35), S. 508–515. Wiederabgedruckt in: Berning (Hg.), Hermann Platz, S. 98–108.

[16] Zur katholischen Jugendbewegung immer noch: Henrich, Die Bünde katholischer Jugendbewegung.

[17] Hürten, Deutsche Katholiken, S. 66.

[18] Platz, Um Rhein und Abendland. Ders., Deutschland, Frankreich und die Idee des Abendlandes.

[19] Friedrich Schreyvogl, Goetz Briefs, Alois Dempf, Konrad Beyerle, Theodor Brauer, Ignaz Seipel und Hugo Graf Lerchenfeld sind neben Hermann Platz die bekanntesten Namen. Hinzu kamen etwa Franz Xaver Münch, Wilhelm Hamacher, Johannes Horion, Richard Kuenzer und Julius Stocky.

[20] Aufruf, in: Abendland 1 (1925/26), S. 3.

[21] Schreyvogl, Friedrich: Kampf um das Abendland, in: Abendland 1 (1925/26), S. 12 (Sperrung im Original).

Abendland mit Heinz Hürten „als zuverlässiges Instrument katholischer Information von europäischem Horizont" bezeichnen.[22]

Damit vertrat das *Abendland* ein für die zwanziger Jahre typisches Verständigungskonzept. Man begriff Verständigung primär als kulturelle Begegnung nationaler Eliten. Aufklärung über den fremden Nachbarn im Westen wollte man leisten und sich dabei auch „des Trennenden bewußt werden als Zweck und Ziel von Völkerverständigung".[23] Dieses sozial exklusive Verständigungskonzept schränkte sich im Falle des *Abendlandes* noch weiter ein. Denn obwohl Hermann Platz selbst sich immer wieder die Ökumene zur Aufgabe gemacht hatte, spiegelt sich dieser Anspruch im *Abendland* kaum.[24] Bedenkt man, daß die Zeitschrift von der Liturgischen Bewegung geprägt war, so kann dies nicht verwundern. Denn diese Erneuerungsbewegung war eben keine ökumenische, sondern eine dezidiert katholische Bewegung, die den Protestantismus kritisch beurteilte:[25] Ebenso wie „Abendland" ein letztlich katholisches, weil vor-reformatorisches Konzept war, blieb auch der Abendland-Kreis am Katholizismus und seiner Organisation orientiert.

Die Publikation des *Abendlandes* beschränkte sich auf die Jahre der Verständigungs- und Entspannungspolitik: Mit dem fünften Jahrgang 1929/1930 stellte die Zeitschrift aufgrund wirtschaftlicher Probleme ihr Erscheinen ein.[26] Neben der schwierigen wirtschaftlichen Lage ging wohl, angesichts des sich verschlechternden internationalen Klimas, auch das Interesse an einer auf Verständigung bedachten Zeitschrift zurück, ebenso wie ja auch die europäischen Verbände, etwa die Paneuropa-Union oder der Verband für Europäische Verständigung, zur gleichen Zeit in finanzielle Schwierigkeiten gerieten.[27] Damit ging den verständigungsbereiten katholischen Kräften im Deutschen Reich ihr wichtigstes Organ verloren, welches fünf Jahre lang für einen politischen Ausgleich und gesellschaftlich-kulturellen Austausch mit den westlichen und östlichen Nachbarn Deutschlands unter der Idee des „Abendlandes" geworben hatte.

---

[22] Hürten, Der Topos vom Christlichen Abendland, S. 139.

[23] Arend, Gleichzeitigkeit des Unvereinbaren, S. 131–149, hier S. 140. Vgl. zu den Verständigungskonzepten der zwanziger und dreißiger Jahre vor allem auch die Arbeiten Hans Manfred Bocks: Ders., Kulturelle Eliten. Ders., Zwischen Locarno und Vichy.

[24] Vgl. dazu, teils anders argumentierend, Pöpping, Abendland, S. 149–156.

[25] Vgl. Baumgartner, Auswirkungen der Liturgischen Bewegung, vor allem S. 131.

[26] Vgl. Brief Konsul Stocky (eines der Herausgeber des *Abendlandes*) an Hermann Pünder in der Reichskanzlei, 30. 4. 1929, in: BA N 1005, 652: „Wie Ihnen [...] bekannt ist, hat sich die Bedeutung der Zeitschrift *Abendland* inzwischen noch erheblich gesteigert. Es gibt kaum eine deutsche politische Zeitschrift, die sich im Ausland einer solchen Beliebtheit erfreut; besonders in Frankreich wird sie außerordentlich beachtet. Leider ist bei dem hohen Niveau des *Abendlandes* der Kreis der Interessenten naturgemäß ein zahlenmäßig nicht zu großer. Es wäre aber von großem politischen Nachteil, wenn das *Abendland* gezwungen würde, sein Erscheinen einzustellen." Die Bitte um finanzielle Unterstützung wurde von der Reichskanzlei abgelehnt, nachdem die Zeitschrift zu einem früheren Zeitpunkt bereits 43 000 RM erhalten hatte. Vgl. Brief Pünder an Stocky, Mai 1929 (ebenda).

[27] Vgl. auch die Bemerkung Klaus-Peter Hoepkes, daß Zeitschriften, „in denen die politische Thematik katholisch-konservativer Färbung überwog [...] niemals recht aus den geschäftlichen Kalamitäten heraus[kamen]". Ders., Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus, S. 75.

Die Idee vom „Abendland" in den zwanziger Jahren

Vom „unpolitischen" Mittelalter

Wie viele ihrer Zeitgenossen betrachteten auch die Abendländer die nationale wie internationale Ordnung nach dem Ersten Weltkrieg als chaotisch und zersplittert. Doch stellten sie dem die Vision eines geeinten, versöhnten Kontinents gegenüber, wobei die Träger abendländischer Überzeugung ihr Zukunftsgemälde beinahe ausschließlich mit Farben malten, die aus dem Malkasten der Geschichte stammten. Im Zentrum ihres „Abendlandes" stand die Überzeugung, daß die europäische Einheit bereits einmal verwirklicht gewesen sei: Anknüpfend an die Mittelalter-Begeisterung der deutschen Romantik skizzierten die Abendländer in einem idealisierten Bild des Mittelalters die Vorgaben, von denen eine Erneuerung des „Abendlandes" ausgehen sollte. Zwar betonte man immer wieder: „mit dem Worte – zurück zum Mittelalter – allein ist niemand gedient".[28] Dennoch erschien den Abendländern die mittelalterliche Gesellschaft nach einer gottgewollten Ordnung gegliedert, „bodenwüchsig und universal zugleich, [...] unter dem natürlichen Gesetz des schrittweisen Aufbaus von unten nach oben, von innen nach außen, vom Kleinen zum Großen – organisch!"[29] Zusammengehalten durch den Glauben sahen sie das Mittelalter „seiner Idee nach als die von Gott gewollte Verwirklichung des großen Gedanken der civitas Dei".[30] Immer wieder schilderten Artikel den mittelalterlichen Universalismus als vorbildlich für die Gemeinschaft der europäischen Völker:[31] Eine vom Nationalismus nicht zerrissene Völkerfamilie, politisch verbunden im „Heiligen Römischen Reich deutscher Nation", religiös geeint durch die katholische Kirche. „Die Jahrhunderte nachher entfernen sich eben um so viel von jener eindrucksvollen und glücklichen Lebenshöhe des Mittelalters, als sie dieses Lebensgesetz aus dem Auge verlieren."[32] Die Auflösung dieser „gottgewollten" Ordnung durch Reformation, Aufklärung, die Ausbildung der Nationalstaaten und im Anschluß daran den sich entwickelnden überbordenden Nationalismus, indem sich die europäischen Gesellschaften immer weiter vom vermeintlichen Ideal einer universalen, organisch-subsidiär gegliederten und christlich ausgerichteten Ordnung entfernt hätten, habe eine Katastrophe wie den Ersten Weltkrieg erst möglich gemacht (die identische Argumentation nutzten Katholiken dann auch nach 1945, um Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg zu erklären). Wolle man nun Europa aus dem Chaos der Nachkriegszeit

---

[28] Silva-Tarouca, Egbert: Rom und Moskau, in: Abendland 1 (1925/26), S. 105–110, hier S. 106.

[29] Lotz, Albert: Europa oder Abendland, in: Abendland 1 (1925/26), S. 216f., hier S. 217.

[30] Ebers, Godehart: Die Völkergemeinschaft, in: Abendland 2 (1926/27), S. 79–82, hier S. 80.

[31] Vgl. zum Mittelalter-Bild in Auswahl: Platz, Hermann: Abendländische Vorerinnerung, in: Abendland 1 (1925/26), S. 4–6. Hugelmann, Carl: Das Abendland und der deutsche Nationalstaat, in: Abendland 1 (1925/26), S. 227–229. Eibl, Hans: Die Idee der abendländischen Politik, in: Abendland 1 (1925/26), S. 232–328. Silva-Tarouca, Egbert: Rom und Moskau, in: Abendland 1 (1925/26), S. 105–110. Ebers, Godehart: Die Völkergemeinschaft, in: Abendland 2 (1926/27), S. 79–82.

[32] Schreyvogel, Friedrich: Paneuropa oder Abendland, in: Abendland 1 (1925/26), S. 175–178, hier S. 176.

herausführen, weise allein der universalistische Geist „zwischen engem Nationalismus und uferlosem Internationalismus [also dem Sozialismus bzw. Kommunismus] den richtigen Weg".[33]

Bevor politische Programme zur Einigung des europäischen Kontinents wirksam werden könnten, müßte ein anderer „Geist" in Europa einziehen, der Geist der Verständigung, des Verständnisses oder zumindest des Bemühens um Verstehen der fremden Nachbarn. Und diesen „Geist" gelte es in Europa zu schaffen. Mit diesem Ansatz war nicht zuletzt die Überzeugung verknüpft, daß wenn erst die Vorstellungswelt verändert sei, auch die Realitäten sich ändern würden – was bereits in den zwanziger Jahren als ein dem „Vulgärmarxismus" entsprechender „Vulgärkatholizismus" bezeichnet wurde.[34] Ein gewisses Maß an politischem Realismus ist diesem Ansatz nicht abzusprechen. Denn die verständigungsbereiten Kreise befanden sich selbst Mitte der zwanziger Jahre, zu Hochzeiten der Verständigungspolitik also, nicht nur im Deutschen Reich gegenüber den „Revanchisten" deutlich in der Minderheit – ohne Unterstützung des Wahlvolkes jedoch konnte eine verständigungsbereite Politik auf Dauer nicht erfolgreich sein.[35] So stand man in den ersten Ausgaben der Zeitschrift *Abendland* politischen Aktivitäten zur Einigung Europas sogar ablehnend gegenüber, aus der Überzeugung heraus, daß die entstehenden politischen Konstruktionen ohne den nötigen „Geist" nicht lebensfähig sein würden. Dies läßt erahnen, daß es den Abendländern nicht allein darum ging, eine verständigungsbereite Stimmung zu schaffen. Der beschworene „abendländische Geist" sollte eben der Geist des (katholischen) Christentums sein, der wiederbelebt werden müsse, ehe das „Abendland" zu seiner Erneuerung fände. Die implizite Forderung der Rechristianisierung, die damit einherging, gab dem „Abendland" einen hochidealistischen, romantischen Beigeschmack.[36]

Mit dem Abschluß der Locarno-Verträge und der sich daran anschließenden „Verständigungseuphorie" nahm man in abendländischen Kreisen jedoch teilweise Abstand von der Überzeugung, erst den „Geist" wiederzuerwecken, bevor die Politik handelnd folgen könne. Nun hoffte man, die einsetzenden politischen Bemühungen insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich im Gleichschritt mit der Wiederbelebung eines „abendländischen" Einheitsgefühls auf christlicher Grundlage verwirklichen zu können. Somit unterschieden sich die Abendländer in der Mitte der zwanziger Jahre zumindest in Ansätzen von jenen Konservativen, die die Tagespolitik in allen ihren Ausprägungen, insbesondere aber in ihrer demokratisch-pluralistischen Konflikthaftigkeit, grundsätzlich ablehnten und sich auf einen vermeintlich weit über dem Tagesgeschehen liegenden Punkt zurückzogen. Vielmehr bemühte sich der Abendland-Kreis tatsächlich,

---

[33] Ebers, Godehart: Die Völkergemeinschaft, in: Abendland 2 (1926/27), S. 79–82, hier S. 82.

[34] Vgl. Dirks, Erbe und Aufgabe, S. 135–139. Siehe auch: Baumgartner, Auswirkungen der Liturgischen Bewegung, S. 127.

[35] Bock, Kulturelle Eliten, S. 78.

[36] Zu diesen Rechristianisierungsforderungen, die in ganz ähnlicher Form auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges auftauchen sollten, vgl. Greschat, „Rechristianisierung" und „Säkularisierung".

durch Berichterstattung über das politische Geschehen in Deutschland, Frankreich und dem Rest Europas an den Debatten um die Verständigungspolitik im positiven Sinne teilzuhaben und die Stresemannsche Politik zu unterstützen. Vorstellungen über eine politische Ausgestaltung des zukünftigen Europa verbanden sich damit freilich nicht. Es ging nicht um politische „Integration" oder „Föderation", sondern um „Verständigung" gleichberechtigter Nationen.

Trotz dieser „Politisierung" nach Locarno ist die Abendland-Idee nicht zu trennen von dem Fundament eines katholischen Strebens nach Rechristianisierung, gespiegelt in der Vision eines idealisierten Mittelalters. Tatsächlich mußten die deutschen Katholiken bis in die Vormoderne zurückgehen, um eine Gesellschaft zu finden, in der ausschließlich katholische Ordnungsvorstellungen politisch wirksam gewesen waren. Allerdings muß man betonen, daß die rückwärts gewandte Fiktion eines „abendländischen Mittelalters" mit der historischen Realität so gut wie nichts zu tun hatte: Das „Mittelalter" diente dazu, katholische Ordnungsvorstellungen zu skizzieren und ihnen durch den Anstrich vermeintlicher historischer Realität einen größeren Wirkungsanspruch zu verschaffen. Was in der „guten alten Zeit" bereits einmal gewesen war, schien seine Tauglichkeit doch bereits bewiesen zu haben.

Die Instrumentalisierung von Geschichte wird in ihren problematischen Ausprägungen an der Idee des „Abendlandes" überdeutlich. Allerdings standen die Abendländer mit ihrer speziellen Form des Geschichtsverständnisses nicht allein: Die Weimarer Republik, in der ein Großteil der Zeitgenossen unabhängig davon, ob sie die staatliche Ordnung nun aktiv bekämpften oder nur eine passiv-abwartende Haltung einnahmen, übereinstimmten, daß die Staats- und Gesellschaftsordnung der Gegenwart nicht dauerhaften Bestand haben werde, kannte den Kampf um die Vergangenheit und ihre Deutung als typisches Merkmal der politischen Auseinandersetzung.[37] Insbesondere konservative Kreise, für die der historische Bezug immer ein konstitutives Merkmal darstellte, beriefen sich in den unterschiedlichsten Formen auf die Vergangenheit.[38] Die Beschwörung eines christlich-katholischen Mittelalters war dabei nur eine Spielart, der andere, wie etwa die Berufung auf „Preußen", auf das untergegangene Kaiserreich oder auch (in zunehmend Maße völkisch aufgeladen) auf die germanische Frühzeit gegenüberstanden.

Das beschriebene Geschichtsbild, in dessen Zentrum ein fiktives Mittelalter stand, bildete indes einen konstituierenden Bestandteil der Idee vom „Abendland". Und dies nicht nur in der Mitte der zwanziger Jahre, sondern über den gesamten hier betrachteten Zeitraum hinweg. Erst im Verlauf der sechziger Jahre verschwanden die „mittelalterlichen" Anklänge in der abendländischen Idee vollständig. In den Jahrzehnten zuvor kam das „Abendland" ohne dieses pseudo-historische Fundament nicht aus: Zwar konnten die aus dem Mittelalter-Bild abgeleiteten Folgerungen insbesondere in bezug auf die Rolle Deutschlands in Europa durchaus variieren, dennoch bildete die beschriebene Fiktion vom Mittelalter den Fels, auf den das „Abendland" gebaut war.

---

[37] Sieh auch: Oexle, Das Mittelalter und das Unbehagen an der Moderne.
[38] Vgl. hierzu immer noch: Sontheimer, Antidemokratisches Denken.

Eine solche Haltung, welche sich auf vermeintlich unpolitische, ewige „Werte" jenseits tagespolitischer Fragen bezog, verstand sich selbst als „unpolitisch". In Wirklichkeit waren die Abendländer, ebenso wie all jene Konservative der Weimarer Republik, die sich auf das „Unpolitische" beriefen, natürlich zutiefst politisch.[39] Die Rede vom „Unpolitischen" gehörte zu den typischen Argumentationsmustern bürgerlicher Konservativer im Deutschen Reich, welche damit auf die zunehmende Politisierung von Staat und Gesellschaft reagierten. Ziel war ein quasi von selbst funktionierender Obrigkeitsstaat, der den traditionellen Eliten ihren gesellschaftlichen Status und die Wahrung ihrer Interessen garantierte. Durch den Rückzug auf „wahre" Werte entzog man sich dem politischen Tagesgeschäft, gleichzeitig jedoch gelang es durch die „vehemente Instrumentalisierung unpolitischer Begriffe im politischen Kampf", den politischen Gegner zu diskriminieren.[40] Wer eine „organische" Ordnung anstrebte, grenzte sich wie selbstverständlich von jenen ab, die Staat und Gesellschaft anders organisieren und damit vermeintlich eine gleichsam „natürliche" Ordnung zerstören wollten. Auch wenn die Abendländer die Weimarer Republik niemals offen bekämpften, spiegelt sich in der Rede vom „Unpolitischen" dennoch eine grundlegende Skepsis gegenüber dem jungen Staat. Mit dem Topos vom „Unpolitischen" verorteten sich die Abendländer als Teil der deutschen Rechten, die die Republik zu keinem Zeitpunkt akzeptierte. Allerdings, und das ist zentral, ging dem Abendland-Kreis die Aggressivität eines Großteils jener Rechten ab. In den Jahren der Locarno-Phase näherten sie sich der Republik sogar in gewissem Maße an. Dies geschah über den Umweg der Außenpolitik, die die Abendländer aufgrund ihrer Verständigungsbereitschaft unterstützen. Doch im Kern blieb ihr Weltbild auch in dieser Zeit unverändert: Die Gegenüberstellung von deutscher „Kultur", die als unpolitisch und konservativ galt, und westlicher „Zivilisation", der man eine Identität von Politik und Demokratie zusprach,[41] ließ die Abendländer letztlich auch von einer anderen, einer „organischen" Staatsform träumen als von der Republik.

Angesichts eines solch konservativ verankerten Weltbildes, der Überzeugung, daß erst der mittelalterliche „Geist" in Europa wieder einziehen müsse, bevor Verständigung wirklich funktionieren könne, stand man politischen Einigungsbemühungen, wie sie etwa Richard N. Coudenhove-Kalergi mit seiner Paneuropa-Union anstrebte, mehr als skeptisch gegenüber. Dem österreichisch-tschechischen Grafen ging es darum, möglichst breite Bevölkerungsschichten einerseits, Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Publizistik andererseits davon zu überzeugen, daß nur ein gemeinsames Miteinander der europäischen Staaten auf der Grundlage des Status quo den Frieden dauerhaft sichern würde. Coudenhove schlug dazu einen Stufenplan vor, in dessen Verlauf sich die europäischen Staaten (ohne England und Rußland) erst zu einem Zweckbündnis zusammenschließen sollten, um auf diese

---

[39] Bussche, Konservatismus in der Weimarer Republik, vor allem S. 21–53. Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 44 und S. 54, spricht von einem „unpolitischen Irrationalismus" und der „Politisierung des Irrationalismus" durch die Rechte der Weimarer Republik.

[40] Bussche, Konservatismus in der Weimarer Republik, S. 47.

[41] Ebenda, S. 29.

Weise die innereuropäische Zersplitterung zu überwinden und Europa in seiner Weltgeltung gegenüber den aufstrebenden Großmächten USA, Rußland, Großbritannien und Ostasien zu stärken. Aus diesem Zweckbündnis jedoch sollte sich auf Dauer ein Staatenbund der „Vereinigten Staaten von Europa" und eine europäische Nation, die die nationalstaatliche Identität nicht ersetzen, sie aber gleichsam überwölben sollte, entwickeln. Entsprechend der amerikanischen Monroe-Doktrin müsse es also in Zukunft heißen: „Europa den Europäern!"[42] Nur geeint könne es den Europäern gelingen, sich insbesondere gegenüber der „Bedrohung" aus dem Osten zu schützen, sah Coudenhove doch in der Schwäche Europas eine Einladung zum Angriff an das bolschewistische Rußland, zumal er glaubte, „daß jeder Friede zwischen demokratischen und sowjetischen Staaten von den Sowjets nur als Waffenstillstand aufgefaßt wird, als Pause zur Erholung und zur Vorbereitung zum nächsten Angriff".[43]

Ein solches Konzept, das Coudenhove seit der Publikation seines Buches *Paneuropa* im Oktober 1923 wieder und wieder im Deutschen Reich propagierte und zu dessen Unterstützung er 1924 auch seine Paneuropa-Union ins Leben rief, konnte bei den Abendländern keine Sympathien wecken.[44] Die Abendländer betrachteten „Paneuropa" als technokratische Konstruktion, als „sehr geistreiche Mathematik an der Oberfläche"[45] ohne christlichen Geist und Seele, als „geistige Spätgeburt des Liberalismus".[46] „Der Unterschied ist also der, daß wir Bekenner des Abendlandes statt Paneuropa höchstens eine politische Phase als die selbstverständliche Folge einer weit tieferen Erkenntnis für möglich halten, sie aber jedenfalls nur als äußere Form einer inneren Wandlung erhoffen und nicht die Menschheit als Annex einer Vereinsgründung anvertrauen wollen. Paneuropa ist eine politische Kombination, das Abendland eine neue Lebensform des europäischen Menschen."[47] Positiver beurteilte man da schon eher Carl Anton Prinz Rohans konservative Bemühungen um eine Verständigung europäischer Intellektueller.

---

[42] Der Nationalsozialismus bzw. Hitler, der die Übernahme der „Monroe-Doktrin" für Europa in einer Rede im April 1938 forderte, griff hier also auf eine Idee des von Hitler als „Allerweltsbastard" bezeichneten Coudenhove zurück (zitiert nach: Weinberg (Hg.), Hitlers zweites Buch. S. 128). Vgl. Gruchmann, Nationalsozialistische Großraumordnung.

[43] Coudenhove-Kalergi, Pan-Europa, S. 56–67.

[44] Vgl. in Auswahl: Schreyvogel, Friedrich: Kampf um das Abendland, in: Abendland 1 (1925/26), S. 10–12. Ders.: Paneuropa oder Abendland, in: Abendland 1 (1925/26), S. 175–178. Rohan, Carl Anton: Falsche und richtige Europapolitik, in: Abendland 1 (1925/26), S. 13f. Ders., System und Leben. Eine Auseinandersetzung mit Coudenhoves „Paneuropa", in: Abendland 1 (1925/26), S. 173f. Tz. (sic!), Um die vereinigten Staaten Europas, in: Abendland 1 (1925/26), S. 27f. Lotz, Albert: Europa oder Abendland, in: Abendland 1 (1925/26), S. 216f. Kleefisch: Problem der Vereinigten Staaten von Europa, in: Abendland 1 (1925/26), S. 310f. und S. 342–344; Kln. (sic!), Europa-Systeme, in: Abendland 3 (1928), S. 158–160. Fiedler, Der paneuropäische Gedanke, in: Abendland 3 (1928), S. 284f. Vgl. auch die Auseinandersetzung mit Wilhelm Heiles Verband für Europäische Verständigung: Klein, Karl: Nationalstaat und Völkerbund, in: Abendland 1 (1925/26), S. 250–252.

[45] Schreyvogel, Friedrich: Paneuropa oder Abendland, in: Abendland 1 (1925/26), S. 175–178.

[46] Lotz, Albert: Europa oder Abendland, in: Abendland 1 (1925/26), S. 216f., hier S. 216.

[47] Schreyvogel, Friedrich: Paneuropa oder Abendland, in: Abendland 1 (1925/26), S. 175–178, hier S. 176.

Rohan selbst schrieb gelegentlich im *Abendland*, die Zeitschrift wiederum berichtete recht wohlwollend über die Kongresse des „Europäischen Kulturbunds".[48]

Der geographische Ort des „Abendlands"

Die Diskussion um das „Abendland" war besonders intensiv in jenen Gebieten, die einen hohen katholischen Bevölkerungsanteil aufwiesen. Das galt nach 1918 insbesondere für das Rheinland, wo der Abendland-Kreis der mittzwanziger Jahre ganz überwiegend angesiedelt war.[49] Das Rheinland hatte durch seine Nähe zu Frankreich seit jeher im Spannungsfeld der deutsch-französischen Beziehungen gestanden. In der unmittelbaren Nachkriegszeit, als die rheinischen Gebiete seit 1921 von den Franzosen besetzt waren, 1923 auch das Ruhrgebiet, verstärkte dieses direkte Aufeinandertreffen gerade hier das Interesse an einer Neuordnung des Miteinanders der europäischen Völker, insbesondere aber der Deutschen und Franzosen.[50] „Wir, die wir am fieberglühendsten Punkt eines zerrütteten Körpers sitzen, die wir Erschütterndes erfahren mußten, weil die Politik die Dinge nicht meistern konnte, wir spüren am stärksten die Sinnlosigkeit [...], die aus unserem Rheinland und Deutschland das Schlachtfeld macht, auf dem germanischer und romanischer Vormachtswille um Europas Todeslose würfeln."[51] Die Diskussionen um das „Abendland" und eine deutsch-französische Verständigung sind nicht zu lösen von den Konflikten, in denen sich offenbar gerade verständigungsbereite Intellektuelle während der Rheinlandbesetzung befanden. Es ging darum, sich der angeblichen „geistigen Eroberung" durch die Franzosen, der „pénetration pacifique" auf kulturpolitischem Gebiet zu erwehren, gleichzeitig erschien aber die Notwendigkeit einer deutsch-französischen Verständigung immer deutlicher.[52] Wenn die gesamte Europa-Diskussion im Deutschen Reich durch die Locarno-Verträge und Deutschlands Beitritt zum Völkerbund einen erheblichen Auf-

---

[48] Zu Rohan und seinem Kulturbund vgl. Müller, Deutsch-französische Gesellschaftsbeziehungen. Vgl.: Rohan, Schicksalsstunde Europas. Ders., Heimat Europa. Ders., Österreichisch, Deutsch, Europäisch. Im *Abendland* vgl. in Auswahl: Kln. (sic!), Deutsch-französische Verständigung, in: Abendland 3 (1928), S. 221–223. Wust, Peter: Begegnung der abendländischen Intelligenz in Prag, in: Abendland 4 (1928/29), S. 49–51. Friedberger, Kurt: Zum Frieden der geistigen Menschen. Der III. Kongreß des Verbandes für kulturelle Zusammenarbeit, in: Abendland 2 (1926/27), S. 115f. Der Schriftleiter des *Abendlandes*, Friedrich Schreyvogel, war auch Mitbegründer des „Europäischen Kulturbundes"; dessen führende Persönlichkeit, Karl Anton Prinz Rohan, veröffentlichte im ersten Jahrgang des *Abendlandes* zwei Artikel. Vgl.: Ders., Falsche oder richtige Europapolitik, in: Abendland 1 (1925/26), S. 13f. Ders., System und Leben. Eine Auseinandersetzung mit Coudenhoves „Paneuropa", in: Abendland 1 (1925/26), S. 173–175.

[49] Die Zeitschrift *Abendland* wurde in Köln herausgegeben, der sich um sie gruppierende Zirkel bestand ganz überwiegend aus katholischen Rheinländern.

[50] Vgl. Arend, Gleichzeitigkeit des Unvereinbaren. Brunn, Französische Kulturpolitik in den Rheinlanden. Köhler, Französische Besatzungspolitik. Hüttenberger, Ziele der französischen Besatzungspolitik. Bariéty, De l'exécution à la négociation. Vogt, Die Haltung der deutschen Parteien gegenüber dem französisch besetzten Rheinland. Wein, Deutschlands Strom – Frankreichs Grenze.

[51] Platz, Hermann: Abendländische Vorerinnerung, in: Abendland 1 (1925/26), S. 4. Vgl. auch die in FN 18 angeführten Literaturangaben.

[52] Zur „Pénetration pacifique" vgl. u.a. Voss/Voss, Die Revue Rhénane, S. 403–451.

schwung nahm, so gilt dies um so stärker für das am Rhein beheimatete „Abendland". Hier knüpfte sich an die beginnende politische Verständigung die ganz konkrete Hoffnung auf eine Lösung der schwelenden Konflikte in der unmittelbar betroffenen Heimat.

Das Rheinland nahm daher einen zentralen Platz in der Abendland-Idee Mitte der zwanziger Jahre ein.[53] Die Landschaften entlang des Stroms verstand man als historische „Kernlande des Abendlandes", in denen sich im karolingischen Mittelalter „das abendländische Reich verfestigte" und in dem seither die Sehnsucht nach einem wiedererrichteten „Abendland" immer lebendig geblieben sei.[54] Die Landschaft am europäischen Strom, „Gelenk" und „geistige Umschlagstation" zwischen Ost und West, zwischen deutschen, germanischen und französischen, romanischen Traditionen sei geradezu prädestiniert, „Deutschlands Fühlung mit seinen Nachbarn wieder herzustellen".[55] So sahen die Abendländer Mitte der zwanziger Jahre den Ausgangspunkt und das Experimentierfeld der europäischen Verständigung im Rheinland, von dem sie in den Monaten der Locarno-Verhandlungen und auch noch geraume Zeit danach annahmen, daß gerade hier die europäische Entspannung am schnellsten und einfachsten zu verwirklichen sei. Der Gegensatz zum Großteil der massenhaften „Rhein"-Literatur der Zwischenkriegszeit mit ihren schrillen antifranzösischen Tönen konnte kaum größer sein.[56]

Verständigung mit Frankreich ...

Das Verhältnis zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich stand die gesamten zwanziger Jahre im Mittelpunkt der Abendland-Idee. Daher wird der Abendland-Kreis in der Forschung auch zum breiten Kreis jener Verständigungsinitiativen der Locarno-Ära gerechnet, die das deutsch-französische Verhältnis als konstitutiv für die Annäherung der europäischen Länder begriffen.[57] Die Abendlän-

---

[53] Vgl. in Auswahl: Platz, Hermann: Abendländische Vorerinnerung, in: Abendland 1 (1925/26), S. 4–6. Soden, Carl Oskar: Deutschland, Polen, Locarno, in: Abendland 1 (1925/26), S. 69–72. Lüders, H.: Die abendländische Bedeutung des Rheins, in: Abendland 3 (1928), S. 236f. Platz, Hermann: Die Verflochtenheit des deutsch-französischen Schicksals, in: Abendland 4 (1928/29), S. 6–8. Ders., Das Erwachen am Rhein, in: Abendland 4 (1928/29), S. 291f. und die Sondernummer des *Abendlandes* aus Anlaß der Räumung der besetzten Gebiete, Abendland 5 (1930), Heft 10.

[54] Platz, Hermann: Abendländische Vorerinnerung, in: Abendland 1 (1925/26), S. 4–6, hier S. 6.

[55] Soden, Carl Oskar: Deutschland, Polen, Locarno, in: Abendland 1 (1925/26), S. 69–72, hier S. 72.

[56] Vgl. zeitgenössische Schriften zum „deutschen Rhein" in Auswahl: Boetticher, Frankreich. Der Kampf um den Rhein und die Weltherrschaft. Coblenz, Frankreichs Ringen um Rhein und Ruhr. Grimm, Frankreich am Rhein. Keetman, Frankreichs Kampf um den Rhein. Linnebach, Die gerechte Grenze. Platzhoff, Der Kampf um den Rhein in zwei Jahrtausenden. Siehe zum „Rhein"-Problem insgesamt: Flüeler, Der mißbrauchte Rhein. Mattioli, „Volksgrenzen" oder Staatsgrenzen. Schöttler, Le Rhin comme enjeu historiographique. Zum wissenschaftlichen Kampf um den Rhein siehe neuerdings auch die ausführlichen Sammelbände zur „Westforschung": Dietz/Gabel/Tiedau (Hg.), Griff nach dem Westen.

[57] Vgl. die ausführliche Literaturliste zu den zivilgesellschaftlichen Beziehungen zwischen

der wandten sich vehement gegen die „Erbfeindmentalität" in beiden Nationen. Deren Überwindung sollte durch weitreichende Informationen und Aufklärung über politische Verhältnisse, Mentalitäten und durch die Erinnerung an eine gemeinsame Vergangenheit möglich werden. So finden sich in der Zeitschrift durchgängig Berichte über die innenpolitische Entwicklung Frankreichs oder das deutsch-französische Verhältnis aus der Feder von Deutschen, aber auch von Franzosen. Insgesamt diente die Zeitschrift *Abendland* „durch die besonders aufmerksame, aber keineswegs unkritische Berichterstattung über das katholische Frankreich [...] der deutsch-französischen Annäherung [...]".[58]

Dabei ging es dem „Abendland" allerdings niemals – auch nicht nach dem Zweiten Weltkrieg – darum, die Bedeutung der „Nation" als identitätsstiftende Kategorie im Leben der Völker in Frage zu stellen. Den latenten Widerspruch zwischen nationaler Verankerung und Berufung auf das vormoderne und damit auch „vornationale" Mittelalter bemühte man sich durch Verweis auf den christlichen Nationsbegriff zu überdecken. Entsprechend der katholischen Gesellschaftslehre, die die Gesellschaft von unten nach oben in immer größeren Einheiten aufgebaut verstand, waren die Nationen im „Abendland" unverzichtbare Bausteine der künftigen Ordnung. „Das Abendland will eine neue Ordnung der Nationen, nicht eine neue Weltnation."[59] Da in diesem Verständnis jede Nation, wie jedes Individuum auch, bestimmte Eigenschaften und Prägungen besaß, ging es vor allem darum, die Gleichwertigkeit dieser verschiedenen Nationalitäten zu betonen und damit das gegenseitige Verständnis zu wecken. Das Bild des „Abendlandes" sei eben nur komplett durch alle unterschiedlichen nationalen Charaktere, von denen jeder bestimmte Eigenschaften, Fähigkeiten und Traditionen in das große Ganze einbrächte. „Daran ist ohne Zweifel festzuhalten, daß jede Nation ihre eigene Bedeutung hat, und [...] daß Gott Aufgaben, die er einer Nation zuweist, nicht noch von einer anderen in derselben Form lösen lassen will."[60] Daß dabei die deutsche Nation gleichberechtigt neben ihren Familienmitgliedern stehen müsse, war den Abendländern, wie auch allen anderen Verständigungs-Protagonisten selbstverständlich. Diese Forderung nach deutscher Gleichberechtigung

---

Deutschland und Frankreich im 20. Jahrhundert in: Bock (Hg.), Projekt deutsch-französische Verständigung. S. 379–477.

58 Hürten, Der Topos vom Christlichen Abendland, S. 139.

59 Schreyvogel, Friedrich: Paneuropa oder Abendland, in: Abendland 1 (1925/26), S. 175–178, hier S. 177. Zur katholischen Sozial- und Gesellschaftslehre vgl. in Auswahl: Furger, Christliche Sozialethik. Klüber, Katholische Gesellschaftslehre, Bd. 1. Sutor, Politische Ethik.

60 Pinsk, Johannes: Germanentum und katholische Kirche, in: Abendland 3 (1928), S. 17–19, hier S. 18. Vgl. beispielhaft: Platz, Hermann: Eigenart und Patriotismus der Deutschen und der Franzosen, in: Abendland 5 (1930), S. 244–250. Den Deutschen übrigens traute man besonders viel zu: „Wenn es Völker gibt, die in der Welt vorwiegend eine politische oder vorwiegend eine kulturelle Aufgabe materieller oder geistiger Sphäre zu erfüllen haben, so ist das deutsche Volk kraft seiner Eigenart und Geschichte zu Leistungen beider Art, zur Kultur und zur Politik disponiert." Zitiert nach: Port, Hermann: Zur Problematik des Föderalismus, in: Abendland 2 (1926/27), S. 99–102, hier S. 100.

diente wohl auch dazu, die wiederholt gegenüber abendländischer Seite geäußerten Vorwürfe des „Vaterlandsverrats" zu konterkarieren.[61]

In diesen Gleichberechtigungsforderungen schien immer wieder ein spezifisch deutsches Selbstverständnis durch, welches in der deutschen Gesellschaft der zwanziger Jahre zu den nur selten in Frage gestellten Identifikationsmustern gehörte.[62] Die Gegenüberstellung der „Ideen von 1789" und jener von „1914" war auch den meisten Abendländern vertraut:[63] Deutschland war nach diesem Verständnis nicht „westlich", sondern vertrat Ideen und Ordnungsvorstellungen, die sich etwa von den französischen grundsätzlich unterschieden. Im Falle der abendländischen Idee zog man allerdings aus diesem „Sonderbewußtsein" (zumindest vorerst) nicht die Konsequenz einer deutschen Überlegenheit über die anderen, die „westlichen" Nationen. Vielmehr setzte man auf Verständigung: „Es ist kein Zufall, daß die geistigen Grundlagen des Völkerbundes in Deutschland verhältnismäßig wenig bekannt sind, weil der deutschen Auffassung der Völkerbeziehungen eine andere Idee zugrunde liegt, der alte abendländische Gedanke einer Völkergemeinschaft. Trotzdem ist es gerade politisch von großer Bedeutung, die westeuropäischen Auffassungen kennen zu lernen [...]."[64] Voller Sympathie schilderte man daher das, was man für den französischen Nationalcharakter hielt und ging hoffnungsfroh daran, den ersten Grundstein abendländischer Erneuerung durch die deutsch-französische Verständigung zu legen, wobei die Katholiken mit gutem Beispiel vorangehen sollten. Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, den man skeptisch, aber als durchaus entwicklungsfähig beurteilte, die Weltwirtschaftskonferenz in Genf oder auch der Kellogg-Pakt wurden gewissermaßen als Begleitmelodie begriffen, zu der der Geist der Verständigung auch im Rheinland Einzug halten würde.[65]

Diese verständigungsorientierte Grundposition mußte allerdings erheblich ins Wanken geraten, als deutlich wurde, daß gerade die Rheinlandfrage weit schwieriger zu lösen war als erhofft. Auf die andauernde Weigerung der Franzosen, das Rheinland vor der im Versailler Vertrag vorgesehenen Frist zu räumen und auf das

---

[61] Vgl. z.B.: Von der Art unserer Arbeit, in: Abendland 1 (1925/26), S. 34. Platz, Hermann: Um die preußische Frage, in: Abendland 2 (1926/27), S. 103–105. Anmerkung der Redaktion, in: Abendland 3 (1928), S. 128.

[62] Jüngst wieder als Interpretationsmuster genutzt von: Elvert, Mitteleuropa, vor allem S. 24–34.

[63] See, Die Ideen von 1789 und die Ideen von 1914.

[64] Von unserer Arbeit, in: Abendland 1 (1925/26), S. 130.

[65] Vgl. Schreyvogel, Friedrich: Genf und der Abendländische Gedanke, in: Abendland 1 (1925/26), S. 210f.: „Das ‚Abendland' wird [...] immer der Hingebung an und der Arbeit für den Völkerbund das Wort reden. [Es] bleibt kein anderer Weg, zum guten Völkerbund zu gelangen, als an dem schlechten mit zähem Willen zu arbeiten [...]." Vgl. auch: Hermes, Andreas: Auf dem Weg zum Völkerbund, in: Abendland 1 (1925/26), S. 67–69. Seipel, Ignaz: Internationale Zusammenarbeit, in: Abendland 1 (1925/26), S. 131–133. Kuenzer, Richard: Deutschland und der Völkerbund, in: Abendland 2 (1926/27), S. 7f. Doka, Carl: Die Katholiken und der Völkerbund 2 (1926/27), S. 83–87. Ders., Die Schweiz und der Völkerbund, in: Abendland 2 (1926/27), S. 110–113. Becker, Werner: Briand und Stresemann, in: Abendland 2 (1926/27), S. 109f. Lerchenfeld, Hugo: Locarno, in: Abendland 1 (1925/26), S. 99–103.

französische Beharren, die Frage der Räumung mit jener der Reparationen zu verknüpfen, reagierten die Abendländer mit deutlich spürbarer Verstimmung, bis schließlich Ende der zwanziger Jahre die sympathiegetönten Äußerungen über den westlichen Nachbarn deutlicher Kritik wichen. Am Ende des Jahrzehnts machte sich im *Abendland* Skepsis breit, und immer mehr Autoren hielten die Gegensätze zwischen den Nachbarn für unüberwindlich. Der versöhnliche Ton schwand, wenn auch nicht in allen, so doch in immer mehr Artikeln. Zwar hielten einige wenige auch 1929/30 an der ursprünglichen Position fest, doch hatte der abendländische Verständigungswille offenbar seinen Höhepunkt überschritten. Deutlich wird dies etwa an den zurückhaltenden und auch nicht sonderlich umfangreichen Äußerungen zum Briand-Plan.[66]

Die Räumung des Rheinlands feierte das *Abendland* im Juli 1930 mit einer Sondernummer, doch schwang in den Artikeln bereits ein resignierter Unterton mit. Nach beinahe fünf Jahren Einsatz für die Verständigung zwischen deutschen und französischen Katholiken hatte sich der beschworene „Geist" nicht eingestellt. „Die besetzten Gebiete sind geräumt, die Positionen der Völkerverhetzung sind noch nicht geräumt."[67] Bei jenen, die eine Verständigung innerhalb Europas auf christlicher Grundlage seit Mitte der zwanziger Jahre als wünschenswert propagiert hatten, war die Stimmung gedämpft, bei der großen Masse der Deutschen jedoch der Revanchismus eher noch gewachsen, zusätzlich angeheizt durch die Weltwirtschaftskrise. Auch im abendländischen Denken gewannen nun Strömungen die Oberhand, die Deutschlands Position in Europa anders und neu definierten und die weit weniger Verständnis für Frankreich aufbrachten. Der Rhein war 1930 auch im „Abendland" vielerorts vom abendländischen zum deutschen Strom geworden: „Frankreich bedient sich des Rheins um zu herrschen, Deutschland bedarf des Rheins um zu leben."[68]

... und Polen

Was für den Westen galt, betraf auch den Osten. Denn die Abendländer richteten ihren Blick nicht allein auf Frankreich, auch Polen hatte seinen festen Platz im „Abendland".[69] Während die deutsch-französischen Verständigungsbemühungen im Gefolge der Locarno-Politik in Deutschland von zahlreichen Gruppierungen und Verbänden vorangetrieben wurden, waren Bemühungen um eine deutsch-polnische Verständigung weitaus seltener. Hier nahm die abendländische Idee in

---

[66] Vgl. Hillekamps, C.H.: Paneuropa und der Völkerbund. Bemerkungen zu Briands Denkschrift, in: Abendland 5 (1930), S. 337–341.

[67] Joos, J.: Am Tage nach der Räumung, in: Abendland 5 (1930), S. 305–307. Vgl. auch Platz, Hermann: Ende und Anfang. Gedanken zur Befreiung der rheinischen Lande, in: Abendland 5 (1930), S. 311–313.

[68] Vgl. z. B.: Andrée, Konrad W.: Freier Rhein und entwaffnetes Deutschland, in: Abendland 5 (1930), S. 313–323.

[69] Soden, Carl Oskar: Deutschland, Polen und Locarno, in: Abendland 1 (1925/26), S. 69–72. Kuenzer, Richard: Unser östlicher Nachbar, in: Abendland 2 (1926/27), S. 230–232. Scrutator: Warschau-Paris-London-Berlin und die Mächte, in: Abendland 2 (1926/27), S. 291 f. Battaglia, Otto Forst: Deutsche und Polen, in: Abendland 4 (1929), S. 39–42 und Abendland 4 (1929), S. 80–83.

gewisser Weise eine Ausnahmeposition ein: So vertrat das *Abendland* vom ersten Heft an die Auffassung, daß sich die Aussöhnungspolitik nicht allein auf den westlichen, sondern auch auf den östlichen Nachbarn des Reiches beziehen müsse. Die Abendländer bemühten sich in den ersten Jahrgängen der Zeitschrift, dem zeitgenössischen „Polenhaß" entgegenzutreten und auf die „Notwendigkeit freundlicher Beziehungen von Volk zu Volk" zu verweisen: „Mag sich in Politik und Wirtschaft, wo das Hirn entscheidet, schroffer Kontrast zeigen, im Reiche des Geistes sind [...] Deutsche und Polen Brüder geblieben."[70] Und diese Bruderschaft, beruhend auf dem Katholizismus, käme nach Ansicht der Abendländer „deutlicher zum Bewußtsein, hemmte nicht das Vorurteil, hinderte nicht auf deutscher Seite mangelnde Kenntnis die tiefere Einsicht".[71] Dem wollte das *Abendland* entgegentreten, indem es – ebenso wie im Falle Frankreichs – über Polen informierte und durch Aufklärung Verständnis und Annäherung schaffte. Wohl aus diesem Grunde wurde das in der deutschen Öffentlichkeit und Publizistik der zwanziger Jahre so zentrale „Korridor-Problem" im *Abendland* kaum berücksichtigt.[72] Ebenso wenig selbstverständlich wie die Zurückhaltung im Hinblick auf die deutsch-polnische Grenze war der immer wiederholte Verweis darauf, daß Polen als alter katholischer Kulturnation ein unbestrittener Platz in der Völkerfamilie des „Abendlandes" gebühre: „Wem die abendländische Idee in tiefster Seele heilig ist, für den gibt es keinen Erbfeind, im Osten genausowenig wie im Westen."[73]

Ebenso bemerkenswert ist im *Abendland* Mitte der zwanziger Jahre eine, wenn auch relative, Zurückhaltung gegenüber dem bolschewistischen Rußland, und dies, obwohl im abendländischen Gedanken eine antikommunistische Grundhaltung, wie sie sich im Katholizismus fand, fest verankert war. Doch trat dieser Antibolschewismus Mitte der zwanziger Jahre relativ gemäßigt auf.[74] Es scheint, als hätten sich die Abendländer der zwanziger Jahre, vielleicht um das seit Rapallo einigermaßen geklärte Verhältnis des Deutschen Reiches zur Sowjetunion nicht in Frage zu stellen, zurückgehalten. Daß der Antikommunismus in der Abendland-Idee Mitte der zwanziger Jahre nicht offener hervortrat, ist insbesondere deswegen auffällig, weil er in späteren Zeiten konstitutiv zum „Abendland" hinzugehörte, ja die Abendländer vor allem in den Jahren des Kalten Krieges in ihrem Antikommunismus kaum zu überbieten waren. Dennoch darf man nicht davon ausgehen, in den zwanziger Jahren habe der Antikommunismus für die abendländische Idee keine Rolle gespielt. Er trat nur angesichts der politischen Situation vorübergehend in den Hintergrund. Einige Jahre später, Anfang der dreißiger Jahre, vor allem aber seit der „Machtübernahme" der Nationalsozialisten war von dieser Zurückhaltung auch in der abendländischen Idee nichts mehr zu spüren.

---

[70] Battaglia, Otto Forst: Deutsche und Polen, in: Abendland 4 (1929), S. 39–42, hier S. 39.
[71] Ebenda.
[72] Vgl. grundsätzlich: Fischer, Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen.
[73] Mayr, Karl: Osteuropa als Glied der abendländischen Völkergemeinschaft, in: Abendland 3 (1928), S. 78–81.
[74] Vgl. Gurian, Waldemar: Politische Bilanz des Bolschewismus, in: Abendland 3 (1928), S. 82–84.

Die „Polenverbundenheit" und auch die Zurückhaltung gegenüber der Sowjetunion gerieten Ende der zwanziger Jahre ebenso wie die Verständigungsbereitschaft nach Westen zunehmend in die Mühlen der Tagespolitik. Während man enttäuscht die Chancen auf eine für das Deutsche Reich akzeptable Verständigung mit dem Westen und Osten Europas immer mehr in Frage stellte, den Völkerbund immer kritischer beurteilte, bekam der abendländische Gedanke Ende der zwanziger Jahre einen neuen Schwerpunkt: Mitteleuropa und der „Anschluß" Österreichs rückten nun zunehmend in den Blickpunkt der Abendländer. Dieser Strang der Abendland-Idee entwickelte sich spätestens dann zum dominierenden, als die Zeitschrift *Abendland* Ende 1930 ihr Erscheinen einstellte. Während den verständigungsbereiten Kreisen im deutschen Katholizismus damit ihr wichtigstes Publikationsorgan genommen war und sich der bereits vorher recht lockere Zusammenhalt des Abendland-Kreises in seiner alten Zusammensetzung verlor, ging die „Deutungshoheit" über den Begriff „Abendland" zunehmend auf neue, rechtskatholische Kreise über.

Damit ist, nach der Zeitschrift *Abendland*, ein weiterer Wurzelstrang der Abendländischen Bewegung nach 1945 angesprochen. Auch wenn sich die Abendländer der späten vierziger oder fünfziger Jahre lieber auf die abendländischen Verständigungsbemühungen der zwanziger Jahre als „Vorläufer" beriefen, spielten dennoch der Rechtskatholizismus und seine Annäherung an den Nationalsozialismus eine entscheidende Rolle in der Vorgeschichte der Abendländischen Bewegung. Zahlreiche Abendländer der fünfziger Jahre fanden sich etwa 25 Jahre früher in den Reihen jener, die die Idee des „Abendlandes" im „Reich", teilweise sogar im „Dritten Reich" verwirklicht sahen.

Die „abendländische Reichsideologie" Anfang der dreißiger Jahre

Je größer die Frustrationen über das Stocken der deutsch-französischen Verständigung nach Ende der Locarno-Phase wurden, desto deutlicher verschoben sich in der abendländischen Idee die Akzente. Immer mehr rückte nun der mitteleuropäische Raum ins Zentrum. Damit vollzogen die Abendländer eine Bewegung nach, die in der gesamten deutschen Gesellschaft seit Anfang der dreißiger Jahre deutlich auszumachen war: Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Publizistik konzentrierten sich immer stärker auf „Mitteleuropa", je weniger die deutsche Position durch ein Zusammengehen mit Frankreich schnell verbesserbar erschien. Die Mitteleuropa-Idee,[75] im Ersten Weltkrieg durch den großen Einfluß von Friedrich Naumanns Mitteleuropa-Buch breiten Bevölkerungsschichten vermittelt,[76] war in den ersten Jahren nach dem Weltkrieg in Deutschland „wiederentdeckt" wor-

[75] Zu „Mitteleuropa" in der Weimarer Republik neuerdings auch mit umfassenden Literaturangaben: Elvert, Mitteleuropa. Vgl. ansonsten in Auswahl: Brandt, Von Bruck zu Naumann. Brechtefeld, Mitteleuropa and German Politics. Krüger, Wirtschaftliche Mitteleuropapläne. LeRider, Mitteleuropa. Meyer, Mitteleuropa in German Thought and Action 1815–1945. Plaschka/Haselsteiner/Suppan/Drabek/Zaar (Hg.), Mitteleuropa. Stirk, (Hg), Mitteleuropa. Weimaer, „Mitteleuropa" als politisches Ordnungskonzept.

[76] Naumann, Mitteleuropa.

den. Doch begann sich das bis dahin weitgehend diffuse Bild erst Anfang der dreißiger Jahre zu konkretisieren. Über bestimmte Grundpositionen herrschte dabei innerhalb der deutschen Gesellschaft durchaus Einigkeit: Deutschland solle, vorerst vor allem über bilaterale wirtschaftliche Beziehungen, eine ordnende Rolle in Mitteleuropa wahrnehmen und somit zu einer Stabilisierung der Region beitragen. Damit würde das Deutsche Reich wieder zu einer einflußreichen Rolle finden und die „Schmach von Versailles" hinter sich lassen können. Von dieser wirtschaftlichen Hegemoniestellung aus würde dann auch die Verwirklichung eines mitteleuropäischen Reiches möglich werden. Als dessen Grundlage schien den deutschen „Mitteleuropäern" ein großdeutscher Staat „unter Rückführung der deutschen Grenzgebiete", dem sich dann die politische Ausgestaltung des neuen Reiches unter Einschluß der Länder (süd-)östlich des Deutschen Reiches anschließen sollte.[77] Über den politischen Aufbau dieses Reiches bestanden allerdings durchaus Meinungsverschiedenheiten. Von imperialen Konzepten, welche die politische Eigenständigkeit der beteiligten Nationen weitgehend aufheben wollten, über föderale Modelle, bis hin zu Vorstellungen, nach denen der mitteleuropäischen Ausgestaltung die Ausdehnung des Reiches auf Gesamteuropa oder gar eine globale Machtentfaltung Deutschlands folgte, wurden alle Positionen vertreten. In dieser Anfang der dreißiger Jahre angeheizten Diskussion fanden auch die Abendländer ihren Platz, und es läßt sich nunmehr eine deutliche inhaltliche Verschiebung in der abendländischen Idee feststellen: Statt nach Westen, nach Frankreich, blickte man nun vor allem nach Osten und Südosten.

Von abendländischer Seite rekurrierte man zwar weiterhin auf das Mittelalter als Vorbild einer zukünftigen europäischen Völkergemeinschaft, betonte aber deutlicher als zuvor die Rolle Deutschlands in diesem Gebilde. In der Führungsrolle des deutschen Reiches im „Heiligen Römischen Reich deutscher Nation" sahen die Abendländer nun den Zielpunkt der gewünschten Entwicklung: Das Reich solle sich darauf konzentrieren, als Führungsmacht in Südost- und Ostmitteleuropa seine historisch-traditionelle Rolle zu übernehmen, auch zum Wohle der nationalen Minderheiten im Flickenteppich der 1919 entstandenen Nationalstaaten.[78] Aus dieser ordnenden Aufgabe in Mitteleuropa wiederum ließ sich auf das größere Ganze verweisen: „Der europäische Völkerkomplex ist zu einer organischen Ordnung bestimmt, für welche das deutsche Volk eine entscheidende Rolle spielt und sich ohne zerstörende Wirkung nicht ausschalten läßt."[79] Diese besondere Rolle der Deutschen lag für die Abendländer unter anderem in ihrer ausgleichenden Funktion. Aus einem nicht-westlichen und nicht-östlichen Selbstverständnis entwickelte sich die für die Zwischenkriegszeit typische Überzeugung

---

[77] Elvert, Mitteleuropa, S. 214.

[78] Zur Minderheitenfrage im *Abendland*: Eckardt, Hans von: Die Minderheitenfrage, in: Abendland 3 (1928), S. 11–13 und 3 (1928), S. 46f. Zillich, Heinrich: Was bedeuten die Minderheiten, in: Abendland 4 (1929), S. 144–147. Carduck, Hans: Minderheitenrecht und Minderheitenschutz, in: Abendland 4 (1929), S. 148–152. Sturzo, Luigi: Die Minderheitenfrage in Europa, in: Abendland 4 (1929), S. 259–262. Mundorf, Michael: 50 Jahre Schutzarbeit des V.D.A., in: Abendland 5 (1930), S. 291f.

[79] Port, Hermann: Zur Rolle Österreichs in der deutschen Geschichte, in: Abendland 5 (1930), S. 196–200, hier S. 200.

von einer deutschen „Mission der Mitte": „Das Streben nach diesem Gleichgewicht gehört zum ureigensten Wesen des deutschen Volkes."[80]

Doch im Verlauf dieser Entwicklung hin zu „Mitteleuropa" trat die christlich-völkerverständigende Perspektive des „Abendlandes" in den Hintergrund gegenüber einer Orientierung primär auf Fragen deutscher Machtpositionen in Europa. Die Zeit der „Zugeständnisse" war auch in den Augen zahlreicher Abendländer vorbei: Nun seien die Franzosen daran, den Deutschen entgegenzukommen. Allerdings sah man dafür kaum eine Chance. So betonte man: „Frankreich will sich dauernd als erste Macht Europas einrichten und braucht dazu, um das Verhältnis der Volkszahl zu korrigieren, die Zerrissenheit Deutschlands."[81] Die Kritik am französischen Verhalten richtete sich übrigens durchaus auch auf die französischen Katholiken, denen man vorwarf, eben weniger die abendländische Gemeinschaft als vielmehr nationale Machtinteressen zu vertreten.[82] Entschiedener als zuvor zogen sich viele deutsche Vertreter der Abendland-Idee daher Anfang der dreißiger Jahre auf nationale Standpunkte zurück. Während man beispielsweise Mitte der zwanziger Jahre immer betont hatte, daß der Versailler Vertrag langfristig unbedingt der Revision bedürfe, jedoch hoffte, durch abendländische Verständigung hier Fortschritte zu erzielen, machten die Abendländer wenige Jahre später zunehmend bestimmte Forderungen zur Voraussetzung einer weiteren Annäherung in Europa. „Wir brauchen eine Verständigung; aber angesichts der Verträge von Locarno, die für alle Zeiten den Verzicht auf gut zwei Drittel deutsches Land aussprechen, können wir unseren Nachbarn westlich des Rheins mit vollster Berechtigung sagen: Wir haben unsere Pflicht getan, tut nun die Eure."[83]

Der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich gehörte zu diesen Forderungen.[84] Dies kann grundsätzlich nicht überraschen, lag Katholiken die großdeut-

---

[80] Heyer, Karl: Ost-West, in: Abendland 1 (1925/26), S. 278–282, hier S. 281/82.

[81] Posch, Andreas: Die deutsch-französischen Beziehungen seit Napoleon I., in: Schönere Zukunft 6 (1930/31), S. 32 f., hier S. 33.

[82] Vgl. z. B. Posch, Andreas: Pariser „Friedensdikat", deutsche Not und französische Katholiken, in: Schönere Zukunft 6 (1930/31), S. 571 f. Muckermann, Friedrich: An die Adresse katholischer Franzosen, in: Schönere Zukunft 6 (1930/31), S. 585.

[83] Posch, Andreas: Pariser „Friedensdikat", in: Schönere Zukunft 6 (1930/31), S. 571 f., hier S. 572.

[84] Zu Österreich und der Anschlußfrage vgl. im *Abendland* (in Auswahl): Danubius: Deutsch-österreichischer Zollverein, in: Abendland 2 (1926/27), S. 259–261. Lufft, Hermann: Die österreichische Frage, in: Abendland 3 (1928), S. 208–211. Schreyvogel, Friedrich: Das deutsche Österreich, in: Abendland 3 (1928), S. 261–263. Schierenberg, Rolf: Zur österreichischen Frage, in: Abendland 3 (1928), S. 263–265. Schwarzenberg, Heinrich Prinz: Die Heimwehrbewegung in Österreich, in: Abendland 5 (1930), S. 15–19. Steinbrinck, O.: Österreichs Heimwehr und Kirche, in: Abendland 5 (1930), S. 86–89. Stumm, Hugo: Französische Kulturpropaganda und österreichische Aktion, in: Abendland 5 (1930), S. 150–157. Port, Hermann: Zur Rolle Österreichs in der deutschen Geschichte, in: Abendland 5 (1930), S. 196–200. Schreyvogel, Friedrich: Katholische Literatur in Österreich. Ein Gegenwartsbild, in: Abendland 5 (1930), S. 374–379. Ohne Verfasserangabe: Ist eine deutsch-österreichische Zollunion möglich, in: Abendland 5 (1930), S. 379–383. Hugelmann, Karl: Der Gedanke des Nationalstaats und die mittelalterliche Weltanschauung, in: Abendland 4 (1929), S. 340–342. Rokitansky, Karl von: Reichsreform und großdeutscher Gedanke, in: Abendland 5 (1930), S. 285–291.

sche Position doch historisch grundsätzlich näher als die Beschränkung auf das protestantisch-kleindeutsche Reich. Bereits nach dem Wiener Kongreß 1815 sahen sich die deutschen Katholiken auf Österreich als „politischen Rückhalt" gegenüber dem preußisch-protestantischen Norden verwiesen, und die Forderung eines „föderalistischen, mitteleuropäisch verschränkten Modells nationaler Zusammenfassung" unter Einschluß Österreichs blieb in den späteren Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts, trotz aller Orientierung auf das Deutsche Reich nach 1871, zentrale katholische Überzeugung.[85] Der Abendland-Kreis der Locarno-Phase hatte sich mit Anschlußforderungen jedoch eher zurückgehalten und argumentiert, eine europäische Annäherung würde auf Dauer auch in dieser Frage Fortschritte erreichen. Anfang der dreißiger Jahre bezeichnete man hingegen den „Anschluß" als unabdingbar und als gewissermaßen natürlichen Anspruch der Deutschen.

Trotz dieser Betonung der deutschen Rolle in (Süd)Ost- und Mitteleuropa enthielt die abendländische Idee Anfang der dreißiger Jahre keine uneingeschränkten deutschen Hegemonie-Ansprüche:[86] „Wir müssen uns endgültig damit abfinden, daß heute souveräne Nationen dort [in Mitteleuropa] ihre eigene Kultur leben. Gewiß, wir haben ihnen die Kultur gebracht, aber es wäre unpsychologisch, wenn wir heute dafür etwa Dank und Anerkennung erwarteten. [...] Uns mag infolge unserer organisatorischen Leistung, unserer geopolitischen Lage und unserer Volkszahl die Initiative bei der Bildung eines mitteleuropäischen Völkerbundes zufallen, wir werden dann jedoch stets nur die „primi inter pares" sein."[87] Somit gliederte sich das Mitteleuropa-Bild der Abendländer in die Reihe jener bereits seit geraumer Zeit in Deutschland virulenten mitteleuropäischen Konzepte ein, die vor allem die wirtschaftliche und kulturelle Führungskraft des Deutschen Reiches betont hatten, die politische Autonomie der betroffenen Staaten jedoch unangetastet lassen wollten, auf einen föderativen Zusammenschluß der Region setzten und für die das Modell Friedrich Naumanns nur das bekannteste Beispiel ist. Der föderative Zusammenschluß unter deutscher Führung entsprach katholischen Ordnungsvorstellungen und fand seine Legitimation in der Geschichte: „Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation war nichts anderes als der sichtbare Ausdruck dieser deutschen Aufgabe an (sic!) Mitteleuropa."[88]

Während sich „Mitteleuropa", der Anschluß und die Frage nach der Machtposition Deutschlands in Europa Anfang der dreißiger Jahre zu Kernelementen der Abendland-Idee entwickelten, blieb die Verständigung mit Polen geradezu zwangsläufig auf der Strecke. Ebenso gab man die Mitte der zwanziger Jahre noch spürbare Zurückhaltung in Sachen Antibolschewismus auf und reihte sich in jene Argumentationszusammenhänge ein, die neben den gemeinsamen Wurzeln des katholischen Christentums vor allem in der „Gefahr aus dem Osten" den europäischen Einigungsgrund par excellence sahen.

---

[85] Vgl. Lill, Großdeutsch und kleindeutsch im Spannungsfeld der Konfessionen, S. 33 und S. 46.
[86] Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 225.
[87] Hambach, Walter: Mitteleuropa, in: Abendland 5 (1930), S. 214–218, hier S. 216.
[88] Ebenda, S. 214.

Diese Positionen lassen bereits erahnen, daß sich das „Abendland" nun stärker als Mitte der zwanziger Jahre an einen ideengeschichtlichen Leitbegriff anlehnte, der am Ende der Weimarer Republik immer mehr an Wirkungsmächtigkeit gewann: den Begriff und die Idee des „Reiches".[89] Der Reichs-Gedanke war in Deutschland seit der Auflösung des Alten Reiches 1806 virulent geblieben und erlebte nach dem Ende des Ersten Weltkrieges und damit dem Ende des Zweiten Reiches einen ungeheuren Aufschwung. Der „Mythos vom Reich", „dessen magische Leuchtkraft die armselige Wirklichkeit des bestehenden Deutschen Reiches um so elender erscheinen ließ",[90] erlangte vor allem in der Endphase der Weimarer Republik immer größere Bedeutung. „Gerade weil der Reichsmythos so diffus war, weil jeder etwas anderes darunter verstehen konnte, war der Wirkungsradius der von ihm ausgehenden Faszinationskraft so groß."[91] Die Idee des „Reiches" bot allen konservativen und rechtsstehenden Gruppen so etwas wie eine „Plattform grundsätzlichen Einverständnisses"[92], konnten sich unter Berufung auf sie doch ganz unterschiedliche Gruppen zusammenfinden, auch wenn diese in Einzelfragen gegenläufige Positionen bezogen. Sie benutzen dieselben Worte, auch wenn sie inhaltlich mitunter völlig unterschiedliche Dinge meinten.

Die Abendland- und die Reichs-Idee waren in einem zumindest ähnlichen politisch-ideologischen Umfeld beheimatet – dem Konservatismus in seinen verschiedenen Ausprägungen von reaktionär bis revolutionär, von nihilistisch bis katholisch; sie entstammten einem ähnlichen ideengeschichtlichen Umfeld und wurden gerade von katholischen Autoren und Trägergruppen teils synonym verwandt. Beide Begriffe bezogen sich in ihrer katholischen Ausprägung auf eine verklärte Vergangenheit, beide Modelle assoziierten „organische" Gesellschaften, beide Konzepte hatten einen übernationalen Anspruch, der sich auf die Ordnung (Mittel)Europas durch Deutschland und die Deutschen bezog. So bedeutete die abendländische Ausrichtung auf das „Reich" seit Ende der zwanziger Jahre keine völlige Umorientierung. Vielmehr liefen die verständigungsbereite Konzeption und jene stärker die Führungsrolle des „Reiches" im historischen und mithin auch zukünftigen Europa betonende Idee, die Sontheimer als „die große Antithese zum bürgerlichen Nationalstaat" bezeichnet hat,[93] bereits früher nebeneinander her und überschnitten sich inhaltlich nicht selten.

So konnten sich auch innerhalb des Abendland-Kreises zwischen 1925 und Anfang der dreißiger Jahre durchaus Vertreter der eher kultur-hegemonialen, auf die Reichs-Idee rekurrierenden Ausrichtung und jene der eher verständigungsorientierten Abendland-Variante nebeneinander versammeln. Die Zeitschrift *Abend-*

---

[89] Noch immer ist die Arbeit Sontheimers, Antidemokratisches Denken, für die Beschäftigung mit dem „Reich" unersetzlich. Außerdem: Kettenacker, Der Mythos vom Reich. Mohler, Konservative Revolution. Neurohr, Der Mythos vom Dritten Reich. Winkler, Der lange Weg nach Westen. Bd. 1. Einleitung. Reimus, Die nationale Rechte. Für die Beschäftigung mit der katholischen Ausprägung des Reichs-Denkens am Ende der Weimarer Republik die schon ältere, aber zentrale Arbeit Klaus Breunings, Die Vision des Reiches.

[90] Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 222.

[91] Kettenacker, Der Mythos vom Reich, S. 267.

[92] Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 223.

[93] Ebenda, S. 243.

land bot beiden Konzeptionen Raum, ja die beiden Konzepte konnten sich auch durchaus überschneiden. Diese partielle Überschneidung hat übrigens dazu geführt, daß in der bisherigen Literatur zur Abendland-Idee in der Weimarer Republik recht gegensätzliche Beurteilungen zu finden sind. Die zum Teil heftigen Auseinandersetzungen darüber, ob man den Abendland-Kreis und seine Ideen als Teil der sogenannten „Konservativen Revolution" ansehen sollte,[94] erscheinen dann relativierbar, wenn man der abendländischen Idee und ihren Vertretern gewissermaßen verschiedene Spielarten und Ausprägungen, teils auch in zeitlicher Parallelität, zugesteht. Die erste Variante des „Abendlandes" stand als Kind der Verständigungspolitik in der Nach-Locarno-Phase seit 1925 in der Zeitschrift *Abendland* deutlich im Vordergrund. Es gab indes auch zu diesem Zeitpunkt schon eine Fraktion „abendländischer Reichs-Vertreter", die jedoch ihre publizistische Plattform weniger in der Zeitschrift *Abendland* hatten. Sie fanden ihre Tribüne eher im Spektrum rechtsintellektueller Organe im Umfeld der „Konservativen Revolution".[95] Als das *Abendland* 1930 sein Erscheinen einstellte, verloren die verständigungsbereiten Kreise ihr Publikationsorgan und verstummten großteils oder wandten sich jenen Gruppierungen und Organen zu, die die Abendland-Idee als eine katholische Variante der Reichs-Idee verstanden wissen wollten. Somit wirkte die Idee des „Reiches" – bei allen inhaltlichen Spielräumen – als ideeller Transmissionsriemen zwischen Teilen der Trägergruppen des Abendland-Gedankens und der „Konservativen Revolution". Dabei entwickelten die Ideen der katholischen „konservativen Revolutionäre" wie Max Hildebert Boehms oder Carl Schmitts größere Anziehungskraft als etwa die der Nationalbolschewisten.[96] Auch Edgar J. Jung, der, obwohl selbst Protestant, die katholische Reichs-Idee vertrat, übte im Rechtskatholizismus einen erheblichen Einfluß aus.[97] Vor allem aber einem Vertreter der „Konservativen Revolution" kam für das „Abendland" und die katholische Reichs-Idee Anfang der dreißiger Jahre eine kaum zu überschätzende Bedeutung zu, die er auch in den kommenden Jahrzehnten nicht mehr verlieren sollte: Othmar Spann.[98] Spanns Theorien waren zwar auch in den Rei-

---

[94] Vgl. die Kontroverse zwischen Guido Müller und Vincent Berning: Müller, Der „katholische Akademikerverband". Berning, Der deutsche Katholizismus.

[95] Vgl., auch mit umfassenden Literaturangaben: Mohler, Konservative Revolution.

[96] Vgl. Boehm, Europa irrendata. Ders., Die deutschen Grenzlande. Carl Schmitt schrieb verschiedentlich in der Zeitschrift *Abendland* und gehörte am Rande zum Abendland-Kreis. Koenen bezeichnet Schmitt als „spiritus rector" der Abendländer, vgl. Koenen, Der Fall Carl Schmitt. S. 32–83. Gegen diese überzogene Darstellung hat sich unter anderem Heinz Hürten gewandt: Hürten, Der katholische Carl Schmitt. Siehe auch: Dahlheimer, Carl Schmitt und der deutsche Katholizismus, S. 100–106. Koenen, Visionen vom Reich, S. 53–74.

[97] Edgar J. Jung wiederum war Berater von Papens, des „ranghöchsten" Politikers in den Reihen der katholischen „Brückenbauer" zum Nationalsozialismus. Vgl. Breuning, Die Vision des Reiches, S. 107–113. Eugen Kogon, der zeitweise selbst zum engeren Umfeld Jungs und von Papens gehörte, bezeichnete Jung im Gespräch mit Breuning als *„die* Hintergrundfigur auf der katholischen Rechten", ebenda S. 108. Vgl. auch: Jenschke, Zur Kritik der konservativ-revolutionären Ideologie in der Weimarer Republik.

[98] Zu Othmar Spann (in Auswahl): Pichler, Othmar Spann. Rieber, Vom Positivismus zum Universalismus. Siegfried, Universalismus und Faschismus. Schneller, Zwischen Romantik und Faschismus.

hen deutscher Katholiken nicht unumstritten. Gerade auf jene Vertreter des deutschen Katholizismus, die Anfang der dreißiger Jahre im abendländischen „Reich" ihren zentralen Leitbegriff sahen, übte der Universalismus und Korporatismus Spannscher Prägung indes einen nicht zu unterschätzenden Reiz aus.[99]

Die im rechten Spektrum angesiedelten Abendland- und Reichs-Anhänger der frühen dreißiger Jahre wandten sich mit der Orientierung an Spann zunehmend auch der Frage des Binnenaufbaus des zu schaffenden Reiches zu: Die Vision einer erneuerten „Volksgemeinschaft", in welcher der katholische Bevölkerungsanteil mit seinen Ordnungsideen einen Platz finden würde, fand immer mehr Anklang in den Reihen der „Reichsvisionäre".[100] Die Trennung von Staat und Kirche, von Staat und Gesellschaft sollte in dieser Gemeinschaft endgültig rückgängig gemacht werden, und die abendländischen „Reichsvisionäre" verwandten nicht unerhebliche Anstrengungen darauf, solche Ordnungsvorstellungen theologisch zu untermauern: Es entstand die „Reichstheologie".[101] Gleichzeitig erhielten auch Themen wie „Volk", „Rasse", „germanisches Erbe" usw. zunehmende Bedeutung.[102] Damit aber war ein Weg beschritten, auf dem allmählich „der universalistische Reichsgedanke des christlichen Mittelalters [...] neben einen ebenso universalistischen Reichsgedanken [trat], der jedoch seiner christlichen Normierung beraubt war und an ihre Stelle die Idee des deutschen Volkes gesetzt hatte".[103]

Die Idee eines „Dritten Reiches", nach dem mittelalterlichen „Ersten" und dem wilhelminischen „Zweiten", entwickelte für die „Reichsvisionäre" erhebliche Attraktivität, hofften sie doch, in einem erneuerten Reich die mittelalterliche „organische" Ordnung wiederbeleben zu können. Dies erklärt auch ihre Bereitschaft, sich den immer einflußreicher werdenden Nationalsozialisten zu nähern. Zahlreiche unter ihnen täuschten sich noch lange nach der „Machtergreifung" in ihrer Hoffnung, den Nationalsozialismus im Sinne der eigenen Konzepte beeinflussen zu können und auf diese Weise mit chiliastischem Impetus im „Dritten Reich" das

---

[99] In der Zeitschrift *Abendland* spiegelt sich recht deutlich die unterschiedliche Beurteilung Spanns: Vgl. etwa einerseits Kolnai, Aurel: Spanns Universalismus und katholisches Denken, in: Abendland 4 (1929), S. 202–207, der den Katholizismus für nicht vereinbar mit dem Universalismus Spanns hält, und Kogon, Eugen: Othmar Spanns Soziologie und der Katholizismus, in: Abendland 4 (1929), S. 275–279 andererseits, der Spanns soziologische Theoreme lebhaft verteidigt. Zu Kogon, der in der Zwischenkriegszeit zu den typischen „Reichsvisionären" gehörte und nach 1945 zu einem ganz anderen Europa-Konzept fand, vgl. Teil II, Kap. I.2. dieser Arbeit. Zu den „Reichsvisionären" und Othmar Spann vgl. auch: Breuning, Die Vision des Reiches, S. 35–38.

[100] Vgl. etwa die Äußerung Michael Schmaus, der vor wie nach 1945 zur abendländischen Bewegung gehörte: „Je tiefer alle Männer und Frauen des deutschen Volkes zu den Schächten des Volkstums und des Glaubens vorstoßen, um so zuversichtlicher können wir vertrauen, daß der Bau des Reiches gelingt, der in Angriff genommen ist, des Reiches, das sein wird eine Opfergemeinschaft von unerschütterlich in Gott gegründeten, aus dem deutschen Volkstum genährten, demütig auf Gott vertrauenden, ihrer Verantwortung bewußten, von Christus geformten deutschen Menschen." Ders., Begegnung, S. 25.

[101] Breuning, Die Vision des Reiches, S. 238–253.

[102] Vgl. vom späteren Abendländer Johannes Pinsk, Germanentum und katholische Kirche, in: Abendland 3 (1927/28), S. 17–19. Vgl. auch: Ruster, Die verlorene Nützlichkeit der Religion, S. 100.

[103] Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 242.

herbeigesehnte „Sacrum Imperium" zu verwirklichen – ganz im Sinne des triadischen Modells christlicher Apokalypsevorstellungen.

So war der Weg des „Abendlandes" nach rechts mit der Hinwendung zur „Konservativen Revolution" noch nicht abgeschlossen. Die Abendländer, die sich im Bannkreis des „Reiches" bewegten, erlagen genau jener Faszination, die auch die „konservativen Revolutionäre" an die Seite der neuen Machthaber des Januar 1933 trieb.[104] Über das Vehikel des „Reiches" konnte der Nationalsozialismus in den Katholizismus und seine übernationalen Vorstellungen Einzug halten – was im übrigen auch für die an der „Reichstheologie" beteiligten Protestanten galt.[105] Daß der Nationalsozialismus Lösungsangebote für die mitteleuropäische Frage bereitzuhalten schien, machte ihn ebenfalls für die auf die „deutsche Sendung" konzentrierten Rechtskatholiken attraktiv. So fanden die Protagonisten der Abendländischen Bewegung ihren Weg zum Nationalsozialismus: „Wir verstehen das Dritte Reich als die Erfüllung der Sehnsucht des Ersten. Wir glauben das Erste Reich rechtfertigen zu können als die Grundlange des Dritten."[106]

Der Katholische Akademikerverband

Vorangetrieben wurde die ideelle Entwicklung und auch die organisatorische Annäherung der Abendländer an den Nationalsozialismus vor allem durch den Katholischen Akademikerverband (KAV). Dieser, gegründet durch den Herausgeber des *Abendlandes* Hermann Platz, war personell und ideell mit den Kreisen um die Zeitschrift eng verbunden.[107] Der KAV nahm im Zuge der katholischen Aufbruchsstimmung nach dem Ersten Weltkrieg einen lebhaften Aufschwung.[108] Teilzuhaben am katholischen „Kampf um die Eroberung der Welt"[109] war vorerst

---

[104] Vgl. von Abendländern: Pinsk, Johannes: Theologie und Politik, in: Zeit und Volk 1 (1933), S. 317ff: Schmaus, Begegnung. Zoepfl, Das Reich als Schicksal und Tat.

[105] Es handelte sich dabei zum großen Teil um eben jene Protestanten, die auch nach 1945 an der abendländischen Bewegung teilhaben sollten. Vgl. Asmussen, Kreuz und Reich. Ders., Politik und Christentum. Schomerus, Kirche und Reich. Ders., Kaiser und Bürger. Stählin, Das Reich als Gleichnis.

[106] Ibach: o.T., in: Werkblätter von Neudeutschland. Älterenbund 7 (1934/35), S. 158. Helmut Ibach gehörte nach 1945 dem Vorstand der Abendländischen Akademie an und schrieb regelmäßig im *Neuen Abendland.*

[107] Franz Xaver Münch, einer der Sekretäre des KAV, fungierte im ersten Jahr des *Abendlandes* als einer der Herausgeber. Autoren des *Abendlandes* wie Ildefons Herwegen, Johannes Pinsk, Alois Dempf, Peter Wust u. a. waren gleichzeitig auch Mitglied im KAV.

[108] Dies nahmen die Verantwortlichen des KAV auch selbst so war: „Als unsere Bewegung in den Jahren 1919–1920 erneut einsetzte, war sie umwogt und durchweht vom Geiste freudigen, hoffnungsvollen und zuversichtlichen Enthusiasmus. Die nichtkatholische Welt schien in der Katastrophe des Krieges und der Revolution aufgeschlossen für eine neue Schau der Dinge, ja für die katholische Kirche, ihre Dogmen, ihre Liturgie und ihr Recht." Zitiert nach: Münch, Franz Xaver: Von der inneren Lage des katholischen Akademikerverbandes, in: Der katholische Gedanke 1 (1928), S. 306–318, hier S. 306. Zur Gründung des KAV vgl.: Berning, Die Begründung des Katholischen Akademikerverbandes.

[109] Münch, Franz Xaver: Der katholische Gedanke. Sinn und Ziel, in: Der katholische Gedanke 1 (1928), S. 1.

zentrale Aufgabe des Verbandes, eine Hoffnung, die allerdings mit dem Ende der Aufbruchsstimmung im katholischen Milieu Mitte der zwanziger Jahre auch im KAV abflachte. Denn das beschriebene Hochgefühl dauerte nicht lange an. Der Anspruch, auf die Herausforderungen der Moderne mit rein katholischen Orientierungsmustern zu reagieren, war von Beginn an auch und gerade von katholischer Seite nicht unwidersprochen hingenommen worden.[110] Mit Beruhigung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse Mitte der zwanziger Jahre, dem Beginn der „Goldenen Zwanziger", fiel der umfassende Gestaltungsanspruch der Aufbruchsstimmung schließlich größtenteils in sich zusammen. Es folgte Selbstbesinnung. Die Frage, wie beispielsweise katholische Akademiker vor den Einflüssen des „modernen" Denkens zu schützen seien, ersetzte in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre mehr und mehr den Anspruch, die gesamte deutsche Gesellschaft nach katholischen Ideen umformen zu können. „Die besondere Aufgabe des Bundes an den Intellektuellen ist wesentlich erwachsen durch das seit Deismus und Aufklärung fühlbare und sichtbare negative Symptom der Infektion dieser Kreise durch Liberalismus, Relativismus und die Kantische Seelen- und Geisteshaltung. In einer Reinigung des Geistes und der Seele unserer Intellektuellen von dieser Atmosphäre durch vertieftes Eindringen in die katholische Welt [...] sehe ich die große, besondere Aufgabe [...] unseres Bundes",[111] so formulierte es der Generalsekretär des Verbandes, Kaplan Franz Xaver Münch. Zu diesem Zweck gab der KAV ab 1928 mit dem *Katholischen Gedanken* eine eigene Vierteljahrsschrift heraus; darüber hinaus entfaltete er eine rege Aktivität, die von Vorträgen in den Ortsgruppen über die Arbeit in verschiedenen Kommissionen bis hin zu jährlich abgehaltenen großen Tagungen reichte,[112] auf denen sich „die geistige Elite des katholischen Deutschlands" versammelte.[113]

„Brückenbau" zum Nationalsozialismus

Etwa mit dem Jahr 1930 änderte sich die Situation. Während die zwanziger Jahre für den KAV, ähnlich wie für die Zeitschrift *Abendland*, bei aller konservativ-katholischen Grundausrichtung eine Zeit relativer weltanschaulicher Pluralität waren, so verengte sich die Perspektive nun deutlich. Wie überhaupt in der Weimarer Republik weit verbreitet, war auch der Liturgischen Bewegung und damit den von ihr geprägten Organisationen wie dem KAV ein ausgeprägtes Gemeinschaftsdenken eigen, das seinen Ausgangspunkt im Erleben der gemeinsam gefeierten Messe hatte.[114] Die Sehnsucht nach erneuerter Gemeinschaft statt Individualisierung und nach Einbindung des Katholizismus in die Gesamtgesellschaft begün-

---

[110] Vgl. Ruster, Die verlorene Nützlichkeit der Religion, S. 88–90.

[111] Münch, Franz Xaver: Von der inneren Lage des katholischen Akademikerverbandes, in: Der katholische Gedanke 1 (1928), S. 306–318, hier S. 316f.

[112] Es existierten beispielsweise eine soziologische, eine pädagogische, aber auch eine Auslandskommission, die regelmäßige Kontakte zu katholischen Akademikern anderer Länder pflegte.

[113] Rink, Ildefons Herwegen, S. 67.

[114] Baumgartner, Sehnsucht nach Gemeinschaft, vor allem S. 133–170. Ders., Gemeinschaftsmythos, S. 69–84.

stigten so die Hinwendung des KAV zum „Volks"- und „Volksgemeinschafts"-Gedanken.[115] Zu Beginn der dreißiger Jahre machte das spezielle Gemeinschaftsdenken eine Annäherung des Katholischen Akademikerverbandes und anderer katholischer Reichs-Vertreter vom rechten Rand an den wachsenden Nationalismus, an völkische Parolen und an den aufstrebenden Nationalsozialismus möglich. Diese Tatsache ist in der Literatur wiederholt mit Hinweis auf den Zusammenhang zwischen Liturgischer Bewegung und faschistischen Tendenzen, auf „Schnittmengen [im] Gedanken- und Gefühlsbestand kirchlich-katholischer und völkischer oder faschistischer Erneuerungsbewegungen zwischen den Kriegen" erklärt worden, und auch Zeitgenossen hatten die romantisierenden, irrationalen Züge der Liturgischen Bewegung schon früh kritisiert.[116] Hermann Platz zum Beispiel warnte Ildefons Herwegen, Abt von Maria Laach und führendes Mitglied des KAV: „Ich fürchte allerdings die Stunde, wo der um sich greifende Antiintellektualismus [...] die liturgische Sache zu der seinigen macht."[117]

Vorangetrieben wurde die Annäherung an den Nationalsozialismus vor allem von Franz Xaver Landmesser, der 1929 das Generalsekretariat des KAV übernahm, und Ildefons Herwegen, Abt des Klosters Maria Laach. Landmesser war bis zum Ende der zwanziger Jahre vor allem durch den Philosophie- und Soziologieprofessor Max Scheler geprägt worden.[118] Seit 1930 wandte er sich jedoch dem Universalismus Othmar Spanns zu und versuchte fortan, dessen Sozialideen zum Durchbruch zu verhelfen und sie zur Grundlage der Arbeit im KAV zu machen.[119] Die Hinwendung des KAV zu den Spannschen Ständestaatskonzeptionen lief vor allem über die Anfang der dreißiger Jahre in Maria Laach abgehaltenen soziologischen Sondertagungen. Die erste dieser Tagungen im Juni 1931 empfing Othmar Spann als „Ehrengast" und einzigen Redner, dem mit insgesamt drei Vorträgen über Individualismus, Universalismus und ständische Ordnung die Möglichkeit geboten wurde, sein Konzept umfassend darzustellen.[120] Bereits auf dieser ersten soziologischen Sondertagung des KAV in Maria Laach 1931 forderte Ildefons Herwegen „Verständnis für die positiven Kräfte der nationalen Bewegung" und verwies auf vermeintliche inhaltliche Entsprechungen zwischen dem

---

115 Ruster, Die verlorene Nützlichkeit der Religion, S. 100.

116 Klönne, Die Liturgische Bewegung, S. 13–21. Breuning, Die Vision des Reiches. Zur zeitgenössischen Kritik vgl. neben den bereits erwähnten Äußerungen Walter Dirks etwa: Hildebrand, Dietrich von: Aufgaben und Strömungen im Katholizismus der Gegenwart, in: Der katholische Gedanke 3 (1930), S. 172–185, wo es heißt, daß „eine maßlose Überschätzung des Eigenwertes von Gemeinschaft den ewigen Wert der Einzelperson ganz zu verdunkeln" drohe. Zitiert nach: Baumgartner, Sehnsucht nach Gemeinschaft, S. 149.

117 Zitiert nach: Berning, Geistig-kulturelle Neubesinnung, S. 172.

118 Baumgarnter, Gemeinschaftsmythos, S. 74.

119 Baumgartner, Sehnsucht nach Gemeinschaft, S. 135. Vgl. hier auch die Erläuterungen zu den inhaltlichen Differenzierungen in den Konzepten Schelers und Spanns.

120 Die soziologische Tagung von Maria Laach 1931, in: Der Katholische Gedanke 5 (1932), S. 92–102. Legitimiert wurde diese einseitige Ausrichtung auf den Wiener Nationalökonom übrigens auch durch den Anspruch, der gerade erschienenen päpstlichen Enzyklika „Quadrigesimo anno" zu dienen. Vgl. Baumgartner, Sehnsucht nach Gemeinschaft, S. 146.

Nationalsozialismus und der Liturgischen Bewegung.[121] Auch eine gesellschaftsphilosophische Tagung des KAV vom Oktober 1931 schwamm unter dem Titel „Religion – Rasse – Volkstum – Nation" im Strom der Zeit. Während auf der zweiten soziologischen Tagung in Maria Laach Anfang Mai 1932 noch deutliche Kritik am Spannschen Weltbild laut wurde,[122] erscheinen die von Ildefons Herwegen auf der dritten – unter dem Titel „Idee und Aufbau des Reiches" bereits im „Dritten Reich" abgehaltenen – soziologischen Sondertagung im Juli 1933 in Maria Laach formulierten Positionen nur als konsequente Weiterentwicklung des seit Beginn der dreißiger Jahre beschrittenen Weges: „Auf religiösem Gebiet ist es seit zwei Jahrzehnten die sogenannte liturgische Bewegung, die sich als Gegengewicht gegen einen immer zügelloser und wilder sich gebärdenden Individualismus bildete, auf politischem Gebiet ist es der Faschismus."[123] Die Teilnehmerliste dieser Tagung war beeindruckend: Neben Vertretern der katholisch-akademischen Elite[124] wandten sich nun auch „konservative Revolutionäre" wie Edgar Julius Jung und Carl Schmitt dem Rechtskatholizismus zu. Anwesende Nationalsozialisten, meist Vertreter der Parteielite aus dem Rheinland,[125] die Präsenz Franz von Papens, aber auch des DNVP-nahen Martin Spahn, zeigten, in welchem Maße sich der KAV, der dem Zentrum und seiner Offenheit gegenüber der Sozialdemokratie immer kritisch eingestellt gewesen war, inzwischen von der traditionell das katholische Milieu vertretenden Partei entfernt hatte.[126] Papen, der gerade aus Rom zurückgekehrt war, gab ausgerechnet in Maria Laach den Abschluß des Konkordats zwischen dem Heiligen Stuhl und dem „Dritten Reich" bekannt und beschwor die katholischen Akademiker, es gelte, „einen Strich unter das Jahrhundert der Aufklärung und der Überschätzung des Individualismus zu ziehen, die Nachwehen des Kulturkampfes endgültig zu vertreiben und einen Freundschaftsbund der religiösen und staatlichen Mächte zu schließen, die ein neues Deutschland, ein neues Europa aufbauen müssen". Auch andere riefen zur Mitarbeit der Katholiken am Neubau des „Reiches" auf. Ildefons Herwegen forderte: „Sagen wir rückhaltlos Ja zu dem neuen soziologischen Gebilde des totalen Staates, das durchaus analog gedacht ist dem Aufbau der Kirche."[127] Wenn die Tagung trotz dieser Aufrufe ohne gemeinsame Resolution zu Ende ging, so lag dies an der Tatsache, daß nicht alle Anwesenden bereit waren, sich dem neuen Staat so rück-

---

[121] Zitiert nach Rink, Ildefons Herwegen, S. 70.

[122] Müller, Der katholische Akademikerverband, S. 555.

[123] Spael, Wilhelm: Die dritte soziologische Sondertagung des Katholischen Akademikerverbandes in Maria Laach. Die nationale Aufgabe des Katholizismus, in: Kölnische Volkszeitung vom 30. 7. 1933.

[124] So waren etwa Alois Dempf, Johann Peter Steffes, Peter Wust, Albert Mirgeler, Ildefons Herwegen, P. Damasus Winzen, Robert Grosche, Franz Schnabel, Emil Ritter, Wilhelm Spael, Oswald von Nell-Breuning und Theodor Brauer anwesend.

[125] Unter anderem Freiherr Hermann von Lüninck, Oberpräsident der Rheinprovinz, Rudolf zur Bonsen, Regierungspräsident von Köln, und Fritz Thyssen. Göring, der ebenfalls eingeladen gewesen war, hatte sein Kommen kurzfristig abgesagt.

[126] Zu Martin Spahn und seiner Reichs-Konzeption vgl. Clemens, Martin Spahn, vor allem S. 98–144.

[127] Zitiert nach Müller, Der katholische Akademikerverband, S. 557.

haltlos anzudienen.[128] Dennoch kann man die dritte soziologische Sondertagung mit Klaus Breuning als „Höhepunkt und Zusammenfassung" der Harmonisierungsversuche des Katholizismus gegenüber dem Nationalsozialismus bezeichnen.[129]

An den „Brückenbauversuchen" des Rechtskatholizismus zum Nationalsozialismus waren zahlreiche Persönlichkeiten beteiligt, die in der abendländischen Bewegung nach 1945 bestimmend waren. Eine ganze Reihe von Trägern der Abendland- und Reichs-Idee in der Weimarer Republik, die sich um die Zeitschrift *Abendland* und den KAV versammelten, entschloß sich auch nach 1945 wieder zu abendländischer Aktivität. Der Präsident des KAV beispielsweise, Ferdinand Kirnberger, gehörte ab 1946 zu den Autoren des *Neuen Abendlandes*. Weitere prominente und aktive Mitglieder des KAV, Johannes Pinsk, Michael Schmaus und Thomas Michels, finden wir in den fünfziger Jahren als Beiratsmitglieder der Abendländischen Akademie.[130] Walter Hagemann, Helmut Ibach, Friedrich Zoepfl, Robert John, Anton Mayer(-Pfannholz), Wilhelm Schmidt, Hermann Port, Andreas Andrae, Werner Bergengruen – sie alle publizierten in der Weimarer Republik zur Abendlands- und Reichs-Thematik, sie alle waren regelmäßige Autoren des *Neuen Abendlandes* ab 1946 und gehörten den Organisationen der abendländischen Bewegung an.[131] Der spätere Vorsitzende der 1952 gegründeten Abendländischen Akademie schließlich, Friedrich August Freiherr von der Heydte, war ebenfalls Mitglied im KAV gewesen. Auch die enge Verbindung, die der KAV zu der Abtei Maria Laach unterhielt, sollte nach 1945 in der Abendländischen Bewegung erhalten bleiben: Abt Basilius Ebel, der Schüler und Nachfolger des 1946 verstorbenen „Inaugurator[s] und Förderer[s] der deutschen Liturgischen Bewegung" Ildefons Herwegen, war Kuratoriumsmitglied der Abendländischen Akademie.[132] Diese Auflistung verdeutlicht zum Abschluß noch einmal die personelle Kontinuität des „Abendlandes" zwischen Weimar und Bundesrepublik. Daß damit auch eine ideelle Kontinuität einherging, wird noch zu zeigen sein. Zunächst jedoch müssen andere Wurzelstränge des „Abendlandes" der Zeit

---

128 Ebenda, S. 559.

129 Breuning, Die Vision des Reiches, S. 207.

130 Pinsk trug als Studentenseelsorger in den zwanziger Jahren entschieden dazu bei, daß die Liturgische Bewegung sich unter der akademischen Jugend verbreitete. Vgl. Rink, Ildefons Herwegen, S. 68. In den späten zwanziger Jahren entwickelte sich im KAV die Idee einer katholischen Universität. Die 1931 erstmalig stattfindenden Salzburger Hochschulwochen, bei denen sich über tausend Katholiken zu Vorträgen und Diskussionen versammelten, sollten den Grundstein einer solchen Universität legen. Zwar verwirklichten sich diese Hoffnungen nicht, doch entwickelten sich die Salzburger Hochschulwochen zu einer feststehenden Einrichtung, die – nach dem Zweiten Weltkrieg wiederaufgenommen – bis heute jährlich stattfinden. Thomas Michels, der übrigens auch der Abtei Maria Laach entstammte, war in den dreißiger Jahren Privatdozent bei den Salzburger Hochschulwochen. In den fünfziger Jahren stellte er als Direktor der Hochschulwochen und gleichzeitiges Beiratsmitglied der Abendländischen Akademie wiederum Kontakte her, so daß sich auch hier Kontinuitäten feststellen lassen.

131 Vgl. Breuning, Die Vision des Reiches, S. 153f., S. 200, S. 282–284.

132 Breuning verweist übrigens darauf, daß die „Reichsideologie" gerade in Maria Laach auch weit über 1933 hinaus fortlebte, ebenda S. 280.

nach 1945 in den Blick treten. Denn der Abendland-Kreis der Weimarer Republik, die „Reichsideologie" und die Brückenbauversuche des Katholischen Akademikerverbandes zum Nationalsozialismus waren nicht die einzig möglichen Wege, über die Ideen und ihre Träger zum „Abendland" der Bundesrepublik gelangen konnten.

2. Wurzeln abendländischen Engagements in biographischen Erfahrungen

Nicht alle späteren Mitglieder der Abendländischen Bewegung waren bereits in der Zwischenkriegszeit dem Abendland-Kreis zugehörig gewesen. Es gab neben den beschriebenen organisatorischen Wurzeln andere biographische Prägungen, die zu einem Engagement für das „Abendland" nach 1945 führen konnten, Prägungen, von denen manche als durchaus typisch für die Abendländer bezeichnet werden können. Im folgenden sollen diese anderen Wurzelstränge der Abendländischen Bewegung freigelegt werden. Dabei wird sich die Analyse nicht zufällig bei den meisten der betrachteten Biographien auf die Jahre des „Dritten Reiches" konzentrieren. Denn gerade in diesen Jahren entwickelten sich bei vielen der späteren Abendländer zentrale Merkmale ihres Weltbildes. Und auch aus einem weiteren Grunde sind die Jahre des Nationalsozialismus hier von besonderem Interesse: Mit der „Machtergreifung" verlor der seit jeher nur schwach organisierte Abendland-Kreis seinen Zusammenhalt endgültig, so daß von einer organisatorischen Kontinuität zwischen 1933 und 1945 keine Rede sein kann. Nicht zuletzt aus diesem Grunde wissen wir bisher über den Verbleib der abendländischen Idee im Nationalsozialismus nur wenig. Der individual-biographische Zugriff hingegen ermöglicht es, Aussagen über Kontinuität und Wandel des „Abendlandes" im „Dritten Reich" zu treffen.[133] Zwar argumentierten die Abendländer nach 1945 gerne, die abendländische Idee sei im Nationalsozialismus entweder einflußlos gewesen, weil sie aufgrund ihrer christlich-katholischen Prägung den weltanschaulichen Grundlagen des Regimes widersprochen habe, oder aber, sie habe im Widerstand „überwintert". Der Blick auf die Biographien späterer Abendländer wird uns indes zeigen, daß der Weg des Abendlandes zwischen 1933 und 1945 durchaus in die Nähe nationalsozialistischer Ordnungsvorstellungen führen konnte, wenngleich nicht mußte: Auch im Exil finden wir Abendländer, deren Biographien es zu verfolgen gilt.

[133] Noch einmal sei an dieser Stelle betont, daß die hier getroffene Auswahl an Biographien keinen Anspruch darauf erhebt, sämtliche Personen zu behandeln, die für die Abendländische Bewegung eine Rolle spielten. Es geht eher darum, zentrale Wurzelstränge der abendländischen Idee und Bewegung vor 1945 exemplarisch herauszuarbeiten.

Im Bann von „Reich" und „Großraum": das „Abendland" im Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg

Obwohl dem Topos vom „Abendland" in den Jahren des Nationalsozialismus nicht mehr die Bedeutung zukam, die er in der Weimarer Republik innegehabt hatte, verschwand der Begriff zwischen 1933 und 1945 nicht vollständig. Von der Propaganda des „Dritten Reiches" vor allem in den letzten Kriegsjahren schlagwortartig gebraucht, aber auch im konservativen Widerstand beheimatet, teils in literarische Randbezirke abgedrängt, läßt sich kaum eine generalisierende Aussage über die Begriffsgeschichte des Wortes im Nationalsozialismus machen. Einerseits überwinterte die „klassische" abendländische Idee in ihrer engen Verknüpfung von theologischen und kulturellen Motiven, wie sie etwa in den Werken (der späteren Mitglieder der abendländischen Bewegung nach 1945) Reinhold Schneiders oder Werner Bergengruens zum Ausdruck kam, in „geduldete[n] esoterische[n] Zirkel[n] der Literatur und Philosophie".[134] Wichtiger indes für die stark politisierte Idee des „Abendlandes" in den fünfziger Jahren, nach deren Wurzeln wir fragen, war andererseits jene ideengeschichtliche Variante, die in enger Anlehnung an nationalsozialistische Großraumvorstellungen bis 1945 wirksam war.

Dabei spielten die bereits vor 1933 in enger Verbindung zum „Abendland" stehenden Begriffe „Reich" und „Mitteleuropa" eine entscheidende Rolle. Viele Protagonisten, die vor der nationalsozialistischen „Machtübernahme" – und auch wieder nach 1945 – vom „Abendland" redeten, ersetzten diesen Begriff nun weitgehend durch das „Reich", ohne damit allerdings im engsten Sinne nationalsozialistisches oder rassistisches Gedankengut zu übernehmen. Möglich wurde dies, weil während der gesamten Jahre des Nationalsozialismus Mitteleuropa- und Reichs-Begriffe unterschiedlichen Verständnisses nebeneinanderstehen konnten: Einerseits überstand das „traditionelle" Bild von „Mitteleuropa", das mehr oder weniger auch dem entsprach, was viele katholische Abendland-Vertreter im Umfeld der „Konservativen Revolution" seit Anfang der dreißiger Jahre vertreten hatten, den Übergang in das „Dritte Reich" „weitgehend unbeschädigt und konnte auch in den Folgejahren, über den 1. September 1939 hinaus, als Bezugsgröße [...] dienen".[135] Neben den traditionellen Konzepten standen während des Nationalsozialismus andererseits jene, die von der Überlegenheit der arischen Rasse ausgingen und in denen für eine wie auch immer geartete Kooperation der europäischen Länder kein Raum war. Diese Europa-Variante schloß jede Gleichberechtigung der europäischen Völker im „Neuen Europa" aus. Es ging ihren Vertretern, zu denen mehr oder weniger die gesamte Staats- und Parteiführung

---

[134] Schildt, Zwischen Abendland und Amerika, S. 27. Schildt verweist auch auf die Bedeutung der Literaten Werner Bergengruen und Reinhold Schneider, die beide in den Jahren des „Dritten Reichs" isoliert zum „Abendland" schrieben und nach 1945 zur Abendländischen Bewegung gehörten. Vgl.: Schneider, Stimme des Abendlandes. Ders., Empire und Reich. Ders., Auf Wegen der Geschichte. Bergengruen, Der ewige Kaiser. Zum „Abendland" im konservativen Widerstand vgl. Graml, Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstands. Hammersen, Politisches Denken im deutschen Widerstand. Mommsen, Der deutsche Widerstand.

[135] Elvert, Mitteleuropa, S. 301.

des Nationalsozialismus gehörte, nicht um „die Zusammenfassung der heterogenen europäischen Staats- und Nationalindividualitäten [...], sondern die pseudodarwinistischen Entwicklungsgesetzen verhaftete organische Expansion der höherwertigen Rassen in Herrschaftsräume, die zu erobern waren – dies aber nicht mit einer Stoßrichtung nach Westen oder Süden [...], sondern nach Osten. Nicht Paneuropa, nicht ein vereinigtes Europa war das ursprüngliche Ziel Hitlers, sondern die Gewinnung von Lebensraum für die germanische Rasse."[136] Damit war die radikale rassische Umgestaltung Europas, insbesondere seines Ostens, die Vernichtung „minderwertiger" Volksgruppen und schließlich der jüdischen Bevölkerung Europas grundsätzlich und von Anbeginn Bestandteil dieser Spielart der nationalsozialistischen Europakonzeption.[137] Es existierten also „spätestens seit der Konsolidierung der nationalsozialistischen Herrschaft Mitte der dreißiger Jahre eine Vielzahl von Mitteleuropa- und Europaentwürfen, die sich aufgrund des oben skizzierten Dualismus begrifflich kaum, inhaltlich aber erheblich voneinander unterschieden".[138]

Führende Nationalsozialisten waren sich sehr wohl bewußt, daß traditionelle „Schlüsselbegriffe" wie das „Reich" ideal geeignet waren, die nationalkonservativen Eliten der Weimarer Republik ebenso an das Regime heranzuführen wie die, sich im eigenen Selbstverständnis von diesen weit abhebenden, „konservativen Revolutionäre". „Was für das einfache Volk der Führermythos war, das war für die ‚Gebildeten' die Ausstrahlungskraft des ‚Reiches', das weniger die ‚Volksgemeinschaft' versinnbildlichte als das nationale Selbst- und Sendungsbewußtsein der alten deutschen Führerschichten"[139] – und dies wußte das Regime geschickt auszunützen. Das nationalsozialistische Schrifttum aus den Jahren vor 1933, aber auch die Rhetorik der neuen Machthaber nach dem Untergang der Republik boten den mitteleuropäischen Reichsvisionären „eine Reihe von freilich recht allgemein, gelegentlich sogar beliebig formulierten Bezugspunkten, an die sie ihre eigenen Konzepte anknüpfen konnten".[140] Diese begriffliche Ähnlichkeit ließ die abendländischen Reichs-Anhänger ihre Hoffnungen auf das „Dritte Reich" setzen. In den Friedensjahren konnten – oder wollten – diese „alten" und „jungen" Eliten nicht sehen, daß es Hitler nicht allein um eine „großdeutsche" Saturierung des Reiches ging, auch nicht um eine „großgermanische" Eingliederung der Auslandsdeutschen in benachbarten Ländern wie der Tschechoslowakei, sondern daß die nationalsozialistischen Expansionsabsichten weit über jene Ansprüche hinausgingen, die sich in der Weimarer Republik mit dem „Reich" verknüpft haben mochten. Ebenso verschlossen zahlreiche Reichs-Anhänger der Weimarer Jahre

---

[136] Salewski, Europa, S. 89. Vgl. zum „Europa" der Nationalsozialisten auch in Auswahl: Gruchmann, Nationalsozialistische Großraumordnung. Kletzin, Europa aus Rasse und Raum. Krüger, Hitlers Europapolitik. Neulen, Europa und das Dritte Reich. Kluke, Nationalsozialistische Europaideologie. Moll, Das neue Europa. Overy/Otto/Houwink ten Cate, Die „Neuordnung" Europas. Röhr/Berlekamp (Hg.), „Neuordnung Europas". Zipfel, Hitlers Konzept einer „Neuordnung" Europas.

[137] Salewski, Europa, S. 104. Vgl. auch Elvert, Mitteleuropa, S. 392.

[138] Elvert, Mitteleuropa, S. 391.

[139] Kettenacker, Der Mythos vom Reich, S. 264.

[140] Elvert, Mitteleuropa, S. 219.

ihre Augen davor, daß das völkische „Reich" des Nationalsozialismus sich grundsätzlich von ihrer eigenen Vision eines zwar unter Führung der Deutschen stehenden, dennoch aber föderativ gegliederten „Sacrum Imperium" unterschied. So waren den Abendländern verschiedene Brücken gebaut, um den Weg von den „reichsideologischen" Positionen Anfang der dreißiger Jahre hinüber zum tatsächlichen „Reich" des Nationalsozialismus zu gehen.

Das individuelle Verhaltensspektrum von Abendländern angesichts des Lebens in einer Diktatur reichte von Begeisterung gegenüber den neuen Machthabern über Anpassung, Resignation, Widerstand bis hin zu innerem oder äußerem Exil. Einige wandten sich nach anfänglichem Enthusiasmus im Januar 1933 bereits in den ersten Monaten nach der „Machtübernahme" enttäuscht vom Regime ab, als sie erkannten, daß die Realität des „Dritten Reiches" mit ihrem „Sacrum Imperium" nichts zu tun hatte. Andere sahen spätestens mit der „Eingliederung der Resttschechei" 1939 ihren Irrtum ein. Manche verließen Deutschland bzw. Österreich und gingen ins Exil. Doch war dies die Minderheit: Die wenigsten der späteren Abendländer zeichneten sich durch Dissens oder gar Widerstandshandlungen aus. Vielmehr befand sich ein Großteil von ihnen in ideologischer Nähe zum Regime. Dies bedeutet allerdings nicht, daß es sich bei ihnen um überzeugte, gar hochrangige Nationalsozialisten gehandelt hätte. Sie befanden sich durchgängig in niedrigen Positionen der nationalsozialistischen Machthierarchie und gehörten zu jener Schicht des national gesinnten konservativen Bürgertums, das eine „begrenzte Symbiose" mit dem System einging.[141] So trat die Mehrheit unter ihnen spät, möglicherweise nur aus Karrieregründen der NSDAP bei. Vielfach waren sie in Berufsgruppen tätig, in denen sie mit der ideellen Ausgestaltung und der Propaganda für die „Neue Ordnung" Europas konfrontiert waren, und sich teilweise, wenn auch in untergeordneten Positionen, sogar aktiv daran beteiligten. Sie verwandten die „europäische Sprache" des „Dritten Reiches" dabei recht selbstverständlich, ohne sich allerdings durch rassistische Entgleisungen hervorzutun. Die Frage, ob dies nun aus Opportunismus geschah oder ob die Vorstellung eines „deutschen Europa" auf Dauer verführerisch genug wirkte, um sie in die eigene Gedankenwelt zu übernehmen, läßt sich angesichts der Quellenlage kaum mehr klären. Die Erfolge der deutschen Armeen in den ersten Kriegsjahren jedenfalls ließen die nationalsozialistische Propaganda plötzlich Wirklichkeit werden, und so findet sich so mancher Abendländer, dem „Mitteleuropa" als deutsches Einflußgebiet nicht mehr ausreichte. Das ganze Europa war es nun, das der „Sendung" des Deutschen Reiches unterlag – die „übernationale Reichsidee" ließ sich von der „nationalen" verführen. So kann man davon ausgehen, daß der „Transmissionsriemen" des Reichs-Begriffes in den Jahren nach 1933 weiterwirkte; er führte das „Abendland" in argumentative Nähe zur „Neuen Ordnung" Europas und des „Großraums" und damit in die Nähe zentraler Ordnungs- und Hegemonialvorstellungen des Nationalsozialismus. Wiederum kam dabei dem Mittelalter und dem „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation" für die Neuordnung Europas durch das „Reich" eine besondere Bedeutung zu. Hier bereits erschienen

[141] Stolleis, Recht im Unrecht, S. 65.

die Deutschen als vermeintliche Führungsmacht in Europa, geeint unter starken kaiserlichen „Führern". Die mittelalterliche Ost-Kolonisation half den Überfall auf östliche Nachbarn zu legitimieren, der vermeintliche „Bollwerkscharakter" des mittelalterlichen Reiches gegen den Osten fand sich in der nationalsozialistischen Propaganda über die „europäische Aufgabe" des Reiches wörtlich wiederaufgenommen. Schließlich bot das „Reich" auch ein willkommenes politisches Gegenmodell zum „Staat": als nur dem deutschen Volk entsprechende Staatsform war es zentraler Bestandteil eines „reaktionären utopischen Entwurf[s] einer antiwestlich konzipierten Welt".[142]

Zwischen 1933 und 1945 konnten also konservative, d.h. dem Gedankengut traditioneller konservativer Eliten aus den Jahren des Kaiserreichs und der Weimarer Republik entstammende Ordnungsvorstellungen neben im engeren Sinne rassistischen Komponenten stehen – auch im Hinblick auf Europavorstellungen.[143] Dies lag nicht zuletzt daran, daß die nationalsozialistische Weltanschauung in sich weit weniger geschlossen war, als man dies lange angenommen hat. Sie entwickelte sich vielmehr „zum nominellen Rahmen für ein breites Spektrum politischer, philosophischer und wissenschaftlicher Ideen".[144] Diese relative Offenheit bezog sich auch auf das Nachdenken über übernationale Ordnungsideen: Wer sich mit dem „Raum" beschäftigte, eine Neuordnung des europäischen Raumes forderte und (vor-)dachte, mußte nicht notwendigerweise die „Rasse" zum Ordnungskriterium erheben.[145] Auch für die Abendländer trifft dies zu: Der europäische „Raum" interessierte (und das weit über 1945 hinaus) – die „Rasse" hingegen kaum.

Antikommunismus als Verbindungselement

Für die zumindest partielle Übereinstimmung der abendländischen Reichs-Idee mit der des Nationalsozialismus ist schließlich der Antikommunismus innerhalb der ideologischen Grundlagen des „Dritten Reiches" von zentraler Bedeutung. Gezielt baute die nationalsozialistische Propaganda mit dem „verbissene[n] ideologische[n] Kampf gegen ‚Weltjudentum' und ‚Weltbolschewismus' [...] die Rolle des NS-Deutschland gegen die ‚Kulturzerstörer'" auf.[146] Der Antikommunismus, der bereits seit den zwanziger Jahren, vor allem aber seit Beginn der dreißiger

---

142 Diner, Rassistisches Völkerrecht, S. 51. Für den gesamten Diskussionszusammenhang: Faulenbach, Ideologie des deutschen Weges.

143 Lutz Raphael hat den Zusammenhang, daß sich in den Jahren des „Dritten Reichs" keine einheitliche nationalsozialistische Lehrmeinung in den unterschiedlichen Fächern durchsetzte, sondern ältere, konservativ-nationale Konzepte durchaus weitergetragen werden konnten, jüngst beschrieben. Vgl. ders., Radikales Ordnungsdenken, vor allem S. 28–33.

144 Ebenda, S. 28.

145 Für die Rechtswissenschaft lassen sich die Differenzen zwischen „Raum" und „Rasse" etwa an den Auseinandersetzungen zwischen Carl Schmitt und den SS-Juristen Werner Best und Reinhard Höhn festmachen. Vgl. Herbert, Best. Schmoeckel, Die Großraumtheorie. Stolleis, Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland, S. 325–330. Für Geographie und Geopolitik läßt sich die nicht-rassistische Arbeit konservativer Fachvertreter ebenfalls nachweisen. Vgl. Rössler, „Wissenschaft und Lebensraum", und (wenn auch recht apologetisch): Ebeling, Geopolitik.

146 Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik, S. 600.

Jahre ein Element der Abendland-Idee gewesen war, wurde so vor allem im Verlauf des Zweiten Weltkrieges zum wichtigsten Verbindungselement der Idee zum Nationalsozialismus. Bereits vor Abschluß des Hitler-Stalin-Pakts hatte das Feindbild vom „jüdischen Bolschewismus" zum Allgemeingut des Regimes gehört. Sätze wie jener eines späteren Abendländers paßten, trotz ihres christlichen Hintergrundes, 1938 durchaus in den ideologischen Rahmen des „Dritten Reiches": „Nur wenn der Mensch wieder um den wahren Geist weiß und sich mit ihm kämpfend verbindet, kann er den Drachen, der aus den Tiefen der Widerwelt stieg und dessen Gifthauch ihn heute zu ersticken droht, wiederum in den Abgrund stürzen."[147] Bis zum Angriff auf die Sowjetunion trat die antikommunistische Propaganda in Deutschland dann zwar in den Hintergrund, nach 1941 jedoch erhielten Presse und Propagandainstitutionen die Anweisung, wieder auf altbewährte Argumentationsmuster zurückzugreifen. Die im Propagandabereich tätigen Abendländer kamen, wie etwa Emil Franzel, dieser Aufforderung nach.

Solange die Führungsriege des Nationalsozialismus davon ausgehen konnte, den Krieg zu gewinnen, hatten all jene Europa-Konzepte keine Chance auf Realisierung, die in irgendeiner Form eine föderative Einigung des Kontinents anstrebten. Dies änderte sich nach der Niederlage von Stalingrad 1943. Nun griff man auch von oberster Stelle auf die föderativen Planungen zurück, und so erlebten traditionelle (Mittel-)Europavorstellungen eine Renaissance.[148] Es folgte die in der Literatur immer wieder beschriebene, wenn auch in ihren unterschiedlichen Ausprägungen und Ergebnissen keineswegs ausgelotete Einrichtung von Planungsstäben und Europa-Ausschüssen. Allerdings hatten sich die Durchsetzungsmöglichkeiten dieser Konzepte trotz der offiziellen Förderung keineswegs erhöht: Denn die führende Riege des Regimes benützte die Europa-Planungen ausschließlich strategisch, sollte die nach außen demonstrierte planerische Aktivität doch den Verbündeten und Kollaborateuren in Europa eine Verwirklichung der eigenen Hoffnungen in Aussicht stellen, wenn sie nur das Deutsche Reich in seinem „europäischen Abwehrkampf gegen den Bolschewismus" unterstützten. Auf diesem, in letzter Konsequenz jedoch erfolglosen Weg sollten angesichts der deutschen Verluste die europäischen Ressourcen weitmöglichst zusammengefaßt werden.[149] Aus eben diesem Grunde ging es bei der Aufnahme „Europas" in den offiziellen nationalsozialistischen Sprachgebrauch auch darum, dem von den Alliierten lautstark propagierten Zukunftsprogramm eine verführerische Alternative entgegenzusetzen.[150] Die Propagandamaschinerie des Deutschen Reiches nahm

---

147 Hippel, Der Bolschewismus und seine Überwindung, S. 46.

148 Elvert, Mitteleuropa, S. 382.

149 Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 5/2, S. 498–502.

150 Vgl. den Kommentar Rudolf Rahns, des stellvertretenden Leiters der Informationsabteilung des Auswärtigen Amts vom 19. 8. 1943, der den zynischen Umgang mit „Europa" in den letzten Kriegsjahren verdeutlicht – gerade weil er nicht von einem Vertreter aus dem engeren nationalsozialistischen Machtbereich stammt: „Schöne Gesten sind billig und können äußerst wirksam sein. Warum wenden wir sie nicht an? Warum stellen wir nicht auch Zukunftsprogramme auf, die beruhigen, verführen oder doch wenigstens neutralisieren? [...] Als ob sich nicht nach einem errungenen Sieg leicht eine Formel finden ließe, die unserem Führungsanspruch genügt und die dann erst recht die Möglichkeit gäbe,

also vorwiegend aus diesen Gründen ab 1943 „Europa" – und in diesem Zusammenhang immer wieder auch das „Abendland" – als Schlagwort auf.

Zwar war diese Propaganda eher auf die europäischen Nachbarn ausgerichtet als auf die deutschen Reichsbürger, doch ging sie wohl auch an diesen nicht spurlos vorüber. Gerade in jenen Kreisen, die dem konservativ-revolutionären abendländischen Reichs-Gedanken nahestanden, mußten Formeln wie die „Rettung Europas vor den vereinigten Barbaren aus Ost und West"[151] Hoffnungen wecken: Vertreter antiliberaler und antikommunistischer Überzeugungen sahen nun wieder die Möglichkeit, ihre Vorstellungen von der europäischen Neuordnung des „Abendlandes" durch das „Reich" verwirklicht zu sehen. Das Beispiel des späteren Abendländers Hans-Joachim von Merkatz, der in der Deutsch-Spanischen Gesellschaft selbst an der auf die Verbündeten bzw. Neutralen ausgerichteten Europa-Propaganda beteiligt, oder auch Emil Franzels, der für die weltanschauliche Schulung der Ordnungspolizei in Prag zuständig war, zeigt die Übernahme der nationalsozialistischen Propagandaformeln, deren überwiegend instrumentellen Charakters man sich nur selten bewußt war.

Insgesamt kann man davon ausgehen, daß der propagandistische Gebrauch des Begriffes „Abendland" durch die Nationalsozialisten in den letzten Kriegsjahren den Deutschen, insbesondere den konservativen unter ihnen, den Begriff wieder ins Gedächtnis brachte. War er zuvor mehr oder weniger im „Reich" aufgegangen, trat nun durch die Formel von der „antikommunistischen Abwehrfront" ein gedanklicher Zusammenhang in den Vordergrund, der zwar bereits aus den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg stammte, nun aber den Deutschen, oder zumindest einem konservativen Teil von ihnen, den Übergang in die Nachkriegszeit und die Anpassung an die veränderten weltpolitischen Konstellationen erheblich erleichterte. Und nicht zuletzt handelte es sich um ein Denkmodell, das auch für jene Abendländer akzeptabel war, welche im Gegensatz zu den vielen Angepaßten die Jahre des „Dritten Reiches" im Exil verbracht hatten. Der Antikommunismus stellte damit eines der entscheidenden integrativen Elemente für die Wirkungsgeschichte der abendländischen Idee nach 1945 dar.

Gleichzeitig begann in den letzten Kriegsjahren die langsame Tilgung des Reichs-Begriffes aus dem deutschen Sprachgebrauch. Statt dessen sollte sich gerade das „Abendland" – nun wieder mit stark christlicher Konnotation – zu einem der zentralen Schlagworte der Nachkriegszeit entwickeln. Es zeigte sich aber spätestens Anfang der fünfziger Jahre, daß unter dieser vorübergehend ausschließlich christlich-kulturell orientierten Interpretation des „Abendlandes" alte konservativ-katholische Inhalte weitergetragen werden konnten, die auch im Nationalsozialismus ihre Bedeutung weitestgehend hatten erhalten können.

Werfen wir also einen Blick auf die Biographien einzelner Abendländer, um an ihrem Beispiel etwas über den Weg des „Abendlandes" und seiner Vertreter von

---

ohne sichtbare Anwendung von Gewalt unseren bestimmenden Einfluß zu sichern." Zitiert nach: Hass (Hg.), Anatomie der Aggression, Dok. 41.

[151] Rede des Reichspressechefs Dr. Dietrich auf dem dritten Kongreß der Union Nationaler Journalistenverbände, Wien, Dezember 1944, abgedruckt in: Neulen, Europa und das Dritte Reich, Dok. 25, S. 171.

der Zwischenkriegszeit bis in die Nachkriegszeit, und somit über ideengeschichtliche Entwicklungen in den Jahren 1933 bis 1945 zu erfahren.

Friedrich August Freiherr von der Heydte: ein katholischer Adeliger im „Reich" – ein Wehrmachtsgeneral im „Großraum"

Geboren am 30. März 1907 in München, entstammte der spätere Vorsitzende der Abendländischen Akademie Friedrich August Freiherr von der Heydte einer ursprünglich – d. h. im Mittelalter – im Egerland, später in Bayern ansässigen Adelsfamilie. Mit seiner adeligen Herkunft ist ein in den Reihen der Abendländischen Bewegung immer wieder anzutreffendes biographisches Element ausgemacht, das auch die Beobachter der fünfziger Jahre mißtrauisch bemerkten.[152] Der süddeutsche Adel, der traditionell ungleich stärker auf Österreich und das Haus Habsburg als auf Preußen und die Hohenzollern ausgerichtet blieb, bewahrte sich seine großdeutschen Traditionen bis weit in die Jahre der Bundesrepublik hinein. Aufgrund dieses Selbstverständnisses, das mit der Ablehnung vermeintlich preußisch-protestantischer Werte einherging, waren die Vertreter des süddeutschen Adels für abendländisches Denken mit seinen katholisch-großdeutschen Einschlägen besonders empfänglich. Das „Reich", später das „Abendland", und damit die Erinnerung sowohl an das katholisch-universale Kaiserreich des Mittelalters als auch an die Doppelmonarchie des habsburgischen Vielvölkerstaates, blieben in diesen Kreisen vielfach als Orientierungsmuster erhalten. In der Person von der Heydtes, aber dies trifft auf andere süddeutsche Adelige innerhalb der Abendländischen Bewegung ebenso zu,[153] zeigt sich die Verknüpfung der Herkunft aus süddeutschem Adel, einer Ausrichtung auf das „Hause Habsburg" mit einem abendländischen Weltbild sehr anschaulich. Kurz vor seinem Tod 1994 veröffentlichte von der Heydte noch ein Buch unter dem Titel „Die Monarchie", welches mit nicht zu überlesendem bedauerndem Unterton den Niedergang der Habsburger-Monarchie beschreibt und mit einer Hommage an Otto von Habsburg endet, den Sohn des letzten habsburgischen Kaisers Karl, der „für eine neue, größere Völkerverbindung, für ein geeintes Europa" kämpft.[154]

Für die Vermittlung eines bestimmtes Weltbildes waren nicht nur im süddeutschen Adel Erziehung und kindliche Sozialisation bestimmend:[155] Die Ausbildung eines festgefügten Familienbewußtseins stand im Mittelpunkt aller Bemühungen um die nachfolgende Generation, ein Vorgang, der sich im 20. Jahrhundert vermutlich noch verstärkte, als politische und wirtschaftliche Vorrechte des Adels abgeschafft waren. Auch von der Heydte hat von klein auf das nötige Familienbewußtsein einerseits, einen überzeugten Katholizismus andererseits vermit-

---

[152] „Die missionäre Monarchie", in: Der Spiegel, 10. 8. 1955.

[153] Adelige, auch preußisch-protestantischer Herkunft, in der abendländischen Bewegung waren: Otto von Habsburg, Georg Fürst von Waldburg zu Zeil und Trauchburg, Alois von Waldburg zu Zeil und Trauchburg, Hans-Joachim von Merkatz, Ernst von Hippel, Georg Ritter von Gaupp-Berghausen, Eberhard Fürst von Urach, Freiherr Elimar von Fürstenberg, Walter von Keudell, Hasso von Manteuffel, Rudolf Lodgman von Auen.

[154] Heydte, Die Monarchie. S. 220.

[155] Zum folgenden vgl. Conze, Von deutschem Adel, S. 287–396.

telt bekommen, und bis ins hohe Alter prägte dies sein Denken und Handeln.[156] Einher ging im Falle von der Heydtes mit der Ausbildung des Familienbewußtseins die Übernahme damit eng verbundener Ordnungsvorstellungen, die auf „natürlichen" gesellschaftlichen Hierarchien beruhten, katholischer Gesellschaftsmodelle, die liberaler Individualität skeptisch gegenüberstanden, und nicht zuletzt der Erinnerung an das „Reich" und die Habsburger-Monarchie. Mit diesen Elementen haben wir zentrale Bestandteile des „Abendlandes" ausgemacht, und so kann es kaum verwundern, daß sich auch und besonders katholische Adelige von dieser Idee angesprochen fühlten.

Von der Heydte war zwar der einzige Sohn seiner Eltern, Grundbesitz sollte er dennoch nicht erben, entstammte er doch einem nicht-landbesitzenden Zweig seiner Familie. Statt dessen hatten die männlichen Vertreter dieses Familienzweiges traditionell die Offizierslaufbahn eingeschlagen, eine Karriere, die auch für Friedrich August vorgesehen war.[157] Doch die Zeitumstände sollten den geplanten Lebensweg unmöglich machen. Die Bestimmungen des Versailler Vertrages, durch den das deutsche Heer auf eine Stärke von 100000 Mann reduziert war, verminderten den Bedarf an Offiziersanwärtern rapide. So schied von der Heydte im Herbst 1926 als Unteroffizier wieder aus dem kurz zuvor angetretenen Dienst aus. Statt dessen beschloß er, Jura zu studieren. Neben seinem Studium der Rechtswissenschaften in Innsbruck, Berlin, Wien und Graz besuchte er in Wien die Österreichische Konsularakademie, die den diplomatischen Nachwuchs des Landes ausbildete – seine Studienorte und die diplomatische Ausbildung in Wien zeigen, in welchem Maße von der Heydte sein Leben auf Österreich ausrichtete.

1932 beendete von der Heydte sein Studium. Gleichzeitig bot sich ihm die Möglichkeit, als Völkerrechtler die Hochschullaufbahn einzuschlagen. Einer seiner Lehrer, erstaunlicherweise der nicht eben im konservativ-katholischen Lager beheimatete Hans Kelsen, hatte im Herbst 1932 einen Ruf nach Köln erhalten, und von der Heydte konnte ihn begleiten. Vorerst jedoch war er nicht als Angestellter der Universität, sondern als Kelsens Privatassistent tätig. Diese Tatsache wirkte sich im April 1933, als Kelsen wegen seiner jüdischen Abstammung „beur-

---

[156] Nicht zufällig hat er seine Lebenserinnerungen nach dem Familienmotto der von der Heydtes benannt: „Muß ich sterben, will ich fallen..." Folgende Episode, von welcher von der Heydte in seinen Memoiren berichtet, verdeutlicht die Bedeutung des „splendor familiae" und seiner Erhaltung für adelige Familien beispielhaft: „Apropos meine Frau! Ich habe noch nicht berichtet, wie meine Frau und ich uns fanden. Von der Nähe eines Kriegs überzeugt, entschloß ich mich im Sommer 1938, auf Brautschau zu gehen, um zu verhindern, daß im Fall einer bewaffneten Auseinandersetzung [...], in der ich mein Leben lassen könnte, unsere Familie, deren erste Angehörige im 13. Jahrhundert erscheinen, im 20. Jahrhundert ausstürben. [...] Ich entschloß mich daher, einen entfernten Onkel in Bayern, [...] zu bitten, mir eine Liste der heiratsfähigen, weiblichen jungen Adeligen in Südbayern zu senden [...]. Nach ein paar mißlungenen „Musterproben" fand ich dann im Juni 1938 in der reizenden, bescheidenen jüngeren Tochter der Gräfin Montgelas das, was ich suchte." Heydte, „Muß ich sterben, will ich fallen...", S. 67f. Die Erinnerungen von der Heydtes spiegeln das Selbstbild eines süddeutschen Adeligen nahezu in exemplarischer Weise.

[157] Die folgenden Schilderungen von der Heydtes Lebensweg orientieren sich vor allem an seinen Memoiren, Heydte, „Muß ich sterben, will ich fallen...".

laubt" wurde, für von der Heydte höchst nachteilig aus. Carl Schmitt, Kelsens Nachfolger, hatte kein Interesse daran, von der Heydte zu übernehmen.[158] Doch schon bald boten sich neue Perspektiven: Von der Heydte ging zurück nach Wien, und fand dort bei Alfred von Verdross eine neue Assistentenstelle an der Konsularakademie. Wenn von der Heydte sich zu den Bemühungen des Bundeskanzlers Dollfuß, in Österreich ein ständestaatlich-autoritäres System auf christlicher Grundlage zu errichten, in seinen Erinnerungen kaum äußert, so dürfte dies möglicherweise an einer zwiespältigen Haltung gelegen haben. Die innenpolitischen Bestrebungen müßten von der Heydtes gesellschaftspolitischen Vorstellungen recht nahe gekommen sein; skeptischer dürfte er aufgrund seiner großdeutschen Überzeugungen allerdings die Tatsache beurteilt haben, daß es Dollfuß auch darum ging, Österreich gegenüber den Anschlußforderungen im eigenen Land wie im Deutschen Reich resistent zu machen. In jedem Fall führte die Ermordung des Bundeskanzlers 1934 zu einer „Zornaufwallung", in der er „an die zuständigen Behörden ein Gesuch um Verleihung der österreichischen Staatsangehörigkeit unter Beibehaltung der bayerischen stellte. [...] Die österreichischen Behörden gaben meinem Gesuch ohne weiteres statt. So bin ich und sind meine Kinder heute noch sowohl Österreicher wie Deutsche. Wir sind also Deutsche im Sinne des „Heiligen Römischen Reiches."[159] Trotz dieser doppelten Staatsangehörigkeit verließ von der Heydte nach dem Attentat Österreich „schweren Herzens".[160]

Der Freiherr war indes nicht der einzige Deutsche, der 1934 von Österreich ins Deutsche Reich zurückkehrte. Vor allem „großdeutsche" Professoren waren nun in Österreich nicht mehr gern gesehen, unter ihnen auch der Rechtshistoriker Karl Hugelmann, der zu den exponiertesten Vertretern der katholisch-großdeutschen Reichsidee in Österreich gehört hatte.[161] So hatte er etwa 1925 in Abgrenzung von Coudenhoves „Paneuropa" die „Idee des Abendlandes" beschrieben als „geistige Einheit" einer „organisch gewachsenen Gemeinschaft", nicht ohne in großdeutscher Manier zu betonen: „Die Gestaltwerdung des Abendlandes erfordert geradezu, daß das deutsche Volk seine natürliche Einheit finde, um wieder wie im Mittelalter sein stärkster Träger zu sein."[162] Dieser Abendland- und Reichspropagandist ging 1935 nach Münster, wohin ihm von der Heydte nun als Assistent folgte. Wir sehen also, daß von der Heydte in wissenschaftlichen Kreisen sozialisiert wurde, in denen er mit der abendländischen Idee in Kontakt trat.

---

158 Dies Erlebnis führte zu einer tiefen Verstimmung zwischen von der Heydte und Schmitt. Vgl. dazu: Koenen, Der Fall Carl Schmitt, S. 391–393. Diese sollte sich auch nach 1945 noch fortsetzen. So war es von der Heydte, der 1949 Schmitts publizistische Tätigkeit „enttarnte". Schließlich aber sah sich von der Heydte als katholischer Hochschullehrer in einer überlegenen Situation gegenüber dem ausgegrenzten Schmitt, so daß er Carl Schmitt die Hand zur Versöhnung reichen konnte: „Wehe dem, der [...] vom festen Land aus den zurückstößt, der in der Brandung kämpft." Vgl. Laak, Gespräche in der Sicherheit des Schweigens, S. 40.

159 Heydte, „Muß ich sterben, will ich fallen ...", S. 54.

160 Ebenda, S. 56.

161 Wadle, Visionen vom „Reich", S. 241–299. Breuning, Die Vision des Reiches, S. 255. Hugelmann hatte auch regelmäßig in der Zeitschrift *Abendland* publiziert.

162 Hugelmann, Karl: Das Abendland und der deutsche Nationalstaat, in: Abendland 1 (1925/26), S. 227ff.

Auf diese Weise schloß sich einer süddeutsch-adeligen Erziehung konsequent eine ähnlich gelagerte wissenschaftliche Ausbildung an, und beide verbanden sich miteinander zu einem geschlossenen Weltbild.

Allerdings war von der Heydte auch in Münster keine dauerhafte Position gegönnt. Schon bald flüchtete er nach einer Prügelei mit dem nationalsozialistischen Studentenschaftsführer in die Wehrmacht, die ihn nunmehr freudig in ihre Reihen aufnahm. Damit war die Hochschullaufbahn vorübergehend unterbrochen, und von der Heydte war nun doch noch, ganz der Familientradition entsprechend, Soldat geworden. Die Aufrüstung in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre und der beginnende Zweite Weltkrieg boten von der Heydte die Möglichkeit, in der Wehrmacht Karriere zu machen. Als Fallschirmspringer im Zweiten Weltkrieg führte er spektakuläre Einsätze durch, für die ihn das Deutsche Reich mit immer höheren Auszeichnungen belohnte, bis hin zum Ritterkreuz mit Eichenlaub 1944.[163] Seine großdeutsche Überzeugung ging ihm scheinbar auch in diesen Jahren nicht verloren, jedenfalls wenn man seinen Memoiren Glauben schenken will, die einen Appell an seine Soldaten von 1944 zitierten: „Wenn alles zusammenbricht und Welle über Welle über unserem Volk zusammenschlägt, dann wird noch ein Fallschirmjäger meines Regiments dem Schicksal trotzen und im Sturm und Ungewitter die Fahne hoch über die Fluten halten, auf der *ein* Wort in leuchtenden Buchstaben steht: *Groß-Deutschland*!"[164]

Das Kriegsende 1945 machte den Freiherrn erneut arbeitslos, doch kehrte er nun zur Wissenschaft zurück. Von der Heydte überarbeitete seine noch in den dreißiger Jahren begonnene Habilitationsschrift, die bezeichnenderweise den Reichs-Gedanken des Mittelalters und seine Spannung gegenüber dem sich entwickelnden souveränen Nationalstaat thematisierte.[165] An der Tatsache, daß von der Heydte auf dieses Manuskript zurückgriff, wird deutlich, daß weder der Nationalsozialismus noch das Kriegsende zu einem Bruch innerhalb seines festverankerten Weltbildes geführt hatten. Seine Überzeugungen wurzelten weiterhin in den traditionell abendländischen, an der Reichsidee orientierten Argumentationszusammenhängen der Zwischenkriegszeit. In diesem Kontext ist auch sein Engagement für die Abendländische Bewegung zu sehen.

Nach seiner Berufung 1951 nach Mainz und 1954 nach Würzburg war er als Hochschullehrer tätig: Konservativ und regierungsnah vertrat er die Bundesregierung in den fünfziger Jahren im Normenkontrollverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zur Frage der Finanzierung politischer Parteien durch steuerbegünstigte Spenden.[166] 1962 brachte von der Heydte die „Spiegel-Affäre" ins Rol-

---

[163] In seinen Memoiren schildert von der Heydte die Jahre des Zweiten Weltkriegs mit ihren verschiedenen Einsätzen an der West- und Ostfront, im Mittelmeer und Afrika ausführlich. Vgl. Heydte, „Muß ich sterben, will ich fallen...", S. 77–188.

[164] Ebenda, S. 171.

[165] Heydte, Die Geburtsstunde des souveränen Staates. Zu von der Heydtes wissenschaftlichen Publikationen nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. die Bibliographie in: Kipp/Mayer/Steinkamm (Hg.), Um Recht und Freiheit.

[166] In den achtziger Jahren kam von der Heydte dann selbst im Umfeld der Parteispendenaffäre ins Gerede: Das von ihm über lange Jahre geleitete „Institut für Staatslehre und Politik e.V." hatte als Geldwaschanlage der „Staatsbürgerlichen Vereinigung 1954 e.V."

len, indem er den *Spiegel* wegen Landesverrats anzeigte. Auch in die Politik ging von der Heydte in späten Jahren noch: 1966–1970 war er CSU-Abgeordneter im Bayerischen Landtag und im Vorfeld der Bundestagswahl von 1987 unterstützte er die rechtsgerichtete Splitterpartei „Patrioten für Deutschland".

Fragt man angesichts dieses Lebenslaufs nach abendländischen Elementen, so muß neben der süddeutsch-adeligen Herkunft und Sozialisation sowie dem damit verbundenen Katholizismus vor allem auf von der Heydtes Verhalten in den frühen dreißiger Jahren verwiesen werden. Vermittelt der skizzierte Lebenslauf zumindest teilweise den Eindruck, dieser habe (beruflich) unter dem Nationalsozialismus vor allem zu leiden gehabt und daraus sei möglicherweise eine frühe Gegnerschaft entstanden – eine Sicht der Dinge, die der Freiherr nach dem Zweiten Weltkrieg recht deutlich zu unterstreichen bemüht war –, so zeigt sich beim näheren Hinsehen ein anderes Bild. Bereits die Tatsache seines Parteieintritts im Mai 1933 spricht eine andere Sprache.[167] Von der Heydte spielt in seinen Erinnerungen selbst darauf an, wenn er beschreibt, wie er Anfang der dreißiger Jahre an der Universität Münster zwischen zwei Stühlen saß: „Für die einen war ich zu katholisch und für die anderen zu nationalsozialistisch eingestellt."[168] Daß überzeugter Katholizismus und Nationalsozialismus sehr wohl zusammengehen konnten, wobei sich der Katholizismus vor allem vom Reichs-Begriff der Nationalsozialisten anziehen ließ, macht von der Heydtes Mitgliedschaft im Katholischen Akademikerverband deutlich, in dessen Reihen er an „Brückenbauversuchen" zum „Dritten Reich" beteiligt war.

Beispielhaft erläutert sei dies durch zwei Artikel, die von der Heydte im Nachgang der dritten soziologischen Sondertagung des KAV im Juli 1933 in Maria Laach geschrieben hatte, welche unter dem Titel „Idee und Aufbau des Reiches" stattfand. Diese Artikel machen deutlich, auf welchen Grundannahmen und Fehlurteilen die Annäherung deutscher Rechtskatholiken an den Nationalsozialismus insgesamt, aber auch von der Heydtes persönliche Position in den Jahren um 1933 beruhte. Zum ersten glaubte man sich in der Ablehnung des Individualismus und Liberalismus mit dem Nationalsozialismus einig, von der Heydte beschwor sogar noch die „Gefahr der Rückliberalisierung des Nationalsozialismus".[169] Daß der

---

gedient, die in den vergangenen Jahren im Zuge der CDU-Spendenaffäre wieder ins Gespräch gekommen ist.

[167] Parteimitgliedschaft von der Heydte: Eintritt am 1. 5. 1933, Mitgliedsnummer 2134193, Personalakte Friedrich August Freiherr von der Heydte, Bestände des ehemaligen Berlin Document Center, BA. Nach Andreas Koenen muß es sich bei diesem Eintritt um einen Wiedereintritt handeln, verweist er doch auf die Tatsache, von der Heydte sei bereits Anhänger und Mitglied der NSDAP gewesen. Erst im Winterwahlkampf 1932 habe er sich von der Partei wegen ihres Einsatzes gegen den Reichspräsidenten von Hindenburg getrennt: „Ich hatte damals die Hoffnung, daß durch die NSDAP jemals noch die Einigung unsers Volkes, die Überwindung des Parteienstaates und ein neues, besseres Reich herbeigeführt werden könne, angesichts dieses mich so enttäuschenden Wahlkampfes völlig aufgegeben." Brief von der Heydtes an Hermann von Lüninck, 14. 4. 1933, zitiert nach Koenen, Der Fall Carl Schmitt, S. 392.

[168] Heydte, „Muß ich sterben, will ich fallen ...", S. 63.

[169] Heydte, Friedrich August Freiherr von: Die Katholiken im neuen Deutschland. Dritte

Nationalsozialismus binnen kürzester Zeit das Individuum, auch das katholische Individuum in seinen Rechten massiv beschränken, teilweise sogar entrechten sollte, sah man in diesen katholischen Kreisen in den Monaten nach der „Machtergreifung" nicht.

Vor allem aber die Idee des „Reiches", von der man hoffte, sie würde im „Dritten Reich" wieder auferstehen, trieb von der Heydte an die Seite der Nationalsozialisten: „Zur Verwirklichung schließlich eines solchen Imperiums ist der Auftrag ergangen an ein bestimmtes Volk in bestimmtem Raum, an die deutsche Nation, die noch heute Trägerin der Reichsidee ist. Diese Idee wieder umzusetzen in die Tat, ist die große Aufgabe des neuen Staates. [...] Es ist die Aufgabe unserer Zeit, im neuen Reich an die Stelle des westeuropäischen Denkens vom Staat den deutschen und katholischen Gedanken vom korporativen organischen Aufbau, die Idee des Reiches zu setzen." Am konkreten Beispiel eines späteren Abendländers wird hier noch einmal die anti-westliche Grundhaltung der „Reichsideologie" deutlich. Statt der westlichen Idee vom (als „politisch" diffamierten) Staat anzuhängen, sollten sich die Deutschen auf die Idee des Reiches besinnen, und damit zu einem vermeintlich „natürlichen", „organischen" und „unpolitischen" Aufbau der Gesellschaft zurückfinden. Gleichzeitig wies die Idee des Reiches über die nationalen Grenzen hinaus in einen unbestimmten „Raum", geprägt vom deutschen „Volk". Hier zeichnet sich ab, warum die Abendländer sich in den kommenden Jahren immer weiter auf das Konzept des nationalsozialistischen „Großraums" einlassen konnten. Denn es sollte sich zeigen, daß sich der Raum-Begriff von der Heydtes, der sich Anfang der dreißiger Jahre sicherlich primär auf die Länder der ehemaligen österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie bezog und der für das „Abendland" zu dieser Zeit typisch war, aufgrund seiner fehlenden Spezifizierung relativ leicht auf den nationalsozialistischen „Raum" ausweiten konnte. Die inhaltliche Offenheit des Reichs-Begriffs ermöglichte es den Abendländern (sowie allen anderen, die das Schlagwort vom „Reich" verwandten), immer weitere Gebiete gedanklich in jenes Imperium einzugliedern, zu dessen Verwirklichung „der Auftrag ergangen [ist] an ein bestimmtes Volk in bestimmtem Raum", und damit in letzter Konsequenz die Kriegszielpolitik des Nationalsozialismus mitzutragen. So spiegeln sich in von der Heydtes Worten noch einmal all jene konservativen Denkmuster, die für das „Abendland" der Zwischenkriegszeit typisch waren. Gleichzeitig jedoch werfen sie einen Schatten voraus auf eine mögliche – denn nicht alle Abendländer mußten diesen Weg gehen – Entwicklung der folgenden Jahre.

1933 jedoch identifizierten sich weder von der Heydte noch der KAV auf simple Art und Weise mit dem Nationalsozialismus, noch sahen sie im „Dritten Reich" unreflektiert das erträumte „Sacrum Imperium". Viel eher handelte es sich um einen „Versuch, Brücken zum Nationalsozialismus zu bauen und Übereinstimmungen zu suchen, die eine Basis der Zusammenarbeit zu schaffen schienen":[170] Aus dieser Zusammenarbeit sollten katholische Traditionen und Ord-

soziologische Sondertagung des Katholischen Akademikerverbandes in Maria Laach vom 21.–23. 7. 1933, in: Schönere Zukunft 8 (1932/33), S. 1131–33, hier S. 1132.

[170] Breuning, Die Vision des Reiches, S. 193. Vgl. auch Breunings Differenzierungen der ver-

nungsvorstellungen in das neue „Reich" einfließen, die Katholiken sollten ihren Teil an der Aufbauarbeit des „Dritten Reiches" leisten. Nicht selten verwandelte sich diese Vorstellung in die Hoffnung, den Nationalsozialismus mit den eigenen Ideen beeinflussen, ja ihn gegebenenfalls regelrecht unterwandern zu können. Friedrich August Freiherr von der Heydte beispielsweise beendete seinen Artikel mit dem Aufruf, nun „die Ideen zu erfassen, die hinter diesen großen äußeren Erscheinungen stehen, und [...] diese Ideen im Zeichen des Christentums zu klären und zu taufen".[171] Ein solcher Satz zeigt, neben einer gewissen Distanz zum Ideengut des Nationalsozialismus, vor allem die Selbstüberschätzung der katholischen Akademikerschaft in ihrer Erwartung, den Nationalsozialismus und seine weltanschaulichen Ideen verändern, lenken und „rechristianisieren" zu können, und so das „Heilige Römische Reich" wiederzuerschaffen. Daß sich das „Dritte Reich" jedoch von katholischen Ideen nicht beeinflussen ließ, daß im Gegenteil das Katholische immer weniger Raum zur Entfaltung fand und die Realität des neuen „Reiches" vom „Sacrum imperium" weit entfernt war, erklärt, daß manche der 1933 noch in den Reihen der „Brückenbauer" zu findenden Katholiken recht bald resignierten und entweder auf ein aktives Engagement verzichteten oder manche gar zu Gegnern des nationalsozialistischen Regimes wurden.[172] Andere hingegen ließen sich auf das neue „Reich" ein. Von der Heydte selbst nützte seine Chance, als Wehrmachtsoffizier Karriere zu machen.

Bei einer anderen adeligen Familie in den Reihen der abendländischen Bewegung sah die Situation 1933 zwar ganz anders aus, doch selbst hier lassen sich strukturelle Gemeinsamkeiten mit von der Heydtes Lebensweg und Erfahrungen feststellen. Auch bei den Fürsten von Waldburg zu Zeil (im folgenden: Waldburg-Zeil), in deren Besitz sich das *Neue Abendland* befand, die auch die Abendländische Bewegung finanziell trugen und die mit gleich zwei Generationen und vier Vertretern an ihr beteiligt waren, treffen wir auf einen überzeugten, geradezu missionarischen Katholizismus.[173] Dieser spiegelte sich unter anderem in der Mitgliedschaft im „Konnersreuther Kreis", den die Anhänger der stigmatisierten

---

schiedenen Positionen deutscher Reichs-Katholiken gegenüber dem Nationalsozialismus 1933, die sich von „Identifikation" über „Harmonisierung" bis hin zu „Beeinflussung" bewegen konnten.

171 Heydte, Friedrich August Freiherr von: Die Katholiken im neuen Deutschland. Dritte soziologische Sondertagung des Katholischen Akademikerverbandes in Maria Laach vom 21.–23. 7. 1933, in: Schönere Zukunft 8 (1932/33), S. 1133.

172 So resignierte Ildefons Herwegen, der als Abt von Maria Laach zentral an den Brückenbauversuchen zum Nationalsozialismus verbunden gewesen war. Vgl. Rink, Ildefons Herwegen, S. 71.

173 Zur Familie Waldburg-Zeil vgl. die Studie von Andreas Dornheim, Adel in der bürgerlich-industrialisierten Gesellschaft, die allerdings darunter leidet, daß Dornheim – ebenso wie anderen, darunter auch der Verfasserin der vorliegenden Arbeit – der Zugang zum Waldburg-Zeilschen Familienarchiv verweigert wurde. Was sich im Falle der Abendländischen Bewegung durch Parallelüberlieferungen vor allem in Nachlässen anderer Provenienz ausgleichen ließ, ist im Falle einer Familienbiographie ungleich schwerer zu kompensieren. Vgl. zur Familie Waldburg-Zeil auch der allerdings mit Vorsicht zu genießende Text Bernt Engelmanns und Günter Wallraffs, Ihr da oben – wir da unten, S. 106–136.

Therese Neumann gebildet hatten.[174] Hinzu kam ein rigider Konservatismus. Diese Überzeugen auch politisch umzusetzen, dazu bot der erhebliche Grundbesitz der Familie die nötigen Mittel. Vor allem auf publizistischem Gebiet machte die Familie Waldburg-Zeil ihren Einfluß geltend: Das *Neue Abendland* steht in einer ganzen Reihe von Zeitungen und Zeitschriften, die sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts im Besitz der verschiedenen Fürsten-Generationen befanden. Zu nennen wäre hier für die Vorgeschichte der Abendländischen Bewegung insbesondere die Zeitschrift *Der Gerade Weg*, die aus dem 1930 von Erich Fürst von Waldburg-Zeil aufgekauften *Illustrierten Sonntag* hervorging, der im ebenfalls dem Fürsten gehörenden Naturrechtsverlag erschien.[175] Chefredakteur des „Geraden Wegs" wurde Fritz Gerlich, den Waldburg-Zeil wiederum im „Konnersreuther Kreis" kennengelernt hatte: Der Protestant Gerlich hatte Therese Neumann 1927 aus journalistischer Neugier aufgesucht; doch fand er sich von den Ereignissen und Personen in Konnersreuth dermaßen berührt, daß er 1931 zum Katholizismus konvertierte. Daß der fortan glühende Katholik Gerlich dem Fürsten Waldburg-Zeil nicht nur in seinen religiösen Überzeugungen entgegenkam, sondern sich auch politisch mit ihm traf, beweist etwa seine Schrift „Der Kommunismus als Lehre vom tausendjährigen Reich".[176] Dies zeigt sich vor allem in einem vehementen Antikommunismus, welcher als Anti-Religion der Gegenwart gedeutet wird, gegen die das Christentum sich zu rüsten habe. Im *Geraden Weg* spiegelt sich eine den geschilderten „Brückenbau"-Bestrebungen der Rechtskatholiken entgegengesetzte katholische Position gegenüber dem Nationalsozialismus, indem Gerlich seit Anfang der dreißiger Jahre von katholischer Grundhaltung aus gegen den Nationalsozialismus konsequent Stellung bezog. Nach der „Machtergreifung" wurde der *Gerade Weg* von den Nationalsozialisten daher verboten und Fritz Gerlich ermordet.[177]

Trotz dieser unterschiedlichen Haltungen im Jahre 1933 konnten sich von der Heydte und Waldburg-Zeil nach 1945 problemlos in der Abendländischen Bewegung zusammenfinden. Ihre konservativ-katholischen Ordnungsvorstellungen verbanden die beiden, obwohl sie sich gegenüber dem Nationalsozialismus so unterschiedlich verhalten hatten. In einem Ziel waren sich beide jedoch schon 1933 einig gewesen: der Restitution eines christlichen „Reiches" mit organisch-gliedhaftem Aufbau und elitärer Ausrichtung. Nur hatte von der Heydte geglaubt, das „Dritte Reich" könne dieses „Sacrum Imperium" werden, während die Familie Waldburg-Zeil sich dem Nationalsozialismus entzogen hatte. Der weltanschauliche Hintergrund, in dem auch das gemeinsame Engagement für das „Abendland" nach 1945 wurzelte, war jedoch derselbe. Die Vorstellung von einer Restitution eines „abendländischen Reiches" sollte sich bis in die zweite Nachkriegszeit hin-

---

[174] Zu der äußerst umstrittenen Therese von Konnersreuth liegt vorwiegend parteiische Literatur vor: Vgl. verteidigend Steiner, Therese Neumann von Konnersreuth. Rinser, Die Wahrheit über Konnersreuth. Widerlegend: Hannauer, Konnersreuth als Testfall.

[175] Zum *Geraden Weg* vgl.: Bender, Der gerade Weg und der Nationalsozialismus. Dornheim, Adel in der bürgerlich-industrialisierten Gesellschaft, S. 295–315.

[176] Gerlich, Der Kommunismus als Lehre vom tausendjährigen Reich.

[177] Vgl. Gerlich, Die stigmatisierte Therese Neumann von Konnersreuth. Zu Gerlich vgl. Aretin, Fritz Michael Gerlich.

ein halten und die Ideen der Abendländischen Bewegung maßgeblich bestimmen. Diese standen also, bei aller Verschiedenheit der Lebenswege von der Heydtes und Waldburg-Zeils, in direkter Kontinuität zur Zwischenkriegszeit. Ähnliches gilt auch für das folgende Beispiel eines abendländischen Lebenslaufes. Gleichzeitig jedoch wird uns dieser zeigen, wie sich abendländische Positionen im Verlauf des „Dritten Reiches" auf den Nationalsozialismus einlassen und an ihn annähern konnten:

Emil Franzel: vom sudetendeutschen Sozialdemokraten zum österreichischen Legitimisten

Der am 25. Mai 1901 in Haan/Böhmen geborene Emil Franzel kann als einer der ideologischen Köpfe der Abendländischen Bewegung der fünfziger Jahre gelten. Seine Tätigkeit als Chefredakteur des *Neuen Abendlandes* gab ihm die Möglichkeit, seine politischen und sozialen Konzepte in unzähligen Artikeln, Glossen und Kommentaren darzustellen und somit meinungsbildend unter der Leserschaft der Zeitschrift zu wirken. Der Lebensweg Franzels, der ihn zu seiner Stellung im *Neuen Abendland* der fünfziger Jahre führte, mag auf den ersten Blick überraschen, verlief er doch weniger ideologisch gradlinig als bei anderen abendländischen Protagonisten: Denn Franzel war in seiner Jugend Vorstandsmitglied der Deutschen Sozialistischen Arbeiter Partei (DSAP) in der Tschechoslowakei, d.h. der sudetendeutschen Sozialdemokratie. Durch eine nähere Betrachtung dieser Zeit – und vor allem Franzels Abwendung von der Partei seiner Jugend – werden die Positionen, die er in der Bundesrepublik vertrat, aus ihrer Genese heraus verständlich werden. Gleichzeitig zeigt sich aber auch, daß Franzel über den ideologischen Frontwechsel hinaus bestimmte Positionen dauerhaft eingenommen hat und sein Weltbild relativ früh gefestigt war. Dies gilt insbesondere für seine europäischen Vorstellungen, in denen schon in jungen Jahren der Begriff „abendländisch" eine zentrale Rolle spielte. Schließlich werden sich bei der Betrachtung des individuellen Lebenswegs Franzels, ähnlich wie bei von der Heydte, bestimmte Elemente herauskristallisieren, welche uns auch bei anderen Abendländern wieder begegnen werden.

„Leitsterne des Lebens"

Emil Franzel erlebte eine behütete bürgerliche Kindheit, die ihm ein bestimmtes, ihn tief prägendes Weltbild mit auf den Weg gab.[178] Die folgende Beschreibung dieser „Leitsterne des Lebens" spiegelt den Versuch eines Konservativen, die eigenen Irrungen und Wirrungen, als schon früh auf den rechten Grundlagen stehend, zu relativieren: „Es [die „Leitsterne" seines Lebens] waren also, um es zusammenzufassen [...], meine Liebe zu Österreich, zu dem alten, kaiserlichen, multinationalen Österreich, das Gefühl der Treue zum angestammten Kaiserhaus, die Aus-

[178] Franzel, Gegen den Wind der Zeit, Kap. 1. Diese Erinnerungen gehören neben anderem Material (vor allem Franzels publizistische Arbeiten aus den zwanziger bis vierziger Jahren) zu dem wichtigsten Quellenmaterial des folgenden Kapitels.

richtung meines religiösen Gefühls nach dem Ritus und den Glaubensvorstellungen der römischen Kirche, insbesondere ihrer heidnischen Fülle und Buntheit, eine Schwärmerei für das Soldatische, verbunden mit dem Sinn für Ordnung und Disziplin [...]." Ganz sicher hat Franzel, Geburtsjahrgang 1901, die Doppelmonarchie Österreich-Ungarns und das Kaisertum Franz Josephs beziehungsweise seines Nachfolgers Karl als Kind noch deutlich erlebt. So empfand der zu diesem Zeitpunkt knapp 18jährige die Auflösung dieser politischen Formation bzw. die Abdankung des Kaisers nach dem Ersten Weltkrieg als einschneidend. Sein Leben lang jedenfalls beschwor er „Habsburgs europäische Sendung, Hüter der bunten, vielgestaltigen Völkerwelt des Donauraums zu sein".[179]

Sozialdemokrat

Gerade aufgrund dieser vermeintlich frühen Orientierung auf das Habsburger Kaiserhaus verwundert die Tatsache, daß Franzel bereits als Jugendlicher zu den Sozialdemokraten fand. Er selbst begründete dieses – später von ihm als „große Dummheit" charakterisierte – Engagement mit seiner „leidenschaftlichen Liebe zur Gerechtigkeit", die ihn angesichts der sozialen Verhältnisse in der sudetendeutschen Arbeiterschaft geradezu in die Arme des Sozialismus getrieben habe: 1919 trat er zum Schrecken seiner Eltern der DSAP bei.[180] Seine gleichzeitige Freude am Schreiben prädestinierte ihn schon bald für eine Karriere in der Parteipresse. Also schrieb Franzel bereits für den *Sozialdemokraten,* das offizielle Parteiorgan der DSAP in der Tschechoslowakei, während er zwischen 1920 und 1925 in Wien, Prag und München Geschichte, Germanistik und Geographie studierte.[181] Franzels große Leidenschaft galt der Geschichte, und sein Bild von Europa, vom „Abendland", ja sein gesamtes Weltbild blieb immer historisch bestimmt. Es kann nicht verwundern, daß er von „großdeutschen" Professoren weitaus mehr beeindruckt war, als von „kleindeutschen" Vertretern des Fachs. Insbesondere der Wiener Historiker Hans Hirsch, einer der wichtigsten Vertreter der „Reichsideologie" in Österreich, der „in der Weitmaschigkeit des Sacrum Imperium, in der schützenden Führung der kleineren Nationen durch die Deutschen im Mittelalter ein auch für die Gegenwart – natürlich in veränderter Form – gültiges Idealbild erblickte",[182] hat Franzel geprägt.[183] In Wien erlebte er auch Othmar Spann, den er auch nach Jahren noch als den „einzige[n], wirklich schöpferische[n] Geist, ein[en] genialen Denker" an der Universität Wien bezeichnete.[184] Zwar reihte sich Franzel nicht in die Gruppe der direkten Spann-Schüler ein,

---

179 Franzel, Abendländische Revolution, S. 152.

180 Franzel, Gegen den Wind der Zeit, Zitate S. 9 und 33.

181 Zur sozialdemokratischen Presse in der Tschechoslowakei, insb. den „Sozialdemokraten" vgl. u.a.: Linz, Der Aufbau der deutschen politischen Presse. Peschanel, Das Zentralorgan der DSAP, S. 84–86.

182 Breuning, Die Vision des Reiches, S. 255. Vgl. zu den von Hans Hirsch vertretenen Positionen ebenda. S. 306f.

183 Franzel, Gegen den Wind der Zeit, S. 61–64, wo er auch darüber berichtete, daß Hirsch ihn als Wissenschaftlichen Assistenten nach Berlin mitnehmen wollte, was aber nicht zustande kam, da Hirsch den Ruf schließlich ablehnte.

184 Ebenda, S. 62.

übernahm jedoch vom universalistischen Ständestaatsmodell zahlreiche Versatzstücke, die sich bei ihm bis weit in die Bundesrepublik hinein, etwa im *Neuen Abendland* finden. Damit war Franzel allerdings nicht der einzige Abendländer, den Othmar Spann in seiner Studienzeit beeindruckt und geprägt hatte.

Auch Gerhard Kroll, Herausgeber des *Neuen Abendlandes* in den frühen fünfziger Jahren und Begründer der Abendländischen Aktion, zum Beispiel studierte Ende der zwanziger Jahre in Wien bei Spann und kehrte 1935, um sich zu habilitieren, noch einmal nach Wien zurück. Gleichzeitig war er mit Ilse Rohloff, der Schriftleiterin der Spannschen Zeitschrift *Ständisches Leben*, verlobt. Beide Verbindungen wurden allerdings wieder gelöst; die mit Spann nach Aussagen Krolls aufgrund seiner Kritik an der „Erweckungsbewegung", als die ihm der Kreis um Spann erschien.[185]

Kritiker in den eigenen Reihen

Nach Ende seines Studiums übernahm Franzel beim *Sozialdemokraten* einen Redakteursposten, einige Jahre später stieg er über seine Jugend- und Bildungsarbeit zum beratenden Mitglied des Parteivorstandes der DSAP auf.[186] So schien seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre ein weiterer Aufstieg in der Hierarchie der sozialdemokratischen Parteistruktur vorprogrammiert. Doch entpuppte sich der fleißige Vielschreiber Franzel schon bald als Störenfried: Immer deutlicher übte er Kritik an der Führungsstruktur, der Überalterung und dem Programm der Partei.

Um den Inhalt dieser Kritik einschätzen zu können, ist es nötig, die Geschichte der DSAP und ihrer programmatischen Ziele in den zwanziger und dreißiger Jahren kurz zu skizzieren. Früher als die bürgerlichen und liberalen sudetendeutschen Parteien fand die DSAP nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zu einem prinzipiell positiven Verhältnis zur neugegründeten Tschechoslowakischen Republik. Dieser „Aktivismus", das heißt die Bereitschaft, sich staatstragend an der Politik zu beteiligen, führte allerdings erst zehn Jahre später, 1929, zum Eintritt der DSAP in die Regierung. Programmatisch ergab sich aus der „aktivistischen" Politik der Partei, daß sie sich in Bezug auf die sudetendeutsche Frage in ihren Forderungen zurückhielt und demgegenüber sozialpolitische Ziele betonte, um die

---

185 Lebenslauf im Brief Gerhard Krolls an das Bundesverteidigungsministerium, 15. 9. 1955, in: ACDP I-153-001/1. Gerhard Kroll, geb. am 20. 8. 1910 in Breslau, studierte Staatswissenschaften und Volkswirtschaft in Breslau, Wien und Berlin. Nach der Promotion und einem Volontariat bei Siemens & Halske studierte er von 1929 bis 1938 Philosophie und Religionswissenschaften in Berlin: Dieses Studium führte ihn zum aktiven Katholizismus. 1938 bis 1942 arbeitete er als Statistiker und nahm von 1943 bis 1945 am Zweiten Weltkrieg teil. Vor 1933 hatte Kroll der SPD angehört, nach Kriegsende begründete er die CSU in Bamberg mit, war Mitglied des Ausschusses der CSU für Zwischenstaatliche Angelegenheiten, 1946/47 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbandes Oberfranken, Landrat in Staffelstein und Mitglied des Landesvorstandes der CSU. Kroll war Mitglied des Parlamentarischen Rates, zog sich dann aber aus der aktiven Politik zurück. Von 1949 bis 1951 war er Geschäftsführer des Instituts zur Erforschung der nationalsozialistischen Zeit, danach gab er das *Neue Abendland* heraus. Gerhard Kroll starb am 10. 11. 1963.

186 Franzel gibt 1932 als Datum seines Eintritts in den Parteivorstand an. Vgl. Franzel, Gegen den Wind der Zeit, S. 243.

tschechische Regierungspolitik in diesem Bereich nicht zusätzlich zu belasten und die eigene Annäherung an die tschechischen Sozialdemokraten zu erreichen. Das Zusammenleben zwischen Tschechen und nationalen Minderheiten gestaltete sich in der ersten Republik allerdings zunehmend schwierig. Denn das Verhältnis zwischen dem tschechoslowakischen Staat, der sich selbst als „Nationalstaat" definierte und damit auf dem Konstrukt einer tschechisch-slowakischen Nation beruhte, und den Minderheiten anderer Volksgruppen war von Anfang an gespannt. Prag kam auch längerfristig den sich aus dem Minderheitenschutzvertrag von 1919 ergebenden Verpflichtungen nur unzureichend nach. Umgekehrt verstärkte dies vor allem bei den Sudetendeutschen, die mit 23,6 Prozent der Gesamtbevölkerung die stärkste Minderheit bildeten und sich nach dem Ende des Ersten Weltkrieges – trotz des von den Siegermächten proklamierten Selbstbestimmungsrechts des Völker – unbefragt in den tschechoslowakischen Staat „gezwängt" fühlten, Tendenzen, diesem die Unterstützung weitgehend zu entziehen. Die Situation verschärfte sich nach Beginn der Weltwirtschaftskrise, bekamen doch die Sudetendeutschen aus diversen Gründen die Krise deutlicher zu spüren als andere Volksgruppen in der Tschechoslowakei. Bei einer extremen Arbeitslosigkeit entwickelte sich unter den Sudetendeutschen die nationale Frage zum zentralen politischen Thema, bei dem die DSAP aber eben besonders wenig zu bieten hatte.

Der rapide Aufstieg der 1933 gegründeten Sudetendeutschen Heimatfront (SHF) traf die DSAP ins Mark, nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, daß die SHF große Wählermassen der 1933 verbotenen Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP) aufnehmen konnte: Diese war, anders als die NSDAP in Deutschland, eine völkisch ausgerichtete Arbeiterpartei,[187] so daß sich die Sozialdemokraten gerade im Bereich ihrer traditionellen Stammwählerschaft deutlicher Konkurrenz ausgesetzt sahen. Bereits 1935 wurde die SHF, nun umbenannt in Sudetendeutsche Partei (SdP), bei den Parlamentswahlen stärkste deutsche Partei, drei Jahre später gehörten ihr 80 Prozent der deutschen Parlamentarier an, und bei den Kommunalwahlen im Frühjahr 1938 konnte sie gar 90 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Damit war die SHF/SdP „in weniger als fünf Jahren zu einer wirklichen Sammlungspartei bzw. genauer Sammlungsbewegung" geworden. Sie verkörperte den „historisch ausgesprochen selten anzutreffenden Fall einer wirklich demokratisch legitimierten Bewegung mit unumschränkten Machtansprüchen".[188]

Dennoch reagierte die DSAP auf diese Herausforderung nur zögernd und unzulänglich.[189] Aufgrund ihrer (fälschlichen) Beurteilung, es handle sich bei der SHF um einen Ableger der NSDAP aus dem Reich, kam eine Annäherung an Henlein für die DSAP nicht in Frage. Jedoch fand sie auch keine Mittel und Wege, ein eigenes Programm zur sudetendeutschen Frage zu entwickeln, das eventuell der Bewegung hätte Paroli bieten können. Genau an dieser Stelle setzte auch die zunehmende Kritik Franzels ein, der in der Literatur übereinstimmend als wich-

[187] Sator, Anpassung ohne Erfolg, S. 122. Vgl. auch: Luh, Die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei im Sudetenland.
[188] Sator, Anpassung ohne Erfolg, S. 93.
[189] Ebenda.

tiger ideologischer Kopf, von Martin Bachstein gar als „führender Denker der Partei" bezeichnet wird.[190] Im Rahmen der immer deutlicher aufflackernden Opposition gegen die Politik der Parteiführung insbesondere aus den Reihen der jüngeren Mitglieder nahm Franzel eine wichtige Position ein.[191] Schließlich formierte sich die Kritik unter Führung Wenzel Jakschs, mit dem Franzel eng bekannt war, unter dem Stichwort „Volkssozialismus" zur innerparteilichen Oppositionsbewegung, die 1938, als Wenzel Jaksch den Parteivorsitz übernahm, auch das offizielle Programm der DSAP bestimmte.[192]

Doch vorerst, Anfang der dreißiger Jahre, stieß der „Volkssozialismus" und damit auch Franzel innerhalb der Partei auf heftige Kritik, insbesondere aus den Reihen der orthodoxen Marxisten. Seinen Grund fand diese Ablehnung in der Tatsache, daß der „Volkssozialismus" auf antimarxistischer Grundlage bemüht war, „eine Anpassung der Politik marxistischer Parteien an die wirtschaftlichen und politischen Realitäten und Erfordernisse des 20. Jahrhunderts" zu erreichen.[193] Indem die volkssozialistischen Theoretiker wie Franzel auf nichtmarxistische, sozialistische Traditionen zurückgriffen, hinterfragten sie das ideologische (austromarxistische) Selbstverständnis der DSAP. Wenzel Jaksch bezeichnete die Diktatur des Proletariats nur noch „abfällig als sinnlose, kommunistische Redensart",[194] und anders stand auch Franzel dem Marxismus nicht gegenüber.

Ziel dieser durch Franzel mitangestrebten Neuorientierung war spätestens ab 1933, nicht nur dem Erfolg der SHF, sondern auch der Herausforderung durch den deutschen Faschismus etwas entgegenzusetzen, dem Franzel zu diesem Zeitpunkt äußerst ablehnend gegenüberstand. Die traditionelle Beschränkung der DSAP auf die Industriearbeiterschaft sei nicht geeignet, gesamtgesellschaftlich gegen den Nationalsozialismus anzukommen, und die mangelnde Beachtung der nationalen (sudetendeutschen) Frage durch die DSAP verstärke diese Schwäche in der gegenwärtigen Situation noch zusätzlich. Nur durch eine „Einheitsfront" zwischen bürgerlichen und sozialistischen Parteien innerhalb der Tschechoslowakei, die Umwandlung der Tschechoslowakei von einem National- in einen Nationalitätenstaat, der auch den Minderheiten grundlegende Rechte einräume, einerseits und durch Zusammenarbeit der sozialistischen Parteien in Mitteleuropa andererseits könne ein Gegengewicht zu den nationalsozialistischen Neuordnungsplänen für Mitteleuropa geschaffen werden. Damit ist auch die von Franzel als notwendig erachtete föderative Ordnung Europas, insbesondere aber des Donauraumes angesprochen.[195] Zwar war er ein entschiedener Gegner der Nachkriegsordnung von Versailles,[196] doch eine Lösung der anstehenden europäischen Pro-

---

[190] Bachstein, Wenzel Jaksch, S. 91.

[191] Vgl. Franzel, Emil: Eine Aufgabe des Parteitages, in: Tribüne 5 (1932), S. 129–134. Bachstein, Wenzel Jaksch, S. 49 und S. 55–58. Sator, Anpassung ohne Erfolg, S. 209–212.

[192] Zum „Volkssozialismus" vgl. Bachstein, Der Volkssozialismus und Böhmen, S. 340–371.

[193] Sator, Anpassung ohne Erfolg, S. 216.

[194] Bachstein, Wenzel Jaksch, S. 69.

[195] Ebenda.

[196] Auch wenn Franzel Mitglied der Völkerbundsliga war, wird die Ablehnung der Nachkriegsordnung in seinen Artikeln immer wieder deutlich. Vgl. beispielhaft, Franzel, Abendländische Revolution, S. 189f.: „Der Frieden von Versailles liquidiert das Abend-

bleme etwa durch einen „Anschluß" des Sudetenlandes an das Reich lehnte er grundsätzlich ab.

„Abendländische Revolution"

Formuliert hat Franzel seine europäischen Ziele, neben seinen unzähligen Artikeln, in einem 1936 erschienenen Buch mit dem bezeichnenden Titel *Abendländische Revolution*.[197] Auch wenn das Buch im Umfeld des „Volkssozialismus" entstanden war, zeigt es, wie weit sich Franzel Mitte der dreißiger Jahre bereits von seiner Partei entfernt hatte, liest es sich doch kaum wie eine sozialistische Kampfschrift.[198] Vielmehr springen hier typisch abendländische Argumentationsmuster ins Auge; diese sind zwar noch versetzt mit sozialistischen Elementen – „der Geist des Abendlandes, also der Geist des Mittelalters, war sozialistisch" – ,[199] aber bereits eindeutig in ihrer Antiliberalität, ihrem Antimodernismus und vor allem ihrer Zielutopie: „Der alte Reichsgedanke des Mittelalters wird das Vorbild der abendländischen Völkergemeinde, der Europäischen Föderation."[200] Das Mittelalter als jene „gerechte, selbstgenügsame, billige gesellschaftliche Ordnung", das Kaisertum als Ordnungsmacht mit seinem „besonderen Sinn: das Widerstrebende zu einigen, das Trennende zu überbrücken, die verschiedenen Elemente zu binden, [...] die Vielfalt zu pflegen, die Buntheit zu betreuen, die einzelnen Glieder sich entfalten zu lassen, die Nationen zu einem vielstimmigen Chor zu vereinen", und schließlich die „Christenheit [...], die aus unserem Schicksal nicht wegzudenken ist, von der wir uns nicht lossagen, aus der wir nicht austreten können, weil sie gleichbedeutend ist mit dem Abendland, mit Europa" – das waren Denkmuster, die sowohl dem *Abendland* wie auch dem *Neuen Abendland* entstammen könnten.[201] Franzel sprach statt von der sozialistischen bereits von einer „konservativen" Revolution:[202] „Nicht der Fortschritt schlechthin tut uns not, der uns mit neuen Maschinen und neuen Künsten nur Unsegen bringt, sondern der Schritt, der *zurück* zu der uns gemäßen, dem abendländischen Menschen, dem abendländischen Raum geziemenden Ordnung führt."[203]

Eindeutig ist die *Abendländische Revolution* jedoch auch in ihrem Urteil über den Nationalsozialismus, was ebenfalls die Haltung des *Neuen Abendlandes* ge-

---

land." Zu seiner Mitgliedschaft im Präsidium der Völkerbundsliga vgl. Franzel, Abendländische Revolution, S. 204, S. 270, S. 317.

197 Franzel, Abendländische Revolution. Vgl. auch: Jaksch, Volk und Arbeiter. Bauer, Zwischen zwei Weltkriegen.

198 Franzel selbst hat die Bedeutung der „Abendländischen Revolution" aus der Rückschau deutlich beschrieben: „Es war [...] die endgültige Absage an die marxistische Ideologie und die Strategie der Sozialdemokratie." Franzel, Gegen den Wind der Zeit, S. 248.

199 Franzel, Abendländische Revolution, S. 214.

200 Ebenda, S. 258.

201 Ebenda, S. 170, S. 155, S. 14.

202 In seinen Erinnerungen beschreibt Franzel, daß er Anfang der dreißiger Jahre begann, die Schriften der „Konservativen Revolution" (Franzel übernimmt den Begriff Mohlers) zu lesen; auch in seiner publizistischen Arbeit nach 1945 bezog er sich immer wieder auf diese „Neue Rechte", die er rückblickend als eine konservative Alternative zum Nationalsozialismus beschrieb. Vgl. Franzel, Gegen den Wind der Zeit, S. 241.

203 Franzel, Abendländische Revolution, S. 256 (Hervorhebungen im Original).

genüber dem „Dritten Reich" in vielem bereits vorwegnimmt. Geboren aus dem Liberalismus, sei der Nationalsozialismus ein Kind der unchristlichen Moderne und gleichzeitig der Rückfall in barbarische Urzeiten. „Der Nationalsozialismus [...] verstrickt sich notwendig immer tiefer in die Ideologie der Barbarei, sobald er einmal das Heidentum gegen das Christentum ausgespielt, das Recht des Urwaldes gegen die Tradition der antiken Welt gesetzt hat. Und in der Preisgabe nicht nur der Gedanken- und Gewissensfreiheit, sondern mehr noch jeder Autorität des Verstandes und der menschlichen Einsicht, in dem Blutmythos und der Anbetung des Götzen ‚Führer', der heute die Macht hat, das Hexeneinmaleins zur Wahrheit zu erheben und diktatorisch zu entscheiden, daß zweimal zwei fünf ist, erkennen wir erst, was alles uns aus einer Welt überkommen ist, die wir nicht verleugnen können, ohne mit anderthalb Jahrtausenden unserer Geschichte uns selbst völlig aufzugeben."[204]

Für die Inanspruchnahme des Begriffes „Europa" durch den Nationalsozialismus hatte Franzel aufgrund dieser Haltung nur Verachtung übrig: „Und wie der Narr den Gesunden des Wahnsinns bezichtigt, so schreien die Faschisten es unermüdlich in die Welt, daß sie der Hort der abendländischen Kultur, daß sie die guten Europäer, die Anderen aber die Verräter an Rasse, Geist und Glauben des Abendlandes seien. Als ob die Vernegerung und Barbarei mit Hautfarbe und Ahnentafel zu tun hätten, als ob nicht Geist und Sitte anderen Gesetzen gehorchten."[205] Franzel lehnte den nationalsozialistischen Europagedanken in den dreißiger Jahren also eindeutig ab. Die deutsche Hegemonie über Europa, das beschrieb Franzel beinahe prophetisch, „würde die fremden Imperien auf den Plan rufen, und, wie immer ein solcher Krieg ausginge, er würde mit der Aufteilung Europas in Interessensphären der fremden Weltreiche enden", und „dessen Ende [könnte] nur sein, daß im besten Fall am Rhein die Grenze zwischen Amerika und Rußland verläuft".[206] Franzel wollte also eine Neuordnung Europas, ein „Paneuropa, das wir lieber das Abendland nennen wollen oder die europäische Föderation", die „nicht aus rationalistischer Erwägung entstehen [sollte], nicht durch Staatsverträge, Zollunionen und intellektuelle Zusammenarbeit. Eine neue Welt wird nur aus einem neuen Geist, eine Ordnung nur aus einer Gesinnung, Geschichte nur aus der leidenschaftlichen Sehnsucht erwachter Völker. Darum wird es kein bür-

---

[204] Ebenda, S. 25. Auch die Verfolgung politischer Gegner durch das „Dritten Reich" wie auch die Judenverfolgung spricht Franzel an: „Er [der Faschismus] tötet nicht den wehrhaften Feind, sondern quält den wehrlosen Schwachen, er läßt martern, prügeln, demütigen um der Folter willen, zur Befriedigung sadistischer Instinkte." Ebenda, S. 171, und „es genügt nicht, den Juden zu erschlagen oder ins Ghetto zu verbannen, wie der deutsche Faschismus es tut, der Jude ist in uns, die antike Welt, von der er nur ein Teil ist, steht auf gegen die Verleugnung unserer Herkunft, und der Barbar muß notgedrungen bis in die Vorgeschichte zurückkehren, wenn er den Juden, den Christen, die Antike los sein will, nur er selbst sein will. [...] Denn auch das Judentum tragen wir, schon mit dem Christentum, in uns, und jedes Judenpogrom wird notwendig zur Christenverfolgung." Ebenda, S. 26. Mit Antisemitismus und Rassentheorien hatte sich Franzel bereits Anfang der 30er Jahre auseinandergesetzt, vgl. ders., Zur Judenfrage, in: Tribüne 3 (1930/31), S. 377–393. Vgl. auch die in FN 100 zitierten Sätze, die 12 Jahre später entstanden.

[205] Franzel, Abendländische Revolution, S. 212.

[206] Ebenda, S. 258, S. 213.

gerliches Paneuropa, keinen kapitalistischen Staatenbund geben, sondern nur eine sozialistische Völkergemeinde."[207] Abgesehen von den letzten beiden Worten sind hiermit die europäischen Einigungsvorstellungen der Abendländer aus den fünfziger Jahren skizziert.

Auf dem Weg nach „rechts"

Die geschilderten, trotz manch sozialistischer Zugeständnisse im Kern konservativen Argumentationsmuster fanden in den Reihen der DSAP kaum Unterstützung. Franzel geriet Mitte der dreißiger Jahre immer mehr in die Schußlinie, noch verstärkt durch die Tatsache, daß er zunehmend Kontakte auch außerhalb der Sozialdemokratie knüpfte: besonders seinen regelmäßigen, freundschaftlichen Umgang mit Otto Straßer sahen die Genossen höchst ungern. Straßer war 1933 in die Tschechoslowakei geflohen.[208] Hier setzte er seine Agitation gegen Hitler fort, vor allem in der ab Februar 1934 von ihm herausgegebenen Zeitschrift *Deutsche Revolution*, in der Franzel regelmäßig – anonym oder unter Pseudonym – schrieb.[209] Straßer und Franzel fanden sich in gemeinsamen Zielen wie dem „Kampf gegen den Versailler Vertrag, Abschaffung des Kapitalismus, Errichtung eines nach Ständen und Berufszweigen geordneten Systems, Sozialisierung der Wirtschaft und völkische[r] Revolution". Aber auch die Idee einer „Europäischen Föderation", welche Straßer nach seiner Flucht neu in das eigene Konzept aufnahm, erleichterte den beiden die Annäherung.[210] Kritiker aus den Reihen der DSAP, insbesondere aus dem Vorstand, warfen Franzel daraufhin vor, „zum Sprachrohr Otto Straßers in der Sozialdemokratie geworden zu sein."[211]

Zusätzlich belastet wurden die Beziehungen zwischen Franzel und seiner Partei durch die Tatsache, daß er seit Mitte der dreißiger Jahre in regelmäßigem Kontakt mit den österreichischen Legitimisten stand:[212] Zunehmend gelangte er zu der Überzeugung, daß allein „Habsburg" Österreich und damit Mitteleuropa vor Hitler schützen könnte. Damit entwickelte sich eine weitere Grundhaltung, die Franzel – abgeleitet aus seinem Geschichtsbild – von den dreißiger bis in die fünfziger und sechziger Jahre hineintransportieren und die zu einem Merkmal der Abendländischen Bewegung inmitten der Zeiten des Kalten Krieges werden sollte: das Ideal einer habsburgischen Restauration zur Neuordnung des mitteleuropäischen Raumes, in seiner extremen Form sogar die Vereinigung Gesamteuro-

---

[207] Ebenda, S. 259.

[208] Zu Otto Straßer vgl.: Bartsch, Otto Straßer. Moreau, Otto Straßer. Ders., Nationalsozialismus von links. Vgl. auch Straßers Autobiographie: Mein Kampf.

[209] Franzel, Gegen den Wind der Zeit, S. 296f.

[210] Franzel hat wohl auch jenen Kontakt zwischen Straßer und Jaksch hergestellt, der sich in der Folgezeit „ideologisch und persönlich" für Jaksch als äußerst wichtig erweisen sollte und zu einem engen Beziehungsgeflecht der drei Beteiligten führte. Vgl. Bachstein, Wenzel Jaksch, S. 68.

[211] Deutsch, Karl-Wolfgang: Emil Franzels konservativer Sozialismus, in: Der Kampf 3 (1932), S. 283–286 und 408–416, hier S. 411.

[212] Vgl. zum Legitimismus: Lovrek, Die legitimistische Bewegung. Mosser, Der Legitimismus und die Frage der Habsburgerrestauration. Wagner, Der österreichische Legitimismus 1918–1938.

pas unter einem Kaiser, der ebenfalls habsburgischer Provenienz sein sollte. Bevor Franzel diese Überzeugungen im *Neuen Abendland* verbreitete, äußerte er sie in den dreißiger Jahren vorwiegend im *Christlichen Ständestaat*.[213] Diese, von dem deutschen Emigranten Dietrich von Hildebrand herausgegebene Zeitschrift, die „vom katholischen Standpunkt aus den Kampf gegen den Nationalsozialismus führen sollte", hatte allerdings, trotz ihres Titels, mit dem Spannschen Gedankengut nur am Rande zu tun.[214] Vielmehr ging es Herausgeber und Chefredaktion darum, das österreichische, christlich-ständische Staatsmodell unter Dollfuß und damit die österreichische Staatsidee gegenüber großdeutschen Anschlußanhängern innerhalb Österreichs einerseits, gegenüber den aggressiven Ansprüchen aus dem Reich andererseits zu unterstützen.[215] Die Idee eines christlich-autoritären Staates stellte hier „die ideologische Grundlage, auf der das neue Österreich aufgebaut wird, gleichzeitig die wahre Antithese zu Bolschewismus, Nationalsozialismus und Liberalismus dar. Österreich ist damit zur Zelle der Gesundung für das ganze Abendland [geworden]."[216] Zwar sprach sich der *Christliche Ständestaat* grundsätzlich für eine großdeutsche Lösung aus, diese jedoch konnte in seinen Augen nicht mit dem nationalsozialistischen Deutschland verwirklicht werden. Daher müsse eine eigenständige österreichische Identität gegenüber „Großdeutschland" (ganz im Sinne Dollfuß') gestärkt werden, da Österreich von der „Vorsehung zum christlichen Bollwerk gegen Bolschewismus und Nationalsozialismus, zur Rettung des wahren Deutschtums und der ganzen abendländischen Kultur ausersehen" schien.[217]

In diesen Konzepten, die Raum ließen für eine Restauration der Habsburger-Monarchie, fand sich Franzel wieder. Die Arbeit für den *Christlichen Ständestaat*, aber auch für andere Zeitschriften wie etwa *Österreich-Deutschland*, gaben dem Noch-Sozialisten „Gelegenheiten, durch Zitieren und Kommentieren manches ins rechte Licht zu rücken, buchstäblich ins ‚rechte', ins konservative Licht".[218]

---

213 Zum *Christlichen Ständestaat* umfassend: Ebneth, „Der Christliche Ständestaat".

214 Ebneth, „Der Christliche Ständestaat", S. 8. Der Chefredakteur des Christlichen Ständestaats, Klaus Dohrn, bezeichnete den Titel als „reinen Unglücksfall", eben weil er falsche Erwartungen weckte. Zitiert nach ebenda , S. 14. Dietrich von Hildebrand, der Gründer und neben Klaus Dohrn einer der Herausgeber des *Christlichen Ständestaats* hatte übrigens in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre eine tragende Rolle beim Katholischen Akademikerverband im Deutschen Reich gespielt, der – wie bereits gezeigt – ebenfalls zu den Wurzeln der Abendländischen Bewegung der zweiten Nachkriegszeit gehörte. Auf den bereits erwähnten Soziologischen Sondertagungen des Verbandes, die dem Brückenbau zum Nationalsozialismus über die Reichs-Idee Vorschub leisteten, war Hildebrand einer der wenigen, der gegen die zunehmende ideologische Bedeutung Othmar Spanns für den Verband Einspruch erhob. Er nahm regelmäßig an den Salzburger Hochschulwochen teil und war mit Thomas Michels befreundet, der in den fünfziger Jahren zum Vorstand der Abendländischen Akademie gehörte.

215 Vgl. auch: Kindermann, Konservatives Denken und die Frage der österreichischen Identität.

216 Dietrich von Hildebrand im *Christlichen Ständestaat*, 15. 4. 1934, S. 6, zitiert nach: Ebneth, „Der christliche Ständestaat", S. 144, FN 153.

217 Der Christliche Ständestaat, 5. 8. 1934, S. 17, zitiert nach: Ebneth, „Der Christliche Ständestaat", S. 66.

218 Franzel, Gegen den Wind der Zeit, S. 114. Vgl. auch ebenda S. 304–310. Zur Mitarbeit bei

Das Engagement für den *Christlichen Ständestaat*, zu dessen regelmäßigsten Mitarbeitern Franzel bald gehörte, führte dann allerdings auch zum endgültigen Bruch mit der DSAP. Franzel sollte offiziell aus der Partei ausgeschlossen werden; dem kam er jedoch durch eigenen Austritt zuvor. 1937 also endete die Beziehung Franzels zur Sozialdemokratie, und sie sollte sich in den folgenden Jahren und Jahrzehnten allenfalls ex negativo erneuern.

Bevor der weitere Werdegang Franzels skizziert wird, kehren wir noch einmal zurück zum *Christlichen Ständestaat*. Folgt man der von Rudolf Ebneth geleisteten Interpretation der vom *Christlichen Ständestaat* vertretenen Standpunkte und Ideen, so fühlt man sich bis in die Sprache hinein auf frappierende Weise an das *Neue Abendland* erinnert.[219] Doch über diese ideelle Nähe hinaus lassen sich neben der Person Franzels noch in einem weiteren Fall personelle Kontinuitäten zwischen den beiden Organen feststellen: Ein weiterer regelmäßiger Mitarbeiter des *Christlichen Ständestaates* war Franz Klein, der, nachdem er den Zweiten Weltkrieg im Exil in den USA (im Umfeld Otto von Habsburgs) überdauert hatte,[220] unter dem Namen Robert Ingrim zum festen Mitarbeiter des *Neuen Abendlandes* wurde. Franzel und Ingrim konnten also in den fünfziger Jahren auf ihre Bekanntschaft und ihre gemeinsame Arbeit im *Christlichen Ständestaat* zurückgreifen. Aufschlußreich ist, fragt man nach möglichen Zusammenhängen zwischen *Christlichem Ständestaat* und dem *Neuen Abendland*, auch eine andere Tatsache: Klaus Dohrn, der Herausgeber des *Christlichen Ständestaates*, versuchte 1937, die nichtmarxistischen Gegner des Nationalsozialismus in einem „Christlichen Reichsbund für deutsche Freiheit" zu einer gemeinsamen Widerstandsbewegung zu vereinigen. Unterstützt werden sollte dieses Projekt durch eine gemeinsame Zeitschrift, die auch Franzel in seinen Erinnerungen erwähnt: Diese sollte „alle konservativen, gegen Hitler eingestellten Gruppen sammeln und zu einer geistigen Klärung in diesem Kreis beitragen [...]. Zugleich sollte mit der Zeitschrift ein geistiger Gegenpol gegen die kommunistischen Volksfront-Bestrebungen geschaffen werden."[221] Die Zeitschrift sollte den Namen *Abendland* erhalten.[222] Als Chefredakteur war Franzel vorgesehen, der damit nach seinem Aus-

---

Österreich-Deutschland vgl. ebenda, S. 215. Franzel publizierte vorwiegend unter den Pseudonymen Sudeticus, das er übrigens auch im *Neuen Abendland* verwendete, und F.R. Rudolf, vgl. Ebneth, „Der Christliche Ständestaat", S. 53.

219 Zitiert seien an dieser Stelle die Leitsätze des *Christlichen Ständestaats* vom 3. 12. 1933, abgedruckt in: Ebneth, „Der Christliche Ständestaat", S. 18: „Europa, das christliche Abendland, das wahre Deutschtum richten ihre Augen voll Erwartung auf Österreich, das den christlichen, deutschen Ständestaat zum Programm erwählt hat. Dieses Programm reicht weit über die Grenzen der Politik im engeren Sine hinaus. Es erfordert eine tiefgehende geistige Klärung weltanschaulicher Art. Falschen und verwirrten Vorstellungen, dem wirtschaftlichen Materialismus und dem Materialismus des Blutes, dem liberalen Individualismus und der heidnischen Staatsomnipotenz, müssen die großen, klassischen Formulierungen abendländischen Denkens entgegengestellt werden [...]."

220 Vgl. Teil I, Kap. I.2.

221 Franzel, Gegen den Wind der Zeit, S. 308.

222 Franzel nennt allerdings „Fontinbras" als Titel (ein Pseudonym, das er im *Neuen Abendland* immer wieder verwandte); jedoch zeigt ein bei Rudolf Ebneth abgedruckter Brief von Papens an Hitler, daß die „Gründung einer Zeitschrift Abendland" vorgesehen war.

scheiden aus dem *Sozialdemokraten* eine neue Perspektive zu erhalten schien. Das Projekt kam nicht zustande, auch weil sein Geldgeber, kein anderer als Eugen Kogon, von der Gestapo verhaftet wurde.[223] Daß Franzel gut zehn Jahre später die Chefredaktion des *Neuen Abendlandes* übernahm, verdeutlicht also schon rein sprachlich die abendländische Kontinuität Franzels.

„Weltanschauliche Schulung" für den Nationalsozialismus

Nach dem, nachträglich in seinen Augen viel zu spät vollzogenen, Austritt aus der DSAP begann 1937 für Franzel ein neuer Lebensabschnitt. Seine politischen Aktivitäten sind im folgenden schwieriger einzuschätzen. Die für die Zeit vor 1937 aufgezeigte Ablehnung des Nationalsozialismus aus konservativer Grundüberzeugung scheint sich in der Folgezeit erheblich abgeschwächt zu haben – ob aus gewandelter politischer Überzeugung, in der Hoffnung, Hitler könne die sudetendeutschen Probleme vielleicht doch lösen, oder ob aus Opportunismus und Angst, wegen seiner sozialdemokratischen Vergangenheit verfolgt zu werden, läßt sich aus der Quellenlage nicht abschätzen. Sicher ist, daß Franzel im Frühjahr 1938 der Henleinschen Sudetendeutschen Volkspartei beitrat und 1941 Anwärter auf die NSDAP-Parteimitgliedschaft war.[224]

Beruflich hatte Wenzel Jaksch Franzel nach seinem Austritt aus der DSAP noch den Posten als Leiter des Volksbildungsinstitutes „Urania" in Prag verschafft. Die „Urania" wurde zu diesem Zeitpunkt nach Franzels Angaben wegen der sozialdemokratischen und jüdischen Mitglieder von den Prager Deutschen, die wiederum größtenteils der SdP anhingen, boykottiert. „Ich war in einer überaus schwierigen Lage. Man verlangte von mir, daß ich vollbringe, was bisher niemand gelungen war: die SdP zur Zusammenarbeit mit einer jüdisch-liberalen Vereinsmehrheit zu bewegen."[225] Franzel machte sich daran, diese Aufgabe zu lösen, und was sich in seinen Erinnerungen recht harmlos anhört, formulierte er in dem bereits erwähn-

---

Vgl. Brief von Papen an Hitler, 30. 4. 1937, zitiert nach: Ebneth, „Der Christliche Ständestaat", S. 263. Möglicherweise änderte man den vorgesehenen Titel nachträglich, da in Prag im Februar 1938 eine von einer anderen Gruppierung getragene Zeitschrift unter Leitung Hugo Rokytas mit dem Titel *Abendland. Unabhängige Europäische Stimmen für christliche Gesellschaftserneuerung* erschien. Diese mußte allerdings nach einer Ausgabe bereits das Erscheinen wieder einstellen.

223 Kogon sprang auch ein, als der *Christliche Ständestaat* nach der Ermordung von Dollfuß, der die Zeitschrift finanziell unterstützt hatte, zunehmend in finanzielle Schwierigkeiten geriet. Nach der Annäherung des Nachfolgers Dollfuß', Schuschnigg, an das Deutsche Reich ab 1935 war eine stark antideutsche Zeitschrift, die noch dazu von deutschen Emigranten geführt wurde und sich mit Kritik am Nationalsozialismus alles andere als zurückhielt, ungern gesehen. In dieser Situation sprangen private Geldgeber ein, darunter auch Kogon. Vgl. Ebneth, „Der Christliche Ständestaat", S. 62. Auch Franzel verweist, allerdings in kryptischen Andeutungen, auf Kogons Beteiligung, vgl. Franzel, Gegen den Wind der Zeit, S. 308f. Auf Kogon wird, als Präsidenten der späteren Europa-Union, noch einmal eingegangen werden. Vgl. Teil II, Kap. I.2.

224 Anlage zum Lebenslauf Emil Franzels vom 21. 6. 1941, in: Personalakte Emil Franzel, Bestände des ehemaligen Berlin Document Centers, BA Berlin. Ob Franzel noch in die NSDAP aufgenommen wurde, ist den vorliegenden Dokumenten nicht zu entnehmen.

225 Franzel, Gegen den Wind der Zeit, S. 342.

ten Lebenslauf aus dem Jahre 1941 ganz anders: „Franzel entwickelte bereits in seinen programmatischen Erklärungen den Plan, die Prager ‚Urania' auf eine neue geistige Grundlage zu stellen und trat alsbald mit dem Leiter des Kulturamtes der SdP [...] in Verbindung, um die Arisierung der ‚Urania' in die Wege zu leiten."[226]

1940 verließ Franzel die „Urania" nach vollbrachter Arisierung und wurde wissenschaftlicher Bibliothekar der National- und Universitätsbibliothek in Prag.[227] Im März 1941 folgte dann die Einberufung als Kompanieschreiber zur Schutzpolizei in Prag, welche der SS unterstellt war. Diese führte nach dem Attentat auf Heydrich am 27. Mai 1942 Razzien auf der Suche nach Tätern und anderen „unliebsamen" Personen sowie Hinrichtungen durch, an denen Franzel selbst, folgt man seinen Erinnerungen, aber nicht teilnahm.[228] Franzel machte in den folgenden Monaten eine lokale Karriere im Polizeidienst, wurde zum Offizier befördert und übernahm den Unterricht an der Protektorats-Polizeischule. Gleichzeitig war er verantwortlich für die *Mitteilungsblätter für die weltanschauliche Schulung der Protektoratspolizei.*[229] Anhand dieser Zeitschrift wird deutlich, daß Franzel sich in den vierziger Jahren nicht nur innerhalb des nationalsozialistischen Apparates zu bewegen wußte, sondern sich die ideologischen Schlagworte des Systems, ob oberflächlich oder nicht, aneignete.[230] Dazu gehört auch die Europa-Propa-

---

[226] Lebenslauf Emil Franzels vom 18. 2. 1941, in: Personalakte Emil Franzel, Bestände des ehemaligen Berlin Document Centers, BA Berlin. Auch in einem Brief der Deutschen Arbeitsfront, die die „Urania" 1940 übernahm, hieß es: „Aus den Diensten der Deutschen Volksbildungsstätte ausgetreten, [...] möchte ich nicht versäumen, Ihnen zu bestätigen, daß Sie sich während der gesamten Zeit Ihrer hiesigen Tätigkeit [...] darum bemüht haben, die Entjudung der ehemaligen „Urania" voranzutreiben. Sie haben sich seit März 1938 mit den zuständigen Stellen der SdP in Verbindung gesetzt und mit wesentlich dazu beigetragen, daß im Mai 1938 [...] Vertreter der Sudetendeutschen Partei in den Urania-Ausschuß beigetreten sind. Daß der jüdische Teil des Ausschusses im Oktober 1938 das ganze Objekt nicht verschleuderte, ist zum großen Teil Ihr Verdienst [...]." Brief Deutsche Arbeitsfront, Deutsche Volksbildungsstätte Prag an Emil Franzel, 13. 7. 1940, ebenda.

[227] Lebenslauf Emil Franzels vom 18. 2. 1941, in: Personalakte Emil Franzel, Bestände des ehemaligen Berlin Document Centers, BA Berlin.

[228] Franzel, Gegen den Wind der Zeit, S. 404–406.

[229] Die beiden Tätigkeiten spielten ineinander: Zum einen schrieb und redigierte Franzel die Artikel der *Mitteilungsblätter*, diese wiederum wurden eingesetzt für „die Unterrichtung aller Angehörigen der Ordnungspolizei in besonders wichtigen weltanschaulichen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen". Dabei mußten die Dienstvorgesetzten an der Polizeischule, zu denen auch Franzel als Offizier gehörte, darauf achten, „daß der Inhalt in einwandfreier Form vorgelesen und, soweit erforderlich, durch anschließende Aussprache geklärt und vertieft wird". Zitiert nach: Mitteilungsblätter für die weltanschauliche Schulung der Ordnungspolizei, hg. vom Chef der Ordnungspolizei. I. Aufgabe der „Mitteilungsblätter", II. Anleitung zum Gebrauch der „Mitteilungsblätter", ohne Datum.

[230] In den *Mitteilungsblättern* hieß es auch: „Wahrlich, der Menschheit ist kein Segen, sondern furchtbarer Fluch geschehen dadurch, daß der Jude sich ausbreiten konnte, ohne daß ihm eine entschlossene Macht entgegentrat. Nachdem das Judentum allein in einem Jahrhundert Millionen von Menschen durch seinen Marxismus und Bolschewismus vernichtet und ins Unglück getrieben hat und es jetzt seine Weltherrschaftspläne zu verwirklichen trachtet und seine uralten Rachegelüste an der nichtjüdischen Menschheit austoben will – retten wir nicht noch viel mehr Menschen das Leben, wenn wir entschlossen

ganda des „Dritten Reiches" im Zweiten Weltkrieg: „Das Jahr 1941 endlich bewies, daß der europäische Zusammenschluß zunächst in einem gewaltigen Kriegsreich vom Nordkap bis zum Mittelmeer [...] gekommen war; denn es galt noch mehr, es galt unter schweren Opfern an Gut und Blut die Rettung des Abendlandes vor den zerstörenden Gewalten des asiatischen Bolschewismus, vor dem Bündnis der jüdischen Teufel mit den ungestalteten Massen der östlichen Steppe. Heute, nach elf Jahren, wissen wir Deutsche und wissen unsere Nachbarvölker im Osten, wissen es aber auch die wachen Geister und besten Männer im übrigen Europa, daß der 30. Januar 1933 der große Aufbruch zur Rettung unserer Rasse, unserer Kultur, unseres geschichtlichen Seins war. Ohne das deutsche Erwachen, die deutsche Besinnung, die deutsche Tat von 1933, ohne Adolf Hitler und sein revolutionäres Werk gäbe es heute nichts mehr, was den Namen Europa tragen, was von dem Geist der drei Jahrtausende europäischer Geschichte lebendig zeugen könnte!"[231]

Es zeigt sich hier am konkreten Fall, wie leicht sich abendländisches Denken der nationalsozialistischen Großraumpropaganda anschließen konnte: Kernelemente abendländischen Denkens, der „Antibolschewismus" und die Rede von der „Verteidigung des Abendlandes" gegen die „Horden aus dem Osten", aber auch der Antiliberalismus, bildeten gewissermaßen das Scharnier, das das „Abendland" mit dem „Großraum" verbinden konnte. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges blieben die Worthülsen die gleichen – nur von der Nähe zum „Großraum" war dann keine Rede mehr, weder bei Franzel noch bei anderen Abendländern.

Heimatvertriebener und Publizist in der Nachkriegszeit

Emil Franzel konnte mit einem der ersten Flüchtlingstransporte aus Prag nach Bayern ausreisen. Hartnäckig hielten sich in den sechziger Jahren Gerüchte, Fran-

---

verhindern, daß dieses grausige Entsetzen [...] sich fortsetzt? Wahrlich, wer gegen den Juden kämpft, tut das Werk Gottes." In: Mitteilungsblätter für die weltanschauliche Schulung der Ordnungspolizei Prag, Folge 30, Mai 1943. Vergleicht man dieses Zitat, das, wenn nicht gar von Franzel selbst geschrieben, so doch von ihm redigiert, mit den in FN 73 zitierten Sätzen, so wird der Wandel offensichtlich.

231 Anonym: Zum 30. 1. 1944, in: Mitteilungsblätter für die weltanschauliche Schulung der Ordnungspolizei Prag, Folge 38, Januar 1944. Die Mitteilungsblätter wurden von Emil Franzel redigiert, der auch zahlreiche Artikel selbst schrieb. Darunter einige wenige unter seinem eigenen Namen, aber mit hoher Wahrscheinlichkeit auch einen Großteil der anonym verfaßten, die die Mehrheit in den Mitteilungsblättern bildeten. Traudl Brandstaller spricht Franzel auch folgenden Text zu: „Die Verbindung asiatischer Roheit mit jüdischem Intellekt, tierischer Wildheit mit dem Sadismus der Dekadenten, der Masse und des Materials mit der Tücke und dem zielbewußten Vernichtungswillen des jüdischen Volkes haben die größte Gefahr heraufbeschworen, die Europa je aus dem Osten bedrohte. Und wieder steht der Verteidiger des Abendlandes im Zweifrontenkrieg, leistet das Angelsachsentum unter jüdisch-plutokratischer Führung dem bolschewistischen Juden Bundeshilfe. Schwert und Schild Europas in diesem Schicksalskampf ist aber heute wie durch zwei Jahrtausende germanisches Kriegertum, wiederauferstanden im Großdeutschen Reich Adolf Hitlers, das die besten Kräfte aller europäischen Völker zu einem starken Bunde zusammenfaßt." Franzel, Eine neue Runde beginnt, in: Zeitschrift für die Protektoratspolizei, Prag 5 (1945), S. 1. Zitiert nach Brandstaller, Die zugepflügte Furche, S. 251 f., hier S. 252.

zel habe seine Ausreise von den Tschechen durch Verrat erkauft, indem er Namen von tschechischen Helfern der Nationalsozialisten bei der „Heydrichiade" und insbesondere beim Massaker in Lidice preisgegeben habe.[232] In jedem Fall muß man Franzels Begabung, unbeschadet die Systemwechsel zu vollziehen, bewundern: Nach dem Einmarsch der Deutschen in die Tschechoslowakei 1938 wurde er, obwohl ehemaliger Sozialdemokrat und in engem Kontakt mit Otto Straßer stehend, nur verhört, nicht aber weiter verfolgt oder verhaftet. Und nach der Befreiung der Tschechoslowakei gelang ihm dies auf der „Gegenseite" ein zweites Mal. Das Erlebnis der Vertreibung bestimmte Franzels weiteres Leben. Er baute sich zwar in Bayern schon bald eine neue publizistische Existenz auf, knüpfte enge Kontakte zur CSU und entwickelte sich zu einem der profiliertesten Journalisten im rechten Lager. Doch die Erinnerung an die verlorene Heimat bestimmte seine Arbeit, und seine Bemühungen um das „Abendland", das eben mehr sein sollte als „Westeuropa", waren immer auch Versuche, den mitteleuropäischen Raum für die Zeit „danach", d.h. nach dem Ende des Kalten Krieges, in europäische Überlegungen miteinzubeziehen. Damit stand Franzel in den Reihen der Abendländer nicht allein: Zahlreiche Vertriebene und Vertreter der Vertriebenengruppen versammelten sich hier, „Mitteleuropa" – und damit die verlorenen Gebiete im Osten – nahm immer einen zentralen Platz ein. Demgegenüber bedachte der wichtigste Europaverband der Bundesrepublik, die Europa-Union, Ost- und Mitteleuropa längst nicht mit der gleichen Aufmerksamkeit – aus Gründen, auf die später noch einzugehen sein wird. Während diese Differenz in den fünfziger Jahren, als die „Politik der Stärke" der Regierung Adenauer auf breite Zustimmung stieß, noch relativ wenig Bedeutung entfaltete, änderte sich dies in den späten sechziger Jahren. Mit der „Neuen Ostpolitik", die von der Europa-Union mitgetragen wurde, sahen sich viele Vertriebene von der Europa-Union „verraten". Der Aufschwung, den die Abendländische Bewegung (dann im Namen der Paneuropa-Union) seit Anfang der siebziger Jahre nehmen sollte, läßt sich nicht zuletzt mit dem spezifisch „abendländischen" Umgang mit den vertriebenen Gebieten erklären. Franzels persönliche Erfahrungen mögen die Nähe der Abendländischen Bewegung zu den Vertriebenenverbänden exemplarisch miterklären; gleichzeitig erhellen sie aber auch den Stellenwert, den Flucht und Vertreibung bzw. die verlorenen Territorien im Osten innerhalb des abendländischen Gedankengebäudes einnahmen.

Doch nicht nur als Vertriebener ist Franzels Biographie idealtypisch für die Gruppe der Abendländer. Er war auch nicht der einzige Renegat von „links" nach „rechts": Der bereits erwähnte Gerhard Kroll, Anfang der fünfziger Jahre Herausgeber des *Neuen Abendlandes* und Initiator der Abendländischen Aktion, war 1932 der SPD im Deutschen Reich beigetreten.[233] Auch er fand auf Dauer allerdings keine politische Heimat bei den Sozialdemokraten, was er nicht zuletzt damit begründete, daß er im Verlauf der späten dreißiger Jahre zum aktiven Christentum fand. Fortan wandte er sich anderen Ordnungsmodellen als den sozialistischen zu und gehörte nach 1945 zu den Mitbegründern der CSU. Kroll ver-

[232] Vgl. hierzu Branstaller, Die zugepflügte Furche, S. 253–263.
[233] Zu Kroll vgl. die biographischen Angaben in FN 54.

folgte übrigens die SPD der Bundesrepublik mit ebensolcher Abscheu wie Franzel. Wie schrieb Franzel doch in seinen Erinnerungen? „Renegatenhaß ist immer der verläßlichste und glühendste!"[234]

Georg Stadtmüller und Ernst von Hippel: abendländische Wissenschaft vom „Großraum"?

Daß der von den Nationalsozialisten propagandistisch in Anspruch genommene Begriff „Reich" das „Abendland" und viele seiner Protagonisten geprägt hat, ist bereits deutlich geworden. Daß jedoch, wie bei Emil Franzel angedeutet, auch der „Großraum", im Zentrum der nationalsozialistischen Ideologie stehend, Einfluß auf das „Abendland" genommen hat, zeigen die Biographien der nachfolgenden abendländischen Protagonisten Georg Stadtmüller und Ernst von Hippel. Sie nahmen im „Dritten Reich" verhältnismäßig verantwortungsvolle Positionen innerhalb des Wissenschaftssystems ein, beschäftigten sich hier mit der wissenschaftlichen Legitimierung der „Neuordnung Europas" und fanden nach 1945 zur Abendländischen Bewegung. Über welche Argumentations- und Ideenzusammenhänge dieser Weg verlief, ist Thema der folgenden Seiten.

Georg Stadtmüller

Georg Stadtmüller, geboren am 17. März 1909 in Bürstadt/Hessen, gehörte in den fünfziger Jahren als Vorstandsmitglied und Referent für „Übervölkische Ordnung" der Abendländischen Akademie ins Zentrum der Abendländischen Bewegung. 1927 bis 1931 studierte Stadtmüller in Freiburg und München Geschichte, Germanistik, klassische und orientalische Philologie sowie Rechtsgeschichte und arbeitete im Anschluß bis 1934 in der Bayerischen Staatsbibliothek. 1932 wurde er in byzantinisch-neugriechischer Philologie mit einem historischen Thema promoviert[235] und ging 1934 als Assistent an die Universität Breslau, um sich dort bei Hermann Aubin am Seminar für geschichtliche Landeskunde zu habilitieren. Bereits im Sommer 1935 wechselte er aufgrund seiner anders gelagerten Forschungsinteressen, nicht aufgrund von Auseinandersetzungen mit Aubin, an das Osteuropa-Institut der Universität Breslau. 1936 habilitierte sich Stadtmüller mit „Forschungen zur albanischen Frühgeschichte" in byzantinischer und südosteuropäischer Geschichte.[236] 1938 schließlich erhielt er den Ruf auf den neugeschaffenen Lehrstuhl für „Geschichte und Kultur Südosteuropas" an der Universität Leipzig, wo er gleichzeitig als stellvertretender Direktor des wiederbegründeten Südosteuropa-Institutes tätig war und in dieser Funktion die Zeitschrift *Leipziger Vierteljahrsschrift für Südosteuropa* herausgab.

---

234 Franzel, Gegen den Wind der Zeit, S. 309.

235 Stadtmüller, Michael Choniates. Zu Stadtmüllers Lebenslauf vgl. auch: Pernack-Wernicke, Georg Stadtmüller.

236 Es war nicht festzustellen, wer diese Arbeit betreut hat. Die Gutachterkommission jedenfalls bestand aus dem Althistoriker Ernst Kornemann, dem Slawisten Paul Diels und Hermann Aubin. Vgl. Stadtmüller, Erinnerungen an das Osteuropa-Institut in Breslau, S. 213.

Mit dem geschilderten wissenschaftlichen Lebenslauf befand sich Stadtmüller in den Jahren des „Dritten Reiches" im unmittelbaren Umfeld eines Teilbereichs der geschichtswissenschaftlichen „Großraum"-Forschung, arbeitete er in Breslau und Leipzig doch gerade an jenen beiden Universitäten, die zu den bedeutendsten Zentren der „Ostforschung" im Reich gehörten. Daß diese „Ostforschung" und damit Teile der deutschen Geschichtswissenschaft dem Nationalsozialismus ideologisch vorarbeiteten und Anteil an den europäischen „Neuordnungsplänen" des Zweiten Weltkrieges hatten, indem sie die territorialen Ansprüche des Regimes historisch zu legitimieren suchte, haben Historiker in den vergangenen Jahren, verstärkt noch einmal seit dem Historikertag 1998 in Frankfurt am Main, diskutiert und in mittlerweile zahlreichen Einzelstudien auch näher untersuchen können.[237] Für die Osteuropa-Forschung war Breslau neben Berlin eine der wichtigsten Universitäten überhaupt, und hier wie anderswo war sie eng verbunden mit der sogenannten „Volkstumsforschung". Mit Hermann Aubin, der in den dreißiger Jahren in Breslau lehrte und bei dem Stadtmüller als Assistent arbeitete, hatte die Universität einen theoretischen Vordenker jenes späteren „Königsberger Kreises" in ihren Reihen, der mit der Nordostdeutschen Forschungsgemeinschaft an zentraler Stelle an der Planung für die „Neue Ordnung" beteiligt war.[238] Das Osteuropa-Institut leistete in den sogenannten „Friedensjahren" des „Dritten Reiches" einen aktiven Beitrag zur Untersuchung der wirtschaftlichen, historischen und politisch-gesellschaftlichen Struktur im Osten und Südostens Europas: Denn bereits vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges erhielt die Beschäftigung mit diesen Regionen durch den Vierjahres-Plan und den Aufbau eines auf Südosteuropa bezogenen „Großwirtschaftsraums" politische Relevanz. Stadtmüller war in diese Aufgaben einbezogen, indem er in Breslau unter anderem „damit beauftragt [war], neben den bestehenden Abteilungen für Wirtschaft und Recht eine Kulturabteilung aufzubauen, die sich mit Geschichte unter Einschluß der geschichtlichen Landes- und Volksforschung sowie der damit zusammenhängenden Gegenwartsfragen zu befassen hatte".[239]

In Leipzig, wohin Stadtmüller 1938 berufen wurde, hatte bis 1933 die „Stiftung für Volks- und Kulturboden" bestanden, die in den Jahren der Weimarer Republik als „Zentralinstanz einer innovativen, universal angelegten Deutschtumsforschung [gelten konnte], deren Aufgaben in der wissenschaftlichen Zurückweisung hauptsächlich polnischer und französischer Gebietsansprüche und damit zugleich in einer umfassenden nationalen Identität und deutscher politischer Leistungsfähigkeit innerhalb und außerhalb des eigentlichen Reichsgebietes zusammenlie-

---

[237] Vgl. zum Forschungsstand in Auswahl: Dietz/Gabel/Tiedau (Hg.), Griff nach dem Westen. Haar, Historiker im Nationalsozialismus. Oberkrome, Volksgeschichte. Schulze/Oexle (Hg.), Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Volkmann, Historiker im Banne der Vergangenheit.

[238] Zum Weltbild Aubins und seinen (süd-)osteuropäischen Arbeiten vgl. auch: Wolf, Litteris et Patriae, S. 288–305. Zu den personellen „Netzwerken" in der „Ost-" und der „Volkstumsforschung" vgl. Haar, Entstehung und Niedergang.

[239] Stadtmüller, Erinnerungen an das Osteuropa-Institut in Breslau, S. 213.

fen",[240] bis sie wegen interner Auseinandersetzungen aufgelöst wurde. Im „Dritten Reich" entwickelte sich die Universität Leipzig zu einem Vorreiter volksgeschichtlicher Forschung. Hans Freyer etwa hatte dort die interdisziplinäre Ausrichtung der „Volkstumsforschung" durch eine enge Kooperation mit der Soziologie bereichert. Und auch das 1937 neugegründete Südosteuropa-Institut, an das Stadtmüller einen Ruf erhielt, stand in einer längeren Tradition: Bereits 1917 war an der Universität Leipzig ein „Südosteuropa- und Islam-Institut" gegründet worden, das, später in „Osteuropa-Institut" umbenannt, 1932 aufgelöst wurde. Daneben existierte mit dem „Institut für Mittel- und Südosteuropäische Wirtschaftsforschung" ein anderer Vorläufer des neuen Institutes, dessen Gründung „erst der entschlossene Wille der Nationalsozialisten und die mächtige Förderung, die alle nationalpolitisch wirklich wichtigen Pläne im Jahre 1933 durch die neue Regierung erfuhren", ermöglicht hatte und zu dessen stellvertretendem Leiter Georg Stadtmüller berufen wurde, während der jeweilige Dekan der philosophischen Fakultät die Leitung übernahm.[241]

Damit bewegte sich Stadtmüller über Jahre hinweg in verantwortlicher Position in einem Umfeld, das vor allem nach Beginn des Zweiten Weltkrieges – neben anderen inhaltlichen Vorgaben – die wissenschaftliche Neuordnung des europäischen Kontinentes zur Aufgabe hatte. Stadtmüller selbst kann man jedoch, ebenso wie zahlreiche andere Vertreter der Geschichtswissenschaft, die ihre wissenschaftliche Arbeit in den Dienst eines verbrecherischen Regimes stellten, nicht als überzeugten Nationalsozialisten bezeichnen.[242]

So ist Ursula Wolf in ihrer Einschätzung zuzustimmen, Stadtmüller habe zur relativ großen Gruppe der „politisch mäßig engagierten" Historiker gehört.[243] Er gliederte sich in das System so weit ein, wie es dem eigenen Vorteil diente. 1937 trat er der NSDAP bei.[244] In der Tat stiegen die Berufungschancen eines jungen Privatdozenten in den „Friedensjahren" des „Dritten Reiches" mit dem Parteieintritt ungemein. Daß Stadtmüller gegenüber einer aktiven Unterstützung des Nationalsozialismus gleichwohl reserviert blieb – ob nun aus individueller Zurückhaltung oder innerer Gegnerschaft muß offenbleiben –, spiegeln Gutachten von 1937, in denen es um eine finanzielle Förderung Stadtmüllers ging. Unter anderem warf der Beauftragte des NS-Dozentenbundes Stadtmüller vor, daß er es, obwohl „in politischer Hinsicht eine außerordentlich wertvolle Kraft", an politischem Engagement fehlen lasse und sich in die Wissenschaft zurückziehe: „Ich habe jedoch neulich mit Herrn Aubin über ihn und die Bedenken, die seine Zurückgezogen-

---

[240] Oberkrome, Volksgeschichte, S. 29. Vgl. auch Fahlbusch, „Wo der deutsche ... ist, ist Deutschland!"

[241] Münster, Hans A.: Das neue Leipziger Süodosteuropa-Institut, in: Leipziger Vierteljahrsschrift für Südosteuropa 1 (1937), S. 76–87, hier S. 80.

[242] Raphael, Radikales Ordnungsdenken, vor allem S. 28–33.

[243] Wolf, Litteris et Patriae, S. 94 und 97. Zur Verortung bspw. der „Königsberger" im jungkonservativen Denken und den Traditionen der bürgerlichen Jugendbewegung vgl. Haar, „Revisionistische" Historiker und Jugendbewegung.

[244] NSDAP-Mitgliedsausweis Georg Stadtmüllers unter der Nummer 2134193 vom 1. 5. 1933, in: Personalakte Georg Stadtmüller, Bestände des ehemaligen Berlin Document Center, BA Berlin.

heit bei seinen Altersgenossen erregt, gesprochen, und Herr Aubin hat sich aus eigenem Entschluß vorgenommen, Stadtmüller zu einem stärkeren praktisch-politischen Einsatz zu veranlassen. Daß Stadtmüller grundsätzlich hierzu bereit ist, halte ich für sicher."[245] Die Ermahnungen scheinen gefruchtet zu haben, denn nur ein Jahr später wurde Stadtmüller auf einen neugegründeten Lehrstuhl an einer renommierten Universität berufen.

Dieses Bild einer „mäßigen Politisierung" Stadtmüllers spiegelt sich auch in seinen wissenschaftlichen Arbeiten aus den Jahren des „Dritten Reiches".[246] Doch wird deutlich, daß Stadtmüller sich in seinen theoretischen Konzepten die „innovativen" Vorgaben der „Volksgeschichte" – und damit der wissenschaftlichen Reklamierung deutschen „Kulturbodens" auch außerhalb der Landesgrenzen – übernahm.[247] Er interessierte sich sowohl in seinen wissenschaftlichen Arbeiten wie auch in seinen Lehrveranstaltungen zunehmend für den deutschen Einfluß in den südosteuropäischen Ländern.[248] Die im Zweiten Weltkrieg an der Seite des Deutschen Reiches kämpfenden Staaten Südosteuropas, vor allem Bulgarien, erhielten Stadtmüllers besondere Aufmerksamkeit. Hier spürt man das Bemühen, das bestehende Bündnis zu bestärken, indem er auf angebliche historische und strukturelle Gemeinsamkeiten dieser Länder mit Deutschland verwies.[249]

Gleichzeitig forderte er einen fächerübergreifenden, auf die „Volkstumsfor-

---

[245] Brief des NS-Dozentenbundes, Referent für Nachwuchsförderung an der Universität Breslau, an die Reichsamtsleitung des NS-Dozentenbundes, 9. 12. 1937, in: Personalakte Georg Stadtmüller, Bestände des ehem. Berlin Document Center, BA Berlin.

[246] Abgesehen von gelegentlich durchschlagenden antisemitischen Vorurteilen: „Die einseitige – rezeptive und reproduktive – Begabung der Juden in Verbindung mit ihrem ‚geschäftstüchtigen' Instinkt für das, was einer Modeströmung der Zeit entgegenkommt, hat ihnen vielfach in der zwischenvölkischen Vermittlung literarischer Werke durch Übersetzungen eine einflußreiche Stellung verschafft." Zitiert aus: Stadtmüller, Georg: Dichtung der Balkanslawen in deutscher Übertragung, in: Leipziger Vierteljahrsschrift für Südosteuropa 4 (1940), S. 116–129, S. 118.

[247] Vgl. die Debatte um die These Willi Oberkromes, es habe sich bei der „Volksgeschichte" um ein zumindest methodisch innovatives Projekt gehandelt. Ders., Volksgeschichte. Ders., Reformansätze in der deutschen Geschichtswissenschaft der Zwischenkriegszeit. In ähnlicher Weise auch: Kocka, Ideologische Regression und methodologische Innovation, S. 182–186. Zur Kritik an diesem Ansatz vgl. Roth, Rezension von Oberkrome, Volksgeschichte. Haar, Rezension von Oberkrome, Volksgeschichte. Schöttler, Geschichtswissenschaft als Legitimationswissenschaft, S. 18.

[248] Typisch sind etwa folgende Sätze: „Die ungarische Geschichte ist gar nicht ohne die beständigen engen Beziehungen zu Deutschland denkbar. Ja, ein großer Teil der ungarischen Geschichte besteht überhaupt aus diesen ungarisch-deutschen Beziehungen." Zitiert nach: Stadtmüller, Georg: Ungarische Dichtung in deutscher Sprache, in: Leipziger Vierteljahrsschrift für Südosteuropa 3 (1939), S. 213–238, hier S. 213 und S. 214. Vgl. weitere Arbeiten Stadtmüllers in Auswahl: Ders., Der deutsche Einfluß in der Geschichte der südosteuropäischen Völker. Ders., Die Dardanellenfrage in Geschichte und Gegenwart. Stadtmüllers Lehrveranstaltungen während des Zweiten Weltkriegs, ebenfalls in Auswahl: Geschichte des Deutschtums in Südosteuropa; Französischer Einfluß in Südosteuropa; Rückgewinnung und Neuordnung des Donauraums durch das Reich. Zitiert nach Leipziger Vierteljahrsschrift für Südosteuropa, 1940–1943, Arbeitsberichte des Südosteuropa-Institutes.

[249] Stadtmüller, Bulgariens außenpolitische Entwicklung nach dem Weltkriege. Ders., Die Bulgaren und ihre Nachbarvölker in der Geschichte. Ders., Deutschland und Bulgarien.

schung" hin orientierten Ansatz und befand sich damit ganz auf einer Linie mit dem von ihm geleiteten Leipziger Südosteuropa-Institut:[250] Zum einen bestand eine enge Zusammenarbeit mit den anderen „volksnahen" Instituten der Universität Leipzig, darunter das „Institut für deutsche Landes- und Volksgeschichte" oder das „Institut für Rassen- und Völkerkunde". Außerdem kooperierte das Südosteuropa-Institut mit außeruniversitären Einrichtungen, etwa der „Deutschen Akademie zur wissenschaftlichen Erforschung und zur Pflege des Deutschtums", dem DAAD und dem Mitteleuropa-Institut in Dresden. In der vom Südosteuropa-Institut unter Stadtmüller angestrebten Interdisziplinarität spiegelte sich der für die „Volksgeschichte" typische „Wille zu einer neuen Art wissenschaftlichen Gemeinschaftsstrebens".[251] Ganz besonders deutlich wurde dies an einem Projekt, für das Stadtmüller zusammen mit Franz Dölger von der Universität München die Hauptredaktion übernommen hatte: Man plante ein Balkan-Lexikon, das sich in Aufbau und äußerer Ausstattung eng an das „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums" anlehnen sollte.[252]

Zustande kam das Projekt nicht mehr: Stadtmüller wurde im Mai 1942 eingezogen und diente ab 1943 im 68. Armeekorps als persönlicher Dolmetscher des Luftwaffengenerals Felmy.[253] Er erlebte den deutschen Rückzug in Griechenland und geriet im Mai 1945 in britische, später amerikanische Gefangenschaft, aus der er allerdings bald entlassen wurde. 1947 war Stadtmüller aufgrund seiner Sprachkenntnisse und seines Kriegseinsatzes in Griechenland als Berater der deutschen Verteidigung im Nürnberger Prozeß gegen die in Südosteuropa eingesetzten Generäle tätig.[254] Mit der Gründung der Bundesrepublik fand Stadtmüller an der Universität München dann sofort in die Wissenschaft zurück, ähnlich wie auch andere Vertreter der „Ostforschung". Stadtmüller gehörte ebenso wie von der Heydte und Franzel rechtskonservativen Kreisen der Bundesrepublik an, was neben seiner abendländischen Tätigkeit die Position als Vorsitzender der „Deutschland-Stiftung", einer im rechtskonservativen Lager angesiedelten Stiftung, die mit dem „Konrad-Adenauer-Preis" Vertreter ähnlicher politischer Überzeugungen auszeichnet, deutlich macht. Stadtmüller, der beruflich auf den Osten Europas orientiert blieb, schloß sich auch im Privaten als Vorstandsmitglied der Abendländischen Akademie einem Kreis an, in dem die Erinnerung an die verlorenen Gebiete im Osten und die aufgelöste Ordnung „Mitteleuropas" wachgehalten wurde. Sein schon vor 1945 zumindest aus seinem wissenschaftlichen Werk spre-

---

250 Vgl. etwa Stadtmüller, Georg: Osmanische Reichsgeschichte und balkanische Volksgeschichte, in: Leipziger Vierteljahrsschrift für Südosteuropa 3 (1939), S. 1–24. Ders., Albanische Volkstumsgeschichte als Forschungsproblem, in: Leipziger Vierteljahrsschrift für Südosteuropa 3 (1939), S. 58–80.

251 Münster, Hans A.: Das neue Leipziger Südosteuropa-Institut, in: Leipziger Vierteljahrsschrift für Südosteuropa 1 (1937), S. 76–87, hier S. 85.

252 Stadtmüller, Georg: Ein wissenschaftliches Balkan-Lexikon, in: Leipziger Vierteljahrsschrift für Südosteuropa 5 (1941), S. 149f. Vgl. auch ders., Die deutsche Balkanforschung und das neue deutsche Balkanlexikon. Zum Handwörterbuch vgl. Oberkrome, Geschichte, Volk, Theorie.

253 In dieser Situation fand Stadtmüller allerdings noch Zeit für die Mitarbeit an einer Art „Reiseführer": Der Peloponnes.

254 Vgl. Eintrag Georg Stadtmüller im Munzinger-Archiv.

chendes Interesse für religiöse Fragen wird den Anschluß an das „Abendland" zusätzlich erleichtert haben.[255]

Neben Georg Stadtmüller arbeitete aus dem Kreis der Abendländischen Bewegung der fünfziger Jahre auch deren Vorstandsmitglied Helmut Ibach, der einige Zeit auch Chefredakteur des *Neuen Abendlandes* war, in den Jahren des „Dritten Reiches" an der Universität Leipzig, wo er als geschichtswissenschaftlicher Assistent beschäftigt war. Daher ist zu vermuten, daß ein Kontakt zwischen Stadtmüller und Ibach bereits in diesen Jahren bestand. Schließlich ist mit Theodor Oberländer, ab 1954 Kuratoriumsmitglied der Abendländischen Akademie, ein äußerst prominenter Vertreter der „Ostforschung" und ihrer praktischen Umsetzung in den Reihen der späteren Abendländer zu finden. Allerdings nahm Oberländer im Vergleich zu Stadtmüller eine eher randständige Position in der Abendländischen Bewegung ein. Daher kommt seiner Person an dieser Stelle, obgleich seine Biographie sowohl für die Jahre des Nationalsozialismus als auch für die Zeit nach 1945 ungleich „spektakulärer" ist als jene Stadtmüllers, nicht die Bedeutung zu wie jener des Südosteuropa-Historikers. Dennoch bestätigt auch das Beispiel Oberländers, daß die anhand des Lebensweges Georg Stadtmüllers aufgezeigte Entwicklung von der wissenschaftlichen „Neuordnung Europas" im Zweiten Weltkrieg zum „Abendland" in der Bundesrepublik kein Einzelfall war.[256]

Stadtmüllers Biographie zeigt uns einen neuen Aspekt im Hinblick auf Wurzeln der abendländischen Idee. Die bisher in den Blick genommenen Protagonisten wie Friedrich August Freiherr von der Heydte oder auch Emil Franzel hatten ihre abendländischen Positionen bereits in der Zwischenkriegszeit gefunden. In den Jahren des „Dritten Reiches" hatten sie sich ideologisch mehr oder weniger stark nationalsozialistischen Konzepten angenähert, was, wie gesehen, angesichts bestimmter Grundelemente der abendländischen Idee relativ leicht möglich war. Nach 1945 kehrten sie dann wieder – als sei nichts geschehen – zu jenen Konzepten zurück, die sie bereits in der Zwischenkriegszeit vertreten hatten, den Zeitumständen nur graduell angepaßt. An Georg Stadtmüller können wir nun gewissermaßen den entgegengesetzten Weg nachvollziehen. Er entschied sich aufgrund bestimmter Erfahrungen, die er im Laufe seiner wissenschaftlichen Laufbahn gemacht hatte und deren prägende Jahre im Nationalsozialismus lagen, in den fünfziger Jahren einer Organisation wie der Abendländischen Akademie beizutreten. So können wir feststellen, daß ein Engagement für das „Neue Europa", für das europäische „Reich" der Nationalsozialisten nach 1945 offenbar zu einer Idee wie dem „Abendland" führen konnte. Voraussetzung dafür war aber die Tatsache, daß es sich bei Stadtmüller eben nicht im engeren Sinne um einen Nationalsozialisten gehandelt hatte, daß er sich rassistischer Äußerungen weitgehend enthalten hatte. Daher schien ihm der Weg vom nationalsozialistischen „Reich" ins „Abendland" der Nachkriegszeit nicht weit. Die strukturellen Ähnlichkeiten wirkten also auch in diese Richtung.

---

[255] Stadtmüller, Zur mittelalterlichen Kirchengeschichte der Balkanhalbinsel. Ders., Die Christianisierung Südosteuropas als Forschungsproblem.

[256] Zu Oberländer vgl. neuerdings: Wachs, Der Fall Theodor Oberländer. Siehe auch: Schütt, Theodor Oberländer.

Ernst von Hippel

Ein kurzer Blick auf einen in der Abendländischen Bewegung vertretenen Völkerrechtler, den als Professor für Öffentliches Recht und Völkerrecht an den Universitäten Königsberg und Köln lehrenden Ernst von Hippel, zeigt einen anderen Weg zum „Abendland" der Nachkriegszeit. Hippel trieb vor 1945 vor allem die Angst vor der Bedrohung des „Abendlandes" durch die „bolschewistische Gefahr" um. Hippel, Beiratsmitglied der Abendländischen Akademie und überzeugter Katholik, war geprägt von dem Bemühen, theologische und philosophische Brücken zur Staatsrechtslehre zu schlagen.[257] Seine bereits vor 1933 deutliche Ablehnung des „(Rechts)-Positivismus" wurzelte in dem Wunsch, einem christlichen Naturrecht wieder zu neuer Geltung zu verhelfen und damit die „Krise des Rechtsgedankens" zu beenden.[258] So hoffte Hippel in den ersten Jahren des „Dritten Reiches", die Ablösung des positivistischen Rechtsdenkens durch die Nationalsozialisten bedeute einen Schritt in die von ihm erhoffte Richtung, glaubte er doch, „daß Universität und Politik sich nunmehr in einem entscheidenden Punkte treffen, der Ablehnung der materialistischen Weltanschauung".[259] Über die wissenschaftliche Überwindung des Positivismus hinaus sollte die gesamte Gesellschaft zu christlichen Wurzeln zurückfinden, denn nur so könne letztlich eine „Heilung von der Seuche des Bolschewismus" erfolgen.[260] Damit sind jene für die abendländische Idee typischen Rechristianisierungsvorstellungen angesprochen, die Hippel von den dreißiger bis in die fünfziger Jahre verfolgte: „So muß ein wirkliches Christusverstehen zunächst die europäische Staatenwelt, welche seit dem christlichen Mittelalter anarchistisch auseinanderfiel, und deren Teile heute wie bewaffnete Heerhaufen nebeneinander lagern, zusammenführen in der Gemeinsamkeit dessen, was über die berechtigte Eigenart des Persönlichen hinaus alle Menschen als Menschen verbindet. Nur ein im Christlichen verbunde-

---

[257] Ernst von Hippel, geb. am 28. 9. 1895 in Straßburg, entstammte einer klassisch bildungsbürgerlichen Familie: Vater und Großvater waren bereits Hochschullehrer gewesen. Nach der Teilnahme am Ersten Weltkrieg von 1914 bis 1918 studierte Hippel in Köln und Göttingen Jura. 1920 promovierte er bei Paul Schoen und arbeitete dann bis zu seiner Habilitation 1924 (bei Anschütz und Thoma) als Assistent in Berlin und Heidelberg. 1929 erhielt er einen Ruf an die Universität Königsberg und wechselte 1940 an die Universität Köln, deren Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Rechts- und Staatsphilosophie er bis zu seiner Emeritierung innehatte. Ernst von Hippel verstarb am 26. 9. 1984. Vgl. auch die autobiographischen Schriften von Hippels, die allerdings vor allem seine Jugend betreffen: Ders., Als Kriegsfreiwilliger in Flandern. Ders., Meine Kindheit im kaiserlichen Deutschland. Publikationen Hippels in Auswahl: Hippel, Der Sinn des Staates. Ders., Die Krise des Rechtsgedankens. Ders., Mensch und Gemeinschaft. Ders., Gewaltenteilung im modernen Staat. Ders., Rechtsgesetz und Naturgesetz. Dieses Buch erschien nahezu unverändert 1947 in zweiter Auflage. In frühen Jahren hatte Hippel auch zu aktuellen Themen außerhalb der Wissenschaft, etwa im Bereich der deutsch-französischen Verständigung, publiziert. Vgl. Ders., Der französische Staat der Gegenwart. Diese Verständigung setzte jedoch die Revision des Versailler Vertrages voraus, vgl.: Ders., Oberschlesien.

[258] Hippel, Die Krise des Rechtsgedankens.

[259] Hippel, Die Universität im Neuen Staat, S. 20. Vgl. auch: Ders., Mensch und Gemeinschaft, S. 169f.

[260] Hippel, Der Bolschewismus und seine Überwindung, Vorbemerkung.

nes Europa kann den Bolschewismus von innen heraus überwinden und zugleich sich selber finden in wahrer Gemeinsamkeit."[261] Die Hoffnung auf eine Rechristianisierung Europas, mit der im gleichen Atemzug jene auf den „Sieg" über den „Bolschewismus" einherging, zeigt sich hier als kontinuierliches Element der abendländischen Idee von der Zwischenkriegszeit bis in die Bundesrepublik. Dabei setzten Abendländer konsequenterweise ihre Hoffnungen durchaus auch auf den Nationalsozialismus, der mit starker Hand die „Ordnung" wiederherzustellen schien. Auch Hippel hielt in den Friedensjahren des „Dritten Reiches" den Nationalsozialismus für die Kraft, die diese Entwicklung in Gang bringen und damit den Bolschewismus bezwingen könne. Mit seiner Schrift „Der Bolschewismus und seine Überwindung" wollte er daher den „Kampf, welchen Deutschland heute dem Bolschewismus angesagt hat, wissenschaftlich [..] unterstützen".[262]

Gleichzeitig aber schien er das Wesen des Nationalsozialismus zu erahnen und plädierte schon 1935: „Wirklichkeitsgemäße Außenpolitik muß daher ausgehen vom Lebensrecht auch des anderen, und nur so vermag auch das eigene Sein sich als berechtigt zu begründen. Nicht darum geht es, von der Ausbeutung anderer zu leben und ihrer Vernichtung, sondern um die sinnvolle Verbindung der eigenen Mission mit den Aufgaben anderer Völker und Staaten."[263] Hier spiegelt sich die aus der Zwischenkriegszeit bekannte Version der abendländischen Idee, welche dem deutschen Volk zwar eine besondere „Mission" bei der Wiederherstellung des „Sacrum imperium" zusprach, doch dies nicht mit einer abschätzigen oder gar gewalttätigen Haltung gegenüber den europäischen Nachbarn verband.

Doch angesichts des Nicht-Angriffspaktes mit der Sowjetunion, des nationalsozialistischen Vorgehens gegen die Kirchen und schließlich des Zweiten Weltkrieges erloschen Hippels Hoffnungen Ende der dreißiger Jahre.[264] Daraufhin arbeitete er relativ zurückgezogen, enthielt sich politischer Äußerungen und öffnete seine wissenschaftliche Arbeit zunehmend theologischen und philosophischen Fragen. Sein Konzept von der Überwindung des Bolschewismus durch ein in geistiger Einheit verbundenes christliches Europa aber sollte sich im Verborgenen erhalten und nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im „Abendland" wieder hervortreten. Auf diese Kontinuität des antikommunistischen Elements in der abendländischen Idee, wie sie im Lebenslauf Ernst von Hippels anklingt, wird mit dem Blick auf die folgende Biographie von Hans-Joachim von Merkatz noch näher einzugehen sein. Denn sie erweist sich als zentraler Wurzelstrang des „Abendlandes" der Nachkriegszeit.

Hans-Joachim von Merkatz: Propagandist der „Neuen Ordnung"

Mit Hans-Joachim von Merkatz tritt uns ein Abendländer anderen Formats entgegen. Geboren am 7. Juli 1905 in Pommern, war Merkatz altpreußischer Her-

---

[261] Ebenda, S. 45.
[262] Ebenda, Vorbemerkung.
[263] Hippel, Mensch und Gemeinschaft, S. 165.
[264] Vgl. zu den enttäuschten Hoffnungen von Wissenschaftlern konservativer Provenienz im Nationalsozialismus: Muller, Enttäuschung und Zweideutigkeit.

kunft und evangelisch. Da beide Merkmale in der antipreußisch-katholischen Abendland-Bewegung nur selten zu finden sind, kann die Biographie von Merkatz Aufschluß über abendländische Elemente und Traditionen geben, die nicht katholisch-süddeutscher Provenienz waren. Merkatz, dessen Vater im Ersten Weltkrieg gefallen war, absolvierte nach dem Abitur eine landwirtschaftliche Ausbildung. Im Anschluß daran studierte er von 1928 bis 1931 Jura und Nationalökonomie in Jena und München. 1934 wurde er promoviert, ein Jahr später folgte das Assessorexamen. Im Anschluß war Merkatz unter Viktor Bruns als Referent am Kaiser-Wilhelm-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Berlin tätig. 1938 verließ er diesen Posten und wechselte zur Deutsch-Spanischen Gesellschaft (DSG) bzw. zum Ibero-Amerikanischen-Institut (IAI), die ebenfalls in Berlin ansässig waren, und deren Generalsekretariate er bis 1945 führte. Der Zweck der Deutsch-Spanischen Gesellschaft bestand laut Satzung von 1941 in der „Pflege und Vertiefung persönlicher Beziehungen sowie d[er] Förderung des kulturellen und wirtschaftlichen Austausches zwischen Deutschland und Spanien".[265] Bereits 1918 gegründet, wurde die DSG nach 1933 in das (Auslands-) Propagandasystem des „Dritten Reiches" eingebunden und in ihrem Vorstand waren fortan, bis auf die SS, alle jene Instanzen vertreten, die auch sonst miteinander um Einfluß in der nationalsozialistischen Außenpolitik stritten: das Auswärtige Amt, die Auslandsorganisation der NSDAP und das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda. Nach der „Machtübernahme" wurde die innere Organisation der DSG zunehmend nach dem „Führerprinzip" umstrukturiert, was zu einem erheblichen Machtzuwachs des Vorsitzenden Wilhelm Faupel, ehemaliger Botschafter in Spanien, führte. 1941 wurde das Wahlrecht in der Mitgliederversammlung abgeschafft. Gleichzeitig konnte die DSG ab 1939 keine Entscheidung mehr treffen ohne die Zustimmung des Vertreters der „Vereinigung zwischenstaatlicher Verbände und Einrichtungen", deren Mitglied die DSG war.[266] So gehörte die Deutsch-Spanische Gesellschaft zu jenen zwischenstaatlichen Verbänden, die im „para-diplomatischen Raum" eine wichtige Rolle spielten: Sie dienten vor allem in den Friedensjahren des „Dritten Reiches" der „Klimaverbesserung und guten ‚public relations'. Kulturelle Programme als Brückenschlag zwischen den Völkern, gemeinsame Arbeitssitzungen, Fühlungnahme mit den Angehörigen der Botschaften und Vertretern der internationalen Presse, Begleitung und Betreuung der ausländischen Gäste, Pflege vertraulicher Kontakte mit Freunden und Bekannten aus Diplomatie, Wirtschaft und Wissenschaft zählten zu ihren wesentlichen Aufgaben".[267] Die Tätigkeitsberichte der Deutsch-Spanischen Gesellschaft spiegeln diese Aufgabenstellung, hinzu trat die Organisation

---

[265] Das Zitat und auch die folgenden Angaben zur Institutionengeschichte der DSG entstammen dem Findbuch zum Bestand Deutsch-Spanische-Gesellschaft (R64-I) im Bundesarchiv. Vgl. auch: Vierhaus/Brocke (Hg.), Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft.

[266] Rundschreiben der Vereinigung zwischenstaatlicher Verbände und Einrichtungen, 16. 9. 1939, BA R 64-I/27.

[267] Jacobsen, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938, S. 289–299.

von Sprachkursen oder kulturellen Veranstaltungen wie Vorträgen, Ausstellungen oder Konzerten.

Allerdings war die Deutsch-Spanische Gesellschaft nicht die einzige Organisation, die sich um die deutschen Beziehungen mit Spanien bemühte. Daß „der Interessenkonflikt deutscher Regierungs- und Parteistellen in Spanien so alt [war] wie der franquistische Staat", daß miteinander um die deutsche Außenpolitik rivalisierende Stellen im Deutschen Reich jeweils bestimmte Gruppen in Spanien mit jeweils anderen Zielen unterstützten, hat Klaus-Jörg Ruhl bereits in den siebziger Jahren gezeigt.[268] In diesem Geflecht von versuchter Einflußnahme auf die spanische Innenpolitik mischte auch die DSG mit. Vor allem im Zweiten Weltkrieg ging es darum, verbündete, befreundete oder auch neutrale Mächte im deutschen Sinne zu beeinflussen. In diesem Zusammenhang nahm die Propaganda für das „Neue Europa" einen zentralen Platz ein. Hans-Joachim von Merkatz, der später vor allem im Centre Européen de Documentation et Information (CEDI) der Abendländischen Bewegung eine zentrale Rolle spielen sollte, war durch seine Tätigkeit für die DSG in die Bemühungen des „Dritten Reiches" eingebunden, die „Neue Ordnung" bei den europäischen Mächten zu propagieren. Dies blieb nicht ohne Auswirkungen auf seine späteren abendländischen Ideen: Einige, wenn auch freilich nicht alle Elemente dieses „Neuen Europas" bestimmten sein Denken auch noch in den fünfziger Jahren.

Spanien kam im nationalsozialistischen Propagandageflecht um die „Neue Ordnung" eine wichtige Position zu: Sowohl aufgrund seiner geostrategischen Lage wie auch angesichts seiner wirtschaftlichen Bedeutung mußte das Deutsche Reich Interesse an einer zumindest wohlwollenden Haltung der Spanier haben. Die deutsch-spanischen Beziehungen entwickelten sich in den Jahren 1940/41, als Hitler vor Beginn des Rußlandfeldzuges den Höhepunkt seiner Machtentfaltung erreicht hatte, in den Augen der Nationalsozialisten äußerst positiv, und man hoffte sogar, einen offiziellen Kriegseintritt Spaniens an der Seite der „Achsenmächte" zu erreichen. Angesichts der schwankenden, taktierenden Haltung Francos einerseits, der die westlichen Alliierten nicht zu deutlich gegen sich aufbringen und damit ein wirtschaftliches Embargo gegen Spanien oder gar die Besetzung der kanarischen Inseln riskieren wollte, und der sich ab 1942 für die Deutschen negativ entwickelnden Kriegssituation andererseits schwanden jedoch diese Hoffnungen. Dennoch bemühten sich die Deutschen weiterhin stark um Spanien: Zum einen sollte auf propagandistischem Wege die schwankende Anlehnung Spaniens an das Reich wieder gefestigt werden. Zum anderen stärkte man nun, besonders von Seiten der NSDAP und ihrer außenpolitischen Gruppen, die prodeutschen Kreise in Spanien. Man hoffte, die Ablösung Francos durch eine innenpolitische Stärkung deutschfreundlicher Gruppen zu erreichen, so daß im Anschluß daran der Kriegseintritt Spaniens an der Seite Deutschlands doch noch zu erreichen wäre. Die verwickelte spanische Innenpolitik, in der einander bekämpfende Gruppierungen jeweils aus eigenen Gründen mit dem Regime Francos haderten, vergrößerte die Möglichkeiten der Einflußnahme. Auch die DSG unter ihrem

[268] Ruhl, Spanien im Zweiten Weltkrieg, S. 50.

Vorsitzenden Wilhelm Faupel bemühte sich, bei diesem Spiel mitzumischen. Dazu dienten vor allem Faupels enge Kontakte zu Altfalangisten, die noch in die Zeit zurückreichten, als Faupel als erster Botschafter des Deutschen Reiches nach dem Bürgerkrieg im „weißen" Spanien gewesen war.

Über die Altfalangisten im Deutschen Reich blieb Faupel mit Informationen versorgt, die er an die AO und das Propagandaministerium weiterleitete.[269] Auch die Altfalangisten in der „Blauen Division", der Freiwilligen-Division, die Spanien dem Deutschen Reich zum Kampf an der Ostfront zur Verfügung gestellt hatte und deren Verwundete die DSG in Deutschland betreute, nahmen in Faupels Kontaktnetz eine entscheidende Rolle ein, über die er auch seine eigenen Betätigungen rechtfertigen konnte: „Dieser gemeinsame Kreuzzug, der in Spanien begann und heute in der endlosen Weite Rußlands seine Fortsetzung findet, hat eine Waffengemeinschaft geschaffen, die die beste Grundlage für die geistig-kulturelle Zusammenarbeit beider Völker bildet. Sie zu pflegen und immer weiter auszugestalten, ist Zweck und Ziel sowohl der deutsch-spanischen Gesellschaft wie der [...] Asociación Hispano-Germana. Beiden Gesellschaften ist damit eine Aufgabe gestellt, die im Rahmen der Neugestaltung Europas eine immer größere Bedeutung gewinnt. [...] Auch in diesem Kampf zeigt sich die schöpferische Kraft des Krieges, denn aus der gemeinsamen Abwehrfront gegen den Bolschewismus und seine englischen und nordamerikanischen Helfershelfer bildet sich immer mehr ein Bewußtsein europäischer Zusammengehörigkeit, ein neuer gemeinsamer europäischer Kulturwille als Grundlage eines künftigen besseren Europas heraus."[270]

Hans-Joachim von Merkatz war in diese „europäischen" Aktivitäten als Generalsekretär der DSG und des IAI, abgesehen von den Monaten seines Kriegseinsatzes 1939–1940, eng eingebunden. Bis zum Kriegsende trug er die Ziele der DSG in der beschriebenen Ausrichtung auf die spanischen Altfalangisten mit, gerade auch angesichts der Tatsache, daß die deutsche Propaganda in Spanien in den letzten Kriegsjahren zunehmend auf westliche Konkurrenz traf, daß manche Spanier „ihre Hoffnung stärker auf England [setzen], von dem sie hoffen, daß es sie vor dem Kommunismus retten könnte, oder besser gesagt, daß es ihnen die gewöhnte gute Lebenshaltung auf Kosten ihrer ärmeren Volksgenossen noch weiter garantieren könnte".[271] Auch nach dem Interview, in dem Franco im November 1944 eine Annäherung an die westlichen Alliierten signalisiert hatte, demonstrierte Merkatz Durchhaltewillen: „Wir stellen heraus, daß unsere Sympathie denjenigen Spaniern gehört, die wie wir erkannt haben, daß nur eine ehrliche sozialistische Revolution mit dem Ziele der sozialen Gerechtigkeit aus dem Engpaß der euro-

---

[269] Deutlich wurde dieser enge Kontakt zwischen Faupel und den Falangisten in Deutschland beispielsweise durch die Tatsache, „daß die Landesgruppenleitung der Falange ihre Räume in den Gebäudekomplex des Marstalls verlegte, also auch örtlich engsten Anschluß an die Deutsch-Spanische Gesellschaft und das IAI genommen hat". Vgl. den Tätigkeitsbericht für das Geschäftsjahr 1939/40 einschließlich der Monate April und Mai 1940, BA R 64-I/12.

[270] Deutsch-spanische Kulturarbeit im Kriege, von Generalleutnant a.D. W. Faupel, ohne Datum (nach 1941), BA R 64-I/27.

[271] Brief Merkatz an Joachim Flatau, 17. 9. 1943, BA R 64-I/32.

päischen Lage herausführen kann. Dieselben Gesichtspunkte vertreten wir gegenüber der deutschen Öffentlichkeit und weisen Miesmacher und Pessimisten darauf hin, daß starke Gruppen in Spanien namentlich in den Reihen der ehemaligen Blauen Division und unter den alten Falangisten vorhanden sind, die im Falle einer inneren Klärung auf die Linie des Nationalsozialismus einzuschwenken bereit sind. Diesen spanischen Gruppen Vertrauen in die Zuverlässigkeit unserer Freundschaft und Hilfsbereitschaft zu geben, ist unsere oberste Pflicht."[272]

Doch nicht nur die Beeinflussung der spanischen Innenpolitik gehörte zu den Aufgaben, die sich Merkatz im Rahmen der DSG setzte. Hinzu trat die „klassische" Kulturarbeit, die die DSG vor allem in den Friedensjahren des „Dritten Reiches" betrieben hatte. Aber in den vierziger Jahren entwickelten sich auch ganz andere, neue Aufgaben, zu denen insbesondere – in Zusammenarbeit mit der DAF – die Betreuung der im Deutschen Reich anwesenden spanischen Fremdarbeiter gehörte: Die Organisation von Freizeitgestaltung und Deutschunterricht und die Betreuung durch ärztliche Versorgung waren freilich kein reiner Selbstzweck: „Der Leitgedanke für diese ganze Arbeit", so formulierte es Merkatz, „ist der, daß die hergeholten Arbeiter später als Freunde Deutschlands in ihr Vaterland zurückkehren sollen. Selbstverständlich stellen sich bei einer so plötzlichen Verpflanzung von Tausenden ausländischer Arbeiter gewisse Schwierigkeiten und Reibungen ein. Sie zu überwinden, liegt auch insofern in unserem eigenen Interesse, als diese Arbeiter ja deutsche Männer für die Wehrmacht frei machen sollen. Wenn wir also nicht dafür sorgen, daß sich die spanischen Arbeiter hier trotz anderen Klimas, anderer Ernährung usw. wohlfühlen, so wird der Nachschub aus Spanien in Bälde aufhören und nicht die von uns gewünschten Zahlen erreichen."[273] Natürlich nutzte man den engen Kontakt zu den spanischen Fremdarbeitern auch zur politischen Infiltration im gewünschten Sinne. Zu diesem Zweck übernahm die DSG ab 1941 die Herausgabe der Zeitschrift *Enlace*, deren Schriftleitung mit den Worten von Merkatz „die Linie der altfalangistischen sozialen Revolution und außenpolitisch die Solidarität zwischen Spanien und Deutschland als der einzigen Macht, deren militärische Macht ein Bollwerk gegen den Bolschewismus zu errichten in der Lage ist", verfolgte.[274] Doch auch um die als Zwangsarbeiter nach Deutschland verbrachten ehemaligen „Rotspanier" „kümmerte" sich die DSG. Hier allerdings ging es weniger um Freizeitprogramme und Deutschunterricht. Nach Besichtigung eines Lagers von über 900 Zwangsarbeitern – „größtenteils kommunistischen, arbeitsunwilligen und undisziplinierten Spaniern" – in Berlin schlug Faupel dem zuständigen Kriminaldirektor vor, die „tatsächlich unbrauchbaren und widerspenstigen Elemente nach Spanien" zurückzubringen, allerdings nicht ohne im beigefügten Bericht darauf hinzuweisen, daß in Spanien leider die „Nachbehandlung" zu wünschen übrig lasse. Außerdem

---

[272] Brief Merkatz an die Deutsch-Spanische Zweiggesellschaft Leipzig, Direktor Grünzig, 28. 11. 1944, BA R 64-I/35.

[273] Brief Merkatz an Gesandten Schmidt, 9. 2. 1942, BA R 64-I/27.

[274] Brief Merkatz an die Deutsch-Spanische Zweiggesellschaft Leipzig, Direktor Grünzig, 19. 1. 1945, BA R 64-I/35. Vgl. auch den Brief Merkatz an die Vereinigung zwischenstaatlicher Verbände und Vereinigungen vom 13. 9. 1941, BA R 64-I/35.

schlug er vor, die Disziplin durch „Verhängung geeigneter Strafen zu verbessern".[275]

Zentrales Element und Argument in der von Merkatz im Rahmen der DSG betriebenen Propaganda für den Anschluß Spaniens an das „Neue Europa" war der Antikommunismus. Die Tatsache, daß Spanien bereits im Bürgerkrieg gegen den „Bolschewismus" gekämpft habe, mache das Land zum natürlichen Bundesgenossen des Deutschen Reiches im Kampf gegen den Vormarsch aus Osten. So und in anderer Form findet sich das Argument vom „Neubau Europas" immer wieder auch in den Merkatzschen Schriftstücken aus den Jahren des Zweiten Weltkrieges: „Wir betonen, daß die grundsätzliche Freundschaft Deutschlands zu Spanien nicht eine zufällige und von den Tagesereignissen abhängige ist, sondern in den gemeinsamen Interessen am Aufbau eines von Bolschewismus und jüdisch-freimauererischer Ausbeutung befreiten Europas begründet ist."[276] Entscheidend war für ihn auch die Tatsache, daß einerseits Spanien „im Prozeß der Vermassung" noch nicht unterlegen sei, andererseits aber gerade aufgrund der „übertrieben individualistischen Veranlagung" der Bolschewismus eine große Gefahr für das Land darstelle.[277] Dem Katholizismus hingegen sprach Merkatz in Spanien „unechte Züge" zu und bezeichnete den „Klerikalismus" als Gefahr für den francistischen Staat. Gerade aufgrund des „vitalen Interesses an der Abwehr des Bolschewismus" zweifelte Merkatz schließlich auch nicht daran, daß Spanien seine Neutralitätspolitik aufgeben und sich doch noch an die Seite Deutschlands begeben würde.[278] Die Tatsache, daß Merkatz den spanischen Katholizismus während des Zweiten Weltkrieges mehr oder weniger deutlich ablehnte, ist frappierend angeichts der Katholizität der Abendländischen Bewegung, für die der spanische Katholizismus mit seinem Einfluß auf das francistische Regime geradezu vorbildlichen Charakter hatte. Das Beispiel von Merkatz zeigt indes gerade deshalb, daß *ein* Weg zum „Abendland" der fünfziger Jahre aus dem „Dritten Reich" heraus auch primär über den Antikommunismus verlaufen konnte. Das religiöse Element, das meist als Kernpunkt der abendländischen Idee beschrieben wird, mußte nicht die ursprüngliche Motivation gewesen sein, sich der Abendländischen Bewegung anzuschließen. Vielmehr konnte in der Situation des Kalten Krieges der rigide Antikommunismus, der die Abendländer verband, auch auf norddeutsch-protestantische Konservative so attraktiv wirken, daß sie die katholisch-süddeutsche Religiosität gewissermaßen in Kauf nahmen.

Bei Merkatz verstärkten sich jene Argumentationsmuster, die Deutschland zum „Bollwerk" gegenüber dem Osten und damit zum Garanten Europas erklärten, gegen Kriegsende noch einmal deutlich. Dies findet seine Erklärung auch in persönlichen Erfahrungen: Seinen Schwiegereltern, einer Freundin seiner Frau und der Frau eines Freundes mit zwei kleinen Kindern gelang im März 1945 die Flucht

---

[275] Brief Faupel an Kriminaldirektor Schmitz, 30. 8. 1943, BA R-64-I/32. Vgl. auch den Bericht des DSG-Mitarbeiters Bötticher über das Lager spanischer Arbeiter am S-Bahnhof Braunauer Straße, 30. 8. 1943, BA R 64-I/32.

[276] Brief Merkatz an Grünzig, 28. 11. 1944, BA R-64-I/35.

[277] Brief Merkatz an Büchsenschütz, 17. 8. 1943, BA R 64-I/32.

[278] Ebenda.

vor der herannahenden Roten Armee nicht mehr. Die Worte, welche Merkatz angesichts der Unsicherheit über ihren Verbleib in einem Brief wählte (zumindest die Schwiegereltern überlebten den russischen Einmarsch nicht), sprechen eine deutliche Sprache: „Ich glaube, selbst die Hunnen unter Attila sind nicht auf solche Scheußlichkeiten gekommen, wie sie in den von den Russen besetzten Ostgebieten vollbracht worden sind. [...] Aber ich bin überzeugt, daß unsere Wehrmacht für all das uns angetane Elend härteste Vergeltung üben wird, sonst könnte nie mehr Frieden über den östlichen Landschaften Deutschlands werden, denn die grausam gequälten Frauen und Kinder würden alle, die dort später siedeln, nicht ruhen lassen. Auch in der Geschichte gilt das alte Gesetz, daß ein zum Himmel schreiendes Unrecht gerächt werden muß, damit das Gleichgewicht zwischen guten und bösen Taten auf Gottes Erde wieder hergestellt ist."[279]

Hier wurden bereits in den Jahren des „Dritten Reiches" gefestigte Überzeugungen durch persönliche Erfahrungen zementiert und so mit in die Nachkriegszeit genommen. Seine Hinwendung zur Abendländischen Bewegung steht in deutlicher Kontinuität eines Antikommunismus, den Merkatz bereits Anfang der vierziger Jahre „berufsmäßig" verbreitet hatte und der sich, sollte er Anfang 1945 noch nicht zu seiner persönlichen Überzeugung geworden sein, spätestens durch den Tod seiner Schwiegereltern und den Verlust seiner Heimat zu einer solchen verstärkte.

Doch nicht nur diese antikommunistische Kontinuität läßt sich an von Merkatz aufzeigen. Seine Biographie ist ebenso symptomatisch für das Engagement, das die Abendländer für Spanien und Portugal an den Tag legten. So nahm Merkatz in der Abendländischen Akademie zwar keine zentrale Rolle ein, er gehörte aber zu den profiliertesten Vertretern des zur abendländischen Bewegung gehörenden Centre européen de Documentation et Information (CEDI), das enge Kontakte ins Spanien der Nachkriegszeit unterhielt. Diese Zusammenarbeit mit dem Spanien Francos und dem Portugal Salazars stand in direkter Nachfolge seiner Tätigkeit bei der Deutsch-Spanischen-Gesellschaft.[280]

Verbunden sah sich Merkatz einer Gruppe wie der Abendländischen Bewegung nach 1945 auch in seinem Monarchismus, zu dem er sich 1951 im Deutschen Bundestag offen bekannte.[281] Trotz seiner zentralen Position in der stark niedersächsisch geprägten und die Tradition der welfischen Deutsch-Hannoverschen Partei fortführenden Deutschen Partei (DP), deren stellvertretender Vorsitzender er bis 1955 war, verband sich dieses Bekenntnis des späteren Bundesministers zur Monarchie, zumindest im ersten Nachkriegsjahrzehnt, nicht mit dem Welfenhaus, sondern mit dem der Hohenzollern, was angesichts Merkatz' pommerscher Herkunft nicht überrascht.[282] Allerdings hat sich von Merkatz wohl seit Ende der fünfziger Jahre durch seine Kontakte und Tätigkeiten für das CEDI stärker dem Hause

---

[279] Brief Merkatz an Ilse Biebler, 8. 3. 1945, BA R 64-I/35.

[280] Merkatz war noch in zahlreichen anderen Organisationen Mitglied, die sich ebenfalls den Hispano-Amerikanischen Ländern widmeten.

[281] Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 1. Wahlperiode 1949, Bd. 9, S. 6799.

[282] Vgl. Selzam, Monarchistische Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem S. 280–291.

Habsburg angenähert, arbeitete er als Präsident der deutschen CEDI-Sektion doch eng mit Otto von Habsburg, dem Präsidenten des internationalen CEDI, zusammen. Während in den Jahren nach Kriegsende vor allem der Antikommunismus als Bindeglied zwischen katholischen Süddeutschen und dem protestantischen Preußen fungierte, näherten sich die ursprünglich recht weit voneinander entfernten Pole immer stärker an, je deutlicher sich das geistige Klima im Verlauf der fünfziger Jahre langsam zu verändern begann und der Wind den Konservativen stärker ins Gesicht blies. Nun ging es eher darum, gemeinsam die Bastion des Konservatismus gegen die Anstürme der Zeit zu retten, auch durch die „Modernisierung" der eigenen Positionen. Otto von Habsburg und mit ihm viele seiner treuen Anhänger verzichteten seit Anfang der sechziger Jahre auf monarchistische Äußerungen. Er konzentrierte nach seiner Verzichtserklärung von 1962, mit der er jeglichen Ambitionen auf eine Wiedererrichtung der österreichischen Monarchie abschwor, seine Arbeit ganz auf die Propagierung eines christlichen Gesamteuropa, wozu er sich organisatorisch zunehmend auf die Paneuropa-Union stützte.[283] Daß Hans-Joachim von Merkatz bereits seit den sechziger Jahren Präsident der deutschen Paneuropa-Sektion war, zeigt, daß sich die Grenzen zwischen preußischem und süddeutsch-österreichischem Monarchismus zugunsten eines abendländischen Konservatismus verflüchtigt hatten.

Otto von Habsburg: das „Abendland" im Exil

Die Biographien jener Abendländer, die die Jahre des „Dritten Reiches" in Deutschland verbracht hatten, waren, wir haben es gesehen, von einer starken ideengeschichtlichen Kontinuität geprägt gewesen. Sie hielten an traditionellen, konservativ-katholischen Ordnungsvorstellungen, die bereits vor 1933 in ihrem Denken zu finden gewesen waren, auch im Nationalsozialismus fest. Diesem paßten sie sich graduell, die einen mehr, die anderen weniger, an. Rassistisches Denken blieb den Abendländern dabei meist fremd, das Großraum-Denken des Nationalsozialismus hingegen übte durchaus einen Reiz auf sie aus. Auch die antikommunistische Propaganda des Regimes fiel bei ihnen auf fruchtbaren Boden. Nach 1945 konnten diese Europavorstellungen bruchlos in die Nachkriegszeit hinübergerettet werden, es galt nur, allzu nationalistische Formulierungen zurückzunehmen. Im Kern finden wir hier Europavorstellungen, die von der Zwischenkriegszeit über die Jahre des „Dritten Reiches" mehr oder weniger unverändert in die Bundesrepublik gelangten.

Was aber war mit jenen Abendländern, die vor dem Nationalsozialismus ins Exil geflohen waren? Hat die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus bei ihnen auch ein Überdenken jener traditionellen Ordnungsvorstellungen ausgelöst, deren Nähe zum „Dritten Reich" ja bereits seit Anfang der dreißiger Jahre zu ahnen war? Die Exilanten lebten über Jahre hinweg in fremden, meist angelsächsischen Gesellschaften: Wie wirkte sich diese „Erfahrung der Fremde" auf das Weltbild

[283] Die legitimistische Bewegung in Österreich (MBÖ) wurde nach der Verzichtserklärung Otto von Habsburgs am 31. 5. 1962 in die Paneuropa-Union überführt. Vgl. Lovrek, Die legitimistische Bewegung, S. 241.

der Exilanten aus?[284] Im Zusammenhang mit der Vorgeschichte der Europa-Union werden wir auf diese Frage noch einmal zurückkommen, spielte doch das Exil eine entscheidende Rolle für die Entwicklung der Westeuropa-Idee.[285] Zahlreiche Vertreter der späteren Europa-Union verließen Deutschland zwischen 1933 und 1945. Damit ist bereits ein entscheidender Unterschied zu den Abendländern angesprochen: Deren überwiegende Mehrheit war während des „Dritten Reiches" in Deutschland verblieben und hatte sich durchaus im nationalsozialistischen Regime zurechtgefunden.

Es waren also nur wenige Vertreter der Abendland-Idee, die vor den Nationalsozialisten flohen. Darunter befand sich von jenen Abendländern, die zum Kern der Bewegung nach 1945 gehörten, Robert Ingrim. Hinzu kam Erik Kuehnelt-Leddihn,[286] der jedoch nur am Rande der Abendländischen Bewegung tätig war. Dennoch ist es wichtig, die Exilerfahrungen der Abendländer hier zu thematisieren, weil gerade ein prominenter Abendländer während des Zweiten Weltkrieges im Exil in den USA war: Otto von Habsburg.[287] Er übernahm in der Abendländischen Bewegung der fünfziger und sechziger Jahre eine solch wichtige Rolle, daß von ihm Veränderungen innerhalb der abendländischen Gedankenwelt der Nachkriegszeit entscheidend mitgeprägt wurden. Diese von ihm angestoßenen Entwicklungen wiederum wurzelten nicht zuletzt in von Habsburgs Exilerfahrung. Wir werden indes bei ihm auf ausgeprägte ideengeschichtliche Kontinuitäten und ein festgefügtes Weltbild treffen, ganz ähnlich wie im Falle der in Deutschland verbliebenen Abendländer. Der Aufenthalt in den Gastgeberländern USA und Großbritannien blieb zumindest im Hinblick auf das Weltbild der exilierten Abendländer ohne große Auswirkungen. Ganz im Gegensatz dazu finden wir bei den späteren Europa-Union-Anhängern einen stärkeren Wandel der eigenen Ordnungsvorstellungen, beeinflußt durch den Aufenthalt in Großbritannien oder den USA – eine Entwicklung, die für die Westeuropa-Idee nach 1945 ganz entscheidend war. Für Otto von Habsburg indes blieben zentrale Konstanten seines Denkens und seiner Ordnungsvorstellungen im Exil unverändert erhalten, Konstanten, auf die sich auch die „Daheimgebliebenen" nach 1945 berufen konnten. So konnten Vertreter konservativer Europavorstellungen problemlos zusammenfinden, egal ob sie Exilanten oder Mitläufer gewesen waren.

---

[284] Zur Definition von Exil/Emigration/Remigration vgl.: Krohn, Einleitung, in: Ders./zur Mühlen (Hg.), Rückkehr und Aufbau, S. 7–21. Zahlenangaben zu Vertreibung und Rückkehr bei: Foitzik, Rückkehr aus dem Exil, S. 255–270.

[285] Vgl. Teil II, Kap. I.2.

[286] Erik Maria Ritter von Kuehnelt-Leddhin, geb. am 31. 7. 1909 in Tobelbad/Österreich. Studium der Rechtswissenschaft, Theologie und Osteuropakunde, von 1937 bis 1947 Professor an verschiedenen Colleges in den USA, danach Rückkehr nach Österreich. Er arbeitete als Publizist und freier Autor, so etwa auch im Neuen Abendland. Dabei fand er vor allem im rechtskonservativen, teils sogar im rechtsextremen Lager seine Leser. Kuehnelt-Leddhin starb am 26. 5. 1999. Vgl. u.a.: Erik von Kuehnelt-Leddhin, Freiheit oder Gleichheit.

[287] Dabei gilt es allerdings zu beachten, daß die Zeit in den USA für von Habsburg nur Teil jenes Exils war, in dem sich der aus Österreich ausgewiesene ehemalige Thronfolger seit 1919 befand.

Im folgenden sei also ein kurzer Blick auf jene Abendländer geworfen, die die Jahre des „Dritten Reiches" im Exil verbrachten, allen voran auf Otto von Habsburg. Es gilt indes in Erinnerung zu behalten, daß der hier aufscheinende Widerstand gegen den Nationalsozialismus als keineswegs typisch für jene Abendländer gelten kann, die uns nach 1945 im Rahmen der Abendländischen Bewegung wiederbegegnen werden.

Otto von Habsburg: Vom Thronfolger zum Europapolitiker

Mit der Ermordung des österreichischen Thronfolgers Erzherzog Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 wurde Otto von Habsburgs Vater, Erzherzog Karl, zum neuen Thronfolger der österreichisch-ungarischen Monarchie. 1916, nach dem Tod Kaiser Franz Joseph I., wurde er zum Kaiser gekrönt. Damit rückte sein am 20. November 1912 geborener Sohn Otto zum Thronfolger auf: Er wäre nach dem Tod seines Vaters Kaiser geworden. Mit Kriegsende, der Revolution, dem Verzicht des Vaters „auf jeden Anteil an den Regierungsgeschäften" und der Ausweisung der kaiserlichen Familie sah Otto von Habsburgs Zukunft indes plötzlich ungewiß aus.[288] Die Familie verbrachte die folgenden Jahre in der Schweiz und auf Madeira, nach dem frühen Tod des Vaters reiste Kaiserin Zita mit ihren Kindern 1922 nach Spanien weiter. Die Ausbildung des Kaisersohns blieb während dieser Zeit eindeutig auf die sicher erwartete Rückkehr nach Wien und die Thronfolge ausgerichtet: Von Habsburg durchlief ein intensives Lernprogramm nach den alten Lehrplänen sowohl Österreichs wie auch Ungarns und erlernte dabei alle im ehemaligen österreichisch-ungarischen Reich gesprochenen Sprachen. 1929 folgte der Umzug nach Belgien, wo Otto von Habsburg in Löwen sein Studium aufnahm und 1935 promoviert wurde. Zu diesem Zeitpunkt war er bereits, seit seinem 18. Geburtstag im Jahr 1930, Oberhaupt des Hauses Habsburg-Lothringen.

Otto von Habsburg bemühte sich intensiv um eine Rückkehr nach Österreich – und auf den Thron. Zwar war ihm und seinen Angehörigen die Einreise nach Österreich durch das „Habsburgergesetz" seit 1919 verboten. Doch konnte er seine Hoffnung auf die wachsende Zahl von Legitimisten in Österreich setzen, wo sich, angesichts der politischen Wirren, in denen sich die Republik befand, in den dreißiger Jahren Sympathiebekundungen für den Habsburger häuften.[289] Aus den Kreisen der späteren Abendländer setzte sich nicht zuletzt Emil Franzel publizistisch für die Restauration der Monarchie ein: Im *Christlichen Ständestaat* bezeichnete er immer wieder die Wiederherstellung des Kaisertums als einziges Mit-

---

[288] Zur Biographie Otto von Habsburgs vgl. vor allem die autorisierte Biographie: Baier/Demmerle, Otto von Habsburg, der auch dieser biographische Abriß weitgehend folgt. Siehe auch: Andics, Der Fall Otto Habsburg. Brook-Shepherd, Otto von Habsburg. Feigl, Otto von Habsburg. Das Zitat nach: Baier/Demmerle, Otto von Habsburg, S. 52.

[289] Bis 1938 ernannten 1602 Gemeinden Otto von Habsburg zum Ehrenbürger. Drei Monate vor dem Anschluß zählte die legitimistische Bewegung 1,2 Millionen Mitglieder. Vgl.: Baier/Demmerle, Otto von Habsburg, S. 79–84. Zur legitimistischen Bewegung siehe auch: Lovrek, Die legitimistische Bewegung. Mosser, Der Legitimismus und die Frage der Habsburgerrestauration. Wagner, Der österreichische Legitimismus 1918–1938.

tel, die Unabhängigkeit Österreichs gegenüber Deutschland zu bewahren.[290] Das Engagement Franzels für von Habsburg in der Abendländischen Bewegung der Nachkriegszeit hatte hier seine Wurzeln. Ähnliches gilt für Robert Ingrim, der in den fünfziger Jahren regelmäßiger Autor des *Neuen Abendlandes* war. Er schrieb ebenfalls in der Zwischenkriegszeit für den *Christlichen Ständestaat* und sollte nach seiner Flucht aus Österreich 1938 im engsten Umfeld Otto von Habsburgs arbeiten.[291]

Auch wenn in Österreich unter der Kanzlerschaft Kurt Schuschniggs die Habsburgergesetze kurzfristig aufgehoben wurden, scheiterten alle Bemühungen von Habsburgs um seine Rückkehr: Sein Angebot von Anfang März 1938, die Kanzlerschaft zur Organisation des Widerstands gegen den drohenden Anschluß zu übernehmen, lehnte Schuschnigg strikt ab. Mit dem Einmarsch der Deutschen – von den Nationalsozialisten pikanterweise als „Operation Otto" bezeichnet – war von Habsburg jede Hoffnung auf Rückkehr zumindest für die Dauer der nationalsozialistischen Herrschaft geraubt. Kaiserin Zita und ihre Kinder wurden ausgebürgert, Otto von Habsburg des Hochverrats angeklagt. Mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges und nach dem Einmarsch der Deutschen in Belgien mußten sie sich der drohenden Verhaftung durch Flucht nach Frankreich entziehen.

So tragisch diese Entwicklung für von Habsburg persönlich gewesen sein muß, in gewisser Weise bedeutete der Einmarsch der Nationalsozialisten in Österreich einen Glücksfall für den Habsburger. Denn nun konnte er sein – zu diesem Zeitpunkt erhebliches – politisches Gewicht ausspielen. Während er vor dem März 1938 nur ein ehemaliger Thronfolger war, an dem die Zeit vorübergegangen zu sein schien, bot ihm der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich tatsächlich jene Legitimation zur politischen Betätigung, die ihm vorher gefehlt hatte. Im Kampf gegen den Nationalsozialismus und für Österreichs Unabhängigkeit konnte von Habsburg sich an die Seite der deutschen Kriegsgegner stellen und dort versuchen, als legitimer Vertreter Österreichs aufzutreten. Dieser Anspruch wurde von Habsburg zwar insbesondere von sozialistischer und sozialdemokratischer Seite abgesprochen, ebenso viele Exilanten insbesondere konservativer und

---

290 Ebneth, „Der christliche Ständestaat", z. B. S. 53. Vgl. auch Kap I.1.2.3.

291 Robert Ingrim (bis 1946 Franz Johann Klein) wurde am 20. 6. 1895 geboren. Er studierte Jura, nahm am Ersten Weltkrieg teil und arbeitete im Anschluß als Industrieberater. Von 1926–1930 war er Redakteur des Österreichischen Volkswirts, von 1930–1935 Donauraumkorrespondent der Vossischen Zeitung und der Basler Nachrichten. Gleichzeitig arbeitete er für den Christlichen Ständestaat und andere Zeitungen bzw. Zeitschriften. 1936/37 war er Italienkorrespondent der Basler Nachrichten, wurde aber im Juli 1937 auf Veranlassung deutscher Stellen aus Italien ausgewiesen. Im September 1938 emigrierte Ingrim nach London und arbeitete dort weiterhin journalistisch. Er stand in engem Kontakt mit Robert von Habsburg, Ottos Bruder, u. a. im Austria Office. Im Frühjahr 1941 reiste Ingrim nach Kanada und schließlich New York weiter, wo er für Otto von Habsburg die Voice of Austria herausgab. Bis 1947 verblieb Ingrim als Publizist und Hochschullehrer in Nordamerika. Dann kehrte er nach Europa zurück und lebte bis zu seinem Tod im März 1964 in der Schweiz. In diesen Jahren arbeitete er als freier Publizist und schrieb unter anderem für das Neue Abendland. Vgl.: Ingrim, Griff nach Österreich. Ders., Von Talleyrand zu Molotow. Ders., Außenpolitik mit falschen Begriffen. Ders., Die Rettung Deutschlands.

auch liberaler Orientierung jedoch unterstützten den ehemaligen Thronfolger. Seine guten Kontakte zu französischen Politikern trugen ebenfalls dazu bei, daß er eine „Zentralfigur der österreichischen Emigration in Frankreich"[292], ja zum „Kristallisationspunkt konservativer Exiltätigkeit" wurde.[293] Eine ähnlich wichtige Stellung sollte Otto von Habsburg schließlich auch in den USA einnehmen, wohin er im Juni 1940 floh. Hier konnte er ebenfalls auf gute politische Kontakte, insbesondere zu Präsident Franklin D. Roosevelt, aufbauen.

Von Habsburgs Aktivitäten im Exil hatten verschiedene Schwerpunkte:[294] Einerseits setzte er sich dafür ein, Österreich als „erstes Opfer" des Nationalsozialismus anzuerkennen und befreite die Österreicher damit vom „enemy alien"-Status.[295] Gleichzeitig förderte er andererseits, da eine eigenständige politische Vertretung – im Gegensatz zur Sozialdemokratie – im konservativen, katholischen und legitimistischen, aber auch im bürgerlich-liberalen Lager fehlte, politisches Engagement und Zusammenschlüsse. Er unterstützte (auch finanziell) beispielsweise ab 1941 das „Austrian National Committee" bzw. den „Free Austrian National Council"; in London arbeitete von Habsburgs Bruder Robert ebenfalls auf einen Zusammenschluß hin, etwa mit dem im Januar 1940 gegründeten „Austria Office", in dem mit Robert Ingrim (unter seinem Pseudonym Franz Klein) ein späterer Abendländer vertreten war.[296] Robert Ingrim übernahm, nachdem er im Juni 1941 in die USA ausgereist war, die Herausgabe der Zeitschrift *Voice of Austria*, die ebenfalls von Otto von Habsburg finanziert wurde. Sie galt als offizielles Organ der Legitimisten innerhalb des österreichischen Exils.[297] Hier schrieb etwa auch Erik Kuehnelt-Leddihn, ebenfalls ein späterer Abendländer. So bildeten sich während der Exiljahre Kontakte und Verflechtungen, die nach 1945 – nicht zuletzt im Rahmen der Abendländischen Bewegung – fortgesetzt und intensiviert wurden.

---

[292] Röder/Strauss (Hg.), Biographisches Handbuch Emigration, Eintrag Otto Habsburg-Lothringen, S. 260.

[293] Schwarz, Exilorganisationen, S. 534.

[294] Vgl. hierzu den Überblick in: Röder/Strauss (Hg.), Biographisches Handbuch Emigration, Eintrag Otto Habsburg-Lothringen, S. 260.

[295] Vgl. die Dokumente in: Eppel (Hg.), Österreicher im Exil. USA 1938–1945. Bd. 1, S. 195–198. Von Habsburg setzte außerdem durch, daß der 25. 7. 1942, der Jahrestag der Ermordung Dollfuß', als „Austrian-Day" in immerhin 15 Staaten der USA zum offiziellen Gedenktag ernannt wurde. Außerdem wurde Österreich auf sein Betreiben hin in eine Briefmarkenserie der von Hitler überfallenen Länder aufgenommen. Vgl. Baier/Demmerle, Otto von Habsburg, S. 152.

[296] Maimann, Wartesaal, S. 102–112. Muchitsch (Hg.), Österreicher im Exil. Großbritannien 1938–1945, S. 160–163.

[297] Die *Voice of Austria* erschien vom Juni 1941 bis zum Juni 1943, danach wurde sie ersetzt durch die *Liberation. Independent International Nonparty Information Bulletin*, ebenfalls hg. von Robert Ingrim. Vgl.: Eppel (Hg.), Österreicher im Exil. USA 1938–1945. Bd. 1, S. 385. Habsburg bestand aufgrund seiner Finanzierung übrigens darauf, inhaltlichen Einfluß auf die *Voice* zu haben. Vgl. den Brief Otto von Habsburgs an Graf Degenfeld vom 6. 6. 1942, in dem er sich über einen Artikel von Franz Klein (d.i. Robert Ingrim) beschwert, welcher ihm inhaltlich nicht behagte: „Ich glaube, es wird langsam an der Zeit, daß ich dem Klein klarmache, daß die Voice nicht ihm gehört." Zitiert nach: Baier/Demmerle, Otto von Habsburg, S. 159.

Aber auch ein anderer Kontakt von Habsburgs im Exil sollte für die Geschichte der abendländischen Idee nach 1945 von entscheidender Bedeutung sein. In New York arbeitete Otto von Habsburg erstmals eng mit Richard Coudenhove-Kalergi zusammen, dem ebenfalls in die USA emigrierten Begründer der Paneuropa-Union. Die beiden hatten sich bereits in Paris regelmäßig getroffen, nachdem Otto von Habsburg 1937 Mitglied der Paneuropa-Union geworden war.[298] Coudenhove bemühte sich um die Gründung einer Exilregierung unter seinem Vorsitz, wobei ihn von Habsburg unterstützte. Coudenhove-Kalergi, der in den zwanziger Jahren noch Unterstützung für sein „Paneuropa"-Konzept auf unterschiedlichsten Seiten des politischen Spektrums gefunden hatte, hatte sich bereits in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren durch sein egozentrisches und wechselhaftes Verhalten zunehmend selbst Probleme geschaffen. Als er dann die Regierung Dollfuß vehement unterstützte, hatte es sich der Paneuropäer vor allem mit den Sozialdemokraten dauerhaft verdorben. Insofern war er auch nicht die geeignete Integrationsfigur für eine österreichische Exilregierung, so daß seine Bemühungen scheiterten.[299] Für unseren Zusammenhang ist dieser frühe Kontakt zwischen Coudenhove-Kalergi und von Habsburg indes zentral: Hier wurde der Grundstein gelegt für die spätere Mitarbeit von Habsburgs in der Paneuropa-Union, jener Organisation, die nach dem Tod ihres Gründers unter dem Vorsitz von Habsburgs die abendländische Idee weitertragen sollte.

Während von Habsburg mit seinen Aktivitäten in manchen Bereichen durchaus Erfolg hatte, etwa in der Anerkennung Österreichs als „erstem Opfer" des Nationalsozialismus oder auch mit seinem Einfluß auf die Verteilung der späteren Besatzungszonen in Österreich während der Konferenz von Quebec 1944,[300] scheiterte er vor allem mit seinen Bemühungen um eine österreichische Exilregierung. In ähnlicher Weise schlug im Herbst 1942 der Versuch fehl, ein österreichisches Freiwilligenbataillon zu schaffen. Das „Habsburger-Bataillon" mußte nach heftigen Protesten anderer Exilgruppen, insbesondere der Sozialdemokraten, wieder aufgelöst werden.[301] All dies verweist auf die Zerstrittenheit innerhalb des österreichischen Exils, die eine einheitliche Exilregierung und andere übergreifende Aktivitäten während der gesamten Kriegsdauer unmöglich machte: Sozialdemokraten und Sozialisten waren aus verschiedenen Gründen nicht bereit mit den Legitimisten zusammenzuarbeiten und umgekehrt. Zum ersten gab es erhebliche Unterschiede in den politischen Positionen, was beispielsweise die Nachkriegsplanungen anging: Während die Sozialdemokraten weiterhin im großdeutschen Rahmen dachten, bestanden die Legitimisten auf einem vom Deutschen Reich unabhängigen Österreich. Die mitteleuropäischen Perspektiven, die die Legitimisten in Erinnerung an die österreichisch-ungarische Doppelmonarchie auch in die Zukunft projizierten und auf die noch näher einzugehen sein wird, wiederum lehn-

[298] Röder/Strauss (Hg.), Biographisches Handbuch Emigration, Eintrag Otto Habsburg-Lothringen, S. 260.
[299] Vgl. zu Coudenhoves Aktivitäten im Exil: Conze, Richard Coudenhove-Kalergi. Posselt, Europäische Parlamentarier-Union.
[300] Vgl. die Schilderungen in Baier/Demmerle, Otto von Habsburg, S. 144–185.
[301] Vgl. Eppel (Hg.), Österreicher im Exil. USA 1938–1945, Bd. 2, S. 7–29.

ten die Sozialdemokraten grundsätzlich ab.[302] Doch über diese Zukunftsentwürfe hinaus gab es innerhalb des österreichischen Exils zum zweiten auch Streit über die Vergangenheit, vor allem über das Verhalten der verschiedenen politischen Gruppierungen. Während die Legitimisten den Sozialdemokraten unter anderem ihre Haltung gegenüber dem Haus Habsburg in der Zeit der Republik vorwarfen, sahen sich die Sozialdemokraten als Opfer konservativer Politik während des Ständestaats. Otto von Habsburgs Position innerhalb dieses Exilantengeflechts war prekär: Während er, mangels einer eigenen politischen Vertretung, in konservativ-katholischen, ja teils sogar in bürgerlich-liberalen Kreisen als Identifikationsfigur diente, rief seine Person insbesondere auf Seiten der Sozialdemokratie erhebliche Kritik hervor. Wenn er also auch zu den einflußreichsten Exilanten in den USA überhaupt gehörte, so war seine Wirkmächtigkeit letztlich doch begrenzt. Und zwar nicht allein, weil Exilanten grundsätzlich in den Gastgeberländern kaum Einfluß auf das politische Geschehen oder die Nachkriegsplanungen nehmen konnten,[303] sondern primär, weil er als ehemaliger Thronfolger angesichts der Geschichte der Zwischenkriegszeit einfach viel zu deutlich polarisierte. So war von Habsburg „die herausragendste, wenn auch umstrittenste Persönlichkeit innerhalb der nichtsozialistischen [österreichischen] Emigration".[304]

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges kehrte Otto von Habsburg nach Österreich zurück, das er allerdings bereits Anfang 1946 mit Wiederinkrafttreten der „Habsburgergesetze" wieder verlassen mußte. 1954 ließ er sich im bayerischen Pöcking nieder, bemühte sich aber weiterhin um eine Rückkehr nach Österreich. 1958 verzichtete er erstmals offiziell auf seine „Herkunftsrechte". Dies wurde indes von der österreichischen Sozialdemokratie als nicht ausreichend beurteilt, so daß von Habsburg schließlich 1961 die Verzichtserklärung in jenem Wortlaut unterschrieb, die das „Habsburgergesetz" vorgab. Dennoch wurde ihm die Rückkehr weiterhin verweigert, bis schließlich 1963 der österreichische Verwaltungsgerichtshof die Landesverweisung aufhob. 1966 bekam Otto von Habsburg einen Reisepaß ausgestellt und reiste im Oktober des gleichen Jahres erstmalig wieder in seine Heimat ein, behielt jedoch seinen Wohnsitz in Deutschland bei. Dies lag nicht zuletzt an den Kontakten, die ihn immer stärker an das politische Leben in der Bundesrepublik und in Europa banden. Während von Habsburg in den fünfziger Jahren als „einzig privater Staatsmann Europas"[305] vor allem mit Vorträgen und Artikeln seinen Lebensunterhalt bestritten und politische Arbeit in Organisationen wie der Abendländischen Bewegung (hier vor allem dem CEDI) geleistet hatte, kehrte er seit den sechziger und vor allem in den siebziger Jahren massiv in die Politik zurück: Erst im Rahmen der Paneuropa-Union, dann schließlich als CSU-Abgeordneter im Europa-Parlament.

---

302 Vgl. hierzu den Überblick: Schwarz, Neuordnungspläne.

303 Auf diesen Aspekt wird im Zusammenhang mit den Exilerfahrungen der Europa-Union-Anhänger noch einmal zurückzukommen sein. Vgl. Teil II, Kap. I.2., hier auch mit weiterführenden Literaturangaben.

304 Schwarz, Exilorganisationen, S. 531.

305 Baier/Demmerle, Otto von Habsburg, Überschrift des Kap. 4.

Von der alten österreichischen Idee zum „Abendland"

Betrachtet man die Entwicklung, welche von Habsburgs Europavorstellungen über die Jahrzehnte hinweg nahm, so ist diese – ganz ähnlich wie im Falle der anderen betrachteten Abendländer – von einer erheblichen Kontinuität geprägt. Doch offenbart sich diese Kontinuität erst auf den zweiten Blick: Denn während sich von Habsburg nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu einem leidenschaftlichen Vorkämpfer für die europäische Einigung und Vertreter einer konservativen Europaidee unter dem Stichwort „Abendland" entwickelte, finden sich vor dem Beginn des Krieges kaum konkrete Äußerungen zu diesem Thema. Dies bedeutet indes nicht, daß übernational-europäische Ordnungsvorstellungen in seinem Denken vor 1945 keine Rolle gespielt hätten. So vertraten von Habsburg, und mit ihm seine Anhänger wie etwa auch Robert Ingrim, vor 1939/45 ebenfalls ein übernationales Konzept. Doch war dies nicht „Europa" oder das „Abendland", sondern „Österreich". Die alte Idee von Österreich, die in ihrem Kern nicht nationalstaatlich, sondern übernational gedacht war, bildete auch nach dem Untergang der Donaumonarchie das Zentrum von Otto von Habsburgs politischen Zukunftsvorstellungen für Mitteleuropa. Wir haben dies in ähnlicher Weise etwa bei Emil Franzel bereits kennengelernt.

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges und vor allem nach 1945 fand dann in gewisser Weise eine Ausweitung der Perspektive statt. Den Anhängern der alten, übernationalen Idee von Österreich wurde klar, daß dieses Konzept keine politische Zukunft mehr hatte. Dazu trugen nach dem Zweiten Weltkrieg auch die Realitäten des beginnenden Kalten Krieges ihren Teil bei, die die Länder der früheren Donaumonarchie dies- und jenseits des Eisernen Vorhangs voneinander trennten. Da von Habsburg und seine Anhänger jedoch weiterhin von der Richtigkeit dieser Form übernationaler Staats- und Gesellschaftsordnung überzeugt waren, übertrugen sie ihre traditionellen Vorstellungen nun in einen anderen geographischen Raum und einen veränderten übernationalen Kontext: auf Europa und die beginnende europäische Einigung. Dieser Prozeß nahm seinen Ausgang in den Jahren des Exils. Insofern spielte das Exil für die Abendländer tatsächlich eine Rolle. Allerdings, das ist zu betonen, keine so entscheidende wie im Falle der Anhänger der Europa-Union. Diese waren durch das Leben in den vom angelsächsischen Liberalismus geprägten Gesellschaften der USA bzw. Großbritanniens zum Teil so beeinflußt worden, daß sie traditionelle Ordnungsvorstellungen auf den Prüfstand stellten und diese grundsätzlich revidierten. Die Abendländer hingegen veränderten ihre Denkmodelle inhaltlich kaum, sie übertrugen sie nur auf einen anderen geographischen Rahmen. Dies zu leisten, dazu gab das Exil den ersten Anstoß. Die ideengeschichtliche Kontinuität hingegen blieb gewahrt.

Bei Otto von Habsburg lag dies nicht zuletzt daran, daß seine Sozialisation die Werte der alten Donaumonarchie tief in ihm verwurzelt hatte. Die Tatsache, daß das Kind im Alter von sieben Jahren seine Heimat verlassen mußte, bedeutete aufgrund seiner herausgehobenen Position nicht, daß er sich in seinen Exilländern Spanien, Belgien, Frankreich und später den USA assimilierte. Im Gegenteil: Seine Mutter, Kaiserin Zita, versuchte dies mit einer rigoros „österreichischen" Erziehung zu verhindern. Otto von Habsburgs Leben, seine Erziehung und sein poli-

tisches Handeln waren immer bestimmt von dem Ziel zurückzukehren. Für Akkulturation, also „durch Kulturkontakte hervorgerufene Werte, Normen und Einstellungen bei Personen, de[n] Erwerb von Kenntnissen, Fähigkeiten und Qualifikationen, Veränderungen von Verhaltensweisen und ‚Lebensstilen' sowie Veränderungen der Selbstidentität",[306] war hier kein Raum, durfte hier kein Raum sein. Mit dieser extremen Position stand von Habsburg aufgrund seiner Herkunft natürlich allein. Dennoch können wir auch bei anderen späteren Abendländern im Exil eine ähnliche „Resistenz" gegenüber den ideellen Angeboten der Gastgeberländer feststellen. Seinen Grund findet diese Resistenz in der Tatsache, daß von Habsburg und andere spätere Abendländer keinen Grund hatten, ihr Weltbild, das durch die untergegangene Donaumonarchie geprägt war, in Zweifel zu ziehen. Für sie hatte die österreichische Republik der Zwischenkriegszeit keine ernsthafte politische Alternative dargestellt. Das „Zurück" zur Welt vor dem Ersten Weltkrieg erschien ihnen allemal als die bessere Alternative gegenüber den als chaotisch empfundenen Zuständen der Zwischenkriegszeit. Und auch der „Anschluß" hätte nach der festen Überzeugung dieser Abendländer verhindert werden können, wäre nicht die gesamte mitteleuropäische Region durch die Nationalstaatsgründungen im Gefolge der Pariser Vorortverträge destabilisiert worden. So erschien ihnen auch während des Zweiten Weltkrieges die Restauration der Monarchie und die Rückkehr zum übernationalen Staatenverbund Mitteleuropas „as a sine qua non",[307] als der einzige Weg zur Stabilisierung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Österreich und der Donauregion nach Kriegsende.

Die tiefe Verwurzelung im altösterreichischen Weltbild, gepaart mit einem überzeugten Katholizismus, „immunisierte" die Abendländer gewissermaßen gegenüber den politischen und sozialen Ordnungsmodellen in den Exilländern. Ihr festgefügter Katholizismus ließ sie auf die amerikanische Kultur eher mit Ablehnung reagierten.[308] Auch Otto von Habsburg wußte bei seiner Rückkehr nach Europa zu schätzen, daß er hier Städte besuchte, „in deren Mitte eine Kirche stand und nicht eine Großbank". So resümierte er später: „Zum Europäer bin ich in Amerika geworden [...]. Entscheidend ist die europäische Kultur und die christliche Zivilisation."[309] Der abendländische Kulturpessimismus und die Kritik am amerikanischen „way of life", welche die abendländische Idee in den fünfziger Jahren auszeichnen sollte, wurzelte also (auch) in den Exilerfahrungen der Abendländer. Trotz aller politischen Unterstützung der USA im Kalten Krieg standen auch jene, die zeitweilig in den USA gelebt hatten, ihrer Kultur skeptisch gegenüber. Dies hatte seinen Grund in der Tatsache, daß die katholisch-konservativen Ordnungsvorstellungen bei den hier betrachteten Abendländern so tief in-

---

306 Angster, Konsenskapitalismus, S. 341.

307 Memorandum Franz Kleins (d.i. Robert Ingrim) über die Notwendigkeit der Einführung der Monarchie in Österreich, Pfingsten 1940. Zitiert nach: Muchtisch (Hg.), Österreicher im Exil. Großbritannien 1938–1945, S. 232f., hier S. 233.

308 Dies zeigte sich generell bei jenen Remigranten, die nach dem Krieg aus den USA nach Deutschland zurückkehrten. Vgl. Schildt, Reise zurück aus der Zukunft.

309 Alle Aussagen Otto von Habsburgs zitiert nach: Baier/Demmerle, Otto von Habsburg, S. 182f.

ternalisiert und nicht in Frage gestellt waren, daß sie nur kritisch auf die amerikanische Lebenswelt reagieren konnten. Und was für die Kultur galt, galt in ähnlicher Form auch für die politischen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen der angelsächsischen Länder. Das festgefügte Weltbild ließ die Abendländer an katholisch-elitären, demokratiekritischen und antiliberalen Konzepten festhalten – das politische System der USA oder Großbritanniens konnte nach diesem Verständnis kein Vorbild sein. So wundert es nicht, daß die Nachkriegsvorstellungen der Exilabendländer für Europa von den Erfahrungen im angelsächsischen Liberalismus weitgehend unberührt blieben.

Nach außen indes galt es, sich den Gegebenheiten in den Exilländern zumindest rhetorisch anzupassen. So konnte die alte österreichische Idee nicht mehr ohne Kritik zum Leitbild der Zukunft erhoben werden. Denn wenn etwa Otto von Habsburg in der Frühphase des Zweiten Weltkrieges von der „österreichischen Nation" sprach, dann subsumierte er darunter „alle Nachfolgestaaten der Monarchie",[310] dem alten, vormodernen Nationsverständnis Österreichs entsprechend. So warb er auch für einen mitteleuropäischen Zusammenschluß unter dem Dach einer Monarchie nach dem Zweiten Weltkrieg, ganz an das Vorbild der Donaumonarchie angelehnt. Eine solche Position mußte indes im Verlauf des Zweiten Weltkrieges, als es im Exil um die Nachkriegsplanungen ging, zu immer deutlicheren Spannungen führen. Da sich von Habsburg mit solchen Aussagen auch bei den Alliierten auf Dauer keine Freunde machte, trat die alte österreichische Idee in der Rhetorik zunehmend zurück. Gerade in Großbritannien, wo das Modell einer Donauföderation bis in die letzten Kriegsjahre hinein auf Unterstützung Churchills und des Foreign Office stieß,[311] hofften von Habsburg und seine Anhänger, Einfluß auf die Nachkriegskonzeptionen nehmen zu können. Da schnell klar wurde, daß diese Donauföderation eben keine Neuauflage der alten österreichisch-ungarischen Doppelmonarchie werden würde, betonten die Habsburger zunehmend die Notwendigkeit einer „stable democratic community", welche Österreich und die mitteleuropäischen Länder nach dem Krieg bilden sollten. Dabei wurde „Demokratie" in diesem Verständnis durchaus noch mit einem Monarchen als Staatsoberhaupt gedacht, ausgesprochen wurde das jedoch seltener. So betonten Otto von Habsburg bzw. seine Vertreter, wie in diesem Falle sein Bruder Robert, die demokratischen Elemente der künftigen mitteleuropäischen Föderation: „It is [...] unnecessary to point out that such a federation can only come into existence on perfectly democratic lines, and by the freely expressed will of all the nations concerned."[312] Gerechtfertigt erschien ein geeintes Mitteleuropa nach Überzeugung von Habsburgs und seiner Anhänger durch „centuries of an economic and political community between Austria and her neighbours [...] and very

---

310 Schwarz, Exilorganisationen, Sp. 663.

311 Zur Haltung der britischen Regierung gegenüber den österreichischen Exilgruppen: Maimann, Politik im Wartesaal, S. 187–197; gegenüber sozialistischen/sozialdemokratischen (deutschen) Gruppen: Röder, Exilgruppen in Großbritannien. Zur Nachkriegszkonzeption Churchills: Gietz, Die neue Alte Welt.

312 Rede Robert von Habsburgs über „The new Austria", 1942. Zitiert nach: Muchitsch (Hg.), Österreicher im Exil. Großbritannien 1938–1945, S. 242f.

old bonds between the nations [...] still in existence".[313] Somit zeichnete von Habsburg Mitteleuropa während des Zweiten Weltkrieges als Einheit: „Aus kultureller Sicht hat dieser Raum seine eigene Kultur [...]. Aus ökonomischer Sicht ist dieser Raum eine Einheit sich selbst genügend. Politisch hat der Donauraum für mehr als 600 Jahre eine Einheit gebildet.[...]"[314] Jeder Eindruck einer erzwungenen Vereinigung Mitteleuropas sollte vermieden werden und solche Vorstellungen spielten für von Habsburg auch keine Rolle. Vielmehr war er fest davon überzeugt, daß ein freiwilliger Zusammenschluß der Staaten Mitteleuropas der einzige Weg war, die Region nach dem Kriege zu stabilisieren. Gleichzeitig sollte auf diese Weise auch der Einfluß der Sowjetunion minimiert werden. Dies wiederum paßt zu von Habsburgs Versuchen, in den USA unablässig vor den Expansionsabsichten Stalins zu warnen. Der hier zutage tretende Antikommunismus verband von Habsburg nach Kriegsende mit den in Deutschland verbliebenen Abendländern. Er wurde zum „Signum" der abendländischen Idee nach 1945.

Diese durch die politische Situation in den Exilländern USA und Großbritannien, in denen die alte österreichische Idee nicht mehr kritiklos als Zukunftsvision vorgetragen werden konnte, hervorgerufenen rhetorischen Veränderungen in den altösterreichischen monarchischen Mitteleuropakonzepten führte schließlich zur Entwicklung durchaus zukunftsweisender Elemente. So forderte von Habsburg 1942 für die zu schaffende Donauföderation die Abgabe von Souveränitätsrechten an eine Bundesgewalt.[315] Hier mag sich der Einfluß Coudenhove-Kalergis auf Otto von Habsburg spiegeln, der in den USA unermüdlich für seine Konzepte einer europäischen Einigung warb, die zu diesem Zeitpunkt auch noch von einer bundesstaatlichen Komponente geprägt waren.[316] Sicher ist indes, daß sich mit diesen – anfangs wohl vor allem rhetorisch propagierten – Konzepten zur Einigung Mitteleuropas ein Weg in die Nachkriegszeit und hin zur europäischen Einigung bahnte. In dem Moment, in dem nach Ende des Zweiten Weltkrieges klar wurde, daß angesichts des heraufziehenden Kalten Krieges das alte Mitteleuropa zwischen Ost und West aufgeteilt würde, war es nur logisch, daß sich die Exilabendländer fortan nach Westeuropa orientierten. Ihre elitär-hierarchisch organisierten, auf christlich-katholischen Fundamenten aufbauenden, antiliberalen, antidemokratischen und übernationalen Ordnungsvorstellungen, die sie als ideelles Gepäck mehr oder weniger unverändert durch die Jahre des Zweiten Weltkrieges getragen hatten, ließen sich nun problemlos auf das Europa der Nachkriegszeit übertragen. Damit erklärt sich auch, warum „Mitteleuropa" in den fünfziger und sechziger Jahren eine solche Bedeutung innerhalb der abendländischen Idee hatte. Ebenfalls erklärt sich damit, warum die abendländische Idee für Vertriebene eine solche Attraktivität entwickelte und warum sich schließlich die Paneuropa-Union, die in der Bundesrepublik seit den siebziger Jahren der abendländischen Idee wieder politisches Gewicht gab, zur Vorkämpferin der Auflösung des „Eiser-

313 Ebenda, S. 243.
314 Rede Otto von Habsburgs am 10. 6. 1942 in der Library of Congress, zitiert nach: Baier/Demmerle, Otto von Habsburg, S. 170.
315 Ebenda, S. 171. Vgl. auch die Broschüre „Danubian Reconstruction" von Anfang 1942.
316 Zumindest vermutet dies Andics, Der Fall Otto Habsburg, S. 113.

nen Vorhangs" stilisieren konnte.[317] Die Erinnerung an die Donaumonarchie bestimmte die abendländische Idee der Nachkriegszeit. Damit erschienen sie und ihre Organisationen wie die Abendländische Bewegung und später die Paneuropa-Union gerade jenen attraktiv, die aus individuellen oder partikularen Interessen die Bezüge zu „Mitteleuropa" in Politik und Öffentlichkeit der Bundesrepublik fördern wollten.

Nach 1945 trafen die Exilanten auf jene Abendländer, die die Jahre des „Dritten Reiches" in Deutschland bzw. Österreich verbracht hatten. Die gemeinsame ideelle Grundlage von Katholizismus und Konservatismus ließ sie bald zusammenfinden. Dabei trat die zwischenzeitliche Annäherung vieler Abendländer an das Ideengebäude des Nationalsozialismus in den Hintergrund. Man fand sich in der gemeinsamen Überzeugung, die Zukunft auf Grundlage der als richtig erachteten Ordnungskonzepte gestalten zu können. Es begegnet uns im Falle des „Miteinanders" von Exilanten und in Deutschland Verbliebenen ein ähnlicher Mechanismus wie etwa im Falle Friedrich August Freiherr von der Heydtes einerseits und Erich von Waldburg-Zeils andererseits. Diese hatten auf den Nationalsozialismus mit Anpassung einerseits und Widerstand andererseits reagiert und harmonierten nach 1945 in der Abendländischen Bewegung bestens, da sich ihre Gedankenwelt im süddeutschen Katholizismus und einem ausgeprägten Konservatismus traf. Im Falle der (wenigen) Exilabendländer und den „Zurückgebliebenen" wurde das unterschiedliche Verhalten gegenüber dem Nationalsozialismus nach 1945 ebenfalls irrelevant – zumal sich unter den im „Dritten Reich" verbliebenen Abendländern eben keine überzeugten Rassisten befanden. Es gab mit Christentum, Konservatismus, Antikommunismus und elitär-hierarchischen Gesellschaftsvorstellungen genügend Elemente, auf die sich die Abendländer einigen konnten, von häufig ähnlichen biographischen Prägungen und Sozialisationserfahrungen (wie einer adeligen Erziehung oder einer süddeutsch-österreichischen Verankerung) einmal ganz abgesehen. Wichtig war die gemeinsame Arbeit mit dem Ziel, eine gesellschaftliche und politische Ordnung zu realisieren, die sich nicht an liberalen und nationalen Konzepten orientierte. Eine übernationale, christliche Ordnung des „Abendlandes" galt es zu schaffen. Dabei spielte die Erinnerung an die untergegangene Donaumonarchie eine entscheidende Rolle. So formulierte es Otto von Habsburg an der Schwelle zu den achtziger Jahren: „Es gibt schließlich einen größeren Begriff Österreich, der sich weit über die Grenzen Österreichs hinaus ausdehnt, der ja die alte europäische Idee als solche ist."[318]

---

[317] Zum „Paneuropa-Picknick", das am 19. 08. 1989 an der österreichisch-ungarischen Grenze veranstaltet wurde und bei dem 661 DDR-Bürger durch ein Loch im „Eisernen Vorhang" nach Österreich flohen, vgl. Baier/Demmerle, Otto von Habsburg, S. 439–441.

[318] Otto von Habsburg in einem ORF-Interview am 20. 6. 1978, zitiert nach: Baier/Demmerle, Otto von Habsburg, S. 378.

II. Die Abendländische Bewegung in der Bundesrepublik

1. Wiederbeginn und Neuanfang: das „Abendland" in der frühen Nachkriegszeit (1945–1948/49)

Fragt man nun danach, wie die verschiedenen Elemente der abendländischen Idee, so wie sie bei Ende des Krieges auszumachen sind, den Weg in die Nachkriegszeit fanden, so läßt sich zunächst feststellen, daß der „Zeitgeist" dem „Abendland" günstig gesonnen war. Denn gerade weil das „Abendland", im Gegensatz zum „Reich", in der öffentlichen Wahrnehmung nicht mit dem Nationalsozialismus in Zusammenhang gebracht wurde, konnte der Begriff nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im öffentlichen Sprachgebrauch wieder stark in den Vordergrund treten. In der Folgezeit entwickelte sich das „Abendland" zu einem der zentralen Schlagworte der unmittelbaren Nachkriegszeit. Die häufige Verwendung des Begriffs war wiederum Teil einer regelrechten Europa-Euphorie in Deutschland, welche aber auch andere europäische Länder erfaßte.[1] Insbesondere die junge Generation war gewiß, die Katastrophe des Zweiten Weltkrieges habe das „Modell Nationalstaat" nun endgültig diskreditiert. An seine Stelle sollte ein vereintes Europa auf der Basis von Gleichberechtigung, Demokratie und Freiheit treten, das fortan den Frieden unter den Nachbarn garantieren würde. Viele Deutsche sahen den unmittelbaren Zusammenhang von totaler Niederlage und den nationalsozialistischen Europa-Plänen: Einer hegemonial-rassistischen Europa-Idee war fortan jede Chance auf Realisierung genommen. Bald war klar, daß ein anderes, ein nach westlichen Wertvorstellungen organisiertes Europa entstehen würde und daß die Deutschen, angesichts der unmittelbaren Vergangenheit, froh darüber sein mußten, in dieses Europa miteingebunden zu werden.

So führte der Zusammenbruch des „Dritten Reiches", und damit einhergehend der staatlichen Ordnung in Deutschland, auch zum Zusammenbruch jener Werte, die sich durch immer wiederholte Formeln und Worthülsen im Denken eines Großteils der Deutschen festgesetzt hatten. Doch waren es die gleichen Menschen, die vor und nach dem 8. Mai 1945 in Deutschland lebten: Sie waren in ihrem Denken und in ihren Wertvorstellungen von längerfristigen Entwicklungen und Erfahrungen geprägt und nicht nur von politischen Daten, in diesem Fall der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945. So hat die Forschung in den letzten Jahren verstärkt auf die biographischen und damit einhergehenden ideengeschichtlichen Kontinuitäten zwischen der Weimarer Republik, dem „Dritten

---

[1] Vgl. etwa Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik. Loth, Die Europa-Bewegung in der frühen Bundesrepublik. Ders., Rettungsanker Europa. Ders., Deutsche Europa-Konzeptionen. Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik.

Reich" und der Bundesrepublik verwiesen.[2] Die Deutschen griffen für den (auch geistigen) „Wiederaufbau" mangels verwendbarer Alternativen einerseits, aufgrund generationenspezifischer Prägungen andererseits, in der unmittelbaren Nachkriegszeit auf Ordnungsvorstellungen zurück, die der Weimarer Republik entstammten und des „braunen" Beigeschmacks unverdächtig schienen.[3]

Dies gilt auch für europäische Ideen, besonders in konservativen Bevölkerungsschichten. Hier wurde ebenfalls an Europa-Ideen zurückliegender Jahrzehnte angeknüpft. Doch konnte man nicht alle Elemente bürgerlich-konservativen Europaverständnisses der Weimarer Zeit aufgreifen. Vor allem die „Mitteleuropa"-Modelle waren, allein aufgrund der sich ab 1947 in zwei Blöcke spaltenden Welt, vorerst kaum zu reaktivieren, ebenso war an eine „deutsche Sendung" nicht mehr zu denken. Auch das „Reich" hatte nach 1945 als europäischer Topos ausgedient. Statt dessen kam nun in Deutschland das „Abendland" zu neuen Ehren, wobei die frühere inhaltliche Nähe des Begriffes zum „Reich" allerdings vollständig unthematisiert blieb. Im Zuge dieser Konjunktur konnte das „Abendland" sogar seine üblicherweise im konservativ-katholischen Milieu verankerte Anhängerschaft vorübergehend ausweiten.[4] Sicherlich hing dies mit den typisch abendländischen Bezügen auf eine historisch-kulturelle europäische Einheit zusammen. Nicht zuletzt spielte aber auch das nun wieder stark betonte christliche Element eine große Rolle. Beides kam den Bedürfnissen der Zeitgenossen entgegen: Die Beschwörung einer kulturellen Gemeinsamkeit des Kontinents einerseits ließ politische Fragen in den Hintergrund treten und ermöglichte es auch, die deutsche Nation als dem „Abendland" zugehörig zu betrachten. Die allgemeine Besinnung auf christliche Grundwerte andererseits entwickelte sich in den ersten Nachkriegsjahren vorübergehend zu einer breiten gesellschaftlichen Strömung, in der insbesondere der katholischen Kirche als vermeintlich vom Nationalsozialismus unberührter Institution ein hohes Maß an Akzeptanz und gesellschaftlichem wie politischem Einfluß zukam.[5] Ganz ähnlich wie nach 1918 entstand daraus in katholischen Kreisen und auch innerhalb der katholischen Kirche ein „Hochgefühl", verbunden mit der Hoffnung auf eine Rechristianisierung der säkularisierten Welt.[6] Zu diesem Hochgefühl trug nicht zuletzt die Tatsache bei, daß sich in den westlichen Besatzungszonen durch den Wegfall der protestantischen Gebiete Mittel- und Ostdeutschlands die Relationen der konfessionellen Bevölkerungsanteile massiv verschoben hatten und auf diese Weise erstmals der katholische Bevölkerungsanteil größer war

---

[2] Vgl. etwa die Diskussion um Werner Conze und die Kontinuität zwischen „Volks-" und „Sozialgeschichte": Etzemüller, Sozialgeschichte als politische Geschichte. Siehe auch: Asmussen, Hans-Georg von Studnitz. Herbert, Best. Schildt, Deutschlands Platz in einem „christlichen Abendland".

[3] Broszat/Henke/Woller (Hg.), Von Stalingrad zur Währungsreform, vor allem die Einleitung.

[4] Jost, Der Abendland-Gedanke. Vgl. auch: Schildt, Ankunft im Westen, Kap. 5: Vom christlichen Abendland zum modernen Pluralismus, S. 149–180.

[5] Schewick, Die katholische Kirche und die Entstehung von Verfassungen, S. 5–30. Gauly, Kirche und Politik in der Bundesrepublik.

[6] Gotto, Zum Selbstverständnis der katholischen Kirche. Löhr, Rechristianisierungsvorstellungen. Zur Ähnlichkeit der Entwicklung nach dem Ersten Weltkrieg vgl. Greschat, „Rechristianisierung" und „Säkularisierung".

als der protestantische. Insgesamt ähnelte die „Abendland"-Mode nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges jener nach dem Ende des Ersten: Wie nach 1918 schien gerade der Topos vom Abendland geeignet, christlich-katholische Konzepte in eine breitere Öffentlichkeit hineinzutransportieren und zur Neugestaltung und zum geistigen „Wiederaufbau" nutzbar zu machen.[7] So verwundert es nicht, daß auch der Abendland-Kreis der Weimarer Republik sich nun rekonstituierte.

Die Gründung des Neuen Abendlandes

An unterschiedlichen Orten der westdeutschen Besatzungszonen bemühte man sich um eine Wieder- bzw. Neugründung der von Hermann Platz in der Zwischenkriegszeit herausgegebenen Zeitschrift *Abendland*. Johann Wilhelm Naumann,[8] ein bereits in der Weimarer Republik tätiger katholischer Publizist, erhielt von den Alliierten mit der nötigen Lizenz den Zuschlag: 1946 gründete er die Zeitschrift *Neues Abendland. Zeitschrift für Politik, Kultur und Geschichte* und legte damit den Grundstein für die Abendländische Bewegung der Nachkriegszeit. Bald versammelten sich um die neugegründete Zeitschrift katholische Abendländer und Reichsvisionäre der Weimarer Republik. Die „Brückenbauversuche" letzterer zum „Dritten Reich" blieben im *Neuen Abendland* verständlicherweise unerwähnt. Im Gegenteil: Man stellte sich selbst in die Tradition des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Dazu diente dem *Neuen Abendland* insbesondere die Erinnerung an Benedikt Schmittmann, auch er ein Vertreter der katholischen Reichs-Idee der Weimarer Republik.[9]

Der Bezug auf Benedikt Schmittmann

Schmittmann stand zwar mit den Kreisen um die Zeitschrift *Abendland* und dem Katholischen Akademikerverband (KAV) am Rande in Kontakt,[10] entfaltete dar-

---

[7] Vgl. hierzu: Brelie-Lewien, Abendland und Sozialismus.

[8] Johann Wilhelm Naumann, geb. am 7. 7. 1897 in Köln, war nach dem Studium der Philosophie, Geschichte und Literatur bereits in der Weimarer Republik in der katholischen Presse tätig. Nach dem Ende des Nationalsozialismus, welchen er beim Päpstlichen Missionswerk in Aachen überdauert hatte, wurde er zum Vorsitzenden des „Vereins der Bayerischen Zeitungsverleger" gewählt und erhielt zusammen mit dem Sozialdemokraten Curt Frenzel eine Lizenz für die *Schwäbische Landeszeitung*. Sein eigentliches Ziel blieb aber die Herausgabe einer katholischen Tageszeitung. Dies erreichte er 1948 mit der *Augsburger Tagespost*. Das *Neue Abendland* erschien bis 1951 im Hausverlag der *Schwäbischen Landeszeitung*.

[9] Zu Schmittmann vgl.: Kuhlmann, Das Lebenswerk Benedikt Schmittmanns. Lotz, Benedikt Schmittmann. (Albert Lotz hatte übrigens in der Zwischenkriegszeit regelmäßig in der Zeitschrift *Abendland* geschrieben). Stehkämper, Benedikt Schmittmann. Strickmann, Benedikt Schmittmann. Vgl. folgende Artikel zu Schmittmann im *Neuen Abendland*: Benedikt Schmittmann, Hermann Platz, Theodor Haecker, in: Neues Abendland 1 (1946), Heft 1, S. 25f. Ferber, Walter: Historisch-politische Betrachtungen, in: Neues Abendland 1 (1946), Heft 2, S. 20–2. Ein historisch politisches Dokument, in: Neues Abendland 1 (1946), Heft 6, S. 27f.

[10] Schmittmann war z. B. auf soziologischen Sondertagungen des KAV anwesend. Vgl. Müller, Der katholische Akademikerverband, FN 27.

über hinaus aber eine eigenständige Aktivität, auf die sich nach 1945 die Abendländer leichter beziehen konnten als auf den Rechtskatholizismus und seine „Brückenbauversuche" zum Nationalsozialismus. Denn die Reichs-Idee der Weimarer Republik konnte auch das Verlangen nach einer inneren – föderativen – Neugestaltung des Deutschen Reiches spiegeln.[11] Das Lebenswerk des gläubigen Katholiken Schmittmann war auf diese innenpolitische Variante, in seinem Fall auf die Loslösung des Rheinlandes von preußischer „Vorherrschaft", damit aber auch auf eine vollständige Neuorganisation des Deutschen Reiches und Europas, ausgerichtet. Der Kampf des 1872 geborenen Juristen und Bonner Professors für Sozialpolitik galt dem „falschen" Staatsbegriff einer preußisch-zentralistischen Gesellschaft. An ihre Stelle sollte eine konsequent föderalistisch, nach den Prinzipien der Subsidiarität im Sinne der katholischen Soziallehre aufgebaute Gesellschaft treten, die vom einzelnen Menschen ausging, Stände, Stämme und das Volk statt den Staat zum Maßstab nahm. Diese würde in einem ersten Schritt die kleindeutsche Lösung überwinden und dann auch übernational zu einem föderativ gegliederten „Abendland" führen.[12] Das Rheinland sollte in diesem Zusammenhang in souveräne Eigenständigkeit entlassen werden. Allerdings setzte die Nationalversammlung den Artikel 18 der Weimarer Reichsverfassung, der eine territoriale Neuordnung des Reichsgebietes ermöglicht hätte, noch 1919 für zwei Jahre außer Kraft, und im Dezember 1921 beschlossen die Parteien im Rheinland, diese Sperre für die Dauer der Besetzung aufrechtzuerhalten. Schmittmann, der 1919 für das Zentrum in die Verfassunggebende Preußische Landesversammlung gewählt worden war, bewarb sich daraufhin nicht mehr um ein neues Mandat, sondern konzentrierte seine politischen Aktivitäten fortan auf außerparlamentarische Kreise. Im November 1924 gründete er mit dem „Reichs- und Heimatbund deutscher Katholiken", dessen Vorsitz er übernahm, eine eigene Plattform, um seine föderalistischen Überzeugungen (auch publizistisch) in die Tagespolitik einzuspeisen.[13] Schon bald bemühte sich der Reichs- und Heimatbund auch mit anderen föderalistischen Organisationen in Kontakt zu treten. Als Ergebnis dieser Verhandlungen bildete sich im Oktober 1925 zusammen mit dem protestantischen „Deutschen Föderalisten-Bund" die „Reichsarbeitsgemeinschaft Deutscher Föderalisten".[14] Nach 1945 sollte sich diese enge Zusammenarbeit fortsetzen: Auch in der Abendländischen Bewegung bestanden personelle Überschneidungen mit dem Bund deutscher Föderalisten, über dessen Arbeit im *Neuen Abendland* konsequent und regelmäßig berichtet wurde.[15]

---

[11] Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 243.

[12] Deuerlein, Föderalismus, S. 182–193. Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur.

[13] 130 Männer waren an dieser Gründung beteiligt: davon 48 aus dem Rheinland, 38 aus Bayern, 13 aus der Pfalz, 8 aus Westfalen, 6 aus Niedersachsen und je 5 aus Baden und Hessen. Vgl. Stehkämper, Benedikt Schmittmann, S. 213. Zwei Zeitschriften, die *Reichs- und Heimatblätter. Mitteilungen des Reichs- und Heimatbundes deutscher Katholiken* und ab 1926 auch die Wochenzeitschrift *Volk und Heimat* ergänzten – unter Schmittmanns Schriftleitung – seine Bemühungen um eine föderale Neugliederung.

[14] Vgl. den Artikel Arbeitsgemeinschaft Deutscher Föderalisten, in: Reich und Heimat 2 (1926), S. 19f.

[15] Zu den Kontinuitäten zwischen der „Reichsarbeitsgemeinschaft deutscher Föderalisten"

Schmittmann stieß mit seinen Aktivitäten jedoch bald auf deutliche Kritik von beinahe allen politischen Richtungen – selbst das Zentrum rückte von ihm ab. Der Vorwurf des Separatismus ließ die Aktivitäten in schlechtes Licht rücken.[16] Selbst im Zusammenhang mit der in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre aufflackernden Diskussion um eine Reichsreform gelang es Schmittmann nicht, seine Vorstellungen in breiteren Kreisen wirksam zu machen, sicherlich auch, weil seine Konzepte ein erhebliches Maß an reichsvisionären Schwärmereien beinhalteten.[17] Nach der „Machtergreifung" im April 1933 wurde Schmittmann „beurlaubt" und wegen separatistischer Umtriebe ein erstes Mal – vorübergehend – verhaftet. Am 1. September 1939 verhaftete ihn die Gestapo erneut: Im Konzentrationslager Sachsenhausen verstarb er wenige Tage später an den Stiefeltritten eines SS-Mannes.

Schmittmann und sein „Reichs- und Heimatbund" boten sich aus zwei Gründen für die Abendländer der unmittelbaren Nachkriegszeit zur Identifikation an. Zum einen sah man in Schmittmanns Föderalismus ein Leitbild für die deutsche Neuordnung nach dem Zusammenbruch, die man sich – das wird noch genauer zu zeigen sein – in Ablehnung des „preußischen Zentralismus" stark föderalistisch gegliedert wünschte. Der Bezug auf den „Märtyrer" Schmittmann ermöglichte es den Abendländern nach dem Ende des „Dritten Reiches" jedoch auch, sich selbst in die Tradition des Widerstandes zu stellen. Den Abendland-Gedanken auf diese Weise für immun gegenüber dem Nationalsozialismus zu erklären, sollte die Realitäten der frühen dreißiger Jahre und die Annäherung der „Reichskatholiken" an die „Bewegung" vergessen machen.

Doch diesen Bemühungen zum Trotz waren die Jahre 1946 bis 1948 zunächst eine Phase der Sammlung für die Abendländische Bewegung. Noch gingen die Aktivitäten über die Publikation einer Zeitschrift nicht hinaus. Auch war die An-

---

und der „Arbeitsgemeinschaft deutscher Föderalisten", die 1947 in Bad Ems (als Vorläuferin des „Bundes deutscher Föderalisten") gegründet wurde, vgl. den insgesamt sehr ergiebigen Aufsatz von Heil, Föderalismus als Weltanschauung. S. 172. Die Nachkriegsgründung erfolgte im übrigen durch Ella Schmittmann, der Witwe Benedikt Schmittmanns, und Adolf Süsterhenn, die beide auch im Abendland-Kreis nach 1945 aktiv waren. Süsterhenn wiederum hatte Schmittmann nach dessen Entlassung aus der Haft 1933 im Leonardus-Stift in Bonn-Godesberg kennengelernt. Vgl. Stehkämper, Benedikt Schmittmann, S. 216.

Im Bundesvorstand des Bundes deutscher Föderalisten waren beispielsweise 1950 mit Friedrich August Freiherr von der Heydte, Paul Wilhelm Wenger, Max Freiherr von Fürstenberg, Richard Jaeger und Walter Ferber eine ganze Reihe von Protagonisten vertreten, die auch in der Abendländischen Bewegung zu finden waren.

[16] Zum Separatismus im Rheinland, zum dem Schmittmann wohl nur am Rande zuzurechnen ist, vgl. Bischof, Rheinischer Separatismus 1918–1924. Köhler, Adenauer und die Rheinische Republik. Schmittmann klagte regelmäßig über unsachliche Presseberichte, sogar über Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen durch das beim Kölner Regierungspräsidenten eingerichtete Sonderamt „zur Separatistenabwehr". Zweimal kam es im Reichstag zu Anfragen, ob die Bestrebungen Schmittmanns als „reichs"- bzw. „preußenschädigend" einzuschätzen seien: 1925 von der SPD, 1926 von einem NSDAP-Mitglied. Vgl. die Artikel Benedikt Schmittmanns: Unsere Abwehr, in: Reich und Heimat 1 (1925), S. 46–48 und ders.: Unser Bund, in: Reich und Heimat 2 (1926), S. 49f.

[17] Sontheimer, Antidemokratisches Denken, S. 243.

fangszeit in organisatorischer Hinsicht alles andere als ruhig. In den ersten beiden Jahren wechselte der Chefredakteur des *Neuen Abendlandes* fünfmal, ehe mit Emil Franzel 1948 endlich für längere Zeit ein Schriftleiter gefunden war.[18]

Zurück zu den Wurzeln: die abendländische Idee in der unmittelbaren Nachkriegszeit

Mit der Gründung der Zeitschrift *Neues Abendland* 1946 stellte man sich bewußt in die Tradition des *Abendlandes* der zwanziger Jahre. Zahlreiche Autoren, die in den zwanziger Jahren im *Abendland* geschrieben hatten, griffen nun auch im *Neuen Abendland* zur Feder. Sie verliehen der Zeitschrift vor allem in den ersten beiden Jahrgängen ein ähnliches Profil, wie es das *Abendland* besessen hatte – vor allem jenes *Abendland* um 1925/26, das sich ganz überwiegend grundsätzlichen Überlegungen zur „abendländischen Kultureinheit" und der Erneuerung einer christlich-übernationalen Gemeinschaft gewidmet hatte.[19]

Denn es ging in den ersten beiden Jahren abendländischer Aktivität nach dem Zweiten Weltkrieg kaum um konkrete politische Konzepte zur Einigung Europas bzw. zur politischen Wiedereingliederung Deutschlands in die europäische Staatengemeinschaft. Darüber nachzudenken, gab es angesichts der politischen Situation noch keinen Anlaß. Gleichzeitig jedoch entsprach die bewußt unpolitische Haltung der Abendländer der unmittelbaren Nachkriegszeit in vielem dem vermeintlich unpolitischen Verhalten des deutschen Konservatismus in der Weimarer Republik. Die Ablehnung aller Tagespolitik und der Rückzug auf eine übergeordnete Ebene weltanschaulicher Betrachtung in den späten vierziger Jahren glich der Suche nach dem „überparteilichen Baugesetz" des „Abendlandes" in den zwanziger Jahren.[20] Und wie in den zwanziger und dreißiger Jahren war diese Haltung im Kern durchaus politisch: Die Rede vom „Abendland", die Betonung der gemeinsamen kulturellen Werte der europäischen Völker, legitimierte nach 1945 Deutschlands Anspruch auf einen Platz in der „abendländischen Gemeinschaft". In für sie typischer Weise begründeten die Abendländer ihre Forderung auf Wiedereingliederung Deutschlands historisch mit dem „Sacrum Imperium" und der ehemals gegebenen christlichen Kultureinheit des „Abendlandes". Dabei treffen

---

[18] Walter Ferber verließ die Zeitschrift aufgrund der religiösen Ausrichtung bereits nach einem halben Jahr wieder, um zu den *Föderalistischen Heften* hinüberzuwechseln. Nach ihm leitete Johann Wilhelm Naumann für sechs Ausgaben selber die Redaktion, ehe Rupert Sigl den Posten übernahm. Auch er verließ die Zeitschrift jedoch nach einem dreiviertel Jahr und wechselte zur Pressestelle der Bayernpartei. Danach war es wieder kurzfristig Naumann, der in die Bresche sprang. Vgl. Brelie-Lewien, Katholische Zeitschriften in den Westzonen, S. 80. Schildt, Zwischen Abendland und Amerika, S. 34. Zu Franzel vgl. Teil I, Kap. I.2.

[19] U.a. Ferdinand Kirnberger, Walter Hagemann, Helmut Ibach, Friedrich Zoepfl, Robert John, Anton Mayer(-Pfannholz), Wilhelm Schmidt, Hermann Port, Andreas Andrae, Werner Bergengruen. Auch dominierte in den ersten beiden Jahrgängen des *Neuen Abendlandes* eine auffällige religiöse Bebilderung, die den beschriebenen allgemein weltanschaulichen Charakter der Zeitschrift unterstrich.

[20] Schreyvogel, Friedrich: Kampf um das Abendland, in: Abendland 1 (1925/26), S. 10–13, hier S. 12.

wir auf exakt jene Argumente, die bereits Mitte der zwanziger Jahre, während der Locarno-Ära, das Mittelalter-Bild der Abendländer und seine Verwendung dominiert hatten.

Weiterhin bildete eine rückwärtsgewandte Utopie, die Konstruktion eines heilsgeschichtlich „goldenen Zeitalters", den Kern des abendländischen Weltbildes. Die föderale Idee als „integrierender Bestandteil der abendländischen Reichsidee", welche die „Einheit in der Vielfalt" ermöglichen sollte, blieb auch weiterhin Leitbild der Abendländer.[21] Diesen politischen Rahmen Europas habe der christliche Glaube wie eine Klammer umgriffen, so daß aus universaler Regierung und Religion nach abendländischer Auffassung eine einheitliche und universale Kultur entstanden sei, die den mittelalterlichen Menschen in „natürliche", sprich: gottgewollte, soziale Gefüge eingebunden habe.[22] Wie in den zwanziger Jahren ging es bei dieser Mittelalter-Beschwörung um die Konstruktion eines Zeitalters, in dem eine gottgewollte Ordnung von Staat und Gesellschaft europaweit verwirklicht gewesen sei. Dabei fielen die Anfang der dreißiger Jahre üblichen Verweise auf den „natürlichen" Platz Deutschlands an der Spitze dieser politischen Ordnung nun allerdings fort.

Positive Bezugnahmen auf das Mittelalter waren in der Zeit kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Deutschland nicht selten,[23] und gerade auf katholischer Seite tauchten sie im Rahmen der Schulddiskussion immer wieder auf.[24] Zu Recht betont u. a. Vera Bücker, daß die Wiederbelebung der mittelalterlichen Reichsidee als „notwendiges Korrelat zum übersteigerten Nationalismus" des „Dritten Reiches" diente, und so die Vergangenheit ein „Modell zur Neuordnung Europas" lieferte.[25] Während allerdings diese Referenz auf das Mittelalter Ende der vierziger Jahre insgesamt zurückging, nahm die Verherrlichung mittelalterlicher Zeiten und die Orientierung am „Ersten Reich" innerhalb der abendländischen Bewegung nicht ab, sondern blieb bis weit in die fünfziger Jahre hinein erhalten.

Der „wunderbar wohlgefügte Kosmos der abendländischen Universitas"[26] war nach abendländischer Auffassung mit der Reformation ins Wanken geraten und hatte sich durch Aufklärung und Säkularisierung endgültig aufgelöst.[27] Spätestens seit der Französischen Revolution und der Proklamation der „Gleichheit" aller Menschen sei die organisch gewachsene Gesellschaft in eine gesichtslose „Masse" verwandelt worden, in der sich alle der Mehrheit beugen müßten und niemand mehr eigenen Willen demonstrieren könne. Dies öffne Demagogen Tür und Tor, der Weg in die Diktatur sei frei. Der Individualisierung des Menschen habe gleich-

---

21 Ferber, Walter: Das historische Europa als Kultureinheit, in: Neues Abendland 4 (1949), S. 321–324, hier S. 322. Vgl. z. B. auch: Zoepfl, Friedrich: Abendländische Kulturgemeinschaft, in: Neues Abendland 1 (1946), S. 5–11.

22 Vgl. Kroll, Grundlagen abendländischer Erneuerung, S. 21–23.

23 Zur Kontinuität dieser „Mittelalter"-Konstruktionen in der deutschen Geschichtswissenschaft vgl.: Oexle, Das Mittelalter und das Unbehagen an der Moderne, S. 137–162.

24 Bücker, Schulddiskussion im deutschen Katholizismus, S. 258.

25 Ebenda, S. 260.

26 Politischer Universalismus, in: Neues Abendland 1 (1946), Heft 6, S. 26/27, hier S. 26.

27 Kroll, Grundlagen abendländischer Erneuerung, S. 10.

zeitig der Nationalismus als Individualisierung der Staaten entsprochen, mit Krieg als zwangsläufiger Folge. Während dieses Geschichtsbild bereits in den abendländischen Publikationen der zwanziger Jahre zu finden gewesen war, erhielt es nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nun noch einmal besondere Bedeutung im abendländischen Weltbild. Denn die Abendländer setzten so die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts an das Ende einer teleologischen Entwicklung, die bereits (spätestens) zweihundert Jahre vorher begonnen habe. Keine der Katastrophen des 20. Jahrhunderts hätte nach dieser Argumentation verhindert werden können: Sie lagen begründet in der Abwendung des Menschen von Gott, von der göttlichen Gesellschaftsordnung, in Individualismus und Nationalismus.

Dieses Geschichtsverständnis bildete den geistigen Hintergrund, vor dem die Auseinandersetzung der Abendländer mit dem Nationalsozialismus erfolgte. In den Jahren von 1946 bis 1948 fand im *Neuen Abendland* eine recht offene Auseinandersetzung über die Schuldfrage statt. Den eigenen Anteil, die eigene Haltung zu thematisieren, welche die abendländischen „Reichsvisionäre" gegenüber dem Nationalsozialismus eingenommen hatten, war damit, das kann kaum erstaunen, nicht gemeint. Dennoch stellte man schon früh fest, jeder einzelne müsse sich mit seiner Vergangenheit und seinem Gewissen auseinandersetzen. Aber auch das gesamte deutsche Volk wurde im *Neuen Abendland* wiederholt zur „Sühne" aufgerufen: „Der Übel grösstes [sic!] ist die unbeweinte Schuld",[28] hieß es in einem Heft des ersten Jahrgangs 1946, welches sich allein mit der Schuldfrage beschäftigte. Hier überwogen Artikel, die eine Schuld des deutschen Volkes, auch der Katholiken – einschließlich des Episkopates – anerkannten. Damit unterschied sich das *Neue Abendland*, zusammen mit anderen katholischen Publikationsorganen der frühen Nachkriegszeit, von den Interpretationen der katholischen Amtskirche, welche das Verhalten der Kirche und des Katholizismus im „Dritten Reich" in der Regel positiv beurteilten.[29]

Da das *Neue Abendland* Schuld vor allem moralisch verstand, welche von Gott, nicht aber von anderen Menschen, geahndet werde, lehnte man die Kollektivschuldthese ab.[30] Bereits im ersten Heft des *Neuen Abendlandes* 1946 hieß es, daß „keine geistliche und keine weltliche Autorität [das Recht habe], die Antwort auf die Frage nach der inneren Beteiligung des Einzelnen durch eine Entscheidung an der Oberfläche und von oben her vorweg zu nehmen und damit das Gewissen zu ersticken".[31] Deutlich spürt man hier die Spitze gegen die anlaufende „Entnazifizierung" durch die Besatzungsmächte, der die Abendländer – wie die allermeisten Deutschen – extrem kritisch und im Laufe der Jahre immer unwilliger gegenüberstanden.[32] Der Aufruf an die Deutschen, sich mit der eigenen Schuld auseinander-

---

[28] Hengstenberg, Hans Eduard: Der Übel grösstes [sic!] ist die unbeweinte Schuld, in: Neues Abendland 2 (1947), S. 4–8.

[29] Zu Äußerungen der deutschen Bischöfe zur Schuldfrage bzw. der unterschiedlichen Interpretation der Rolle der Kirche im „Dritten Reich" siehe Bücker, Schulddiskussion im deutschen Katholizismus. Repgen, Selbstverständnis der deutschen Katholiken nach 1945.

[30] Vgl. dazu insgesamt: Niethammer, Die Mitläuferfabrik.

[31] Schneider, Reinhold: Der Mensch vor dem Gericht der Geschichte, in: Neues Abendland 1 (1946), S. 12–20, hier S. 19f.

[32] Vgl. Sp.: „Abschießen...", in: Neues Abendland 2 (1947), S. 83f. Sp.: „Primum vivere...",

zusetzen, bezog sich allerdings im *Neuen Abendland* nicht allein auf die Verbrechen des Nationalsozialismus innerhalb der deutschen Gesellschaft, er bezog sich explizit auch auf Europa. Deutschland habe sich aus der abendländischen Gemeinschaft der Völker „schuldhaft [...] gelöst und wird und muß wieder durch christliche Selbstbestimmung und durch die Sühne seiner Schuld zur mater occidentalis zurückkehren".[33]

Mit Verschärfung des Kalten Krieges und der beginnenden Eingliederung Westdeutschlands in das westliche Bündnis verstärkte sich eine allgemeine gesellschaftliche Tendenz, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus abzubrechen.[34] Auch im *Neuen Abendland* änderten sich die Positionen grundsätzlich. Wenn man sich nun überhaupt noch mit der unmittelbar zurückliegenden Vergangenheit beschäftigte, dann, indem man die Zwangsläufigkeit und die Kontinuität der historischen Entwicklung seit Beginn der Neuzeit stärker betonte. So gelang es den Abendländern, den Nationalsozialismus als ein europäisches Phänomen zu kennzeichnen.[35] Da alle Staaten des Abendlandes prinzipiell die gleiche Entwicklung seit dem Mittelalter durchgemacht hätten, liefen sie auch alle Gefahr, in totalitären Systemen zu enden. So hatte man Deutschland von seiner speziellen Schuld befreit und in die Reihe der abendländischen Nationen gleichberechtigt wieder eingereiht. Gleichzeitig, mit dem Beginn des Kalten Krieges, rückte im *Neuen Abendland* auch der Kommunismus als anderes „Kind der Französischen Revolution" in den Blickpunkt. Wenn der Nationalsozialismus nun überhaupt noch erwähnt wurde, so im Rahmen einer Totalitarismustheorie, die Nationalsozialismus und Bolschewismus bedingungslos in eins setzte und beide Totalitarismen im Sinne des abendländischen Welt- und Geschichtsbilds erklärte.[36]

Grundlage der moralischen Wiedereingliederung Deutschlands nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, aber auch der Erneuerung des „Abendlandes", konnte angesichts dieser Entwicklung in den Augen der Abendländer nur eine radikale Umkehr sein. Es mußte darum gehen, sich vom Materialismus und Individualismus der Neuzeit zu lösen und sich rückzubesinnen auf die religiösen Grundlagen der „im Reiche Christi versammelten Völkerfamilie":[37] „Mit dem christlichen Glauben allein kann Europa wieder auferstehen",[38] diese Überzeugung bildete einen Kern abendländischen Denkens, in dessen Zentrum also ebenso wie in den zwanziger und dreißiger Jahren Rechristianisierungsvorstellungen standen.[39]

---

in: Neues Abendland 3 (1948), S. 57. Timon (= Emil Franzel), Innere Emigration, in: Neues Abendland 5 (1950), S. 332f.

[33] Naumann, Johann Wilhelm: Neues Abendland, in: Neues Abendland 1 (1946), S. 1–3, hier S. 2.

[34] Vgl. Garbe, Äußerliche Abkehr. Siehe auch: Frei, Vergangenheitspolitik.

[35] Vgl. exemplarisch: Kroll, Grundlagen abendländischer Erneuerung, S. 15–19.

[36] Damit vollzog sich im *Neuen Abendland* eine ähnliche Entwicklung wie allgemein im westdeutschen Konservatismus, vgl.: Solchany, Vom Antimodernismus zum Antitotalitarismus.

[37] Schmittmann, Ella: Demokratie als personale Volksordnung, in: Neues Abendland 2 (1947), S. 1–3, hier S. 3.

[38] Speckner: Rückkehr zu Europa, in: Neues Abendland 3 (1948), S. 151.

[39] Vgl. auch: Lübbe, Säkularisierung. Lück, Das Ende der Nachkriegszeit.

Die Vorstellung von einer Rechristianisierung der europäischen (und damit auch der deutschen) Gesellschaft stand über die gesamten Jahre abendländischer Tätigkeit hinweg im Zentrum der Argumentation. Damit waren die Abendländer allerdings nicht allein: Sowohl die erste wie auch die zweite Nachkriegszeit kannten Rechristianisierungskonzepte, entstanden in der andauernden Auseinandersetzung mit der Moderne.[40] Beide Phasen waren in der katholischen Kirche von der Überzeugung geprägt, als einzig moralisch integre geistige Kraft aus den Jahren der Katastrophe, sei es nun Erster Weltkrieg oder Nationalsozialismus, hervorgegangen zu sein. Das „Hochgefühl" der Kirche wurde jeweils verstärkt durch eine (vorübergehende) allgemeine Besinnung auf christliche Grundwerte innerhalb der Bevölkerung und die dominante Stellung, welche die katholische Kirche als „politische" Macht in der Zeit nach der Niederlage 1918, vor allem aber nach dem Zusammenbruch 1945 einnahm.[41] Waren also bereits nach 1918 bestimmte Rahmenbedingungen für den „Erfolg" katholisch-konfessioneller Konzepte gegeben, verstärkte sich dies nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg erheblich. Nach dem Untergang des „Dritten Reiches" konnten Katholiken ein weiteres Argument zugunsten ihrer Religion und Kirche ins Feld führen, das nicht zuletzt die gesamtgesellschaftlich einflußreiche Bedeutung des Katholizismus in der Zweiten Nachkriegszeit zusätzlich stärkte. Denn mit der Überzeugung, daß die historische Entwicklung hin zum Terror des Nationalsozialismus und zum Krieg auf der Abwendung der Menschen von Gott beruhe, boten sie ein Zukunftsmodell, welches zuverlässigen Schutz vor einer Wiederholung oder einer ähnlichen Entwicklung zu bieten schien: die gesellschaftliche Rückbesinnung auf den christlichen Glauben, eine Verchristlichung der säkularisierten Welt.[42] Im Glauben an eine mögliche Umkehrung der modernen Geschichte begriff man den Zusammenbruch 1945 als Herausforderung. Die historische Situation schien besonders günstig, und so ging man von katholischer Seite die Aufgabe der Umgestaltung der Gesellschaft mit besonderem Selbstbewußtsein an.[43]

Ähnlich wie in der Weimarer Republik schwammen die Abendländer in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg mit ihren Rechristianisierungvorstellungen also durchaus im „Strom der Zeit". Nach dem Zweiten Weltkrieg jedoch traten die Forderungen nach umfassender Rechristianisierung mit zunehmender Stabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse gesamtgesellschaftlich in den Hintergrund, während die Abendländische Bewegung sie beibehielt. Nur ging es ihnen nun nicht mehr um bestmöglichen Schutz gegen eine Wiederkehr des Nationalsozialismus, sondern um eine Verteidigung im Kalten Krieg. Dem „Osten" warf die Abendländische Bewegung insbesondere vor, durch eine Ersatzreligion die Bedürfnisse des Menschen auszunutzen, denn „die im Menschen grundgelegten metaphysischen Sehnsüchte werden durch die Entlassung aus ihren religiösen Bindungen nicht ausgelöscht. Sie suchen einen neuen Herren. Das Geheimnis der

[40] Greschat, „Rechristianisierung" und „Säkularisierung".
[41] Vgl. u. a.: Schewick, Die katholische Kirche und die Entstehung der Verfassungen, S. 5–30. Gauly, Kirche und Politik.
[42] Löhr, Rechristianisierungsvorstellungen.
[43] Greschat, „Rechristianisierung" und „Säkularisierung".

totalitären Mächte von rechts und links besteht ja gerade darin, die frei gewordenen Kräfte erneut zu binden, indem sie die irdischen Ziele in einem düsteren Ausmaß religiös verbrämen".[44] So mußte nach abendländischem Verständnis der „Pseudoreligion" des Ostens, diesem geschlossenen System, eine starke geistige Kraft in Form einer wahrhaften Religion gegenüberstehen, um sie wirklich zu „bezwingen": „Der Bolschewismus kann wohl durch die Einigkeit und Stärke der freien Welt von Aggressionen zurückgehalten werden. Überwunden werden [...] aber kann er nur durch einen stärkeren Geist. Ob hierzu der Geist der Renaissance und der Aufklärung ausreicht, wie wir ihn in den Vereinten Nationen erleben, ist fraglich. Mit Sicherheit aber wäre ein starkes Christentum das Bollwerk, an dem der Bolschewismus scheitern würde."[45] Die Einheit im Glauben bildete den Abendländern die notwendige Voraussetzung, um gegenüber dem Osten zu bestehen, vielleicht sogar „siegen" zu können. Aber auch im Kampf gegen den westlichen „bunten Jahrmarkt, wo jeder seine Waren feilhält, wo jeder nach Belieben tun und lassen kann, was ihm gefällt",[46] bildete das Christentum das einzige Mittel, den „häretischen" Liberalismus und einen in abendländischer Sicht überbordenden Kapitalismus zu überwinden. So bedeutete den Abendländern eine erfolgreiche Rechristianisierung der Gesellschaft die Überlebensgrundlage des Abendlandes schlechthin.

Doch die Rechristianisierungsforderung der Abendländer hatte auch noch eine weitere Dimension: Die Klage über die fortschreitende Säkularisierung bildete in den fünfziger Jahren innerhalb des westdeutschen Konservatismus eines der zentralen Motive überhaupt. Kurt Lenk hat beschrieben, daß der Begriff „Säkularisierung" hier in der Regel weit mehr umfaßte als die bloße Abkehr vom Christentum, sondern als Chiffre stand für die angebliche „Dekadenz der Moderne" an sich.[47] Der sich daraus ableitende Antimodernismus spielte auch im abendländischen Weltbild eine wichtige Rolle. Die Vorstellung von der Rechristianisierung der modernen Welt beruhte freilich auf dem Glauben, eine Umkehrung sei überhaupt noch möglich.[48] Hier liegt einer der Gründe, warum das traditionelle Gedankengut der Abendländischen Bewegung Ende der fünfziger Jahre auch in konservativen Kreisen kaum noch Anhängerschaft zu mobilisieren vermochte. Die Überzeugung, daß eine grundsätzliche Rückkehr in vormoderne Zeiten, daß eine Rechristianisierung der Gesellschaft in diesem Sinne noch möglich sei, und mit ihr die Forderung nach einer solchen Umkehr hatten bereits Ende der vierziger Jahre ihre gesellschaftliche Grundlage verloren. Die Stimmen, die gut ein Jahrzehnt später, Ende der fünfziger Jahre noch immer eine Rechristianisierung forderten, waren endgültig nicht mehr zeitgemäß. Auch die Abendländer wurden sich dieses Dilemmas bewußt, und so war es nur konsequent, daß sie sich in den sechziger

---

[44] Hülsmann, Bernhard: Politische Axiome, in: Neues Abendland 10 (1955), S. 79–86, hier S. 83.

[45] Roth, Paul: Rußland mit und ohne Marx, in: Neues Abendland 9 (1954), S. 291–294, hier S. 294.

[46] Kroll, Grundlagen abendländischer Erneuerung, S. 8.

[47] Lenk, Zum westdeutschen Konservatismus, S. 638. Vgl. auch: Ders., Deutscher Konservatismus.

[48] Repgen, Selbstverständnis der deutschen Katholiken nach 1945, S. 138.

Jahren mit Rechristianisierungsforderungen deutlich zurückhielten. Ganz verstummten sie indes nicht, und die Paneuropa-Union etwa trug Restbestände dieses Interpretationsmusters bis in die Gegenwart.

Das Entsetzen über die Schrecken von Nationalsozialismus und Zweitem Weltkrieg, aber auch darüber, daß Europa, „die einstige Herrin der Welt [...] nicht einmal mehr Herrin über ihre eigenen Geschicke"[49] sei, war bei den Abendländern in der unmittelbaren Nachkriegszeit deutlich zu spüren. Doch akzeptierte man vorübergehend, anders als etwa in der Zwischenkriegszeit und anders auch als in den fünfziger Jahren, in der unmittelbaren Nachkriegszeit diesen Machtverlust. Die politische Dominanz der beiden Supermächte USA und UdSSR mußten zu diesem Zeitpunkt auch die Abendländer anerkennen. Zu kompensieren war dieser Machtverlust nur durch eine utopische und vor allem unkonkrete „Sendung" des Abendlandes: Der „Reichtum der Kulturen" sichere einen „Vorsprung des Abendlandes", der auch heute nicht eingeholt sei.[50] Der christliche Geist des Abendlandes müsse in die Welt ausstrahlen, und so komme dann Europa auch wieder eine (nun ausschließlich geistig gedachte) Führungsrolle in der Welt zu.

Angesichts des am Boden liegenden Europa zogen sich die Abendländer also in den Jahren zwischen 1945 und etwa 1948 vollständig auf theologisch-kulturelle Argumentationslinien zurück. Politische Argumente im engeren Sinne blieben weitgehend ausgeklammert: Die Abendländer beschränkten sich darauf, die ihnen notwendig erscheinende Rückgliederung Deutschlands in den Kreis der abendländischen Nationen kulturell und historisch zu begründen. Dabei ähnelten die Argumente ebenso wie Wortwahl und Duktus der Artikel stark jenen der zwanziger Jahre.[51] In den Augen der Abendländer hatte die von ihnen bereits nach dem Ersten Weltkrieg erhobene Forderung nach „Umkehr" durch den Zweiten Weltkrieg und den Nationalsozialismus nur an Bedeutung gewonnen. Wenn man den Deutschen durchaus auch Schuld zusprach, so lag diese vor allem darin begründet, daß man sich nicht rechtzeitig von nationalistisch-militaristischen Traditionen abgewandt und einen abendländisch-universalistischen Neubeginn gewagt hatte. Der eigene Anteil an Diktatur und Krieg blieb dabei ebenso unthematisiert wie die Verführung der universalistischen Abendland- und Reichs-Idee durch eine nationalistische Variante in den Jahren des Nationalsozialismus. Indem die Autoren diese Traditionen völlig ausblendeten und allein an die „positiven" Inhalte des Begriffs anknüpften, konnte man das Abendland als leuchtenden Stern präsentieren, der den Weg in die Zukunft weisen würde.

---

[49] Schmidt, Wilhelm: Gegenwart und Zukunft des Abendlandes, in: Neues Abendland 3 (1948), S. 129–135, hier S. 130.

[50] Ebenda, S. 131.

[51] Als Beispiel seien etwa die Artikel Wilhelm Schmidts genannt, denen man den Abstand von knapp zwei Jahrzehnten kaum anmerkt: Ders.: Werden, Entwerden und Neuwerden des Abendlandes, in: Schönere Zukunft 6 (1930/31), S. 275f. und S. 299f. und ders.: Gegenwart und Zukunft des Abendlandes, in: Neues Abendland 3 (1948), S. 129–135.

Abendländische Föderalisten

Als leuchtender Stern erschien das Abendland allerdings überwiegend Konservativen, war doch die abendländische Idee in der deutschen Geistesgeschichte traditionell ein konservatives Ordnungsmodell. Jedoch bedeutet dies nicht, daß sich die Abendländer auch selbst als konservativ bezeichneten. Mitte der zwanziger Jahre zum Beispiel läßt sich noch eine spürbare Zurückhaltung gegenüber der Verwendung des Begriffs „konservativ" zur Charakterisierung der eigenen Positionen ausmachen. Dies hing nicht zuletzt mit der seit dem Kaiserreich im Sprachgebrauch vorherrschenden Verbindung zwischen „konservativ" und „preußisch-protestantisch" zusammen. Meist bezeichneten sich die Abendländer lediglich als „katholisch", was allerdings nach ihrem Selbstverständnis inhaltlich eine deutlich konservative Konnotation einschloß. Erst Ende der zwanziger, Anfang der dreißiger Jahre finden wir im Umfeld der „Reichsvision" auch eine Annäherung an den Begriff der „Konservativen Revolution".[52] Hier handelte es sich zum ersten Mal um die Einbindung des „Abendlandes" in die Bemühungen, einen erneuerten Konservatismus zu schaffen, der über konfessionelle und parteipolitische Grenzen hinweg wirksam werden sollte. Als einheitsstiftendes Schlagwort diente in diesem Zusammenhang das „Reich". Damit ergab sich Anfang der dreißiger Jahre eine Situation, die sich in ähnlicher Weise in den fünfziger Jahren wiederholen sollte: Nun aber diente das Abendland selbst als Integrationsbegriff für Bemühungen um einen „erneuerten" Konservatismus.

Zwischen 1945 und etwa 1950 hingegen war es in Deutschland insgesamt um den Begriff „Konservatismus merkwürdig still" geworden, und kaum eine politische Gruppierung bezeichnete sich selbst als konservativ.[53] Auch die Abendländer machten hier keine Ausnahme. „Konservativ" war ihnen in der unmittelbaren Nachkriegszeit gleichbedeutend mit „restaurativ", im Sinne einer Restauration der „preußisch-militaristischen" Staats- und Gesellschaftsordnung und ihrer Werte, und konnte deshalb zur Beschreibung der eigenen Position in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre nicht verwandt werden. Statt dessen beschrieben die Abendländer sich selbst in diesen Jahren mit Bezug auf Benedikt Schmittmann vornehmlich als „föderal". Der Föderalismus stellte in der unmittelbaren Nachkriegszeit eines der „politischen Leitworte" und eine der entscheidenden Theorieströmungen dar.[54] Dabei handelte es sich – auch für Abendländer – um weit mehr als ein staatsrechtliches Organisationsprinzip, nämlich ein „zweiseitiges, synthetisches Gesellschaftssystem", welches den Liberalismus und den Sozialismus in

---

[52] Schreyvogel spricht 1924 von Reformbewegungen als Teil „Katholischer Revolution", zitiert nach: Pöpping, Dagmar, Abendland, S. 119. Emil Franzel etwa bezog sich ganz deutlich auf die „Konservative Revolution", vgl. Teil I, Kap. I.2.

[53] Greiffenhagen, Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, S. 7. Siehe auch Schildt, Konservatismus in Deutschland. S. 213.

[54] Herbst, Die zeitgenössische Integrationstheorie, S. 163 und S. 197. Mit dem „politischen Leitwort" zitiert Herbst Carl Jacob Burckhardt (vgl. ebenda, FN 9), wohl in Anlehnung an Heinrich Schneider, Leitbilder der Europapolitik. Bd. 1, S. 225, allerdings ohne Vermerk. Vgl. auch: Merkel, Die europäische Integration und das Elend der Theorie.

einem dritten, ausgewogenen Modell verbinden sollte.[55] Man verstand Föderalismus als eine „Weltanschauung",[56] deren Leitbild die „Einheit in Vielfalt" bildete.[57]

Ausgehend vom personalistischen Gesellschaftsbild der katholischen Soziallehre,[58] in der die einzelne Person in die soziale Gemeinschaft eingebunden ist, übernahmen die Abendländer die Vorstellung, das soziale Gefüge entwickele sich in „Lebenskreisen"[59] um die Einzelpersönlichkeit herum: Gewissermaßen in Stufen, von der untersten Ebene, der Familie, über größere Gemeinschaften bis hin zum Staat und zur übernationalen Ordnung verlief so der gesellschaftliche Aufbau. Die einzelnen sozialen Gebilde, regional oder berufsständisch organisiert, sollten nach Auffassung der katholischen Soziallehre in weitmöglichstem Maße selbstverantwortlich sein. Erst wenn die Möglichkeiten der einzelnen Gesellschaftseinheit sich erschöpft hätten, dürfte und müßte die höherstehende Einheit Hilfe leisten.[60] Dieses Subsidiaritätssystem stärke Solidarität und Gemeinschaft – zwei für das abendländische Denken seit den zwanziger Jahren zentrale Begriffe. Eine föderal und subsidiär strukturierte Gesellschaft sollte nach den Vorstellungen der Abendländer helfen, die „formaldemokratische Vermassung" zu überwinden.[61] Aber auch totalitären Tendenzen konnte nach abendländischer Auffassung auf diese Weise vorgebeugt werden: „Allein das System des universalen Föderalismus mag die Lehre vom totalen Staat überwinden, das rechte, natürliche Verhältnis der Person zur Gemeinschaft und das der Gemeinschaft zum Staat wiederherstellen."[62] Wie aber eine föderale Verfassung konkret auszusehen habe, darauf gab das *Neue Abendland* zwischen 1946 und 1948 kaum Hinweise. Es blieb bei Beschwörungen und allgemeinen weltanschaulichen Überlegungen. Damit entsprach die Behandlung nationaler Fragen in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg exakt dem Umgang mit europäischen Fragen, wo man sich ja ebenfalls „unpolitisch" auf Überlegungen zur christlich-abendländischen Kultureinheit beschränkte.

---

[55] Zwei Klassiker des Föderalismus, in: Neues Abendland 1 (1946), Heft 1, S. 23–25, hier S. 23.

[56] Der Begriff „Föderalismus als Weltanschauung" wurde durch Edgar Julius Jungs gleichnamige Veröffentlichung 1931 geprägt. Zur Tradition dieser „Weltanschauung" siehe: Heil, Föderalismus als Weltanschauung.

[57] In diesem Sinne auch: „Föderalismus", in: Schrenck-Notzing (Hg.) Lexikon des Konservatismus.

[58] Zur katholischen Soziallehre siehe z.B.: Furger, Christliche Sozialethik. Klüber, Katholische Gesellschaftslehre. Sutor, Politische Ethik.

[59] Vgl. im *Abendland* der Zwischenkriegszeit (in Auswahl). Hugelmann, Karl Gottfried: Der Sinngehalt des Föderalismus, in: Abendland 3 (1928), S. 147f. Im *Neuen Abendland*: F.: Karl Oskar von Soden, in: Neues Abendland 1 (1946), Heft 3, S. 26–28, hier S. 26.

[60] Vgl. insb.: Süsterhenn, Das Stufungsprinzip, in: Staat, Volk und übernationale Ordnung, S. 50–68. Zum Subsidiaritätssystem siehe: Riklin/Batlinger (Hg.), Subsidiarität. Waschkuhn, Was ist Subsidiarität.

[61] Ferber, Walter, Historisch-politische Betrachtungen, in: Neues Abendland 1 (1946), Heft 2, S. 20–22, hier S. 22.

[62] Ders.: Das Wesen des Föderalismus, in: Neues Abendland 1 (1946), S. 4f., hier S. 4.

Die Abendländer legten in den Jahren 1946 bis 1948 großen Wert darauf, die langen Traditionslinien des Föderalismus in Deutschland nachzuweisen.[63] Sie stilisierten ihn zum historischen Erbe der Deutschen, identifizierten ihn im Katholizismus des 19. Jahrhunderts, bei den „Vätern" der katholischen Soziallehre wie Ketteler oder Vogelsang, aber auch in den päpstlichen Enzykliken. Bei der enormen moralischen Bedeutung, die die katholische Kirche nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges hatte, stellte man so den abendländischen Föderalismuskonzepten geschickt glaubwürdige und vertrauenerweckende Zeugen zur Seite.

Damit war, ähnlich wie bereits in der Zwischenkriegszeit, eine stark anti-preußische Grundhaltung verbunden. Die ersten Jahrgänge des *Neuen Abendlandes* strotzten von Angriffen auf vermeintlich „preußische Tugenden" wie Zentralismus, Militarismus und Nationalismus ebenso wie sie sich im *Abendland* der zwanziger Jahre gefunden hatten. Und in beiden Zeiten verbanden sich mit der anti-preußischen Ausrichtung konkrete politische Forderungen und Interessen. In der Zwischenkriegszeit hatten diese sich auf die Ablösung des Rheinlands von Preußen durch eine Reichsreform bezogen.[64] Nach 1945 ging es den Abendländern um eine föderative Neugestaltung Deutschlands, in der nicht zuletzt Bayern, wohin sich das Zentrum abendländischer Aktivität verlagert hatte, eine erhebliche Selbständigkeit bewahren sollte.[65]

Einhergehend mit diesem Einsatz für ein föderalistisches Deutschland plädierten die Abendländer massiv für ein verändertes Geschichtsbild. Auch dies war zwar bereits in der Zwischenkriegszeit Bestandteil der abendländischen Idee gewesen. Die beschriebene Mittelalter-Beschwörung ist nur ein mögliches Beispiel dafür.[66] In teils identischer Argumentation jedoch kam diesem Thema in der unmittelbaren Nachkriegszeit ungleich größere Bedeutung zu. Nun schien sich die seit Jahrzehnten in katholisch-konservativen Kreisen beschworene Auffassung einer seit der Aufklärung „abwärts" verlaufenden Entwicklung durch Nationalsozialismus, Zweiten Weltkrieg und Holocaust bestätigt zu haben. Die grundsätzliche geschichtsphilosophische Überzeugung, daß bereits mit der Aufklärung die endgültige Abwendung des Menschen von Gott erfolgt und damit der Weg in die Katastrophen des 20. Jahrhunderts vorgezeichnet gewesen sei, wurde in diesem Zusammenhang ergänzt durch eine konkrete historische Schuldzuweisung. Die Tradition von Machtpolitik und Militarismus, mit der Preußen seit dem 19. Jahrhundert die deutsche Geschichte dominiert habe, verbunden mit der Fixierung auf den kleindeutschen Nationalstaat, habe zu deren Übersteigerung und Perversion im „Dritten Reich" geführt. Nach dem Zusammenbruch all dieser Traditionen habe nun eine völlige Umorientierung zu erfolgen. Neben die Verchristlichung der Gesellschaft müsse insbesondere eine „Revision des preußisch-militaristi-

---

[63] Auch damit standen die Abendländer nicht allein, siehe: Huhn, Lernen aus der Geschichte.

[64] Weinzierl, Hans: Reichsreform und Deutsche Frage, in: Der Ring 5 (1932), S. 91 ff. Ders.: Kettelers Stellung zur Deutschen Frage, in: Allgemeine Rundschau vom 27. 8. 1932.

[65] Vgl. z. B. Heydte, Das Weiß-Blau-Buch zur deutschen Bundesverfassung.

[66] Emil Franzels „Abendländische Revolution" bspw. begann mit den Worten: „Diese Schrift will ein neues Geschichtsbild zur Diskussion stellen", vgl. ders., Abendländische Revolution, S. 7.

schen Geschichtsbildes" treten. Bereits in der ersten Ausgabe des *Neuen Abendlandes* wurde dies als Aufgabe der Zeitschrift definiert: „Es geht vornehmlich darum, der seit Treitschke, Droysen und Sybel verpreußten deutschen Geschichtsauffassung entgegenzutreten [...]. Unsere Aufgabe soll es sein, den Ungeist eines preußischen Hochmutes, der Geschichtsfälschung und des vermassenden Militarismus zu bekämpfen."[67] Dabei befanden sich die Abendländer mitten in der Auseinandersetzung, welche die Geschichtswissenschaft selbst um eben jene „Revision" austrug,[68] ein Wort, welches in den ersten Nachkriegsjahren geradezu inflationär verwendet wurde.[69] Schon kurz nach dem Zusammenbruch hatten Vertreter aller Richtungen der deutschen Geschichtswissenschaft verlangt, die traditionelle Sicht auf die deutsche Geschichte der letzten Jahrhunderte, die Orientierung am Nationalstaat und an reiner Machtpolitik zu überdenken. Wie allerdings eine Revision auszusehen habe, darüber gingen die Meinungen bald deutlich auseinander. Es ergab sich ein Konflikt zwischen Vertretern einer protestantisch-preußisch-nationalstaatlichen und einer katholisch-föderalen Richtung. Gerhard Ritter, der sich bereits kurz nach Kriegsende zwar für ein „Überdenken", aber gegen „vorschnelle Geschichtskonstruktionen" ausgesprochen hatte, zu denen er auch jene des „Abendlandes" zählte,[70] geriet für diese Thesen und sein Festhalten an der Kategorie des Nationalstaates nicht nur, aber gerade auch im *Neuen Abendland* unter Beschuß.[71] Direkte Angriffe gegen Ritter waren in den ersten Ausgaben keine Seltenheit; Artikel, die eine Revision des Geschichtsbildes forderten, erschienen in jedem Heft.[72] Die abendländischen Positionen fanden jedoch bereits in den Jahren der Besatzung innerhalb der Geschichtswissenschaft keine Unterstützung. Das abendländische Geschichtsverständnis entzog sich „dem methodischen Instrumentarium der professionalisierten Geschichtswissenschaft weitgehend".[73] Ein vorwiegend moralisch argumentierendes und die Historie für den Dienst an der Politik instrumentalisierendes Verständnis konnte sich in der Geschichtswissenschaft nicht durchsetzen. Die etablierten Historiker waren schon bald nicht mehr zu einer völligen Umorientierung bereit, zumal weder methodisch noch konzeptionell wirkliche Alternativen vorlagen; jedenfalls bildete

---

[67] Naumann, Johann Wilhelm: Neues Abendland, in: Neues Abendland 1 (1946), S. 1–3, hier S. 3.

[68] Zur Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg siehe z.B.: Schulin, (Hg.), Deutsche Geschichtswissenschaft. Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft.

[69] Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft, S. 169 und S. 207–227.

[70] Ebenda, S. 63/64. Zu Gerhard Ritter: Cornelißen, Gerhard Ritter.

[71] Diese Auseinandersetzungen sind nach Winfried Schulze bisher nur in Ansätzen aufgearbeitet, böten aber eine Möglichkeit, die Entwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945 auch auf konfessionelle Gegensätze hin zu untersuchen.

[72] Vgl. u.a.: Naumann, Johann Wilhelm: Neues Abendland, in: Neues Abendland 1 (1946), Heft 1, S. 1–3. Revision der Geschichtsauffassung, in: Neues Abendland 1 (1946), Heft 3, S. 27f. Revision der Geschichtsschreibung, in: Neues Abendland 1 (1946), S. 24f. Deuerlein, Ernst: Preußen oder Europa, in: Neues Abendland 2 (1947), S. 265–269. Folgen der Säkularisierung, in: Neues Abendland 3 (1948), S. 84–86. Franzel, Emil: München 1938, in: Neues Abendland 3 (1948), S. 297–302, hier S. 301.

[73] Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft, S. 211 und S. 218.

die „Abkehr vom Christentum" als Erklärungsmodell keine. Dennoch kann man mit Winfried Schulze davon ausgehen, „daß sich die bedeutendste Revisionsbewegung der Jahre nach 1945 am Abendlandbegriff orientierte".[74]

2. Die Abendländische Bewegung in den fünfziger Jahren

Die frühe Nachkriegszeit war für die Abendländische Bewegung noch eine Phase der Sammlung gewesen. Zwar finden wir in den in der Zeitschrift *Neues Abendland* vertretenen Konzepten manch wohlbekanntes Argument, und unter den Autoren manch bekannten Namen. Die Organisation der Abendländer ging aber über die Herausgabe des *Neuen Abendlandes* nicht hinaus, man war also ähnlich unverbunden wie der Abendland-Kreis der Weimarer Republik. Doch selbst wenn man über eine engere Organisationsstruktur nachgedacht hätte, wäre sie in den ersten Nachkriegsjahren mit ihren Beschränkungen kaum zu verwirklichen gewesen. Diese Zeitumstände prägten auch die inhaltlichen Positionen des *Neuen Abendlandes*. Denn trotz aller vertrauten Argumentationsmuster blitzen in den ersten Jahrgängen des *Neuen Abendlandes* zum Teil auch unerwartet „linke" Ideen auf. Was früher und auch später nicht denkbar war, etwa die Forderung von Gewinnbeteiligung von Arbeitnehmern, der Ruf nach Neuverteilung des Eigentums oder generell der Wunsch nach wirtschaftlicher Neuordnung durch Sozialisierung – in der frühen Nachkriegszeit gehörten solche Ideen vorübergehend zum „Abendland". Dabei scheint diese Phase ausgesprochen stark beeinflußt gewesen zu sein von einer gesamtgesellschaftlichen Strömung, in welcher die Rede von der wirtschaftlichen Neuordnung angesichts der Nachkriegsnöte opinio communis war. Das „Ahlener Programm" der CDU von 1947 oder die Bestimmungen in verschiedenen westdeutschen Landesverfassungen sind hier nur Beispiele.[75] Auch der westdeutsche Katholizismus machte hier keine Ausnahme, sondern schloß sich in dem Ruf nach einem „christlichen Sozialismus" an.[76]

Solche Argumentationen verloren sich im *Neuen Abendland* indes sehr schnell wieder. So erschienen die ersten Jahrgänge der Zeitschrift als inhaltlich zum Teil recht uneinheitlich, sie ergeben kein ideologisch klares Bild. Dies hatte seinen Grund freilich auch in den häufigen Wechseln in der Redaktion. Ändern sollte sich das erst in dem Moment, in dem Emil Franzel 1948 zum *Neuen Abendland* fand. Nun begann die Blütezeit der Abendländischen Bewegung in der Nachkriegszeit, und all jene Elemente der abendländischen Idee, die wir als ihre Wurzelstränge ausmachen konnten, tauchten wieder auf und bildeten den Kern des „Abendlandes" als Vision eines zukünftigen Europas.

---

[74] Ebenda, S. 222.

[75] Vgl. Focke, Sozialismus aus christlicher Verantwortung.

[76] Langner, Wirtschaftliche Ordnungsvorstellungen im deutschen Katholizismus, insb. S. 27–55.

Das Neue Abendland auf dem Weg zum rechten Rand der politischen Zeitschriftenlandschaft

Mit dem Einzug Emil Franzels in die Chefredaktion des *Neuen Abendlandes* 1948 veränderte die Zeitschrift ihr Profil deutlich. Unter seiner Leitung rückte das Blatt an den „äußersten rechten Rand der katholischen Zeitschriftenlandschaft".[77] Anfangs dominierte Franzel beinahe jede Ausgabe mit einer Vielzahl von Artikeln und schrieb, wie bereits seit Jahrzehnten, mit Vorliebe unter zahlreichen Pseudonymen.[78] Das katholisch-theologische Moment trat zurück, während gleichzeitig die Tagespolitik ins Zentrum rückte. Damit einhergehend wurde der Ton insgesamt deutlich schärfer, die vertretenen Positionen deutlich konservativer. Außerdem fanden, entsprechend Franzels Herkunft und ideologischer Ausrichtung, nun erstmals „Mitteleuropa", das Schicksal der Vertriebenen sowie die Idealisierung monarchischer Vorbilder Eingang in das *Neue Abendland*. Der Bezug auf Schmittmann, mit dem Franzel nichts verband, hingegen verschwand. Schließlich machte Franzel auch den Antikommunismus zum „typischen" Element des *Neuen Abendlandes*. Hier fielen biographische Prägungen des Chefredakteurs und die weltpolitische Entwicklung im Zeichen des Kalten Krieges zusammen.

Die Jahre von 1948 bis 1951 wurden so für das *Neue Abendland* zu einer Transformationsphase: Von den inhaltlich disparaten ersten Jahrgängen, in denen sich zum Teil noch ausgesprochen „linke" Stellungnahmen fanden, schlug die Zeitschrift unter Emil Franzel einen „dezidiert rechtskonservativen Kurs"[79] ein. Die Bedeutung, die Franzel in diesem Prozeß zukam, ist kaum zu überschätzen. Erst indem er die Zeitschrift „auf Kurs" brachte, konnte das *Neue Abendland* zum Sprachrohr einer konservativ-katholischen Gruppierung werden, die sich seit Anfang der fünfziger Jahre um die Zeitschrift bildete. Damit sollte dann erstmals ein fest organisierter Zirkel entstehen, in dem sich die Träger abendländischen Denkens versammelten und der unter dem Namen Abendländische Bewegung bekannt geworden ist.

Damit fand das „Abendland" endlich zu eigenen und institutionalisierten Organisationsformen. Der Abendland-Kreis der Zwischenkriegszeit hatte sich um die Zeitschrift *Abendland* geschart. Darüber hinaus lassen sich keine spezielleren Organisationsformen dieser Gruppe nachweisen. Zu erklären ist dies durch die Tatsache, daß der Abendland-Kreis nach 1918 weitaus enger mit katholischen Laienverbänden, wie dem Katholischen Akademikerverband, aber auch der Görres-Gesellschaft, verbunden gewesen war. Im Gegensatz dazu hat die abendländische Bewegung nach 1945 diesen engen Anschluß an das katholische Verbandsleben nicht mehr gesucht. In den ersten Jahren nach Kriegsende, als sich das politisch-gesellschaftliche Leben in den westlichen Besatzungszonen nur langsam wieder organisierte, und Reisen nur unter erschwerten Bedingungen möglich waren, reichte die Publikation einer Zeitschrift weiter als ein kaum zu realisierendes akti-

---

[77] Brelie-Lewien, Katholische Zeitschriften in den Westzonen, S. 207.

[78] So z. B. Spectator, Pacificus, Lynkens, Franz Murner, Timon, Witiko, Corolian, Fortinbras, Franciscus, Bohemicus, Capitaneus.

[79] Schildt, Zwischen Abendland und Amerika, S. 34.

ves „Verbandsleben", das sich ohnehin nur auf engstem geographischem Raum hätte konzentrieren können. So begann die organisatorische Formation erst nach Gründung der Bundesrepublik Anfang der fünfziger Jahre. Zu diesem Zeitpunkt war der Kontakt zur katholischen Kirche zwar über die Mitgliedschaft verschiedener ihrer Vertreter in der abendländischen Bewegung gegeben, doch waren die neuen treibenden Kräfte etwa der Abendländischen Aktion oder Abendländischen Akademie nicht mehr in jenem Maße der katholischen Kirche als Organisation und ihrer Verbandsstruktur verbunden, wie es in der Zwischenkriegszeit der Fall gewesen war.[80] Wichtig aber ist, daß die in vielem offene, noch ungestaltete Situation in Westdeutschland Anfang der fünfziger Jahre den Abendländern offenbar das Gefühl gab, mit einer eigenständigen Organisation durchaus erfolgreich sein zu können. Die Verschiebung der Bevölkerungsstruktur hin zum Katholizismus, der Sieg der neugegründeten CDU bei den Bundestagswahlen 1949, ein rheinisch-katholischer Kanzler, die offenkundige Europa-Begeisterung und die Präsenz des Abendland-Begriffes im öffentlichen Sprachgebrauch – all dies schienen ideale Voraussetzungen für die erfolgreiche Arbeit einer eigenen Organisation der Abendländischen Bewegung.

Die Abendländische Aktion

Nach der rechtskonservativen Ausrichtung durch Franzel geriet das *Neue Abendland* allerdings 1950 erst einmal in wirtschaftliche Schwierigkeiten: Ob dies auf Folgen der Währungsreform zurückzuführen ist oder auf durch die neuen inhaltlichen Akzentsetzungen abgewanderte Leser, läßt sich nicht sagen. Die Angaben Emil Franzels, der Verleger Naumann hätte immer mehr Kapital in die katholische Tageszeitung *Deutsche Tagespost* investiert, so daß das *Neue Abendland* auf den „Aussterbe-Etat" gerutscht sei, entbehrt nicht einer gewissen Logik:[81] Naumann hatte der Herausgabe von katholischen Tageszeitungen wohl immer mehr Bedeutung zugemessen als der einer Monatsschrift. Zwar entschloß man sich noch, den Heftpreis zu halbieren, um so den Abonnentenstamm zu vergrößern – doch ohne Erfolg. Im April 1951 wurde das *Neue Abendland* schließlich an Erich Fürst von Waldburg-Zeil verkauft. Dieser nannte nun mit dem *Neuen Abendland*, wie bereits mit dem *Geraden Weg* in den zwanziger Jahren, wiederum eine „Weltanschauungszeitschrift" sein eigen – und wie in den späten zwanziger Jahren unterstützte und förderte der Fürst die politische Ausrichtung des Blattes im Sinne eigener Vorstellungen. Um nun allerdings diese Vorstellungen durchzusetzen, bekam das *Neue Abendland* einen neuen Herausgeber, den bereits erwähnten Gerhard Kroll.[82] Kroll gehörte ins Zentrum jener katholischen Streiter, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die „Revision" des nationalstaatlich orientierten Geschichtsbildes für unerläßlich hielten. Als kommissarischer Leiter des Instituts

---

[80] Emil Franzel oder Gerhard Kroll waren z. B. zwar fest im katholischen Glauben verwurzelt, hatten aber nicht jene Prägung durch die katholischen Verbände, die den Abendland-Kreis der Zwischenkriegszeit geprägt hatte.

[81] Franzel, Gegen den Wind der Zeit, S. 424.

[82] Vgl. Teil I, Kap. I.2.

zur Erforschung der nationalsozialistischen Zeit, des späteren Instituts für Zeitgeschichte, geriet der Nicht-Historiker Kroll Ende der vierziger Jahre insbesondere mit Gerhard Ritter in Konflikt. Es ging um die Besetzung der Stelle des ersten Institutsvorsitzenden, ein Posten, den Kroll für sich vorgesehen hatte, was allerdings auf den erbitterten Widerstand Ritters traf.[83] Den Kampf um eine „Befreiung" der deutschen Geschichtswissenschaft von ihren „preußisch-nationalen" Traditionen verlor der CSU-Mann Kroll und zog sich dann in jenes publizistische Lager zurück, welches seinen Auffassungen am nächsten stand. Die antipreußische Ausrichtung des *Neuen Abendlandes* kam ihm entgegen, und die Zeitschrift bot ihm ein exzellentes Forum, um den „Kampf" gegen die „verpreußte Restauration", die er allenthalben aufdeckte, weiterzuführen. Hinzu kam das katholische Fundament der Zeitschrift. Kroll, der ähnlich wie Emil Franzel vor 1933 Mitglied der SPD gewesen war, hatte sich im Verlauf des „Dritten Reiches" dem Katholizismus und der katholischen Soziallehre angenähert. Ähnlich wie Fritz Gerlich, der Chefredakteur des *Geraden Wegs*, den Waldburg-Zeil Anfang der dreißiger Jahre gegründet und finanziert hatte, entwickelte sich auch Kroll – man ist versucht zu sagen: in typischer Renegatenmanier – zum katholischen Vorkämpfer. Kroll und Waldburg-Zeil scheinen sich im übrigen, ebenso wie Gerlich und Waldburg-Zeil, aus dem „Konnersreuther Kreis" gekannt zu haben.[84] So war es wohl auch Kroll, der Waldburg-Zeil auf das *Neue Abendland*, seine desolate finanzielle Lage und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten aufmerksam machte.[85]

Gerhard Kroll zog mit Übernahme der Herausgeberschaft zunehmend auch in publizistischer Hinsicht die Zeitschrift an sich, ganz im Gegensatz zu dem früheren Herausgeber Naumann. Diese Ansprüche Krolls liefen der Stellung Emil Franzels schon bald entgegen, und es kam zu Rivalitäten zwischen den beiden selbst- und machtbewußten Männern. Franzel verließ das *Neue Abendland*, wie er selbst schreibt, „nach einem grundsätzlichen Konflikt mit dem Herausgeber".[86] Allerdings kehrte Franzel 1956 zurück und blieb auch in der Zwischenzeit der Abendländischen Bewegung treu, indem er an Tagungen der Abendländischen Akademie oder des CEDI teilnahm und publizistisch darüber berichtete. Nicht zuletzt redigierte er die *Dokumentation der Woche*, die Zeitschrift des CEDI. Neuer Chefredakteur des *Neuen Abendlandes* wurde der bereits erwähnte Historiker Helmut Ibach.[87]

Dem Aktivitätsdrang Gerhard Krolls reichte die Publikation einer Zeitschrift indes nicht aus. Die sich um Waldburg-Zeil und Kroll bildende Gruppierung beschloß Anfang der fünfziger Jahre, über die Gründung von Organisationen gezielt weitere Kreise zu erreichen, als dies mit der Publikation einer Zeitschrift möglich war. Kroll kündigte in der ersten Nummer des *Neuen Abendlandes*, die er heraus-

---

[83] Schulze, Deutsche Geschichtswissenschaft, S. 229–242. Zur Gründung des Instituts für Zeitgeschichte: Möller/Wengst (Hg.), 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Auerbach, Die Gründung des Institutes für Zeitgeschichte.

[84] Vgl. Teil I, Kap. I.2.

[85] Bewerbung Gerhard Krolls beim Bundesverteidigungsministerium, 15. 9. 1955, ACDP, Nachlaß Gerhard Kroll, I-153-001/1.

[86] Franzel, Gegen den Wind der Zeit, S. 424.

[87] Schildt, Zwischen Abendland und Amerika, S. 61. Vgl. Teil I, Kap. I.2.

gab, den Lesern an, „daß die geistige Richtung unverändert" bleibe, daß man allerdings nun „in die Phase kämpferischer Auseinandersetzungen eintrete".[88] Man annoncierte die Gründung einer Abendländischen Aktion. Bei dieser sollte es sich „um eine Vereinigung von Kräften [handeln], die [beabsichtigte], nicht nur die Ursachen der gegenwärtigen katastrophalen Situation der Gesellschaft genau zu untersuchen, sondern aus dieser Bilanz auch die nötigen konstruktiven Folgen zu ziehen".[89] Wie diese „konstruktiven Folgen" aussehen sollten, machte Kroll in zwei kleinen Schriften deutlich,[90] in denen er Ordnungsmodelle vorschlug, die, in jeder Beziehung antimodern, die Errungenschaften der Moderne vom Parlamentarismus bis zur Großindustrie überwinden helfen sollten.

Am 25. August 1951 fand die Gründungsversammlung der Abendländischen Aktion in München statt. Deren Banner zierte auf weißem Grund das rote Georgskreuz, in dessen goldenem Zentrum sich der Doppeladler befand: „Wir haben ein Symbol gewählt, das voll des Bezugs zu unserer Geschichte ist und das uns auszudrücken scheint, was wir wollen: Das Bekenntnis zu deutscher Staatlichkeit in der Bejahung übervölkischer Rechtsordnung, denn das ist das alte, jahrtausendalte Symbol des Doppeladlers [...], umschlossen [...] durch das Kreuz, ausdrükkend die Überzeugung, daß eine Politik den sittlichen Boden verliert, wenn sie sich nicht am Sittengesetz orientiert hat."[91] Beteiligt waren an der Abendländischen Aktion auch zahlreiche Mitglieder der späteren Abendländischen Akademie.[92] Auch eine Verbindung zum ebenfalls 1952 ins Leben gerufenen Europäischen Dokumentations- und Informationszentrum (CEDI) bestand, und so verkündete der Briefkopf der Aktion den Anschluß an ein „übernationales Comité zur Verteidigung der christlichen Kultur".[93] Kroll wies übrigens darauf hin, daß nach seiner Übernahme der Herausgeberschaft des *Neuen Abendlandes* von vorneherein die parallele Gründung der Aktion und der Akademie geplant gewesen sei: „Ich erblickte in der Möglichkeit einer eigenen Zeitschrift ein geeignetes Instrument, um jenes Gedankengut zu vertreten, daß ich für eine Erneuerung als notwendige Voraussetzung ansah. Die Zeitschrift bildete indessen nur ein Instrument der beabsichtigten geistigen Erneuerung, hinzu kamen die Gründung der Abendländischen Akademie und der Abendländischen Aktion. Während die Aktion [...] mehr die Verbesserung der politischen und sozialen Verhältnisse anstrebte, war die Akademie als ein geistiges Forum gedacht, das die grundsätzliche Voraussetzung zu einer Überwindung der babylonischen Sprachverwirrung um

---

[88] An die Leser, in: Neues Abendland 6 (1951), S. 145.

[89] Abendländische Aktion. Zur Gründung am 25. 8. 1951 in München, in: Neues Abendland 6 (1951), S. 508–512, hier S. 508.

[90] Kroll, Grundlagen der abendländischen Erneuerung. Ders., Das Ordnungsbild der Abendländischen Aktion.

[91] Georg Stadtmüller bei der ersten öffentlichen Kundgebung der Abendländischen Aktion, zit. nach: Zur ersten Kundgebung der Abendländischen Aktion am 4. 3. 1952 in München, in: Neues Abendland 7 (1952), S. 242–245, hier S. 242.

[92] Neben der Finanzierung durch Erich Fürst Waldburg-Zeil waren etwa Friedrich August Freiherr von der Heydte, Georg Stadtmüller und Georg von Gaupp-Berghausen Mitglieder der Aktion.

[93] Bspw. Brief Gaupp-Berghausen, Abendländische Aktion, an Hermann Pünder, 10. 6. 1963, BA N 1005/538.

den weltanschaulichen Bereich schaffen und zugleich die Christen aller Konfessionen einander näher [...] bringen" sollte.[94]

Über Vorträge und Diskussionsforen versuchte die Abendländische Aktion in den folgenden Monaten, auf Politik und Gesellschaft Einfluß zu nehmen. Doch noch vor ihrer ersten öffentlichen Kundgebung am 4. März 1952 geriet sie, insbesondere wegen der beiden Schriften Krolls, in die öffentliche Kritik.[95] Eine deutlich artikulierte Ablehnung der Realität der frühen fünfziger Jahre und das Ziel einer vollständigen Veränderung der Gesellschafts- und Staatsordnung scheinen die Popularität der Abendländischen Aktion nicht gesteigert zu haben. Eher im Gegenteil: Die positive Resonanz blieb insgesamt gering, wirklich aktiv konnte die Aktion nicht werden.[96] Außerdem kam es offenbar recht bald zu Spannungen zwischen Kroll und Waldburg-Zeil, die vermeintliche Interessenkongruenz war wohl doch nicht in allen Bereich so groß, wie man gedacht hatte. Kroll maß – im Gegensatz zu Waldburg-Zeil – der europäischen Dimension des „Abendlandes" relativ wenig Bedeutung bei und konzentrierte seine Arbeit vorwiegend auf Wirtschafts- und Sozialreformen. Hier setzte er sich, sehr zum Ärger des auch unternehmerisch tätigen Waldburg-Zeil, für Gewinnbeteiligungen von Arbeitnehmern ein, und über dieser Frage kam es zum Bruch zwischen beiden. Erst legte Kroll den Vorsitz der Abendländischen Aktion nieder; nach weiteren Spannungen folgte die Entlassung als Herausgeber des *Neuen Abendlandes*.[97] „Das war zugleich das Ende der Abendländischen Aktion, die formell zwar zunächst noch weiterbestand, ihre Mitglieder indessen in die Abendländische Akademie überführte und selbst jede Tätigkeit einstellte."[98]

Die Abendländische Akademie

Daß die Aktion mit ihrem offensiv vertretenen Veränderungsanspruch bereits unmittelbar nach ihrer Gründung in die Kritik geraten war, mag den Entschluß im Umfeld Waldburg-Zeils verstärkt haben, zusätzlich die Abendländische Akademie zu gründen, welche die Möglichkeit zum Austausch auf intellektuell-wissenschaftlichem Niveau bieten sollte. Dies war ein defensiveres Konzept als das der Abendländischen Aktion, es bot aber gerade aus diesem Grunde die Chance, wirkungsvoller arbeiten zu können. Man wollte „Menschen, die sich zum Geist des Abendlandes bekennen, eine Arbeitsstätte und eine sichtbare Heimat ihres gemeinsamen Bemühens zur Verfügung stellen".[99] Ziel war es, den einzelnen Mitgliedern und Tagungsbesuchern Europa als das „Abendland" erfahrbar zu ma-

---

[94] Bewerbung Gerhard Krolls beim Bundesverteidigungsministerium, 15. 9. 1955, ACDP, Nachlaß Gerhard Kroll, I-153-001/1.

[95] Vgl. die abendländische Verteidigung: Aus der Abendländischen Aktion, in: Neues Abendland 6 (1951), S. 652f. Zur ersten Kundgebung der Abendländischen Aktion, in: Neues Abendland 7 (1952), S. 242–245.

[96] So auch Schildt, Zwischen Abendland und Amerika, S. 46.

[97] Vgl. Bewerbung Gerhard Krolls beim Bundesverteidigungsministerium, 15. 9. 1955, ACDP, Nachlaß Gerhard Kroll, I-153-001/1.

[98] Ebenda.

[99] Die Abendländische Akademie. Wesen, Ziel und Organisation, Juli 1953, S. 3.

chen, indem „Persönlichkeiten des geistigen Lebens aller Nationen, die sich für eine Erneuerung aller Lebensbereiche in abendländischem Geiste aus den Grundwahrheiten des christlichen Glaubens einsetzen, [zusammengebracht] und eine geistige Klärung der Grundfragen abendländischer Neuordnung [herbeigeführt werden sollte]".[100] Daraus ergab sich, neben der europäischen Ausrichtung auch ein formell ökumenischer Anspruch – der allerdings letztlich nicht eingelöst werden konnte.

Über die Organisationsform der Abendländischen Akademie lassen sich im Gegensatz zur Aktion konkrete Angaben machen.[101] Ihr erster Vorsitzender war der bereits bekannte Friedrich August Freiherr von der Heydte. Dieser leitete den Vorstand, der das oberste Entscheidungsgremium bildete und über die „geistigen Richtlinien" der Akademiearbeit entschied. Zum Vorstand gehörten neben von der Heydte zwei Vertreter der Familie Waldburg-Zeil, der Sohn Erich von Waldburg-Zeils, Georg, und Pater Franz Georg Waldburg, ein Vetter Erichs. Hinzu kam mit Eberhard Fürst von Urach (als Leiter des Kuratoriums) ein weiterer Vertreter des süddeutschen Adels. Der Philosophie-Professor Wolfgang Heilmann,[102] die bereits erwähnten Georg Stadtmüller, Helmut Ibach und der Bischof der lutherischen Landeskirche Wilhelm Stählin bildeten die anderen Mitglieder des Vorstands, der schließlich durch Georg Ritter von Gaupp-Berghausen als Generalsekretär der Abendländischen Akademie komplettiert wurde. Will man die Familie Waldburg-Zeil als finanzielles Herz der Abendländischen Bewegung bezeichnen, so kann man Gaupp-Berghausen getrost als deren organisatorisches bezeichnen: Vom Anfang der fünfziger Jahre bis zum Ende des hier betrachteten Zeitraums 1970 lag die Geschäftsführung von Abendländischer Akademie und CEDI größtenteils in Händen Gaupp-Berghausens.

Ein Beirat beriet den Vorstand und die Akademieleitung vornehmlich in inhaltlichen Fragen. In diesem Gremium finden wir die bereits erwähnten Hans Assmussen, Ernst von Hippel, Johannes Pinsk, Michael Schmaus und Thomas Michels.[103] Hinzu kamen der Historiker Karl Buchheim und Kirchenrat Karl Bernhard Ritter. Daß man den Anspruch erhob, übernational – „abendländisch" – tätig zu sein, drückte sich auch in der Mitgliedschaft von „Beiräten" aus anderen europäischen Ländern aus.[104] Ein Kuratorium schließlich unterstützte die Tätigkeit des Vorstands und beriet diesen vor allem in Fragen der Verwaltung und Finanzierung. Es sollte nach der Satzung der Abendländischen Akademie aus „hervorragenden Persönlichkeiten des geistigen, kulturellen, politischen oder wirtschaftlichen Lebens bestehen", und in der Tat setzte es sich aus einer ganzen Reihe prominenter Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens der jungen Bundesrepublik

---

[100] Ebenda, S. 13.

[101] Vgl. zum folgenden: Ebenda. Und: Weg und Ziel der Abendländischen Akademie.

[102] Vgl. Heilmann, Versuch einer Wesensbestimmung des Abendlandes.

[103] Vgl. Teil I, Kap. I.1. und Teil I, Kap. I.2.

[104] Aus Österreich Thomas Michels, aus der Schweiz Werner Bergengruen, Max Picard, Alfons Rosenberg; aus Frankreich M.A. Dauphin-Meunier, Comte Robert d'Harcourt, Paul Lesourd, Prof. Gabriel Marcel; aus Spanien Alfredo Sánchez Bella, Prof. Francisco Elias de Tejada y Spinola; aus England Valentin Tomberg.

zusammen, darunter eine erstaunliche Anzahl von Politikern der CDU/CSU,[105] Vertretern der katholischen Kirche[106] und Adeligen.[107] Die große Anzahl von Adeligen in der Abendländischen Bewegung, die schon Zeitgenossen auffiel,[108] hatte ihren Ursprung neben „attraktiven" konservativen Positionen auch darin, daß mit der Familie Waldburg-Zeil eine in Süddeutschland einflußreiche Adelsfamilie an der Spitze der Akademie stand, ihr Schloß für Veranstaltungen zur Verfügung stellte[109] und die in Adelszirkeln nicht unerhebliche Netzwerkbildung nutzen konnte, um Standesgenossen zur Teilnahme zu motivieren. Neben Vertretern des europäischen Auslandes[110] waren im Kuratorium der Akademie schließlich auch einige Protestanten vertreten.[111] Jedoch hat bereits Axel Schildt darauf hingewiesen, daß diese protestantischen Abendländer wohl eher als „randständige" denn als typische Vertreter ihrer Kirche gelten konnten. Führende Kräfte der evangelischen Kirchen, aber auch evangelische Vertreter der CDU wahrten dagegen immer Distanz zur Abendländischen Bewegung.[112]

Die Mitgliedschaft im Kuratorium war nicht an eine Mitgliedschaft in der Abendländischen Akademie gebunden. Insofern ist davon auszugehen, daß ein erheblicher Teil der Kuratoriumsmitglieder nicht aktiv und regelmäßig am Akademieleben teilnahm. Letztendlich wird man nur einen kleineren Kreis als festen abendländischen Kern ausmachen können.[113] Dieser Kreis legte selbstverständlich auf die klangvollen Namen im Kuratorium wert. Nicht zuletzt konnte die

---

105 Z.B. Heinrich von Brentano (Fraktionsvorsitzender der CDU im Bundestag, ab 1955 Bundesaußenminister), Alois Hundhammer (CSU, Präsident des Bayerischen Landtages), Hans Hutter (CSU, Oberbürgermeister von Eichstätt), Richard Jaeger (CSU, später Vizepräsident des Deutschen Bundestages), Hans-Joachim von Merkatz (DP/CDU, später Bundesratsminister), Hermann Pünder (CDU), Hans Schuberth (CSU, Bundespostminister), Theodor Steltzer (CDU, Ministerpräsident a.D. von Schleswig-Holstein), Theodor Oberländer (BHE/CDU, Bundesvertriebenenminister), Franz-Joseph Wuermeling (CDU, Bundesfamilienminister).

106 Z.B. Basilius Ebel (Abt von Maria Laach), Lorenz Jaeger (Erzbischof von Paderborn), Hugo Lang (Abt von St. Bonifaz und Andechs, München), Joseph Schröffer (Bischof von Eichstätt).

107 Neben Vertretern des Hauses Waldburg-Zeil z.B. Eberhard Fürst von Urach, Freiherr Elimar von Fürstenberg, Rudolf Lodgman von Auen (Vorsitzender des Verbandes der Landsmannschaften), Hasso von Manteuffel, Walter von Keudell, Ernst von Hippel, Hans-Joachim von Merkatz.

108 Vgl.: Die missionäre Monarchie, in: Der Spiegel, 10. 8. 1955.

109 Beispielsweise am 10. 9. 1951 zu einem sog. „Gespräch über abendländische Erneuerung", zit. nach: Neues Abendland 6 (1951), S. 585. Auch diverse CEDI-Veranstaltungen fanden auf Schloß Zeil statt. Vgl. auch das Protokoll der Kuratoriums- und Beiratssitzung der AA, 22. 11. (Jahr nicht lesbar), auf der es hieß, Waldburg-Zeil würde „der Akademie ein eingerichtetes Schloß mit 40 Räumen zur Verfügung stellen und auch dessen Erhaltung weiterhin selbst tragen". BA NL Keudell (N1243).

110 Aus Österreich Gustav Canaval, Theodor von Hornbostel, Carl Baron Karwinsky, Erik von Kuehnelt-Leddhin, Peter Graf Revertera, Alfons Tomicic-Dalma; aus Frankreich René Gillouin, aus Liechtenstein Heinrich Prinz von Liechtenstein.

111 So z.B. Wilhelm Stählin (ehem. Landesbischof von Oldenburg), Hans Assmussen, Hans Dombois, Karl-Bernhard Ritter oder auch Hans-Joachim von Merkatz.

112 Schildt, Zwischen Abendland und Amerika, S. 47.

113 Dazu gehörten neben den Waldburg-Zeils und von der Heydte, Merkatz und Franzel vor allem auch die Mitglieder des CEDI, vgl. Teil I, Kap. II.3.

„Randmitgliedschaft" etwa dem engeren Kern Kontakte verschaffen und auf diese Weise Anliegen weitertragen. Da sich die Abendländer, im Gegensatz zur Europa-Union, die auch in weiten Bevölkerungskreisen wirken wollte, als intellektuelle Elite verstanden, die Anregungen zur gesellschaftlichen Neugestaltung geben wollte, bemühte man sich immer wieder um Politikberatung auf höchster Ebene.[114] Dies sollte zum Beispiel über verschiedene Referate für Kultur, Kunst und Geistesgeschichte (unter Leitung Wolfgang Heilmanns), für übervölkische Ordnung (Georg Stadtmüller), für Wirtschafts- und Sozialpolitik, für Publizistik und Rechtsfragen geschehen, deren „Arbeitsergebnisse, die für die praktische Politik bedeutsam sind", an die „verantwortlichen Regierungsstellen" herangetragen werden sollten.[115]

„Die Erneuerung des Abendlandes wird eine Erneuerung des Reiches sein":[116] *die abendländische Idee in den fünfziger Jahren*

Antikommunismus

Die Idee des „Abendlandes", so wie sie die Abendländische Akademie, die Abendländische Aktion und die Zeitschrift *Neues Abendland* in den fünfziger Jahren vertraten, unterschied sich grundsätzlich von den eher theologisch-kulturellen Überlegungen der frühen Nachkriegszeit. Für diesen Wandel spielte der Kalte Krieg eine zentrale Rolle. Er rückte den Antikommunismus stärker als je zuvor in den Mittelpunkt der abendländischen Idee und machte ihn neben dem Bezug auf das Christentum zur geistigen Grundlage der Abendländischen Bewegung.[117] Man sah sich fortan in einem „Krieg der Weltanschauungen" stehen, der weitaus mehr umschloß als nur die militärische Dimension: Vielmehr ging es im Verständnis der Abendländer ganz grundsätzlich um die Entscheidung zwischen Freiheit und Versklavung, zwischen geistigen Werten, sprich: abendländisch-christlicher Lebensform, und Atheismus. Bedrohlich an der Situation war nach abendländischer Interpretation insbesondere, daß der Osten „als ein geschlossenes System in Erscheinung [tritt], das zu allen Fragen des persönlichen, des politischen, aber auch des wissenschaftlichen Lebens jeweils eine apodiktisch verkündete Antwort bereithält; ein politisches System, das in seinen Zielsetzungen

---

[114] Schildt, Zwischen Abendland und Amerika, S. 51.

[115] Weg und Ziel der Abendländischen Akademie, S. 4. Auch in praktischen Belangen erwiesen sich die Kontakte für die Abendländer als nützlich. Vgl. etwa den Brief Gaupp-Berghausens an Hermann Pünder vom 24. 3. 1954: „Ich bin überzeugt, daß durch Ihr so ausgezeichnetes Schreiben in Stuttgart das Verständnis für die Lage des Fürsten geweckt wurde. Der Fürst beabsichtigt in nächster Zeit einen Besuch bei Herrn Staatspräsidenten Müller zu machen. Den Weg haben Sie ja vorzüglich geebnet." BA N 1005/538.

[116] Ibach, Helmut: Oradour und das Reich, in: Neues Abendland 8 (1953), S. 177f., hier S. 177.

[117] Gewissermaßen im Gegenzug zu dieser starken Betonung des Antikommunismus innerhalb der abendländischen Idee häuften sich die Angriffe aus der DDR: Das „Abendland" wurde hier als „klerikal-faschistische Ideologie" par excellance beschrieben. Vgl. Bergner, Die Ideologie des politischen Klerikalismus. Herz, Morgenland-Abendland. Büttner, „Abendland"-Ideologie und Neo-Karolingertum.

ebenso weitsichtig wie kaltblütig ist und das in seiner weltanschaulichen Konzeption von einem geschlossenen diesseitigen atheistischen Weltbild geleitet wird".[118] Der Westen habe diesem System aufgrund der Abwendung von christlichen Werten nur wenig entgegenzusetzen: „Die westliche Welt ist geistig längst ein Trümmerfeld, nur will sie es nicht wahr haben, sie gibt vor, den hohen Wert der Freiheit zu verteidigen, und übersieht, daß diese Freiheit längst [...] die innere Zersetzung fördert, da sie, an keinen echten Wert gebunden, dem Bösen mehr Chancen läßt als dem Guten."[119] In vielem knüpften diese Argumentationen übergangslos an den Antibolschewismus früherer Jahrzehnte an. Nun nahm er jedoch innerhalb der abendländischen Idee einen, auch angesichts der weltpolitischen Situation, noch weitaus prominenteren Platz ein als in früheren Jahren. Dazu trugen auch biographische Erfahrungen der Abendländer wie Flucht und Vertreibung bei. So entwickelte sich im abendländischen Selbstverständnis die Vorstellung eines „Zweifrontenkampfs": nach außen gegen die Bedrohung durch ein totalitäres Gedankengebäude, ergänzt durch die ganz reale militärische Bedrohung des Kalten Krieges, nach innen der Kampf gegen ‚liberale Beliebigkeiten'.

Westbindung

Der militante Antikommunismus sorgte dafür, daß die Abendländer bereits Ende der vierziger Jahre eindeutig für die Westbindung der Bundesrepublik plädierten, denn „jeder Versuch eines ‚modus vivendi' mit dem Osten kann für Deutschland zum ‚modus moriendi' werden".[120] Insofern schien den Abendländern die Notwendigkeit, beim Wiederaufbau auf den Westen zu setzen, selbstverständlich, „da die Fortdauer des Kalten Krieges für Deutschland als Niemandsland zwischen den Fronten eine ungeheure Gefahr"[121] darstelle. Daran schloß sich ein unbedingtes Plädoyer für militärische Stärke und atomare Abschreckung an.[122] Die ersten Anzeichen einer friedlichen Koexistenz nach der Genfer Konferenz 1955 empfanden die Abendländer daher als bedrohlich, man brandmarkte die Entspannungstendenzen als „internationale Epidemie der Selbstverdummung".[123] Der Ungarn-Aufstand 1956 kam den Abendländern aus diesem Grunde geradezu gelegen. Nun konnte man konstatieren, daß „die Maske der Koexistenz gefallen [sei], sichtbar wurde die Maske Stalins. In Ungarn verendete unter den Raupenketten sowjeti-

---

[118] Kroll, Grundlagen abendländischer Erneuerung, S. 8.

[119] Ebenda, S. 9. Vgl. auch: Kroll, Gerhard: Politik ohne Gnade, in: Neues Abendland 8 (1953), S. 25–32.

[120] Franzel, Emil: Nach der Konferenz, in: Neues Abendland 4 (1949), S. 245.

[121] Ders.: Pariser Konferenz, in: Neues Abendland 4 (1949), S. 244.

[122] „Wenn die Vereinigten Staaten darauf verzichten wollten, die Atombombe zu erzeugen oder die Atombombe weiterzuentwickeln, so würde das nicht bedeuten, daß es den Weltfrieden fördern oder gar sichern und die Anwendungen der furchtbaren Waffen verhindern, sondern lediglich, daß sie die Sowjets zum Angriff provozieren." Franzel, Emil: Ein notwendiges Nachwort, in: Neues Abendland 5 (1950), S. 181–183, hier S. 182. Zu Argumentationsmustern dieser Art vgl. ausführlicher: Stölken-Fitschen, Atombombe und Geistesgeschichte, S. 54–90. Allerdings berücksichtigt die Autorin das *Neue Abendland* in ihrer Analyse deutscher Zeitschriften zum Thema der nuklearen Frage nicht.

[123] Ingrim, Robert: Die Kopfgrippe, in: Neues Abendland 10 (1955), S. 559f., hier S. 560.

scher Panzer der ‚Geist von Genf', wurde unter den Stiefeln der Rotgardisten die Illusion eines friedlichen ‚Miteinanders' zerstört".[124] Mit dem „Sputnik-Schock" 1957 war den Abendländern dann die „Notwendigkeit einer militärischen Stärkung der freien Welt noch größer geworden".[125]

Daß die Abendländer die Westbindungspolitik Adenauers unterstützten, kann vor diesem Hintergrund kaum verwundern. Die USA erkannte man als militärisch und wirtschaftlich überlegene Schutzmacht an und zweifelte keinen Moment am Platz der Bundesrepublik im westlichen Bündnis. Glücklich war man mit dieser Konstellation indes nicht. Der Antiliberalismus, welcher der abendländischen Idee schon in der Zwischenkriegszeit innegewohnt und der sich auch nach dem Zweiten Weltkrieg nicht relativiert hatte, verhinderte dies. Denn schließlich repräsentierten für die Abendländer sowohl „Ost" als auch „West" „unchristliche Ideen", und es war für sie eigentlich „selbstverständlich, daß der Christ [...] sich weder für den ‚Westen' noch für den ‚Osten' entscheiden kann".[126] Mit der notwendigen politischen Entscheidung für den Westen „scheinen wir uns für den Liberalismus zu entscheiden, der – wie die jüngere Geschichte lehrt – geradenwegs dorthin führen kann, wo der Kollektivismus des Ostens schon steht".[127] Der Westen war den Abendländern allenfalls das „kleinere Übel".[128] Um so wichtiger wurde daher die überlegene geistige Position des Abendlandes: In der „Hoffnung, daß der [...] Liberalismus noch bekehrbar"[129] sei, kam deshalb Europa im westlichen Bündnis nach Vorstellung der Abendländer der geistige Führungsanspruch zu.

Insgesamt war die Haltung der Abendländer gegenüber Amerika gekennzeichnet von einer Verachtung des amerikanischen „Way of Life" bzw. dessen, was sie darunter verstanden. Darin unterschieden sich die Abendländer nicht von anderen konservativen Intellektuellen in der jungen Bundesrepublik.[130] „Fortschrittsgläubig" einerseits, „naiv" und „kulturlos" andererseits waren typische Argumentationsmuster des deutschen Amerikabildes, das nach 1945 nicht neu entstand, sondern sich bereits in der Weimarer Republik entwickelt hatte. Über diese Kulturkritik hinaus fand sich in abendländischen Äußerungen in nicht unerheblichem Maße auch politische Kritik an den USA, sei es an der „Reeducation", oder an der Entnazifizierung, sei es an der vermeintlich zu nachgiebigen Haltung gegenüber der Sowjetunion in den letzten Kriegsjahren,[131] sei es an der vermeintlichen

---

[124] Herre, Franz: Morgenrot in Osteuropa, in: Neues Abendland 11 (1956), S. 379–383, hier S. 382.

[125] Ders., Von Gipfel zu Gipfel, in: Neues Abendland 13 (1958), S. 78–81, hier S. 79.

[126] Heilmann, Wolfgang: Christliches Gewissen zwischen Ost und West, in: Neues Abendland 6 (1951), S. 597–606, hier S. 602.

[127] Ibach, Helmut: Die andere Möglichkeit. Das Kriegsrisiko der Friedenspolitik, in: Neues Abendland 8 (1953), S. 33–38, hier S. 35.

[128] Ebenda.

[129] Ebenda.

[130] Generell zur Orientierung an Amerika bzw. dem deutschen Gefühl der Überlegenheit gegenüber amerikanischer Kultur in den 50er Jahren siehe: Schildt, Moderne Zeiten, S. 398–423. Zum Amerika-Bild Robert Ingrims vgl. auch: Schildt, Reise zurück aus der Zukunft, S. 25–45, hier S. 31/32.

[131] Vgl. z.B. Uhlig, Heinrich: In aller Offenheit, in: Neues Abendland 4 (1949), S. 375f.

Leichtgläubigkeit gegenüber dem Osten im Kalten Krieg[132] oder auch an der Verantwortung für die in ihren Augen mißlungene staatliche Neuordnung Deutschlands. Gleichzeitig spürte man aber ebenso deutlich das Bemühen, diese Kritik nicht zu laut werden zu lassen, vor allem jedoch keine politische Kritik an der generellen Westbindung zu üben. Wenn man kritisierte, dann an abgelegener Stelle. Und man vernahm im *Neuen Abendland* auch immer wieder Stimmen, die sich bemühten, die USA als „Kind" des Abendlandes auszugeben und damit die „unnatürliche" atlantische Bindung zu rechtfertigen. Axel Schildt hat dies passend als „Drahtseilakt zwischen Westoption und Antiliberalismus" bezeichnet.[133] In der Tat handelt es sich bei diesem Changieren zwischen Antiwestlichkeit einerseits und der Forderung nach politischer und militärischer Westbindung andererseits um einen der eklatantesten Widersprüche innerhalb des abendländischen Gedankengebäudes, der erstmals auftrat, als man sah, daß (West-)Europa in den Zeiten des Kalten Krieges politisch und militärisch auf die USA angewiesen war. Demgegenüber hatten der Antiamerikanismus und Antiwestlichkeit in der Weimarer Republik und auch im Dritten Reich viel selbstverständlicher zur abendländischen Idee hinzugehören können. Selbst Mitte der zwanziger Jahre, zu dem Zeitpunkt, als eine Wendung nach Westen, in Richtung Frankreich, im „Abendland" noch am stärksten zu bemerken ist, ging man nicht davon aus, daß durch eine Verständigung das „Abendland" zu einem westlichen Gebilde werden würde. Vielmehr hatte man sich eine fruchtbringende Symbiose der „romanischen" und „germanischen" Kulturkreise erhofft, deren Eigenständigkeit jedoch im Kern unangetastet bleiben sollte. In den Jahren, in welchen das „Abendland" zunehmend mit „Mitteleuropa" identifiziert wurde, definierte es sich über das deutsche Selbstverständnis, das sich abgrenzte vom Westen wie vom Osten. Was also vor den fünfziger Jahren fundamentaler Bestandteil des „Abendlandes" gewesen war, die Überzeugung, daß Deutschland kein Teil des „Westens" sei und eine europäische Ordnung nach anderen Kriterien zu verwirklichen sei als den „westlichen", verlor angesichts der militärisch-politischen Situation der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren an Prägekraft. Nachdem sich Antiwestlichkeit und Antikommunismus in früheren Jahrzehnten die Waage gehalten hatten, war das Gefühl der existentiellen Bedrohung durch den Kommunismus erstmals dominierender als die antiwestlichen Vorbehalte. So machte die Konstellation des Ost-West-Konfliktes einem Jahrzehnte alten antiwestlichen ideengeschichtlichen Traditionsstrang vorerst ein Ende: Das Abendland mußte sich nach Vorstellung der Abenländer notwendigerweise in eine atlantisch-westliche Gemeinschaft begeben. Auch wenn sie grundsätzlich ein starkes, eigenständiges Europa immer vorgezogen hätten, sahen die Abendländer dafür in der Gegenwart der fünfziger Jahre keine Realisierungschan-

---

Ders.: Das Erbe Roosevelts, in: Neues Abendland 5 (1950), S. 317–321. Vemanianus: Verschweizerung, nicht Amerikanisierung, in: Neues Abendland 6 (1951), S. 85f. Sexau, Richard: Der verlorene Friede, in: Neues Abendland 9 (1954), S. 245–248.

[132] Vgl. z. B. Ingrim, Robert: Der Machtausgleich, in: Neues Abendland 6 (1951), S. 574–576. Ders.: Der breite Ozean, in: Neues Abendland 10 (1955), S. 225f.

[133] Schildt, Zwischen Abendland und Amerika, S. 40. Vgl. auch ders., Konservatismus, S. 233.

cen. Die abendländische Position war eindeutig: „Es gibt keine Dritte Kraft. Es gibt nur noch zwei Kräfte, und wer überleben will, muß zu wählen wissen!"[134]

Insofern rückte das „Abendland" nun stärker als je zuvor in den „Westen". Man kann Anselm Doering-Manteuffel in der Feststellung Recht geben, daß konservative bürgerliche Schichten über das „Abendland" langsam zum „Westen" fanden, gerade weil der Topos „Abendland" ihnen die Möglichkeit bot, ihren traditionellen Kulturdünkel gegenüber dem „Westen" vorerst weiterzutragen. Indem sie sich jedoch politisch immer stärker im „Westen" einlebten, verlor langsam aber sicher auch die traditionelle kulturelle Antiwestlichkeit an Bedeutung.[135] So zahlte die junge Bundesrepublik mit diesem (nicht nur) abendländischen Kulturdünkel, der sich wiederum einbettete in eine breite kulturkritische, technikfeindliche und elitäre Momente beschwörende konservative Publizistik,[136] auch den „Preis für die Integration nicht zuletzt des konservativen Bildungsbürgertums" in die Westbindungspolitik.[137] Vollständig gelang diese Integration indes nicht. Gerade an den Abendländern wird sich zeigen, daß in den sechziger Jahren, als man stärker auf ein politisch von den USA unabhängigeres Europa als Zielvorstellung verwies, der tiefverwurzelte Antiamerikanismus (von Antiwestlichkeit war nun kaum noch die Rede) wieder zum Vorschein und die abendländische Kritik an der westlichen Schutzmacht wieder unbefangener daher kam als in der Hochphase des Kalten Krieges.

Diese abendländische Option für die Westintegration in den fünfziger Jahren führte auch dazu, daß die durchaus nationale Interessen vertretenden und die Kategorie der Nation hochhaltenden Abendländer bereits 1949 die „Unvermeidlichkeit der Teilung Deutschlands" proklamierten.[138] Man wollte nun „dem deutschen Volk oder seiner großen Mehrheit zunächst im Westen und in Verbindung mit den vom Bolschewismus nicht beherrschten europäischen Völkern eine neue Lebensform [...] schaffen".[139] In diese neue Lebensform könnten dann auch die befreiten Ostdeutschen aufgenommen werden. Bis dahin allerdings komme der Bundesrepublik – in Übernahme der seit 1955 sogenannten Hallstein-Doktrin – der Alleinvertretungsanspruch zu. „Eine Nation wird immer durch ihre freien Glieder, sie wird durch ihre staatsbildenden Funktionen vorgestellt. [...] Deutschland ist eben seit 1945 die Bundesrepublik."[140] Erst gegen Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre, als langsam offensichtlich wurde, daß die Adenauersche „Politik der Stärke" die Wiedervereinigung nicht näherbrachte, sollte die deutsche Frage auch in der abendländischen Idee wieder einen größeren Stellenwert bekommen.

---

134 Ingrim, Robert: Der Rat der Tse-Tse-Fliege, in: Neues Abendland 9 (1954), S. 475 f., hier S. 476.

135 Doering-Manteuffel, Katholizismus und Wiederbewaffnung, S. 252 f.

136 Schildt, Konservatismus, S. 221–240.

137 Schildt, Zwischen Abendland und Amerika, S. 40.

138 Franzel, Emil: Staatsform und geschichtlicher Raum, in: Neues Abendland 4 (1949), S. 47–51, hier S. 51.

139 Ders.: Die restaurativen Tendenzen der Epoche, in: Neues Abendland 6 (1951), S. 529–542, hier S. 540.

140 Ebenda.

So lehnten die Abendländer der fünfziger Jahre eine Neutralisierung Westdeutschlands, angelehnt an die Konzepte Ulrich Noacks,[141] als unrealistisch ab.[142] Ebenso schalteten sie sich in die Wiederbewaffnungsdiskussion ein, die von Ende der vierziger bis weit in die fünfziger Jahre hinein innerhalb der westdeutschen Öffentlichkeit und der Kirchen geführt wurde. Dabei setzten die Abendländer sich vehement für eine Wiederbewaffnung ein: „Verteidigung ist auch lediglich das Ziel der sogenannten Remilitarisierung, Verteidigung ist das primitivste Recht jedes Menschen, jedes Volkes, Verteidigung aller an eine göttliche Ordnung glaubenden Menschen gegen die neue aus dem Osten kommende antigöttliche Ordnung."[143] Die frühe Zustimmung zu einer deutschen Wiederbewaffnung[144] war allerdings – wie auch in anderen Kreisen der katholischen Wiederbewaffnungsdiskussion – begleitet von Warnungen vor militaristischen, „preußischen" Traditionen, welche wiederaufleben könnten.[145] Im Gegensatz etwa zur Europa-Union, die der Idee einer deutschen Wiederbewaffnung skeptisch gegenüberstand, aber hoffte, es ließe sich aus der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) eine Politische Gemeinschaft entwickeln, sah man innerhalb der Abendländischen Bewegung die EVG primär unter verteidigungspolitischen Erwägungen. Man begrüßte sie als Möglichkeit einer deutschen „Wiederbewaffnung", Elemente der europäischen Integration traten demgegenüber in den Hintergrund. Wenn man das Scheitern der EVG 1954 auch bedauerte, so erfüllte die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO nach abendländischen Vorstellungen doch den gleichen Zweck. Darin spiegelt sich schon eine gewisse Skepsis gegenüber dem institutionalisierten Einigungsprozeß, auf den nun näher einzugehen sein wird.

Europäische Einigung

In allen abendländischen Äußerungen ab etwa 1948 finden sich Appelle für eine europäische Einigung. Deutlich geworden ist bereits, daß Europa und insbesondere Westeuropa den Abendländern mit Beginn des Kalten Krieges zunehmend nicht nur als geistig-kulturelle Einheit wichtig war, sondern auch als Verteidigungsblock gegenüber dem Osten. Die europäische Einigung war für die Abend-

---

[141] Zu Ulrich Noack, der ab Mitte 1947 bis an die Schwelle der fünfziger Jahre die Idee eines blockfreien Deutschland vertrat, siehe: Dohse, Der Dritte Weg. Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 355–384.

[142] Vgl. z.B. Franzel, Emil: Europäische Zwischenbilanz, in: Neues Abendland 3 (1948), S. 321–326. Ders.: Von Bismarck zu Adenauer, in: Neues Abendland 6 (1951), S. 51–65. Ingrim, Robert: Spinat und Marzipan, in: Neues Abendland 6 (1951), S. 97f. Ders.: Die neutralistische Maske, in: Neues Abendland 7 (1952), S. 362f.

[143] Gaupp-Berghausen, Georg von: Ist Verteidigung – Remilitarisierung?, in: Neues Abendland 6 (1951), S. 253f., hier S. 254.

[144] Zum Teil wurde dies von der Forschung bisher anders beurteilt, siehe z.B.: Doering-Manteuffel, Katholizismus und Wiederbewaffnung, S. 252, der eine „zwar nicht ablehnende, aber doch reservierte Haltung gegenüber der Wiederbewaffnung" auf abendländischer Seite konstatiert.

[145] Vgl. Defensor: Grundzüge einer neuen deutschen Wehrpolitik, in: Neues Abendland 6 (1951), S. 543–57. Der Sieg des Kanzlers, in: Neues Abendland 7 (1952), S. 115–117. Ibach, Helmut: Die andere Möglichkeit. Das Kriegsrisiko der Friedenspolitik, in: Neues Abendland 8 (1953), S. 33–38.

länder insofern auch eine Defensivmaßnahme gegen den Osten, die neben militärischer Stärke die geistige Einheit im „Kampf" garantieren sollte, ohne die man gegen den weltanschaulichen Block des Kommunismus nicht bestehen zu können glaubte. So wurden die ersten Schritte in Richtung Integration aufmerksam verfolgt, kommentiert und in aller Regel gutgeheißen.[146] Als Kern der europäischen Integration lagen den Abendländern enge deutsch-französische Beziehungen besonders am Herzen – hier finden sich Elemente des abendländischen Denkens der zwanziger Jahre wieder: „Ohne sie [Deutschland und Frankreich] ist die Geschichte des Abendlandes nicht denkbar, ohne sie aber und ihre Zusammenarbeit hat das Abendland auch keine Zukunft."[147]

Trotz der grundsätzlich positiven Einstellung gegenüber der beginnenden europäischen Integration konnten kritische Stellungnahmen auf abendländischer Seite aufgrund ihres Weltbildes auf Dauer nicht ausbleiben. Vor allem die Richtung, in die sich die westeuropäische Gemeinschaft entwickelte, mußte mit den nach 1945 nicht schwächer gewordenen abendländischen Vorbehalten gegenüber dem parlamentarischen System in Konflikt geraten. So zog der Europarat nach der ersten Euphorie über seine Gründung den Unmut der Abendländer auf sich: „Niemand wird bestreiten, daß in den Völkern eine geradezu leidenschaftliche Anteilnahme für die Erneuerung des Abendlandes in einem geeinten Europa besteht. Aber die Formaldemokratie besitzt eine ausgezeichnete Fähigkeit, die besten Idealisten zu zermürben und den großartigsten Schwung in Lethargie zu verwandeln. Künftige Zeiten werden sich einmal wundern, mit welcher Tatenlosigkeit kostbarste Zeit nutzlos vertan wurde."[148] Immer wieder betonte man, daß „Europa mehr sein muß als ein Abfallprodukt einer Entwicklung, die sich außerhalb seiner Grenzen vollzieht".[149] Die Europäer müßten zu einer inneren Ordnung und geistigen Einheit finden – diese aber könne die „formaldemokratische" Organisation des westeuropäischen Zusammenschlusses nicht leisten: Insofern waren für die Abendländer alle Bemühungen um die europäische „Reißbrett-Union" nicht mehr als „gutgemeinte Versuche".[150]

Gleichzeitig mit dieser Kritik entwickelten die Abendländer auch eigene Vorstellungen eines erneuerten „Abendlandes". Diese Konzepte erklären sich aus der antiliberalen Grundhaltung der abendländischen Idee: Ablehnung des Vertragsrechtes und des Parlamentarismus und statt dessen eine hierarchisierte Gesellschaft mit erkennbarer Autorität – so erhofften sich die Abendländer die Gestaltung Europas. Dabei lehnte man supranationale Elemente jedoch immer stärker ab: die nationale Souveränität wollten die Abendländer letztlich nicht in Frage ge-

---

[146] Vgl. z.B. Goergen, Josef M.: Gespräche um die Saar, in: Neues Abendland 5 (1950), S. 129–135. Cube, Walter von: Gefühls- oder Realpolitik, in: Neues Abendland 5 (1950), S. 136–138. Salinger, Hans Dietrich: Heikle Europa-Fragen, in: Neues Abendland 10 (1955), S. 527–536.

[147] Franzel, Emil: Frankreich und Deutschland als Träger des Abendlandes, in: Neues Abendland 5 (1950), S. 1–4, hier S. 4.

[148] Straßburger Europarat lustlos, in, Neues Abendland 6 (1951), S. 391.

[149] Salinger, Hans Dietrich: Heikle Europa-Fragen, in: Neues Abendland 19 (1955), S. 527–536, hier S. 534.

[150] Kroll, Grundlagen abendländischer Erneuerung, S. 78.

stellt sehen, jedenfalls nicht durch „formaldemokratische" Elemente. Auch in diesem Punkt schloß man also an alte ideengeschichtliche Kontinuitäten an: Bereits die Abendländer der Zwischenkriegszeit hatten niemals supranationale Elemente in ihre Überlegungen einbezogen. Die europäischen Nationen bildeten wie in der Zwischenkriegszeit das Fundament des „Abendlandes".

Im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit hatte man in den fünfziger Jahren allerdings Vorbilder, wenn es um den zukünftigen politischen und gesellschaftlichen Aufbau Europas ging. Neben den Verweisen auf das mittelalterliche Reich waren es vor allem die politischen Systeme der iberischen Halbinsel, welche die Begeisterung der Abendländer auf sich zogen. Die autokratischen Regime Spaniens und Portugals schienen genau das zu verwirklichen, was man sich in abendländischen Kreisen von einer „natürlichen" Ordnung versprach: hierarchische Gesellschaftsstrukturen, in denen jeder „seinen" Platz fand, keine „Massendemokratie", sondern elitäre „Führung" durch eine charismatische Führungspersönlichkeit, welche Parteiinteressen und politischen „Klüngel" zurückdrängte, ein großer Einfluß der Kirchen auf Staat und Gesellschaft.

Portugal war nach Aussage des *Neuen Abendlandes* der „bestregierte Staat Europas",[151] und mit dem francistischen Spanien verbanden die Abendländer enge organisatorische Kontakte. Jährlich trafen sie sich zu einem Kongreß des Europäischen Dokumentationszentrums (CEDI) im Escorial und leisteten in der Bundesrepublik Vorarbeit für die Einbeziehung Spaniens in die europäische Integration. Immer wieder forderte man, Spanien am Integrationsprozeß zu beteiligen:[152] Sowohl seine historische Rolle in Europa wie seine „Verdienste" im Kampf gegen den „Bolschewismus" während des Bürgerkrieges und nicht zuletzt seine strategische Lage im westlichen Mittelmeer ließen es den Abendländern unverantwortlich erscheinen, Spanien nicht in das entstehende Europa einzubinden. Dabei stellte das Land in den Augen der Abendländer mit seiner politischen und gesellschaftlichen Ordnung, in der ihnen die Moderne überwunden schien, ein Vorbild für die Bundesrepublik und Europa gleichermaßen dar: „Was Spanien dem Ausland geben kann, kann fundamental sein für die Wiedergeburt des Abendlandes. Es ist das durch Humanismus, Rationalismus und Liberalismus unterdrückte Leitbild einer christlich-universalen Staats- und Weltordnung."[153] Jenen Deutschen, die in Spanien ein faschistisches oder gar totalitäres System sahen, antwortete man überzeugt: „Totalitarismus? Wenn schon, dann gibt es in Spanien nur einen – das totale Gebot des Dekalogs und des katholischen Naturrechts."[154]

---

[151] Franzel, Emil: Portugal, der bestregierte Staat Europas, in: Neues Abendland 7 (1952), S. 266–272.

[152] Vgl. hierzu Teil I, Kap. II.3.

[153] Valdeiglesias, José Ignacio Escobar Marqués de: Der Beitrag Spaniens, in: Neues Abendland 10 (1955), S. 285–291, hier S. 287.

[154] Dalma, Alfons: Europa ohne Angst, in: Neues Abendland 7 (1952), S. 623–626, hier S. 624.

Rückbesinnung auf „Mitteleuropa" und das „Reich"

Während also Westbindung und begrenzte Zustimmung zur anlaufenden europäischen Integration die außen- und europapolitischen Äußerungen der abendländischen Bewegung in den fünfziger Jahren prägten, entwickelten die Abendländer der fünfziger Jahre gleichzeitig Konzepte, die diese politischen Grundentscheidungen in letzter Konsequenz in Frage stellten.[155] Zwar wurden diese Gegenkonzepte vorerst völlig getrennt von den Plädoyers für die westeuropäische Integration und die atlantische Gemeinschaft vertreten, doch scheinen hier bereits Elemente durch, die die Wandlung der abendländischen Idee in den sechziger Jahren vorbereiten sollten. Denn im Verlauf der fünfziger Jahre eroberte sich ein Element zunehmend seinen Platz in der abendländischen Idee zurück, das diese Idee schon zu Beginn der dreißiger Jahre geprägt hatte: „Mitteleuropa". Trotz ihres realpolitischen Einschwenkens auf das Westbindungskonzept der Regierung Adenauer, trotz aller Unterstützung der westeuropäischen Integration, wurden die Abendländer nicht müde zu betonen, daß man sich eigentlich an anderen Maßstäben orientieren müsse. Europa sei durch den „Eisernen Vorhang" von einem „Großteil seiner Völker" amputiert, aber kaum jemand führe sich das noch vor Augen: „Für viele kleine Geister hört Europa heute an der Yalta-Linie auf. Diese Menschen [...] halten die Westliche Union, wie sie in Straßburg als ein Notbehelf geschaffen wurde, für etwas Dauerndes und Dauerhaftes [...]. Sie vergessen, daß der Westen ohne den anderen Teil des Kontinentes nicht leben kann. Die Union ist ein weder in der Geographie noch in der Geschichte oder der Wirtschaft gerechtfertigtes Provisorium."[156] Hier unterschieden sich die Abendländer deutlich von der Europa-Union, für die spätestens seit Beginn der fünfziger Jahre Westeuropa – auch ideell – im Zentrum stand, während „Mitteleuropa" so gut wie keine Rolle spielte.

Einerseits wollte man auf die abgetrennten Ostgebiete nicht verzichten. Deren Abtrennung könne auf Dauer nur bestehen, „wenn Gewalt vor Recht" gehe:[157] „Wir glauben aber, daß der Nachweis einer 700jährigen Kontinuität der Siedlung und kulturellen Leistung für unseren unveräußerlichen Anspruch auf den deutschen Osten ausreichend und entscheidend ist."[158] Das Interesse der Abendländer jedoch reichte über die verlorengegangenen Ostgebiete hinaus: Die mitteleuropäischen Staaten und der Donauraum bildeten auch in den fünfziger Jahren innerhalb der abendländischen Idee den „Kernraum Europas".[159] Ein föderalistisch angelegtes Reich, welches primär die mitteleuropäischen, besser noch alle abendländischen Nationen vereinen sollte, ermöglichte nach abendländischen Vorstellungen auch die Lösung des Vertriebenenproblems: Denn eine solche Ordnung, in der die

---

155 Vgl. auch: Plichta (jetzt Conze), „Eine Erneuerung des Abendlandes wird eine Erneuerung des Reiches sein".

156 Habsburg, Otto von: Amerika und die europäische Integration, in: Neues Abendland 7 (1952), S. 321–332, hier S. 324.

157 Fischer, Pius: Ostwärts der Oder und Neiße, in: Neues Abendland 4 (1949), S. 150f., hier S. 150.

158 Mattausch, Rudolf: Herr Ulbricht tritt Ostdeutschland ab, in: Neues Abendland 4 (1949), S. 218.

159 Simon, Albert Karl: Grundlagen einer politischen Ordnung im Donauraum, in: Neues Abendland 11 (1956), S. 332–334, hier S. 333.

Völker ohne Nationalismus zusammenlebten, garantiere auch den (vertriebenen) Minderheiten Platz und Raum.[160]

So trat auch das „Reich" wieder auf die abendländische Bühne. Während der Begriff gesamtgesellschaftlich an Bedeutung verloren hatte, geisterte er weiter durch die abendländischen Publikationen der fünfziger Jahre. Hier reichen ideengeschichtliche Kontinuitäten im deutschen Konservatismus aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts weit in die Nachkriegszeit hinein. Nur unmittelbar nach Kriegsende waren sie vorübergehend in den Hintergrund getreten. Die Nähe von „Reich" und „Abendland", die schon vor 1945 bestanden hatte, blieb auch nach dem Untergang des „Dritten Reiches" erhalten. Um den Reichs-Begriff in den fünfziger Jahren verwenden zu können, mußten sich die Abendländer freilich gerade von nationalistischen Interpretationen im Sinne des „Dritten", aber auch des preußisch-kleindeutschen „Zweiten Reiches" abgrenzen. Das *Neue Abendland* wies wiederholt darauf hin, daß die Bezeichnung „Reich" für Deutschland nach 1871 „Unsinn" gewesen sei, daß das zweite „Reich" mit dem historischen ersten „Reich" nicht das geringste zu tun gehabt habe.[161] Statt dessen hieß es: „Unsere Tradition ist die des alten Reiches."[162] Diese Tradition müsse beim Neubau des Abendlandes wieder aufgegriffen werden.

Wie aber die vielen Völker, Sprachen und Kulturen innerhalb des Abendlandes verbinden? Während sich die Abendländer bis in die erste Hälfte der fünfziger Jahre mit genaueren politischen Konstruktionen zurückhielten und vor allem das Christentum als einheitsstiftendes Moment in Europa ansahen, tauchte nun gelegentlich ein neues Element auf, das allerdings ähnlich unzeitgemäß wirkte wie Rechristianisierungsvorstellungen: Ein abendländisches Kaisertum könne ein europäisches Bewußtsein schaffen, das bisher fehle, ein Kaisertum freilich, „befreit von den Aftervorstellungen eines entarteten Monarchismus und eines degenerierten Aristokratismus".[163] Die Suche nach Autorität und nach Verankerung weltlicher Macht im göttlichen Willen ließ den Abendländern die historische Verbindung des mittelalterlichen Kaisertums mit dem Gottesgnadentum zur Orientierung werden: „Man kann das Abendland nicht gegen seine Vergangenheit erneuern wollen, sondern ausschließlich mit ihr. [...] Eine Erneuerung des Abendlandes wird deshalb auch eine Erneuerung des Reiches sein und an der kaiserlichen Gewalt als von Gott gestifteten Formen niemals vorbeikommen, wenn sie nicht ganz im Widergöttlichen enden will. Ja, die Erneuerung des universalen Reiches wird geradezu zum Symbol dafür werden, daß ein wiedererstandener Glaube an Gott

---

[160] Vgl. z.B: Simon, Albert Karl: Die Sudetendeutsche Funktion, in: Neues Abendland 10 (1955), S. 116–118. Ders.: Die Sendung der ostdeutschen Landsmannschaften, in: Neues Abendland 11 (1956), S. 259–264.

[161] Görlich, Ernst Joseph: Zum Begriff des „Heiligen Reiches", in: Neues Abendland 7 (1952), S. 229f., hier S. 230.

[162] Ludwig, Heinrich: Gegenwart, Elite und Tradition, in: Neues Abendland 12 (1957), S. 216–224, hier S. 222.

[163] Ders.: Katholisches Universalkaisertum, in: Neues Abendland 5 (1950), S. 272–276, hier S. 272; vgl. auch Salinger, Hans Dietrich. Heikle Europa-Fragen, in: Neues Abendland 10 (1955), S. 527–536.

vorhanden ist, weil anders ein Durchbruch zu dieser Form in unserer verweltlichten Zeit gar nicht zu denken ist."[164]

Bereits in den dreißiger und auch vierziger Jahren hatten spätere Abendländer wie Emil Franz und Robert Ingrim, der mit Otto von Habsburg im Exil eng zusammengearbeitet hatte, in der Monarchie eine Staatsform gesehen, der es gelingen würde, die Idee einer österreichischen Identität gegenüber den großdeutschen Parolen des Nationalsozialismus zu verteidigen. Dabei setzten beide ihre Hoffnungen auf Otto von Habsburg, dem man die Aufgabe zuwies und zutraute, die gesamte österreichische Gesellschaft gegen die Bedrohung des Nationalsozialismus zu verbinden. „Sicher ist, daß er [Otto von Habsburg] im Nu die Herzen der kleinen Leute gewonnen hätte, der Bauern und nicht weniger der Arbeiter. Damit wäre er von Beginn an ein fester Mittelpunkt, eine zentripetale Kraft geworden, also das, was ein Land braucht, wenn man seine Zustände stabil und normal machen will. [...] Die Verkörperung der Staatsidee in einer Person kann gerade in Notzeiten Wunder wirken."[165]

Franzel und auch Ingrim sollten diese ursprünglich österreichische Konzeption in das abendländische Denken der fünfziger Jahre tragen. In den zwanziger Jahren war in der Zeitschrift *Abendland* kaum von der Monarchie die Rede gewesen, und auch zwischen 1946 und 1948 spielte die Monarchie im abendländischen Denken kaum eine Rolle. Als Franzel jedoch Chefredakteur des *Neuen Abendlandes* wurde, führte er die Monarchie als Thema in die Zeitschrift ein. Zwar scheute er sich in den ersten Jahrgängen, die monarchische Staatsform offen als die der republikanischen überlegene zu preisen. Statt dessen würdigte er in meist historisch angelegten Artikeln die „adelige Lebensform" und das Königtum schlechthin,[166] verbunden mit der Behauptung, daß immer noch eine allgemeine Sehnsucht nach einer Monarchie festzustellen sei: „Oder drückt sich in diesem Jubel um einen Herzog ohne Land [Otto von Habsburg, aus Anlaß seiner Hochzeit 1951], um einen Kaiser ohne Reich am Ende etwas ganz anderes aus, eine geheime Sehnsucht, ein Wunsch, eine Hoffnung, aus der Tiefe des Menschenherzen aufsteigend, bekundend, daß ein innerstes Bedürfnis nach Hoheit, Majestät und Würde in einer würdelosen Zeit so völlig ungestillt bleibt? [...] Viel eher schien es etwas Zukunftsträchtiges, zwar alt und ehrwürdig, aber im letzten unvergänglich, was hier bejubelt wurde. [...] Die Begeisterung für einen Herzog und Kaiser ohne Land galt dem Repräsentanten einer Ordnungsidee, nach welcher Krone und Zepter aus der Hand Gottes stammen und im Namen und Auftrage Christi zu verwalten sind, weshalb sich ihren Trägern auch der Glanz echter Autorität zu offenbaren vermag. Demgegenüber wird kaum jemand bestreiten, daß es der Reißbrettdemokratie unserer Tage an echter Symbolik ermangelt, daß sie keine Begeisterung zu

---

[164] Kroll, Grundlagen abendländischer Erneuerung, S. 93/94.

[165] Ingrim, Der Griff nach Österreich, S. 86. Siehe auch: Ebneth, „Der Christliche Ständestaat", S. 170. Zum Legitimismus und seiner Sicht auf Otto von Habsburg als „Verkörperung der österreichischen Identität" vgl. Tancsits, Katholischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Österreich. Vgl. auch: Lovrek, Die legitimistische Bewegung.

[166] Vgl. z. B.: Franzel, Emil: Franz Joseph. Revision eines Menschenbildes, in: Neues Abendland 5 (1950), S. 346–354.

wecken vermag."[167] Da bei den Abendländern die republikanisch-parlamentarische Demokratie keine Begeisterung erwecken konnte, wurde um so häufiger in die Monarchie all das projiziert, was man sich von einem Staate wünschte und was die Republik nicht geben konnte und wollte: Autorität, Hierarchien und „echter" Adel als Elite, Tradition, Geschichtsbewußtsein und Symbolik, Naturrecht statt Volkssouveränität.

Über solche Bekundungen fanden mit der Zeit auch erklärte Monarchisten wie Erik Kuehnelt-Leddihn[168] ihren Weg zu den Abendländern, und 1951 bemerkte man stolz, daß Hans-Joachim von Merkatz sich im Bundestag als Monarchist bekannt habe.[169] Über Merkatz' führende Stellung in der DP festigten sich die abendländischen Beziehungen zu monarchistischen Strömungen zusätzlich, wenn auch weder das Haus der Welfen noch die Hohenzollern, jenen Häusern, denen das Engagement der DP galt, den Abendländern als geeignet für den Thron erschienen. Schließlich scheuten sich die Abendländer nicht mehr, die monarchische Staatsform gegenüber dem „republikanischen Parlamentarismus, der immer wieder seinen Hang zu absolutem Jakobinertum verrät", als überlegen zu bezeichnen, „als besseren Garanten der demokratischen Lebensform, der Grundrechte, der Überparteilichkeit der Staatsführung und der Rechtsstaatlichkeit. Ganz zu schweigen von der gesellschaftsbildenden Kraft, die von einer Repräsentanz der christlichen Familie an der Spitze unserer Länder ausgehen würde."[170] Daß das „Provisorium" Bundesrepublik in den Augen der Abendländer nur eine kurzfristige Zwischenlösung bedeutete, nährte die Hoffnung, daß es sich bei der „weltkaiserlosen, schrecklichen Zeit der Gegenwart"[171] nur um eine Zeit des „Interregnums" handele: „Die Monarchie [...] kommt ganz bestimmt zurück."[172]

Bei aller Vermischung mit unrealistischen mittelalterlichen Kaiserideen blieb doch die Erinnerung an die Habsburger-Monarchie der reale Hintergrund, auf den abendländische Reichsvorstellungen projiziert wurden. Hier spiegelt sich die süddeutsch-katholische Verankerung der Abendländer ebenso wie die häufig sozialisatorische Bindung an die untergegangene Doppelmonarchie in Österreich-Ungarn. So bemühte man sich festzustellen, daß die Reichsidee in Österreich „alle Unbilden der Zeit überwintert" habe. Zwar verlange „die Geschichte Geduld", aber irgendwann würde das „mitteleuropäische Doppelreich" schon wieder

---

[167] Ders.: Epilog zu Nancy, in: Neues Abendland 6 (1951), S. 307. Vgl. auch: Ders.: Das Haus Habsburg, in: Neues Abendland 6 (1951), S. 209–222. Zum Tod Rupprechts von Bayern: Ders.: Ein Europäer, in: Neues Abendland 4 (1949), S. 152.

[168] Zu Erik Maria Ritter von Kuehnelt-Leddhin vgl. Teil I, Kap. I.2. Auf die Begeisterung etwa Friedrich August Freiherr von der Heydtes für die österreichische Monarchie wurde bereits verwiesen, vgl. Teil I, Kap. I.2.

[169] Monarchiedebatte im Bundestag, in: Neues Abendland 6 (1951), S. 637–644, hier S. 643. Vgl. auch Teil I, Kap. I.2.

[170] Ebenda, S. 644.

[171] Ludwig, Heinrich: Vermächtnis und Arcanum des Reiches, in: Neues Abendland 13 (1958), S. 110–126, hier S. 111.

[172] Kuehnelt-Leddhin, Erik: Monarchie oder Monokratie? in: Neues Abendland 8 (1953), S. 147–158, hier S. 151.

Wirklichkeit werden, am besten unter Einschluß auch des süddeutschen Raumes.[173]

Allerdings ist anzumerken, daß es sich bei den Abendländern insgesamt nicht um Legitimisten handelte. Ebensowenig, wie sie in Deutschland eine Monarchie befürworteten, ging es ihnen im engeren Sinne um die Person des österreichischen Thronerben Otto von Habsburg. Dieser wurde zwar tief verehrt, doch primär war es der Abendländischen Bewegung um die Verwirklichung einer „gottgewollten Ordnung" für ein geeintes, politisch und geistig starkes Europa zu tun: Ein starker kaiserlicher Herrscher stellte für die Autoren des *Neuen Abendlandes* den bestmöglichen, wenn auch nicht einzig möglichen, Garanten für eine solche Autorität dar. Die abendländische Begeisterung für Salazar oder Franco macht deutlich, daß ebenso autoritäre, halbdiktatorische Herrscher den Ansprüchen der Abendländer genügt hätten. Mit dem Verzicht Otto von Habsburgs auf die Kaiserkrone im Mai 1961 verschwand die Monarchie als Teil ständisch-autoritärer Staatsformationen rasch und endgültig aus dem abendländischen Denken.

Mit dieser Aufnahme monarchistischer Elemente, aber auch der Mitteleuropa- und der Reichs-Idee in die abendländischen Konzepte der fünfziger Jahre finden sich in den Jahrzehnten nach dem Krieg deutliche Kontinuitäten jener europäischen Ideen, die zwischen 1918 und 1945 in Deutschland so virulent gewesen waren und die auch im Nationalsozialismus, nun in enger Verbindung zu „Großraum"-Vorstellungen, hatten weiterexistieren können. Es zeigt sich, daß traditionelle deutsche Ordnungsvorstellungen die Brüche von 1933 und 1945 im Kern unbeschadet überstehen konnten, wenn sie auch unter unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen je unterschiedliche Ausprägungen annahmen.

Vom abendländischen Staatsverständnis: die Abendländer und die Demokratie der Bundesrepublik

Nicht nur europäische Ordnungskategorien des deutschen Konservatismus konnten die „Zäsur" von 1945 unbeschadet überstehen. Dies galt ebenso für jene Konzepte der Abendländer, die sich auf die Ordnung der deutschen Gesellschaft bezogen. Auch hier spannt sich ein großer Bogen von den zwanziger bis in die fünfziger Jahre. Denn die Rede vom „Abendland" diente nicht zuletzt während des gesamten Zeitraumes auch dazu, weitergehende Interessen an einer grundsätzlichen Umgestaltung der deutschen Gesellschaft zu transportieren, die sich nicht zuletzt gegen die Entwicklung der modernen Gesellschaft richteten.[174] So war das „Abendland" mehr als eine politische „Antithese zum bürgerlichen Nationalstaat".[175] Vielmehr ging es um eine grundsätzliche Antithese zur Moderne. Die Unzufriedenheit konfessionell geprägter, bürgerlicher Schichten mit der modernen Gesellschaft, ihrem politischen und wirtschaftlichen System, schlug sich in

[173] Ders.: Heiße Eisen. Über den Wiederaufbau Mitteleuropas, in: Neues Abendland 9 (1954), S. 707–718.

[174] Heil, Föderalismus als Weltanschauung, S. 168.

[175] Kurt Sontheimer in bezug auf das „Reich", in: Ders., Antidemokratisches Denken, S. 243.

geschlossenen „Gegenideologien" nieder, wie sie nicht zuletzt, aber auch nicht ausschließlich, im „Abendland" ihren Ausdruck fanden. Dies soll im folgenden durch einen Blick auf das abendländische Staatsverständnis gezeigt werden.

Ausgehend vom personalistischen Gesellschaftsbild der katholischen Soziallehre, entwickelte sich das abendländische Gesellschaftsverständnis, nach welchem dem einzelnen unveräußerliche Rechte zukamen.[176] Allerdings verstanden die Abendländer darunter nicht liberale Freiheits- und Gleichheitsrechte. Denn während der Liberalismus den Menschen vermeintlich auf seine Individualität reduzierte, betonten die katholische Gesellschaftslehre und auch das abendländische Denken von den zwanziger bis weit in die fünfziger Jahre hinein den sozialen Bezug des einzelnen zur Gemeinschaft. Diese sei ebenso wie die Einzelpersönlichkeit Teil einer „gottgewollten Ordnung", und insofern müsse der einzelne Pflichten gegenüber der Gesellschaft übernehmen und mit seinen Interessen ihr gegenüber im Zweifelsfall zurückstehen. Daraus ergab sich eine starke Betonung von Ordnung und Autorität. „Die Überwindung einer falsch verstandenen Freiheit [hin] zur echten Freiheit durch Bindung des einzelnen Menschen an Gott, seine Gebote, das eigene Gewissen und durch Bindung an den Ordo von Gemeinschaft", das war es, was im abendländischen Interesse stand.[177] Aus der Tatsache, daß individuelle Freiheit immer nur begrenzte Freiheit innerhalb der gottgegebenen Gemeinschaft war, ließ sich rasch folgern, daß Ordnung unerläßliche Voraussetzung für Freiheit darstelle: „Freiheit und Ordnung sind Wechselbegriffe; keines kann ohne das andere bestehen. Darum sind sie auch von den gleichen Gefahren bedroht. Das verführerische Ideal der Gleichheit führt mit Notwendigkeit zu einer Einebnung aller Unterschiede, zur Aufhebung des Menschlichen selbst, und es vollendet sich in dem radikalen Willen, die Gleichheit nicht nur der äußeren Lage, sondern auch des menschlichen Denkens und Seins mit den brutalsten Mitteln zu erzwingen [...]. In der höllischen Trinität ‚Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit' schließt eines das andere, jedes das andere aus: Auf dem Boden der Gleichheit gibt es weder Freiheit noch Brüderlichkeit, weil nämlich Freiheit und Brüderlichkeit immer nur in der willigen Anerkennung des anderen als des anderen bestehen kann."[178] Bei diesem auf dem Subsidiaritätsprinzip beruhenden Gesellschaftsmodell speziell abendländischer Ausprägung handelte es sich um ein festgefügtes soziales System mit hierarchischem Aufbau, das einem jeden einen festen Platz innerhalb der Ordnung zuwies. Das abendländische Gesellschaftsverständnis war gekennzeichnet von einer Ablehnung sozialer Mobilität, statt dessen

---

[176] Diese Grundrechte des Menschen schlossen im abendländischen Verständnis neben der Religionsfreiheit auch das Recht auf „innere Freiheit", auf „Ehre, Freiheit, Selbstbestimmung, Leben, Eigentum, Arbeit" und freie Berufswahl oder das Eigenrecht der Familie auf Erziehung ein. Vgl. z. B.: Boe, Ludwig: Bürgertum und Proletariat, in: Neues Abendland 4 (1949), S. 171–176, hier S. 175.

[177] Ankündigung der Jahrestagung der Abendländischen Akademie vom 26.–31. 7. 1953 in Eichstätt, in: Neues Abendland 8 (1953), S. 447.

[178] Stählin, Wilhelm: Das Begriffsfeld der Ordnung, in: Neues Abendland 8 (1953), S. 601–608, hier S. 607.

verlangte es feste soziale Gruppierungen, denen der einzelne angehören solle und die er auch nicht verlassen könne.[179]

Konsequenterweise wehrten sich die Abendländer wiederholt, gerade in den fünfziger Jahren, als den Zeitgenossen einerseits die durch die Umwälzungen der Kriegs- und Nachkriegszeit hervorgerufene erhöhte soziale Mobilität stärker ins Bewußtsein rückte, sich andererseits die sozialen Auswirkungen des „Wirtschaftswunders" bemerkbar zu machen begannen, gegen die „nivellierenden Tendenzen der Epoche".[180] Das Ergebnis solcher Auflösungstendenzen konnte in ihren Augen letztlich nur negativ sein: „Indem jedoch die Ordnung als solche negiert wird, mißlingt das eigentliche Ziel einer Gesellschaftsreform, an ihre Stelle tritt der Kampf aller gegen alle, das Ende ist das Chaos."[181] Nur durch Stärkung der gesellschaftlichen „Keimzelle", der Familie, und durch religiös-moralische Erziehung könne dem Chaos vorgebeugt werden.[182]

Aus diesem Gesellschaftsbild leitete sich das abendländische Staatsverständnis ab. „Der Staat ist [...] ein Teil der natürlichen Schöpfungsordnung, im Menschen potentiell angelegt, dabei in seiner Ausgestaltung dessen Freiheit überantwortet, mit dem Ziel, dem Menschen zu dienen und die Ordnung menschlichen Zusammenlebens zu gewährleisten."[183] Der Staat sei Teil der subsidiär geformten Gesellschaft, um die schwächeren Glieder der Gemeinschaft zu schützen. Daß der Staat dafür Macht und Autorität benötige, der sich der einzelne Mensch zu seinem eigenem Wohl beugen müsse, stand für die Abendländer außer Frage, leitete sich diese Überzeugung doch aus der Auffassung über eine hierarchische Gesellschaftsstruktur ab.[184] Konsequenterweise beklagte die Abendländische Bewegung von den zwanziger bis in die fünfziger Jahre hinein den „Verfall von Autorität" als „Zeiterkrankung".[185]

Seine Macht bezog der Staat im abendländischen Verständnis „nicht durch einen Gesellschaftsvertrag, der eine reine Fiktion ist, sie steht ihm vielmehr wesensmäßig zu, so wie dem Vater in der Familie von Natur die väterliche Gewalt zukommt".[186] Staatliche Macht könne daher nur in Gottes Willen und damit im Naturrecht ihren Ursprung, damit freilich aber auch ihre Grenzen finden. „Das Recht bedarf zwar der Macht zu seiner Realisierung, aber es beruht nicht auf ihr,

---

[179] Eine ideal geordnete Gesellschaft sahen die Abendländer im Mittelalter verwirklicht: „Im Bewußtsein der Menschen war diese Gesellschaftspyramide eine natürliche Ordnung, in dem Sinn, daß sie letzten Endes von Gott gewollt war." Vgl. Kroll, Grundlagen abendländischer Erneuerung, S. 22.

[180] Franzel, Emil: Die nivellierenden Tendenzen der Epoche, in: Neues Abendland 7 (1952), S. 17–30, hier S. 17.

[181] Kroll, Grundlagen abendländischer Erneuerung, S. 23.

[182] Vgl. zu diesen Themen auch die Magisterarbeit der Autorin: Plichta (jetzt Conze), Bollwerk christlicher Kultur.

[183] Kroll, Grundlagen abendländischer Erneuerung, S. 49.

[184] Ibach, Helmut: Politik auf kurze Sicht, in: Neues Abendland 7 (1952), S. 617–620, hier S. 620, in diesem Sinne vgl. auch: Ders.: An der falschen Front, in: Neues Abendland 8 (1953) S. 47–49.

[185] Steeruwitz: Kulturkritik nach Weltwirtschaftsplan, in: Abendland 1 (1946), S. 135–138, hier S. 136.

[186] Kroll, Grundlagen abendländischer Erneuerung, S. 49.

sondern gibt umgekehrt jener erst den Charakter moralischer Gegründetheit und ihren Anordnungen Verpflichtungscharakter."[187] Vor und nach 1945 galt der Kampf der Abendländer also einer Durchsetzung bzw. Besinnung auf das Naturrecht. Nach dem Zweiten Weltkrieg verstärkte sich dieser Kampf noch einmal mit dem Argument, nur die sittlichen Grundlagen des Naturrecht könnten totalitären Tendenzen in Zukunft vorbeugen. Die Arbeiten Ernst von Hippels, Vorstandsmitglied der Abendländischen Akademie, zeigen diese Kontinuität im abendländischen Wirken beispielhaft. Bereits vor 1933 und auch in den Jahren des „Dritten Reiches" hatte sich der Jurist für einen erneuerten Rechtsbegriff eingesetzt: „Das Recht ist [...] seinem Wesen nach Ausdruck der göttlichen Weltenordnung, die sich als Wissen um Recht und Unrecht im Menscheninnern offenbart."[188] Nur eine föderative Staats- und Gesellschaftsordnung, die sich auf naturrechtliche Grundlagen berufe, könne das Abendland vor dem Bolschewismus schützen, diese Argumentation vertrat Hippel vor wie nach 1945 unverändert.[189]

Die Verfassung, als Fixierung der Ordnung menschlicher Gemeinschaft, bedeutete den Abendländern konsequenterweise „nicht einfach ein Rechenexempel und eine juristische Spielerei, sondern Dienst an der Idee des Rechts". Sie könne „nur auf Gott gegründet werden. Eine Verfassung schaffen, heißt daher, die Wirklichkeit Gottes anerkennen".[190] Damit waren die Forderungen der Abendländer an die nach 1945 entstehenden Länderverfassungen bzw. das Grundgesetz vorbestimmt. Das Prinzip der Volkssouveränität wurde schlicht negiert: „Der Satz, daß alle staatliche Gewalt vom Volke auszugehen habe, ist in die neuen Verfassungen nicht aufzunehmen."[191]

Aus der Vorstellung vom Staat als Ergebnis eines Gesellschaftsvertrages, einer der „großen Illusionen der Menschheit",[192] habe sich das historische „Konzept der modernen Formaldemokratie" entwickelt, welche, dies ist bereits an früherer Stelle angeklungen, nach abendländischer Vorstellung von totalitären Systemen immer nur einen kleinen Schritt entfernt war.[193] Aus der Ablehnung des Vertragsrechtes und des Gleichheitsprinzips, tragenden Säulen der parlamentarisch-demokratischen Ordnung, sowie der Auffassung von den „totalitären Tendenzen" demokratischer Ordnungen ergab sich eine negative Haltung der Abendländer gegenüber dem demokratischen Verfassungsstaat.

---

[187] Hippel, Ernst von: Staat und Moral, in: Neues Abendland 2 (1947), S. 161–164, hier S. 163.

[188] Ders., Mensch und Gemeinschaft, S. 145. Vgl. auch: Teil I, Kap. I.2.

[189] Aber auch andere Abendländer forderten diesen Bezug auf naturrechtliche Grundlagen, vgl. z. B. Kroll, Grundlagen abendländischer Erneuerung, S. 120–126.

[190] Franzel, Emil: Zur Verfassung des Deutschen Bundes, in: Neues Abendland 3 (1948), S. 257–260, hier S. 257.

[191] Laforet, Georg: Das Volk als Verfassungsgeber, in: Neues Abendland 1 (1946), S. 1–4, hier S. 4. Mit dieser Forderung an die verfassunggebenden Organe standen die Abendländer übrigens in einer Linie mit der katholischen Kirche, vgl. Schewick, Die katholische Kirche und die Entstehung der Verfassungen, S. 111–121.

[192] Hippel, Ernst von: Rousseaus Staatslehre als Mystik der Menschheit, in: Neues Abendland 6 (1951), S. 337–345, hier S. 337.

[193] Ders.: Ungeschriebenes Verfassungsrecht, in: Neues Abendland 7 (1952), S. 201–211, hier S. 210.

Somit standen die Abendländer auch den deutschen Demokratien der zwanziger und der fünfziger Jahre skeptisch gegenüber. In den zwanziger Jahren, als man die Außenpolitik der Republik stützte, fanden sich zwar gelegentlich Stimmen, die der Meinung waren, die Demokratie sei die „Staatsform der Zukunft"[194]. Doch selbst das Bekenntnis „Wir sind stolz auf unsere junge Demokratie" konnte bereits damals nicht ohne den Hinweis daherkommen: „... aber man zerrt sie hin und her im Parteikampf, der sie zermürbt und entnervt."[195] Die grundsätzliche Überzeugung, es bestehe ein „unüberbrückbarer Gegensatz der Begriffswerte ‚katholisch' und ‚Partei'", machte bereits in der Zeitschrift *Abendland* das Bekenntnis zum Weimarer Staat nur zu einem halbherzigen.[196] Selbst die mehr oder weniger „vernunftrepublikanischen" Vertreter im *Abendland* enthielten sich beinahe nie des Hinweises, daß grundsätzliche Veränderungen im Verfassungsgebäude unumgänglich seien und der Weg – weg von der „Formal-" und „Massendemokratie" – hin zu einer „christlichen Demokratie" führen müsse. Diese sollte subsidiär und föderativ geordnet sein und bezog ihre Kernelemente im abendländischen Denken entweder aus der katholischen Staatslehre oder aber aus den ständestaatlichen Konzepten Othmar Spanns. Dessen „Universalismus" gegenüber der „individualistischen Staatsauffassung" des Liberalismus galt als theoretischer Leitfaden.[197].

Diese, wenn auch zwiespältige Verbundenheit mit der Republik verlor sich allerdings im „Abendland" Anfang der dreißiger Jahre vollständig: Je stärker das „Reich" an Einfluß gewann und zur einheitsstiftenden Kategorie im deutschen Konservatismus wurde, desto deutlicher wurde die abendländische Kritik an der Demokratie und desto lauter wurden die Rufe nach „Führertum" und „Gemeinschaft" als zentralen Elementen eines zu gründenden „Reiches". Auch wenn die Hoffnungen, zusammen mit der nationalsozialistischen „Bewegung" einen „Christlichen Ständestaat" bzw. ein erneuertes Sacrum Imperium verwirklichen zu können, schon bald nach der „Machtübernahme" verpufften, die Sehnsucht nach Autorität und Ordnung sollte dem „Abendland" erhalten bleiben.

Dies wurde mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland deutlich, als sich die Abendländer mit Kritik am neuen Staat nicht zurückhielten. Man begab sich in offene Opposition gegen die parlamentarische Demokratie. Das Werk des Parlamentarischen Rates wurde als „souveräne Verachtung der deutschen Geschichte", als „zentralistischer deutscher Bund",[198] als „künstliches Gebilde"[199] bezeichnet. In den Augen der Abendländer hatte sich mit der „Formaldemokra-

---

[194] Vgl. Platz, Hermann: Der Realismus der christlichen Demokratie Don Sturzos, in: Abendland 2 (1926/27), S. 135–137, hier S. 137.

[195] Lauscher, Albert: Freie Reichsländer. Ein neuer Weg zur Lösung der deutschen Frage, in: Abendland 3 (1928), S. 67–70.

[196] Moro, Gerolamo Lino: Die Krise im italienischen Popularismus, in: Abendland 1 (1925/26), S. 367–371.

[197] Vgl. u. a. Richl, Hans: Othmar Spann, sein Werden und Werk, in: Abendland 1 (1925/26), S. 252–254.

[198] Kroll, Grundlagen abendländischer Erneuerung, S. 51.

[199] Laforet, Georg: Der Bonner Parteienstaat, in: Neues Abendland 4 (1949), S. 234–236, hier S. 234.

tie" genau jener Staat gebildet, „dessen Rechtsbegriffe von zufälligen Mehrheitsentscheidungen abhängen"[200], und dem das gleiche Schicksal wie der Weimarer Republik drohe. Der nur unzureichend verwirklichte Föderalismus werde sich in Zeiten außenpolitischer Bedrohung wie jenen des Kalten Krieges als fatal erweisen: „Das ‚Schottensystem' föderalistischer Staaten sichert sie [die Republik] gegen Einbrüche fremder Ideologien und Mächte, auch wenn an irgendeiner Stelle ein Leck vorhanden ist. Im zentralistischen Staat dringt durch solch ein Leck sogleich die Flut der fremden Ideologien ungehemmt ein. [...] Das zentralistische Deutschland wird es schwer haben, sich gegen die rote Flut zu wehren."[201]

Diese Kritik an der jungen Demokratie verbanden die Abendländer mit der Anschuldigung, daß der neue Staat eigentlich kein deutsches Gebilde sei: „Das Bonner Grundgesetz ist als Ganzes ein Werk der westlichen Besatzungsmächte"[202], während die Deutschen eigentlich dem Ruf nach einer Verfassungsbildung nicht hätten folgen wollen: „Wir kennen kein Beispiel, daß jemals in der Geschichte eine Staatsordnung, eine Verfassung unter so trüben Auspizien geschaffen worden wäre."[203] Zu diesen anti-alliierten Äußerungen gesellte sich die Feststellung, daß die „Republik" eigentlich keine deutsche, sondern eine „westliche" Staatsform sei,[204] und daß man sich besser auf andere, traditionelle Staatsformen, wie die Monarchie oder ständische Gliederungsmodelle, hätte besinnen sollen. Diese auf konservativer Seite seit langem zu findende Argumentationslinie eines nicht-westlichen deutschen Sonderbewußtseins setzte sich auf diese Weise bis weit in die fünfziger Jahre hinein fort.

Die Untauglichkeit des demokratischen Prinzips sahen die Abendländer schon bald in der Parteienlandschaft der Bundesrepublik bestätigt, und sie schütteten Hohn und Spott über den Parlamentarismus und seine Funktionsweise aus. Dabei wurden sie deutlicher, als dies in den Jahren der Weimarer Republik je der Fall gewesen war, selbst nach 1930. Daß die SPD in diesem Zusammenhang keine Sympathie der Abendländer erlangte, braucht kaum näher erläutert zu werden. Aber auch die bürgerlichen Parteien konnten die Abendländer in den frühen fünfziger Jahren nicht vom Wert des Parteienstaates überzeugen. Der einzige Trost, der sich den Abendländern in dieser Situation bot, war die Vorstellung, daß es sich bei dem neugegründeten Staat nur um ein stehendes „Behelfsheim [handele], das nicht den Anspruch darauf erheben kann, Abbild einer endgültigen Ordnung zu sein"[205], und das mit der Wiedervereinigung seine Form verlieren werde. Gerade die 1951 entstehende Abendländische Aktion machte sich diesen Standpunkt zu eigen. Mit

---

200 Demokratie und Papier, in: Neues Abendland 6 (1951), S. 258.

201 Murner (i.e. Emil Franzel): Berlin und Bonn, in: Neues Abendland 4 (1949), S. 360–363, hier S. 363/364.

202 Laforet, Georg: Der Bonner Parteienstaat, in: Neues Abendland 4 (1949), S. 234–236, hier S. 234.

203 Franzel, Emil: Zur Verfassung des deutschen Bundes, in: Neues Abendland 3 (1947), S. 257–260, hier S. 257.

204 Martini, Wilfried: Die Entartung der Politik, in: Neues Abendland 7 (1952), S. 1–10, hier S. 10.

205 Zur ersten Kundgebung der Abendländischen Aktion, in: Neues Abendland 7 (1952), S. 242–245, hier S. 242.

der Begründung, aus Angst vor dem „Einsturz" des labilen gegenwärtigen Systems ein „Ordnungsbild" für kommende Zeiten entwerfen zu wollen, machte die Abendländische Aktion fundamentale Umgestaltungsansprüche geltend. Umsturzabsichten waren damit jedoch nicht verbunden: „Die Abendländische Aktion erkennt darüber hinaus an, daß auch die in einer Formaldemokratie nach der Lehre vom Gesellschaftsvertrag zustande gekommene Staatsgewalt von Gott ist, sie fordert daher von ihren Anhängern gegenüber einem solchen Staat gebührenden Gehorsam."[206] Statt dessen ging es den Abendländern darum, die Bevölkerung, insbesondere intellektuelle Kreise, auf die mit der Wiedervereinigung zu erwartende Diskussion um die staatliche Gestalt Deutschlands vorzubereiten, um dann „Enttäuschungen", wie man sie 1949 erlebt hatte, vermeiden zu können.

Die Enttäuschung der Abendländer über das westdeutsche Staatswesen war nicht zuletzt deshalb so groß, weil man sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges große Hoffnungen auf eine christlich-autoritäre Ausformung des staatlichen Systems gemacht hatte, wohl auch in dem Glauben, aufgrund der starken moralischen Position, die der Katholizismus in dieser Periode einnahm, mit den eigenen Forderungen erfolgreich zu sein. Diese Hoffnungen hatten sich allerdings mit Gründung der Bundesrepublik zerschlagen, und so klammerten die Abendländer sich in den ersten Jahren an die Erwartung, die Wiedervereinigung werde die Frage nach der idealen Staatsform erneut stellen. Die weltpolitische Situation ließ allerdings die Aussicht auf Wiedervereinigung rasch schwinden und mit ihr jene auf eine grundsätzliche Veränderung des Staatswesens. Immerhin führte der abendländische Antikommunismus dazu, daß man der Westbindung der Bundesrepublik eindeutig den Vorzug gab vor einer Wiedervereinigung unter neutralistischen Vorzeichen. Dafür war man sogar bereit, sich gezwungenermaßen mit der „Formaldemokratie" in Westdeutschland abzufinden.

Nur langsam veränderte die abendländische Bewegung ihre Haltung gegenüber der westdeutschen Demokratie. So wenig man den Grundregeln der „Formaldemokratie" positiv gegenüberstand, so sehr ermöglichte doch der erste Kanzler der Bundesrepublik, Konrad Adenauer, eine zumindest gewisse Annäherung der Abendländer an das bestehende System und söhnte sie zumindest partiell mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik aus.[207] Konrad Adenauer nahmen die Abendländer von ihrer Kritik an der staatlichen Ordnung der Bundesrepublik und an den einzelnen Parteien aus. Das *Neue Abendland* zollte ihm, den man über den „Parteienzwist" erhaben glaubte, schon bald über alle Maßen Respekt und Anerkennung. „Ein gütiges Geschick" habe „neben so vielen Nieten aus dem Losbeutel der Parteien den einen Treffer beschert".[208] Die

---

[206] Ebenda.

[207] Hier handelte es sich um einen ganz ähnlichen Vorgang wie innerhalb des westdeutschen Katholizismus. Vgl. Doering-Manteuffel, Kirche und Katholizismus in der Bundesrepublik, S. 123–127.

[208] Franzel, Emil: Der Kanzler. Zum 75. Geburtstag Dr. Konrad Adenauers am 5. 1. 1951, in: Neues Abendland 6 (1951), S. 1–3, hier S. 1. Vgl. auch: Ders.: Von Bismarck zu Adenauer, in: Neues Abendland 6 (1951), S. 51–65, hier S. 63, wo der Kanzler als „in abendländisch-römischer Tradition fest verwurzelter Katholik", als „genialer Amateur" und „echter Demokrat" erschien. Er habe den „Blick für die Realitäten, den Mut zur Verantwortung, die

positive Beurteilung Konrad Adenauers hatte zwei Grundlagen: Zum ersten sahen die Abendländer, im rheinisch-katholischen Bundeskanzler einen Mann der „richtigen" Weltanschauung.[209] Adenauers häufiger Gebrauch des Wortes Abendland, seine Rhetorik vom „christlichen Europa" interpretierten die Abendländer als Nähe zu den eigenen Konzepten.[210] Die Tatsache, daß der Kanzler mit seiner auch ideell verankerten Westintegrationspolitik, welche wiederum die Europa-Union an Adenauer band, vielen Überzeugungen der Abendländer widersprach, übersahen sie.[211]

Einen zweiten Grund hatte die abendländische Sympathie für Konrad Adenauer im Regierungsstil des Kanzlers. Die autoritären Züge im Führungsstil Adenauers, die ihren Niederschlag im Begriff der „Kanzlerdemokratie"[212] fanden, entsprachen den abendländischen Vorstellungen von „Autorität". Gerade das „unkollegiale" Prinzip, durch welches Adenauer das Kabinett von Entscheidungen fernhielt und als „Quasimonarch" die Herrschaft in Händen hielt, bedeutete den Abendländern die einzige Möglichkeit, die „Diktatur der Parteien" zu überwinden. Aufgrund dieses Regierungsstils blieb in abendländischen Augen das durch den „Parlamentarismus" drohende Chaos aus. So fanden die Abendländer ihr Plädoyer für autoritäre Führung in der Verfassungsrealität eingelöst durch den ersten Kanzler der Bundesrepublik.

Für die Abendländer war dieses Lob für Adenauers Kanzlerdemokratie eigentlich aufgrund ihrer tiefgreifenden Parteienskepsis nicht zu erwarten gewesen. Seit den zwanziger Jahren forderten sie, der Vermassung einer „Formaldemokratie" durch Elitenbildung entgegenzutreten, da Demokratie ihnen zuvorderst eine Frage der „Auslese" war:[213] „Die Kraft und Lebensfähigkeit eines Volkes erwächst primär dem geistigen Rang, der Konsistenz und der Fluktuation einer Oberschicht, die volksführend und staatsbestimmend wirkt."[214] So erachteten es die Abendländer als dringend notwendig, „den Massebrei wieder in eine echte Rangordnung mit dem Ziel der Herausbildung einer wirklichen Elite zu gliedern

---

Freude am großen Entschluß, die Kaltblütigkeit, die Eleganz des Fechters" und bringe die Kraft zum „Festhalten am Wesentlichen, die Bereitschaft zum Kompromiß und die taktische Wendigkeit" mit, die ein wahrer Politiker benötige.

209 Doering-Manteuffel, Die Bundesrepublik in der Ära Adenauer, S. 31.

210 Ebenda, S. 32. Zur Verwendung des Begriffes „Abendland" durch Konrad Adenauer siehe z. B. Doering-Manteuffel, Rheinischer Katholik im Kalten Krieg. Jost, Der Abendland-Gedanke. Weidenfeld, Konrad Adenauer und Europa.

211 Vgl. hierzu die Zusammenfassung.

212 Vgl. zur „Kanzlerdemokratie" Doering-Manteuffel, Strukturmerkmale der Kanzlerdemokratie.

213 Vgl. z. B.: Laforet, Georg: Verfassungskrisis, in: Neues Abendland 3 (1948), S. 110–115. Kipp, Heinrich: Verfassungsschutz, in: Neues Abendland 3 (1948), S. 369–372. Corolian: Mittlere Demokratie, in: Neues Abendland 5 (1950), S. 31. Ders.: L'état c'est le député, in: Neues Abendland 5 (1950), S. 301. Franzel, Emil: Die nivellierenden Tendenzen der Epoche, in: Neues Abendland 7 (1952), S. 17–30. Herre, Franz: Bundesrepublikanisches Paradoxon, in: Neues Abendland 9 (1954), S. 359–361. Hülsmann, Bernhard: Politische Axiome, in: Neues Abendland 10 (1955), S. 79–86. Ludwig, Heinrich: Gegenwart, Elite und Tradition, in: Neues Abendland 12 (1957), S. 216–224.

214 Hülsmann, Bernhard: Politische Axiome, in: Neues Abendland 10 (1955), S. 79–86, hier S. 86.

und den politischen Raum mit dem Pathos einer echten Staatsidee zu füllen".[215] Doch die Vertreter der politischen Parteien stellten nach abendländischem Verständnis eine solche Elite nicht dar. Hier findet das bereits in der Zwischenkriegszeit von den Abendländern an den Tag gelegte „überparteilich-unpolitische" Verhalten seine Fortsetzung. Die Sehnsucht nach einer „Volksgemeinschaft", einem dem „Parteienstaat" gegenüberstehenden „Volksstaat", der nicht von parteipolitischen Interessen „zerfressen" würde, hatte schon das abendländische Staatsideal der Zwischenkriegszeit geprägt.[216] Diese grundsätzliche Skepsis Parteien gegenüber, die dem abendländischen Weltbild seit der Zwischenkriegszeit zu eigen gewesen war, begann sich auch in den fünfziger Jahren nur langsam zu wandeln. Endgültig sollten die Abendländer erst im Verlauf der sechziger Jahre zu einem entspannteren Verhältnis gegenüber dem Parteienstaat finden.

Eingeleitet wurde das partielle Arrangement der Abendländer mit der ungeliebten Demokratie und auch mit dem Parteiensystem im Gefolge Adenauers. Der Sieg der Unionsparteien bei der Bundestagswahl 1953 trug hierzu zusätzlich bei. Denn bei aller grundsätzlichen Ablehnung von Parteien konstatierte man nun, in der CDU hätten sich Menschen „aus christlichem Bekenntnis" und jenseits aller Konfessionalität zusammengefunden.[217] Nach dem Wahlerfolg müsse nun der „Unions"-Gedanke „nachträglich mit Bewußtsein gefüllt werden": Nicht mehr Konfessionalismus, nicht mehr Nationalismus oder Klassenkampf hätten zu gelten,[218] statt dessen bestünde jetzt die Chance, eine neue Einheit zumindest innerhalb eines Teils des Volkes zu finden. Damit war die Union den Abendländern „kein Zweckbündnis, sondern als Ganzes mehr als die Summe ihrer Teile".[219] Sie wurde für die abendländischen Konzeptionen zumindest teilweise vereinnahmt: Indem man ihr den Parteiencharakter absprach, konnte sie nun im abendländischen Sinn als „organische Gemeinschaft" in Dienst genommen werden. Die alte abendländisch-konservative Vorliebe für „Überparteiliches" schlägt hier in der Beurteilung der Unionsparteien in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre wieder durch. Zwar täuschten sich die Abendländer Mitte der fünfziger Jahre gründlich, wenn sie glaubten, die Union entspräche ihren eigenen Vorstellungen, wäre also eigentlich gar keine politische Partei, sondern eine „organische Gemeinschaft", für welche die üblichen parteipolitischen Spielregeln keine Gültigkeit hätten. Dennoch sollte die, wenn auch gewissermaßen unter „falschen" Voraussetzungen stattfindende, Annäherung an die Union langsam aber sicher auch zu einer Akzeptanz von Parteien als Teil des politischen Systems führen – wenn dieser Prozeß auch erst Anfang der sechziger Jahre abgeschlossen war. Jene Abendländer, die aktiv politisch in den Reihen der Union tätig waren, hatten erheblichen Anteil an

---

[215] Ebenda.

[216] Vgl. bspw. Dempf, Alois: Individualistische und universalistische Staatsauffassung, in: Abendland 2 (1926/27), S. 72–74.

[217] Stickrodt, Georg: Tagespolitik und kirchliche Verantwortung, in: Neues Abendland 9 (1954), S. 13–22. Zum Anspruch der CDU auf Überkonfessionalität und den damit auftretenden Problemen siehe: Doering-Manteuffel, Die „Frommen" und die „Linken".

[218] Ibach, Helmut: Meist ist es später, als Du denkst, in: Neues Abendland 9 (1954), S. 1f., hier S. 2.

[219] Herre, Franz: Die Union ist mehr, in: Neues Abendland 9 (1954), S. 101–103, hier S. 103.

dieser Entwicklung. Wenn sich Männer wie Richard Jaeger oder Hans-Joachim von Merkatz in den Reihen der Abendländischen Bewegung engagierten, in der die traditionelle Parteien- und Demokratieskepsis der Zwischenkriegszeit weiterlebte, gleichzeitig aber als Bundestagsabgeordnete oder gar Bundesminister Vertreter dieser Demokratie waren, so entwickelte sich hier eine Dichotomie, die sich nur in den frühen fünfziger Jahren vertreten ließ, als traditionelle Konzepte noch weitgehend akzeptiert waren. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, mit der Etablierung der westdeutschen Demokratie, waren es gerade jene offiziellen Vertreter der Bonner Republik, die auf den Boden der Tatsachen fanden und die Abendländische Bewegung in Richtung Akzeptanz des Systems führten.[220]

Doch bis mindestens Mitte der fünfziger Jahre blieb die „Wiederherstellung einer hierarchisch-autoritären Staatsordnung",[221] in der der Rechtsstaat durch die Bindung an ein göttliches Naturgesetz abgesichert sein, eine Elite „Parteiendiktatur" verhindern und die Volkssouveränität so weit als möglich eingeschränkt werden sollte, das Ziel der Abendländer. Obwohl die Ziele damit ähnlich gesteckt waren wie schon in der Zwischenkriegszeit, scheint es, als hätten die Abendländer nach dem Zweiten Weltkrieg diese Politikkonzeptionen noch deutlicher formuliert als in den zwanziger und dreißiger Jahren. Dies mag mit verschiedenen Faktoren zusammenhängen: Man glaubte bis in die fünfziger Jahre hinein, daß es, angesichts des für eine „Übergangszeit" gestalteten „Notbaus der Bonner Bundesrepublik",[222] tatsächlich die Möglichkeit einer grundsätzlichen Neuordnung geben werde. Selbst nach Gründung der Bundesrepublik schienen Planungen für die Zeit nach der Wiedervereinigung, wenn das „Provisorium" des Grundgesetzes aufgehoben würde, legitim. Mitte der fünfziger Jahre sollten die abendländischen Positionen dann erstmals in die Kritik geraten. Und gerade in Reaktion auf diese Kritik formulierten die Abendländer ihre politischen Überzeugungen um so deutlicher, etwa auf der Jahrestagung der Abendländischen Akademie 1956. In den zwanziger und dreißiger Jahren hingegen waren staatspolitische Vorstellungen dieser Art in konservativen Kreisen weit verbreitet gewesen und bedurften keiner weiteren Erläuterung.

Ein erneuerter Konservatismus als Zielpunkt abendländischer Interessen

Angesichts dieser Positionen verwundert es kaum, daß die in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre noch spürbare Zurückhaltung der Abendländer gegenüber dem Begriff „konservativ" in den fünfziger Jahren aufgegeben wurde. Mit dem Einzug Emil Franzels in die Redaktion erfuhr der Begriff „Konservatismus" im *Neuen Abendland* schlagartig eine positive Wertung. Damit griff die abendländische Bewegung gleichzeitig Bezüge zur „Konservativen Revolution" wieder auf. Schon 1936 hatte Franzel die „Konservative Revolution des Abendlandes" gefor-

---

220 Vgl. hierzu Teil I, Kap. II.3.

221 Franzel, Emil: Die nivellierenden Tendenzen der Epoche, in: Neues Abendland 7 (1952), S. 17–30, hier S. 25.

222 Heydte, Friedrich August von der: Die übernationale Ordnung, in: Staat, Volk, übernationale Ordnung, S. 88–99, hier S. 89.

dert, und er bezeichnete sich und die abendländische Bewegung der Zwischenkriegszeit nach 1945 dezidiert als der „Konservativen Revolution" zugehörig, der Franzel schon seit den dreißiger Jahren jede geistige Nähe zum Nationalsozialismus absprach; über ihre (und seine eigenen) teils engen Bezüge zum „Dritten Reich" ging er schlicht hinweg.[223]

Der Konservatismus wurde in den fünfziger Jahren als einzig wertvolle politische Lebensform gegenüber anderen Alternativen bezeichnet: „Es hat sich gezeigt, daß nur der Konservatismus im Stande ist, Freiheit und Würde des einzelnen zu schützen, denn der [...] entartete Liberalismus ist immer in Gefahr, in den Cäsarismus umzuschlagen. Ebenso ist der Sozialismus in allen seinen Formen [...] unfriedlich."[224] Neben der Rechristianisierung war die konservative politische Grundhaltung für die Abendländer eine unabdingbare Voraussetzung, um im „Zweifrontenkampf" zu überleben und so die „konservative Wiedergeburt des christlichen Abendlandes"[225] durchzusetzen.

Allerdings stilisierten die Abendländer den Konservatismus bald zu mehr als einer rein politischen Haltung, die man beliebig annehmen oder ablehnen konnte. Er wurde zu einer „Lebensform", die „sich niemals in begrifflichen Definitionen und rationalen Konstruktionen erschöpfen"[226] könne. Damit übernahm die abendländische Bewegung ein für konservatives Denken typisches Argumentationsmuster, welches darin besteht, eben kein politisches Programm oder eine Ideologie zu vertreten, sondern konservativ zu *sein*.[227] Zu den wichtigsten Merkmalen dieser konservativen Lebensform zählte für die Abendländer die enge Verbindung zum Christentum. Der Glaube an eine „ewige, allen Dingen der Schöpfung eingegebene göttliche Ordnung" und ihre „Analyse"[228] führte zu den Elementen, die innerhalb des abendländischen Konservatismus konstitutiv waren: die Anerkennung der Schöpfungsordnung und des Naturrechtes, die Einbindung der Gegenwart in die historische Tradition, die Forderung nach Schutz der Familie und der patriarchalen Strukturen, die Anerkennung von gesellschaftlicher und politischer Autorität, damit einhergehend, die Verwerfung abstrakter Gleichheit und Freiheit, die Anerkennung des Privateigentums, des Rechtes auf Heimat, die Ablehnung der Technik als einer „Frucht des Sündenfalls".[229]

Mit der positiven Bewertung des Begriffes „konservativ" ab etwa 1948/49 sahen sich die Abendländer nun gezwungen, ihre eigene Position nach „rechts" abzugrenzen. So lange man schlicht feststellen konnte, die anderen, die Konservativen stünden rechts, man selbst jedoch sei „föderal"(aber nicht konservativ), hatte diese Positionsbestimmung nicht erfolgen müssen. Den Vorwurf der „Restauration",

---

223 Franzel, Abendländische Revolution, S. 256.
224 Zitat Robert Ingrim, in: Neues Abendland 5 (1950), S. 357.
225 Merkatz, Hans-Joachim von: Aufgaben und Möglichkeiten einer konservativen Politik, in: Konservative Haltung in der politischen Existenz, S. 40–49, hier S. 45.
226 Ebenda, S. 41.
227 Grebing, Konservative gegen die Demokratie, S. 22.
228 Stählin, Wilhelm: Konservative Haltung in der politischen Existenz, in: Konservative Haltung in der politischen Existenz, S. 12–26, hier S. 22.
229 Wenger, Paul Wilhelm: Aufgaben und Möglichkeiten einer konservativen Politik, in: Konservative Haltung in der politischen Existenz, S. 50–70, hier S. 59.

welcher Anfang der fünfziger Jahre in den *Frankfurter Heften* geäußert wurde und der bald zum Schlagwort avancierte,[230] hatten die Abendländer bereits in den ersten Jahren nach Kriegsende erhoben: Sie prangerten, wie gesehen, in diesen Jahren die „Restauration" des deutschen Geschichtsbildes an.[231]

Ab Anfang der fünfziger Jahre versuchten die Abendländer dann allerdings den Begriff der „Restauration" positiv zu belegen und als seinen Gegensatz den der „Reaktion" zu prägen. Auch damit argumentierten sie „klassisch" konservativ.[232] Als „reaktionär" wurden im *Neuen Abendland* jene beschimpft, die nur Strukturen oder Denkhaltungen der Weimarer Republik wiederherstellten. Man selbst indes habe diese „Reaktion" überwunden, und sei statt dessen zu wahrer, wertvoller „Restauration" zurückgekehrt: mit der Orientierung an vor-nationalstaatlichen Strukturen wie überhaupt der Forderung nach einer Rückkehr zu vormodernen Zuständen.[233] Hiermit grenzte man sich deutlich von den *Frankfurter Heften* ab, deren „Linkskatholizismus" die Abendländer zutiefst mißtrauten. Da einer der Herausgeber der *Frankfurter Hefte*, Eugen Kogon, gleichzeitig auch Präsident der Europa-Union war, deuten sich gravierende Unterschiede in den Stellungnahmen der hier betrachteten Europagruppierungen an.[234] Die Debatten über „Restauration", „Reaktion" und das eigene Staatsverständnis bildeten die ideelle Grundlage für völlig unterschiedliche Europavorstellungen.

Je schwächer der anti-preußische Affekt im *Neuen Abendland* zu Beginn der fünfziger Jahre wurde, um so deutlicher spürt man die Bemühungen um eine Verbreiterung des konservativen Lagers. Mit der Verschärfung des Kalten Krieges ging es den Abendländern immer weniger darum, sich primär von protestantischen Konservativen abzugrenzen, wie dies noch in den ersten Nachkriegsjahren der Fall gewesen war. Statt dessen kam es nun eher darauf an, eine geschlossene konservativ-christliche Front im Kampf gegen den atheistischen Osten und den liberalen Westen zu bilden. Das „kämpferische Gottlosentum"[235] des Ostens wie des Westens ließ für Richtungskämpfe innerhalb der konservativen „Front" nach abendländischer Vorstellung keinen Raum mehr. Nun kam es den Abendländern darauf an, alle christlichen Kräfte zu sammeln, was sich eben auch in der organisatorischen Ausdifferenzierung der Abendländischen Bewegung niederschlug. Erst die Bemühungen, einen „neuen" Konservatismus im Kalten Krieg zu schaffen, führten zu einem über die rein publizistische Ebene hinausgehenden Engagement der Abendländer. Denn ebenso wie im „Grundgedanken der Aussprache auf europäisch-abendländischer Ebene" für die abendländische Bewegung der Kern

---

230 Vgl. Schwarz, Die Ära Adenauer, S. 446–453.

231 Vgl. Teil I, Kap. II.1.

232 Grebing, Konservative gegen die Demokratie, S. 23.

233 Vgl. z. B.: Franzel, Emil: Die restaurativen Tendenzen der Epoche, in: Neues Abendland 6 (1951), S. 529–542. Schütz, Paul: Restauration und Tradition, in: Neues Abendland 9 (1954), S. 221–224.

234 Vgl. Teil II, Kap. II.1. Die *Frankfurter Hefte* konnten der Abendland-Idee ebensowenig etwas abgewinnen, wie die Abendländer dem Linkskatholizismus. Vgl. rückblickend: Dirks, Das christliche Abendland.

235 Franz Xaver Schönmetzler bei den Jubiläumsfeierlichkeiten der 1000jährigen Wiederkehr der Schlacht auf dem Lechfeld in Augsburg 1955, in: Crux victorialis, S. 70.

neuer europäischer Gemeinsamkeit begründet lag, mußten auch Konservative verschiedener Richtungen, das hieß in diesem Fall vor allem unterschiedlicher Konfessionen, in „gegenseitigem Verstehenlernen" zueinanderfinden.[236]

In einem erneuerten Konservatismus sahen die Abendländer auch eine neue Chance, die junge Bundesrepublik nach ihren eigenen Vorstellungen umzugestalten, soweit dies ohne fundamentale Veränderungen möglich war. Die Abendländische Bewegung hoffte, selbst jene Elite bilden zu können, die zur Gesundung des Staates beitragen könne. Man hegte die Hoffnung, durch eine Art „Unterwanderung" einerseits, durch Politikberatung andererseits möglichst breiten Einfluß auf politische Entscheidungen innerhalb der CDU/CSU zu gewinnen. „Wir haben nicht zu fragen, wieviel wir mit der Arbeit unserer Abendländischen Akademie nun unmittelbare politische Wirkungen hervorrufen können. [...] Wir haben nur zu fragen, ob der Same etwas taugt, den wir ausstreuen, Same echter Erkenntnis und echter Verantwortung. Umschwirrt von Fragezeichen, guten Samen in das Land der Politik streuen, das ist konservative Haltung in der politischen Existenz."[237] Die Tatsache, daß die Abendländer neben den von ihnen organisierten offiziellen Veranstaltungen immer wieder bemüht waren, im Einzelgespräch auf Politiker einzuwirken und persönliche Netzwerke unter Konservativen zu spannen, um den „Samen" (innerhalb der eigenen ideologischen Grenzen) möglichst weit zu streuen, zeugt von diesen Bemühungen.[238]

Der Versuch, einem erneuerten überkonfessionellen Konservatismus in den fünfziger Jahren eine geistige Heimat zu geben und ihre Vertreter gleichzeitig zur „Elite der Kanzlerdemokratie" zu machen, schien zumindest bis Mitte der fünfziger Jahre durchaus gelungen. Das Schlagwort vom „Abendland" bot sich wie kein anderes in diesen Jahren an, Konservative unterschiedlichster Provenienz zu versammeln: Über die Verwendung einer europäischen Kategorie, die in der Adenauer-Ära äußerst positiv besetzte Assoziationen, darunter allen voran Antikommunismus und Christentum, in sich trug, gelang es, zahlreiche Konservative für ein viel weitgehenderes Programm zu mobilisieren als die europäische Einigung. Traditionell-konservative Ordnungsvorstellungen erlebten auf diese Weise noch einmal einen erheblichen Aufschwung: Über das „Abendland" gelang es der Bewegung, weitgreifende Umgestaltungsinteressen in die Gesellschaft zu tragen und damit auch durchaus auf positive Resonanz zu stoßen. Nicht zu unterschätzen ist bei der Suche nach Gründen für diese positive Resonanz gewiß ein ideelles Defizit der beginnenden europäischen Integration, die primär von wirtschaftlichen Fragen bestimmt war. Angesichts der Tatsache, daß „Europa" jahrzehntelang im deutschen Sprachgebrauch hochideologisch aufgeladen war, fiel insbesondere konservativen Schichten die Anpassung an diesen funktionalistischen Ansatz nicht leicht. Plötzlich hieß es Abschied nehmen: Ähnlich wie die „Nation" sollte

---

[236] Mitteilungsblatt der Abendländischen Akademie, Oktober 1954, BA N 1243/15.

[237] Stählin, Wilhelm: Konservative Haltung in der politischen Existenz, in: Konservative Haltung in der politischen Existenz, S. 12–26, hier S. 26.

[238] Als Beispiel dafür kann etwa das Bemühen einzelner Abendländer um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der Bundesrepublik zu Spanien dienen, auf die in Teil I, Kap. II.3. einzugehen sein wird.

sich auch „Europa" von seinen alten ideengeschichtlichen Wurzeln trennen, seine vielfältigen ideologischen Komponenten hinter sich lassen und ausschließlich „funktionalistisch" definiert werden. Die Frage nach der „Vision", nach dem Zielbild der europäischen Einigung geriet angesichts der Frage nach dem „Wie" der Integration eher in den Hintergrund.[239]

Hier konnte die Rede vom „Abendland" in den fünfziger Jahren erhebliche Kompensationsarbeit leisten und sich wohl auch gerade deswegen erheblicher Popularität erfreuen.[240] Indem man in abendländischen Kreisen die realen Schritte der westeuropäischen Integration durchaus akzeptierte, sie aber als zu kurzsichtig und einseitig diffamierte, indem man gewissermaßen eine Ebene darüber die weltanschaulich-überwölbende Vision des künftigen „Abendlandes" beschwor, bot man Konservativen „Trost" angesichts der rein funktionalen Rhetorik des Einigungsprozesses. Dies wiederum erklärt, warum sich in der Abendländischen Akademie auch Mitglieder fanden, die eigentlich nicht unbedingt als rechtskonservativ gelten. Heinrich von Brentano, seit 1955 deutscher Außenminister ist ein solcher Fall: Zwar war er Kuratoriumsmitglied, und gerade an seiner Mitgliedschaft entzündete sich die öffentliche Diskussion, durch die die Akademie im Sommer 1955 erheblich in Mißkredit geraten sollte; doch spiegeln die Quellen, daß er dem Unternehmen zwar freundschaftlich wohlwollend gegenüberstand, aktiv jedoch an Planungen und Konferenzen kaum teilnahm. Seine Mitgliedschaft – ebenso wie die anderer prominenter Politiker – erklärt sich gerade mit dem auf konservativ-katholischer Seite in den fünfziger Jahren bemängelten „Ideendefizit" der anlaufenden europäischen Integration: Da erst die militärische, später vor allem die wirtschaftliche Einigung im Zentrum des Geschehens stand, scheinen nicht wenige Konservative leitende „Ideen", wie sie etwa die „abendländische Kultureinheit" darstellen konnte, vermißt zu haben.[241] Die Mitgliedschaft in einer Organisation, die sich ganz deutlich auf eben jenen Bereich der europäischen Einigung konzentrierte, erschien in diesem Zusammenhang zumindest reizvoll. Konservative wie Brentano, aber auch Theodor Steltzer oder Hermann Pünder kamen auf diesen Wegen zur Abendländischen Akademie, konnten aber gleichzeitig, vermutlich ohne sich der Diskrepanz im Europaverständnis bewußt zu sein, Mitglieder in der Europäischen Bewegung sein.

Aktivitäten der Abendländischen Akademie

Gerade weil die abendländischen Positionen sich in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre in vielem in einen breiten konservativen Konsens einpaßten, erhielt die Abendländische Akademie positive Resonanz, und die von ihr organisierten Vorträge und Tagungen waren meist gut besucht. In den Jahren nach ihrer Gründung 1952 entfaltete sie eine rege Aktivität, wobei etwa monatlich eine Veranstaltung stattfand. Man wollte die Arbeit in drei Hauptgebiete unterteilt sehen: „Tagungen über Grundsatzfragen", daneben „Tagungen über politische Probleme", wobei

---

[239] Vgl. zum Funktionalismus ausführlich Teil II, Kap. II.2.
[240] Plichta (jetzt: Conze), Zwischen Rhein und Donau.
[241] Ebenda.

man sich unter „Tagung" nicht selten einen Vortrag eines Akademiemitgliedes vorzustellen hat. Hinzu kamen, und hier spiegelt sich das abendländische Interesse an Mittel- und Osteuropa einerseits wie der zunehmende Einfluß von Vertriebenen auf die Abendländische Akademie andererseits, „Tagungen der Exilgruppen aus den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang".[242] Mit diesen wollte man „den Vertretern aller Exilgruppen und Heimatvertriebenen die Möglichkeit [geben], in Vorträgen und Diskussionen die Problematik Osteuropas zu erörtern." Darüber hinaus arbeitete man bei all diesen Veranstaltungen eng mit dem CEDI zusammen: gemeinsame Veranstaltungen oder auch Vorträge von CEDI-Mitgliedern in Deutschland waren an der Tagesordnung.[243] Schließlich bildete sich, neben den einzelnen Referaten der Akademie, auch ein Gesprächskreis am Bundesverfassungsgericht, an dem mit dem Richter Heinrich Weinkauff ein Mitglied der Abendländischen Akademie tätig war.

Wichtigste und größte Aktivitätsform waren jedoch die Jahrestagungen der Akademie. Die jährlich in Eichstätt stattfindenden Kongresse zogen zwischen 200 und 500 Teilnehmer an.[244] In jedem Jahr unter einem anderen Themenschwerpunkt stehend, liefen sie immer nach dem gleichen Muster ab: Jeweils mehrere, in der Regel zwei Referenten, äußerten sich zu den selben Themen. Man demonstrierte dabei Überkonfessionalität und europäische Übernationalität, indem man z.B. einen katholischen und einen evangelischen oder einen deutschen und einen ausländischen Redner zu denselben Themen sprechen ließ; eine anschließende Diskussionsrunde vervollständigte den Ablauf. Damit entsprach die Organisation der Jahrestagungen exakt dem propagierten Anliegen der Akademie, das Verständnis für Vertreter anderer nationaler Kulturen im „Abendland" oder anderer Konfessionen durch Vorträge und Gespräche zu erhöhen und dabei auch Diskussion und Austausch zu fördern. Funktionieren konnte dieses Konzept allerdings nur auf einer gemeinsamen ideellen Grundlage. Sowohl die anwesenden Protestanten wie auch die ausländischen Gäste standen auf dem Boden eines gemeinsamen abendländischen Weltbildes. Die Ausländer waren meist katholisch, die Protestanten gegenüber dem Katholizismus recht offen, und alle miteinander waren sie ausgesprochen konservativ. Nur so konnte man sich im Ergebnis auf gemeinsame Werte und Inhalte des „Abendlandes" einigen. So stellte die Abendländische Bewegung, im Gegensatz etwa zur Europa-Union, eine durch und durch homogene Gruppierung dar. Während sich in der Europa-Union Vertreter ganz unterschiedlicher Parteien und Weltanschauungen zusammenfanden, blieb der Kreis jener, die die Abendländer ansprechen wollten, bewußt beschränkt auf Vertreter des konservativen Lagers.

---

[242] Vgl. die Übersicht über Veranstaltungen der Abendländischen Akademie im Jahre 1954, BA N 1005/538.

[243] Z.B. die gemeinsame Tagung von Abendländischer Akademie und CEDI zur „europäischen Wirtschaftspolitik" 1955 auf Schloß Sterkenburg/Holland, vgl. Mitteilungsblatt: Die Abendländische Akademie, Nr. 5, Dezember 1954, BA N 1243/15, oder die Vorträge des Marqués de Valdeiglesias über „Spanien und Europa", zitiert nach: Veranstaltungen der Abendländischen Akademie im Jahre 1954, BA N 1005/538.

[244] Vgl. die verschiedenen Angaben in: Schildt, Zwischen Abendland und Amerika.

Die Jahrestagungen der Akademie widmeten sich grundsätzlichen Fragen, ganz im Sinne der eigenen Zielsetzung, nicht nur „die geistige Gemeinsamkeit der europäischen Völker über dem engen Nationalismus [...] sondern das eigentliche Wesen wahrer abendländischer Kultur in Vergangenheit und Gegenwart, die Ursachen des Jahrhunderte währenden Verfallsprozesses, die echten oder scheinbaren Ansätze einer heutigen Erneuerung im Für und Wider, in Gesprächen und Referaten zu klären".[245] 1952 rief die Abendländische Akademie daher zu ihrer ersten Tagung unter dem Titel „Werte und Formen im Abendland", 1953 stand das Thema „Der Mensch und die Freiheit" im Mittelpunkt. 1954 widmete man sich der Frage „Staat, Volk und übernationale Ordnung" und 1955 schließlich betrachtete man „Das Abendland im Spiegel seiner Nationen". Einen Bruch mit diesen theoretisch, „unpolitisch" angelegten, weltanschaulichen Themen finden wir erst im Jahr 1956, als sich die Abendländer in Eichstätt mit der „Konservativen Haltung in der politischen Existenz" auseinandersetzten. Obwohl ebenfalls recht allgemein formuliert, spiegeln sich in dieser Themenwahl aktuelle Ereignisse, war doch die Abendländische Akademie im Laufe des Sommers 1955 unter Beschuß eines Teils der bundesdeutschen Medien geraten.

Die „Schlacht auf dem Lechfeld" 1955

Mit der Arbeit der ersten Jahre war man in Kreisen der Abendländischen Akademie zufrieden. „Wir [...] blicken auf eine zweijährige Tätigkeit zurück. Es liegt uns fern, uns selbst ein Zeugnis auszustellen, aber wir glauben, daß wir doch einiges dazu beigetragen haben, im Inneren die gemeinsame Grundlage aller christlichen Bekenntnisse in ihrer Zusammenarbeit zu stärken und durch das Anknüpfen internationaler Beziehungen und Arbeitskontakte der Zusammenarbeit und Verständigung der christlichen Völker des Abendlandes gedient zu haben."[246] Als sich Mitte der fünfziger Jahre die Gelegenheit bot, in sehr viel größerem Rahmen die eigenen Ordnungsvorstellungen verbreiten zu können, nutzten die Abendländer diese Chance, ihre bisher rein theoretisch-intellektuelle Aktionsebene zu verlassen: In Augsburg war im Sommer 1955 das 1000jährige Jubiläum des Sieges Ottos I. gegen die Ungarn auf dem Lechfeld Anlaß von Gedenkveranstaltungen. Die offiziellen Feierlichkeiten der Stadt Augsburg Anfang August verblaßten jedoch geradezu gegenüber dem Ausmaß an katholischem Gedenken, das sich vom 2.–11. Juli 1955 im Rahmen einer Festwoche abspielte. Diese Festwoche, von der katholischen Kirche im dazu erklärten Ulrichs-Jahr ausgerichtet, lockte zahlreiche geistliche Würdenträger, aber auch politische Prominenz des konservativen Lagers nach Augsburg.[247] Der Sieg auf dem Lechfeld war aus katholischer Sicht

---

[245] Abendländische Akademie, in: Neues Abendland 7 (1952), S. 447.

[246] Gaupp-Berghausen im Mitteilungsblatt: Die Abendländische Akademie, Nr. 1/Juli 1954, BA NL Walter von Keudell, N 1243/15.

[247] Neben dem apostolischen Nuntius Aloysius Muench fanden vier weitere Erzbischöfe, darunter aus Deutschland diejenigen von München und Freiburg, sechs Bischöfe, vier Weihbischöfe, zwei Erzäbte und siebzehn Äbte nach Augsburg. Der neuernannte Außenminister Heinrich von Brentano war ebenso anwesend wie z.B. der bayerische Kultusminister Rucker, Helene Weber (CDU), Josef Müller (CSU), Adolf Süsterhenn

primär ein Sieg des Christentums über die Heiden, und so ehrte man im heiligen Ulrich den mittelalterlichen Bischof von Augsburg, von dem es hieß, er habe während der Lechfeldschlacht durch seine Gebete dem Volk Vertrauen und den Kämpfenden Kraft gegeben.

Während der Festwoche fanden verschiedene Prozessionen und Wallfahrten statt, welche ihren Höhepunkt in der Überführung des „St. Ulrichsschreins" vom Dom zum St. Ulrichsmünster fanden, bei der laut Angaben des Festkomitees 80 000 Menschen die Straßen säumten. Es gab eine Reihe kultureller Veranstaltungen, darunter besonders prominent ein Freiluftspiel unter großer Beteiligung der Augsburger Bürger als Laiendarsteller. Die Ereignisse der Lechfeldschlacht wurden hier nachgestellt, einschließlich eines Auftritts des Teufels – in Gestalt eines Ungarn.[248] Darüber hinaus war in der Festwoche jeder Tag einem anderen Thema gewidmet: beginnend mit einer „Wallfahrt der Männer" zum St. Ulrichsgrab am 3. Juli, über einen „Tag der Priester", einen „Tag der Caritas und der Frauen" und einen „Tag der Lehrer und Erzieher". Es folgten der „Tag der Benediktiner", der „Tag der bedrängten Kirche" und schließlich die „Tage abendländischen Bekenntnisses". Hier wurde, ergänzt durch eine Vielzahl öffentlicher Vorträge, in drei Foren um „die aktuellsten Themen für die künftige Gestaltung des christlichen Abendlandes" gerungen:[249] Die „Soziale Struktur Europas", „Grundzüge der Rechtseinheit Europas" und schließlich die „Vielfalt und Gemeinschaft europäischer Kultur" standen im Mittelpunkt; jedes Forum versammelte zwei Hauptreferenten zum jeweiligen Thema.[250] Bereits die Form, in der die „Tage abendländischen Bekenntnisses" abgehalten wurden, erinnert an die Tagungen der Abendländischen Akademie, und tatsächlich waren die Abendländer in Augsburg zahlreich vertreten. Mit Friedrich August Freiherr von der Heydte, Adolf Süsterhenn, Heinrich von Brentano und Joseph Schröffer (Bischof von Eichstätt) waren vier Mitglieder der Abendländischen Akademie mit Vorträgen in das offizielle Programm eingebunden – wer darüber hinaus in Augsburg anwesend war, läßt sich den Quellen nicht entnehmen. Zwar waren die Gedenkfeierlichkeiten zum 1000jährigen Jubiläum der Schlacht auf dem Lechfeld in Augsburg 1955 offiziell eine von der katholischen Kirche getragene Veranstaltung, und es fiel weder der Name der Abendländischen Akademie noch lassen sich in der Festschrift Spuren

(CDU), der Oberbürgermeister von Augsburg Klaus Müller oder Hugo Fink (CSU). Robert Schuman war aus Frankreich angereist – bei ihm mag die Reise nach Augsburg Erinnerungen an seine Jugendkontakte zur Abendländischen Bewegung der Zwischenkriegszeit geweckt haben. Denn Schuman war mit Hermann Platz befreundet gewesen und hatte an den Bemühungen, die Liturgische Bewegung im Deutschen Reich zu verbreiten, teilgenommen. Vgl. Teil I, Kap. I.1.

248 In: Crux victorialis, S. 358–360. Vgl. auch: Drews, Wolfgang: Das Augsburger Jahrtausendspiel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5. 7. 1955. Högel, Max: Mysterium auf moderner Bühne. Zur heutigen Uraufführung des „Augsburger Jahrtausendspiels", in: Süddeutsche Zeitung, 2. 7. 1955.

249 In: Crux victorialis, S. 194.

250 Die Professoren Linus de Grond, Holland/Gustav Grundlach, Rom, innerhalb des ersten Forums, Friedrich August von der Heydte/Luis Sanchez Angeta, Granada, im Rahmen des zweiten und schließlich Paulus Lenz-Médoc, Paris/Bernhard Hanßler, Stuttgart, in der dritten Diskussionsrunde.

der Organisation finden. Dennoch verweist die Mitwirkung von Akademiemitgliedern und auch die Tatsache, die man später zugab, „daß die St.-Ulrichs-Festwoche in Augsburg in irgendeinem Zusammenhang mit der Abendländischen Akademie gestanden habe",[251] darauf, daß die Akademie in Augsburg die Chance ergriff, das abendländische Weltbild vor einer breiten Öffentlichkeit zu vertreten.[252]

Möglicherweise wollte man die Feierlichkeiten zum Lechfeldjubliäum als Testfeld für neue Wirkungsformen nützen und zielte damit letztlich auf eine Ausweitung der Akademietätigkeit ab. Oder aber die Feierlichkeiten waren einfach Grund und Anlaß genug, das „Abendland" zu beschwören, ohne im Namen der Akademie aufzutreten. So ist auch nicht festzustellen, ob das in Augsburg zu konstatierende zurückhaltende Auftreten der Abendländischen Bewegung gegenüber der Öffentlichkeit bewußt angelegt war. In den Jahren nach 1955 sollte es sich jedenfalls zu einem typischen Merkmal abendländischer Organisation ausbilden. Immer wieder verwiesen die verantwortlichen Abendländer intern darauf, daß es besser sei, Einzelpersonen im eigenen Namen die abendländischen Ordnungsvorstellungen vertreten zu lassen, als die dahinterstehende Bewegung beim Namen zu nennen.

Doch kann dieses Verhalten in den späten fünfziger und sechziger Jahren auch auf die Erfahrungen von 1955 zurückzuführen sein, denn die „Schlacht auf dem Lechfeld" sollte für die Akademie ein Nachspiel haben. Das öffentliche Interesse richtete sich im Anschluß an die Feierlichkeiten auf die Bewegung – allerdings in ganz anderer Form, als man sich dies gewünscht hatte. Dies lag vor allem an der Rede, welche Heinrich von Brentano, gerade ernannter Außenminister der Bundesrepublik Deutschland und Kuratoriumsmitglied der Abendländischen Akademie, am letzten Tag der Festwoche im Augsburger Rosenaustadion vor 60000 Zuhörern gehalten hatte und die vor abendländischem Antikommunismus und typisch abendländischen Geschichtsbildern nur so strotzte. „Damals standen vor den Toren des Abendlandes [...] die heidnischen Nomadenscharen des Ostens; Verderben und Untergang drohten. Jetzt stehen wiederum, nicht sehr viel weiter von dieser Stadt entfernt, die Massen des Ostens, und wiederum sehen wir der Gefahr ins Auge, daß das Abendland von ihnen überrannt wird und ihnen zur Beute

---

[251] Gaupp-Berghausen, zitiert im Oberbayerischen Volksblatt, 7. 1. 1956, ACDP NL Hans-Joachim von Merkatz, I-148–146/01.

[252] Parallel zu den Feierlichkeiten rührten die Abendländer auch in der Presse die „Werbetrommel" für das Ereignis: Vgl. Mauer, Otto: Was wir zu verteidigen haben. Lehren der Lechfeldschlacht für die Gegenwart, in: Rheinischer Merkur, 5. 8. 1955. Herre, Franz: Ausgburgs Hohe Straße, in: Rheinischer Merkur, 15. 7. 1955. Ders.: Die Lechfeldschlacht, in: Neues Abendland 10 (1955), S. 401–410. Ibach, Helmut: Absage an den Defaitismus, in: Neues Abendland 10 (1955), S. 449f. Gleichzeitig mit der Lechfeldschlacht gedachte man auch des Augsburger Religionsfriedens von 1555, der in den Augen der Abendländischen Akademie aufgrund seiner ökumenischen Komponente ebenfalls der Gegenwart als Leitbild dienen konnte – eine Argumentation, die durch einen Brief Papst Pius XII. anläßlich des Jubiläums noch unterstützt wurde. Vgl. von den evangelischen Akademiemitgliedern: Stählin, Der Augsburger Religionsfriede, in: Rheinischer Merkur, 9. 9. 1955. Asmussen, Hans: Ein Papstbrief und seine Antwort, in: Rheinischer Merkur, 19. 8. 1955.

fallen kann. In gewisser Beziehung ist die Gefahr noch gewaltiger als damals. Denn nicht vereinzelte Nomadenhorden sind es jetzt, mit denen wir es zu tun haben, sondern ein Block von der Größe eines Erdteils [...]. Und nicht wie damals steht uns das bloße Heidentum wilder Völkerschaften gegenüber. Sondern das neue Heidentum, mit dem wir jetzt zu rechnen haben, ist ein Heidentum des weltlichen Fanatismus [...], ein Messianismus des Diesseits, der durch die Weltrevolution ein irdisches Paradies herbeiführen will, da er an ein jenseitiges nicht glaubt." Brentano betonte in Augsburg ausdrücklich „im Namen des Bundeskanzlers"[253] gekommen zu sein, und da er gleichzeitig deutlich die militärische Stärke des Abendlandes von 1955 betonte, ist seine Rede wohl auch im Zusammenhang mit der bevorstehenden Moskau-Reise Adenauers zu sehen. Gezielt die „Politik der Stärke", die Bedeutung der europäischen Integration und des atlantischen Bündnisses und damit die Grundpositionen der Adenauerschen Außenpolitik vor der Reise des Kanzlers zu den „Heiden" noch einmal zu beschwören, scheint das Ziel der kämpferischen Rede Brentanos am Vorabend der Aufnahme offizieller Beziehungen zur Sowjetunion gewesen zu sein.

Doch verpackt war dieses Ziel in typisch abendländischen Formulierungen, kombiniert mit antikommunistischen Ausfällen und einem verklärten Bild vom Mittelalter. Und damit hatte Brentano offenbar selbst für die öffentliche Meinung der fünfziger Jahre, für die ein überzeugter Antikommunismus ja durchaus normal war, über die Stränge geschlagen. In einer Artikel-Serie griff der *Spiegel*[254] das Thema auf. Die Redakteure stießen auf Brentanos Kuratoriumsmitgliedschaft in der Akademie und machten die Abendländische Bewegung zum Aufhänger. Das Blatt erhob den Vorwurf des Monarchismus, der Demokratie- und Verfassungsfeindlichkeit und kritisierte sowohl die Tatsache, daß eine erhebliche Anzahl von Politikern der amtierenden Bundesregierung abendländischen Kreisen angehörte, als auch, daß die abendländischen Aktivitäten durch die Bundeszentrale für Heimatdienst finanziert wurden.[255] Belegt wurden diese Vorwürfe mit Zitaten aus Schriften Gerhard Krolls und der Abendländischen Aktion. Es entspann sich eine regelrechte „Presse-Fehde" um die abendländische Bewegung, in der der *Rheinische Merkur* die Hauptverteidigung übernahm. Daß sich dabei vor allem Paul Wilhelm Wenger und Otto B. Roegele hervortaten, verwundert kaum, waren sie doch beide ebenfalls Mitglieder der Abendländischen Bewegung.[256] Gleichzeitig

---

253 Crux Victorialis, S. 303.

254 Siehe die beiden Artikel: Die Missionäre Monarchie, in: Der Spiegel, 10. 8. 1955. Abendländische Akademie – Wo hört der Unsinn auf, in: Der Spiegel, 15. 2. 1956. Vgl. auch die Leserbriefe in: Der Spiegel, 24. 8. 1955; 31. 8. 1955; 22. 2. 1956.

255 Vgl. zu dieser Finanzierung auch: Waldburg-Zeil, Aufgabe und bisherige Arbeit der Akademie, in: Konservative Haltung in der politischen Existenz, S. 9–11.

256 Vgl. etwa: Wenger, Paul Wilhelm: Jacobinische Gespensterjagd. Zum Kesseltreiben gegen die Abendländische Akademie, in: Rheinischer Merkur, 10. 2. 1956. Ders.: Exegese über Schafsköpfe, in: Rheinischer Merkur, 17. 2. 1956. Franzel, Emil: Zorins leichte Artillerie, in: Deutsche Tagespost, 6./7. 1. 1956. Heueck, A.: „Wir sind keine Klerikalfaschisten". Der Generalsekretär der Abendländischen Akademie weist erhobene Angriffe zurück, in: Oberbayerisches Volksblatt, 7. 1. 1956. Kroll, Gerhard: Eine Akademie im Widerstreit. Feldzug gegen eine sonderbare Verschwörung, in: Münchener Merkur, 21. 2. 1956. Vgl. zur „Pressefehde" um die Abendländische Bewegung außerdem: Stehle, Hans-Jakob:

kam es zu einer Anfrage im Bundestag, die eine mögliche Verfassungsfeindlichkeit der Abendländer betraf und die einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß nach sich zog.

Die Angriffe mußten zu einer Reaktion der abendländischen Bewegung führen. Einerseits bot die Akademie dem Verfassungsschutz Einblick in alle Unterlagen an, war man sich doch „in keiner Weise irgendwelcher verfassungsfeindlicher Tätigkeit bewußt", sondern vielmehr der Auffassung, „sehr viel für die europäische Verständigung beigetragen zu haben".[257] So vermuteten die verantwortlichen Abendländer auch, daß man es bei den Angriffen nicht allein mit „bloßer Sensationsmache, sondern mit einer planmäßigen Offensive gegen christlich-konservative Kreise zu tun" habe.[258] Andererseits ging die Akademie in der Öffentlichkeit zur Verteidigung über, indem die Verantwortlichen vor allem darauf abhoben, daß die Vorwürfe des *Spiegels* ausschließlich mit Zitaten aus den Schriften Gerhard Krolls belegt worden seien. Die Abendländische Akademie aber habe mit der Abendländischen Aktion nicht das geringste zu tun; vielmehr habe man sich eindeutig von den dort vertretenen Zielen distanziert. Auf einer Pressekonferenz in Bonn, bei der von der Akademie Georg Fürst Waldburg-Zeil, Hans-Joachim von Merkatz, Richard Jaeger, Theodor Steltzer und der Völkerrechtler Ulrich Scheuner anwesend waren, wurde diese Verteidigungsstrategie mit zum Teil subtilen – letztlich aber nicht überzeugenden Argumenten – verfochten.[259] Man spürt deutlich die Unsicherheit der Abendländer, war es in der Tat doch nicht ganz einfach, sich angesichts der realiter recht engen Verbindungen zwischen Aktion und Akademie nun aus der Affäre zu ziehen.

Gerhard Kroll, der sich bereits unmittelbar nach den *Spiegel*-Artikeln gegen die Vorwürfe mit dem Hinweis gewehrt hatte, die Zitate seien aus dem Zusammenhang gerissen,[260] mußte die Rolle des Bauernopfers übernehmen, das die bundes-

---

Nebel über dem „Abendland". Reichsphantasien mit habsburgischem Hintergrund, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. 2. 1956. Henrich, Klaus: Die Revolutionäre Reaktion. Was sich gewisse Herren unter konstruktivem Verfassungsschutz vorstellen, in: Frankfurter Rundschau, 4. 2. 1956. Hilpert, Wilhelm: Eine Vereinigung erregt Ärgernis. Der Verfassungsschutz interessiert sich für die Ziele der Akademie, in: Süddeutsche Zeitung, 14. 1. 1956.

257 Brief Georg Fürst Waldburg-Zeil an Bundesinnenminister Gerhard Schröder, 10. 2. 1956, ACDP, Nachlaß von Merkatz, I-148–146/01. Vgl. ebenda auch den Brief Georg Fürst Waldburg-Zeils an Bundesinnenminister Gerhard Schröder vom 19. 3. 1956, der finanzielle, organisatorische und personelle Zusammenhänge zwischen Abendländischer Aktion und Akademie weitgehend bestritt.

258 Brief Merkatz an Gaupp-Berghausen, 17. 1. 1956, ACDP, Nachlaß von Merkatz, I-148–146/01.

259 Hans-Joachim von Merkatz beispielsweise bemerkte in nuancierendem Scharfsinn: „Die Abendländische Aktion ist eine Aktion. Die Abendländische Akademie ist eine Akademie. Darin sind ganz große Wesensunterschiede." Vgl.: Ist die Abendländische Akademie verfassungsfeindlich? Pressekonferenz in Bonn vom 9. 3. 1956, in: Mitteilungsblatt Die Abendländische Akademie, 3 (1956), Nr. 1, ACDP, Nachlaß von Merkatz, I-148–146/01.

260 Erklärung Gerhard Krolls als Reaktion auf die Spiegel-Artikel, 17. 10. 1955, ACDP, Nachlaß von Merkatz, I-148–146/01. Die Kontakte zwischen Kroll und der Abendländischen Bewegung blieben übrigens trotz der „Bauernopferrolle" Krolls bestehen: Im Juni 1956 beispielsweise hielt Kroll auf Einladung des CEDI einen Vortrag in Spanien mit dem

republikanische Presselandschaft jedoch nur zögerlich annahm. Angesichts der nicht verstummenden Kritiken warf der Vorsitzende der Akademie, von der Heydte, im Februar 1956 das Handtuch und trat von seinem Amt zurück. Dieser Rücktritt bedeutete „keineswegs eine Absage an die Ziele der Akademie". Von der Heydte verwies jedoch auf die Notwendigkeit, der Akademie eine straffere Führung zu geben, um in Zukunft zu verhindern, „daß die eindeutigen Zwecke der Akademie von Gegnern einer europäischen christlichen Politik absichtlich oder unabsichtlich mißdeutet werden".[261]

Als der Untersuchungsausschuß, der eine mögliche Verfassungsfeindlichkeit der Abendländischen Bewegung überprüfen sollte, im Oktober 1956 seine Ermittlungen mangels Verdacht einstellte,[262] hätte sich die öffentliche Diskussion um die Abendländer eigentlich beruhigen können. So bemühten sich diese ungeachtet der Unruhe, ihre Aktivitäten weiterzuführen. Die Jahrestagung der Akademie wurde im Sommer 1956 mit viel Selbstbewußtsein abgehalten. In direkter Reaktion auf die Ereignisse des vergangenen Jahres entschied man sich, öffentlich und aktuell über die Frage der „Konservativen Haltung in der politischen Existenz" zu debattieren und verließ damit erstmals die rein theoretische Ebene der früheren Tagungen.[263] Doch trotz dieses selbstbewußt-trotzigen Auftretens haben die Ereignisse im Anschluß an die Rede Brentanos in Augsburg 1955 ihre Spuren in der Abendländischen Akademie hinterlassen.

Nachspiel

Die internen Protokolle der Abendländischen Akademie spiegeln die Auseinandersetzungen um die Neuausrichtung der Organisation nach dem Debakel des Sommers 1955. Eine ganze Reihe früherer „Sympathisanten" aus Politik, Wissenschaft und Publizistik zog sich nach der heftigen Kritik der westdeutschen Medien aus der Akademie zurück. Man hatte erhebliche Probleme, einen Nachfolger für den ausgeschiedenen Vorsitzenden Heydte zu finden, und die Tatsache, daß das *Neue Abendland* ab 1956 nur noch quartalsweise, nun wieder unter der Redaktion Emil Franzels, erschien, deutet auf einen Leserschwund hin.[264] Damit läuteten die Auseinandersetzungen um das „Lechfeld" den Niedergang der Akademie ein. Möglich war dies, weil sich das intellektuelle Klima in der Bundesrepublik zu wandeln begonnen hatte: Antiliberale und antimoderne Ordnungsvorstel-

---

Titel „Über Verfall und Erneuerung des Abendlandes. Versuch einer Bestimmung der Maßstäbe für die Beurteilung menschlicher Geschichte. Vgl. das Manuskript in: ACDP, Nachlaß Gerhard Kroll, I-153-001/7.

261 Brief von der Heydtes an die Mitglieder der Abendländischen Akademie, 24. 2. 1956, BA N 1005, S. 538.

262 Vgl. Pressemeldung vom 25. 10. 1956, BA, Nachlaß Walter von Keudell, N 1243/11.

263 In diesem Sinne auch: Schildt, Zwischen Abendland und Amerika, S. 61. Eigentlich war für den Sommer 1956 eine Tagung über die Beziehungen des Christentums zum Islam geplant gewesen. „Die Pressekampagne war dann der Grund, das Thema der Konservativen Haltung auf das Programm zu setzen." Vgl.: Sitzung des Vorstandes, Beirates und Kuratoriums der Abendländischen Akademie am 17. 6. 1956, ACDP, I-148-146/01.

264 Wilhelm Stählin übernahm schließlich den Vorsitz, allerdings von vornherein nur befristet.

lungen verloren in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre langsam den Rückhalt einer breiten Öffentlichkeit, der Anfang des Jahrzehnts noch bestanden hatte. Statt dessen begannen sich Pluralismus und eine betont „ideologiefreie" Grundstimmung durchzusetzen – wenn es sich auch bei dieser wiederum um eine „Ideologie des Ideologieverzichts" handelte.[265] In dieser sich langsam wandelnden westdeutschen Gesellschaft erschien die Rede vom „Abendland" zunehmend überholt.

Innerhalb der Akademie begab man sich daher auf die Suche nach neuen Wirkungsformen und -möglichkeiten. Bei diesen Überlegungen wurden Spannungen zwischen zwei Richtungen deutlich, die der Abendländischen Akademie bereits von Anfang an innegewohnt, in den ersten Jahren jedoch nebeneinander existiert hatten: der europäischen und der ökumenischen Komponente. Hatte es 1954 geheißen, „die Abendländische Akademie soll [...] Mittlerin und gemeinsame Arbeitsbasis der Christen der verschiedenen Bekenntnisse und Mittlerin zwischen Ländern des Abendlandes" sein,[266] so läßt sich Ende der fünfziger Jahre ein zunehmendes Übergewicht derjenigen – unter ihnen mit Georg Fürst Waldburg-Zeil einer der wichtigsten Abendländer – feststellen, die der Meinung waren, daß „das Schwergewicht der Akademie auf der evangelischen und katholischen Zusammenarbeit" und damit „innerdeutschen Fragen" beruhe.[267] Es deutete sich ein Umdenken innerhalb der Abendländischen Bewegung an: Die Aktivitäten derjenigen, die das „Abendland" als europäische Kategorie verstanden wissen und Einfluß auf die europäische Einigung nehmen wollten, konzentrierten sich fortan zunehmend auf das CEDI – dies wohl auch in der Überzeugung, daß das verlorene Renommee der Akademie in der Bundesrepublik eine erfolgreiche Arbeit für das „Abendland" unmöglich machen würde. Die Zuständigkeitsbereiche zwischen Akademie und CEDI trennten sich; zwar existierten auch fortan personelle Überschneidungen, und die Familie Waldburg-Zeil betrachtete auch weiterhin sowohl die Akademie wie auch das CEDI als „Pflegekinder".[268] Doch „Europa" war fortan in der Akademie seltener Thema, so daß die weitere Geschichte der Abendländischen Akademie hier nur noch zu skizzieren ist.

Diese Geschichte ist eine des Niedergangs. Zwar plante die Akademie immer wieder neue Anfänge und neue Projekte: etwa 1957 die Gründung eines „Zeitgeschichtlichen Studienbüros", um „möglichst breite Schichten der Bevölkerung mit dem konservativen Gedanken vertraut zu machen".[269] Doch im selben Jahr fand bereits nur noch eine interne Arbeitstagung unter dem Titel „Warum pflegen wir die Zusammenarbeit der Christen im deutschen Raum?" statt, 1958 entfiel die Jahrestagung ganz. Ende 1958 wurde das Erscheinen des *Neuen Abendlandes* eingestellt, die Leser wurden aufgefordert, fortan die *Dokumentation der Woche* des

---

[265] Schildt, Ankunft im Westen, S. 174. Vgl. hierzu auch: Teil II, Kap. II.2.

[266] Mitteilungsblatt: Die Abendländische Akademie, Nr. 3, Oktober 1954, BA N 1243/15.

[267] So Karl Bernhard Ritter auf der Sitzung des Vorstandes, Beirates und Kuratoriums der Abendländischen Akademie am 17. 6. 1956, ACDP, I-148–146/01. Hier auch die Äußerung Georg Fürst Waldburg-Zeils.

[268] Brief Alois Waldburg-Zeil an Merkatz, 7. 7. 1969, ACDP, I-148–146/01.

[269] Brief Gaupp-Berghausen an Merkatz, 23. 4. 1957, ACDP, I-148–146/01.

CEDI zu abonnieren. Zu diesem Niedergang trug auch bei, daß die Akademie 1957/58 erneut negativ ins Blickfeld der Presse geraten war, nachdem Konrad Adenauer vor der Bundestagswahl 1957 im *Neuen Abendland* einen kurzen Artikel veröffentlicht hatte, den man leicht als Wahlkampfaufruf verstehen konnte.[270] Die FDP machte dies zum Wahlkampfthema, und die Presse schlachtete alles weidlich aus – zum weiteren Schaden der Akademie, deren öffentliches Ansehen damit wohl endgültig diskreditiert war.[271]

Zwar gelang es im November 1958 mit Walter von Keudell, zu dieser Zeit Vorsitzender des Bundesvertriebenenausschusses der CDU, einen neuen Vorsitzenden, mit Hans Hutter einen neuen Stellvertreter und mit Alois von Waldburg-Zeil einen neuen Generalsekretär zu gewinnen. Dennoch agierte man vorwiegend intern, erst im Herbst 1960 fand in Mainz wieder eine öffentliche Tagung statt, der 1961 auch wieder eine Jahrestagung in Eichstätt folgte.[272] Anfang der sechziger Jahre bemühte sich die Abendländische Akademie dann vor allem um Profilierung und Anerkennung als ökumenische Bildungsinstitution, litt jedoch konstant unter finanziellen Schwierigkeiten.[273] Mit Walter Werr, der gerade sein Studium beendet hatte, fand sie noch einmal einen engagierten Generalsekretär, doch auch er konnte der Akademie auf Dauer kein neues Leben einhauchen. Im Oktober 1963 fand die letzte Jahrestagung in Eichstätt unter dem Titel „Die Gesellschaft und ihr Recht" statt, danach wurden alle geplanten Veranstaltungen mangels Teilnehmerinteresse abgesagt. So versank die Abendländische Akademie langsam in Bedeutungslosigkeit, nachdem sie eigentlich schon Ende der fünfziger Jahre ihre Inhalte und ihren Zusammenhalt verloren hatte.

3. „Wie eine geistige Familie, Männer, die treu zueinander stehen ...":[274] das Europäische Dokumentations- und Informationszentrum (1952–1970)

Ende der fünfziger, Anfang der sechziger Jahre begann sich das politische und kulturelle Klima in der Bundesrepublik zu wandeln. Angesichts der „Entdramatisierung"[275] des Kalten Krieges nach Kuba- und Berlin-Krise sowie Mauerbau

---

[270] Vgl. Adenauer, Konrad: Entscheidung über Deutschland, in: Neues Abendland 12 (1957), S. 97.

[271] Vgl. die Reaktionen der Abendländer: Angriffe gegen die Abendländische Akademie. Eine Stellungnahme des Generalsekretärs, 1. 2. 1958, BA N 1243/11.

[272] Unter dem Thema „Abendländische Verantwortung heute" und „Pluralismus, Toleranz und Christenheit". Vgl. die Liste der jeweiligen Referenten in: Zusammengefaßte Übersicht über die Arbeit der Abendländischen Akademie, Stand: Oktober 1962, ACDP, I-148–146/02.

[273] Vgl. z.B. den Jahresabschluß der Abendländischen Akademie, 31. 12. 1962, ACDP, I-148–146/01.

[274] Habsburg, Otto von: Ziele und Arbeitsmethoden des Europäischen Dokumentationszentrums. Rede gehalten anläßlich der Gründungssitzung des CEDI Liechtenstein am 22. 12. 1958, BA N 1243/30. Es handelte sich allerdings um eine Familie ohne Frauen.

[275] Schildt, Konservatismus, S. 236.

1962/63 wurde die Bundesrepublik zwar offiziell immer noch als „Provisorium" bezeichnet – im Leben der Westdeutschen jedoch wurde sie zu einer Realität, von deren wirtschaftlicher Prosperität man profitierte. Gleichzeitig warfen die unruhigen sechziger Jahre ihre Schatten voraus. Im Verlauf dieses Prozesses konnte langsam neues „westliches" Gedankengut in die bundesrepublikanische Gesellschaft einfließen.[276] Dies galt auch für die deutschen Europa-Vorstellungen. Das „Abendland" verschwand langsam aber sicher aus dem öffentlichen Sprachgebrauch. Wer über europäische Zusammenhänge redete, gebrauchte nun auch den Begriff „Europa", und sprach nicht mehr vom „Reich" und auch nicht mehr vom „Abendland". Seinen Grund fand dies nicht zuletzt in der sich langsam durchsetzenden „Ideologie des ideologiefreien" Denkens, welche das Zeitalter der grundstürzenden Ideologien für beendet erklärte. Ideologisch aufgeladene Konzepte, wie es das „Abendland" eines war, fanden angesichts dieser Entwicklung immer weniger Rückhalt. Funktionalismus trat – auch im Hinblick auf Europa – an seine Stelle.

So geriet traditionell „deutsches" Denken, so wie es sich seit der Zwischenkriegszeit in vielem erhalten hatte, zunehmend in den Hintergrund. Dieser Prozeß konnte an der hier in ihrer Entwicklung seit den zwanziger Jahren betrachteten konservativ-katholischen Idee des „Abendlandes" nicht unbemerkt vorübergehen. Nachdem sich die Idee in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre durchgehend breiter Zustimmung im konservativen politischen Lager erfreut und auch die Presse wohlwollend über Veranstaltungen der Abendländischen Bewegung berichtet hatte, kam es in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts zu deutlicher Kritik an den von ihr geäußerten Ordnungsvorstellungen. Fortan setzte die deutsche Presse „abendländisch" mehr oder weniger mit „reaktionär" gleich, von Blättern wie dem *Rheinischen Merkur*, dem *Bayern-Kurier* oder der *Deutschen Tagespost* einmal abgesehen, in deren Redaktionen vielfach Vertreter der Abendländischen Bewegung saßen. Daß das *Neue Abendland* wohl auch als Fernwirkung auf diese Kritik 1958 sein Erscheinen einstellte und die Abendländische Akademie über immer erneute Versuche, sich zu reorganisieren nicht hinauskam, hat bisher in der Literatur durchgängig zu der Vermutung geführt, die Zeit des „Abendlandes" sei Ende der fünfziger Jahre vorbei gewesen: „Der Versuch, eine im ersten Nachkriegsjahrzehnt durchaus kräftige und nicht einflußlose politisch-kulturelle Strömung in die Zeit nach dem Ende der ‚Ära Adenauer' zu transformieren, ging geräuschlos zu Ende," behauptet beispielsweise Axel Schildt.[277]

Doch ist diese Sicht der Dinge nur begrenzt richtig. Sicher, die Abendländische Bewegung verlor in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre an öffentlicher Unterstützung und Zuspruch und damit auch einen Teil ihres Zusammenhalts und ihrer öffentlichen Wirksamkeit. Und die Idee vom „Abendland" konnte nun tatsächlich nicht mehr als europäische Leitvorstellung dienen, so wie sie es seit der Zwischenkriegszeit bis in das Jahrzehnt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ge-

[276] Vgl. hierzu allgemein: Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen. Schildt, Ankunft im Westen. Schwarz, Die Ära Adenauer. Vgl. ansonsten Teil II, Kap. II.2, hier auch mit weiteren Literaturangaben.

[277] Schildt, Zwischen Abendland und Amerika, S. 82.

tan hatte. Die Zeiten hatten sich geändert: an hochideologisch aufgeladenen Ordnungsvorstellungen, wie es das „Abendland" seit spätestens dem Ersten Weltkrieg gewesen war, bestand kein Bedarf mehr.

Doch betrachtet man die Abendländische Bewegung, so zeigt sich, daß ein „harter Kern" von Abendländern auch nach dieser Krise den organisatorischen und ideellen Zusammenhalt aufrechterhielt. Zwar könnte man dies auch als Nachwehen einer abgeschlossenen Epoche deuten. Doch erscheint eine andere Interpretation plausibler: In dem Jahrzehnt zwischen 1958 und 1968 „modernisierte" ein kleiner Kreis der Abendländischen Bewegung, meist unter Ausschluß der Öffentlichkeit, seine Ordnungsvorstellungen, nahm von unzeitgemäßen Elementen Abstand oder gewichtete sie zumindest anders. So gelang es schließlich sogar, den Anschluß an die Tagespolitik wiederherzustellen und zum Beginn der siebziger Jahre eine neue Phase gesellschaftlicher Wirkung einzuleiten. Dies allerdings geschah, trotz personeller und ideeller Kontinuität, bereits nicht mehr unter dem Schlagwort „Abendland" und unter dem Dach der Abendländischen Bewegung. Vielmehr orientierten sich die Abendländer im Gefolge Otto von Habsburgs nun in Richtung der Paneuropa-Union von Richard N. Coudenhove-Kalergi. Nach dessen Tod im Jahre 1972 übernahm von Habsburg das Präsidium des Verbandes und entwickelte ihn zur Europa-Bewegung konservativer politischer Kreise in der Bundesrepublik. Damit übernahm die Paneuropa-Union in Westdeutschland Klientel und Ideengut der ehemaligen Abendländischen Bewegung, wobei es ihr indes gelang, ihre Wirkungskreise weit über jene der Abendländer der fünfziger Jahre hinaus auszuweiten und insbesondere Jugendliche anzusprechen.

Die Entwicklung des „Abendlandes" zwischen den zwanziger und den fünfziger Jahren paßt exakt auf das ideenhistorische Interpretationsmuster einer Transformationsphase, an deren Ende „überkommene" Konzepte in Rückzugspositionen gerieten und zunehmend von „neuen" Denkmodellen abgelöst wurden. Die fünfziger Jahre erscheinen so als „‚Schwanzstück' eines historischen Abschnitts", das insgesamt von dem „manchmal verzweifelten Ringen der Zeitgenossen um akzeptable und allgemein konsensfähige Ordnungsmodelle, aber auch [von dem] scharfen Konflikt entgegengesetzter Entwürfe der Gesellschaft" geprägt war.[278] Wenig beachtet jedoch ist bisher die Tatsache, daß nicht nur die zunehmende Akzeptanz westlich-pluralistischen Gedankenguts die Denkmuster der Bundesrepublik in den sechziger Jahren prägte, sondern daß es den „traditionell" deutschen Vorstellungen, in diesem Fall dem konservativ-katholischen „Abendland", durchaus gelang, sich weitgehend zu transformieren und auch weiterhin bestimmten Bevölkerungsgruppen als Identifikationsmuster zu dienen. Dabei wurden bestimmte Grundvorstellungen, die, wie etwa der Antiparlamentarismus, in traditioneller Weise zum „deutschen" Denken insbesondere Konservativer gehört hatten, abgelegt. Andere Elemente blieben jedoch erhalten und widersetzten sich dem „Westen" und westlichen Leit- und Wertvorstellungen auch weiterhin. Die Bedeutung, die das „Abendland" von der Zwischenkriegszeit bis zur Mitte der fünfziger Jahre besessen hatte, sollte es indes nicht mehr erlangen.

---

[278] Zum „Schwanzstück" vgl. Schildt, Moderne Zeiten, S. 32. Restliches Zitat: Nolte, Gesellschaftstheorie und Gesellschaftsgeschichte. S. 285 f.

Die „realpolitische Wende" der abendländischen Idee

Offensichtlich wurde den Abendländern durch die öffentliche Mediendiskussion um ihre Ideen bewußt, daß die Zeiten, in denen das Geraune vom „Sacrum imperium" als Vorbild der europäischen Einigung auf Zustimmung stieß, allmählich ihrem Ende zugingen. Dem paßte man seinen Sprachgebrauch langsam aber sicher an. Unrealistische Mittelalterschwärmereien etwa verloren sich ebenso wie die oben beschriebene Sehnsucht nach einem „abendländischen Kaiser". Man ging die Politik der europäischen Einigung nun pragmatischer an, kritisierte die europäischen Institutionen nicht mehr ausschließlich, sondern entwickelte zunehmend auch konkrete Konzeptionen. Diese gingen fortan aus vom gegebenen Stand der europäischen Integration – und nicht mehr von der Forderung einer grundsätzlichen Neuordnung der Einigung. Stärker als je zuvor begriffen die Abendländer das Europa der Römischen Verträge als „Wirklichkeit, die sich nicht mehr zurückdrehen läßt".[279] Indem mit dem *Neuen Abendland* jenes Organ eingestellt worden war, das innerhalb der Bundesrepublik als Plattform zur Verbreitung abendländischen Denkens gedient hatte, verstummten auch die früher deutlich zu spürenden gesellschaftlichen Neugestaltungsansprüche gegenüber dem jungen Staat. Zwar kritisierten die Abendländer auch weiterhin bestimmte Elemente der parlamentarischen Demokratie, doch verschwand die Vision einer gesamtgesellschaftlichen Rechristianisierung, mit der auch eine ständische Staats- und Gesellschaftsreform einhergehen sollte, allmählich aus dem abendländischen Denken. Sicherlich blieben diese Elemente in den Köpfen der Abendländer als Ideale vorerst weiterhin erhalten; in öffentlichen Äußerungen jedoch hielt man sich, zumindest im Vergleich mit der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, nun weitgehend zurück. Statt dessen gelangte man zu einem – für abendländische Verhältnisse – zum Teil recht offenen Umgang mit der Moderne und ihren Ausprägungen. Dieses sich auf abendländischer Seite entwickelnde „realistische Konzept von Europa"[280] entsprach dem Zeitgeist. Funktionalismus statt Ideen, so könnte man es überspitzt formulieren, war nun gefragt: Die europäische Einigung in kleinen Schritten voranzutreiben, nicht in großen Worten zu beschwören, entsprach dem politischen Zeitgeist. Und diesem paßte sich selbst das „Abendland" an.

Ein jahrzehntelanger ideengeschichtlicher Abschnitt, den wir seit der Zwischenkriegszeit verfolgt haben, war damit zu Ende. Waren die abendländischen Denkmuster in dieser Zeit mehr oder weniger unverändert erhalten geblieben und hatten sich den jeweiligen Zeitumständen immer nur graduell angepaßt, so war um das Jahr 1960 tatsächlich ein tiefgreifender Einschnitt erreicht. Dies spürte auch der westdeutsche Konservatismus allgemein, der just in dieser Zeit darum bemüht war, sich in „technokratischer" Form zu modernisieren.[281] Der traditionelle Antimodernismus und Kulturdünkel geriet dabei in den Hintergrund, an seine Stelle trat die zunehmende Akzeptanz der modernen Gesellschaft. So

---

[279] Schulz, Werner: Europa in drei Monaten, in: Aconcagua 1 (1965), S. 273–279, hier S. 274.
[280] Resolutionen des CEDI-Kongresses 1959, zitiert nach: Dokumentation der Woche, Sonderausgabe Dezember 1959, BA 1243/30.
[281] Zum „modernen" oder „technokratischen" Konservatismus vgl. mit umfassenden Literaturangaben: Schildt, Konservatismus, S. 240f.

schwammen die „übriggebliebenen" Abendländer durchaus im Strom der Zeit. Sie vollzogen den tiefgreifenden Wandel des deutschen Konservatismus seit Anfang der sechziger Jahre zumindest teilweise mit. Man begann auch hier über eine Erneuerung des Konservatismus nachzudenken und, wenigstens in Ansätzen, eine Aussöhnung mit der Moderne zu vollziehen – was in den Jahrzehnten zuvor undenkbar gewesen war.[282]

Die Gründung des CEDI

Vorangetrieben wurde diese Entwicklung vor allem durch das Centre Européen de Documentation et Information (CEDI), deutsch: Europäisches Dokumentations- und Informationszentrum, das seit Anfang der fünfziger Jahre eng mit der Abendländischen Akademie verbunden gewesen war und deren Aufgaben es nach dem Debakel auf dem Lechfeld weitgehend übernahm. Das CEDI war etwa zum gleichen Zeitpunkt entstanden wie die Abendländische Akademie. Im Sommer 1952 fand an der Universität Santander, Spanien, eine Sommerakademie statt. Dort beschloß eine kleine Gruppe von Teilnehmern, eine europäische Organisation zu gründen, die den Austausch und Kontakt zwischen Konservativen der europäischen Länder fördern sollte. Daß die Idee und der Name dieser Organisation von dem Spanier Alfredo Sanchez-Bella, dem Direktor des *Instituto de Cultura Hispánica*,[283] zur Diskussion gestellt wurde, ist kein Zufall. Denn Spanien war nach der internationalen Ächtung in den ersten Nachkriegsjahren erst Anfang der 50er Jahre, und dann auch nur teilweise, in die internationale Gemeinschaft zurückgekehrt. Gerade in Europa bestanden gegenüber dem Franco-Regime in diesen Jahren noch immer große Vorbehalte, und die spanische Regierung suchte nach Möglichkeiten, unterhalb der offiziellen Ebene Kontakte ins europäische Ausland zu knüpfen, um auf diesem Wege die internationale und europäische Isolierung des Landes zu überwinden. Als Teil einer „Substitutions-Diplomatie" konnte unter anderem eine europäisch angelegte Organisation wie das spätere CEDI dienen.[284]

Die spanischen Avancen im Sommer 1952 fanden bei einer kleinen Gruppe Deutscher und Österreicher Gefallen: Michael Schmaus, der uns als „Reichskatholik" Anfang der dreißiger Jahre und als Vorstandsmitglied der Abendländischen Akademie bereits begegnet ist, der ebenfalls bekannte Erich Fürst Waldburg-Zeil und sein rühriger Organisator Georg Ritter Gaupp-Berghausen standen zusammen mit Sanchez-Bella an der Wiege des CEDI. Letzter Teilnehmer dieser Gespräche schließlich war Otto von Habsburg. So war das CEDI eine Gründung spanischer, deutscher und österreichischer konservativer Katholiken – Vertreter

---

[282] Beispiel dafür wäre etwa die 1962 in der Zeitschrift „Monat" geführte Debatte „Was ist konservativ", an der sich Hans-Joachim von Merkatz beteiligte: Ders.: Konservatives Denken – pseudokonservative Theorie, in: Der Monat 14 (1962), S. 54–56. Vgl. auch: Ders., Die konservative Funktion.

[283] Das *Instituto de Cultura Hispánica* war Teil der spanischen Außenpolitik, welche in den Jahren der Isolation vornehmlich über kulturelle Kanäle lief, vgl. Weber, Spanische Deutschlandpolitik, S. 189–204.

[284] Zum Begriff der „Substitutionsdiplomatie" vgl. Aschmann, „Treue Freunde", S. 434.

anderer Nationen kamen erst dazu, als die Idee bereits geboren war. Die Organisation gab sich zunächst keine juristische Form, vielmehr wurden in verschiedenen europäischen Ländern nationale Sektionen gebildet, die die Hauptarbeit leisteten. Die deutsche Sektion, in München ansässig, wurde Anfang der fünfziger Jahre von exakt dem gleichen Personal wie die Abendländische Akademie geleitet: Friedrich August Freiherr von der Heydte, Georg Fürst Waldburg-Zeil und Georg von Gaupp-Berghausen. Früh stießen weitere Protagonisten hinzu, die fortan mit den Genannten den deutschen CEDI-Kreis bestimmen sollten: Vor allem Hans-Joachim von Merkatz, Richard Jaeger, Otto Roegele, Ewald von Kleist und Alois von Waldburg-Zeil hielten dem CEDI bis zum Ende der sechziger Jahre die Treue. Auch die Vertreter anderer Länder, die sich in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre im CEDI zusammenfanden, blieben meist bis zum Ende der sechziger Jahre dem „harten Kern" verbunden: Von spanischer Seite sind hier neben dem genannten Sanchez-Bella vor allem Alberto Martin Atarjo, seit 1945 spanischer Außenminister, und José Ignacio Escobar (Marques de Valdeglesias), spanischer Staatsrat, zu nennen. François de la Noë war der erste Franzose, der noch in den frühen fünfziger Jahren zum CEDI stieß – andere, vor allem Gaullisten, kamen erst später hinzu. Auch in Österreich, Belgien, der Schweiz, in England, Schweden, später auch Liechtenstein, Portugal und Finnland entstanden (wenn auch im Vergleich mit den deutschen, spanischen, französischen und österreichischen Gruppen kleine) nationale Sektionen.

Zur Aufgabe hatte sich das CEDI gestellt, „das gegenseitige Verstehenlernen der Auffassungen der einzelnen europäischen Länder" und die „Anerkennung und Anpassung der verschiedenen europäischen Gesichtspunkte" zu fördern.[285] Ähnlich wie bei der Abendländischen Akademie wollte man also durchaus in Diskussionen unterschiedliche (nationale) Auffassungen aufeinanderprallen lassen und so Verständnis wecken – ebenso wie bei der Akademie allerdings verstand man unter „verschiedenen Auffassungen" ausschließlich konservative Positionen, die jedoch von Nation zu Nation innerhalb Europas erheblich variieren konnten.

Aktivitäten, Wirkungsformen und Selbstverständnis des CEDI

In den ersten Jahren bestand die Tätigkeit des CEDI vorwiegend in der recht erfolgreichen Durchführung von Vorträgen und Tagungen, entsprach also in den Aktionsformen weitestgehend der Abendländischen Akademie. Vor allem die jährlich in Spanien abgehaltenen öffentlichen Tagungen waren gut besucht.[286] 1953 fand in Santander erstmalig eine als CEDI-Jahrestagung bezeichnete Veran-

[285] Mitteilungsblatt: Die Abendländische Akademie, Nr. 3, Oktober 1954, BA N 1243/15.

[286] 1956 beispielsweise zählte der Beobachter des deutschen Auswärtigen Amts auf der Jahrestagung des CEDI 157 Gäste aus verschiedenen europäischen Ländern, darunter die meisten aus Deutschland (26) und Spanien (87). Vgl. den Bericht der Botschaft Madrid an das Auswärtige Amt, 27. 8. 1956, PAAA, Ref. 201/506. 1957 kamen aus Deutschland 28 Besucher zur Tagung des CEDI, aus Frankreich 15. Vgl. die Teilnehmerliste in ACDP, I-148–131/03. 1958 fanden 203 Teilnehmer zur Tagung, darunter bildeten die Deutschen wiederum – nach den Spaniern – die zweitgrößte Gruppe, vgl. Dokumentation der Woche für Weltpolitik und Wirtschaft. Sonderausgabe August 1958, BA N 1243/11.

staltung unter dem Titel „Europäische Union – Iberoamerikanische Union" statt. 1954 konzentrierte man sich auf „den föderalistischen Aufbau eines christlichen Europas", ein Thema, das angesichts der unmittelbar zuvor erfolgten Ablehnung der EVG durch die französische Nationalversammlung von der Diskussion um die Tagespolitik überlagert wurde.[287] Im Mai 1955 trafen sich die europäischen Abendländer dann zu ihrer vierten Jahrestagung, die unter dem Titel „Europa und das Problem der Koexistenz" stattfand. Erstmalig hatte die spanische Regierung das CEDI eingeladen, die Tagung im Escorial abzuhalten. Die Ortswahl unterstreicht die Bedeutung, die das Franco-Regime der Organisation beimaß.

Vor der nächsten Jahrestagung unter dem Thema „Europa im Atomzeitalter", die im Juni 1956 wiederum im Escorial stattfand, lagen die „Schlacht auf dem Lechfeld" und die sich daran anschließende Auseinandersetzung um die Abendländische Akademie. Zwar bot die Tagung im Juni 1956 „den gewohnten Anblick früherer Jahre",[288] doch intern ließen die Auseinandersetzungen um die Akademie in Deutschland auch das CEDI nicht unberührt. Das war angesichts der deutschen Präsenz und des deutschen Einflusses innerhalb der Organisation nicht verwunderlich.

Man begann über zukünftige Ziele und Aufgaben des CEDI nachzudenken.[289] Unter dem Eindruck der verheerenden Diskussion nach dem öffentlichen Auftritt der Abendländer in Augsburg scheint es, als habe man in Kreisen des CEDI nun einer anderen Wirkungsform zunehmendes Gewicht beigemessen: dem internen Austausch des engeren abendländischen Kreises. Schon früher hatte man das jährliche Zusammentreffen in Spanien genutzt, im Vorfeld die allgemein anstehenden, das CEDI betreffenden Fragen zu besprechen, etwa Entscheidungen über zukünftige Tagungsthemen zu treffen. Schließlich war dies die naheliegendste Gelegenheit, das europäisch angelegte, jedoch ohne übernationales Gremium agierende Zentrum durch die Zusammenkunft möglichst vieler Vertreter der nationalen Sektionen zu organisieren.

Im Januar 1956, auf dem Höhepunkt der Pressedebatte um die Abendländische Akademie in Deutschland, schlug Gaupp-Berghausen im Namen des CEDI den Mitgliedern vor, der nächsten Jahrestagung eine „streng vertrauliche" Tagung voranzustellen, auf der den Teilnehmern ein „Überblick über die politische, soziale und Presselage in Europa" gegeben werden sollte. Hier sollte eine „wirkliche und aufrichtige Aussprache von wichtigen Persönlichkeiten der christlich-konservativen Richtung in Europa" gelingen, während die sich anschließende öffentliche Tagung vor allem „propagandistischen Charakter" haben sollte.[290] Diese „konspirative", persönliche Komponente sollte für das CEDI in den kommenden Jahren immer wichtiger werden. Otto von Habsburg beschrieb sie 1959 als eigentliche

---

[287] Mitteilungsblatt: Die Abendländische Akademie. Bericht über die Dritte Tagung des Europäischen Dokumentationszentrums, Pressespiegel, Nr. 3, Oktober 1954, BA N 1243/15. Vgl. hier auch die Einzelthemen und ihre jeweiligen Referenten.

[288] Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Madrid an das Auswärtige Amt, 27. 8. 1956, PAAA Ref. 201/506. Auf das Interesse des Auswärtigen Amts am CEDI wird weiter unten noch einzugehen sein.

[289] Vgl. bspw. den Brief Valdeglesias an von Merkatz, 14. 3. 1957, ACDP I-148–131/03.

[290] Brief Gaupp-Berghausen an von Merkatz, 24. 1. 1956, ACDP I-148–131/03.

Aufgabe des Zentrums: „Es [das CEDI] hat niemals versucht, eine Massenbewegung zu werden. Es war bestrebt, die Elite des europäischen politischen, geistigen und wirtschaftlichen Lebens zusammenzuführen. [...] Es hat sich langsam wie eine geistige Familie entwickelt, Männer, die treu zueinander stehen und sich gegenseitig im Dienst der großen gemeinsamen Ziele unterstützen."[291] Auch bei den öffentlichen Jahrestagungen kam nun dem „persönlichen Kennenlernen, Erfahrungsaustausch" am Rande der Veranstaltung eine immer größere Bedeutung in Augen des CEDI zu.[292] Ende der sechziger Jahre betonte Gaupp-Berghausen: „Ehemalige Minister, aktive Minister, kommende Minister, Abgeordnete, Wirtschaftsführer, Universitätsprofessoren, Publizisten, Militärs, Geistliche begegneten sich auf diesen Kongressen, nahmen Kontakt auf, und nicht selten entwickelten sich aus diesen Kontakten engere Bindungen und auch Freundschaften. [...] Das nicht schriftlich festgelegte Programm des CEDI ist die Schaffung einer bewußten europäischen Atmosphäre durch menschliche Kontakte, durch das Gespräch, den Gedankenaustausch und das gegenseitige Verständnis."[293]

In dieser Organisationsform spiegelt sich letztlich die konservative Grundstruktur der abendländischen Gruppierungen. Es handelte sich bei den Abendländern immer um einen relativ kleinen, elitären Kreis von Protagonisten, die keinen Wert darauf legten, diesen Kern zu erweitern. Zwar wollte man durchaus die eigenen Ordnungsvorstellungen und Interessen verbreiten, doch sollte dies zu keinem Zeitpunkt über eine große Organisation, gar eine Massenbewegung geschehen. Die Bezeichnung Abendländische Bewegung ist zwar eine Selbstbezeichnung des Kreises aus der Zwischenkriegszeit; in der Zeitschrift *Abendland* findet sie sich gelegentlich, um den Bemühungen jener Protagonisten einen Namen zu geben, die sich um das Blatt versammelten. Im „Dritten Reich", als sich der organisatorische Zusammenhalt des Abendland-Kreises endgültig verlor, verschwand in Konsequenz auch ihre Bezeichnung als „Bewegung". Nach 1945 ist die Selbstbezeichnung als „Bewegung" dann kaum noch zu finden. Eher noch ordneten kritische Presseberichte das „Abendland" einer „Bewegung" zu. Auch das Auswärtige Amt bezeichnete das CEDI bzw. die Abendländische Akademie als „europäische Bewegung", und der Begriff hat sich mittlerweile auch in der Forschung eingebürgert.[294]

Die Abendländer selbst standen dem Begriff jedoch eher skeptisch gegenüber – zumindest nach 1945. Dabei war der Topos „Bewegung" in der Weimarer Republik in konservativen Kreisen, vor allem in den Reihen der „Konservativen Revolution" noch durchaus positiv besetzt gewesen.[295] „Bewegung" wurde von konservativer Seite bis 1945 als „über den Parteien stehend" und damit „unpolitisch"

---

[291] Habsburg, Otto von: Ziele und Arbeitsmethoden des Europäischen Dokumentationszentrums. Rede gehalten anläßlich der Gründungssitzung des CEDI Liechtenstein am 22. 12. 1958, BA N 1243/30.

[292] Franzel, Emil: Europa im Escorial, in: Deutsche Tagespost, 25. 6. 1956.

[293] Bericht des Generalsekretärs des CEDI in Schloß Pouy am 24./25. 6. 1967, ACDP I-148–132/02.

[294] Vgl. den Vermerk des Ref. 300 vom 7. 10. 1961 zum CEDI, PAAA Abt. West 2, Ref. 201 (IA1), 302/86.50.

[295] Vgl. etwa Mohler, Die Konservative Revolution, S. 12–15 und S. 150–153.

interpretiert. Man assoziierte damit ähnliche „einheitsstiftende" Wortfelder wie mit „Gemeinschaft" und „Volk". Vor allem aus ideologischen Überzeugungen sahen sich die Abendländer indes nach 1945 nicht als „Bewegung", assoziierte man doch nun mit dem Begriff, in Konfrontation mit der sich selbst als „Bewegung" bezeichnenden „Europäischen Bewegung", vorwiegend Lobbyismus. In typisch konservativer Manier lehnte man dies in abendländischen Kreisen ab. Wie in den zwanziger Jahren nahm man für sich auch in den fünfziger und sechziger Jahren eine ganz andere Haltung in Anspruch: „Unpolitisch" weigerte man sich, als Massenbewegung am politischen Prozeß teil- und als Interessengruppe Einfluß zu nehmen, vielmehr wollte man elitär gezielt auf einzelne Politiker wirken.[296] So grenzten sich die Abendländer nicht zuletzt gegen die „europäische Bewegung" und die Europa-Union ab, der man vor allem „Interessenvertretung" vorwarf und das Bedürfnis, „selbst eine internationale politische Rolle [...] spielen" zu wollen.[297] Zwar sah man sich in den fünfziger und sechziger Jahren durchaus als Teil der verschiedenen Bemühungen um die Einigung Europas. Im Gegensatz zur Europa-Union jedoch verstanden sich die Abendländer als „Männer ohne Doktrin, Programm, Ideologie, aber mit Haltung und gutem Willen".[298] Ebenso wie man sich in den zwanziger Jahren von der „rein politischen Bewegung" der Paneuropa-Union abgesetzt und für sich in Anspruch genommen hatte, eine „durchaus unpolitische Organisation" zu sein,[299] war man noch in den sechziger Jahren stolz darauf, kein politisches Programm zu haben: „Das CEDI hatte es bewußt vermieden ein europäisches Programm aufzustellen [...]. Ich wage zu sagen, daß das CEDI gerade weil es kein Programm hat, 15 Jahre überdauerte."[300] Und wie in der Zwischenkriegszeit war auch in den sechziger Jahren diese Absage an das „Politische" eine im Kern zutiefst politische Grundhaltung.

Parallel zu dieser zunehmenden Bedeutung, die der Binnenkontakt innerhalb des CEDI gewann, strukturierte sich das Zentrum auch organisatorisch neu. Im Dezember 1957 konstituierte sich das Dokumentationszentrum auf Schloß Zeil als juristische Vereinigung mit Sitz in München und bildete erstmals übernationale Gremien. Mit der Gründung eines internationalen Vorstands, eines Beirats und Sekretariats ging man den Austausch innerhalb des CEDI nun gezielter an als in den Jahren zuvor, in denen man ohne festen Rahmen vorwiegend bei Treffen und Tagungen anstehende Probleme besprochen hatte.[301] Der Vorstand bestand ganz überwiegend aus dem bekannten Personenkreis, der sich bis Ende der sechziger

---

296 Dies ist hier ganz unabhängig von der Frage, ob es den „Abendländern" überhaupt hätte gelingen können, eine Massenbewegung aufzubauen, zu konstatieren.

297 Gaupp-Berghausen, Georg von: An die nationalen Zentren des CEDI. Betrifft: Die junge Generation, 30. 9. 1964, ACDP I-148–132/01.

298 Franzel, Emil: Europa im Escorial, in: Deutsche Tagespost vom 25. 6. 1956.

299 Vgl. etwa die Auseinandersetzung Karl Anton Rohans mit Coudenhove-Kalergi im *Abendland*: Rohan, Karl Anton: System und Leben. Eine Auseinandersetzung mit Coudenhoves „Paneuropa", in: Abendland 1 (1925/26), S. 173–175, hier S. 173.

300 Bericht des Generalsekretärs auf der Sitzung des Internationalen Rates des CEDI am 24./25. 6. 1967, ACDP I-148–132/02.

301 Ebenda.

Jahre in seiner Zusammensetzung kaum veränderte.[302] Die zu vergebenden Ämter wie Präsidium, Vizepräsidenten und Schatzmeister wechselten innerhalb des Vorstands in regelmäßigen Abständen.[303] Dabei entsprachen die Wahlen innerhalb des CEDI, aber auch innerhalb der anderen abendländischen Organisationen, allerdings eher formalen Prozeduren, deren Ergebnis meist vorher feststand. Der relativ kleine Kreis von Abendländern, in sich durch und durch homogen in einer konservativen weltanschaulichen Gesinnung verankert, legte aufgrund seiner weltanschaulichen Überzeugungen auf demokratisch-pluralistische Ordnungsstrukturen seiner Organisation schlicht und einfach keinen Wert.

Auf den Sitzungen des internationalen Vorstands des CEDI referierten in den folgenden Jahren Vertreter der verschiedenen Nationen zur jeweiligen Lage im eigenen Land, und immer wieder verwiesen die Protokolle darauf, diese Referate doch vertraulich zu behandeln. Auch diese Referate waren Bestandteil der geschilderten „inoffiziellen" Wirkungsweise, und bedenkt man die Tatsache, daß sich innerhalb des CEDI doch eine ganze Reihe regierungsnaher Persönlichkeiten der verschiedenen Länder versammelte, so kann man wohl tatsächlich davon ausgehen, daß die CEDI-Mitglieder recht gut über die innenpolitische Situation in den Nachbarländern informiert waren. Somit dienten internationaler Vorstand und Beirat vor allem als „Vermittlungsstelle" zwischen den nationalen Sektionen und ihren Mitgliedern.

---

302 1959 gehörten zum Internationalen Präsidium: Otto von Habsburg als Präsident, Alberto Martin Artajo, François de la Noë, Georg Fürst Waldburg-Zeil als Vizepräsidenten. Das Generalsekretariat teilten sich Marques de Valdeglesias und Georg von Gaupp-Berghausen. Schatzmeister wurde Marcel de Roover. Dem Internationalen Beirat gehörten von deutscher Seite an: Hans-Joachim von Merkatz, Richard Jaeger, Hermann Josef Abs, Otto Roegele, Ewald Heinrich von Kleist, Alfons Dalma. Hinzu kamen jeweils etwa vier bis fünf Vertreter der österreichischen, belgischen, spanischen, französischen, griechischen, britischen, liechtensteinischen, schweizerischen und schwedischen CEDI-Sektionen. Vgl. die CEDI-Broschüre von 1959, ACDP I-148–131/03.

303 1961 kam von deutscher Seite Alois Waldburg-Zeil in den Internationalen Rat hinzu. 1962 akklamierte das CEDI Otto von Habsburg zum Ehrenpräsidenten, neuer Präsident wurde Albert Martin Artarjo. Zu den bisherigen Vizepräsidenten stieß der Franzose Edmond Michelet, der vorher bereits Mitglied des Internationalen Rats gewesen war. Vgl. das Sitzungsprotokoll des Vorstandes und Internationalen Rates des CEDI am 23.6. 1962, ACDP I-148–131/03. Bei der selben Sitzung wurde Edmond Michelet zum neuen Präsidenten für das Jahr 1963 gewählt. Neuer Vizepräsident an seiner Stelle wurde der Österreicher Josef Klaus, vgl. Tagung des Vorstandes und Internationalen Rates des CEDI am 8./9. 12. 1962, ACDP I-148–131/03. Walter Werr, der Studienleiter der Abendländischen Akademie, war in den Internationalen Rat aufgerückt. 1963 gehörte auch Friedrich Zimmermann dem Internationalen Rat an, vgl. das Sitzungsprotokoll des Vorstandes und Internationalen Rates des CEDI am 9.6.1963, ACDP I-148–132/01. 1964 schließlich wurde Hans-Joachim von Merkatz Präsident des CEDI, an seine Stelle rückte der Brite John Rodgers in die Gruppe der Vizepräsidenten, Gaupp-Berghausen übernahm ab 1964 das Generalsekretariat allein. Vgl. das Sitzungsprotokoll des Vorstandes und Internationalen Rates des CEDI am 7. 7. 1963, ACDP I-148–132/01. Ab 1966 übernahm John Rodgers die Präsidentschaft, aus Deutschland stieß Franz Heubl (seit 1964 Präsident des deutschen CEDI) in den internationalen Rat vor. Vgl. die Broschüre des CEDI von 1966, ACDP I-148–132/01. 1968 schließlich wurde mit Adriano Moreira ein Portugiese Präsident. Vgl. das Sitzungsprotokoll des Vorstandes und Internationalen Rates des CEDI am 20./21. 7. 1968, ACDP I-148–132/02.

Gleichzeitig mit der internationalen Organisation gründeten die Abendländer in Deutschland auch ein „Europäisches Institut für politische, wirtschaftliche und soziale Fragen". Dieses Institut übernahm nun offiziell jene Aufgabe, die vormals die Abendländische Akademie innehatte, nämlich nationale Sektion des CEDI in der Bundesrepublik Deutschland zu sein. Auch hier sind die Nachwirkungen der „Lechfeld-Affäre" spürbar. Ganz offensichtlich zog man es von deutscher Seite nun vor, das CEDI in Deutschland von der Akademie abzukoppeln, es aber andererseits auch nicht unter seinem eigenen Namen auftreten zu lassen. Dies mag damit zu begründen sein, daß im Zuge der Pressekampagne gegen die Abendländische Akademie 1955/56 auch das CEDI mit in die Kritik gerückt war, wenngleich nur am Rande. Offenbar schien es den Beteiligten vernünftiger, die CEDI-Aktionen in Deutschland künftig unter einem neuen, unverfänglichen Namen stattfinden zu lassen. Die Präsidentschaft des Instituts übernahm mit Hans-Joachim von Merkatz allerdings ein Altbekannter, dem mit Alois Waldburg-Zeil ein in unserem Zusammenhang nicht weniger bekannter Generalsekretär zu Seite stand.

Abendländische Interessen: das francistische Spanien

Das CEDI unterhielt – die jährlich dort stattfindenden Tagungen zeigen es – enge Beziehungen zu Spanien. Dies entsprach voll und ganz abendländischen Interessen. Aufgrund ihrer autoritär-korporatistischen Gesellschaftskonzepte und ihrer Wertschätzung von „Führung" und „Elite" hatten sich die Abendländer bereits seit den zwanziger Jahren für ständisch-autoritäre Systeme wie zum Beispiel den österreichischen Ständestaat eingesetzt. Ebenso wie sie das Portugal Salazars als „den bestregierten Staat Europas" bezeichneten, in dem ihnen die „Ideale einer christlichen Gesellschafts- und Staatsordnung" verwirklicht und damit das „[liberale] 19. Jahrhundert bereits weitgehend überwunden" schienen, begeisterten sich die Abendländer auch für das francistische Spanien.[304] Dieses Interesse wurzelte nicht zuletzt in der Propagandaarbeit Hans-Joachim von Merkatz' in der Deutsch-Spanischen-Gesellschaft während des Zweiten Weltkrieges. Sicher, man wird diese Tätigkeit eines einzelnen Abendländers nicht überbewerten dürfen, wenn man nach Kontinuitäten des abendländisches Einsatzes für das Franco-Regime fragt. Schließlich handelte es sich bei der Arbeit der Deutsch-Spanischen Gesellschaft im „Dritten Reich" um eine offizielle Interessenvertretung des Deutschen Reiches. Es ging um eine möglichst enge Bindung Spaniens an das Deutsche Reich im Zweiten Weltkrieg, welche durch eine halboffizielle Stelle auf propagandistischem Wege gestärkt werden sollte. Dies läßt sich nicht vergleichen mit der Tätigkeit der Abendländischen Bewegung nach 1945.

Die Kontakte der DSG hatten sich, insbesondere aufgrund der persönlichen Beziehungen ihres Präsidenten Faupel, vor allem auf falangistische Kreise kon-

[304] Franzel, Emil: Portugal, der bestregierte Staat Europas, in: Neues Abendland 7 (1952), S. 266–272. Zur Geschichte Portugals unter Salazar siehe: Raby, D.L., Fascism and Resistance in Portugal. Sänger, Portugals langer Weg nach Europa.

zentriert.[305] Demgegenüber entstammten die Ansprechpartner der Abendländischen Bewegung in den fünfziger Jahren vor allem dem spanischen Katholizismus. Dieser hatte nach Kriegsende durch umfangreiche Neubesetzungen in der Regierung die Oberhand über die Falangisten gewonnen, als das Franco-Regime – nicht zuletzt aufgrund des Drucks der Weltöffentlichkeit – auf deutlich faschistische Symbole und ihre Vertreter verzichtete. In den folgenden Jahren wandelte sich das System „von einer faschistisch-totalitären Frühphase zu einer konservativ-autoritären Entwicklungsdiktatur".[306] Der „Nationalkatholizismus" und seine politische Vertretung Asociación Católica Nacional de Propagandistas (ACNP) stimmte zwar in zentralen Punkten mit der (ursprünglich) faschistischen Falange überein, grundsätzlich bildeten die beiden Strömungen jedoch „die beiden ideologischen Antipoden innerhalb der francistischen Regimeideologie".[307] Das „autoritär-korporatistische Ordnungsdenken" der ACNP lehnte im Gegensatz zur Falange jedes sozialrevolutionäre Vorgehen ab – eine Position, die die Gründe für die Nähe der spanischen Nationalkatholiken zu deutschen Abendländern bereits andeutet. Das Weltbild der Spanier und Deutschen stimmte in den allermeisten Punkten überein: katholisch, konservativ, autoritär, elitär – diese gemeinsamen Positionen ermöglichten eine partiell kongruente Interessenkonstellation in den fünfziger Jahren.[308]

Dabei waren die deutsch-spanischen Kontakte unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erst einmal abgebrochen: Einerseits war es für Deutsche unmöglich, nach Spanien zu reisen, andererseits fanden sich in Deutschland kaum öffentlich geäußerte Sympathien für das francistische Regime. Damit entsprach das deutsche Verhalten jenem der Schutzmacht USA und der übrigen westlichen Weltöffentlichkeit, die nach 1945 bemüht waren, Spanien zu isolieren. Das negative Bild Spaniens begann sich in Deutschland und anderswo erst zu ändern, als der Wind des Kalten Krieges heftiger zu blasen anhob. Die strategisch wichtige Lage Spaniens machte spätestens mit Beginn des Korea-Krieges eine weitere Ausgrenzung Spaniens unmöglich: Die UN hoben 1950 ihren 1946 gefaßten Boykottbeschluß auf; 1953 folgte das Konkordat mit dem Vatikan; 1955 wurde Spanien in die UN aufgenommen und schloß ein Stützpunktabkommen mit den USA. Der von Spanien immer wieder ins Feld geführte Verweis auf die jahrzehntelange antikommunistische „Tradition" des Landes unterstützte diesen Wiedereingliederungsprozeß wirksam.

Auch in Deutschland fanden sich seit Ende der vierziger Jahre wieder Spanien

---

[305] Vgl. Teil I, Kap. I.2. Siehe auch den Tätigkeitsbericht der DSG für das Geschäftsjahr 1939/40 einschließlich der Monate April und Mai 1940, BA R 64-I/12.

[306] Weber, Spanische Deutschlandpolitik, S. 23 und S. 29.

[307] Ebenda, S. 218.

[308] Zwischen den Jahren des Zweiten Weltkrieges, als Hans-Joachim von Merkatz für die DSG Propagandaarbeit leistete, und den abendländischen Bemühungen um Spanien in den fünfziger Jahren hatte sich also die Situation innerhalb des spanischen Machtgefüges grundsätzlich verändert. Insgesamt wird man wohl formulieren können, daß nicht der abendländische Einsatz für Spanien nach 1945 in der Kontinuität der Merkatzschen Arbeit im Zweiten Weltkrieg stand, sondern daß Merkatz zur abendländischen Bewegung auch aufgrund seiner eigenen Erfahrungen in der Deutsch-Spanischen Gesellschaft fand.

freundlich Gesinnte, vor allem in der Presse.[309] Nicht zuletzt das *Neue Abendland* tat sich schon bald mit lobenden Artikeln hervor: Dabei forderte man nicht allein eine Eingliederung Spaniens in die westliche Welt aufgrund seiner historischen „Verdienste", sondern pries schon bald auch das spanische Regierungssystem als vorbildlich.[310] Hier kamen nun auch Interpretationsmuster einer deutsch-spanischen Freundschaft wieder an die Oberfläche, die bereits die deutsche Propagandatätigkeit im Zweiten Weltkrieg bestimmt hatten – und insofern weist von Merkatz' Tätigkeit eben doch über rein individuelle Erfahrungen hinaus. Dazu gehörte vor allem die Beschwörung eines gemeinsamen Bollwerks gegen den Bolschewismus. War es in den Kriegsjahren der „gemeinsame Kreuzzug gegen die bolschewistischen Horden, der in Spanien begann und [...] in der endlosen Weite Rußlands seine Fortsetzung findet", welcher eine „Waffengemeinschaft geschaffen [hat], die die beste Grundlage auch für die geistig-kulturelle Zusammenarbeit der Völker bildet",[311] so hatte sich das Bild in den Jahren des Kalten Krieges kaum gewandelt: „Spanien und Deutschland sind die beiden einzigen Nationen des noch freien Europas, die den Bolschewismus ohne Maske erlebt haben, auf ihrem eigenen Grund und Boden. Spanien und Deutschland sind daher auch am meisten immun gegen Versuchungen aus dem Osten. Spanien und Deutschland haben – vom Unterschied in der Schuldfrage abgesehen – Perioden hinter sich, in denen sie internationale Ächtung und Diffamierung ertragen mußten. Sie verstehen einander und ihre jeweiligen Positionen vielleicht besser als zwei beliebige andere Nationen Europas. Was liegt daher näher, als daß die Spanier hoffen, daß es der Bundesrepublik gelingt, ihnen den Weg in jene internationalen Gemeinschaften zu ebnen [...]."[312]

Tatsächlich entwickelte Spanien im Verlauf der fünfziger Jahre ein starkes Interesse daran, sich den entstehenden europäischen Institutionen anzunähern, und es hoffte, nicht zuletzt durch einen engen Kontakt mit Westdeutschland diese Annäherung leichter vollziehen zu können. Je deutlicher sich die junge Bundesrepublik politisch festigte und als Bündnispartner in der Atlantischen Allianz eine Rolle zu spielen begann, je mehr es mit der deutschen Wirtschaft „bergauf" ging, desto anziehender wurde Westdeutschland für die spanische Außenpolitik. Bereits im Vorfeld der 1958/59 in Spanien erfolgten „Wende" in Form einer Regierungsumbildung und der sich anschließenden wirtschaftlichen Liberalisierung, die schließlich 1962 auch zu einem Gesuch auf Assoziation an die EWG führte, war Spanien

---

309 Aschmann, „Treue Freunde", S. 105–109. Vgl. auch: Briesemeister, Die iberische Halbinsel und Europa. Ders., Spanien in der deutschen Essayistik und Zeitungsberichterstattung.

310 Das *Neue Abendland* wurde übrigens (vermutlich auf Kosten der Familie Waldburg-Zeil) kostenlos den deutschen Schulen in Spanien und den deutschen Lektoren an spanischen Universitäten zur Verfügung gestellt. Vgl. Aschmann, „Treue Freunde", S. 427, FN 213.

311 Deutsch-spanische Kulturarbeit im Kriege, BA R 64-I/27.

312 Otto B. Roegele im Rheinischen Merkur vom 24. 9. 1954 über die dritte CEDI-Tagung, zitiert nach: Mitteilungsblatt der Abendländischen Akademie Oktober 1954, BA N 1243/15. Zum Stereotyp der Beschwörung einer „treuen" Freundschaft zwischen Spanien und Deutschland, welches die Abendländer in der Nachkriegszeit nicht als einzige verwandten, vgl. die Arbeit Birgit Aschmanns, „Treue Freunde".

an Kontakten ins westliche Europa gelegen. Nicht zuletzt dazu diente die CEDI-Gründung 1952, an der Alfredo Sanchez Bella mitgewirkt hatte: Die konservativ-katholischen Politiker in der abendländischen Bewegung konnten den Spaniern helfen, sich den Weg in deutsche Amtsstuben und Zeitungen zu bahnen, und ihnen nicht zuletzt direkte Kontakte zur konservativen politischen Elite der Bundesrepublik verschaffen.

Den Abendländern bot das CEDI die Möglichkeit, das politische „Vorbild" Spanien in konkreter, politisch wirksamer Form zu unterstützen, ganz abgesehen davon, daß der direkte deutsche Kontakt mit Spanien, der bis etwa 1958 durchaus noch nicht fest diplomatisch etabliert war, den Deutschen auch die Möglichkeit bot, konkrete politische Interessen zu vertreten. Das abendländische Interesse an Spanien in den fünfziger Jahren speiste sich zusätzlich aus der antikommunistischen Überzeugung, Europa müsse Spanien in die „Abwehrfront" des Abendlandes integrieren: aufgrund seiner strategischen Position, aber auch aufgrund des vermeintlich gefestigten Katholizismus, der, so hofften die Abendländer, die in Europa erschütterten Grundfesten des Glaubens zu festigen helfen könne.

Mit Gründung des CEDI 1952 entwickelte sich dieser Teil der Abendländischen Bewegung zu einem nicht unwichtigen privaten Instrument im Bereich der deutsch-spanischen Beziehungen. Tatkräftig gingen die deutschen CEDI-Mitglieder daran, auch in der westdeutschen Öffentlichkeit für ein stärkeres politisch-diplomatisches Engagement der Bundesrepublik in Spanien zu werben. Dazu trugen nicht zuletzt die CEDI-Tagungen bei, auf denen bundesdeutsche Minister zwar offiziell privat, aber dennoch öffentlichkeitswirksam nach Spanien reisten – in einer Zeit, in der noch keine hochrangigen deutschen Politiker das Land besucht hatten. In den Jahren ab 1953 wurden Richard Jaeger, Hans-Joachim von Merkatz und auch Eugen Gerstenmaier während der CEDI-Tagungen von Franco empfangen. Darüber wiederum berichteten Journalisten aus den Reihen des CEDI in ihren jeweiligen Organen (wie etwa dem „Rheinischen Merkur" oder der „Deutschen Tagespost") ausführlich und lobend. Aber auch andere, „nicht-abendländische" Zeitungen griffen die Nachrichten an hervorgehobener Stelle auf.[313]

Im Rahmen dieser Gespräche bemühten sich die abendländischen Politiker, die deutsch-spanischen Beziehungen zu verbessern und ihre Etablierung voranzutreiben. Dabei hielten sie durchaus engen Kontakt zu ihrer Regierung. So betätigte sich beispielsweise Richard Jaeger „als Kurier zwischen der Bundesregierung bzw. Adenauer und dem spanischen Außenministerium". Denn der spanische Außenmister Atarjo stand als CEDI-Mitglied ja in direkter Verbindung zu Jaeger.[314] Dieser berichtete dem Kanzler regelmäßig über die Gespräche im Umfeld der

[313] Vgl. bspw. die Presseberichte in den Mitteilungsblättern der Abendländischen Akademie Oktober 1954, Juli 1955 und August 1958, BA N 1243/15.

[314] Weber, Spanische Deutschlandpolitik, S. 251. Richard Jaeger hat Frau Weber zur Bestätigung dieser These Einblick in sein Privatarchiv gewährt. Vgl. auch die Angaben Birgit Aschmanns zum Briefwechsel Jaeger-Adenauer in: „Treue Freunde", S. 224 f. Hans-Joachim von Merkatz ließ seine im Rahmen der CEDI-Tagungen zu haltenden Vorträge von Heinrich von Brentano Korrektur lesen, um Änderungswünsche des Auswärtigen Amts einbringen zu können. Vgl. Brief Merkatz an Brentano, 30. 5. 1956, ACDP I-148–131/03.

CEDI-Tagungen und versuchte gleichzeitig, im Sinne des spanischen Interesses an einem offiziellen Besuch Adenauers auf diesen einzuwirken. Dabei behielt Jaeger jedoch die deutschen Interessen im Blick: So schlug er angesichts des von spanischer Seite wiederholt geäußerten Wunsches, Adenauer möge offiziell nach Madrid reisen, vor, einen solchen Besuch von einem Entgegenkommen der Spanier in der Mitte der fünfziger Jahre noch immer ungelösten Frage deutschen Eigentums in Spanien abhängig zu machen.[315] Gerade die Eigentumsfrage, welche die abendländischen Politiker auch bei ihren Gesprächen mit Franco im Umfeld der CEDI-Tagungen thematisierten, macht deutlich, daß es den Abendländern in diesen Unterredungen durchaus auch um politische Interessen der Bundesrepublik Deutschland ging.[316] Gleichzeitig förderten die Abendländer Gegenbesuche spanischer Politiker in der Bundesrepublik und bedienten sich dabei des CEDI als Instrument – und nicht zuletzt auch als Financier. So luden etwa Hans-Joachim von Merkatz und Georg Fürst Waldburg-Zeil den Internationalen Rat des CEDI im Oktober 1963 zu einer Tagung nach Stuttgart ein, wo die Spanier mit dem stellvertretenden CDU-Vorsitzenden und baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kurt-Georg Kiesinger zusammentrafen.[317] Schließlich erstreckte sich die abendländische Vermittlungstätigkeit für Spanien auch auf die europäische Ebene: So kündigte Gaupp-Berghausen im Februar 1958 beim Auswärtigen Amt an, mit „drei oder vier spanische[n] Herren, darunter einem Staatsrat Marques de Valdeglesias, Anfang März [...] nach Straßburg reisen zu wollen, um dort mit dem Europarat Kontakte aufzunehmen".[318]

Bis Mitte der fünfziger Jahre nahm das Auswärtige Amt von diesen Aktivitäten des CEDI kaum Notiz, was die abendländischen Publizisten durchaus bissig kommentierten. So schrieb Otto B. Roegele: „Das Auswärtige Amt hatte zu diesem [vierten] Kongreß [des CEDI 1955] keinen Vertreter entsandt, obwohl er, wie die Erfahrung der letzten Jahre lehrt, die beste, ja die einzige Möglichkeit zu direkten Gesprächen mit spanischen Politikern [...] bietet."[319] Bereits 1956 hatte sich jedoch die Aufmerksamkeit deutscher Diplomaten dem CEDI zugewandt, und die westdeutsche Botschaft in Madrid urteilte, „daß die spanische Regierung sich des Dokumentationszentrums als eines Sprachrohrs" bediene. Der Wert des CEDI liege darin, die „einzige Stelle in Spanien [zu sein], an der einmal im Jahr

---

315 Zur Eigentumsfrage, die lange Zeit innerhalb der deutsch-spanischen Beziehungen als Hemmschuh wirkte, vgl. Aschmann, „Treue Freunde", S. 120–128.

316 Vgl. Spaniens Stellung zum Westen. Europäisches Dokumentationszentrum tagt in Madrid, in: Süddeutsche Zeitung, 5. 6. 1956. Zitiert nach: Mitteilungsblatt der Abendländischen Akademie Nr. 2 1956, BA N 1243/15.

317 Protokoll der Sitzung des Vorstandes und des Internationalen Rates des CEDI vom 9. 6. 1963, ACDP I-148–132/01. Ebenso finanzierte das CEDI eine Reise des spanischen Informationsministers Manuel Fraga Iribarne, ebenfalls CEDI-Mitglied, nach Bonn und München, wo er Richard Jaeger, Franz Heubl, Friedrich Zimmermann, Franz Joseph Strauß und Kurt Georg Kiesinger traf, vgl. Aschmann, „Treue Freunde", S. 434.

318 Aufzeichnung Dr. v. Nostitz, 12. 2. 1958, betr.: Angebliche Bitte spanischer Kreise an die Abendländische Akademie von Kontakten mit dt. Vertretern beim Europarat in Straßburg, PAAA Ref. 212/292.

319 Otto B. Roegele im Rheinischen Merkur vom 24. 6. 1955, zitiert nach: Mitteilungsblatt der Abendländischen Akademie Juli 1955, BA 1243/15.

politisches Gedankengut anderer Länder [...] vorgetragen werden kann". Daher sei es wichtig, „über diesen, wenn auch sehr begrenzten Weg, politisch interessierte Spanier aus ihrer nationalstaatlichen Befangenheit heraus- und an den Europa-Gedanken heranzuführen".[320] Gleichzeitig bemerkte man erfreut, daß „in den Reden und Ansprachen [auf den Tagungen des CEDI] auch die besonderen Anliegen der deutschen Außenpolitik zur Sprache" gekommen seien.[321] Hier wird erneut deutlich, wie sehr das CEDI in seiner speziellen Wirkungsweise dazu diente, deutsche Interessen zu vertreten und im vertraulichen Gespräch deutsche Positionen zu vermitteln. In den folgenden Jahren attestierte das Auswärtige Amt dem CEDI daher „erhebliche politische Bedeutung".[322] Insgesamt also bot das CEDI deutschen Politikern die Möglichkeit, eine „Substitutions-Diplomatie" zu betreiben, „die eine Intensivierung bilateraler Beziehungen auch ohne aufsehende Politikerreisen ermöglichte".[323] Somit scheint sich die von den Abendländern bewußt gewählte Organisations- und Aktionsform durchaus als erfolgreich erwiesen zu haben – wenn sie eben auch auf eine ganz bestimmte politische Richtung, nämlich Vertreter der Unionsparteien, beschränkt blieb. Zumindest aber solange die Union unangefochten die führende bundesdeutsche Regierungspartei war, erwiesen sich die Kontakte des CEDI im vordiplomatischen Raum als durchaus nützlich.

Als nach der Unterzeichnung des Eigentums-Vertrages 1958 Außenminister Brentano erstmals offiziell nach Spanien reiste, verlor das Auswärtige Amt langsam das Interesse an der abendländischen Ersatz-Diplomatie.[324] Auch auf seiten der spanischen Regierung hatte mit dem „Kurswechsel" 1958/59 das dringende Interesse am CEDI – anscheinend – nachgelassen, standen die Kontakte zu Deutschland doch nun auf offiziellem diplomatischen Boden. Die spanische Politik hofierte die Abendländer fortan weniger. Dies bemerkte auch die Presse, die in der Tatsache, daß das CEDI seinen Jahreskongreß 1959 „Die europäische Solidarität in der Erprobung" erstmals nicht mehr im Escorial abhielt, sondern in der nahegelegenen Hospederia de Cuelgamuros, ein deutliches Zeichen für diese Entwicklung sah.[325] Bei genauerem Betrachten jedoch verschoben sich die Interessen nur: Die abendländische Bewegung orientierte sich in den kommenden Jahren stärker auf General de Gaulle und seine Europa-Politik. Die gaullistische Präsenz und Aktivität im CEDI stieg in diesen Jahren deutlich. Und gerade an diesen Kontakten hatten auch die Spanier Interesse, bot ihnen doch das gaullistische Konzept einer intergouvernementalen Kooperation der europäischen Nationen unter möglichst vollständiger Wahrung der Souveränität die einzige Möglichkeit, an einem gemeinsamen Europa mitwirken zu können. Jede supranationale euro-

[320] Botschaft Madrid an das AA, 27. 8. 1956, PAAA Ref. 201/506, zitiert nach Aschmann, „Treue Freunde", S. 431, FN 238.
[321] Aufzeichnung von Legationsrat Klein, Ref. 303, 30. 5. 1956, PAAA Ref. 206/42.
[322] Aufzeichnung von Schmidt-Schegel, 31. 5. 1957, zitiert nach Aschmann, „Treue Freunde", S. 429, FN 224.
[323] Aschmann, „Treue Freunde", S. 434.
[324] Ebenda.
[325] Vgl. den Pressespiegel zur VIII. Jahrestagung des CEDI, in: Dokumentation der Woche für Weltpolitik und Wirtschaft, Sonderausgabe Dezember 1959, BA 1243/30.

päische Lösung wäre im nationalistischen Franco-Regime auf unüberwindbare Widerstände gestoßen.[326] In den Jahren zwischen 1958 und etwa 1964 nutzten daher deutsche und spanische Politiker gemeinsam das CEDI, um „fern von indiskreten Ohren" mit französischen Gaullisten im engen Austausch zu stehen.[327] So verschob sich das in den fünfziger Jahren primär auf deutsch-spanische Beziehungen orientierte CEDI in Richtung Frankreich. Die eingespielten und etablierten Kontakte kamen nun den deutschen Interessen an der französischen Politik zugute.

Europa als abendländische „Weltmacht"

Die Annäherung des CEDI an Frankreich schlug sich auch in der Entwicklung der Abendland-Idee der sechziger Jahre nieder. Stärker als im Jahrzehnt zuvor vertrat man in den sechziger Jahren das Ziel eines politisch starken, gegenüber den USA weitgehend selbständigen Europas. Begonnen hatte dieser Prozeß einer stärkeren Orientierung auf machtpolitische Faktoren Ende der fünfziger Jahre, als die bis dahin vorbehaltlose Unterstützung der Westbindungspolitik der Kanzlerschaft Adenauers ins Wanken geriet. Gipfelnd in den Monaten des Mauerbaus von 1961 nahm man offenbar auch in abendländischen Kreisen wahr, daß die Adenauersche „Politik der Stärke" in eine Sackgasse geführt zu haben schien. Der Wiedervereinigung und auch der Befreiung Mittel- und Osteuropas kam man offenbar mit diesem Konzept kein Stück näher. Während Entspannungstendenzen in der Mitte der fünfziger Jahre bereits Ängste geschürt hatten, eine Annäherung zwischen den Blöcken könne vor allem auf Kosten der Deutschen geschehen und die Wiedervereinigung als politisches Ziel auf ein politisches Abstellgleis geraten, erkannte man zunehmend, daß auch die europäische Einigung von der „Politik der Stärke" auf Dauer nicht profitieren würde. Der sich immer deutlicher herauskristallisierende Bilateralismus zwischen den USA und der Sowjetunion schwächte Europa als politische Instanz – der ewige Juniorpartner in der atlantischen Gemeinschaft zu sein, schien den Abendländern auf Dauer keine reizvolle Aussicht für die „mater occidentalis". Die noch in der Mitte der fünfziger Jahre gebetsmühlenartig wiederholte Auffassung, das „Abendland" müsse, wenn schon nicht die militärisch-politische, so doch wenigstens die geistige Führung im westlichen Bündnis übernehmen, wich nun der Forderung nach einer stärkeren Position Europas auch gegenüber den USA.

Hier trafen verschiedene Faktoren zusammen: Zum ersten sah man, daß die mit der beanspruchten geistigen Führung immer einhergedachte Rechristianisierung der europäischen Gesellschaften wohl für immer von der fortschreitenden Säkularisierung verhindert würde und die Amerikanisierung der europäischen Lebens-

---

[326] Hommel, Spanien und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. S. 201. Außenminister Artajo betonte bereits auf dem 3. CEDI-Kongreß 1954: „Daher ist es für uns wesentlich, daß die Bedeutung der Nationen sowie ihre völlige Unabhängigkeit und ihre volle Souveränität respektiert werden [...]." Vgl. Mitteilungsblatt der Abendländischen Akademie Oktober 1954, BA 1243/15.

[327] Ziel, Zweck und Aufgabe des CEDI (1960), ACDP I-148–132/01.

weise unaufhaltsam voranschritt. Statt also im atlantischen Bündnis einen eigenständigen, wichtigen Part, nämlich die geistige Führung zu übernehmen, die in den Augen der Abendländer ja unersetzbar zur militärischen Machtposition hinzugehörte, geriet Europa auch auf diesem Gebiet gegenüber der Schutzmacht im Westen ins zweite Glied. Gleichzeitig wuchs die politische und militärische Abhängigkeit des Kontinents. Es entwickelte sich die Überzeugung, daß nur ein starkes Europa in der Lage sei, die eigenen Interessen, die mit jenen der Vereinigten Staaten eben doch nicht als deckungsgleich angesehen wurden, kraftvoll zu vertreten. Diese Forderung eines politisch starken Europas richtete sich zunehmend auch gegen die USA. Der bereits seit Jahrzehnten in der Abendland-Idee virulente kulturelle Antiamerikanismus kehrte sich Ende der fünfziger Jahre ins Politische. Nachdem sich die Fronten des Kalten Krieges gelockert hatten und die Amerikaner mit der beginnenden Entspannungspolitik signalisierten, daß sie nicht bereit waren, die antikommunistischen Interessen etwa der Abendländer weiterhin wie zu „Hochzeiten" des Ost-West-Konfliktes zu vertreten, verlor sich auch die in den fünfziger Jahren quasi notgedrungen vorgenommene abendländische Annäherung an die USA und den „Westen".

Zwar betonten die Abendländer weiterhin, daß das Atlantische Bündnis grundsätzlich von überragender Bedeutung auch für Europa sei, doch forderten sie eine stärkere Position des europäischen „Abendlandes" gerade in Fragen, die primär Europa angingen. Bereits 1957 konstatierte man, im Nachgang der Suez-Krise, erstmals eine „Krise der atlantischen Welt"[328] und machte auch im Verlauf der sechziger Jahre eine „immer größere Lockerung der Bande innerhalb der NATO" aus.[329] Gegenüber der sich seit Beginn der sechziger Jahre abzeichnenden Krise innerhalb der atlantischen Gemeinschaft, die für die Bundesrepublik noch verstärkt wurde durch den Mauerbau und das damit offenkundig werdende Scheitern der „Politik der Stärke", bezogen die Abendländer konkret Stellung. Nicht nur politisch forderte man eine größere Eigenständigkeit Europas, sondern auch militärisch: Die „Vormacht der USA" in der NATO, so betonten die Abendländer, „kann auf die Dauer nicht allein das tragende Gerüst bleiben, sondern die Einigung Europas muß einen bedeutenden Anteil an der Verteidigung des Kontinents und des Mittelmeerraumes nehmen".[330]

---

[328] So der Titel der Jahrestagung des CEDI im Juni 1957.

[329] Dalma, Alfons: Europa in drei Monaten, in: Aconcagua 1 (1965), S. 118–123, hier S. 118. So konstatierte Dalma im gleichen Artikel: „Da aber gegenwärtig die USA stärker in Ostasien als in Europa engagiert sind [...], da alle Pläne für die Reform der NATO im Sinne einer besseren ausgewogenen Partnerschaft zwischen den USA und Europa seit Dezember 1964 in den Schubladen der Staatskanzleien ruhen, da die USA zur Stützung des Dollars an die europäischen Partner als unzumutbar empfundene Wünsche richten, da Europa seinerseits den Eroberungszug des amerikanischen Investitionskapitals zu beklagen beginnt, ist die NATO [...] in ihrer militärischen und defensiven Statik zwar unversehrt vorhanden, in ihrer weltpolitischen und strategischen Dynamik aber lahmgelegt." Ebenda, S. 122. Vgl. auch: Jaeger, Richard: Die Krise der nordatlantischen Gemeinschaft, in: Europa-Forum 4 (1967), S. 200–207.

[330] Merkatz, Hans Joachim von: Die internationalen Organisationen. Vortrag auf der 6. Jahrestagung des CEDI vom 17.–19. 6. 1957, ACDP, I-148–131/03.

Immer deutlicher sah man „die Notwendigkeit einer echten dritten Kraft. Diese dritte Kraft, unabhängig und ein Mittler zwischen Ost und West, kann und muß vor allem Europa selbst werden. Ein Europa, das ausgehend von der EWG eine echte politische Gemeinschaft wird".[331] Zwar forderte man hiermit nicht den Austritt aus der NATO, dies verbot auch der weiterbestehende Antikommunismus des „Abendlandes", doch distanzierte man sich im Gegensatz zu den fünfziger Jahren nun deutlich von den USA und ihrem hegemonialen Anspruch innerhalb des atlantischen Bündnisses. So wurde aus dem – jahrzehntelang vorwiegend kulturell beschriebenen – „Abendland" ein politisch starkes Europa mit einer eigenständigen Verteidigungs-, Außen- und Sicherheitspolitik. „Darum fordert es [das CEDI] eine politische Gemeinschaft Europas, die neben der wirtschaftlichen Einigung nun absoluten Vorrang" haben müßte. Dabei ging es den Abendländern nicht um die Schaffung einer europäischen Föderation, sondern vielmehr um eine „politische Gemeinschaft Europas auf der Grundlage der Kooperation der geschichtlich gewachsenen europäischen Nationen, die ihre Eigenheit nicht verwischt, die aber in den entscheidenden Fragen gemeinsamer Außenpolitik, der Verteidigung und der Wirtschaft ein Handeln als politische Einheit ermöglicht".[332] Solche Positionen wurden in der Bundesrepublik der frühen sechziger Jahre vor allem von jenen geäußert, die sich in den Reihen der deutschen sogenannten „Gaullisten" befanden – aber darauf wird noch einzugehen sein.

Das starke, machtpolitisch von dem atlantischen großen Bruder weniger abhängige Europa, welches die Abendländer in den sechziger Jahren forderten, sollte seine Interessen nicht nur gegenüber den USA vertreten, sondern auch die Kontakte mit den Ländern der „Dritten Welt" intensivieren. Wenn Europa, auch durch entwicklungspolitische Maßnahmen, in der Lage wäre, etwa Lateinamerika stärker an sich zu binden, vergrößerte sich das weltpolitische Gewicht des „Abendlandes". „Afrikaner oder Inder, die einst in Eton, Cambridge oder Oxford studiert [...] haben, bleiben im allgemeinen ihr Leben lang englandfreundlich. Aus ihnen selektiert die britische Regierung die spätere politische Elite [...] des Commonwealth. Warum sollten wir nicht ähnliche oder moderne Wege in Lateinamerika gehen und ganz auf weite Sicht [...] ein ‚europäisch-lateinamerikanisches Commonwealth' anstreben [...]?"[333] Auf diese Weise würde Europa „Großmacht" sein – nicht „Schlachtfeld".[334] Und diese Großmacht würde dann auch eine solche Anziehungskraft gerade auf den Osten Europas ausüben, daß damit Europa erstmals eine eigenständige Politik auch in Richtung Mitteleuropa, jener traditionell abendländischen Bastion, würde ausüben können.

Diese Politik sollte allerdings nichts zu tun haben mit der sich im Verlauf der sechziger Jahre abzeichnenden ost-westlichen Entspannungspolitik. Denn trotz aller machtpolitisch-realistischen Verschiebung innerhalb der abendländischen

---

[331] Gaupp-Berghausen, Georg von: Iberoamerika und der Nahe Osten, in: Aconcagua 3 (1967), S. 163 f., hier S. 163/164.

[332] Ziel, Zweck und Aufgabe des CEDI (1960), ACDP I-148-132/01.

[333] Gaupp-Berghausen, Georg von: Österreich – Lateinamerika. Möglichkeiten der Entwicklungshilfe, in: Aconcagua 4 (1968), S. 448–457, hier S. 457.

[334] Habsburg, Europa: Großmacht oder Schlachtfeld.

Idee blieb der rigide Antikommunismus doch auch in den sechziger Jahren erhalten. Er verbot eine Annäherung an den Osten im Sinne der Détente-Politik. „Friedliche Koexistenz im Ideologischen [...] kann es doch nicht geben" – das blieb Kernpunkt der abendländischen Idee wie in den Jahrzehnten zuvor.[335] Dennoch aber hoffte man nun, durch regelmäßige Kontakte der Westeuropäer mit Mitteleuropa „möglichst feste Bande" zu knüpfen, um auf Dauer den mitteleuropäischen Raum aus der Umklammerung der Sowjetunion zu lösen. Im Gegensatz zu den fünfziger Jahren, als sich auch im Denken der Abendländer die beiden Blöcke von Ost und West monolithisch gegenüberstanden, plädierte man nun für eine aktive Mittel- und Osteuropapolitik, bei der „ein starkes, einiges Europa im Lager der Freien Welt tonangebend sein muß".[336] Erstmals ging hier das abendländische Denken über das reine Beklagen der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und die irrationale Vision eines neuen mitteleuropäischen Imperiums hinaus. Im Zuge der „realpolitischen" Wende der Abendländer ging es nun erstmals darum, die eigenen Vorstellungen politisch zu konkretisieren. Auch wenn sich keine ausgefeilten Pläne, wie denn die „möglichst festen Bande" zu knüpfen seien, an diese Ideen anschlossen, so zeigen sie doch die Wandlung, die die abendländische Idee seit den fünfziger Jahren durchlaufen hatte. Dies bezog sich auch auf die deutsche Frage. Bereits 1959 betrachtete man „die Teilung Deutschlands [...] nicht als einen isolierten Vorgang [...], sondern als einen Aspekt der Teilung Europas",[337] und hoffte über eine konsequente Europa-Politik auch die Interessen der Deutschen im Hinblick auf eine Wiedervereinigung durchsetzen zu können.

Die Abendländer als „Gaullisten"

Die öffentlichen Aktivitäten ähnelten auch Anfang der sechziger Jahre jenen der vorangegangenen Zeit. Im Sommer fanden die jeweiligen Jahrestagungen in Spanien statt, 1960 unter dem Titel „Der Westen vor der Bedrohung – Europa in der weltpolitischen Strategie", während man sich 1961 „L'Occident à l'heure iberoaméricaine" zuwandte. 1962 ging es um „Das soziale Problem in internationaler Sicht", 1963 schlicht um „Europa in Bewegung". 1964 schließlich stand mit „Aspects de la politique de la détente" die sich international anbahnende Entspannung im Mittelpunkt.

Intern jedoch geriet seit der Rückkehr de Gaulles an die französische Staatsspitze, bei der das CEDI nach Aussagen Otto von Habsburgs politisch mitwirkte,[338] im Zentrum mehr in Bewegung, als die regelmäßige öffentliche Aktivität vermuten läßt. Denn während in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre die Fran-

---

[335] Merkatz, Hans-Joachim von: Das Ringen um die europäische Einheit. Vortrag vor dem österreichischen CEDI am 12. 2. 1960, ACDP I-148–132/01.

[336] Habsburg, Europa: Großmacht oder Schlachtfeld, S. 23–51, hier S. 47.

[337] Resolutionen des CEDI-Kongresses 1959, zitiert nach Dokumentation der Woche, Sonderausgabe Dezember 1959, BA 1243/30.

[338] In der von Otto von Habsburg autorisierten Biographie schreiben Stephan Baier und Eva Demmerle: „Viele [politische] Kontakte seien über das CEDI gelaufen, etwa bei der abenteuerlichen Rückkehr de Gaulles an die Macht in Frankreich." Zitiert nach: Baier/Demmerle, Otto von Habsburg, S. 241.

zosen eher schwach im CEDI vertreten waren, entfaltete gerade die französische Seite zwischen 1958 und 1963/64 eine deutlich stärkere Aktivität im CEDI, und alle daran beteiligten Franzosen gehörten zum gaullistischen Spektrum. Bei den im CEDI aktiven Deutschen stieß die Konzeption eines „Europa der Vaterländer" auf positive Resonanz. Damit verband sich eine große abendländische Wertschätzung de Gaulles, welche sich ganz ähnlich erklären läßt wie jene für Adenauer in den fünfziger Jahren. Vor allem die Tatsache, daß der Regierungsstil des Generals autoritäre Züge aufwies, kam den abendländischen Vorstellungen noch immer entgegen. Die Abendländer sprachen dem General bis weit in die sechziger Jahre hinein, als die Kontroverse zwischen „Atlantikern" und „Gaullisten" in der Bundesrepublik bereits wieder abgeflaut war, eine „wegweisende" Position auf dem Weg Europas zur politischen Gemeinschaft zu.[339] Selbst wenn sich die deutschen Abendländer mancher Skepsis angesichts des immer wieder irritierenden Verhaltens de Gaulles nicht enthielten, übernahm man doch grundsätzlich seine Forderungen nach einem starken Europa.

So standen die Abendländer innerhalb der Auseinandersetzung, die unter dem Schlagwort der „Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse" bekannt geworden ist, eindeutig und ausschließlich auf seiten der „Gaullisten". Dies lag nicht zuletzt daran, daß jener „feste Kern", der die „Modernisierung des Abendlandes" im Verlauf der späten fünfziger und sechziger Jahre umsetzte, zum allergrößten Teil der CSU nahestand oder ihr angehörte. Dabei handelte es sich um Vertreter der bundespolitischen Führungsgruppe um Franz Josef Strauß innerhalb der CSU, welche die europapolitischen Konzeptionen der Partei entwickelten. Mit Richard Jaeger, Franz Heubl (seit 1958 Vorsitzender der CSU-Fraktion, seit 1960 auch Leiter der Bayerischen Staatskanzlei), Friedrich Zimmermann (von 1956 bis 1963 Generalsekretär der CSU, MdB), Emil Franzel und Ewald H. von Kleist (Verleger) versammelte sich ein Großteil der politischen und publizistischen Vertreter des Straußschen Europa-Konzeptes in der Abendländischen Bewegung.[340] Im Gegensatz zu den fünfziger Jahren, als das Verhältnis zwischen CDU- und CSU-Vertretern in der Abendländischen Bewegung noch eher ausgeglichen war, hatten durch die Verkleinerung der Abendländischen Bewegung die CSU-nahen Vertreter die „Oberhand" gewonnen. Nun bezog man eindeutig gegen die sich formierende „atlantische" Gruppierung innerhalb der CDU Stellung.

Indem sich das CEDI auf ihren europäischen Treffen und Kongressen zunehmend mit gaullistischen Positionen zur europäischen Einigung identifizierte, entwickelte es sich auf diese Weise zu einem „Kontaktpool" deutscher „Gaullisten" und französischer Gaullisten.[341] Zwar sollte man die Bedeutung der Abendländi-

---

[339] Vgl. Gaupp-Berghausen, Georg von: Iberoamerika und der Nahe Osten, in: Aconcagua 3 (1967), S. 163 f., hier S. 163.

[340] Vgl. Eisner, Das europäische Konzept von Franz Josef Strauß, S. 34–36. Somit wurden im CEDI auch jene Kontakte zwischen Otto von Habsburg und der CSU gepflegt, welche schließlich in von Habsburgs Kandidatur für das Europa-Parlament endeten.

[341] Hinzu kamen von französischer Seite: Louis Terrenoire (1960/62 Informationsminister, später Generalsekretär der U.N.R.), Michel Habib-Deloncle (ebenfalls U.N.R., von 1962 bis 1966 Staatssekretär im Außenministerium). 1964 war Franz Heubl Präsident des deut-

schen Bewegung als einer relativ kleinen Gruppierung nicht überschätzen, doch angesichts der Tatsache, daß die engsten Mitarbeiter von Franz Josef Strauß Ende der fünfziger Jahre im CEDI regelmäßigen und intensiven Kontakt mit Vertretern der Politik de Gaulles hatten, kann man doch davon ausgehen, daß in diesen Kreisen Konzepte vorgedacht und transformiert wurden, die seit Mitte der sechziger Jahre zur außenpolitischen Konzeption der CSU gehörten. Andererseits trug die CSU zur „Modernisierung" des Abendlandes bei. Franz Josef Strauß war es, der 1968 forderte, der Konservatismus habe „an der Spitze des Fortschritts zu marschieren".[342] Enge Mitarbeiter Strauß', die im CEDI Anfang der sechziger Jahre aktiv waren, waren sicherlich daran beteiligt, verkrustete Ideologiemuster langsam abzulösen.

Mit all diesen „realpolitischen" Wendungen und der Orientierung an den Positionen der CSU unter Franz Josef Strauß in den sechziger Jahren gelang es der Abendländischen Bewegung gleichzeitig auch, sich regional und auf das konservative Spektrum begrenzt, ihr Publikum zu erhalten. Zwar konnte die abendländische Idee nicht mehr auf jene breite öffentliche Unterstützung setzen, die Anfang der fünfziger Jahre möglich gewesen war, doch bot die erfolgte Konzentration auch Vorteile, indem sie die Zustimmung einer zwar begrenzten, aber doch zumindest im süddeutschen Raum einflußreichen Klientel bot. Und selbst auf bundespolitischer Ebene sollten sich damit in den sechziger Jahren neue Möglichkeiten öffnen. Indem aus Abendländern „Gaullisten" geworden waren, konnten sich Kernbestände der abendländischen Idee weit über das Ende der Nachkriegszeit hinaus erhalten.

Anschauliches Indiz für die Bedeutung, die Frankreich und de Gaulle in den frühen sechziger Jahren für das CEDI erhielt, war die Umsiedlung des Generalsekretariats in der ersten Hälfte der sechziger Jahre. Während in den fünfziger Jahren sowohl in München (Gaupp-Berghausen) wie in Madrid (Valdegleisias) Generalsekretariate angesiedelt waren, schlugen die französischen CEDI-Mitglieder, die 1963 mit Edmond Michelet auch erstmals den Präsidenten des CEDI stellten, vor, Gaupp-Berghausen „aus Gründen der praktischen Wirksamkeit" nach Paris umziehen zu lassen. Michel Habib-Deloncle, Staatssekretär im französischen Außenministerium beispielsweise betonte, daß „praktische und politische Erwägungen die Übersiedlung nach Paris richtig erscheinen lassen, wie z.B. die zentrale und geopolitische Lage, der Treffpunkt von Persönlichkeiten und politischen Institutionen jeder Art, die häufigen Aufenthalte politisch wichtiger Persönlichkeiten etc".[343] Daß dahinter auch der Wunsch der französischen Gaullisten stand, durch einen in Paris ansässigen deutschen Generalsekretär besseren Kontakt und direkteren Einfluß vor allem auf die deutschen CEDI-Teilnehmer zu erlangen, zeigt die Tatsache, daß im Juli 1964 – also im Jahr nach der Verabschiedung der Präambel zum Elysée-Vertrag durch den deutschen Bundestag – nach Ansicht der

schen CEDI. Vgl. ansonsten: Grabbe, Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika. Marcowitz, Option für Paris.

342 Zitiert nach Schildt, Konservatismus, S. 238.

343 Sitzung des Vorstandes und des internationalen Rates des CEDI, 23. 6. 1962, ACDP I-148-131/03.

Franzosen „die Aufrechterhaltung des derzeitigen Büros in Paris nicht mehr notwendig sei, es würde eine Adresse eines anderen bestehenden Büros genügen".[344] Parallel zum Rückzug de Gaulles nach dem „Sieg" der „Atlantiker" in der Bundesrepublik 1963 zogen sich auch die französischen Gaullisten aus dem CEDI zurück. Die Phase des Engagements war vorüber, das CEDI als Instrument nicht mehr nützlich.

Zwischen dem Ende der fünfziger Jahre und 1964 jedoch bemühten sich die Franzosen, die über das CEDI laufenden Kontakte zu den deutschen Abendländern, die ja in den allermeisten Fällen Unionspolitiker oder aber konservative Publizisten waren, zu nutzen. So nahm die französische Regierung das CEDI gezielt in Anspruch, um Informationen über deutsche Entwicklungen zu erhalten. Im November 1960 beispielsweise bat François de la Noë Gaupp-Berghausen und Alfons Dalma dringend um ein Gespräch, das „im Auftrage des Kabinetts de Gaulle's zur Vervollständigung der informativen Vorbereitung des Treffens mit dem deutschen Bundeskanzler" dienen sollte.[345] Hierbei wurden neben den „persönlichen und psychologischen Eigenschaften und Eigenarten Adenauers und de Gaulles" auch die „wichtigsten offenen Fragen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik besprochen".[346] Ob diesem Gespräch tatsächlich eine solche Bedeutung zukam, wie François de la Noë suggerierte, wenn er behauptete, „nützliche und wertvolle Anregungen für die Vorbereitungen de Gaulles" erhalten zu haben, so daß nach dem Treffen „einige Punkte der bisherigen Vorbereitungsarbeit des Quai d'Orsay und des Beraterstabes im Elyséepalast ergänzt und korrigiert" werden müßten, ist nicht zu entscheiden. Tatsache jedoch ist, daß man in Paris das CEDI als Kontaktstelle zu Unionspolitikern nach Deutschland nützte und die CEDI-Mitglieder zumindest für wertvolle Informationsgeber hielt: Im Prinzip ist dies nur eine Bestätigung des „elitären" Funktionsprinzips des CEDI. Gaupp-Berghausen übrigens leitete die Aufzeichnungen über das Gespräch ebenfalls an das Bundeskanzleramt weiter, in dem das CEDI einen Ansprechpartner zu Adenauer besaß. Auch diese „politikberatende" Funktion auf höchster Ebene entsprach den Vorstellungen des CEDI von seiner eigenen Wirksamkeit.

In eine ähnliche Richtung wiesen die Anfang 1963 geplanten deutsch-französischen Parlamentariergespräche, die die französische CEDI-Sektion forcierte.[347] Hier ging es – angesichts der deutschen Debatten zwischen „Atlantikern" und „Gaullisten" – um einen Austausch von Unionspolitikern und französischen Parlamentariern der gaullistischen U.N.R. (Union pour la nouvelle République). Von deutscher Seite sahen die CEDI-Verantwortlichen Heinrich von Brentano, Paul Lücke, Ernst Majonica, Karl Carstens, Hans Furler, Hermann Kopf und Konrad Kraske als Teilnehmer vor, hinzu kamen Richard Jaeger, Hans-Joachim von Merkatz, Friedrich Zimmermann und Alfons Dalma vom CEDI selbst. Damit erwei-

[344] François de la Noë auf der Vorstandssitzung des internationalen CEDI am 7. 7. 1964, ACDP I-148–132/01.

[345] Aufzeichnung der Unterredung am 25. 11. 1960 in Paris zwischen François de la Noë, Dr. Tomicic-Dalma und Gaupp-Berghausen, ACDP I-148–131/03.

[346] Ebenda.

[347] Brief de la Noë an Gaupp-Berghausen, 2. 2. 1963, ACDP I-148–132/01.

terte das CEDI erstmals seinen ursprünglichen abendländischen Kern und lud auch solche Politiker zum Austausch, die eher den „Atlantikern" zuzurechnen waren. Man erhoffte sich von diesen Gesprächen eine Unterstützung „gaullistischer" Positionen in der Union, zumindest jedoch eine durch das persönliche Gespräch geförderte Kompromißfähigkeit der versammelten Parlamentarier: „Il s'agit en fait de promouvir une politique européenne dans l'esprit de celle que a fait l'objet de nos travaux et de nos efforts communs, au CEDI, depuis déjà bien des années."[348]

Ob die vom CEDI initiierten Parlamentariergespräche stattfanden, und wie erfolgreich sie waren, ist den Quellen nicht zu entnehmen. Es scheint, als seien tatsächlich Franzosen nach Deutschland gereist, jedenfalls wurde für den April 1963 eine Gegeneinladung nach Paris geplant. Zu diesem Zeitpunkt allerdings tobte in Deutschland die Auseinandersetzung um den Elysée-Vertrag, und nun bat Ernst Majonica (CDU) bei Gaupp-Berghausen um eine Verschiebung, was die Franzosen offenbar als Rückzug der „Atlantiker" verstanden.[349] Sie zeigten sich nach Einschätzung von Merkatz „sehr verärgert" und lehnten eine weitere Zusammenarbeit mit der CDU ab.[350] Im Anschluß an die Ratifizierung des Elysée-Vertrages verloren die Franzosen das Interesse an weiteren Treffen mit deutschen Unions-Politikern – und an der Arbeit des CEDI. Die Ende der fünfziger Jahre angestiegene Mitgliedschaft ging wieder zurück, übrig blieb der unerschütterliche de la Noë, der bereits seit den ersten Jahren des CEDI dazugehörte. Im Juni 1967 konnte Gaupp-Berghausen nur noch konstatieren: „In Frankreich hat die Aktivität des CEDI fast gänzlich aufgehört, finanzielle Beiträge sind seit zwei Jahren fast überhaupt nicht mehr geleistet worden."[351] Durch die sich aus dem Rückzug der Franzosen – und wie sich zeigen wird, nicht nur der Franzosen – ergebende Krise stand dem CEDI Mitte der sechziger Jahre, nach dem Interesseverlust der spanischen Regierung Ende der fünfziger Jahre, wiederum eine erzwungene Um- und Neuorientierung bevor.

„Bollwerk" Lateinamerika

Diese Neuorientierung hing nicht zuletzt mit der Einsicht zusammen, daß in Europa die Säkularisierung und die Moderne wohl kaum mehr rückgängig zu machen waren. Das Ziel einer Rechristianisierung Europas, so wie sie von der Zwischenkriegszeit bis in die fünfziger Jahre hinein im Zentrum abendländischen Denkens gestanden hatte, schien endgültig utopisch geworden zu sein. Dennoch gab man in abendländischen Kreisen das Nachdenken über Fragen der Rechristianisierung nicht auf – nur konzentrierte es sich im Verlauf der sechziger Jahre vorwiegend auf die Länder der „Dritten Welt". Diese Neuorientierung wurde durch

---

348 Ebenda.

349 Brief Majonica an Gaupp-Berghausen, 25. 3. 1963, ACDP I-148–132/01.

350 Aufzeichnung: Betr. deutsch-französische Parlamentariertagung (ohne Datum), ACDP I-148–132/01.

351 Bericht des Generalsekretärs des CEDI in Schloß Pouy am 24./25. 6. 1967, ACDP I-148–132/02.

die Tatsache verstärkt, daß sich der Ost-West-Konflikt in den sechziger Jahren tatsächlich nicht mehr in Europa, sondern an der „Peripherie", in Stellvertreterkriegen in der „Dritten Welt" abspielte. Insbesondere Lateinamerika kam dabei große Aufmerksamkeit zu. Anknüpfend an den Stellenwert, den die Länder der iberischen Halbinsel im abendländischen Denken seit 1945 besessen hatten, gerieten nun die südamerikanischen ehemaligen Kolonien Spaniens und Portugals in den Blick – entsprechend sprachen die Abendländer auch vorwiegend von „Iberoamerika". Indem sie ausschließlich die europäischen Ursprünge der lateinamerikanischen Kultur thematisierten, postulierten die Abendländer eine Verbundenheit des südamerikanischen Kontinents mit Europa auch in der Gegenwart; gleiches galt übrigens für den afrikanischen Kontinent, der sich nach abendländischen Vorstellungen insbesondere aufgrund Frankreichs kolonialer Tradition nach Europa orientieren sollte.[352] Lateinamerika empfahl man, statt in Richtung der USA zu schauen, die „Formen der Alten Welt [...] als Leitbilder".[353] Gleichzeitig forderten die Abendländer immer wieder eine aktive Politik Europas gegenüber seinen ehemaligen Kolonien. Dieses engere Miteinander Europas und der „Dritten Welt" würde nicht zuletzt dazu beitragen können, das Gewicht Europas in der Weltpolitik zu stärken.

In den Quellen finden sich exakt jene Argumentationslinien, die in den fünfziger Jahren auf Europa angewendet worden waren, nun bezogen auf Lateinamerika. Die Positionen des „Kalten Krieges", der Antikommunismus und die „Bollwerkstheorie", in der in den Augen der Abendländer ja eben auch dem Christentum eine entscheidende Rolle zukam, wurden unverändert in die sechziger Jahre transportiert – nur fanden sie auf Europa selbst bezogen weniger Verwendung. Vielmehr galt es nun, „das Gewicht der ibero-amerikanischen Staatenfamilie" zu stärken, „denn Ibero-Amerika ist in großer Gefahr, in den Strudel des Völker-Klassenkampfes hereingerissen zu werden".[354] Gerade weil man den „ganzen Kontinent als ausschließliches Erbe Europas"[355] und als das „größte und stärkste noch unausgeschöpfte geistige Reservoir der christlichen Welt"[356] betrachtete, war in den Augen der Abendländer in Übersee ein Bollwerk gegen den Kommunismus zu errichten: „In Ibero-Amerika geht es um die Erhaltung einer bereits bestehenden christlichen Bastion. Der Kommunismus kann nicht allein auf wirtschaftlichem Gebiet bekämpft werden."[357] Ähnlich wie für die Bundesrepublik der fünfziger Jahre ging es den Abendländern für die „Dritte Welt" der sechziger Jahre um die Schaffung einer auf dem Christentum ruhenden geistigen Gemein-

---

[352] Vgl. den CEDI-Kongreß 1958 unter dem Motto „Die euro-afrikanische Solidarität" und auch: Habsburg, Afrika ist nicht verloren.

[353] Habsburg, Otto von: Partner in der Neuen Welt, in: Aconcagua 1 (1965), S. 303–305, hier S. 304.

[354] Merkatz, Hans-Joachim: Westwind, Ostwind und Ibero-Amerika, in: Aconcagua 1 (1965), S. 5–11, hier S. 6.

[355] Sánchez Bella, Alfedo: Europa und Iberoamerika, in: Aconcagua 1 (1965), S. 143–154, hier S. 154.

[356] Schulz, Werner: Europa im Jahr 1965, in: Aconcagua 1 (1965), S. 548–552, hier S. 552.

[357] Merkatz, Hans-Joachim: Westwind, Ostwind und Ibero-Amerika, in: Aconcagua 1 (1965), S. 5–11, hier S. 10.

schaft als wirksames Mittel gegen kommunistische Propaganda, von der man befürchtete, daß sie im wirtschaftlich schlecht entwickelten Lateinamerika auf fruchtbaren Boden fallen könnte.[358]

Hier zeigt sich, daß das abendländische Interesse an Spanien Ende der fünfziger Jahre nicht verlorengegangen war. Vor allem auf die „Hispanidad"-Idee, das imperialistische Ausgreifen Spaniens über die nationalen Grenzen hinaus, gespiegelt im historischen Rekurs auf die glanzvollen kolonialen Zeiten, griffen die Abendländer zurück. Zwar konstatiert Petra-Maria Weber, daß dieses Sendungsbewußtsein als essentieller Bestandteil des Nationalkatholizismus unter Franco im Verlauf der fünfziger und sechziger Jahre zunehmend „nach Europa in antikommunistische Bahnen gen Osten gelenkt" worden sei: „Der imperialistische Messianismus ging in der Abendland-Ideologie der fünfziger Jahre auf."[359] Diese These scheint aber gerade in Bezug auf das CEDI der späten fünfziger und sechziger Jahre nicht haltbar zu sein – hier spielte die Rolle Spaniens als Bindeglied Europas nach Südamerika eine entscheidende Rolle. Und zwar nicht allein im Sinne einer kulturellen Hegemonie, sondern auch unter ganz konkreten machtpolitischen Auspizien. Diese Position brachten die Spanier von Anfang an in die Arbeit des CEDI mit ein. So betonte Außenminister Atarjo bereits 1954, Spanien sei die „Verbindung zwischen verschiedenen Welten" und könne als „Brücke" dienen.[360] Der ständig wiederholte Verweis auf die Leistungen Spaniens im Rahmen seiner historischen Kolonialpolitik, den sich auch die deutschen Abendländer zu eigen machten, war verbunden mit dem Bemühen, den „Leitgedanken der missionarischen Sendung" hervorzuheben, der Spanien in seinen Kolonien getrieben habe. Im Gegensatz zu den „rein wirtschaftlich interessierten Kolonialreichen" habe jeder spanischen Maßnahme „ein sittliches oder religiöses Motiv" zugrundegelegen.[361] Auch politisch griffen die Abendländer das Thema auf, und so standen die CEDI-Tagungen etwa 1953 unter dem Titel „Europäische Union – Iberoamerikanische Union", 1958 unter dem Motto „Die deutsch-afrikanische Solidarität", 1961 schließlich war es „L'Occident à l'heure ibero-américaine", der die Abendländer beschäftigte. Zwar anerkannte man auf diesen Kongressen die politische Selbständigkeit der lateinamerikanischen und afrikanischen Länder und betonte, keinerlei imperialistischen Tendenzen das Wort zu reden, doch spiegeln etwa die verabschiedeten Resolutionen und gehaltenen Reden eine stark kulturhegemoniale Strategie: Es ging darum, in Afrika und Lateinamerika das europäisch-christliche, sprich: abendländische Gedankengut zu verbreiten. Nicht zuletzt sollte dies dazu dienen, die Län-

[358] In typisch „abendländischer" Manier beschreibt von Merkatz die kommunistische Agitation in Lateinamerika: „Wie weit die kommunistische Unterwanderung in Ibero-Amerika [...] schon Boden gewonnen hat, ist von Europa aus schwer abzuschätzen. Aber kein Zweifel besteht, daß gründliche Vorarbeiten sowohl von Moskau wie von Peking aus im Gange sind. Kaderführer werden in den beiden kommunistischen Zentren ausgebildet. Sie bauen eine unheimliche Maschinerie entschlossener, zu blindem Gehorsam erzogener Stosstrupps auf, die im Bedarfsfall eingesetzt werden können." Ebenda, S. 8/9.

[359] Weber, Spanische Deutschland-Politik, S. 228.

[360] Rede Martin Atarjos auf dem dritten CEDI-Kongreß 1954, zitiert nach: Mitteilungsblatt der Abendländischen Akademie Oktober 1954, BA N 1243/15.

[361] In diesem Tenor gehalten: Habsburg, Afrika ist nicht verloren.

der der „Dritten Welt" vor den „Versuchungen" und „Gefahren" des Kommunismus zu schützen. Hinzu traten jedoch sicherheits- und machtpolitische Aspekte: die Stärkung der westlichen Welt. Doch während in den fünfziger Jahren tatsächlich an die Stärkung der atlantischen Gemeinschaft gedacht war, verweist die Forderung, „Eurafrika" zu schaffen, 1958 bereits auf die abendländischen Positionen in den sechziger Jahren.[362] Die „Großmacht" Europa sollte ihr politisches Gewicht nicht zuletzt gegenüber den USA durch eine engere Anbindung der ehemaligen Kolonien Spaniens, Portugals und Frankreichs stärken – und dazu eben konnte ein enger Kontakt zu Spanien von großem Nutzen sein.[363]

So nutzten die Abendländer das CEDI, um den europäischen Einfluß auf Lateinamerika zu stärken. Vermehrt wurden Anfang der sechziger Jahre lateinamerikanische Teilnehmer zu den Kongressen eingeladen: 1961 etwa reisten 40 Besucher aus Übersee an.[364] Gleichzeitig gingen die Abendländer daran, durch gezielte Aktionen ihren Interessen an der Bindung Lateinamerikas an Europa zur Durchsetzung zu verhelfen. So bemühten sie sich seit 1961, eine ständige Wirtschaftskommission bzw. ein „Syndicat international d'Etudes pour le Dévelopement de L'Amérique latine" zu errichten, welches einerseits mit dem „Studium über die wirtschaftlichen sowie technischen Hilfsmöglichkeiten für lateinamerikanische Staaten" beauftragt war, in einem zweiten Schritt aber wohl auch europäischen Firmen wirtschaftliche Kontakte nach Südamerika sichern sollte.[365] In dieselbe Richtung ging auch die Gründung einer ibero-amerikanischen Kulturkommission.[366] Im Zusammenhang mit der Absicht, Kontakte und Verständnis zwischen Europa und Lateinamerika zu wecken, stand auch die Gründung der Zeitschrift

---

362 Otto B. Roegele im Rheinischen Merkur, zitiert nach: Dokumentation der Woche, Sonderausgabe August 1958, BA N 1243/15. Vgl. auch die Resolution des 8. CEDI-Kongresses 1959, in der es heißt: „Das CEDI wünscht, daß die Verwirklichung eines großen europäischen, ja selbst eines euro-afrikanischen Marktes [...] verfolgt wird." Dokumentation der Woche, Sonderausgabe Dezember 1959, BA N 1243/30.

363 Eine solche Überzeugung stand übrigens in Kontinuität zur Arbeit der Deutsch-Spanischen Gesellschaft vor 1945: „Besonders zu betonen ist, daß der Gedanke des ‚imperio', d.h. der Wiedergewinnung des kulturellen Einflusses Spaniens in seinen alten süd- und mittelamerikanischen Kolonien nicht nur in Spanien selbst immer mehr an Boden gewinnt, sondern auch von der anderen Seite, also von den spanisch sprechenden Ländern Amerikas begrüßt und gern aufgegriffen wird. [...] Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein Deutschland befreundetes Spanien in kultureller Hinsicht für uns als eine wichtige Brücke nach Ibero-Amerika zu betrachten und auszunützen ist. Deutschland und Spanien haben das gleiche Interesse daran, dem englischen und französischen, vor allem aber dem nordamerikanischen Einfluß in Ibero-Amerika entgegen zu treten." Vgl. den Tätigkeitsbericht der DSG für das Geschäftsjahr 1939/49 einschließlich der Monate April und Mai 1940, BA R 64-I/12.

364 Vgl. den Tätigkeitsbericht des Generalsekretärs des CEDI für das Jahr 1961, ACDP I-148–131/03.

365 Zitat aus dem Protokoll über die Tagung des Vorstandes und internationalen Rates des CEDI am 8./9. 12. 1962, ACDP I-148–131/03. Brief des belgischen CEDI an Merkatz, 13. 12. 1962 und 20. 3. 1962, ACDP I-148–132/01. Vgl. auch die Sitzung des Vorstandes und internationalen Rates des CEDI am 10. 7. 1961, ACDP I-148–131/03.

366 Entwurf für eine ibero-amerikanische Kulturkommission des CEDI (1962), ACDP I-148–132/01. Vgl. auch die Sitzung des Vorstandes und internationalen Rates des CEDI am 10. 7. 1961, ACDP I-148–131/03.

Aconcagua durch die abendländische Bewegung 1965, von der man hoffte, sie über die deutschen Vertretungen in Südamerika verteilen zu können.[367] Aus diesen Ansätzen entwickelte sich schließlich Ende der sechziger Jahre ein Engagement der Abendländer in der Entwicklungshilfe. 1969 kündigte Gaupp-Berghausen an: „Als Herausgeber des Aconcagua habe ich mich mit meinen Freunden ebenfalls dazu entschlossen, mit privater Initiative neue Möglichkeiten des Entwicklungshelferdienstes, speziell für Iberoamerika zu erschließen." Man wollte, „all jenen, die sich verpflichten, einige Jahre Entwicklungshelferdienste in Iberoamerika zu leisten, eine kostenlose, mindestens sechsmonatige Ausbildung für diesen Dienst auf der iberischen Halbinsel ermöglichen". Hierbei sollten „Sprache, Lebensgewohnheiten und Atmosphäre der iberischen Welt" vermittelt werden.[368]

Ob dieses Programm umgesetzt wurde, muß an dieser Stelle offen bleiben, wären doch zur Beantwortung dieser Frage ganz neue Quellenbestände für die siebziger Jahre auszuwerten gewesen. Aber unabhängig vom Erfolg der geplanten Entwicklungshilfe verließ das abendländische Engagement hier erstmals den europäischen Kontinent. Und doch stand die Idee eines christlich-konservativen Abendlandes, „Bollwerk" gegen den Kommunismus einerseits, von den USA unabhängige „Großmacht" andererseits, im Hintergrund dieser Entwicklung. Die Wendung der Abendländer in Richtung Südamerika erfolgte auch, weil in Europa selbst die Zeiten eines Engagements für autoritäre Regime vorüber waren. Die letzten dieser Systeme standen am Rande des Zusammenbruchs, in Spanien ging die Kirche 1968 auf Distanz zu Franco, im Jahr darauf ereigneten sich die ersten Unruhen. In Portugal erkrankte Salazar im selben Jahr schwer und verstarb 1970. Und selbst wenn der in den sechziger Jahren blasende Wind der Veränderung diese Regime verschont hätte – ein abendländischer Einsatz hätte sich nicht mehr rentiert. Sowohl in der Bundesrepublik wie auch in Europa war eine autoritäre Alternative zum demokratischen System nicht mehr gefragt, das hatten selbst die Abendländer bereits im Verlauf der sechziger Jahre eingesehen. Auch in diesem Bereich ging insofern Anfang der sechziger Jahre eine abendländische Kontinuitätslinie zu Ende, nämlich der zum Teil mit erheblichem Engagement betriebene Einsatz für ein autoritär-hierarchisches politisches System auf christlicher Grundlage, das den Abendländern von den zwanziger bis in die sechziger Jahre als die bessere Alternative zu Pluralismus und liberaler Demokratie erschienen war. In den sechziger Jahren dienten die etablierten Verbindungen nach Spanien den deutschen Abendländern daher nicht mehr dazu, um innenpolitisch das „Vorbild" des Franco-Regimes herauszustreichen und damit vielleicht Alternativen für die Zeit nach der Wiedervereinigung zu bieten. Nun ging es vielmehr darum, mit Hilfe Spaniens das Machtpotential Europas zu verstärken und damit einer, stärker als in den fünfziger Jahren vertretenen, abendländischen Europapolitik zum Durchbruch zu verhelfen. Die abendländischen Interessen hatten sich verlagert, die abendländische Idee hatte sich verändert.

---

[367] Brief Gaupp-Berghausen an Staatssekretär Karl-Günther von Hase (Bundespresse- und Informationsamt), 13. 8. 1966, ACDP I-148-132/01

[368] Gaupp-Berghausen, Georg von: Editorial, in: Aconcagua 5 (1969), S. 3–6, hier S. 5.

Auf dem Weg nach „Paneuropa" ...

Doch auch dieser Wandel konnte die Krise, in der sich das CEDI in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre befand, nicht mehr überdecken. Diese erwies sich schließlich als so gravierend, daß sie nur durch eine Verschiebung der abendländischen Aktivitäten auf eine andere Organisation, die einer Selbstauflösung des CEDI gleichkam, überwunden werden konnte. Ausgelöst wurde diese „Selbstauflösung" des CEDI durch die Franzosen, und sie stand in engem Zusammenhang mit der Paneuropa-Union Richard Coudenhove-Kalergis.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich Coudenhove immer wieder bemüht, mit seiner Paneuropa-Union an die Erfolge der Zwischenkriegszeit anzuknüpfen, als es ihm vorübergehend gelungen war, sie zur einflußreichsten Europaorganisation der zwanziger Jahre auszubauen. Doch nach seiner Rückkehr aus dem amerikanischen Exil, wo er die Jahre des Zweiten Weltkrieges überdauert hatte, hatten andere Kräfte das Ruder übernommen. Neue Europaorganisationen hatten sich gebildet, mit denen sich die Zusammenarbeit als schwierig erwies. Dies war vor allem der Fall, weil der Graf auf einem absoluten Führungsanspruch beharrte, der ihm in seinen Augen aufgrund seiner „Vorreiterrolle" zukam. Die Verantwortlichen der Europäischen Bewegung, vor allem die Föderalisten unter ihnen, jedoch standen Coudenhove und seinen Ideen zunehmend skeptisch gegenüber und der Paneuropäer erschwerte seine eigene Position zusätzlich durch seine egozentrische Persönlichkeit. So geriet Coudenhove, trotz ständiger Bemühungen, immer mehr ins Abseits. In den fünfziger Jahren existierte die Paneuropa-Union de facto nur noch auf dem Papier, und in keinem europäischen Land waren staatliche Institutionen oder Industrie und Wirtschaft noch bereit, „Paneuropa" finanziell zu unterstützen.[369]

Nach der Regierungsübernahme de Gaulles in Frankreich jedoch bot sich Coudenhove eine neue Möglichkeit. Denn die neue französische Regierung zeigte bald kein Interesse mehr daran, die föderalistisch orientierten Europa-Organisationen, die sich in der Union européenne des Fédéralistes (UEF) zusammengefunden hatten, zu unterstützen. Das von seiten der Föderalisten proklamierte Ziel einer bundesstaatlichen Zukunft Europas ließ sich mit dem staatenbündischen Konzept de Gaulles nicht vereinbaren. Coudenhove hingegen, der mit de Gaulle seit den letzten Kriegsjahren in Kontakt stand, signalisierte schon bald die Bereitschaft, sich das „Europa der Vaterländer" zu eigen zu machen. In Reaktion darauf ging man in Paris immer deutlicher dazu über, die Paneuropa-Union als „gaullistische" Europabewegung finanziell zu unterstützen. Die Paneuropa-Union entwickelte erstmals seit Jahrzehnten in Frankreich wieder eine eigenständige, lebensfähige Sektion. In dieser wiederum engagierten sich seit Ende der fünfziger Jahre fast alle französischen CEDI-Mitglieder auch finanziell.[370] Die engagierten französischen Paneuropäer bemühten sich, die Union nach eigenen Vorstellungen zu reformie-

---

[369] Vgl. zum folgenden: Conze, Richard Coudenhove-Kalergi.

[370] So übernahm z. B. das CEDI-Vorstandsmitglied Habib-Deloncle als führendes Mitglied der französischen Paneuropa-Union in den frühen siebziger Jahren auch eines der Vizepräsidentenämter der Internationalen Paneuropa-Union.

ren und aus ihr eine „modernere" europäische Bewegung zu machen, als dies Coudenhove-Kalergi nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen war – was immer wieder zu Spannungen mit dem Gründer führte. Dennoch stellte die Paneuropa-Union in den Augen der Franzosen offenbar die geeignetere Organisation dar, die eigenen europäischen Ziele auch in anderen europäischen Ländern verbreiten zu lassen.

Doch nicht nur die französischen CEDI-Mitglieder waren gleichzeitig auch in der Paneuropa-Union aktiv. Bereits seit dem Ende der fünfziger Jahre hatten CEDI-Verantwortliche anderer Länder Kongresse der Paneuropa-Union besucht, auf Vorstandssitzungen wurde regelmäßig über die Entwicklung der PEU, ihre Kongresse und die Aktivitäten Coudenhove-Kalergis berichtet, der auf Einladung des CEDI wiederholt in der Bundesrepublik sprach. Und nicht zu vergessen ist auch die deutsche Beteiligung an der Paneuropa-Union, insbesondere in Person Hans-Joachim von Merkatz'.[371]

Dieser gehörte seit 1956 dem Zentralrat der internationalen Paneuropa-Union an, gleichzeitig war er einer der wenigen Ansprechpartner Coudenhoves in der Bundesrepublik. Denn der Paneuropäer, der sich seit Anfang der fünfziger Jahre bemühte, seine Paneuropa-Union in Westdeutschland wiederzubegründen, zog – nicht zuletzt aufgrund seiner politischen Vorschläge – immer mehr Skepsis auf sich. Zwar konnte man in Kreisen der CDU/CSU (die SPD stand den Ideen Coudenhoves seit den dreißiger Jahren ablehnend gegenüber) über Vorschläge zur Gründung einer unauflöslichen deutsch-französischen Union, einer „Doppel-Republik" mit „gemeinsamen Organen der Außenpolitik, der Wehrpolitik und der Wirtschaftspolitik" oder auch den Vorschlag, Europa solle sich dem Commonwealth anschließen, um so die bestehenden europäisch-britischen Probleme mit der Integration zu lösen, noch relativ nonchalant hinweggehen.[372] Doch warf man dem Paneuropäer, angesichts der Tatsache, daß all diese Vorschläge 1955 innerhalb weniger Monate erfolgten, schon bald die „Dehnbarkeit" seines Europa-Begriffes vor.[373] Die Anregung Coudenhoves, die westdeutsche Nationalhymne durch des Grafen eigene Dichtung „unter Anlehnung an die alte österreichische Kaiserhymne" zu ersetzen, rief vorwiegend Lächeln hervor, was Coudenhoves Ruf als politischer Berater freilich nicht unbedingt verbesserte.[374] Tatsächlich kompliziert jedoch wurde die Situation, als Coudenhove Adenauer 1956 unterbreitete, das Wettrüsten zwischen den beiden deutschen Staaten stelle eine Gefahr für den eu-

---

371 Vgl. zu von Merkatz Teil I, Kap. I.2.

372 Zur deutsch-französischen Republik vgl. Coudenhoves Memorandum an die Regierungen der Deutschen Bundesrepublik (sic!) und der Französischen Republik zur Frage der Gründung einer Deutsch-Französischen Republik, 20. 9. 1955, ACDP I-148–116/01. Zum Anschluß Europas an den Commonwealth vgl. die Eröffnungsrede Coudenhove-Kalergis auf dem VI. Paneuropa-Kongreß in Baden-Baden, FAE D 7. Die Idee einer deutsch-französischen Union ging möglicherweise auf die von Adenauer im März 1950 vorgeschlagene politische Union zwischen Deutschland und Frankreich zurück, auf die Coudenhove schon damals positiv reagiert hatte.

373 Brief Focke an Kogon mit Bericht über den Kongreß Coudenhove-Kalergis in Baden-Baden, 3. 11. 1954, BA N 1384/99.

374 Brief Coudenhove an Merkatz, 15. 11. 1955, ACDP I-148–116/01.

ropäischen Frieden dar, und dem Kanzler vorschlug, die DDR de facto anzuerkennen und mit ihr ein Abrüstungsabkommen abzuschließen.[375] 1959 sollte er mit seinem Memorandum zur deutschen Frage „Einheit oder Freiheit" an diese Konzepte anschließen. In seinem Memorandum erklärte Coudenhove eine baldige Wiedervereinigung für unmöglich. Die Westdeutschen sollten sich daher von diesem „Wahn" lösen, auf die Wiedervereinigung vorerst verzichten – die nach Coudenhove nur zum „Neutralismus" Deutschlands führen würde – und die seit 1949 entstandene Realität akzeptieren: die Existenz zweier deutscher Staaten bzw. die Teilung Europas. Die Westdeutschen müßten endlich die Entscheidung zwischen „Einheit" und „Freiheit" treffen und statt auf die Wiedervereinigung zu hoffen, eine Union mit Frankreich als Ausgangspunkt der „Wiedervereinigung des europäischen Reiches Karls des Großen" anstreben.[376] Wenn Coudenhove auch deutlich betont hatte, das Memorandum sei die „persönliche Ansicht des Verfassers" und „in keiner Weise das Programm der Paneuropa-Union", half ihm dies in der Bundesrepublik nicht. Coudenhove hatte gegen alle Grundregeln der bundesrepublikanischen Außen- und Deutschlandpolitik der fünfziger Jahre verstoßen, indem er den Verzicht auf die Wiedervereinigung und die Anerkennung der DDR forderte.

So existierte die Paneuropa-Union in Deutschland zwar auf dem Papier, Aktivität entwickelte sie jedoch keine. Der massive Einsatz, mit dem die Europa-Union versuchte, Coudenhove daran zu hindern, in der Bundesrepublik Fuß (und damit auch Spendengelder) zu fassen, trug zu dieser Situation bei.[377] Die Lage sollte sich erst in dem Moment ändern, als um 1962 die Fronten zwischen deutschen „Gaullisten" und „Atlantikern" abgesteckt waren und die Auseinandersetzungen um die außenpolitische Orientierung zwischen Paris und Washington aufbrachen. Erst als sich in den Reihen der CDU/CSU-Fraktion eine Gruppe von Abgeordneten formierte, die im Gefolge Adenauers eine festere Anbindung der Bundesrepublik an Frankreich anstrebte, wuchs auch das Bedürfnis nach einer Europa-Organisation, die eher der „westeuropäischen" als der „atlantischen" Dimension der Integration den Vorzug gab. Die deutsche Europa-Union konnte und wollte die Interessen dieser Gruppe nicht befriedigen: Sie stand eindeutig und unzweifelhaft im Lager der „Atlantiker". Coudenhove wiederum war sich dieser Konstellation durchaus bewußt und nützte sie, als er im März 1963, nachdem der deutsch-französische Vertrag im Januar unterzeichnet worden war, an die bundesdeutsche Öffentlichkeit trat und verkündete, „die Erneuerung der Paneuropa-Union Deutschland soll künftig jedem deutschen Europäer die Möglichkeit geben, selbst darüber zu entscheiden, ob er Europa mit de Gaulle, das heißt mit Frankreich, oder gegen de Gaulle, errichten will".[378]

---

[375] Vgl. Aktennotiz über ein Telefonat Merkatz – Coudenhove, 10. 3. 1956, ACDP I-148–116/01.

[376] Coudenhove-Kalergi, Richard: Memorandum zur Deutschen Frage „Freiheit oder Einheit", ADSD EU 141. Vgl. in ähnlicher Weise auch das Memorandum an die Deutsche Bundesregierung zur bevorstehenden Gipfelkonferenz von Richard Coudenhove-Kalergi, FAE CK C2.

[377] Vgl. Teil II, Kap. II.3.

[378] Brief Coudenhove-Kalergi an Oppenheim, 20. 2. 1963, ACDP I-148–119/01.

So entwickelte sich die Paneuropa-Union nun, im Schatten und Gefolge der „Atlantiker-Gaullisten-Kontroverse", erfolgreicher als jemals zuvor in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg.[379] Während sich „bekanntere" Politiker mit einem direkten Engagement immer noch zurückhielten, waren eine ganze Reihe von „Gaullisten" bereit, dem Ehrenkomitee der Paneuropa-Union zumindest ihren Namen zu leihen, darunter Richard Jaeger, Karl Theodor von Guttenberg (CSU), Bruno Heck (CDU), Hermann Höcherl (CSU), Franz-Josef Strauß (CSU), Eugen Gerstenmeier (CDU), Alfons Goppel (CSU) und Alois Hundhammer (CSU), aber auch Erich Mende (FDP) und Hans Christoph Seebohm (CDU).[380] Auch im internationalen Komitee der Paneuropa-Union waren nunmehr Deutsche vertreten, darunter neben dem wieder gewählten Hans-Joachim von Merkatz auch der Historiker Friedrich Heer und Paul Wilhelm Wenger.[381]

Nicht zuletzt hatte die Paneuropa-Union Deutschland mit Karl Friedrich Grau einen rührigen Generalsekretär gefunden, der sich bemühte, die organisatorische Entwicklung und Festigung des Verbandes in der Bundesrepublik voranzutreiben.[382] Grau war im übrigen gleichzeitig auch Vorstandsmitglied der Deutschland-Stiftung, in deren Reihen er sich dann wieder mit Hans-Joachim von Merkatz traf. Ein weiterer Abendländer, der Historiker Georg Stadtmüller, war Präsident der Deutschland-Stiftung, und der Chefredakteur des *Neuen Abendlandes* Emil Franzel gehörte zu ihren Preisträgern.[383] Die Deutschland-Stiftung stand im Zentrum „rechter Sammlungsbewegungen" in der Bundesrepublik, zu denen nicht zuletzt auch die Abendländische Bewegung gehörte.[384] Die Paneuropa-Union geriet über ihren Generalsekretär Grau, aber auch über die Abendländer Paul Wilhelm Wenger, Richard Jaeger oder Hans Joachim von Merkatz der im Mai

---

[379] Während Coudenhove weiterhin selbst Präsident blieb, fanden sich unter den Vorstandsmitgliedern der Paneuropa-Union-Deutschland nun unter anderem die Professoren Willy Hartner und Max Horkheimer, beide ehemalige Rektoren der Universität Frankfurt, der Präsident des Arbeitgeberverbandes Paulssen, der Generalsekretär der Frankfurter Handelskammer Christian Krull, der Chefredakteur von Europress, F.W. Engel, und Paul Wilhelm Wenger vom Rheinischen Merkur, vgl. Brief Coudenhove-Kalergi an Oppenheim, 14. 5. 1963, ACDP I-148-119/01.

[380] Vgl. die ausführliche List des Generalsekretariates der Paneuropa-Union Deutschland, Mai 1965, PAAA Abt. West 2, Ref. 201 (IA1) 651.

[381] Bericht über die Sitzung des Zentralrates der PEU, 14. 12. 1963, FAE CK C3.

[382] Der 1922 geborene Grau war seit 1958 Mitbegründer und fortan Geschäftsführer der Studiengesellschaft für staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit. Diese konservative Vereinigung orientierte sich an den radikal antikommunistischen, streng konservativen Positionen William S. Schlamms, den Grau auch wiederholt zu Veranstaltungen der Paneuropa-Union heranzog. Anfang der siebziger Jahre geriet die Studiengesellschaft in die Kritik, nachdem Grau sich mit NPD-Funktionären getroffen hatte. In diesem Zusammenhang wurde er schließlich (vorübergehend) aus der CSU ausgeschlossen und mußte auch den Posten des Generalsekretärs der Paneuropa-Union räumen.

[383] 1972 erhielt Coudenhove-Kalergi den Adenauer-Preis der Deutschland-Stiftung, vgl. Baier/Demmerle, Otto von Habsburg, S. 355.

[384] Laak, Gespräche in der Sicherheit des Schweigens, S. 58/59. Van Laak verweist auch auf die „Erste Legion" als „Reservearmee der CDU für einen Staatsstreich von oben", in der mit Erich Mende, Hans-Joachim von Merkatz und Kurt Georg Kiesinger eine Reihe von Paneuropäern bzw. Abendländern engagiert waren. Zur Deutschland-Stiftung vgl. auch: Bamberg, Die Deutschland-Stiftung e.V.

1967 das Amt des Präsidenten der Paneuropa-Union übernahm, seit Mitte der sechziger Jahre zunehmend in jene rechten Kreise – und in engen Kontakt mit den Abendländern. So empfahl von Merkatz Coudenhove die deutsche CEDI-Sektion als „Elitetruppe" in der Bundesrepublik: „Wir brauchen eine solch kleine Elitegemeinschaft, die die Öffentlichkeit für die sehr realistischen, aus der Erfahrung gereiften Vorstellungen des franz. Staatspräsidenten aufschließt, nach der CK [Coudenhove-Kalergi] als einziger den Weg de Gaulles wirklich verstanden hat und zu praktischen Schlußfolgerungen vorgestoßen ist. Ich möchte Ihnen die deutsche Sektion des CEDI für Ihre Pläne zur Verfügung stellen."[385]

Zu dieser Annäherung zwischen Abendländern und Coudenhove-Kalergi trug nicht zuletzt Otto von Habsburg bei, der Präsident des CEDI, der auf dem VIII. Paneuropa-Kongreß 1957 in Bad Ragaz in den internationalen Zentralrat der Paneuropa-Union gewählt worden war. Im Zweiten Weltkrieg hatte sich von Habsburg noch für eine Restitution der Monarchie in Österreich engagiert und eine mitteleuropäische Einigung beschworen, die an die untergegangene Doppelmonarchie erinnerte. Je deutlicher jedoch nach 1945 wurde, daß diese Pläne keinerlei Zukunft hatten, desto stärker verlegte von Habsburg sein politisches Engagement auf „Europa", seit 1979 auch als Abgeordneter der CSU im Europaparlament, in das er nach der ersten Direktwahl einzog.

Als nun das CEDI Mitte der sechziger Jahre endgültig in die Krise geriet, erschien die Zusammenarbeit mit der Paneuropa-Union ein durchaus erfolgversprechender Weg, neuen Elan und Schwung in die müden Veranstaltungen des CEDI zu bringen, neue – jüngere – Mitglieder zu werben und so das Zentrum von der „toten Schiene",[386] auf die es geraten war, wieder herunterzuholen. Denn seit Mitte der sechziger Jahre kriselte es gewaltig im CEDI. Das aktive Engagement für Europa ließ immer deutlicher nach; an seine Stelle traten organisatorische Debatten. Die nationalen Sektionen kamen mehr oder weniger zum Erliegen. Während der internationale Vorstand in Österreich 1961 noch erfreut stärkere Aktivitäten festgestellt hatte, kam es 1964 zu einer heftigen Auseinandersetzung. Ausgangspunkt war die „nach eingehender Beratung und Aussprache auch mit den uns nahestehenden Herren der österreichischen Bundesregierung" getroffene Entscheidung des österreichischen CEDI, zur Jahrestagung 1964 keine Delegation zu entsenden. Bei dieser Entscheidung spielte der „augenblickliche Stand der Habsburger-Frage" die entscheidende Rolle.[387] Damals ging es, nach der „Verzichtserklärung" von 1961, um die Einreiseerlaubnis für Otto von Habsburg nach Österreich. Der Vorstand des CEDI stellte sich in dieser Situation erwartungsgemäß hinter seinen Ehrenpräsidenten, indem es „la suspension immédiate des droits et devoirs du centre autrichien vis-à-vis du Comité de Direction international et de ce fait même de sa reconnaissance comme centre national" beschloß.[388]

---

[385] Brief Merkatz an Coudenhove-Kalergi, 17.7.62, ACDP I-148–116/02.

[386] Otto von Habsburg auf der Sitzung des internationalen CEDI-Vorstandes, 20./21. 1. 1968 in Rom, ACDP I-148–132/01.

[387] Brief der österreichischen CEDI-Sektion an den internationalen Präsidenten von Merkatz, 26. 4. 1964, ACDP I-148–132/01.

[388] Sitzung des internationalen CEDI-Vorstandes am 7. 7. 1964, ACDI I-148–132/01.

Hinzu kamen finanzielle Probleme, die sich aus der Schwäche der nationalen Sektionen ergaben. Zwar hatte Gaupp-Berghausen als Generalsekretär bereits früher den (freiwilligen) Beiträgen der einzelnen CEDI-Sektionen quasi hinterherlaufen müssen, und zeitweise hatte Waldburg-Zeil das internationale Sekretariat fast ausschließlich alleine getragen.[389] Nachdem Waldburg-Zeil sich aus der Finanzierung des internationalen Sekretariates 1962 zurückgezogen hatte, um „allein das deutsche CEDI zu unterstützen", gelang es in den kommenden beiden Jahren nur noch mit Müh' und Not die Finanzierung sicherzustellen – insbesondere nach dem Rückzug der Franzosen und Österreicher.

Somit stellte sich im Verlauf der sechziger Jahre zunehmend akuter die Frage: „Hat das CEDI in seiner heutigen Form noch eine Berechtigung?"[390] Immer wieder gab es Debatten, wie und in welcher Form möglicherweise veränderte Aktionsformen dem CEDI neue Mitglieder oder mehr öffentliche Wirkung zuführen könnten. Gaupp-Berghausen beispielsweise schlug 1964 die Bildung von „Jugend-CEDIs" in jedem Mitgliedsland vor, die von einem eigenen CEDI-Jugend-Sekretariat geleitet werden sollten.[391] Tatsächlich fand 1965 eine Jugendwallfahrt nach Santiago de Compostela statt, an der 200 junge Leute aus ganz Europa teilnahmen. Im Anschluß daran gründeten die Teilnehmer einen „Cercle Saint Jacques", der sich zweimal traf, doch damit ging die Aktion auch schon wieder ihrem Ende zu. Frustriert faßte Gaupp-Berghausen 1967 zusammen: „Dann gingen auch mir die zusammengebettelten Mittel aus, und damit mußte die Aktivität zwangsweise eingestellt werden."[392]

In Anbetracht der andauernden Probleme schlug Gaupp-Berghausen 1967 vor, das CEDI entweder aufzulösen, oder aber folgende Lösung anzugehen: „Das internationale CEDI arbeitet in den Ländern, in denen es kein aktives nationales Zentrum gibt, mit der Paneuropa-Union zusammen und nimmt von dieser Vertreter in den internationalen Rat auf. Den nationalen Zentren [...] wird nahe gelegt, mit der Paneuropa-Bewegung zusammen zu arbeiten. [...] Auf internationaler Ebene wird eine Kommission des CEDI gebildet, die mit einer ebensolchen Kommission des internationalen Rates der Paneuropa-Bewegung die Basis für eine Zusammenarbeit auf internationaler Ebene vorbereitet und abstimmt."[393] Unterstützt wurde dieser Vorschlag – und das ist für die weitere Entwicklung des CEDI entscheidend – vom Ehrenpräsidenten des CEDI, Otto von Habsburg, der das Verbindungsglied zwischen beiden Organisationen darstellte. „[...] Je soutiens de tout coeur la proposition constructive [...] en vue de créer une coopéra-

[389] Protokoll der Sitzung des internationalen CEDI-Vorstandes am 27. 1. 1961, ACDI I-148–131/03.

[390] Bericht des Generalsekretärs des CEDI in Schloß Pouy am 24./25. 6. 1967, ACDP I-148–132/02.

[391] Vgl. bspw. die Ausführungen Gaupp-Berghausens vom September 1964 mit der Absicht, CEDI-Gruppen für Jüngere zu gründen, ACDP I-148–132/01.

[392] Bericht des Generalsekretärs zu Punkt 2) und 3) der Tagesordnung. Schloß Pouy am 24./25. 6. 1967, ACDP I-148–132/02.

[393] Bericht des Generalsekretärs des CEDI in Schloß Pouy am 24./25. 6. 1967, ACDP I-148–132/02.

tion effective entre le CEDI et le Mouvement Paneuropéen."[394] Für Otto von Habsburg, und in seinem Gefolge auch für andere Abendländer, zählte angesichts der in Europa stärker werdenden sozialdemokratischen politischen Kräfte, angesichts der Jugendproteste und schließlich der Entspannungspolitik die Notwendigkeit, jene Gruppierungen, die auf konservativer Basis standen, zu einigen: „En vue de cette nécessité urgente de notre continent, il est essentielle d'unifier toutes les forces qui veulent l'unité européenne et d'harmoniser leur actions. Des divergences de détails ne doivent plus compter alors qu'il s'agit d'affaires essentielles."[395]

Es waren vor allem die Deutschen, die auf diese Vorgabe eher zögerlich reagierten und auf die „Unvereinbarkeit dieser Organisation [der PEU, V.C.] mit dem CEDI" verwiesen, was vor allem an der Skepsis lag, die in der Bundesrepublik gegenüber Coudenhove-Kalergi bestand.[396] Sicherlich hatte von Merkatz recht mit seinem Urteil, die Arbeitsweisen und Wirkungsformen von CEDI und PEU seien einfach zu verschieden. Doch obwohl die geplante Kommission, die die internationale Zusammenarbeit beider Organisationen regeln sollte, nur einmal zusammentraf, war der einmal im Raum stehende Vorschlag der Zusammenarbeit nicht mehr aus der Welt zu schaffen. Vielmehr scheint es, als sei die normative Kraft des Faktischen wirksam geworden. Die Auflösungserscheinungen innerhalb des CEDI waren unübersehbar: Die Jahrestagung 1968 fiel aus, das „Europäische Institut für politische, wirtschaftliche und soziale Fragen" wollte sich aus dem CEDI ausgliedern, Gaupp-Berghausen kündigte seinen Rücktritt als Generalsekretär an, und schließlich begannen die treuen CEDI-Mitglieder auch noch wegzusterben. So wurde das CEDI zwar offiziell nicht aufgelöst (es besteht noch heute)[397] und auch nicht mit der Paneuropa-Union fusioniert, doch konnte man der Vorgabe des verehrten „Otto von Österreich" in den Reihen des CEDI letztlich nicht widerstehen. Die Paneuropa-Union übernahm Personal und Gedankengut der Abendländischen Bewegung weitgehend – auch und vor allem in der Bundesrepublik.

Gleichzeitig ging man daran, die Paneuropa-Union zu reorganisieren, aus der sich die charismatische Gründerfigur Coudenhove-Kalergi nach beinahe fünfzigjähriger Tätigkeit für „Paneuropa" zurückzuziehen begann; diese Reorganisation wurde mit Coudenhoves Tod 1972 verstärkt fortgesetzt. Im Verlauf dieses Prozesses flossen auch abendländische Ideen in die „neue" Paneuropa-Union ein. Als sich die Paneuropa-Union nach Coudenhoves Tod neu konstituierte, übernahm sie zwar bestimmte Element des alten „Paneuropa". Der gaullistischen Idee einer „Weltmacht Europa", die Coudenhove in den sechziger Jahren vertreten hatte, fügte sie aber vor allem zwei unverwechselbare Elemente hinzu, die zuvor in der Bundesrepublik vor allem von abendländischen Kreisen vertreten worden waren: die Befreiung der mittel- und osteuropäischen Länder und die Verteidigung der

[394] Brief von Habsburg an Gaupp-Berghausen, 19. 6. 1967, ACDP I-148–132/02.
[395] Ebenda.
[396] Generalversammlung des CEDI am 20./21. 7. 1968, ACDP I-148–132/02.
[397] Petra-Maria Weber bezeichnet Hans Huyn als heutigen Präsidenten des CEDI, vgl. dies., Spanische Deutschlandpolitik, S. 209.

christlichen Werte. Beide Elemente waren zwar auch in Coudenhoves Gedankengebäude enthalten gewesen, allerdings nur schwach ausgeprägt. Doch nun wurden sie in zuvor ungeahnter Weise auf die Fahnen der Paneuropa-Union geschrieben.[398] Die neue Organisation empfahl sich „unzweifelhaft als konservativer europäischer Verband", in eindeutiger Abgrenzung gegenüber der als „links" diffamierten Europa-Union – während die Europa-Union nicht zögerte, die Paneuropa-Union als „rechts" auszugrenzen.[399]

Im Verlauf der siebziger Jahre gelang es der Paneuropa-Union, sich in der Bundesrepublik als gefestigte Organisation zu etablieren. Indem vor allem die Vertriebenenverbände der Paneuropa-Union kollektiv beitraten, wuchsen die Mitgliederzahlen der PEU enorm, so daß der Verband nach eigenen Angaben im Mai 1976 180000, im Dezember desselben Jahres 200000 bis 300000 Mitglieder besaß und damit den bis zu diesem Zeitpunkt mitgliederstärksten Europaverband in der Bundesrepublik, die Europa-Union, überrundet hätte.[400] Gleichzeitig verquickten sich Vertriebenenverbände und PEU organisatorisch, etwa wenn nach Karl Friedrich Grau der Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen (BdV), Rudolf Woller, das Generalsekretariat der PEU übernahm. Wenn auch die Organisationsstruktur der PEU unterhalb der nationalen Ebene schwach ausgeprägt blieb, so entwickelte sich seit 1975 eine starke Paneuropa-Jugend, aus deren Reihen die Erneuerung der Paneuropa-Union wesentlich mitgetragen wurde. Es besteht so kein Zweifel daran, daß sich in den siebziger Jahren ein zweiter deutscher Europaverband neben der bis dahin alles dominierenden Europa-Union herausgebildet hatte. In diesem hatten auch die Abendländer eine neue Heimat gefunden.

So gelang dem „Abendland", wenn auch in veränderter Form, sehr wohl der Sprung in die „neue Bundesrepublik" der sechziger und siebziger Jahre, in organisatorischer wie ideeller Hinsicht. Hatte die Abendländische Bewegung immer nur aus einer überschaubaren Gruppe bestanden, die auch im eigenen Selbstverständnis keine Großorganisation herausbilden wollte (und vermutlich auch nicht gekonnt hätte), so entwickelte sich in den siebziger Jahren erstmals ein konservativer Europa-Verband mit ansehnlichen Mitgliederzahlen. Zu dieser Entwicklung trugen verschiedene Faktoren bei. Während in den fünfziger Jahren die Europa-Union der dominierende Europa-Verband der Bundesrepublik gewesen war, der den breiten außenpolitischen Konsens um Westintegration und Hallstein-Doktrin mittrug, änderte sich die Situation, als dieser außenpolitische Konsens in den Unionsparteien durch den Gaullismus aufgebrochen wurde. Während die Europa-Union auf „atlantischer" Seite Position bezog, entstand ein Bedarf nach einer Organisation, die „gaullistischen" Interessen diente. Dies zeigt bereits der Erfolg des

---

[398] Vgl. die Straßburger Grundsatzerklärung der Paneuropa-Union vom Mai 1973 und Otto von Habsburgs „4 Punkte-Erklärung" von 1976, teilweise abgedruckt in: Paneuropa-Union Deutschland 15 (1992), Nr. 3, S. 18/19. Vgl. hierzu auch: Gehler/Ziegerhofer, Richard Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Union, S. 307. Vgl. auch das Kapitel: Paneuropa gewinnt an Profil, in: Baier/Demmerle, Otto von Habsburg, S. 355f.

[399] Europa-Union, Aufzeichnung betreffend Paneuropa-Union, 15. 4. 1977, ADSD EU/105. Vgl. auch das „Schwarzbuch" des Jugendverbandes der Europa-Union, der Jungen Europäischen Föderalisten: Mobilmachung. Die Habsburger Front.

[400] Europa-Union, Aufzeichnung betreffend Paneuropa-Union, 15. 4. 1977, ADSD EU/105.

CEDI in den sechziger Jahren, als es sich zu einem deutsch-französischen „Kontaktpool" entwickelte. Die Ereignisse seit Ende der sechziger Jahre verstärkten diese Entwicklung. Der fundamentale Wandel, hervorgerufen durch Entspannungspolitik, gesellschaftliche Liberalisierung, Studentenunruhen und sozialliberale Koalition, löste bei Konservativen tiefgehende Skepsis aus. Erstmals seit den fünfziger Jahren entwickelte sich daraus in konservativen Kreisen der Wunsch nach einer Organisation, die die eigenen europapolitischen Vorstellungen und Forderungen vertrat, verbunden mit klar geäußerten, christlich verankerten Wertvorstellungen.

Es scheint, als sei es den Trägern des konservativ-katholischen abendländischen Gedankengutes erst mit der „neuen" Paneuropa-Union (und ihren jüngeren Mitgliedern) gelungen, sich selbst aus der Nachkriegszeit herauszuführen, Ballast, der zum Teil noch der Zwischenkriegszeit entstammte, über Bord zu werfen und neue, effektive Wirkungsformen zu entwickeln. Man hatte akzeptiert, daß die Moderne letztlich unumkehrbar war, daß eine vollständige Rechristianisierung der gesamten Gesellschaft ein unerfüllbarer Wunschtraum bleiben würde. Doch selbst daraus schöpfte man Hoffnung: „Unsere überlieferten Werte mußten zwar den Prozeß der Säkularisierung über sich ergehen lassen und erlitten dabei schwere Substanzverluste. Dies darf uns jedoch nicht blind machen für die Tatsache, daß sie auf diese Weise (und nur auf diese Weise?) ‚weltfähig' werden konnten. Ihre Ergebnisse werden heute von den Völkern der asiatischen Hochkulturen ebenso akzeptiert, ja assimiliert, wie von arabischen und mittelafrikanischen Stammesvölkern. Wer weiß, vielleicht bringt es die List der Geschichte fertig, daß mit diesen Ergebnissen auch ein Keim jener geistigen Werte mitübernommen wurde, aus denen unsere Welt einst mit so unvergleichbarer Intensität gelebt hat, deren hohem Anspruch wir uns freilich zu keiner Zeit ganz gewachsen gezeigt haben und die in Zukunft möglicherweise in fernen Gebieten neue Früchte tragen werden."[401] Wenn also auch zahlreiche überkommene, reaktionäre Elemente über Bord fielen, so blieb die abendländische Idee in der Paneuropa-Union jedoch in ihren Grundzügen erhalten – dazu gehörten die konservativ-elitären Gesellschaftsvorstellungen, der Glaube an eine christliche Grundlage als unbedingte Voraussetzung eines geeinten Europas und schließlich ein ausgeprägter Antikommunismus.

Eine Tatsache allerdings sollte in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben. Selbst Trägergruppen der abendländischen Idee verwandten nun, am Ende der sechziger Jahre, kaum noch den Begriff „Abendland". Der Begriff hatte seine Integrationskraft für den deutschen Konservatismus ebenso verloren wie das „Reich", das jahrzehntelang eine ähnlich einheitsstiftende Kraft entwickelt hatte. Der Begriff „Europa" konnte diese Lücke im Konservatismus nicht füllen: Er war von anderen Kräften, mit anderen Inhalten besetzt. Erst das Schlagwort „Paneuropa" ließ daher wieder eine enge Verbindung zwischen Konservatismus und Europa auch in der Öffentlichkeit zu. Insofern war Ende der fünfziger Jahre die Zeit der großen Wirksamkeit der Idee vom „Abendland", die sich in einem langen Bo-

[401] Roegele (Hg.), Die Freiheit des Westens, S. 9.

gen von der Zeit nach dem Ersten bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg spannte, tatsächlich vorüber. Daß sich bestimmte abendländische Kernelemente, nun unter anderem Namen, über diesen Zeitpunkt hinweg transformiert und erhalten haben, ändert an dieser Tatsache nichts.

Zweiter Teil: West-europäische Idee und west-europäische Bewegung (1920–1970)

I. Wege nach „West-Europa“ (1920–1945)

Ein ganz anderes Bild als die Abendländische Bewegung bietet die Europa-Union. Die Abendländer verstanden ihre Gruppierungen zwar als europäische Organisationen, die der europäischen Einigung dienten, jedoch niemals als Teil der Europäischen Bewegung, also der gewissermaßen „institutionalisierten“ Interessenvertretung zur Förderung der europäischen Integration. Die Abendländer hatten den Anspruch, vor allem im persönlichen Gespräch „Verständigung“ zu fördern, sowie im begrenzten Umfang Politikberatung zu leisten. Demgegenüber war das Aktivitäten-Spektrum der Europa-Union weitaus breiter. Dies leitete sich nicht zuletzt aus ihrem Selbstverständnis ab: Die Europa-Union, entstanden in der europabegeisterten Stimmung nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, definierte sich als „Deutschlands europäisches Gewissen“.[1] Ihr Ziel war die Förderung des europäischen Gedankens in der gesamten westdeutschen Gesellschaft und Politik, nicht nur unter Konservativen, wie es bei den Abendländern der Fall war. Im Gegensatz zur Abendländischen Bewegung bot die Europa-Union daher auch ein weitaus vielfältigeres Bild. Sie bestand – abgesehen davon, daß sie nicht nur 20, sondern phasenweise 20 000 Mitglieder hatte – in ihrer Führung aus einem weitaus heterogeneren Personenkreis. Und auch die von der Europa-Union vertretenen Ideen weisen zumindest auf den ersten Blick eine weniger ausgeprägte weltanschauliche Geschlossenheit auf als die homogene abendländische Idee. Es wird sich allerdings zeigen, daß die Präsidialmitglieder der Europa-Union, trotz ihrer unterschiedlichen (partei-)politischen Affinitäten, spätestens seit Mitte der fünfziger Jahre sehr wohl auf einer gemeinsamen ideologischen Grundlage standen, die bestimmt war durch das Interesse an einer liberal-demokratischen, pluralistischen Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland und Europa. Hier zeigen sich dann auch die Ähnlichkeiten zwischen beiden Organisationen. Denn letztlich ging es auch der Europa-Union immer um mehr als den nächsten Integrationsschritt. Auch sie vertrat ein umfassendes Weltbild, welches sich nicht nur auf Europa und die Europapolitik, sondern auch auf Deutschland, den deutschen Staat und die deutsche Gesellschaft bezog.

Auf den nächsten Seiten wird auch für die Europa-Union zu fragen sein, aus welchen Wurzeln sie sich entwickelte, in welchen Kontinuitätslinien die von ihr vertretenen Ideen standen und welche biographischen Erfahrungen ihre Mitglieder dazu brachten, sich ihr anzuschließen. Gerade weil die Europa-Union in sich weniger homogen strukturiert war als die Abendländische Bewegung, kann es kaum verwundern, daß auch sie sich aus verschiedenartigen Quellen speiste. Während uns beim „Abendland“ eine homogene, ideologisch geschlossene europäische Idee entgegentrat, deren Repräsentanten – bei allen individuell-biographi-

[1] Friedländer, Ernst: Kongreß in Berlin, in: Europa-Union 6 (1955), Heft 22, S. 1.

schen Eigenheiten – doch aus einem ähnlichen Umfeld stammten, finden wir in bezug auf das (west-)europäische Denken ein weniger geschlossenes Bild. Dies hat zur Folge, daß auf den kommenden Seiten größere inhaltliche Sprünge zu machen sein werden als bei den Abendländern: Von den Europaorganisationen der Weimarer Republik über Verfolgung und Exil im „Dritten Reich" bis hin zu wirtschaftlichen Interessen an einer europäischen Integration, all diese Wurzeln führten nach Kriegsende in die Europa-Union.

Ähnlich wie in der Abendländischen Bewegung gilt indes auch für die Europa-Union, daß wir einerseits organisatorische Vorläufer in der Zwischenkriegszeit finden, an die die Gründung des Verbandes nach 1945 anschließen konnte. Andererseits müssen wir jedoch auch nach den Gründen der individuellen Entscheidung fragen, sich nach dem Zweiten Weltkrieg für eine Vereinigung (West)-Europas auf liberaler Grundlage zu engagieren.

1. Organisatorische Kontinuitäten

Bevor jedoch auf diese individuell-biographischen Beispiele einzugehen sein wird, soll erst ein Blick auf die Spuren geworfen werden, die das reich erblühte „europäische" Verbandsleben der Weimarer Republik in der Europa-Union der Nachkriegszeit hinterließ. Denn in den ersten Nachkriegsjahren knüpften Protagonisten, Wirkungsformen und Ideen der Europa-Union durchaus noch an die Europaorganisationen der zwanziger Jahre an. Erstaunlich wenig direkte Spuren hinterließ dabei die Paneuropa-Union Richard Coudenhove-Kalergis, der wichtigste Europaverband der Zwischenkriegszeit. Zwar gab es sicherlich Aktivisten der Europa-Union, die sich in den zwanziger Jahren in der Paneuropa-Union Coudenhoves engagiert hatten. Doch von jenen deutschen Paneuropäern, die in den zwanziger Jahren in den Führungsgremien der Paneuropa-Union aktiv gewesen waren, findet sich keiner an einflußreicher Position in der Europa-Union nach 1945. So hat fast nur die Erinnerung an die Paneuropa-Union als „ersten Versuch" die Geschichte der Europa-Bewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg mitbestimmt (übrigens durchaus nicht nur im positiven Sinne, hatte sich Coudenhove mit seinem häufig egozentrischen Verhalten doch nicht nur Freunde gemacht); direkte organisatorische Kontinuitäten gab es nicht. Eine solche konkrete organisatorische und ideelle Kontinuität lag hingegen im Falle Wilhelm Heiles und seines Verbandes für Europäische Verständigung oder auch im Falle der schweizerischen Europa-Union vor, auf die im folgenden kurz einzugehen sein wird. Später allerdings „emanzipierte" sich die Europa-Union, auch weil andere Kräfte mit anderen Prägungen die Führung übernahmen, von diesen organisatorischen Wurzeln, und andere Kontinuitätslinien traten stärker in den Mittelpunkt.[2]

[2] Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist dieser Rückblick auf die Europa-Gruppen der Zwischenkriegszeit relativ kurz gehalten.

Wilhelm Heile und der „Verband für Europäische Verständigung"

Die einzige offenkundige Kontinuität zwischen einem deutschen Europa-Verband der Zwischenkriegszeit und der Europa-Union bestand im Falle des Verbandes für Europäische Verständigung und seines führenden Kopfs, Wilhelm Heile. Dieser gehörte nach 1945 zu den Gründungsmitgliedern der Europa-Union, knüpfte damit bewußt an seine Aktivitäten in den Jahren der Weimarer Republik an und sah die Europa-Union als Nachfolgerin des Verbandes für Europäische Verständigung. Zwar zog sich Heile schon Ende der vierziger Jahre aus der Europa-Union zurück, und fortan setzten Personen ihre Vorstellungen durch, die nicht durch die Europa-Bewegung der Zwischenkriegszeit geprägt waren. Dennoch ist eine Beschäftigung mit Wilhelm Heile, seinen Ideen und organisatorischen Bemühungen um die europäische Verständigung an dieser Stelle notwendig, um die Kontinuität zwischen Weimarer Republik und Nachkriegszeit aufzuzeigen, jedoch auch den Bruch zu verdeutlichen, der Ende der vierziger Jahre eintrat.

Die Forschung hat sich der Geschichte des Verbandes für europäische Verständigung und auch seinem Mitbegründer, Geschäftsführer und aktivstem Mitglied Wilhelm Heile bereits in den siebziger Jahren umfassend zugewandt.[3] Aus diesem Grunde soll die Entwicklung des Verbandes für Europäische Verständigung und die Bedeutung Heiles im folgenden nur skizzenhaft geschildert werden. Wilhelm Heile, geboren am 18. Dezember 1881 in Diepholz, Hannover, mußte das Gymnasium wegen Konflikten mit seinen Lehrern vorzeitig verlassen und begann eine Ausbildung zum Maschinenbauer.[4] Und auch sein – nach externem Abitur – begonnenes Ingenieurstudium konnte er nach Auseinandersetzungen mit der Universitätsverwaltung nicht abschließen. Allerdings hatte er zu diesem Zeitpunkt schon seine eigentliche Begabung im politisch-publizistischen Metier entdeckt. Darüber hinaus hatte er mit Friedrich Naumann den für seine Entwicklung ungemein wichtigen, ihn prägenden Mentor kennengelernt.[5] So fand Heile zur liberalen Fortschrittlichen Volkspartei, für die er 1912 erstmalig, allerdings noch ohne Erfolg, als Reichstagskandidat antrat. Gleichzeitig übernahm er von 1912 bis 1918 (abgesehen von den Zeiten seines Kriegseinsatzes) die Schriftleitung von Friedrich Naumanns Zeitschrift *Die Hilfe*, die er später, zwischen 1918 und 1924, auch her-

---

[3] Dies ist sicherlich zu begründen mit der exzellenten Quellenlage: Zwar ist das Verbandsarchiv des Verbandes für Europäische Verständigung nicht mehr vorhanden, doch gestattet der Nachlaß Wilhelm Heiles im Bundesarchiv eine umfassende Rekonstruktion seiner Tätigkeit, die durch offizielles Aktenmaterial, etwa aus dem Auswärtigen Amt oder der Reichskanzlei noch ergänzt werden kann. Vgl. Frommelt, Paneuropa oder Mitteleuropa. Holl, Europapolitik im Vorfeld der deutschen Regierungspolitik. Heß, Europagedanke und nationaler Revisionismus.

[4] Zur Biographie Wilhelm Heiles existiert nur eine stark hagiographisch geprägte Arbeit von Ludwig Luckemeyer, Wilhelm Heile 1881–1981. Die folgenden Ausführungen zu Heiles Leben orientieren sich an der Arbeit Luckemeyers und den verschiedenen Lebensläufen, die im Nachlaß Heile überliefert sind. Vgl. BA N 1332 Bde. 1, 31, 67, 129.

[5] Zu Friedrich Naumann vgl. in Auswahl: Bruch (Hg.), Friedrich Naumann in seiner Zeit. Heuss, Friedrich Naumann. Lewerenz, Zwischen Reich Gottes und Weltreich. Schnorr, Liberalismus zwischen 19. und 20. Jahrhundert. Theiner, Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik.

ausgab. Heile avancierte in den Jahren des Ersten Weltkrieges zu einem der engsten Mitarbeiter Naumanns. Mit ihm zusammen gründete er nach dem Ende des Ersten Weltkrieges auch die „Staatbürgerschule", die spätere „Hochschule für Deutsche Politik".[6]

Der Einfluß Naumanns auf das politische Denken Heiles ist in seiner Bedeutung nicht zu überschätzen, gerade im Hinblick auf seine europäischen Konzepte: „Mitteleuropa" stand für Heile am Anfang seiner Auseinandersetzung mit europäischen Ordnungskonzepten. Doch übernahm Heile die Naumannschen Positionen nicht unbesehen, vielmehr verband er sie mit eigenständigen Überzeugungen, die, begründet durch seine niedersächsische Herkunft, vor allem auf seiner antipreußischen Grundhaltung beruhten: In den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg setzte er sich, nach Veröffentlichung seiner Schrift „Stammesfreiheit im Einheitsstaat",[7] als DDP-Abgeordneter in der Nationalversammlung und später im Reichstag für eine föderative Neugliederung des Deutschen Reiches und insbesondere für eine Herauslösung Hannovers aus dem preußischen Staatsverband ein. Seine engen Kontakte mit der welfischen Deutsch-Hannoverschen Partei (DHP) machten ihm dabei in der eigenen Partei nicht nur Freunde. Auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stand ein unabhängiges Land Hannover, vor allem aber die Zerschlagung Preußens im Zentrum seiner deutschen Neuordnungsvorstellungen. Vor diesem Hintergrund lehnte Heile die kleindeutsche Reichsgründung von 1866/1871 als ungenügend ab und vertrat dagegen ein „großdeutsches" Nationskonzept. Diese Grunddispositionen erklären wiederum seine Offenheit auch für das Naumannsche „Mitteleuropa".[8] Die Idee eines föderativ geeinten „Mitteleuropa", dessen Kern ein wirtschaftliches und politisches Bündnis des Deutschen Reiches mit Österreich-Ungarn bilden sollte, welchem sich die Staaten des südost- und ostmitteleuropäischen Raums angliedern sollten, spielte auch bei Heile eine wichtige Rolle. Ebenso wie Naumann ging auch Heile von einer ausschließlich kulturellen, gewissermaßen „natürlichen" Hegemonie der Deutschen über die mitteleuropäischen Nationen aus.

Nach dem Kriegsende schwächten sich bei Heile die von Naumann übernommenen Elemente des „liberalen Imperialismus" ab.[9] Anfang der zwanziger Jahre propagierte er eine freiwillige gesamteuropäische Verständigung als einzig möglichen Weg für das Deutsche Reich, die eigenen Interessen zu vertreten. Auf der Grundlage von Freiheit und Gleichberechtigung des deutschen Volkes, welche Heile kompromißlos zur *conditio sine qua non* erklärte, sei ein Ausgleich vor allem mit Frankreich die einzige Möglichkeit, die deutschen Revisionsforderungen durchzusetzen. So blieb Heile, bei aller europäischen Ausrichtung, den Denkmustern des von Jürgen C. Heß analysierten „demokratischen Nationalismus" ver-

---

6 Missiroli, Die Deutsche Hochschule für Politik.

7 Heile, Stammesfreiheit im Einheitsstaat. Vgl. auch: Ders., Nationalstaat und Völkerbund.

8 Zu Mitteleuropa vgl.: Elvert, Mitteleuropa. Meyer, Mitteleuropa in German Thought and Action. LeRider, La Mitteleuropa. Stirk (Hg.), Mitteleuropa. Weimaer, „Mitteleuropa als politisches Ordnungskonzept", S. 69–114.

9 Heß, Europagedanke und nationaler Revisionismus, S. 578.

haftet.[10] Sein Europadenken blieb von seinen großdeutschen Forderungen durchzogen. Im Kern waren es deutsche Interessen, die Heile mit seinem europäischen Engagement vertrat, daraus machte er keinen Hehl. Eine europäische Verständigung würde letztlich dazu dienen, Deutschland nach der Kriegsniederlage wieder einen einflußreichen Platz unter den europäischen Nationen zu sichern und langfristig auch den großdeutschen und mitteleuropäischen Ambitionen des Deutschen Reiches den Weg ebnen. Heile war klar, daß gerade der letzte Punkt, wenn überhaupt, nur mit der Zustimmung der europäischen Nachbarn zu erreichen war. Von einer solchen Zustimmung jedoch war man in der feindlichen Atmosphäre der frühen Nachkriegsjahre weit entfernt, und so sah Heile in seinem Engagement für die europäische Verständigung Mittel und Weg zu einer Verbesserung des europäischen Klimas im deutschen Interesse. In der zunehmend nationalistisch aufgeheizten Stimmung im Deutschen Reich der zwanziger Jahre wäre jede andere Art von Werben für eine europäische Verständigung vermutlich auch zum Scheitern verurteilt gewesen. Die Paneuropa-Union Coudenhove-Kalergis zum Beispiel litt, nach einer ersten positiven Phase, stark darunter, daß ihr Gründer stets versuchte, nationale Interessen nicht in seine Arbeit einfließen zu lassen. Ihm, der durch seine Herkunft als Adeliger der Habsburger-Monarchie gewissermaßen europäisch sozialisiert war und mit seiner Paneuropa-Union europaweit agierte, fehlte das Verständnis für die nationalen Problem- und Interessenlagen weitgehend. Dies führte schließlich dazu, daß „Paneuropa" Ende der zwanziger Jahre in Deutschland als französisches und in Frankreich als deutsches Konzept diffamiert wurde.[11]

Diesem Dilemma versuchte Heile zu entgehen. Gerade weil er jedoch die großdeutschen und mitteleuropäischen Fernziele, die er von Naumann übernommen hatte, nicht aufgab, litt sein europäisches Wirken unter Spannungen, die letztlich nicht aufzulösen waren. Seine Tätigkeit als Vizepräsident des „Österreichisch-Deutschen Volksbundes", die er parallel zu seiner europäischen Arbeit betrieb, stieß im Ausland, besonders in Frankreich, immer wieder auf Unverständnis. Wer eine „großdeutsche Lösung" anstrebte, der konnte im Verständnis vieler Westeuropäer, die die Versailler Friedensordnung mit ihrem „Anschlußverbot" als Grundlage einer Verständigung mit dem Deutschen Reich ansahen, nicht ehrlich für eine europäische Annäherung eintreten.

Wilhelm Heiles vorerst isoliertes Engagement für eine europäische Verständigung mündete, wie bei so vielen „Europäern" der Zwischenkriegszeit im Umfeld der Ruhrbesetzung und der Locarno-Verhandlungen, in eine Vereinsgründung. Dabei ist allerdings ein persönliches Moment nicht zu unterschätzen, verlor Heile doch 1924, wohl auch, weil er in der DDP nach dem Tode Naumanns aufgrund seiner antipreußischen und seiner europäischen Ausrichtung immer mehr zum Außenseiter wurde, sein Reichstagsmandat. Zwar bemühte er sich in den folgenden Jahren immer wieder um die Aufstellung für ein neues Mandat, doch wollte nun die DDP angesichts ihres ohnehin schrumpfenden Stimmenanteils „einen so

[10] Vgl. ebenda.
[11] Vgl. hierzu: Conze, Richard Coudenhove-Kalergi.

engagierten Europäer nicht an aussichtsreicher Stelle aufstellen".[12] So war Heile 1924 auf der Suche nach einer neuen, angesichts von in den Inflationsjahren erlittenen finanziellen Verlusten, einigermaßen lukrativen Tätigkeit.

Vorübergehend verhandelte er mit Coudenhove-Kalergi über eine Mitarbeit als Generalsekretär der Paneuropa-Union. Schon bald allerdings kam es über die Frage, welche Aufgaben, Pflichten und Rechte einem „Generalsekretär" zustünden, zu Auseinandersetzungen. Der selbstbewußte Heile wehrte sich dagegen, sich Coudenhove sichtbar unterzuordnen. Er beharrte auf seinem Anspruch, inhaltlich und organisatorisch Verantwortung zu übernehmen, so daß sich die Wege der beiden „Europäer" schon bald wieder trennten. Fortan sollten sie zu erbitterten Rivalen werden.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Coudenhove beteiligte sich Heile an den Aktivitäten des Journalisten Alfred Nossig im Rahmen des 1924 gegründeten „Interessenkomitees europäischer Völker", das 1925 in „Komitee für europäische Zusammenarbeit" umbenannt wurde.[13] Nachdem Nossig sukzessive aus dem Komitee herausgedrängt worden war – ein Prozeß, an dem Heile nicht ganz unbeteiligt war –, entwickelte es sich ganz und gar zur Angelegenheit Heiles. In deutlicher Abgrenzung zum von ihm (wegen der Weigerung Coudenhoves, England und die Sowjetunion in seine Konzeption aufzunehmen) als „kleineuropäisch" diffamierten „Paneuropa", dafür in enger Nähe zum Völkerbund und den Völkerbundsligen, trieb er seine europäischen Aktivitäten voran. Dabei hoffte Heile auf eine finanzielle Förderung seiner Tätigkeit durch das Auswärtige Amt. Er verstand seine Bemühungen ausdrücklich als Unterstützung der deutschen Außenpolitik unter Stresemann auf kultureller und parlamentarischer Ebene, und tatsächlich kam diese Finanzierung des sich nunmehr „Verband für Europäische Verständigung" nennenden Unternehmens ab Juni 1925 zustande. Dabei spielte wohl vor allem die positive Beurteilung der Verbandsaktivitäten durch Stresemann selbst eine entscheidende Rolle, während die Mitarbeiter im Auswärtigen Amt ihre eher skeptische Haltung gegenüber den privaten Einigungsbestrebungen auch im Hinblick auf Wilhelm Heile nicht revidierten.[14] Die Beamten kritisierten vor allem die Tatsache, daß die verschiedenen „Europäer" zu viel Zeit und Energie auf ihre Querelen untereinander verwandten. Wenn sich schon die Vorkämpfer einer europäischen Verständigung nicht verständigen konnten, wie sollten sie dann zur Entspannung des politischen Klimas beitragen können? Doch alle vom Auswärtigen Amt angestoßenen Versuche, die unterschiedlichen Verbände unter einer Dachorganisation zusammenzuschließen, scheiterten.[15] An der Zerstrittenheit der europäischen Bewegung sollte sich weder in der Zwischenkriegszeit noch in der Nachkriegszeit etwas ändern. Die Rivalität der verschiedenen Gruppierungen untereinander gehörte, wenn auch immer wieder beklagt, unauflöslich zum europäischen Engagement dazu. Schließlich standen bei diesen Rivalitäten auch Spen-

[12] Heß, Europagedanke und nationaler Revisionismus, S. 614.
[13] Zum folgenden vgl. Holl, Europapolitik.
[14] Vgl. zur Haltung der Beamten im Auswärtigen Amt: Lipgens, Europäische Einigungsidee, S. 63–71.
[15] Holl, Europapolitik, S. 77–83.

dengelder im Mittelpunkt. Und da diese nur selten so reichlich flossen, wie die Europaverbände es sich wünschten, ging es bei diesen Auseinandersetzungen nicht zuletzt auch um Macht und Einfluß.

Zwar war 1926 auch bei Wilhelm Heile, ähnlich wie etwa bei Coudenhove-Kalergis Paneuropa-Union, noch die Rede davon, seinen Verband zu einer Massenbewegung auszubauen.[16] Doch hier war wohl eher der Wunsch der Vater des Gedankens, erlangte doch der Verband für Europäische Verständigung nie die öffentliche Aufmerksamkeit, wie sie die Paneuropa-Union erreichte. Coudenhove verstand es stets besser, sich und seine Organisation in der Öffentlichkeit ins rechte Licht zu setzen. Er hatte ein Gespür für Inszenierungen, was allerdings nicht selten auf Kosten der paneuropäischen Inhalte ging. Der erste Paneuropa-Kongreß 1926 in Wien beispielsweise etwa wirkte gerade wegen seiner Theatralik: Das Entrollen der von Scheinwerfern bestrahlten europäischen Flagge mit dem Paneuropa-Symbol (auf hellblauem Grund eine goldene Sonne mit einem roten Kreuz und 28 Strahlen als Symbol der Staaten Europas) oder die Deklamation einer Europa-Hymne durch Coudenhoves Frau führten zwar dazu, daß die Deutsche Gesandtschaft in Wien an das Auswärtige Amt meldete, „über den Paneuropa-Kongreß [...] läßt sich leichter ein Feuilleton als ein politischer Bericht schreiben".[17] Die Öffentlichkeit bekam jedoch durch umfangreiche Medienberichterstattung Kenntnis von dem Kongreß.

Wilhelm Heile blieb angesichts dieses zur Schau gestellten Selbstbewußtseins nur, sich bitterlich zu beschweren: „Die demagogische Propaganda, die für die unmögliche Idee des Grafen C (Kontinentaleuropa ohne England und Rußland, d.h. französische Kontinentalhegemonie) fortgesetzt in zahlreichen Zeitungen des In- und Auslandes gemacht wird, zwingt uns dazu, um Beachtung unserer Arbeit zu bitten, obwohl wir ganz und gar nicht auf bloße Propaganda, sondern auf Verwirklichung unseres Gedankens eingestellt sind und in ständiger Fühlung der aktivsten Persönlichkeiten der Parlamente Europas die Wege ebnen für jeden Fortschritt in der Richtung der europäischen Einheit [...]."[18] Dementsprechend beschränkte sich das Wirken Heiles vor allem auf parlamentarische Kontakte zwischen den europäischen Ländern. Hier konnte er erfolgreiche Arbeit leisten, gründeten sich doch schon bald in den allermeisten Staaten ähnliche Komitees, die sich im November 1928 schließlich zu einem übernationalen „Bund für europäische Kooperation" zusammenschlossen. Hilfreich waren Heile bei dieser Arbeit, die er durch unermüdliche Reisen durch die europäischen Länder vorantrieb, vor allem seine vielfältigen, bereits seit Jahren bestehenden europäischen Kontakte. Denn er war Mitglied der internationalen Organisationen der liberalen Parteien in Europa, etwa als Schriftführer der deutschen Gruppe der Interparlamentarischen

[16] Vgl. Brief Heile an Robert Liebig, 15. 9. 1926, BA N 1132/50, wo es heißt: „... können wir nun endlich damit beginnen, die Massen selbst für den europäischen Gedanken zu gewinnen."

[17] Dt. Gesandtschaft Wien an das Auswärtige Amt, 8. 10. 1926, PAAA Referat Völkerbund, Allg. B 3, Bd. 1.

[18] Brief Heiles an die Politische Redaktion des Berliner Tagblattes, 25. 9. 1929, BA N 1132/115.

Union oder als Vizepräsident und Mitbegründer der „Entente Internationale des Partis Radicaux et des Partis Démocratiques similaires".[19] Doch die Vorteile, die sich aus diesen Kontakten ergaben, bedeuteten gleichzeitig auch einen gravierenden Nachteil: Dem Verband für europäische Verständigung gelang es nie, Kräfte im rechten oder linken Bereich des politischen Spektrums für sich zu gewinnen, er blieb – auch im Ausland – immer von linksliberalen Kräften dominiert.[20]

Dennoch nahm nach der Gründung des übernationalen Komitees 1928 der Verband einen positiven Aufschwung, wenn auch die Rivalitäten der europäischen Gruppierungen im deutschen Reich immer mehr zum Hemmschuh einer wirklich erfolgreichen Entwicklung wurden. Denn die unterschiedlichen Europa-Organisationen, allen voran der Verband für Europäische Verständigung und die Paneuropa-Union, waren hauptsächlich damit beschäftigt, die Konkurrenzorganisationen zu diffamieren und den jeweils eigenen Verband als die einzig wahre Europaorganisation zu bezeichnen. Daran hatte Heile ebenso Anteil wie Coudenhove-Kalergi. Die beiden waren ununterbrochen bemüht, nur das Schlechteste über den jeweils anderen zu verbreiten. Heile setzte alles daran, eine Ausbreitung der Paneuropa-Union in Deutschland wenn irgend möglich zu verhindern. Indem er überall vor Coudenhove „warnte", entwickelten sich Umgangsformen, die bis weit in die zweite Nachkriegszeit hinein die Beziehungen zwischen den europäischen Verbänden bestimmen sollten.

Die positive Entwicklung des Verbandes für Europäische Verständigung wurde allerdings durch den Tod Stresemanns im Oktober 1929 beendet. Die personellen Veränderungen im Auswärtigen Amt führten zu Mittelkürzungen, welche die Arbeit des Verbandes empfindlich trafen. Zwar glaubte Heile noch, die Ergebnisse einer von ihm gestarteten Fragebogen-Aktion, in der jedes nationale Komitee für europäische Verständigung seine Vorstellungen zum Fortgang der europäischen Annäherung niederlegte, im Briand-Memorandum gespiegelt zu sehen. Heile hatte bei dieser Aktion unter anderem danach gefragt, ob eine anzustrebende „europäische Cooperation" einen „Einheitsstaat, Bundesstaat oder Staatenbund" zum Endziel haben sollte, ob Rußland und die Türkei einzubeziehen seien und ob das zu schaffende Gebilde Kolonien besitzen sollte, und glaubte, damit Briand zu seinem Vorstoß bewegt zu haben.[21] Doch war es seinem Konkurrenten Coudenhove-Kalergi durch eine geschicktere Werbung gelungen, daß die Öffentlichkeit mit dem Briandschen Memorandum vor allem „Paneuropa" verband. So hatte der Graf beispielsweise seinen zweiten Paneuropakongreß just an jenem Tag eröffnet, an dem Briand seinen Plan veröffentlichte. Die Tatsache, daß der französische Au-

---

[19] Außerdem war Heile Mitglied des „Internationalen Werbeausschusses für den Frieden" (Marc Sagnier), vgl. Holl, Europapolitik, S. 33f. Vgl. auch: Uhlig, Internationalismus in den zwanziger Jahren.

[20] Heile bemühte sich immer um konservative Mitglieder für seine Organisation. Doch war ihm die Tatsache durchaus bewußt, daß aufgrund seiner Verortung im linksliberalen Spektrum der Weimarer Republik der Verband für Konservative nicht attraktiv erschien. Vgl. auch Brief Heiles an Dr. Munch, Minister a.D. des Folketings, Kopenhagen, 23. 6. 1926, BA N 1132/50 und Holl, Europapolitik, S. 83, FN 162.

[21] Vgl. den Fragebogen in BA N 1132/34 sowie die Antworten verschiedener nationaler Komitees ebenda und in BA N 1132/22.

ßenminister Ehrenpräsident der Paneuropa-Union war, trug zu der engen Verknüpfung der beiden Namen in der Öffentlichkeit zusätzlich bei. Heile verwies resigniert auf die „Ungerechtigkeit, die darin liegt, daß alle Welt den Ruhm für eine Arbeit, [...] die ich unter erschwerten Verhältnissen schon seit Kriegsende [...] in Deutschland geleistet habe, einem eitlen und unaufrichtigen Reklameheldenden zuteil werden läßt".[22]

Die bald darauf einsetzende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage erschwerte die Situation zusätzlich. Man sah nun im Auswärtigen Amt keine Notwendigkeit mehr für die Arbeit des Verbandes, gerade auch aufgrund seiner Nähe zur Deutschen Liga für den Völkerbund. Bereits 1928 hieß es in einer vertraulichen Aufzeichnung: „Je länger wir dem Völkerbund angehören, je mehr wir unsere Stellung im Weltverband der Völkerbundsligen gefestigt haben [...], um so überflüssiger erscheint mir der Zweck des Heile'schen Verbandes überhaupt. [...] Wozu also mit großen Mitteln noch eine neue Organisation unterstützen, die bisher ihre Lebensfähigkeit noch in keiner Weise bewiesen hat und in deren leitende Persönlichkeit man kein allzu großes Vertrauen hegen kann?"[23] Die bereits damals vorgeschlagene Fusion wurde im Oktober 1930 Wirklichkeit: Der – inzwischen in „Bund für europäische Kooperation" umbenannte – Verband bildete nun den Europa-Ausschuß der Völkerbundsliga, ein Modell, das den neueingerichteten Strukturen beim Völkerbund und seiner Europa-Kommission nachgebildet war. Damit hatte der Verband seine Selbständigkeit verloren, und obwohl Heile vorübergehend noch weiterbeschäftigt wurde, entwickelte sich die Situation für ihn bald in existenzgefährdender Weise. Zwar versuchte er noch, die Unterstützung des Auswärtigen Amts für seine Bewerbung um den Posten des Sekretärs der Europa-Kommission des Völkerbundes zu gewinnen, doch die Entscheidung des Völkerbundes, den Generalsekretär des Völkerbundes auch die Sekretariatsaufgaben des Europa-Ausschusses übernehmen zu lassen, bereitete diesen Ambitionen schnell ein Ende.[24]

Zusätzlich frustriert durch die Wahlerfolge der Nationalsozialisten, zog sich der Liberale aus der Politik und ihrer Verbandsarbeit völlig zurück. 1933 übersiedelte er auf ein Rittergut in der Niederlausitz. Zwar bot er anfangs auch der neuen Führung seine Zusammenarbeit an, wie etwa in einem Brief an das Auswärtige Amt: „Sowohl Herr Reichskanzler Hitler wie der Herr Außenminister Freiherr von Neurath haben in ihren bekannten Reden zur Außenpolitik programmatische Gedanken geäußert, wie sie deutscherseits und besonders von mir [...] schon immer vertreten worden sind: Zusammenarbeit der europäischen Völker auf der Basis von Freiheit und Gleichberechtigung. [...] Mir scheint, es wäre nützlich, wenn Persönlichkeiten, deren Wort im Ausland etwas gilt und also zur Beseitigung

[22] Brief Heile an Rais, 26. 5. 1930, BA N 1132/54.

[23] Vertrauliche Aufzeichnung Poensgens, Auswärtiges Amt, 19. 4. 1928, PAAA Referat Völkerbund, Allg. B3, Bd. 2.

[24] Vgl. die Briefe Köpke, Auswärtiges Amt, an Heile, 4. 2. 1931/9. 2. 1931, BA N 1132/107. Heile beklagte sich daraufhin, daß ihm „als letztes Zeichen des Dankes [für seine europäische Arbeit] statt eines bescheidenen Lorbeerkranzes die Schellenkappe eines lächerlichen Narren aufs Haupt gedrückt wird". Vgl.: Brief Heiles an Köpke, Auswärtiges Amt, o. D., BA N 1132/107.

mancher für Deutschland unerwünschter Mißverständnisse beitragen könnte, die früher gezogenen Fäden nicht ganz abreißen [ließen]. Für mich persönlich handelt es sich natürlich nur um Opfer, die ich aus nationalem Pflichtgefühl zu bringen bereit sein würde. [...]."[25] Doch diese Anbiederung war wohl vor allem der schwierigen wirtschaftlichen Situation Heiles geschuldet. Als linksliberaler DDP-Abgeordneter, der schon die Gründung der Deutschen Staatspartei 1930 abgelehnt hatte, fand Heile im Nationalsozialismus keine Heimat und in den folgenden Jahren auch keinen Ausweg aus der wirtschaftlichen Misere. 1936 wurde sein Gut zwangsversteigert, und Heile arbeitete in den folgenden Jahren in der Reichsbank als Übersetzer. Die Gestapo verhaftete ihn mehrere Male und mißhandelte ihn dabei so, daß seine durch einen Kopfschuß im Ersten Weltkrieg erlittenen Verletzungen wiederaufbrachen und ihn arbeitsunfähig machten. 1941 zog er sich bis zum Kriegsende in die Nähe seines niedersächsischen Geburtsortes zurück.

Als Mitbegründer der niedersächsischen FDP, von der er sich aber nach Auseinandersetzungen um die nationale oder föderalistische Orientierung der Partei abwandte und danach der Niedersächsischen Landespartei/DP beitrat,[26] als Bürgermeister, Landrat und schließlich stellvertretender Ministerpräsident des Landes Niedersachsen, danach Mitglied des Landtages Schleswig-Holstein, des Zonenbeirates der Britischen Zone und des Parlamentarischen Rates kehrte Heile in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre noch einmal in die Politik zurück. Gleichzeitig reaktivierte er im Rahmen der neugegründeten Europa-Union auch seine europäischen Bemühungen und griff dabei gezielt auf seine Erfahrungen aus den zwanziger Jahren zurück – aber darauf ist an anderer Stelle einzugehen.[27] Nach 1951 lebte der parteilose Heile zurückgezogen bis zu seinem Tode 1969.

Die unmittelbar nach Kriegsende überall in Deutschland entstehenden kleinen Europagruppen speisten sich, ideell angereichert durch die aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs gezogenen Lehren, in organisatorischer Hinsicht vielfach aus der Erinnerung an die Bemühungen der Zwischenkriegszeit.[28] Deswegen bildet Wilhelm Heile eine Brücke zwischen den Europabewegungen der zwanziger und der vierziger Jahre, zwischen dem Verband für Europäische Verständigung und der Europa-Union. Dennoch riß dieser Kontinuitätsstrang relativ bald ab. Andere übernahmen das Ruder der Europa-Bewegungen, jüngere, durch den Zweiten Weltkrieg geprägte Menschen, für die die Europaverbände der Zwischenkriegszeit eher negative Vorbilder waren.[29]

„Geburtshelferin": die Schweizer Europa-Union

Keine Vorläuferorganisation der Europa-Union im engeren Sinne, so wie es der „Verband für europäische Verständigung" gewesen war, war die Schweizer Eu-

---

[25] Brief Heile an Köpke, Auswärtiges Amt, 28. 9. 1933, BA N 1132/107.
[26] Vgl. Heile, Abschied von der FDP.
[27] Vgl. Teil II, Kap. II.1.
[28] Allein die unzähligen Paneuropa-Verbände verdeutlichen dies. Vgl. Lipgens, Die Anfänge der Europäischen Einigungspolitik.
[29] Teil II, Kap. II.1.

ropa-Union. Hier handelte es sich vielmehr um jenen Verband, der nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, als in Deutschland an allen Ecken und Enden Europa-Gruppierungen entstanden, nicht unerheblichen Einfluß auf die Bildung dieser Gruppen nahm. Zwar schalteten sich in diese Gründungsvorgänge auch andere ausländische Europaorganisationen ein, doch kam der Schweizer Europa-Union in diesem Zusammenhang für ihre Namensschwester besondere Bedeutung zu. Sie trieb, etwa durch finanzielle Unterstützung oder Bereitstellung von Informationsmaterial, den Zusammenschluß der Vielzahl deutscher Einzelgrüppchen zur späteren Europa-Union voran.[30] Auch wenn der Einfluß der Schweizer in dem Moment zurückging, in dem sich die Europa-Union Deutschland als eigenständiger Verein etabliert hatte und es sich bei der Schweizer Europa-Union tatsächlich nur um so etwas wie eine „Geburtshelferin" handelte, ist es notwendig, im folgenden einen zumindest kurzen Blick auf diese eidgenössischen Wurzeln der Europa-Union zu werfen.[31]

Die Schweizer Europa-Union war der einzige Europa-Verband der Zwischenkriegszeit, der seine Aktivitäten über die Jahre des Zweiten Weltkrieges hinweg ungebrochen fortsetzen konnte. Ganz ähnlich wie im Falle Wilhelm Heiles, bei dem am Beginn seiner „europäischen Tätigkeit" ja eine kurzfristige Zusammenarbeit mit Coudenhove-Kalergi gestanden hatte, die aber schon bald im Streit endete, läßt sich auch die Gründung der Schweizer Europa-Union auf die Paneuropa-Union zurückführen.

Richard Coudenhove-Kalergi sah sich nach dem Scheitern des Briand-Memorandums vor eine zunehmend schwierigere Situation gestellt. In den europäischen Regierungen schwand in dieser Phase der Renationalisierung die Bereitschaft, eine europäische Annäherung zu unterstützen, und damit auch die Erfolgschancen der Paneuropa-Union, die vor allem auf Regierungsebene aktiv gewesen war. Der Paneuropäer versuchte der drohenden Isolation zu entkommen, indem er Anfang der dreißiger Jahre neue Wege der Werbung für „Paneuropa" suchte: „Letzten Endes glaube ich aber, daß eine wirksame Propaganda nur durch Parteigründungen möglich ist, daß die Bewegung auch nur dann größere Beträge erhalten kann, wenn sie politische Machtpositionen erobert."[32] Frustriert wandte sich der Paneuropäer von der offiziellen Ebene ab – gewissermaßen als letzte Rettung angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage in Europa, der sich verschlechternden internationalen Beziehungen und insbesondere auch der Wahlerfolge links- und rechtsextremer Parteien in Deutschland. Statt dessen beschwor er auf dem dritten Kongreß der Paneuropa-Union in Basel im Oktober 1932 die Gründung einer europäischen Partei und rief seinem Publikum zu: „Solange wir unsere Hoffnungen auf die gegenwärtigen europäischen Regierungen und Parteien setzten, werden

[30] Vgl. dazu Teil II, Kap. II.1.

[31] Zur Schweizer Europa-Union vgl. u.a.: Bauer, 50 Jahre Europa-Union Schweiz 1934–1984. Jilek, L'esprit européenne en Suisse de 1860 à 1940. Ders., L'Union européenne à Bâle entre 1938 et 1946. Lipgens, Die Anfänge der europäischen Integrationspolitik, u.a. S. 119–127. Staffelbach, Die Europa-Union 1945–1949.

[32] Brief Coudenhove-Kalergi an „Poldi", 16. 6. 1932, FAE Paneuropäische Union: Bureau central – Activités (1924–1938), Fichier 8.

wir niemals Europa verwirklicht sehen. [...] Einigt Euch über alle diplomatischen Formeln und politischen Intrigen hinweg! Über die Köpfe Eurer Regierungen und Parteien!"[33] Die geplante Form dieser Partei zeigt ihre deutliche Zeitgebundenheit einerseits und spiegelt Coudenhoves konservativ-revolutionäre Verwurzelung andererseits. Keine demokratische Massenpartei war hier geplant, wie eine Schweizer Zeitung kritisch feststellte: „Coudenhove habe den Kongreß zum Vorhaben der Parteigründung gar nicht befragt. Er habe sie einfach gegründet und sich dann von einem Jünger zurufen lassen: ‚Unser Führer hat uns den neuen Boden bereitet. Er hat uns die Partei gegeben, die so ganz befreit vom ewig Gestrigen ist.'"[34] Auch die äußere Ausgestaltung des Kongresses, bei dem Anhänger in Uniform („europäische Blauhemden") mit Armbinde, auf der das Sonnenkreuz der Bewegung abgebildet war, erschienen, macht deutlich, daß Coudenhove-Kalergi hier – bei aller Ablehnung gegenüber den Nationalsozialisten – die erfolgreichen faschistischen Parteien zu kopieren versuchte.[35]

Doch wie sich nach dem Kongreß herausstellen sollte, war die Parteigründung eine Totgeburt. Coudenhove-Kalergi verlor schon bald das Interesse an ihr. All jene, die in seinem Aufruf einen ersten Schritt zu einer paneuropäischen Massenbewegung gesehen hatten, reagierten enttäuscht. Dies galt vor allem für die aus Anlaß des Kongresses entstandene Paneuropa-Sektion Basel. Hier war man, auf Anregung des Ingenieurs Hans Stettler, mit Elan daran gegangen, die Vorschläge Coudenhoves umzusetzen, und die Sektion hatte innerhalb kurzer Zeit 1200 Mitglieder.[36] Bald kam es angesichts der unterschiedlichen Zielvorstellungen über den inneren Aufbau der Paneuropa-Bewegung als „exklusiver Notabelnverein oder als demokratische Volksbewegung" zu Auseinandersetzungen zwischen Basel und der Paneuropa-Zentrale in Wien.[37] Coudenhove-Kalergi beharrte mit Verweis auf seinen Führungsanspruch auf ein eher an einflußreichen Persönlichkeiten orientiertes Vorgehen, die Schweizer auf dem Ziel, eine Massenbewegung hervorrufen zu wollen. Die Streitigkeit endeten mit einer Trennung: Coudenhove akzeptierte die Abspaltung der Baseler von der Paneuropa-Union. Diese gründeten im Juni 1934 zusammen mit dem Bund „Jung Europa", einer anderen kleinen Gruppierung, eine neue Organisation. Es entstand die Schweizer Europa-Union, zu deren Präsident der Ingenieur Hans Bauer gewählt wurde, der dem Verband jahrzehntelang vorstehen sollte.[38] Bald bildeten sich Ortsgruppen in der gesamten deutschsprachigen Schweiz und im Tessin; erst 1945 folgte die Ausweitung auch

---

[33] Begrüßungsansprache Coudenhove-Kalergis auf dem Basler Kongreß, abgedruckt in: Paneuropa 8 (1932), S. 241. Vgl. auch das Programm der Europäischen Partei, in: Paneuropa 8 (1932), S. 273–275.

[34] Zitiert nach: Kreis, Der „vierte" Tag der Paneuropa-Bewegung, S. 351.

[35] Ergebnisse des Europa-Kongresses, in: Paneuropa 8 (1932), S. 294. Vgl. auch: Posselt, Richard Coudenhove-Kalergi und die Europäische Parlamentarier-Union. S. 49.

[36] Bauer, 50 Jahre Europa-Union Schweiz, S. 7.

[37] Kreis, Der „vierte" Tag der Paneuropa-Bewegung, S. 335–361, hier S. 356. Vgl. auch die Korrespondenz zwischen Coudenhove-Kalergi und der Basler Sektion, FAE, Paneuropäische Union: Bureau central – sections: Correspondance (1924–1938), Suisse 1935–1938.

[38] Bauer, Vaterland und Völkergemeinschaft. Vgl. die Zentralstatuten der Europa-Union vom 29. 3. 1936, ADSD NL Heinrich Ritzel/362.

in die französische Schweiz. Die Ortsgruppen sollten als „Werbezellen" eine möglichst große Anhängerschaft für den europäischen Gedanken mobilisieren, um auf diese Weise Druck auf den Schweizer Bundesrat in Richtung einer praktischen Einigungspolitik auszuüben. Auf Werbung bei den Parlamentariern hingegen verzichtete die Europa-Union völlig.[39] Damit stand das Element der „Volkserziehung" für die Europa-Union im Mittelpunkt, umgesetzt unter anderem durch die seit 1935 monatlich erscheinende Zeitschrift *Der Europäer.* Noch im Weltkrieg schrieb Hans Bauer: „Die europäische Idee muß die Herzen und Geister der kriegsgequälten Menschheit wie eine neue Verheißung erfüllen, so daß sie sich dann aus den Völkern heraus machtvoll in die Tat umsetzen kann und der künftigen Diplomatenarbeit eine reale Grundlage und eine zwingende Richtung zu geben vermag."[40] Hier zeichnet sich der Elan, den die Europabewegungen der zweiten Hälfte der vierziger Jahre an den Tag legen sollten, ebenso ab wie ihr Einigungskonzept, die Hoffnung, eine europäische Einigung vor allem über die europäische Bevölkerung, nicht die Politik, zu erreichen.

Offensichtlich entwickelte die Idee eines geeinten Europas während des Zweiten Weltkrieges in der „eingeschlossenen" Schweiz besondere Attraktivität. In jedem Fall aber führte der Krieg, vor dem die Europa-Union in der Zwischenkriegszeit immer wieder gewarnt hatte, zu einer weiteren Aufwärtsentwicklung des Verbandes.[41] Die Mitglieder der Europa-Union konnten, im Gegensatz zu den Résistance-Bewegungen in anderen Ländern des unter deutscher Herrschaft stehenden Kontinents, welche sich ebenfalls dem europäischen Gedanken zuwandten, in der neutralen und von den Deutschen nicht besetzten Schweiz ungestört arbeiten und publizieren.[42] Dabei diente die „viersprachige Schweiz mit ihren heterogenen Volksstämmen und ihrer föderativen Selbstverwaltungs-Dezentralisierung bei gemeinsamer Wahrnehmung der wenigen wesentlichen Bundesangelegenheiten" als Vorbild eines zukünftigen Europa.[43] Zielbild war mithin eine bundesstaatliche, föderalistische Ordnung, in welcher die einzelnen Nationalstaaten soviel der eigenen Souveränität abgeben sollten, wie es der Sicherheit Europas diente. Vor allem die Außen-, Währungs- und Zollpolitik sowie die Rüstungskontrolle sollten zur ausschließlichen Bundeskompetenz werden. Die Freiheits- und Gleichheitsrechte der europäischen Bürger sollten verfassungsmäßig verankert werden. Ein Zweikammersystem mit Senat und Parlament und ein Schiedsgericht, eine europäische Regierung mit eigener Finanzhoheit und einer Bundespolizei stellten nach Auffassung der Europa-Union die wünschenswerte politische Struktur Europas nach dem Kriege dar. Eingebunden sein sollte dieses Europa in eine föderale Weltunion.[44] Hier wurde, mitten im Zweiten Weltkrieg, erstmals mit wirklicher Vehemenz das Konzept eines europäischen Bundesstaates vertreten.

---

[39] Staffelbach, Die Europa-Union, S. 165.
[40] Hans Bauer im *Europäer* 1940, zitiert nach ebenda, S. 124.
[41] Lipgens, Die Anfänge der europäischen Integrationspolitik, S. 120.
[42] Vgl. vor allem: Bauer/Ritzel, Von der eidgenössischen zur europäischen Föderation. Dies., Kampf um Europa. Sieh auch die Literaturangaben bei Lipgens, Die Anfänge der europäischen Integrationspolitik, S. 120, FN 61.
[43] Zum folgenden: Lipgens, Die Anfänge der europäischen Integrationspolitik, S. 120.
[44] Vgl.: Die Arbeit der Europa-Union in der Kriegszeit. Sonderabdruck aus: Die Friedens-

Schon Anfang der vierziger Jahre begann man in der Europa-Union, mitangeregt auch durch den Generalsekretär der Organisation, den aus dem Deutschen Reich emigrierten Sozialdemokraten Heinrich Georg Ritzel, über die Gründe für den „Untergang" der Weimarer Republik und über eine mögliche Eingliederung Deutschlands in das zukünftige Europa nachzudenken.[45] Dabei schlug der oben erwähnte pädagogische Anspruch durch. Ziel aller Nachkriegsbemühungen müsse die „Erziehung des Volkes zur politischen Demokratie" sein, wobei man davon ausging, daß dieser Prozeß, in welchem eine „vom Machtwahn befreite, sich auf ihre geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben konzentrierende föderalistische, deutsche, soziale Demokratie" entstehen würde, bis zu dreißig Jahre in Anspruch nehmen würde.[46] Der pädagogische Impetus der Europa-Union richtete sich also im Verlauf des Zweiten Weltkrieges zunehmend auf Deutschland und führte nach Kriegsende schließlich zu aktivem Handeln. Man hoffte, durch den Aufbau eines demokratisch organisierten Europa-Verbandes in den westlichen Besatzungszonen einen positiven Beitrag zu der als zentral erachteten „Erziehung" der deutschen Bevölkerung zu leisten. Damit war der Grundstein der Europa-Union gelegt.[47]

Wir sehen also, daß die Europa-Union der vierziger und fünfziger Jahre ihre organisatorischen Wurzeln in verschiedenen Europa-Verbänden der Zeit vor 1945 hatte. Ähnlich wie die Abendländische Bewegung knüpfte man mit der Gründung des Verbandes nach 1945 an ältere Traditionen an. Angesichts eines völlig am Boden liegenden Deutschlands, angesichts des Zusammenbruchs der im „tausendjährigen Reich" gültigen Wahrheiten, griffen die Menschen naheliegenderweise erst einmal auf Modelle zurück, die der Zeit vor dem Nationalsozialismus entstammten. Schon bald jedoch wandte man sich im Falle der europäischen Gruppierungen von diesen alten Vorgaben ab. So wie die Abendländische Bewegung nur bis Ende der vierziger Jahre dem Abendland-Kreis der Weimarer Republik ähnelte und sich dann, bei aller ideellen Kontinuität, in eine andere Richtung weiterentwickelte, ging auch die Europa-Union Ende der vierziger Jahre neue Wege. Dabei spielten auch neue Protagonisten eine Rolle, für die die Erinnerung an die Europagruppen der Weimarer Jahre wenig bis nichts bedeutete. Ihr Engagement für Europa speiste sich aus anderen Quellen.

---

warte XLJJ (1942), Heft 4/5, ADSD NL Heinrich Ritzel/362. Hier sind als „Grundlage eines europäischen Bundes" jene 18 Punkte formuliert und ausgeführt, die die genannten Elemente enthalten und die bis in die Nachkriegszeit hinein der Europa-Union als Grundlage dienen sollten. Die Forderung einer Einbindung Europas in eine Weltunion spiegelt sich nicht zuletzt im Beitritt der Europa-Union im April 1937 zur New-Commonwealth-Bewegung.

[45] Zu Ritzel vgl. Behring, Demokratische Außenpolitik für Deutschland, S. 596–604. Vgl. auch die Literaturangaben in FN 43 und: Ritzel, Europa und Deutschland, Deutschland und Europa.

[46] Text Heinrich Georg Ritzels ohne Titel vom 18. 11. 192, ADSD NL Heinrich Ritzel/362. Vgl. auch den nach Kriegsende ebenfalls von Ritzel verfaßten Text, ohne Datum und Titel, ebenda.

[47] Vgl. Teil II, Kap. II.1.

2. Wurzeln (west-)europäischen Engagements in biographischen Erfahrungen

Ebenso wie nicht alle späteren Mitglieder der Abendländischen Bewegung in der Zwischenkriegszeit bereits dem Abendland-Kreis zugehörig gewesen waren, fanden auch Protagonisten der Europa-Union nicht nur über die Europagruppen der Zwischenkriegzeit zu diesem Verband. Wiederum werden wir daher im folgenden nach bestimmten biographischen Erfahrungen fragen, die typisch für die Mitglieder der späteren Europa-Union sind. Und ebenso wie bei den Abendländern werden bei diesen biographischen Studien die Jahre des „Dritten Reiches" eine bedeutende Rolle spielen. Dies geschieht, weil sich, wie im Falle der Abendländer, in den Jahren des Nationalsozialismus alle organisatorischen Zusammenhänge verloren und aus diesem Grunde allein der Blick auf einzelne Lebenswege weitergehende Aufschlüsse über die Wurzeln des westeuropäischen Gedankens verspricht. Hinzu tritt die Tatsache, daß Nationalsozialismus und Zweiter Weltkrieg für die Herausbildung der Idee von „West-Europa" eine zentrale Rolle spielten. Allerdings gilt dies nicht allein, darauf sei hier bereits kurz verwiesen, für die Mitglieder der Widerstandsbewegungen, welche aus Besatzungs- und Gewalterfahrung sowie der erlebten Ohnmacht des Nationalstaats ein föderales Europa als einzige Zukunftschance des Kontinents wahrnahmen. Vielmehr bildeten etwa auch das Leben in einer liberal-demokratischen Gesellschaft während des Exils oder Erfahrungen deutscher Unternehmer mit einem europäischen „Großwirtschaftsraum" während des Zweiten Weltkrieges Quellen, aus denen sich der West-Europagedanke der Nachkriegszeit speiste.

Eugen Kogon: Vom „Reich" zum „Europa der Dritten Kraft" durch Verfolgung und Konzentrationslager

Bis zu seinem Tod 1987 gehörte Eugen Kogon zu den einflußreichsten Publizisten und Journalisten der Bundesrepublik. Die Arbeiten des Linkskatholiken für die *Frankfurter Hefte* oder die Fernsehsendung *Panorama* haben das kulturelle und auch das politische Leben des Bonner Staates nicht unerheblich geprägt. Aber auch europapolitisch war Kogon aktiv. Als Präsident der Europa-Union übernahm er 1949 den Verband im Moment seiner organisatorischen Festigung und führte ihn in jener Phase allgemeiner Europabegeisterung, die bis Anfang der fünfziger Jahre anhielt. Er gab der Europa-Union programmatisch klare Konturen im Rahmen der „Dritten Kraft"-Idee. Diese Ausrichtung der Europa-Union sollte sich allerdings in dem Moment wieder verändern, als Kogon wegen finanzieller Schwierigkeiten, in die er die Europa-Union gebracht hatte, vom Präsidentenamt zurücktrat und andere Personen das Ruder übernahmen. Kogons stark mit der unmittelbaren Nachkriegszeit verbundene Europa-Konzeption der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre wurzelt in nicht unerheblichem Maße in seinem Lebenslauf, der immer wieder durch seine extremen Wendungen überrascht.

So war Kogon in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren im ultrakonservativen Katholizismus beheimatet, engagierte sich publizistisch stark für ständisch-

autoritäre Ordnungsmodelle und setzte in diesem Zusammenhang seine Hoffnungen auch auf den Nationalsozialismus. Nach der „Machtergreifung" begann er indes seine Überzeugungen in Frage zu stellen; doch erst seine Verhaftung nach dem „Anschluß" Österreichs und die Jahre in Buchenwald führten zu einem Umdenken. Am Ende des Krieges hatte sich Kogon vom Rechts- zum Linkskatholiken gewandelt, der sich engagiert für ein demokratisches Europa als „Dritte Kraft" zwischen den Blöcken einsetzte. Die folgende Schilderung macht deutlich, daß die Protagonisten der Europa-Union nicht immer zielstrebig und gleichsam „automatisch" zu ihren Europakonzeptionen fanden, sondern zum Teil schwierige Orientierungsprozesse durchlaufen mußten, um von antimodernen Ordnungsvorstellungen zu den Konzepten der fünfziger Jahre zu finden. Hier finden wir Brüche und Veränderungen im europäischen Denken, wie es sie bei den Protagonisten der Abendländer selten gab.

Eugen Kogon, am 2. Februar 1903 in München geboren, wuchs nach dem frühen Tod seiner Eltern zunächst bei Pflegeeltern auf. Mit elf Jahren kam er auf ein Benediktinerinternat bei Vilshofen, später zu Dominikanern nach Oldenburg. Die Erziehung bei den Patres hat Kogon stark geprägt. Zum einen hat sie in ihm den Katholizismus fest verwurzelt, der Kogon ein Leben lang Richtschnur bleiben sollte. Zum anderen aber hat sie ihm ein Weltbild mit auf den Weg gegeben, das Kogon lange nicht in Frage stellte. „Unser Weltbild, unser Geschichtsbild war konservativ. Nehmen wir das Mittelalter: das war etwas Heiliges, etwas Großartiges. Wir kannten nicht die entsetzlichen Probleme in der Gesellschaft damals. [...] Oder nehmen wir das Bild von der Französischen Revolution, das man uns beigebracht hat. Das waren doch alles Mörder, das waren Leute, die Nonnen vergewaltigten und jede Ordnung zerstörten. Und der Liberalismus, auch der moderne, war des Teufels. Das alles gehörte zu dem, was man uns indoktrinatorisch beigebracht hatte."[48] Nach dem Abitur studierte Kogon Nationalökonomie in München, Florenz und Wien. In Florenz, wo er 1925 ein Jahr verbrachte, setzte er sich intensiv mit dem Korporativstaat des Faschismus auseinander,[49] in Wien fand er Anschluß an Othmar Spann, von dem er auch promoviert wurde. Seine gedankliche Annäherung an Spanns „Ständestaatsmodell" festigte sich in diesen Jahren.

Nach seiner Promotion begann Kogon publizistisch zu arbeiten Von 1927 bis 1932 war er als Mitarbeiter der Zeitschrift *Schönere Zukunft* in Wien tätig.[50] Ihr Herausgeber Joseph Eberle, der „publizistisch bedeutsamste Sprecher" ultrakonservativer Kreise in Österreich,[51] hatte 1918 eine Zeitschrift mit dem Titel *Die Monarchie*, später *Das Neue Reich* gegründet, die gegen die Friedensordnung von Versailles polemisierte und – bei Ablehnung eines „Anschlusses" Österreichs an das Deutsche Reich – die Rückkehr zur habsburgischen Monarchie beschwor. 1925 trennte sich Eberle vom *Neuen Reich* und gründete die *Schönere Zukunft*, die, nicht minder konservativ, vor allem im Deutschen Reich viele Leser und da-

[48] Ein Student sucht seinen Weg, in: Kogon, Gesammelte Schriften, Bd. 6, S. 32.
[49] Vgl. Kogon, Wirtschaft und Diktatur.
[50] Zur *Schöneren Zukunft* vgl. Eppel, Zwischen Kreuz und Hakenkreuz.
[51] Breuning, Die Vision des Reiches, S. 31.

mit einen erheblichen Wirkungskreis hatte.[52] Mit Beginn der Präsidialkabinette richtete sich die „Schönere Zukunft" auch inhaltlich stärker auf das Deutsche Reich aus. So kam der Zeitschrift ein erheblicher Einfluß auf die Entwicklung der konservativ-katholischen „Reichsideologie" in Deutschland zu.

Kogon war, ganz einem persönlichen Interesse folgend, in der *Schöneren Zukunft* als stellvertretender Schriftleiter vor allem für soziale Fragen zuständig. Karl Prümm hat gezeigt, in welchem Maße Kogon in der *Schöneren Zukunft* ständestaatlich-hierarchische und rechtskonservative Ordnungsmodelle propagierte. Ab 1929 stellte er sich dabei in den (publizistischen) Dienst der Heimwehr.[53] 1932 erfaßte ihn – im Gegensatz zum Großteil der katholischen Publizistik – angesichts der Kanzlerschaft von Papens im Deutschen Reich und des Regierungsantritts Dollfuß' in Österreich „ein grenzenloser Optimismus",[54] hervorgerufen durch den Glauben, katholische Politiker könnten nun die gesellschaftliche Krise abfangen und die Zukunft nach ihren Vorstellungen gestalten. Mit dieser Begeisterung für die Präsidialkabinette, insbesondere für von Papen, traf sich Kogon mit einer ganzen Reihe Konservativer, nicht zuletzt auch den Abendländern der Weimarer Republik.[55] Diese hofften, hier nun endlich den katholisch-organischen, möglichst „unpolitischen" Staat verwirklicht zu sehen, in welchem „Führung" die notwendige Harmonie im „Volk" wieder herstellen werde. Ebenso wie die Abendländer teilte auch Kogon die Überzeugung Papens, den Nationalsozialismus durch eine Einbindung in die Regierung „zähmen" zu können, und betonte in seinen Artikeln die vermeintlich verbindenden Elemente zwischen Katholizismus und Nationalsozialismus.[56] Auch wenn die *Schönere Zukunft* insgesamt für das austrofaschistische Regime bedeutend mehr Sympathien aufbrachte als für das „Dritte Reich", und der proletarische Charakter der Massenbewegung NSDAP den elitären „Reichsvisionären" in Wien suspekt war, so war man doch unter „Anerkennung des Primats der Kirche für das Religiös-Sittliche" bereit, die „nationale Revolution" in Deutschland zu unterstützen.[57]

Mit diesen Positionen gehörte Kogon zum Kern des deutsch-österreichischen Rechtskatholizismus, wie wir ihn schon im Zusammenhang mit der abendländischen Idee kennengelernt haben. Dem entsprachen auch seine europäischen Ordnungsvorstellungen. Er beschwor als Leitvorstellung europäischer Annäherung den „katholischen Weltsolidarismus [...], welchen es vor langer Zeit einmal gegeben hat, damals als das Abendland noch eine Einheit war, Einheit im christlichen

---

[52] Nach Angaben Eberles wurden Ende der zwanziger Jahre von insgesamt 20000 verkauften Exemplaren mindesten 14000 im Deutschen Reich bezogen; Kogon vermutete sogar, daß 4/5 der Auflage nach Deutschland gingen. Zitiert nach: Breuning, Die Vision des Reiches, S. 32, FN 46. Vgl. auch Eppel, Zwischen Kreuz und Hakenkreuz, S. 24f. Zur Charakterisierung der *Schöneren Zukunft* vgl. auch Prümm, Walter Dirks und Eugen Kogon, S. 19–25.

[53] Zur Heimwehr vgl.: Edmondson, The Heimwehr and Austrian politics. Wiltschegg, Die Heimwehr.

[54] Prümm, Walter Dirks und Eugen Kogon, S. 117.

[55] Bussche, Konservatismus in der Weimarer Republik, S. 290–292 und S. 352–362.

[56] Vgl. bspw. Kogon, Eugen: Zentrum – Nationalsozialismus – Sozialismus, in: Schönere Zukunft 6 (1930), S. 55–57.

[57] Zitiert nach Prümm, Walter Dirks und Eugen Kogon, S. 131.

Leben und Fühlen, damals... Sacrum Imperium!" Nur durch die Rückbesinnung auf christliche Grundlagen würden die Bemühungen um Verständigung „bessere Früchte tragen, als sie der Genfer Völkerbund mit all seinen Kommissionen und Unterkommissionen, Konferenzen und Sonderkonferenzen hervorbringt. Denn wir haben die einheitliche Idee, die jener nicht hat."[58]

Aufgrund seiner Überzeugungen nahm Kogon auch teil an den „Brückenbauversuchen" des Rechtskatholizismus zum Nationalsozialismus, die vor allem über die „Reichsideologie" verliefen und die im Zusammenhang mit dem „Abendland" bereits beschrieben worden sind.[59] So unterstützte Eugen Kogon vor allem den Anfang April 1933 im Umfeld Papens gegründeten Bund „Kreuz und Adler", dessen Name auf das Ziel einer Versöhnung von Staat und Kirche verwies. Der Bund wandte sich mit einem Aufruf „An die katholischen Deutschen": „Das deutsche Volk steht an einem Wendepunkt seiner nationalpolitischen Entwicklung. [...] Konservativer Gestaltungswille ist wieder wach geworden. Auch im stürmischen Aufbruch des Nationalbewußtseins lebt [...] die Sehnsucht nach einem künftigen Reiche, das die gottgegebene Sendung des Deutschtums verkörpert. [...] Aus der Erkenntnis der nationalen Notwendigkeit ist in diesen Tagen der Bund katholischer Deutscher Kreuz und Adler entstanden. Sein [...] Auftrag ist: den christlich-konservativen Gedanken im deutschen Volke zu vertiefen, das Nationalbewußtsein der katholischen Deutschen zu stärken und den Aufbau des kommenden Reiches geistig zu fördern. [...] Sein Erfolg ist nicht an den Bestand von Parteien gebunden, die für das konservative Denken ohnehin zeitbedingte Gebilde sind. Unser Zukunftsglaube beruht darauf, daß sie vom christlichen Erbgut und von der Idee des Reiches der Deutschen überdauert werden." Unterzeichnet war der Aufruf im wesentlichen von Akademikern – die Verbindung mit dem im Zusammenhang mit der Abendländischen Bewegung erwähnten Katholischen Akademikerverband war offensichtlich; aber auch zahlreiche Adelige fanden ihren Weg in den Bund.[60]

„Kreuz und Adler" war nicht ausschließlich ein intellektueller Zirkel, wie sie in der deutschen Rechten der Zwischenkriegszeit so häufig anzutreffen waren. Vielmehr ging es darum, ein politisches Ziel durchzusetzen, die Vorstellungen von einem auf christlicher Grundlage ruhenden, durch ständisch-autoritäre Strukturen geprägten „Reich" zu verwirklichen: „Wir wollen zukunftsgläubig der deutschen Nation und ihrem Staatswesen dienen, indem wir das christlich-konservative Gedankengut entfalten und die Idee des Reiches der Deutschen zu politischem Gestaltungswillen entwickeln helfen."[61] Eugen Kogon gehörte der Bundesleitung von „Kreuz und Adler" an, die unter ihrem geschäftsführenden Vorsitzenden Emil Ritter eine lebhafte Aktivität an den Tag legte: Ein *Führerbrief* wurde regelmäßig herausgegeben, Führertagungen fanden statt, und auch ein Handbuch für die Bundesarbeit unter dem Titel „Katholisch-konservatives Erbgut" war in Vor-

---

[58] Kogon, Eugen: Deutsch-französische Annäherungsversuche, in: Schönere Zukunft 6 (1930), S. 413.
[59] Vgl. Teil I, Kap. I.1.
[60] Vgl. die Kopie des Gründungsaufrufes bei Breuning, Die Vision des Reiches, S. 326f.
[61] Kreuz und Adler. Bund katholischer Deutscher: Das Ziel, zitiert nach ebenda, S. 328.

bereitung. Kogon selbst übernahm die Gründung einer „Schwesterorganisation" in Österreich, die „den Anschluß an das Reich und die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten betreiben" sollte.[62]

Damit war der Bund „Kreuz und Adler", auch wenn er letztlich nur eine kurze und wohl kaum erfolgreich zu nennende Wirkungsphase hatte, „der einzige Versuch, die [...] Reichsideologie institutionell und politisch wirksam zu machen".[63] Jene Selbstüberschätzung katholischer Intellektueller – die uns im Kontext der Abendländischen Bewegung bereits begegnet ist – in ihrer völligen Fehlbeurteilung des Nationalsozialismus und ihrer Hoffnung, das „Dritte Reich" den eigenen Vorstellungen entsprechend umformen zu können, kommt hier noch einmal deutlich zum Ausdruck. Gleichzeitig zeigt Kogons Engagement für den Bund jedoch auch, in welchem Maße er sich in den dreißiger Jahren auf den Nationalsozialismus einließ – denkt man an den Autor des „SS-Staats", so war es ein weiter Weg, den Kogon in den folgenden Jahren zurücklegen sollte.

Die Geschichte von „Kreuz und Adler" ging trotz hochfliegender Pläne bald wieder ihrem Ende zu. Daran hatte auch die politische Entwicklung Anteil, denn der Abschluß des Reichskonkordates vom 20. Juli 1933, welches mit der rechtlichen Sicherung katholischer Organisationen und einer Absage an jede Form des politischen Katholizismus einherging, hatte „diesem Versuch der politischen Restauration, einer Kreuz-und-Adler-Symbiose von pseudo-mittelalterlichem Zuschnitt, seine Stoßkraft genommen".[64] Im Oktober 1933 löste „Kreuz und Adler" sich auf, und ein Teil seiner deutschen Mitglieder ließ sich in die neugegründete Arbeitsgemeinschaft Katholischer Deutscher überführen. Diese war nun allerdings eine vollständig nationalsozialistisch geprägte Organisation, die das „Reich" als Hitlers Reich verstand und Versuche katholischer Einflußnahme auf das Regime ablehnte.[65] Damit war auch Kogons Aktivität für einen katholischen Brükkenbau zum Nationalsozialismus wieder auf publizistische Wege zurückgelenkt.

Bereits Ende 1932 war Kogon von der Redaktion der *Schöneren Zukunft* zur *Neuen Zeitung* gewechselt, wo er seine geschilderten Positionen beibehielt. Das Blatt wurde jedoch, obwohl Kogon auf seine „katholisch-faschistisch-antisemitische" Ausrichtung verwies, „die sich durchaus auf dem Boden des selbständigen österreichischen Staates beweg[e]"[66], im Januar 1934 von der Regierung Dollfuß verboten. Auch der *Österreichische Beobachter*, den Kogon danach herausgab und der mit Hilfe des deutschen Auswärtigen Amts und anderer deutscher Kapitalgeber finanziert wurde, um die Annäherung Österreichs an das „Dritte Reich" mit voranzutreiben, entging wegen „nationalsozialistischer Umtriebe" dem Verbot nicht.

Damit war Kogons publizistische Karriere fürs erste beendet. Gleichzeitig schien aber in den Jahren nach 1934, vorangetrieben durch den „Röhm-Putsch", eine Wende und ein Überdenken seiner politischen Positionen einzusetzen. Die

---

[62] Zitat nach ebenda, S. 233.
[63] Ebenda, S. 225/226.
[64] Ebenda, S. 234.
[65] Ebenda, S. 235.
[66] Zitat nach Eppel, Zwischen Kreuz und Hakenkreuz, S. 76.

einflußlose Position Papens und der sich immer deutlicher zeigende Charakter des neuen Regimes trugen sicherlich zu dieser Entwicklung bei. Kogons Hoffnungen, die er auf das „neue Reich" gesetzt hatte, sind offenbar schnell zerplatzt. Während eine Reihe von Abendländern, die ähnliche Hoffnungen auf das „Dritte Reich" gesetzt hatten, sich nach der „Machtergreifung" weiter auf das Regime einließen, begann Kogon sich zu distanzieren. Er wechselte seine berufliche Tätigkeit und verwaltete fortan als Bevollmächtigter den Großgrundbesitz des mit ihm befreundeten Prinzen Philipp Josia Kohary aus dem Hause Sachsen-Coburg-Gotha in Österreich und Ungarn.[67]

Kohary unterstützte deutsche Emigranten in Österreich und Widerstandskreise im Deutschen Reich finanziell, und indem Kogon diese Aufgaben mit übernahm, geriet er zunehmend in Kreise, die aktiv gegen das nationalsozialistische Regime tätig waren. Unter anderem stand er in diesen Jahren in engem Kontakt mit Klaus Dohrn und der Zeitschrift *Christlicher Ständestaat*, die Kogon (wohl im Auftrag Koharys) ebenfalls finanziell unterstützte und für die zum gleichen Zeitpunkt der Abendländer Emil Franzel als anonymer Mitarbeiter tätig war.[68] Schließlich versuchte Kogon „mitzuhelfen, international alle Richtungen, die gegen den Nationalsozialismus arbeiteten, in einen Informationszusammenhang zu bringen. Der reichte von den Monarchisten [...] über die ‚Schwarze Front' von Otto Straßer [...] bis zu den Kommunisten, wenn auch zu denen am schwächsten".[69] Dazu sollte eine Zeitschrift dienen, die den Gegnern Hitlers als gemeinsames Organ dienen sollte: das *Abendland*, dessen Chefredaktion Emil Franzel zugedacht war.[70] Doch kam das Projekt nicht zustande, da Kogon 1937 auf einer Reise ins Deutsche Reich, zum zweiten Mal nach 1936, vorübergehend verhaftet worden war mit der Begründung, durch die Unterstützung eines katholischen Verlagshauses in Deutschland gegen deutsche Devisengesetze verstoßen zu haben. Zwar wurde er nach zwei Wochen aus der Haft entlassen, durfte jedoch aus dem Reich nicht ausreisen, bis ihn nach Monaten ein Gericht als Vertreter des Prinzen Kohary zu 10000 Reichsmark Strafe verurteilte.[71]

Daraufhin konnte Kogon nach Österreich zurückkehren. Doch war ihm gewissermaßen nur eine „Gnadenfrist" eingeräumt. Denn der Einmarsch der Deutschen in Österreich 1938 zog die sofortige Verhaftung Kogons nach sich, der er sich vergeblich noch durch Flucht zu entziehen suchte. Nach einer monatelangen Odyssee durch verschiedene Gefängnisse kam er im September 1939 nach Bu-

---

[67] Was man in Österreich gegen Hitler unternehmen konnte, in: Kogon, Gesammelte Schriften, Bd. 6, S. 40.

[68] Vgl. Teil I, Kap. I.2.

[69] Was man in Österreich gegen Hitler unternehmen konnte, in: Kogon, Gesammelte Schriften, Bd. 6, S. 40.

[70] Vgl. Teil I, Kap. I.2.

[71] Was man in Österreich gegen Hitler unternehmen konnte, in: Kogon, Gesammelte Schriften, Bd. 6, S. 41. Die Vorwürfe, die Emil Franzel in seinen Erinnerungen gegen Kogon erhebt, etwa daß dieser nur aufgrund seiner exzellenten Kontakte zur SS wieder aus dem Gefängnis entlassen worden sei, konnten an dieser Stelle nicht überprüft werden. Allerdings neigte Franzel stets dazu, ihm unliebsame „Gegner", zu denen der Linkskatholik Kogon gehörte, zu diffamieren. Vgl. Franzel, Gegen den Wind der Zeit, S. 308f.

chenwald, wo er bis zur Befreiung des Lagers durch die Amerikaner im April 1945 verblieb. Daß Kogon erst über ein Jahr nach seiner Verhaftung ins Konzentrationslager kam, hat ihm wohl einen großen Informationsvorsprung verschafft. So wußte er bereits genug über die Lagerverhältnisse, um sich relativ leicht anpassen zu können – ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Auf diese Weise überstand Kogon die Jahre, und das, obwohl er von der Gestapo bereits bei seiner Einlieferung zur Hinrichtung vorgesehen war. Nachdem dieser Vermerk „bei den riesigen Einlieferungen der ersten Jahre untergegangen" war, sollte er 1943 nach Auschwitz – wie er wußte – zur Vergasung abtransportiert werden.[72] Durch Krankmeldung entzog er sich dem unmittelbaren Abtransport und es gelang ihm, sich dem SS-Sturmbannführer Dr. Ding-Schuler, der an der Herstellung eines Fleckfieberimpfstoffes arbeitete, als Schreiber unabdingbar zu machen. Seine vorgesehene Ermordung wurde bis zum „siegreichen Kriegsende" aufgeschoben.[73]

Kogon hatte aufgrund seiner Position als Schreiber Möglichkeiten, die sich ihm ansonsten nicht geboten hätten. Unter anderem konnte er heimlich mit der Niederschrift eines Buches beginnen, das in einem ersten Teil die historischen Ursprünge der „Machtergreifung" thematisierte. Eines der Kapitel war, wie Kogon später berichtete, dem „Dritte-Reichs-Gedanken" gewidmet.[74] Zwar wurde der Text nach dem Krieg in der ursprünglichen Form nicht publiziert, in unserem Zusammenhang jedoch signalisiert der Titel die Tatsache, daß Kogon nun begann, sich gerade mit dem „Reichs-Gedanken" kritisch auseinanderzusetzen, mit dem er selbst „Brücken" zum Nationalsozialismus hatte bauen wollen. Damit war ein entscheidendes Umdenken angestoßen. Während Kogon schon nach 1933 langsam begonnen hatte, sich vom Nationalsozialismus zu distanzieren, bedeutete dies noch nicht notwendigerweise auch eine Distanz zu den rechtskonservativen Haltungen, die er vertreten hatte. Das Beispiel verschiedener Abendländer, etwa Otto von Habsburgs, hat dies gezeigt. Nun aber, durch die grauenhafte Erfahrung im Konzentrationslager, geriet Kogons gesamtes Weltbild auf den Prüfstand. Das hat er selbst nach Kriegsende immer wieder betont: „Ich habe, als ich im KZ war, wirklich gelernt. Es war die entscheidende Wende in meinem Leben. Aus dem vorherigen Gesprenkel von Konservativ-Fortschrittlichem, der Vielfalt der zum Teil ideologischen Anschauungen wurde nun für mich ein klares Feld: Du mußt von deiner Gesinnung und deiner Herkunft beitragen zu den Bedingungen der Humanität. Hinzu kam die Schlußfolgerung, daß man die Bedingungen der Humanität sichern muß, bevor sich ein diktatoriales Regime festsetzen kann."[75] Wir sehen an Kogon, wie ein Mann, der vor seiner Einlieferung ins Konzentrationslager der abendländischen Idee verhaftet war, seine Ordnungsvorstellungen grundlegend wandelte. Im Gegensatz zu den Abendländern, für die das „Dritte Reich"

---

[72] Abkommandiert zur Liquidation, in: Kogon, Gesammelte Schriften, Bd. 6, S. 55/56.

[73] Vgl. die Schilderungen Kogons: „Die Rettung" und „Ein Sturmbannführer wird umgedreht", in: Kogon, Gesammelte Schriften, Bd. 6, S. 59–70, hier S. 62.

[74] Ein Sturmbannführer wird umgedreht, in: Kogon, Gesammelte Schriften, Bd. 6, S. 70.

[75] Einsichten, die das Leben ändern, in: Kogon, Gesammelte Schriften, Bd. 6, S. 52. Vgl. auch das Kapitel „Psychologie der KL-Gefangenen", in: Kogon, Der SS-Staat, S. 362–385, in dem Kogon von einem Prozeß „der individuellen charakterlichen Umwandlung" spricht, S. 368.

ideell nur einen graduellen Einschnitt bedeutete und die nach Kriegsende mehr oder weniger unbefangen an die Ideen der Weimarer Zeit anknüpften, erlebte der frühere Rechtskatholik Kogon einen entscheidenden Bruch in seinem Leben. Dieser Bruch wiederum ermöglichte es ihm, nach 1945 zur Europa-Union zu finden und sich von der Abendländischen Bewegung bewußt und deutlich abzusetzen.

Zu der Entwicklung völlig neuer politischer und gesellschaftlicher Überzeugungen bei Kogon trug letztlich auch die Lagergemeinschaft mit bei, in der enge Kontakte und Diskussionszirkel entstanden:[76] „In den Lagern haben wir schon auf das Positive hin konspiriert, falls wir überleben sollten. Wir sagten uns, wir müssen eine Gesellschaft der Verständigung, des Minimalkompromisses auch zwischen Gegnern, auch mit den Kommunisten zustandebringen. Wir haben die Zukunft mit den Kommunisten gemeinsam geplant."[77] Der Konsens mit den Kommunisten überdauerte zwar die unmittelbare Nachkriegszeit nicht, Kogon sollte sich vielmehr, angesichts der Entwicklungen der frühen Nachkriegsjahre, zu einem überzeugten Antikommunisten entwickeln. Doch ist entscheidend, daß er im Konzentrationslager erstmals die Abschottung des Rechtskatholizismus der Zwischenkriegszeit überwand, der in Liberalen, Sozialdemokraten und erst recht Kommunisten nur Verursacher des „Weltübels" sah und eine wirkliche geistige Auseinandersetzung mit ihnen ablehnte. Während die Abendländer nach 1945 diese bereits in der Zwischenkriegszeit gepflegte weltanschauliche Geschlossenheit auch organisatorisch mit einer Gruppierung fortsetzten, in der ausschließlich Konservative mitwirkten, arbeiteten in der Europa-Union Vertreter verschiedener weltanschaulicher Provenienz zusammen. Ohne dies allein auf die Lagererfahrung zurückzuführen, bleibt doch unbenommen, daß Kogons Weg durch das „Dritte Reich" sich fundamental von jenem der Abendländer unterschied. Und am Ende stand dann das Engagement für sich grundsätzlich voneinander unterscheidende Organisationen.

Kogons Ziel war es, nach Kriegsende für eine „neue andersartige, demokratische, emanzipierte Gesellschaft" zu kämpfen. Nicht zuletzt die Bändigung des Kapitalismus, dem Kogon für den Aufstieg des Nationalsozialismus eine entscheidende Verantwortung zusprach, sollte in Deutschland und Europa einen neuerlichen Krieg unmöglich machen.[78] Hier deutet sich bereits an, daß Kogon durch die Zeit im Konzentrationslager zwar zu völlig neuen Ordnungsvorstellungen fand, daß man diese jedoch nicht als „westlich" bezeichnen kann. Die von ihm erträumte neue Gesellschaft sollte sich vielmehr weder an östlichen noch an westlichen Vorgaben orientieren. So wurzelt das von Kogon nach 1945 vertretene Modell eines sozialistisch orientierten „Europas der Dritten Kraft", welches nicht bereit war, sich in die entstehenden Blöcke von Ost und West einpassen zu lassen, in seinen Nachkriegsplanungen im Konzentrationslager.

Wenn es in der Literatur heißt, die Idee der „Dritten Kraft" sei „an nationale Denkhorizonte gebunden [gewesen] und wurde von Menschen vertreten, die den

---

[76] Vgl. zum Widerstand in Konzentrationslagern: Langbein, Dem brutalsten Terror zum Trotz. Ders., ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank.

[77] Einsichten, die das Leben ändern, in: Kogon, Gesammelte Schriften, Bd. 6, S. 52.

[78] Für Europa, in: Kogon, Gesammelte Schriften, Bd. 6, S. 117.

Krieg in Deutschland überlebt hatten und die Erneuerung nach dem NS aus der deutschen Tradition zu bewerkstelligen gedachten",[79] so gilt dies auch für Eugen Kogon. Er änderte zwar seine politischen Überzeugungen durch die Lagererfahrung in erheblichem Maße, doch sah er sich nicht – wie etwa die Exilanten – mit ganz neuen Ordnungsvorstellungen konfrontiert. So blieb er in manchem an nationale deutsche (und alteuropäische) Traditionen, etwa die katholische Soziallehre deutscher Ausprägung, gebunden. Auch seine Vorstellungen eines „Dritten Weges" wurzelten tief in traditionellen Konzepten. Entscheidend war für Kogon die Wandlung von einem deutschen „Rechts-" zu einem „Linkskatholiken". Er ließ das „Abendland" hinter sich. Zu einem Liberalen westlicher Prägung wurde er deshalb nicht.

Vorerst traten diese Differenzen jedoch kaum zutage. Die Amerikaner trafen im April 1945 in Weimar auf ein intaktes Konzentrationslager, nachdem die Häftlinge kurz zuvor gegen die abziehende SS revoltiert hatten. Sofort entschlossen sich die Befreier, Buchenwald als Beispiel für das gesamte nationalsozialistische Lagersystem untersuchen zu lassen. Bald jedoch erwies sich eine Einblicknahme von außen für die Mitarbeiter des Intelligence Team der Psychological Warfare als schwierig, und so entschied man, einen ehemaligen Häftling mit der Niederschrift eines Berichts zu beauftragen. Kogons Name stand auf der Empfehlungsliste, die den Amerikanern in den USA von deutschen Emigranten angefertigt worden war, so daß er mit dieser Ausarbeitung betraut wurde. Zur Seite stand ihm eine Gruppe von Häftlingen unterschiedlichster politischer Provenienz. Der fertige Bericht ging sowohl an das Hauptquartier der Psychological Warfare Division in Paris als auch an das Hauptquartier der XII. Amerikanischen Armeegruppe in Frankfurt. Bald stand der Vorschlag im Raum, aus dem erweiterten Manuskript ein Buch zu machen, und so entstand schon zwei Jahre nach Kriegsende „Der SS-Staat", Kogons berühmtestes und bis heute in hohen Auflagen erschienenes Buch.[80]

Zu diesem Zeitpunkt hatte Kogon mit den Amerikanern bereits feste und dauerhafte Kontakte geknüpft, stimmte man doch in dem Ziel überein, in Deutschland eine lebensfähige Demokratie zu errichten. Kogon wollte gerade als ehemaliger KZ-Häftling daran teilhaben, „der Sache der Demokratie in einem zu erneuernden Deutschland aufgrund des Schlechten, das [er] erlebt und verarbeitet hatte [...], zum Guten zu gereichen".[81] Damit war er in den Reihen der Europa-Union nicht der einzige: Eine ganze Reihe ihrer Präsidialmitglieder war in den Jahren des „Dritten Reiches" der Verfolgung ausgesetzt gewesen wie etwa Friedrich Carl von Oppenheim[82], oder hatte wie Hermann Brill[83] oder Josef Müller[84] in Konzentra-

[79] Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen, S. 9.
[80] Kogon, Der SS-Staat.
[81] Kogon, Der SS-Staat, S. 385.
[82] Zu Oppenheim siehe unten.
[83] Hermann Brill wurde am 9. 2. 1895 geboren, war bis 1933 Ministerialrat im Thüringer Innenministerium. Als SPD-Mitglied und Mitglied der Gruppe „Neu Beginnen" wurde er nach 1933 wiederholt verhaftet, 1939 schließlich wegen Hochverrats zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt, die er zum Teil im Konzentrationslager verbrachte. Nach 1945 war er vorübergehend Ministerpräsident von Thüringen, später Staatssekretär der Hessischen

tionslagern gesessen. Gerade in der frühen Nachkriegszeit stellte diese Verfolgungserfahrung eine zentrale Motivation dar, sich in den Reihen der Europa-Union zu engagieren. Wenn also die deutschen Europa-Gruppen der Nachkriegszeit nicht wie jene anderer Länder auf Wurzeln in den Netzwerken der Résistance zurückblicken konnten, so stellte doch die Verfolgung durch den Nationalsozialismus eine entscheidende Wurzel des „Europas" der späten vierziger Jahre in Deutschland dar.

Kogon stellte sich den „Reeducation"- bzw. „Reorientation"-Plänen der Amerikaner bereitwillig zur Verfügung. Dazu gehörte in gewisser Weise auch sein Engagement für die Europa-Union. Ebenso wie die Amerikaner schon bald nach Kriegsende sah Kogon seit seinen Jahren im Konzentrationslager in einem geeinten, demokratischen Europa unter Einschluß Deutschlands den besten Garanten für eine Ausschaltung des aggressiv-nationalistischen deutschen Potentials. Amerikanische Stellen finanzierten die Europa-Union, seit Kogon 1949 zu ihrem Präsidenten gewählt wurde. Anfang der fünfziger Jahre jedoch sollte sich herausstellen, daß die Vorstellungen Kogons doch zu weit von angelsächsisch-liberalen Ordnungsmodellen abwichen. Sein mit sozialistischen und neutralistischen Anklängen angereichertes Konzept eines „Europas der Dritten Kraft" erregte spätestens mit dem Beginn des Korea-Krieges 1950 auf amerikanischer Seite Besorgnis. Es galt in den Augen der USA nunmehr, das westliche Bündnis zu stärken, und dazu gehörte neben der militärischen, wirtschaftlichen und politischen Ebene, wir werden noch darauf zurückkommen, auch ein Ideologieangebot, welches die Staaten der atlantischen Gemeinschaft durch gemeinsame, den jeweiligen nationalen Traditionen adaptierte Ordnungsvorstellungen verbinden sollte. Kogon stand diesen konsensliberalen Konzepten skeptisch gegenüber und übte als Präsident der Europa-Union lange Zeit Kritik an der westeuropäischen Einigung, so wie sie sich Anfang der fünfziger Jahre herausbilden sollte. Die Europa-Union blieb unter Kogon dem Modell der „Dritten Kraft" verhaftet. So entzogen die Amerikaner der Europa-Union Anfang der fünfziger Jahre konsequenterweise die Finanzierung. Die „Verwestlichung" der Europa-Union und ihrer Ideen sollten andere vorantreiben, Männer, „die während des Krieges nicht im europäischen Zusammenbruchsraum gelebt hatten".[85] Damit kommen wir auf ganz andere biographische Prägungen zu sprechen, die den Weg nach „Westeuropa" ermöglichten.

Staatskanzlei. Zwischen 1949 und 1953 war er Mitglied des ersten Deutschen Bundestages. Hermann Brill verstarb 1959 in Wiesbaden.

[84] Josef Müller, geb. am 27. 3. 1898, studierte Rechtswissenschaften, ließ sich dann als Anwalt nieder und war politisch im Zentrum und der Bayerischen Volkspartei tätig. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges suchte er Kontakt mit den Widerstandskreisen um Beck und Canaris. 1943, nach dem mißlungenen Attentat von Treskows, wurde er (zum wiederholten Male) verhaftet und blieb bis zum Kriegsende in Gefängnissen und Konzentrationslagern. Nach Kriegsende war er in der CSU unter anderem als Landesvorsitzender tätig. Er starb mit 81 Jahren.

[85] Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, S. 294.

Hans Albert Kluthe und Ludwig Rosenberg: über das Exil nach „Westeuropa"

Der Lebensweg Eugen Kogons hat deutlich gemacht, welche Rolle die Verfolgung durch den Nationalsozialismus für die Herausbildung neuer Ordnungsvorstellungen haben konnte, in deren Rahmen auch Europakonzepte auf ganz anderen Grundlagen fußten als noch vor dem „Dritten Reich". Vom traditionell konservativ-katholischen Reichs-Denken der Zwischenkriegszeit fand Kogon durch die Extremerfahrung des Konzentrationslagers zu einer völlig neuen Europa-Idee. Veränderungen der eigenen Wertvorstellungen lassen sich aber häufig auch bei jenen politischen Gegnern des Nationalsozialismus feststellen, die das „Dritte Reich" noch rechtzeitig genug verließen, auf diese Weise der unmittelbaren Verfolgung entkamen und sich im Exil politisch engagierten.

Die Forschung hat zwar seit langem auf die Bedeutung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus als Quelle der europäischen Idee verwiesen.[86] Doch war die Beteiligung von Deutschen an den auf dem europäischen Festland agierenden Widerstands-Gruppen eher gering. Eine größere Rolle für deutsche Europaideen nach dem Zweiten Weltkrieg spielte demgegenüber der Einfluß des Exils.[87] Denn im Gegensatz zu jenen Emigranten, die Deutschland aufgrund rassischer Verfolgung verließen und häufig genug nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht mehr in ihre ursprüngliche Heimat zurückkehrten, war die Rückkehr für viele der politischen Exilanten selbstverständlich, um ihre Kraft dem Neuaufbau Deutschlands – und Europas – nach dem Sieg über den Nationalsozialismus zur Verfügung zu stellen. Dies galt für die wenigen Abendländer im Exil ebenso wie für die Vertreter der Westeuropa-Idee. So finden wir in den fünfziger Jahren auch eine Reihe von Remigranten im Präsidium der „Europa-Union", und zwar sowohl aus dem bürgerlich-liberalen Lager, wie etwa Hans Albert Kluthe, Carl Spiecker,[88] Ernst Friedländer[89] oder Arnold Bergsträsser[90], als auch aus dem sozialdemokra-

---

[86] Vgl. die Literaturangaben in Teil II, Kap. II.1.

[87] Zu unterschiedlichen Formen der Remigration vgl.: Krohn, Einleitung: Remigranten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Zahlenangaben zu Vertreibung und Rückkehr bei: Foitzik, Die Rückkehr aus dem Exil.

[88] Carl Spiecker, geboren am 7. 1. 1888 in Mönchengladbach, war im Ersten Weltkrieg Redakteur des *Zentrums-Parlamentskorrespondenten* und in der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amts. Nach dem Krieg war er bis 1922 Staatskommissar in Oberschlesien, danach ein Jahr Verlagsleiter der *Germania*. Nachdem er zwischen 1923 und 1925 als Ministerialdirektor der Presseabteilung im Reichstag tätig war, kehrte er danach ins Auswärtige Amt zurück und wurde 1931 Sonderbeauftragter des Reichs für die Bekämpfung des Nationalsozialismus. 1933 emigrierte er nach Frankreich und gab zusammen mit Hans Albert Kluthe die *Deutschen Freiheitsbriefe* bzw. *Das Wahre Deutschland* heraus. Über Großbritannien floh Spiecker 1941 nach Kanada. 1945 kehrte er nach Deutschland zurück, wurde Lizenzträger der *Rhein-Ruhr-Zeitung* und wiederbegründete das Zentrum mit. 1949 trat er zur CDU über und war Minister ohne Geschäftsbereich in NRW. Am 16. 11. 1953 ist Spiecker in Königsstein/Taunus verstorben.

[89] Ernst Friedländer, zwischen 1954 und 1958 Präsident der Europa-Union, verbrachte die Jahre des „Dritten Reichs" überwiegend in der Schweiz. 1895 geboren, studierte Friedländer Philosophie und absolvierte eine Banklehre. Er kam zu den IG-Farben, für die er ab 1929 als Direktor und Filialleiter in den USA tätig war. Bereits 1931 jedoch gab Friedländer seine Stellung angesichts der politischen Entwicklung in Deutschland auf. Eine Rückkehr nach Deutschland erschien ihm bereits angesichts der ersten Erfolge der Nationalso-

tisch-sozialistischen Spektrum, wie Ludwig Rosenberg, Max Brauer[91] oder Karl Mommer.[92]

Im Gegensatz zu den Abendländern, bei denen das Exil zwar den Prozeß vorangetrieben hatte, die alte übernationale Österreich-Idee auf Europa zu übertragen, bei denen der Aufenthalt im Exil jedoch ansonsten ihr traditionelles Weltbild nicht in Frage gestellt hatte, wirkte das Exil bei den Anhängern der Europa-Union anders. Dieser für die Westeuropa-Idee typische Zusammenhang zwischen Exil und der Hinwendung zu einer bestimmten Europa-Idee ist bisher jedoch nur recht pauschal konstatiert worden.[93] Die Exilanten aus den Reihen der späteren Europa-Union waren in ihren jeweiligen Gastländern ebenso wie auch die Abendländer nicht nur fremden Sitten und Gebräuchen, einer meist fremden Sprache und einer fremden Gesellschaft ausgesetzt, in der sie häufig genug rein materiell um das eigene Überleben kämpfen mußten. Sie erfuhren jedoch, und dies im Gegensatz zu den Abendländern, vor allem auch die Konfrontation mit fremden politischen Kulturen und Ordnungsvorstellungen als prägend. Gerade im Exil in Großbritannien und den USA hatte der Kontakt mit den jeweiligen angel-

---

zialisten und der Politik der Präsidialkabinette nicht erstrebenswert. Er ging nach Lugano und später nach Liechtenstein, wo er zwischen 1931 und 1946, als er nach Deutschland zurückging, schriftstellerisch tätig war. In der Bundesrepublik gehörte er zu den bekanntesten und einflußreichsten Journalisten der Nachkriegszeit. Im Nachlaß Heinrich Ritzel im Archiv der Sozialen Demokratie findet sich ein Beitrag eines Herrn Friedländer für die Europa-Union Schweiz. Ob es sich dabei um Ernst Friedländer handelte, war nicht zu klären. Vgl.: Kommission für Wirtschaftsfragen, Text vom 17. 2. 1942, ADSD NL Heinrich Ritzel/362. Vgl. auch: Ernst Friedländer: Klärung für Deutschland.

[90] Arnold Bergsträsser wurde am 14. 7. 1896 in Darmstadt geboren. Er habilitierte sich 1928 im Fach Politische Wissenschaften und wurde 1932 Professor der Staatswissenschaften in Heidelberg. 1935 wurde er entlassen und emigrierte 1937 in die USA, wo er bis 1944 Professor für deutsche und europäische Kulturgeschichte in Kalifornien, später in Chicago war. Nach einigen Gastprofessuren kehrte Bergsträsser 1954 endgültig in die Bundesrepublik zurück und hatte bis zu seinem Tod 1964 eine Professur in Freiburg inne. Vgl.: Schmitt, Politikwissenschaft und freiheitliche Demokratie.

[91] Max Brauer, geb. am 3. 9. 1887 in Altona, war von 1924–1933 Oberbürgermeister von Altona. Nach der „Machtübernahme" floh er nach Österreich und weiter nach China, wo er für die Regierung Chiang Kai-sheks Gutachten über soziale Fragen erstellte. Seit 1936 lebte er in den USA. Im Juli 1946 kehrte er als Generalbevollmächtigter des Gewerkschaftsbundes American Federation of Labour nach Hamburg zurück, wo er im November wieder zum Bürgermeister gewählt wurde. In den fünfziger und sechziger Jahren nahm er verschiedene Ämter (meist in Hamburg) für die SPD wahr und gehörte zu ihrem reformorientierten Flügel. Am 2. 2. 1973 ist Max Brauer gestorben. Vgl.: Lüth, Max Brauer. Schildt, Max Brauer. Max Brauer im Exil.

[92] Karl Mommer, geb. am 13. 3. 1910, fand in seiner Jugend zur KPD. Anfang 1934 wurde er verhaftet, ein Jahr später gelang ihm die Flucht nach Belgien, wo er in Brüssel Sozialwissenschaften studierte. 1937 trat er zur SPD über. Mit Kriegsbeginn wurde Mommer in Südfrankreich interniert, 1941 allerdings wieder freigelassen. Bis Kriegsende lebte er unerkannt als Bauer. Nach dem Krieg galt er als einer der „Frankreichexperten" seiner Partei, für die er seit 1949 auch im Bundestag bzw. in der Beratenden Versammlung des Europarats saß. 1966 bis 1969 war er Vizepräsident des Bundestages. Im September 1990 ist Karl Mommer verstorben.

[93] Neuerdings etwas ausführlicher, wenn auch nicht mit speziellem Interesse an „Europa": Behring, Demokratische Außenpolitik für Deutschland. Vgl. auch: Voigt (Hg.), Friedenssicherung und europäische Einigung.

sächsischen Ausprägungen eines liberalen politischen Systems bei den späteren Mitgliedern der Europa-Union nicht selten einen ideellen „Umdenkprozeß" zur Folge: keine direkte, unmittelbare Übernahme neuer Ideenkomplexe, dennoch aber bis zu einem gewissen Grade „Anverwandlung" und „Akkulturation".[94] Traditionelle deutsche Ordnungsvorstellungen gerieten so auf den Prüfstand und wurden nicht selten zugunsten „neuer" Ideen verworfen oder zumindest transformiert. Davon blieben auch die Vorstellungen über die Nachkriegsordnung in Deutschland und Europa nicht unbeeinflußt. Verstärkt wurde dieser Prozeß noch durch die Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges, welche bei einem Großteil politisch Engagierter, das hat die Forschung zu den Ursprüngen der europäischen Integration deutlich gemacht, zu der Überzeugung führte, nur ein politisch geeintes Europa könne einen weiteren Krieg verhindern. Nach Deutschland zurückgekehrt, gehörte dieser Personenkreis dann häufig zu den „Modernisierern" und „Westernisierern", die bemüht waren, in Deutschland ein liberal-demokratisches, „westliches" Gesellschaftsmodell in einem westlich orientierten Europa durchzusetzen.[95]

Auf die Gründe, warum Exilanten aus den Reihen der Abendländischen Bewegung und jenen aus der Europa-Union unterschiedlich auf die „Erfahrung der Fremde" reagierten, wird später noch einzugehen sein. Vorher jedoch gilt es, anhand zweier biographischer Skizzen zu Hans Albert Kluthe und Ludwig Rosenberg die Entwicklung später führender Europa-Unions-Mitglieder nachzuvollziehen, um auf diese Weise die Bedeutung des Exils für die Herausbildung neuer europäischer Ordnungsvorstellungen zu erfassen und erläutern.

Hans Albert Kluthe
Ein Jungliberaler in der Weimarer Republik

Hans Albert Kluthe war von 1954 an bis zum Ende des hier betrachteten Untersuchungszeitraums Anfang der siebziger Jahre Präsidiumsmitglied der Europa-Union. Damit gehörte er zu jenen Protagonisten der Europa-Union, die dem Verband über lange Jahre hinweg verbunden blieben und auf ihre organisatorische wie inhaltliche Ausrichtung dauerhaft Einfluß nahmen. Kluthe wollte in der Europa-Union für Ideale wirken, bei denen „es im Grunde überall um die gleichen Dinge [ging], um die Verteidigung der Freiheit, vor allem der Pressefreiheit, um den Kampf gegen Vorurteile und für die Völkerverständigung und die Einigung Europas".[96] Geboren im Juli 1904 in Schwelm/Westfalen war Kluthe als Kind nach eigenem Bekunden „ein wilder kleiner Nationalist und ein typisches Produkt der chauvinistischen Erziehung jener Zeit". Der Anblick eines Verwundetentransportes jedoch zerstörte sein positiv-verklärtes Bild vom Ersten Weltkrieg und stand nach eigenem Bekunden am Anfang einer langsamen Ablösung von nationalistischen Überzeugungen. Ebenso sah Kluthe später in seiner interkonfes-

[94] Vgl. zur „Akkulturation": Hoffmann, Zum Begriff der Akkulturation.
[95] Zur „Westernisierung" vgl. vor allem Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen. Siehe auch die Literaturangaben in der Einleitung.
[96] Lebenslauf Hans Albert Kluthes, ohne Datum (nach 1955), BA N 1162/1. Dort auch die folgenden Zitate.

sionellen Erziehung und einer engen Freundschaft mit einem jüdischen Jungen Gründe für eine frühzeitige Sensibilisierung gegenüber religiöser Intoleranz und „jedem Gefühl nordischer Rassenüberheblichkeit". So fand der Student der Rechtswissenschaften auch bald zu politischem Engagement. Kluthe schloß sich 1925 dem Reichsbund demokratischer Studenten an, in dessen Vorstand er gewählt wurde, und war Mitglied der DDP, deren Reichsparteiausschuß er angehörte. Auch im Reichsbund der Jungdemokraten sowie in der Reichsleitung des Kartells Republikanischer Studenten war Kluthe Mitglied. Er gehörte damit in den Jahren der Weimarer Republik zu den „nicht sehr zahlreichen Nachwuchspolitikern der DDP/DStP".[97] Er versuchte aktiv, den sich seit Ende der zwanziger Jahre abzeichnenden Niedergang der Partei zu verhindern. Gerade weil „das Wort Liberalismus [...] bei jungen Menschen in Deutschland keinen guten Klang" habe, betonte Kluthe immer wieder, daß die von ihm und anderen jüngeren Anhängern der DDP vertretene politische Überzeugung nichts mit dem „Manchesterliberalismus" zu tun habe. Angesichts der wirtschaftlichen Not in Deutschland im Kontext der Weltwirtschaftskrise lehnte Kluthe eine schrankenlos freie Marktwirtschaft ab und forderte statt dessen: „Der liberale Gedanke hat nur dann Zukunftswert, wenn er sich amalgamiert mit dem sozialen Gedanken. Um der Freiheit des Individuums willen müssen wir die Macht des sozialen Staates stabilisieren und trennen uns damit grundsätzlich von der Staatsauffassung der alten Liberalen."[98] Das verbindende Element zum klassischen Liberalismus jedoch blieb dem Jungliberalen der Persönlichkeitsgedanke und die Freiheit des Individuums.[99] Diese Grundüberzeugung, „dieses Wissen um die Bedeutung unserer Ideen für die Zukunft", galt es Kluthe zu verteidigen, auch wenn „unsere Ideologie von so großen Massen des Volkes abgelehnt wird [...], auch wenn wir noch mehr zusammenschrumpfen sollten".[100]

Kluthe bewegte sich in einem ähnlichen politischen Umfeld wie Wilhelm Heile, dessen Verband für Europäische Verständigung ja ebenfalls eine Wurzel der späteren Europa-Union bildete. Beide waren DDP-Mitglieder, wenn sich auch Heile immer mehr von seiner Partei entfernte und auch die Gründung der Deutschen Staatspartei nicht mehr mittrug, während Kluthe seiner Partei „bis zum bitteren Ende" treu blieb.[101] Bereits in den Jahren der Weimarer Republik hatte sich aus Kluthes Arbeit für den politischen Liberalismus, ähnlich wie bei Wilhelm Heile, ein Engagement für eine internationale bzw. europäische Verständigung entwikkelt. Dieses spiegelt sich in der Vorstandsmitgliedschaft Kluthes in der Jungliberalen Internationalen. Mit Heiles Verband für Europäische Verständigung scheint er hingegen keinen Kontakt gehabt zu haben. Kluthe reiste seit 1925 regelmäßig zu Treffen mit Studenten oder Jungliberalen in anderen europäischen Ländern, ins-

---

[97] Runge, Politische Identität und nationale Geschichte, S. 89.

[98] Bericht Hans Albert Kluthes über den Londoner Kongreß der liberalen, demokratischen und radikalsozialen Jugendorganisationen Europas, ohne Datum, BA N 1162/44.

[99] Vortrag Hans Albert Kluthes, Was bedeutet uns der Liberalismus, ohne Datum, BA N 1162/44.

[100] Vortrag Hans Albert Kluthes, Was erwartet die Jungdemokratie von Hannover?, ohne Datum, BA N 1162/44.

[101] Lebenslauf Hans Albert Kluthes, ohne Datum (nach 1955), BA N 1162/1.

besondere nach Frankreich und England. Auf diesen Reisen war er bemüht, Verständnis für die Situation des Deutsches Reiches bei den Nachbarn zu wecken. Im Mittelpunkt all seiner Vorträge standen die Auswirkungen des Friedensvertrages von Versailles für das Deutsche Reich. Immer wieder schilderte er den deutschen Wunsch nach „equality and justice for our country. We all wish that we are no longer treated as a second-rate nation. It is an impossible situation that we have not the same right as the other nations, that we are disarmed and cannot even protect our frontiers, but are surrounded by overarmed countries."[102] Auch die seit Beginn der dreißiger Jahre immer schwieriger werdende wirtschaftliche Situation führte Kluthe auf die Versailler Ordnung und die Reparationen zurück, und er warnte immer wieder vor einem „complete change of system", einer nationalsozialistischen oder kommunistischen Revolution in Deutschland.[103]

Um dies zu verhindern, sah Kluthe seit Mitte der zwanziger Jahre nur eine Lösung: eine umfassende europäische, insbesondere aber deutsch-französische Verständigung. Und gerade hier gäbe es Handlungsbedarf: „Von deutsch-französischer Verständigung wird sehr viel geredet und geschrieben. Aber wenn man einmal die tatsächlichen Verhältnisse betrachtet, dann muß man doch feststellen, daß wir über eine rein äußerliche Regelung unserer beiderseitigen Beziehungen kaum hinausgekommen sind. [...] Von wirklicher Verständigung kaum eine Spur. Denn Voraussetzung dafür ist, daß man einander versteht, und wenn man einander verstehen will, muß man einander kennen." So betrachtete Kluthe es als seine „Aufgabe als Jungdemokrat [...], dauernd in engster Fühlung zu bleiben mit der jungen Generation anderer Länder, vor allem der Frankreichs, und möglichst vielen Gelegenheiten zu geben, Deutschland kennen zu lernen. So leisten wir die wirksamste Verständigungsarbeit, die es gibt: die Verständigung durch Kennenlernen."[104] Einher ging damit die Überzeugung, daß „von der Jugend Europas [...] das Schicksal unsres Kontinents ab[hängt]. Ich glaube nicht, daß die alte Generation uns den Weg zu einem geeinten Paneuropa führen wird. In den Köpfen der Alten wurzeln die Vorurteile noch allzu fest. Paneuropa kann nicht geschaffen werden am grünen Tisch, nicht durch konstruierte Verfassungen und diplomatische Taktik, sondern nur aus dem Geist und dem Willen der jungen Generation."[105] Dieses jugendbewegte Pathos erklärt sich auch aus Kluthes Zugehörigkeit zum Wandervogel. Bis in die zweite Nachkriegszeit hinein sprach er der deutschen Jugendbewegung den entscheidenden Anteil an der „régénération de la nation" zu, die eine von ihm diagnostizierte intellektuelle Krise des Kaiserreiches beendet habe.[106] Nach dem Ersten Weltkrieg sollte für ihn die Jugend Europas dieselbe Vorreiter-

---

[102] Vortrag Hans Albert Kluthes, Germany's political situation, ohne Datum (nach der Reichstagswahl vom Juli 1932), BA N 1162/44.

[103] Vortrag Hans Albert Kluthes, Germany's economical situation and the reparations, ohne Datum (Sommer 1931), BA N 1162/44.

[104] Manuskript Hans Albert Kluthes, Verständigung durch Kennenlernen, ohne Datum, BA N 1162/44.

[105] Vortrag Hans Albert Kluthes, Politische Strömungen in der französischen Jugend, ohne Datum, BA N 1162/44.

[106] Vortrag Hans Albert Kluthes, Tendances de la Jeunesse allemande, ohne Datum, BA N 1162/44.

rolle einnehmen bei der Überwindung der krisenhaften Situation und die Verständigung zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern vorantreiben.

Um selbst den Anfang einer deutsch-französischen Verständigung zu machen, plante Kluthe zusammen mit Vertretern französischer Verbände einen regelmäßigen Studentenaustausch, die Einrichtung eines ständigen Informationsdienstes, der fortlaufend Artikel aus deutschen bzw. französischen Zeitschriften an sprachkundige Studenten des Nachbarlandes verschicken sollte, und ein alljährliches deutsch-französisches Ferienlager, „welches deutsche und französische Kommilitonen zu gemeinsamen Diskussionen über Fragen europäischer Politik vereinen soll".[107] Er selbst versuchte mit regelmäßigen Vorträgen in Deutschland und Frankreich über den jeweiligen Nachbarn aufzuklären und war auf den gemeinsamen Kongressen liberaler, demokratischer und radikalsozialistischer Jugendorganisationen in führender Stellung an den Auseinandersetzungen über Kompromisse zwischen ganz unterschiedlichen nationalen Positionen beteiligt.[108] Dies bedeutete jedoch nicht, daß Kluthe sich mit Kritik an der politischen Haltung Frankreichs in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre bzw. in den frühen dreißiger Jahren zurückhielt. Immer wieder prangerte er die Status-quo-Politik der Franzosen und ihren „nahezu unerträgliche[n] kulturelle[n] Hochmut" an: „Es ist selbstverständlich, daß jeder Deutsche, gleichgültig welcher politischen Partei er angehört, die offizielle Politik Frankreichs auf das Schärfste mißbilligt."[109] Dennoch blieb er bei seiner Überzeugung, daß man versuchen müsse, die Motive Frankreichs zu verstehen. Als er endlich ein Umdenken in Frankreich und ein Abrücken von der „Sicherheitspsychose" auszumachen glaubte, waren im Deutschen Reich bereits die Nationalsozialisten an der Macht.[110]

Für Kluthe selbst bedeutete die Machtübernahme der Nationalsozialisten den vorübergehenden Verlust der Anstellung, die er seit 1928 beim Verband der Leitenden Angestellten (dem späteren Reichsverband der Wirtschaftsleiter) in Köln innegehabt hatte. Über Beziehungen gelang die Wiedereinstellung, jedoch konnte Kluthe nicht mehr wie geplant die Chefredaktion des Verbandsorgans überneh-

---

[107] Vgl. Kluthe, Hans Albert: Politische Reise nach Frankreich, ohne Datum, BA N 1162/44. In diesem Text beschreibt Kluthe eine Reise nach Toulouse, zu welcher die französische Ligue d'Action Universitaire Républicaine et Socialiste Vertreter des Reichsbundes Demokratischer Studenten eingeladen hatte. Er schildert anschaulich die positiven Aspekte eines deutsch-französischen Austausches, ebenso aber auch die Provokationen durch französische Nationalisten, welche schließlich zu einer Schlägerei zwischen Deutschen und Franzosen führten.

[108] Vgl. etwa die wechselseitigen Vorträge: Politische Strömungen in der französischen Jugend, BA N 1162/44, und Tendances de la Jeunesse allemande, BA N 1162/44. Siehe auch: Kluthe, Hans Albert: Frankreichs Abkehr vom konservativen Pazifismus, ohne Datum (nach 1933) BA N 1162/44. Ders.: Die neue Rechte, ohne Datum, BA N 1162/44. Zu den Kongressen vgl. die Berichte Kluthes in BA N 1162/44.

[109] Vortrag Hans Albert Kluthes, Das politische Gesicht Frankreichs, ohne Datum, BA N 1162/44.

[110] Kluthe, Hans Albert: Frankreichs Abkehr vom konservativen Pazifismus, ohne Datum (nach 1933) BA N 1162/44. Der „nahezu unerträgliche kulturelle Hochmut" in: Manuskript Hans Albert Kluthes, Verständigung durch Kennenlernen, ohne Datum, BA N 1162/44.

men. Als der Verband schließlich in die Deutsche Arbeitsfront eingegliedert wurde, wechselte Kluthe als Bezirksgeschäftsführer zur Hanseatischen Versicherungsgesellschaft. Gleichzeitig war er offenbar weiter politisch aktiv – wenn ihm auch seine politische Heimat bereits vor dem Januar 1933 verlorengegangen war. Der Niedergang der DDP und damit des parteipolitisch organisierten Liberalismus in der Spätphase der Weimarer Republik hatte Kluthe schwer getroffen. Indes war er mit der Politik seiner Partei, etwa mit ihrer Hinwendung zu „Mitteleuropa", bereits nicht mehr einverstanden gewesen. Als er sich 1936 der drohenden Verhaftung durch Flucht nach England entzog, war er, der in seiner eigenen Partei schon vor 1933 an den Rand gedrängt worden war, offen für Neues.

„Alle [...] Kräfte des noch in Freiheit lebenden Deutschtums zu sammeln...":[111] die Deutsche Freiheitspartei und *Das Wahre Deutschland*

Aufgrund seiner häufigen Reisen nach England verfügte Kluthe über gute Kontakte auf der Insel. Dies erleichterte ihm die Einreise nach Großbritannien, das bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges kaum Exilanten aufnahm.[112] Die frühen deutschen Exilanten sahen sich mit dem Klima der Appeasement-Politik konfrontiert, deren nachgiebige Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus Hans Albert Kluthe offenbar in dieser Deutlichkeit nicht erwartet hatte und die ihn nachhaltig erschreckte.[113] Die deutschen Exilanten befanden sich in keiner einfachen Situation. Sie bekamen keine Arbeitserlaubnis und mußten eine Unterhaltsgarantie durch einen einheimischen „Sponsor" nachweisen können. Kluthe jedoch fiel dies aufgrund seiner zahlreichen Bekanntschaften nicht allzu schwer. Als die britische Regierung nach Kriegsbeginn aus (einer nicht zuletzt bewußt geschürten) Furcht vor einer „Fünften Kolonne" 1940/41 die Internierung des größten Teils der deutschen Emigranten anordnete, waren es dieselben englischen Kontakte, die Kluthe als einem der wenigen Exilanten die Internierung ersparten.[114]

Trotz dieser Beziehungen war die erste Zeit in England für Kluthe schwer, und erst allmählich gelang es ihm, Fuß zu fassen. Er begann für englische Zeitungen und Zeitschriften zu schreiben und suchte gleichzeitig nach einer Möglichkeit, auch politisch wieder aktiv zu werden. Dabei stand für ihn außer Frage, daß er sich für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus engagieren wollte. Dies war allerdings in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg nicht einfach, insbesondere für bürgerliche Exilanten, waren diese doch allein aufgrund ihrer zahlenmäßig recht geringen Vertretung im Exil verstreut und mußten sich erst einmal zu Gruppen zusammenschließen.

---

[111] Die Aufgaben der Deutschen im Ausland, in: Das Wahre Deutschland, Okt.-Dez. 1939, S. 6–9, hier S. 9.

[112] Bis 1937 hatten nur etwa 8000 Deutsche eine Aufenthaltsgenehmigung in Großbritannien erhalten, bis Ende 1939 stieg die Zahl der Emigranten aus den deutschsprachigen Ländern auf ca. 70000, eine Zahl, die sich durch Abwanderung und Weiterreise in den kommenden Jahren wieder etwas reduzierte. Vgl. die Zahlenangaben bei Röder, Exilgruppen, S. 13–27.

[113] Vgl. den Lebenslauf BA N 1162/22.

[114] Zur Internierung vgl. Röder, Exilgruppen, S. 117–121.

So fand Hans Albert Kluthe erst im Frühjahr 1938 Anschluß an eine Exilorganisation, deren politische Überzeugungen ihm entgegenkamen: Die „Deutsche Freiheitspartei" (DFP) mit Sitz in Paris war um die Jahreswende 1936/37 im Umfeld der Einigungsbemühungen des deutschen Exils zu einer „Volksfront" entstanden. Es handelte sich bei ihr – nach dem Scheitern dieser Bemühungen – um einen Zusammenschluß bürgerlich-demokratischer Exilkräfte, gewissermaßen um eine „Volksfront ohne Kommunisten".[115] Führender Kopf der DFP war Carl Spiecker. Zwischen 1912 und 1916 war Spiecker, Jahrgang 1888, Redakteur der Parlamentskorrespondenz des Zentrums gewesen, wechselte dann in die Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amts und übernahm zwischen 1919 und 1922 das Amt des Staatskommissars in Oberschlesien. Seine anschließende Tätigkeit als Verlagsleiter der Zeitschrift *Germania* gab er vorübergehend auf, als er zwischen 1923 und 1925 als Pressechef der Reichsregierung tätig war. 1930 wurde er Reichskommissar zur Bekämpfung des Radikalismus (und damit des Nationalsozialismus). Diese Tätigkeit, aber auch die Tatsache, daß Spiecker Vorstandsmitglied des Reichsbanners, des Republikanischen Reichsbundes und der Vereinigten Republikanischen Presse war, zwang ihn 1933 zur Flucht aus Deutschland. Er ging nach Frankreich und von dort 1939 nach England, 1941 schließlich in die USA und nach Kanada. 1946 kehrte Spiecker nach Deutschland zurück, gehörte zu den Wiederbegründern des Zentrums, von dem er 1949 zur CDU übertrat. Er war Minister ohne Geschäftsbereich in Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig war Spiecker nach 1945, ebenso wie Hans Albert Kluthe, Präsidialmitglied der Europa-Union und hat bis zu seinem Tode 1953 maßgeblich am Aufbau des Verbandes mitgewirkt. Die aus dem Exil stammende enge Verbindung zwischen Spiecker und Kluthe fand in beider Engagement für die Europa-Union ihre Fortsetzung.

Bei der DFP handelte es sich nicht im eigentlichen Sinne um eine Partei, sondern vielmehr um einen formlosen Zusammenschluß relativ weniger Exilanten unter Führung Spieckers. Man versuchte, unter Wahrung strenger Anonymität und Geheimhaltung den Eindruck einer Partei mit starkem Rückhalt im Deutschen Reich zu erwecken. Hauptziel war es, mit Hilfe anonymer Flugblätter, den *Deutschen Freiheitsbriefen*, die Existenz einer mitgliederstarken Gruppierung in Deutschland zu suggerieren, welche die *Freiheitsbriefe* herstelle. Damit wollte man den Widerstand im Reich stärken und „als einmalige Zusammenfassung aller Kräfte eine einmalige Aufgabe bewältigen", die Herrschaft der Nationalsozialisten beenden und damit einen europäischen Krieg verhindern.[116] Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges jedoch mußte eine solche Propaganda sinnlos werden. Hinzu kamen wachsende Schwierigkeiten, die in Frankreich gedruckten Flugblätter im Deutschen Reich zu verteilen. So erschien im Herbst 1939 der letzte *Freiheitsbrief*. Statt dessen publizierte die DFP nun eine Zeitschrift mit dem

[115] Vgl. Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei (DFP), S. 5 und S. 24 wohl angelehnt an den zeitgenössischen Vorwurf der Kommunisten an die DFP. Vgl. auch: Röder, Exilgruppen, S. 73–76.

[116] Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei, S. 37. Vgl. auch S. 27–38 zum Inhalt der *Deutschen Freiheitsbriefe*.

Namen *Das wahre Deutschland*, welche seit Januar 1938 in England herausgegeben wurde.[117]

Offenbar nachdem Hans Albert Kluthe die ersten Ausgaben des *Wahren Deutschland* gelesen hatte, bot er der Redaktion seine Mitarbeit an. Angesichts der Tatsache, daß Spiecker als hauptverantwortlicher Redakteur in Paris saß, konnte er einen engagierten Mitarbeiter in England gut gebrauchen, und es begann eine intensive Zusammenarbeit. Kluthe übernahm in den folgenden Jahren einen Großteil der redaktionellen Arbeit am *Wahren Deutschland*. Dabei schrieben Kluthe und Spiecker die Mehrheit der Artikel selbst, hinzu kam eine kleinere Gruppe von festen Mitarbeitern.[118] Die Artikel im *Wahren Deutschland* waren anonym gehalten, um „als namenlose Kämpfer des stumm gemachten, namenlosen Deutschland" das zu äußern, was im Reich selbst nicht mehr gesagt werden dürfe.[119] Auf diesem Wege sollte die Zeitung den Eindruck erwecken, von ausländischen Freunden der im Reich bestehenden DFP herausgegeben zu werden. Was die *Deutschen Freiheitsbriefe* in Deutschland selbst hatten suggerieren sollen, nämlich die Existenz einer starken Widerstandsbewegung im Reich, übernahm nun das *Wahre Deutschland* für das Ausland.

Die anfangs monatlich, später unregelmäßiger erscheinende Zeitung mit einer Auflage von 3500 Exemplaren richtete sich vor allem an Emigranten, Auslandsdeutsche und deutschkundige Europäer: „Mögen diese Auslandsblätter der ‚Deutschen Freiheitspartei' der Welt die Überzeugung vermitteln helfen, daß trotz Zuchthaus, Konzentrationslager und Schafott in Deutschland der Glaube und die Hoffnung an den Sieg der Vernunft und Gerechtigkeit lebendig geblieben sind und daß im deutschen Volke der Wille wacht und wächst, die Verbindung und die Freundschaft mit allen Völkern, die in der Freiheit und im Mitbestimmungsrecht der Bürger am Geschick des Staates eine Sicherung des Friedens und der Wohlfahrt der Menschheit erblicken, wiederherzustellen und für alle Zukunft zu verbürgen."[120] Teil dieser Suggestion einer Widerstandsbewegung im Reich war die regelmäßige Kolumne „Briefe aus dem Wahren Deutschland". Hier kamen Repräsentanten unterschiedlicher Gesellschaftsbereiche zu Wort, etwa „ein Diplomat", „ein deutscher Student", „ein Theologieprofessor", „ein deutscher Offizier" usw. Zwar hatte die DFP tatsächlich Mittelsmänner, die auch für die

---

[117] Zum *Wahren Deutschenland* vgl. neben der Arbeit von Beatrix Bouvier: Berglund, Deutsche Opposition gegen Hitler in Presse und Roman des Exils, Kap. III. Greiser, Bürgerliche Publikationen, S. 231–233. Huß-Michel, Literarische und politische Zeitschriften des Exils, S. 70–72.

[118] Zu den wichtigsten Mitarbeitern gehörte August Weber, ehemaliger Fraktionsvorsitzender der DStP und Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der Deutschen Industrie. Hinzu kam Richard Samuel, als Germanist an der London School of Economics tätig, der ehemalige Reichsarchivrat Goldschmidt, der frühere Wirtschaftskorrespondent der Frankfurter Zeitung Johannes Uhlig. Gelegentliche Beiträge kamen von Hans Ritter, P. Mayer, Fritz Borinski, Hans Stierer, Pater Reichenberger, Johannes Reinholz. Zwischenzeitlich gehörten auch Willy Münzenberg und Hermann Rauschnigg zum Kreis der DFP. Der einzige namentlich gezeichnete Artikel im *Wahren Deutschland* stammte von Rauschnigg. Siehe auch Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei, S. 41.

[119] Warum diese Blätter?, in: Das Wahre Deutschland, Jan. 1938, S. 1f., hier S. 2.

[120] Ebenda.

Verbreitung der „Deutschen Freiheitsbriefe" sorgten und von denen im Sommer 1938 sechzehn durch die Gestapo verhaftet wurden.[121] Die Texte der „Briefe aus dem Wahren Deutschland" jedoch entstanden in der Redaktion des *Wahren Deutschland* in England.[122]

Während die britische Regierung vor Kriegsbeginn an einer Unterstützung einer von Exilanten herausgegebenen deutschen Zeitung keinerlei Interesse hatte, standen anfangs offensichtlich private Geldgeber hinter Spieckers Projekt. Jedoch zogen sich diese nach Kriegsausbruch zurück, und *Das Wahre Deutschland* geriet in finanzielle Schwierigkeiten. Zwar konnte Kluthe aufgrund seiner Kontakte in England für das Jahr 1940 noch eine Zwischenfinanzierung durch private Hilfsorganisationen erreichen, mit Jahresende jedoch mußte *Das Wahre Deutschland* wegen eines „lack of funds" eingestellt werden.[123] Auch Finanzierungsverhandlungen mit dem britischen Ministry of Information (MoI), das nach Kriegsbeginn einer Unterstützung deutscher Propagandaunternehmen positiver gegenüberstand als vor 1939, blieben ohne Erfolg.[124]

Somit stellte das *Wahre Deutschland*, trotz aller Rettungsversuche Kluthes, Ende 1940 sein Erscheinen ein. Gleichzeitig ging auch die Geschichte der Deutschen Freiheitspartei zu Ende. Wenn sie auch nicht offiziell aufgelöst wurde, so trat sie doch seit 1941 nicht mehr in Erscheinung. Dazu trugen verschiedene Faktoren bei. Der Anspruch, nur die Auslandsvertretung einer innerdeutschen Oppositionsgruppe zu sein, wirkte im weiteren Kriegsverlauf kaum noch glaubhaft, ließ sich doch die Existenz dieser Widerstandsgruppe nicht beweisen. Zum anderen aber weigerte sich vor allem Carl Spiecker, die Anonymität der DFP aufzugeben, was sich für Verhandlungen mit offiziellen Stellen, aber auch bei den Versuchen, neue Mitarbeiter zu gewinnen, als großes Hindernis erwies. Er wollte die DFP nicht in eine wirkliche Exilorganisation umwandeln, und verhinderte somit, daß sie sich innerhalb der Exilorganisationen besser positionieren und ihre Vertreter (soweit dies überhaupt möglich war) Einfluß auf die Deutschlandpropaganda der britischen Behörden nehmen konnten. Kluthe hatte eine solche Umwandlung

---

121 Zu den Kontakten der DFP im Reich vgl. Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei, S. 56–80.

122 Beispielsweise berichtete Kluthe in einem Brief an Spiecker: „Trotz der tropischen Hitze habe ich mal schnell einen ‚Brief aus Köln' hingehauen [...]." Spiecker antwortete lapidar: „Ihr Brief aus Köln ist sehr schön." Vgl. die Briefe vom 10. 8. 1938 und vom 20. 8. 1938, BA N 1162/22. Vgl. auch Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei, S. 40. Hingegen findet sich die Überzeugung, die Briefe stammten tatsächlich von den anonymen Autoren aus dem Deutschen Reich in: Huß-Michael, Literarische und politische Zeitschriften des Exils, S. 70–73.

123 Brief Kluthe an O'Neill (?), 27. 3. 1941, BA N 1162/25. Vgl. auch Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei, S. 39–41.

124 Zur *Zeitung* vgl.: Runge, Politische Identität und nationale Geschichte, S. 87–120, v.a. S. 91–107. Vgl. auch Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei, S. 121 f. Röder, Exilgruppen, S. 132–134. Wie beim *Wahren Deutschland* handelte es sich auch bei den Verantwortlichen für *Die Zeitung* um Exilanten linksliberaler Herkunft. Die britischen Behörden bevorzugten *Die Zeitung*, nicht zuletzt weil sie sich (letztlich vergeblich) eine Vereinheitlichung des zersplitterten deutschen Exils und seiner verschiedenen Standpunkte erhofften. Für eine solche Aufgabe beurteilten sie *Das Wahre Deutschland* als allzu intellektuell und damit nicht geeignet, breitere Lesergruppen zu beeinflussen.

in eine handlungsfähige Organisation (etwa ein „Auslandspräsidium" der DFP) immer wieder gefordert.[125] Spiecker aber zögerte, einer solchen „Institutionalisierung" der DFP zuzustimmen. Damit blockierte sich die Gruppe zunehmend selbst. Als Spiecker im Frühsommer 1941, nachdem er Frankreich bereits mit dem Einmarsch der Deutschen in Richtung London verlassen hatte, nach Kanada weiterreiste, beschleunigte dies das Ende der DFP zusätzlich.

Bemühungen um Zusammenarbeit innerhalb des deutschen Exils

In den Bemühungen Kluthes um eine straffere Organisation der DFP scheint sein Interesse an einer Vereinheitlichung der verstreuten Exilkräfte bereits auf. Dies konnte innerhalb der DFP kaum befriedigt werden. So beteiligte sich Kluthe an anderen Initiativen, welche die unterschiedlichen Exilorganisationen zu einer engeren Zusammenarbeit bewegen sollten. Vor allem im Sommer und Herbst 1939, im Umfeld des Kriegsbeginns, ging es in Großbritannien um die Schaffung eines Komitees, in dem Vertreter unterschiedlicher politischer Richtungen und unterschiedlicher Exilgruppen der britischen Regierung beratend zur Seite stehen sollten. Das Political Intelligence Department unterstützte die Verhandlungen, an denen neben Hans Albert Kluthe (hier wie auch sonst meist unter seinem Pseudonym Wilhelm Westphal) Vertreter aller politischen Richtungen außer Kommunisten teilnahmen.[126] Das aus den Verhandlungen entstehende „Central European Joint Committee" versuchte mit Gutachten Einfluß auf die britische Propaganda zu nehmen, machte Verbesserungsvorschläge, debattierte über die mögliche deutsche und europäische Nachkriegsordnung und publizierte eine (einmalig erscheinende) Zeitschrift mit dem Titel *Deutsche Blätter.* Bald jedoch befürchteten die sozialdemokratischen und sozialistischen Teilnehmer, ihre Position gegenüber einer bürgerlichen Mehrheit nicht durchsetzen zu können und zogen sich aus dem Committee zurück. Gleichzeitig blieb die erhoffte Finanzierung durch britische Stellen aus, und so konnte der Kreis, den Kluthe daraufhin verließ, mit Beginn des Jahres 1940 keine Aktivität mehr entfalten.[127]

In diesen und anderen Verhandlungen um eine engere Zusammenarbeit bürgerlicher und sozialdemokratisch-sozialistischer Kreise, an denen Kluthe teilnahm, lag ein für unsere Zusammenhänge zukunftsweisender Keim. Zum einen, ganz allgemein, zeichnet sich hier die Bereitschaft Kluthes ab, mit unterschiedlichen politischen Lagern im Interesse einer gemeinsamen Sache zusammenzuarbeiten. Dies sollte sich später in der Europa-Union fortsetzen – womit sich ein entscheidender Gegensatz zur Abendländischen Bewegung herauskristallisiert, die bewußt immer auf ihr eigenes ideologisches Umfeld beschränkt blieb. Zum zweiten ist es wahrscheinlich, daß Kluthe im Rahmen dieser Verhandlungen den Gewerkschaftsfunktionär Ludwig Rosenberg kennenlernte, der Anfang der sechziger Jahre zum Vorsitzenden des DGB gewählt werden sollte. Rosenberg, auf den noch zurückzukommen sein wird, war seit Mitte der fünfziger Jahre ebenso wie

---

[125] Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei, S. 124–127.
[126] Röder, Exilgruppen, S. 75f. und S. 179f.
[127] Ebenda, S. 99–102.

Kluthe Präsidialmitglied der Europa-Union. So entstanden im Exil Verbindungen zwischen Vertretern unterschiedlicher politischer Lager, die nach 1945 über alle Parteigrenzen hinweg aus einem gemeinsamen Interesse in einer Europa-Organisation aktiv wurden.

Federal Union

Neben seinen Aktivitäten im Rahmen der DFP und seinen Bemühungen um eine Zusammenarbeit verschiedener Exilkräfte hatte Kluthe durch seine guten Verbindungen in England im Gegensatz zu vielen anderen Emigranten die Möglichkeit, auch in englischen Verbänden mitzuarbeiten. Diese Kontakte, die auf seine Arbeit in liberalen Organisationen der Zwischenkriegszeit zurückgingen, verbanden ihn mit einer Reihe prominenter Liberaler in Großbritannien, darunter Lord Layton und vor allem Frances L. Josephy.[128] Die Freundschaft mit Josephy, die Kluthe auf den Kongressen der Liberalen Weltunion in der Zwischenkriegszeit kennengelernt hatte, ist für Kluthes europäisches Engagement zentral. Über sie gelangte er in die Federal Union, jene Organisation, die vor allem in den Jahren 1940/41, als sich Großbritannien einem deutsch besetzten Europa gegenübersah, mit ihren Vorschlägen zur Gründung einer europäischen Föderation viel Zuspruch erhielt und phasenweise über 10000 Mitglieder hatte.[129] Mit den Publikationen des im März 1940 gegründeten Federal Union Research Institute's trug die Federal Union entscheidend zur Formierung des europäischen Gedankens in England bei. Wenn auch die öffentliche Unterstützung seit 1942 zurückging und sich auch die Mitgliederzahlen wieder rückläufig entwickelten, konnte die Federal Union doch in den Jahren bis Kriegsende eine lebhafte Aktivität zur Propagierung der europäischen Idee entfalten. Zur Federal Union gehörte auch das von Josephy 1942 ins Leben gerufene „European Committee of Federal Union", dem mit 34 Personen aus 17 Ländern überwiegend Emigranten angehörten, welche hofften, mit verschiedenen Memoranden sowohl die Federal Union selbst als auch die britische Regierung beeinflussen zu können.[130] Mitglied in diesem Ko-

---

[128] Sir Walter Layton, früherer Editor des *Economist* und zeitweiliger Direktor der Wirtschafts- und Finanzabteilung des Völkerbundes, 1942–43 Präsident des „Joint War Production Staff" und 1949–1957 Vizepräsident der Beratenden Versammlung des Europarats und Fraktionsführer der Liberalen im House of Lords, gehörte seit der Zwischenkriegszeit zu den entschiedensten britischen Förderern europäischer Einigungsbemühungen – aus denen er allerdings England ausklammerte. Seine Rede: Großbritannien, Europa und die Weltordnung vom März 1944, erregte nach Walter Lipgens „Aufsehen". In Auszügen abgedruckt in: Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen, hg. von Lipgens, S. 509–515. Frances L. Josephy, Jahrgang 1900, fand 1924 zur National League of Young Liberals, deren Präsidentin sie seit 1939 war. 1939 kam sie zur Federal Union, als deren Chairman sie zwischen 1941 und 1945 wirkte. Ab 1948 war sie Mitglied des Europa-Rates und arbeitete, neben ihrer journalistischen Tätigkeit, bis zu ihrem Tod 1984 in verschiedenen Gremien und Lobbygruppen des integrierten Europas bzw. der atlantischen Gemeinschaft.

[129] Zur Federal Union vgl. (mit umfangreichen Quellen- und auch Literaturangaben): Pinder, Federal Union 1939–1941.

[130] Lipgens, Plans of other Transnational Groups for European Union, in: Ders. (Hg.): Documents on the History of European Integration, Bd. II, vor allem S. 801–810.

mitee war auch Hans Albert Kluthe, der schließlich sogar zu seinem Chairman gewählt wurde.[131]

An Kluthes Beurteilung des European Committee zeigt sich, daß er bereits in den Exiljahren über einen Verband nachdachte, der nach Kriegsende den europäischen Gedanken wirksam würde verbreiten können. Zwar meinte er, daß dem Komitee aktuell repräsentative Mitglieder fehlten, „but even in its recent form it is quite useful as the nucleus for a future international movement". Denn: „Progressive movements always start with a relatively small number of people."[132] So bildete, nicht nur für Kluthe, die Federal Union (und ihr European Committee) das britische Bindeglied hin zu den Europa-Organisationen der Nachkriegszeit. Kluthe schloß sich nicht zuletzt aufgrund seiner Überlegungen in der Exilzeit schließlich einer europäischen Organisation in der Bundesrepublik an, auf deren Gründung in der britischen Besatzungszone in der unmittelbaren Nachkriegszeit die Federal Union wiederum Einfluß genommen hatte.[133]

Arbeit für britische Regierungsstellen

Alle Versuche, sich in irgendeiner Form politisch zu betätigen und an Nachkriegsplanungen mitzuwirken, mußten die deutschen Emigranten in Kontakt mit britischen Behörden bringen. Das Bewußtsein dafür, auf der Seite der Alliierten gegen den Nationalsozialismus zu kämpfen, ließ viele Emigranten wünschen, von britischen Behörden herangezogen zu werden, auch weil man hoffte, eventuell deutsche Vorstellungen in die alliierten Nachkriegsplanungen mit einbringen zu können. In den Jahren der Appeasement-Politik und vor Beginn des Zweiten Weltkrieges hatten offizielle Stellen an einer Propagandaarbeit gegen den Nationalsozialismus kaum Interesse gehabt. Erst im Herbst 1938, also zwei Jahre nachdem Kluthe nach England gekommen war, begannen in London Bemühungen um eine Verbesserung der Propagandastruktur für den Kriegsfall. Das Political Intelligence Department (PID) des Außenministeriums wurde reaktiviert, und das Ministry of Information (MoI) sowie die Europaabteilung der BBC wandten sich der Auslandspropaganda zu. Alle drei Behörden wurden im August 1941 in dem dem Foreign Office unterstehenden Political Warfare Executive (PWE) zusammengefaßt.[134]

Einer möglichen Mitarbeit deutscher Exilgruppierungen und Organisationen stand London eher skeptisch gegenüber, war man doch nicht bereit, durch offizielle Kontaktaufnahme – und damit Quasi-Anerkennung – mit einer Organisation in die Auseinandersetzungen des in sich zersplitterten deutschen Exils einzugreifen. Hinzu kamen, je länger der Krieg währte und je mehr sich die alliierten Kriegsziele in Richtung „bedingungslose Kapitulation" bewegten, grundsätzliche Vorbehalte auch gegenüber deutschen Exilanten, die durch vansittartistische Strö-

---

[131] Vgl. den umfangreichen Briefwechsel zwischen Josephy und Kluthe in BA N 1162/41.
[132] Brief Kluthe an Josephy, 3. 10. 1944 und 5. 6. 1944, BA N 1162/41.
[133] Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, S. 402f.
[134] Röder, Exilgruppen, S. 176. Vgl. insgesamt auch: Kettenacker, Krieg zur Friedenssicherung.

mungen gefördert wurden.[135] So waren es, wenn überhaupt, Einzelpersonen, die – eben nicht als Vertreter einer bestimmten Organisation – von den Briten zur Mitarbeit herangezogen wurden. Dies galt vor allem für die Zeit zwischen Sommer 1940 und Herbst 1942, als es bei der britischen Propaganda überwiegend um Aufrufe zum offenen und verdeckten Widerstand im Deutschen Reich ging. Dabei war man vorübergehend der Überzeugung, daß das Deutsche Reich militärisch nicht mehr zu besiegen sei und allein Aufstände in Deutschland und den besetzten Gebieten den Nationalsozialismus noch stürzen könnten. Diese „Europäische Revolution" von der Insel aus in Gang zu bringen und umfassend zu unterstützen, ließ in den Augen der britischen Regierung auch die Zusammenarbeit mit den Exilanten angebracht erscheinen. So konnten Exilanten Anfang der vierziger Jahre als Sprecher oder Übersetzer an den Deutschland-Sendungen der BBC oder im Abhördienst mitarbeiten.[136] Man gestattete 1940 für einige Monate auch eigenständige exildeutsche Propagandaeinrichtungen in Form schwarzer Rundfunksender.[137] Diese sollten, ohne Verweis auf ihre Verbindung zur britischen Insel, im Deutschen Reich zum Widerstand und zu Sabotageakten aufrufen. Dem von Sozialisten geführten „Sender der Europäischen Revolution" stand der sogenannte „Freiheitssender" auf bürgerlicher Seite gegenüber. Er strahlte von einem Fischkutter seit Ende Mai 1940 Kurzwellensendungen nach Deutschland aus und war damit der erste deutschsprachige Schwarzsender auf britischem „Boden". Geleitet wurde er von Carl Spiecker, ihm zur Seite stand Hans Albert Kluthe, und so verwundert es nicht, daß die mit „Hier spricht Deutschland" beginnenden Sendungen den im *Wahren Deutschland* erschienenen Artikeln inhaltlich ähnelten.[138] Kurz vor der Abreise Spieckers nach Kanada stellte der Sender im März 1941 seinen Betrieb allerdings schon wieder ein, nicht zuletzt weil die britischen Behörden mit den Konzepten der Sendungen nicht zufrieden gewesen waren.[139]

Als sich allerdings nach dem Kriegseintritt der USA und dem in London so nicht erwarteten Standhalten der Sowjetunion die britischen Kriegsziele immer stärker in Richtung einer bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches verschoben, begann jene Phase der britischen Deutschlandpropaganda, in der man nicht mehr auf innerdeutschen Widerstand setzte, sondern vornehmlich die eigenen Kriegserfolge betonte und die Niederlage des Deutschen Reiches propagandistisch vorwegnahm. Damit ließ die Intensität der Mitarbeit deutscher Emigranten wieder nach. Einerseits war manch Deutscher nicht bereit, für die Alliierten mit ihrer Forderung einer bedingungslosen Kapitulation zu arbeiten, andererseits nahm die englische Skepsis gegenüber den deutschen Emigranten und Exilanten zu. Hans Albert Kluthe allerdings arbeitete weiterhin für die britischen Behörden. Er war für die BBC tätig, wobei er als Verfasser von Manuskripten sogar relativ

---

[135] Zum Vansittartismus vgl. neuerdings: Später, Die Anklage einer Nation. Siehe auch: Röder, Exilgruppen, S. 143–163.

[136] Ebenda, S. 182f.

[137] Ebenda, S. 184–189. Bouvier, Die Deutsche Freiheitspartei, S. 115–120.

[138] Spiecker knüpfte damit an eine Tätigkeit aus dem Frühjahr 1938 an, als er einen „Sender der deutschen Freiheitspartei" betrieben hatte.

[139] Vgl. Pütter, Deutsche Emigranten und britische Propaganda, S. 110–112.

selbständige Aufgaben übernehmen konnte.[140] Weiterhin hielt er für die Public Meeting Section des Ministry of Information Reden und gehörte als „Assistant Servicing and Publications Officer" dem Political Intelligence Department des Foreign Office an.[141] Gegen Kriegsende stellte Kluthe Listen persönlicher Freunde zusammen, die im Reich verblieben waren und von deren antinationalsozialistischer Haltung Kluthe überzeugt war.[142] Schließlich übernahm er, wie zahlreiche Exilanten, die Betreuung deutscher Kriegsgefangener, deren Lager er regelmäßig besuchte. Dort hielt er Vorträge, die der Umerziehung vor allem jüngerer Soldaten dienen sollten. Er war überzeugt davon, daß ein Großteil dieser Soldaten für die Demokratie gewonnen werden könne, wenn man nur genügend Verständnis für ihre schwierige Situation aufbrachte. Gleichzeitig versuchte Kluthe den Briten klarzumachen, daß nicht jene „Lecturers" in den Kriegsgefangenenlagern Erfolg haben würden, die als „a sort of ‚indoctrination officers' whom the British send round the camp" aufträten, sondern nur jene, die „express their own personal views".[143]

Kluthe bekam unmittelbar nach Kriegsende das Angebot, als Mitarbeiter der Alliierten Kontrollkommission nach Deutschland zurückzukehren. Obwohl es ihn nach Deutschland zurückzog, lehnte er das Angebot mit dem Argument ab, „nicht in einer fremden Uniform in meine Heimat zurückkehren" zu wollen.[144] Folglich mußte er noch geraume Zeit in England verbleiben, wo er weiterhin für das Ministry of Information, nun als „Assistant Specialist" in der Publication Division und als Redakteur der Zeitung „Ausblick" arbeitete, die für Kriegsgefangene herausgegeben wurde und später unter dem Namen „Neue Auslese" auch in Deutschland erschien.[145] Erst im Oktober 1947 kehrte Kluthe nach Deutschland, in die britische Besatzungszone, zurück. Er blieb der Publizistik treu: Bald gab er die „Werra-Rundschau" und später auch die „Frankfurter Illustrierte" heraus. Er wurde Präsident des Verbandes Deutscher Zeitschriftenverleger und übernahm eine ganze Reihe anderer Ämter in berufsständischen Organisationen des Zeitschriftengewerbes.[146]

Kluthe stand also weit über das Kriegsende hinaus in engem Kontakt mit britischen Behörden. Er lebte nicht, wie so mancher Exilant, in seinem Gastland abgeschottet und zurückgezogen, höchstens in Exilgrüppchen eingebunden, damit

---

[140] Brief Godfrey James, BBC, an Kluthe, 4. 5. 1942, BA N 1162/25.

[141] Brief Public Meeting Section des Ministry of Information, 24. 2. 1942, BA N 1162/25; To all members of German and Austrian Intelligence Section from CIO Germany and Austria, 3. 3. 1944, BA N 1162/25; Brief Kluthe an Dennis Healy, Ministry of Information, 20. 6. 1946, BA N 1162/25.

[142] Brief Kluthe an Major Southern, 14. 9. 1944 und Liste Nicht-Nazis im Großraum Köln, ohne Datum (Ende 1944), beide BA N 1162/25.

[143] Kluthe, Special Report on visit to Camps 156, 53, 250 and 83 from March 6th to 10th, 1946, BA N 1162/25. Vgl. auch die Manuskripte der Reden vor deutschen Kriegsgefangenen zum Thema „Das Ende der Weimarer Republik und die Gründe ihres Versagens" (1946) und „Die deutsche Jugend und ihre Zukunft" (1946), beide BA N 1162/25.

[144] Lebenslauf Hans Albert Kluthe, Juni 1958, BA N 1162/1.

[145] Brief Ministry of Information an Kluthe, 7. 1. 1946, BA N 1162/25.

[146] Zu seinen Ämtern vgl. das Munzinger-Archiv, Eintrag Hans Albert Kluthe, Lieferung 7/71, 20. 2. 1971.

aber letztlich einem (natürlich speziellen) deutschen Umfeld verhaftet, sondern war mit der britischen Gesellschaft, ihren Regierungs- und Verwaltungskreisen aufs engste konfrontiert. Dies blieb nicht ohne Folgen auf sein Weltbild.

Wandel eines liberalen Weltbildes

Der Aufenthalt im Exil prägte Hans Albert Kluthes Gedankenwelt und seine europapolitischen Vorstellungen grundlegend. Zwar war er bereits vor dem Gang ins Exil ein überzeugter Liberaler und „Europäer" gewesen. In den Jahren der Weimarer Republik hatte er sich intensiv um eine europäische und insbesondere um die deutsch-französische Verständigung bemüht. Dennoch stand die Vorstellung eines politisch oder auch nur wirtschaftlich supranational geeinten Europas zu diesem Zeitpunkt nicht im Zentrum seiner Aktivität. Nirgendwo in seinen Aufzeichnungen und Manuskripten finden sich genauere Ausführungen zur politischen Struktur und zum konkreten Aufbau der „Vereinigten Staaten von Europa". Kluthe war es um Zusammenarbeit gegangen, um Verständigung und in diesem Sinne auch um Einigung, also um Lösung der zwischen den europäischen Staaten schwelenden Konflikte, nicht jedoch um Vereinigung. Im Zentrum seines Europa-Interesses hatte die deutsche Nation gestanden, deren Wohl eine europäische Verständigung primär dienen sollte. Nationale Beweggründe hatten ihn auf eine Verbesserung der deutschen Situation, und damit implizit eine Revision des Versailler Vertrages, durch eine umfassende Verständigung hoffen lassen. In vieler Hinsicht ähneln Kluthes europäische Konzepte und ihre Motive in der Zwischenkriegszeit damit der Arbeit des DDP-Mitglieds Wilhelm Heile im Verband für Europäische Verständigung, für den – wie für so viele Europäer – ja ebenfalls nationale Interessen im Zentrum gestanden hatten. Allerdings war Kluthes europäisches Zielbild unklarer.

Bei seinen Überlegungen in der Weimarer Republik vertrat Kluthe jene drei typischen Argumente, die innerhalb der DDP immer wieder zugunsten einer europäischen Verständigung vorgebracht wurden:[147] Das erste und wichtigste Argument war für Kluthe die Sicherung des europäischen Friedens, welche nur durch allgemeine Abrüstung zu erreichen sei. Allerdings betonte er immer wieder, kein Pazifist zu sein, und forderte das „Selbstverteidigungsrecht" (abgeleitet vom „Selbstbestimmungsrecht") jeder Nation. Das in Europa herrschende militärische Ungleichgewicht müsse im Interesse aller ausgeglichen werden: weniger durch deutsche Aufrüstung als durch gesamteuropäische Abrüstung. Dabei war Kluthe darauf bedacht, seinen französischen Gesprächspartnern gegenüber klarzustellen, daß die Deutschen sich vor allem von Polen bedroht fühlten, nicht jedoch von ihrem westlichen Nachbarn. Allerdings müßten die Franzosen nach Anerkennung der Westgrenze durch das Deutsche Reich in den Locarno-Verträgen ihr „Hegemoniestreben und [ihre] antideutsche Politik aufgeben".[148] In den Attacken gegen Polen zeigt sich, daß Kluthes Bemühungen um Verständigung (wie bei den mei-

[147] Heß, Das ganze Deutschland soll es sein, S. 282.

[148] Bericht Hans Albert Kluthes, Der 3. Kongress der liberalen, demokratischen und radikalsozialistischen Jugendorganisationen Europas, BA N 1162/44.

sten verständigungsbereiten DDP-Mitgliedern) ausschließlich nach Westen gerichtet waren. Die liberalen Demokratien des Westens waren es schon damals, mit denen Kluthe eine enge Zusammenarbeit des Deutschen Reiches wünschte.[149]

Zum zweiten war für Kluthe die Überwindung der wirtschaftlichen Isolierung der einzelnen europäischen Staaten unabdingbar, um die wirtschaftlichen Probleme des Kontinents in den Griff zu bekommen – ein weiteres immer wieder formuliertes Argument verständigungsbereiter Demokraten der Weimarer Republik. Damit einher ging bei Kluthe die Ablehnung der seit Anfang der dreißiger Jahre im Deutschen Reich, aber auch international immer einflußreicher werdenden „foolish idea of national self-sufficiency" und das Plädoyer für einen innenpolitisch durch soziale Maßnahmen abgefederten Freihandel. Dementsprechend beurteilte er die zunehmende wirtschaftliche und zollpolitische Abschottung als „most excellent and striking example how we shall not do it".[150]

Der bei demokratischen Verständigungsverfechtern immer wieder anzutreffende weltpolitische Argumentationszusammenhang schließlich trat bei Kluthe eher zurück. Die Frage, ob Europa durch eine Einigung seine Weltstellung würde zurückgewinnen können, spielte bei Kluthe keine entscheidende Rolle, ebensowenig wie der Völkerbund. Insgesamt scheint es, als habe sich Kluthe allzu theoretischer Überlegungen enthalten und vielmehr auf die praktische Ebene der „Verständigung durch Kennenlernen" gesetzt. Wie die zukünftige Organisation des europäischen Kontinents und seine Beziehungen zum Rest der Welt aussehen sollten, trat demgegenüber ebenso in den Hintergrund wie jedes „sentimentale Verbrüderungsgeschwätz". Damit bewegte sich Kluthe völlig im Rahmen der von den verständigungsbereiten Protagonisten seiner Partei vertretenen Positionen, wenn man von dem „überdurchschnittlich" engagierten Europäer Heile einmal absieht.[151] Im Gegensatz zu vielen seiner Parteifreunde jedoch hielt Kluthe auch nach 1930, als sich die internationale Situation verschlechterte, unvermindert an seiner Verständigungsbereitschaft fest, obgleich seine Kritik an den Franzosen schärfer wurde. In diesen Jahren begann sich Kluthe zunehmend von den „offiziellen" Positionen seiner Partei zu entfernen.

Auch in den ersten Exiljahren sollten sich Kluthes Europa- und Verständigungsvorstellungen nicht wesentlich verändern. Im ersten Jahrgang des *Wahren Deutschland* nahm „Europa" noch keinen zentralen Platz ein. Die ersten Hefte setzten sich vor allem mit den innenpolitischen Auswirkungen des Nationalsozialismus auseinander. Dies änderte sich erst mit dem Anschluß Österreichs, spätestens aber mit dem Beginn des Zweiten Weltkrieges. Nun rückte die Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa", deren „Glied und Eckstein" Deutschland werden sollte, in den Blickwinkel der Zeitung, die sich selbst und die DFP als „Herold

[149] Zur Westorientierung in der DDP vgl. Heß, Das ganze Deutschland soll es sein, S. 297.
[150] Rede Hans Albert Kluthes, National Self-Sufficiency or international Free Trade, BA N 1162/44.
[151] Bericht Hans Albert Kluthes, Der 3. Kongress der liberalen, demokratischen und radikalsozialistischen Jugendorganisationen Europas, BA N 1162/44. Heß, Das ganze Deutschland soll es sein, S. 290–292.

des wiedererwachten europäischen Gewissens" bezeichnete:[152] „Wir stehen im Lager Europas, weil wir Deutschland retten wollen."[153] Damit wurde die europäische Einigung zum „Kriegsziel", das es zusammen mit den Alliierten zu verwirklichen galt, auf daß „die böse Kraft des Nationalsozialismus doch das Gute zu wirken gezwungen wird".[154]

Das *Wahre Deutschland* äußerte sich allerdings, im Gegensatz zu anderen Exilgruppen, kaum über die mögliche Ausgestaltung dieses zukünftigen Europas. Verfassungsvorschläge oder auch nur eine grobe Differenzierung zwischen „Bundesstaat" und „Staatenbund" finden sich nicht.[155] Diese Zurückhaltung lag in der Auffassung des *Wahren Deutschland* begründet, nach der man, auch auf die deutsche Neuordnung bezogen, das Aufstellen von „detaillierten Programmen" und „Verfassungsentwürfen" als „Vermessenheit" und „intellektuelle Selbstbefriedigung" empfand.[156] Da es der Redaktion des *Wahren Deutschland* gemäß ihres Sammlungskonzeptes vor allem darum ging, eine möglichst breite Gruppe Deutscher im Reich bzw. im Exil ansprechen zu können, hatte Carl Spiecker einen „Index von Themen [aufgestellt], die wegen ihrer kontroversen Natur von der Diskussion [in der Zeitung] ausgeschlossen waren", wozu auch Fragen der gesellschaftlichen und politischen Neuordnung gehörten. Das führte im *Wahren Deutschland* zur „Reduzierung der programmatischen Aussagen auf ein konsensfähiges Minimum".[157]

Trotz der zunehmenden Bedeutung, die „Europa" seit Kriegsausbruch im *Wahren Deutschland* erhielt, blieb die Zeitung letztlich auf nationale Fragen, auf den deutschen Widerstand und das Ziel einer „Revolution" zur Beendigung der nationalsozialistischen Herrschaft ausgerichtet. An diesem Ziel orientierte sich auch die Behandlung europäischer Fragen. Mehr als um die politische Struktur eines zukünftigen Europas ging es um die Frage der Position Deutschlands innerhalb dieses Europas. Diese definierte sich vor allem ex negativo, in starker Abgrenzung vom nationalsozialistischen „Großraum", aber auch von der „Reichsidee" in ihrer konservativ-nationalsozialistischen Mischform, wie sie zur gleichen Zeit etwa unter den Abendländern Anklang fand. Klar arbeitete man den irrationalen Aspekt des Reichs-Gedankens heraus, dem jede politische und territoriale Konkretisierung fehle: „Sein Wesen ist die Begriffslosigkeit, seine Definition die Feindschaft

---

[152] Deutsche Freiheitsbriefe: Kreuzzug gegen das Hakenkreuz, in: Das Wahre Deutschland, Okt. 1938, S. 22–25, hier S. 25. Vgl. auch den nächsten Freiheitsbrief, der nach der Münchener Konferenz erschien: „Vertrauen wir auf die eigene Kraft", in: Das Wahre Deutschland, Nov. 1938, S. 30–33, der ebenfalls mit der Beschwörung eines zukünftig europäischen und demokratischen Deutschland endete.

[153] Verräter am Reich, in: Das Wahre Deutschland, Okt.–Dez. 1939, S. 2–4, hier S. 4.

[154] Nicht Großdeutschland, sondern Europa!, in: Das Wahre Deutschland, April 1940, S. 2–4, hier S. 3/4.

[155] Einmal findet sich der Verweis auf eine „Europäische Föderation" (Immanuel Kant und der Gedanke der Europäischen Föderation, in: Das Wahre Deutschland, Mai 1940, S. 9–15), einmal der auf einen „Bund freier Nationen" (Die gemeinsame Aufgabe, in: Das Wahre Deutschland, Aug. 1940, S. 1–5).

[156] Deutschlands europäische Aufgabe, in: Das Wahre Deutschland, Sept. 1940, S. 1–4, hier S. 3.

[157] Runge, Politische Identität und nationale Geschichte, S. 113 und S. 89.

gegen jede Definition, gegen jede – nicht [nur] die politische – Grenze." Von der „Reichstheologie" und ihrer „übervölkischen Missionsidee", ihrem Führungsanspruch und ihrer rassistischen Überladung distanzierte sich die Redaktion schon vor Beginn des Zweiten Weltkrieges: „Diese Theologie weisen wir zurück, weil wir uns weigern, die ihr zugrunde liegende Religion anzunehmen. [...] Der Unglaube zwingt uns dazu, nicht nur den ‚Reichs'-Wahnsinn der Nationalsozialisten, sondern das Symbol ‚Reich' schlechthin abzulehnen. Auch den bloßen Namen Reich müssen wir ablegen. Der Staat, der nach dem nationalsozialistischen Reich kommt, wird nicht Viertes Reich und nicht Deutsches Reich, sondern Deutschland heißen! [...] Wie *Reich* heute der Name des Machtstaates ist [...] so kann der Name des Rechtsstaates, den wir errichten werden, nur *Deutschland* sein; und wie der Name Reich das völkerrechtliche Programm eines staatenwürgenden formlosen Molochs ist, so bezeichnet der Staatsname Deutschland auch unsere völkerrechtliche Form. Der zivile Staat Deutschland wird das Vertrauen der Völker und Staaten wieder verdienen, das das heidnisch-hierarchische „Reich" verloren hat."[158] Ein ziviler Rechtsstaat in Deutschland – nicht das „Reich" – war es, was im Zentrum der Nachkriegsüberlegungen des *Wahren Deutschland* stand.

Damit löste sich Kluthe in den Exiljahren endgültig von der traditionell im deutschen Bürgertum so einflußreichen Idee des „Reiches". Am Beispiel der Abendländer ist dieser Einfluß bereits deutlich geworden, dort allerdings in seiner konservativ-katholischen Ausprägung. Doch auch für das liberale Bürgertum war das „Reich" noch in der Weimarer Republik von zentraler Bedeutung, und es war nicht zuletzt dieser Begriff, der vielen Bürgerlichen die Annäherung an das „Dritte Reich" ermöglichte. Aus der Distanz des Exils jedoch wurde die Gefahr, die von diesem Reichs-Begriff für den europäischen Frieden (und damit auf Dauer auch für die deutschen Interessen) ausging, deutlich. Damit verlor das „Reich" seine Anziehungskraft ein für alle Mal; dies wiederum war ein wichtiger Schritt hin zum (west-)europäischen Gedanken der Nachkriegszeit.

Ähnlich wie in der Weimarer Republik betonten die Autoren des *Wahren Deutschland* bis 1940, daß es die zukünftige „nationale Aufgabe" sein müsse, „all unsere Kräfte in den Dienst Europas zu stellen, weil ein gesundes und starkes Europa die Wohlfahrt und Sicherheit Deutschlands beinhaltet".[159] Bis zum letzten Heft des *Wahren Deutschland* glaubte man, daß es letztlich darum gehen müsse, einen „europäischen Gleichgewichtszustand [zu verwirklichen], in dem Deutschland endlich der Segnungen des Friedens nach außen hin und im Inneren teilhaftig

---

[158] Nicht das „Reich", sondern Deutschland!, in: Das Wahre Deutschland, Mai 1939, S. 14–17, hier S. 14. Vgl. auch: Weltanschauung und Außenpolitik, in: Das Wahre Deutschland, März 1939, S. 27. Bestialisches Völkerrecht, in: Das Wahre Deutschland, Aug. 1939, S. 31. Nicht Großdeutschland, sondern Europa, in: Das Wahre Deutschland, April 1940, S. 2–4. Europa unter dem Hakenkreuz, der Wunschtraum der Nazis, in: Das Wahre Deutschland, April 1940, S. 5–8. Welche Folgen hätte ein Hitler-Europa?, in: Das Wahre Deutschland, Aug. 1940, S. 5–12. Zur europäischen Neuordnung, in: Das Wahre Deutschland, Aug. 1940, S. 29f. Deutschlands europäische Aufgabe, in: Das Wahre Deutschland, Sept. 1940, S. 1–4.

[159] Nicht Großdeutschland, sondern Europa, in: Das Wahre Deutschland, April 1940, S. 2–4, hier S. 4.

werden kann".[160] Man hoffte also, oder versuchte zumindest in den Artikeln des *Wahren Deutschland*, diese Hoffnung bei den Lesern zu fördern, daß der Friedensschluß bei Kriegsende „vernünftiger" sein werde als der nach dem Ersten Weltkrieg, die Deutschen also als „gleichberechtigte Verhandlungspartner" einbezogen werden würden.[161] Diese Prognose ruhte natürlich auf der Erwartung, daß die Herrschaft des nationalsozialistischen Regimes durch die Deutschen selbst würde beendet werden. Je mehr diese Hoffnung im Kriegsverlauf schwand, desto irrationaler mußte auch die Argumentation des *Wahren Deutschland* in bezug auf den Friedensschluß erscheinen.

Damit ist ein grundsätzliches Problem des *Wahren Deutschland* angesprochen. Die Zeitung vertrat die Überzeugung, das „wahre Deutschland" habe mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun und ein hoher Anteil der Bevölkerung stehe dem Regime ablehnend und immun gegenüber (und genau diesen Bevölkerungsanteil wollte man zum Widerstand mobilisieren). Innerhalb der deutschen Nationalgeschichte wurde der Nationalsozialismus dementsprechend als offenkundiger Bruch dargestellt. Statt sich kritisch mit der eigenen Vergangenheit (also der Vorgeschichte des Nationalsozialismus) auseinanderzusetzen, hoben die Artikel im *Wahren Deutschland* vor allem die „positiven", sprich: liberalen deutschen Traditionen hervor und leiteten daraus die Kontinuität eines ausdrücklich als „westlich" bezeichneten, liberal geprägten nationalen Denkens in Deutschland ab. Antidemokratische oder antiwestliche Elemente in der deutschen Geschichte blieben hingegen unthematisiert. Dementsprechend lehnte das *Wahre Deutschland* „die Einordnung des Deutschen Reiches vor 1933 in das Polaritätsschema Deutschland-Westeuropa zur Bezeichnung gegensätzlicher politischer Kulturen und Identitäten" ab.[162]

Die liberalen Traditionen galt es den Vertretern des *Wahren Deutschland* für die Zukunft nutzbar zu machen und damit ein erneuertes deutsches Nationalbewußtsein zu schaffen, welches sich an Nations- und Staatsbegriffe westeuropäischer, insbesondere französischer Provenienz (Ernest Renan) anlehnen und vor allem von einem dem Ideal des *citoyen* verpflichteten Bürgertum getragen werden sollte. Dieses Konzept allerdings mußte im Krieg scheitern. Denn die Zeitung rang um die Unterstützung deutscher Mittel- und Oberschichten und betrachtete das Bürgertum als Zielgruppe seiner Widerstandspropaganda. Angesichts der Einbindung des deutschen Bürgertums in die „nationalsozialistische Volksgemeinschaft" aber blieb dieses Werben um eine Revision des bürgerlichen Selbstverständnisses sinnlos. Diese Ausrichtung des *Wahren Deutschland*, das einerseits den nationalen Standpunkt betonte, eine positive deutsche Nationalgeschichte konstruierte und daraus den Anspruch auf eine deutsche Gleichberechtigung ableitete, andererseits aber mit seinen Appellen in Deutschland immer mehr ins Leere stieß, war ein zentrales Argument für offizielle britische Stellen, die Zeitung finanziell nicht zu unterstützen.

---

[160] Die Grenzen der nationalsozialistischen Außenpolitik, von einem deutschen Diplomaten, in: Das Wahre Deutschland, März 1939, S. 1–6, hier S. 5.
[161] Die Festung der Freiheit, in: Das Wahre Deutschland, Juli 1940, S. 1–4, hier S. 2.
[162] Runge, Politische Identität und nationale Geschichte, S. 108.

Die in manchem konservative Färbung des *Wahren Deutschland* war nach Meinung Hans Albert Kluthes „notwendig, um die Kreise zu erfassen, ohne die der Umschwung nun einmal unmöglich ist".[163] Er selbst aber entfernte sich von den traditionellen Prägungen des bürgerlichen deutschen Liberalismus im Verlauf seines Exils immer deutlicher. An ihm können wir den Prozeß der Akkulturation anschaulich nachvollziehen, in dem durch die Erfahrung der Fremde eine Einbindung neuer Ordnungsvorstellungen in den eigenen Wertehorizont erfolgte, welcher sich dadurch wiederum veränderte. Eine so verstandene Akkulturation stellt den ideellen Teilprozeß der Assimilation dar.[164] In diesem Sinne meinte Kluthe 1946: „Wir können [...] eine Menge von England lernen. Aber ich gehöre nicht zu denen, die da glauben, man könne englische Einrichtungen einfach auf Deutschland übertragen [...]. Was in Jahrhunderten in einem besonderen Klima gewachsen ist, das läßt sich nicht einfach kopieren."[165]

Nach dem Krieg wirkte Kluthe an der Umsetzung dieser neuen Ordnungsvorstellungen in Deutschland mit, unter anderem in der Europa-Union. Dabei war die europäische Einigung unter Einschluß Deutschlands nur ein Teil einer umfassenderen Politik- und Gesellschaftsvorstellung. Es ging nun darum, Deutschland (bzw. wie sich bald herausstellten sollte: Westdeutschland) im Westen zu verankern. Dies bezog sich nicht allein auf ein politisches oder militärisches Bündnis, sondern auch auf eine ideelle Eingliederung Deutschlands in den Westen. Ziel war die endgültige und dauerhafte Etablierung westlicher Wertesysteme in Deutschland. Was Männern wie Kluthe meist schon vor 1933 in Ansätzen vor Augen gestanden hatte und ihn zum Ende der Weimarer Repbulik immer deutlicher von vielen anderen DDP-Mitgliedern trennte, erhielt nun durch das Leben im „Westen", in Gesellschaften, in denen eben jene westlichen Ordnungsvorstellungen zum politisch-gesellschaftlichen Grundverständnis gehörten, seine endgültige Ausprägung. Daraus resultierte auch die unbedingte Bereitschaft, die Alliierten in ihren Kriegszielen zu unterstützen, auch wenn man in Einzelfragen durchaus unterschiedlicher Meinung sein konnte.

So verankerte sich der angelsächsische Liberalismus immer deutlicher in Kluthes Weltbild.[166] Dem entsprach eine tiefe Abneigung gegenüber der französischen Variante der Aufklärung mit ihren basisdemokratischen und radikalen Zügen. Sein Ziel war die „Freiheit, im Sinne von Freiheit des einzelnen vom Staat, und nicht die Gleichheit, die Egalität wie in der französischen Aufklärung".[167] Zentrales Element war dabei eine Konsensfähigkeit innerhalb der Gesellschaft, die das Zusammenleben unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Gruppierungen ermöglichte. Gemeinsame Werte, welche sich auf den Schutz und die Freiheit des Individuums, das Eigentum und die Rechtsstaatlichkeit bezogen, „bilde-

[163] Brief Kluthe an Walter Hammer, 18. 1. 1939, BA N 1162/10, auch zitiert bei Runge, Politische Identität und nationale Geschichte, S. 115.
[164] Vgl. Hoffmann, Zum Begriff der Akkulturation, S. 117–126.
[165] Vortrag Hans Albert Kluthes vor deutschen Kriegsgefangenen: Das Ende der Weimarer Republik und die Gründe ihres Versagens, 1946, BA N 1162/44.
[166] Zum Konsensliberalismus vgl. vor allem: Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive, auch mit ausführlichen Literaturangaben.
[167] Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie, S. 63.

ten das unangreifbare Fundament, auf dem dann die Konflikte des Tagesgeschehens in Politik und Gesellschaft ausgetragen wurden", die aber nicht das gesamte System in Frage stellen konnten.[168] Dieser angelsächsische konsensuale Liberalismus wurde in den USA seit den dreißiger Jahren durch den „New Deal" mit keynesianischer, staatsinterventionistischer Wirtschaftspolitik und Sozialreformen unterfüttert. Hinzu trat die Philosophie des Pragmatismus, nach welcher politische Auseinandersetzungen sich am Machbaren orientieren und nicht in ideologischen Grabenkämpfen verlieren sollten. Überwölbt wurden diese Elemente seit dem Zweiten Weltkrieg durch einen ausgeprägten Antitotalitarismus. Gerade im Gegensatz zum „Bösen" konnten sich die eigenen Wertvorstellungen in den USA zu einer geschlossenen Ideologie entwickeln, welche alle Bereiche des gesellschaftlichen und politischen Lebens umfaßte. Diese, als „Konsensliberalismus" bezeichnete Ideologie, war durch einen Internationalismus geprägt, welcher ihre Ausbreitung über die eigenen Landesgrenzen hinaus verfolgte. Damit erklären sich auch die Versuche der Amerikaner, nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein konsensliberales System in Deutschland zu etablieren, „Deutschland politisch-ideologisch in die westliche Wertegemeinschaft einzubinden und die Ideenwelt eines nicht-westlichen Sonderbewußtseins zu neutralisieren".[169]

Dabei erhielten sie Unterstützung von Remigranten wie Hans Albert Kluthe. Denn auch wenn Kluthe nie in den USA gelebt und damit den Konsensliberalismus in seiner „Reinform" nicht kennengelernt hatte, reichten seine Erfahrungen mit dem in Großbritannien erlebten liberalen System, um auch die amerikanische Ausprägung des angelsächsischen Liberalismus zu akzeptieren.[170] Dazu trug nicht zuletzt die Vorbildfunktion bei, die neben Großbritannien auch die USA in den Augen Kluthes bereits während des Zweiten Weltkrieges einnahmen. Denn wenn in seinem Weltbild bestimmte liberale Forderungen, wie der Schutz des Individuums, ein funktionierendes Rechtssystem oder ein (sozial abgefederter) Freihandel, durch die Konfrontation mit dem angelsächsischen Liberalismus unverändert erhalten bleiben konnten, weil sie zu den Grundelementen des Liberalismus gleich welcher nationaler Tradition gehörten, traten auch neue Elemente hinzu. Vor allem faszinierte Kluthe die politische Kultur in Großbritannien und den USA mit ihrem Pragmatismus und ihrer Kompromißbereitschaft. Kluthe bezeichnete bereits im letzten Jahrgang des *Wahren Deutschland* den in den USA seit Roosevelts „New Deal" praktizierten Konsensliberalismus als „Geist der Zukunft" und betonte: „Wir beneiden Amerika [...] um die Form, in der politische Gegensätze ausgetragen werden."[171] Gleiches galt für England, das Kluthe immer stärker als vorbildlich ansah: „In Great Britain, you find of course a great variety of political opinions. But all agree upon the principle of Parliament Democracy [...]. All accept the rules of the political game and want to achieve their ends only

[168] Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen, S. 76.
[169] Ebenda, S. 15.
[170] Dies lag nicht zuletzt daran, daß die Amerikaner neben den „Ideen" einfach auch die finanziellen Möglichkeiten besaßen, in Westdeutschland jene zu unterstützen, denen es ebenfalls um die Verankerung eines westlich-liberalen Systems in Deutschland ging.
[171] Roosevelt, in: Das Wahre Deutschland, Nov.–Dez. 1940, S. 1–3, hier S. 2.

by persuasion and strictly constitutional means."[172] Dies war es, was es auch für Deutschland zu erreichen galt: die Aufgabe jedes „weltfremden Doktrinismus" – der nach Meinung Kluthes auch der Weimarer Republik und ihren Parteien zu eigen gewesen war – und statt dessen die Akzeptanz grundsätzlicher politischer Spielregeln durch alle am politischen Geschehen beteiligten Parteien.[173] Kluthe sah in einer solchen angelsächsisch geprägten „Konsenskultur" für Deutschland die einzige Möglichkeit, „in einem Lande, das eine solche Fülle widersprechender Tendenzen", also regionale und konfessionelle Zersplitterung auszugleichen hatte, ein funktionierendes politisches System zu stabilisieren.[174] Eng verbunden mit dieser Akzeptanz politischer Grundregeln, „in deren Rahmen Toleranz und Kompromißbereitschaft herrschen",[175] war die Ablehnung jedweder extremistischer Positionen. Die in seinen Augen von der Weimarer Republik gehandhabte Toleranz gegenüber Nationalsozialisten und Kommunisten durfte sich in Zukunft nicht wiederholen: „One important lesson we have to learn from the fall of the Weimar Republic is that our conception of democratic freedom must be overhauled. [...] One cannot be tolerant with the intolerant."[176] In diesem Kontext lehnte Kluthe jede Kooperation mit den Kommunisten ab, was nicht zuletzt auch auf den Einfluß der in den Kriegsjahren in den angelsächsischen Ländern geführten Totalitarismusdiskussion zurückzuführen ist. Bereits in der Zwischenkriegszeit hatte er den Kommunisten skeptisch gegenübergestanden und in den Jahren des Zweiten Weltkrieges weigerte er sich mit den Exilkommunisten zusammenzuarbeiten, „obwohl sie sich aus taktischen Gründen ein demokratisches Mäntelchen umhängen. In ihren Methoden und in ihrer Gesinnung unterscheiden sie sich in keiner Weise von den Nazis. Eine rote Diktatur ist ebenso grauenhaft wie eine braune, und die Verbrechen Stalins unterscheiden sich nicht von denen Hitlers. Mit Menschen, die diese Politik billigen, haben wir nichts gemein."[177] So wehrte sich Kluthe auch entschieden dagegen, in die Veröffentlichungen des „European Committee" der Federal Union die Nachkriegsplanungen im Hinblick auf die europäische Wirtschaftsordnung unter sozialistische Vorzeichen zu stellen, um „freedom from want" zu garantieren: „[...] The establishment of a socialist economy is simply absurd. My main objection is that it will lead to an intolerable tyranny without bringing about the promised blessings."[178] Damit waren auch die Positionen Kluthes im sich entwickelnden Ost-West-Konflikt absehbar, und es

---

[172] Manuskript Hans Albert Kluthes, The Fall of the Weimar Republic, ohne Datum (nach Atlantik-Charta), BA N 1162/44.

[173] Vortrag Hans Albert Kluthes vor deutschen Kriegsgefangenen: Das Ende der Weimarer Republik und die Gründe ihres Versagens, 1946, BA N 1162/44.

[174] Ebenda.

[175] Ebenda.

[176] Manuskript Hans Albert Kluthes, The Fall of the Weimar Republic, ohne Datum (nach Atlantik-Charta), BA N 1162/44.

[177] Die Aufgaben der Deutschen im Ausland, in: Das Wahre Deutschland, Okt.–Dez. 1939, S. 6–9, hier S. 9. Der Artikel, in dem für „einen stärkeren Gedankenaustausch" der DFP mit anderen Exilgruppen geworben wurde, erschien just zum Zeitpunkt, als die Verhandlungen um das „Central European Joint Committee" unter Beteiligung Kluthes geführt wurden.

[178] Brief Kluthe an Josephy, 20. 6. 1943, BA N 1162/41.

erklärt sich, warum Kluthe (sowie alle anderen Remigranten und „Westernisierer") in der Europa-Union erst Anfang der fünfziger Jahre Führungsaufgaben im Bundesverband übernahm. Die in den ersten Jahren – unter der Präsidentschaft Eugen Kogons – vertretene Idee eines sozialistischen „Europa der Dritten Kraft" konnte nach Westen Orientierte nicht ansprechen. So wenig wie Kogon aufgrund seiner Weltanschauung die Ausrichtung der Europa-Union hin auf das Ziel einer „westlich" geprägten Gesellschaft verwirklichen konnte und wollte, so wenig waren jene Kräfte, die eben diese Neuausrichtung Mitte der fünfziger Jahre bewirken sollten, bereit, das tendenziell sozialistische und neutralistische Europakonzept der Europa-Union der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre zu tragen.

Kluthes Nachkriegskonzeption sah also die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit allen demokratischen Parteien und die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen politischen Positionen vor, er kam also durch das Exil zu ähnlichen Vorstellungen wie auch Eugen Kogon durch seine Lagererfahrung. Diese Konzeption sollte sich in der Europa-Union spiegeln, in der im Gegensatz zur ideell, konfessionell und politisch homogenen Abendländischen Bewegung Vertreter verschiedener politischer Strömungen versammelt waren. Ähnliche Prozesse lassen sich im übrigen auch auf seiten der sozialdemokratischen Präsidialmitglieder der Europa-Union, die ebenfalls die Jahre des „Dritten Reiches" im Exil verbrachten, identifizieren. Diese Kompromißfähigkeit, die weit über die in der Weimarer Republik vertretenen Positionen von Demokraten hinausging – von Konservativen oder Sozialisten gar nicht zu reden –, „stellte einen zukunftsweisenden Beitrag zur demokratischen Bewußtseinsbildung dar, ohne freilich für linksliberale oder katholische Exilanten insgesamt repräsentativ zu sein".[179] In der grundsätzlichen Bereitschaft zum Konsens über alle politischen Parteigrenzen hinweg (unter Ausschluß rechts- und linksextremer Positionen) liegt ein entscheidendes Merkmal der Europa-Union, wurzelnd nicht zuletzt in den biographischen Erfahrungen ihrer Mitglieder. Diese Konsensfähigkeit unterscheidet die Europa-Union grundsätzlich von der abgeschotteten Position der auf das konservative Spektrum beschränkten Abendländer.

Voraussetzung einer stabilisierten demokratischen Ordnung in Deutschland mußte in Kluthes Augen sein, daß „der Liberalismus [...] das politische Denken aller Parteien" durchdringe und eine liberale Öffentlichkeit das System stütze:[180] „Democracy can only work, if there is an enlightened public opinion."[181] Bis eine solche Öffentlichkeit allerdings in Deutschland existieren würde, hatte Deutschland in Kluthes Augen „to travel a long road", war noch ein gutes Maß „educational work" zu leisten. An dieser Erziehung wollte er selbst teilnehmen, was sich in seinem unbedingten Wunsch niederschlug, baldmöglichst nach Kriegsende nach Deutschland zurückzukehren.[182] Aber auch in seiner Arbeit mit den deutschen

---

[179] Runge, Politische Identität und nationale Geschichte, S. 112.

[180] Vortrag Hans Albert Kluthes vor deutschen Kriegsgefangenen: Das Ende der Weimarer Republik und die Gründe ihres Versagens, 1946, BA N 1162/44.

[181] Manuskript Hans Albert Kluthes, The Fall of the Weimar Republic, ohne Datum [nach Atlantik-Charta], BA N 1162/44.

[182] Entwurf einer Begründung Hans Albert Kluthes betr. einer schnellen Rückkehr nach

Kriegsgefangenen versuchte er, einen ersten Ansatz dieser Erziehungsarbeit zu leisten und seine demokratischen Ideale zu vermitteln.

So zeigte sich in den späteren Kriegsjahren, daß Kluthe die Situation im Reich inzwischen ganz anders beurteilte, als er dies etwa im *Wahren Deutschland* zumindest nach außen hin getan hatte. Zwar war er immer noch davon überzeugt, daß die Deutschen nicht grundsätzlich ungeeignet für die Demokratie seien. Den Vansittartisten, die diese Auffassung vertraten, hielt er vor, „[they] descend to the level of Nazi ideology".[183] Und immer noch betonte er die nationalliberalen Traditionen Deutschlands als einen möglichen Anknüpfungspunkt nach dem Kriege. Dennoch war Kluthe im Verlauf des Krieges einiges von seinem im *Wahren Deutschland* vertretenen positiven Geschichtsbild abhanden gekommen. So begründete er nun das Scheitern der Weimarer Republik auch damit „that we were – historically speaking – not conditioned for self-government".[184] Damit trat der Friedensvertrag von Versailles als Ursache für das Scheitern der Weimarer Republik und den Aufstieg des Nationalsozialismus langsam in den Hintergrund. Auch wenn er „Versailles" nach dem Zweiten Weltkrieg weiterhin als „Diktat" bezeichnete, änderte dies für Kluthe nichts mehr daran, daß „dies ein sehr bequemes Verfahren [ist], das uns der Notwendigkeit enthebt, über unsere eigenen Fehler nachzudenken".[185] Denn „die deutschen Unterhändler hatten ihn [den Friedensvertrag] ratifiziert. Wir waren berechtigt, ihn offen und ehrlich mit Argumenten zu bekämpfen, aber es war ein Verbrechen, ihn heimlich zu umgehen und damit die Vertragspartner zu betrügen".[186]

Trotz eines weitreichenden Verständnisses für die alliierten Kriegsziele stand es für Kluthe außer Frage, daß Deutschland auf Dauer an einer stabilen Nachkriegsordnung beteiligt sein müsse. Eine gefestigte deutsche Demokratie konnte für ihn, und damit traf er sich mit den Überzeugungen beinahe aller Widerstandskämpfer und Emigranten, nur bei Einbindung der Deutschen in die internationale Ordnung entstehen. Ein geeintes Europa sollte einen zentralen Bestandteil dieser Ordnung bilden. So finden wir auch auf „Europa" bezogen eine Weiterentwicklung der Vorstellungen Kluthes. Im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit stand, entscheidend mitangeregt durch die Arbeit Kluthes in der Federal Union und ihrem European Committee, nun eine europäische Föderation im Mittelpunkt. Die Federal Union skizzierte in zwei Memoranden im Sommer 1943 eine Weltordnung, als deren Teil die supranationale Regierung einer europäischen Föderation die Ge-

---

Deutschland, ohne Datum, BA N 1162/25. „Long road": Manuskript Hans Albert Kluthes, The Fall of the Weimar Republic, ohne Datum [nach Atlantik-Charta], BA N 1162/44.

183 Manuskript Hans Albert Kluthes, The Fall of the Weimar Republic, ohne Datum [nach Atlantik-Charta], BA N 1162/44.

184 Ebenda.

185 „Diktat": Vortrag Hans Albert Kluthes vor deutschen Kriegsgefangenen: Die deutsche Jugend und die Zukunft, 1946, BA N 1162/44. Restliches Zitat: Vortrag Hans Albert Kluthes vor deutschen Kriegsgefangenen: Das Ende der Weimarer Republik und die Gründe ihres Versagens, 1946, BA N 1162/44.

186 Vortrag Hans Albert Kluthes vor deutschen Kriegsgefangenen: Die deutsche Jugend und die Zukunft, 1946, BA N 1162/44.

schicke Europas lenken sollte. Zur Schaffung dieser europäischen Regierung mit „definite but limited power" forderte man von der britischen Regierung, eine vorbereitende Konferenz einzuberufen, denn man schätzte „the settlement of Europa" als „main responsibility of British foreign policy" ein.[187] In einem zweiten Memorandum führte das Committee die Struktur der geplanten europäischen Föderation weiter aus. Neben einer Reihe von Zuständigkeitsbereichen, in denen die Souveränität von den einzelnen Staaten auf die Bundesgewalt übergehen sollte (Verteidigung, Außenpolitik und Außenwirtschaft, die Erhebung bestimmter Steuern usw.), stand im Zentrum der Vorschläge, ganz liberalen Traditionen entsprechend, die Sicherung von Menschen- und Freiheitsrechten durch die Föderation. Dazu dienten unter anderem eine Europäische Verfassung sowie ihre Sicherung durch einen Gerichtshof und eine europäische Polizei, die das Recht der supranationalen Instanz auf Eingriffe in nationale Strukturen umsetzte. Diese Eingriffsmöglichkeit sollte sich bis hin zur politischen Ordnung der Föderationsmitglieder beziehen, und in diesem Punkt spiegelt sich der Entstehungszusammenhang des Memorandums in den Kriegsjahren: Gegen einen Staat, der, „under cover of democratic forms, is in fact governing in accordance with the principles of totalitarism", sollte die föderale europäische Regierung das Recht zur Intervention besitzen.[188] Es ging den Mitgliedern des European Committee also darum, die demokratische Ordnung in Europa zu zementieren und eine supranationale Institution zur Wahrung dieser Ordnung einzusetzen. Hier finden wir einen entscheidenden Wandel in den Konzepten der Europaorganisationen gegenüber den Jahren der Zwischenkriegszeit. Hervorgerufen durch die Auseinandersetzung mit den faschistischen und kommunistischen Diktaturen, forderten sie, ebenso wie etwa auch die Résistance-Gruppierungen auf dem europäischen Kontinent, erstmals nicht nur eine europäische Vereinigung, sondern auch eine demokratische Fundierung dieser Vereinigung. Demgegenüber hatten sich die Europa-Organisationen der Weimarer Republik meist auf den Standpunkt zurückgezogen, daß die Regierungsformen in den einzelnen an einem europäischen Bund beteiligten Ländern ausschließlich eine nationale Frage darstellten und eine Einmischung von außen undenkbar sei.[189] Hier zeigt sich der in der Literatur immer wieder erwähnte

---

[187] European Committee of Federal Union: Memorandum on Foreign Policy, Juli 1943, abgedruckt in: Lipgens (Hg.), Documents on the History of European Integration History, Bd. II, S. 801–806. Vgl. auch den Peace-Aims-Report der Federal Union „Federation: Peace Aim – War Weapon" vom Juni 1942, BA N 1162/41, an dessen Erstellung Kluthe ebenfalls beteiligt war.

[188] European Committee of Federal Union: Powers of the Fedral Governement, Juli 1943, abgedruckt in: Lipgens (Hg.), Documents on the History of European Integration History, Bd. II, S. 807.

[189] So hatte beispielsweise Richard Coudenhove-Kalergi sich immer gegen eine demokratische „Vereinnahmung" Paneuropas gewehrt: „Auch heute ist Paneuropa neutral im Kampf zwischen Demokratie und Faschismus. Wir können nicht mit der Verwirklichung Paneuropas warten, bis ganz Europa einheitlich faschistisch ist oder demokratisch [...]. Darum muß Paneuropa so organisiert sein, daß es ein Nebeneinander von verschiedenartigen Verfassungsformen im Rahmen seines Staatenbundes duldet [...]." Coudenhove-Kalergi, Richard: Paneuropa und Faszismus, in: Paneuropa 9 (1933), Heft 5, S. 131. Zitiert nach Schöndube, Ein Leben für Europa. S. 46.

Einfluß des Zweiten Weltkrieges auf die Europa-Konzeptionen der Nachkriegszeit.[190] Ebenso deutlich spiegelt sich in diesem speziellen Beispiel jedoch auch die Verankerung des European Committee in den ordnungspolitischen Grundüberzeugungen, auf denen die englische Gesellschaft fußte.

Daß die Föderation die demokratische Ordnung ihrer Mitgliedsstaaten überwachen sollte, war gegenüber früheren Vorschlägen ein neues Element, welches eng mit den persönlichen Erfahrungen der Emigranten verbunden war. Zwar verlor sich dieser „missionarische" Anspruch nach Kriegsende, als man darum kämpfen mußte, nationale Souveränitäten überhaupt einzuschränken. Dennoch zeigten die Vorschläge des „European Committee", an deren Ausarbeitung Kluthe beteiligt war, den engen Zusammenhang zwischen Europa-Plänen und Demokratisierungsabsichten vor allem in Deutschland. Diese Erkenntnis hatten die Remigranten in den Jahren des Exils gewonnen, auch wenn sie wie Kluthe bereits in der Zwischenkriegszeit tendenziell „nach Westen" orientiert gewesen waren. Was in den zwanziger und dreißiger Jahren nur ansatzweise vorhanden gewesen war, hatte sich durch Krieg und Exil zu einer neuen Überzeugung entwickelt: „Die westlichen Demokratien haben [...] allen Stürmen der Zeit getrotzt und ihre Überlegenheit bewiesen."[191] Es galt, Deutschland – in einem geeinten Europa – in diesen „Westen" mit seinen politischen und gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen einzubinden.

Schon bald nach Kriegsende wurde Remigranten wie Kluthe allerdings klar, daß eine „erzwungene" Demokratisierung durch eine europäische Regierung ebenso wenig umzusetzen war, wie die „Reeducation" durch die Alliierten zu der von ihnen erhofften Liberalisierung der deutschen Öffentlichkeit führen würde. Statt dessen wollten die Remigranten die dauerhafte Verwestlichung der Bundesrepublik durch ihr Engagement in Organisationen wie der „Europa-Union" vorantreiben. Der Gegensatz zu den Zielen der Abendländischen Bewegung ist offensichtlich.

Ludwig Rosenberg

Die Europa-Union der fünfziger Jahre trug den außenpolitischen Kurs der Regierung Adenauer mit. Dennoch standen in ihren Reihen auch Gewerkschaftsmitglieder und Sozialdemokraten, selbst wenn die SPD-Spitze die Mitgliedschaft von Parteimitgliedern in dem Verband nicht gerne sah. Es ist bezeichnend, daß viele der sozialdemokratischen Präsidiumsmitglieder der Europa-Union Remigranten waren. Gleichzeitig handelte es sich bei ihnen meist um Persönlichkeiten, die den „Modernisierungskurs" des DGB bzw. der SPD hin in Richtung Düsseldorfer bzw. Godesberger Programm mittrugen.[192] Im folgenden sei kurz auch auf diese

---

[190] Vgl. beispielhaft: Lipgens (Hg.), Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945, Einleitung.

[191] Die Festung der Freiheit, in: Das Wahre Deutschland, Juli 1940, S. 1–4, hier S. 2.

[192] Zum Zusammenhang zwischen sozialdemokratischer Remigration und „Westernisierung" der Gewerkschaften vgl. neuerdings: Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Dies., Wertewandel in den Gewerkschaften. Dies., Der Zehnerkreis. Siehe

Exilerfahrungen eingegangen, um den Blick auf die Wurzeln der Europa-Union im bürgerlich-liberalen Exil zu ergänzen. Denn viele der Entwicklungen, die wir bei Kluthe verfolgen konnten, waren nicht an bürgerlich-liberale Positionen gebunden.

Ludwig Rosenberg, Jahrgang 1903, war bereits in der Weimarer Republik als Funktionär des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GDA) tätig und hatte damit die berufliche Tätigkeit gefunden, die er fortan beibehalten sollte. In der GDA herrschten statt klassenkämpferischer Parolen eher „sozialliberale" Positionen vor, die den jungen Rosenberg bereits in der Zwischenkriegszeit von der Ideenwelt der deutschen Arbeiterbewegung distanzierten. Dies wiederum erklärte seine Offenheit für „neue" Ideen, die ihn deutlich etwa von alten Partei- und Gewerkschaftsgenossen unterschied.[193] 1933 brach Rosenbergs Karriere ab. Er verließ aufgrund seiner politischen Orientierung, vor allem aber wegen seiner jüdischen Herkunft das Deutsche Reich und ging ins Exil nach Großbritannien. Hier gelang es ihm, seinen Lebensunterhalt über Lehrtätigkeiten und als freier Mitarbeiter von Zeitungen und Zeitschriften zu finanzieren. Daneben beteiligte er sich in den Exilorganisationen der deutschen Sozialdemokratie an der Entwicklung von Nachkriegskonzepten für Deutschland und Europa und war wie Hans Albert Kluthe für die Alliierten tätig.

England entwickelte sich nach Beginn des Zweiten Weltkrieges zu einem der Exilzentren deutscher Sozialdemokraten und Kommunisten, die in ihren jeweiligen Organisationen und Splittergruppen ebenso wie die bürgerlichen Organisationen darauf brannten, die Propagandapolitik und die Nachkriegsplanungen der britischen Regierung beeinflussen zu können, jedoch auf ebensolche Schwierigkeiten stießen. Selbst bei der Labour Party, von der sich zumindest die Sozialdemokraten mehr an Solidarität erhofft hatten, trafen die Exilanten auf eine reservierte Haltung.

Angesichts der schwachen eigenen Position kristallisierte sich innerhalb der sozialistischen und sozialdemokratischen deutschen Einzelverbände zunehmend die Bereitschaft heraus, sich einander anzunähern. Daraus resultierte der im März 1941 erfolgte Zusammenschluß der verschiedenen Organisationen SOPADE, Internationaler Sozialistischer Kampfbund (ISK), Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) und der Gruppe Neu Beginnen zu einer „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien".[194] Die Union, mit der die Zersplitterung der deutschen Sozialdemokratie überwunden war, ist für die Geschichte der SPD nach 1945 von zentraler Bedeutung. Die Exilvertretungen der deutschen Gewerkschaften schlossen sich im Februar 1941 ebenfalls zu einer „Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien" zusammen, deren Gründungsmitglied Ludwig Rosenberg war.

---

auch: Mehringer, Impulse sozialdemokratischer Remigranten auf die Modernisierung der SPD.

[193] Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie, S. 339.

[194] Zur „Union" neuerdings: Eiber, Die Sozialdemokratie in der Emigration. Außerdem: Röder, Exilgruppen, vor allem S. 90–102.

Dennoch konnten Sozialdemokraten und Sozialisten, ebenso wie die Vertreter anderer politischer Richtungen, überwiegend nur als Einzelpersonen mit britischen Regierungsstellen zusammenarbeiten. Dies galt auch für Rosenberg. Von 1940 bis 1944 war er im britischen Außenministerium bei der Vermittlung von deutschen Emigranten an die britische Rüstungsindustrie beschäftigt. Nebenbei arbeitete er im Rahmen des Arbeiterprogramms der BBC auf propagandistischem Gebiet.[195] Schließlich ergaben sich für deutsche Exilanten, unter ihnen Rosenberg, Wirkungsmöglichkeiten im Rahmen der britischen und amerikanischen Geheimdienste. Rosenberg etwa stand, wie andere Führungsmitglieder der „Union" und der „Landesgruppe", in Kontakt mit dem amerikanischen Office for Strategic Services (OSS), der eng mit dem britischen Geheimdienst, vor allem dem Special Operations Exekutive (SOE), zusammenarbeitete und im Juni 1942 in London eine Niederlassung eröffnete.[196] Das OSS richtete hier eine Abteilung, den Labor Desk, ein, die zur Kontaktaufnahme mit den Exilorganisationen der SPD und der Gewerkschaften gedacht war.[197] Während die Exilanten dem OSS vor allem als „Informationsquelle" dienten, profitierten diese ebenfalls von der Zusammenarbeit. Ihnen verschaffte diese Arbeit ein deutliches Mehr an Information über die Kriegssituation und die Lage auf dem europäischen Festland. Das OSS erleichterte es den Flüchtlingen außerdem, den Kontakt zu europäischen Widerstandsbewegungen oder anderen Exilanten etwa in den USA aufrechtzuerhalten, welche ebenfalls mit dem OSS zusammenarbeiteten. Nicht zuletzt reichte zwischen OSS und Exilanten „die Interessenkongruenz [...] über die gemeinsame Gegnerschaft zum Nationalsozialismus hinaus, denn auch in der Ablehnung des Kommunismus war man sich einig, und in groben Zügen sogar über die Nachkriegsordnung".[198] So arbeitete zwischen 1942 und Kriegsende ein fester Stamm von Führungsmitgliedern der „Union" für das OSS, darunter auch Ludwig Rosenberg.

Neben dieser Tätigkeit für die Alliierten beteiligte sich Rosenberg intensiv an der programmatischen Arbeit der „Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in Großbritannien".[199] Diese setzte es sich zur Aufgabe, alle im britischen Exil lebenden deutschen Arbeiter zu sammeln, und man vertrat ein „einheitsgewerkschaftliches Konzept, das die Öffnung für alle Richtungen in der Arbeiterbewegung vorsah, korporatistisches Denken ablehnte und einem westlichen Demokratieverständnis entsprach."[200] Auch bei der „Union", mit der die „Landesgruppe" immer in engem Kontakt stand, waren sozialrevolutionäre Optionen beinahe völlig in den Hintergrund getreten. Damit setzten sich die Landesgruppe wie auch

---

195 Ebenda, S. 5/FN 9. Vgl. auch: Pütter, Rundfunk gegen das „Dritte Reich", S. 87–93.

196 Eiber, Die Sozialdemokratie in der Emigration. Hier auch Literaturangaben zum OSS in FN 219. Vgl. auch ders., Verschwiegene Bündnispartner.

197 Vgl. u.a.: Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie, S. 252–257. Foitzik, Revolution und Demokratie, S. 321.

198 Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie, S. 254.

199 So leitete er etwa eine Kommission, die sich seit Ende 1944 mit dem Problem des genossenschaftlichen Wiederaufbaus in Deutschland beschäftigte und gab im Juni 1945 die Vorschläge der „Union für den Wiederaufbau der Genossenschaften" mit heraus. Abgedruckt in: Eiber, Die Sozialdemokratie in der Emigration. S. 403–408.

200 Angster, Wertewandel in den Gewerkschaften, S. 119.

die „Union" vom traditionell sozialistischen Denken der Arbeiterbewegung immer deutlicher ab. Für diesen Prozeß spielte das Vorbild der Labour Party eine nicht unbedeutende Rolle, hatte man doch mit ihr eine „pragmatisch ausgerichtete, nicht von marxistischer Dogmatik geprägte Arbeiterpartei" vor Augen, die ihre Wähler auch jenseits der Arbeiterklasse fand.[201] Gleichzeitig nahmen die sozialdemokratischen Emigranten an der in den angelsächsischen Ländern geführten Totalitarismusdiskussion teil. Die bereits vor dem Zweiten Weltkrieg, etwa angesichts der „Säuberungen" in der Sowjetunion bestehenden Zweifel am „Volksfront"-Konzept, verstärkten sich nach dem Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes 1939. Dies führte dazu, daß der „ursprünglich antifaschistische Konsens des sozialistischen Exils [...] sich transformierte und zu einem antitotalitären Konsens erweiterte".[202]

Die Zeit in Großbritannien stärkte Rosenbergs Position als überzeugter Verfechter eines nicht-marxistischen pragmatischen Gewerkschaftskonzepts. Obwohl er schon vor 1933 mit der GDA bei einer nicht-marxistisch ausgerichteten Gewerkschaft tätig gewesen war, fundierten die Jahre in Großbritannien diese Überzeugung dauerhaft in Rosenbergs Weltbild. Die Sozialdemokratie sollte sich nach seinen Vorstellungen in Zukunft auch zur bürgerlichen Mitte hin öffnen, die bürgerlich-liberale Demokratie anerkennen und den „Sozialismus" als Leitvokabel abschaffen. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien, die wir schon bei Kogon und Kluthe ausgemacht haben, entwickelte sich auch bei Rosenberg. Hinzu kam aber der Wille zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Arbeitgeberseite, um die Interessen der Arbeiterschaft sinnvoller umsetzen zu können als im „Klassenkampf". Daß Rosenberg im Präsidium der Europa-Union mit führenden Vertretern der westdeutschen Industrie und Finanz saß, spiegelt diesen Willen wider.

In diesem durch das Exil gefestigten Gedankengebäude fand auch eine föderative europäische Neuordnung auf demokratischer Grundlage ihren Platz.[203] Zwar nahm die europäische Neuordnung im sozialistisch-sozialdemokratischen Exil gegenüber der inneren Neuordnung Deutschlands keinen zentralen Stellenwert ein.[204] Rosenberg jedoch unterschied sich durch die explizite Forderung einer europäischen Föderation von nicht wenigen sozialdemokratischen Exilanten, die zum allergrößten Teil den in der Weimarer Republik vertretenen Positionen zur europäischen Einigung treu blieben. Denn trotz der Mitgliedschaft prominenter Sozialdemokraten (wie Paul Löbe) in Verbänden wie der Paneuropa-Union oder

---

[201] Mehringer, Impulse sozialdemokratischer Remigranten auf die Modernisierung der SPD, S. 106.

[202] Ebenda, S. 101. Zur Bedeutung der Totalitarismustheorie für die programmatische und ideelle Entwicklung der deutschen Exilanten vgl. auch: Angster, Wertewandel in den Gewerkschaften, S. 130. Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen, S. 55. Vorholt, Die Sowjetunion im Urteil des sozialdemokratischen Exils.

[203] Diskussion der SPD-Konferenz „Der kommende Friede und das kommende Deutschland" im Mai 1941, an der Rosenberg teilnahm, abgedruckt bei Eiber S. 506. Vgl. auch: Behring, Demokratische Außenpolitik für Deutschland, S. 381–391.

[204] Vgl. auch: Paul, Die Zauberformel vom vereinten Europa. Behring, Demokratische Außenpolitik für Deutschland, S. 381–391.

dem Verband für Europäische Verständigung, trotz der im Parteiprogramm von 1925 verankerten Forderung der „Vereinigten Staaten von Europa", stand für die Sozialdemokratie doch immer der Völkerbund, und damit ein nationalstaatlich strukturiertes System im Vordergrund, über dessen Reform in der Zwischenkriegszeit weit ausführlicher als über „Europa" diskutiert wurde.[205] Auch im Exil blieb für viele Sozialdemokraten ein „neuer Völkerbund" Orientierungspunkt. Bei Rosenberg hingegen scheint sich die Überzeugung einer notwendigen europäischen Einigung – in atlantischer Perspektive – durch das Exil verfestigt zu haben.

Daß Rosenberg in den fünfziger Jahren nicht nur außenpolitischer Kopf des DGB wurde und die „Modernisierung" der SPD bzw. der Gewerkschaften mit vorantrieb, sondern auch Präsidiumsmitglied eines atlantisch-westlich orientierten, „funktionalistischen" Europaverbandes wurde, hatte seine Wurzeln in der Exilerfahrung. Dies galt für ihn ebenso wie für andere Emigranten in den angelsächsischen Ländern, welche sich später für die „Europa"-Union engagierten. Im Vergleich zu den Abendländern finden wir hier eine völlig anders geartete Reaktion auf die Exilerfahrung und davon ausgehend auch ein völlig anderes Europakonzept: Während die Abendländer im Exil auf die ideellen Angebote der angelsächsischen Länder nicht eingingen und ihr Weltbild beinahe unverändert durch die Exilzeit bewahrten, lag bei den Anhängern der Europa-Union eine gegenteilige Entwicklung vor. Sie nahmen einen Teil der Angebote auf, paßten sie deutschen Bedürfnissen an und entwickelten daraus ein Europakonzept, das nichts mehr mit traditionellen deutschen Europavorstellungen zu tun hatte. Während bei den Abendländern die ideengeschichtliche Kontinuität gewahrt blieb, bedeutete für die Europa-Unions-Anhänger das Exil nicht nur einen lebensgeschichtlichen, sondern auch einen ordnungspolitischen Bruch. Es stellt sich die Frage, wie sich solch unterschiedliche Reaktionen auf die „Erfahrung der Fremde" erklären lassen. Entscheidend ist ganz offensichtlich, wie festgefügt das Weltbild des jeweiligen Exilanten war: Jemand, der vor dem Gang ins Exil keinen Grund hatte, an seinen Ordnungsvorstellungen zu zweifeln, der hatte auch im Exil keinen Grund dazu. Die Abendländer etwa waren von der Richtigkeit ihrer Konzepte (insbesondere der alten österreichischen Idee, verbunden mit einer zutiefst christlichen Grundhaltung) so überzeugt, daß der angelsächsische Liberalismus für sie einfach keine denkbare Alternative darstellte.[206] Jemand, der hingegen bereits in den Jahren vor dem Exil aus welchen Gründen auch immer an seinen Überzeugungen zu zweifeln begann, oder bereits vor dem Exil eher Minderheitsmeinungen in der eigenen Partei und politischen Gruppierung vertreten hatte, war eher bereit, sich im Exil auf neue Angebote einzulassen.[207] Diese enorme Bedeutung, welche das Exil für die Wurzeln der europäischen Idee hatte, blieb bisher jedoch meist unberücksichtigt.

---

[205] Feucht, Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik.

[206] Zwei ähnlich unterschiedliche Haltungen gegenüber und Reaktionen auf das Exil lassen sich auch im sozialistischen Spektrum ausmachen. Vgl. Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie, S. 340.

[207] In diesem Sinne: Ebenda.

Daß die europäische Idee nicht nur in Reaktion auf den Nationalsozialismus und seinen übersteigerten Nationalismus entwickelt wurde (wobei dies eine zentrale Motivation blieb), und daß auch der Zweite Weltkrieg und die Verwüstung Europas als Erklärung für eine Hinwendung zu westeuropäisch-liberalen Europakonzepten nicht ausreicht, haben die Beispiele Eugen Kogons einerseits, Hans Albert Kluthes und Ludwig Rosenbergs andererseits deutlich gemacht. Denn während Kogon im Nationalsozialismus zur Idee eines Europas der „Dritten Kraft" fand, welche aber nicht notwendigerweise westlich gedacht war, fanden die Exilanten aus den Reihen der späteren Europa-Union in der Begegnung mit westlich-liberalen Gesellschaften zu ganz neuen Europaideen. Dies geschah in deutlichem Gegensatz zu den wenigen Abendländern, welche im Exil gewesen waren und auf die diese Begegnung mit dem angelsächsischen Liberalismus keinen Eindruck gemacht hatte, eben weil sie in ihrem Weltbild zu festgeformt und von ihm zu überzeugt waren. Im Falle der späteren Mitglieder der Europa-Union jedoch waren – aufgrund persönlicher Dispositionen und eines weniger geschlossenen Weltbildes – eine freiheitlich-liberale Demokratie, Konsensfähigkeit und „entideologisierter" Pragmatismus, aber auch der Antikommunismus Elemente, die für diese Protagonisten aus „Europa" nicht mehr wegzudenken waren. Seit Anfang der fünfziger Jahre, als die Idee der „Dritten Kraft" gescheitert war, konnte dieses „*West*-Europa" in der Bundesrepublik in einem jahrelangen Prozeß durch Organisationen wie die Europa-Union verankert werden, während Konzepten wie dem „Abendland" zunehmend der gesellschaftliche Rückhalt verlorenging. An dieser „Verwestlichung Europas" hatte das Exil in diesem Sinne, und im deutlichen Gegensatz zur Geschichte der abendländischen Idee, entscheidenden Anteil.

„Tainted sources"? Industrielle Interessen im europäischen „Großwirtschaftsraum"

Neben den Remigranten spielte seit Mitte der fünfziger Jahre die westdeutsche Industrie und Hochfinanz in der Europa-Union eine einflußreiche Rolle. Während das sozialistisch orientierte Europa der „Dritten Kraft", welches die Europa-Union in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren vertreten hatte, in diesen Kreisen keine Unterstützung erhielt (ebenso wie die Europa-Union selbst einer umfangreichen Einbindung von Industrie und Wirtschaft in die eigenen Reihen in dieser Zeit eher skeptisch gegenüberstand), war die eindeutig atlantisch orientierte Europa-Union Mitte der fünfziger Jahre offenbar eine Organisation, welche zu unterstützen sich für industrielle Kreise lohnte. Auf die in den fünfziger Jahren maßgeblichen Gründe für diese Unterstützung wird noch einzugehen sein, ebenso wie der durchaus massive Einfluß der industriellen Interessen auf die inhaltlichen Positionen der Europa-Union zu analysieren sein wird. Zunächst jedoch ist nach den Wurzeln des auf diese Weise in den Verband hineingetragenen industriellen Europa-Verständnisses zu fragen. Es sind damit Kontinuitäten europäischer Konzepte anzusprechen, die (in zum Teil polemisch überspitzter Formulierung) immer wieder Thema der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion gewesen sind: Die Frage, welchen Einfluß der nationalsozialistische „Großraum"

in seiner ökonomischen Dimension auf die wirtschaftliche Integration Europas nach dem Zweiten Weltkrieg hatte.

Insbesondere die Geschichtswissenschaft der DDR hat sich immer wieder dem Interesse der Wirtschaft an der „Europäischen Neuordnung" während des Zweiten Weltkrieges zugewandt. Dabei hat sie auch keinen Zweifel an ihrer Überzeugung gelassen, die wirtschaftliche Integration der Nachkriegszeit in Montan-Union und EWG sei nichts anderes als die Fortsetzung der nationalsozialistischen „Großraumpolitik" mit anderen Mitteln.[208] Bis heute jedoch harren diese vermuteten Kontinuitäten zwischen „Drittem Reich" und Bundesrepublik einer systematischen Analyse. Ebenso sind die Positionen unterschiedlicher Unternehmer und Branchen gegenüber den nationalsozialistischen „Großraum"-Plänen bisher nicht abschließend herausgearbeitet worden. Der Einfluß industriellen Interesses, welches möglicherweise in Kontinuität zu den Jahren vor 1945 stand, auf die Europabewegungen und ihre Konzepte nach 1945 ist in der Forschung bisher noch nicht thematisiert.

Umfassend kann die Frage nach Kontinuitäten im industriellen Umgang mit „Europa" auch in dieser Arbeit nicht beantwortet werden. Ein Blick auf die Industrievertreter im Präsidium der Europa-Union, ihre Positionen im „Dritten Reich", ihre branchenspezifischen Erfahrungen kann allerdings Anhaltspunkte für die Beantwortung der Frage liefern, warum sie sich Mitte der fünfziger Jahre in der Europa-Union engagierten und welchen Einfluß dabei die „Großraumerfahrungen" des Zweiten Weltkrieges spielten. An einem konkreten Beispiel können insofern Kontinuitäten und Brüche im industriellen Europa-Verständnis zumindest angedeutet werden. Die biographischen Aspekte werden dabei stark in die allgemeine Entwicklung der deutschen Wirtschaft und ihres Verhältnisses zu einer europäischen Integration im 20. Jahrhundert einzubinden sein. Denn die industriellen Präsidiumsmitglieder der Europa-Union traten in viel stärkerem Maße, als dies bei anderen Mitgliedern der Europa-Union der Fall war, primär als Vertreter ihrer Unternehmen bzw. wirtschaftlicher Interessen auf. Folglich wäre eine zu starke Konzentration auf individuell-biographische Elemente kaum nützlich.[209]

---

[208] Vgl. in Auswahl: Drechsler/Dress/Hass, Der Platz Zentraleuropas. Eichholtz, Die IG-Farben-„Friedensordnung". Ders., Das Minette-Revier. Ders., Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945. Ders., Expansionsrichtung Nordeuropa. Piskol, Pläne und Maßnahmen der deutschen Monopolbourgeoisie. Ders., Nachkriegskonzeption der deutschen Monopolbourgeoisie. Schumann, Die faschistische „Neuordnung" Europas. Ders., Die wirtschaftspolitische Überlebensstrategie. Ders., Nachkriegsplanungen der Reichsgruppe Industrie. Ders., Politische Aspekte der Nachkriegsplanungen. Ders./Bednareck, Die faschistische „Neuordnung" Europas. Ders., Probleme der deutschen Außenwirtschaft. Siehe auch die Quellensammlungen: Hass (Hg.), Anatomie der Aggression. Opitz (Hg.), Europastrategien des deutschen Kapitals. Vgl. auch die Literaturangaben in der Einleitung.

[209] Allerdings wäre eine individuell-biographische Annäherung an die hier betrachteten Persönlichkeiten kaum in jenem Maße möglich gewesen, wie in den vorangehenden Kapiteln. Dies findet seinen Grund auch in der Quellenlage: Es fehlen publizierte Quellen, die die individuell-biographische Ebene berühren; Archivmaterial, wie es etwa im Falle Friedrich Carl von Oppenheims oder Günter Henles herangezogen wurde, erwies sich

Natürlich bedeutet dies nicht, daß persönliche Erfahrungen keine Rolle gespielt hätten, was etwa das Beispiel Friedrich Carl von Oppenheims, des langjährigen Präsidenten der Europa-Union demonstriert. Stärker als andere Industrielle verband der Chef des Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie. in seinem Engagement für die Europa-Union wirtschaftliche Überzeugungen mit persönlichen Erfahrungen und insbesondere seiner Verfolgung und Verhaftung im „Dritten Reich".

Im neugegründeten „erweiterten Präsidium" der Europa-Union versammelten sich seit 1954 Vertreter von Industrie und Finanz. Es dominierte eindeutig die Montanindustrie: Günter Henle von den Klöckner-Werken und Heinrich Kost, Präsident der Wirtschaftsvereinigung Bergbau, wurden unterstützt durch Wilhelm Beutler, den Geschäftsführer des in den fünfziger Jahren ebenfalls schwerindustriell dominierten BDI.[210] Besonders durch ihn, der über Jahre hinweg auch im engeren Präsidium der Europa-Union eine wichtige Rolle spielte und sich wesentlich stärker als alle anderen Industrievertreter in ihr engagierte, flossen die Positionen der westdeutschen Schwerindustrie in den Verband und seine Stellungnahmen ein.[211] Neben diese „schwerindustrielle" Gruppe trat ins erweiterte Präsidium der Europa-Union mit Ulrich Haberland von der Bayer-AG ein Vertreter der chemischen Großindustrie. Haberland war gleichzeitig auch Vorsitzender der Landesvertretung des BDI in Nordrhein-Westfalen.[212] Von einem Teilbereich dieser chemischen Industrie, der Gummi-Produktion und -Verarbeitung kam Albert Schäfer, der Geschäftsführer der Phoenix AG in Hamburg, hinzu.[213] Schließlich finden wir aus der Finanzwelt der Bundesrepublik Hermann Joseph Abs von der Deutschen Bank und Friedrich Carl von Oppenheim.[214] Es waren also durchaus hochrangige Industrie- und Finanzvertreter, die sich Mitte der fünfziger Jahre der Europa-Union anschlossen, wenn sie sich zum Teil auch eher am Rande der Organisation bewegten und vorwiegend ihren Namen (und ihr Geld) zur Verfügung stellten.

Betrachtet man die beruflichen Karrieren dieser Männer, so fällt auf, daß sie bereits seit den dreißiger Jahren leitende Positionen in ihren jeweiligen Unternehmen einnahmen. Günter Henle trat 1937, nachdem er 1936 den Auswärtigen Dienst verlassen hatte, als Chef in das Unternehmen seines Schwiegervaters Peter Klöckner ein. Heinrich Kost war seit 1932 Generaldirektor der „Rheinpreußen", Albert Schäfer hatte 1933 die Geschäftsleitung der Phoenix-AG übernommen. Der Chemiker Ulrich Haberland schließlich wurde 1938 Leiter des Bayer-Werkes

---

als wenig ergiebig im Hinblick auf Kontinuität und Wandel ihrer Europakonzepte vor und nach 1945.

210 Zu Günter Henle vgl. seine Memoiren: Weggenossen des Jahrhunderts. Zu Heinrich Kost siehe: Kroker, Heinrich Kost. Zu Wilhelm Beutler ließen sich, auch im BDI-Archiv, kaum nähere Angaben zum Lebenslauf ausfindig machen. Vgl. zu Beutler auch: Teil II, Kap. II.2.

211 Zur schwerindustriellen Dominanz im BDI vgl. Rhenisch, Europäische Integration und industrielles Interesse, S. 44f.

212 Zu Haberland vgl. Stokes, Divide and Prosper, v. a. S. 83–85.

213 Vgl. Berghahn, Otto A. Friedrich.

214 Zu Hermann Joseph Abs vgl. Gall/Feldman (Hg.), Die deutsche Bank. Gall, A man for all seasons. Zu Oppenheim: Stürmer/Teichmann/Treue (Hg.), Wägen und Wagen.

Uerdingen, 1943 übernahm er außerdem die Leitung des Werkes Leverkusen sowie zusätzlich der Werke Dormagen und Elberfeld. Wilhelm Beutler war, nach einer früheren Tätigkeit bei „Felten & Guillaume" in Köln bereits in den Jahren des „Dritten Reiches" als Vertreter industrieller Verbände tätig. Auch die beiden Finanzvertreter Abs und Oppenheim waren 1938, als Abs vom Bankhaus Delbrück Schickler & Co. in den Vorstand der Deutschen Bank wechselte, bzw. 1929, als Oppenheim Teilhaber im Bankhaus seiner Familie wurde, auf ihre Posten gekommen. So hatten alle aus der Industrie stammenden späteren Präsidiumsmitglieder der Europa-Union in den Jahren vor 1945 verantwortungsvolle Posten innegehabt. Damit ist für alle hier betrachteten Protagonisten von einer „Erfahrungskontinuität" über das Ende des Zweiten Weltkrieges hinweg auszugehen. Dies gilt auch für ihre Weltbilder und Ordnungsvorstellungen. Man weiß, daß bei den deutschen Industriellen über die „Zäsur" des Mai 1945 hinaus von einer starken „mentalen/habituellen Kontinuität" auszugehen ist.[215] Während die deutschen Unternehmer bereits am Ende der Weimarer Republik einen deutlichen sozialstrukturellen Wandel hinter sich gebracht hatte, blieben über das Jahr 1945 hinweg die soziale Struktur und mentalen Prägungen vorerst erhalten. Erst in den sechziger Jahren übernahm dann eine neue Unternehmergeneration in der Bundesrepublik das Ruder, die sich von ihren Vorgängern durch anders gelagerte Orientierungen unterschied.[216]

Geht man von der (nicht unumstrittenen) Annahme aus, daß Unternehmer ihr Denken und Handeln vorwiegend an wirtschaftlich zweckrationalen Gesichtspunkten ausrichten, dann beurteilten Unternehmer auch politische und gesellschaftliche Fragen vor allem entsprechend ihrer wirtschaftlichen Interessen, also danach, ob sie sich von bestimmten Maßnahmen und politischen Vorgaben Vorteile versprachen oder nicht.[217] Dies bedeutete selbstredend kein unpolitisches Verhalten deutscher Unternehmer im 20. Jahrhundert, im Gegenteil. Nur läßt sich das teils massive politische Engagement als Ausdruck industrieller Interessen verstehen. Unter diesem Vorbehalt ist auch das Engagement deutscher Unternehmer für – oder gegen – „Europa" zu betrachten. Die Bereitschaft zur Integration mit den europäischen Nachbarländern war immer von wirtschaftlichen Interessen bestimmt. Dabei kann wirtschaftliche Integration unterschiedliche Stufen umfassen. Bereits die gegenseitige Verflechtung oder die Abhängigkeit etwa von Rohstoffen stellt die unterste Form wirtschaftlicher Integration unterschiedlicher Volkswirtschaften dar. Auf einer zweiten Stufe treten dann privatwirtschaftliche Kontakte und Absprachen (auch zur Abschottung nationaler Märkte durch Kartelle) hinzu, während die höchste Integrationsstufe eine politische Institutionenbildung (etwa in Form einer Währungsunion oder einer Freihandelszone) umfaßt. Diese höchste Integrationsstufe schließt allerdings die hegemoniale Beherrschung durch eine na-

---

215 Erker, Einleitung: Industrieeliten im 20. Jahrhundert, S. 18.

216 Ebenda, S. 14.

217 Vgl. etwa: Luhmann, Die Wirtschaft der Gesellschaft. Kümmel, Transnationale Wirtschaftskooperation, S. 22. Ablehnend steht einer solchen Ansicht von der wirtschaftlich-zweckrationalen Orientierung von Unternehmern Berghahn, Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik, S. 14, gegenüber.

tionale Wirtschaft nicht aus. Unterschiedliche Branchen standen einer wie auch immer gearteten Integration zwischen den Wirtschaften Europas oder auch weltweit unterschiedlich offen gegenüber. Wirft man jedoch einen Blick auf die hier vor allem interessierende Montan-, aber auch die Chemieindustrie, deren Vertreter sich in den fünfziger Jahren der Europa-Union anschlossen, so stellen wir fest, daß Integration (insb. zwischen Deutschland und Frankreich) in beiden Industriezweigen bereits vor 1945 eine erhebliche Rolle gespielt hat und auf diese Integrationserfahrungen nach dem Zweiten Weltkrieg zurückgegriffen wurde.[218]

Die Montanindustrie gilt seit jeher als protektionistisch orientierte Branche. Daraus wiederum scheint sich die Unterstützung zu erklären, die den nationalsozialistischen Autarkieplänen der dreißiger Jahre und des Zweiten Weltkrieges aus montanindustriellen Kreisen zugekommen ist. Die alliierte Überzeugung, gerade die Ruhrindustriellen trügen neben der IG-Farben entscheidende Verantwortung für den Aufstieg Hitlers und des Nationalsozialismus, beruhte unter anderem auf der Annahme einer grundsätzlichen Interessengleichheit zwischen Wirtschaft und Politik im Hinblick auf den deutschen „Drang nach Osten". Die Beteiligung deutscher Stahlunternehmen an der wirtschaftlichen Ausplünderung der besetzten Länder während des Zweiten Weltkrieges kann ebensowenig abgestritten werden wie etwa im Falle der IG-Farben. Dennoch ist diese Argumentationskette bei einem genaueren Blick auf das Thema zumindest zu differenzieren, vor allem wenn man das Verhalten der Montanindustriellen nach regionaler Herkunft aufschlüsselt. Die traditionsreichen Unternehmen an Rhein und Ruhr nahmen hier zum Teil einen ganz anderen Standpunkt ein als etwa Saarindustrielle oder auch die erst im „Dritten Reich" gegründeten „Hermann-Göring-Werke" (HGW). Diese regionale Aufsplitterung ist in unserem Falle jedoch entscheidend: Denn in der Europa-Union spielte ausschließlich die rheinisch-westfälische Montanindustrie eine Rolle. So soll im folgenden, vor allem am Beispiel der vor wie nach 1945 so entscheidenden deutsch-französischen wirtschaftlichen Ver- und Entflechtung, dem Interesse der rheinisch-westfälischen Montanindustrie – und in deren Zentrum den Stahlunternehmen – an integrativen Strukturen seit den zwanziger Jahren nachgegangen werden.[219]

Rekonstruktion und Wiederaufbau: Fehlende Integrationsinteressen Anfang der zwanziger Jahre

Die Abhängigkeit der Produktion vor allem von Eisenerzen rief bei der westdeutschen Stahlindustrie schon vor dem Ersten Weltkrieg ein Interesse an (niedrigen) Integrationsstrukturen vor allem mit den westlichen Nachbarn Frankreich und Luxemburg hervor.[220] Hinzu kam aber auch das Interesse, den Absatzmarkt über

---

[218] Zur chemischen Industrie vgl. Plumpe, Ansätze zur Zusammenarbeit der deutschen und französischen Chemieindustrie.

[219] Vgl. allgemein: Petzina, Von der Konfrontation zur Integration. Wengenroth, Partnerschaft oder Rivalität.

[220] Friedensburg, Das Erzproblem der deutschen Eisenindustrie. Vgl. auch: Reichart, Bausteine der Wirtschaftsgeographie. Zum Minette-Revier vor dem Ersten Weltkrieg vgl.: Nievelstein, Lothringen.

den nationalen Rahmen hinaus zu vergrößern bzw. nationale Marktmechanismen zu umgehen, indem man nicht nur mit nationalen, sondern auch mit internationalen Kartellen und Absprachen den Preis künstlich in der Höhe hielt. Schließlich bot sich die Möglichkeit, durch Verbundwirtschaft auf internationaler Ebene die eigenen Produktionskosten zu senken.[221] Dementsprechend war es zwischen der deutschen, der französischen, belgischen und luxemburgischen Stahlindustrie bereits vor dem Ersten Weltkrieg zu Absprachen und Zusammenarbeit, ja sogar zu Kartellüberlegungen, gekommen.[222] Auch Direktinvestitionen deutscher Stahlunternehmer, darunter auch Klöckner, jenem Konzern also, dem später Günter Henle vorstehen sollte, in Erzgruben und Stahlunternehmen Westeuropas waren an der Tagesordnung.[223] Mit Beginn des Ersten Weltkrieges jedoch zerrissen diese Integrationsfäden. Offenbar lehnte die Mehrzahl der westdeutschen Stahlunternehmer dennoch eine „alldeutsche" und nationalistische Politik mit ihrem protektionistischem Beiwerk weitgehend ab.[224] Statt dessen standen die Interessen der eigenen Firmen bzw. der eigenen Branche im Mittelpunkt. Diese Interessen wiesen eindeutig nach Westen, und daher reagierten die Unternehmer eher skeptisch auf die während des Ersten Weltkrieges entwickelten Mitteleuropa-Pläne.[225] Südost- und Ostmitteleuropa konnte die Versorgungs- und Absatzinteressen nicht befriedigen. Dennoch schufen die Kriegszielplanungen während des Ersten Weltkrieges erstmals das Bewußtsein für die Möglichkeit eines einheitlichen, vom Deutschen Reich dominierten europäischen Wirtschaftsraumes. Diese Idee stieß in Unternehmerkreisen durchaus auf positive Resonanz und sollte weit über den Krieg hinaus eine erhebliche Wirkung entfalten.

Das Selbstbewußtsein deutscher Stahlunternehmer, die europäischen Märkte dominieren zu wollen (und zu können), blieb auch nach Kriegsende eine handlungsleitende Kategorie – die nun allerdings mit ganz anderen Strategien umgesetzt werden sollte als in Kriegszeiten. Die Hoffnung, die wirtschaftliche Dominanz mit politischer Hilfe absichern zu können, rückte (vorerst) in nicht erreichbare Ferne. Nun mußten andere Mechanismen gefunden werden, um die industriellen Interessen an einer starken Position auf dem europäischen wie dem Weltmarkt in die Realität umzusetzen.

In der unmittelbaren Nachkriegszeit jedoch spielte Integration, in welcher Form auch immer, erst einmal keine Rolle. Neben innenpolitische Sorgen in der Revolutionszeit[226] traten die Bestimmungen des Versailler Vertrages mit seinem „schwerindustriellen Projekt".[227] Durch die territorialen Bestimmungen des Frie-

---

221 Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 28.

222 Vgl. Schröter, Kartellierung und Dekartellierung 1890–1990. Ders., Kartelle als Versuch der Krisenbewältigung. Petzina, Von der Konfrontation zur Integration.

223 Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 32.

224 Vgl.: Bührer, Die Reorganisation der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen. Soutou, L'or et le sang.

225 Soutou, L'or et le sang, S. 23–30 und S. 443–445. Vgl. auch: Abelshauser, „Mitteleuropa" und die deutsche Außenwirtschaftspolitik, S. 272.

226 Feldman/Homburg, Industrie und Inflation. Feldman, Iron and Steel in the German Inflation. Ders., The Great Disorder.

227 Zum „Schwerindustriellen Projekt" siehe: Bariéty, Das Zustandekommen der Internatio-

densschlusses gingen dem Deutschen Reich ein hoher Prozentsatz seiner Eisenerzversorgung, seiner Produktionskapazitäten für Stahl, Roheisen und Walzwerkerzeugnisse ebenso verloren wie den schwerindustriellen Unternehmen ihre Besitzungen in Westeuropa. Weiterhin verlor das Deutsche Reich seine handelspolitische Souveränität und mußte der Konkurrenz unilateral Meistbegünstigung einräumen.[228] Gleichzeitig fiel der Zollschutz deutscher stahlindustrieller Produkte weitgehend fort, und vor allem französische Güter konnten nun ungehindert auf den deutschen Markt dringen.[229] Neben den Demilitarisierungsbestimmungen des Versailler Vertrages, welche viele Rüstungsunternehmen zur Produktionsumstellung zwangen, hatten schließlich die festgelegten Reparationen erheblichen Einfluß.[230] Angesichts dieser umfassenden nationalen und internationalen „Bedrohungen" konzentrierten sich die deutschen Stahlunternehmer in den ersten Jahren nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ausschließlich darauf, ihre Position auf dem nationalen Markt zu sichern – an Integration, in welcher Form auch immer, hatte man vorerst keinerlei Interesse. So lehnten die deutschen Stahlunternehmer in dieser Zeit auch französische Angebote zur Kartellbildung ab.[231]

Erst Mitte der zwanziger Jahre wendete sich das Blatt wieder. Erstmalig kam es vor dem Hintergrund der Ruhrbesetzung des Jahres 1923, welche sich auf die Montanindustrie verheerend auswirkte und die nur kurzfristig durch staatliche Hilfen abzufedern war, zu einem Umdenken. Angesichts der verfahrenen politischen Situation aktivierten die Stahlunternehmer nun bestehende Kontakte, um die anstehenden Probleme auf privater Ebene zu lösen.[232] Unterstützt wurden die privaten Kontakte zwischen deutschen und französischen Industriellen im übrigen durch die Politik: Vor allem Konrad Adenauer mit seinen Rheinland-Überlegungen spielte in diesem Zusammenhang eine entscheidende Rolle – und mit ihm sein Vertrauter, der Kölner Bankier Robert Pferdmenges.[233] Pferdmenges wiederum, der Anfang 1931 als Teilhaber in das Bankhaus Oppenheim eintreten sollte, übernahm entscheidende (in den Jahren des „Dritten Reiches" für das Bankhaus sogar überlebenswichtige) Aufgaben für die Familie von Oppenheim und das Bankhaus. Er wurde daher zu einem der engsten Vertrauten des jungen Friedrich Carl von Oppenheim, des späteren Präsidenten der Europa-Union. Pferdmenges' Bemühungen um eine deutsch-französische Verständigung einerseits, aber auch seine exzellenten Kontakte zu Konrad Adenauer, sollten sich für Friedrich Carl von Oppenheim als sehr wichtig erweisen. Auf die im wirtschaftlichen Interesse liegenden Ausgleichsbemühungen mit dem westlichen Nachbarn, die Oppenheim selbst später im Rahmen der Europa-Union fördern sollte, wurde er durch den gut zwanzig Jahre älteren Teilhaber der Bank geradezu „hinerzo-

---

nalen Rohstahlgemeinschaft, S. 554. Ders., Les Relations Franco-Allemandes, S. 140–144. Vgl. auch: Krüger, Das Reparationsproblem der Weimarer Republik.

228 Bellers, Außenwirtschaftspolitik und politisches System, S. 238.

229 Bariéty, Les Relations Franco-Allemandes, S. 135f.

230 Bariéty, Das Zustandekommen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft, S. 555.

231 Vgl. hierzu ausführlich Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 48–51.

232 Bariéty, Les Relations Franco-Allemandes, S. 229f. und S. 276–278.

233 Bariéty, Industriels allemands et industriels français, S. 8. Zu Pferdmenges vgl. auch: Treue, Robert Pferdmenges.

gen"; die Kontakte zu Adenauer sollte Oppenheim in den fünfziger Jahren, auch über Pferdmenges selbst, im Interesse der Europa-Union immer wieder in Anspruch nehmen.

Die Internationale Rohstahlgemeinschaft

Die westdeutschen Stahlunternehmer waren jedoch erst in dem Moment zu Kartellverhandlungen mit den französischen und anderen westlichen Nachbarn bereit, als sie im Deutschen Reich selbst die Verhältnisse wieder so weit geordnet hatten, daß sie sich wieder der europäischen Ebene zuwenden konnten. Bis dahin stand die Abschottung des nationalen Marktes ganz oben auf der stahlindustriellen Interessenliste. Vorrangig diente dem die Bildung eines nationalen Kartells, das Ende 1924 mit der Deutschen Rohstahlgemeinschaft und dem AVI-Abkommen (Arbeitsgemeinschaft der Verarbeitenden Industrie) entstand.[234] Gleichzeitig setzte man sich erfolgreich für die Wiedereinführung von Eisen- und Stahlzöllen ein, welche im November 1925 erlassen wurden.[235] Erst nachdem die westdeutschen Stahlindustriellen ihre Position auf dem nationalen Markt in dieser Form wieder gestärkt hatten, zeigten sie erneut Interesse an einer Integration mit den westlichen Staaten – Absprachen mit den westeuropäischen Nachbarn sollten gewissermaßen den krönenden Abschluß der Ordnung des nationalen Marktes nach dem Kriege bilden.[236] Als das Deutsche Reich im Januar 1925 seine handelspolitische Souveränität wiedererlangte, stärkte dies das stahlindustrielle Interesse an wirtschaftlicher Verständigung mit den Nachbarn zusätzlich.

Ende 1925 nahm man langwierige Verhandlungen über ein internationales Stahlkartell auf, dessen Abschluß in Form der „Internationalen Rohstahlgemeinschaft" (IRG) im September 1926 in Brüssel erfolgte.[237] Ziel war es, „die Stahlproduktion in den einzelnen Ländern durch ein Quotensystem zu regulieren, dadurch den harten Preiswettbewerb auf den internationalen Märkten im Stahlbereich zu verhindern und damit auch in Zeiten schlechter Konjunktur eine gleichmäßige Auslastung der Werke zu erreichen.[238] Gleichzeitig mit der IRG schloß man ein Kontingentabkommen, welches den Anteil westeuropäischer Importe auf dem deutschen Stahlmarkt regelte. Damit entstand, mit der Verwaltungsstelle der IRG in Luxemburg, erstmals so etwas wie eine Institution auf übernational-europäischer Ebene, in welche die deutschen Stahlindustriellen eingebunden waren. Gleichwohl sollte man die IRG nicht als direkten Vorläufer der EGKS interpretieren, und ebensowenig läßt sich die IRG ausschließlich als Teil der im Umfeld der

---

234 Weisbrod, Schwerindustrie in der Weimarer Republik, S. 103 f.

235 Stegmann, Deutsche Zoll- und Handelspolitik, S. 501–509.

236 Nocken, International Cartels and Foreign Policy, S. 68.

237 Zu Kartellen in der Zwischenkriegszeit insgesamt: Nussbaum, International Cartels and Multinational Enterprises. Zur IRG vgl.: Hexner, The International Steel Cartel. Nausch, Die Entwicklung der deutschen und französischen Stahlindustrie. Würzeler, Großbritanniens Interesse an der Westeuropäischen Stahlverständigung.

238 Nehring, Interessen und Integrationserfahrung, S. 64. Vgl. auch: Tussing, Die Internationalen Eisen- und Stahlkartelle, S. 123. Siehe auch den abgedruckten Vertrag zur Gründung der IRG, ebenda S. 293–299.

Konferenz von Locarno einsetzenden Verständigungspolitik begreifen.[239] Zwar wurde die IRG von Zeitgenossen immer wieder im Zusammenhang mit „Pan-Europa" zitiert, doch intern war die Haltung der westdeutschen Stahlindustriellen durch eine „kalkulierte Distanz zur europäischen Bewegung" geprägt.[240] Betriebswirtschaftliche Interessen waren es, die das Verhältnis zur IRG bestimmten, nicht „paneuropäische" Überzeugungen. Es ging um ein „Mittel zum Zweck, und zwar ausschließlich dafür [...], eine nationale Eisenwirtschaft wieder aufzurichten".[241] Die Berufung auf „Europa" diente dazu, industrielle Interessen zu kaschieren und zu legitimieren.[242]

Im Umfeld der IRG entstand im Oktober 1925 auch das sogenannte Deutsch-Französische Studienkomitee, das „Mayrisch-Komitee".[243] Emile Mayrisch vom luxemburgischen Stahlkonzern ARBED, der die Verhandlungsführung im Umfeld der IRG-Gründung übernommen hatte, gründete das Komitee.[244] Es versammelte eine ganze Reihe von Industriellen sowie Vertretern aus Diplomatie und Wissenschaft. Somit entstand ein „quantitativ begrenzter Kreis von einflußreichen Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft und Kultur, in dem die Inhaber von Spitzenpositionen in diesen Bereichen untereinander im nationalen Rahmen und miteinander im transnationalen Rahmen in Verbindung treten sollten im Sinne der Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen".[245] Damit entwickelte sich das Komitee zu einer wichtigen Instanz, in der westeuropäische Industrielle auf privater Ebene Kontakte pflegen konnten. Mitglied im Deutsch-Französischen Verständigungskomitee waren unter anderem der Kölner Privatbankier Louis Hagen und von der IG-Farben Ernst von Simson und Hermann Bücher (ab 1928 AEG). In der Mitgliedschaft Simsons und Büchers spiegelt sich die „Integrations"-Orientierung der IG-Farben, bei denen das spätere Präsidiumsmitglied der Europa-Union Ulrich Haberland Karriere machte. Aber auch über Louis Hagen führten Verbindungen zur Europa-Union der fünfziger Jahre. Hagen hatte 1922, vor dem Hintergrund des Konzentrationsprozesses im Bankengewerbe, eine Interessengemeinschaft mit dem Bankhaus Oppenheim gebildet und war gleichzei-

---

239 So Gillingham, Coal, Steel, and the Rebirth of Europe. Vgl. auch ders.: Diplomacy in Interwar Europe. Ders.: Zur Vorgeschichte der Montan-Union.

240 Frommelt, Paneuropa oder Mitteleuropa, S. 52; vgl. auch: Nocken, Das Internationale Stahlkartell und die deutsch-französischen Beziehungen, S. 190.

241 Ernst Poensgen 1926, zitiert nach Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 67.

242 Bariéty, Das Zustandekommen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft, S. 566.

243 Zum Mayrisch-Komitee vgl. L'Huiller, Dialogues franco-allemands 1925–1933. Bock, Kulturelle Eliten. Müller, Deutsch-französische Gesellschaftsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg.

244 Zu Emile Mayrisch vgl. Bariéty, Le rôle d'Emile Mayrisch. Ders., Sidérurgie, littérature, politique et journalisme. Durosay, Paris-Berlin, via Luxembourg. Müller, Emile Mayrisch und westdeutsche Industrielle. Ders., Der luxemburgische Stahlkonzern ARBED nach dem Ersten Weltkrieg.

245 Bock, Kulturelle Eliten, S. 81 f. Besonders bei Gründung des Komitees überwog der Anteil der Industrievertreter eindeutig: von 19 deutschen Mitgliedern waren 9 Vertreter führender Industrieunternehmen, auf französischer Seite waren es 10 von 18, ebenda.

tig Teilhaber im Hause Oppenheim geworden.[246] Ebenso wie im Falle Pferdmenges ist auch hier – zumindest zu diesem Zeitpunkt – von engen Kontakten zu Friedrich Carl von Oppenheim auszugehen.

Auch wenn sich die wirtschaftliche Dominanz im „Mayrisch-Komitee" im Verlauf der Zeit abschwächte, zeigt es doch, daß die Interessen an wirtschaftlichen Integrationsformen auch zu einem verstärkten Interesse an einer über die rein ökonomische Ebene hinausgehenden westeuropäischen Verständigung führten. Denn nur in politisch stabilen Verhältnissen waren letztlich die betriebswirtschaftlichen Interessen konstant durchsetzbar. Eine politische Integration kam allerdings für die deutschen wie westeuropäischen Industriellen nicht in Frage. Die unternehmerische Freiheit sollte in keiner Weise durch politische Vorgaben eingeschränkt werden. Ebenso lehnten westdeutsche Stahlindustrielle Überlegungen zur Schaffung einer europäischen Zollunion ab, befürchteten sie doch, die Beseitigung der Zollschranken in Europa könnte ihre eigene beherrschende Stellung auf dem Stahlmarkt ins Wanken bringen.[247] Die fehlende Unterstützung etwa der Paneuropa-Union, aber auch anderer europäischer Bewegungen in der Zwischenkriegszeit, die „Europa" auch als politische Einheit dachten oder aber Pläne wie eine europäische Zollunion propagierten, durch die Schwerindustrie hatte hier ihre Ursache. Diese Ablehnung supranationaler Elemente sollte sich bis weit in die fünfziger und sechziger Jahre hinein erhalten. Unter dem Einfluß der industriellen Präsidiumsmitglieder fanden solche Positionen auch Eingang in die Konzepte der Europa-Union. So stellt die Ablehnung supranationaler Integrationsschritte und politischer Einflußnahme auf wirtschaftliche Integrationsprozesse einen essentiellen Bestandteil der Kontinuität des wirtschaftlichen Europaverständnisses im 20. Jahrhundert über alle politischen Zäsuren hinweg dar.

Daß bei den westdeutschen Stahlunternehmern in den zwanziger Jahren letztlich die wirtschaftlichen Interessen im Hinblick auf eine westeuropäische Verständigung überwogen, zeigt sich an der Tatsache, daß sie sofort bereit waren, Integrationselemente wie die IRG wieder aufzugeben, als diese den eigenen Interessen nicht mehr entsprachen. Dies war 1929 der Fall. Die von der Rohstahlgemeinschaft festgelegten Produktionsquoten stimmten zu diesem Zeitpunkt nicht mehr mit den realen Kapazitäten überein, was zu Strafzahlungen führte. Als die Weltwirtschaftskrise hinzukam, zogen die deutschen Stahlunternehmer die Konsequenz: Sie kündigten zum Herbst 1929 den IRG-Vertrag. Wirtschaftliche Integration auf westeuropäischer Ebene entsprach – jedenfalls in der praktizierten Form – nicht mehr den Interessen der Unternehmer.

Friedensjahre des „Dritten Reiches"

Trotz der nationalsozialistischen „Machtergreifung" blieb den Unternehmern ihre wirtschaftliche Freiheit im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung vorerst, zumindest bis zum Vierjahresplan von 1936, weitgehend erhalten. Zwar veränderten sich Struktur und Handlungsspielräume, doch die polykrati-

[246] Stürmer/Teichmann/Treue (Hg.), Wägen und Wagen, S. 340–342.
[247] Abelshauser, Mitteleuropa, S. 273–280. Frommelt, Paneuropa oder Mitteleuropa, S. 57.

sche Ordnung des Regimes eröffnete andererseits auch neue Felder von Einflußnahme. Erst allmählich, „gleichsam geräuschlos", entstand im Umfeld der Kriegsvorbereitungen eine staatlich gelenkte und verwaltete Wirtschaft, die das freie Spiel der Kräfte beeinträchtigte und teilweise tief in unternehmerische Bereiche eingriff.[248] Doch die soziale und personelle Zusammensetzung der Unternehmereliten blieb, außer in Staatsunternehmen, vorerst unangetastet.

Nicht zuletzt die Beibehaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems hat dazu beigetragen, daß das Regime Industrielle über Gewinnanreize – und damit ohne Zwang – für seine eigenen Zwecke mobilisieren konnte.[249] Vor allem die erheblichen Expansionschancen bildeten ein „System indirekter Investitionsanreize", und so gelang es dem Regime, „daß sich die Unternehmensleitungen die kriegswirtschaftlichen Ziele letztlich als unternehmensinterne Geschäftsinteressen zu eigen machten".[250] Hinzu kam die ständige Sorge vor Sozialisierungsmaßnahmen oder dem Aufbau einer umfassenden Staatswirtschaft, die ein weiteres Entgegenkommen von industrieller Seite nach sich zog. Weil die Unternehmensleitungen hofften, ihre betriebswirtschaftliche Freiheit so weit wie möglich retten zu können, verwoben sie sich immer weiter in die Kriegspolitik des Nationalsozialismus. Innerhalb dieser Grenzen bewegte sich das unternehmerische Verhalten in den Jahren des „Dritten Reiches" zwischen „zwangsläufiger Verstrickung, professioneller Selbstmobilisierung, opportunistischer Anpassung und verantwortungsloser Nutznießerschaft".[251] Der individuelle Anpassungsgrad einzelner Unternehmer war dabei überwiegend „privatkapitalistisch motiviert",[252] d.h. von betriebswirtschaftlichen Interessen bestimmt. Auf diese Interessen wiederum übte die Branchenzugehörigkeit eine Rolle aus. Denn obwohl die „Branchensolidarität" in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft eher gegenüber individuellen unternehmerischen Strategien zurücktrat, blieben der „jeweilige industriespezifische Erfahrungshintergrund und die branchenspezifische Sozialisation" für die Unternehmer weiterhin handlungsleitend.[253] Die weltanschaulichen Momente des Nationalsozialismus traten so bei einem Großteil der industriellen Elite – „bewußt oder unbewußt, aus Sympathie oder aus Opportunismus" – in den Hintergrund.[254]

Dies galt auch, und vielleicht in besonderem Maße, für die Stahlindustrie. Denn diese profitierte erheblich von den NS-Rüstungsvorhaben, so daß Produktion und Verkauf, und damit auch die Profite in den dreißiger Jahren stark anstiegen.[255] Dennoch hatte sich die Wirtschaftslage der Stahlindustrie nicht unmittelbar nach der „Machtübernahme" sofort entspannt. Man kämpfte mit Überkapazitäten, die

---

248 Erker, Einleitung: Industrieeliten im 20. Jahrhundert, S. 5.
249 Spoerer, Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom, S. 166f.
250 Erker, Einleitung: Industrieeliten im 20. Jahrhundert, S. 7.
251 Ebenda, S. 11.
252 Ebenda, S. 12.
253 Ebenda, S. 14.
254 Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 74f.
255 Herbst, Der Krieg und die Unternehmensstrategien deutscher Industrie-Konzerne. Overy, Heavy Industry in the Third Reich, S. 197. Spoerer, Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom, S. 156–169.

weiterhin nur durch den Export nach Westeuropa abgebaut werden konnten. Der Druck ausländischer Konkurrenz war auf dem heimischen Markt auch unter nationalsozialistischer Führung vorerst ebenso stark zu spüren wie die Folgen der Weltwirtschaftskrise. Aufgrund dieser schwierigen Situation hatten westdeutsche Stahlindustrielle nach der nationalsozialistischen „Machtergreifung" weiterhin starkes Interesse daran, die bestehenden Beziehungen nach Frankreich, Belgien und Luxemburg nicht abbrechen zu lassen und sich um eine Ordnung des europäischen Marktes in Form eines Kartells zu bemühen.[256]

Tatsächlich setzten schon 1931 Verhandlungen um eine erneuerte institutionalisierte Zusammenarbeit im Rahmen einer reformierten Rohstahlgemeinschaft ein, die im Februar 1933 zum Abschluß eines internationalen Kartellvertrags (IREG) führten. Im Gegensatz zur relativ kurzlebigen Internationalen Rohstahlgemeinschaft von 1926 existierte die IREG bis zum Beginn des Kriegs, also sechs Jahre. Dies lag vor allem an der verbesserten Struktur des Abkommens. Gerade den deutschen Stahlindustriellen boten sich Möglichkeiten zur effektiven Markt- und damit Einflußsphärenabschottung durch eine Gebietsschutzklausel und gleitende Quotenregelungen, aber auch zur besseren Regulierung des europäischen Handels.[257]

Mit der IREG stand den westdeutschen Stahlindustriellen eine Institution zur Verfügung, die es ihnen ermöglichte, selbständig Geschäfte mit den westlichen Nachbarn abzuwickeln. Was in den Jahren der Weimarer Republik noch selbstverständlich war, erbrachte im Rahmen der zunehmend restriktiven Außenhandelspolitik des Nationalsozialismus mit Preis- und Exportüberwachung sowie Devisenbewirtschaftung enorme Vorteile. Denn auf diese Weise konnte die Stahlindustrie ihre Exporte relativ eigenständig und selbstverwaltet organisieren und sich so der verstärkt auf Südosteuropa gerichteten Außenhandelspolitik des Regimes entziehen. Denn nach wie vor beurteilte die Schwerindustrie den Handel mit Westeuropa als unersetzlich.

Dieser Standpunkt allerdings geriet in den dreißiger Jahren zunehmend in Konkurrenz zur Idee eines autarken „Mitteleuropa", welches dem Deutschen Reich angesichts weltwirtschaftlicher Krisen der Zukunft durch eine markteinschränkende Großraumbildung gewissermaßen einen „erweiterten Binnenmarkt" schaffen sollte.[258] Doch auch wenn sich die deutsche Politik auf Südosteuropa konzentrierte, was sich in zahlreichen bilateralen Clearing-Abkommen des Deutschen Reiches mit südosteuropäischen Staaten niederschlug[259], auch wenn in der Öf-

---

256 Vgl.: Tussing, Die Internationalen Eisen- und Stahlkartelle, S. 172/173.

257 Vgl. zu den Vorteilen der IREG für westdeutsche Stahlindustrielle: Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 78–80.

258 So Carl Duisberg, Vorsitzender des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und Chemieindustrieller, 1930, zitiert in: Krüger, Wirtschaftliche Mitteleuropapläne, S. 284. Duisberg sprach sich nach Abwägen unterschiedlicher handelspolitischer Systeme jedoch dafür aus, daß für das Deutsche Reich ein möglichst freier Zugang zum Weltmarkt die einzige sinnvolle Lösung aller wirtschaftlichen Probleme darstelle.

259 Zu nationalsozialistischen Autarkie- und wirtschaftlichen Großraumplänen vgl. in Auswahl: Stegmann, „Mitteleuropa" 1925–1934. Teichert, Autarkie und Großraumwirtschaft. Kube, Außenwirtschaft und „Großraumwirtschaft". Volkmann, Das außenwirt-

fentlichkeit eine lebhafte Debatte um Mitteleuropa- und Großraum-Pläne, um „Autarkie" und „Protektionismus" geführt wurde[260] – für die Mehrzahl der deutschen Unternehmer, unter ihnen auch Vertreter der Schwerindustrie, hatten der westeuropäische und der weltweite Markt weiterhin Vorrang vor allen Autarkiekonzepten. Denn für den deutschen Export reichte die Bedeutung Mittel- und Südosteuropas zusammengenommen nicht an jene Westeuropas heran. „Mitteleuropa" konnte in den Augen exportorientierter deutscher Unternehmer höchstens zusätzliche Märkte bieten – ersetzen konnte es weder den westeuropäischen noch den weltweiten Markt.[261] Dies galt auch für die Ruhrindustrie, die sich nur zögerlich auf die nationalsozialistische Großraumpolitik einließ und in jedem Fall an ihren Kontakten im Westen festhalten wollte. Allein nicht saturierte Unternehmen wie Flick oder Mannesmann sahen in Südosteuropa Expansionschancen für ihre Betriebe.[262] In dieser industriellen Orientierung sieht Peter Krüger eine „bemerkenswertere Kontinuität als jene des deutschen Strebens nach Beherrschung eines mittel- und südosteuropäischen Großraums, die üblicherweise auf diesem Paradeplatz der Kontinuitätsthesen enthüllt wird".[263] Zwar bedeutete dies nicht, daß deutsche Unternehmer aus einem mitteleuropäischen „Großraum" sich ergebende Gewinne abgelehnt oder eine politisch hegemoniale Rolle des Deutschen Reiches in Mittel- und Südosteuropa nicht begrüßt hätten – doch vorerst waren „dies alles für die Mehrheit der Industriellen eher Ersatzlösungen [...], zweite Wahl".

„Mitteleuropa" war damit, zumindest für die westdeutschen Stahlunternehmer, von relativ geringer ökonomischer Bedeutung. Vielmehr handelte es sich bei der im Deutschen Reich seit Anfang der dreißiger Jahre immer auch mit wirtschaftlichen Argumenten geführten Mitteleuropa-Debatte um einen gesamtgesellschaftlichen Diskussionszusammenhang, bei dem vor allem die Hoffnung der Deutschen auf eine erneuerte Machtposition in Europa durchschien. So entwickelte „Mitteleuropa" für den abendländischen Gedanken vorerst eine weitaus größere Wirkungsmächtigkeit als für die hier untersuchten Unternehmer.

Auf Dauer jedoch paßten sich die westdeutschen Stahlunternehmer den neuen Möglichkeiten an, schließlich boten sich ihnen in Südosteuropa neue Absatzmöglichkeiten und damit betriebswirtschaftliche Vorteile. Dabei war die Erschließung neuer regionaler Märkte in Südosteuropa überwiegend als Ergänzung des Binnenmarktes gedacht, an welchen diese eng angegliedert werden sollten. Ein Lösung

---

schaftliche Programm der NSDAP 1930–1933. Zur Einordnung: Schröder, Deutsche Südosteuropapolitik 1929–1936. Ders., Der Aufbau der deutschen Hegemonialstellung in Südosteuropa.

260 Vgl. vor allem: Elvert, Mitteleuropa, S. 209–295.

261 Krüger, Wirtschaftliche Mitteleuropapläne, S. 299/300, hier auch mit Zahlenangaben zum deutschen Export.

262 Herbst, Der Krieg und die Unternehmensstrategien, v.a. S. 116–123. Teichert, Autarkie und Großraumwirtschaft, betont demgegenüber die Autarkieinteressen der Stahlindustrie. Allerdings analysiert er ausschließlich öffentliche Äußerungen, die vermutlich weitgehend dem öffentlichen Sprachgebrauch angepaßt wurden. Die konkrete unternehmerische Politik jedoch war auch in den Reihen der Stahlunternehmer nicht an einer Abtrennung von westeuropäischem und Weltmarkt interessiert.

263 Krüger, Wirtschaftliche Mitteleuropapläne, S. 289f. Dort auch das folgende Zitat.

vom Weltmarkt war dabei nicht angestrebt, ebenso wie eine kriegerische Eroberung neuer Gebiete nicht im Interesse der westdeutschen Stahlunternehmer stand, weil man davon überzeugt war, die eigene Hegemoniestellung auch in Friedenszeiten durchsetzen zu können.[264] So blieben – trotz der Kündigung der IREG – lose Bindungen innerhalb der westeuropäischen Stahlindustrie auch in den frühen dreißiger Jahren erhalten, und „das Handeln der westdeutschen Stahlindustriellen [läßt sich] nicht genau mit den Thesen vom Zusammenbruch des europäischen Handels und der Weltwirtschaft sowie vom Griff der deutschen Industrie nach Südosteuropa während der großen Depression in Deckung" bringen.[265]

Erst der Vierjahresplan von 1936 schränkte die bis dahin durchaus vorhandenen unternehmerischen Freiräume im Zuge der forcierten Aufrüstung – sehr zum Verdruß der Unternehmer – erheblich ein.[266] Das Regime ordnete eine stärkere Preis- und Rohstoffbewirtschaftung sowie die ausschließliche Produktion kriegswichtiger Güter und den Abbau heimischer Erze an und griff mit diesen Vorgaben deutlich in den industriellen Handlungsspielraum ein. Der Wettbewerb auf dem freien Markt ging mehr oder weniger verloren, Kartelle verloren ihren privatrechtlichen Charakter, staatliche Institutionen traten an ihre Stelle. Mit der „Wirtschaftsgruppe Eisen schaffende Industrie" entstand eine staatliche Zentralstelle, die das traditionelle Verbandsleben der Schwerindustrie umgestaltete, und auch die schwerindustrielle Branchenstruktur wurde erheblich durcheinandergewürfelt. Mit den 1937 gegründeten „Reichswerken Hermann Göring" trat den traditionellen Unternehmen zudem ein einflußreicher Rivale entgegen, der sich noch dazu nicht an Kartellen beteiligte und damit die eingespielten Mechanismen der gesamten Branche in Frage stellte.[267] Und seit der Wiedereingliederung des Saargebietes in das Deutsche Reich erwuchs auch die dort ansässige Schwerindustrie zu einer weiteren Konkurrentin der Unternehmen an Rhein und Ruhr.

Der mit dem Vierjahresplan einhergehende Anspruch, das Deutsche Reich innerhalb von vier Jahren autark von der Weltwirtschaft zu machen, stieß bei vielen Unternehmern auf Skepsis. Gleichzeitig stellte die einsetzende Expansionspolitik, die mit dem „Anschluß" Österreichs 1938 ihren Auftakt nahm, Industrielle vor die Frage, ob die bis dato vorherrschende Ausrichtung auf den Westen durch Integration in Richtung Osten zu ersetzen sei. In Reaktion auf die Auseinandersetzungen über die zukünftige Orientierung, und das ist in unserem Zusammenhang von Bedeutung, begann sich die Schwerindustrie im Deutschen Reich zu spalten: Es standen sich seit der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre eine Gruppierung von Unternehmern, die weiterhin einer Integration in Richtung Westen Priorität gab,

---

[264] Vor allem die DDR-Forschung hat demgegenüber die Autarkieorientierung der Stahlindustrie, und damit einhergehend eine angestrebte Lösung vom Weltmarkt betont. Vgl. etwa Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. 1, S. 48. Siehe aber: Mollin, Montankonzerne und „Drittes Reich", S. 79. Zum Desinteresse deutscher Unternehmer an gewaltsamen Eroberungen siehe: Herbst, Der Krieg und die Unternehmensstrategien, S. 132/133.

[265] Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 69/70.

[266] Zum Vierjahresplan siehe: Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Zur Diskussion um den Vierjahresplan: Overy, Heavy Industry in the Third Reich.

[267] Erker, Industrieeliten, S. 24.

und eine andere gegenüber, welche eher den Autarkie- und Großraumbestrebungen der Nationalsozialisten zu folgen bereit war. Dieser Gegensatz war auch davon mitbestimmt, ob sich ein Unternehmen selbst als saturiert begriff, oder ob es sich von den Großraumplänen des Regimes Expansions- und Diversifikationsmöglichkeiten versprach.[268] Die integrationsorientierten Unternehmer – beheimatet vor allem an Rhein und Ruhr – organisierten sich seit 1937 im sogenannten Düsseldorfer „Kleinen Kreis".[269] Diesem Kreis gehörte auch Peter Klöckner an, der Schwiegervater Günter Henles. Der integrationsorientierte Kreis von Ruhrindustriellen stand der forcierten nationalsozialistischen Aufrüstung aus betriebswirtschaftlichen Gründen skeptisch gegenüber. In ihrem Interesse lag es, auch weiterhin Güter für den westeuropäischen und den Weltmarkt zu produzieren, nicht zuletzt um ihre eigene mächtige Stellung zu erhalten. Ein vollständiges Umstellen der Produktion auf Rüstungsgüter interpretierte man – trotz allen grundsätzlichen Interesses an Rüstungsproduktion – als gefährlich, fürchtete man doch bei einem plötzlichen Ende der Nachfrage ähnlich katastrophale Folgen für die Betriebe wie nach dem Ende des Ersten Weltkrieges.[270] Offenbar fügten sich zahlreiche Betriebe dem vorgegebenen Umstellungstempo in den Jahren vor Kriegsbeginn nur langsam.[271] Auch auf Exporte wollten diese Unternehmen vorerst als Gewinnquelle nicht verzichten. 1937 erreichten die Exporte sogar eine solche Höhe, daß die Belieferung des nationalen Marktes darunter litt.[272] Die nationalsozialistischen Eingriffe in Markt und unternehmerische Freiheit entzogen der Verfolgung betriebswirtschaftlicher Interessen allerdings ab 1938 jeden Spielraum und sorgten dafür, daß der nationale Markt im Rahmen der Aufrüstung die absolute Priorität erhielt.

Ebenso wie die Unternehmer von Rhein und Ruhr an ihrer Exportorientierung so lange wie irgend möglich festhielten, beurteilten sie auch nationalsozialistische Pläne zur Erzversorgung aus heimischen Quellen eher skeptisch. Angesichts der relativ schlechten Qualität der deutschen Erze und der allgemeinen Teuerungsraten in der Stahlproduktion befürchteten sie beim Umsteigen auf heimische Erze Kostensteigerungen und daraus resultierend negative Folgen für den Export. Dementsprechend plädierte man weiterhin für einen Import der hochwertigen und preiswerteren Erze vor allem aus Spanien und Schweden.[273] Diese auf Westeuropa orientierte Position manifestierte sich auch nach der „Heimkehr" des Sudetenlandes, als die Ruhrunternehmer kaum Interesse an Unternehmensbeteiligungen zeigten. So waren es vor allem die Hermann-Göring-Werke, welche hier

---

[268] Mollin, Montankonzerne, S. 57.

[269] Mollin, Die Eisen- und Stahlindustrie im Nationalsozialismus, S. 479.

[270] Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 86.

[271] Dies legen jedenfalls die Ergebnisse einer Studie für die Bezirke Westfalen und Düsseldorf nahe: Geyer, Zum Einfluß der nationalsozialistischen Rüstungspolitik auf das Ruhrgebiet.

[272] Geyer, Zum Einfluß der nationalsozialistischen Rüstungspolitik auf das Ruhrgebiet, S. 240–247. Vgl. aber auch: Mollin, Montankonzerne, S. 100.

[273] Siehe zum Gesamtzusammenhang: Jäger, Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Dritten Reiches vom Ausland, S. 72–76. Vgl. auch: Mollin, Montankonzerne, S. 110 und S. 156/157. Overy, Heavy Industry in the Third Reich, S. 100/101.

Beteiligungen übernahmen.[274] In anderer Richtung hingegen blieben die Ruhrunternehmer engagiert: So nahmen sie unter anderem Teil an den noch im Juni 1939 stattfindenden Gesprächen zwischen deutschen und französischen Industriellen.[275]

Bei den Saarunternehmen und den Hermann-Göring-Werken fand sich eine solche Exportorientierung nicht. Die HGW waren als neu gegründetes Unternehmen vor allem daran interessiert, sich mit Hilfe des nationalsozialistischen Systems eine gesicherte Stellung auf dem deutschen Markt zu erobern. Sie konzentrierten sich vollständig auf die Rüstungsproduktion und legten weder auf nationale noch auf internationale Kartelle Wert. Auch die Saarkonzerne hatten großes Interesse an den Rüstungsvorgaben der nationalsozialistischen Führung, nicht zuletzt um sich nach Jahren der Isolation vom deutschen Markt nun gegenüber der Schwerindustrie von Rhein und Ruhr neu zu positionieren und auch gegenüber der harten Konkurrenz der Stahlindustrie Lothringens Boden zu gewinnen. Auch den nationalen Eisenerzabbau begrüßten die HGW und die Saarkonzerne im Gegensatz zu den Unternehmen an Rhein und Ruhr; die HGW, weil sie zu keinem anderen Zweck gegründet worden waren, die Saarunternehmer, weil sie sich aus ihrer Abhängigkeit von den französischen Erzen aus dem Minette-Revier befreien wollten.[276]

Fragt man nach Kontinuitäten wirtschaftlichen Europaverständnisses vor und nach 1945, so hängt die mögliche Antwort also entscheidend davon ab, welche Gruppe innerhalb der deutschen Industrie man in den Blick nimmt. In unserem Zusammenhang wird in Erinnerung zu behalten sein, daß jene Unternehmer, die sich in den fünfziger Jahren in der Europa-Union engagieren sollten, ausschließlich zur Gruppe der export- und integrationsorientierten Unternehmen gehörten, die in deutlichem Gegensatz zur saarländischen Stahlindustrie bzw. den HGW standen.

Der nationalsozialistische Großwirtschaftsraum im Zweiten Weltkrieg

Der Beginn des Zweiten Weltkrieges wandelte die Situation für die Montanindustrie zunächst kaum. Weder änderte sich die Wirtschaftsordnung im Deutschen Reich noch die Produktionsbedingungen, selbst der Handel mit Frankreich war in manchen nicht-kriegswichtigen Bereichen noch gestattet.[277] Dennoch kam nun, angesichts der deutschen Siege 1939/40, ein neuer Aspekt hinzu. Das erklärte Ziel des Nationalsozialismus, einen rassistisch organisierten europäischen „Großwirtschaftsraum" unter deutscher Vorherrschaft zu bilden, konnte, nachdem fast ganz Europa unter deutscher Besatzung stand, sukzessive in die Realität umgesetzt werden. Im Umfeld des Frankreich-Feldzuges kam es zu einer regelrechten „Pla-

[274] Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 90.
[275] Schirmann, Les relations économiques et financières franco-allemandes, v.a. S. 217–226. Siehe auch: Schröder, Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen 1936–1939. Poidevin, Vers une relance des relations.
[276] Vgl. Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 87–90.
[277] Ebenda, S. 90f.

nungseuphorie" staatlicher und halbstaatlicher Stellen mit erheblicher industrieller Beteiligung.[278]

Damit sahen sich die westdeutschen Stahlunternehmer, die bereits zuvor in Integrationskategorien gedacht hatten, vor eine neue Situation gestellt. Während die traditionellen Integrationsformen wie etwa Kartelle ihre Bedeutung verloren, ergab sich nun die Möglichkeit, mit Hilfe der nationalsozialistischen Führung unliebsame Konkurrenten in Europa auszuschalten, die eigenen Betriebe über Kapitalbeteiligungen zu diversifizieren und insgesamt die deutsche schwerindustrielle Vorherrschaft zu zementieren. Dabei stand – auch aus Sicht des Regimes selbst – Westeuropa aufgrund seiner wirtschaftlichen Bedeutung anfangs im Vordergrund.[279] Die wirtschaftliche „Integration" der eroberten Länder fand in den ersten Kriegsmonaten allerdings überwiegend in Form von unkoordinierten Plünderungen industrieller Anlagen statt. Erst allmählich ging man von seiten der Besatzungsbehörden daran, die französischen, belgischen und luxemburgischen Industrien direkt für die deutsche Kriegswirtschaft heranzuziehen. In diesem Zusammenhang stärkte die nationalsozialistische Führung einerseits die privatwirtschaftlichen Kontakte zwischen Unternehmern der besetzten Länder und Deutschen.[280] Andererseits wurde die Wirtschaftsstruktur der besetzten Länder, etwa auf Kartellebene, den deutschen Gepflogenheiten angepaßt, so daß eine Zusammenarbeit (zwischen ungleichen Partnern) erleichtert wurde. Diese „Neuordnung" übrigens war seit den Jahren der Weimarer Republik Industrievertretern ein Bedürfnis gewesen; so begrüßten auch nicht wenige Franzosen, Belgier und Luxemburger die Neuregelungen nach deutschem Vorbild.[281]

Wollten sich Schwerindustrielle an dieser „Neuordnung" beteiligen, mußten sie versuchen, auf die jeweiligen Besatzungsinstitutionen, von denen es im typischen Polykratismus des Nationalsozialismus eine Reihe gab, Einfluß zu gewinnen.[282] Dabei nahmen sie die rassistischen, völkervernichtenden Implikationen der Besatzungsherrschaft in Kauf. Aber nicht nur auf diese Weise, sondern auch durch die Beschäftigung von Fremdarbeitern trugen die Schwerindustriellen erhebliche Verantwortung für Tod und Vernichtung im Rahmen der europäischen „Neuordnung".[283]

Auch wenn diese Verantwortung der deutschen Industrie insgesamt immer im Auge zu behalten ist, gab es doch, ähnlich wie schon in den Jahren vor Kriegsaus-

---

[278] Vgl. in Auswahl: Freymond, Le III^e Reich et la réorganisation économique. Aly/Dieckmann (Hg.), Modelle für ein deutsches Europa. Neulen, Europa und das Dritte Reich. Elvert, Mitteleuropa, vor allem S. 330–351. Opitz (Hg.), Europastrategien des deutschen Kapitals. Roth, „Neuordnung" und wirtschaftliche Nachkriegsplanungen.

[279] Volkmann, Autarkie, Großraumwirtschaft und Aggression, S. 57.

[280] Gillingham, De la coopération à l'intégration, S. 375.

[281] Krüger, Ansätze zu einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, S. 154. Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 95. Paul Kluke betonte 1956, daß das Neuordnungsbedürfnis zwar „von Hitler pervertiert [wurde], gewiß, aber es war da, und es wurde von sehr vielen Mitlebenden und Mitleidenden als Aufgabe der Generation gefühlt". Vgl. Kluke, Theorie und Praxis der nationalsozialistischen Expansion, S. 115.

[282] Vgl. zu den einzelnen Instanzen sowie Besatzungsbehörden in den unterschiedlichen westeuropäischen Ländern: Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 93–95.

[283] Vgl. zusammenfassend: Herbert, Fremdarbeiter.

bruch, bei genauerem Blick auf einzelne Unternehmergruppen erhebliche Verhaltensunterschiede.[284] So zeigen sich bei den Schwerindustriellen von Rhein und Ruhr andere Standpunkte als bei der Konkurrenz von der Saar oder den HGW. Die Ruhrunternehmer lehnten eine Abkehr vom Weltmarkt zugunsten einer nun europäisch orientierten „Autarkie" weiterhin konsequent ab. Ebenso standen sie Plänen einer europäischen Zollunion, wie sie etwa aus den Reihen des Auswärtigen Amts geäußert wurden, skeptisch gegenüber, glaubten sie doch, ihre Vorrangstellung auch im Zeichen der Konkurrenz aufrechterhalten zu können.[285] Vielmehr setzten Industrielle von Rhein und Ruhr weiterhin auf die privatwirtschaftlichen Beziehungen zu den Industriellen in den westeuropäischen Ländern, die es nach ihrer Meinung zu erhalten galt. Voraussetzung dafür war allerdings in ihren Augen die baldige Rückkehr zu friedenswirtschaftlichen Verhältnissen. Ziel all dieser Forderungen war die dauerhafte Zementierung der deutschen schwerindustriellen Hegemonie in Europa. Die Führungsstellung des Deutschen Reiches auf dem Kontinent um das Jahr 1940 herum konnte diese wirtschaftliche Hegemonialposition nun, im Gegensatz zu den Friedensjahren, auch politisch unterfüttern. Die sich daraus ergebenden Chancen nahmen die Ruhrunternehmer sehr wohl war, indem man versuchte, lästige Konkurrenz im Ausland mehr oder weniger auszuschalten, zumindest aber an der Entwicklung zu behindern, bzw. die eigene Position in den besetzen Gebieten Westeuropas zu stärken.[286] Vernichten hingegen wollte man die Industrie der Nachbarländer nicht. Daher blieben viele Ruhrindustrielle zurückhaltend: So verzichteten beispielsweise die im oben schon aufgeführten „Kleinen Kreis" versammelten Unternehmer grundsätzlich darauf, „irgendwelche Ansprüche auf Übertragung von Eigentums- und Bezugsrechten an Gruben im Minettebezirk oder an Hüttenwerken in Luxemburg bzw. Lothringen" zu erheben. Statt dessen gelte es, „die freundschaftlichen Beziehungen, die vor dem Kriege zwischen den Gruppen der internationalen Verbände bestanden, auch während des Krieges aufrecht zu erhalten".[287] Damit verzichtete auch der Konzern Günter Henles auf Übernahmen in den besetzten westeuropäischen Ländern und setzte auf privatwirtschaftliche Verständigung – Verständigung, die allerdings unzweifelhaft von den hegemonialen Ansprüchen der Deutschen bestimmt war. Tatsächlich erhielten im Endeffekt Ruhrunternehmen kaum Anteile an lothringischen Gruben, wobei dieser Verteilungsprozeß stark von den Machtkämpfen und -strukturen des Regimes beeinflußt war, in denen etwa die HGW deutlich besser positioniert waren. Etwas anders sah es bei der Verteilung (in Form von Treuhänderschaften, Kapitalbeteiligungen und Verflechtungen) anderer Unternehmen in den besetzten Gebieten Westeuropas aus. Hier meldeten die

[284] Mollin, Montankonzerne, S. 133. Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 96.

[285] Gillingham, Zur Vorgeschichte der Montan-Union. S. 391.

[286] Freymond, Les industriels allemands de l'acier et le bassin minier lorrain, S. 31. Vgl. auch: Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 97.

[287] Ernst Poensgen in einem Schreiben an Reichswirtschaftsminister Walther Funk, 7. 6. 1940, abgedruckt in: Hass (Hg.), Anatomie der Aggression, Dok. Nr. 120, S. 257–259.

Ruhrunternehmer durchaus Interesse an, schnitten allerdings bei der konkreten Verteilung ebenfalls relativ schlecht ab.[288]

So finden sich auf seiten der rheinischen Montanunternehmer keine systematischen Kriegszielplanungen für Westeuropa. Die traditionellen Unternehmen hatten aus den Folgen des Ersten Weltkrieges „gelernt, daß Krieg ihren wirtschaftlichen Interessen eher schadete als nützte und daß sich ihr Ziel der Vorherrschaft auf den europäischen Stahlmärkten ebenso auf friedliche Weise erreichen ließ".[289] Anders sah die Situation hingegen in Ost- und Südosteuropa aus. Zwar blieb die Aktivität hier insgesamt wesentlich geringer als in Westeuropa. Wenn jedoch ein Engagement erfolgte, dann geschah dies wesentlich brutaler und rücksichtsloser als im Westen.[290] Unter dem Gesichtspunkt der Kontinuität bis in die Jahre nach 1945 blieben diese Verbrechen indes (vorerst) ohne Konsequenzen. Der Osten Europas fiel als Markt durch den beginnenden Ost-West-Konflikt weitgehend fort, die Tabuisierung der Vernichtungspolitik und die Eingliederung der Täter in die westdeutsche Gesellschaft ermöglichten auch den westdeutschen Industriellen, über ihre Aktivitäten im Osten den Mantel des Schweigens zu hüllen. Für den Westen jedoch sah die Situation ganz anders aus: Hier hatten die jahrelangen Integrationserfahrungen traditioneller Schwerindustriekonzerne von Rhein und Ruhr mit den unmittelbaren Nachbarn im Westen ganz offensichtlich während des Zweiten Weltkrieges die Brutalisierung, wie sie im Osten auftrat, verhindert. Vielmehr erschien hier Integration, aufgrund der seit Jahren bekannten Vorteile, als einzig wünschenswertes Interesse. Nach Kriegsende konnte man an diese Positionen schon bald wieder anknüpfen, nicht zuletzt mit dem Ziel, die französischen Ruhrpläne zu konterkarieren.

Rückzug und Neubeginn

Erst mit dem Übergang zum „System Speer" und damit zu einer zentralen Planungswirtschaft änderten sich die Rahmenbedingungen für die Montanindustrie grundlegend.[291] Der bisher noch erhaltene unternehmerische Spielraum schrumpfte zusammen, und insgesamt blieben den Unternehmern kaum noch Möglichkeiten, ihre Interessen durchzusetzen, solange diese nicht mit der nationalsozialistischen Führung übereinstimmten. Nun rückte eine jüngere Generation Industrieller, die „Speer-Jünglinge", ins erste Glied, die sich mit dem Nationalsozialismus problemlos identifizierten.[292] Die traditionellen Unternehmer hingegen zogen sich verstärkt auf ihre eigenen Unternehmen zurück, ein Prozeß, der durch die sich seit Anfang 1943 abzeichnende Kriegsniederlage noch vorangetrieben wurde.[293] Fortan richtete sich der Blick nach vorn, auf die Zeit nach der erwarteten Niederlage.

---

[288] Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 102.
[289] Ebenda, S. 97.
[290] Mollin, Montankonzerne, S. 187–198.
[291] Mollin, Die Eisen- und Stahlindustrie im Nationalsozialismus, S. 474/475.
[292] Erker, Industrieeliten, S. 26–32.
[293] Schumann, Politische Aspekte der Nachkriegsplanungen. Vgl. auch: Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft, Bd. II, S. 422–426.

So existierte im Grunde auch für die Industrie jene „Inkubationszeit", die von „Stalingrad zur Währungsreform" reichte und die insbesondere durch ihre, für die Beteiligten völlig unberechenbaren und unabsehbaren Entwicklungen gekennzeichnet war.[294] Während die Produktion durch Bombenangriffe immer deutlicher eingeschränkt wurde, brachen Mitte 1944 der Außenhandel und damit auch die Rohstofflieferung und das System der Eisenkontingentierung zusammen.[295] Angesichts dieser Situation hatte in den Reihen der deutschen Stahlindustrie niemand mehr Interesse an irgendwelchen Integrationsfragen. Das eigene (betriebswirtschaftliche) Überleben trat an die erste Stelle: Es galt, das eigene Unternehmen über die absehbare Niederlage hinweg zu retten. Nur bei Versuchen, „über die bestehenden geschäftlichen Verbindungen zu ausländischen Banken und Konzernen Finanzreserven im Ausland anzulegen, um sie dem Zugriff des Staates und der Alliierten zu entziehen", gewannen die Kontakte nach Westeuropa noch einmal Bedeutung.[296] Gleichzeitig versuchte man, durch Nachkriegsvereinbarungen mit westeuropäischen Nachbarn den eigenen Besitz im Ausland weitestgehend vor den alliierten Forderungen abzusichern.

In dieser Phase begannen sich auch die schwerindustriellen Vorstellungen für die Nachkriegszeit abzuzeichnen.[297] Dabei verschwanden nun erstmalig die bis dahin gravierenden Unterschiede zwischen einzelnen Unternehmensgruppen, vor allem zwischen Ruhr- und Saarkonzernen.[298] Während man sich für die Zukunft eine Rückkehr zur Marktwirtschaft erhoffte, galt es primär, einen Zusammenbruch des gesamten Marktes bei Kriegsende zu verhindern und Sozialisierungsmaßnahmen zu vermeiden. Integration, egal in welcher Form, spielte in diesen Überlegungen kaum mehr eine Rolle. Gleichwohl hoffte man, die bisherigen Rüstungsaufträge bald wieder durch Exporte ersetzen zu können und damit auf das Ende der Autarkiepolitik. Bei Überlegungen zur wirtschaftlichen Nachkriegsordnung orientierten sich die Unternehmer weitgehend an traditionellen Konzepten. Insbesondere eine Wiederbelebung der internationalen Kartelle spielte dabei eine große Rolle. Schließlich hofften sie, nicht zuletzt aus Angst vor planwirtschaftlichen Wirtschaftsmodellen, daß die Amerikaner eine führende Rolle beim deutschen und europäischen Wiederaufbau spielen und somit die Rekonstruktion des kapitalistischen Systems garantieren würden. Die westdeutschen Stahlindustriellen reagierten also mit seit Jahrzehnten vertrauten Integrationskonzepten auf die ungewisse Situation. Über diese klassischen Muster hinausgehende Integrationsformen waren in den Nachkriegsplanungen nicht enthalten, und die von offiziellen Stellen gerade in den letzten Kriegsjahren verstärkt skizzierte staatenbündi-

---

[294] Broszat/Henke/Woller (Hg.), Von Stalingrad zur Währungsreform, vor allem die Einleitung. Vgl. auch: Plumpe, Politische Zäsur und funktionale Kontinuität.

[295] Herbst, Der totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft, S. 365. Eichholtz, Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. III, S. 128.

[296] Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 112. Vgl. auch: Schumann, Nachkriegsplanungen der Reichsgruppe Industrie im Herbst 1944, S. 259–296. Ders., Die wirtschaftspolitische Überlebensstrategie des deutschen Imperialismus.

[297] Brackmann, Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder, S. 179–188. Bührer, Zum Wandel der wirtschafts- und sozialpolitischen Zukunftsvorstellungen.

[298] Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 111.

sche Ordnung Europas als „Rettungsanker" spiegelt sich in den industriellen Konzepten nicht.[299] Eine wichtige Neuerung zeichnete sich indes ab: Den westdeutschen Schwerindustriellen wurde klar, daß die nach ihrem eigenen Verständnis gleichsam „natürliche", quasi unantastbare eigene Machtposition auf dem europäischen Kontinent nach dem Krieg ins Wanken geraten würde. In der Tat wurde gerade diese, die Montanindustrie seit Jahrzehnten begleitende Überzeugung von den Alliierten massiv in Frage gestellt.

Die beiden Jahre nach Kriegsende waren in der westdeutschen Montanindustrie ausschließlich dem Wiederaufbau und der Rekonstruktion gewidmet. Internierungen, fehlende Produktionsgenehmigungen oder niedrigste Produktionsobergrenzen, Bewirtschaftungen und Dekartellisierungsmaßnahmen, Entflechtungen, Reparationen und allgemein chaotische Zustände lenkten das Interesse vorerst ausschließlich auf die Sicherung des eigenen Bestandes.[300] Die außenwirtschaftlichen Bestimmungen der Alliierten führten dazu, daß es nicht einmal auf unterster produktionswirtschaftlicher Ebene zur Integration der westdeutschen Stahlindustrie mit den Industrien der Nachbarländer kam. Exporte aus der britischen Zone waren zunächst vollständig verboten, ja selbst der Güterverkehr zwischen den einzelnen Besatzungszonen. Seit Ende 1945 waren Exporte unter strengsten Auflagen wieder möglich, allerdings extrem erschwert aufgrund der „Dollarklausel" und angesichts der Devisenknappheit in Europa.[301] Erzimporte aus anderen Ländern waren ebenso unmöglich wie Brief- und Telefonkontakte mit ausländischen Unternehmern. Die Stahlunternehmer waren praktisch isoliert. Doch schon bald sollte sichtbar werden, daß die Situation weniger schlimm war, als mancher Unternehmer sie beschrieb, stellte sich das industrielle Potential insgesamt doch besser dar als in der Vorkriegszeit.[302]

Die nationale Perspektive der unmittelbaren Nachkriegsjahre begann sich schon durch den Marshallplan 1947 wieder zu erweitern. Fortan bot sich die Möglichkeit, „‚nationale' oder firmenspezifische Interessen ‚europäisch' zu legitimieren".[303] Mit dem anlaufenden europäischen Integrationsprozeß sah sich die Stahlindustrie seit den späten vierziger Jahren einer Entwicklung gegenüber, die sie (in Form der Montanunion) zentral betraf, in der die seit Beginn des Jahrhunderts gemachten schwerindustriellen Integrationserfahrungen aber nur noch teilweise anwendbar waren. Daß und in welcher Form man sich trotzdem massiv in diesen Prozeß einzuschalten versuchte, zeigt das Engagement in der Europa-Union.

An dieser Stelle ist festzuhalten, daß zumindest für den hier besonders interessierenden Fall der westdeutschen Industriellen undifferenzierte Thesen von einer Kontinuität zwischen NS-Großraum und EWG überspitzt sind. Dies soll die Verbrechen, die während des Zweiten Weltkrieges von der deutschen Industrie be-

---

[299] Loth, Rettungsanker Europa.

[300] Vgl. zu den Konzeptionen der Alliierten sowie den Maßnahmen in den ersten Nachkriegsmonaten: Bührer, Ruhrstahl und Europa.

[301] Buchheim, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft, S. 11 f. und S. 17.

[302] Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 119.

[303] Ebenda, S. 218

gangen worden sind, keinesfalls kleinreden. Fragt man jedoch nach dem Verhältnis westdeutscher Industrieller zu „Europa" und einer europäischen Verständigung, so sind die deutschen „Großraum"-Planungen während des Zweiten Weltkrieges nur als ein Teilbereich wirtschaftlicher Integrationserfahrungen im 20. Jahrhundert zu betrachten. Dabei zeigt sich eine deutliche Kontinuität in bezug auf wirtschaftliche Interessen, welche die Unternehmer in unterschiedlichen politischen Systemen und Rahmenbedingungen mit je unterschiedlichen Mitteln durchzusetzen trachteten. Im Kern ging es um die wirtschaftliche Hegemonie über den Kontinent. Man vertraute der eigenen Stärke so, daß man glaubte, die „natürliche" Hegemonie über die Stahlwirtschaft des Kontinents auch ohne umfassende politische Eingriffe und gewaltsame Übernahme der Konkurrenz im Krieg garantieren zu können. Dabei galten im Osten andere Gesetze als im Westen. Im Westen standen Integration und Verständigung mit den Nachbarn im Vordergrund – aus rein betriebswirtschaftlichen Erwägungen, nämlich um die bestmöglichen Bedingungen für Produktion und Verkauf zu schaffen. Bereits vor 1945 also gehörte für jene westdeutschen Stahlindustriellen, die sich später in der Europa-Union engagierten, die Idee einer wirtschaftlichen Integration (allerdings ohne staatliche „Einmischung") zum unternehmerischen Alltag – jedenfalls solange sie den eigenen Interessen entsprach. Sobald dies nicht mehr der Fall war, gab man sie ohne Zögern auf, wie das Beispiel der IRG Ende der zwanziger Jahre zeigt. Andererseits bot die Integration zumindest in Richtung Westen in den Augen der westdeutschen Montanindustriellen so viele Vorteile, daß sie den Autarkie- und Großraumplanungen des Nationalsozialismus skeptisch gegenüberstanden. So lehnten viele Unternehmer die „Großraum"-Pläne des „Dritten Reiches" nicht deswegen ab, weil sie die rassistischen und hegemonialen Elemente des nationalsozialistischen Weltbildes nicht geteilt hätten – dies müßte im Einzelfall untersucht werden – sondern weil sie ihren wirtschaftlichen Interessen widersprachen. Für den Osten des Kontinents galten hingegen ganz andere Gesetze.

Biographischer Fokus

Ein Blick auf die persönlichen Prägungen und Erfahrungen der im Präsidium der Europa-Union versammelten Montanindustriellen in den Jahren des Nationalsozialismus bestätigt diese Einschätzung. Unter den zu betrachtenden Protagonisten findet sich kein überzeugter Nationalsozialist, kein „Technokrat" aus den Reihen der „Großraum"-Planungen. Vielmehr ergab sich die Position der Unternehmer gegenüber dem Nationalsozialismus überwiegend aus ihren unternehmerischen Interessen. Der 1899 geborene Jurist Günter Henle war seit 1921 Mitglied des Auswärtigen Dienstes und in Den Haag, Buenos Aires und London tätig.[304] 1936 schied er aus der Diplomatischen Laufbahn aus, was er selbst später nicht zuletzt mit seiner Gegnerschaft zum Nationalsozialismus begründete. Die hervorragenden Aussichten, die sich ihm in der Firma seines Schwiegervaters Peter Klöckner, dessen Stieftochter Anneliese er 1933 geheiratet hatte, boten, mögen Henle den Schritt indes zumindest erleichtert haben. Nach dem Tod seines Schwieger-

[304] Vgl. seine autobiographischen Schilderungen in: Henle, Weggenossen des Jahrhunderts.

vaters 1940 stand er einem traditionellen Familienunternehmen vor, das gerade in Richtung Westeuropa auf langjährige Integrationserfahrungen zurückblicken konnte und auch in den Jahren des Zweiten Weltkrieges sein Interesse daran nicht vollständig aufgab. So rückten für Henle die Interessen des Klöckner-Konzerns an erste Stelle. In politischen Fragen hingegen hielt er sich ganz offensichtlich zurück; weder tat er sich als Nationalsozialist noch als dessen Gegner hervor.

Letzteres liest man dagegen über Heinrich Kost immer wieder: In der Tat wurde der Generaldirektor der Bergwerksgesellschaft „Rheinpreußen" im Frühjahr 1934 von der Gestapo verhaftet und bot „in den letzten Kriegsjahren dem NS-Regime [...] immer wieder Paroli".[305] So hatte er offenbar entfernte Kontakte zur Widerstandsgruppe des 20. Juli 1944, ohne jedoch aktiv in diese eingebunden zu sein. Bei Kriegsende fanden vorrückende Amerikaner bei einer Werwolfgruppe einen Erschießungsbefehl Martin Bormanns, der Kost galt. Bei näherem Blick zeigt sich allerdings, daß Kosts Distanz zum Regime weniger aus weltanschaulicher Gegnerschaft erwuchs, sondern sich in jenem Moment manifestierte, als seine unternehmerischen Interessen nicht mehr mit jenen des Nationalsozialismus übereinstimmten. So war das langjährige Stahlhelmmitglied Kost im Herbst 1934 in die NSDAP eingetreten – möglicherweise um nach seiner Verhaftung weiteren Schwierigkeiten aus dem Weg zu gehen – und gehörte fortan zu den „großwirtschaftlichen Führungskadern" des Regimes. 1941 wurde er zum „Wehrwirtschaftsführer" ernannt, daneben war er in zahlreichen kohlewirtschaftlichen Verbänden und Aufsichtsräten vertreten. Hatte sich Kost schon in diesen Jahren gelegentlich kritisch zum Regime geäußert, so beruhte dies vor allem auf „Abneigung gegen dessen zentralisierte Befehlwirtschaft und den Mangel an Kompetenz in allen Fragen, die die Bedingungen, die Produktion und die Verteilungsmechanismen des Steinkohlebergbaus betrafen".[306] Als Kost mit der Niederlage von Stalingrad 1943 den Krieg verloren gab, zog er sich konsequenterweise aus einigen seiner Ämter zurück und widersetzte sich – im Interesse der Steinkohlewirtschaft – auch Hitlers Befehl der „verbrannten Erde". Motiviert war diese skeptische Haltung primär durch betriebswirtschaftliche Interessen, die sich nicht (mehr) mit jenen des Nationalsozialismus deckten. Wir finden hier das Beispiel eines Unternehmers, der sich nicht vom Staat in wirtschaftliche Belange hineinreden lassen wollte, eine Haltung, die uns später in den Reihen der Europa-Union wiederbegegnen wird. Ob es sich bei diesem Staat um eine Diktatur oder eine Demokratie handelte, war in dieser Hinsicht kaum von Belang.

Der Lebenslauf Friedrich Carl von Oppenheims schließlich, des späteren Präsidenten der Europa-Union, mit dem wir nun zum Abschluß die westdeutsche Schwerindustrie verlassen und den Repräsentanten einer rheinischen Privatbank in den Blick nehmen, zeigt eine noch größere Distanz zum Nationalsozialismus. Diese war allerdings nicht allein von divergierenden wirtschaftlichen Interessen gekennzeichnet, sondern vor allem durch die persönliche Verfolgung der Familie von Oppenheim aufgrund ihrer jüdischen Herkunft. Friedrich Carl von Oppenheim, geboren am 5. Oktober 1900 in Köln, erfuhr schon von klein auf eine inter-

[305] Kroker, Heinrich Kost, S. 304.
[306] Ebenda, S. 302.

national angelegte Erziehung. Bereits seine Mutter, die Amerikanerin Florence Mathews Hutchins, garantierte ihren vier Söhnen, von denen Friedrich Carl der jüngste war, eine über den nationalen Rahmen hinaus orientierte Kinderstube. Der Vater Simon Alfred Freiherr von Oppenheim, der dem Familienunternehmen, dem Bankhaus Sal. Oppenheim Jr. & Cie. vorstand, sorgte für eine in der Familientradition stehende Ausbildung des jüngsten Sohns. Die üblichen „Lehr- und Wanderjahre" verbrachte Oppenheim in den zwanziger Jahren an der First National City Bank in New York und der Brasilianischen Bank für Deutschland in Sao Paulo. 1929 wurde er Teilhaber in der Familienbank. So hatte sich Oppenheim aufgrund der familiären wie der geschäftlichen Verbindungen des Bankhauses in alle Welt schon früh internationale Erfahrung und Verständnis für übernationale Zusammenhänge angeeignet, die ihn wirtschaftlichen Abschottungstendenzen stets ablehnend gegenüberstehen ließen.

Mit dieser Bedeutung von Erziehung und Ausbildung ist ein Element angesprochen, das auch im Falle der Abendländer von großer Wirkkraft für die Ausbildung europäischer Ordnungsvorstellungen gewesen war. Im abendländischen Fall waren es etwa eine Jugend im österreichisch-ungarischen Vielvölkerstaat oder eine adelige Sozialisation, die eine Hinwendung zu bestimmten Europaideen mitbestimmt hatten. Im Falle der Europa-Union ist auffällig, daß ein Großteil der Präsidiumsmitglieder einen Teil ihrer Studien- oder Ausbildungsjahre im westlichen Ausland verbracht und dort Erfahrungen gesammelt hatte, welche später entscheidend zu einer europäischen Orientierung beitrugen.[307] Die von René Girault beschriebene Wichtigkeit der kindlich-jugendlichen Sozialisation für ein späteres europäisches Engagement ist auch in den vorliegenden Fällen von zentraler Bedeutung.[308] Das gilt, wenn auch in unterschiedlicher Weise, für „West-Europäer" wie für Abendländer.

Das Bankhaus Oppenheim überstand die Konzentrationsprozesse in den siebziger Jahren des 19. und den frühen zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts als eine der bedeutendsten Privatbanken in Deutschland relativ unbeschadet. Zwar ging man 1922 eine Interessengemeinschaft mit dem Bankhaus A. Levy ein (das man 1936 schließlich übernahm) und litt Anfang der zwanziger Jahre unter der Hyperinflation, unter der Rheinlandbesetzung und den instabilen politischen Verhältnissen. Und auch Mitte der zwanziger Jahre herrschten „keine goldenen Jahre" für die Bank.[309] Dennoch stellte die Interessengemeinschaft Ende der zwanziger Jahre „einen großen Privatbank-Komplex" dar und nahm zusammen 138 Aufsichtsratssitze wahr.[310] Besonders eng verflochten war man dabei, und dies sollte

---

[307] So verbrachten etwa Günter Henle, Ernst Friedländer, Karl Mommer, Friedrich Carl von Oppenheim, Rüdiger Proske, Otto Bach, Kurt Birrenbach, Max Brauer oder Alfred de Chapeaurouge, alle Präsidialmitglieder der Europa-Union in den fünfziger und sechziger Jahren, entscheidende Studien-, Ausbildungs- oder Arbeitsjahre im (zumeist westlichen) Ausland.

[308] Girault, Das Europa der Historiker, S. 84/85.

[309] Stürmer/Teichmann/Treue (Hg.), Wägen und Wagen, S. 346.

[310] Treue, Das Schicksal des Bankhauses Sal. Oppenheim Jr. & Cie., S. 3. Vgl. zum Bankhaus Oppenheim: Sal. Oppenheim Jr. & Cie. (Hg.), Sal. Oppenheim Jr. & Cie. Stürmer/Teichmann/Treue (Hg.), Wägen und Wagen. Treue, Einige Kapitel aus der Geschichte der Köl-

sich bis in die Gegenwart nicht ändern, mit der (Schwer-)Industrie von Rhein und Ruhr. Aber auch nach Westeuropa, insbesondere nach Frankreich, hatte die Bank traditionell gute Kontakte. Doch drohten dem Bankhaus Oppenheim Ende der zwanziger Jahre von anderer Seite Probleme. Der 1864 geborene Simon Alfred Freiherr von Oppenheim war erheblich älter als seine beiden als Teilhaber tätigen Söhne Waldemar und Friedrich Carl. Zwischen dem Vater und den zu diesem Zeitpunkt noch relativ unerfahrenen Söhnen fehlte ein Vertreter der mittleren Generation, der das Bankhaus auch über das Ausscheiden des Vaters hinaus würde leiten können. Dieser Mann trat Anfang 1931 in Gestalt des bereits erwähnten Robert Pferdmenges als Teilhaber in die Bank ein. Als Simon Alfred Oppenheim bereits ein Jahr später und kurz nach der Bankenkrise des Sommers 1931 verstarb, erwies sich das Werben um Pferdmenges als goldrichtig. Niemand ahnte zu diesem Zeitpunkt jedoch, daß der Einsatz Pferdmenges wenige Jahre später sogar überlebenswichtig für das Bankhaus und die Familie Oppenheim sein würde.

Obwohl die Bankiersfamilie bereits im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts zum christlichen Glauben konvertiert war, galten das Bankhaus und seine Inhaber den Nationalsozialisten als „jüdisch", und rasch kam es zu schweren Repressalien.[311] Persönlich hatten die beiden Brüder Oppenheim lange noch Glück im Unglück, wurden sie doch als „Mischlinge II. Grades" eingestuft. Erst 1944 stellte das Rheinische Landes-Sippenamt fest, daß ihre Mutter erst kurz vor ihrer eigenen Hochzeit evangelisch getauft worden sei und daher davon auszugehen sei, daß Waldemar und Friedrich Carl als „Mischlinge I. Grades" einzustufen seien.[312] Dennoch blieb ihnen relativ lange eine weitgehende Bewegungsfreiheit und Sicherheit erhalten. Aus dem Bankhaus jedoch mußten sie sich in den Jahren des „Dritten Reiches" zurückziehen. Friedrich Carl von Oppenheim legte außerdem, ebenso wie sein Bruder, einen Großteil seiner Aufsichtsratsmandate in deutschen, aber auch in skandinavischen, französischen und niederländischen Unternehmen nieder.[313] Statt der Brüder Oppenheim trat nun Robert Pferdmenges in den Vordergrund. Er repräsentierte das Bankhaus in den folgenden Jahren, ohne daß sich damit allerdings eine Machtverschiebung innerhalb der Bank verband. Zwar war auch er den Nationalsozialisten als protestantischer Liberaler bekannt, der dem Regime skeptisch gegenüberstand. Dennoch gelang es durch diesen Schachzug, die nach der „Machtübernahme" erfolgten Umsatzeinbußen weitgehend wettzumachen.[314] Dies war jedoch nur eine vorübergehende Entwicklung, denn bereits 1938 geriet das Bankhaus wieder unter erheblichen Druck. Gegen die antisemitische Propaganda half schließlich nur noch eins: Der „jüdische" Name Oppenheim mußte getilgt werden. Seit dem Mai 1938 nannte sich das Bankhaus Pferdmenges

---

ner Bankiersfamilie Oppenheim. Ders., Der Privatbankier an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert.

311 Zur nationalsozialistischen Bankenpolitik insgesamt vgl.: Kopper, Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus.

312 Treue, Das Schicksal des Bankhauses Sal. Oppenheim Jr. & Cie., S. 38 und S. 64.

313 Ebenda, S. 14 und S. 30. So war Friedrich Carl von Oppenheim bei Kriegsende in keinem Unternehmen mehr Aufsichtsratsvorsitzender, allerdings in fünfen stellvertretender Vorsitzender und in dreizehn Mitglied des Aufsichtsrats.

314 Treue, Das Schicksal des Bankhauses Sal. Oppenheim Jr. & Cie., S. 14 und S. 18.

& Co. Friedrich Carl und Waldemar von Oppenheim blieben zwar Gesellschafter und behielten auch ihren internen Einfluß, zogen sich aber noch stärker aus dem Publikumsverkehr zurück als nach 1933. Dem gleichsam „scheinarisierten" Bankhaus half dieser Namenswechsel; es stabilisierte sich in den folgenden Jahren.[315]

Robert Pferdmenges führte die Privatbank auch durch die Jahre des Zweiten Weltkrieges und mußte somit Stellung beziehen gegenüber den „Großraumplänen" und der wirtschaftlichen Ausplünderung des besetzten Europas. Offenbar hat er „jede Beteiligung an der Übernahme ausländischer Banken oder Industriebetriebe abgelehnt [...]. Die Bank blieb an diesem Geschäft unbeteiligt." Zwar bemühte sich die Führung des Bankhauses in den Kriegsjahren durchaus um die Wiederaufnahme alter Geschäftsbeziehungen, „aber das geschah niemals mit dem Blick darauf, Beute zu machen oder Übernahmen einzuleiten".[316]

Friedrich Carl von Oppenheim und auch sein Bruder Waldemar nützten ihre relative Freiheit von Repräsentationspflichten dazu, das Bankhaus im Ausland zu vertreten. Sie unternahmen ausgedehnte Reisen nach Schweden, Italien, Frankreich, in die Schweiz und die USA, in die Niederlande und nach Großbritannien. Neben geschäftlichen Zielen galten diese Reisen ganz offensichtlich auch dem Zweck, ehemalige Mitarbeiter der Bank oder Freunde, die aus dem Deutschen Reich geflohen waren, finanziell zu unterstützen oder ihnen in anderer Weise zu helfen. Vor allem Friedrich Carl von Oppenheim hat sich für jüdische Freunde und Bekannte eingesetzt. Einer Reihe von ihnen hat er zur Ausreise etwa aus dem von den Deutschen besetzten Holland verholfen, andere versuchte er vor der Deportation zu bewahren, indem er über eine niederländische Firma, die mit dem Bankhaus eng verbunden war, ihre Bedeutung für die deutsche Rüstungswirtschaft betonte und somit Rückstellungsbescheide erwirkte. Posthum bekam Friedrich Carl von Oppenheim 1997 für dieses Engagement den Titel „Gerechter unter den Völkern" durch die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem verliehen.[317]

Der Gestapo blieben diese Aktionen nicht unbemerkt, und in den letzten Kriegsjahren verstärkte sich der persönliche Druck auf die Oppenheim-Brüder. Nach dem Attentatsversuch des 20. Juli 1944 hieß es in einem Bericht der Gestapo Köln an das Reichssicherheitshauptamt: „Es besteht der dringende Verdacht, daß Waldemar und Friedrich K. v. O. ihre Auslandsreisen zu undurchsichtigen Geschäften benutzen. Die engen [...] Auslandsverbindungen, die rassisch bedingte gegnerische Einstellung zum nationalsozialistischen Staat [...] lassen mit Sicherheit annehmen, daß von O. allen gegnerischen Stellen, mit denen er in Berührung kommt, Nachrichten geheimen und vertraulichen Charakters wirtschaftlicher wie politischer Art in größtmöglichem Umfang bekanntgibt." Sogar eine Agententätigkeit für England vermutete die Gestapo.[318] Als gleichzeitig dann auch noch die Einstufung als „Mischlinge I. Grades" erfolgte, wurden die Brüder verhaftet. Wal-

---

[315] Ebenda, S. 21.

[316] Stürmer/Teichmann/Treue (Hg.), Wägen und Wagen, S. 390.

[317] Sal. Oppenheim Jr. & Cie. (Hg.), Sal. Oppenheim Jr. & Cie., S. 29f.. Vgl. auch Treue, Das Schicksal des Bankhauses Sal. Oppenheim Jr. & Cie., S. 25f. Stürmer/Teichmann/Treue (Hg.), Wägen und Wagen, S. 394–396.

[318] Zitiert nach: Stürmer/Teichmann/Treue (Hg.), Wägen und Wagen, S. 405.

demar mußte drei Wochen lang Verhöre über sich ergehen lassen; nach seiner (möglicherweise versehentlichen) Entlassung entzog er sich mit seiner Frau durch Flucht einer weiteren Verhaftung. Auch Friedrich Carl und seine Frau wurden im September 1944 verhaftet. Während Ruth von Oppenheim drei Monate später entlassen wurde, befreiten ihren Mann erst die vorrückenden Amerikaner im Mai 1945 aus der Haft.

Stärker als bei allen anderen späteren Präsidiumsmitgliedern der Europa-Union verband sich bei Friedrich Carl von Oppenheim ein wirtschaftliches Interesse, welches sich in weitverzweigten europäischen und internationalen Geschäftskontakten spiegelte, mit einer weltanschaulichen Ablehnung des Nationalsozialismus und Opposition gegen ihn, die durch Verfolgung und Verhaftung noch verstärkt wurde. Sein Engagement in der Europa-Union, das sich in seiner Dauerhaftigkeit auch von jenem der anderen Industrie-Vertreter unterschied, erklärt sich somit zu einem Gutteil aus der Erfahrung von Verfolgung und Unterdrückung. Der Wunsch, ein „besseres" Deutschland in einem geeinten Europa zu verankern, lag ihm am Herzen. Damit entstand eine Interessenübereinstimmung etwa mit jenen Remigranten, die im Exil eine „Westernisierung" Deutschlands als politisches Ziel für die Nachkriegszeit entwickelt hatten. Hier liefen verschiedene Wurzeln des west-europäischen Gedankens in der Nachkriegszeit zusammen. Jedoch verband sich diese weltanschauliche Überzeugung bei Friedrich Carl von Oppenheim ganz klar mit wirtschaftlichen Interessen. Diese Interessen ließen in den fünfziger Jahren auch andere Industrielle und Angehörige der Finanzwelt ihren Weg in die Europa-Union finden. Für diese wiederum standen nicht die Ordnungsvorstellungen der „Westernisierer" im Mittelpunkt, sondern die Gestaltung der wirtschaftlichen Integration des Kontinents. Der nationalsozialistische „Großraum" prägte dabei in positiver wie negativer Weise den Erfahrungshorizont der beteiligten Unternehmer. So konnten sich in den fünfziger Jahren ganz unterschiedliche Ideen von Europa und ganz unterschiedliche Interessen in der Europa-Union der Nachkriegszeit verbinden.

II. Die Europa-Union in der Nachkriegszeit (1945–1970)

1. Euphorie und Aufbau: die frühen Jahre (1946–1952)

Die verschiedenen Wurzeln des west-europäischen Denkens, also auf der einen Seite organisatorische Vorläufer in der Weimarer Republik, auf der anderen Seite die Erfahrung von Verfolgung und Lagerhaft, von Exil und dem Leben in liberal-demokratischen Gesellschaften angelsächsischer Prägung, schließlich aber auch industrielle Interessen an einer westeuropäischen Zusammenarbeit, nahmen nicht gleichzeitig Einfluß auf die Konzepte der Europa-Union, sondern in zwei Schüben. In einer ersten Phase prägten vor allem Protagonisten den Verband, die, wie Eugen Kogon, im „Dritten Reich" Verfolgung ausgesetzt gewesen waren, während die Remigranten und Industriellen erst zu einem späteren Zeitpunkt ihren Einfluß durchsetzten.

Diese erste Wirkungsphase der Europa-Union, um die es auf den folgenden Seiten gehen wird, war eng verbunden mit jener Europa-Begeisterung in der deutschen Gesellschaft nach 1945, die im Zusammenhang mit der abendländischen Idee bereits angesprochen wurde.[1] In den ersten Jahren nach dem Krieg verbanden sich individual-biographische Erfahrungen von Gewalt und Verfolgung mit einer weitverbreiteten Stimmung, die unter anderem dem Nationalstaat die Verantwortung für die „deutsche Katastrophe", für Krieg und Völkermord gab. Daraus entwickelte sich die stark emotional, ja euphorisch geprägte Hoffnung, mit einem baldigst zu gründenden europäischen Staat den Europäern ein für alle Mal Schutz vor Gewaltherrschaft und Krieg zu gewähren. Überall in Europa gründeten sich Organisationen, die dieses „Europa" vorantreiben wollten. Nur in Deutschland blieb zunächst jede außenpolitische Betätigung verboten. Als dann aber ab Herbst 1945 in den westlichen Besatzungszonen langsam wieder Vereins- und Parteigründungen gestattet wurden, bemühten sich die Europaorganisationen aus den europäischen Nachbarländern, darunter nicht zuletzt die Schweizer Europa-Union, auf die entstehenden Verbände in Westdeutschland, unter ihnen auch die Europa-Union, Einfluß zu nehmen. Bevor sich die Arbeit jedoch der Gründungsgeschichte der Europa-Union und ihrer ersten Wirkungsphase zuwendet, ist es wichtig, kurz die Frühgeschichte der internationalen europäischen Bewegungen zu schildern.

---

[1] Vgl. Teil I, Kap. II.1.

Aus dem Geist des Widerstands: die Gründung der internationalen europäischen Bewegungen

Bereits in den Jahren des Zweiten Weltkrieges hatte der Gedanke einer europäischen Einigung in europäischen Widerstandskreisen Fuß gefaßt.[2] Die einzelnen Widerstandsgruppen, welche aufgrund der deutschen Besatzungsherrschaft kaum in der Lage waren, untereinander Kontakt aufzunehmen, hatten zwar unterschiedliche Vorstellungen über den politischen und gesellschaftlichen Aufbau des zukünftigen Europas beziehungsweise seine geographische Gestalt, übereinstimmend jedoch forderten sie für die Zukunft eine föderative, supranationale Organisation des Kontinents. Der Nationalstaat schien seine Unfähigkeit, den Bürgern Schutz und Wohlstand zu garantieren, endgültig bewiesen zu haben. Eine europäische Föderation, mehr oder weniger stark eingebunden in eine „Weltföderation", sollte dem Kontinent künftig Sicherheit gewähren, indem sie die nationalen Rivalitäten und Spannungen beseitigte, einen größeren Wirtschaftsraum schuf und die Europäer vor dem Einfluß der immer deutlicher aufsteigenden Supermächte einerseits, vor der deutschen Gefahr andererseits schützte. Die Widerstandskreise, in denen diese Konzepte kursierten, gelten allgemein als Vorläufer der Einigungsbewegungen nach 1945. Deutsche waren an ihnen allerdings nur in seltenen Fällen beteiligt.

Nach einer kurzen Phase der Resignation, welche unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges auf die widrigen Lebensumstände im Europa der Jahre 1945/46, aber auch auf die Ablehnung einer europäischen Föderation durch die Siegermächte sowie auf die „Restauration" des nationalstaatlichen Systems zurückzuführen war,[3] gingen die Widerstandsgruppen seit Sommer 1946 daran, miteinander in Kontakt zu treten und übernationale Zusammenschlüsse in die Wege zu leiten.[4] Im September 1946 trafen sich im schweizerischen Hertenstein erstmals rund 80 Vertreter föderalistischer Gruppierungen, darunter die Schweizer Europa-Union, der italienische „Movimento Federalista Europeo" (MFE), die niederländische „Europeesche Actie", die belgische „Union Fédérale" und die französische Föderalistengruppe „Comité International pour la Fédération Européenne". Auch wenn die britische „Federal Union" und weitere französische

---

[2] Die Literaturlage zu den europäischen Widerstandsbewegungen ist ausgesprochen gut. Wilfried Loth verweist sogar auf eine gelegentliche Überschätzung der Bedeutung des Widerstands für die europäische Idee. Vgl. Loth, Die Résistance und die Pläne zu europäischer Einigung, S. 47. Insgesamt übersteigt die Anzahl der Quellenbände jene der Monographien bei weitem. Vgl. (in Auswahl): Behring, Demokratische Außenpolitik für Deutschland. Documents on the History of European Integration. Lipgens (Hg.), Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen. Loth, Die Résistance und die Pläne zu europäischer Einigung. Ders., Sozialismus und Internationalismus. Niess, Die Ursprünge der europäischen Idee aus dem Geist des Widerstands. Voigt (Hg.), Friedenssicherung und europäische Einigung. Ders., Die Genfer Föderalistentreffen.

[3] Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, S. 263–268.

[4] Auch hier folgt nur eine knappe Darstellung, da der Weg, den die einzelnen Widerstandsgruppen in den ersten Nachkriegesjahren nahmen, durch umfangreiche Quelleneditionen, Monographien und Aufsätze nachgezeichnet ist. Vgl. zum folgenden vor allem: Ebenda. Vgl. auch: Lipgens (Hg.), Documents on the History of European Integration, Bd. 3 und Bd. 4.

Gruppen fehlten, kam der Hertensteiner Konferenz und dem dort verabschiedeten „Hertensteiner Programm" entscheidende Bedeutung zu, übernahmen doch die europäischen Föderalisten, unter ihnen später auch die deutsche Europa-Union, das Programm als Leitsätze. Der Text ging nicht näher auf politische Details ein, sondern „beschränkte sich auf die in ihrer Einfachheit bestechend präzise Darstellung der Notwendigkeit der Föderation Europas als Akt demokratischer Selbstrettung und Baustein künftiger Weltfriedensorganisation".[5] Gefordert wurde ein eindeutiger Verzicht auf nationale politische, wirtschaftliche und militärische Souveränitätsrechte und die Bildung einer europäischen Föderation, die allen europäischen Völkern, „die ihre Grundgesetze anerkennen", offenstehen sollte. Diese Grundgesetze sollten in einer „Erklärung europäischer Bürgerrechte" fixiert werden. Als regionale Untergliederung eingebunden in die Vereinten Nationen, sollte die europäische Föderation auf „jede Machtpolitik verzichten", aber andererseits auch niemals „Werkzeug irgendeiner fremden Macht" werden. Angesichts der zunehmenden Spannungen zwischen den Alliierten und des Vorgehens der Sowjetunion in den von ihr besetzen ost- und mitteleuropäischen Ländern sollte eine solche Föderation verhindern, daß Europa zum Spielball der Großmächte würde. Deutlich zog hier die Idee eines Europas der „Dritten Kraft", weltanschaulich und politisch zwischen den beiden Lagern in Ost und West angesiedelt und vermittelnd zwischen beiden tätig, am Horizont herauf.[6] In Hertenstein betonten die Vertreter der Föderalistenverbände außerdem, daß nur eine Eingliederung Deutschlands die deutsche Frage dauerhaft würde lösen können.

Nach der Hertensteiner Konferenz beschlossen die bis dahin entstandenen Europa-Gruppen im Dezember 1946 in Paris die Gründung einer „Union Européenne des Fédéralistes".[7] Spätestens nach der Amsterdamer Tagung im April 1947, auf welcher Henri Brugmans zum Präsidenten und Alexandre Marc zum Generalsekretär gewählt wurden, war die UEF der wichtigste übernationale Verband von europaföderalistischen Organisationen, in den sich auch die Europa-Union eingliedern sollte. Sie koordinierte die Arbeit der verschiedenen nationalen Verbände, führte ihre Protagonisten zusammen und bot ideelle Vorgaben (auf der Grundlage des Hertensteiner Programms). In Amsterdam klärte sich auch die politische und ideelle Position der UEF, wobei vor allem die französischen Föderalisten erheblichen Einfluß ausübten. Die seit Kriegsende unter Mitwirkung von Alexandre Marc, aber auch von André Voisin, Raymond Aron und anderen entwickelte Idee eines „integralen Föderalismus" spielte dabei die entscheidende

---

[5] Vgl. Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, S. 301. Zum Ablauf der Hertensteiner Konferenz und den Anwesenden siehe auch ebenda. S. 298–305. Die folgenden Zitate ebenda, S. 302.

[6] Vgl. zum Europa der „Dritten Kraft": Schwan, Europa als Dritte Kraft.

[7] Bei der Sitzung anwesend waren: H. Brugmans als Vertreter der holländischen „Europeesche Actie", Miss Josephy für die „Federal Union", A. Allard für die belgische „Union fédérale", H. Koch für die luxemburgische „Union fédérale", H. Schiess für die schweizerische „Europa Union", für die französische „La Fédération" A. Voisin und mit Cl.-M. Hyrte, Fr. Gérard, G. Riou, J. Larmeroux, M. Belley weitere Vertreter französischer Föderalistenverbände. Die Anwesenden konstituierten sich als „Comité central". Zur Gründung der UEF vgl. ebenda, S. 361–363.

Rolle. Dem integralen Föderalismus, der seine Ursprünge in der katholischen Soziallehre und im Personalismus hatte, wohnte eine antietatistische Komponente inne, die vor allem in Frankreich auf eine Dezentralisierung und Föderalisierung der Gesellschaft hinauslief.[8] Man sah die Familie als „Urzelle" der Gesellschaft, welche subsidiär aufgebaut, dem Staat nur jene Rechte zugestehen sollte, die gesellschaftliche Teileinheiten nicht übernehmen konnten. Eine berufsständische Ordnung sollte im integralen Föderalismus das kapitalistische System ersetzen und zu einem „humanen und freien Sozialismus" führen. Diese freiheitlich-sozialistische Ordnung positionierte das föderativ geeinte Europa in den Augen ihrer Vorkämpfer zwischen dem kapitalistischen Westen und dem kommunistischen Osten.[9]

Der Begriff „Föderalismus" diente in der unmittelbaren Nachkriegszeit als das „politische Leitwort" schlechthin und stellte eine der entscheidenden Theorieströmungen der Nachkriegszeit dar.[10] Ihr Einfluß etwa auf die abendländische Idee in den späten vierziger Jahren ist bereits deutlich geworden. In dieser Zeit vertraten selbst die sonst im rechtskonservativen Spektrum angesiedelten Abendländer erstaunlich „linke" Ideen und hingen vorübergehend dem „christlichen Sozialismus" an – auch wenn sich diese Orientierung bald wieder verlor. Die Zeitgebundenheit der Theorie des „integralen Föderalismus" ist offensichtlich. Das verzweifelte Ringen der Europäer, nicht in die Blockkonfrontation von Ost und West einbezogen zu werden einerseits, andererseits aber auch der Glaube, vor allem der ungebändigte Kapitalismus habe die Diktaturen der Zwischenkriegszeit befördert und müsse daher durch ein gemäßigt-sozialistisches System ersetzt werden, spiegeln sich in ihr. Damit war aber spätestens 1948 klar, daß der Idee kaum mehr eine Chance auf Realisierung zukam. Und so verschwand die Theorie vom „integralen Föderalismus" Ende der vierziger Jahre wieder und es trat, vor allem in den fünfziger Jahren die Rede von der „Integration" an ihre Stelle.[11]

Das gesamte Konzept des „integralen Föderalismus" beinhaltete ein – im Sprachgebrauch der Europabewegten – „revolutionäres", gesellschaftsveränderndes Element: Es ging darum, eine neue Gesellschaft zu schaffen, nicht allein eine politische Lösung für die europäischen Probleme zu finden. Somit beantwortete auch die UEF „die Frage, welches Europa [...] gewollt werde, nicht einfach nur mit der Zusammenschlußthese, sondern mit positiver innen- und gesellschaftspolitischer Auffüllung mit Föderalismus als durchgängigem Ordnungsprinzip

---

[8] Vgl. zum Personalismus u.a.: Kinsky/Knipping (Hg.), Le fédéralisme personnaliste. Roy, Alexandre Marc et la Jeune Europe. Zu den Kontakten zwischen deutschen und französischen Personalisten in der Zwischenkriegszeit vgl. Keller, Les médiateurs personnalistes. Ders., Die Personalismen der Zwischenkriegszeit und die deutsch-französischen Beziehungen. Hellmann/Roy, Le personalisme et les contacts entre non-conformistes de France et d'Allemagne.

[9] Zum Integralen Föderalismus vgl. vor allem: Roemheld, Integraler Föderalismus. Siehe auch: Greilshammer, Les mouvements fédéralistes, vor allem S. 151–203. Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, S. 347–360.

[10] Herbst, Die zeitgenössische Integrationstheorie, S. 163 und S. 197. Merkel, Die europäische Integration und das Elend der Theorie.

[11] Herbst, Die zeitgenössische Integrationstheorie, S. 163 und S. 197.

[...]".[12] Die im Inneren neu geordnete gesamteuropäische Föderation, welche die UEF anstrebte, sollte die Spaltung Europas (und damit der Welt) in zwei ideologisch und machtpolitisch rivalisierende Blöcke verhindern und statt dessen einen beiden Seiten freundlich gegenüberstehenden neutralen Puffer schaffen. Damit ging ein Verzicht auf „Machtpolitik" alten Stils einher, so daß Europa zu einer „Brücke" zwischen Ost und West würde, welche zum Abbau der Spannungen und zu einer dauernden weltweiten Friedenssicherung beitragen könne.[13] Eine solch optimistische Konzeption hatte angesichts der sich verschärfenden Spannungen zwischen den USA und der UdSSR bereits im April 1947, als die Amsterdamer Tagung der UEF stattfand, einen utopischen Beigeschmack und scheiterte bald darauf endgültig. Bereits im August 1947 mußte die UEF-Führung enttäuscht akzeptieren, daß mit dem Aufbau einer föderalistischen Union vorerst nur im Westen Europas begonnen werden konnte. Die gesellschaftspolitischen Überzeugungen blieben bei dieser Beschränkung jedoch zunächst unangetastet.[14]

Ziel der UEF als übernationaler Organisation war es, „Hilfen für die Mitgliedsverbände zur möglichst zügigen Verbreiterung ihrer populären Basis" zu leisten, damit die „Entwicklung der föderalistischen Aktion und Propaganda" zu fördern sowie „andere Bewegungen, wo es solche gibt, zu entdecken und ihren Anschluß an die UEF zu erleichtern, [und] bei der Gründung von Föderalisten-Verbänden in Ländern, wo noch keine existieren, behilflich zu sein, insbesondere in den osteuropäischen Ländern".[15] Dieses Aktionsprogramm aus dem April 1947, welches noch die Hoffnungen auf eine Einbeziehung der osteuropäischen Länder in eine europäische Föderation spiegelt, führte auch zum Engagement der UEF bzw. ihres schweizerischen Mitgliedsverbandes Europa-Union bei der Gründung, Organisation und Zusammenfassung von Europa-Verbänden in den deutschen (oder wie sich bald herausstellte, in den westdeutschen) Besatzungszonen.

Neben der UEF entstanden in den ersten Nachkriegsjahren weitere, allerdings zahlenmäßig weniger starke Europa-Verbände: im Januar 1947 das „United Europe Committee" unter Vorsitz Winston Churchills, im März desselben Jahres auf Initiative Paul van Zeelands die „Ligue Indépendante de Coopération Européenne" und im Juli 1947 der „Conseil français pour l'Europe unie" Edouard Herriots. Hinzu kam die „Europäische Parlamentarier-Union" Coudenhove-Kalergis (EPU).[16] Auch wenn bis auf die EPU keine dieser Gruppierungen explizit einen föderalistisch-supranationalen Zusammenschluß Europas forderte, sondern vielmehr eine engere Kooperation der einzelnen Staaten anstrebte, schien eine Zusammenarbeit und organisatorische Annäherung der verschiedenen Europa-Verbände unerläßlich, um in der Öffentlichkeit effektiv für „Europa" zu werben.[17] Auf langwierige Verhandlungen folgte im Mai 1948 schließlich der Kongreß in Den Haag, auf dem die unterschiedlichen Europa-Konzeptionen – hier grob als

[12] Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, S. 372.
[13] Zum „Dritte-Kraft-Konzept" der UEF 1947/48 vgl. ebenda, S. 381–386.
[14] Zum Kongreß von Montreux vgl. ebenda, S. 514–545.
[15] Ebenda, S. 379.
[16] Posselt, Richard Coudenhove-Kalergi.
[17] Vgl. zum folgenden: Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, S. 610–638.

staatenbündisch oder bundesstaatlich kategorisiert – aufeinandertrafen. Auch wenn eine Annäherung zwischen diesen beiden Polen kaum möglich war, gründete sich auf dem Haager Kongreß die Europäische Bewegung (EB), welche in den folgenden Jahren alle Europabewegungen unterschiedlicher politischer Provenienz, unter ihnen die UEF, und damit auch die Europa-Union, unter ihrem Dach versammelte.[18]

Neubeginn in Deutschland: die Gründungsgeschichte der Europa-Union

Auch in Deutschland schossen ab Mitte 1946 Europagrüppchen wie Pilze aus dem Boden. Vorher waren politische Aktivitäten durch die Alliierten erschwert, Kontakte über die jeweilige Besatzungszone hinaus kaum möglich, an Reisen war nicht zu denken, Papier war knapp. Außerdem verboten es „Unkenntnis infolge hermetischer Absperrung und Postverbote, aber auch Scham [...], bereits wieder von einem Konzept, das auch andere Völker betraf, zu sprechen".[19] So dominierte, wir haben es am Beispiel der Abendland-Idee bereits gesehen, in den ersten beiden Nachkriegsjahren „weltanschauliche Neubesinnung", wenn von Europa die Rede war. Doch angesichts der schwierigen, teils hoffnungslosen Lage bildete gerade „Europa" vielen Deutschen so etwas wie den emotionalen „Rettungsanker".[20] Die Einsicht in die Tatsache, daß nur ein Miteinander den europäischen Staaten dauerhafte Sicherheit garantierten würde, griff auch in Deutschland um sich, ergänzt um die Erkenntnis, daß die Deutschen angesichts ihrer politisch hilflosen Lage alles daran setzen mußten, in einen zukünftigen europäischen Verbund integriert zu werden.

Die Briten gestatteten seit Anfang 1946 als erste westliche Besatzungsmacht wieder politische Verbandstätigkeiten in ihrer Zone, und so verwundert es nicht, daß die überwiegende Mehrheit der Europa-Grüppchen hier ihren organisatorischen Ausgangspunkt hatte. Auch Wilhelm Heile, in der britischen Zone ansässig, plante schon bald die Wiedergründung seines „Verbandes für europäische Verständigung". Dabei orientierte er sich bewußt an seinen Erfahrungen aus der Zwischenkriegszeit, sah allerdings ein, daß seine früheren Forderungen nach (groß)deutscher Gleichberechtigung und Machtposition nun nicht mehr angebracht waren: „Meine Schriften aus der Zeit vor der Nazi-Herrschaft sind zwar Wort für Wort auch heute noch gültig. Es wäre aber unklug, sie heute so, wie sie

---

[18] Vgl.: Europe Unites. Hick, The European Movement and the Campaign for a European Assembly. Ders., The European Movement. Brauner/Molenaar, Die Europäische Bewegung.

[19] Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, S. 236/237.

[20] Loth, Rettungsanker Europa. Walter Lipgens bringt zahlreiche Beispiele für die stark emotionale „Neubesinnung" der Deutschen auf Europa, in: Ders., Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, S. 231–240 und S. 386–389. Auch im Umfeld der jungen Europa-Union findet sich diese emotionale Komponente. So hieß es etwa in einem Rundbrief an die Mitglieder des Gründungsausschusses der Landesgruppe Schleswig-Holstein vom 24. 4. 1947: „Lassen Sie uns die heilige Flamme in unseren Herzen nie verlöschen. Lassen Sie uns kämpfen Schulter an Schulter, als berufene Charaktere zum Bau einer schöneren Zukunft und Errettung der Menschheit und ihrer schönen Kultur, die so tragisch in Glut und Staub versunken war." BA N 1132/73.

sind, neu drucken zu wollen, weil damals der Kampf ums Selbstbestimmungsrecht der Völker notwendigerweise so stark von mir betont worden ist, wie man es heute zweckmäßigerweise nicht mehr tun darf. Nach dieser entsetzlichen Schreckensherrschaft der Nazis müssen wir heute den ganzen Ton und Stil unserer Werbearbeit für den europäischen Gedanken ganz ausschließlich europäisch anpacken, wenn wir nicht Mißtrauen und falsche Ausdeutungen unserer Absichten wecken wollen."[21] Hatte Heile seine europäischen Aktivitäten in den Jahren der Weimarer Republik noch klar und eindeutig im Hinblick auf deutsche Interessen (in Form eines „deutschen Selbstbestimmungsrechts") legitimiert, so trat dieser Aspekt in der unmittelbaren Nachkriegszeit in den Hintergrund. Sicher, die europäische Einigung sollte weiterhin auch deutschen Interessen dienen, die starke öffentliche Betonung deutscher Positionen, wie sie noch den „demokratischen Nationalismus" der Zwischenkriegszeit kennzeichnete, war indes nach der „totalen Niederlage" nicht mehr denkbar. Der ideengeschichtliche Bruch, den der Mai 1945 in diesem Falle herbeigeführt hatte, ist unübersehbar.

In Kontinuität zur Zwischenkriegszeit stand hingegen, daß Heile – im Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit der Europa-Aktivisten – auch nach dem Zweiten Weltkrieg eher für einen europäischen Staatenbund als für einen in die „Vereinigten Staaten der Menschheit" eingebundenen Bundesstaat plädierte.[22] In einem anderen Punkt entsprachen Heiles Überzeugungen nach 1945 eher jenen seiner Zeitgenossen, nämlich im Wunsch, die Europa-Bestrebungen nicht „einseitig westlich" zu orientieren und damit „in Gegensatz Rußlands [...] zu geraten". Vielmehr hörte für die ersten Europa-Protagonisten der frühen Nachkriegszeit in den westlichen Besatzungszonen, unter ihnen auch Heile, „Europa in seiner östlichen Begrenzung geographisch und damit auch politisch am Ural auf".[23] Für Heile persönlich allerdings bot es sich an, auch hier auf die Kontinuität zum „Verband für Europäische Verständigung" zu verweisen, der schon in der Zwischenkriegszeit Rußland mehr oder weniger miteinbezogen habe – ganz im Gegensatz zu dem „irrtümlich als Paneuropa, d.h. Ganzeuropa, bezeichneten kleineuropäischen Plan des Grafen Coudenhove".[24] So ließ Heile auch nach dem Zweiten Weltkrieg keine Möglichkeit ungenutzt, einer möglichen Aktivität seines Erzrivalen Coudenhove-Kalergi in Deutschland einen Riegel vorzuschieben. Er warnte, wo er nur konnte, vor den „Phantastereien" und der „kindhaften Laienhaftigkeit" Coudenhoves.[25] Damit übrigens sollte er bis zu einem gewissen Grade Erfolg haben: Als Coudenhove-Kalergi Anfang der fünfziger Jahre versuchte, die Paneuropa-Union in Westdeutschland wiederaufzubauen, hatte sich bereits viel Skepsis gegenüber seiner Person aufgebaut.[26]

---

[21] Brief Heile an Fürbringer, 15. 3. 1947, BA N 1132/73.

[22] Vgl. etwa das Telegramm Heiles an Hermes, 8. 1. 1947, BA N 1132/73.

[23] Vgl. Brief Heile an Bruno Schmitz-Lenders, 12. 2. 1947, BA N 1132/73 und Informationsdienst der EU, ohne Datum (etwa März 1947), BA N 1132/98.

[24] Rede Heiles auf dem Kongreß der EU in Eutin 1947, abgedruckt in: Für ein föderales Europa, S. 11–16, hier S. 12.

[25] Brief Heiles an von Rheinbaben, 3. 10. 1946, BA N 1132/73; Brief Heile an Hermes, 8. 5. 1947, BA N 1132/73.

[26] Vgl. den Brief Amelunxens an Heile, 25. 8. 1946, der für den Erfolg von Heiles Vorgehen

Im Dezember 1946 gehörte Heile schließlich zum Gründungskreis der Europa-Union.[27] Bereits im Mai 1946 war Heinrich Ritzel, Generalsekretär der schweizerischen Europa-Union, durch die westlichen Besatzungszonen gereist, hatte dabei auch Wilhelm Hermes, den Generalsekretär der späteren deutschen Europa-Union, getroffen und ihn mit gedrucktem Propagandamaterial des Schweizer Verbandes versorgt. Aus diesem Treffen scheint der Name „Europa-Union" für den zu gründenden Verband ebenso zu resultieren wie die enge inhaltliche Anlehnung an die Schweizer, deren Programme und Leitsätze die deutsche Europa-Union vollständig übernahm. Die Schweizer Europa-Union anerkannte ihr „Ziehkind" „als ihre einzige autorisierte Vertretung in Deutschland". Die gleichzeitige „Anmeldung dieser Organisation bei der UEF", welche einherging mit der Forderung, keine andere deutsche Europa-Bewegung solle in die UEF aufgenommen werden, mußte allerdings auf Protest anderer Europa-Verbände im In- und Ausland in dieser Form bald wieder zurückgenommen werden.[28]

Dennoch hatte die Europa-Union aufgrund dieser Kontakte eine exzellente Ausgangsposition gegenüber anderen Europa-Verbänden im Kampf um Mitglieder und Einfluß. Hinzu kam, daß ihr Generalsekretär Hermes ein ausgesprochenes organisatorisches Geschick an den Tag legte, so daß sich die Europa-Union rasch ausbreitete, bald Beitrittsgesuche aus der amerikanischen und der französischen Zone vorlagen, und erste Informationsbriefe und Werbematerial gedruckt und verteilt werden konnten. Aus dieser recht starken Position heraus bemühte man sich bald um Kooperation mit anderen existierenden Verbänden. Hermes erhob dabei von Anfang an den Anspruch, „daß unsere Richtlinien und unsere Sat-

---

spricht: „Wir danken [...] für die aufschlußreichen Mitteilungen über Graf Coudenhove-Kalergi. Unter solchen Umständen kommt eine Zusammenarbeit zwischen diesem Manne und uns überhaupt nicht in Frage, selbst wenn er seine Ansichten geändert haben sollte. [...] Seien Sie daher überzeugt von unserem Willen, uns von keinem Scharlatan einseifen zu lassen – er heiße Coudenhove oder anders." BA N 1132/73

[27] Walter Lipgens gibt den 9. 12. 1946 als Gründungsdatum an, vgl. Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, S. 417. Wilhelm Heile schrieb in einem Brief an Amelunxen vom 27. 11. 1946, die Gründung der Europa-Union auf zonaler Basis sei am 25. 11. 1947 erfolgt, vgl. BA N 1132/73. Die Europa-Union selbst bezog sich auf den 9. 12. 1946 als Gründungsdatum. Der Gründungskreis der Europa-Union war eng mit der FDP verbunden: Heile hatte zu den Gründungsmitgliedern der FDP in der britischen Zone gehört und war auf ihrem ersten Parteitag zu ihrem Präsidenten gewählt worden. Der Generalsekretär der Europa-Union, Wilhelm Hermes, war Generalsekretär der FDP gewesen, hinzu kamen andere Protagonisten der Europa-Union. Alle Beteiligten hatten die FDP allerdings frühzeitig verlassen: Der föderalistisch gesinnte Heile war mit dem nationalliberal orientierten Vorstand der Partei in Konflikt geraten und zog die anderen bei seinem Ausscheiden aus der Partei mit. So kann die Gründung der Europa-Union durchaus als „Gegengründung" gelten. Dies verstanden auch die Beteiligten selbst so, vgl. den Brief Hermes an Heile, 5. 12. 1946, in dem er schrieb, daß „eine Wiederholung der schlechten Erfahrungen mit der FDP" vermieden werden müsse, BA N 1132/73. Vgl. zur Gründungsgeschichte der FDP: Gringmuth, Politischer Liberalismus in der britischen Besatzungszone. Marten, Politischer Liberalismus in Niedersachsen. Schröder, Die FDP in der britischen Besatzungszone.

[28] Rundschreiben an alle Mitglieder des zentralen Gründungsausschusses der Europa-Liga, 24. 4. 1947, BA N 1132/98. Vgl. auch: Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, S. 422.

zungen anerkannt werden. Die politische Führung muß unter allen Umständen in Ihren [d.i. Heiles] Händen bleiben, wobei ich mir die Leitung der gesamten Organisation vorbehalten möchte".[29] Nicht zuletzt aufgrund dieses Anspruchs gestalteten sich die Vereinigungsbemühungen äußerst langwierig und scheiterten diverse Male. Walter Lipgens hat die verschiedenen Bemühungen in den Jahren 1946 und 1947 minutiös nachgezeichnet, daher seien im folgenden die wichtigsten Stationen vor 1948 nur kurz skizziert.[30]

Im April 1947 wäre der Zusammenschluß der wichtigsten Europa-Verbände als „Europa-Liga" beinahe gelungen, wenn sich Hermes im Namen der Europa-Union nicht im letzten Moment aus Angst vor Machtverlust wieder umentschieden hätte.[31] Wenige Wochen später fand im Juni ein erster großer Kongreß der Europa-Union in Eutin statt, der durch Presseberichterstattung in fast allen Zeitungen der westdeutschen Besatzungszonen eine deutliche Resonanz erfuhr. Gleichzeitig forderten Medien und Politik, aber auch die UEF immer wieder einen Zusammenschluß der unterschiedlichen Gruppen.[32] Weitere Verhandlungen scheiterten im August wiederum an Hermes, andere Verbände jedoch schlossen sich nun zum „Europa-Bund" zusammen, so daß die Zahl der rivalisierenden Europa-Organisationen bereits schrumpfte. Vertreter der verschiedenen Verbände konnten dann auch – zum ersten Mal nach Kriegsende – zu einem internationalen Kongreß der UEF reisen: 20 Deutsche erhielten eine Einladung zum Kongreß in Montreux im August 1947, sechs von ihnen, darunter Wilhelm Hermes für die Europa-Union, gestatteten die Besatzungsmächte die Ausreise.[33] Hermes, Eugen Kogon (Europa-Bund) und Wilhelm Kasting (Paneuropa-Bund) wurden im Verlauf des Kongresses in das Zentralkomitee der UEF gewählt. Die Isolierung der Deutschen war damit endgültig durchbrochen, und die europäischen Föderalisten

---

[29] Brief Hermes an Heile, 5. 12. 1946, BA N 1132/73. Zur Person Hermes' vgl. Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, S. 419. Auch finanziell lohnte sich der enge Kontakt der deutschen Organisation mit den Schweizern: Die „Wirtschafts- und Sozialhilfe der Europa-Union", welche ein Paketaktion zugunsten notleidender Deutscher von der Schweiz aus seit Juni 1946 organisierte, wählte die Mönchengladbacher Europa-Union als Repräsentantin und Organisatorin in Deutschland. Der Reinerlös kam der deutschen Europa-Union zugute, hinzu kamen noch die erheblichen Werbemöglichkeiten. Vgl. u. a.: Heinrich Georg Ritzel: Betr.: Praktische Arbeit der Europa-Union, 8. 4. 1946, ADSD NL Heinrich Ritzel/367. Vgl. auch: Ders., Europa und Deutschland.

[30] Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, S. 386–434 und S. 592–610. Vgl. auch die zeitgenössische, dennoch aber umfassende Schilderung: Cornides, Die Anfänge des europäischen föderalistischen Gedankens.

[31] Vgl. die Informations-Sondernummer der Europa-Union, ohne Datum, in der Hermes das Scheitern der Verhandlungen begründet, BA N 1132/67. Im Anschluß kam es zu erheblichen Spannungen innerhalb der Führung der Europa-Union.

[32] Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, S. 431f. Vgl. den Abdruck der Rede Wilhelm Heiles in Eutin in: Für ein föderales Europa, S. 11–16.

[33] Daß Wilhelm Heile keine Reisegenehmigung erhielt, verbitterte ihn sehr: „Man hindert nicht bloß den Gedankenschöpfer und -träger, sein Werk zu leisten, wenn man ihn totschweigt, sondern man schweigt damit auch die Idee selbst tot." (Brief Heile an Hermes, 26. 11. 1947, BA N 1132/73). Der Ausstieg Heiles aus der Europa-Union hatte damit begonnen und setzte sich in den kommenden Monaten fort. In dem 1949 gewählten Präsidium war er dann nicht mehr vertreten.

setzten ihre Überzeugung, die dauerhafte Ausschaltung eines aggressiven deutschen Potentials könne nur im Rahmen einer föderalistischen Neuordnung des europäischen Kontinents erfolgen, auch in den eigenen Reihen um. Legitimiert wurde diese Auffassung, die bereits auf der Hertensteiner Konferenz im September 1946 geäußert worden war, auf der Konferenz in Montreux durch eine „Entschließung zur Deutschlandfrage". Darin forderte die UEF die Anwendung des föderalistischen Prinzips auch auf Deutschland. Außerdem plädierte man, in konsequenter Fortführung der Entscheidung, die europäische Einigung im Westen beginnen zu lassen, dafür, vorerst nur die westlichen Besatzungszonen in eine Föderation miteinzubeziehen.[34] Koordiniert hatte diese – so kurz nach Kriegsende durchaus nicht selbstverständliche – enge Einbindung deutscher „Europäer" in die Arbeit der UEF im Vorfeld des Kongresses Ernst von Schenck. Dem Schweizer, Präsidialmitglied der dortigen Europa-Union, war auf der Tagung der UEF in Amsterdam im April 1947 „die Spezialaufgabe der ständigen Kontaktaufnahme mit den Gruppen und föderalistisch gesinnten Persönlichkeiten in deutschsprachigen Ländern übertragen" worden. Bald wandte er sich an die Deutschen mit der Bitte, „diese Aufgabe [nicht] als eine Art ausländische Kontrollmaßnahme" zu verstehen. „Trotzdem werden Sie wohl verstehen, daß es ein besonderes Wagnis darstellt, wenn eine noch in Bildung befindliche internationale Gruppierung politischer Bewegungen es von vornherein für nötig erachtet, mit deutschen gleichgesinnten Gruppen auf dem Fuß der Gleichberechtigung in Kontakt zu treten." So bat er die Deutschen im Vorfeld des Kongresses in Montreux um Zurückhaltung, um nicht „den Eindruck aufkommen zu lassen, als drehe sich das ganz Europa-Problem vor allem oder gar einzig um eine Lösung der deutschen Frage".[35]

Die Weigerung Hermes', die Kooperationsverhandlungen mit anderen Gruppen fortzusetzen, geriet angesichts dieser Einbeziehung Deutscher in die Arbeit der UEF zunehmend in die Kritik. Daraufhin ergriff die Basis der Europa-Union die Initiative. Orts- und Kreisgruppen schlossen sich mit dem Europa-Bund zusammen,[36] womit am Generalsekretariat vorbei der Weg zur Fusion beschritten war. Der im Februar 1948 neu konstituierte Verband übernahm den Namen Europa-Union und zog von Mönchengladbach nach Stuttgart um. Hermes verließ daraufhin die Europa-Union und an seine Stelle trat als neuer Generalsekretär der Sozialdemokrat Erich Roßmann. Damit war nicht nur ein einheitlicher Verband in den westlichen Besatzungszonen geschaffen (obwohl sich die Orts- und Kreis-

---

[34] Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, S. 530.

[35] Alle Zitate aus: Rundschreiben des Beauftragten des Bureau executif der UEF für die Beziehungen zu den deutschsprachigen Ländern, Juli 1947, BA N 1132/98. Vgl. auch: Schenck, Europa vor der deutschen Frage. Koppe, Das grüne E, S. 20/21. Loth, Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, S. 64/65. Koza, Völkerversöhnung und europäisches Einigungsbemühen, S. 149.

[36] So beklagte sich der Landesverband Hannover in einem Rundschreiben vom 22. 10. 1947 angesichts der nichtvollzogenen Fusion mit dem Europa-Bund: „Die EU ist also ein Außenseiter der Bewegung, und dies ist ganz und gar auf den Widerstand unserer Zentralleitung in M.-Gladbach zurückzuführen. Es ist allerhöchste Zeit, daß mit diesem Zustand endlich aufgeräumt wird, wenn wir uns nicht weiterhin der Öffentlichkeit gegenüber lächerlich machen wollen." Genau einen Monat später teilte das nächste Rundschreiben mit, die Vereinigung sei nun vollzogen. BA N 1132/99/98.

gruppen in der französischen Zone dem Bundesverband vorerst nicht anschließen durften), sondern ebenso auch die anfangs deutlich spürbare zentralistische Tendenz innerhalb der Europa-Union überwunden: „Die Europa-Bewegung in Deutschland war auch hinsichtlich ihres eigenen Aufbaus auf den föderalistischen Weg gebracht."[37]

„Die eigentliche politische Aufgabe der Europa-Union beginnt erst jetzt!"[38]: erste Aktivitäten des Verbandes

Nach dieser erfolgten organisatorischen Vereinheitlichung nahm die Europa-Union einen deutlichen Aufschwung: 1948 existierten über 200 Kreisverbände, ein offizielles Mitteilungsblatt erschien regelmäßig. Allerdings wurden all diese Erfolge durch eine sich aus der Währungsreform ergebende Finanzkrise rasch wieder in Frage gestellt.[39] In dieser Situation sprangen nun amerikanische Geldgeber, vor allem das ursprünglich von Richard Coudenhove-Kalergi gegründete „American Committee for a Free and United Europe" ein.[40] Der Paneuropäer hatte die Jahre des Zweiten Weltkrieges im Exil in New York verbracht, und es war ihm dort gelungen, eine Reihe von Politikern und Männern des öffentlichen Lebens für die Idee der europäischen Einigung zu gewinnen. Coudenhove verlor dort jedoch mehr und mehr seinen Einfluß. Als der Kalte Krieg „ausbrach", wurde das Committee zu einem Instrument der amerikanischen Europa-Politik. Unter Vorsitz des ehemaligen Leiters des US-Geheimdienstes OSS General William J. Donovan finanzierte das Committee unter anderem die deutsche Europa-Union mit CIA-Geldern. Mitte der fünfziger Jahre, als das Ziel der Amerikaner, in Deutschland und Europa stabile Gesellschaften in einem westlichen Bündnissystem zu schaffen, verwirklicht war, löste sich das Committee auf.[41] Coudenhove scheint indes von den Geldern der CIA nicht mehr profitiert zu haben, trotz seiner ursprünglich guten Beziehungen zum „American Committee for a Free and United Europe". Seine Positionen der fünfziger Jahre, die zunehmend den Bezug zum realen Integrationsprozeß verloren, waren mit den Zielen der Amerikaner nicht vereinbar, andere europäische Aktivisten, wie eben die Europa-Union, traten an seine Stelle.

Damit geriet die Europa-Union in den Bannkreis der amerikanischen „re-orientation"-Politik: Vor dem Hintergund des Kalten Krieges vollzog sich seit 1947

---

[37] Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik, S. 604.

[38] Blessing, Otto: Unsere Zeit kommt!, in: Europa-Union. Mitteilungsblatt des Generalsekretariates der Europa-Union 2 (1949), Heft 4/5, S. 1f.

[39] Koppe, Das grüne E, S. 23. Vgl. auch: Europa-Union. Mitteilungsblatt des Generalsekretariates der Europa-Union 1 (Sept. 1948) – 2 (Okt. 1949).

[40] Noch 1947 finanzierte sich die EU angeblich allein aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden (BA N 1132/67). Spätestens nach der Währungsreform übernahmen dann amerikanische Stellen die Finanzierung: Vgl. Loth, Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren, S. 71. Vgl. auch Gräfin Finckenstein, Vermerk, 5. 6. 1959, betr.: Verhältnis der Europäischen Jugendcampagne zum DRdEB und zur EU, PAAA Ref. 201 (IA1)/298. An anderer Stelle wird auf diese Finanzierung noch einmal zurückzukommen sein, vgl. Teil II, Kap. II.2.

[41] Zu Coudenhoves Bemühungen um das „American Committee for a Free and United Europe" vgl. Posselt, Richard Coudenhove-Kalergi, S. 42.

ein Umschwenken der amerikanischen Deutschlandpolitik, zu der auch das Abrücken von den „Punification"-Aspekten der „re-education" gehörte.[42] Die „re-orientation" griff die dem „Re-education"-Konzept zugehörigen Demokratisierungselemente auf und „paßte sie den neuen Gegebenheiten gezielt an". Es ging darum, liberal-demokratische Werte „traditionell" deutschen, eher autoritär geprägten Ordnungsvorstellungen gegenüberzustellen. Eine „Veränderung der politischen Kultur" in Deutschland stand als Zielpunkt aller dieser amerikanischen Bemühungen am Horizont, wobei es sich allerdings keineswegs um „simple Vereinnahmung des deutschen Volkes durch den Versuch plumper Adaption" handelte, sondern um den Versuch, an deutsche liberale Traditionen anzuknüpfen.[43] So unterstützten die Amerikaner eine ganze Reihe staatlicher und nicht-staatlicher Institutionen, von denen man annahm, daß die von diesen vertretenen politischen und gesellschaftlichen Positionen ebenso wie die dort tätigen Akteure zur Veränderung der politischen Kultur in Deutschland beitragen und den ideellen Wertetransfer vorantreiben würden.[44] Die Europa-Union kann als typisches Beispiel einer solchen Gruppe gelten. Eine als Mitgliederbewegung aufgebaute Organisation sollte ihre Anhänger einerseits zu demokratischer Willensbildung im Rahmen des Verbandes bewegen und ihre Fähigkeit zur Kompromißfähigkeit schulen. Darüber hinaus sollte die Europa-Union die deutsche Bevölkerung von Wert und Bedeutung einer europäischen Verständigung überzeugen und damit die politischen Versuche der Amerikaner, die europäischen Staaten zu einer Zusammenarbeit zu bringen, auch innergesellschaftlich unterstützen. Daher war die Europa-Union auch nicht die einzige Europa-Bewegung, die Gelder von den Amerikanern erhielt.[45] Die finanzielle Situation der Europa-Union jedenfalls stabilisierte sich auf diesem Wege recht schnell.[46]

Der erste Kongreß der Europa-Union 1949 in Hamburg schloß mit der Verabschiedung einer Satzung die organisatorische Aufbauarbeit der ersten Jahre ab.[47] Die Basis der Organisation bildeten Kreisverbände, die sich jeweils zu Landesverbänden zusammenschlossen; diese wiederum bildeten den Bundesverband. Ein Hauptausschuß, dem ein Präsidium vorstand, fungierte als Spitze des Bundesverbandes, dessen Geschäfte das Generalsekretariat leitete. Als entscheidendes politisches Forum galten der Europa-Union ihre Kongresse. Wichtig war der Hamburger Kongreß auch insofern, als auf ihm die Führungsmannschaft gewählt wurde,

---

[42] Vgl. zum folgenden: Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive, S. 121f. Siehe auch: Rupieper, Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie, S. 8–10.

[43] Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive, S. 122.

[44] Rupieper, Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegesdemokratie, S. 26.

[45] So erhielt vor allem die UEF, der Mutterverband der Europa-Union, aber auch andere Europabewegungen Geld von amerikanischen Stellen. Vgl. auch: Teil II, Kap. II.2.

[46] Hinzu kamen schon bald auch deutsche Gelder durch die Bundeszentrale für Heimatdienst. Vgl. Loth, Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren, S. 71. Vgl. auch die Sitzung des Präsidiums der Europa-Union am 9. 9. 1951, auf der über die Finanzierung verschiedener Aktionen durch Bonn die Rede war. ADSD EU/87.

[47] Vgl. den Abdruck der in Hamburg verabschiedeten Satzung in: Europa-Union. Mitteilungsblatt des Generalsekretariates der Europa-Union 2 (1949), Heft 10, S. 15/16. Zum organisatorischen Aufbau der Europa-Union siehe auch: Ruppert, Die Europa-Union Deutschland, S. 31–46.

welche in den kommenden Jahren das Geschick des Verbandes bestimmen sollte; allen voran Eugen Kogon, der neugewählte Präsident. Für ihn, den Linkskatholiken und Mitherausgeber der *Frankfurter Hefte*, entsprach die Europa-Union der frühen Jahre, mit ihrer an der UEF orientierten Ausrichtung auf ein föderalistisches Konzept, welches die Verwirklichung eines freiheitlichen Sozialismus in sich schloß, genau den eigenen Vorstellungen.[48] Er stand seit Kriegsende in engem Kontakt mit den französischen Föderalisten und entwickelte sich zu einem „der Wortführer des sozialistischen Föderalismus in Deutschland".[49] Ihm zur Seite standen der bereits im Zusammenhang mit dem englischen Exil erwähnte Remigrant Carl Spiecker (Zentrum/CDU) und Carlo Schmid (SPD) als Stellvertreter.[50] Damit ist die Tatsache angesprochen, daß nun, nachdem es in den ersten Jahren eher unbekanntere Aktivisten gewesen waren, die die Europa-Union aufgebaut hatten, mit wachsendem Einfluß der Organisation auch bekanntere Namen aus den Reihen der Politik hinzustießen. Dies unterstützte die Führung der Europa-Union bewußt. Über die Mitgliedschaft von Vertretern aller Parteien wollte man die angestrebte politische Unabhängigkeit gewährleisten. Vollständig durchgesetzt wurde dieses Konzept indes nie. In den ersten Jahren fehlte die FDP vollständig, erst 1965 fand mit Erich Mende ein FDP-Politiker ins Präsidium der Europa-Union. Und während die SPD anfangs mehrfach vertreten war, sah die Partei eine Mitgliedschaft ihrer Anhänger schon bald nicht mehr gerne.[51] Je weiter die Europa-Union sich in Richtung „Westeuropa" bewegte, desto stärker zeichnete sich ein Konflikt ab. Spätestens 1952 war dann in der Öffentlichkeit der „Eindruck einer scharfen und prinzipiellen Gegensätzlichkeit zwischen ihr und der obersten Spitze der Sozialdemokratischen Partei entstanden".[52] Dies wirkte sich etwa auf die Haltung Carlo Schmids aus, der 1952 endgültig aus der Europa-Union ausschied.[53] Damit sollte sich die Europa-Union seit Anfang der fünfziger

---

[48] Zu Kogons Vorstellungen vgl. Teil II, Kap. I.2.

[49] Loth, Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, S. 65.

[50] Weitere Mitglieder des Präsidiums waren: Petra Vermehren, Paul W. Kuehner, Joachim Berringer, Anton Rheinländer, Walter Hasemann, Fritz Cahn-Garnier (für ihn, der bald darauf verstarb, rückte Dieter Roser nach) und Albert Schinzinger. Erich Roßmann wurde zum Ehrenpräsidenten gewählt, Otto Blessing übernahm an seiner Stelle das Amt des Generalsekretärs. Vgl. Koppe, Das grüne E, S. 32.

[51] Bereits 1948 bestanden Vorbehalte: Vgl. bspw. Brief Rossmann an Ritzel, 6. 4. 1948, BA N 1011/52, in dem sich der Sozialdemokrat Rossmann bei dem Sozialdemokraten Ritzel über die Tatsache beschwert, daß „Hannover gegen die Europa-Union sei, weil sie reaktionären Elementen Unterschlupf biete". Ebenso stellte Konsul Bernhard auf der Präsidial-Sitzung der Europa-Union am 12. 3. 1948 fest, daß „die SPD es nicht gerne [sieht], daß ihre Mitglieder in unseren Reihen mitwirken". BA N 1132/98. Vgl. Loth, Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, S. 66. Rogosch, Vorstellungen von Europa. Benz, Kurt Schumachers Europa-Konzeption.

[52] Gumppenberg, Max von: Zum Tode Kurt Schumachers, in: Europa-Union 3 (1952), Heft 17, S. 2.

[53] Protokoll über die Sitzung des Hauptausschusses der EU, 20. 1. 1951, BA N 1011/53. Bereits 1950 hatte es Konflikte gegeben, weil Schmid sich bei einer öffentlichen Veranstaltung nicht auf den Standpunkt der EU, sondern „auf den Parteistandpunkt gestellt" habe. Dabei war es um die Frage gegangen, ob ausschließlich Delegierte des Bundestages als Abgeordnete nach Straßburg zu entsenden seien oder auch Vertreter der Europa-Bewegun-

Jahre zunehmend zu einem Verband entwickeln, der seine Mitglieder vor allem aus den bürgerlichen Schichten der westdeutschen Bevölkerung gewann. Es waren die Wähler der Unions-Parteien, die sich hier fanden, nicht jene der SPD. Allein die „Modernisierer" innerhalb der Sozialdemokraten sollten in den fünfziger Jahren der Europa-Union treu bleiben. Dabei fand die Europa-Union jedoch in ganz anderen Teilen der Unions-Wählerschaft Unterstützung, als etwa die Abendländische Bewegung. Der Unterschied zwischen beiden Organisationen, trotz ihrer gemeinsamen „bürgerlichen" Verankerung, war so deutlich, daß sie nicht in „Konkurrenz" zueinander traten. Unter dem Dach der Adenauer-Union fanden sie jedoch beide Platz – ein weiterer Hinweis auf die enorme Integrationsleistung, die hier vollzogen wurde.[54]

Mit dem Weg der Europa-Union ins politische Leben hinein stand der Verband 1949 vor der Frage, ob es sinnvoll sei, einen Massenverband zu bilden. Immer wieder gab es Kritik aus den Reihen der Kreisverbände, die davor warnten, den angeblichen Fehler der Zwischenkriegszeit zu wiederholen, „wo die an sich herrliche Paneuropabewegung zu einer Angelegenheit gesellschaftlich ästhetischer Nachmittagstees wurde".[55] Dem „integralen Föderalismus" mit seiner antietatistischen Komponente entsprach die Überzeugung und die Hoffnung, Europa an Parlamenten und Regierungen vorbei „von unten" erzwingen zu können, eine Vorgehensweise, die von den Verantwortlichen in der Europa-Union oder der UEF immer wieder als „revolutionär" bezeichnet wurde.[56] Primärer Ansprechpartner war daher in den ersten Jahren für die Europa-Union die deutsche Bevölkerung, die man für den europäischen Gedanken mobilisieren wollte. Ziel war es, eine Massenbewegung zu gründen, welche einen solchen Druck auf die Politik ausüben würde, daß diese nicht mehr daran vorbeikäme, den europäischen Wünschen des Wahlvolkes zu entsprechen. Doch gleichzeitig wollte die Europa-Union weiterhin auf Regierung, Parteien und Verbände Einfluß nehmen.

Die Vision einer Massenbewegung ließ sich allerdings nicht verwirklichen. Wilhelm Cornides hat bereits 1951 auf den beschränkten Charakter der frühen Einigungsbewegung verwiesen, die „wesentlich in den Schichten der Akademiker, der Unternehmer und der gehobenen Angestellten" verwurzelt war. „Wie sollte aus diesen bürgerlichen Schichten und mit den Organisationsformen, die so ausschließlich der bürgerlichen Kulturwelt entstammten [...], die Stoßtrupps und Kader einer revolutionären Einigungsbewegung gewonnen werden? Wie sollte die Masse der Arbeiter und Bauern, die Rentner, vor allem aber die Jugend in allen

---

gen. Die EU setzte sich dabei vehement für letzteren Standpunkt ein. Vgl. das Protokoll der Hauptausschußsitzung der EU vom 31. 7. 1950, ADSD EU/102. Vgl. auch den vertraulichen Nachtrag zur Niederschrift vom 16. 6. 1950, wo es heißt, „Exekutiv-Komitee [des Deutschen Rates der EB] und Europa-Union werden es nicht vermeiden können, daraufhin ihre Beziehungen zu diesen ihren prominenten Mitgliedern zu überprüfen". (OA EU Köln: 1950/52 Landesverband). Neben Carlo Schmid war hier Hermann Brill gemeint. Vgl. auch: Loth, Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, S. 73.

[54] Vgl. hierzu auch die Zusammenfassung.

[55] Brief Schelcher an Oppenheim, 23. 2. 1950, OA EU Köln ab 1949: Allgemeines.

[56] Vgl. die in FN 76 zitierten Sätze Eugen Kogons.

diesen Schichten von der europäischen Volksbewegung erfaßt werden, die nach der Vorstellung der UEF die europäische Einigung erzwingen sollte?"[57] Auch Kogon mußte auf dem Kongreß in Esslingen 1952 konstatieren: „Es ist uns bis heute nicht gelungen, die Wünsche der Völker, die eindeutig mit uns sind, in den konkreten Willen umzuwandeln, der stark genug ist, das Notwendige in die notwendigen Formen zu zwingen."[58] Der „revolutionäre" Elan der Europa-Bewegungen beruhte letztlich auf dem Fehlurteil, daß die europabegeisterte, euphorische Stimmung der ersten Nachkriegsjahre in aktives Handeln umzusetzen sei.[59] Dabei übersah man, daß es immer nur eine Minderheit war, die zu tatsächlichem Engagement bereit war. Der Großteil der Bevölkerung in Europa hatte andere Sorgen. Als die Nationalstaaten sich nach 1945 zunehmend wieder stabilisierten, begann zusätzlich die „normative Kraft des Faktischen" zu wirken. Die Bevölkerung hatte, selbst wenn sie in Meinungsumfragen noch die Auffassung vertrat, der Nationalstaat sei ein Übergangsphänomen, kein Interesse daran, die gerade wieder halbwegs gefestigte politische und gesellschaftliche Situation „revolutionär" aufzubrechen.

Doch obwohl keine Massenbewegung aus der Europa-Union wurde, waren die auf den Kongreß von 1949 folgenden Jahre erfolgreich. Was die Mitgliederzahlen betrifft, erscheinen die Angaben des Generalsekretärs der EU in den sechziger Jahren, Karlheinz Koppe, von 40000 für 1950 zwar deutlich zu hochgegriffen angesichts der Tatsache, daß 1951 von etwa 11000 aktiven Mitgliedern die Rede war. Die Zahl der Kreisverbände stieg indes weiter auf über 300.[60] Durch die enge Zusammenarbeit mit dem „Bund Europäischer Jugend" (BEJ) nahm auch die Jugendarbeit nun einen eigenständigen Platz ein.[61] Schließlich konnte die Europa-Union kontinuierlich ihren Einfluß auf die übernationalen Sektionen der UEF

---

[57] Cornides, Die Anfänge des europäischen föderalistischen Gedankens, S. 4257.

[58] Zitiert nach: Loth, Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, S. 72.

[59] Vgl. auch Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigung, Einleitung.

[60] Koppe, Das grüne E, S. 32. Bericht des Generalsekretärs für den Kongreß 1951, der eine Mitgliederzahl von 11908 angibt, ASDS EU/1. Vgl. das Protokoll des Kongresses der Europa-Union vom 16.–18. 11. 1951 in Frankfurt, in welchem Kogon von 15000 Aktiven spricht, ASDS EU/1. Am 19. 12. 1951 sprach Gumppenberg vor dem Exekutiv-Komitee des Deutschen Rates der EB von 13000 Mitgliedern der EU, BA N 1384/112. Allerdings scheinen bei all diesen Angaben die korporativen Mitglieder nicht mitgezählt worden zu sein; rechnet man sie mit ein, könnten die Angaben Koppes möglicherweise zutreffen. 1950/51 waren u. a. eine große Anzahl von Städten und Kreisen ebenso korporative Mitglieder wie die DAG, die Landesverbände der CDU Bremen und Hessen, oder die Handelskammern Frankfurt, Wiesbaden, Darmstadt und Kassel. Hinzu kamen eine Reihe von Privatfirmen, Vereine usw.: Klöckner-Werke, Castrop-Rauxel, Steinkohlbergwerke Victor und Ickern, Castrop-Rauxel, Chemische Werke Höllriegelskreuth, Süd-Chemie. Bericht des Generalsekretärs für den Kongreß 1951, ASDS EU/1. Anfang der sechziger Jahre waren die Mitgliederzahlen auf 21602 gestiegen. Vgl. Aktennotiz von Gerhard Eickhorn für Müller und Scheidgen, 29. 3. 1961, ADSD EU/293.

[61] Anfangs hieß die BEF Union Junges Europa (UEJ). Vgl. das Abkommen zwischen der Europa-Union und dem Bund Europäischer Jugend vom 20. 3. 1951, das die Zusammenarbeit und gemeinsame Mitgliedschaften regelte. BA N 1011/53. Vgl. auch: Ruppert, Die Europa-Union Deutschland, S. 39–44.

ausweiten: Im Dezember 1950 wurde Kogon zum Präsidenten der UEF gewählt, und seit 1952 fanden sich mit Ernst Friedländer, Otto Blessing, Albert Schinzinger, Max von Gumppenberg, Otto Bach und Dieter Roser sechs Vizepräsidenten der Europa-Union im Zentralkomitee der UEF.[62] Damit hatte man erreicht, was sich der Hauptausschuß im Juli 1950 als Ziel gesetzt hatte: „Wir müssen innerhalb der UEF eine stärkere Vertretung bekommen, damit wir über sie in die mannigfachen Aktivitäten der EB einwirken können."[63] Tatsächlich wurde Kogon 1950 auch zum Vizepräsidenten der EB gewählt und gab befriedigt zu Protokoll: „Wenn die Situation reif ist und ich von den Positionen Gebrauch machen sollte, so ist unsere Position als Europa-Union durch mich [...] im Ausland enorm stark geworden."[64] Das Selbstbewußtsein der deutschen „Europäer" war, einhergehend mit der Gründung der Bundesrepublik und ihrer Beteiligung am europäischen Integrationsprozeß, wieder groß genug, um sich langsam aus der „Ziehkindrolle" der westeuropäischen Nachbarn zu lösen. Dies spiegelte sich, nur fünf Jahre nach dem Krieg, in der starken, teilweise sogar dominierenden deutschen Position innerhalb der Europa-Bewegung.

Die Europäische Bewegung begann sich im Oktober 1948, nach dem Haager Kongreß, organisatorisch zu konstituieren. Ein internationaler Dachverband versammelte die Europa-Bewegungen unterschiedlicher Provenienz, die ihre Unabhängigkeit jedoch behielten. Nationale Räte der Europa-Bewegung sollten in enger Verbindung mit den bestehenden nationalen Europa-Verbänden, aber zusammengesetzt aus Vertretern aller Parteien und wichtigen Verbände, den Europa-Gedanken in den verschiedenen Ländern propagandistisch unterstützen. Kogon übernahm die Organisation des Deutschen Rates, indem er im Januar 1949 zu einer Tagung in der Nähe von Frankfurt einlud. Aus ihr ging ein Exekutivkomitee hervor, welches die Gründung des Deutschen Rates vorbereitete. Im Juni 1949 fand schließlich die Wahl zum Rat statt, der mit 252 Personen aus allen Parteien eine beachtliche Versammlung von Vertretern des westdeutschen politischen Lebens darstellte, und dem schon im November mit einer speziellen Deutschen Parlamentarischen Sektion der Europäischen Bewegung ein im engeren Sinne politisches Standbein hinzugefügt wurde.[65] Beschwerten sich auch anfangs die Verantwortlichen der Europa-Union bei Kogon über die Zusammensetzung des Deut-

---

[62] Koppe, Das grüne E, S. 44 und S. 60.

[63] Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses der EU, 30. 7. 1950, ADSD EU/102.

[64] Protokoll der Sitzung des Hauptausschusses der EU, 20. 1. 1951, BA N 1011/53.

[65] Loth, Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, S. 68. Bereits die Konstituierung des Deutschen Rates war von heftigen Streitereien um Personen und Parteienproporz gekennzeichnet, vgl. Brief Henle an Teusch, 15. 6. 1949, BA N 1384/97. Auch danach schwelte der interne Zank aufgrund parteipolitischer und ideologischer Konflikte weiter. Carlo Schmid z. B. äußerte in einer Rede: „Wenn wir Sozialdemokraten von Europa sprechen, dann meinen wir nicht eine Art von internationalen Kartellen, bei denen sich Monsieur de Wendel und Klöckners Erben die Quote teilen, auch dann nicht, wenn Klöckners Erben im Bundestag sitzen." Günter Henle, Klöckners Erbe, reagierte empört und wollte die Zusammenarbeit im Deutschen Rat verweigern. Vgl. Brief Henle an Kogon, 15. 4. 1950, BA N 1384/108. So entwickelte sich der Deutsche Rat, wie letztlich auch die Europäische Bewegung insgesamt, niemals zu einem wirkungsvollen Instrument. Vgl. auch: Palayret, Le mouvement européenne 1954–1969.

schen Rates, in welchem sie die Europa-Union zu gering vertreten sahen, so zeigte sich bald, daß diese Sorge unbegründet war. Der Einfluß der Europa-Union auf den – sich meist durch parteipolitisches Gezänk selbst blockierenden Deutschen Rat – war anfangs vor allem über die Person Kogons, später durch gegenseitige Verflechtung garantiert.[66]

Mit der zunehmenden organisatorischen Sicherung der Europa-Union als Verband ging auch eine ideelle Positionierung einher, die in den vierziger Jahren häufig genug durch organisatorische Wirren überdeckt gewesen war und sich unmittelbar nach Kriegsende vor allem auf grundsätzliche Berufungen auf Europa beschränkt hatte.

Ideen der Europa-Union um 1950

Bei dieser ideellen Positionierung orientierte sich die Europa-Union eng an der UEF. Auch für die Europa-Union bedeutete ein föderalistisch organisierter europäischer Bundesstaat, an den die Nationalstaaten entscheidende Souveränitätsrechte abtreten sollten, das Ziel aller Einigungsbemühungen. Hier wirkte jenes neue Konzept nach, das sich während des Zweiten Weltkrieges in den Widerstandsbewegungen entwickelt hatte und über die jungen Europabewegungen auch seinen Weg nach Deutschland gefunden hatte. Entstanden in Reaktion auf den Zweiten Weltkrieg und die deutsche Besatzung, handelte es sich um einen tatsächlich neuen Ansatz, der sich von den meist staatenbündischen Konzepten der Zwischenkriegszeit deutlich unterschied. Gleichzeitig galt es, in der unmittelbaren Nachkriegszeit „alles aufzubieten, um Europa zu einer dritten, die weltpolitischen Gegensätze neutralisierenden Kraft zu machen".[67] In den ersten Jahren der Europa-Union 1946/47 finden sich über dieses recht allgemein formulierte Ziel hinaus kaum differenziertere Pläne und politische Vorstellungen. Unter der Präsidentschaft Eugen Kogons jedoch entwickelte sich die inhaltliche Stellungnahme des Verbandes weiter. Sicherlich trug dazu auch die Gründung der Bundesrepublik bei, waren die Deutschen doch nun nicht mehr – wie es noch auf dem Kongreß in Eutin im Juni 1947 geheißen hatte – „der Paria der Welt".[68] Vielmehr konnten auch sie seit dem Mai 1949 mit Vorschlägen zur europäischen Einigung, an der teilzunehmen für die Bundesrepublik kaum noch in Frage stand, aufwarten, ohne wie unmittelbar nach dem Krieg Gefahr laufen zu müssen, die europäischen Nachbarn zu verschrecken. Betonten die Argumente, welche zugunsten

---

[66] Vgl. die Briefe Roßmann/Hasemann im Auftrag des Hauptausschusses der EU an Kogon, 22. 2. 1949 und Roßmann an Kogon, 1. 3. 1949, BA N 1011/52. 1953 waren Präsidium und Hauptausschuß der EU im Exekutivkomitee des DRdEB mit jeweils 6 Mitgliedern vertreten. Vgl. das Protokoll über die Sitzung des HA der EU, 13. 10. 1953, ADSD EU/102. In den sechziger Jahren – und bis heute – hatten sich die gegenseitigen Verflechtungen dann soweit institutionalisiert, daß Europa-Union und DRdEB in einem Haus in Bonn residier(t)en.

[67] Brief Gumppenberg an Alfred Schütte, 28. 12. 1949, OA EU Köln ab 1949/Allgemein.

[68] Rede Joachim Berringers, Die Vereinigten Staaten von Europa. Betrachtungen zur inneren und äußeren Situation des heutigen Europa, gehalten auf dem Europa-Kongreß in Eutin, 21. 7. 1947, BA N 1132/99.

einer Einigung vorgebracht wurden, in den ersten Nachkriegsjahren, ganz der Zeitströmung entsprechend, überwiegend ethische Prinzipien und kulturelle Legitimationsmuster (etwa „die tiefe Verpflichtung gegenüber dem Geist unserer europäischen Kultur“[69]), so war man schon auf dem Kongreß in Hamburg, der 1949 unter dem Motto „Ein geeintes Deutschland in einem geeinten Europa“ stand, weitaus politischer, und dies vor allem in wirtschaftspolitischer Hinsicht. Man forderte den stufenweisen Abbau der Handelsbeschränkungen und Zollgrenzen in Europa, die Einführung einer gemeinsamen Währung und eines europäischen Passes sowie die Abschaffung des Visumszwanges; die Vereinheitlichung des Warenverkehrs, die Beseitigung aller innereuropäischen Verkehrsbehinderungen, die Schaffung eines europäischen Energie-Verbundsnetzes, ein europäisches Patentgesetz, die Angleichung des Sozial- und Arbeitsrechtes zur „Hebung des allgemeinen Lebensstandards“ und eine „langfristige europäische Planung“ und Absatzlenkung für die Landwirtschaft. Hinzu traten Anregungen auf kulturellem Gebiet wie der Ausbau der „persönlichen und kulturellen Beziehungen unter den europäischen Völkern“, europäische Lehrpläne und Lehrmittel, ein europäisches Abitur sowie Ferienkurse und Lehrerausbildung, „die zur Förderung des europäischen Denkens von überragender Bedeutung ist“.[70] Ein weiterer Punkt war die Forderung nach einem europäischen Parlament, einer Regierung und einem Gerichtshof. Deutlich ist diesem umfassenden Katalog anzumerken, daß er in einer Zeit entstand, als die Gründung des Europarates zwar beschlossen, darüber hinaus allerdings noch völlig unklar war, wie die europäische Einigung aussehen würde. So waren die Entschließungen der Europa-Union geprägt von dem in der frühen Europa-Bewegung weit verbreiteten Idealismus, am besten alles auf einmal in möglichst kurzer Zeit zu erreichen, und der Hoffnung, „Europa“ schaffen zu können, auch wenn die Restitution der Nationalstaaten auf dem Kontinent spätestens mit der Gründung der Bundesrepublik zementiert worden war. Gerade weil man der Überzeugung war, die Zeit der Nationalstaaten sei zu Ende, spürte man auf dem Kongreß in Hamburg das Bemühen, die Gründung der Bundesrepublik in die kommende europäische Einigung einzupassen. Die Verantwortlichen der Europa-Union hofften, daß „der Zusammenschluß aller Teile Deutschlands in einer Bundesrepublik, in der die Menschen- und Bürgerrechte gesichert sind, [...] der Bildung der europäischen Föderation“ dienen würde. Von besonderer Bedeutung schien dabei der Artikel 24 des Grundgesetzes, welcher die Übertragung von Hoheitsrechten an zwischenstaatliche Einrichtungen und die Eingliederung der Bundesrepublik in ein kollektives Sicherheitssystem ermöglichte. Hierzu würde der Bund „in die Beschränkung seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern [würde]“.[71] Hier spiegelt sich die Hoffnung, auch nach der „Restauration“ der Nationalstaaten noch die freiwillige Abgabe von Souveräni-

[69] Ebenda. Vgl. auch die Rede Wilhelm Heiles am 20. 7. 1947, BA N 1132/99.
[70] Entschließungen der Delegierten der Europa-Union auf dem vom 19.–22. 5. 1949 in Hamburg abgehaltenen ersten Kongreß, BA Z 35/611.
[71] Grundgesetz, S. 20/21.

tätsrechten größeren Umfangs an einen europäischen Bundesstaat erreichen zu können.

Dabei ging es nicht zuletzt darum, für Deutschland „Gleichberechtigung" zu erlangen. Auch zu diesem Zeitpunkt, als die Europa-Union stärker als jemals später einer nationalstaatlichen Ordnung skeptisch gegenüberstand, verbanden sich mit der Hoffnung auf eine europäische Einigung also deutsche Interessen. Die Tatsache, daß man die europäische Integration nicht nur um ihrer selbst Willen, sondern immer auch als den jeweils nationalen Interessen nutzend beurteilte, durchzieht die Geschichte der Einigung des Kontinents wie ein roter Faden. Diese Einsicht beginnt sich indes im Hinblick auf die Geschichtsschreibung der europäischen Einigungsbewegungen erst langsam durchzusetzen. Lange Zeit überwog gerade beim Blick auf die Nachkriegszeit ein idealistischer Ansatz, der den Europabewegten nationale Interessen weitgehend absprach.[72] Dabei ist das Nachdenken über „Europa" vom Nachdenken über „Deutschland" nicht zu trennen. Die beste Ordnung für Europa sollte auch die beste Ordnung für Deutschland sein. Je nach Zeitumständen konnte die europäische Ordnung daher mehr oder weniger hegemonial, mehr oder weniger demokratisch gedacht werden. Im deutschen Interesse sollte sie jedoch immer stehen. Dies gilt für die Abendländer ebenso wie für die West-Europäer.

In der Europa-Union war man unsicher, wie man zu dem angepeilten föderalen Europa gelangen könne. Kaum Meinungsverschiedenheiten bestanden anfangs darüber, ob die Einigung „als Frucht reiflicher Berechnung der Diplomaten und der Geschäftswelt" erfolgen sollte, oder „man in einem revolutionären Akt ‚gegen die Regierungen' ein europäisches Staatswesen schaffen [sollte], das sämtliche Souveränitätsrechte der bisherigen Staaten ablöst".[73] Die Sympathie der Europa-Union – und auch der UEF – lag eindeutig bei letzterer Option: „Das neue Europa wird nie dauerhaften Bestand haben, wenn es lediglich von einigen Politikern und Finanzexperten zusammengezimmert wird."[74] Dies begründete dann im Selbstverständnis der Europa-Union auch die eigene Legitimation: „Es ist [...] anzunehmen, daß die Aufgabe der nationalen Souveränität zugunsten eines europäischen Bundesstaates erst erfolgen wird, wenn die europäischen Völker diese revolutionäre Forderung unabweisbar stellen. Dies ist der Punkt, wo die Arbeit und Funktion der Europa-Verbände einsetzt."[75] Die europäischen Massen mobilisieren, um – an den Regierungen und Parlamenten vorbei – die Schaffung eines europäischen Bundesstaates zu erreichen, so stellten sich die „Militanten" in der Europa-Union die Aufgaben des eigenen Verbandes vor. Zwar war diese Position niemals unumstritten, entscheidend war jedoch Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre, daß der Präsident der Europa-Union, Eugen Kogon, die „revolu-

---

[72] Dies kritisiert auch Kaelble, Europabewußtsein, Gesellschaft und Geschichte, S. 1–29, und ders., Europäer über Europa, Einleitung.

[73] Kongreß der Einheit, in: Europa-Union 1 (1948), Heft 5, S. 1.

[74] Hahn, Heinz: Die Politiker allein werden es nicht schaffen, in: Europa-Union 2 (1949), Heft 4/5, S. 12f., hier S. 12.

[75] Blessing, Otto: Unsere Zeit kommt!, in: Europa-Union 2 (1949), Heft 4/5, S. 1f., hier S. 1.

tionäre" Position vertrat.[76] Damit war die Linie des Verbandes festgelegt, wenn auch in Landesverbänden und Ortsgruppen durchaus andere Stimmen zu hören gewesen sein mögen.

Nun war mit einer Option für den „revolutionären Akt" allerdings nicht die Frage beantwortet, wie denn dieser Akt einzuleiten sei. Notwendig schien in jedem Fall der Ausbau der Europa-Verbände zu Massenorganisationen, eine Absicht, die allerdings nicht umzusetzen war. Auch die ersten Schritte der Politik waren wenig geeignet, zur Ad-hoc-Errichtung eines europäischen Bundesstaates beizutragen. Vor allem die Gründung des Europa-Rates ernüchterte die Föderalisten angesichts der lediglich beratenden Funktion, die dieser Versammlung zugestanden worden war.[77] Hier war es nicht gelungen, die erhofften supranationalen Elemente zu verwirklichen, von einer europäischen Konstituante war man ebenso weit entfernt wie zuvor. Trotz aller Enttäuschung über die in ihren Augen mit dem Europa-Rat verschenkten Möglichkeiten setzte die UEF, und mit ihr die Europa-Union, anfangs noch auf den Rat. Man hoffte auf die in der ersten Sitzung des Rats im August 1949 verabschiedete Erklärung, nach welcher „Zweck und Ziel des Europarats die Schaffung einer europäischen politischen Autorität mit begrenzten Funktionen, aber echten Vollmachten ist".[78] Die UEF begriff dies bereits als Teilsieg über die in der Europäischen Bewegung rivalisierenden Unionisten, welche – vor allem durch englische Kräfte unterstützt – eine staatenbündi-

---

[76] So äußerte Kogon beispielsweise auf dem Kongreß in Hamburg 1949: „Unterstützen Sie uns mit Gedanken, mit Begeisterung, wenn Sie sie aufbringen können. Wenn Sie noch mehr tun wollen, wenn Sie können, wenn Sie Zeit haben, wenn Sie Geld haben, dann treten Sie ein in unsere Reihen, arbeiten Sie konkret mit als die friedlichen Kämpfer für Europa. [...] Wenn Sie das tun, [...] dann können Sie einer von jenen Millionen sein, die die Dinge weitertreiben. Sie sind ein Mitglied der europäischen Revolution, einer konstruktiven Revolution, die unsere Rettung ist, eine ungeheure Leistung in der Geschichte darstellt und nicht nur den Krieg zu verhüten, sondern darüber hinaus den Frieden zu bauen versucht." Zitiert nach Loth, Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, S. 67. Siehe auch: Ruppert, Die Europa-Union Deutschland, S. 52/53. 1951 hieß es: „Wir können in Europa keine Revolution machen. Niemand kann das, nicht einmal die Kommunisten. Jede Revolution muß einen Apparat übernehmen, aber Europa als Ganzes hat noch keinen Apparat. Wir müssen erst einen solchen Apparat schaffen. Aber das ist gerade unsere Revolution. Sie kann sich nicht gegen Schlagbäume richten, die morgen wieder errichtet werden können; sie muß sich gegen die Parlamente richten. Der Weg dazu ist, daß wir die Sympathien der Völker gewinnen, um damit einen Staatsmann nach dem anderen zu einer Minorität der Sympathisierenden zu gewinnen, weil sie einsehen, daß Europa wirklich von den Völkern gewollt wird oder, daß es morgen zu spät sein könnte." Rede Kogons, abgedruckt im Protokoll des II. Jahreskongresses der EU am 9./10. 12. 1950 in Köln, BA N 1011/53.

[77] Vgl. z. B.: Kritik am Europa-Rat, in: Europa-Union 2 (1949), Heft 11, S. 6. Niederschrift v. Gumppenberg über die nach Meinung der EB wichtigsten Gesichtspunkte zur Entwicklung der Europapolitik, 16. 6. 1950, OA EU Köln 1950/52 Landesverband. Vorstandssitzung der EU Köln, 10. 10. 1950, OA EU Köln: Protokolle. Rede Kogons, abgedruckt im Protokoll des II. Jahreskongresses der EU am 9./10. 12. 1950 in Köln, BA N 1011/53. 1952 nannte die Europa-Union den Rat „Blinddarm der Parlamente" und weigerte sich, „Handlanger des verfehlten Experimentes von Straßburg, mit dem vier kostbare Jahre vergeudet worden sind", zu sein. Vgl. Schinzinger, Albert: Straßburg – Verfehltes Experiment, in: Europa-Union 3 (1952), Heft 14, S. 10.

[78] Zitiert nach: Loth, Der Weg nach Europa, S. 75.

sche Ordnung, wenn nicht gar nur eine intergouvernementale Zusammenarbeit der europäischen Länder anstrebten.[79] Im Oktober 1949 beschloß die UEF, in ganz Europa mit einer „Aktion Bundespakt" die öffentliche Meinung zu mobilisieren, um auf diese Weise Druck auf den Europa-Rat auszuüben.[80]

Die Europa-Union übernahm die Durchführung der „Aktion Bundespakt" in Deutschland in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Rat der Europäischen Bewegung. Zweck der ganzen Aktion war es, „gegenüber dem Ministerrat und der Beratenden Versammlung [des Europa-Rates], den Nachweis zu erbringen, daß die Repräsentativ-Körperschaften und die öffentliche Meinung in den wichtigsten europäischen Ländern ein gesamteuropäisches Ordnungssystem unter Verzicht auf Teile der nationalstaatlichen Souveränität fordern".[81] Damit sollte der Europa-Rat dazu bewegt werden, auf seiner Sitzung im August 1950 eine konstituierende Versammlung einzusetzen und einen daraus entstehenden Bundespakt, für den von Seiten der UEF ein Vorschlag vorlag, seinen Mitgliedsstaaten zur Annahme zu empfehlen. Man plante, „die parlamentarischen Vertretungskörperschaften und die Spitzenverbände aller Art eine Resolution [zum Europäischen Bundespakt] fassen [zu lassen.] Gleichzeitig soll[t]en in drei Städten verschiedener Größe, soziologischer Struktur und geographischer Lage Urabstimmungen durchgeführt werden".[82] Eine Unterschriftenaktion wurde hingegen „nach eingehenden Überlegungen" als untunlich betrachtet: Selbst ein optimales Ergebnis von „mehreren Millionen Unterschriften" würde aus organisatorischen und finanziellen Gründen nicht einmal 10 Prozent der Stimmberechtigten erfassen können. „Übelwollende Kreise des In- und Auslandes würden daraus die Propagandathese ableiten, nur ein kleiner Prozentsatz der deutschen Bevölkerung bekenne sich zur europäischen Einheit."[83]

Tatsächlich gelang es, allerdings viel später als erhofft, den Bundestag am 26. Juli 1950 zur Annahme der Resolution zu bewegen, in der eine wirtschaftliche Einheit und eine gemeinsame Außenpolitik ebenso gefordert wurden wie ein europäischer Gerichtshof.[84] Diese Verzögerung verhinderte jedoch, daß die Aktion vor der August-Sitzung des Europa-Rates greifen konnte, ein Dilemma, das der Europa-Union durchaus bewußt war: „Die übrigen Institutionen haben den verständlichen Standpunkt eingenommen, die Zustimmung zu einem Europäischen Bundespakt sei ein Akt mit außenpolitischem Charakter. Es sei deshalb nicht zulässig, die Entscheidung des Bundestages, der oberster politischer Willens- und

---

[79] Vgl. zur Auseinandersetzung zwischen „Unionisten" und „Föderalisten": Lipgens, Die Anfänge der europäischen Einigung.

[80] UEF Extraordinary General Assembly: Draft of a Federal Pact (Dok. 27), in: Documents on the History of European Integration, Bd. 4, S. 84–91. Vgl. die Dokumente 26, 29, 30. Siehe auch: Europäischer Bundespakt. Für Frieden – für Freiheit – für Wohlstand in Europa. Vorgeschlagen von der Union Europäischer Föderalisten, Opladen o. J., BA N1384/98.

[81] Brief Europa-Union an Brentano, 6. 5. 1950, BA N 1384/108.

[82] Ebenda.

[83] Niederschrift der ersten Sitzung des Aktionsausschusses zur Vorbereitung für den Pacte fédéral am 2. 2. 1950 in Düsseldorf, BA N 1384/108.

[84] Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 1. Wahlperiode, Drucksache 1193, Bonn 1949/53. Vgl. auch Loth, Die Anfänge der Europa-Bewegung, S. 69.

Verantwortungsträger sei, zu präjudizieren."[85] Selbst wenn man den ursprünglichen Plan trotz des verschobenen Zeitplans weiterverfolgte, war die Absicht, den Europa-Rat durch massenhaft gefaßte Resolutionen unter Druck zu setzen, zunichte gemacht. Auch aus Sorge, Großbritannien mit der Resolution vor den Kopf zu stoßen, nahmen zahlreiche Parlamentarier im Europa-Rat wieder Abstand von ihrem Plan, die „Aktion Bundespakt" zu unterstützen, so daß sich schließlich nur 19 Abgeordnete für den Bundespakt aussprachen.[86] Daran änderten auch die im Juli 1947 in Breisach und Castrop-Rauxel durchgeführten Urabstimmungen, bei denen 95,6 Prozent und 95,7 Prozent derjenigen, die sich (bei hoher Wahlbeteiligung) an den Abstimmungen beteiligt hatten, für einen europäischen Bundesstaat stimmten, nichts.[87]

Trotz dieser Enttäuschung setzten UEF und Europa-Union ihre Hoffnungen weiter auf den Europa-Rat. Sie stellten ihm im November 1950 einen „Conseil de Vigilance", einen „Rat der Völker Europas" zur Seite, welcher versuchen sollte, auf die Abgeordneten im Sinne eines zu verabschiedenden Bundespaktes Einfluß zu nehmen. Doch lehnte es die Beratende Versammlung des Europa-Rates kurz darauf endgültig ab, die Kampagne für den Europäischen Bundespakt zu unterstützen.[88] Die UEF und mit ihr die Europa-Union, insbesondere Kogon, empfanden diese Niederlage als äußerst schmerzlich: „Wäre ich in der Versammlung [dem Conseil de Vigilance] gewesen, ich hätte geheult über diese Einstellung, uns einfach als quantité négligeable zu behandeln. Welch eine Demaskierung, dieses spöttische Lächeln einzelner, dessen sie sich nicht enthalten konnten. Warum hat man uns nicht als pressure group benützt! Das beste Europäertum war dort beisammen."[89]

Die UEF und mit ihr die Europa-Union blieben in der Folgezeit auf dem einmal eingeschlagenen „revolutionären" Weg, allerdings setzte sie ihre Hoffnungen nun nicht mehr auf den Europa-Rat. Auf ihrer Konferenz in Lugano im April 1951 veröffentlichte sie einen Satzungsentwurf für eine, von den zu einer Föderierung bereiten Regierungen einzuberufende, konstituierende europäische Bundesversammlung, deren Aufgabe die Ausarbeitung eines Bundespaktes sein sollte. Angesichts der blockierenden Haltung vor allem der Briten gegenüber supranationalen Elementen setzte sich damit in den Reihen der europäischen Föderalisten die Überzeugung durch: „Kerneuropa ist besser als kein Europa."[90] So

---

[85] Bericht Gumppenbergs über die Aktion Europäischer Bundespakt in Deutschland, 20. 8. 1950, BA N 1384/4.

[86] Loth, Der Weg nach Europa, S. 88/89.

[87] Die Wahlberechtigten mußten folgende Frage mit Ja oder Nein beantworten: „Sind Sie für die Beseitigung der politischen und wirtschaftlichen Grenzen innerhalb Europas und für den Zusammenschluß aller europäischen Völker zu einem europäischen Bundesstaat?" Die Wahlbeteiligung lag in Breisach bei 87,5% und in Castrop-Rauxel bei 73,02%, vgl. den Bericht Gumppenbergs über die Aktion Europäischer Bundespakt in Deutschland, 20. 8. 1950, BA N 1384/4. Siehe auch Loth, Europa-Bewegung, S. 71.

[88] Koppe, Das grüne E, S. 43/44.

[89] Rede Kogons, Protokoll des II. Jahreskongresses der Europa-Union in Köln am 9./10. 12. 1950, BA N 1011/53.

[90] Politische Resolution des II. Jahreskongresses der Europa-Union in Köln am 9./10. 12. 1950, BA N 1011/53.

schrumpfte das ursprünglich auf den gesamten Kontinent angelegte Konzept der Europa-Union weiter zusammen auf jene Staaten Westeuropas, die zu einer Einigung bereit waren. Damit einher ging die Übernahme der von den westlichen Regierungen immer wieder vertretenen „Magnettheorie", nach welcher (in den Worten der Europa-Union) ein wirtschaftlich prosperierendes und politisch geeintes Westeuropa eine starke „Anziehungskraft ausübt, der man sich auf Dauer nicht entziehen kann [...]".[91] Wir sehen, welche Überzeugungskraft die „Magnettheorie" in der Nachkriegszeit nicht nur für die westdeutsche Politik entwickelte. Auch die Abendländer verwandten sie, allerdings fiel ihnen die Akzeptanz sicherlich leichter. Zwar zeichnete auch die Europa-Union ein lebhafter Antikommunismus aus, doch hatte die Abendländische Bewegung niemals wirklich die Idee eines Europas als „Dritter Kraft" vertreten. So diente die „Magnettheorie" in der Europa-Union so manchem als rhetorischer Trost angesichts einer weltpolitischen Lage, die für eine „Dritte Kraft" keinen Raum mehr ließ.

Doch brachte auch dieser, auf der Konferenz von Lugano initiierte Versuch der UEF, in die Politik zugunsten einer europäischen Bundesverfassung einzugreifen, letztlich nichts. So tröstete man sich zwar, daß „wenn alle Teilaktionen auf die Einigung unseres Kontinents in Schwierigkeiten geraten sollten, wenn der Schuman-Plan auf Schwierigkeiten stößt, die man nicht überwinden kann, dann wird es klar werden, daß man weitere Schritte unternehmen muß". Also genüge es, „die Reife einer gewissen Situation abzuwarten, um parat zu sein [...]".[92] Doch waren dies bereits Rückzugsgefechte. Ernüchterung griff in der Europa-Union um sich, als man einsah, „daß es [zwar] selbstverständlich denkbar sei, eine europäische Verfassung zu entwerfen. Ihre Durchführung sei jedoch unmöglich, da sie von einem Teil der Kräfte, die man zur praktischen Verwirklichung brauche, abgelehnt werde".[93]

Noch ein letztes Mal gelang es Kogon, der nun die öffentliche Meinung gezielt nutzen wollte, seine Mitstreiter auf den „revolutionären" Weg einzuschwören.[94] Was man vor einigen Monaten noch abgelehnt hatte, sollte nun den erhofften Erfolg bringen: die Sammlung von Unterschriften für einen europäischen Bundespakt. Tatsächlich schien die Rechnung aufzugehen. Die Sammlung erbrachte zwischen Sommer 1952 und Mai 1953 1,6 Millionen Unterschriften. Doch war das „revolutionäre" Vorgehen seit Anfang der fünfziger Jahre auch in den Reihen der Europa-Union nicht mehr unumstritten. Denn mit dem Schuman-Plan war eine neue Form der Integration entstanden, die auch in der Europa-Union Anhänger fand. Die Führung der Europa-Union, allen voran ihr Präsident Kogon, tat sich jedoch schwer, die sektorale und funktionale Methode, wie sie durch die Montan-Union ins Leben gerufen worden war, zu akzeptieren.[95] Die Politik hatte mit dem

---

[91] Brief Gumppenberg an Oskar Bornheim, 21. 3. 1950, OA EU Köln ab 1949/Allgemeines.
[92] Kogon, siehe Protokoll der Sitzung des HA der EU, 5. 5. 1951, BA N 1011/53.
[93] Gumppenberg, Protokoll der Sitzung des DRdEB 1951, BA N 1384/110.
[94] Kogon, Protokoll über die Sitzung des Präsidiums der EU, 10. 3. 1951, BA N 1011/53.
[95] Der Funktionalismus bzw. Neofunktionalismus geht von der Tatsache aus, daß jede supranationale Integration allein in wirtschaftlichen Bereichen beginnen könne, da hier die Konflikte zwischen den nationalen Instanzen kleiner erschienen als in politischen Fragen. Begann man in einem wirtschaftlichen Teilbereich mit einer Integration, so müsse es auto-

Schuman-Plan einen Weg eingeschlagen, der sich mit dem revolutionären Ziel einer europäischen Konstituante nicht verbinden ließ. So billigte das Präsidium zwar den Schuman-Plan, „als einen ersten praktischen Versuch, in Europa ein übernationales Organ mit wirklichen Machtbefugnissen zu schaffen und im Interesse des Ganzen auf nationale Zusammenhänge zu verzichten, und damit als den ersten Schritt auf dem notwendig darauf folgenden Wege zu einem europäischen Bundesstaat".[96] Doch eine grundsätzliche Skepsis blieb bestehen. Zu tief war der Graben zwischen den ursprünglichen Hoffnungen der Europa-Union und dem schrittweisen Beginn im Rahmen der Montanunion.

So durchzieht die Äußerungen der Europa-Union in den frühen fünfziger Jahren die Überzeugung, „daß die Methode des ‚Stück für Stück', isoliert, ohne gemeinsame politische Leitung, so wenig zum Erfolg führen kann, wie der Marshall-Plan ohne Politik zum Zusammenschluß der Staaten geführt hat".[97] Insbesondere die Führungsriege um Kogon war überzeugt, daß „die Völker mehr als Teillösungen" erwarteten. Außerdem warnte der Präsident wiederholt vor den Gefahren, „die sich aus ihnen [d.i.: Teilintegrationen] gegen eine echte europäische Einigung ergeben können. Es besteht immer die Drohung, daß sie sich zu supranationalen Hyperbürokratien entwickeln [...]. Eine echte parlamentarische Kontrolle ist nicht möglich, wenn die Interessengruppen sich selbst kontrollieren." Man fürchtete, daß „Teilgruppen blind fürs Ganze" seien und Teilintegrationen daher vor allem ihre eigenen Interessen vertreten könnten: „Nichts ist stabiler als gefestigte Interessen, die eigene Apparate haben, und nichts ist schwerer, als aus solchen Gruppen allgemeine Parlamente zu entwickeln."[98] Angesichts der Auseinandersetzungen um die EVG im Jahre 1952 hieß es daher: „Schweren Herzens nur haben die UEF und die EU den Weg der Funktionalisten, zunächst einzelne Sonderbereiche übernational zu ordnen, mitgemacht. [...] Die schweren Bedenken gegenüber dieser Methode haben nun in der Frage der Militär-Union ihre Bestätigung erhalten."[99] Der fehlende politische Überbau einer militärischen Teilintegration rief in den Reihen der Europa-Union starke Vorbehalte gegenüber der EVG hervor, auch wenn man angesichts der als bedrohlich empfundenen weltpolitischen Situation kaum anders konnte, als die EVG zu begrüßen. Dennoch war man nur bereit, der Verteidigungsgemeinschaft zuzustimmen, wenn eine supranationale politische Instanz gleichzeitig mit der militärischen Gemeinschaft geschaffen

matisch zu Spannungen mit nichtintegrierten Bereichen kommen, deren einzige Lösungsmöglichkeit in der Ausweitung der Integration liege. Vgl. ausführlicher Teil II, Kap. II.2.

[96] Vgl. Protokoll der Sitzung des HA der EU, 5. 5. 1951, BA N 1011/53.

[97] Vaterland Europa. Schriftenreihe der EU, Heft 1, ohne Ort, ohne Datum [1950/51].

[98] Rede Kogons, Protokoll des II. Jahreskongresses der Europa-Union in Köln am 9./10. 12. 1950, BA N 1011/53. Die UEF übrigens stimmte den kritischen Positionen der Europa-Union gegenüber dem „Funktionalismus" zu. So äußerte Frenay, der Präsident der UEF, (ebenda) auf dem II. Jahreskongreß der Europa-Union, „die sogenannte funktionalistische Methode beanspruche viel zu viel Zeit und sei im übrigen nicht wirkungsvoll genug".

[99] Bericht des Landesvorsitzenden Freiherr von Gumppenberg über die politische Tätigkeit des Landesverbandes, 1952, OA EU Köln 1950/52: Landesverband.

würde.[100] Die funktionalistische Methode hingegen war damit keineswegs anerkannt: „Man hat es vorgezogen, den empirischen, als angeblich einzig realistischen Weg zu gehen. Wenn nun die UEF sich dem nicht entgegengestellt hatte, so zunächst deshalb, weil sie es immer abgelehnt hat, das Spiel der Gegner Europas zu begünstigen. Aber es geschah auch deshalb, weil sie wußte, daß die einmal eingeschlagene Methode von selbst eines Tages ihre Bedenklichkeit erkennen lassen und selbst die am meisten Zögernden von der Dringlichkeit überzeugen würde, wirklich bundesstaatliche Institutionen zu schaffen."[101] Eine völlig neue Idee, entstanden in Reaktion auf die Brutalitäten des „Dritten Reiches" und des Zweiten Weltkrieges, war an den Zeitumständen des Kalten Krieges gescheitert. Dies zu akzeptieren, fiel der Europa-Union indes äußerst schwer. Die Tatsache, daß auch der funktionalistische Weg neue, weiterführende Elemente besaß, sahen ihre Vertreter nicht – oder sie wollten es nicht sehen.

Ebenso schwer wie mit der Akzeptanz des funktionalistischen Weges tat sich die Spitze der Europa-Union mit der Eingliederung Europas in den westlichen Block. Träumte man Ende der vierziger Jahre noch von einem europäischen Bundesstaat, der die machtpolitischen Gegensätze in der Welt überwinden und damit zur „Erhaltung des Friedens" beitragen sollte, so wurden diese Träume schon bald mit der Realität des Kalten Krieges konfrontiert. Dennoch hielten sich die Hoffnungen, Europa als „Dritte Kraft" etablieren zu können, in der Europa-Union verhältnismäßig lang. Auch weit über den „Ausbruch" des Kalten Krieges, sogar über die Gründung der NATO und Bundesrepublik hinaus finden sich immer wieder Aufrufe, man müsse alles tun, Europa zu einer „Dritten Kraft" zu machen, damit „endlich eine neue Situation in der Ebene der Weltpolitik geschaffen wäre, die den heute noch bestehenden Dualismus seiner Giftwirkung berauben könnte". Gelänge dies nicht, wäre „unser geplagter Kontinent nichts als ein geradezu ideales Versuchsgelände zwischen den beiden Weltmächten USA und UdSSR".[102] Selbst Anfang 1951 hoffte Eugen Kogon noch, angesichts der Neutralismusdebatte in der Bundesrepublik könne „die Idee eines selbständigen Europa, die die UEF von Anfang an vertreten hat, [...] möglicherweise wieder aktuell" werden.[103] Der Abschied von der Idee eines selbständigen, neutralen Europas zwischen den Blöcken fiel der Europa-Union unter Kogon extrem schwer. Er ge-

---

[100] Vgl. z. B.: Um den Wehrbeitrag: Europa – nicht in erster Linie eine militärische Aufgabe. Das geschäftsführende Präsidium der EU nimmt Stellung, in: Europa-Union 3 (1952), Heft 4, S. 1. Die Resolution des IV. Kongresses der EU in Eßlingen 1952, abgedruckt in: Für ein föderales Europa, S. 35/36. Blessing, Otto: Europäischer Selbstschutz, in: Europa-Union 3 (1952), Heft 5, S. 1. Stellungnahme der Europa-Union, in: Europa-Union 3 (1952), Heft 5, S. 7. Kogon, Eugen: Einheit und Schutz für Europa, in: Europa-Union 3 (1952), Heft 6, S. 3. Angesichts des verzweifelten Ringens um eine politische Instanz, welche die EVG überwölben sollte, ist die Aussage Wilfried Loths zumindest zu relativieren, die Europa-Union habe die „EVG als die große Hoffnung für Europas Zukunft nachdrücklich unterstützt." Vgl. Loth, Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, S. 73. Vgl. auch: Lipgens, Die Bedeutung des EVG-Projektes für die politische europäische Einigungsbewegung.

[101] Sitzung des Exekutivbüros der UEF, in: Europa-Union 4 (1953), Heft 4, S. 5.

[102] Kann Europa unabhängig sein?, in: Europa-Union 2 (1949), Heft 10, S. 1.

[103] Protokoll über die Sitzung des Präsidiums der EU, 10. 3. 1951, BA N 1011/53.

lang letztlich nur aufgrund der spannungsgeladenen weltpolitischen Situation Anfang der fünfziger Jahre, in welcher der Europa-Union Neutralität weder für Westdeutschland noch für Europa möglich erschien. „In dieser Welt mit ihren zwei Hemisphären gibt es keine Neutralität, weder im Krieg noch im Frieden."[104] Angesichts der militärischen Bedrohung akzeptierte die Führung der Europa-Union notgedrungen, daß die europäische Einigung im Westen beginnen müsse: „Auf daß die Sonne im Westen aufgehe!"[105]

Von nun an setzte sich der Verband auch gegen jede neutralistische Tendenz in der Bundesrepublik ein. Hatte man schon auf dem Ersten Kongreß in Hamburg gegen einen deutschen Neutralismus optiert, so verstärkte sich im Umfeld der Stalin-Noten die Opposition gegen neutralistische Strömungen noch einmal.[106] Ebenso stimmte man selbst im Dezember 1950 „contre coeur und schweren Herzens" einem westdeutschen Verteidigungsbeitrag (im Rahmen einer europäischen Armee) zu.[107]

Was den Vertretern der Europa-Union – und auch der UEF – half, die Einbindung in den Westen zu akzeptieren, war ihr Antikommunismus. Der Stalinismus und das abschreckende Beispiel, das die Sowjetunion in Ost- und Mitteleuropa lieferte, erleichterten es den Führern der europäischen Föderalistenverbände, von denen eine Mehrheit wie Kogon unter der nationalsozialistischen Diktatur politischer Verfolgung ausgesetzt gewesen war, mit Hilfe der Ideologie des Antitotalitarismus im westlichen Lager zumindest bedingt heimisch zu werden – wenn auch niemals vollständig. Denn es blieb ein Restgefühl der Unzufriedenheit darüber, in den Westen gezwungenermaßen eingegliedert zu sein.[108] Dies hatte, ebenso wie die Skepsis gegenüber dem funktionalistischen Integrationskonzept, nicht zuletzt ideologische Gründe, die in den gesellschaftspolitischen Interessen der Verantwortlichen ruhten.

Obwohl es auf den ersten Blick verwundern mag, so ähneln sich die Abendländische Bewegung und die Europa-Union in dieser Phase doch in manchem. Zwar befand man sich weltanschaulich in völlig unterschiedlichen Lagern, doch finden sich bestimmte strukturelle Merkmale bei beiden Organisationen. Die Abendländer standen dem funktionalistischen Ansatz zwar nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, forderten aber die Verwirklichung einer darüber hinausgehenden „Vision". Gleiches gilt für die Europa-Union der Frühphase. Was die beiden Gruppierungen also verband, war eine stark ideologische Aufladung des Begriffs „Europa". Im Gegensatz zu den Europakonzepten der fünfziger Jahre, als vor allem die „Funktion" und nicht die „Vision" im Zentrum des Interesses stand, erinnert

---

[104] Zusammenfassung des Referates Kogons auf dem IV. Kongreß, in: Europa-Union 3 (1952), Heft 8, S. 3.

[105] Ebenda.

[106] Vgl. z.B.: Schinzinger, Albert: Das russische Angebot und wir, in: Europa-Union 3 (1952), Heft 10, S. 2/3. Kogon, Eugen: Mitten im Strom, in: Europa-Union 3 (1952), Heft 14, S. 1.

[107] Koppe, Das grüne E, S. 44.

[108] Insofern trug die Europa-Union zwar, wie Wilfried Loth meint, den Westintegrationskurs der Bundesregierung eindeutig mit. Dem „Westen" jedoch blieb sie – vorerst – noch fremd. Vgl. Loth, Die Einigungsbewegung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik.

die Haltung der Europa-Union in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren noch stark an die Zwischenkriegszeit. „Europa" war noch immer, ähnlich wie den Abendländern das „Abendland", ein politischer Kampfbegriff, der utopische Zukunftsentwürfe transportierte. Damit verbanden sich, im Falle der Abendländer, wie im Falle der Europa-Union, Interessen, die weit über die konkreten politischen oder ökonomischen Fragen der europäischen Einigung hinausgingen.

„... daß die eigentliche Aufgabe darin besteht, eine neue Gesellschaft entstehen zu lassen": gesellschaftspolitische Interessen einer Europa-Bewegung

Die europäische Einigung war für den „integralen Föderalismus", das ist bereits angeklungen, nur ein Teilbereich der nach dem Krieg in den Augen seiner Vertreter notwendig gewordenen Neuordnung. Dies galt nicht allein für seine französischen Vordenker, die sich in den Reihen der UEF versammelten, sondern auch für die Europa-Union und insbesondere ihren Präsidenten Kogon. Man folgte dem Präsidenten des Bureau Executif der UEF, Henri Brugmans, wenn dieser feststellte: „Tatsächlich muß man [...] erkennen, daß es letztlich nicht darum geht, an die Stelle der zahlreichen souveränen Nationalstaaten in Europa ein neues Organisationsschema zu setzen, mag dieses europäischer Staatenbund oder europäischer Bundesstaat heißen – sondern daß die eigentliche Aufgabe darin besteht, in dem Raum, den dieses neue Organisationsschema umfaßt, eine neue Gesellschaft entstehen zu lassen."[109] Für diese neue Gesellschaft waren weder der „Westen" noch der „Osten" Vorbild. Während die Ablehnung des sowjetischen Systems sich mit dem Antitotalitarismus erklärt, bedürfen die Zweifel gegenüber dem westlichen System gesonderter Begründung.

Die Vorstellung, dem „Westen" nur gezwungenermaßen eingegliedert zu sein, und die Enttäuschung darüber, daß die notwendigerweise in Westeuropa beginnende europäische Einigung auch eine Übernahme des „westlichen" Systems beinhaltete, war in den Köpfen der Führungsriege der Europa-Union, insbesondere ihres Präsidenten, tief verankert. Man teilte eine tiefe Skepsis gegenüber diesem „westlichen" System in seiner politischen und wirtschaftlichen Ausprägung. Vor allem Kogon war überzeugt – und äußerte diese Überzeugung als Präsident der Europa-Union immer wieder –, daß „das westliche System nicht tragfähig genug" sei.[110] Einerseits galt die Skepsis dem System der „Massendemokratie", welches „mit den komplizierten Problemen, die durch die Vervielfältigung der Bevölke-

---

[109] Brugmans auf dem Kongreß der UEF in Rom, zitiert nach: Kongreß der Einheit, in: Europa-Union 1 (1948), Heft 5, S. 1.

[110] Rede Kogons, Protokoll des II. Jahreskongresses der Europa-Union in Köln am 9./10. 12. 1950, BA N 1011/53. Dort auch die folgenden Zitate. Kogon vertrat diese Einschätzung, obwohl er Mitglied im „Kongreß für Kulturelle Freiheit" war, der „Westernisierungsagentur" der frühen Bundesrepublik, in der sich linksintellektuelle Kräfte versammelten, die an einer auch ideellen Westorientierung der Bundesrepublik interessiert waren. Vgl. Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive. Hier zeigt sich, daß man nicht alle Mitglieder etwa des „Kongresses" gleichermaßen als „Westernisierer" bezeichnen kann. Es gab auch in ihren Reihen qualitative Abstufungen in der Offenheit gegenüber dem „Westen".

rungszahlen und der Verwirklichung der modernen Zivilisation entstanden, nicht fertig" würde. Auch das kapitalistische Wirtschaftssystem war den Herausforderungen der Zeit nach Ansicht der Spitze der Europa-Union schon lange nicht mehr gewachsen und hatte nicht zuletzt zum Aufstieg des Nationalsozialismus beigetragen. So sah Kogon den Westen in einer „doppelten Gefahr": „Von innen, daß er mit den Problemen nicht fertig wird, von außen, daß er in der Zeit der Labilität überrannt wird und in den Totalitarismus eingegliedert wird." Diese „Zwei-Fronten-Theorie" haben wir bereits als Bestandteil des abendländischen Gedankens in der Nachkriegszeit kennengelernt. Ebenso wie die Abendländer strebte auch die Europa-Union in den ersten Jahren nach dem Krieg eine grundsätzliche Umgestaltung der europäischen Ordnung an. Allerdings sah diese ganz anders aus als diejenige abendländischer Kreise.

Um den Kontinent nach innen zu stabilisieren, half in den Augen der Führungsgruppe der Europa-Union um Kogon allein eine erneuerte Gesellschaftsordnung, „die ebensowenig dem klassischen Kapitalismus als dem Staatskollektivismus ähneln"[111] sollte. Gerade in Deutschland erschien den Föderalisten die Umsetzung eines solchen „Dritten Weges" unerläßlich, um einer aggressiven deutschen Machtpolitik dauerhaft den Boden entziehen zu können. Denn Kogon gab, wie gezeigt, dem Kapitalismus einen erheblichen Anteil Schuld am Aufstieg des Nationalsozialismus. So war er überzeugt, daß eine „neue Wirtschaftsgesinnung", in deren Mittelpunkt der „arbeitende Mensch" stehen sollte,[112] und Sozialisierungsmaßnahmen sowohl den einzelnen wie auch die gesamte Gesellschaft vor den verheerenden Konsequenzen der „Laissez-faire"-Politik würden schützen können. Kogon, der sich ja schon in den Jahren der Weimarer Republik publizistisch vor allem sozialen Fragen gewidmet hatte, skizzierte den Aufbau dieser „neuen Gesellschaft" vor allem in den *Frankfurter Heften*, deren Mitherausgeber er war. Auch in seinen Äußerungen als Präsident der Europa-Union schwingen diese Themen wie selbstverständlich immer mit, ohne jedoch im einzelnen näher ausgeführt zu werden. Dennoch wird unzweifelhaft – und den Zeitgenossen dürfte dieser Zusammenhang klar gewesen sein – deutlich, daß es Kogon, und in seinem Gefolge der Europa-Union, in den späten vierziger, frühen fünfziger Jahren darum ging, ein „freiheitlich-sozialistisches" System in Deutschland zu schaffen. Trotz aller „weltanschaulichen und parteipolitischen Überparteilichkeit", die die Europa-Union an den Anfang ihrer Satzung gestellt hatte, läßt sie sich angesichts der einflußreichen Position ihres ersten Präsidenten im Umfeld der unter dem Schlagwort „Linkskatholizismus" oder „Christlicher Sozialismus" in den öffentlichen Sprachgebrauch eingegangenen Geistesströmung verorten. Es handelte sich dabei um eine in den ersten Nachkriegsjahren durchaus weit verbreitete Denkrichtung, wie sie sich etwa auch im „Ahlener Programm" der CDU von 1947 spiegelt.[113] Auch in den ersten beiden Jahrgängen des *Neuen Abendlandes*, zu jenem Zeitpunkt als die Zeitung noch nicht ins rechtskonservative Lager ge-

[111] Deutschland und die Europäische Föderation, in: Europa-Union 2 (1949), Heft 5, S. 3.
[112] Entschließungen der Delegierten der Europa-Union auf dem vom 19.–22. 5. 1949 in Hamburg abgehaltenen ersten Kongreß, BA Z 35/611.
[113] Zum „Christlichen Sozialismus" vgl.: Focke, Sozialismus aus christlicher Verantwortung.

rückt war, finden sich, daran sei an dieser Stelle erinnert, Versatzstücke dieses „christlichen Sozialismus".

Ende der vierziger Jahre, mit der Gründung der Bundesrepublik und der damit einhergehenden Restitution einer marktwirtschaftlichen Grundordnung und einer „Renaissance der bürgerlichen Gesellschaft",[114] verloren diese sozialistischen Tendenzen ihre Prägekraft in Westdeutschland größtenteils. Der Kreis um die *Frankfurter Hefte*, um Walter Dirks und Eugen Kogon, hingegen setzte sich auch weiterhin für eine Neugestaltung der deutschen Gesellschaft auf in ihren Augen besseren Grundlagen ein. Denn die junge Bundesrepublik entsprach den Anforderungen des „Linkskatholizismus" nicht. Das 1950 von Walter Dirks in den *Frankfurter Heften* geprägte Schlagwort der „Restauration", das Eugen Kogon 1952 mit einem Beitrag über die „Aussichten der Restauration" weitertrug, prangerte die mangelnde Berücksichtigung der Theoreme des „christlichen Sozialismus" und des „integralen Föderalismus" in der Nachkriegszeit an.[115] „Wiederaufbau" statt „Neubau", daran stießen sich die Linkskatholiken.

Angesichts der wichtigen Rolle, die Kogon für die Europa-Union spielte, ist es kein Wunder, daß sich diese kritischen Positionen auch in dem Europa-Verband und seinen gesellschaftspolitischen Interessen spiegelten. Denn was in nationalem Rahmen galt, machten die Vertreter des christlichen Sozialismus als Problem ebenso auf europäischer Ebene aus. Vor allem die Restitution der Nationalstaaten stand seit den späten vierziger Jahren im Kreuzfeuer der Kritik. Man betonte immer wieder: „Die Europa-Union begreift Europa vom Geiste her als eine Aufgabe des Neubaus, nicht der Restauration."[116] Doch als klar wurde, daß dieser Restitution von föderalistischer Seite nichts mehr entgegenzusetzen war, führte dies nicht zu einer Akzeptanz des entstandenen Systems durch die Führung der Europa-Union. Vielmehr beklagte man nun „den weitgehend restaurativen Charakter des Versuchs der Herstellung Europas. Die Folge dieser Situation ist, daß die Staaten krampfhaft an der absoluten Souveränität festhalten, obwohl diese praktisch zur Fiktion geworden ist".[117] Der Vorwurf der „Restauration" galt also Anfang der fünfziger Jahre in gleichem Maße für die Bundesrepublik wie für „Europa".

Mit der Skepsis gegenüber dem nach dem Zweiten Weltkrieg wiedererrichteten nationalstaatlichen System ging die Kritik an der „funktionalistischen" Einigungsmethode eng einher. Denn wenn das eigentliche Ziel die Überwindung der souveränen Nationalstaaten war, deren Schwäche man erkannt zu haben glaubte und deren Ende man prognostiziert hatte, dann konnte die Teilbereichsintegration kaum befriedigen. Doch angesichts der weltanschaulichen Geschlossenheit des „Linkskatholizismus", der die Europa-Union durch die Person seines Präsidenten bestimmte, verwundert es nicht, daß neben dem Funktionalismus auch andere Eu-

---

[114] Schwarz, Die Ära Adenauer, S. 445.

[115] Ebenda, S. 445–453, vor allem S. 446/447. Kogon, Eugen: Die Aussichten der Restauration. Über die gesellschaftlichen Grundlagen der Zeit, in: Frankfurter Hefte 7 (1952), S. 165–177. Zu den Europakonzepten der *Frankfurter Hefte* vgl. Grunewald, Die Frankfurter Hefte.

[116] Politische Resolution, Protokoll des II. Jahreskongresses der Europa-Union in Köln am 9./10. 12. 1950, BA N 1011/53.

[117] Kogon, Protokoll über die Sitzung des Präsidiums der EU, 10. 3. 1951, BA N 1011/53.

ropa-Ideen und Konzepte im Verband nicht auf Gegenliebe stießen. So prangerte man etwa die seit Herbst 1948 erstmals wieder stattfindenden bilateralen deutsch-französischen Unternehmergespräche als eine deutsch-französische Verständigung auf „großkapitalistischer, reaktionärer Grundlage" an.[118] Ebenso harsch ging insbesondere Kogon auch gegen jene Idee vor, die er selbst in den zwanziger Jahren noch vertreten hatte: die Idee vom „Abendland", die ihm nun wie eine „hilflose Illusion" vorkam.[119] Seit Ende der vierziger Jahre, seit sich die abendländische Idee wieder verstärkt an den rechten Rand des konservativen Lagers bewegte, geriet das „Abendland" in die Schußlinie der Europa-Union. Dabei war „das Abendland im Gegensatz zu Europa" zu sehen: „Abendland und Europa müssen heute als Begriffe für zwei verschiedene Welten genommen werden, und zwar in jeder Beziehung [...]."[120] Das Konzept des „Abendlandes" war für die Führung der Europa-Union reaktionär und verkörperte eine Vergangenheit, die wiederherzustellen weder möglich noch wünschenswert sei. Man könne „angesichts der heutigen Probleme Europas nicht von falschen Romantizismen eines vergangenen Abendlandes ausgehen". Auch in dieser Frontstellung übrigens übernahm die Europa-Union Positionen der *Frankfurter Hefte*, in denen Walter Dirks bereits 1946 formuliert hatte, das Abendland werde sozialistisch oder gar nicht sein.[121] Die Abendländer wiederum hielten sich mit Kritik am „Linkskatholizismus" und den *Frankfurter Heften* ebensowenig zurück, die sie – aus vertrauter antikommunistischer Position – der Bolschewismus-Sympathie verdächtigten.[122] Noch einmal wird hier deutlich, in welchem Maße Eugen Kogon durch seine Lagererfahrung mit der Vergangenheit gebrochen hatte: Jene abendländischen Kreise, denen er in der Zwischenkriegszeit selbst angehörte, zählten jetzt zu seinen erbittertsten weltanschaulichen Gegnern – die mehr oder weniger unverändert die Konzepte der Vergangenheit auch nach dem Zweiten Weltkrieg verfochten.

So war Eugen Kogon gewissermaßen die Schnittstelle zwischen den in den *Frankfurter Heften* geäußerten Restaurations-Vorwürfen, die sich überwiegend auf den nationalen Rahmen bezogen, und den im Umfeld der Europa-Union formulierten Kritikpunkten, die sich gegen die vermeintliche Restauration der europäische Ordnung richteten. Die Europa-Union vertrat in den Jahren seiner Präsi-

---

[118] Europa-Union 1 (1948), Heft 10, S. 5. Zu den Unternehmergesprächen im Herbst 1948 vgl.: Bührer, Die Reorganisation der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen nach 1918 und nach 1945, S. 78.

[119] Kogon in München, in: Europa-Union 2 (1949), Heft 7, S. 8.

[120] Europa contra Abendland, in: Europa-Union 2 (1949), Heft 9, S. 2. Dort auch das folgende Zitat. Vgl. z.B. auch: Schmid, Carlo: Bonn und Europa, in: Europa-Union 2 (1949), Heft 1, S. 1–4, vor allem S. 1.

[121] Dirks, Das Abendland und der Sozialismus. Ders., Das christliche Abendland. Vgl. auch Teil I, Kap. II.2.

[122] Vgl. u.a. Hengstenberg, Hans Eduard: Christentum und Marxismus. Eine Auseinandersetzung mit Walter Dirks, in: Neues Abendland 2 (1947), S. 225–228. Franzel, Emil: Walter Dirks und der Kommunismus, in: Neues Abendland 7 (1952), S. 129–143. Darauf erwiderte Walter Dirks: Die Frankfurter Hefte und der Marxismus, in: Frankfurter Hefte 7 (1952), S. 237–252. Daraufhin Gerhard Kroll: Eine Antwort, die keine war, in: Neues Abendland 7 (1952), S. 337–341. Vgl. auch: Schildt, Zwischen Abendland und Amerika, S. 44 und S. 52.

dentschaft klar die weltanschaulichen Positionen und Interessen des deutschen „Linkskatholizismus" bzw. des vorwiegend französischen „integralen Föderalismus". Damit ging eine Ablehnung des westlichen Systems und der funktionalistischen Einigungsmethode ebenso einher wie ein revolutionärer Impetus, der Europa an den Parlamenten vorbei einen wollte. Europäische Idee und innergesellschaftliche Ordnungsvorstellungen waren, das sei hier noch einmal betont, ebenso eng miteinander verwoben wie im Falle der abendländischen Idee.

Anfang der fünfziger Jahre jedoch traf diese Europa-Idee zunehmend auf Widerstand. Nicht allein, daß angesichts der anlaufenden funktionalen Integration an „revolutionäre" Schritte kaum mehr zu denken war, daß die Bundesrepublik als marktwirtschaftlich-demokratisches System formiert war, daß der westdeutsche Staat auf dem besten Wege zu einer umfassenden Westintegration war und somit die äußeren Bedingungen immer weniger dazu angetan waren, den Konzepten der Europa-Union eine reale Chance auf Verwirklichung zu geben. Nein, auch innerhalb des Verbandes kam an den Positionen Kogons zunehmende Kritik auf. Die von der Europa-Union propagierte weltanschauliche Neutralität ließ sich mit den Stellungnahmen der Verbandsspitze kaum mehr in Einklang bringen.[123] Hinzu kam, daß immer mehr Mitglieder im funktionalen Weg die Zukunft sahen und daher nicht mehr bereit waren, den „revolutionären" Vorgaben ihres Präsidenten zu folgen. Vor allem im Rheinland regte sich Widerstand. Die Europa-Union Köln etwa hatte unter ihrem Vorsitzenden Friedrich Carl von Oppenheim bereits 1950 nach der Gründung des Europa-Rates konstatiert, „es sei als Positivum zu buchen, daß Europa nun endgültig als Teil der Atlantischen Gemeinschaft und nicht mehr als dritte gesonderte Macht gelte".[124] Am Rhein formierten sich Kräfte, die mit der Ausrichtung der Europa-Union Anfang der fünfziger Jahre wenig anfangen konnten und andere, neue Interessen und Ideen in den Verband trugen. Hier wurde auch zunehmend Kritik an dem um den Präsidenten Kogon innerhalb der Europa-Union getriebenen „Personenkult" laut.[125] Als sich diesen Kreisen die Möglichkeit bot, dem Verband eine andere inhaltliche (und damit auch personelle) Ausrichtung zu geben, zögerten sie nicht, diese Chance zu nützen.

2. Gekappte Wurzeln: Krise und Neubeginn seit Mitte der fünfziger Jahre

Die Reorganisation der Europa-Union (1953–1955)

Die seit Ende der vierziger Jahre organisatorisch gefestigte Europa-Union hatte sich unter ihrem Präsidenten Kogon Anfang der fünfziger Jahre bemüht, ihre Ideen und Konzepte in die Öffentlichkeit hineinzutragen. Eine breite Öffentlich-

[123] Vgl. z. B. das Protokoll über die Sitzung des Präsidiums der EU, 24. 3. 1950, BA N 1011/52, wo Kogon von verschiedenster Seite vorgeworfen wurde, er betreibe als Präsident der Europa-Union in zu starkem Maße Politik.

[124] Vorstandssitzung am 10. 10. 1950, OA EU: Protokolle.

[125] Protokoll der Vorstandssitzung der EU Köln, 20. 1. 1951, OA EU: Protokolle.

keitsarbeit und mehr oder weniger spektakuläre europäische Aktionen waren notwendiger Teil des „revolutionären" Einigungskonzeptes, sollte doch, wenn irgend möglich, eine Massenbasis für die europäische Einigung geschaffen werden. Die Europa-Union profitierte bei diesen zahlreichen Aktionen Anfang der fünfziger Jahre von der äußerst europa-freundlichen Stimmung in der Bevölkerung, zu der die Europa-Union im Gegenzug durch ihre umfangreichen Aktivitäten selbst beitrug.

So zeigte der Verband etwa eine Wanderausstellung unter dem Titel „Europa ruft", die insgesamt (zumindest nach Angaben des Generalsekretariats) ca. 1500000 Besucher sahen.[126] Ein Film, „Bankett der Schmuggler", wurde im Frühjahr 1952 unter „entscheidender Mithilfe der Zentrale" gedreht, ein Film, „der unsere politischen Gedanken in einer sehr indirekten Weise propagiert, ein regelrechter Spielfilm mit großartiger menschlicher Handlung".[127] Seit 1952 gab man eine *Europa-Bildzeitung* heraus, die angeblich mit durchschnittlich 10000 Exemplaren im Monat in Bahnhöfen, Betrieben und Schulen ausgehängt wurde; gleichzeitig erschien auch wieder eine regelmäßige Zeitung der Europa-Union.[128] Neben diesen „Großaktionen" lief die eigentliche Arbeit auf der Ebene der Kreisverbände ab, die mit Vorträgen, Diskussionsveranstaltungen, zunehmend aber auch Austauschprogrammen und anderen Aktionen bemüht waren, „Europa" den Deutschen konkret zu machen.[129]

Im Vergleich zur Abendländischen Bewegung verwandte die Europa-Union also völlig andere Wirkungsformen. Dies erklärt sich nicht zuletzt mit den grundsätzlich verschiedenen Wirkungsabsichten der beiden Organisationen. Während es den Abendländern ausschließlich darum ging, ihre Ideen im „kleinen Kreis" zu diskutieren und diese dann gezielt in die Politik – und zwar aufgrund ihres Weltbildes ausschließlich in die Politik – hineinzutragen, wollte die Europa-Union auf breitere Bevölkerungsschichten einwirken. Anfang der fünfziger Jahre war sie mit diesen weit gestreuten Aktionen erfolgreich. Die Kombination von Veranstaltungen ganz unterschiedlicher Art auf unterschiedlichen Ebenen, den Kreis- und Landesverbänden sowie dem Bundesverband, sprach eine große Zahl von Nicht-Mitgliedern an und trug zur Verankerung des Europa-Gedankens in der westdeutschen Bevölkerung bei. In diesem Sinne wirkten hier die Ideen des Verbandes weit über die eigenen Reihen hinaus.

So entfaltete die Europa-Union Anfang der fünfziger Jahre eine lebhafte Aktivität und befand sich „auf dem Gipfel der Popularität".[130] Gleichzeitig jedoch begann es im Inneren des Verbandes zu gären. Zu den sich immer deutlicher ab-

---

[126] Bericht des Generalsekretärs für den Kongreß 1951, ADSD EU/1.

[127] Ebenda.

[128] Notiz Europa-Union Verlag GmbH, ADSD EU/19.

[129] Sowohl die im Archiv Oppenheim liegenden Unterlagen zum Kreisverband Köln der EU wie auch die im Kreisarchiv Esslingen verwahrten Unterlagen zum Kreisverband Esslingen dokumentieren die umfangreichen Aktivitäten solcher Kreisverbände umfassend. Allerdings mögen diese beiden Kreisverbände aufgrund ihrer auch im Bundesverband engagierten Präsidialmitglieder Oppenheim und Roser aktiver gewesen sein als andere Kreisverbände.

[130] Koppe, Das grüne E, S. 52.

zeichnenden inhaltlich-konzeptionellen Spannungen kamen organisatorische und finanzielle. 1952 begannen die der Europa-Union zur Verfügung stehenden Gelder knapp zu werden. Auslösendes Moment war dabei die Tatsache, daß sich das „American Committee of European Integration" aus der Finanzierung zurückzog.[131] Zweifellos lag ein Grund für diesen Rückzug in den Positionen der Europa-Union unter Kogon. Das von der CIA finanzierte Committee konnte Anfang der fünfziger Jahre an der Förderung einer Organisation, die westlich-liberalen Werten skeptisch gegenüberstand und statt dessen einen wie auch immer gearteten „freiheitlichen Sozialismus" erträumte, kein Interesse haben.[132] So endete die Finanzierung der Europa-Union aufgrund der nun deutlicher zutage tretenden weltanschaulichen Differenzen. Hatten die USA 1947/48 durchaus noch ein Europa der „Dritten Kraft" unterstützt und somit auch in der Europa-Union bzw. der UEF Organisationen gesehen, die dem grundsätzlichen amerikanischen Interesse an einem geeinten Europa zur Stabilisierung des Kontinents entgegenkamen, rückte Europa für die USA immer stärker in die atlantische Gemeinschaft, je mehr sich die Fronten des Kalten Krieges verhärteten. Spätestens mit Beginn des Korea-Krieges lagen mit sozialistischem und neutralistischem Anklang geführte Aktionen nicht mehr im amerikanischen Interesse, womit sich die Frage nach dem Sinn der Finanzierung der Europa-Union unter Kogon stellte. Die Fronten des Kalten Krieges schlossen sich nun nicht nur auf politischer Ebene. Für alternative Konzepte, welche die Blockbildung nicht berücksichtigten, war kein Platz, auf jeden Fall aber kein Geld mehr da.

Dies bekam die Europa-Union zu spüren. Bald spitzte sich die finanzielle Situation zu, und das ganze Ausmaß der Krise wurde sichtbar, als der Schatzmeister der Europa-Union, der Frankfurter Bankier von Bethmann, im Juni 1953 entnervt von seinem Posten zurücktrat: 70000,– DM Schulden hatten sich angehäuft, die Bundeszentrale für Heimatdienst weigerte sich angesichts dieser Situation, zugesagte Gelder auszubezahlen;[133] bald war die Zentrale in Frankfurt zahlungsunfähig, mit dem Ergebnis, daß Schreibmaschinen, Stühle und Tische des Generalsekretariats gepfändet wurden.[134] Die Gründe für diese Entwicklung sind nicht vollständig auszumachen. Anfangs richtete sich die Kritik vornehmlich gegen den damaligen Generalsekretär des Bundesverbandes, Hans-Joachim Unger, der im Verdacht stand, Gelder veruntreut zu haben.[135] Bald jedoch wurde klar, daß auch

---

[131] Vgl. den Brief Focke an Henle, 27. 11. 1953, BA N 1384/99, wo es heißt: „Die EU in ihrer Zentralinstanz hat es nicht verstanden, sich von der Epoche der Subventionierung durch Franzosen und Amerikaner rechtzeitig und mit enger geschnalltem Riemen auf die Finanzierung in Deutschland selbst umzustellen." Vgl. den Geschäftsbericht des Generalsekretärs Unger auf dem IV. Kongreß der EU in Esslingen vom 24.–26. 10. 1952, Stadtarchiv Esslingen/Europa-Union.

[132] Vgl. Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive. Ranelagh, The agency. Saunders, Who paid the piper.

[133] Protokoll über die Sitzung des Präsidiums der EU, 29. 6. 1953, ADSD EU/139.

[134] Brief Heymann an Unger, 10. 8. 1953, ACDP I-240–017/4.

[135] Man beschuldigte Unger, 15000,– DM auf ein Konto mit seiner alleinigen Verfügungsberechtigung überwiesen zu haben. Vgl. Brief Kogon an Unger, 12. 8. 1953, ACDP I-240–017/4 und Aktennotiz Müller an Oppenheim, 15. 8. 1953, OA EU Köln ab 1949: Allgemeines. Damit verband sich grundsätzliches Mißtrauen gegenüber dem aus der DDR

Eugen Kogon mitverantwortlich für das Desaster war. Offenbar hatte er sich mit seinen zahlreichen Aktivitäten, die sich niemals auf die Europa-Union beschränkt hatten, übernommen. Neben der Europa-Union-Zentrale in Frankfurt hatte er, wie Karl-Heinz Koppe es formuliert, „eine Art Europa-Konzern aufgebaut". Die „verbandsoffiziellen Finanzen [verfilzten] sich immer mehr mit Kogons kommerziellen Unternehmungen".[136] Auch die UEF war von den finanziellen Verwicklungen der Europa-Union betroffen. Ein Konto des übernationalen Verbandes in Deutschland mit etwa 100000 DM war ohne Wissen der UEF völlig aufgebraucht worden.[137]

Anfangs hofften jene, die sich anschickten, die Europa-Union aus dem Sumpf zu ziehen, noch, die verworrene Situation gemeinsam mit Kogon lösen zu können, in dem Glauben, auf seine Person nicht verzichten zu können.[138] Doch bald stellte sich heraus, daß die Basis ihrem Präsidenten kein Vertrauen mehr schenkte, ebenso wie sich die Spender weigerten, die Europa-Union zu unterstützen, solange Kogon an ihrer Spitze stand.[139] Die amerikanische Hochkommission etwa, die die Europa-Union ebenfalls gefördert hatte, warnte Mitglieder der Europa-Union „eingehend vor Prof. Kogon" und sah „sich nicht mehr in der Lage der EU finanzielle Unterstützung zu gewähren, solange Prof. Kogon Präsident oder Präsidialmitglied derselben" war. Angesichts solcher Bekundungen war Kogons Präsidentschaft nicht mehr zu retten.[140]

So übernahm nach dem V. Kongreß der Europa-Union im Dezember 1953 in Bonn ein Dreier-Präsidium, bestehend aus Ernst Friedländer, Paul Leverkuehn

---

geflohenen Unger, welches bis zu der Entscheidung ging, sich offiziell beim Amt für Verfassungsschutz „über die Person und den Werdegang und die früheren Betätigungen des Herrn Unger" zu erkundigen. Vgl. Brief an Präsident Kogon vom 16. 3. 1953, ACDP I-240-017/4.

136 Koppe, Das grüne E, S. 63 und S. 66. Vgl. den Brief Bethmanns an die Mitglieder der Finanzkommission, OA EU Finanzkommission. Angesichts des im Raum stehenden Vorwurfs der Unterschlagung ließ Carl Friedrich von Oppenheim seine Verbindungen spielen und holte eine Bankauskunft über Kogon ein, die allerdings „nichts Nachteiliges über sein [Kogons] finanzielles Gebaren" bekannt werden ließ. OA EU: Graf York-Kogon. Eine spätere Untersuchung entlastete Kogon: „Aber das Ergebnis hat nicht gezeigt, daß Geld unrechtmäßig ausgegeben worden ist, sondern daß es unzweckmäßig ausgegeben worden ist." Leverkuehn auf dem Jahreskongreß 1953, Protokoll, ADSD EU/2. Vgl. Eisermann, Außenpolitik und Strategiediskussion, S. 33.

137 Aktennotiz Müller an Oppenheim, 16. 11. 1953 und 1. 12. 1953, OA EU: Graf York-Kogon.

138 Brief Oppenheim an Kogon, 23. 9. 1953, OA EU: Graf York-Kogon. Vgl. auch den Briefwechsel zwischen Kogon und Oppenheim: 21. 9. 1953, 30. 9. 1953, 8. 10. 1953, 30. 10. 1953, 6. 11. 1953, 25. 11. 1953, 27. 11. 1953, 2. 12. 1953, alle OA EU: Graf York-Kogon.

139 Brief Oppenheim an Kogon, 2. 12. 1953, OA EU: Graf York-Kogon.

140 Aktennotiz Müller für Oppenheim, 1. 12. 1953, OA EU: Graf York – Kogon. Vgl. zum Rücktritt Kogons den Artikel im *Spiegel*, 6. 1. 1954, S. 6–8. Die Europa-Union war bemüht, von der Affäre so wenig wie möglich nach außen dringen zu lassen, um dem Verband nicht zu schaden. Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums der EU, 13. 3. 1954, ADSD EU/88. In der *Welt*, 6. 1. 1953, hieß es zum Rücktritt Kogons nur: „Er [Kogon] begründete seine Absicht damit, daß er in nächster Zeit eine nach seiner Meinung dringend erforderliche Theorie des europäischen Föderalismus ausarbeiten will."

und Josef Müller, die Geschäfte.[141] Doch dies war von Anfang an nur als Übergangslösung gedacht. Der nur wenige Monate später, im Mai 1954, in Köln stattfindende VI. Kongreß wählte Paul Leverkuehn zum neuen Präsidenten der Europa-Union.[142] Bereits im September desselben Jahres trat Leverkuehn allerdings von seinem Amt wieder zurück, veranlaßt durch einen Autounfall einerseits, gegen ihn erhobene Vorwürfe wegen seiner Tätigkeit in den Jahren des „Dritten Reiches" andererseits. Wieder trat ein Dreierpräsidium (Ernst Friedländer, Josef Müller, Dieter Roser) an die Spitze, bis im Oktober 1954 schließlich ein neuer Präsident auf dem VII. Kongreß der Europa-Union in Hannover gewählt wurde, allerdings nur mit einer knappen Mehrheit der abgegebenen Stimmen: Ernst Friedländer – ein Remigrant, der die Jahre des „Dritten Reiches" in der Schweiz verbracht hatte und mittlerweile zu den profiliertesten Journalisten der Bundesrepublik gehörte.[143] Friedländer zur Seite stand Friedrich Carl von Oppenheim, ohne den die Sanierung der Europa-Union in den Jahren 1953/54 sicherlich gescheitert wäre.[144] Der Kölner Bankier war bereits 1949 zum Präsidenten des Kreisverbandes der Europa-Union in Köln gewählt worden und hatte als Mitglied der Finanzkommission schon bald auch an der Arbeit des Bundesverbandes Anteil genommen. In der finanziell desaströsen Lage der Europa-Union 1953 erwiesen sich Oppenheims Beziehungen zu Wirtschafts- und Finanzkreisen der Bundesrepublik und seine Bereitschaft, diese zugunsten der Europa-Union einzusetzen, als entscheidend. Zuerst einmal ging er daran, die Verschuldung von ca. 70000,– DM abzutragen, nicht zuletzt wohl auch durch Spenden seines eigenen Bankhauses. Im Mai

---

141 Paul Leverkuehn, geb. am 31. 7. 1893, war als Rechtsanwalt und Sonderbeauftragter des Auswärtigen Amts im „Dritten Reich" tätig, nach dem Krieg verteidigte er 1948/49 die Angeklagten im OKW- und Mansteinprozeß. Seit 1953 war er für die CDU MdB. Zu Josef Müller vgl. Teil II, Kap. I.2, FN 37, zu Ernst Friedländer Teil II, Kap. I.2., FN 42.

142 Koppe, Das grüne E, S. 71.

143 Leverkuehn schlug als seinen Nachfolger Kurt-Georg Kiesinger vor, der allerdings von anderen Präsidialmitgliedern als zu parteinah abgelehnt wurde. Vgl. Protokoll über die Sitzung des engeren Präsidiums der EU, 29. 10. 1954, ADSD EU/87 und Sitzung des Plenums des Kongresses, 29. 10. 1954, ADSD EU/88. Vgl. auch Koppe, Das grüne E, S. 73. Seine Wahl nahm Friedländer trotz des schlechten Ergebnisses an: „Es fällt mir nicht ganz leicht, diese Wahl anzunehmen, denn [...] in diesem Verband handelt es sich einzig und allein um das Vertrauen. Wenn ich mich schweren Herzens doch entschließe, diese Wahl anzunehmen, dann nur deswegen, weil wir nicht ein Schauspiel nach außen zeigen können und weil der Prozentsatz des Vertrauens, der heute fehlt, in Zukunft nachgeholt werden könnte." Sitzung des Plenums des Kongresses, 29. 10. 1954, ADSD EU/88. Bereits unmittelbar nach dem Rücktritt Kogons hatte man Friedländer die Wahl zum Präsidenten angeboten, damals jedoch lehnte er ab. Vgl. Protokoll der Plenarsitzung des VI. Jahreskongresses, 2. 5. 1954, ADSD EU/88.

144 Friedländer und Oppenheim verband über die gemeinsame Arbeit in der Europa-Union (und aus ihr hervorgehend) hinaus eine persönliche Freundschaft. Vgl. z.B. die Briefe Friedländers an Oppenheim vom 6. 9. 1955 und 4. 10. 1956, OA Europa-Union bis 31. 12. 1956, wo es in ersterem heißt: „Du fehlst mir, durchaus nicht nur in der Sache, sondern von Mensch zu Mensch. Ich habe sonst im allgemeinen nicht mehr die Beweglichkeit, neue Freundschaften zu schließen. Und da ist Dein Auftauchen in meinem Dasein eine beträchtliche Ausnahme. Das soll auch einmal ausgesprochen werden und geschieht hiermit."

1954 war die Europa-Union wieder schuldenfrei.[145] Gleichzeitig startete er eine massive Spendenwerbeaktion in der deutschen Industrie- und Finanzwelt, um das materielle Überleben des Verbandes auch auf Dauer zu sichern. So gelang es ihm, zwischen Mai 1954 und März 1955 rund 300000,– DM an Spenden zu sammeln, darüber hinaus lagen ihm „feste Zusagen von Freunden der EU für weitere Spenden vor, welche die Finanzierung bis zum Kongreß 1956 gesichert erscheinen lassen".[146] Für die folgenden Jahre ist die Bedeutung der Beziehungen Oppenheims für die Europa-Union kaum zu überschätzen. Als der Kölner Bankier beispielsweise im Herbst 1956 erkrankte, gingen prompt keinerlei industrielle Spenden für den Kongreß der Europa-Union in Augsburg ein.[147] Die zentrale Rolle Oppenheims im Verband führte fast logischerweise 1958 dazu, daß er die Nachfolge Ernst Friedländers als Präsident der Europa-Union übernahm, als dieser aus gesundheitlichen Gründen zurücktrat. Bis 1973 stand er als unangefochtener Präsident an der Spitze „seines" Europa-Verbands, danach wurde er ihr Ehrenpräsident bis zu seinem Tod 1978.

Die Mitte der fünfziger Jahre durch Oppenheim geknüpften Verbindungen zur deutschen Industrie versuchte das neue Präsidium auch institutionell zu festigen. So wandte man sich an den BDI, den wichtigsten industriellen Interessenverband in der Bundesrepublik.[148] Bereits unter Kogon hatte man versucht, in dieser Richtung Kontakte zu schaffen, war allerdings erfolglos geblieben. Die Ausrichtung der Europa-Union entsprach damals nicht den Vorstellungen, die der BDI mit der europäischen Einigung verknüpfte.[149] Doch schon im Oktober 1953, als sich der Rückzug Kogons abzeichnete, verschickte der BDI einen Spendenaufruf zugunsten der Europa-Union und des Deutschen Rats der Europäischen Bewegung (DRdEB). Dieser blieb allerdings erfolglos, solange Kogon nicht endgültig zurückgetreten war.[150] Nun jedoch trat Oppenheim gezielt an den Hauptgeschäftsführer des in Bonn ansässigen BDI, Wilhelm Beutler, heran und überzeugte ihn, in die Europa-Union einzutreten. 1954 wurde Beutler auf dem VII. Kongreß in Köln

---

[145] Vgl. z.B. Brief Leverkuehn an Oppenheim, 31. 12. 1953, OA EU: Finanzkommission. Vgl. Protokoll der Plenarsitzung des VI. Jahreskongresses, 2. 5. 1954, ADSD EU/88.

[146] Finanzbericht Oppenheims auf der Sitzung des Hauptausschusses der EU, 5. 3. 1955, OA EU: Protokolle. Oppenheim hatte mit persönlichen Briefen in Wirtschafts- und Finanzkreisen um Spenden für die Europa-Union geworben. Vgl. OA EU bis 31. 12. 1956. Auch die UEF wurde von Oppenheim finanziell unterstützt, vgl. Brief Oppenheim an York, 19. 1. 1954, OA EU: Graf York-Kogon.

[147] Vgl. die Notiz des Auswärtigen Amts: Abt. 2, Dr. Frowein, Vermerk, Reinkonzept, 24. 10. 1956, PAAA, Ref. 201 (IA1)/44.

[148] Zusammenfassend zur Rolle des BDI als wichtigstem industriellen Interessenverband in der Bundesrepublik: Rhenisch, Europäische Integration und industrielles Interesse.

[149] Vgl. Aktenvermerk des Generalsekretärs des DRdEB (Focke), 23. 7. 1952. Brief Fockes an Henle, 8. 11. 1952. Aktenvermerk des Generalsekretärs des DRdEB, 5. 12. 1952. Brief Focke an Beutler, 5. 1. 21952. Brief Focke an Henle, 9. 12. 1952. Brief Focke an Henle, 18. 5. 1953 (alles BA N 1384/99) über Verhandlungen betreffs der Finanzierung des DRdEB und der EU durch den BDI.

[150] Diese Vorsichtsmaßnahmen deuten auch auf die Unsicherheit potentieller Spender angesichts der unklaren finanziellen Situation der Europa-Union. Brief Fritz Berg an Klöckner, 15. 10. 1953, BA N 1384/246. Zur Weigerung, die Europa-Union unter Kogon zu unterstützen, siehe: Brief Oppenheim an Kogon, 2. 12. 1953, OA EU: Graf York-Kogon.

ins Präsidium gewählt; dessen Mitglied blieb er bis 1966, als er aus gesundheitlichen Gründen zurücktrat. Sein Nachfolger als Hauptgeschäftsführer beim BDI, Helmuth Wagner, übernahm auch seine Position als Vizepräsident der Europa-Union. Fortan richtete der BDI ein Konto ein, auf welchem er Spenden zugunsten der Europa-Union und des DRdEB sammelte, zu denen er industrielle Kreise wiederholt aufrief. Dies kam auch den Interessen der Unternehmer entgegen, die vorher offenbar immer wieder von unterschiedlichen Stellen aus den Reihen der Europa-Verbände um Spenden gebeten worden waren und die Zentralisierung der Spendenmöglichkeiten daher begrüßten.[151] Damit war die finanzielle Zukunft der Europa-Union gesichert. Sowohl der BDI wie auch eine der wichtigsten Privatbanken der Bundesrepublik standen seit Mitte der fünfziger Jahre hinter dem Verband. In der Geschichte der Europa-Bewegungen war dies ein absolutes Novum. Sicherlich waren auch vorher Verbände von Unternehmen oder Banken unterstützt worden, in dem Versuch, diese für sich zu instrumentalisieren.[152] Den Auftakt machte Richard Coudenhove-Kalergi, der Anfang der zwanziger Jahre für seine Paneuropa-Union Gelder von dem Bankier Max Warburg erhielt.[153] Doch hatte es sich dabei immer um vereinzelte Aktionen gehandelt. Die deutsche Wirtschaft der Zwischenkriegszeit insgesamt hatte den Europaorganisationen mehr als skeptisch gegenübergestanden, nicht zuletzt weil man das Ziel einer politischen Zusammenarbeit oder gar Vereinigung als nicht im wirtschaftlichen Interesse stehend betrachtete. Mitte der fünfziger Jahre begann sich diese Situation zu ändern. Mit Friedrich Carl von Oppenheim war erstmalig ein Wirtschaftsvertreter an die Spitze eines Europaverbandes getreten. Dies signalisierte das zunehmende Interesse der westdeutschen Industrie und Finanzwelt am europäischen Integrationsprozeß. Mit der Erkenntnis in Wirtschaftskreisen, daß die Integration auf jeden Fall voranschreiten würde, wuchs, wie noch zu zeigen sein wird, der Wunsch, im eigenen Sinne darauf Einfluß zu nehmen, auch mit Hilfe eines Europaverbandes.

Mit dieser finanziellen Verankerung in der Privatwirtschaft gingen allerdings auch Versuche einher, die öffentliche Hand stärker als bisher in die Finanzierung der Europa-Union miteinzubeziehen. Die frühen Protagonisten der Europa-Union hatten Bedenken hinsichtlich einer über punktuelle Förderung hinausgehenden Bindung an öffentliche Träger. Man befürchtete, auf diese Weise die eigene Unabhängigkeit aufs Spiel zu setzen. Auch verband sich mit dem als „revolutio-

---

151 Für die Kreis- und Landesverbände der Europa-Union war diese Regelung eher ungünstig, gingen ihnen nun doch ursprünglich direkt an sie gezahlte Beträge verloren, die statt dessen dem Bundesverband ausgezahlt wurden. Vgl. Brief Christa von der Marwitz (stellv. Vorsitzende des LV Hessen) an Leverkuehn, 12. 1. 1954, OA Europa-Union Finanzkommission: „Durch die [...] getroffene zentralistische Regelung fallen fast alle Spenden namhafter Firmen [...] in Hessen fort. Mit Recht berufen sich diese Firmen auf das Rundschreiben des BDI [...]. Der LV Hessen sieht sich unter diesen Umständen nicht in der Lage, in den nächsten 2–3 Monaten sein Sekretariat aktionsfähig durchzuführen [...].“ Vgl. auch den Brief Lüders an den KV Essen, 25. 9. 1956, und den Brief Oppenheims an den KV Landshut, 5. 6. 1956, OA Europa-Union bis 31. 12. 1956.

152 Dazu insgesamt: Frommelt, Paneuropa oder Mitteleuropa.

153 Nach Angaben Coudenhove-Kalergis spendete Warburg der Paneuropa-Union 60000 Reichsmark, vgl. ders., Kampf um Europa, S. 99. Vgl. auch: Lipgens, Europäische Einigungsidee, S. 46–89 und S. 316–363.

när" bezeichneten Konzept einer Einigung Europas aufgrund des Drucks von „unten" und quasi gegen den Willen der Regierungen eine grundsätzliche, tiefgehende Skepsis gegenüber den als „reaktionär" eingestuften Parlamenten und öffentlichen Stellen. So hatte Paul Leverkuehn angesichts der Finanzkrise der Europa-Union ausgerufen: „Eigentlich müßten wir jetzt Konkurs anmelden. Aber wir wären schlechte Europäer, wenn wir nicht glauben würden, daß es nicht doch noch einen Ausweg gibt. Werben! Aber nicht an die öffentliche Hand wenden. Wenn wir es selbst nicht schaffen (ohne Regierung), dann müssen wir uns zur Ruhe setzen."[154] Den neuen Verantwortlichen war jedoch klar, daß man sich die Unterstützungsmöglichkeiten durch die öffentliche Hand kaum entgehen lassen konnte, wollte man finanziell auf einigermaßen festen Füßen stehen. So bemühte sich die Europa-Union unter Friedländer und Oppenheim insbesondere um eine dauerhafte Förderung durch das Auswärtige Amt.[155] Dies wurzelte nicht zuletzt in einer veränderten ideellen Position, welche die Rolle von Parlamenten und Regierungen im europäischen Einigungsprozeß grundlegend anders beurteilte. Darauf wird noch einzugehen sein.

Gleichzeitig machten Friedländer und Oppenheim eine Neuorganisation von Generalsekretariat und Präsidium der Europa-Union zur Grundlage ihrer Rettungsbemühungen. Das Generalsekretariat zog von Frankfurt (das für den in Hessen ansässigen Kogon günstig gelegen gewesen war) nach Bonn. Damit war man einerseits am Regierungssitz in unmittelbarer Nähe des politischen Entscheidungszentrums der Bundesrepublik angesiedelt. Andererseits spiegelte die Nachbarschaft zu Köln die Bedeutung, die der Landesverband Nordrhein-Westfalen und der Kreisverband Köln, allen voran sein Präsident Oppenheim, nun für die Europa-Union hatten. Damit einhergehend legte die neue Spitze mehr Wert auf eine größere Öffentlichkeitswirksamkeit des Präsidiums, aber auch auf eine bessere Verankerung in Politik und Wirtschaft der Republik. Denn einerseits konnten bekanntere Persönlichkeiten als „ideelle Multiplikatoren" dienen, andererseits würden „diese Kreise [..] auch genügend Personen ansprechen können, denen es möglich ist, die notwendigen Mittel aufzubringen".[156] 1954 berief man ein erweitertes Präsidium, dem nun mit Hermann Josef Abs, Heinrich Deist, Ulrich Haberland, Günter Henle, Heinrich Kost, Albert Schäfer und Rudolf Zorn ganz unterschiedliche, durchgängig aber in ihren Bereichen einflußreiche Vertreter vor allem aus der Industrie angehörten. Auch die SPD war (neben Deist und Zorn) durch Wilhelm Kaisen und Max Brauer mit ihrem „pragmatischen" Flügel wieder in der Europa-Union vertreten. Als Bürgermeister von Bremen und Hamburg vertraten die beiden aber auch zwei klassische Handels- und Wirtschaftsstandorte

[154] Leverkuehn auf dem Jahreskongreß 1953, Protokoll, ADSD EU/2.

[155] Brief des Generalsekretärs der EU, von Loe, an Hartlieb, Auswärtiges Amt, 18. 3. 1955, PAAA Abt. West 2, Ref. 201 (IA 1)/44. Nicht zuletzt hoffte man, „daß eine Zusammenarbeit [...] mit dem Auswärtigen Amt nützlicher als eine Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale [sei], da das Auswärtige Amt allem Anschein nach einen wesentlich höheren Prozentsatz der in Frage kommenden Mittel trägt als die Bundeszentrale". Vgl. Aktennotiz Schmitz, Generalsekretariat EU, über Besprechung mit Konsul Nauper, Auswärtiges Amt, 12. 4. 1955, ADSD EU/109.

[156] Oppenheim an Kogon, 8. 10. 1953, OA EU Präsidium: Graf York-Kogon.

im erweiterten Präsidium der Europa-Union. Der DGB schließlich war durch Ludwig Rosenberg repräsentiert.

Industrielle Interessen in der Europa-Union

Über Friedrich Carl von Oppenheim, über das Präsidialmitglied Wilhelm Beutler vom BDI und über die industriellen Mitglieder im erweiterten Präsidium gelangten nun, ganz im Gegensatz zu den früheren Jahren, massive industrielle Interessen in die Europa-Union. So ist zu fragen, was sich Industrie und Banken, allen voran der schwerindustriell dominierte BDI, von einer Mitarbeit in und einer Unterstützung der Europa-Union versprachen.

Der BDI, 1950 aus dem „Ausschuß für Wirtschaftsfragen industrieller Verbände" hervorgegangen, stellte den wichtigsten industriellen Interessenverband der Bundesrepublik dar. Bis in die sechziger Jahre hinein war der BDI das politische Sprachrohr der Schwerindustrie: Er fungierte als ihr „Bauchredner".[157] Der Verband verstand es, seine Interessen gegenüber Politik und Öffentlichkeit wirkungsvoll zu vertreten, in den Jahren der „Ära Adenauer" nicht zuletzt wegen seiner guten Kontakte zum Kanzler. Dabei fand die „politische Willensbildung" des BDI aufgrund einer straffen Hierarchie überwiegend zwischen Hauptgeschäftsführung, Präsidium und Präsidenten statt. Das langjährige Präsidiumsmitglied der Europa-Union, der Hauptgeschäftsführer des BDI Wilhelm Beutler stand also im Zentrum des industriellen Interessenverbandes. Insbesondere über ihn flossen Positionen und Interessen des BDI in die Europa-Union hinein.

Die westdeutsche Schwerindustrie, das ist bereits angeklungen, war in den ersten beiden Nachkriegsjahren vollständig auf die Bewahrung der über das Kriegsende hinaus geretteten Substanz vor den alliierten Demontage-, Reparations- und Entflechtungsmaßnahmen konzentriert.[158] Die Rekonstruktion der Stahlindustrie schien vorerst allein im nationalen Rahmen möglich, Integration, in welcher Form auch immer, stand nicht zur Debatte. So hielten sich westdeutsche Unternehmer gegenüber allen europäischen Plänen weitgehend zurück, auch um bei den Besatzungsmächten und im Ausland nicht unliebsame Erinnerungen an das „deutsche Europa" des Zweiten Weltkrieges zu wecken.[159] Erst mit dem einsetzenden Wandel in der alliierten Deutschland- und Ruhrpolitik rückte „Europa" (bzw. sein Westen) langsam wieder in den Blick westdeutscher Montanunternehmer. Der Marshall-Plan bildete die entscheidende Zäsur. Von nun an erhielten die nationalen Rekonstruktionspläne eine neue Dimension: „Der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie und ihrem Verband kam die westeuropäische Perspektive sehr gelegen, bot sich doch nun die Chance, ‚nationale' oder firmenspezifische In-

---

[157] Rhenisch, Europäische Integration und industrielles Interesse, S. 45. Vgl. zum BDI insgesamt: Berghahn, Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik. Bührer, Der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Außenpolitik. Ohneis, Wandel in der Zielsetzung der Deutschen Unternehmerverbände. Raithel, Wirtschaft und Außenpolitik. Tudyka, Gesellschaftliche Interessen und auswärtige Beziehungen.

[158] Warner, Allied-German Negotiations on the Deconcentration. Dies., Steel and Sovereignity.

[159] Bührer, Ruhrstahl und Europa, S. 67.

teressen ‚europäisch' zu legitimieren."[160] „Europa" bot der westdeutschen Industrie die Möglichkeit, die Forderung nach deutscher Gleichberechtigung in die Realität umsetzen zu können und die wirtschaftlichen Beschränkungen, die durch Niederlage und Besatzung entstanden waren, zu überwinden. Kontakte konnten nun, nach zwei Jahren der beinahe vollständigen Abschottung, in den Institutionen der OEEC, später auch in der Internationalen Ruhrbehörde, gepflegt werden.

Ende 1947 kam es zur Wiederaufnahme privatwirtschaftlicher Kontakte zwischen westdeutschen und französischen Unternehmern mit dem Ziel, die deutsche Rückkehr auf den europäischen Markt vorzubereiten. Auf deutscher wie französischer Seite wuchs das Interesse daran, „vor und eventuell auch gegen Vereinbarungen auf politischer Ebene zu Abmachungen zu gelangen". Dabei erschien „die partnerschaftliche Kooperation mit dem Nachbarn im Westen [...] plötzlich als pure Selbstverständlichkeit, widernatürlich unterbrochen nur durch politische Konjunkturen und Eingriffe".[161] Man griff gezielt auf bestehende Kontakte zurück und orientierte sich auch inhaltlich an Erfahrungen der Zwischenkriegszeit. So tauchten Pläne einer europäischen Montanholding aus den zwanziger Jahren wieder aus der Versenkung auf, ebenso wie die Gründung eines internationalen Stahlkartells, in Anlehnung an die IRG der Zwischenkriegszeit diskutiert wurde.[162] Bald jedoch war klar, daß angesichts der grundsätzlich ablehnenden Haltung, mit der die Amerikaner marktbeschränkenden Absprachen gegenüberstanden, die Rekonstruktion von Kartellen in einer der Zwischenkriegszeit ähnlichen Form sowohl im nationalen wie auch im internationalen Rahmen unmöglich sein würde. In Anbetracht der eigenen Stellung gegenüber den Alliierten, unter ihnen vor allem der Hegemonialmacht USA, konnte es nur darum gehen, sich in kompromißbereiter Form weitgehend in den vorgegebenen Rahmen einzugliedern und die eigenen Interessen auf veränderte Weise zu verfolgen. Zwar liebäugelten deutsche Unternehmer weiterhin mit Kartellen, doch ging es bald darum, neue Integrationsformen zu finden, welche die alten Kartelle ablösen, gleichzeitig aber dem Staat möglichst wenig Einfluß einräumen sollten. Mögliche Absprachen unter den Montanindustrien Westeuropas sollten ausschließlich privatwirtschaftlichen Charakter tragen. In klarer Kontinuität zu den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg war „europäische wirtschaftliche Integration, wie sie vom größten Teil des deutschen Unternehmertums gewünscht wurde, [...] kaum mehr als eine staatliche Handels- und Zollpolitik, die den erleichterten Zugang zu internationalen Märkten ermöglichen sollte, verbunden mit einer verstärkten internationalen Zusammenarbeit auf privatwirtschaftlicher Ebene. Mit der Erleichterung des Zugangs zu den europäischen Märkten hoffte man zugleich, die Märkte aufteilen und organisieren zu können und zwar mit den traditionellen Mitteln industrieller Machtpolitik in Deutschland."[163]

---

[160] Ebenda, S. 218.

[161] Bührer, Die französische Ruhrpolitik und das Comeback der westdeutschen Schwerindustriellen, S. 35 und S. 38.

[162] Bührer, Ruhrstahl und Europa, S. 93 und S. 162.

[163] Rhenisch, Europäische Integration und industrielles Interesse, S. 77.

Angesichts dieser Überzeugung nahmen westdeutsche Industrielle und ihre Interessenvertretung die Anfänge der europäischen Integration im Rahmen des Schuman-Plans und der EGKS mit durchaus gemischten Gefühlen wahr. Den Schuman-Plan beurteilte man anfangs überaus positiv als „Silberstreif am Horizont", als Chance, einerseits der Gleichberechtigung näher zu kommen und andererseits Produktionsbeschränkungen sowie Demontagen zu entkommen.[164] Als sich herausstellte, daß der Schuman-Plan keineswegs einen ausschließlich privatwirtschaftlich organisierten Kohle- und Stahlmarkt implizierte, sank die Begeisterung auf seiten der westdeutschen Montanindustrie. Zwar versuchte man noch auf die Ausgestaltung der EGKS in verschiedenen Gremien und Ausschüssen Einfluß zu nehmen, letztlich konnten sich die Unternehmer mit ihren Vorstellungen jedoch nicht durchsetzen. Vor allem die Hohe Behörde in Kombination mit den Antikartellbestimmungen zog Kritik auf sich. Im Vergleich zu ihr sah man in der OEEC das wirksamere Instrument wirtschaftspolitischer Integration, nicht nur weil sie einen größeren geographischen Raum umfaßte, sondern vor allem, weil sie „ohne supranationale Befugnisse, allein durch die Zustimmung ihrer Mitglieder", auskam.[165]

Dennoch war sich der BDI darüber im klaren, daß die Montanunions-Verhandlungen nicht an deutschem Widerstand scheitern durften. Diese Überlegung war weniger von wirtschaftlichen als von politischen Überzeugungen getragen, welche eine Unterstützung der Adenauerschen Westintegrationspolitik als einzig gangbaren Weg ansahen, egal ob man mit einzelnen wirtschaftlichen Bestimmungen einer europäischen und atlantischen Integration nun zufrieden war oder nicht. So bewegte sich der BDI, vor allem sein Präsident Fritz Berg und die Geschäftsführung unter Beutler, seit seiner Gründung weitgehend auf der Linie der Regierung Adenauer. Die Verbandsspitze begriff den wirtschaftlichen Wiederaufbau im Rahmen Westeuropas als Teil der Außenpolitik der Bundesregierung, und ebenso wie diese verfolgte man damit das Ziel „Gleichberechtigung" bzw. „Souveränität".[166] Die Industrie, so formulierte es Fritz Berg 1953, war fest eingebunden „in die Verteidigungsfront der freien Länder des Westens gegen den kommunistischen Andrang aus dem Osten".[167] Bald stellte sich jedoch heraus, daß diese „Verteidigungsfront" durchaus auch im wirtschaftlichen Interesse lag, ermöglichte sie doch den Wiederaufstieg der deutschen Wirtschaft in einem erstaunlichen Tempo.

Bei aller politisch bedingten Zustimmung zur EGKS jedoch sprach sich der BDI bereits im März 1952 deutlich gegen die Fortsetzung der Einigung durch das

---

[164] Der „Silberstreif am Horizont" im *Industriekurier* vom 11. 5. 1950, zitiert nach Rhenisch, Europäische Integration und industrielles Interesse, S. 71. Zum folgenden vgl. ebenda, S. 70–87. Zum Schuman-Plan vgl. u. a. die Aufsätze in: Schwabe (Hg.), Die Anfänge des Schuman-Plans. Bührer, Ruhrstahl und Europa. Gillingham, Coal, Steel and the Rebirth of Europe. Maier/Bischof (Hg.), The Marshall-Plan und Germany. Schröder, Marshall-Plan.

[165] BDI-Jahresbericht 1954/55, S. 18, zitiert nach Bührer, Der BDI und die Außenpolitik der Bundesrepublik, S. 247.

[166] Bührer, Der BDI und die Außenpolitik der Bundesrepublik, S. 243. Vgl. zum folgenden ebenda, S. 241–261.

[167] Zitiert nach: ebenda, S. 244.

Teilintegrationsmuster aus. Statt dessen wünschte man sich eine, wie es im BDI-Jahresbericht 1952/53 hieß, „entschlossene Fortsetzung der Liberalisierung und allmählichen Abbau der Zollsätze" sowie damit einhergehend eine Koordination der nationalen Währungs-, Finanz- und Kreditpolitik.[168] Im Anschluß bemühte sich der BDI, vor allem im Umfeld der Überlegungen zu einer Europäischen Politischen Gemeinschaft und zur EVG, mit ganz unterschiedlichen Mitteln stärkeren Einfluß auf den Gang der Verhandlungen zu nehmen, ja sich grundsätzlich stärker in die Europa-Politik und -Debatte einzuschalten.

In diesem Zusammenhang ist auch die Entscheidung zu sehen, die Europa-Union finanziell zu unterstützen sowie mit Wilhelm Beutler den eigenen Hauptgeschäftsführer in die Verbandsspitze zu entsenden. Während der BDI 1952 noch gezögert hatte, den Deutschen Rat der Europäischen Bewegung und die Europa-Union zu bezuschussen, kam im Herbst 1953 ein Spendenaufruf zustande. Darin hieß es: „Die Einigung Europas [...] kann nur durch die Wirtschaft vorwärts getrieben werden. Das Problem der Teilunionen, die wirtschaftlichen Bestimmungen des europäischen Verfassungsentwurfes, der holländische Plan einer europäischen Zollunion oder der Straßburgplan für eine gemeinsame europäische Arbeit in den überseeischen Gebieten sind Beispiele dafür, welche Fragen von größter wirtschaftlicher Tragweite heute zur Debatte stehen. [...] Ihre Lösung in einem Sinne, der unseren Belangen gerecht wird, erfordert eine enge Zusammenarbeit der Industrie mit den in der Europaarbeit innerhalb der Bundesrepublik führenden Organisationen."[169] Angesichts der tendenziellen Unzufriedenheit mit den bisherigen Integrationsschritten hielt es der BDI also für angebracht, nicht nur mit den zuständigen Regierungs- und Verwaltungsstellen in Kontakt zu stehen, sondern auch indirekt über eine Organisation wie die Europa-Union Einfluß auf Politik und Öffentlichkeit zu nehmen. Auf diese Weise wollte man die eigenen Europakonzepte verbreiten, in der Hoffnung, auf diesem Wege den industriellen Interessen mehr Rückhalt zu verschaffen.

Das Scheitern der EVG beurteilte die BDI-Spitze verhältnismäßig positiv. Vom Beginn der Diskussion um einen auch in den Augen des Verbandes unerläßlichen deutschen Verteidigungsbeitrag hatte man einer Lösung im Rahmen der NATO den Vorzug gegeben. Gleichzeitig sahen die Verantwortlichen im BDI mit dem Ende des Verteidigungsprojekts auch das Ende der supranationalen Einigungsmethode gekommen.[170] Folglich wandte man sich gegen jede Erweiterung der Mon-

---

[168] Rhenisch, Europäische Integration und industrielles Interesse, S. 75 und S. 77. Rhenisch zitiert Herman Josef Abs, Mitglied des erweiterten Präsidiums der Europa-Union, der im März 1954 eine „vernichtende Bilanz" der EGKS zog: „Man sollte geradezu glauben, daß der Zusammenschluß der Schumanplanländer nicht von diesen, sondern von anderen [...] konkurrierenden eisenschaffenden Gebieten erfunden worden ist. [...] Die Hohe Behörde [müsse sich] ebenso wie die nationalen Regierungen hüten, zu vieles in Paragraphen und Bestimmungen fassen zu wollen. [...] Die Industrien und ihre Selbstverwaltungsorgane bedürfen gerade auch in wirtschaftlichen schwierigen Zeiten der Bewegungsfreiheit. Dabei ist nicht jede persönliche Vereinbarung gleich ein fluchwürdiges Kartell." Ebenda, S. 75.

[169] Brief Fritz Berg an Günter Henle, 15. 10. 1953, BA N 1384/246.

[170] Bührer, Der BDI und die Außenpolitik der Bundesrepublik, S. 251.

tanunion auf andere Wirtschaftszweige wie etwa den Energiesektor. Ebensowenig war die westdeutsche Industrie, allen voran der BDI, bereit, eine weitere Teilintegration mit supranationalen Befugnissen zu akzeptieren.[171] Statt dessen rückte nun der Gemeinsame Markt ins Zentrum, von dem es hieß: „Die Schaffung eines (gesamteuropäischen) Marktes ist primär Sache der Wirtschaft selbst, und innerhalb der Wirtschaft liegen Verantwortung und Initiative bei den Unternehmern."[172] Ein europäischer Markt, so hoffte gerade die Stahlindustrie, würde der Montanunion bzw. der Hohen Behörde ihre Bedeutung nehmen. Andere Branchen versprachen sich von einem „kleineuropäischen" Markt Vorteile und Wachstumsimpulse, auch wenn alle Beteiligten eine Ausweitung zu einer größeren Freihandelszone forderten.[173] So unterstützte der BDI, trotz mancher Vorbehalte im einzelnen, die Bundesregierung bei den Vorbereitungen zu den Verhandlungen von Messina 1955.

Wir finden also im BDI seit Anfang der fünfziger Jahre eine Reihe von Grundpositionen, die für den Einfluß auf die Europa-Union von Bedeutung sein sollten. Der Industrieverband optierte für eine alternativlose politische Westintegration und eine enge Anbindung an die USA. Nicht zuletzt aus Angst vor einem sozialistisch-planwirtschaftlichen System erfolgte diese bedingungslose Anbindung des BDI an den „Westen", der allein der deutschen Industrie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Hoffnung auf Wiederaufstieg im Rahmen einer kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Grundordnung bieten konnte. Die eindeutige und in den fünfziger Jahren nicht in Frage gestellte Unterstützung der Außenpolitik der Regierung Adenauer durch den BDI hat hier ihre Wurzeln. Gleichwohl stand man einzelnen Elementen der westeuropäischen Integrationspolitik skeptisch gegenüber. Zwar sah die BDI-Spitze eine wirtschaftliche Integration (in Form eines gemeinsamen Marktes) als unerläßlich an, dennoch lehnte sie supranationale Elemente für den wirtschaftlichen Bereich und damit auch für den politischen Bereich grundsätzlich ab. Man war und blieb der Überzeugung, daß die Wirtschaft sich „ungestört" von supranationaler „Einmischung" verwaltungstechnischer oder politischer Art am besten würde entfalten können, auch im europäischen Kontext.

Wilhelm Beutler, und damit der BDI, übernahm als Mitglied des engeren Präsidiums der Europa-Union von allen in dem Europa-Verband engagierten Industriellen die bei weitem einflußreichste Rolle. Die oben skizzierten Positionen, etwa die Bejahung der Westintegration aus politischen wie wirtschaftlichen Gründen, unterstützten aber auch die im erweiterten Präsidium des Verbandes vertretenen Unternehmer und Industriellen. Vor allem Günter Henle fiel in den ersten Nachkriegsjahren eine „aktive Rolle bei der Formulierung und Vereinheitlichung der Vorstellungen und Konzepte" einer über tagespolitische Zusammenhänge

---

171 Rhenisch, Europäische Integration und industrielles Interesse, S. 84.

172 Anmerkungen für eine Stellungnahme deutscher Unternehmer zu einer französischen Denkschrift vom 10. 4. 1954, zitiert nach ebenda, S. 79.

173 Rhenisch, Europäische Integration und industrielles Interesse, S. 186–196, spricht sogar von einer „Europaeuphorie bei der deutschen Industrie", S. 196. Vgl. zu den Freihandelszonen-Verhandlungen: Brenke, Europakonzeptionen im Widerstreit.

hinausgehenden deutsch-französischen Verständigung und europäischen Integration im Spannungsfeld von französischen Sicherheitsinteressen und deutschen „Gleichberechtigungs"-Forderungen zu.[174] Henle, als Abgeordneter der CDU im Wirtschaftsrat und im ersten Bundestag vertreten, war an beinahe allen wirtschaftlichen Integrationsschritten der frühen Nachkriegsjahre, die von einer ersten Kontaktaufnahme bis zur Montanunion reichten, in irgendeiner Form beteiligt. Häufig zog Adenauer ihn als Berater heran. Henle plädierte – zumindest in der Öffentlichkeit – schon früh für eine „Umformung" der „Rezepte der Vergangenheit", eine „Überwindung des überholten Autarkiedenkens" und setzte vor allem auf eine umfassende deutsch-französische Verständigung.[175] Dabei spielte ganz offensichtlich ein starker Antikommunismus und die Angst vor einem sozialistischen Gesellschaftssystem für jenen Fall, daß die westlichen Besatzungszonen bzw. die Bundesrepublik ihre „Freiheit" nicht würden verteidigen können, eine entscheidende Rolle.

Vehement setzte sich Henle für eine wirtschaftliche und auch politische Einigung Europas ein. Dabei war er der Meinung, „daß es richtiger ist, Europa von unten her durch die Schaffung einer echten Interessengemeinschaft auf einem Hauptgebiet des Wirtschaftslebens auszubauen, als von oben her diese Einheit durch den Beschluß einer Art europäischer Gesamtverfassung den Völkern gleichsam aufzuzwingen".[176] An dieser Äußerung wird deutlich, warum die Europa-Union in ihren ersten Jahren, als sie „revolutionär" für eine europäische Konstituante eintrat, in den Reihen der deutschen Wirtschaft kaum mit Unterstützung rechnen konnte. Die westdeutsche Industrie stand, bei aller Überzeugung, daß die Einbindung der Bundesrepublik in eine westeuropäische Gemeinschaft politisch unerläßlich sei, supranationalen Elementen mehr als skeptisch gegenüber. Die nationalen Interessen standen im Vordergrund, und deren Realisierung schien auf der Basis nationaler Souveränität am besten gewährleistet. Im Falle der Bundesrepublik diente die Einigung eben nicht zuletzt dazu, die Souveränität wiederzuerlangen. Dieses Zusammenhangs war sich auch Henle bewußt, wenn er beispielsweise forderte, „daß der Zusammenschluß der europäischen Völker zu einer europäischen Gemeinschaft keine ‚abdication nationale' involviert, sondern im Gegenteil dem wohlverstandenen Eigeninteresse und Selbsterhaltungswillen der europäischen Völker dient".[177]

---

[174] Vgl. zur Rolle Henles: Bührer, Ruhrstahl und Europa, S. 126–137, hier S. 126.

[175] Günter Henle in seinem Vortrag „Deutsche Volkswirtschaft im europäischen Verband" am 7. 12. 1949, zitiert nach Wilkens, Verständigung von Wirtschaft zu Wirtschaft, S. 189–223, hier S. 206. Die „Überwindung des Autarkiedenkens" in einem Kommentar zum Schuman-Plan vom 10. 5. 1950, zitiert nach Bührer, Ruhrstahl und Europa, S. 171.

[176] Henle, Günter: Der Schumanplan vor seiner Verwirklichung. Essen 1951. Zitiert nach Nehring, Interessen und Integrationserfahrungen, S. 143.

[177] Brief Henle an Friedländer, 13. 3. 1954., BA N 1384/112. Ernst Friedländer übrigens antwortete auf diesen Brief zurückhaltend. Für ihn stand außer Frage, „daß die Integration mit der alten Konzeption des Nationalstaates um so weniger unter einen Hut zu bringen ist, je mehr die Integration fortschreitet. [...] Jeder Schritt auf dem Wege der Integration bedeutet auf die eine oder andere Weise einen Souveränitätsverzicht. Das gilt für die Montanunion, für die EVG und erst recht für die Europäische politische Gemeinschaft. Das entscheidend Wichtige scheint mir zu sein, daß nicht die im überlieferten Sinne na-

Aber auch weitere spätere industrielle Präsidialmitglieder der Europa-Union finden wir im Umfeld der frühen privatwirtschaftlichen Kontakte. Heinrich Kost etwa war Präsident der im April 1949 gegründeten „Deutschen Vereinigung zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich" (DEFRA).[178] Ludwig Rosenberg nahm als Gewerkschaftsvertreter im April 1948 an einer Wirtschaftskonferenz der europäischen Verbände in London teil.[179] Auch dem „Wissenschaftlich-technischen Ausschuß", den die Bundesregierung im Umfeld der Schuman-Plan-Konferenz ins Leben rief, gehörten mit Heinrich Kost, Günter Henle, Heinrich Deist (und dem in engem Kontakt zu Friedrich Carl von Oppenheim stehenden Robert Pferdmenges) eine ganz Reihe von Mitgliedern des erweiterten Präsidiums der Europa-Union an. So versammelten sich in den Reihen der Europa-Union Industrielle und Wirtschaftsfachleute, die sich seit den ersten Nachkriegsjahren für eine europäische Verständigung und eine deutsch-französische Aussöhnung eingesetzt hatten. Ihr Engagement war nicht zuletzt von wirtschaftlichen Interessen bestimmt und schloß damit an die Jahrzehnte alten Bemühungen westdeutscher Industrieller an, mit dem Nachbarn im Westen Verhältnisse zu schaffen, die ein wirtschaftliches Prosperieren möglichst ungestört ermöglichen würde.

Die frühe Ausrichtung der im Präsidium der Europa-Union mitarbeitenden Industriellen auf eine europäische Integration, die wirtschaftlichen Vorstellungen entsprach, war indes in den ersten Nachkriegsjahren durchaus nicht typisch für die gesamte westdeutsche Unternehmerschaft. In der Europa-Union war eine Gruppe von Protagonisten vertreten, die sich der Bedeutung dieser Westorientierung frühzeitig bewußt waren und ihr erhebliches Gewicht zumaßen. Dies wiederum führte dazu, daß der in der Europa-Union verbundene Kreis keineswegs zufällig und einmalig in dieser Konstellation zusammengefunden hatte. Vielmehr fällt eine deutliche Überschneidung etwa mit dem „Gründungskreis" der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) auf, die just zu dem Zeitpunkt ins Leben gerufen wurde, als auch der industrielle Einfluß auf die Europa-Union konkretere Formen annahm: Seit 1953/54 hatte sich Günter Henle, in enger Zusammenarbeit mit Wilhelm Beutler und Friedrich Carl von Oppenheim, um die Gründung eines überparteilichen außenpolitischen Instituts bemüht.[180] Mit Ernst Friedländer, Heinrich Kost, Hermann Josef Abs, Ludwig Rosenberg und Ulrich Haberland waren sowohl der Präsident der Europa-Union wie auch ein Großteil der übrigen Mitglieder ihres erweiterten Präsidiums von 1954 in der DGAP vertreten. Auch in den späteren Jahren sollte die personelle Übereinstimmung in den Doppelmitgliedschaften etwa Arnold Bergsträssers oder Kurt Birrenbachs fortbe-

---

tionalstaatlichen, wohl aber die richtig verstandenen nationalen Interessen der europäischen Völker nur dann gewahrt bleiben können, wenn ein europäischer Zusammenschluß unter gewissen Souveränitätsverzichten erfolgt." Brief Friedländer an Henle, 26. 3. 1954, BA N 1384/112. Vgl. auch: Milward, The European Rescue of the Nation-State.

178 Bührer, Die französische Ruhrpolitik und das Comeback der westdeutschen Schwerindustriellen, S. 34/35. Vgl. auch ders.: Wegbereiter der Verständigung, S. 79.

179 Bührer, Ruhrstahl und Europa, S. 160.

180 Vgl. Eisermann, Außenpolitik und Strategiediskussion, S. 62–81.

stehen. Ernst Günther Focke, der Generalsekretär des DRdEB, übernahm im April 1956 die Geschäftsführung der DGAP, und vorübergehend war er auch Sekretär der Europa-Union.

Wir können in den genannten Mitgliedern der Europa-Union eine kleine Gruppierung von Vertretern der Wirtschaftselite ausmachen, die mit der Wiedereingliederung Deutschlands in die Weltwirtschaft, darüber hinaus aber auch in die Weltpolitik, massives Interesse daran hatte, die eigenen außen- und außenwirtschaftspolitischen Vorstellungen in Politik und Gesellschaft einzubringen und umzusetzen – und zwar nicht zuletzt über gezielte Instituts- und Organisationsgründungen. Dabei knüpften die Positionen der Unternehmer in vielem bruchlos an jene der Jahre vor 1945 an – die ideelle Kontinuität, in der das Engagement in der Europa-Union stand, ist unübersehbar, vor allem in dem Interesse an privatwirtschaftlichen Kontakten nach Westeuropa, in der Ablehnung supranationaler Strukturen, in dem Bemühen, der Politik in wirtschaftlichen Fragen möglichst keinen Spielraum zu geben, in der Ablehnung jeder nationalen oder europäischen Abschottung. Doch etwas hatte sich gegenüber den zwanziger, dreißiger und vierziger Jahren geändert. Es trat in Unternehmerkreisen die Überzeugung hinzu, daß die für einen wirtschaftlichen Aufschwung notwendigen stabilen politischen Verhältnisse allein mit Hilfe der Adenauerschen Westintegrationspolitik zu erreichen seien. Und so unterstützte man erstmalig einen politischen Integrationsprozeß, auch wenn er in manchem wirtschaftlichen Interessen zuwider zu laufen schien. Das Engagement in der Europa-Union zeigt überdies, daß man nun, stärker als jemals zuvor, bemüht war, die eigenen Positionen in der Öffentlichkeit zu verdeutlichen. Auch dies war neu. War in Kaiserreich und Zwischenkriegszeit beinahe ausschließlich die Politik Ansprechpartner der deutschen Industrie gewesen, wenn es darum ging, die eigenen Interessen zu vertreten, so hatte man nun erkannt, daß ohne Zustimmung der öffentlichen Meinung in Zukunft kaum etwas zu erreichen sein würde.

„Westernisierer"?

Nun stellt sich aber die Frage, ob ein Europa-Verband, der in solchem Maße von wirtschaftlichen Interessen dominiert war, attraktiv sein konnte für jene Gruppe von Remigranten, denen es um die „Verwestlichung" der deutschen Gesellschaft und die Schaffung einer gemeinsamen konsensliberalen Wertegemeinschaft innerhalb des atlantischen Bündnisses ging. Damit ist die Bedeutung der „Westernisierung" für die Europa-Union seit Mitte der fünfziger Jahre angesprochen. Der Prozeß der „Westernisierung" wurzelte in den ursprünglich von den USA ausgehenden Bemühungen, die Westdeutschen auch ideell dauerhaft in den „Westen" einzubauen und damit das Bündnissystem zu stärken. Neben der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Verflechtung des atlantischen Systems, wie sie seit dem Ende der vierziger Jahre entstand, maßen die Amerikaner auch der ideologischen Ebene große Bedeutung bei, um die unterschiedlichen nationalen „wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Ordnungen samt der ihnen zugrundeliegenden ideellen Systeme" kompatibel zu machen. Dazu diente der Konsensliberalismus, die „in sich geschlossene ideologische Alternative zu den Totali-

tarismen des 20. Jahrhunderts".[181] Auf diese Weise, so hofften jedenfalls die „Westernisierer", würde eine in der Systemrivalität des Ost-West-Konfliktes als unerläßlich erachtete geschlossene ideologische Front gegenüber dem Kommunismus entstehen. Die Adaption des amerikanisch inspirierten „Konsensliberalismus" unter Einbeziehung nationaler Traditionen bedeutete innenpolitisch die allgemeine Akzeptanz einer liberal-demokratisch-pluralistischen Ordnung und die Verständigung unterschiedlicher politischer und gesellschaftlicher Gruppen über gemeinsame Wert- und Ordnungsvorstellungen als Grundlage des Gemeinwesens. Indem die freiheitliche Grundordnung von keiner gesellschaftlichen Gruppe mehr in Frage gestellt würde, entstünden stabile und fest im westlichen System verankerte Gesellschaften, in denen Zustände wie etwa in der Endphase der Weimarer Republik undenkbar waren. Dieses Ziel verband die Amerikaner mit einer Gruppe von Deutschen, in unserem Fall Hans-Albert Kluthe, Ludwig Rosenberg, aber auch Max Brauer oder Ernst Friedländer, die aus unterschiedlichen biographischen Erfahrungen heraus in einem „westlichen" Deutschland den einzig zukünftig gangbaren Weg für die Nation sahen.

Die Amerikaner förderten, meist mit verdeckten Geldern der CIA, gezielt unterschiedliche Gruppen und Zirkel deutscher Intellektueller, von denen sie sich eine nach eigenem Verständnis positive Wirkung auf die deutsche Öffentlichkeit versprachen. Dazu gehörte etwa der „Kongreß für kulturelle Freiheit", der Repräsentanten der westeuropäischen Linken versammelte und von 1950 bis in die 60er Jahre auch in der Bundesrepublik (nicht zuletzt durch die Zeitschrift *Der Monat*) im konsensliberalen Sinne wirkte.[182] Keinesfalls war es so, daß jene Protagonisten, die sich im Umfeld amerikanischer Westernisierungsbestrebungen befanden, als „Agenten", gewissermaßen „gelenkt" durch die Amerikaner, arbeiteten. Vielmehr waren sie sich, erstens, der von den Amerikanern intendierten weitergehenden Aufgaben im Kontext des „ideellen Wertetransfers" nicht bewußt; zweitens mußte „kaum einer von ihnen [...] zur liberalen Demokratie bekehrt werden".[183] Sie hatten, je individuell aufgrund ihrer Erfahrungen in den Jahren des „Dritten Reiches" und des Zweiten Weltkrieges zu antitotalitären, westlich-liberalen Überzeugungen gefunden. Und sie waren gewillt, diesen Werten in Westdeutschland zum Durchbruch zu verhelfen: um den Herausforderungen des Kalten Krieges standhalten zu können, aber auch um erneuter deutscher Aggression vorzubeugen.

Teil dieser Lösung der „deutschen Frage" war auch für die Amerikaner – ganz im Sinne des „double containment" – die europäische Einigung.[184] Und so geriet die Europa-Union (wie die gesamte europäische Bewegung) schon früh in den Bannkreis von Westernisierungsbemühungen. Bereits in den späten vierziger Jahren, als „Europa" auch in amerikanischen Kreisen noch als „Dritte Kraft" gedacht

---

[181] Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen, S. 75.

[182] Zum CCF vgl. Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive. Zu den französischen Aspekten der „Westernisierung" vgl. Keller, Der Monat, S. 245–282.

[183] Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive, S. 586.

[184] Rupieper, Der besetzte Verbündete. Schmidt, Vom Feind zum Partner. Steininger/Badstübner (Hg.), Die doppelte Eindämmung.

werden konnte, finanzierte mit dem bereits erwähnten „American Committee for European Integration" eine Organisation die Europa-Union, die von der CIA „unterwandert" war und als „Vermittlungsstelle" von Geheimdienstgeldern an europäische Organisationen in Europa diente.[185] Die Europa-Union war nicht der einzige Verband, der amerikanische Gelder erhielt. Die UEF, ihr „Mutterverband", war ebenso in diese Finanzierung eingebunden, und es kann als sicher gelten, daß keiner der Verbände ohne diese Gelder längere Zeit überlebt hätte. Gleichzeitig gelangten in der Europa-Union auch Männer zu Einfluß, die vor allem dem „Kongreß für kulturelle Freiheit" eng verbunden waren.[186] Doch entwickelten sich die amerikanischen Vorstellungen über die westeuropäische Einigung und jene der Führungsriege der Europa-Union wie beschrieben recht schnell auseinander. Hatte die amerikanische Regierung 1947/48 durchaus noch ein Europa der „Dritten Kraft" unterstützt, lag dies spätestens mit dem Beginn des Korea-Krieges nicht mehr im Interesse der USA. Westeuropa rückte angesichts der anlaufenden funktionalistisch-ökonomischen Integration unter dem Dach der überwölbenden amerikanischen Hegemonie in die atlantische Gemeinschaft – auch ideell. Eine Finanzierung der Europa-Union kam daher für die CIA spätestens seit 1952 nicht mehr in Frage.

Dennoch zogen gerade in dem Moment reformbereite westlich orientierte Protagonisten in das Präsidium der Europa-Union ein, als sich die CIA aus der Finanzierung des Verbandes zurückgezogen hatte. Dazu gehörten in gewissem Maße sogar die Unternehmer und Industriellen in der Europa-Union,[187] für die – neben einem grundsätzlichen Interesse an gesellschaftlicher und politischer Stabilität, die nur die USA sichern zu scheinen konnten – sicherlich der Freihandel als Bestandteil des „westlichen" Ideologiegebäudes entscheidend war. Bei Günter Henle, der den angelsächsischen Liberalismus nicht zuletzt in seinen Jahren als Diplomat in London in der Zwischenkriegszeit kennengelernt hatte, kann man aufgrund seines Engagements für die deutsche Westintegration in der Nachkriegszeit davon ausgehen, daß er in den Kreis „westlicher" Industrieller gehört. Auch Heinrich Kost bewegte sich in „international" und „westlich" denkenden Kreisen. Er, dem die Alliierten 1947 die Verwaltungsleitung des deutschen Stein- und Braunkohlebergbaus im Rahmen der Deutschen Kohlebergbau-Leitung übertragen hatten, ver-

---

185 Finanzierung des American Committee durch die CIA: Hick, The European Movement and the Campaign for a European Assembly, S. 263. Vgl. auch die Broschüre: „American Committee on United Europe", BA N 1005/468. Vgl. auch Teil II, Kap. II.1. Die OSS hatte während des Krieges, wie beschrieben, als Kontaktstelle zu Emigranten in Großbritannien gedient, vgl. Teil II, Kap. I.3.

186 Von der Europa-Union waren Eugen Kogon und Carlo Schmid, Rüdiger Proske, Willy Brandt im CCF aktiv, später auch Max Brauer und Ludwig Rosenberg. Auch auf der europäischen Ebene der Einigungsbewegung finden sich mit Denis de Rougemont, Salvador de Madariaga und David Rousset CCF-Mitglieder. Vgl. Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive.

187 Untersuchungen über die „Westernisierung" der westdeutschen Industrie sind selten. Nach Ansicht von Volker Berghahn finden wir mit Otto A. Friedrich einen Industriellen, der aus persönlichen Dispositionen heraus früh für den amerikanischen Werteimport im wirtschaftlichen Bereich aufgeschlossen war und diesen voranzutreiben bemüht war. Vgl. Berghahn, Otto A. Friedrich, ein politischer Unternehmer. Ders., Otto A. Friedrich.

fügte in der unmittelbaren Nachkriegszeit über „beste Kontakte zu amerikanischen Dienststellen".[188] In den fünfziger Jahren war er Mitglied des protestantischen „Kronberger Kreises", einer 1951 im Umfeld der Wiederbewaffnungsdiskussion als Zusammenschluß von „Kirchenvertretern, evangelischen CDU-Politikern, Bundes- und Landesministern sowie Wirtschaftsfachleuten und Zeitungsredakteuren" entstandenen Gruppierung.[189] Der „Kronberger Kreis", der „das Gewicht des Protestantismus in Staat und Gesellschaft der Bundesrepublik stärken wollte", beschäftigte sich in seinen Sitzungen mit wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Themen. Im Gegensatz zu anderen Flügeln des westdeutschen Protestantismus, welche länger der antiwestlichen Tradition des deutschen Nationalprotestantismus verhaftet blieben, standen die Mitglieder des „Kronberger Kreises" Wertekategorien westlicher Provenienz offen gegenüber und unterstützten den Westintegrationskurs der Regierung Adenauer. Neben Kost war auch Ernst Friedländer, Mitte der fünfziger Jahre der Präsident der Europa-Union, Mitglied im „Kronberger Kreis".

Ähnlich wie bei Heinrich Kost, Ernst Friedländer oder Günter Henle ist auch bei Friedrich Carl von Oppenheim von einer prinzipiellen Offenheit gegenüber westlichen Gedankenmodellen auszugehen. Oppenheim bildete die Schnittstelle zwischen denjenigen Präsidialmitgliedern der Europa-Union, die primär aufgrund wirtschaftlicher Interessen den Weg in den Verband gefunden hatten, und jenen, die weitergehende Ambitionen mit der europäischen Arbeit verbanden. Die amerikanische Herkunft seiner Mutter, die internationale Sozialisation, die Erfahrung der Verfolgung im Nationalsozialismus ließen ihn weit über rein wirtschaftliche Interessen hinausblicken und ihn eine bessere deutsche Ordnung in einem geeinigten Europa anstreben. Doch hinzu trat seine Position als mächtiger Privatbankier in der Bundesrepublik, die ihn wirtschaftliche Ziele untrennbar mit „Europa" zusammendenken ließ.

Denjenigen Kräften in der Europa-Union, die neben ihren wirtschaftlichen Interessen also westlich-liberalen Denktraditionen eine grundsätzliche Offenheit entgegenbrachten, schlossen sich (seit dem Sommer 1954) im erweiterten Präsidium andere gesellschaftliche Gruppen an: vor allem „pragmatische" Vertreter von Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Männer wie Ludwig Rosenberg, Max Brauer, Heinrich Deist und Rudolf Zorn gehörten zu den Reformflügeln in DGB und SPD, die das Interesse an der Überwindung des dogmatischen Marxismus der traditionellen Arbeiterbewegung und der Entwicklung der SPD von einer Arbeiter- hin zu einer Volkspartei verband.[190] Zu dieser Reform gehörte nach ihrer Auffassung auch die Neuausrichtung der außenpolitischen Leitlinien von SPD und Gewerkschaften und die Akzeptanz der Westintegration als notwendiger Teil der Nachkriegsordnung. Denn für jenen Teil dieser Reformkräfte, die den Zweiten Weltkrieg im Exil verbracht hatten und für die Ludwig Rosenberg das Paradebeispiel ist, beschränkte sich die Neuausrichtung nicht allein auf eine politische Westbindung. Es ging vielmehr um eine umfassende gesellschaftliche Neuorien-

188 Kroker, Heinrich Kost, S. 307.
189 Vgl. zum Kronberger Kreis: Sauer, Westorientierung im deutschen Protestantismus.
190 Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie, S. 363.

tierung und die Adaption des angelsächsischen „Konsensliberalismus" an die westdeutschen Verhältnisse. Dazu gehörte etwa eine Neuregelung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, also die gewerkschaftliche Überzeugung, den Interessen der Arbeitnehmer durch einen auf Konsens ausgerichteten Umgang und durch Teilhabe am allgemeinen Wohlstand mehr zu dienen als durch klassenkämpferische Positionen. Es handelte sich bei diesen Reformern um eine der politischen Gruppen, „die am entschiedensten die geistige Westorientierung der Bundesrepublik vorantrieb".[191] Und gerade sie trafen in der Europa-Union auf Industrielle und Unternehmer, mit denen sie bereitwillig im Interesse eines westlich-europäischen Deutschlands zusammenarbeiteten.

In diesem Bemühen wiederum traf man sich mit einzelnen Vertretern anderer politischer Lager wie etwa dem Liberalen Hans Albert Kluthe, dem es nach seiner Rückkehr aus Großbritannien ja ebenfalls um die endgültige Festigung einer westlich-liberalen Gesellschaft in Deutschland ging. Damit versammelte sich in der Europa-Union eine ganze Reihe von Protagonisten, denen es aus je unterschiedlichen Gründen und von je unterschiedlichen Standpunkten aus nicht allein um „Europa", sondern auch – ja vielleicht sogar vor allem – um eine „bessere" Ordnung für Deutschland ging. Die europäische Integration war in diesem Sinne nur ein Teilbereich dieses umfassenden westlichen Systems. Und so stellen wir fest, daß sich selbst in jener Phase, in der die Europa-Union sich zunehmend dem funktionalistischen Einigungskonzept zuwandte und sich bewußt abwandte von den „Ideologien" der späten vierziger Jahre, noch immer weitergehende Ordnungsvorstellungen hinter der Rede von „Europa" verbargen. Ebenso wie bei der Abendländischen Bewegung während des gesamten untersuchten Zeitraums, ebenso wie bei der Europa-Union der Frühphase, ging es den Europabewegten jedweder Provenienz in den fünfziger Jahren um gesamtgesellschaftliche Zukunftsvisionen, die sich immer auch, wenn nicht gar primär auf die deutsche Gesellschaft bezogen. Europaideen waren stets weit mehr als politische Vorschläge für Verfassungen oder Zollunionen. In ihnen spiegelte sich eine Sinnsuche angesichts einer sich im 20. Jahrhundert immer wieder durch politische Verwerfungen umgestaltenden Gesellschaft. Das Nachdenken über „Europa" war vom Nachdenken über „Deutschland", über seine soziale und politische Ordnung nicht zu trennen.

Verbinden konnten sich diese weltanschaulichen Interessen mit den wirtschaftlichen in der Europa-Union vor allem deshalb, weil jene Kräfte, die eine dauerhafte Verwestlichung der Bundesrepublik anstrebten, davon überzeugt waren, daß die wirtschaftliche Integration der schnellste und pragmatischste Weg sei, um den eigenen Zielen nahe zu kommen. Reformbereite wirtschaftliche Kräfte wiederum sahen in der Verbindung mit westlich orientierten Ordnungsvorstellungen die beste Möglichkeit, auch ihren wirtschaftlichen Interessen zu dienen. Eine pragmatische, funktionale Einigung war es, die den Vorstellungen der „Verwestlicher" entgegenkam, war ihnen doch die ideologisch-idealistische Überhöhung „Europas", so wie sie unter Kogon in der Europa-Union noch üblich gewesen

[191] Sauer, Westorientierung im deutschen Protestantismus, S. 286.

war, zutiefst suspekt. Die Ideologie vom „Ende der Ideologien" stellte einen zentralen Bestandteil konsensliberalen Denkens dar, welches eine als ideologiefrei postulierte realistische und pragmatische Weltsicht den totalitären Ideologien als zukunftsweisend gegenüberstellte.[192] So war man in der Europa-Union seit Mitte der fünfziger Jahre überzeugt, die „Zeit der Resolutionen, der sich abnutzenden deklamatorischen Erklärungen", die noch kurz zuvor die Arbeit des Verbandes bestimmt hatten, sei vorüber. Statt dessen gelte es nun konkrete Arbeit zu leisten:[193] „Das Handeln ist wichtiger als alle Doktrinen."[194] Zwar hatte auch die frühe Nachkriegszeit ideologiekritische Momente gekannt. Doch unterschied sich diese Debatte nicht zuletzt darin von den Konzepten der fünfziger Jahre, daß sie – wie etwa Eugen Kogon – auch den Liberalismus selbst unter diejenigen Ideologien des Jahrhunderts einordnete, die es zu überwinden gelte.[195] Mitte der fünfziger Jahre hingegen ging es darum, bewußt „realistisch", ohne ideologisches Beiwerk, Reformen voranzutreiben, und so kam dem konsensliberalen Pragmatismus die funktionalistische Integrationsmethode entgegen. Hier zeichnet sich das 1960 von Daniel Bell in Worte gefaßte „Ende der Ideologien" als zentrale Ideologie der konsensliberalen Ära bereits ab.[196]

Nicht jedes der Präsidiumsmitglieder der Europa-Union gehörte also zum „aktiven" Kreis der „Westernisierer" der Bundesrepublik. Vielmehr handelte es sich um eine Gruppierung, in der sich einerseits aktive „Verwestlicher" fanden, also Männer wie Hans Albert Kluthe oder Ludwig Rosenberg, die, aus ihren Exilerfahrungen vor allem in Großbritannien schöpfend, ein gesellschaftliches System nach dem Muster des angelsächsischen Liberalismus in der Bundesrepublik etablieren bzw. stabilisieren wollten. Sie trafen andererseits auf Protagonisten, die westlichem Gedankengut zumindest offen gegenüberstanden. So spiegelte die Europa-Union Mitte der fünfziger Jahre in gewisser Weise die Gesellschaft der Bundesrepublik, für die eine Mischung zwischen traditionell-deutschen Ordnungsvorstellungen und neuen, westlich-amerikanischen Einflüssen zu diesem Zeitpunkt ebenfalls charakteristisch war.[197] Die allmähliche ideelle Transformation, die in der Bundesrepublik ablief und die dafür verantwortlich war, daß in den sechziger Jahren eine liberale und pluralistische Gesellschaft westlicher Prägung entstanden war, spielte sich in der Europa-Union in kleinerem Maßstab und in kürzerer Zeit ab. In schnellerer Zeit nicht zuletzt deshalb, weil sich innerhalb der Führungsgruppe des Verbandes niemand befand, der eine westliche Orientierung

---

[192] Zur Ideologie vom „Ende der Ideologien" vgl. Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive, S. 466–479. Grémion, Intelligence de l'Anticommunisme, S. 317–378. Burisch, Ideologie und Sachzwang. Vgl. die zeitgenössische Formulierung: Bell, The End of Ideology.

[193] Künftig Schwergewicht auf konkreten Aufgaben. Beschluß des VI. Kongresses der Europa-Union in Köln 1954, abgedruckt in: Für ein föderales Europa, S. 31 f.

[194] Friedländer, Ernst: Kongreß in Berlin, in: Europa-Union 6 (1955), Heft 22, S. 1.

[195] Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive, S. 470. Vgl. auch S. 466–479.

[196] Michael Hochgeschwender bezeichnet Daniel Bells, The End of Ideology, als eine der entscheidenden Schriften des Konsensliberalismus, welche dessen ideologische Entwicklung in den fünfziger Jahren zusammenfaßte. Ebenda, S. 55/56. Vgl. auch: Liebowitz, Daniel Bell and the Agony of Modern Liberalism.

[197] Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen, S. 47.

der Bundesrepublik grundsätzlich abgelehnt hätte. So verschränkten sich in der Europa-Union seit Mitte der fünfziger Jahre wirtschaftliche, politische und ideelle Interessen und ermöglichten ein gemeinsames Wirken von Protagonisten aus ganz unterschiedlichen Lagern für ein atlantisches Europa in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik. Dabei entwickelte sich auch eine gegenüber den frühen fünfziger Jahren veränderte ideelle Position des Verbandes, die auf bestimmten unverrückbaren Grundüberzeugungen ruhte. Es gelang letztlich keiner Einzelgruppe oder keiner Einzelperson, also etwa Wilhelm Beutler für den BDI, ihre Interessen vollständig durchzusetzen und den Verband zu dominieren. Vielmehr führten Diskussionen und Kompromisse auf einer gemeinsamen Grundlage zu Stellungnahmen im einzelnen. Die Europa-Union praktizierte den liberalen Konsens. Dazu war die Abendländische Bewegung nie bereit gewesen: Sie speiste sich aus einem festgefügten konservativ-katholischen Konsens, der für Weltanschauungen anderer Provenienz weder Verständnis noch Raum bot.

Für ein atlantisches Europa auf freiheitlicher Grundlage: ideelle Neuorientierung der reformierten Europa-Union

Dieser liberale Konsens prägte auch die ideelle Neupositionierung der reformierten Europa-Union Mitte der fünfziger Jahre. Bestimmte Standpunkte sah die Führung dabei als unverrückbar an. Dazu gehörte erstens die eindeutige Festlegung auf ein „atlantisches Europa", die jede Idee einer „Dritten Kraft" als „Illusion" abtat.[198] Seit Mitte der fünfziger Jahre, verstärkt noch einmal durch die Herausforderung des „Gaullismus", rückte die Verbandsspitze von dieser „atlantischen" Position nicht mehr ab. Hinzu trat nun das eindeutige Bekenntnis zu einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. In den frühen Jahren unter Kogon war man da eher noch Henri Brugmans gefolgt, der fragte: „Was heißt eigentlich Demokratie? [...] Was Demokratie positiv enthält, darüber sind wir uns noch lange nicht einig [...]."[199] Seit Mitte der fünfziger Jahre aber hieß es: „Wir lassen uns über den Begriff Demokratie in keine Diskussion ein."[200] Man war sich einig darüber, daß das zukünftige Europa nur als „parlamentarische Demokratie westlicher Prägung" und in keiner anderen Form entstehen könne. Wesentliche Elemente dieser Demokratie sollten „ein Rechtsstaat mit voller Gewährung der Menschenrechte, der Grundrechte des einzelnen und [...] ein Bundesstaat mit föderalistischer Kompetenzverteilung zwischen Bund und Gliedstaaten" sein.[201] Nur die Garantie einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung garantierte nach Auffassung der Spitze der Europa-Union, daß „das geistige Kraftfeld, das von [...] Westeuropa ausgeht, [...] auf Dauer stärker sein [wird] als die zerstörenden Kräfte

198 Europas Einheit – Unsere Zukunft. Beschluß des XI. Kongresses der Europa-Union in Dortmund 1959, abgedruckt in: Für ein föderales Europa, S. 45–47, hier S. 45. Vgl. auch die Broschüre: Wege zur politischen Vereinigung Europas. Brief Lüders an Frohwein, Auswärtiges Amt, 9. 3. 1957, PAAA, Abt. West 2, Ref. 201 (IA1) 44.

199 Brugmans, Henri: Europa ist kein Status quo. Rede vor dem Deutschen Rat der Europäischen Bewegung am 13. 6. 1949, in: Europa-Union 2 (1949), Heft 11, S. 2.

200 Woller, Der Denkfehler, S. 7.

201 Wege zur politischen Vereinigung Europas, S. 15.

des Kommunismus".[202] Um die „Verteidigungsfront" des Westens zu stärken, war es für die Europa-Union unerläßlich, daß nicht nur der zukünftige Bundesstaat Europa als parlamentarische Demokratie westlicher Prägung gestaltet würde, sondern daß auch keine Staaten in die Gemeinschaft aufgenommen würden, die ein undemokratisches System besaßen. Dies galt vor allem für Spanien. Konsequenterweise kritisierten Vertreter der Europa-Union-Spitze wiederholt (direkt oder indirekt) auch die Bemühungen im Umfeld des CEDI, Spaniens Aufnahme in die EWG vorzuarbeiten.[203] Nicht nur gegen neonazistische Umtriebe wie jene der Zeitschrift *Nation Europa*, in der frühere Nationalsozialisten und vor allem alte SS-Männer Europa in Kontinuität des „SS-Europas" sahen, richtete sich folgender Angriff: „Wer ein Europa ohne freiheitlich-demokratisches Fundament schaffen will, ist ein Pseudo-Europäer und mißbraucht die europäische Idee für totalitär-reaktionäre Zielsetzungen."[204] Das Konzept des „Abendlandes" lehnte die Europa-Union unter ihrem neuen Präsidenten genauso ab wie unter Kogon. Dies zeigte sich etwa auf dem Kongreß der Europäischen Bewegung 1962 in München, als indirekt die „Substitutionsdiplomatie" der Abendländer gegenüber Spanien in das Schußfeld der West-Europäer geriet,[205] war doch die politische und gesellschaftliche Ordnung Spaniens (und ihre Unterstützung durch Deutsche) für die Europa-Union grundsätzlich nicht akzeptabel. Insgesamt ging man allerdings in der zweiten Hälfte der fünfziger und in den sechziger Jahren in der Europa-Union weniger direkt auf die abendländische Idee ein, als dies noch unter Kogon der Fall gewesen war. Zum einen lag dies daran, daß der frühere Präsident der Europa-Union mit seiner „rechtskatholischen" Vergangenheit und seiner „linkskatholischen" Gegenwart für die Idee vom „Abendland" weitaus sensibler war als die „reformierte" Europa-Union, in der sich keine individuell-biographischen Erfahrungen mit dem „Abendland" verbanden. Zum anderen trat der Topos vom „Abendland" im öffentlichen Sprachgebrauch der westdeutschen Gesellschaft zunehmend in den Hintergrund, so daß es auch weniger geboten schien, darauf einzugehen. Erst Ende der sechziger Jahre sollte die Unvereinbarkeit beider Ideen wieder zutage treten, als die abendländische Idee mithilfe der Paneuropa-Union neue Wirkung in der Bundesrepublik zu entfalten begann.

Die neue „realistische" Positionsnahme der Europa-Union sollte zu heftigen Spannungen mit dem Dachverband, der UEF, führen. Denn nach dem Scheitern der EPG-Verhandlungen hatte es für Europa-Verbände zwei Möglichkeiten gegeben, die eigene Arbeit fortzusetzen: sich wie die Europa-Union von dem „konstitutionalistischen" Weg zu verabschieden und dem „funktionalistischen", dem „pragmatischen" zu folgen. Oder aber den „konstitutionalistischen" Weg weiterzugehen, ja ihn sogar zu forcieren. Die zweite Option wählte – im Gegensatz zur

---

[202] Europas Einheit – Unsere Zukunft. Beschluß des XI. Kongresses der Europa-Union in Dortmund 1959, abgedruckt in: Für ein föderales Europa, S. 45–47, hier S. 47.
[203] Vgl. Roser, Europäische Einigung und atlantische Gemeinschaft, S. 13.
[204] Wege zur politischen Vereinigung Europas, S. 11.
[205] Aschmann, Treue Freunde, S. 304/305.

Europa-Union – die UEF unter dem Vorsitzenden des Exekutivkomitees Altiero Spinelli,[206] woraus sich bald Konflikte mit der Europa-Union ergaben.

Ihren Ausgang nahmen diese Konflikte in dem Versuch der UEF, Anfang 1955 noch einmal den Einsatz für die erhoffte „Ad-hoc"-Einigung Westeuropas zu intensivieren. Diesmal wollte man „mit allen der UEF zur Verfügung stehenden Mitteln eine Mobilisierung der öffentlichen Meinung unternehmen".[207] Es ging darum, mit einer Kampagne für einen „Kongreß des europäischen Volkes" gezielt die europäische Bevölkerung anzusprechen. Ziel war es, „einer Volksstimmung der Opposition und des Protests den stärkst möglichen Ausdruck zu geben, [...] gegen das Regime der unbeschränkten nationalen Souveränität selbst [...]". Dabei wandte sich die Führung der UEF energisch gegen jene, „die behaupten, daß die Föderation [Europas] der Endpunkt eines sehr langen Prozesses sein wird. [...] Die europäische Regierung, das europäische Parlament, das europäische Gerichtswesen, die europäischen Wahlen, können nicht allmählich entstehen. Entweder es wird sie geben, oder es wird sie nicht geben. [...] Die Schaffung der Föderation stellt nicht das Maximum, sondern das notwendige Minimum der Verwirklichung der europäischen Einheit dar." Verwirklicht werden sollte dies über die Wahl einer europäischen Versammlung durch die Bevölkerung; diese würde dann beauftragt, den Text eines europäischen Statuts zu verfassen, welcher durch die europäischen Wähler per Referendum angenommen werden sollte. Geprägt waren die Positionen der UEF nach eigenem Bekunden von einem tiefen „Mißtrauen" gegenüber den nationalen Regierungen und Parlamenten. Auch die „Dritte-Kraft"-Position bestand hier weiter, immer in der Hoffnung, „die Macht und die Unabhängigkeit unseres Kontinentes wiederherzustellen und es Europa [zu] ermöglichen, eine wirksame Rolle des Gleichgewichts und des Friedens in der Weltpolitik zu spielen".[208] In den Reihen der UEF also lebten die Ideen und Konzepte der unmittelbaren Nachkriegszeit fort. Der „integrale Föderalismus" entwickelte sich angesichts der politischen Entwicklung in Europa weiter, ohne dabei von seinen idealistischen Momenten, seinen basisdemokratischen Überzeugungen und Hoffnungen auf eine eigenständige Rolle Europas in der Weltpolitik abzurücken. Realistisch erkannten die Föderalisten, daß nationalstaatliche Exekutiven und Legislativen immer zögern würden, eigene Kompetenzen an supranationale Organe zu übergeben und auf diese Weise ihre eigene Macht zu beschneiden. Dabei verkannte man allerdings die Tatsache, daß die europäische Integration keineswegs durch ein europäisches „Volk", sondern beinahe ausschließlich durch die Politik und politische Eliten vorangetrieben wurde.[209]

---

[206] Zu Spinelli vgl.: Levi (Hg.), Altiero Spinelli and the Federalism in Europe and the World.

[207] Föderalistischer Brief des Präsidenten des Exekutivkomitees der UEF an die Mitglieder der nationalen Leitungs-Ausschüsse, an die leitenden Mitglieder der lokalen Sektionen der Mitglieds- und angeschlossenen Bewegungen der UEF und der JEF, an die Mitglieder des Zentralkomitees der UEF und der JEF, Juni 1955, ADSD EU/139. Hier auch die folgenden Zitate.

[208] Politische Erklärung. Initiativ-Komitee für den Kongreß des europäischen Volkes, ohne Datum (1955), ADSD EU/139. Dort auch das folgende Zitat zur „Relance européenne".

[209] Merkel, Die europäische Integration und das Elend der Theorie, S. 305.

In der Führungsspitze der Europa-Union jedoch stießen die Ideen und Aktionen der UEF nach dem Ausscheiden Kogons, dem prominenten Vertreter des „integralen Föderalismus" in der Bundesrepublik, und der Umstrukturierung des Verbandes auf Ablehnung, auch wenn es unter den Mitgliedern der Europa-Union durchaus einige Anhänger Spinellis gab. Die Verbandspitze jedoch war der festen Überzeugung, nicht mehr gegen die Parlamente, sondern mit ihnen müßten die Europa-Verbände arbeiten. Weiterhin auf ein „revolutionäres europäisches Volk [zu setzen], das sich gegen die nationalen Regierungen und Parlamente empöre und eine verfassungsgebende Versammlung fordere" sei reiner Selbstbetrug:[210] „Eine europäisch gesinnte Masse gibt es nicht."[211] In dieser Hinwendung auf eine Zusammenarbeit mit den nationalen Regierung und Parlamenten spiegelten sich auch die Verbindungen, die das Präsidium der Europa-Union nach seiner Reform selbst mit den politischen Kreisen der Bundesrepublik verwob. Diesen Männern, allesamt Exponenten des gesellschaftlichen und politischen Lebens Westdeutschlands, war die Vorstellung, die Parlamente „revolutionär" zu umgehen, fremd. Statt also weiterhin die europäische „Masse" mobilisieren zu wollen, definierte man die eigene Rolle neu: „Die Europa-Union ist Deutschlands europäisches Gewissen. Wir sind immer ein Stück des Weges voraus mit dem Mute zur vollen Wahrheit. Wir sind immer ein Stück voraus mit unserer Kritik an dem, was geschehen ist, mit unseren Forderungen für das, was zu geschehen hat. Aber in keinem Augenblick dürfen wir den Anschluß an die Wirklichkeit verlieren. [...] Als Sekte danken wir ab, sind wir nicht vor, sondern neben den Ereignissen."[212]

Nicht mehr die zum Teil pathetische Sprache und die großen Ziele der frühen Nachkriegszeit sollten also in Zukunft das Auftreten der Europa-Union bestimmen. Man wollte vielmehr einen konkreten Beitrag zur europäischen Einigung leisten, indem man gezielt auf Politik und Öffentlichkeit einwirkte. Dazu dienten, gewissermaßen als „Multiplikatoren", auch die Mitglieder des erweiterten Präsidiums; hinzu traten bald auch die Vertreter der Interessenverbände in der Bundesrepublik. Ein gezieltes Einwirken auf die Politik war freilich nur möglich, wenn man die Kluft, die sich zwischen den Positionen der Europa-Union und den Realitäten der europäischen Integration seit Anfang der fünfziger Jahre ergeben hatte, überwand. So entwickelte sich die Europa-Union Mitte der fünfziger Jahre zu einem Verband, der als „Werbeträger" der Adenauerschen Westintegrationspolitik gelten konnte.

Mitauslösend für die „realpolitische" Wende der Europa-Union war, neben den personellen und organisatorischen Veränderungen im Präsidium, vor allem das Scheitern der EVG und des Projekts einer Europäischen Politischen Gemeinschaft. Der Traum eines politisch geeinten Europas war damit vorerst ausgeträumt. Im Präsidium der Europa-Union hielt man es nun für „überaus fraglich,

---

210 Beide Zitate in: Der Präsident der Europa-Union an die Mitglieder des Engeren Präsidiums, der Landesverbände, des Hauptausschusses, des BEJ, die deutschen Mitglieder des Comité Central der UEF, 14. 4. 1955, ADSD EU/139. Vgl. auch: Compte Rendu du Comité Central de l'UEF, 24. 4. 1955, ADSD EU/245.

211 Dieter Roser auf der Sitzung des engeren Präsidiums, 5. 4. 1955, ADSD EU/87.

212 Friedländer, Ernst: Kongreß in Berlin, in: Europa-Union 6 (1955), Heft 22, S. 1.

ob die Vereinigten Staaten von Europa sozusagen mit einem Sprung geschaffen werden können". Statt an nicht zu verwirklichenden Hoffnungen auf die Realisierung des „konstitutionellen" Ansatzes festzuhalten, müsse es darum gehen, neue Wege zu beschreiten. Diese neuen Wege sah die Spitze der Europa-Union in der „funktionalistischen" Einigungsmethode.

Der Funktionalismus bzw. Neofunktionalismus geht von der Tatsache aus, daß jede supranationale Integration allein in wirtschaftlichen Bereichen beginnen könne, da hier die Konflikte zwischen den nationalen Instanzen kleiner erschienen als in politischen Fragen. Begann man in einem wirtschaftlichen Teilbereich mit einer Integration, so müsse es automatisch zu Spannungen mit nichtintegrierten Bereichen kommen, deren einzige Lösungsmöglichkeit in der Ausweitung der Integration liege. Der Funktionalismus mit seinen „spill over-Effekten" bildet, folgt man politikwissenschaftlichen Theoretikern wie Ernst B. Haas, „eine eigene Integrationsklientel heraus, die sich zu transnationalen europäischen Verbänden zusammenschließt [...] und lobbyistischen Druck aus[übt]".[213] Durch den ökonomischen „Sachzwang" und den Druck von Interessenverbänden fänden sich auf diese Weise auch die Regierungen bereit, Bereiche europäischer Zuständigkeit auszuweiten. Die Europa-Union seit Mitte der fünfziger Jahre stellt in diesem Sinne eine klassische Interessengruppe im Verständnis des Funktionalismus dar.

So ging man auch in den Reihen der Europa-Union davon aus, daß Spannungen zwischen integrierten und nicht integrierten Bereichen ganz automatisch zu weiterer Integration führen würden: „Die innere Logik des Gesetzes, [...] die List der Idee zwingt nach vorn."[214] Dabei übernahm die Führungsspitze den Funktionalismus allerdings nicht in „Reinform". Zwar wollte man Schritt für Schritt den „empirischen Weg, den Weg der Erfahrung beschreiten",[215] doch stand man beispielsweise der sektoralen Integration recht skeptisch gegenüber. Dies ging vor allem auf den Einfluß Beutlers und der Wirtschaftskräfte an der Spitze der Europa-Union zurück. So begrüßte die Europa-Union die „Relance européenne", die nach dem Scheitern der EVG- und EPG-Verhandlungen durch die Politik angeregten Versuche, die Integration in jenem Bereich voranzutreiben, in dem mit den geringsten Widerständen zu rechnen war: der Wirtschaft. Dennoch formulierte Wilhelm Beutler ganz offen seine Skepsis gegenüber einer Ausweitung der sektoralen Integration auf die Bereiche Energie und Atom, so wie sie Mitte der fünfziger Jahre in der Diskussion waren.[216] Die Position Beutlers bzw. des BDI, der schon früher jede „zentralplanende Behörde" abgelehnt hatte, welche „den Mantel des Erstickens auf die private Initiative legen würde", konnte sich im Verband weitgehend durchsetzen.[217] So stellte die Europa-Union zum Beispiel 1958 „mit

---

213 Merkel, Die europäische Integration und das Elend der Theorie, S. 308.

214 Wilhelm Beutler, Wirtschaftliche Integration als Element der politischen Einigung Europas. Vortrag vor der Mitgliederversammlung des DRdEB, 2. 12. 1963, BA N 1384/103.

215 Der Präsident der Europa-Union an die Mitglieder des Engeren Präsidiums, der Landesverbände, des Hauptausschusses, des BEJ, die deutschen Mitglieder des Comité Central der UEF, 14. 4. 1955, ADSD EU/139.

216 Referat Wilhelm Beutlers auf dem VIII. ordentlichen Jahreskongreß der Europa-Union 1955 in Berlin, OA EU bis 31. 12. 1956.

217 Jeder der in dem Jahrfünft seit Mitte der fünfziger Jahre stattfindenden Kongresse der

Befriedigung" fest, „daß die Verträge von Rom kein starres System sind, sondern sie der wirtschaftlichen Entwicklung und der Ausgestaltung durch eine aktive Politik Raum geben".[218] Die Jahrzehnte alte Überzeugung der deutschen Industrie, politische Vorgaben würden das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte behindern und eine Verständigung der westeuropäischen Industrien eher behindern, spiegelt sich in diesen Zitaten deutlich.

Statt einer Fortsetzung der sektoralen Integration erschien es der Europa-Union sinnvoller, auf einen Gemeinsamen europäischen Markt zu setzen. Seit Mitte der fünfziger Jahre stand somit die „völlige Ausschöpfung der wirtschaftlichen Integrationsmöglichkeiten" im Mittelpunkt aller Bemühungen der Europa-Union[219]: „Wir haben die Überzeugung gewonnen, daß der Weg über eine Zoll-Union zum Gemeinsamen Markt auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre der aussichtsreichste ist, um auch die politische Integration Europas zu erreichen."[220] Man bemühte sich deutlich zu machen, daß nun, wo „man aus dem Deklamatorischen heraus- und an die konkrete Gestaltung Europas herangegangen ist", Europa vor allem ein „Wirtschaftsproblem" sei. Insofern erfüllte es Beutler mit Hoffnung, „daß wir auf einem besseren Wege sind, nämlich zunächst einmal auf dem Weg der Grundlegung gediegener wirtschaftlicher Fundamente, aus denen dann auch wichtige politische Konklusionen abgeleitet werden können".[221] Ohne dieses wirtschaftliche Fundament hingegen seien alle politischen Einigungsbestrebungen zum Scheitern verurteilt.

Politisch-supranationale Forderungen äußerte die Europa-Union nun ganz überwiegend in wirtschaftlichen Zusammenhängen. So plädierte sie, etwa im Vorfeld der EWG-Verhandlungen, für die Schaffung eines „aus freien allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Europäischen Wirtschaftsparlaments [...], das gegebenenfalls auch die Funktionen der bisherigen Gemeinsamen Versammlung der Montan-Union übernehmen könnte" und dem „die Aufgabe zufallen [würde], Vorschläge zu machen für die Verbreitung und Schaffung eines Gemeinsamen Europäischen Marktes".[222] Auch ein europäisches Wirtschaftsministerium gehörte Mitte der fünfziger Jahre zu den Forderungen des Verbandes,[223] ebenso eine Zollunion und die Vereinheitlichung der Konjunktur- und Währungspolitik mit dem

---

Europa-Union verfaßte eine Resolution zur Wirtschaftsintegration, die meist auf Beutler zurückging. Vgl. Koppe, Das grüne E, S. 110.

218 Das Fundament der Vereinigten Staaten von Europa. Wirtschaftspolitische Entschließung des X. Jahreskongresses der Europa-Union in Bremen 1958, abgedruckt in: Für ein föderales Europa, S. 43f., hier S. 43.

219 Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 18. 6. 1955, ADSD EU/87.

220 Es geht um unsere Zukunft. Entschließung zur wirtschaftlichen Integration des IX. Kongresses der Europa-Union in Augsburg 1956, abgedruckt in: Für ein föderales Europa. S. 39f., hier S. 39.

221 Referat Wilhelm Beutlers auf dem VIII. ordentlichen Jahreskongreß der Europa-Union 1955 in Berlin, OA EU bis 31. 12. 1956.

222 Der Präsident der Europa-Union an die Mitglieder des Engeren Präsidiums, der Landesverbände, des Hauptausschusses, des BEJ, die deutschen Mitglieder des Comité Central der UEF, 14. 4. 1955, ADSD EU/139.

223 Nur Gemeinsamer Markt garantiert wachsenden Wohlstand. Entschließung II des VIII. Kongresses der Europa-Union in Berlin 1955, in: Für ein föderales Europa, S. 36/37.

Endziel einer gemeinsamen Währung. Gleichzeitig jedoch müsse der Gemeinsame Markt dem Beitritt anderer Staaten offenstehen (also zur Freihandelszone mit den übrigen europäischen Ländern ausgebaut werden) und möglichst eng mit der Weltwirtschaft verflochten sein.[224] Und bei all diesen Forderungen betonte die Europa-Union, daß der in den Römischen Verträgen „vorgesehene Ablauf der jetzt eingeleiteten wirtschaftlichen Integration [...] zu langsam" sei, weil der „Osten im Begriff ist, dem Westen den Rang abzulaufen".[225] Die allgemeine Stimmung nach dem „Sputnik-Schock" 1957 und angesichts stark steigender Wachstumsraten in der Sowjetunion – auf beide Ereignisse reagierten auch die Abendländer mit panischen Forderungen nach einer militärischen wie politischen Stärkung Europas – spiegelt sich hier ebenso wie die oben skizzierten Interessen der westdeutschen Industrie an fortgesetzter Integration.

Diese ökonomischen Ziele ließen weitergehende „visionäre" Ziele in den Hintergrund treten. Natürlich nahm man weiterhin zu politischen Problemen Stellung. Doch machte die Europa-Union in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre nicht selten einen eher passiven Eindruck. Sie bejahte die von den Regierungen angestrebten Einigungsschritte meist im Grundsatz und forderte in allgemeiner Weise das „politische Europa"; konkrete Vorschläge, wie dies zu realisieren sei, folgten jedoch meist bereits existierenden Konzepten wie etwa der Forderung nach einer Koordinierung der nationalen Außenpolitiken und der Errichtung eines ständigen politischen Sekretariates Ende der fünfziger Jahre.[226] Die Europa-Union re-agierte statt zu agieren.[227]

Auf Dauer konnte eine so verstandene „realpolitische" Haltung der Europa-Union jedoch nur schaden. Ohne weitreichende Konzepte, die über die Tagespolitik oder die im politischen Rahmen stattfindenden Diskussionen hinausgingen, entzog sich der Verband über kurz oder lang selbst die Legitimation. Wenn die Bejahung der offiziellen Integrationspolitik Mitte der fünfziger Jahre wichtig gewesen war, um den Verband wieder ins politische Spiel einzubinden, so schlug das Pendel nun in die Gegenrichtung aus.

---

[224] Es geht um unsere Zukunft. Entschließung zur wirtschaftlichen Integration des IX. Kongresses der Europa-Union in Augsburg 1956, abgedruckt in: Für ein föderales Europa, S. 39f.

[225] Europa Union seiner Völker, S. 8. Daraus folgte die Forderung, die im EWG-Vertrag vorgesehene Möglichkeit zur Abkürzung der Übergangsfristen in Richtung eines Gemeinsamen Marktes in Anspruch zu nehmen, vgl. Europas Einheit – Unsere Zukunft. Beschluß des XI. Kongresses der Europa-Union in Dortmund 1959, abgedruckt in: Für ein föderales Europa, S. 45–47, hier S. 45.

[226] Europa Union seiner Völker, S. 9.

[227] Karl-Heinz Koppe etwa schildert wie das Präsidium 1960 stundenlang über Hallsteins Vorschlag, die durch den EWG-Vertrag vorgesehenen Fristen für den Gemeinsamen Markt zu verkürzen, diskutierte: „Nach vielem Hin und Her entschließt es sich, diese Beschleunigung zu befürworten [...]. Wenn je der Vorwurf berechtigt war, daß die Europa-Union den Regierungen empfehle, was diese sowieso zu tun im Sinn haben, dann war das hier der Fall." Vgl. Koppe, Das grüne E, S. 126.

Abnabelung: die Trennung von der „Union europäischer Föderalisten"

Aufgrund der inhaltlichen Differenzen zwischen Europa-Union und UEF über die Methode, wie ein föderales Europa zu erreichen sei, brachen 1955 heftige Spannungen zwischen den Verbänden aus. Ausgangspunkt aller Differenzen war der sogenannte Spinelli-Plan vom Frühjahr 1955. Dieser Plan machte es sich zum Ziel, das ist bereits angeklungen, „das europäische Volk" gegen die nationalen Regierungen zu mobilisieren und durch revolutionären Druck die europäische politische Einigung schließlich an den Parlamenten vorbei zu erreichen. Die Verantwortlichen der Europa-Union, die in die Gremien der UEF eingebunden waren und den Spinelli-Plan auch in Deutschland umsetzen sollten, lehnten ihn grundsätzlich ab und gaben im Gegenzug einem funktionellen Vorgehen den Vorzug. Diese ideellen Auseinandersetzungen spiegelten sich schon bald auch auf organisatorischer Ebene, sah doch die Europa-Union die UEF von Spinelli dominiert und ihre eigenen Positionen in den Gremien nicht mehr ausreichend berücksichtigt. Dies zu akzeptieren war man nicht bereit. Die Europa-Union forderte eine Statutenänderung, um künftighin „reale" Kräfte an die Macht zu bringen und die eigenen Forderungen durchsetzen zu können.[228] Die Zeiten hatten sich geändert. Die selbstbewußt gewordenen Deutschen dachten Mitte der fünfziger Jahre anders über jene Bewegung, die ihnen nur wenige Jahre zuvor den Weg zurück in die Gemeinschaft der europäischen Völker mitgeebnet hatte. Oppenheim jedenfalls stellte lapidar fest: „Meiner Meinung nach dürfen wir den öffentlichen Kredit der UEF nicht überschätzen. Viele meiner einflußreichen Freunde in Frankreich haben noch nie etwas über diese Organisation gehört."[229] So war es denn auch gerade er, der die Trennung von der UEF vorantrieb: „Wir sollten die UEF ummodeln oder die UEF verlassen."[230]

---

[228] Ausführungen Friedländers, Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 5. 3. 1955, ADSD EU/87.

[229] Ausführungen Oppenheims, Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 5. 3. 1955, ADSD EU/87.

[230] Ausführungen Oppenheims, Protokoll über die Sitzung des engeren Präsidiums, 5. 4. 1955, ADSD EU/87. Die Auseinandersetzung zwischen EU und UEF war zu einem nicht unerheblichen Teil von persönlichen Elementen beherrscht: Friedländer beschwerte sich wiederholt über die „Verschwörer- und Intrigantenatmosphäre" in der UEF, in welcher eine „Kampagne" gegen ihn und „auch die ganze Europa-Union" laufe. Vgl. Brief Friedländer an Alfred Mozer, 1. 7. 1955, ADSD EU/109. Offenbar kam die UEF mit der neukonstruierten Europa-Union und den nun starken Männern nicht zurecht, jedenfalls beklagten die Deutschen „schablonenhafte Vorstellungen", nach denen „Baron Oppenheim die Hochfinanz, Dr. Müller den Vatikan, Dr. Beutler die kapitalistische Industrie und Herr Kluthe die Politik von Mendès-France" verkörpere. Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Präsidiums der EU, 5. 3. 1955, ADSD EU/87. Das Auswärtige Amt vermutete jedoch (vermutlich nicht zu Unrecht), daß „der wirkliche Machtkampf innerhalb der UEF [...] um Posten und Finanzmittel" gehe: „Der radikale Flügel Frenay-Spinelli sucht, gestützt auf das minderheitsfeindliche Verbandsstatut die namhaften Beiträge der deutschen EU für seine politischen Zwecke zu verwerten. Friedländer mit seiner EU D (vormals Kogon) widersetzt sich dem zusammen mit der niederländischen und der luxemburgischen Landesgruppe." Vgl. Notiz zur UEF 2/212, 20. 9. 1955, PAAA Ref. 201 (IA1)/298.

Bereits auf dem Kongreß der UEF im Januar 1955 waren die unterschiedlichen Auffassungen hart aufeinandergeprallt und nur mühsam hatte man die Spannungen überdecken können durch eine Resolution, welche ausschließlich Ziele der supranationalen Integration, aber nicht mögliche Wege zur Verwirklichung dieser Ziele ansprach. In der Folgezeit versuchte die Europa-Union gegen Spinelli vorzugehen. Sie übte massiven Druck auf die UEF aus, indem sie in den entscheidenden Gremien (Bureau Executif und Comité Central) Absenz zeigte, eine konstruktive Mitarbeit verweigerte und „erst nach Annahme unserer Forderungen wieder aktiv mitarbeiten" wollte.[231] Damit hoffte sie eine Annahme des Spinelli-Plans, der vom Bureau Executif der UEF im März 1955 gebilligt worden war, im Comité Central, dem eigentlich beschlußfassenden Organ, zu verhindern. Tatsächlich wurde der Aktionsplan zur Überarbeitung an das Bureau Executif zurückgegeben.[232] Man einigte sich auf eine Kompromißformulierung,[233] die jedoch keinen Bestand hatte. Daraufhin lehnte die Spitze der Europa-Union eine weitere Mitarbeit am Spinelli-Plan endgültig ab. Statt dessen unterstützte man das von der Europäischen Bewegung initiierte Aktionsprogramm.[234] Dieses Aktionsprogramm hatte zwei Bereiche: Man wollte – gerade auch in der Öffentlichkeit – allgemeine Forderungen auf dem Gebiet der europäischen Integration mit dem Endziel der Einberufung einer Europäischen Versammlung durch allgemeine Wahlen propagieren, andererseits aber Einzelforderungen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Integration ins Zentrum stellen. Dazu sollte auf die nationalen Parlamente und Regierungen Einfluß genommen werden. Gerade diese Punkte kamen der Europa-Union entgegen.

Einige Monate schwelte der Streit zwischen Europa-Union und UEF mehr oder weniger offen vor sich hin, bis er im Frühjahr 1956 eskalierte. Eine bis dahin vermittelnde Gruppierung um Henry Frenay tendierte nun in Richtung der Positionen Spinellis, und so konnten sich auf dem Kongreß der UEF 1956 die Thesen des Italieners durchsetzen. Als es darüber hinaus auf der nächsten Sitzung des Exekutivbüros im April noch zu Auseinandersetzungen über Wahlprozeduren kam, nützten die „Realisten" den Anlaß. Die deutschen, holländischen und Teile der französischen Delegierten verließen den Saal, und seither ruhte die Mitgliedschaft der Europa-Union in der UEF. Im Juni 1956 beschlossen die „Abtrünni-

---

231 Vgl. Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 5. 3. 1955, ADSD EU/87 und Protokoll über die Sitzung des Präsidiums der EU, 3. 2. 1955, ADSD EU/87. Zusätzlich zog man den Generalsekretär der EU, Koppe, der auch im Generalsekretariat der UEF tätig war, von diesen Arbeiten zurück. Vgl. auch: Rundbrief des Präsidenten der EU an die alle Mitglieder der EU, 14. 4. 1955, ADSD EU/139.

232 Vgl. das Compte Rendu du Comité central de l'UEF, 24. 4. 1955, ADSD EU/245 und das Protokoll über die Sitzung des engeren Präsidiums, 29. 4. 1955, ADSD EU/89.

233 „Die Kampagne der UEF wird zum Ziel haben, einer Volksstimmung der Opposition und des Protests den stärkst möglichen Ausdruck zu geben, und zwar nicht gegen die Regierungen als solche, die oft von Männern geleitet sind, deren europäische Gesinnung über jeden Zweifel erhaben ist, sondern gegen das Regime der uneingeschränkten nationalen Souveränität [...]." Zitiert nach: Koppe, Das grüne E, 85. Vgl. auch das Compte Rendu du Comité central de l'UEF, 24. 4. 1955, ADSD EU/245.

234 Vgl. Aktionskomitee der EB für eine Übernationale Europäische Gemeinschaft, 31. 5. 1955, ADSD EU/109.

gen" den „Zusammenschluß all jener UEF-Mitglieder [...], die für eine realistische Aktion im Rahmen der europäischen Wirklichkeit eintreten wollten". Die Gründung der Aktion Europäische Föderalisten (AEF) folgte im November 1956 im Anschluß an den IX. Kongreß der Europa-Union in Augsburg.[235] Der AEF trat neben der niederländischen Bewegung Van Europese Federalisten auch die französische La Fédération bei, die die UEF schon 1952 verlassen hatte.[236]

Bereits seit 1955 tat die Europa-Union alles dafür, ein weiteres „Vordringen" spinellischer Ideen in der Bundesrepublik zu verhindern. Denn natürlich gab es unter den Mitgliedern der Europa-Union zahlreiche, die den Thesen Spinellis zuneigten.[237] Gefördert wurde diese Tendenz durch den Italiener selbst, der immer wieder versuchte, sich unter Umgehung des Präsidiums der Europa-Union direkt an ihre Kreis- und Landesverbände zu wenden.[238] Gegen dieses „unföderalistische" Vorgehen – mit diesen Argumenten versuchte sich die Europa-Union gegen die direkte Einflußnahme Spinellis zu wehren – setzte das Präsidium alle Hebel in Bewegung. Einer geplanten Einladung Spinellis durch den Landesverband Berlin trat Friedländer entgegen: „Ich fühle mich selbstverständlich nicht berechtigt, einer solchen Einladung zu widersprechen. Ich gebe jedoch zu bedenken, daß Herr Spinelli in der offensichtlichen Absicht kommen wird, die EU regional zu ‚erobern', was ihm bisher zentral nicht gelungen ist [...]. Ich gebe also zu bedenken, ob es in diesem Zusammenhang nicht erwünscht wäre, wenn Einladungen an Spinelli seitens der Landesverbände der EU zur Zeit unterbleiben."[239] Als solch vorsichtige „Verbotsversuche" bei einigen Europa-Union Mitgliedern keinen Erfolg zeigten, griff der Verband zu härteren Bandagen. Im Dezember 1956 beschloß der Hauptausschuß der Europa-Union: „Es ist als gröblicher Verstoß gegen die Grundsätze der Politik der Europa-Union anzusehen, wenn Mitglieder dieses Verbandes ohne Zustimmung des Hauptausschusses während der gegenwärtig bestehenden Suspension der Mitgliedschaft der Europa-Union in der UEF a) Ämter in der UEF, b) Ämter in dem Initiativ-Komitee zur Gründung des Kongresses des Europäischen Volkes (Spinelli) annehmen oder ausüben oder sich sonst gegen [...]

---

235 Vgl. Mitteilung des Generalsekretariates: Austritt der Europa-Union aus der UEF, 15. 9. 1958, ADSD EU/104. Vgl. auch: Brief Friedländers an Brentano, 2. 7. 1956, ADSD EU/109. Zur gesamten Entwicklung vgl. auch: Zusammenfassender Bericht über die Krise der UEF, 8. 9. 1958, ADSD EU/90. Die Idee, eine neue föderalistische Organisation zu gründen, war bereits im September 1955 aufgekommen, vgl. das Protokoll über die Sitzung des engeren Präsidiums, 10. 9. 1955, ADSD EU/87.

236 Greilshammer, Les mouvements fédéralistes, Kap. II und III. Vgl. auch Koppe, Das grüne E, S. 86f.

237 Übrigens zeigt die Anwesenheit Eugen Kogons bei Veranstaltungen Spinellis in Deutschland sehr deutlich, wie stark der durch die Neuorganisation der Europa-Union vorgenommene Bruch war: Der Präsident der frühen Jahre neigte einer grundsätzlich anderen Europa-Idee zu als das Präsidium Mitte der fünfziger Jahre.

238 Vgl. den Brief Friedländers an die Präsidiums- und Hauptausschußmitglieder, die Landesverbände, den Bundesvorstand der BEJ, 14. 4. 1955, ADSD EU/139 und den „Föderalistischen Brief" Altiero Spinellis an die Mitglieder der nationalen Leitungsausschüsse, der lokalen Sektionen der UEF und die Mitglieder der Zentralkomitees von UEF und JEF, Juni 1955, ADSD EU/139.

239 Brief Friedländers an Friederike Mulert, 13. 4. 1955, ADSD EU/109.

festgelegte Richtlinien der Europa-Union öffentlich betätigen."[240] Radikal wurden auf dieser Grundlage Mitglieder ausgeschlossen, die in irgendeiner Weise Spinellis Pläne unterstützten.[241] Dies führte im Gesamtverband zu Unruhe, das Präsidium jedoch zögerte nicht, seine Entscheidung durchzusetzen. Dabei argumentierte man mit „weltanschaulicher Geschlossenheit": „Wenn Sie Programm und Tendenz dieser Organisation [Spinellis „Volkskongreß"] studieren werden, werden Sie sicherlich mit uns übereinstimmen, daß hier ein gewisser revolutionärer Weg beschritten wird, der falsche revolutionäre und antidemokratische Tendenzen in sich trägt. [...] Sie würden [...] bestimmt Verständnis für den jetzt eingeschlagenen Weg haben, wenn Sie Jahr für Jahr miterlebt hätten, wie die Anhänger Spinellis in der EU eine geschlossene Aktivität der EU durch unfruchtbare Diskussionen beeinträchtigt haben."[242] Um diese „weltanschauliche Geschlossenheit" zu festigen, ging man zusätzlich daran, Spinelli durch „Kampfschriften" in der Bundesrepublik entgegenzutreten.[243] Dabei sparte man nicht mit dem Vorwurf „kommunistischer Umtriebe", ein in der Bundesrepublik Mitte der fünfziger Jahre durchaus wirkungsvolles Argument, und wandte sich gezielt an Behörden, Verbände und Institutionen.[244] Selbst die Idee, den Verfassungsschutz auf die deutschen Anhänger Spinellis anzusetzen, fand in Präsidium und Generalsekretariat der Europa-Union Anklang, wenn etwa Dieter Roser schrieb: „[...] Gegen ein Gespräch mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz habe ich nichts einzuwenden. Es wird zwar kein vernichtendes Urteil des Bundesverfassungsgerichtes dabei herausspringen, aber möglicherweise doch einige Leute in Darmstadt [dem Sitz des deutschen „Volkskongresses"] hellhörig machen, wenn sich etwa das dort zuständige Amt um die Angelegenheit kümmert."[245] Auch das Auswärtige Amt übrigens stellte die UEF 1955 vorübergehend unter Kommunismusverdacht.[246] Wenige Jahre später jedoch unterstützte man in Bonn jeden Vorstoß, die Spaltung der föderalistischen Verbände in UEF und AEF aufzuheben, „zumal der Vorwurf der einen Seite (AEF), die andere Seite (UEF) neige dem Kommunismus zu, trotz jahrelanger Behauptungen unbeweisbar geblieben ist [...]".[247]

---

[240] Vgl. Beschluß in der Ausschlußsache Winfried Krause, ADSD EU/138.

[241] Vor allem im Landesverband Hessen gab es gegen den Suspendierungsentscheid des Bundesverbandes erheblichen Widerstand. Vgl. Anlage zur Niederschrift über die Sitzung des Gesamtvorstandes des Landesverbandes Hessen der EU vom 29. 3. 1958, ADSD EU/138. Auch altgediente Mitglieder der Europa-Union wurden in diesem Zusammenhang ausgeschlossen, so etwa der ehemalige Schatzmeister Bethmann, vgl. Brief Kluthe (Landesverband Hessen) an Bethmann, 11. 4. 1958, ADSD EU/138 oder der im BEJ aktive Claus Schöndube.

[242] Brief Oppenheim an Oberstadtdirektor Walther Hensel (Düsseldorf), 29. 3. 1958, ADSD EU/138.

[243] Schneider, Europäische „Volksdemokratie".

[244] Vgl. Aktennotiz der Europa-Union für den Deutschen Städtetag, 29. 10. 1958, ADSD EU/139.

[245] Brief Roser an Arnim, 3. 10. 1958, ADSD EU/140.

[246] Attaché Rauch, Auswärtiges Amt, Vermerk betr.: Anliegen des Herrn Spinelli, Präsident des Exekutivbüros der UEF, ohne Datum (April 1955), PAAA 2/212/427, wo es heißt: „Spinellis Programm ist ausgesprochen radikal und eine Anzahl von Formulierungen scheint dem Vokabular der kommunistischen Propaganda entlehnt."

[247] Vgl. Gräfin Finckenstein, Auswärtiges Amt, Aufzeichnung betr.: Spaltung des Dachver-

Das Vorgehen des Präsidiums der Europa-Union zeigt erneut, daß seit Mitte der fünfziger Jahre ein neuer Abschnitt in der Geschichte des Verbandes eingeleitet war. Die Führung hatte mit allen Mitteln zu verhindern versucht, daß sich Spinelli in der UEF durchsetzen konnte. Als ihr dies nicht gelang, verweigerte sie die weitere Zusammenarbeit mit jenem Verband, der in ihren Augen drohte, „zu einer orthodoxen Sekte zu werden, die sich von der Welt abschließt, sich in ihr eigenes Gedankengebiet grollend zurückzieht und damit völlig neben die Ereignisse gerät".[248] Gleichzeitig ging man mit allen Kräften daran, die innere Geschlossenheit des Verbandes zu gewährleisten, auch um den Preis heftiger Auseinandersetzungen. Nach der Reform der Europa-Union hatten sich die „Fronten" wieder geschlossen. Nun vertrat ein über Interessenkongruenz verbundenes Präsidium ein eindeutiges politisches Konzept: die „funktionalistische" Einigung mit einem Schwerpunkt auf wirtschaftlichen Aspekten. Während die Euphorie der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg inhaltliche Differenzen hatte überdecken können, war dieses integrative Element nach dem Scheitern der EVG fortgefallen. Das gemeinsame Ziel, eine politische Föderation Europas, rückte in so weite Ferne, daß der Weg zu diesem Ziel in den Mittelpunkt rückte. Und über die Wege konnte man sich durchaus streiten. Die von der umstrukturierten Europa-Union vertretenen Ideen waren mit jenen der ehemals für das Überleben des deutschen Verbandes so wichtigen UEF nicht mehr kompatibel. Das „revolutionäre", in den Augen der Verantwortlichen der Europa-Union, sozialistische Konzept der UEF mit seinen ideologischen Prämissen ließ sich weder mit dem Ziel einer westlich-liberalen europäischen Gesellschaft noch mit industriellen Interessen vereinbaren. Und gerade weil seit der Umstrukturierung eine finanzielle Rückendeckung gewährleistet war, konnte sich die Europa-Union ihr Ausscheren, im Wortsinne, leisten. Ja, sie mußte es sich sogar leisten, um jene Finanziers bei der Stange zu halten, die ihre eigenen Interessen eben vorwiegend durch wirtschaftlich orientierte Ideen vertreten sahen.

Der „wichtigste Europa-Verband in der Bundesrepublik": die Europa-Union im Zenit

Mit Zähnen und Klauen also verteidigte die Europa-Union ihre nach der Umstrukturierung Mitte der fünfziger Jahre gefestigte Position gegenüber anderen Europa-Verbänden. Doch gleichzeitig hatten sich die Bedingungen ihres Wirkens in der Bundesrepublik fundamental gewandelt. Wachsender Wohlstand, ein zunehmender Rückzug der Deutschen ins Private, „Politikferne" und damit einhergehend „Europamüdigkeit" beeinflußten die Wirkungsmöglichkeiten eines Europa-Verbandes grundsätzlich. Denn je besser es sich im quasi-nationalstaatlichen

---

bandes der Europäischen Föderalisten in AEF und UEF – Versuch einer Aussöhnung, 11. 6. 1959, PAAA Ref. 201a/298.

[248] Vgl. Brief Friedländer an Schinzinger, 2. 9. 1955, ADSD EU/109. Vgl. auch das Protokoll über die Sitzung des Präsidiums der EU, 18. 6. 1955, ADSD EU/87 und den Brief Friedländers an die Mitglieder des Präsidiums und des Hauptausschusses der EU, 19. 7. 1955, ADSD EU/109.

Rahmen der Bundesrepublik leben ließ, desto weniger Menschen waren für die Aufhebung des Nationalstaates in einer europäischen Föderation noch zu begeistern. Seit Mitte der fünfziger Jahre, als die Bundesrepublik ihre Souveränität wiedererlangt hatte, nahm für viele Westdeutsche auch die „nationale Notwendigkeit" einer europäischen Einigung ab. Die Nachkriegsordnung hatte sich etabliert, und es lebte sich gut in ihr.

War es der Europa-Union selbst in den Jahren der großen Europa-Begeisterung nicht gelungen, eine Massenbewegung zu bilden, so war nun erst recht nicht mehr an eine Organisation mit hohen Mitgliederzahlen zu denken. Andererseits aber gehörte das politische Bekenntnis zu Europa in der Bundesrepublik seit Mitte der fünfziger Jahre endgültig „zum guten Ton". Was wollte eine Europa-Bewegung in einer Gesellschaft erreichen, in der „jede allgemeine Propaganda für den europäischen Gedanken ziemlich sinnlos geworden [ist], indem die größte Partei der BRD ihren Parteitag unter dem Stichwort ‚Ein geeintes Deutschland in einem geeinten Europa' abhält, und eigentlich niemand mehr gegen den europäischen Gedanken als solchen Einwendungen erhebt?"[249] Im Gegensatz zur unmittelbaren Nachkriegszeit, als „Europa" die Menschen emotional angesprochen hatte, konnte man in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre kaum noch jemanden begeistern, wenn man von einem vereinigten Europa sprach. So sah sich die Europa-Union, ebenso wie alle anderen Europa-Verbände, nach dem Scheitern der EVG und den ersten Schritten in Richtung „Europäische Gemeinschaften" vor eine fundamentale Sinnfrage gestellt. Angesichts des Scheiterns des europäischen „Großprojekts", für den nicht zuletzt die Europabewegungen geworben hatten, geriet der Einigungsprozeß in eine Sackgasse, und auch die Europabewegungen mußten sich fragen, wozu ihre Aktivitäten in Zukunft dienen sollten.

Die Europa-Union mußte ihre Aufgaben und ihr Selbstverständnis neu definieren, um noch sinnvolle Arbeit zu leisten. Und ebenso wie das neue Präsidium die inhaltliche, finanzielle und organisatorische Neuordnung übernommen hatte, so nahm es auch diese Neudefinition in Angriff und setzte es sich zum Ziel, aus der Europa-Union einen modernen politischen Interessenverband zu machen. Bis in die zweite Hälfte der sechziger Jahre sollten die nun entwickelten Arbeitsformen weitgehend und erfolgreich beibehalten werden. Die Europa-Union also wandelte ihre Wirkungsformen und -absichten im Laufe ihrer Geschichte im Gegensatz zur Abendländischen Bewegung deutlich. Aber immer gingen diese Wandlungen einher mit Veränderungen der im Verband vertretenen Ideen. Zu jedem Zeitpunkt war es so, daß die Wirkungsformen an die Ziele gebunden waren, die die Europa-Union vertrat: Solange es darum ging, vor allem die Bevölkerung für ein an den Regierungen vorbei zu einigendes Europa der „Dritten Kraft" zu gewinnen, richteten sich die Aktivitäten logischerweise primär auf die Bevölkerung. Mit der Übernahme des funktionalistischen Modells jedoch waren es eher Politik und Wirtschaft, auf die man Einfluß zu nehmen gedachte.

Zuerst einmal nahm man Abschied von allen Hoffnungen auf Gründung einer „Massenbewegung". Zum einen lehnte die neue Spitze der Europa-Union, das ist

[249] Bericht über die Sitzung des engeren Präsidiums, 12. 9. 1954, ADSD EU/87.

an der Auseinandersetzung mit Spinelli deutlich geworden, „basisdemokratische" Elemente ab und konnte daher in der Bildung einer Massenbewegung kaum das richtige Mittel zur Umsetzung ihrer politischen Ziele sehen. Zum anderen jedoch sah man deutlich, „daß die Europa-Union [...] zwar seit Jahren einen Anstieg der Mitgliederzahlen zu verzeichnen [hat], aber trotzdem keine Chance [bestehe], eine quantitativ gewichtige Mitgliederorganisation zu werden".[250] Diese Einsicht änderte nichts an der Tatsache, daß man sich auch weiterhin um neue Formen der Mitgliederwerbung bemühte.[251]

Fortan sollte die Europa-Union als „Multiplikatorin" in zwei Richtungen wirken. Man setzte sich einerseits zum Ziel, den Europa-Gedanken durch vielfältigste Aktionen unterschiedlichster Art in der Bevölkerung zu verankern. Andererseits aber wollte man auch gezielt auf die Politik Einfluß nehmen. Grundvoraussetzung, um die „Unkenntnis über Probleme der europäischen Politik in weiten Kreisen der Bevölkerung" zu vermindern, war für die neue Führung der Europa-Union die Schulung der eigenen Mitglieder in Fragen der Öffentlichkeitsarbeit, ein Konzept, welches es vorher in dieser Form nicht gegeben hatte und welches den Anspruch der neuen Führung auf „Modernität" veranschaulicht. Das Generalsekretariat führte in den fünfziger und sechziger Jahren regelmäßige Schulungen und Konferenzen mit den ehrenamtlichen Mitarbeitern der Landesverbände durch, um sie einerseits „über grundsätzliche und aktuelle Fragen der europäischen Einigungspolitik zu informieren", sie andererseits aber – im beginnenden Medienzeitalter – auch „mit den Methoden moderner Öffentlichkeitsarbeit vertraut zu machen".[252]

Die so geschulten Mitglieder auf Kreis-, Landes- und Bundesebene führten dann beispielsweise klassische Informations- und Vortragsveranstaltungen durch. Der Bundesverband stellte anderen gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden auf Wunsch Referenten, aber auch „Fachliteratur, Filme [oder] Lichtbilder" zur Verfügung und beriet „bei der Vorbereitung und Durchführung von Veranstaltungen".[253] Dabei wurden auch gezielt bestimmte, als besonders wichtig erachtete Gruppen wie etwa Geschichtslehrer, angegangen: Seit 1956 besaß die Europa-Union einen Schulbeauftragten, der pro Jahr etwa 120 Veranstaltungen durchführte, wodurch nach Angaben des Generalsekretariats bis Ende 1966 rund 150000 Personen, darunter 40000 Lehrer angesprochen werden konnten.[254] Um diese klassische Informations- und Bildungsarbeit auszubauen, griff man unter anderem auf die Europa-Häuser zurück, die im Laufe der fünfziger Jahre nach dem Vorbild der Amerika-Häuser gegründet wurden. Zusammengefaßt wurden diese Häuser im April 1959 im „Bildungswerk Europäische Politik", das die Öffentlichkeitsarbeit der Europa-Union auf eine wissenschaftliche Grundlage stel-

---

250 Generalsekretär Lüders auf dem X. Kongreß der Europa-Union, 18. 1. 1958, ADSD EU/5.

251 Vorschlag zur Erhöhung der Mitgliederzahlen, 17. 1. 1956, ADSD EU/5.

252 Geschäftsbericht der Europa-Union Deutschland vom 12. 4. 1964 bis 19. 11. 1966, Bonn o.J.

253 Europa Union seiner Völker, S. 23.

254 Geschäftsbericht der Europa-Union Deutschland vom 12. 4. 1964 bis 19. 11. 1966, Bonn o. J.

len, die Grundsätze und Ziele für die politische Bildungsarbeit der Europa-Union ausarbeiten und ihre leitenden Organe ideell unterstützen sollte.[255] Weiterhin ein wichtiges Element der Arbeit der Europa-Union blieb schließlich die Organisation von Austauschen insbesondere zwischen Deutschen und Franzosen.[256] Allerdings zeigte sich der allmähliche Rückgang der Bedeutung dieses Arbeitsbereiches in der Tatsache, daß die seit 1954 existierende Position eines Austauschreferenten der Europa-Union 1961 abgeschafft wurde.[257] Zu dieser Entwicklung trug in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre auch die Realität „Europas" bei. Mit der zunehmenden Reisefreiheit und den „Reisewellen" verloren etwa die seit den vierziger Jahren durch die Europa-Union angebotenen Austauschmöglichkeiten an Attraktivität, weil nun jeder Bundesbürger relativ problemlos auf eigene Faust die westlichen Nachbarländer erkunden konnte.

Einmalige Aktionen traten hinzu, wie etwa „Europa-Wochen", in denen eine bestimmte „Stadt oder ein Landkreis systematisch mit der europäischen Idee bekannt gemacht werden [sollten]".[258] Von Bedeutung waren auch die Aktionen des Verbandes zu den Bundestagswahlkämpfen, in denen die Partei- und Wahlprogramme der verschiedenen Parteien analysiert und Veranstaltungen mit Kandidaten durchgeführt wurden, um die europäischen Positionen auszuloten. Mit der Veröffentlichung „grüner" Listen gab die Europa-Union dann auch Wahlempfehlungen für europafreundliche Vertreter aller Parteien (mit Ausnahme rechts- oder linksextremer Gruppierungen).[259] Im publizistischen Bereich entwickelte das Ge-

---

255 Erster Präsident des „Bildungswerks" wurde Arnold Bergsträsser, der gleichzeitig auch ins Präsidium der Europa-Union eintrat. Bergsträsser hatte sich bereits in den Jahren der Weimarer Republik für eine deutsch-französische Verständigung eingesetzt. Wegen seiner Kontakte zum nationalsozialistischen Regime jedoch geriet er in den Jahren der Emigration in den USA in die Kritik. Vgl.: Bergsträsser, Sinn und Grenzen der Verständigung zwischen den Nationen, München/Leipzig 1930. Ders., Verständigung?, in: Der Ring 3 (1930), S. 801. Die Europa-Häuser bzw. -Akademien befanden (oder befinden) sich in Schliersee, Otzenhausen, Berlin und Marienberg. Vgl. auch: Europa Union seiner Völker, S. 23 f.. Der Aspekt der „europäischen Grundlagenarbeit" behielt seine Bedeutung für die Europa-Union auch in den sechziger Jahren. Vgl. Friedländer, Ernst: Drei Aufgaben, in: Europa-Union 17 (1966), Heft 10, S. 2.

256 1955 z. B. besuchten 20 Winzer und eine Volkstanzgruppe aus Bernkastel Beaune in Frankreich. Des weiteren verschickte man französische Frauen nach Esslingen, Stuttgart, Frankfurt und Düsseldorf, französische Berufsschullehrer nach Rheydt, Bergisch-Gladbach und Neuwied. 10 französische Parlamentarier und Bürgermeister aus Algerien reisten in die Bundesrepublik, französische Straßenbahnangestellte nach Aachen und französische Werkmeister und Vorarbeiter der Automobilindustrie nach Düsseldorf. Gegenbesuche fanden in aller Regel statt. Dies war nur ein kleiner Ausschnitt der Austauschaktivität der Europa-Union. Vgl. Aktennotiz für Friedländer, 29. 8. 1955. Aktennotiz Lüders für Friedländer, Oppenheim, Müller, von Loe, 27. 4. 1955, beide ADSD EU/109. Vgl. auch: Europa Union seiner Völker, S. 25.

257 Koppe, Das grüne E, S. 123.

258 „Geeignet sind hierfür Vorträge in Schulen und Vereinen, Filmvorführungen, gesellige Veranstaltungen, Ausstellungen, Gruppenaustausch und anderes mehr." Europa Union seiner Völker, S. 26.

259 Man überlegte auch, „schwarze" Listen zu erstellen mit den Namen jener Kandidaten, die aus Sicht der Europa-Union aufgrund europafeindlicher, nationalistischer Positionen nicht wählbar waren. Vgl. die Schilderungen der Wahlkampfaktionen 1965 und 1969, in:

neralsekretariat erhebliche Aktivität. Es gab Pressemitteilungen (seit 1962 auch in einem eigenen Pressedienst mit dem Namen Europa-Union-Dienst), ein Mitteilungsblatt über verbandsinterne Fragen sowie die zweimal monatlich erscheinende Zeitschrift *Europa-Union. Europäische Zeitschrift* heraus. Hinzu kamen, teilweise auch von den Landesverbänden oder dem Bildungswerk Europäische Politik herausgegebene Einzelpublikationen, Hefte und Broschüren. Im Jahr 1958 beispielsweise verteilte allein das Generalsekretariat der Europa-Union 350000 Schriftstücke. Das indiziert eine erhebliche Reichweite, die die Wirkung der Ideen der Europa-Union auf weite Bevölkerungskreise unterstreicht.[260]

Neben diesen Aktionen, welche darauf gerichtet waren, das Europabewußtsein in der deutschen Bevölkerung zu stärken und den Einigungsprozeß auf diese Weise in die deutsche Gesellschaft hinein zu übersetzen, wandte sich die Europa-Union politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verantwortungsträgern zu, und erprobte damit auch andere Wirkungsformen. Gezielt zog der Bundesverband seit Mitte der fünfziger Jahre Persönlichkeiten aller politischen Richtungen und Parteien, aus Wirtschaft, Verbänden, Kultur und Publizistik in die Europa-Union.[261] Diese sollten in ihrem jeweiligen Umfeld die Ideen der Europa-Union vertreten, so daß man gewissermaßen ein „europäisches Netzwerk" quer durch die Republik spannte.[262] Dabei bestanden enge Kontakte zu Regierungskreisen in Bonn. Seit der Präsidentschaft Friedländers, als sich die Europa-Union eng an die Westbindungspolitik Adenauers angelehnt hatte, ging diese inhaltliche Ausrichtung mit einer organisatorischen einher, die auch unter Oppenheim beibehalten wurde. Friedländer hatte als ein von Adenauer geschätzter Journalist relativ leichten Zugang zum Bundeskanzler. Das Präsidium der Europa-Union hatte ihn daher schon früh aktiviert, wenn es darum ging, bestimmte Probleme des Verbandes an den Kanzler heranzutragen.[263] Auch Oppenheim konnte über Robert Pferdmenges relativ leicht in Kontakt mit Adenauer treten. Auf diese Weise setzte sich die Europa-Union zumindest soweit im Gedächtnis des Kanzlers fest, daß dieser

---

Geschäftsbericht der Europa-Union Deutschland vom 12. 4. 1964 bis 19. 11. 1966, S. 13f. Geschäftsbericht der Europa-Union Deutschland vom 20. 11. 1966 bis 22. 11. 1969, S. 18f.

260 Koppe, S. 113. Vgl. auch den Geschäftsbericht der Europa-Union Deutschland vom 12. 4. 1964 bis 19. 11. 1966, Bonn o. J. und den Geschäftsbericht der Europa-Union Deutschland vom 20. 11. 1966 bis 22. 11. 1969, Bonn o. J., in denen jeweils umfassende Analysen zur Pressearbeit abgedruckt sind.

261 1958 waren beispielsweise 118 Bundestagsabgeordnete Mitglieder in der Europa-Union, vgl. Liste vom 15. 12. 1958, ADSD EU/90.

262 Die Satzung von 1958 brachte diese Orientierung auf den Punkt, indem sie als „Weg und Methode" der Europa-Union ausschließlich die „Willensbildung der politischen Parteien, Parlament und Regierungen im Sinne einer Förderung der gesamteuropäischen Föderation" erwähnte. Vgl. die Hauptsatzung der Europa-Union. Fassung vom 18. 1. 1958, ADSD EU/5

263 Vgl. z.B. das Protokoll über die Sitzung des Präsidiums, 20. 1. 1952, ADSD EU/87, in welcher Friedländer beauftragt wurde, „mit dem Bundeskanzler Kontakt aufzunehmen und die allgemeine politische Linie der UEF und der EU mitzuteilen".

in bestimmten Situationen wiederum selbst um ein Gespräch mit Präsidiumsmitgliedern bat.[264]

Enge Beziehungen bestanden darüber hinaus vor allem zum Auswärtigen Amt. Das Amt, das zu den regelmäßigen Geldgebern der Europa-Union gehörte,[265] begrüßte die Neustrukturierung des Verbandes. Sobald sich die inneren Strukturen der Europa-Union gefestigt hatten, knüpfte man gegenseitig Verbindungen.[266] Der Generalsekretär der Europa-Union stand immer in engem Kontakt mit dem Westeuropa-Referat,[267] so daß die „Tätigkeit der Europa-Union [...] in enger Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt statt[fand]".[268] So suchten auch die Vertreter des Auswärtigen Amts immer wieder das Gespräch mit Vertretern der Europa-Union.[269] Man begriff die Europa-Union als Vermittlerin des außenpolitischen Kurses der Bundesregierung in breitere Bevölkerungsschichten: „Die Europa-Union Deutschland ist die bei weitem umfassendste private europäische Organisation in der Bundesrepublik. Ihre politischen Vorstellungen über den Weg, zu einem staatlich geeinigten Europa zu gelangen, und über dessen künftige Struktur liegen im wesentlichen auf der Linie, wie sie von führenden politischen Kräften in der Bundesrepublik vertreten wird. [...] Den Kongressen der Europa-Union, an denen außer führenden Persönlichkeiten der Bundesrepublik auch prominente Politiker aus anderen Ländern Europas teilzunehmen pflegen, kommt für die Förderung des europäischen Einigungsgedankens in der deutschen Öffentlichkeit eine große Bedeutung zu. Die auf diesen Kongressen verabschiedeten Entschließungen enthalten oft richtungsweisende Gedanken, die auch bei der Formung der europapolitischen Konzeptionen der Bundesregierung nicht außer Betracht bleiben. Es liegt daher im Interesse der Bundesrepublik, daß den Kongressen der EU Erfolg beschieden ist."[270]

Die guten Kontakte zwischen Europa-Union und Auswärtigem Amt gingen in jenen Jahren sogar soweit, daß das Amt die Europa-Union nützte, um Zahlungen

---

264 Vgl. Protokoll der Sitzung des Präsidiums der EU, 26. 11. 1962, ADSD EU/92.

265 So zahlte das Auswärtige Amt für die Kongresse der Europa-Union wie auch der AEF in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre jeweils zwischen 10000,– und 20000,– DM an Unterstützung. Vgl. i.A. Brief Nostiz, Auswärtiges Amt, an Lüders, 11. 4. 1958, PAAA Ref. 201 (IA1)/244. Aufzeichnung Frowein, Auswärtiges Amt, 28. 12. 1958, PAAA Ref. 201 (IA1)/245. Vermerk Frowein, Auswärtiges Amt, Reinkonzept, 24. 10. 1956, PAAA Ref. 201 (IA1)/44. Vermerk Finckenstein, Auswärtiges Amt, an die zentrale Meldestelle im Bundesministerium der Finanzen, 19. 9. 1959, PAAA Ref. 201 (IA1)/245. Das Auswärtige Amt bat auch im Finanzministerium um Spenden für die Europa-Union, vgl. Schnellbrief Dr. Schwörbel, Auswärtiges Amt, an den Herrn Bundesminister der Finanzen, 4. 5. 1961, PAAA Ref. 201 (IA1)/245. Im Jahr 1957/58 erhielt die Europa-Union von öffentlichen Geldgebern insgesamt über 200000,– DM an Zuwendungen.

266 Vgl. Brief Oppenheim an Brentano, 25. 8. 1955, OA EU bis 31. 12. 1955. Brief Friedländer an Brentano, 2. 7. 1956, ADSD EU/109. Brief Oppenheim an Brentano, 12. 3. 1958, ADSD EU/110.

267 Vermerk Nostitz, Auswärtiges Amt, 6. 8. 1959, PAAA Ref. 201 (IA1)/44.

268 Schnellbrief Dr. Schwörbel, Auswärtiges Amt, an den Herrn Bundesminister der Finanzen, 4. 5. 1961, PAAA Ref. 201 (IA1)/245.

269 Vgl. Brief Carstens an Oppenheim, 23. 4. 1963, PAAA Ref. 201 (IA1)/436.

270 Schnellbrief Dr. Schwörbel, Auswärtiges Amt, an den Herrn Bundesminister der Finanzen, 4. 5. 1961, PAAA Ref. 201 (IA1)/245.

an Vertriebenenorganisationen, in diesem Fall die mit der Europa-Union in Kontakt stehende Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen, zu leisten, dabei aber nicht im eigenen Namen auftreten zu müssen: „Um nach außen hin keinesfalls eine Unterstützung des Auswärtigen Amtes erkennbar werden zu lassen, ist die Summe durch die Europa-Union [...] ausbezahlt worden."[271] Und auch die Europa-Union nahm die Beziehungen gezielt in Anspruch, etwa als sie im März 1956 mit dem Ministerialrat im Innenministerium Carl-Heinz Lüders einen neuen Generalsekretär bekam. Der Wunschkandidat der Verantwortlichen der Europa-Union hatte zunächst gezögert, weil er sich nach Beendigung seiner Tätigkeit für die Europa-Union einen Einstieg ins Auswärtige Amt und hierfür eine Übernahmegarantie wünschte. Indem Oppenheim und Friedländer, unter anderem über Pferdmenges, all ihre Kontakte in Bonn spielen ließen, gelang es schließlich, eine für Lüders akzeptable Lösung zu finden.[272]

Die Absicht der Europa-Union, gewissermaßen als Knotenpunkt eines Netzwerkes zu agieren und an strategischen Punkten auf Mitglieder als Multiplikatoren zurückgreifen zu können, ging seit Mitte der fünfziger Jahre auf. In ganz anderer Form als Anfang der fünfziger Jahre, als der Verband vor der Finanzkrise mit großer Resonanz erfolgreich gearbeitet hatte, bildeten auch die Jahre nach 1955 eine äußerst erfolgreiche Zeit für die Europa-Union. Die „avantgardistische" Rolle hatte man allerdings bewußt abgelegt und konzentrierte sich auf die „Tagesarbeit", welche man sich für den europäischen Gedanken zu leisten vorgenommen hatte. Diese realistische Entscheidung, die konkrete Einigungspolitik zu unterstützen, führte allerdings, wie bereits angedeutet, dazu, daß die Verantwortlichen ein politisches Endziel aus den Augen verloren bzw. es sogar bewußt aufgaben oder zumindest ganz weit hinter gegenwärtige Interessen zurückstellten. Man verzichtete auf „Visionen" und propagierte das „Ende der Ideologien".

Damit griff die Europa-Union einer sich seit Ende der fünfziger Jahre in der westdeutschen Gesellschaft immer stärker durchsetzenden Grundstimmung vor: Der propagierte Verzicht auf „Ideologien" – im Kern freilich ebenfalls ideologisch aufgeladen – zeigte sich am deutlichsten in der programmatischen Erneuerung der SPD im Godesberger Programm. Dieses markierte den Abschied von marxistischen Überzeugungen und den Versuch, als „entideologisierte *catch-all-party*"[273] den Kreis der angestammten Wählerschaft auch in die Mittelschichten und das Bürgertum auszuweiten. Vorangetrieben wurde dieser Prozeß vor allem durch die „Moderernisierer" und „Westernisierer" in der Partei[274] – von denen wiederum

---

[271] Reinkonzept Gräfin Finckenstein, Auswärtiges Amt, an den Herrn Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 5. 2. 1959, PAAA Ref. 201 (IA1)/298.

[272] Vgl. Brief Oppenheim an Brentano, 25. 8. 1955, OA EU bis 31. 12. 1956. Brief Stahlberg, Auswärtiges Amt, an Friedländer, 3. 10. 1955, OA EU bis 31. 12. 1956. Brief Friedländer an Pferdmenges, 10. 11. 1955, OA EU bis 31. 12. 1956. Vereinbarung zwischen dem Hauptverband der EU in Bonn und dem Ministerialrat im Bundesministerium des Inneren Herrn Dr. jur. Carl-Heinz Lüders, OA EU bis 31. 12. 1956. Brief Carl-Heinz Lüders an Oppenheim, 5. 7. 1956, OA EU bis 31. 12. 1956. Brief Oppenheim an Josef Löns, Auswärtiges Amt, 6. 5. 1955, OA EU bis 31. 12. 1956.

[273] Schildt, Konservatismus, S. 240.

[274] Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie.

eine Reihe im Präsidium der Europa-Union saßen. Aber auch in anderen Gesellschaftsbereichen distanzierte man sich von alten ideengeschichtlichen Traditionen, von Ordnungsvorstellungen, die man nun zunehmend als ideologisch aufgeladen begriff. Der Niedergang des Topos vom „Abendland" ist für diesen Prozeß symptomatisch. Die Europa-Union befand sich also mit dieser bereits Mitte der fünfziger Jahre erfolgten Neuausrichtung mit an der Spitze einer für die ideengeschichtliche Entwicklung der Bundesrepublik enorm wichtigen Entwicklung. Denn die behauptete „Entideologisierung" ging mit einer zunehmenden Liberalisierung und Pluralisierung der westdeutschen Gesellschaft einher. Dabei setzte sich im Verlauf der späten fünfziger und der frühen sechziger Jahre die Akzeptanz bestimmter demokratischer und liberaler Grundwerte als Fundamente der gesellschaftlichen und politischen Ordnung langsam durch. In begrenztem Umfang trug die Europa-Union mit ihrer frühen Neupositionierung, welche wie gesehen auch grundsätzlich gesellschaftspolitische Ordnungsvorstellungen beinhaltete, zu dieser Entwicklung bei.

Doch barg die Konzentration auf den funktionalistischen, „entideologisierten" europäischen Einigungsprozeß auf Dauer auch Gefahren in sich. Die Europa-Union gab damit, ganz im Gegensatz zu ihren früheren Jahren, einen in die Zukunft weisenden politischen Gestaltungsanspruch auf und lief Gefahr, sich im Gestrüpp tagespolitischer Auseinandersetzungen zu verlieren. „Die Europa-Union [blieb] im Gewirr der wirtschaftspolitischen Integration hängen und [gewann] nicht die erforderliche Distanz, um ihre politischen Forderungen sichtbar und überzeugend in den Raum zu stellen."[275] Um 1960 wurde von prominenter Seite Kritik an der konzeptionellen Situation der Europa-Union laut: Ernst Friedländer, seit 1958 Ehrenpräsident der Europa-Union, war es, der davor warnte, die Herausstellung grundsätzlicher europäischer Notwendigkeiten gegenüber dem Tagesgeschäft allzusehr zu vernachlässigen: „Heute kann es nicht unsere wichtigste Aufgabe sein, uns auf das nächste winzige Integrationsschrittchen zu konzentrieren. [...] Man sollte offen zugeben, daß die Integration heute, gemessen an früheren europäischen Plänen, ein wenig auf das Niveau europäischer ‚Mätzchen' herabgesunken ist. Große Taten des Zusammenschlusses sind nicht am politischen Horizont zu erspähen."[276] Erst in der Herausforderung durch de Gaulle sollte es der Europa-Union gelingen, wieder in stärkerem Maße eigene Positionen zu entwickeln.

---

[275] Koppe, Das grüne E, S. 120.

[276] Ebenda, S. 126. Auf dem Kongreß 1961 in Kiel wiederholte Friedländer im Schlußreferat seine Vorwürfe, sehr zum Ärger der Delegierten, ebenda, S. 135.

3. Gaullistische Herausforderung: die Europa-Union in den sechziger Jahren

„Wir sind Antigaullisten!"

Die Einsicht, daß die Vorstellungen de Gaulles zur europäischen Integration nicht im geringsten ihren eigenen Forderungen entsprachen, entwickelte sich in der Europa-Union erst langsam. Bis zum Übergang zu den sechziger Jahren war es vor allem Großbritannien gewesen, das – in inzwischen langjähriger Tradition – den Unmut des Verbandes auf sich zog, zuletzt wegen seines Verzichts auf eine Beteiligung an den EWG-Verhandlungen.[277] Demgegenüber lobte der XI. Kongreß der Europa-Union den französischen Vorschlag vom Juni 1959, der die Errichtung eines politischen Sekretariates der EWG-Länder vorschlug, als „mutige und einschneidende Maßnahme".[278] Die Führung der Europa-Union gab sich der Hoffnung hin, dies entspreche den eigenen Konzepten eines politischen Sekretariats. Was aber nach dem Willen der Europa-Union ein erster Schritt in Richtung einer politischen Gemeinschaft sein sollte, war nach de Gaulles Willen ein Mittel, weiteren supranationalen Elementen vorzubeugen und statt dessen die intergouvernementale Zusammenarbeit weitgehend souveräner Nationalstaaten zu festigen. Doch zunächst reagierte die Europa-Union mit empörtem Unverständnis auf die Ablehnung der französischen Vorschläge durch die Bundesregierung.[279] Auch Anfang der sechziger Jahre war die Position der Europa-Union gegenüber dem französischen Staatspräsidenten noch nicht geklärt, und man glaubte, die von de Gaulle im September 1960 skizzierte regelmäßige und organisierte Zusammenarbeit der europäischen Staaten könne vielleicht doch noch, gewissermaßen durch die Hintertür, mit supranationalen Elementen aufgefüllt werden. Man hoffte auf die „Quadratur des Kreises": „Ein föderativ geeintes Europa, dem de Gaulle schließlich doch seinen Segen gibt, dem England (und im Gefolge Englands weitere europäische Länder) beitritt und das sich harmonisch in eine atlantische Gemeinschaft einfügt."[280] So forderte man einerseits, neben direkten Wahlen zum Europäischen Parlament und einer Zusammenfassung der Gemeinschaftsorgane, ein politisches Sekretariat, welches „nicht nur ein Organ der Außenministerkonferenz sein [darf], wie es die französische Regierung vorgeschlagen hat".[281] Andererseits aber waren in der Europa-Union auch Stimmen zu hören, die darüber spe-

---

[277] Roser, Europäische Einigung und atlantische Gemeinschaft, spiegelt diesen Unmut über Großbritannien noch deutlich.

[278] Europas Einheit – Unsere Zukunft. Beschluß des XI. Kongresses der Europa-Union in Dortmund 1959, abgedruckt in: Für ein föderales Europa, S. 45.

[279] Stellungnahme des Präsidiums der Europa-Union zu aktuellen politischen Fragen auf der Sitzung am 28. 11. 1959, ADSD EU/90.

[280] Koppe, Das grüne E, S. 134.

[281] Erklärung des Hauptausschusses der Europa-Union, 8. 2. 1960, ADSD EU/90. Vgl. auch: Stellungnahme des Präsidiums der Europa-Union vom 19. 9. 1960 (aus Anlaß der Pressekonferenz de Gaulles vom 5. 9. 1960, auf welcher er seine Vorschläge zu einer organisierten Zusammenarbeit skizziert hatte), ACDP I-148–128/03.

kulierten, ob man die intergouvernementale Methode de Gaulles nicht vielleicht als Übergangslösung akzeptieren solle.[282]

Doch auf Dauer konnten sich diese Stimmen nicht durchsetzen. Dazu trugen vor allem die Ereignisse im Zusammenhang mit der Fouchet-Kommission bei, welche die Regierungschefs der sechs EWG-Länder im Juli 1961 eingesetzt hatten, um einen Plan für die Organisation einer europäischen Zusammenarbeit auszuarbeiten. Als Präsident de Gaulle Anfang 1962 in einer Fernsehansprache die Europäischen Gemeinschaften angriff und kurz darauf den Fouchet-Plan II vorlegen ließ, in welchem die Zuständigkeiten der bestehenden Gemeinschaften durch eine zu schaffende Institution der Regierungschefs übernommen werden sollten und in dem von einer Erweiterung der supranationalen Einigung nicht die Rede war, kritisierte die Europa-Union erstmals nicht mehr nur Einzelaspekte, sondern bezeichnete die Haltung de Gaulles insgesamt als „integrationsfeindlich" und verurteilte seine Äußerungen als „unvereinbar mit den bestehenden Verträgen [der Gemeinschaften]".[283]

Kurz darauf folgte mit der „Aueler Erklärung" eine fundierte Stellungnahme gegenüber der Europa-Politik des französischen Staatspräsidenten.[284] Darin erklärte die Europa-Union, daß „die bestehende institutionelle Ordnung im Bereich der Europäischen Gemeinschaften [...] durch Vereinbarungen dieser Art [der Fouchet-Plan] nicht ausgebaut, sondern im Ergebnis geschwächt [würden]. Unverbindliche Absichtserklärungen sind kein Ersatz für politische Substanz." Der Abschluß eines neuen Vertrages berge die Gefahr, die Bestimmungen der EGKS oder der Römischen Verträge zu überlagern oder zu beeinträchtigen, also „das bisher durch die Europäischen Gemeinschaften Erreichte [zu] gefährden". Angesichts dieser Lage schlug die Europa-Union vor, „vorläufig eher von neuen Vereinbarungen abzusehen, als Verträge abzuschließen, die das Erreichte in Frage stellen und nicht zur politischen Einigung Europas beitragen". Die alternativen Schritte, welche statt dessen in Richtung einer politischen Gemeinschaft erfolgen sollten, skizzierte die „Aueler Erklärung" ebenfalls: Einerseits müßte die in den Römischen Verträgen verankerte Möglichkeit, allgemeine und direkte Wahlen für das Europäische Parlament durchzuführen, endlich umgesetzt und dem Parlament insgesamt weitere Mitwirkungs- und Kontrollrechte zugesprochen werden. Andererseits wiederholte man die seit einigen Jahren immer wieder erhobene Forderung nach einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik, welche nicht zuletzt durch die bereits bestehenden regelmäßigen Konferenzen der Außenminister unter Mitarbeit der drei bestehenden Gemeinschaften weiter voranzutreiben sei. Ein politisches Sekretariat hingegen hielt man für „überflüssig und der Sache abträglich", würde es doch (unter den gegebenen Umständen) die politische Integration

---

[282] Koppe, Das grüne E, S. 134.

[283] Ebenda, S. 142.

[284] Erklärung zur Europäischen Einigungspolitik von Heinrich von Brentano, Ernst Friedländer, Heinz Krekeler, Karl Mommer, Dieter Roser, Ulrich Scheuner, Rudolf Woller. ACDP I-148–128/03. Das Präsidium der Europa-Union stellte sich in seiner Sitzung vom 13. 3. 1962 einstimmig hinter die Erklärung und appellierte „an den Deutschen Bundestag, sich rechtzeitig im Sinne dieser Erklärung in die Entwicklung einzuschalten". Vgl. ebenda. Hier auch die folgenden Zitate.

nicht weiterbringen. Die „Aueler Erklärung" erfuhr in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit eine erhebliche Resonanz. Vor allem die Medien berichteten lebhaft über die Erklärung; Karl-Heinz Koppe spricht sogar davon, daß „das Echo und die Wirkung dieser Erklärung [...] in der Geschichte der Europa-Union ohne Beispiel sind".[285]

Hier haben wir ein erneutes Beispiel für die partielle Wirkungsmächtigkeit der Europa-Union, die ganz anders geartet war als jene der Abendländischen Bewegung. Während die Abendländer manche ihrer Ideen und Vorschläge mittels der von ihnen bevorzugten „Geheimdiplomatie", mittels persönlicher Kontakte und Gespräche, in den politischen Raum einbrachten, blieben sie doch mit dieser Vorgehensweise immer auf jene Politiker beschränkt, die dem abendländischen Gedanken von vorneherein in irgendeiner Form nahestanden. Die Europa-Union hingegen erreichte mit ihren völlig anderen Wirkungsformen eine weitaus größere Öffentlichkeit, was die Abendländer wiederum gar nicht gewollt hätten. Die exzellente Verankerung der Europa-Union in den Netzwerken von Politik, Medien und Wirtschaft der Bundesrepublik garantierte ihr Anfang der sechziger Jahren noch jene Aufmerksamkeit, die ihr erst ein wirksames Agieren ermöglichte.

Eine geschlossene Ablehnungsfront in der Europa-Union gegenüber der Politik des französischen Staatspräsidenten formierte sich also erst allmählich in dem Maße, in dem de Gaulles Europakonzepte klarer hervortraten. Von 1962 an bis zum Ende der sechziger Jahre blieb diese Ablehnung dann unverändert erhalten, ja verstärkte sich immer mehr, bis de Gaulle in den Augen der Verantwortlichen der Europa-Union schließlich nur noch „ein alter Mann [war], der die Zeichen der Zeit nicht mehr zu deuten weiß".[286] Möglicherweise ist an der Auffassung von Jürgen Schwarz etwas Wahres, daß die europäischen Föderalisten, zu denen auch die Europa-Union gehörte, dermaßen „von der Richtigkeit der eigenen Vorstellungen [überzeugt waren] und es für überflüssig [hielten], sich mit den Argumenten de Gaulles überhaupt auseinanderzusetzen".[287] Tatsächlich beurteilte man in der Europa-Union die Europa-Vorstellungen de Gaulles seit 1962 als anachronistisch, nationalistisch und schlicht als Hindernis für die Einigung Europas. Sich näher mit seinen Vorschlägen zur Zusammenarbeit der europäischen Staaten zu beschäftigen, dazu sah man in der Tat keinen Grund. Dies hing nicht primär, wie Jürgen Schwarz nahelegt, mit einer gewissen Arroganz zusammen, sondern wohl eher mit der Tatsache, daß man das eigene Integrationskonzept für das weiterführende hielt. Daraus wiederum ergab sich allerdings über die Jahre hinweg eine durchaus arrogante Haltung gegenüber de Gaulle.

Gerade die Sackgasse, in welche die europäische Integration durch de Gaulle geriet, führte dazu, daß man sich in der Führungsspitze der eigenen Ideen wieder bewußt wurde. In der Konfrontation mit dem General erwachte man aus dem ideellen „Dornröschenschlaf", in den der Verband in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre mit der Übernahme des „Funktionalismus" und der Unterstützung

---

[285] Koppe, Das grüne E, S. 143.

[286] Der England-Plan der Europa-Union: Die Europäer proben den Aufstand, in: Europa-Union, 18 (1967), Heft 12, S. 1.

[287] Schwarz, Anti-Europäer oder Realist, S. 152.

der offiziellen Integrationspolitik gefallen war. Seit der ersten Hälfte der sechziger Jahre entfaltete die Führung der Europa-Union wieder ein stärkeres ideelles Engagement; statt einer nachvollziehenden Bejahung der Regierungspolitik fand man zu „zukunftsorientierten" Stellungnahmen. Das Endziel der „Vereinigten Staaten von Europa", die Vision eines politisch geeinten Bundesstaates trat schärfer konturiert hervor, aber auch die Frage, wie denn der nächste Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel aussehen sollte, ging man mit mehr Einfallsreichtum an.

Dabei blieben die Mitte der fünfziger Jahre festgelegten Grundlinien erhalten, ja sie präzisierten sich sogar noch einmal. Dies galt vor allem für die „atlantische" Orientierung. In der Herausforderung durch den Gaullismus positionierte sich die Europa-Union eindeutig im Lager der „Atlantiker". Dazu trugen neue Mitglieder im Präsidium bei, wie vor allem der erklärte „Atlantiker" (und Industrievertreter) Kurt Birrenbach (CDU),[288] der 1959 gewählt wurde. Er faßte die Positionen der Europa-Union, die durch die Berlin- und die Kuba-Krise verstärkt wurden, zusammen: „Ich halte ein rein auf den europäischen Kontinent beschränktes Europa, das Großbritannien den Anschluß an den europäischen Kontinent verweigert und sich als Dritte Kraft innerhalb der Weltkonstellation etabliert, ebenso für unrealistisch wie gefährlich. [...] Ideen dieser Art kann man nur haben, wenn man entweder die politische Situation Europas im Rahmen des West-Ost-Konfliktes falsch einschätzt oder den Schutz der amerikanischen Waffen mißbraucht. [...] Solange die Vereinigten Staaten die Schutzmacht Westeuropas aufgrund ihres Waffen- und Wirtschaftspotentials sind, erkenne ich ihnen einen gewissen Führungsanspruch zu. Nur ein Narr kann diese Legimitation der Realitäten übersehen."[289]

Die in den fünfziger Jahren in die Europa-Union einfließenden wirtschaftlichen Interessen gaben auch Anfang der sechziger Jahre einer „atlantischen" Orientierung den Vorrang vor einer „kleineuropäischen" Abschottung. Wilhelm Beutler formulierte es deutlich: „Noch immer ist das europäische Widerlager der Brücke über den Atlantik nicht fest genug gegründet. [...] Wir brauchen eine weltoffene [europäische] Gemeinschaft, kein introvertiertes Gebilde."[290] Daraus leiteten sich auch die anhaltenden Forderungen der Europa-Union nach einer europäischen Freihandelszone der EWG und EFTA-Länder ab, ja sogar die Forderung nach einer atlantischen Freihandelszone.[291]

---

[288] Kurt Birrenbach, geboren am 2. 7. 1907 in Arnsberg, studiere Jura und wurde 1933 promoviert. Seit 1934 arbeitete er in einer Berliner Devisenberatung, 1939 ging er nach Buenos Aires. Seit 1949 leitete er die AG zur Vertretung der Interessen der deutschen Stahlunion in Argentinien, kehrte aber Anfang der fünfziger Jahre nach Deutschland zurück und war von 1954 an für Thyssen tätig. Seit 1953 war er CDU-Mitglied, 1957 wurde er in den Bundestag gewählt. 1958–1961 war er Abgeordneter des Europa-Parlaments. Birrenbach ist am 26. 12. 1987 in Düsseldorf gestorben.

[289] Brief Birrenbach an Coudenhove-Kalergi, 1. 2. 1963, ACDP I-148–119/01.

[290] Wilhelm Beutler, Wirtschaftliche Integration als Element der politischen Einigung Europas. Vortrag vor der Mitgliederversammlung des DRdEB, 2. 12. 1963, BA N 1384/103.

[291] Vgl. etwa: Stellungnahme des Präsidiums der Europa-Union zu aktuellen politischen Fragen auf der Sitzung am 28. 11. 1959, ADSD EU/90. Roser, Europäische Einigung und atlantische Gemeinschaft, S. 13 f.

Aufgrund ihrer atlantischen Ausrichtung lehnte die Europa-Union den Elysée-Vertrag von 1963 als „schwere Belastungsprobe" ab: „Das größere Europa in atlantischer Partnerschaft muß unser unverrückbares Ziel bleiben. Durch den deutsch-französischen Vertrag [...] ist die Politik der Bundesregierung in die Gefahr geraten, von der bisherigen Linie der europäischen Integration und der atlantischen Partnerschaft abgedrängt zu werden. [...] Im Ratifikationsgesetz muß deshalb gesichert werden, daß Inhalt, Verfahrensweise und Zuständigkeiten der europäischen Verträge und des NATO-Vertrages nicht beeinträchtigt und umgangen werden können. Nur so wird die deutsche Politik davor bewahrt, vor die unangenehme Wahl zwischen deutsch-französischer Freundschaft einerseits und europäischer Integration und atlantischer Partnerschaft andererseits gestellt zu werden."[292] Im Gegensatz also zu den Abendländern, die im deutsch-französischen Vertrag eine Chance für Europa und die Bundesrepublik sahen, finden wir hier die umgekehrte Position. Bei aller Bejahung der deutsch-französischen Freundschaft wehrte sich die Europa-Union gegen eine exklusive Ausrichtung der westdeutschen Außenpolitik auf Frankreich im „gaullistischen" Sinne.

Aus der Ablehnung der „gaullistischen" Variante der bundesdeutschen Außenpolitik leitete sich in der Europa-Union auch die Ablehnung eines verteidigungspolitischen Alleingangs Europas oder eines einzelnen europäischen Staates ab, wie er im Rahmen der Diskussion um eine multilaterale Atomstreitmacht 1963, bereits Jahre vor dem NATO-Austritt Frankreichs im März 1966, seine Schatten vorauswarf: „Die Verteidigung Nordamerikas und Westeuropas ist und bleibt ein unteilbares Ganzes. [...] Die europäische Sicherheit gründet sich auf das atlantische Bündnis. Alles kommt darauf an, dieses Bündnis zu stärken, aus ihm eine wahre Gemeinschaft und Partnerschaft zu machen. Nationale und unabhängige nukleare Streitkräfte einzelner europäischer Staaten, mögen sie auf überholten Souveränitätsvorstellungen oder auf einem Mißtrauen gegen Amerika beruhen, wirken störend und zersetzend auf das atlantische Bündnis, ohne die europäische Sicherheit zu erhöhen. [...] Jede nationale Atomwaffe in Europa verletzt den Geist des westlichen Bündnisses."[293]

Das einzige, was sich langsam aber sicher am Standpunkt der Europa-Union zur atlantischen Gemeinschaft veränderte, war die Tatsache, daß man in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zunehmend die Juniorrolle Europas ablegen wollte und eine gleichberechtigte Partnerschaft anstrebte – Voraussetzung dafür war allerdings in den Augen der Europa-Union ein politisch geeintes Europa.[294] Mit

---

[292] Protokoll der Sitzung des Präsidiums, 8. 3. 1963, ADSD EU/92. Vgl. auch: Pressemitteilung des Europa-Union-Dienstes, 28. 1. 1963, ACDP I-148–119/01.

[293] „Europa verteidigen – aber wie?" Erklärung des Präsidiums der EU D zur europäisch-atlantischen Verteidigung, 1. 7. 1963 (Arbeitsunterlage zum XIV. Kongreß), ADS EU/93.

[294] Vgl. etwa Zwölf Thesen für Europa. Das neue Europa läßt sich nicht in alte Formen gießen. Forderungen des XIV. Kongresses der Europa-Union in Frankfurt am Main 1964, abgedruckt in: Für ein föderales Europa, S. 55–59, hier S. 57. Dort heißt es: „Nur der europäische Bundesstaat ist in der Lage, die von Amerika angebotene Atlantische Partnerschaft Wirklichkeit werden zu lassen. Erst der Präsident der Vereinigten Staaten von Europa wird der vollgültige Partner des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika sein."

gaullistischen oder abendländischen „Dritte-Kraft"-Ideen hatte diese Gleichberechtigung indes nichts zu tun. Es bleibt also festzuhalten, daß sowohl die Abendländische Bewegung wie auch die Europa-Union auf die weltpolitischen Veränderungen der sechziger Jahre mit der Forderung einer größeren Selbständigkeit Europas gegenüber den USA reagierten, wenn auch in abgestuftem Maße. Dies ist nur symptomatisch für die Entwicklung der europäischen Politik in den sechziger Jahren, als der ehemalige „Juniorpartner" Europa zunehmend an Selbstbewußtsein gegenüber dem „großen Bruder" USA gewann. Wie schwierig es indes war, die neue Rolle zwischen „Dritter Kraft" und atlantischer Bindung zu definieren, zeigt der Blick auf die hier betrachteten Europa-Organisationen.

Neben der „atlantischen" Verankerung stärkte die Auseinandersetzung mit der Europa-Politik de Gaulles in der Europa-Union auch das Festhalten an der seit den fünfziger Jahren vertretenen funktionalistischen Integrationsmethode. In dem Moment, in dem sich die staatenbündisch-intergouvernementale Alternative stellte, wurde der Führungsspitze klar, daß sie die bisher praktizierte supranationale Variante stärken wollte: „Die bewährte übernationale Methode mit ihrem vorweg festgelegten Fortschreiten von Stufe zu Stufe der Integration" sollte fortan auch auf weitere Elemente nationalstaatlicher Souveränität, insbesondere die Außenpolitik angewendet werden. „Schritt für Schritt ist die außenpolitische und verteidigungspolitische Souveränität zu übertragen auf die so immer umfassender werdende europäische Gemeinschaft, deren unbedingt demokratische Substanz durch wesentlich stärkere Rechte und Funktionen eines direkt gewählten europäischen Parlaments gewährleistet sein muß. Dieses Gemeinschaftssystem gilt es mit eiserner Folgerichtigkeit auszubauen und zur harmonischen Reife zu bringen, bis dann der letzte Schritt zur Begründung des vollausgebildeten europäischen Bundesstaates getan werden kann."[295]

So richtete die Europa-Union in den sechziger Jahren ihre Aktivität auf zwei Bereiche aus: Es ging darum, die bestehenden Europäischen Gemeinschaften gleichermaßen zu vertiefen und zu erweitern. Die engere Gemeinschaft der EWG erschien nur als „Vortrupp": „Ihre Tore müssen weit offenstehen für jeden europäischen Staat, der bereit ist, das Gesetz der Gemeinschaft anzuerkennen."[296] Die Aufnahme Großbritanniens in die EWG spielte für die Europa-Union eine entscheidende Rolle. So reagierte man auf die zweimal – 1963 und 1967 – an de Gaulle gescheiterten Beitrittsverhandlungen entsprechend verbittert.[297] 1967 war die Enttäuschung besonders groß, hatte man doch durch die Veröffentlichung eines

[295] Ebenda, S. 58.

[296] Ebenda, S. 58.

[297] Im Dezember 1967 telegrafierte Oppenheim als Präsident der Europa-Union offenbar an Edward Heath: „Zutiefst betroffen und enttäuscht über de Gaulles Nein zum Eintritt Großbritanniens in den Gemeinsamen Markt möchte ich Ihnen gegenüber unsere herzliche Verbundenheit mit Ihrem Lande zum Ausdruck bringen, Ihnen zu der bewundernswerten Haltung gratulieren, mit der Sie es in Brüssel vertreten haben und Ihnen versichern, daß die Europa-Union Deutschland jeden ihr zur Verfügung stehenden Einfluß dafür einsetzen wird, daß Großbritannien Mitglied der EG wird, zu der es nach dem Willen der überwältigenden Mehrheit der Europäer gehört." Telegrammentwurf o.D., ADSD EU/112.

„England"-Plans, versandt an Bundeskanzler Kiesinger und Außenminister Brandt, den Weg zu einer Aufnahme weisen wollen.[298] Dieser setzte das Ziel, den Beitritt nicht später als zum 1. Januar 1974 erfolgen zu lassen. Dem sollte eine Vorschaltphase vorausgehen, in welcher gemeinsame Organe der EWG und Englands eine stufenweise Zoll- und eine Agrarunion bilden sollten.

Der „Antigaullismus" der Europa-Union führte schließlich zu der Auffassung, daß, solange Frankreich nicht bereit sei, sich an der Arbeit der Gemeinschaftsorgane zu beteiligen, weitere Einigungsinitiativen im Zweifelsfall ohne Frankreich durchzuführen seien.[299] Man dürfe sich von de Gaulles „Provokation und [...] politischer Maßlosigkeit", seiner „Drohung, die Gemeinschaft auffliegen zu lassen, nicht ins Bockshorn jagen" lassen. Denn das Präsidium der Europa-Union war sich im Grunde sicher, daß, wenn de Gaulle sich vor die Alternative eines „Europa der Zehn oder ein[es] Europa der Neun und des souveränen Einen" gestellt sehe, wenn also Beitrittsverhandlungen ohne einen französischen Vertreter aufgenommen würden, „wir das Europa der Zehn haben werden".[300] Erst die Krise der Gemeinschaften und die Einsicht in die Tatsache, daß es de Gaulle „nicht mehr um den Ausgleich wirtschaftlicher und finanzieller Interessen [gehe], sondern um den Versuch, das Konzept einer Gemeinschaft zu verändern, die die übernationale Vereinigung Europas anstrebt",[301] brachte der Europa-Union also neue Entschlußkraft.

In den Stellungnahmen gegenüber de Gaulle und den Debatten um die Ausrichtung der bundesdeutschen Außenpolitik spiegelt sich erneut der fundamentale Unterschied zwischen der abendländischen und der west-europäischen Idee. Allerdings veränderten sich die politischen Konsequenzen dieser ideellen Differenzen. Während in den fünfziger Jahren trotz aller weltanschaulichen Abgründe, die sich zwischen Abendländischer Bewegung und Europa-Union auftaten, die Zustimmung zur politischen und militärischen Westintegration und zur europäischen Integration beide Organisationen verband, änderte sich dies in den sechziger Jahren. Die beiden Gruppierungen, die ihren Rückhalt und ihre Mitglieder zum allergrößten Teil in den Reihen der Union fanden, bewegten sich in ihren politischen Positionen je weiter voneinander fort, desto deutlicher der Bruch innerhalb der Unionsparteien, also der Verlust des außenpolitischen Konsenses der fünfziger Jahre, wurde. Hier erweisen sich die Abendländische Bewegung und Europa-Union erneut als Spiegel, in dem sich die politischen Debatten in der Bundesrepublik und insbesondere innerhalb der Unionsparteien reflektierten.

---

[298] Der England-Plan der Europa-Union: Die Europäer proben den Aufstand, in: Europa-Union, 18 (1967), Heft 12, S. 1.

[299] Erklärung des Präsidiums der Europa-Union nach der Sondersitzung am 8. 7. 1965 (Ausbruch der „Brüsseler Krise"), zitiert nach: Geschäftsbericht der Europa-Union Deutschland vom 12. 4. 1964 bis 19. 11. 1966, Bonn o. J, S. 8.

[300] Mommer, Karl: Le défi du général, in : Europa-Union 18 (1967), Heft 12, S. 3. Vgl. auch: Mit oder ohne Frankreich? Am Wendepunkt der Einigungspolitik, in: Europa-Union 19 (1968), Heft 10, S. 1.

[301] Erklärung des Präsidiums der Europa-Union nach der Sondersitzung am 8. 7. 1965 (Ausbruch der „Brüsseler Krise"), zitiert nach: Geschäftsbericht der Europa-Union Deutschland vom 12. 4. 1964 bis 19. 11. 1966, Bonn o. J, S. 7.

„Wege nach Gesamteuropa": Aufbruch zu einer neuen Ostpolitik

Diese neue Entschlußkraft wirkte sich belebend in einem anderen Bereich aus, den die Europa-Union bisher eher vernachlässigt hatte: der Ostpolitik. Auch hier kann man von einer Herausforderung durch de Gaulle sprechen. Denn nicht nur die vom französischen Staatspräsidenten praktizierte Politik innerhalb des Westens, sondern auch seine offensiv vertretene Ostpolitik reizte den Verband zum Widerspruch. Die Europa-Union hatte seit den späten vierziger Jahren zumindest mittelfristig die politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft der europäischen Einigung ausschließlich im Westen des europäischen Kontinents gesehen. Damit ging ein lediglich grundsätzliches Bekenntnis einher, auch die Länder Mittel- und Osteuropas mit in die Vision eines geeinten Europas einzubeziehen. Man hoffte, mit der Westintegrationspolitik auch Wiedervereinigungspolitik zu betreiben, übernahm also die von der Regierung Adenauer vertretene Magnettheorie und ihr Konzept einer „Politik der Stärke". Der Antitotalitarismus und Antikommunismus in der Führungsspitze der Europa-Union hatten einen erheblichen Anteil an der ideellen Unterfütterung dieser Theorien. Je stärker sich die Blockbildung ausprägte, desto weniger ging man jedoch auch in der Europa-Union von der Möglichkeit einer Entspannung der weltpolitischen Lage aus. Nach dem Ungarn-Aufstand formulierte man klar, daß „Koexistenz" unmöglich sei. „Die Sowjetunion setzt den Kalten Krieg fort. Die freie Welt muß diese Herausforderung annehmen."[302] Gleiches galt auch für die deutsche Wiedervereinigung, wurde doch seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges von allen Europa-Aktivisten ein untrennbarer Zusammenhang zwischen deutscher Frage und europäischer Einigung gesehen, der sich für die Europa-Union auch in den fünfziger und sechziger Jahren nicht löste. Aufgrund der spezifischen, im Verband einflußreichen Interessen, den sich daraus ableitenden Ideen und auch aufgrund der biographischen Prägungen der Führungsspitze, in der beispielsweise Vertriebene kaum vorhanden waren, finden wir in der Europa-Union in den fünfziger Jahren keine „mitteleuropäischen" Relikte, wie sie in der abendländischen Idee weiterlebten. Vielmehr hielt sich die Europa-Union – über allgemeine Absichtsbekundungen hinaus – zurück, wenn es um die östliche Hälfte des geteilten europäischen Kontinents ging. So reagierten die Abendländische Bewegung und die Europa-Union vollkommen gegensätzlich auf den sich seit Anfang der fünfziger Jahre etablierenden Status quo in Europa. Während die Abendländer, in einer jahrzehntelangen Kontinuität seit der Zwischenkriegszeit stehend, „Mitteleuropa" immer mehr zum Kern des „Abendlandes" machten, war der Blick der Europa-Union spätestens seit Mitte der fünfziger Jahre nach Westen gerichtet. Dies lag vor allem in der unterschiedlichen ideellen Formierung der abendländischen und der west-europäischen Idee. Die westeuropäische Idee hatte, im Gegensatz zum „Abendland", alle „mitteleuropäischen" Elemente bereits während des Zweiten Weltkrieges verworfen. So fiel ihr der „Verzicht" (trotz rhetorischer Bekundungen) auf den Osten Europas leichter als den Abendländern.

---

[302] Mit dem freien Europa beginnen! Beschluß des IX. Kongresses der Europa-Union in Augsburg 1956, abgedruckt in: Für ein föderales Europa, S. 38–40, hier S. 38.

Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wie etwa dem „Deutschlandplan" Ernst Friedländers von 1955,[303] spielten Wiedervereinigung und Ostpolitik in den Ideen der Europa-Union kaum eine Rolle. Erst Mauerbau und Kuba-Krise Anfang der sechziger Jahre führten hier, wie auch anderenorts, langsam zu einem Umdenken. Man erkannte die „Aussichtslosigkeit der bisherigen Wiedervereinigungspolitik [...] mehr und mehr".[304] Im Kern behielt das Präsidium zwar die seit Jahren (wenn auch rein rhetorisch) vertretene These bei, „daß die westeuropäische Integration eines Tages zu Gesamteuropa führen wird".[305] Doch öffnete man sich seit Mitte der sechziger Jahre den Entspannungsbemühungen, wie sie vor allem von den USA betrieben wurden, und erklärte, „daß die Kooperation mit Osteuropa auf einzelnen Sachgebieten heute bereits möglich erscheint und neue Initiativen erfordert".[306]

Die Hinwendung zur Entspannungspolitik gipfelte in der sogenannten Baden-Badener-Erklärung, verabschiedet auf dem XVI. Kongreß der Europa-Union im November 1966. In ihr ging man davon aus, „daß die Koexistenz zwischen Staaten gegensätzlicher Gesellschafts- und Herrschaftsordnungen möglich [ist], nicht aber ihre föderative Vereinigung", für welche eine rechtsstaatliche Ordnung Grundvoraussetzung sei.[307] Angesichts des atomaren Patts und der damit einhergehenden Zementierung des Status quo sei es an der Zeit, daß „Europa sein Schicksal selbst in die Hand nimmt", um so „eben diesen Status quo zu überwinden und eine gesamteuropäische Ordnung zu schaffen". Ein Mittel dazu stellten in den Augen der Europa-Union verbesserte Beziehungen mit den Ostblockländ-

---

[303] Nach der Genfer Außenministerkonferenz schlug Friedländer vor, gesamtdeutsche freie Wahlen nicht sofort zur Wiedervereinigung führen zu lassen, sondern lediglich zur Bildung einer gesamtdeutschen Nationalversammlung einerseits, welche eine Verfassung auszuarbeiten habe, und zur Bildung einer gemeinsamen Exekutive zur Aushandlung eines Friedensvertrags andererseits, in dem auch der internationale Status Deutschlands festzulegen wäre. Bis dahin sollten Bundesrepublik und DDR weiterbestehen, scheiterten die Friedensverhandlungen, bliebe ebenfalls alles beim alten. Um diesen Deutschlandplan hatte es innerhalb der Europa-Union heftige Auseinandersetzungen gegeben, vor allem da der Plan ein neutrales Deutschland nicht explizit ablehnte, obwohl sich die Europa-Union seit Jahren gegen jede Form von Neutralismus aussprach. Vgl. Friedländer, Deutschland im Ost-West-Konflikt. Vortrag vor den Mitgliedern des Industrie-Clubs am 30. 9. 1955, OA EU bis 31. 12. 1956. Vgl. auch: Deutschlands Wiedervereinigung ist mehr als eine nationale Frage. Beschluß des VIII. Kongresses der Europa-Union in Berlin 1956, abgedruckt in: Für ein föderales Europa, S. 35f. Vgl. auch: Koppe, Das grüne E, S. 82. Auch Friedländer selbst lehnte neutralistische Bestrebungen ab, hatte dies in seinem Deutschlandplan jedoch nicht deutlich genug gemacht. Vgl. z.B. den Offenen Brief Ernst Friedländers an Richard Coudenhove-Kalergi, 5. 1. 1956, ADSD EU/141, in dem es um den Deutschlandplan ging.

[304] Oppenheim, Friedrich Carl von: Konsequenzen für unsere Politik, in: Europa-Union 17 (1966), Heft 10, S. 1. Vgl. auch: Roser, Dieter: Versöhnung in Europa, in: Europa-Union 18 (1967), Heft 3, S. 2.

[305] Oppenheim, Friedrich Carl von: Konsequenzen für unsere Politik, in: Europa-Union 17 (1966), Heft 10, S. 1.

[306] Ebenda.

[307] Es ist an der Zeit! Die Erklärung des XVI. Kongresses der Europa-Union, in: Europa-Union 17 (1966), Heft 12, S. 3. Auch abgedruckt in: Für ein föderales Europa, S. 62–65. Dort auch die folgenden Zitate.

dern „im persönlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Bereich" vor allem durch Europarat, OECD und EWG dar – womit man sich gegen die von de Gaulle initiierte einzelstaatliche Vorgehensweise wehrte: „Die Vorstellung, eine dynamische Ostpolitik könne besser von einem sich desintegrierenden Westeuropa geführt werden, geht an den Realitäten vorbei und könnte höchstens in einer Balkanisierung Europas enden. Im Gegenteil: Die westeuropäische Einigung zeigt die Perspektive auf, die aus der Alternative Nationalismus oder Satellitenstatus herausführt, Resignation beseitigt und Hoffnung weckt." Der Bundesrepublik kam nach Ansicht der Europa-Union aufgrund der Spaltung Deutschlands als Teil der Spaltung Europas eine zentrale Rolle zu. Daher forderte die Europa-Union die Bundesregierung auf, das Münchener Abkommen formell als ungültig zu erklären, der Aussöhnung mit Polen den Vorrang vor einer Revision der Oder-Neiße-Grenze zu geben, mit den osteuropäischen Ländern diplomatische Beziehungen aufzunehmen und „alle Kontaktmöglichkeiten zwischen den Behörden der beiden Teile Deutschlands [zu] nutzen, sofern dies größerer Freiheit und größerer Wohlfahrt der Bevölkerung der ‚DDR' dient, ohne die ‚DDR' in ihrer heutigen Herrschaftsform anzuerkennen".[308]

Damit übernahm die Europa-Union 1966 die seit dem Mauerbau im Berliner Umfeld Willy Brandts, vor allem durch Egon Bahr entwickelte „neue Ostpolitik" inklusive ihres Konzepts eines „Wandels durch Annäherung".[309] Gleichzeitig begann der Verband auch eine eigene „Politik" nach Mittel- und Osteuropa zu gestalten. So bildete die AEF, der Dachverband der Europa-Union, im Oktober 1966 ein internationales Komitee, welches es sich zum Ziel gesetzt hatte, „von parteipolitischen und konfessionellen Bindungen unabhängig [...] Initiativen aller interessierten Persönlichkeiten oder Verbände zu unterstützen, auf den verschiedenen Gebieten der deutsch-polnischen Beziehungen ins Gespräch zu kommen und zwar von Volk zu Volk, von Mensch zu Mensch".[310] Diesem Komitee gehörte mit Friedrich Carl von Oppenheim der Präsident der Europa-Union an. Schließlich stellte man auch Überlegungen an, ob nicht „die Zeit für einen Besuch einer repräsentativen Delegation der Europäischen Bewegung unter maßgeblicher Beteiligung des Präsidiums der Europa-Union in den osteuropäischen Staaten gekommen sei".[311]

Mit voran getrieben wurde die neue Orientierung der Europa-Union sicherlich durch neue Köpfe im Präsidium. Mit Karl Mommer etwa, dem SPD-Fraktionsgeschäftsführer, fand wieder ein führender SPD-Politiker in die Europa-Union, die

---

[308] Wege nach Gesamteuropa. Europa-Union appelliert an Bundesregierung, in: Europa-Union 17 (1966), Heft 12, S. 1.

[309] Vgl. insgesamt zur „Neuen Ostpolitik" in Auswahl: Bender, Die „Neue Ostpolitik". Fuchs, „Dreiecksverhältnisse sind immer kompliziert". Schmidt, Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Vogtmeier, Egon Bahr und die deutsche Frage. Vgl. auch die Erinnerungen Egon Bahrs, Zu meiner Zeit.

[310] Gespräche mit Polen. Föderalisten bilden internationales Komitee, in: Europa-Union, 17 (1966), Heft 10, S. 4. Vgl. auch: Sind wir zum Dialog bereit. Die Botschaft der polnischen Bischöfe blieb bisher ohne Echo, in: Europa-Union 17 (1966), Heft 3, S. 5.

[311] Protokoll der Sitzung des Präsidiums, 11. 2. 1967, ADSD EU/93. Ein Besuch scheint jedoch nicht stattgefunden zu haben, spiegelt sich jedenfalls nicht in den Quellen.

über den DRdEB auch eng mit dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Fritz Erler zusammenarbeitete. Aber auch aus den Reihen der CDU waren mit Kurt Birrenbach und Hermann Kopf außenpolitisch engagierte Politiker im Präsidium vertreten.[312] Hatten sich bereits in den fünfziger Jahren vor allem „reformorientierte" Kräfte im Präsidium der Europa-Union engagiert, die der „Westernisierung" der Bundesrepublik aus unterschiedlichen Interessen Vorschub leisteten, so wiederholte sich ein ähnlicher Vorgang in den sechziger Jahren. Wiederum fanden „zukunftsorientierte" Politiker, die in der Außenpolitik „neue" Wege zu gehen bereit waren, in den Verband.

Seit 1966 bemühte sich die Europa-Union, die guten Kontakte, die sie in den fünfziger und frühen sechziger Jahren mit den jeweiligen Regierungen verbunden hatte, auch mit der Großen Koalition, und schließlich der sozialliberalen Koalition aufzubauen.[313] Dabei zahlte es sich aus, daß sowohl Kurt Georg Kiesinger wie auch Willy Brandt in den fünfziger Jahren Mitglieder der Europa-Union gewesen waren. Mit Katharina Focke von der SPD, der Tochter Ernst Friedländers, war nach den Wahlen von 1969 eine Staatssekretärin ins Kanzleramt eingezogen, die lange Jahre im Generalsekretariat der Europa-Union und später als Leiterin des Bildungswerkes für „Europäische Politik" gearbeitet hatte. Gleichzeitig begann sich innerhalb des Verbandes ein Generationswechsel anzukündigen. Langsam stießen jüngere Kräfte, vor allem aus den Reihen der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF, die Nachfolgeorganisation des BEJ), ins Präsidium der Europa-Union, die offenbar ebenfalls für „neuen Wind" sorgten.[314]

Während die Medien die Baden-Badener-Erklärung und die neue Entwicklung der Europa-Union offenbar kaum als „sensationell" empfanden, führte sie in den eigenen Reihen zu stärkerer Unruhe.[315] Zwei Bundestagsabgeordnete der CDU/CSU, Josef Stingl und Heinrich Windelen, traten unter offiziellem Protest aus der Europa-Union aus, andere Mitglieder folgten. Vor allem die Vertriebenenverbände protestierten heftig.[316] Konservative Kreise fühlten sich ganz offensichtlich

---

312 Beide waren auch Mitglieder des Ostausschusses der DGAP, vgl. Eisermann, Außenpolitik und Strategiediskussion, S. 210.

313 Vgl. das Protokoll der Sitzung des Präsidiums, 20. 5. 1967, ADSD EU/93.

314 Arno Krause, Heinz Kramer, Rüdiger Proske, Rudolf Woller oder Axel N. Zarges wären hier zu nennen.

315 Vgl. die Auswertung des XVI. Kongresses der EU, ADSD EU/93. Dort heißt es: „Die ‚Erklärung zur gesamteuropäischen Politik' wurde von der Presse nicht als sensationell empfunden. Das zeigte sich nicht nur daran, daß die Erklärung keine Schlagzeilen macht, typischer noch war die Reaktion des Ersten Deutschen Fernsehens, das den Baden-Badener Vertreter angewiesen hatte, nur dann ein Interview mit Baron Oppenheim aufzunehmen, ‚wenn die EU die Anerkennung der DDR fordert'. Mit vereinten Kräften gelang es dann doch, das Fernsehen zu überzeugen, daß die Erklärung der EU trotzdem Neues und Interessantes zu bieten habe; das Plazet für das Interview mit Baron Oppenheim kam allerdings erst nach drei Ferngesprächen mit der Redaktion der Tagesschau in Hamburg."

316 Koppe, Karl-Heinz: Recht und Unrecht. Zum Austritt zweier Bundestagsabgeordneter aus der Europa-Union, in: Europa-Union 18 (1967), Heft 2, S. 3. Hertsch, Helmut: Nachhut und Avantgarde. Vertriebene protestieren gegen die Baden-Badener Erklärung, in: Europa-Union 18 (1967), Heft 1, S. 4. Vertriebene begrüßen Diskussion. Europa-Union Niedersachsen verteidigt Baden-Badener-Erklärung, in: Europa-Union 18 (1967),

von der Positionsnahme der Europa-Union vor den Kopf gestoßen, von jenem Europa-Verband, der in den fünfziger Jahren so eindeutig hinter der Regierungspolitik der CDU/CSU gestanden hatte. So kam deutliche Kritik aus der Bundesgeschäftsstelle der CDU: „Wir können nicht verhehlen, daß wir die Entwicklung der Europa-Union angesichts der zutage tretenden Tendenzen mit Sorge verfolgen." Zwar wies die Europa-Union die Vorwürfe, sie würde sich etwa zum „Wegbereiter eines kommunistisch beherrschten Deutschlands" machen,[317] entschieden zurück und verwies dabei auf die Tatsache, „daß sich die Europa-Union nie an die Politik der Bundesregierung und der im Bundestag vertretenen Parteien gebunden" gefühlt habe, dennoch wird deutlich, in welchem Maße sich die Positionen in der Europa-Union verschoben hatten. Die Europa-Union konnte und wollte bestimmte Kreise des konservativen Spektrums seit Mitte der sechziger Jahre nicht mehr vertreten. Damit aber war jener Prozeß eingeleitet, der Anfang der siebziger Jahre zu einem Wiederaufleben der Paneuropa-Union in der Bundesrepublik führte.

Unerwartete Konkurrenz: Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Union

Richard Coudenhove-Kalergi hatte nach seiner Rückkehr aus dem Exil in den USA 1946 darauf verzichtet, seine Paneuropa-Union wiederzubegründen und sich statt dessen für ein Agieren auf parlamentarischer Ebene entschieden. Die aus diesem Entschluß hervorgegangene Europäische Parlamentarier-Union (EPU) hatte den Höhepunkt ihres Wirkens Ende der vierziger Jahre überschritten und sich dann der Europäischen Bewegung angegliedert. Daraufhin entschied Coudenhove-Kalergi, seine Paneuropa-Union wiederzubeleben – wir haben es bereits im Zusammenhang mit den Abendländern gesehen.[318] Damit stieß er sofort auf den Widerstand der übrigen Europa-Bewegungen, die unliebsame Konkurrenz fürchteten. Dies galt auch für die Europa-Union in der Bundesrepublik, führten doch Coudenhove-Kalergis Versuche, die Paneuropa-Union in Deutschland zu revitalisieren, nicht allein zur Existenz zweier rivalisierender Europa-Verbände, was in der westdeutschen Öffentlichkeit eher verwirrend wirken mußte, sondern auch zu einer massiven Konkurrenz um Spendengelder, die für das organisatorische Überleben der Verbände entscheidend waren. Entsprechend bezeichnete die Europa-Union die „finanziellen Folgerungen" aller Verhandlungen mit Coudenhove als die „eigentlichen Fragen".[319] Die Konkurrenz zwischen Europa-Union und Coudenhove-Kalergi war daher beinahe so alt wie die Europa-Union selbst. Jahrelang versuchten beide Seiten immer wieder, das Miteinander der Verbände zu regeln, allerdings von unvereinbaren Grundforderungen aus. Wollte Couden-

---

Heft 3, S. 10. Vgl. auch den Brief Oppenheim an Otto Freiherr von Fircks vom Landesverband des Bundes der Vertriebenen, 15. 2. 1967, ADSD EU/25.

317 Brief Gerold Rummler (CDU-Bundesgeschäftsstelle) an Müller, 28. 11. 1966, ADSD EU/25.

318 Vgl. Teil I, Kap. II.3.

319 Aufzeichnung zum Besuch Graf Coudenhove-Kalergis, Köln, 22. 1. 1962, ACDP I-148–116/02.

hove-Kalergi Zugang zu den bundesrepublikanischen Spendern erhalten, war die Europa-Union gerade hier nicht bereit, den Platz, den sie sich selbst erobert hatte, mit einem Konkurrenten zu teilen.

Als Coudenhove Mitte der fünfziger Jahre konsequenter als zuvor an die Reorganisation der Paneuropa-Union ging, war er angesichts der gefestigten Stellung der Europa-Union darauf angewiesen, inhaltliche Argumente zu finden, welche die Gründung eines weiteren Europa-Verbandes in der Bundesrepublik rechtfertigte. Außerdem brauchte er eine inhaltlich begründete „Publicity", die der Paneuropa-Union die notwendige Aufmerksamkeit garantieren sollte. Sein erster größerer Anlauf in diese Richtung erfolgte im Januar 1956, als er Ernst Friedländer und die Europa-Union wegen ihres „Deutschlandplans" scharf angriff.[320] Die diesem Konzept fehlende eindeutige Verankerung des wiedervereinigten Deutschlands im westlichen Bündnissystem versuchte Coudenhove-Kalergi auszunutzen, indem er einen „Offenen Brief" an Ernst Friedländer richtete und ihn bzw. die Europa-Union des Neutralismus bezichtigte. Coudenhove-Kalergi argumentierte nicht unrealistisch, wenn er schrieb, daß „freie Wahlen in einem totalitären Ostdeutschland [...] praktisch unmöglich sind" und „die Sowjets [...] keinen Friedensvertrag unterschreiben [würden], der nicht die Neutralisierung Deutschlands anerkennt". Er zog aus der inhaltlichen Kritik, ob nun gerechtfertigt oder nicht, die einzige ihm genehme Konsequenz: „Hier trennen sich die Wege der Paneuropa-Bewegung von denen der Europa-Union."[321] Coudenhove-Kalergi suchte eine Möglichkeit, die Paneuropa-Union in der Bundesrepublik wieder ins Spiel zu bringen. Dies erklärt auch seine Vorgehensweise, mit einem „Offenen Brief", den er gleichzeitig an Presse, Verbände, Institutionen und Einzelpersönlichkeiten in Politik und Wirtschaft schickte, an die bundesdeutsche Öffentlichkeit zu gehen.

Ernst Friedländer reagierte ebenfalls mit einem „Offenen Brief", der einerseits den Neutralismus-Vorwurf zurückwies und dessen aggressiver Unterton andererseits deutlich macht, daß die Spitze der Europa-Union durchaus verstanden hatte, welchem Zweck Coudenhoves Vorstoß diente. „Warum denn ‚Offene Briefe' schreiben, bevor auch nur versucht worden ist, etwaige Mißverständnisse aufzuklären? Der Sache kann dies nur schaden. Der Paneuropa-Union wird es nichts nützen. [...] Warum versuchen Sie, der Europa-Union etwas anzuhängen, und dann noch etwas so Ungereimtes wie den Hang zum Neutralismus? [...] Soll sich jeder der Öffentlichkeit und eventuellen Geldgebern dadurch als ‚guter Europäer' anpreisen, daß er den anderen als ‚schlechten Europäer' brandmarkt?"[322] Trotz dieser Kritik am Vorgehen des Paneuropäers kämpfte die Europa-Union allerdings mit den gleichen Bandagen. Die Antwortbriefe Friedländers (man tauschte noch zwei weitere Briefe aus) gingen in mehreren tausend Exemplaren an Presse,

---

320 Vgl. FN 27.

321 Offener Brief Coudenhove-Kalergis an Ernst Friedländer, 2. 1. 1956, ACDP I-148-116/01.

322 Offener Brief Ernst Friedländers an Coudenhove-Kalergi, 5. 1. 1956, ADSD EU/141.

Politik und Wirtschaft.[323] Im April 1956 fand dann im Presseclub in Bonn, unter der Gesprächsleitung des CDU-Politikers Franz Böhm, ein Streitgespräch zwischen Coudenhove-Kalergi und Friedländer statt. Auch dieses Treffen jedoch verstärkte die Verstimmungen nur, als Coudenhove am Ende der Diskussion ein vorab gedrucktes Papier seiner Thesen unter dem Titel „Auszüge aus der Debatte Coudenhove-Kalergi – Friedländer" verteilte und auch dies in der Bundesrepublik breitgestreut verschickte. Die Europa-Union begriff dies als „ungemein gefährlichen und mit unfairen Methoden vorgetragenen Angriff auf die Europa-Union und Friedländer, ein Vorgehen, das darauf abzielt, uns vor der Öffentlichkeit zu diskreditieren und das Licht der Coudenhoveschen Paneuropa-Union um so heller leuchten zu lassen".[324] Man zog mit einer eigenen Darstellung des Gesprächs nach. Als auch Franz Böhm – der sich auf die Seite der Europa-Union stellte – zur Feder griff, um seine Version der Debatte niederzuschreiben, ließ sich die Europa-Union die Chance nicht entgehen, das Gutachten Böhms „einem kleineren Kreis maßgebender Persönlichkeiten, der an dem Komplex Coudenhove ein besonderes Interesse haben könnte, zu übersenden".[325]

Aufgrund der gefestigten Stellung der Europa-Union und nicht zuletzt ihres massiven Vorgehens gegen Coudenhove hatte dieser mit seiner Aktion zwar nicht den Erfolg, den er sich möglicherweise gewünscht hatte. Doch andererseits konnte auch die Europa-Union nicht verhindern, daß sich die Paneuropa-Union in der Bundesrepublik zumindest formal rekonstituierte. Fortan versuchte man in jahrelangen und immer wiederholten Verhandlungen, ein einvernehmliches Miteinander zu organisieren – die Vorstellungen darüber, wie dieses Miteinander aussehen könnte, gingen allerdings auf beiden Seiten weit auseinander. Coudenhove erhoffte sich, wenn schon eine Vorrangstellung der Paneuropa-Union in der Bundesrepublik nicht möglich schien, eine Teilung der Spendeneinnahmen zwischen seiner Organisation und der Europa-Union. Jede darüber hinausgehende Einordnung verstand er als Unterordnung und lehnte sie ab. Für die Europa-Union kam freilich eine Halbierung der Spendeneinnahmen nicht in Frage. Immer wieder versuchte man, Coudenhove einzubinden, etwa, indem man ihm einen „Ehrensold" zahlen wollte unter der Bedingung, „daß er sich nur im Rahmen der Europäischen Bewegung betätigen" dürfe.[326] Dies wiederum lehnte Coudenhove strikt ab. Auch wenn die Paneuropa-Union in der Bundesrepublik organisatorisch nicht

---

[323] Aktennotiz des Generalsekretärs der EU für Friedländer, Oppenheim, Lüders, Berger, 12. 1. 1956, OA Europa-Union: Friedländer – Coudenhove K.

[324] Brief Generalsekretariat Europa-Union an Franz Böhm, 31. 5. 1956, ADSD EU/140.

[325] Pressemitteilung der Europa-Union, 20. 4. 1956, ADSD EU/140. Brief Franz Böhm an Lüders, Generalsekretariat Europa-Union, 26. 5. 1956, OA EU: Friedländer – Coudenhove K.

[326] Brief Friedländer an Bethmann, 16. 12. 1955, ADSD EU/109. Im Januar 1959 versuchte man, Coudenhove zum Halten von Vorträgen und Schreiben von Artikeln für die europäischen föderalistischen Verbände zu bezahlen und ihn auf diese Weise einzubinden. Coudenhove wies das Ansinnen zurück, da es – in der Tat – „keine andere Gegenleistung als unseren Verzicht auf Geldeinwerbung in Deutschland" verlange. Vgl. die Briefe zwischen Coudenhove-Kalergi und Ornstein, 14. 1. 1959 und 19. 1. 1959, ACDP I-148–116/02. Eine weitere „Verhandlungsrunde" wurde Anfang 1962 abgehalten, vgl. in ACDP I-148–116/02.

recht vom Fleck kam, so hieß dies dennoch nicht, daß die Europa-Union ihre Sorgen mit Coudenhove los gewesen wäre. Zwar konnte ihr die Paneuropa-Union als Verband kaum ernsthafte Konkurrenz machen, der Paneuropäer selbst aber beschäftigte die Spitze der Europa-Union mit nicht nachlassender Hartnäckigkeit. Die Verhandlungen mit Coudenhove trieben die Verantwortlichen in der Europa-Union regelmäßig zur Weißglut, insbesondere aufgrund des typischen Verhaltens Coudenhoves, getroffene Absprachen bereits am nächsten Tag nicht mehr als solche zu akzeptieren bzw. völlig anders auszulegen als alle anderen Gesprächsteilnehmer.

Doch wurde die Situation für die Europa-Union seit Anfang der sechziger Jahre, als die Politik de Gaulles ihre Wirkung entfaltete, noch bedeutend schwieriger. Denn Coudenhove hielt sich mit Mitteilungen über seine enge finanzielle und ideelle Anlehnung an den Gaullismus nicht zurück, und je stärker in der Bundesrepublik die Spannungen zwischen „Atlantikern" und „Gaullisten" aufbrachen, auf desto offenere Ohren stieß der Paneuropäer. Die Europa-Union hatte zwar bereits im Sommer 1958, etwa mit Eingaben an das Auswärtige Amt, zu verhindern versucht, „daß Coudenhove-Kalergi in einer neuen Pariser Phase der Europapolitik von vorneherein zum autorisierten Interpreten wird".[327] Doch spätestens Anfang der sechziger Jahre, als die Europa-Union sich selbst auf der „atlantischen" Seite positioniert hatte, waren die – bereits seit Jahren bestehenden – Fronten erneut abgesteckt. Coudenhove versuchte, den Gegensatz zwischen „Gaullisten" und „Antigaullisten" systematisch auszunutzen. Offenbar witterte er vor allem im Frühjahr 1963, angesichts der politischen Debatten um den Elysée-Vertrag, Morgenluft und startete einen erneuten Versuch, über inhaltliche Argumente für die Paneuropa-Union zu werben und auf diesem Wege der Europa-Union Mitglieder und Spender abspenstig zu machen. So verkündete er: „Die Erneuerung der Paneuropa-Union Deutschland soll künftig jedem deutschen Europäer die Möglichkeit geben, selbst darüber zu entscheiden, ob er Europa mit de Gaulle, d.h. mit Frankreich, oder gegen de Gaulle errichten will."[328]

Als besonders schwierig erwies sich diese drohende Konkurrenzsituation angesichts der Tatsache, daß die Europa-Union selbst in der ersten Hälfte der sechziger Jahre zunehmend finanzielle Probleme hatte. Die Bereitschaft, für „Europa" zu spenden, ging offenbar in Industriekreisen deutlich zurück, und einige Unternehmer nahmen die sich herauskristallisierende Polarisierung zwischen Europa-Union und Paneuropa-Union zum Anlaß, die Zuweisungen an die Europa-Union erst einmal ganz einzustellen.[329] Insgesamt erwies sich die Spendeneinwerbung für die Europa-Union selbst für einen dermaßen in Wirtschafts- und Finanzkreisen vernetzten Mann wie Oppenheim seit der ersten Hälfte der sechziger Jahre als

---

[327] Brief Koppe an Nostitz, Auswärtiges Amt, 6. 8. 1959, PAAA Ref. 201 (IA1)/245.
[328] Brief Coudenhove-Kalergi an Oppenheim, 20. 2. 1963, ACDP, I-148–119/01.
[329] Vgl. den vertraulichen Vermerk Müllers an Scheidgen, Eickhorn, Kopp, Focke, 16. 7. 1964, ADSD EU/227, nach welchem für das laufende Haushaltsjahr rund 100000,– DM fehlten.

„bedeutend schwieriger" als noch in den Fünfzigern.[330] Der Gemeinsame Markt war mehr oder weniger Realität, und damit das, was sich die Industrie von der europäischen Integration versprochen hatte. Der Kampf für ein supranationales politisches Europa hingegen hatte schon in den fünfziger Jahren (und den Jahrzehnten zuvor) nicht zu den wichtigsten Interessen der Industriellen gehört, ja, mit supranationalen Elementen verband sich sogar die Sorge vor einer Einschränkung wirtschaftlicher Freiheit. So nahm der Einfluß wirtschaftlicher Interessen in der Europa-Union selbst eher ab, was die Organisation nicht zuletzt finanziell zu spüren bekam.

Gerade aufgrund dieser Tatsache mußte die Europa-Union umso heftiger ihre „Monopolstellung" in der Bundesrepublik gegenüber der Paneuropa-Union verteidigen. Man tat, was man konnte, um weitere Erfolge Coudenhoves in der Bundesrepublik zu verhindern, vor allem, indem man gezielt auf mögliche Finanziers und öffentliche Stellen zuging, um sie über den „wahren Charakter" des Paneuropäers aufzuklären. So stellte das Generalsekretariat 1963 eine Dokumentation mit den wichtigsten politischen Äußerungen Coudenhoves zusammen, welche man an jene Personen versandte, von denen man wußte, daß Coudenhove mit ihnen wegen der Neugründung der Paneuropa-Union in Kontakt stand.[331] Die Dokumentation bezog sich vor allem auf Coudenhoves Memorandum „Zur deutschen Frage". Indem man Coudenhove verdächtigte, durch die von ihm geforderte Anerkennung der DDR „Moskau in die Hände" zu arbeiten, versuchte man ihn über den noch immer höchst wirksamen Antikommunismus unglaubwürdig zu machen.[332] Gleichzeitig ließ Oppenheim seine Beziehungen spielen und versuchte auf Spender Einfluß zu nehmen, etwa wenn er Hermann Josef Abs bat, „mit den Herren des Vorstandes der Daimler-Benz AG in Sachen Paneuropa-Union" zu sprechen.[333] Auf diese Weise versuchte die Europa-Union konkret Coudenhoves organisatorische Bemühungen zu unterwandern, ein Vorgehen, dem ein gewisser Erfolg nicht abgesprochen werden kann.

Dennoch konnte die Europa-Union die Neugründung bzw. Wiederbelebung der Paneuropa-Union in der Bundesrepublik nicht verhindern. Der Verband restituierte sich langsam, und wenn es noch organisatorische Probleme und Rückschritte gab, so lag dies vor allem an internen Auseinandersetzungen um Coudenhoves Führungsanspruch. In der PEU sollten sich aber langsam jene sammeln, deren politische Vorstellungen ein atlantisches Europa westlicher Prägung, so wie es die Europa-Union vertrat, nicht entsprach. Wie auch am CEDI bereits zu sehen

---

330 Protokoll der Sitzung der Finanzkommission, 9. 6. 1965, ADSD EU/227. Vgl. auch Protokoll der Sitzung der Finanzkommission, 8. 12. 1964, ADSD EU/227

331 Vgl. Brief Oppenheim an Coudenhove, 19. 6. 1963, ACDP, I-148–116/02, in dem er dies ganz offen formuliert.

332 Protokoll der Sitzung des Präsidiums der EU, 8. 3. 1963, ADSD EU/92. Vgl. die Dokumentation „Paneuropa und Europa. Graf Coudenhove-Kalergi und die europäische Integration", ACDP I-148–119/01. Coudenhove reagierte empört: „Ihr Rundschreiben stellt mich als Gegner der Wiedervereinigung hin, was weder wahr noch fair ist und geeignet ist, meinen Ruf in der Bundesrepublik zu untergraben." (ACDP, I-148–116/02). Eben dies lag ja auch im Interesse der Europa-Union.

333 Brief Oppenheim an Abs, 16. 2. 1967, ADSD EU/112.

war, bestand in der Bundesrepublik der sechziger Jahre durchaus Interesse an Europa-Ideen und Europa-Bewegungen, die die Europa-Union nicht zu vertreten bereit war. Die eindeutigen politischen Stellungnahmen der Europa-Union gegen de Gaulle und für eine europäische Entspannungspolitik, die der Europa-Union nach einigen Jahren der ausschließlichen Konzentration auf wirtschaftliche Fragen der europäischen Einigung wieder ein politisch konturiertes Profil gegeben hatten, führten im Gegenzug dazu, daß bestimmte politische Kreise sich von ihr nicht mehr repräsentiert sahen. Selbst wohlgesonnene Persönlichkeiten wie etwa Heinrich von Brentano sahen die „antigaullistische" Positionsnahme der Europa-Union zumindest kritisch. So warnte der frühere Bundesaußenminister noch kurz vor seinem Tod: „Antigaullisten mag es in Frankreich geben, aber wir haben die legitime Regierung unseres Nachbarvolkes und den großen Politiker an seiner Spitze zu respektieren. Sonst wollen wir gleich wieder das fröhliche Lied singen: Am deutschen Wesen soll die Welt genesen!"[334] Die in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre eindeutige Vormachtstellung der Europa-Union als Europa-Verband in der Bundesrepublik geriet aufgrund der politischen Positionsnahme im Umfeld der Auseinandersetzungen zwischen „Atlantikern" und „Gaullisten" ins Wanken. Wäre Coudenhove-Kalergi nicht eine dermaßen schwierige Persönlichkeit gewesen, hätte sich ihm bereits Mitte der sechziger Jahre in der Bundesrepublik eine Chance geboten, die Machtposition der Europa-Union zu brechen. Anfang der siebziger Jahre sollte dies dann der „abendländisch" erneuerten Paneuropa-Union gelingen. Denn nun kamen mit der Entspannungspolitik und vor allem den gesellschaftlichen Unruhen Ende der sechziger Jahre weitere Elemente hinzu, die in konservativen Kreisen das Interesse an einem eigenen Europa-Verband wachsen ließen. Doch nicht nur von dieser Seite sah sich die Europa-Union Ende der sechziger Jahre in ihrem Selbstverständnis in Frage gestellt.

„Honoratiorenverband oder APO?"[335]: die Europa-Union an der Schwelle der siebziger Jahre

Im Gefolge der inhaltlichen Neupositionierung begann die Europa-Union in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre langsam ihr Selbstverständnis zu ändern. Abgezeichnet hatte sich der langsame Wandel bereits in der ersten Hälfte der sechziger Jahre. Dies bezog sich zuvorderst auf das Verhältnis des Verbandes zur Politik. Denn je mehr die Europa-Union inhaltlich wieder klarer Stellung bezog, desto kritischer stand sie auch der Bundesregierung gegenüber. Hatten sich ihre Positionen in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre mit jenen der Regierung eigentlich vollständig gedeckt, so wurde knapp zehn Jahre später Kritik laut. Vor allem Bundeskanzler Erhard, der supranationalen Integrationsschritten immer ablehnend gegenüberstand, hatte in der Europa-Union kaum Freunde, und sein Scheitern führte man auch „auf die Nichtbeachtung europäischer Prioritäten zurück".[336]

---

[334] Brief Brentano an Oppenheim, 1. 10. 1964, BA N 1239/37.

[335] Eickhorn, Gerhard: Honoratiorenverband oder APO? Zum Selbstverständnis der Europa-Union, in: Europa-Union 20 (1969), Heft 4, S. 11.

[336] An Europa gescheitert. Der neue Kanzler muß Anschluß an die europäische Entwicklung

Auf den Kanzler der Großen Koalition, Kurt Georg Kiesinger, hingegen setzte der Verband größere Hoffnungen, auch weil er jahrelang Präsidiumsmitglied der Europa-Union gewesen war.[337] Schon bald stellte sich jedoch heraus, daß sich das Verhältnis der Europa-Union zur Großen Koalition nicht so gut entwickelte, wie man sich erhofft hatte. Beim XVIII. Kongreß im März 1968 waren „anders als bei früheren Kongressen weder der Bundeskanzler noch der Außenminister noch ein Kabinettsmitglied nach Köln gekommen".[338]

So ging die Bedeutung der Europa-Bewegung langsam zurück. Waren in den fünfziger Jahren noch Politik und Verwaltung von der Wichtigkeit eines großen Europa-Verbandes wie der Europa-Union überzeugt gewesen, zu dem gute Beziehungen zu erhalten nur von Nutzen sein konnte, so war in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre davon kaum noch etwas zu spüren. Die europäische Integration wurde, trotz aller Rückschläge und Verzögerungen, zu diesem Zeitpunkt von den politischen Parteien in der Bundesrepublik und auch breiten Bevölkerungsschichten nicht mehr in Frage gestellt. Da bedurfte es eines „europäischen Gewissens", als das sich die Europa-Union sah, kaum mehr. Gleichzeitig gab es wichtigere Probleme als die europäische Einigung. Vor allem die Entspannungspolitik bewegte die westdeutschen Gemüter in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre erheblich mehr als „Europa", und auch diese Entwicklung trug kaum dazu bei, den Stellenwert und die Wirkungsmächtigkeit eines Europa-Verbandes zu erhöhen.

Die Europa-Union erklärte das Fehlen wichtiger Politiker auf dem Kongreß 1968 verständlicherweise anders, nämlich mit einem fehlenden Engagement der Großen Koalition in europapolitischen Fragen: „Die Unsicherheit der Großen Koalition auf allen europäischen Wegen und ihre Zurückhaltung gegenüber jedem klarem Engagement mußte nicht erst auf dem Jahreskongreß bewiesen werden. Sie waren schon vorher deutlich zu erkennen." So war das Urteil über die Europa-Politik der Großen Koalition bald gesprochen: „Eine kümmerliche Bilanz."[339] Das ehemals so gute Verhältnis der Europa-Union zu Bonn war gestört.

Der nun in den Reihen der Europa-Union einsetzende Prozeß zeigt, daß sich innerhalb des Verbandes die Positionen tiefgreifend zu verschieben begannen. Denn bald wandelte sich die Kritik gegenüber der Regierungspolitik ins Grundsätzliche: „Alle Regierungen reden von Europa, aber alle betreiben die alte nationale Souveränitätspolitik weiter."[340] Das Mitte der fünfziger Jahre so starke Ver-

---

finden, in: Europa-Union 17 (1966), Heft 11, S. 1. Vgl. auch: Kanzlerworte über Europa. Erhards merkwürdiges Verhältnis zur EWG, in: Europa-Union 17 (1966), Heft 9, S. 1.

[337] Vgl.: An Europa gescheitert. Der neue Kanzler muß Anschluß an die europäische Entwicklung finden, in: Europa-Union 17 (1966), Heft 11, S. 1. Wünschenswert und möglich. Eine Nachbetrachtung zur Regierungserklärung, in: Europa-Union 18 (1967), Heft 1, S. 1.

[338] Loch, Theo M.: Wider Resignation und Bequemlichkeit. Der Kongreß der Sachlichkeit, in: Europa-Union 19 (1968), Heft 3, S. 1. Dort auch das nächste Zitat. Vgl. auch: Koppe, Karl-Heinz: Die Regierung drückt sich. Öffentliche Meinung steht hinter der Europa-Union, in: Europa-Union 19 (1968), Heft 3, S. 3.

[339] Hertsch, Helmut: Kanzlerworte. Wir haben uns die Europapolitik der Großen Koalition anders vorgestellt, in: Europa-Union 19 (1968), Heft 3, S. 1. Vgl. auch: Protokoll der Sitzung des Präsidiums, 9. 9. 1967, ADSD EU/93.

[340] Sie haben alle versagt. Zur Aktion der Europa-Union, in: Europa-Union 19 (1968),

trauen in die Regierungen und Parlamente schwand, und der Ton der Europa-Union wurde rebellisch wie seit Anfang der fünfziger Jahre nicht mehr. Aus der tiefen Unzufriedenheit der Europa-Union mit der Politik der Regierungen Europas entwickelte sich ein neues Selbstverständnis. Man wollte Widerstand leisten gegen einen um sich greifenden Nationalismus, den man allenthalben in Europa ausmachte. Dabei bezog man sich übrigens durchaus auf die „eigenen" Wurzeln im europäischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus: „Die Erkenntnisse, die von den Widerstandskämpfern gegen Hitler noch während des letzten Krieges gewonnen wurden, sind niemals entwertet worden. Und so gilt es heute abermals Widerstand zu leisten gegen den Nationalismus, gegen das Beharren in altgewohnten, längst überlebten Vorstellungen."[341] Plötzlich war sogar das „Volk" wieder im Gespräch, jenes Volk, dessentwegen man sich Mitte der fünfziger Jahre von der UEF getrennt hatte: „Aber lebt in ihnen [den Völkern Europas] noch etwas von dem Geist des Widerstands, der heute ein Widerstand [ist] gegen das Vergangene, gegen die Enge des restaurierten Nationalstaates, gegen kurzsichtige Interessenpolitik, gegen Gleichgültigkeit und falsche Versprechungen?"[342] Diese bereits Mitte der sechziger Jahre manifeste Stimmung in der Europa-Union erhielt entscheidenden Auftrieb durch die Studentenunruhen der späten sechziger Jahre. Daran hatte vor allem die jüngere Generation im Präsidium Anteil, die im Umfeld der Studentenbewegung Protest gegen die Europa-Union als „Honoratiorenverband" erhob.[343]

Der Wandel, in dem sich die Europa-Union befand, ist offensichtlich. Die seit einem guten Jahrzehnt praktizierten Arbeits- und Wirkungsweisen, die das Präsidium Mitte der fünfziger Jahre eingeführt hatte, fanden plötzlich keinen Anklang mehr. Dabei gerieten die damals getroffenen Positionsentscheidungen in fundamentaler Weise auf den Prüfstand. Es konnte nach Auffassung der Reformkräfte in der Europa-Union nicht darum gehen, weiterhin ein als zu harmlos begriffenes „europäisches Gewissen" der Bundesrepublik zu sein: „Weg vom Status der vorparlamentarischen Hilfstruppe der Regierung – hin zur oppositionellen Aktionsgemeinschaft!", vom „Establishment zur Opposition", „weg von der Unverbindlichkeit!"[344] – das waren die Parolen, die „1968" in der Europa-Union umgingen. Manch einer begriff die Arbeit in der Europa-Union als Opposition gegen den Nationalismus und als Kampf für Europa: „Unser Vietnam ist Europa!"[345]

Heft 5, S. 1. Vgl. auch: Europas Regierungen haben versagt. Das Memorandum der Europa-Union Deutschland zur diesjährigen Grenzaktion, in: Europa-Union 19 (1968), Heft 5, S. 4.

341 Friedländer, Ernst: Drei Aufgaben, in: Europa-Union 17 (1966), Heft 10, S. 2.

342 Macht wieder Ernst mit Europa. Erklärung des XV. Kongresses der Europa-Union in Bad Godesberg 1965, abgedruckt in: Für ein föderales Europa, S. 60f., hier S. 60.

343 1969 entstammten von insgesamt 16 Präsidialmitgliedern vier der JEF, im Hauptausschuß kamen weitere fünf hinzu: Heinz Kramer (Bundesvorsitzender der JEF), Arno Krause, Rudolf Woller, Axel N. Zarges.

344 Hertsch, Helmut: Der große Sprung nach vorn. Zur Strategie der permanenten politischen Aktion, in: Europa-Union 20 (1969), Heft 2, S. 3. Vom Establishment zur Opposition. Unruhige Europäer demonstrieren, in: Europa-Union 19 (1968), Heft 5, S. 1.

345 Koppe, Karl-Heinz: Unser Vietnam ist Europa, in: Europa-Union 19 (1968), Heft 5, S. 2. Bei den jüngeren Vertretern der Europa-Union und in der JEF schwang viel Sympathie

Die alte Struktur der Europa-Union geriet dabei gehörig in die Kritik: „So umgibt sich die Europa-Union mit einem Strahlenkranz von Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft, denen [...] die hehren Ideale und Forderungen des Föderalismus nahegebracht werden sollen, auf daß ihre europäische Fieberkurve steige und einfließe in die Hitze ihrer täglichen Gefechte. Doch an Stelle der Bewegung steht nicht selten statuarische Reserve."[346] Damit tauchte auch die Idee der „Massenbewegung" wieder aus der Versenkung auf. Es sollte nun darum gehen, „aus der Europa-Union wieder – oder erstmals – eine wirkliche europäische *Bewegung* zu machen".[347] Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß die Europa-Union sich seit Jahren mit „eingeschlafenen" Kreisverbänden konfrontiert sah, die selbst ein „Regionalbeauftragter" des Generalsekretariates nicht zu neuem Leben hatte erwecken können,[348] schöpfte die junge Generation angesichts der APO und der Studentenproteste, welche scheinbar die „Massen" zu mobilisieren vermochten, neue Hoffnung. Dabei geriet jene Generation, welche Mitte der fünfziger Jahre durch eine Kombination von wirtschaftlichen Interessen und „westlichen" Ideen die Europa-Union reformiert hatte, in die Kritik. Es zeigte sich für die jungen Reformer „zunehmend, daß sie [die ältere Generation in der Europa-Union] keine Kraft mehr hatte, die zweite und dritte Stunde [nach der ersten Stunde in den Anfangsjahren der Europa-Union] durch neue Initiativen zu gestalten. Sie neigte zu Wiederholungen. Sie geriet in Gefahr, zu einer Sekte zu schrumpfen."

So sah sich ein Teil des Präsidiums, jene wenigen, die seit 1955 noch übrig geblieben waren, nun mit genau jenen Anschuldigungen konfrontiert, die sie damals selbst gegenüber der UEF geäußert hatten: nicht mehr als eine Sekte zu sein.[349] Und die neuen, reformorientierten Kräfte wollten in vielem genau zu den Zuständen zurückkehren, die die Reformer von damals gezielt hatten überwinden wollen. Angesichts einer Regierungspolitik, die die überzeugten „Europäer" im Hinblick auf ihre Initiativen zur europäischen Einigung enttäuschte, kamen ganz ähnliche Frustrationen auf wie Ende der vierziger Jahre, als man ja ebenfalls gehofft hatte, Europa auf Druck der Bevölkerung quasi an den Regierungen vorbei schaffen zu können. Plötzlich hieß es wieder wie Ende der vierziger Jahre, die Europa-

---

für die demonstrierenden Studenten mit. So forderte der JEF-Vertreter im Präsidium der Europa-Union, diese „möge sich von dieser pauschalen Verketzerung politisch Andersdenkender eindeutig distanzieren". Vgl. Bericht Müllers (Generalsekretär der Europa-Union) an Oppenheim, 2. 5. 1968, ADSD EU/112.

346 Petermann, F.: Engführung – ein Beitrag zum Selbstverständnis der Europa-Union, in: Europa-Union 20 (1969), Heft 6, S. 10.

347 Schack, Alard von: Eine neue Lage – neue Bewegung. Eine Aufforderung zum Umdenken bei der Aktion, in: Europa-Union 20 (1969), Heft 10, S. 4 Dort auch das folgende Zitat.

348 Koppe, Das grüne E, S. 104 und S. 123. Vgl. z. B. den Geschäftsbericht des Hauptverbandes, Kongreß 1964, ADSD EU/19, wo es hieß: „Während sich in den vergangenen Jahren Präsidium und Hauptausschuß in vielen Fällen auf Anträge, Anregungen oder Vorschläge der Landesverbände und Kreisverbände stützen konnten, gingen solche Diskussionsbeiträge in letzter Zeit völlig zurück."

349 Von dem alten Präsidium waren zu diesem Zeitpunkt noch Friedrich Carl von Oppenheim, Hans Albert Kluthe, Otto Bach, Ludwig Rosenberg (wieder) und Ernst Friedländer als Ehrenpräsident übrig.

Union müsse eine wirkliche Massenbewegung werden. Wenn damals eine offenkundig europafreundliche Stimmung die Verantwortlichen in der Europa-Union auf eine massenhafte Beteiligung an einer europäischen Einigungsbewegung hatte hoffen lassen, so waren es Ende der sechziger Jahre die auf den Straßen demonstrierenden Studenten. Die Zurückgezogenheit ins Private, welche die „Adenauerzeit" bestimmt hatte, schien überwunden, und damit schienen sich auch dem politischen Engagement für „Europa" wieder neue Chancen zu eröffnen. Die „Netzwerk"-Methoden, die die Europa-Union seit Mitte der fünfziger Jahre entwickelt hatte und die ihr in allen politischen Parteien und öffentlichen Verbänden Ansprechpartner vermittelt hatten, galten vor diesem Hintergrund als antiquiert und überkommen.

Doch gingen die „jungen Wilden" in der Europa-Union noch weiter. Nicht nur die Wirkungsformen gerieten auf den Prüfstand. Vielmehr zeigte sich wiederum, wie schon so häufig in der Geschichte der hier betrachteten Europa-Organisationen, daß die Ideen, die eine Gruppe vertrat, und ihre Wirkungsabsichten und -methoden eng miteinander verbunden waren. So stellten die jungen Kräfte in der Europa-Union auch ganz neue Ordnungsvorstellungen zur Diskussion. Sie forderten, angelehnt an die Studentenbewegung, eine „Neuordnung der europäischen Gesellschaft" und damit einhergehend die Klärung gesellschaftspolitischer Ziele des Verbandes. Dabei klangen zum Teil sozialistische Parolen an – eine Tatsache, die den älteren westlich-liberalen Vertretern in der Europa-Union ein Graus war.[350]

Die Auseinandersetzungen waren auch ein Generationenkonflikt. Die Europa-Union stand Ende der sechziger Jahre vor der Frage, was sie sein wollte: „Honoratiorenverband oder APO?"[351] Erstmals seit den frühen fünfziger Jahren stellte sich damit für die Europa-Union wieder radikal die Frage nach ihrem Selbstverständnis, und sie stellte sich, das ist beachtenswert, unter völlig veränderten politischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten in ganz ähnlichen Konstellationen wie damals. Für die ältere Generation in den Reihen der Europa-Union mußte diese Entwicklung erschreckend sein. Die von ihnen seit Mitte der fünfziger Jahre vorangetriebene „Pragmatisierung" und vermeintliche „Entideologisierung" sah sich plötzlich mit neu auflebenden Ideologien konfrontiert. Und was das schlimmste war: Es handelte sich auch noch um sozialistische, gar marxistische Modelle, die plötzlich nicht nur gesamtgesellschaftlich, sondern auch im eigenen Verband im Umlauf waren. Die alten „Westernisierer" mußten diese Entwicklung als Niederlage empfinden. Und so spiegelt sich – ein letztes Mal – in den untersuchten Europa-Verbänden eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung. Die ältere „Gründergeneration" der Bundesrepublik reagierte auf die Ereignisse um das Chiffrejahr „1968" mit Unverständnis und Erschrecken und sah sich um die Früchte ihrer Arbeit betrogen. Daß auch die Abendländer in der „Studentenrevolte" nur Auflösung und Chaos sahen, bedarf dabei kaum der Erwähnung.

---

[350] Vgl. u.a.: Rahmen und Inhalt. Die politische Diskussion in Saarbrücken, in: Europa-Union 20 (1969), Heft 12, S. 4.

[351] Eickhorn, Gerhard: Honoratiorenverband oder APO? Zum Selbstverständnis der Europa-Union, in: Europa-Union 20 (1969), Heft 4, S. 11.

Durchsetzen konnte sich die junge Fraktion in der Europa-Union indes nicht vollständig. Man versuchte einen Kompromiß zu finden, „einen mittleren Kurs [...] zwischen dem Beharren auf bisherigen Formen der Arbeit und progressiven Methoden [...]".[352] Es war angesichts der früher undenkbaren Abstinenz wichtiger Politiker bei Kongressen der Europa-Union, aber auch angesichts stagnierender, teils sogar rückläufiger Mitgliederzahlen sogar der älteren Generation klar, daß sich etwas ändern mußte. Der Verband mußte neue Mittel und Wege finden, wenn er auch in den siebziger Jahren eine politische und gesellschaftliche Rolle spielen wollte: „Das bisherige Selbstverständnis der Europa-Union als ideeller Verein und als Expertengremium zu europäischen Fragen mag nach wie vor richtig sein, nur reicht das heute und auf Dauer nicht mehr aus, um in der Öffentlichkeit gehört zu werden und um uns Respekt bei den politisch Verantwortlichen zu verschaffen." Sich zu einem Teil der APO oder der Studentenbewegung zu stilisieren und dabei gar die bestehende gesellschaftliche Ordnung in Frage zu stellen, kam für einen Großteil der Europa-Union-Verantwortlichen allerdings nicht in Frage. Argumentativ berufen konnten sich die „Gemäßigten" dabei einerseits auf die Tatsache, daß die Europa-Union eben „keine homogene Gruppe, wie das nun einmal Studenten sind", darstellte. Vielmehr war „sie in ihrer gegenwärtigen Struktur ein Teil des Establishments, das von großen Teilen der Studenten bekämpft wird", und an dieser Tatsache war auch nichts zu ändern. Zum anderen aber stellte sich schon bald heraus, daß die protestierenden Studenten sich für alles interessierten, nur nicht für Europa. Die europäische Integration war „1968" kein Thema, und so gab es auch für die Europa-Union keine Chance, sich diesem Protest anzuschließen, selbst wenn sie es gewollt hätte.

Dennoch bemühte man sich, neue Aktionsformen zu entwickeln, um die Einsicht, daß auf die neuen Zeiten in neuer Form zu reagieren sei, in die Tat umzusetzen. Genau das taten zur gleichen Zeit auch die Abendländer, die nun begannen, in der Paneuropa-Union von ihren alten Wirkungsformen Abschied zu nehmen.[353] Bereits 1965 hatte man in der Europa-Union begonnen, über „zeitgemäße Veranstaltungsformen" nachzudenken. Seit 1967 fanden jährliche „Aktionen" unter spezifischen Themen statt: „Alle Europäer wollen – Reisen ohne Grenzkontrollen" (1967), „Eine Währung für Europa" (1968) und „Europas Regierungen haben versagt" (1969). Zentren dieser Aktionen waren europäische Grenzübergänge, an denen Europa-Unions-Mitglieder demonstrierten und Flugblätter verteilten. Dabei scheute man weder Kosten noch Aufwand: 1969 beispielsweise verteilten über 700 Mitglieder rund 500000 Flugblätter und Broschüren, 9000 Plakate, 10000 Luftballons, 15000 Papierfähnchen, 8000 Europa-Wimpel, Transparente und Autoplaketten. Im gesamten Bundesgebiet gingen zusätzlich 800000 Flugblätter an Interessierte.[354] Ziel war es zu „beweisen, daß unsere friedlichen und zugleich militanten Bataillone im Kampf für Europa ein Wörtchen mitzure-

[352] Ebenda. Hier auch die folgenden Zitate.
[353] Vgl. Teil I, Kap. II.3.
[354] Geschäftsbericht der Europa-Union Deutschland vom 20. 11. 1966 bis 22. 11. 1969, Bonn o. J., S. 23f.

den haben".[355] Mit den Europa-Aktionen trat der Bundesverband der Europa-Union nach Jahren erstmals wieder massiv der Öffentlichkeit ins Bewußtsein. Die ideelle Neuorientierung im Verlauf der sechziger Jahre ging also, wie so häufig, auch mit einem Wandel der Aktions- und Wirkungsformen einher.[356]

Und in noch einem Punkt sollte sich Ende der sechziger Jahre für die Europa-Union etwas ändern. Die seit 1956, als die Europa-Union zusammen mit belgischen und französischen Föderalisten aus der UEF ausgetreten war, bestehende Spaltung innerhalb der europäischen Föderalisten ging 1967/1968 zu Ende. Denn es stellte sich heraus, daß die UEF, mittlerweile in Europäische Föderalistische Bewegung (EFB) umbenannt, ihre Positionen gemäßigt und die Europa-Union die ihren etwas „radikalisiert" hatte. Ein Miteinander wurde wieder möglich. So fand mit der Grenzaktion 1967 erstmals in der Geschichte der Europa-Union eine Veranstaltung statt, die international angelegt, d. h. von verschiedenen nationalen Verbänden gemeinsam organisiert war. Bisher hatten, für Europa-Verbände auf den ersten Blick erstaunlich, solche „grenzüberschreitenden" Aktionen nie stattgefunden.

Damit ging in den Reihen der Europa-Union die Hoffnung einher, nun auch die „nationale Phase" des Verbandes überwinden zu können.[357] Denn die AEF war niemals ein starker Verband gewesen, da in ihr der Europa-Union gleichwertige Verbände aus anderen Ländern nicht vertreten gewesen waren. Vor allem den französischen Föderalistenverbänden waren unter der Präsidentschaft de Gaulles die öffentlichen Mittel weitgehend entzogen worden.[358] Insbesondere die jüngeren Mitglieder der Europa-Union forderten Ende der sechziger Jahre eine stärkere Internationalität. In ihren Augen konnte es nicht angehen, daß gerade die Europa-Verbände national verhaftet waren und ausschließlich den nationalen Raum als ihr Aktionsfeld begriffen.[359] Tatsächlich war die Europa-Union, trotz ihres europäischen Anspruchs, lange Zeit in stärkerem Maße national verankert gewesen als die Abendländer mit ihrem CEDI. Dies lag nicht zuletzt in ihrem eigenen Selbstverständnis als deutscher Verband, der auf die deutsche Öffentlichkeit und Politik Einfluß nehmen und dabei nicht zuletzt deutsche Interessen vertreten wollte.

Aber war das nicht immer so gewesen, seit es in Deutschland Europa-Verbände und -Gruppierungen gab? „Europa", das „Abendland", das „Reich", „Mitteleuropa": All diese Begriffe waren, ebenso wie ihre Vertreter, überwiegend auf Deutschland gerichtet, blieben in ihrem Denken und Handeln auf Deutschland fixiert. Es ging um die beste Ordnung für Deutschland, es ging um die Beeinflus-

---

[355] Hertsch, Helmut: Der Sturm auf die Grenzen. Wenn Europäer eine deutliche Sprache sprechen..., in: Europa-Union 18 (1967), Heft 6, S. 1.

[356] Vgl. auch: Zarges, Axel N.: Aufgaben für morgen. Bericht über die künftige Arbeit der Europa-Union, in: Europa-Union 18 (1967), Heft 4, S. 4.

[357] Koppe, Das grüne E, S. 140. Vgl. auch: Schöndube, Claus, Der Erfolg gibt uns recht. Gedanken zur Zusammenarbeit von AEF und EFB, in: Europa-Union 18 (1967), Heft 9, S. 10.

[358] Geschäftsbericht der Europa-Union Deutschland vom 20. 11. 1966 bis 22. 11. 1969, Bonn o. J., S. 3.

[359] Vgl. u. a.: Hertsch, Helmut: Der große Sprung nach vorn. Zur Strategie der permanenten politischen Aktion, in: Europa-Union 20 (1969), Heft 2, S. 3.

sung der deutschen Öffentlichkeit und Politik. Europäische Verbände waren deutsche Verbände, von der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bis in die siebziger Jahre. Das nationalstaatliche Paradigma behielt über die Zäsuren des 20. Jahrhunderts hinweg seine Wirkmächtigkeit selbst für jene, denen es um seine Überwindung ging. Daran änderte sich auch am Ende des Untersuchungszeitraums nichts. Die Europa-Union hatte weiterhin ihr Wirkungszentrum in der Bundesrepublik.

Am Ende der sechziger Jahre befand sich der Verband im Umbruch. In welche Richtung die Reise gehen sollte, war nicht abzusehen. Angesichts der massiver werdenden finanziellen Probleme konnte die Europa-Union jedenfalls nicht sorgenlos in die Zukunft blicken. Die Europaskepsis in der deutschen Bevölkerung wuchs, der europäische Einigungsprozeß stagnierte. Hinzu kam die Konkurrenz der stärker werdenden Paneuropa-Union. Sicher war, daß die „Hochphase" europäischen Engagements in der Bundesrepublik vorüber war. Denn es stellte sich bald heraus, daß der politische und gesellschaftliche Mobilisierungsschub in Westdeutschland, der auf „1968" folgte, anderen gesellschaftlichen Gruppen und Verbänden zugute kommen sollte. Die Zeit, in der „Europa" als Synonym für gesellschaftliche Zukunftsentwürfe stand, in der „Europa" ähnlich aufgeladen war wie lange Zeit die „Nation", war endgültig vorüber. Dies lag nicht zuletzt daran, daß sich nun stärker als jemals zuvor in Deutschland ein Europaverständnis durchgesetzt hatte: das einer freiheitlich-demokratischen, pluralistischen und liberalen europäischen Gesellschaft. Andere, alternative Begriffe und Konzepte wie das „Abendland", die andere Visionen für den europäischen Kontinent vertraten, waren in den Hintergrund getreten und konnten sich nur in veränderter, in „angepaßter" Form bis in die Gegenwart retten. Insofern hat sich die Europa-Union am Ende doch durchgesetzt. Die von ihr in der Mitte der fünfziger Jahre vertretene Europaidee, die ihren Ursprung in ganz unterschiedlichen Traditionen, Erfahrungen und Interessen auch aus den Jahren vor 1945 hatte, war – und ist – zum gesamtgesellschaftlich dominierenden Europaverständnis der Bundesrepublik geworden. Für die Europa-Union als Organisation indes war dieser Sieg eine Niederlage. Denn gleichzeitig mit der gesellschaftlichen Akzeptanz der von ihr vertretenen europäischen Idee schien diese auch ihren Reiz zu verlieren. „Europa" war in den siebziger Jahren eben nicht mehr jenes „herrliche Thema, in dessen Rahmen man alles sagen [konnte], was zu sagen nottut".[360]

[360] Brief Spiecker an Kluthe, 14. 12. 1939, zitiert nach Runge, Politische Identität und nationale Geschichte, S. 111.

Zusammenfassung und Ausblick

Das Europa der Deutschen hat es bis in die sechziger Jahre hinein nicht gegeben: Die Analyse der Abendland- und der Westeuropa-Idee vom Ende des Ersten Weltkriegs bis an die Schwelle der siebziger Jahre hat deutlich gemacht, wie stark sich Europakonzepte voneinander unterscheiden konnten, je nachdem, welchen (politischen) Standpunkt ihre Träger innehatten, welche Sozialisation und biographischen Prägungen sie erfahren hatten und welche Interessen sie mit „Europa" verbanden. Bei den betrachteten Europakonzepten handelte es sich nicht allein um Nuancierungen in der politischen oder wirtschaftlichen Ausgestaltung einer europäischen Einigung. Vielmehr trafen im Nachdenken über Europa diametral entgegengesetzte Weltbilder und Ordnungsvorstellungen aufeinander. Ideen wie das „Reich", das „Abendland" oder „Mitteleuropa" waren deutsche Europavorstellungen, die sich grundsätzlich unterschieden von jener Europaidee, die wir heute vertreten: Der Idee von Europa als einer Wertegemeinschaft, die die übernationale Verwirklichung von Demokratie, Pluralismus, Föderalismus und Menschenrechten bedeutet.

Unsere heutige – in diesem Sinne positiv besetzte – Idee von Europa hat lange auch die Perspektiven der Forschung geprägt: Ihren Wurzeln galt es in der Geschichte nachzuspüren. Tatsache ist jedoch, daß eine solche Definition deutschen Europaverständnisses historisch zu kurz greift. Sie blendet entscheidende Traditionsstränge europäischen Denkens und entscheidende Wurzelstränge deutscher Europapolitik im Vorfeld der Integration seit den fünfziger Jahren aus: jene Traditions- und Politikstränge nämlich, welche Europa grundsätzlich nicht demokratisch, pluralistisch oder liberal ordnen wollten, sondern etwa nach konfessionellen, ständischen, elitären, imperialen, rassischen, monarchistischen oder sozialistischen Vorgaben. Das Verhältnis der Deutschen zu Europa hat sich im Verlauf des 20. Jahrhunderts grundsätzlich gewandelt, und diesen Wandel galt es deutlich zu machen: Während bis weit in die fünfziger Jahre hinein traditionelle Konzepte – für welche die untersuchte Abendland-Idee hier beispielhaft stand, man könnte auch vom „Reich" oder von „Mitteleuropa" sprechen – bei einer Mehrheit der deutschen Bevölkerung das Europabewußtsein bestimmten, setzte sich im Verlauf der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre eine völlig anders geartete Europakonzeption, jene von „Westeuropa", durch. Am Ende der fünfziger Jahre vertrat erstmals eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung die Überzeugung, daß ein geeintes Europa auf demokratisch-pluralistischen Grundlagen ruhen müsse. Auch wenn es seither natürlich weiterhin unterschiedliche Europapläne und -politiken gegeben hat, auch wenn man sich weiterhin über die „Finalität Europas" auseinandergesetzt hat und sich auseinandersetzen wird, so stellt doch niemand mehr die heute als richtig erachtete freiheitlich-demokratische Grundlage Europas in Frage, egal welcher Konfession er angehören mag oder welche politische Richtung er vertreten mag (von politischen Extrempositionen einmal abgesehen). Es besteht ein Konsens darüber, daß ein gemeinsames Europa auch auf gemeinsamen Werten

ruhen muß. Europa versteht sich heute als eine Wertegemeinschaft – eine Überzeugung, die auch die Deutschen ohne Vorbehalte mittragen.

Dennoch ist es wichtig, sich in Erinnerung zu rufen, daß „Europa" über lange Zeit hinweg nicht – wie heute – quasi automatisch mit Demokratie und Freiheit gleichgesetzt wurde, sondern als Projektionsraum für ganz unterschiedliche Ordnungsvorstellungen diente. Die Frage jedoch, wie und wann es zu diesem Wandel im deutschen Europaverständnis gekommen ist, ist bisher kaum beantwortet worden; vor allem deshalb nicht, weil es die Forschung bislang versäumt hat, die ganz unterschiedlich gearteten deutschen Europavorstellungen nebeneinander zu stellen: Es macht in dieser Perspektive eben keinen Sinn, entweder ausschließlich die Geschichte der Westeuropa-Idee zu rekonstruieren oder andererseits nur ein traditionelles Konzept wie „Mitteleuropa" oder das „Abendland" in den Blick zu nehmen. Durch solche Beschränkungen bleibt der Blick versperrt auf den komplexen Wandlungsprozeß deutscher übernationaler Ordnungsvorstellungen im Verlauf des 20. Jahrhunderts. Auch wenn die hier betrachteten Europaideen untereinander gar nicht so viele Verbindungspunkte aufweisen, auch wenn die Geschichte von Abendland- und Westeuropa-Idee tatsächlich zwei Geschichten sind, die unabhängig voneinander erzählt werden könnten, so ergeben sie doch erst miteinander ein Gesamtbild. Will man etwas über das „Europa der Deutschen" begreifen, so muß man die Geschichten dieser Europas mit- und gegeneinander begreifen.

Abendländische und west-europäische Bewegung

Am Beispiel zweier Konzepte, der Idee vom „Abendland" und jener von „Westeuropa", haben wir Kontinuität und Wandel zweier grundsätzlich verschiedener Europaideen von der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bis zum Ende der sechziger Jahre und damit die unterschiedlichen Konjunkturen deutschen Europadenkens verfolgt. Dabei gerieten, weit über diese beiden untersuchten Ordnungsvorstellungen hinaus, auch andere europäische Modelle wie „Mitteleuropa", das „Reich", der „Großraum" oder „Dritte-Kraft"-Vorstellungen mit in den Blick.

Die Abendländische Bewegung, beheimatet vor allem im süd- und westdeutschen Raum, war eine antimoderne, konservativ-katholische Gruppierung. Auf der Grundlage eines orthodoxen Katholizismus lehnte sie die Idee des Fortschritts strikt ab und strebte nach einer autoritär-hierarchischen Staats- und Gesellschaftsordnung, als deren Vorbild sie ein idealisiertes Bild vom Mittelalter beschwor. Antiliberal, antiparlamentarisch, antiwestlich und antikommunistisch zugleich berief sich die abendländische Idee auf „natürliche" und „organische" Vorstellungen, die sich im Kern während des gesamten Untersuchungszeitraums, zumindest aber bis zum Ende der fünfziger Jahre, nur unwesentlich änderten.

In der Zwischenkriegszeit waren die Vertreter dieser Idee um die Zeitschrift *Abendland* gruppiert. Während der Locarno-Ära versuchten sie die Verständigung in Europa voranzubringen, ohne damit indes politische Integrationspläne zu verbinden. Bewußt „unpolitisch" – und damit wie der gesamte Konservatismus der Weimarer Republik im Kern zutiefst politisch – ging es ihnen vor allem darum,

Verständnis für die europäischen Nachbarn, insbesondere Frankreich, zu wecken. Dabei ging es freilich nicht darum, die als fundamental begriffenen Wesensunterschiede zwischen dem „nicht-westlichen" Deutschen Reich und dem „westlichen" Frankreich aufheben zu wollen. Mit dem erstarkenden Nationalismus Anfang der dreißiger Jahre jedoch wandten sich auch die Abendländer, ganz dem „Zeitgeist" entsprechend, von ihren in Richtung Westen orientierten, verständigungsbereiten Positionen ab. Die Idee des Abendlandes verknüpfte sich nunmehr mit dem Konzept „Mitteleuropa", von dem man sich eine wiedererstarkte Stellung Deutschlands in Europa erhoffte. Gleichzeitig wurden hier auch Erinnerungen an die untergegangene Donaumonarchie weitergetragen, in deren Tradition eine Reihe von Abendländern biographisch verwurzelt waren. Mit dieser Orientierung auf „Mitteleuropa" und das untergegangene Habsburgerreich entwickelte auch die Idee des „Reiches" eine zunehmende Faszination auf die Anhänger des abendländischen Gedankens. Die „Vision des Reiches" (Breuning) schien eine Möglichkeit zu bieten, eine Ordnung in (Mittel-)Europa zu schaffen, in der die Deutschen ihre gleichsam „natürliche" Überlegenheit zum Wohle Europas verwirklichen könnten. Diese Überzeugung behielten auch jene Abendländer, die auf der Flucht vor den Nationalsozialisten Deutschland bzw. Europa verließen, in den Jahren ihres Exils bei. Das alte Österreich-Ungarn blieb auch leuchtendes Vorbild einer europäischen Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg, wenngleich sich das Schwergewicht der alten übernationalen österreichischen Idee unter dem Druck der weltpolitischen Entwicklungen – sprich: der Sowjetisierung Ost- und Ostmitteleuropas und des sich abzeichnenden Kalten Kriegs – seit der zweiten Hälfte der vierziger Jahre geographisch von Mittel- zunehmend nach Westeuropa verlagern sollte.

Die große Mehrheit der Abendländer war indes während des Nationalsozialismus im Deutschen Reich verblieben. Die zunehmende Bedeutung des Reichs-Begriffs für die abendländische Idee seit Beginn der dreißiger Jahre ermöglichte ihnen die Annäherung an den Nationalsozialismus. Nicht wenige erhofften sich im „Dritten Reich" das ersehnte „Sacrum imperium". Ihre Lebensläufe zeigen uns, daß dieser Annäherungsprozeß auch in dem Moment nicht abgeschlossen war, als sich nach der „Machtübernahme" die organisatorischen Zusammenhänge der Abendländer auflösten. Wir haben vielmehr gesehen, daß es vielen Anhängern der abendländischen Idee nicht schwerfiel, sich auf die übernationalen Ordnungsvorstellungen des Nationalsozialismus einzulassen. Dabei spielte die Reichs-Idee weiterhin eine zentrale Rolle. Ihre inhaltliche Unbestimmtheit ermöglichte es, das ursprünglich vor allem auf den „großdeutschen" bzw. den Donauraum bezogene abendländische „Reich" insbesondere im Verlauf des Zweiten Weltkriegs in seinen Grenzen immer weiter auszudehnen. Neben dem Reichs-Gedanken bildete der Antikommunismus die entscheidende Brücke, welche den Abendländern den Weg auf die Seite des nationalsozialistischen Regimes erleichterte. So näherten sie sich, im Propaganda- oder Wissenschaftsapparat des „Dritten Reiches" tätig, der nationalsozialistischen Idee des „Großraums" und des „Neuen Europas" immer weiter an. Es muß in diesem Zusammenhang indes betont werden, daß damit keine Übernahme rassistischer Elemente einherging.

Von diesen Entwicklungen und Annäherungen war nach 1945 keine Rede mehr. Statt dessen bemühten sich die Abendländer nun, in der unmittelbaren Nach-

kriegszeit, an ihre „unpolitischen" Verständigungsbemühungen der Weimarer Republik anzuknüpfen. Man berief sich immer wieder auf die gemeinsame abendländisch-europäische Kultureinheit, wobei eine starke theologisch-religiöse Komponente das „Abendland" dieser Jahre kennzeichnete. Rückhalt fand man dabei in einer gesamtgesellschaftlichen Stimmung, in der der Topos vom „Abendland", verbunden mit einem Rechristianisierungsimperativ, eine der Leitvokabeln des öffentlichen Sprachgebrauchs repräsentierte. Mit „Ausbruch" des Kalten Krieges indes politisierte sich das „Abendland" erneut. Die Abendländische Bewegung positionierte sich jetzt am rechten Rand des politischen Spektrums und gründete nun erstmals Organisationen wie die Abendländische Akademie, die über die Publikation einer Zeitschrift hinaus der Verbreitung des abendländischen Gedankens dienen sollten. Dabei wollte man auch politikberatend tätig sein. Sichtbarstes Zeichen dieser Aktivität war die „Substitutionsdiplomatie" (Aschmann) des CEDI, welche in den deutsch-spanischen, aber auch den deutsch-französischen Beziehungen zwar keine öffentlich-spektakuläre, aber im Bereich der „Politik im kleinen Kreis", sprich der persönlichen Kontakte und Beziehungen konservativer Politiker der jeweiligen Länder, eine nicht unerhebliche Rolle spielte.

Ende der fünfziger Jahre jedoch geriet die Abendländische Bewegung in die Kritik. Die zunehmende Liberalisierung der westdeutschen Gesellschaft setzte der Wirkmächtigkeit des „Abendlandes" ein Ende. Es verlor seine Funktion als Leitbegriff Konservativer: Der Topos erschien nun zu deutlich ideologisch aufgeladen, er erschien den Zeitgenossen als zu christlich, zu romantisch oder schlicht zu reaktionär. Nicht mehr hochideologische Weltbilder, sondern Funktionalismus war im Hinblick auf Europa nun zeitgemäß. Einem „harten Kern" der Abendländischen Bewegung gelang es jedoch in den sechziger Jahren, die abendländische Idee soweit zu „modernisieren", daß sich Anfang der siebziger Jahre eine Phase neuer Wirksamkeit abzeichnete. Dies geschah nun im Rahmen einer anderen Organisation, der Paneuropa-Union, deren Präsidentschaft Otto von Habsburg, eine zentrale Persönlichkeit in der Abendländischen Bewegung, nach dem Tode des Paneuropa-Gründers Richard Coudenhove-Kalergi übernommen hatte. Auf diese Weise liefen Kontinuitätsfäden personeller wie ideeller Art von der alten Abendländischen Bewegung hinüber zur Paneuropa-Union, die in den siebziger und achtziger Jahren, zumindest was die Mitgliederzahlen betrifft, weit erfolgreicher sein sollte als die alten Abendländer.

Während die Abendländer im Verlauf dieses Wandlungsprozesses während der sechziger Jahre allzu unzeitgemäße Elemente wie den ausgeprägten Antiparlamentarismus oder die Skepsis gegenüber der modernen Industriegesellschaft verwarfen, blieben andere, seit der Zwischenkriegszeit die abendländischen Idee kennzeichnende Elemente erhalten. Dies galt etwa für die konservativ-elitären Gesellschaftsvorstellungen, die Überzeugung, das Christentum müsse die Grundlage eines geeinten Europas bilden, und schließlich den ausgeprägten Antikommunismus. Auch die antiwestlichen Vorbehalte, nun stärker als Antiamerikanismus spürbar, die dem „Abendland" seit jeher zu eigen waren, wurden weitergetragen. Gleichfalls hielten sich Erinnerungen an die untergegangene Habsburger-Monarchie, an „Mitteleuropa" und den Donauraum, was nicht zuletzt die massive Präsenz von Vertriebenen in den Reihen der Abendländischen Bewegung, aber

auch der Paneuropa-Union erklärt. Organisatorisch in den Reihen der Paneuropa-Union neu gebündelt, konnte die abendländische Idee auf diese Weise bis in die Gegenwart erhalten bleiben. Dies geschah indes nicht mehr unter dem Begriff „Abendland". Dieser hatte mit dem gesellschaftlichen Wandel, der beginnenden „Westernisierung" und Liberalisierung Ende der fünfziger Jahre seine Wirkungskraft eingebüßt.

Innerhalb dieses fundamentalen politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Wandlungsprozesses hatte sich im Gegenzug die Westeuropa-Idee in der Bundesrepublik durchgesetzt. Auch sie wurzelte in den Jahren vor 1945, war indes nicht von einer solchen ideengeschichtlichen Kontinuität geprägt wie die des „Abendlandes". Vielmehr bündelten sich in der Westeuropa-Idee der fünfziger Jahre ganz unterschiedliche Wurzelstränge. Einerseits knüpften ihre Vertreter in den Reihen der Europa-Union unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg an die Europa-Organisationen der Weimarer Republik an. Dies geschah insbesondere durch Wilhelm Heile, der in den zwanziger Jahren mit seinem „Verband für europäische Verständigung" zu den bekanntesten „Europäern" in Deutschland gehört hatte und nach dem Zweiten Weltkrieg die Europa-Union mitbegründete. Wichtiger als dieser Bezug auf die Europaverbände der Zwischenkriegszeit war jedoch für die Entwicklung der westeuropäischen Idee die Erfahrung des nationalsozialistischen Terrors, von Unterdrückung und Gewalt. Sowohl für jene, die die Jahre des „Dritten Reiches" im Konzentrationslager verbringen mußten, als auch – und vielleicht noch stärker – für jene, die Diktatur und Krieg im Exil erlebten, gerieten traditionelle Ordnungsvorstellungen auf den Prüfstand. Insbesondere das Leben in den angelsächsischen Ländern konfrontierte die Exilanten mit ganz neuen, westlich-liberalen Ordnungsmodellen. Während sich die abendländischen Exilanten aufgrund ihres festgefügten Weltbildes gegenüber den ideellen Angeboten im Exil „immun" zeigten, sehen wir bei späteren Mitgliedern der Europa-Union eine andere Entwicklung. Viele von ihnen gelangten zu der Überzeugung, daß Europa und vor allem Deutschland künftig politisch und gesellschaftlich zum „Westen" finden müßten, um den europäischen Bürgern Schutz vor Gewaltherrschaft und Krieg zu bieten. Zurück in Deutschland, waren es gerade diese Remigranten, die – auch in den Reihen der Europa-Union – die „Westernisierung" der Bundesrepublik vorantrieben, zu der auch die dauerhafte Verankerung des westdeutschen Staates in einer westeuropäischen Gemeinschaft gehörte.

Zur Seite standen diesen „Westernisierern" im Präsidium der Europa-Union Vertreter von Industrie und Wirtschaft an Rhein und Ruhr, die eine Eingliederung Deutschlands und Europas in den „Westen" begrüßten, allerdings aus anderen Gründen: Für sie stand die Rückkehr auf den europäischen und den Weltmarkt im Zentrum aller Westintegrationspolitik. Diese wirtschaftlichen Interessen an Westeuropa konnten in den fünfziger Jahren auf eine lange Kontinuität zurückblicken, vor allem in den Reihen jener Industriellen von Rhein und Ruhr, die sich in den fünfziger Jahren in der Europa-Union engagierten. Hier hatte man schon in der Zwischenkriegszeit, teilweise sogar schon vor dem Ersten Weltkrieg, versucht, wirtschaftliche Verflechtungen mit den westeuropäischen Nachbarn voranzutreiben. Geprägt waren diese Bemühungen von der Überzeugung, daß die wirtschaftliche Integration Europas vor allem auf privater Basis zu erfolgen habe, ohne Ein-

griffe des Staates. Diese Position, getragen vom Gefühl der eigenen, der deutschen wirtschaftlichen Überlegenheit in Westeuropa, bestimmte das Verhalten jener Industrieller, die wir in den fünfziger Jahren in der Europa-Union finden, über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg, sprich vom Ersten Weltkrieg bis in die Nachkriegszeit. Daher waren die hier im Mittelpunkt stehenden Industriellen in den Jahren des Zweiten Weltkrieges relativ zurückhaltend gegenüber den deutschen „Großraumplänen", insbesondere in Richtung Westen. Man war überzeugt, die eigenen Interessen auch ohne staatlichen Einfluß verwirklichen zu können. Da man dafür die Handelspartner in Westeuropa noch gut gebrauchen konnte, war man hier eher darauf bedacht, Integrationsfäden nicht zerreißen zu lassen – eine Haltung, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg auszahlen sollte. Die hier im Zentrum des Interesses stehenden Industriellen unterstützten nun die Westintegrationspolitik Adenauers, weil sie nur auf diesem Wege die notwendige Stabilität für eine erfolgreiche wirtschaftliche Expansion in Westeuropa zu erreichen können glaubten. Dies spiegelte sich auch in ihrem Engagement in der Europa-Union: Man wollte eine Organisation stärken, die die europäische Integration förderte, weil man überzeugt war, auf diese Weise eigenen Interessen zu dienen.

In der Europa-Union versammelten sich so gänzlich verschiedene Kräfte, die aus unterschiedlichen Gründen die Westintegrationspolitik der fünfziger Jahre unterstützten. Doch galt dies nicht allein für die politische Ebene: Es ging der Europa-Union nicht allein um die Werbung für den europäischen Einigungsprozeß, sondern um die Schaffung liberal-demokratischer, pluralistischer Gesellschaften in Europa und vor allem in Deutschland. Bewußt distanzierte man sich dabei von der ideologischen Aufladung des Begriffs „Europa", wie sie sich nicht nur bei den Abendländern, sondern auch in der Frühphase der Europa-Union selbst mit der idealistischen Idee eines Europa der „Dritten Kraft" noch gefunden hatte. In ihrem Ziel, zur Verankerung einer „westlichen" Europa-Idee in der Bundesrepublik beizutragen und damit nicht zuletzt auch die Liberalisierung der westdeutschen Gesellschaft voranzutreiben, war die Europa-Union auch deshalb erfolgreich, weil sie sich seit Mitte der fünfziger Jahre als wichtigster und mitgliederstärkster Europa-Verband in der Bundesrepublik etablieren und dabei auf ein dichtes Netzwerk von Kontakten zu Politik und Medien stützen konnte. Im Gegensatz zur Abendländischen Bewegung war man dabei nicht auf das eigene weltanschauliche Lager begrenzt, sondern bemüht, in alle politischen Lager und gesellschaftlichen Schichten hinein zu wirken.

Erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre geriet die einflußreiche Position der Europa-Union ins Wanken. Dies nahm seinen Anfang mit der „Herausforderung" der europäischen Integration durch die Europapolitik de Gaulles. Die Europa-Union positionierte sich eindeutig auf seiten der „Atlantiker", was ihr die Unterstützung eher „gaullistisch" denkender Kreise nahm. Als die Europa-Union begann, zur „neuen Ostpolitik" positiv Stellung zu beziehen, gingen weitere Anhänger verloren. Der breite außenpolitische Konsens der fünfziger Jahre hatte sich, auch in den Unionsparteien, aufgelöst, und die Europa-Union hatte sich dem eher „fortschrittlichen" Lager angeschlossen. Damit jedoch wuchs auf konservativer Seite das Bedürfnis nach einem eigenen Europa-Verband, eine Entwicklung, die durch die Studentenunruhen und die sozialliberale Koalition noch verstärkt

wurde. Dies wiederum bot schließlich der Paneuropa-Union und damit der „erneuerten" abendländischen Idee die Chance, sich in der Bundesrepublik als konservativer Europa-Verband und Konkurrentin der Europa-Union neu zu etablieren und bis heute zu behaupten. Daß, trotz aller weltanschaulichen Unterschiede, auch die Paneuropa-Union liberale und pluralistische Grundwerte nicht mehr in Frage stellte, die etwa die Abendländische Bewegung der fünfziger Jahre noch nicht akzeptiert hatte, zeigt, wie erfolgreich sich die Westeuropa-Idee im Zuge der gesamtgesellschaftlichen Liberalisierung und „Westernisierung" durchgesetzt hatte: In der Bundesrepublik herrschte fortan Konsens darüber, daß Europa allein als liberal-demokratisches, pluralistisches, sprich: „westliches" System denkbar war. Die Gegensätzlichkeit deutscher Europa-Ideen, die im 20. Jahrhundert so lange das Verhältnis der Deutschen zu Europa geprägt hatte, war verschwunden. Europa lag fortan, trotz aller Unterschiede der konkreten Europabilder im einzelnen, ebenso wie Deutschland im „Westen".

Europa und die Deutschen im 20. Jahrhundert

Man könnte behaupten, die im Verlauf dieser Untersuchung betrachteten Europagruppen seien von der Zwischenkriegszeit bis in die siebziger Jahre hinein nicht mehr gewesen als kleine, ja randständige Grüppchen, deren Akteure sich für ein bestimmtes Europakonzept einsetzten, deren Einfluß auf die deutsche Politik und Bevölkerung jedoch nur begrenzt gewesen sei. Daran ist sicherlich ein Gran Wahrheit: Weder die Abendländische Bewegung noch die Europa-Union haben den Gang der europäischen Integration entscheidend mitbestimmt, trotz aller Politikberatung und Öffentlichkeitsaktionen. Dennoch läßt sich an der Geschichte dieser beiden Europaorganisationen Entscheidendes zum deutschen Europaverständnis ablesen. Denn wie in einem Spiegel reflektieren die hier analysierten konkreten Beispiele das Verhältnis der Deutschen zu Europa im 20. Jahrhundert.

Diese Spiegelfunktion gilt es im folgenden noch einmal näher zu beleuchten und damit den Blick von der „Mikroebene" der untersuchten Europagruppen weiter in die deutsche Gesellschaft und ihre Politik schweifen zu lassen. Die Tatsache, daß die zwei so unterschiedlichen Geschichten deutscher Europaideen und ihrer Vertreter kaum Verbindungspunkte untereinander aufweisen, daß sich weder die Trägergruppen noch die vertretenen Ordnungsvorstellungen überschnitten, läßt sich auch auf das Verhältnis der Deutschen zu übernational-europäischen Konzepten insgesamt übertragen. Jene Deutschen, die schon in der Zwischenkriegszeit die Idee eines demokratisch-pluralistisch organisierten, eventuell sogar föderativ-supranational geeinten Europas (als Alternative oder Ergänzung des Nationalstaats) vertraten, waren im Deutschen Reich auf einen sehr kleinen (meist linksliberalen und intellektuellen) Elitenkreis beschränkt, der im europäischen Ausland auf einen ebenso kleinen Kreis Gleichgesinnter traf.[1] Diese wenigen

[1] Bock, Kulturelle Eliten. Kaelble, Europäer über Europa. Ders., Die Entstehung des europäischen Selbstverständnisses.

Deutschen waren im Hinblick auf übernationale Ordnungsvorstellungen ihrer Zeit weit voraus; jedenfalls dachten sie bereits in denjenigen europäischen Kategorien, die sich erst nach dem Zweiten Weltkrieg durchsetzen sollten. Doch bei genauerem Hinsehen unterschieden sich die Konzepte selbst dieser „Europäer" meist noch deutlich vom entstehenden Europa der Zeit nach 1945. Sie blieben sehr weitgehend auf die Nation bezogen und sie trieben die demokratisch-pluralistische Realisierung Europas letztlich gedanklich nicht weit genug. Jene Vertreter eines geeinten Europas, die uns im Verlauf dieser Arbeit begegnet sind, Wilhelm Heile oder auch Richard Coudenhove-Kalergi, wirkten nur auf den ersten Blick als „Visionäre". Letztlich blieben sie doch ihrer Zeit verhaftet. Es mußten der verheerende Zweite Weltkrieg, die totale Niederlage und im Anschluß daran der Kalte Krieg kommen, um die Deutschen so weit in den Westen einzubinden, daß schließlich auch ihr Europaverständnis ein „westliches" wurde.

Dies galt erst recht für die breite Mehrheit der Deutschen. Diese dachte über eine europäische Ordnung während der Zwischenkriegszeit, wenn überhaupt, in traditionelleren Bahnen nach. Für sie war die Nation die einzig handlungsleitende und identitätsstiftende Kategorie. Europa wurde höchstens als „Wirkungsraum" der Nation begriffen: Es sollte dazu dienen, eine quasi-„natürliche" deutsche Kulturhegemonie (im Interesse ganz Europas) zu verwirklichen oder wirtschaftliche Interessen zu realisieren. Europakonzepte wie das „Reich", das „Abendland" oder „Mitteleuropa" boten hier Ansatzpunkte, die mit dem deutschen Nationsverständnis besser zu verknüpfen waren. Diese, vor allem auf Mitteleuropa bezogenen Konzepte waren in der deutschen Bevölkerung breit verankert. Nach Westen sah die Situation indes anders aus. Wenn überhaupt, dann wurde eine Verständigung mit dem westlichen Teil Europas von den Deutschen nicht im politisch-integrativen Sinne verstanden, sondern als „Aussöhnung". Doch selbst diese Position blieb eine Minderheitenmeinung. Daß die Abendländer der Zwischenkriegszeit, die eine Verständigung mit Frankreich gerade im Rheinland vorantreiben wollten, dabei aber auf einem deutschen „nicht-westlichen" Selbstverständnis beharrten, als „Vaterlandsverräter" beschimpft wurden, zeigt das Unverständnis, mit dem breite Bevölkerungskreise auf dieses Konzept europäischer Verständigung reagierten. Das weitaus größte Interesse an integrativen Strukturen in Westeuropa hatte sicherlich die deutsche Exportwirtschaft, die – aus der Gewißheit, die deutsche Wirtschaftstärke ermögliche eine Dominanz über die Konkurrenz – eine Verflechtung der europäischen Volkswirtschaften vorantrieb, politische Elemente, aber auch ideelle Aspekte einer europäischen „Werteordnung" hingegen völlig ausgeklammert sehen wollte.

Insgesamt betrachtet, bestimmten die „Schmach von Versailles", eine nationalistisch aufgeheizte Stimmung, aber auch ein traditionelles Selbstverständnis in der deutschen Bevölkerung das Nachdenken über eine europäische Ordnung. Ein gemeinsames Europa, eine Idee, die auf gemeinsamen Grundlagen und Werten fußte, existierte für den Großteil der deutschen Bevölkerung nach dem Ersten Weltkrieg nicht. Angesichts der nationalen Schwäche des Deutschen Reiches nach dem Ersten Weltkrieg spielten übernationale Ordnungsvorstellungen allenfalls in Form des überaus lebendigen Reichsmythos eine Rolle. Denn das „Reich" „war etwas anderes und mehr als ein Nationalstaat. Es war von der Idee her universal;

ihm kam ein herausgehobener Rang unter den Völkern des Abendlandes zu; es hatte eine göttliche Sendung. Im geschlagenen, gedemütigten und dezimierten Deutschland, wie es aus dem Ersten Weltkrieg hervorgegangen war, gab es keine Idee, die sich so sehr zur Kompensation der tief aufgewühlten nationalen Schwäche eignete wie der Reichsmythos."[2]

Gerade dieser Reichsmythos bildete dann auch eine „tragfähige Brücke zwischen Hitler und dem gebildeten Deutschland"[3], insofern stellten die Abendländer hier keine Ausnahme dar. Auch „Mitteleuropa" spielte bis in die ersten Kriegsjahre hinein weiterhin eine wichtige Rolle für weite bürgerliche Kreise im Deutschen Reich.[4] Traditionelle übernationale Ordnungsvorstellungen erhielten sich auf diese Weise in den Jahren des „Dritten Reiches". Hinzu traten die im engeren Sinne nationalsozialistischen Europavorstellungen eines großgermanischen Reiches, einer auf rassischen Grundlagen fußenden „Neuen Ordnung".[5] Die traditionellen Konzepte einerseits und die rassistischen andererseits mußten sich nicht notwendigerweise überschneiden: Das Beispiel Carl Schmitts etwa zeigt, wie sehr er – der immer wieder als „Kronjurist" des „Dritten Reiches" bezeichnet wird – von überzeugten Nationalsozialisten angefeindet wurde, weil seine Großraum-Theorie eben nicht auf Prinzipien der Rasse beruhte, sondern den traditionellen Staatsbegriff beibehielt.[6] Auch die Lebensläufe der Abendländer haben uns gezeigt, daß rassistische Elemente von ihnen nicht in ihr Europadenken übernommen wurden. Einen wichtigen Einfluß hatte jedoch das nationalsozialistische Regime auf traditionelle übernationale Ordnungsvorstellungen: Mit den deutschen „Erfolgen" in den Anfangsjahren des Zweiten Weltkrieges weitete sich der Raum dieser Europavorstellungen aus. Erschien zunächst „Mitteleuropa" als deutscher Hegemonialraum, so geriet während des Zweiten Weltkrieges ganz Europa in den Blick. Man ließ sich, auch wenn man rassistischen Ordnungsprinzipien kritisch oder zumindest gleichgültig gegenüberstand und eher traditionellen Hegemonievorstellungen anhing, von den außenpolitischen Erfolgen des Regimes verführen. Auch darin waren die Abendländer also keine Ausnahme, vielmehr trugen breite Kreise diese Entwicklung mit.

Mit der Kriegswende in Stalingrad und der vorrückenden Roten Armee begann sich das deutsche Verhältnis zu Europa indes langsam zu ändern. Mit der drohenden Niederlage wurde Europa zum „Rettungsanker" vieler, vor allem auch konservativer Deutscher.[7] Während es vorher bei einem Nachdenken über ein europäisches Miteinander vor allem darum gegangen war, die deutsche Hegemonie in Europa zu stützen, „ging es nun darum, mit Hilfe Europas von dem zerfallenden oder vom Verfall bedrohten Deutschen Reich zu retten, was zu retten war. [...] Ein vor dem Untergang bewahrtes Reich sollte in eine Gesellschaft europäischer Staaten eingebracht werden, der jetzt die Aufgabe zufiel, dieses geschwächte

---

2 Winkler, Der lange Weg nach Westen, Bd. II, S. 646.
3 Ebenda, S. 647.
4 Elvert, Mitteleuropa!
5 Kletzin, Europa aus Rasse und Raum.
6 Herbert, Best, S. 271–298.
7 Loth, „Rettungsanker" Europa.

Reich vor dem sowjetischen Druck zu schützen. [...] Man konvertierte zur Europalösung hauptsächlich deshalb, weil die Eingliederung in einen größeren, übergreifenden Verband von Staaten als die einzige realistische Alternative zur Unterjochungspolitik der Kriegsalliierten nach der Niederlage erschien."[8] Die Rolle, die die Beschwörung des Antikommunismus und der europäischen Kultureinheit in der nationalsozialistischen Propaganda spielte, und ihre Bedeutung für das Europaverständnis der Deutschen nach dem Krieg hat der Blick auf die Lebensläufe späterer Abendländer beleuchtet.[9] Die wachsende Bedeutung, die „Europa" und seinem Zusammenschluß in der zweiten Hälfte der vierziger und in den fünfziger Jahren zukam, wurzelte nicht zuletzt in der Endphase des Zweiten Weltkrieges. Die weltpolitische Situation nach 1945 trug mit dem heraufziehenden Kalten Krieg dann ihr Übriges dazu bei.

Mit der totalen Niederlage, wir haben es gesehen, verschwanden die traditionellen Europakonzepte nicht von einem Tag auf den anderen aus den Köpfen der Deutschen. Dennoch änderte der 8. Mai 1945 viel, auch im Hinblick auf Europa. Denn auch wenn sich ideengeschichtliche Kontinuitäten über dieses Datum hinwegzogen, hatte sich der außenpolitische Spielraum für die Deutschen grundsätzlich und auf unabsehbare Zeit vollkommen gewandelt. Konzepte, die von deutscher Hegemonie – in welcher Weise auch immer – sprachen, waren nicht mehr diskutabel. Das Deutsche Reich existierte nicht mehr, und auch vom „Reich" als Idee mußte zumindest in seiner hegemonialen Ausprägung Abschied genommen werden. „Mitteleuropa" war nicht länger der „natürliche" deutsche Wirkungsraum, und dies nicht nur, weil sich schon bald ein „Eiserner Vorhang" gerade durch Mitteleuropa zog. Für viele Deutsche erschien in dieser Situation, wir haben es gesehen, der Begriff des „Abendlandes" als eine sinnstiftende Kategorie, indem er übernationale Traditionen mit christlichen Werten verband, weniger politisch als kulturell-historisch aufgeladen schien, und Deutschland selbstverständlich in die Gemeinschaft der europäischen Völker mit einbezog. Gleichzeitig bot er jedoch, aufgrund seiner historischen Nähe zu Begriffen wie dem „Reich" und „Mitteleuropa", für jene traditionellen deutschen übernationalen Ordnungsvorstellungen Anknüpfungspunkte und begann diese weg von Hegemonievorstellungen in Richtung eines gleichberechtigten Europas zu transformieren.

Parallel dazu entwickelten sich in der frühen Nachkriegszeit auch ganz neue, demokratische Europavorstellungen, gespeist aus der Erfahrung von Krieg, Verfolgung und Terror. Doch sind auch diese Europakonzepte der frühen Nachkriegszeit, trotz ihrer demokratischen Grundausrichtung, noch nicht mit jener Westeuropa-Idee gleichzusetzen, die sich im Verlauf der fünfziger Jahre durchsetzen sollte. Denn weiterhin standen viele Vertreter dieser Europakonzepte dem „Westen" skeptisch gegenüber: Sie strebten ein Europa der „Dritten Kraft" zwischen Ost und West (nicht nur im geographischen, sondern auch im ideellen Sinne) an. Das alte deutsche Selbstverständnis konnte sich in diesen Europavor-

[8] Ziebura, Europaidee und Supranationalität, S. 446f.

[9] Über diesen „antikommunistischen" Kontinuitätsstrang zwischen nationalsozialistischer Propaganda und Kaltem Krieg wissen wir dennoch noch verhältnismäßig wenig.

stellungen erhalten, gleichzeitig aber kamen neue Elemente hinzu, wie eben der eindeutige demokratische Impetus.

Somit erscheint die unmittelbare Nachkriegszeit als eine wichtige Phase im deutschen Europadenken. Sie war – wie in so vielen anderen Bereichen auch – eine Phase des Übergangs,[10] in der an alte Überzeugungen angeknüpft wurde, andererseits aber auch ganz neue Aspekte hervortraten. Wir haben es hier mit hochidealistischen, relativ unpolitischen, zumindest aber die Weltpolitik mit ihren zunehmenden Spannungen zwischen den ehemaligen Alliierten weitmöglichst ignorierenden Europakonzepten zu tun, die in dem „Niemandsland" zwischen Kriegsende und dem Beginn des Kalten Krieges aufblühen konnten. Diese Europavorstellungen der unmittelbaren Nachkriegszeit waren indes nur chronologisch, nicht aber inhaltlich die Vorläufer des politischen Integrationsprozesses, der in den fünfziger Jahren begann. Für diesen bedurfte es des Kalten Krieges.

Die zunehmenden Spannungen zwischen den ehemaligen Alliierten, welche schließlich zur deutschen Teilung, zur Entstehung zweier deutscher Staaten und zur Eingliederung der Bundesrepublik in den westlichen und der DDR in den östlichen Block führten, waren die entscheidende Entwicklung auch im Hinblick auf (west-)deutsche Europakonzepte. Ohne die politisch-militärische Eingliederung der Bundesrepublik in den „Westen" unter dem Druck der „Frontsituation" im Kalten Krieg hätte sich das deutsche Europaverständnis nicht in der Weise gewandelt, wie es im Verlauf der fünfziger Jahre geschah. Verschiedene Faktoren spielten dabei eine Rolle: Zum einen die Überzeugung der westlichen Verbündeten, insbesondere der USA, daß die Bundesrepublik nicht nur politisch-militärisch, sondern auch ideell in den „Westen" miteingebunden werden müsse, um auf diese Weise eine weltanschaulich verbundene Gemeinschaft gegenüber dem Ostblock zu schaffen. Gleichzeitig bedurfte es in der Bundesrepublik Menschen, die (meist aus persönlichen Erfahrungen von Verfolgung und Exil in den Jahren des „Dritten Reiches") die Überzeugung teilten, daß die Bundesrepublik dauerhaft demokratisiert und liberalisiert werden müsse. Sie waren es, die die langsame Veränderung von prägenden Ordnungsvorstellungen vorantrieben: in Politik, Interessengruppen, Journalismus und Öffentlichkeit. Schließlich aber mußte sich das „westliche Modell" für die Westdeutschen auch als attraktiv herausstellen. Der wirtschaftliche Erfolg der Bundesrepublik, welcher auf Dauer zur Verbesserung der Lebensumstände des einzelnen Bürgers führte, sprach schließlich immer deutlicher für das 1949 nicht ganz freiwillig gewählte Modell einer westlichen Demokratie. Und mit der zunehmenden Akzeptanz dieses Systems ging langsam auch die Akzeptanz weitergehender Liberalisierungs- und Pluralisierungsprozesse einher.

Dies galt auch für europäische Ordnungsvorstellungen. Ein entscheidender Wandel läßt sich bereits in den frühen fünfziger Jahren konstatieren. „Europa" wurde nun erstmals in der deutschen Geschichte zu mehr als einem Elitenphänomen. Zwar engagierten sich konkret auch weiterhin nur kleine aktive Gruppen für eine europäische Einigung, so wie Außenpolitik generell „lediglich von wenigen

[10] Vgl. hierzu: Broszat/Henke/Woller (Hg.), Von Stalingrad zur Währungsreform.

als unmittelbar relevant für das eigene Leben erfahren" wird.[11] Doch wuchs nun erstmals auch in breiteren Bevölkerungskreisen die Überzeugung, daß „die Vereinigten Staaten von Europa" die Zukunft darstellten, deren Verwirklichung man in absehbarer Zeit erwartete. Dies hing natürlich mit der weltpolitischen Entwicklung zusammen, sahen sich die Deutschen doch mit der Verschärfung der Fronten im Kalten Krieg plötzlich an einer neuen „Frontlinie" stehen. Wiederum erschien Europa als „Rettungsanker", ganz ähnlich wie in der Spätphase des Zweiten Weltkrieges.

Gleichzeitig stellte die deutsche Teilung eine solche Herausforderung an das deutsche Nationsverständnis dar, daß „Europa" nun langsam zu einer Alternative zur „Nation" werden konnte. Die Tatsache allerdings, daß sich ein „westliches" Europa erst in dem Moment auf breiter Front durchsetzen konnte, in dem auch die deutsche „Nation" in der Bundesrepublik als „westliche" Gesellschaft gedacht wurde, verweist darauf, in welchem Maße das Nachdenken über eine europäische Ordnung im 20. Jahrhundert verbunden war mit dem Nachdenken über eine nationale Ordnung. Zwar gab es Zeiten, in denen die „Nation" gegenüber supranationalen Konzepten eher zurücktrat; dies war vor allem nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges für einige Jahre der Fall. Doch insgesamt blieben „Europa" und die „Nation" bis zum Ende des Untersuchungszeitraums aneinander gekoppelt. Nationale Interessen waren (neben partikularen Interessen, deren Bedeutung für Europaideen die Arbeit ebenfalls gezeigt hat) stets ein entscheidendes, wenn nicht das zentrale Motiv für ein europäisches Engagement. Dies war allen, inhaltlich noch so verschiedenen Europaideen gemein. Selbst als die europäische Integration schon relativ weit fortgeschritten war, blieben große Teile der deutschen Bevölkerung national orientiert, auch wenn sie über „Europa" nachdachten, und es ist fraglich, ob sich daran bis heute etwas geändert hat. Europa wurde aus der Nation heraus und von der Nation her gedacht.

Die sich im Verlauf der frühen fünfziger Jahre durchsetzende Akzeptanz der europäischen Integration beruhte, das ist bekannt, letztlich nicht zuletzt auf solchen nationalen Interessen: Der eigene Schutz und Wiederaufstieg schienen allein in westeuropäischen Strukturen garantiert. Dennoch, und hier stellen die Abendländische Bewegung, aber auch die Europa-Union nur zwei Beispiele dar, mußte dies nicht notwendigerweise zu Einigkeit über die Ausgestaltung dieses gemeinsamen Europas führen. Gerade in der Debatte über die „Finalität" Europas hielten sich traditionelle Europavorstellungen lange. Der Abschied von zum Teil seit der Zwischenkriegszeit überkommenen Ordnungsvorstellungen gelang nicht über Nacht. Hielt man in den ersten Jahren der jungen Bundesrepublik noch an überkommenen Wert- und Ordnungsvorstellungen fest, so begann in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre ein „Lern-, Anpassungs- und Optimierungsprozess"[12]. Auch wenn sich dieser Prozeß bis weit in die sechziger Jahre hinein erstreckte, bedurfte man in seinem Verlauf doch der traditionellen Interpretationsmuster zum

[11] Bierling, Außenpolitik, S. 61. Vgl. auch: Noack, Öffentliche Meinung und Außenpolitik, S. 197.

[12] Herbert (Hg.), Wandlungsprozesse, Einleitung S. 49.

Verständnis der eigenen Gegenwart immer weniger. Neue Weltbilder traten an die Stelle alter.

An diesem Prozeß waren nicht zuletzt die in der Europa-Union engagierten Remigranten aktiv beteiligt. Doch auch die westdeutsche Politik versuchte ihn zu unterstützen. Nicht nur rhetorisch wurde dabei auf die traditionelle Verhaftung insbesondere konservativer Schichten Rücksicht genommen. Ihnen die Akzeptanz der Westintegration zu erleichtern, musste im Interesse der Bundesregierungen seit 1949 liegen. Konrad Adenauer spielte dabei im Hinblick auf das westdeutsche Europabild eine entscheidende Rolle. Denn durch ihn und in seiner Person wurden – in den Augen konservativer Wählerschichten – traditionelle Konzepte wie das „Abendland" mit dem neuen „Westeuropa" versöhnt. Er verband einerseits die Vorstellung vom zwar nicht konfessionell gebundenen,[13] doch aber „christlichen Abendland", der Bollwerksfunktion Europas gegenüber dem Kommunismus und dem Hinweis auf die kulturelle Überlegenheit der europäischen Kultur – also Elementen, die eben jene Deutschen ansprachen, die eher traditionellen Europavorstellungen anhingen –, mit der Überzeugung, daß Deutschlands Zukunft im Westen liege. Die gezielte Westintegrationspolitik war jedoch andererseits nicht allein ein Weg, die Bundesrepublik zur Souveränität zu führen und ihr wieder einen Platz in der internationalen Politik zurückzugeben. Abgesehen davon, daß die Bundesrepublik ohnehin keine wirkliche Wahl bei der Entscheidung für die Westintegration gehabt hatte, verknüpften sich mit der Westintegrationspolitik weiterreichende Ziele. Die dauerhafte Demokratisierung der (west-) deutschen Gesellschaft sollte den Frieden in Europa für die Zukunft sichern. Diese Auffassung teilte Adenauer, nicht zuletzt aufgrund seines Antiborussismus, mit den Alliierten. Mit dem Gesicht nach „Westen" sollte die Bundesrepublik sich auch im Inneren wandeln und sich von Nationalismus und Militarismus verabschieden.

Adenauers Europakonzept blieb insgesamt relativ unkonkret bzw. der jeweiligen Situation angepaßt.[14] Gerade dies jedoch ermöglichte es, daß er und seine Politik für unterschiedliche Gruppierungen attraktiv wurde: Sowohl die Abendländische Bewegung wie auch die Europa-Union sahen in Adenauer in den fünfziger Jahren den Mann, der die je eigenen Europavorstellungen möglichst weit würde verwirklichen helfen. Adenauers Politik und Rhetorik stießen bei den „Abendländern" aufgrund seiner antipreußischen, antikommunistischen, föderalen Grundhaltung, seiner Beschwörung der christlichen Grundlagen Europas – und nicht zuletzt aufgrund seiner rheinischen Herkunft – auf positive Resonanz. Die Vertreter der Europa-Union sahen in dieser rheinischen Herkunft ebenfalls einen Garanten für eine Interessenkonvergenz: in Form der politischen und ideellen Westorientierung, der Tatsache, daß Adenauer ein „Wirtschaftseuropa" vorschwebte[15], und nicht zuletzt durch die persönlichen Kontakte, die Adenauer an das Rheinland – und über Robert Pferdmenges an die Europa-Union – banden. Von beiden

[13] Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 449. Doering-Manteuffel, Rheinischer Katholik, S. 240.

[14] Baring, Außenpolitik, S. 60. Vgl. insgesamt: Weidenfeld, Adenauer und Europa.

[15] Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 451.

Europagruppen mit ihren im Kern so unterschiedlichen Europaideen sicherte sich Adenauer auf diese Weise die Unterstützung. Und er benötigte beide: Die Europa-Union wurde seit dem Moment, in dem sie die Außenpolitik der Bundesrepublik mittrug und der Bundeskanzler zu ihren führenden Persönlichkeiten Kontakte unterhielt, zum quasi offiziellen Europaverband der Bundesregierung. Mit ihrer Hilfe sollte gezielt die Westintegrationspolitik in weiten Teilen der Bevölkerung verankert werden. Gleichzeitig hoffte Adenauer, die Europa-Union würde der Bundesregierung helfen, jene Leerstelle im kollektiven Bewußtsein der Deutschen zu füllen, die durch Krieg und Niederlage entstanden war, und von der der erste Kanzler wußte, daß man sie nicht unbesetzt lassen durfte: „Man muß dem Volk eine neue Ideologie geben, das kann nur eine europäische sein."[16]

Doch auch die Abendländische Bewegung half auf ihre Weise, die Westbindung konservativer Gesellschaftsschichten zu festigen. Ein Europakonzept, welches die kulturellen Vorbehalte und antiamerikanischen Ressentiments bürgerlicher Schichten berücksichtigte, versöhnte jene, die vom alten deutschen nicht-westlichen Selbstverständnis schwerer Abstand nahmen, mit der Westintegrationspolitik. Das „Abendland" schien wenigstens die christliche „Führungsmacht" im atlantischen Bündnis bleiben zu können, während die USA die politisch-militärisch dominante Rolle und den Schutz Europas übernehmen würden, so lautete die Botschaft an alle Zögernden. Ein tief verwurzelter Antikommunismus trieb diese Schichten gleichzeitig ebenfalls in Richtung Westen. Die Abendländische Bewegung unterstützte diesen Prozeß – wenn auch nicht bewußt. Sie hatte zwar längst nicht jene Bedeutung, wie sie der Europa-Union aufgrund von Mitgliederzahlen und Fördermitteln zukam. Doch gerade auf einen kleineren Kreis Katholisch-Konservativer bezogen, leistete sie einen wichtigen Beitrag zur Westintegration für jene, die den Weg hin zu neuen Europavorstellungen nur schwer fanden. Die Abendländische Bewegung ermöglichte es ihren Anhängern gewissermaßen, sich den neuen Realitäten in kleinen Schritten anzunähern und dabei über längere Zeit hinweg alte Überzeugungen weiterzutragen: Die Einbindung in den „Westen" erschien hier vor allem politisch-militärisch, während eine ideelle Annäherung an „westlich-liberale" Ordnungsvorstellungen weiterhin abgelehnt wurde. Der Weg nach „Westen" war damit gleichwohl beschritten, und diese Funktion der Abendländischen Bewegung ist Adenauer durchaus bewußt gewesen.

Adenauer – und mit ihm andere Mitglieder der ersten Bundesregierungen – trafen in ihrer Politik also nicht nur den Ton, „der in beiden Konfessionen die Saiten bürgerlichen Empfindens angesichts der politisch-ideologischen Blockkonfrontation zum Klingen brachte",[17] sondern wirkten auch im Hinblick auf „Europa" in der deutschen Gesellschaft integrativ. Die Rhetorik der Westintegrationspolitik half, den Weg nach „Westen" ideell auch für jene zu ebnen, die eben diesem „Westen" eher skeptisch gegenüberstanden. Die Westintegrationspolitik selbst wiederum sicherte die Unterstützung derjenigen, die die „Westernisierung" der Bundesrepublik im ideellen Sinne anstrebten. Adenauer schien beiden Positionen gerecht zu werden: Den Abendländern schien er zu garantieren, daß die „Westerni-

[16] Schwarz, Adenauer: Der Aufstieg, S. 856.
[17] Doering-Manteuffel, Rheinischer Katholik, S. 243.

sierung" nicht zu weit und nicht auf Kosten traditioneller Wertvorstellungen gehen würde, den „Westeuropäern" schien er zu garantieren, daß der Weg in den „Westen" unumkehrbar war.

Die für diese Untersuchung als Ausgangspunkt gewählten fünfziger Jahre erweisen sich in diesem Sinne als tatsächlich entscheidender Zeitraum für die Geschichte europäischer Ideen in Deutschland. Nicht nur standen in diesem Jahrzehnt „traditionelle" und „moderne" Ideen erstmals und einmalig im Verlauf des zwanzigsten Jahrhunderts gleichberechtigt nebeneinander, sondern dies war auch das Jahrzehnt, in dem ganz unterschiedliche, ja ehedem unvereinbare Europavorstellungen in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik zunehmend miteinander versöhnt wurden. In dieser Dekade näherten sich langsam auch jene dem „Westen", die dies in den Jahrzehnten zuvor aus tiefster Überzeugung abgelehnt hatten. Die Tatsache, daß die Abendländische Bewegung in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre für ihre bis dahin im Vergleich zur Zwischenkriegszeit kaum veränderten – eher noch radikaleren – Konzepte nichts mehr bezog als Kritik, macht diesen Entwicklungsprozeß deutlich. Innerhalb der breiten politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Liberalisierungsprozesse, welche im Verlauf der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre einsetzten,[18] war die Veränderung im deutschen Europadenken nur ein Aspekt. Auch er zeigt jedoch, daß in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre eine ideengeschichtliche Epoche und mit ihr die Wirkungsmächtigkeit traditioneller Ordnungsvorstellungen in Deutschland zu Ende ging, welche sich von der Zwischenkriegszeit (im Falle anderer Ordnungskonzepte vom Kaiserreich) bis in die späten fünfziger oder sechziger Jahre erstreckte.[19]

Die Bundesrepublik in den fünfziger Jahren: ein neuer Blickwinkel

In zwei Punkten vor allem erweitert diese Studie unsere bisherigen Kenntnisse zur Bedeutung der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik. Zum ersten haben die Untersuchungen über Liberalisierungsprozesse im Verlauf dieses Jahrzehnts den Blick bisher vorwiegend auf die Innen- und Gesellschaftspolitik gerichtet und dabei vielfach ausschließlich nach inner-westdeutschen Motivationen für diesen Wandel gefragt. Die Bedeutung, die dem internationalen Kontext und dem atlantischen Bündnis in diesem Zusammenhang zukam, blieb bei vielen dieser Arbeiten unbeachtet.[20] Stärker berücksichtigt haben diesen internationalen Einfluß auf die junge Bundesrepublik jene Arbeiten, die die spürbaren Veränderungen in der westdeutschen Gesellschaft der fünfziger Jahre mit dem Konzept der „Westernisierung" fassen: Sie haben deutlich gemacht, daß diese Wandlungsprozesse in

---

[18] Doering-Manteuffel, Wie westlich sind die Deutschen. Herbert (Hg.), Wandlungsprozesse. Schildt, Ankunft im Westen.

[19] Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft, S. 25.

[20] Vgl. etwa Herbert (Hg.), Wandlungsprozesse, S. 32/33, der der internationalen Situation nach 1945 in seiner Einleitung nur wenige Zeilen widmet.

einem transnationalen Bezugsrahmen abliefen, in dem es darum ging, im Kalten Krieg einen gemeinsamen „Westen" zu schaffen und zu gestalten, der nicht nur auf militärisch-politischen Bündnisstrukturen beruhte, sondern auch gemeinsame politische und gesellschaftliche Ordnungsvorstellungen mit einschloß. In gewisser Weise schließt die vorliegende Arbeit an beide dieser Forschungsrichtungen an. Sie ergänzt die Arbeiten zur „Liberalisierung" der Bundesrepublik um jenen inter- bzw. transnationalen Fokus, der bislang fehlte, und fragt danach, wie sich das deutsche Denken über europäische und internationale Zusammenhänge liberalisierte. Gleichzeitig ergänzt sie die Arbeiten zur „Westernisierung", indem sie den Blick auch auf Gruppen richtet, die dieser „Westernisierung" skeptisch gegenüberstanden. Denn wer den Grad der „Verwestlichung" und ihrer Durchsetzung beurteilen will, der muß gerade auch jene gesellschaftlichen Gruppen betrachten, die sich ihr verweigerten bzw. entgegenzustellen versuchten.

Zum zweiten hat die Forschung bisher nicht gefragt, wie denn die Trägergruppen dieser alten, aus der Zwischenkriegszeit überlieferten Konzepte die Leerstelle füllten, die durch die einsetzenden Liberalisierungsprozesse der fünfziger und sechziger Jahre entstand. Denn die Vorstellung, daß ihre Vertreter ihre tief verwurzelten Konzepte einfach verwarfen und sie gegen ganz anders geartete „westernisierte" Ordnungsmodelle austauschten, ist historisch absurd. Das hier betrachtete Beispiel der Abendländischen Bewegung und der abendländischen Idee zeigt (und das läßt sich wohl verallgemeinern), daß die tiefgreifenden Liberalisierungs- und „Westernisierungs"-Prozesse selbst an den traditionellen Ordnungsvorstellungen nicht unbemerkt vorübergingen. Vielmehr erzwangen sie geradezu die „Modernisierung" älterer Ordnungsvorstellungen, die auf diese Weise langsam an den „Westen" herangeführt wurden. Die abendländische Idee der sechziger und siebziger Jahre unterschied sich grundlegend von jener, die in den Jahrzehnten zuvor vertreten worden war. Sie akzeptierte nun Demokratie und individuelle Freiheitsrechte als Grundlagen der europäischen, und damit auch der deutschen Gesellschaft. Somit stimmt es schlicht nicht, daß traditionelle Konzepte nach dem Ende der fünfziger Jahre keine Rolle mehr spielten. Vielmehr konnten sie sich transformieren und auch weiterhin innerhalb bestimmter konservativer Gruppen identitätsstiftend wirken. Auch Konzepte wie das „Abendland" wurden von den weitgreifenden Liberalisierungsprozessen in der Bundesrepublik erfaßt, so sehr sie – in Kontinuität zu früheren Jahrzehnten – ein Widerlager gegen eben diese Liberalisierungsprozesse zu bilden versuchten. Nur unterschied sich die Tiefe der gewünschten Umgestaltung in den sechziger und siebziger Jahren grundsätzlich von jener etwa in den dreißiger und auch noch in den frühen fünfziger Jahren: Es ging nicht mehr darum, Demokratie und Pluralismus als „Ausgeburten des Westens" generell zu bekämpfen, sondern es ging darum, sie „christlich zu binden". Damit blieb die Abendland-Idee (oder nun: Paneuropa) trotz ihrer inhaltlichen „Modernisierung" auch in den sechziger und siebziger Jahren weiterhin ein Gegenmodell zur Westeuropa-Idee. Alte Gegensätze wurden hier durchaus weitergetragen, neue kamen hinzu. Doch ging es, im Gegensatz zur ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, nicht mehr um unvereinbare, sich wechselseitig ausschließende Weltbilder und Ordnungsvorstellungen. Es ging vielmehr um konkrete Politik. Wenn diese Auseinandersetzungen auch verknüpft

waren mit unterschiedlichen Vorstellungen über die „Finalität" Europas, so standen doch seit den sechziger und siebziger Jahren beide rivalisierenden Europagruppen auf dem Boden des Grundgesetzes. Europa hatte seine Funktion als „politischer Kampfbegriff" verloren. Dies zu erreichen, dazu hatte es der Liberalisierungs- und Verwestlichungsprozesse der späten fünfziger und sechziger Jahre bedurft.

Eine „neue" Ideengeschichte der europäischen Integration?

Abschließend sei noch einmal die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Ideen, ihren Trägern, den mit ihnen verknüpften Interessen und ihren Wirkungen bzw. Wirkungsformen gestellt, die den Rahmen der Untersuchung bildete. Denn wenn die vorliegende Arbeit unseren bisherigen Kenntnisstand über die Ideengeschichte des „Europas der Deutschen" erweitert, so muß auch danach gefragt werden, welche Ergebnisse sich damit in theoretischer Hinsicht verknüpfen.

Sowohl die betrachteten Lebensläufe der Abendländer wie auch jene der Europa-Unions-Mitglieder haben gezeigt, daß individuelle Erfahrungen und Prägungen zur Ausbildug bzw. Übernahme bestimmter Weltbilder und Ordnungsvorstellungen führten. Eine Sozialisation in der ausgehenden Habsburgermonarchie, einhergehend mit einer tiefverankerten katholischen Grundüberzeugung, führte zu ganz anderen Europakonzepten, als etwa ein Studium im westlichen Ausland und eine Ausbildung in Industrie und Wirtschaft.[21] Die Frage, ob jemand sein einmal erworbenes Europakonzept variierte oder gar grundsätzlich wandelte, hing offensichtlich ganz entscheidend ab von der Geschlossenheit des eigenen Weltbildes: Das Beispiel der Abendländer im Exil hat gezeigt, daß ein tiefverwurzelter Katholizismus und Konservatismus seine Träger deutlich „immuner" gegenüber alternativen Ordnungsvorstellungen erscheinen ließ als die späteren Europa-Unions-Mitglieder. Diese, bereits vor dem Gang ins Exil eher randständig in ihrer politischen „Heimat", wandelten unter dem Einfluß des angelsächsischen Liberalismus ihre Europaideen grundsätzlich.

In jedem Fall bildeten die hier analysierten Europaideen, nachdem sie sich einmal herausgebildet hatten, eine Richtschnur für das politische Agieren ihrer Trägergruppen. Hier deutet sich die Wirkmächtigkeit von Ideen für individuelles Handeln an: Nicht nur, daß man sich schriftlichen und mündlichen Äußerungen zu spezifischen Europaideen bekannte, nein, man beschloß auch in Organisationen zu ihrer Durchsetzung aktiv zu werden. Auf diese Weise entstanden mit den hier betrachteten Europabewegungen Gruppen, in denen der einzelne Akteur „Mitglied einer sozialen Gruppe [war], die ihr Verhalten an gemeinsamen Werten" orientierte.[22] Verbindendes Element beider Europaorganisationen, sowohl der Abendländischen Bewegung wie auch der Europa-Union, war die spezifische Idee. Da diese beiden Ideen so grundsätzlich verschieden voneinander waren, kam

[21] Girault, Das Europa der Historiker, S. 84/85.
[22] Jachtenfuchs, Ideen und internationale Beziehungen, S. 427.

es auch kaum zu Überschneidungen zwischen beiden Gruppen: Sie organisierten sich in unterschiedlicher Weise und versuchten in unterschiedlicher Weise für die Umsetzung ihrer Idee aktiv zu werden.

Denn ausgehend von der Idee entwickelten die betrachteten Gruppen jeweils auch spezifische Organisations- und Wirkungsformen. Eine Idee, die ein traditionelles und der „Moderne" skeptisch gegenüberstehendes Weltbild beinhaltete, verwirklichte sich (in unserem Falle) auch nicht mit „modernen" Strukturen:[23] So war es kein Zufall, daß die Abendländer sich elitäre Organisationsformen wählten und kein Interesse an einer „Massenbewegung", aber an „inoffizieller" Politikberatung hatten. Konsequenterweise organisierte sich die „erneuerte" abendländische Idee der siebziger Jahre in der Paneuropa-Union auch ganz anders als die alte Abendländische Bewegung, ebenso griff sie zu völlig anderen Wirkungsformen: Nun handelte es sich um einen zumindest teildemokratisch organisierten Verband mit hohen Mitgliederzahlen aller Altersstufen, der versuchte, einerseits breitere Bevölkerungskreise mit seinen Aktionen anzusprechen, andererseits als „Lobbygruppe" auf die Politik Einfluß zu nehmen. Darin unterschied sich die Paneuropa-Union deutlich von der Abendländischen Bewegung der fünfziger Jahre und hatte sich den Organisations- und Wirkungsformen der Europa-Union angenähert. Diese, die die eher „modernere" Westeuropa-Idee vertrat, hatte bereits in den fünfziger Jahren gegenüber der Abendländischen Bewegung eher „moderne" Organisations- und Wirkungsweisen vertreten, wenn sie sich als Massenbewegung begriff, innerverbandlich eine demokratische Führungsform verwirklichte und (mit flexiblen Aktionsformen) sowohl auf die westdeutsche Politik wie auch auf die Bevölkerung einwirken wollte. Der enge Zusammenhang von Ideen und Wirkungsformen, der für die Geschichte der europäischen Integration bzw. der Europabewegungen bisher unberücksichtigt geblieben ist, tritt hier deutlich zutage: Spezifische Ideen scheinen sich in spezifischen Organisations- und Wirkungsformen niederzuschlagen.

Verknüpften sich nun mit den jeweiligen Europakonzepten auch spezifische Interessen? Ganz offensichtlich ist der Zusammenhang von Ideen und Interessen in jenem Fall, in dem sich mit dem Westeuropa-Konzept materielle Interessen von seiten der westdeutschen Industrie und Hochfinanz verbanden. Industrielle und Bankiers engagierten sich in den Reihen jener Europabewegung, die in ihren Augen eine spezifische Europaidee propagierte, welche zur Durchsetzung der eigenen materiellen Interessen hilfreich war. Wie aber sieht es bei der Abendländischen Bewegung oder auch im Falle der „Westernisierer" in den Reihen der Europa-Union aus, bei denen ein materielles Interesse in dieser eindeutigen Form nicht nachzuweisen ist? Um diese Frage zu beantworten, ist es letztlich nötig, den Interessenbegriff weiter zu definieren, als dies häufig geschieht. Es geht, wenn man dem Zusammenhang von Ideen und Interessen nachgeht, eben nicht nur um materielle Interessen. Vielmehr bietet es sich an, die hier untersuchten Europa-

[23] Für den „reactionary modernism" konnte dies auch anders aussehen: Gerade in der Zwischenkriegszeit und dem „Dritten Reich" finden wir ein Miteinander von vormodernden Ideen und modernen Organisations- und Wirkungsformen. Vgl. Herf, Reactionary Modernism.

gruppen als Institutionen zu begreifen, die eine gemeinsame Interessenpolitik betrieben. Ihre Mitglieder waren „nicht durch kurzfristige Eigeninteressen motiviert, sondern durch gemeinsame Ziele, durch handlungsleitende Orientierungen, die man auch als gemeinsame Ideen oder Werte bezeichnen kann. Ihr Ziel [war] es, diese gemeinsamen Orientierungen oder Werte in politisches Handeln zu übertragen, in dem jeweiligen Bereich durchzusetzen oder mehrheitsfähig zu machen."[24] Die jeweiligen Weltbilder und Ideen bestimmten also im Falle der Abendländischen Bewegung oder der „Westernisierer" die Interessen und prägten ihr Handeln. Dabei sind Interessen eben nicht als ausschließlich materiell zu verstehen: Spezifische Europaideen führten bei ihren jeweiligen Trägern beispielsweise entweder zu einem Interesse an einer demokratisch-pluralistischen oder eben an einer rechristianisierten, ständisch geordneten Gesellschaft. Um das jeweilige Interesse durchzusetzen, engagierte man sich in den hier betrachteten Europabewegungen. Tatsächlich greifen hier Ideen und Interessen in einer tiefen „Komplementarität" ineinander.[25] Im Falle von Europaideen gilt es also, im Blick zu behalten, welche Rolle interessegeleitetes Handeln beim Handeln für Europa spielte. Nur wenn man die mit den Europakonzepten untrennbar verknüpften Weltbilder analysiert, kann man auch die damit verknüpften Interessen veranschaulichen.

Europaideen waren während eines Großteils des 20. Jahrhunderts „gedachte Ordnungen"[26], die das gesellschaftliche und politische Handeln ihrer Träger interessegeleitet prägten. Bis in die fünfziger Jahre hinein waren sie utopische Zukunftsentwürfe, „in die Zukunft verlagerte Gegenbilder zu der Erfahrung der jeweiligen gegenwärtigen Ordnung".[27] Dies wiederum führt zu dem Ausgangspunkt zurück, daß es sich bei Europaideen im Verlauf des 20. Jahrhunderts immer um mehr handelte als um politische Integrationspläne. Vielmehr spiegelt sich auch in der Geschichte deutscher Europaideen das schwierige Verhältnis der Deutschen zu sich selbst, zu ihrer Nation und zu ihren Nachbarn. Daher ist diese Studie auch als Plädoyer dafür zu lesen, Europakonzepte stärker als bisher in ihrer Vielgestaltigkeit, ihren nationalen Verankerungen genauso wie in ihren internationalen Bezügen zu begreifen. Auch gilt es, die Geschichte des deutschen Verhältnisses zu Europa, mit all seinen Höhen und Tiefen, all seinen Kontinuitäten und Brüchen, in die weitere Ideengeschichte der Deutschen im 20. Jahrhundert einzubetten. Nur so werden wir unser heutiges Europaverständnis historisieren können, mit dem Ziel, das Europa unserer Gegenwart und der Zukunft historisch herleiten zu können. Dazu bedarf es einerseits der Europäisierung der Geschichtsschreibung. Mindestens ebenso sehr ist es indes andererseits nötig, „Europa" auch in der Nationalgeschichtsschreibung seinen Raum zu geben. Denn nur wer europäische Geschichte und nationale Geschichte aufeinander bezieht und in ihrer Verflochtenheit analysiert, wird den Grundgegebenheiten Deutschlands und Europas am Beginn des 21. Jahrhunderts gerecht werden können.

---

[24] Angster, Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie, S. 35.
[25] Lepsius, Interessen und Ideen, S. 43.
[26] Ausschreibungstext DFG „Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft", S. 1/2.
[27] Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft, S. 25.

Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
ACNP	Asociación Católica Nacional de Propagandistas
ADSD	Archiv der sozialen Demokratie
AEF	Aktion Europäische Föderalisten
AEG	Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AHR	American Historical Review
AO	Auslandsorganisation der NSDAP
APO	Außerparlamentarische Opposition
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
AVI	Arbeitsgemeinschaft der Verarbeitenden Industrie
BA	Bundesarchiv
BBC	British Broadcasting Corporation
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
BdV	Bund der Vertriebenen
BEJ	Bund Europäischer Jugend
BHE	Bund der Heimatlosen und Entrechteten
BRD	Bundesrepublik Deutschland
CCF	Congress for Cultural Freedom
CDU	Christlich-Demokratische Union
CEDI	Centre Européen de Documentation et Information/Europäisches Dokumentations- und Informationszentrum
CIA	Central Intelligence Agency
CIO	Congress of Industrial Organizations
CK	Richard Coudenhove-Kalergi
ČSR	Tschechoslowakische Republik
CSU	Christlich-Soziale Union
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
DAF	Deutsche Arbeits-Front
DAG	Deutsche Angestellten-Gewerkschaft
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEFRA	Deutsche Vereinigung zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen mit Frankreich
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DFP	Deutsche Freiheitspartei
DGAP	Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik

DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DHP	Deutsch-Hannoversche Partei
DM	Deutsche Mark
DNSAP	Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Deutsche Partei
DRdEB	Deutscher Rat der Europäischen Bewegung
DSAP	Deutsche Sozialdemokratische Arbeiter Partei
DSG	Deutsch-Spanische Gesellschaft
DStP	Deutsche Staatspartei
DWD	Das Wahre Deutschland
EA	Europa-Archiv
EB	Europäische Bewegung
EFB	Europäische Föderalistische Bewegung
EFTA	European Fair Trade Association
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EPG	Europäische Politische Gemeinschaft
EPU	Europäische Parlamentarier-Union
EU	Europa-Union
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAE	Fondation Archives Européennes
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
FN	Fußnote
FR	Frankfurter Rundschau
GDA	Gewerkschaftsbund der Angestellten
GG	Geschichte und Gesellschaft
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
HA	Hauptausschuß
Hg./hrsg.	Herausgeber/herausgegeben (von)
HGW	Hermann-Göring-Werke
HZ	Historische Zeitschrift
IAI	Ibero-Amerikanisches Institut
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IREG	Internationale Rohstahlexportgemeinschaft
IRG	Internationale Rohstahlgemeinschaft
ISK	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
JecH	Journal of economic History
JEF	Junge Europäische Föderalisten

KAV	Katholischer Akademikerverband
KV	Kreisverband
KZ	Konzentrationslager
LV	Landesverband
MBÖ	Monarchistische Bewegung Österreichs
MdB	Mitglied des Bundestages
MFE	Movimento Federalista Europeo
MGM	Militärgeschichtliche Mitteilungen
MICUM	Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines
MoI	Ministry of Information
NA	Neues Abendland
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NPD	Nationale Partei Deutschlands
NRW	Nordrhein-Westfalen
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter Partei
OA	Archiv des Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie.
OECD	Organization for Economic Cooperation and Developement
OEEC	Organization for European Economic Cooperation
OKW	Oberkommando der Wehrmacht
ORF	Österreichischer Rundfunk
OSS	Office of Strategic Services
PAAA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts
PEU D	Paneuropa-Union Deutschland
PEU	Paneuropa-Union
PID	Political Intelligence Department
PWE	Political Warfare Executive
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
SchZ	Schönere Zukunft
SdP	Sudetendeutsche Partei
SHF	Sudetendeutsche Heimatfront
SOE	Special Operations Exekutive
SOPADE	Parteivorstand der Sozialdemokratie im Exil
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutz-Staffel
SZ	Süddeutsche Zeitung
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UEF	Union européene des Fédéralistes/Union Europäischer Föderalisten
UN	United Nations

UNR	Union pour la nouvelle République
USA	United States of America
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VSWG	Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft

Quellen- und Literaturverzeichnis

Ungedruckte Quellen

1. Archiv der Sozialen Demokratie, Bonn (ADSD)

Bestand	Europa Union Deutschland
Bestand	Junge Europäische Föderalisten
Nachlaß	Heinrich Ritzel
Nachlaß	Paul Löbe

2. Archiv für Christlich-Demokratische Politik, Bonn (ACDP)

I-153	Nachlaßsplitter Gerhard Kroll
I-156	Nachlaßsplitter Friedrich August Freiherr von der Heydte
I-240	Nachlaß Hans-Joachim Unger
I-148	Nachlaß Hans-Joachim von Merkatz

3. Bundesarchiv Koblenz (BA)

N 1132	Nachlaß Wilhelm Heile
N 1011	Nachlaß Erich Roßmann
N 1239	Nachlaß Heinrich von Brentano
N 1243	Nachlaß Walter von Keudell
N 1105	Nachlaß Hermann Pünder
N 1352	Nachlaß Ernst Friedländer
N 1146	Nachlaß Paul Leverkuehn
N 1384	Nachlaß Günter Henle
N 1162	Nachlaß Hans Albert Kluthe
R64-I	Bestand Deutsch-Spanische Gesellschaft
R 43	Reichskanzlei
B 136	Bundeskanzleramt

4. Bundesarchiv Berlin (BA Berlin)

Bestände des ehemaligen Berlin Document Center:

Personalakten	Friedrich August Freiherr von der Heydte
	Georg Stadtmüller
	Emil Franzel

5. Politisches Archiv des Auswärtigen Amts, Bonn (PAAA)

Bestand	Abteilung Völkerbund
Bestand	Politische Abteilung I
B 10	Politische Abteilung II
R 83	Politische Abteilung IV
R 106	Handelspolitische Abteilung I

R 108	Handelspolitische Abteilung IIa
Nachlaß	Renthe-Fink
R 96	Referat Völkerbund
R 118	Handakten Trautmann
B 2	Büro der Staatssekretäre
Bestand	Abteilung West, Ref. 201

6. Archiv des Bankhauses Sal. Oppenheim jr. & Cie., Köln (OA)

Bestand	Europa-Union

7. BDI-Archiv, Berlin

Bestand	Hauptgeschäftsführung
Bestand	Publikationen von und über Wilhelm Beutler
Bestand	Veröffentlichungen des BDI, Nr. 11–20
Bestand	PI: Abteilung 12 Presse und Information

8. Stadtarchiv Esslingen

Bestand	Europa-Union, Kreisverband Esslingen
Personalkartei	Dieter Roser
Bestand	Hauptamt I 2236
Bestand	Kongreß der Europa-Union am 17./18. 10. 1952 in Esslingen

9. Fondation Archives Européennes, Genf (FAE)

Fonds „Union Paneuropéenne", 1917–1972
Fonds Richard Coudenhove-Kalergi. C: Action individuelle

Gedruckte Quellen

1. Quellensammlungen

40 Years European Movement 1948–1988. Congress of Europe, The Hague, 5.–8. 5. 1988. Bonn 1989.

Foerster, Rolf Helmut (Hg.): Die Idee Europa 1300–1946. Quellen zur Geschichte der politischen Einigung. München 1963.

Hass, Gerhart (Hg.): Anatomie der Aggression. Neue Dokumente zu den Kriegszielen des faschistischen deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg. Berlin (Ost) 1972.

Lipgens, Walter (Hg.): 45 Jahre Ringen um die europäische Verfassung. Dokumente 1939–1984. Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Verfassungsentwurf des Europäischen Parlaments. Bonn 1986.

Ders.: (Hg.): Documents on the History of European Integration. 4 Bde. Berlin 1984–1989.

Ders.: (Hg.): Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940–1945. Eine Dokumentation. München 1968.

Opitz, Reinhard (Hg.): Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945. Köln 1977.

Schumann, Wolfgang/Nestler, Ludwig (Hg.): Anatomie des Krieges – Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Kapitalismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945. Berlin (Ost) 1975.

Schwarz, Jürgen (Hg.): Der Aufbau Europas. Pläne und Dokumente von 1945 bis 1980. Bonn 1980.
Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 1. Wahlperiode, Drucksache 1193. Bonn 1949/53.

2. Zeitungen und Zeitschriften

Abendland. Deutsche Monatshefte für europäische Kultur, Politik und Wirtschaft, 1 (1925/26) – 5 (1929/30).
Aconcagua. Iberoamerica – Europa. Zeitschrift für Politik, Kultur und Wirtschaft für die Länder der iberischen und deutschen Zunge, 1 (1965) – 7 (1971) [damit Erscheinen eingestellt].
Das Wahre Deutschland, 1 (1938) – 31 (1940).
Der katholische Gedanke. Eine Vierteljahresschrift. Hg. vom Katholischen Akademikerverband, 1 (1928) – 6 (1933).
Der Spiegel (1955–1956).
Deutsche Tagespost (1956).
Europa-Union. Offizielles Organ des Generalsekretariates der Europa-Union 1 (1948) – 20 (1970).
Frankfurter Allgemeine Zeitung (1955–1956).
Frankfurter Rundschau (1956).
Leipziger Vierteljahrschrift für Südosteuropa. Hg. vom Südosteuropa-Institut an der Universität Leipzig in Zusammenarbeit mit dem Südostausschuß der Deutschen Akademie und der Südostgemeinschaft der Wiener Hochschulen, 1 (1937/38) – 7 (1943) [damit Erscheinen eingestellt].
Mitteilungsblätter für die weltanschauliche Schulung der Ordnungspolizei. Hg. vom Chef der Ordnungspolizei. I. Aufgabe der „Mitteilungsblätter", II. Anleitung zum Gebrauch der „Mitteilungsblätter", ohne Datum.
Münchener Merkur (1956).
Neues Abendland. Zeitschrift für Politik, Kultur und Geschichte, 1 (1946) – 10 (1955). Neue Folge 11 (1956) – 13 (1958) [damit Erscheinen eingestellt].
Oberbayerisches Volksblatt (1956).
Paneuropa, 1 (1924) – 14 (1938).
Rheinischer Merkur (1955–1956).
Reich und Heimat. Mitteilungen des Reichs- und Heimatbundes Deutscher Katholiken, 1 (1925) – 3 (1927).
Schönere Zukunft. Katholische Wochenschrift für Religion und Kultur, Soziologie und Volkswirtschaft, Wien 1 (1925/26) – 8 (1933).
Süddeutsche Zeitung (1955–1956).

3. Memoiren und zeitgenössisches Schrifttum

Asmussen, Hans: Politik und Christentum. Hamburg 1933.
Ders.: Reichskirche? Hamburg 1933.
Ders.: Kreuz und Reich. Berlin 1934.
Bauer, Hans: Vaterland und Völkergemeinschaft. Ein Manifest. Basel 1933.
Ders./Ritzel, Heinrich Georg: Von der eidgenössischen zur europäischen Föderation. Zürich u. a. 1940.
Ders./Ritzel, Heinrich Georg: Kampf um Europa. Von der Schweiz aus gesehen. Zürich u. a. 1945.
Bauer, Otto: Zwischen zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus. Bratislava 1936.

Bell, Daniel: The End of Ideology. On the Exhaustion of Political Ideas in the Fifties. Glencoe 1960.
Bergengruen, Werner: Der ewige Kaiser. Graz 1931 (anonym erschienen).
Bergsträsser, Arnold: Sinn und Grenzen der Verständigung zwischen den Nationen. München u. a. 1930.
Ders.: Verständigung?, in: Der Ring 3 (1930), S. 801.
Boehm, Max Hildebert: Europa irrendata. Eine Einführung in das Nationalitätenproblem. Berlin 1923.
Ders.: Die deutschen Grenzlande. Berlin ²1930.
Boetticher, Friedrich von: Frankreich. Der Kampf um den Rhein und die Weltherrschaft. Leipzig 1922.
Max Brauer im Exil. Briefe und Reden aus den Jahren 1933–1946. Hg. von Christa Fladhammer/Michael Wildt. Hamburg 1994.
Coblenz, Hermann: Frankreichs Ringen um Rhein und Ruhr. Eine Schriftenreihe zur Abwehr. Berlin o. J.
Cornides, Wilhelm: Das Projekt einer europäischen Versammlung, in: EA 4 (1949), S. 2011–2024.
Ders.: Politische Formen europäischen Aktionismus, in: EA 4 (1949), S. 2257–2260.
Ders.: Die Anfänge des europäischen föderalistischen Gedankens in Deutschland. Ein historisch-politischer Bericht, in: EA 6 (1951), S. 4243–4258.
Coudenhove-Kalergi, Richard von: Ethik und Hyperethik. Leipzig 1923.
Ders.: Krise der Weltanschauung. Wien 1923.
Ders.: Pan-Europa. Wien u. a. 1924.
Ders.: Praktischer Idealismus. Adel – Technik – Pazifismus. Leipzig u. a. 1925.
Ders.: Held oder Heiliger. Leipzig u. a. 1927.
Ders.: Gebote des Lebens. Leipzig u. a. 1931.
Ders.: Stalin & Co. Wien u. a. 1931.
Ders.: Revolution durch Technik. Leipzig u. a. 1932.
Ders.: Europa erwacht! Wien u. a. 1934.
Ders.: Judenhaß von heute. Wien u. a. 1935.
Ders.: Totaler Mensch – totaler Staat. Wien u. a. 1937 (Wiederauflage Wien 1965).
Ders.: Kampf um Europa. Zürich 1949.
Ders.: Die europäische Nation. Stuttgart 1953.
Ders.: Vom ewigen Krieg zum großen Frieden. Göttingen 1956.
Crux Victorialis. Ein Erinnerungsbuch an die St.-Ulrichs-Festwoche und die Tage abendländischen Bekenntnisses vom 2.–11. Juli 1955 in Augsburg. Hg. vom Lokalkomitee, bearb. von Leopold Schwarz und Max Hoheneste. Augsburg o.J. [1955].
Dalma, Alfons: De Gaulle, die Deutschen, Europa: Im Spiegel der kommentierten Texte, Dokumente und Zitate. Karlsruhe 1962.
Das Abendland im Spiegel seiner Nationen. Vorträge und Gespräche der 4. Jahrestagung der Abendländischen Akademie von 1955. München o.J. [1955].
Das europäische Erbe in der heutigen Welt. Veröffentlichungen der Abendländischen Akademie e.V. Nürnberg 1963.
Das europäische Geschichtsbild und die Schule. Experten-Vorträge einer Historiker-Tagung der Europaunion in Königswinter am 27./28. 9. 1957. Bonn 1957.
Der Gemeinsame Markt. Grundgedanken, Probleme und Tatsachen zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Experten-Vorträge der Wirtschaftskonferenz von Königswinter einberufen von der Europa-Union am 22./23. 3. 1957. Bonn 1957.
Der Mensch und die Freiheit. Vorträge und Gespräche der 2. Jahrestagung der Abendländischen Akademie von 1953. München o.J. [1953].
Deutsch, Karl-Wolfgang: Emil Franzels konservativer Sozialismus, in: Der Kampf 3 (1932), S. 283–286 und S. 408–416.
Deutschland und der Völkerbund. Hg. von der Deutschen Liga für Völkerbund. Berlin 1926.
Die Abendländische Akademie. Wesen, Ziel und Organisation. Juli 1953.

Dirks, Walter: Erbe und Aufgabe. Gesammelte kulturpolitische Aufsätze. Frankfurt am Main 1931.
Ders.: Das Abendland und der Sozialismus, in: Frankfurter Hefte 1 (1946), S. 67–76.
Ders.: Das christliche Abendland. Sein Nachwirken in den Konfessionen der BRD, in: Bismarck, Klaus von/Dirks, Walter (Hg.): Christlicher Glaube und Ideologie. Stuttgart u.a. 1967, S. 118–125.
Europa in der atlantischen Gemeinschaft. 12. ordentlicher Kongress der Europa-Union Deutschland, 26.–28. 5. 1961. Bonn 1961.
Europa-Union seiner Völker. Was will die Europa-Union – Was ist die Europa-Union – Wie arbeitet die Europa-Union. Bonn 1959.
Europäische Sicherheit. Hg. von der Europa-Union. Bonn o.J.
Europe Unites. The Story of the Campaign for European Unity. Including a full report oft the Congress of Europe held at The Hague May 1948. London 1949.
Ferger, Ernst (i.e. Ernst Friedländer): Frieden und Abendland. Zürich 1940.
Ferber, Walter: Der Föderalismus. Augsburg 1946.
Ders.: Der Föderalismus in Deutschland. Basel 1951.
Ders.: Kleine Geschichte der katholischen Bewegung. Würzburg 1959.
Franzel, Emil: Zur Judenfrage, in: Tribüne 3 (1930/31), S. 377–393.
Ders.: Eine Aufgabe des Parteitages, in: Tribüne 5 (1932), S. 129–134.
Ders.: Der Sieg der Konterrevolution, in: Sozialdemokrat, 14. 2. 1933 und 15. 2. 1933.
Ders.: CSR – Wohin?, in: Tribüne 7 (1934), S. 99f.
Ders.: Die tschechische Republik und Mitteleuropa, in: Der Kampf 2 (1935), S. 309–313.
Ders.: Nil und Donau, in: Der Kampf 2 (1935), S. 385–394.
Ders.: Abendländische Revolution. Geist und Schicksal Europas. Bratislava 1936.
Ders.: Die österreichische Frage und Europa, in: Der Kampf 3 (1936), S. 351–358.
Ders.: Die österreichische Frage und Europa, in: Die deutsche Revolution 20. 9. 1936, S. 1f.
Ders.: Europa – Eine sozialistische Aufgabe, in: Der Kampf 3 (1936), S. 182–188.
Ders.: Europäische Zwischenbilanz, in: Der Kampf 3 (1936), S. 304–312.
Ders.: Vor dem Engpaß – Die Gefahrenzone der anglo-europäischen Politik, in: Der Kampf (1936).
Ders.: Die Bibliothek des Landesmuseums in Prag. Eine Darstellung ihrer Ursprünge und ihres Werdens im Rahmen der Museumsgeschichte. Prag 1942.
Ders.: Geschichte wider Legenden: Der gefährliche Weg der deutschen Sozialdemokratie. Augsburg ²1953.
Ders.: Von Bismarck zu Adenauer: Ideologie, Wahn und Realismus in der deutschen Politik. München 1957.
Ders.: Der Donauraum im Zeitalter des Nationalitätsprinzips (1789–1918). München 1958.
Ders.: Sudetendeutsche Geschichte. Eine volkstümliche Darstellung. Augsburg 1958.
Ders.: Das Reich der braunen Jakobiner: Der Nationalsozialismus als geschichtliche Erscheinung. München 1964.
Ders.: Franz Ferdinand d'Este: Leitbild einer konservativen Revolution. Wien/München 1964.
Ders.: Die Vertreibung. Sudetenland 1945/46. Bad Nauheim 1967.
Ders.: Die Sudetendeutschen. Siedlungsraum, Wesen und Geschichte der Volksgruppe. Wien 1968.
Ders.: Die Habsburger: Gestalt und Schicksal eines Geschlechts. München 1971.
Ders.: Gegen den Wind der Zeit. Erinnerungen eines Unbequemen. München 1983.
Friedländer, Ernst: Das Wesen des Friedens. Hamburg 1947.
Ders.: Wie Europa begann. Köln 1965.
Ders.: Klärung für Deutschland. Leitartikel in der Zeit 1946–1950. Hg. von Norbert Frei. München 1982.
Für ein föderales Europa. Beschlüsse der Bundeskongresse der Europa-Union Deutschland 1947–1991. Bonn 1993.

Gaupp-Berghausen, Georg von: Der Fürst und die „res publica", in: Zeiler Aspekte, S. 108–115.
Geiss, Imanuel: Auf dem Wege zum „Neuen Abendland", in: Neue Gesellschaft 2 (1955), Heft 6, S. 41–46.
Gerlich, Fritz: Der Kommunismus als Lehre vom tausendjährigen Reich. München 1920.
Ders.: Die stigmatisierte Therese Neumann von Konnersreuth. 2. Bde. München 1929.
Geschäftsbericht der Europa-Union Deutschland vom 12. 4. 1964 bis 19. 11. 1966. Bonn o. J.
Geschäftsbericht der Europa-Union Deutschland vom 20. 11. 1966 bis 22. 11. 1969. Bonn o. J.
Grimm, Friedrich, Frankreich am Rhein. Rheinlandbesetzung und Separatismus im Lichte der historischen französischen Rheinpolitik. Hamburg u. a. o. J. (1931).
Grundgesetz mit Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland, Menschenrechtskonvention, Bundesverfassungsgerichtsgesetz, Parteiengesetz und Gesetz über den Petitionsausschuß. 30. neubearbeitete Auflage. München 1993.
Habsburg, Otto von: Entscheidung für Europa. Innsbruck u. a. ^{2}1958.
Ders.: Schutzwall Europa. Vortrag. Köln u. a. ^{3}1960.
Ders.: Der Ferne Osten ist nicht verloren. Wien 1963.
Ders.: Afrika ist nicht verloren. Schwarz und Weiß – Partner – nicht Feinde. Wien u. a. 1964.
Ders.: Europa. Großmacht oder Schlachtfeld? Wien 1965.
Ders.: Idee Europa. Angebot der Freiheit. München u. a. ^{2}1977.
Ders.: Die Reichsidee. Geschichte und Zukunft einer übernationalen Ordnung. Wien u. a. ^{2}1986.
Ders.: Zurück zur Mitte. Wien u. a. 1991.
Hagemann, Walter: Deutschland am Scheideweg. Gedanken zur Außenpolitik. Freiburg im Brsg. 1931.
Heile, Wilhelm: Stammesfreiheit im Einheitsstaat. Berlin 1919.
Ders.: Nationalstaat und Völkerbund. Gedanken über Deutschlands europäische Sendung. Halberstadt 1926.
Ders.: Abschied von der FDP. o.O. 1947.
Heilmann, Wolfgang: Versuch einer Wesensbestimmung des Abendlandes (Manuskript 1958). Hg. von Valentin Wehefritz. Dortmund 1994.
Henle, Günter: Weggenossen des Jahrhunderts. Als Diplomat, Industrieller, Politiker und Freund der Musik. Stuttgart 1968.
Heubl, Franz: Ostpolitik ohne Illusionen, in: Bayern-Kurier, 14. 6. 1969.
Ders.: Die Gesellschaft Europas – morgen, in: Bayern-Kurier, 4. 7. 1970.
Heydte, Friedrich August von der: Das Weiß-Blau-Buch zur deutschen Bundesverfassung und zu den Angriffen auf Christentum und Staatlichkeit der Länder. Regensburg 1948.
Ders.: Die Geburtsstunde des souveränen Staates. Ein Beitrag zur Geschichte des Völkerrechts, der allgemeinen Staatslehre und des politischen Denkens. Regensburg 1952.
Ders.: Soziologie der deutschen Parteien. München 1955.
Ders.: Vom heiligen Reich zur geheiligten Volkssouveränität. Laupheim 1955.
Ders.: „Muß ich sterben, will ich fallen...". Ein „Zeitzeuge" erinnert sich. Berg am See 1987.
Ders.: Die Monarchie. Eine europäische Idee. Österreich vom Wiener Kongreß bis St. Germain. Wien u. a. 1993.
Hippel, Ernst von: Untersuchungen zum Problem des fehlerhaften Staatsakts. Ein Beitrag zur Methode einer teleologischen Rechtsauslegung. Berlin 1924.
Ders.: Der Sinn des Staates und die Lehre von den Staatsformen bei Platon. Langensalza 1927.
Ders.: Der französische Staat der Gegenwart. Breslau 1928.
Ders.: Oberschlesien, Akademische Rede anläßlich der zehnjährigen Wiederkehr des Abstimmungstages. Königsberg 1931.
Ders.: Die Krise des Rechtsgedankens, in: Schriften der Königsberger Gelehrten Gesellschaft 9 (1933), S. 77–106.
Ders.: Die Universität im Neuen Staat. Königsberg 1933.

Ders.: Mensch und Gemeinschaft. Die Stufen des politischen Bewußtseins und die Aufgaben der Gegenwart. Leipzig 1935.
Ders.: Der Bolschewismus und seine Überwindung. Breslau 1938, ²1948.
Ders.: Bacon und das Staatsdenken des Materialismus, in: Schriften der Königsberger Gelehrten Gesellschaft 15/16 (1939), S. 95–164.
Ders.: Gewaltenteilung im modernen Staat. Koblenz 1941.
Ders.: Rechtsgesetz und Naturgesetz. Halle 1942, Neuauflage Tübingen 1949.
Ders.: Als Kriegsfreiwilliger in Flandern. Bonn/Röhrscheid 1969.
Ders.: Meine Kindheit im kaiserlichen Deutschland. Meisenheim 1975.
Ibach, Helmut (zusammen mit Ferdinand Kuhn): Deutsche Bürgerkunde. Recklinghausen 1960.
Ders.: o.T., in: Werkblätter von Neudeutschland Älterenbund 7 (1934/35).
Ders.: Lechfeld, Schicksalsfeld. Augsburg 1966.
Ders.: Europas Reserven, in: Das Abendland im Spiegel seiner Nationen. Vorträge und Gespräche der 4. Jahrestagung der Abendländischen Akademie von 1955. München o.J. [1955], S. 106–113.
Ingrim, Robert: Der Griff nach Österreich. Zürich 1939.
Ders.: Außenpolitik mit falschen Begriffen. Zürich 1947.
Ders.: Von Talleyrand bis Molotow: Die Auflösung Europas. Stuttgart 1951.
Ders.: Die Rettung Deutschlands. Düsseldorf 1952.
Ders.: Bündnis oder Krieg. München 1955.
Ders.: Macht und Freiheit: Wie man den Feind aus dem Land bringt. Stuttgart 1956.
Jaeger, Richard: Die Krise der nordatlantischen Gemeinschaft, in: Europa-Forum 4 (1967), S. 200–207.
Ders.: Bundestagsreden. Hg. von Leo Wagner. Bonn 1969.
Jaksch, Wenzel: Volk und Arbeiter. Deutschlands europäische Sendung. Bratislava 1936.
Keetman, Ernst: Frankreichs Kampf um den Rhein. Eine politische Studie zum Versailler Friedensdiktat. Berlin 1925.
Kirnberger, Ferdinand: Laiengespräche über den Staat. Augsburg 1947.
Kogon, Eugen: Wirtschaft und Diktatur – das italienische Beispiel, in: Hochland 24 (1927), S. 385–406.
Ders.: Die Aussichten der Restauration. Über die gesellschaftlichen Grundlagen der Zeit, in: Frankfurter Hefte 7 (1952), S. 165–177.
Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. Wiederauflage, München 1974.
Ders.: Gesammelte Schriften. Bd. 6: Dieses merkwürdige, wichtige Leben. Begegnungen. Hg. von Michael Kogon und Gottfried Erb. Weinheim 1997.
Konservative Haltung in der politischen Existenz. Vorträge und Gespräche der 5. Jahrestagung der Abendländischen Akademie von 1956. München o.J. [1956].
Kroll, Gerhard: Das Ordnungsbild der Abendländischen Aktion. Hg. vom Landesvorstand der Abendländischen Aktion. München 1951.
Ders.: Grundlagen abendländischer Erneuerung. München 1951.
Kuehnelt-Leddhin: Freiheit oder Gleichheit? Die Schicksalsfrage des Abendlandes. Salzburg 1953.
Linnebach, Karl: Die gerechte Grenze im deutschen Westen – ein 1000jähriger Kampf. Berlin 1926.
Mayer(-Pfannholz), Anton: Die Wende von Canossa. Eine Studie zum Sacrum Imperium, in: Hochland 30 (1932/33), S. 385ff.
Merkatz, Hans-Joachim von: Die konservative Funktion: Ein Beitrag zur Geschichte des politischen Denkens. München 1957.
Ders.: Politik im Widerstreit. München 1957.
Ders.: Konservatives Denken – pseudokonservative Theorie, in: Der Monat 14 (1962), S. 54–56.
Ders.: In der Mitte des Jahrhunderts. Politische Lebensfragen unserer Zeit. München 1963.

Ders./Koenigswald, Harald von (Hg.): Besinnung auf Preußen: Autorität und Freiheit, gestern und morgen. Oldenburg 1964.
Michels, Thomas: Das Heilswerk der Kirche. Ein Beitrag zur Theologie der Geschichte. Salzburg 1935.
Mobilmachung. Die Habsburger Front. Ein Schwarzbuch der Jungen Europäischen Föderalisten, erstellt von Knut Erdmann u.a. Bonn u.a. 1979.
Nahm, Peter Paul: Kultur und Politik im Spannungsfeld der Geschichte. Hans Joachim von Merkatz zum 70. Geburtstag. Bielefeld 1975.
Naumann, Friedrich: Mitteleuropa. Berlin 1915.
Naumann, Johann Wilhelm: Altes und Neues Abendland. Augsburg 1948.
Pinsk, Johannes: Theologie und Politik, in: Zeit und Volk 1 (1933), S. 317ff.
Platz, Hermann: Deutschland, Frankreich und die Idee des Abendlandes. Köln 1924.
Ders.: Um Rhein und Abendland. Burg Rothenfels 1924.
Ders.: Erste Begegnung mit Maria Laach. Erlebnisse aus der Zeit der beginnenden liturgischen Erneuerung, in: Das Wort in der Zeit 2 (1934/35), S. 508–515.
Platzhoff, Walter: Der Kampf um den Rhein in zwei Jahrtausenden, in: Kampf um den Rhein. Beiträge zur Geschichte des Rheinlandes und seiner Fremdherrschaft 1918–1930. Mainz 1930.
Pluralismus, Toleranz und Christenheit. Veröffentlichungen der Abendländischen Akademie e.V. Nürnberg 1961.
Prophetien wider das Dritte Reich. Aus den Schriften des Dr. Fritz Gerlach und des Paters Ingbert Naab, ges. von Dr. Johannes Stiner. München 1946.
Ritzel, Heinrich Georg: Europa und Deutschland, Deutschland und Europa. Offenbach 1947.
Roegele, Otto B.: Europäische Voraussetzungen. Bonn 1948.
Ders.: Frontières et l'expansion de l'Europe, in: Regards sur l'Europe contemporaine. Madrid (CEDI) 1955, S. 213–229.
Ders.: Konservativer Geist und Europäische Einigungspolitik, Vortrag vor dem österreichischen CEDI am 19. 11. 1960, hg. vom österreichischen CEDI. Salzburg 1961.
Ders.: Was geht uns Christen Europa an? Osnabrück 1964.
Ders. (Hg.): Die Freiheit des Westens. Wesen – Wirklichkeiten – Widerstände. Graz u.a. 1967.
Ders.: Neue deutsche Außenpolitik?, in: Die politische Meinung 12 (1967), Heft 119, S. 35–54.
Rohan, Karl Anton von: Schicksalsstunde Europas. Erkenntnisse und Bekenntnisse, Wirklichkeiten und Möglichkeiten. Graz 1937.
Ders.: Heimat Europa. Erinnerungen und Erfahrungen. Düsseldorf 1954.
Ders.: Österreichisch, Deutsch, Europäisch. Neun metapolitische Aufsätze. Bodman 1973.
Roser, Dieter: Europäische Einigung und atlantische Gemeinschaft. Bonn o. J. [1960].
Schenck, Ernst von: Europa vor der deutschen Frage. Brief eines Schweizers nach Deutschland. Frankfurt am Main 1947.
Ders.: Europa und die Sicherung des Weltfriedens. Zur Konstitution der „Union Européenne des Fédéralistes", in: Government and Opposition 2 (1967), S. 329–349.
Schmaus, Michael: Begegnung zwischen katholischem Christentum und nationalsozialistischer Weltanschauung. Münster 1933.
Schmittmann, Benedikt (Hg.): Die Erneuerung des Reiches. Köln 1929.
Schneider, Heinrich: Europäische „Volksdemokratie". Kritik eines politischen Trugbildes. Hg. im Auftrag der Europa-Union Deutschland. Bonn 1958.
Schneider, Reinhold: Die Hohenzollern. Tragik und Königtum. Leipzig 1933.
Ders.: Auf Wegen der Geschichte. Eine Fahrt ins Reich. Leipzig 1934.
Ders.: Empire und Reich, in: Gelbe Hefte 11 (1935), S. 296ff.
Ders.: Stimme des Abendlandes. Reflexionen zur abendländischen Geschichte. Colmar 1944.
Ders.: Weltreich und Gottesreich. München 1946.
Ders.: Europa als Lebensform. Köln 1957.

Schöndube, Claus/Ruppert, Christel: Eine Idee setzt sich durch. Hangelar 1964.
Schomerus, Hans: Kirche und Reich. Kirche als Reichsstandschaft, in: Deutsches Volkstum 15 (1933), S. 458ff.
Ders.: Kaiser und Bürger. Hamburg 1934.
Spael, Wilhelm: Die dritte soziologische Sondertagung des Katholischen Akademikerverbandes in Maria Laach. Die nationale Aufgabe des Katholizismus . Idee und Aufbau des Reiches, in: Kölnische Volkszeitung, 30. 7. 1933.
Spengler, Oswald: Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte. 2 Bde. Ungekürzte Sonderausgabe in einem Band. München 1973 (erstmals 1918/1922).
Staat, Volk und übernationale Ordnung. Vorträge und Gespräche der 3. Jahrestagung der Abendländischen Akademie von 1954. München o.J. [1954].
Stadtmüller, Georg: Michael Choniates. Metropolit von Athen (ca. 1138- ca. 1222). Rom 1934.
Ders.: Der deutsche Einfluß in der Geschichte der südosteuropäischen Völker, in: Schlesisches Monatsheft 13 (1936), Heft 7, S. 297ff.
Ders.: Zur mittelalterlichen Kirchengeschichte der Balkanhalbinsel, in: Römische Quartalsschrift für christliche Altertumskunde und für Kirchengeschichte 44 (1936), S. 123–131.
Ders.: Die Bulgaren und ihre Nachbarvölker in der Geschichte, in: Bulgaria (1940/41), S. 160–179.
Ders.: Bulgariens außenpolitische Entwicklung nach dem Weltkriege, in: Monatshefte für Auswärtige Politik 8 (1941), S. 185–193.
Ders.: Die Dardanellenfrage in Geschichte und Gegenwart, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 101 (1941), S. 448–470.
Ders.: Deutschland und Bulgarien, in: Deutsche Kultur im Leben der Völker. München 1941, S. 8–21 und S. 164–179.
Ders.: Die deutsche Balkanforschung und das neue deutsche Balkanlexikon, in: Europäischer Wissenschaftsdienst 7 (22. 6. 1941), S. 45.
Ders.: Die Christianisierung Südosteuropas als Forschungsproblem, in: Kyrios 6 (1943), S. 61–102.
Ders.: Der Peloponnes. Landschaft, Geschichte, Kunststätte. Hg. von einem Generalkommando. Athen 1944.
Ders.: Das Naturrecht im Lichte der geschichtlichen Erfahrung. Recklinghausen 1948.
Ders.: Das abendländische Rechtsbewusstsein. Nürnberg 1951.
Ders.: Die Umdeutung der deutschen Geschichte in der Sowjetzone. Bonn 1958.
Ders./Heydte, Friedrich August Freiherr von der/Ibach, Helmut: Bürgerschaftsrecht und Staatsordnung in Geschichte und Gegenwart. Recklinghausen 1959.
Ders.: Geschichte der habsburgischen Macht. Stuttgart 1966.
Ders.: Grundfragen der europäischen Geschichte. München 1965.
Ders.: Erinnerungen an das Osteuropa-Institut in Breslau, in: Jahrbuch der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau 26 (1985), S. 211–264.
Stählin, Wilhelm: Die völkische Bewegung und unsere Verantwortung. Sollstedt bei Nordhausen 1924.
Ders.: Das Reich als Gleichnis. Münster 1933.
Ders.: Vom heiligen Kampf. Beiträge zum Verständnis der Bibel und der christlichen Kirche. Kassel 1938.
Ders.: Katholisierende Neigungen in der evangelischen Kirche. Stuttgart 1952.
Ders.: Via Vitae. Lebenserinnerungen. Kassel 1968.
Ders.: Oldenburger Nachkriegspredigten. Ausgew. und hg. von Udo Schulze. Hannover 1994.
Straßer, Otto: Mein Kampf. Eine politische Autobiographie. Konstanz 1948.
Versöhnung oder Haß. Der Briefwechsel der Bischöfe Polens und Deutschlands und seine Folgen. Eine Dokumentation mit einer Einführung von Otto B. Roegele. Osnabrück 1966.

Virtute Fideque. Festschrift für Otto von Habsburg zum 50. Geburtstag. Hg. von Emil Franzel. Wien u.a. 1965.
Wege zur politischen Vereinigung Europas. Arbeitstagung der Europa-Union LV NRW, 13. 6. 1958 in Düsseldorf. Bonn o. J.
Weinzierl, Hans: Kettelers Stellung zur Deutschen Frage, in: Allgemeine Rundschau, 27. 8. 1932.
Ders.: Reichsreform und Deutsche Frage, in: Der Ring 5 (1932), S. 91 ff.
Ders.: Das Ringen um ein christliches Reich des Abendlandes, in: Allgemeine Rundschau, 5. 1. 1933.
Ders.: Das Reich des Doppeladlers, in: Allgemeine Rundschau, 26. 4. 1933.
Ders.: Das Erste Reich, in: Allgemeine Rundschau, 31. 12. 1933.
Wenger, Paul Wilhelm: Geist und Macht. Versuche einer Entschleierung des deutschen Idealismus. Augsburg 1948.
Ders.: Wer gewinnt Deutschland? Kleinpreußische Selbstisolierung oder mitteleuropäische Föderation. Stuttgart 1959.
Ders./Kindermann, Karl/Meder, Walter (Hg.): Mitteleuropa, sein Verhältnis zu Russland und den osteuropäischen Staaten. Dortmund 1959.
Werte und Formen im Abendland. Jahrestagung der Abendländischen Akademie vom 6.–10. 8. 1952, hekt. Typoskript. o.O., o.J. [1952].
Woller, Rudolf: Der Denkfehler. Eine Streitschrift wider eine unvernünftige Ideologie. Bonn o. J.
Wust, Peter: Die Rückkehr des deutschen Katholizismus aus dem Exil, in: Hoeber, K.: Die Rückkehr aus dem Exil. Dokumente der Beurteilung des deutschen Katholizismus der Gegenwart. Düsseldorf 1926, S. 16–35.
Zimmermann, Friedrich: Die Entspannungs-Lüge, in: Bayern-Kurier, 16. 12. 1967.
Ders.: Sperrvertragskomplott gegen Europas Zukunft, in: Bayern-Kurier, 25. 5. 1968.
Zoepfl, Friedrich: Das Reich als Schicksal und Tat. Freiburg i.Br. 1937.

Literatur

50 Jahre Europa-Union Schweiz 1934–1984. Eine Darstellung von Dr. Hans Bauer, Gründerpräsident und heutiger Ehrenpräsident. Bern 1984.
Abelshauser, Werner: Wirtschaft in Westdeutschland. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone. Stuttgart 1975.
Ders.: „Mitteleuropa" und die deutsche Außenwirtschaftspolitik, in: Buchheim, Christoph/Hutter, Michael/James, Harold (Hg.): Zerrissene Zwischenkriegszeit. Wirtschaftshistorische Beiträge. Knut Borchardt zum 65. Geburtstag. Baden-Baden 1994, S. 236–286.
Algieri, Franco (Hg.): Synergy at work: Spain and Portugal in European policy. Bonn 1996.
Aly, Götz/Heim, Susanne: Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung. Hamburg 1991.
Ders./Dieckmann, Christoph (Hg.): Modelle für ein deutsches Europa. Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum. Berlin 1992.
Ambrosius, Gerold: Wirtschaftsraum Europa. Vom Ende der Nationalökonomien. Frankfurt am Main 1996.
Andics, Hellmut: Der Fall Otto von Habsburg. Ein Bericht. Wien 1965.
Angster, Julia: Der Zehnerkreis. Remigranten in der westdeutschen Arbeiterbewegung der 1950er Jahre, in: Exil 18 (1998), S. 26–47.
Dies.: Wertewandel in den Gewerkschaften. Zur Rolle gewerkschaftlicher Remigranten in der Bundesrepublik der 1950er Jahre, in: Krohn, Claus-Dieter/Mühlen, Patrick von zur (Hg.): Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Nachkriegsdeutschland. Marburg 1997, S. 111–138.

Dies.: Konsenskapitalismus und Sozialdemokratie. Die Westernisierung von SPD und DGB. München 2003.

Arend, Heike: Gleichzeitigkeit des Unvereinbaren. Verständigungskonzepte und kulturelle Begegnungen in den deutsch-französischen Beziehungen der Zwischenkriegszeit, in: Francia 20 (1994), S. 131–149.

Aretin, Erwein Freiherr von: Fritz Michael Gerlach. Lebensbild des Publizisten und christlichen Widerstandskämpfers. München u. a. 1983 (erstmals 1949).

Arter, David: The Politics of European Integration in the Twentieth Century. Cambridge 1993.

Aschmann, Birgit: „Treue Freunde...?" Westdeutschland und Spanien 1945–1963. Stuttgart 1999.

Asmussen, Nils: Hans-Georg von Studtnitz – ein konservativer Journalist im Dritten Reich und in der Bundesrepublik, in: VfZ 45 (1997), S. 75–119.

Auerbach, Hellmuth: Die Gründung des Institutes für Zeitgeschichte, in: VfZ 18 (1970), S. 529–554.

Ausschreibungstext der DFG zum Schwerpunktprogramm „Ideen als gesellschaftliche Gestaltungskraft im Europa der Neuzeit – Ansätze zu einer neuen ‚Geistesgeschichte'. Bonn 1996.

Bachem, Rolf/Battke, Kathleen: Strukturen und Funktionen der Metapher „Unser gemeinsames Haus Europa" im aktuellen politischen Diskurs, in: Böke, Karin/Liedtke, Frank/Wengele, Martin (Hg.): Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik. Opladen 1991, S. 295–307.

Bachstein, Martin K.: Der Volkssozialismus und Böhmen: Nationaler Sozialismus gegen Hitler, in: Bohemia 14 (1973), S. 340–371.

Ders.: Wenzel Jaksch und die sudetendeutsche Sozialdemokratie. München 1974.

Badel, Laurence: Les promoteurs français d'une union économique et douanière de l'Europe dans l'entre-deux-guerres, in: Fleury, Antoine/Jílek, Lubor (Hg.): Le Plan Briand d'Union fédérale européenne, Perspectives nationales et transnationales, avec documents. Actes du colloque international tenu à Genève du 19 au 21 sept. 1991. Bern u. a. 1998, S. 17–29.

Bahr, Egon: Zu meiner Zeit. München 1996.

Baier, Stephan/Demmerle, Eva: Otto von Habsburg. Die Biographie. Wien 2002.

Bamberg, Hans-Dieter: Die Deutschland-Stiftung e.V. Studien über Kräfte der „demokratischen Mitte" und des Konservatismus in der Bundesrepublik Deutschland. Meisenheim/Glan 1978.

Barbezat, Daniel: Cooperation and Rivalry in the International Steel Cartel, 1926–1933, in: JecH 49 (1989), S. 435–447.

Bariéty, Jacques: Sidérurgie, littérature, politique et journalisme: une famille luxembourgeoise, les Mayrisch, entre l'Allemagne et la France après la première guerre mondiale, in: Bulletin de la Société d'Histoire Moderne 1969, S. 7–12.

Ders.: Das Zustandekommen der Internationalen Rohstahlgemeinschaft (1926) als Alternative zum misslungenen „Schwerindustriellen Projekt" des Versailler Vertrages, in: Mommsen, Hans/Petzina, Dieter/Weisbrod, Bernd (Hg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.–17. 6. 1973. Düsseldorf 1974, S. 552–568.

Ders.: Industriels allemands et industriels français à l'époque de la République de Weimar, in: Revue d'Allemagne 6 (1974), Heft 2, S. 1–16.

Ders.: Le rôle d'Emile Mayrisch entre les sidérurgies allemande et français après la première guerre mondiale, in: Relations Internationales 4 (1974), S. 123–134.

Ders.: Les relations franco-allemandes après la première guerre mondiale, 10. 11. 1918–10. 1. 1925. De l'exécution à la négociation. Paris 1977.

Baring, Arnulf: Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie. Bonns Beitrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. München u. a. 1969.

Barraclough, Geoffrey: Europa, Amerika und Rußland in Vorstellung und Denken des 19. Jahrhunderts, in: HZ 203 (1966), S. 280–315.

Bartsch, Günter: Zwischen den Stühlen. Otto Straßer. Eine Biographie. Koblenz 1990.
Bauer, Hans (Hg.): 50 Jahre Europa-Union Schweiz 1934–1984. Bern 1984.
Baumgartner, Alois: Sehnsucht nach Gemeinschaft. Ideen und Strömungen im Sozialkatholizismus der Weimarer Republik. Paderborn u.a. 1977.
Ders.: Die Auswirkungen der Liturgischen Bewegung auf Kirche und Katholizismus, in: Rauscher, Anton (Hg.): Religiös-kulturelle Bewegungen im deutschen Katholizismus nach 1800. Paderborn 1986, S. 121–136.
Ders.: Gemeinschaftsmythos im katholischen Denken der Weimarer Zeit, in: Gauger, Jörg-Dieter/Weigelt, Klaus (Hg.): Soziales Denken in Deutschland zwischen Tradition und Innovation. Bonn 1990, S. 69–84.
Bay, Achim: Der nationalsozialistische Gedanke der Großraumwirtschaft und seine ideologischen Grundlagen. Darstellung und Kritik. Phil. Diss. Köln 1962.
Becker, Winfried: Neue Konzeptionen in den internationalen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland: Westbindung, Europaorientierung, Wiedervereinigung, in: Zeitschrift für Politik 43 (1996), S. 355–374.
Ders.: Ausprägungen der Europaidee in der katholischen Publizistik des 19. und 20. Jahrhunderts, in: Kick, Karl/Weingarz, Stephan/Bartosch, Ulrich (Hg.): Wandel durch Beständigkeit. Studien zur deutschen und internationalen Politik, Festschrift für Jens Hacker. Berlin 1998, S. 411–438.
Behring, Rainer: Demokratische Außenpolitik für Deutschland. Die außenpolitischen Vorstellungen deutscher Sozialdemokraten im Exil 1933–1945. Düsseldorf 1999.
Beilner, Helmut: Reichsidee, ständische Erneuerung und Führertum als Element des Geschichtsbildes der Weimarer Zeit, in: GWU 18 (1977), S. 1–16.
Bellers, Jürgen: Außenwirtschaftspolitik und politisches System. Historisch-komparatistische Studien zur Weimarer Republik und zur Bundesrepublik im Vergleich mit anderen Industrie- und Entwicklungsländern, in: GG 23 (1997), S. 236–257.
Bender, Oskar: Der gerade Weg und der Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur katholischen Widerstandspresse vor 1933. Phil. Diss. München 1953.
Bender, Peter: Die „Neue Ostpolitik" und ihre Folgen. Vom Mauerbau bis zur Vereinigung. München ^{3}1995.
Benz, Wolfgang: Kurt Schumachers Europa-Konzeption, in: Herbst, Ludolf/Bührer, Werner/Sowade, Hanno: Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt. München 1990, S. 47–61.
Berger, Peter L./Luckmann, Thomas: Die Gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main 1969.
Berghahn, Volker: Unternehmer und Politik in der Bundesrepublik. Frankfurt am Main 1985.
Ders.: Otto A. Friedrich, ein politischer Unternehmer. Sein Leben und seine Zeit, 1902–1975. Frankfurt am Main u.a. 1993.
Ders.: Otto A. Friedrich. Ein politischer Unternehmer aus der Gummi-Industrie und das amerikanische Modell, in: Erker, Paul/Pierenkämper, Toni (Hg.): Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. München 1999, S. 193–215.
Berglund, Gisela: Deutsche Opposition gegen Hitler in Presse und Roman des Exils. Eine Darstellung und ein Vergleich mit der historischen Wirklichkeit. Phil.Diss. Stockholm 1972.
Bergner, Dieter: Die Ideologie des politischen Klerikalismus – ein Instrument des deutschen Militarismus, in: Einheit 13 (1958), S. 199–210.
Bernecker, Walther L.: Spanien. Zwischen Isolation und Integration, in: Salewski, Michael (Hg.): Nationale Identität und Europäische Einigung. Göttingen 1991, S. 125–168.
Berning, Vincent (Hg.): Hermann Platz (1880–1945). Eine Gedenkschrift. Düsseldorf 1980.
Ders.: Hermann Platz (1880–1945), Romanist und katholischer Kulturphilosoph. Zum Gedenken an einen christlichen Demokraten des abendländischen Europa, in: Ders. (Hg.): Hermann Platz (1880–1945). Eine Gedenkschrift. Düsseldorf 1980, S. 11–31.
Ders.: Geistig-kulturelle Neubesinnung im deutschen Katholizismus vor und nach dem Er-

sten Weltkrieg, in: Rauscher, Anton (Hg.): Religiös-kulturelle Bewegungen im deutschen Katholizismus nach 1800. Paderborn 1986, S. 47–98.
Ders.: Die Begründung des Katholischen Akademikerverbandes. Voraussetzungen und Wirkung im deutschen Katholizismus, in: Renovatio 49 (1993), S. 189–200.
Ders.: Der deutsche Katholizismus am Ausgang der Weimarer Republik unter Berücksichtigung des „Katholischen Akademikerverbandes". Eine Replik, in: Breuer, Dieter/Cepl-Kaufmann, Gertrude (Hg.): Moderne und Nationalsozialismus im Rheinland. Vorträge des Interdisziplinären Arbeitskreises zur Erforschung der Moderne im Rheinland. Paderborn u. a. 1997, S. 577–642.
Bevir, Mark: The Logic of the History of Ideas. Cambridge 1999.
Bierling, Stephan, Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Normen, Akteure, Entscheidungen. München u. a. 1999.
Bischof, Erwin: Rheinischer Separatismus 1918–1924. Hans Adam Dortens Rheinstaatsbestrebungen. Bern 1969.
Bischoff, Detlef: Die außenpolitischen Konzeptionen der CSU und ihre Durchsetzung in der Großen Koalition 1966–1969. Meisenheim am Glan 1973.
Blaich, Fritz: Staatsverständnis und politische Haltung der deutschen Unternehmer 1918–1930, in: Bracher, Karl-Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf (Hg.), Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft. Düsseldorf 1987, S. 158–178.
Blasius, Rainer A.: Deutschland und Europa im Denken des Widerstandes, in: Kissener, Michael (Hg.): Widerstand in Europa. Konstanz 1995, S. 36–66.
Blickle, Peter: Praktisch auf dem Weg zu einer europäischen Historiographie, in: Durchhardt, Heinz/Kunz, Andreas (Hg.): Europäische Geschichte als historiographisches Problem. Mainz 1997, S. 187–189.
Bock, Hans Manfred: Tradition und Topik des populären Frankreich-Bildes in Deutschland von 1925 bis 1955, in: Francia 14 (1986/87), S. 475–508.
Ders.: Emile Mayrisch und die Anfänge des Deutsch-Französischen Studienkomitees, in: Galerie 10 (1992), S. 560–585.
Ders./Meyer-Kalkus, Reinhard/Trebitsch, Michel (Hg.): Entre Locarno et Vichy: Les relations culturelles franco-allemandes dans les années 1930. 2 Bde. Paris 1994.
Ders.: Zwischen Locarno und Vichy. Die deutsch-französischen Kulturbeziehungen der 30er Jahre als Forschungsfeld, in: Ders./Meyer-Kalkus, Reinhard/Trebitsch, Michel (Hg.): Entre Locarno et Vichy: Les relations culturelles franco-allemandes dans les années 1930. Bd. 1. Paris 1994, S. 25–61.
Ders.: Kulturelle Eliten in den deutsch-französischen Gesellschaftsbeziehungen der Zwischenkriegszeit, in: Hudemann, Rainer/Soutou, Georges-Henri (Hg.): Eliten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert. Strukturen und Beziehungen. München 1994, S. 73–91.
Ders.: Europa als republikanisches Projekt, in: Lendemains 20 (1995), S. 122–156.
Ders. (Hg.): Projekt deutsch-französische Verständigung. Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel des Deutsch-französischen Instituts in Ludwigsburg. Opladen 1998, S. 379–477.
Borkenhagen, Franz: Vom kooperativen Föderalismus zum „Europa der Regionen", in: APuZ 1992, Heft 42, S. 36–44.
Borkin, Joseph: Die unheilige Allianz der IG-Farben: Eine Interessengemeinschaft im Dritten Reich. Frankfurt am Main 1979.
Bormann, Alexander von (Hg.): Volk – Nation – Europa. Zur Romantisierung und Entromantisierung politischer Begriffe. Würzburg 1998.
Bosco, Andrea: Federal Union and the Origins of the „Churchill Proposals". The Federalist Debate in the United Kingdom from Munich to the fall of France 1938–1940. London 1992.
Bosmans, Jacques: Europagedanke, Europabewegung und Europapolitik in den Niederlanden und Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg. Münster 1996.
Bossuat, Gérard: Les fondateurs de l'Europe. Paris 1994.

Bouvier, Beatrix: Die Deutsche Freiheitspartei (DFP). Ein Beitrag zur Geschichte der Opposition gegen den Nationalsozialismus. Phil. Diss. Frankfurt am Main 1972.
Brackmann, Michael: Vom totalen Krieg zum Wirtschaftswunder. Die Vorgeschichte der westdeutschen Währungsreform 1948. Essen 1993.
Brandstaller, Trautl: Die zugepflügte Furche. Geschichte und Schicksal eines katholischen Blattes. Wien 1969.
Brandt, Harm-Hinrich: Von Bruck zu Naumann. „Mitteleuropa" in der Zeit der Paulskirche und des Ersten Weltkrieges, in: Gehler, Michael/Schmidt, Rainer F./Brandt, Harm-Hinrich/Steininger, Rolf (Hg.): Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 1996, S. 315–352.
Brauner, Horst/Molenaar, H.C.: Die Europäische Bewegung, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1988/89, S. 280–285 und 1991/92, S. 290–294.
Brechtefeld, Jörg: Mitteleuropa and German Politics. 1848 to the Present. New York 1996.
Brelie-Lewien, Doris von der: Abendland und Sozialismus. Zur Kontinuität politisch-kultureller Denkhaltungen, in: Lehnert, Detlef/Megerle, Klaus (Hg.): Politische Teilkulturen zwischen Integration und Polarisierung. Zur politischen Kultur der Weimarer Republik. Opladen 1990, S. 188–218.
Dies.: Katholische Zeitschriften in den Westzonen 1945–1949. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Nachkriegszeit. Frankfurt am Main 1991.
Brenke, Gabriele: Europakonzeptionen in Widerstreit. Die Freihandelszonen-Verhandlungen 1956–1958, in: VfZ 42 (1994), S. 595–633.
Breuer, Stefan: Anatomie der Konservativen Revolution. Darmstadt 1993.
Ders.: Der Neue Nationalismus in Weimar und seine Wurzeln, in: Helmut Berding (Hg.): Mythos und Nation. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit. Frankfurt am Main 1996, S. 257–274.
Ders.: Grunddispositionen der deutschen Rechten (1871–1945). Tübingen 1999.
Breuning, Klaus: Die Vision des Reiches. Deutscher Katholizismus zwischen Demokratie und Diktatur (1929–1934). München 1969.
Briesemeister, Dietrich: Die iberische Halbinsel und Europa. Ein kulturhistorischer Rückblick, in: APuZ 8/1986, 22. 2. 1986, S. 13–27.
Ders.: Spanien in der deutschen Essayistik und Zeitungsberichterstattung, in: Hispanorama 50 (1988), S. 83–90.
Brook-Shepherd, Gordon: Otto von Habsburg. Wien 2002.
Broszat, Martin/Henke, Klaus-Dietmar/Woller, Hans (Hg.): Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. München 1988.
Bruch, Rüdiger vom (Hg.): Friedrich Naumann in seiner Zeit. Berlin/New York 2000.
Brugmans, Henri: L'idée européenne 1920–1970. Brüssel 1970.
Brunn, Gerhard: Französische Kulturpolitik in den Rheinlanden nach 1918 und die Wiesbadener Kunstausstellung des Jahres 1921, in: Hüttenberger, Peter/Molitor, Hansgeorg (Hg.): Franzosen und Deutsche am Rhein 1789–1918–1945. Essen 1989, S. 219–241.
Buchbender, Ortwin: Das tönende Erz. Deutsche Propaganda gegen die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg. Stuttgart 1978.
Buchheim, Christoph: Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945–1958. München 1990.
Buchheim, Christoph/Hutter, Michael/James, Harold (Hg.): Zerrissene Zwischenkriegszeit. Wirtschaftshistorische Beiträge. Knut Borchardt zum 65. Geburtstag. Baden-Baden 1994.
Bücker, Vera: Die Schulddiskussion im deutschen Katholizismus nach 1945. Bochum 1989.
Bührer, Werner: Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952. München 1986.
Ders.: In Köln ein letztes Bollwerk, in: FAZ, 14. 10. 1989.
Ders.: Die französische Ruhrpolitik und das Comeback der westdeutschen Schwerindustrie,

in: Hüttenberger, Peter /Molitor, Hansgeorg (Hg.): Franzosen und Deutsche am Rhein 1789 – 1918 – 1945. Essen 1989, S. 27–46.
Ders.: Wegbereiter der Verständigung. Deutsch-französische Industriellenkontakte 1947–1955, in: Revue d'Allemagne 23 (1991), S. 73–86.
Ders.: Der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Außenpolitik der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren, in: VfZ 40 (1992), S. 241–261.
Ders.: Zum Wandel der wirtschafts- und sozialpolitischen Zukunftsvorstellungen in der deutschen Industrie zwischen Weltwirtschaftskrise und Wirtschaftswunder, in: Frese, Matthias/Prinz, Michael (Hg.): Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven. Paderborn 1996, S. 81–104.
Ders.: Westdeutschland in der OEEC: Eingliederung, Krise, Bewährung (1947–1961). München 1997.
Ders.: Die Reorganisation der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen nach 1918 und nach 1945, in: Mieck, Ilja/Guillen, Pierre (Hg.): Nachkriegsgesellschaften in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert. München 1998, S. 67–81.
Burgard, Oliver: Das gemeinsame Europa. Von der politischen Utopie zum außenpolitischen Programm. Frankfurt am Main 2000.
Burgdorf, Wolfgang: Chimäre Europa. Antieuropäische Diskurse in Deutschland (1648–1999). Bochum 1999.
Burisch, Wolfgang: Ideologie und Sachzwang. Die Entideologisierungsthese in neueren Gesellschaftstheorien. Tübingen 1967.
Burleigh, Michael: Germany turns eastwards. A Study of Ostforschung in the Third Reich. Cambridge 1988.
Bussche, Raimund von dem: Konservatismus in der Weimarer Republik. Die Politisierung des Unpolitischen. Heidelberg 1998.
Bussmann, Walter: Politische Ideologien zwischen Monarchie und Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der Weimarer Republik, in: HZ 190 (1966), S. 55–77.
Büttner, Theodora: „Abendland"-Ideologie und Neo-Karolingertum im Dienste der Adenauer-CDU, in: ZfG 7 (1959), S. 1803–1824.
Camphausen, Gabriele: Die wissenschaftliche historische Rußlandforschung im Dritten Reich 1933–1945. Frankfurt am Main u. a. 1990.
Cassis, Youssef: Big Business. The European Experience in the Twentieth Century. Oxford 1997.
Chabot, Jean-Luc: L'idée d'Europe unie de 1919 à 1939. Grenoble 1978.
Chenaux, Philippe: L'Europe des Catholiques. Principes et projets, in: Michel Dumoulin (Hg.): Plans des temps de guerre pour l'Europe d'après-guerre 1940–1947. Baden-Baden 1995, S. 199–213.
Christ, Jürgen: Staat und Staatsraison bei Friedrich Naumann. Heidelberg 1969.
Clemens, Gabriele: Martin Spahn und der Rechtskatholizismus in der Weimarer Republik. Mainz 1983.
Cofrancesco, Dino: Ideas of the Fascist Government and Party on Europe, in: Documents on the History of European Integration, vol. 1, Berlin u. a. 1984, S. 179–199.
Conze, Eckart: Von deutschem Adel. Die Grafen von Bernstorff im 20. Jahrhundert. Stuttgart/München 2000.
Ders.: Adel unter dem Totenkopf. Die Idee eines Neuadels in den Gesellschaftsvorstellungen der SS, in: Ders./Monika Wienfort (Hg.): Adel und Moderne. Deutschland im europäischen Vergleich im 19. und 20. Jahrhundert. Köln u. a. 2004, S. 151–176.
Conze, Vanessa: Richard Coudenhove-Kalergi. Umstrittener Visionär Europas. Göttingen 2004.
Cornelißen, Christoph: Gerhard Ritter. Geschichte, Wissenschaft und Politik im 20. Jahrhundert. Düsseldorf 2001.
Cornides, Wilhelm: Die Anfänge des europäischen föderalistischen Gedankens in Deutschland. Ein historisch-politischer Bericht, in: EA 6 (1951), S. 4243–4258.

Dahlheimer, Manfred: Carl Schmitt und der deutsche Katholizismus 1888–1936. Paderborn u.a. 1998.

Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Hg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, 6 Bände. Stuttgart 1979–1990.

Das Dritte Reich und Europa. Bericht über die Tagung des Instituts für Zeitgeschichte in Tutzing im Mai 1956. Hg. vom Institut für Zeitgeschichte. München 1957.

Deuerlein, Ernst: Föderalismus. Die historischen und philosophischen Grundlagen des föderativen Prinzips. München 1972.

Dieckmann, Christoph: Wirtschaftsforschung für den Großraum, in: Aly, Götz/Dieckmann, Christoph (Hg.): Modelle für ein deutsches Europa. Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum. Berlin 1992, S. 146–198.

Dietz, Burkhard/Gabel, Helmut/Tiedau, Ulrich (Hg.): Griff nach dem Westen. Die „Westforschung" der völkisch-nationalen Wissenschaften zum nordwesteuropäischen Raum (1919–1960). 2 Bde. Münster u.a. 2003.

Diner, Dan: „Grundbuch des Planeten". Zur Geopolitik Karl Haushofers, in: VfZ 32 (1984), S. 1–28.

Ders.: Rassistisches Völkerrecht. Elemente einer nationalsozialistischen Weltordnung, in: VfZ 37 (1989), S. 23–56.

Doering-Manteuffel, Anselm: Katholizismus und Wiederbewaffnung. Die Haltung der deutschen Katholiken gegenüber der Wehrfrage 1948–1955. Mainz 1981.

Ders.: Kirche und Katholizismus in der Bundesrepublik der 50er Jahre, in: Historisches Jahrbuch 102 (1982), S. 113–134.

Ders.: Die Bundesrepublik in der Ära Adenauer. Außenpolitik und innere Entwicklung 1949–1963. Darmstadt ²1988.

Ders.: Die „Frommen" und die „Linken" vor der Wiederherstellung des bürgerlichen Staates. Integrationsprobleme und Interkonfessionalismus in der frühen CDU, in: Ders./Kaiser, Jochen-Christoph (Hg.): Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland. Stuttgart u.a. 1990, S. 88–107.

Ders.: Strukturmerkmale der Kanzlerdemokratie, in: Der Staat 30 (1991), S. 1–18.

Ders.: Rheinischer Katholik im Kalten Krieg. Das „christliche Europa" in der Weltsicht Konrad Adenauers, in: Greschat, Martin/Loth, Wilfried (Hg.): Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft. Stuttgart u.a. 1994, S. 237–246.

Ders.: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert. Göttingen 1999.

Ders.: Westernisierung. Politisch-ideeller und gesellschaftlicher Wandel in der Bundesrepublik bis zum Ende der 60er Jahre, in: Schildt, Axel/Siegrist, Detlef/Lammers, Karl Christian (Hg.): Dynamische Zeiten. Die sechziger Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000, S. 311–341.

Ders.: Im Westen angekommen? Die Westernisierung der Bundesrepublik seit 1945, in: Im Sog des Westens. Sonderheft der Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 154 (2001), S. 4–14.

Dohse, Rainer: Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955. Hamburg 1974.

Döring, Dieter: Die deutschen schwerindustriellen Interessen in Lothringen bis 1914. Frankfurt am Main 1971.

Dornheim, Andreas: Adel in der bürgerlich-industrialisierten Gesellschaft. Eine sozialwissenschaftlich-historische Fallstudie über die Familie Waldburg-Zeil. Frankfurt am Main 1993.

Dorowin, Hermann: Retter des Abendlands: Kulturkritik im Vorfeld des europäischen Faschismus. Stuttgart 1991.

Douglas, Walburga/Baier, Stephan (Hg.): Otto von Habsburg. Ein souveräner Europäer. Festschrift zum 85. Geburtstag. Wien u.a. 1997.

Drechsler, Karl/Dress, Hans/Hass, Gerhart: Der Platz Zentraleuropas in der Konzeption der

Großraumwirtschaft, in: Bulletin des Arbeitskreises Zweiter Weltkrieg. Berlin (Ost) 1970, S. 2–29.
Drechsler, Karl/Dress, Hans/Hass, Gerhart: Europapläne des deutschen Imperialismus im Zweiten Weltkrieg, in: ZfG 19 (1971), S. 916–931.
Droz, Jacques: L'Europe centrale. Évolution historique de l'idée de „Mitteleuropa". Paris 1960.
Dülmen, Richard van: Katholischer Konservatismus und „Soziologische Neuorientierung". Das Hochland in der Weimarer Zeit, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, 36 (1973), S. 254–303.
Dumoulin, Michel/Dutrieue, Anne-Myriam: La Ligue Européenne de Coopération Économique (1946–1981). Une groupe d'étude et de pression dans la construction européenne. Bern 1993.
Ders. (Hg.): Plans de temps de Guerre pour l'Europe d'après-guerre 1940–1947. Actes du colloque de Brüssel, 12–14 mai 1993. Brüssel u. a. 1995.
Dupeux, Louis (Hg): La „Révolution conservatrice" dans l'Allemagne de Weimar. Paris 1992.
Durand, Jean-Dominique: L'Europe de la démocratie chrétienne: Identités politiques européennes. Brüssel 1995.
Durchhardt, Heinz/Kunz, Andreas (Hg.): Europäische Geschichte als historiographisches Problem. Mainz 1997.
Durosay, Daniel: Paris – Berlin, via Luxembourg. Un relais dans les relations franco-allemandes de la NRF: La maison des Mayrisch, in: Bulletin des Amis d'André Gide (1986), S. 33–56.
Ebeling, Frank: Geopolitik. Karl Haushofer und seine Raumwissenschaft 1919–1945. Berlin 1994.
Ebneth, Rudolf: Die österreichische Wochenzeitschrift „Der Christliche Ständestaat". Deutsche Emigration in Österreich 1933–1938. Mainz 1976.
Edmondson, Clifton Earl: The Heimwehr and Austrian Politics 1918–1936. Athens 1978.
Eiber, Ludwig: Verschwiegene Bündnispartner. Die Union sozialistischer Organisationen in Großbritannien und die britischen Nachrichtendienste, in: Exilforschung 15 (1997): Exil und Widerstand, S. 66–87.
Ders.: Die Sozialdemokratie in der Emigration. Die „Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien" 1941–1946. Protokolle, Erklärungen, Materialien. Bonn 1998.
Eichholtz, Dieter: Die IG-Farben-„Friedensordnung". Schlüsseldokumente der faschistischen Neuordnung des ‚europäischen Großraums', in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, S. 259–296.
Ders.: Das Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion und die Straßburger Tagung vom 10. August 1944, in: Bulletin des Arbeitskreises „Zweiter Weltkrieg", 1975, Nr. 3/4, S. 5–21.
Ders.: Das Minette-Revier und die deutsche Montanindustrie, in: ZfG 25 (1977), S. 815–838.
Ders., Expansionsrichtung Nordeuropa. Der „Europäische Großwirtschaftsraum" und die nordischen Länder nach dem faschistischen Überfall auf die UdSSR, in: ZfG 27 (1979), S. 17–31.
Ders.: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–1945, Bd. 1: 1939–1941, Bd. 2: 1941–1943. Berlin (Ost) 1969 und 1985.
Eisermann, Daniel: Außenpolitik und Strategiediskussion. Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik 1955–1972. München 1999.
Eisner, Erich: Das europäische Konzept von Franz Josef Strauß. Die gesamteuropäischen Ordnungsvorstellungen der CSU. Meisenheim am Glan 1975.
Elvert, Jürgen: Mitteleuropa! Deutsche Pläne zur europäischen Neuordnung (1918–1945), Stuttgart 1999.
Engelmann, Bernt/Wallraff, Günter: Ihr da oben – wir da unten. Erw. Aufl. Köln 1975.

Eppel, Peter: Zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Die Haltung der Zeitschrift „Schönere Zukunft" zum Nationalsozialismus in Deutschland 1934–1938. Wien u. a. 1980.
Ders. (Hg.): Österreicher im Exil USA 1938–1945. Eine Dokumentation. 2 Bde. Wien 1995.
Erdmenger, Katharina: Neue Ansätze zur Organisation Europas nach dem Ersten Weltkrieg (1919–1933). Ein neues Verständnis von Europa? Sinzheim 1995.
Erker, Paul: Industrieeliten in der NS-Zeit. Anpassungsbereitschaft und Eigeninteresse von Unternehmern in der Rüstungs- und Kriegswirtschaft 1936–1945. Passau 1993.
Ders.: Einleitung: Industrieeliten im 20. Jahrhundert, in: Ders./Pierenkämper, Toni (Hg.): Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrieeliten. München 1999, S. 1–18.
Ders./Pierenkämper, Toni (Hg.): Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrieeliten. München 1999.
Ders.: Zeitgeschichte als Sozialgeschichte. Forschungsstand und Forschungsdefizite, in: GG 19 (1993), S. 202–238.
Esch, Michael G.: „Ohne Rücksicht auf historisch Gewordenes." Raumplanung und Raumordnung im besetzten Polen 1939–1944, in: Aly, Götz /Dieckmann, Christoph (Hg.): Modelle für ein deutsches Europa. Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum. Berlin 1992, S. 77–123.
Esenwein-Rothe, Ingeborg: Die Wirtschaftsverbände von 1933–1945. Berlin 1965.
Etzemüller, Thomas: Sozialgeschichte als politische Geschichte. Werner Conze und die Neuorientierung der westdeutschen Geschichtswissenschaft nach 1945. München 2001.
Europa – Idee, Geschichte, Realität. 2. Symposion der deutschen Akademien der Wissenschaften. Mainz 1996.
Faber, Richard: Abendland. Ein „politischer Kampfbegriff". Hildesheim 1979.
Ders.: Roma aeterna. Zur Kritik der „Konservativen Revolution". Würzburg 1981.
Fahlbusch, Michael: „Wo der deutsche ... ist, ist Deutschland!" Die Stiftung für Deutsche Volks- und Kulturbodenforschung in Leipzig 1920–1933. Bochum 1994.
Ders.: Wissenschaft im Dienst der nationalsozialistischen Politik? Die „Volksdeutschen Forschungsgemeinschaften" von 1931–1945. Baden-Baden 1999.
Farquharson, John F./Jolt, Stephen C.: Europe from below. An Assessment of Franco-German Popular Contacts. London 1975.
Faulenbach, Bernd: Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. München 1980.
Feigl, Erich: Otto von Habsburg. Profil eines Lebens. Wien u. a. 1992.
Feldenkirchen, Wilfried: Die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets 1879–1914. Wachstum, Finanzierung und Struktur ihrer Großunternehmen. Wiesbaden 1982, S. 221–233.
Feldman, Gerald D.: Iron and Steel in the German Inflation 1916–1923. Princeton 1977.
Ders./Homburg, Heidrun: Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer 1916–1923. Hamburg 1977.
Ders.: The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation, 1914–1924. New York 1993.
Felken, Detlef: Oswald Spengler. Konservativer Denker zwischen Kaiserreich und Diktatur. München 1988.
Fellner, Fritz: Österreich in den Nachkriegsplanungen der Alliierten 1943–1945, in: Österreich und Europa. Festschrift für Hugo Hantsch. Graz 1965, S. 581–595.
Ders.: Die außenpolitische und völkerrechtliche Situation Österreichs 1938. Österreichs Wiederherstellung als Kriegsziel der Alliierten, in: Weinzierl, Erika /Skalnik, Kurt (Hg.): Österreich. Die Zweite Republik. Bd. 1. Graz u. a. 1972, S. 53–90.
Feucht, Stefan: Die Haltung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zur Außenpolitik während der Weimarer Republik (1918–1933). Frankfurt am Main 1998.
Fichtner, Ursula: Führer und Verführer. Studien zum Führungsgedanken zwischen 1871 und 1939. Frankfurt am Main 1996.
Fischer, Jürgen: Oriens – Occidens – Europa. Begriff und Gedanke „Europa" in der späten Antike und im frühen Mittelalter. Wiesbaden 1957.

Fischer, Peter: Die deutsche Publizistik als Faktor der deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1939. Wiesbaden 1991.

Flüeler, Nikolaus: Der mißbrauchte Rhein. Untersuchung zu einem problematischen Thema der Geschichte deutsch-französischer Beziehungen. Phil. Diss. Zürich 1966.

Focke, Franz: Sozialismus aus christlicher Verantwortung. Die Ideen eines christlichen Sozialismus in der katholisch-sozialen Bewegung und in der CDU. Wuppertal 1978.

Foerster, Rolf H.: Europa. Geschichte einer Idee. Mit einer Bibliographie von 182 Einigungsplänen aus den Jahren 1306 bis 1945. München 1967.

Foitzik, Jan: Die Rückkehr aus dem Exil und das politisch kulturelle Umfeld der Reintegration sozialdemokratischer Emigranten aus Westdeutschland, in: Briegel, Manfred/Frühwald, Wolfgang (Hg.): Die Erfahrung der Fremde. Kolloquium des Schwerpunktprogramms „Exilforschung" der DFG. Weinheim u.a. 1988, S. 255–270.

Ders.: Revolution und Demokratie. Zu den Sofort- und Übergangsplanungen des sozialdemokratischen Exils für Deutschland 1943–45, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 24 (1988), S. 308–342.

Forschbach, Edmund: Edgar J. Jung. Ein konservativer Revolutionär. 30. Juni 1934. Pfullingen 1984.

Frei, Daniel: Integrationsprozesse. Theoretische Erkenntnisse und praktische Folgerungen, in: Weidenfeld, Werner (Hg.): Die Identität Europas. Fragen, Positionen, Perspektiven. München u.a. 1985, S. 113–131.

Frei, Norbert: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1997.

Freymond, Jean F.: Les industriels allemands de l'acier et le bassin minier lorrain (1940–1942), in: Revue d'histoire moderne et contemporaine 19 (1972), S. 27–44.

Ders.: Le IIIe Reich et la réorganisation économique de l'Europe 1940–1942. Origines et Projets. Thèse. Genf 1974.

Ders.: Aspect's of the Reich's Ministry of Economics Concept of an economic reorganization of Europe (1940), in: Studia Historiae Oeconomicae 14 (1979) S. 5–14.

Friedensburg, Ferdinand: Das Erzproblem der deutschen Eisenindustrie. Berlin 1957.

Frommelt, Reinhard: Paneuropa oder Mitteleuropa. Einigungsbestrebungen im Kalkül deutscher Wirtschaft und Politik 1925–1933. Stuttgart 1977.

Fuchs, Stephan: „Dreiecksverhältnisse sind immer kompliziert": Kissinger, Bahr und die Ostpolitik. Hamburg 1999.

Furger, Franz: Christliche Sozialethik. Grundlagen und Zielsetzung. Stuttgart u.a. 1991.

Gall, Lothar: A Man for all Seasons? Hermann Josef Abs im Dritten Reich, in: Pyta, Wolfram/Richter, Ludwig (Hg.): Gestaltungskraft des Politischen. Festschrift für Eberhard Kolb. Berlin 1998, S. 483–502.

Ders./Feldman, Gerald D./James, Harold/Holtfrerich, Carl-Ludwig/Büschgen, Hans E. (Hg.): Die deutsche Bank 1870–1995. München 1995.

Garbe, Deflef: Äußerliche Abkehr, Erinnerungsverweigerung und „Vergangenheitsbewältigung": Der Umgang mit dem Nationalsozialismus in der frühen Bundesrepublik, in: Schildt, Axel/Sywottek, Arnold (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der fünfziger Jahre. Bonn 1993, S. 693–716.

Gassert, Philipp: Amerikanismus, Antiamerikanismus, Amerikanisierung. Neue Literatur zur Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte des amerikanischen Einflusses in Deutschland und Europa, in: AfS 39 (1999), S. 531–561.

Ders.: Ex oriente Lux? Der Westen als nationaler Mythos der Berliner Republik, in: Im Sog des Westens. Sonderheft der Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 154 (2001), S. 15–22.

Gauly, Thomas M: Kirche und Politik in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1976. Bonn 1990.

Gehler, Michael: Der lange Weg nach Europa. Österreich vom Ende der Monarchie bis zur EU. Darstellung und Dokumentation in zwei Bänden. Innsbruck 2002.

Ders./Ziegerhofer, Anita: Richard Coudenhove-Kalergi und die Paneuropa-Union. Von den

Anfängen bis in die Gegenwart, in: Rill, Robert/Zellenberg, Ulrich (Hg.): Konservativismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute. Graz u.a. 1999, S. 291–312.
Gerstenberger, Heide: Der revolutionäre Konservatismus. Berlin 1969.
Geyer, Michael: Zum Einfluß der nationalsozialistischen Rüstungspolitik auf das Ruhrgebiet, in: Rheinische Vierteljahrsblätter 45 (1981), S. 201–264.
Gibbons, Robert: Allgemeine Richtlinien für die politische und wirtschaftliche Verwaltung der besetzten Ostgebiete, in: VfZ 25 (1977), S. 252–261.
Gietz, Axel: Die neue Alte Welt: Roosevelt, Churchill und die europäische Nachkriegsordnung. München 1986.
Gillingham, John R.: Zur Vorgeschichte der Montan-Union. Westeuropas Kohle und Stahl in Depression und Krieg, in: VfZ 34 (1986), S. 381–405.
Ders.: Diplomacy in Interwar Europe, in: Wurm, Clemens A. (Hg.): Internationale Kartelle und Außenpolitik. Stuttgart 1989, S. 83–101.
Ders.: Coal, Steel and the Rebirth of Europe, 1945–1955: The Germans and French from Ruhr Conflict to Economic Community. Cambridge u.a. 1991.
Ders.: De la coopération à l'intégration: La Ruhr et l'industrie lourde française pendant la guerre, in: Histoire, Économie et Société 11 (1992), S. 369–395.
Girault, René/Bossuat, Gérard (Hg.): Europe brisée, Europe retrouvée. Nouvelles réflexions sur l'unité européenne au XXe siècle. Paris 1994.
Ders.: Das Europa der Historiker, in: Hudemann, Rainer/Kaelble, Hartmut/Schwabe, Klaus (Hg.): Europa im Blick der Historiker. München 1995, S. 55–90.
Gisch, Heribert: Die Europäische Parlamentarier-Union (EPU), in: Loth, Wilfried (Hg.): Die Anfänge der europäischen Integration 1945–1950. Bonn 1990, S. 197–207.
Gollwitzer, Heinz: Zur Wortgeschichte und Sinnbedeutung von Europa, in: Saeculum 2 (1951), S. 161–172.
Ders.: Europabild und Europagedanke. Beiträge zur deutschen Geistesgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts. München 1964.
Gotovich, José: Perspectives européennes dans la Résistance et à Londres durant la guerre, in: Dumoulin, Michel (Hg.): La Belgique et les débuts de la construction européenne. De la guerre aux traités de Rom 1978. Louvain-la-Neuve 1987, S. 39–50.
Gotto, Klaus: Zum Selbstverständnis der katholischen Kirche im Jahr 1945, in: Albrecht, Dieter (Hg.): Politik und Konfession. Festschrift für Konrad Repgen zum 60. Geburtstag. Berlin 1983, S. 465–481.
Grabbe, Hans-Jürgen: Unionsparteien, Sozialdemokratie und Vereinigte Staaten von Amerika 1945–1966. Düsseldorf 1983.
Graml, Hermann: Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstands, in: Ders. (Hg.): Widerstand im Dritten Reich. Probleme, Ereignisse, Gestalten. Frankfurt am Main 1994, S. 92–139.
Graß, Karl Martin: Edgar Jung. Papenkreis und Röhmkrise 1933/34. Diss. Heidelberg 1966.
Grebing, Helga: Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik seit 1945. Frankfurt am Main 1971.
Dies.: Der „deutsche Sonderweg" in Europa 1806–1945. Eine Kritik. Stuttgart u.a. 1986.
Greiffenhagen, Martin: Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland. Frankfurt am Main 1986.
Greilshammer, Alain: Les mouvements fédéralistes en France de 1945 à 1974. Paris 1975.
Greiser, Gerd: Bürgerliche Publikationen, in: Hardt, Hanno (Hg.): Presse im Exil. München u.a. 1979, S. 231–244.
Grémion, Pierre: Intelligence de l'Anticommunisme. Le Congrès pour la liberté de la culture à Paris 1950–1975. Paris 1995.
Greschat, Martin: „Rechristianisierung" und „Säkularisierung". Anmerkung zu einem europäischen konfessionellen Interpretationsmodell, in: Doering-Manteuffel, Anselm/Kaiser, Jochen-Christoph (Hg.): Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland. Stuttgart u.a. 1990, S. 1–24.

Gringmuth, Hans F.W.: Politischer Liberalismus in der britischen Besatzungszone 1946–1948. Führungsorgane und Politik der FDP. Düsseldorf 1995.

Gruchmann, Lothar: Nationalsozialistische Großraumordnung. Die Konstruktion einer „deutschen Monroe-Doktrin". Stuttgart 1962.

Grunewald, Michel: Die Frankfurter Hefte. Eine Stimme der europäischen Föderalisten, in: Ders./Bock, Hans Manfred (Hg.): Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1945–1955). Bern u.a. 2001, S. 219–243.

Ders./Bock, Hans Manfred (Hg.): Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1945–1955). Bern u.a. 2001.

Gutsche, Willibald: Mitteleuropaplanungen in der Außenpolitik des deutschen Imperialismus vor 1918, in: ZfG 20 (1972), S. 533–549.

Gutscher, Jörg Michael: Die Entwicklung der FDP von ihren Anfängen bis 1961. Überarbeitete und erweiterte Neuausgabe. Königstein 1984.

Haar, Ingo: Rezension von Oberkrome, Volksgeschichte, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der Arbeiterbewegung 30 (1994), S. 444–447.

Ders.: „Revisionistische" Historiker und Jugendbewegung. Das Königsberger Beispiel, in: Schöttler, Peter (Hg.): Geschichtswissenschaft als Legitimationswissenschaft 1918–1945. Frankfurt am Main 1997, S. 52–103.

Ders.: Entstehung und Niedergang. Völkische Geschichtswissenschaft im Wechsel der Systeme, in: Schulze, Winfried/Oexle, Otto Gerhard (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 1999, S. 11–48.

Ders.: Historiker im Nationalsozialismus. Deutsche Geschichtswissenschaft und der „Volkstumskampf" im Osten. Göttingen 2000.

Habermas, Jürgen: Theorie des kommunikativen Handelns. Bd. 1. Frankfurt am Main 1981.

Hagemann, Walter: Die Europaidee bei Briand und Coudenhove-Kalergi. Ein Vergleich, in: Aus Geschichte und Politik. Festschrift zum 70. Geburtstag von Ludwig Bergsträsser. Düsseldorf 1954, S. 153–166.

Hagspiel, Hermann: Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Die deutsch-französische Außenpolitik der zwanziger Jahre im innerpolitischen Kräftefeld beider Länder. Bonn 1987.

Hallgarten, Georg W.F./Radkau, Joachim: Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute. Frankfurt am Main 1974.

Hammersen, Nicolai: Politisches Denken im deutschen Widerstand. Ein Beitrag zur Wirkungsgeschichte neokonservativer Ideologien 1914–1944. Berlin 1993.

Hanrieder, Wolfgang: Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1994. Paderborn ²1995.

Hannauer, Josef: Konnersreuth als Testfall. Kritischer Bericht über das Leben der Therese Neumann. München 1972.

Hausmann, Frank-Rutger: „Deutsche Geisteswissenschaft" im Zweiten Weltkrieg. Die „Aktion Rittersbusch". Dresden 1998.

Hayes, Peter: Industry and Ideology. IG Farben in the Nazi Era. Cambridge 1987.

Heater, Derek: The Idea of European Unity. Leicester 1992.

Hecker, Hans: Mitteleuropapläne als Versuche einer europäischen Friedensordnung, in: Ders./Spieler, Silke: Die historische Einheit Europas. Ideen – Konzepte – Selbstverständnis. Bonn 1994, S. 135–164.

Heil, Peter: Föderalismus als Weltanschauung. Zur Geschichte eines gesellschaftlichen Ordnungsmodells zwischen Weimar und Bonn, in: Geschichte im Westen 8 (1993), S. 165–182.

Heine, Ulrich: Verstand und Schicksal. Die Männer der I.G. Farbenindustrie AG (1925–1945) in 161 Kurzbiographien. Mannheim u.a. 1990.

Hellmann, John/Roy, Christian: Le personnalisme et les contacts entre non-conformistes de France et d'Allemagne autour de „L'Ordre Nouveau" et de „Gegner", in: Bock, Hans Manfred/Meyer-Kalkus, Reinhart/Trebitsch, Michel (Hg.): Entre Locarno et Vichy. Les relations culturelles franco-allemandes dans les années 1930. Bd. 1. Paris 1993, S. 203–218.

Henrich, Franz: Die Bünde katholischer Jugendbewegung. Ihre Bedeutung für die liturgische und eucharistische Erneuerung. München 1968.
Herbert, Ulrich: Fremdarbeiter. Politik und Praxis des „Ausländer-Einsatzes" in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches. Berlin 1985.
Ders.: Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft, 1903–1989. Bonn 1996.
Ders./Orth, Karin/Dieckmann, Christoph (Hg.): Die nationalsozialistischen Konzentrationslager. Entwicklung und Struktur. 2 Bde. Göttingen 1998.
Ders. (Hg.): Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980. Göttingen 2002.
Herbst, Ludolf: Der totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939–1945. Stuttgart 1982.
Ders.: Die zeitgenössische Integrationstheorie und die Anfänge der europäischen Einigung 1947–1950, in: VfZ 34 (1986), S. 161–205.
Ders.: Der Krieg und die Unternehmensstrategien deutscher Industrie-Konzerne in der Zwischenkriegszeit, in: Broszat, Martin/Schwabe, Klaus (Hg.): Deutsche Eliten und der Weg in den Zweiten Weltkrieg. München 1989, S. 72–134.
Ders./Bührer, Werner/Sowade, Hanno (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt. München 1990.
Herf, Jeffrey: Reactionary Modernism. Technology, Culture, and Politics in Weimar and the Third Reich. Cambridge u. a. 1984.
Herz, Heinz: Morgenland-Abendland: Fragmente zu einer Kritik „abendländischer" Geschichtsauffassung. Leipzig 1963.
Heß, Jürgen C.: Europagedanke und nationaler Revisionismus. Überlegungen zu ihrer Verknüpfung in der Weimarer Republik am Beispiel Wilhelm Heiles, in: HZ 225 (1977), S. 572–622.
Ders.: Das ganze Deutschland soll es sein. Demokratischer Nationalismus in der Weimarer Republik am Beispiel der Deutschen Demokratischen Partei. Stuttgart 1978.
Heuss, Theodor: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. Stuttgart u. a. ²1949.
Hexner, Ervin: The International Steel Cartel. Greenwood 1976.
Hick, Alan: The European Movement and the Campaign for a European Assembly, 1947–1950. Florence 1981.
Ders.: The European Movement, in: Lipgens, Walter (Hg.): Documents on the History of European Integration. Bd. 1. Berlin u. a. 1984, S. 319–435.
Hitlers zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928, eingel. und komm. von Gerhard L. Weinberg. Stuttgart 1961.
Hochgeschwender, Michael: Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen. München 1998.
Hoepke, Klaus-Peter: Die deutsche Rechte und der italienische Faschismus. Ein Beitrag zum Selbstverständnis und zur Politik von Gruppen und Verbänden der deutschen Rechten. Düsseldorf 1968.
Hoffmann, Christhard: Zum Begriff der Akkulturation, in: Krohn, Claus-Dieter/von zur Mühlen, Patrik/Paul, Gerhard/Winckler, Lutz (Hg.): Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945. Darmstadt 1998, S. 117–126.
Holl, Karl: Europapolitik im Vorfeld der deutschen Regierungspolitik. Zur Tätigkeit proeuropäischer Organisationen in der Weimarer Republik, in: HZ 219 (1974), S. 3–93.
Hommel, Klaus: Spanien und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Geschichte einer Integration. Baden-Baden 1992.
Hörner, Stefan: Der Vatikan und die Neuordnung Europas: Die Bundesrepublik Deutschland und die katholische Kirche im europäischen Einigungsprozeß (1948–1958). Frankfurt am Main 1996.
Hübinger, Paul Egon: Abendland, Christenheit, Europa. Eine Klärung der Begriffe in geschichtlicher Sicht, in: Ders., Ausgewählte Aufsätze und Vorträge. Siegburg 1990, S. 1–20.
Hudemann, Rainer: Zur Methodendiskussion in der Erforschung der europäischen Integra-

tion., in: Ders./Kaelble, Hartmut/Schwabe, Klaus (Hg.): Europa im Blick der Historiker. Europäische Integration im 20. Jahrhundert: Bewußtsein und Institutionen. Oldenburg 1995, S. 99–103.

Ders./Kaelble, Hartmut/Schwabe, Klaus (Hg.): Europa im Blick der Historiker. Europäisches Integration im 20. Jahrhundert: Bewußtsein und Institutionen. Oldenburg 1995.

Huhn, Jochen: Lernen aus der Geschichte? Historische Argumente in der westdeutschen Föderalismus-Diskussion 1945–1949. Melsungen 1990.

Hürten, Heinz: Der Topos vom christlichen Abendland in Literatur und Publizistik nach den beiden Weltkriegen, in: Langer, Albrecht (Hg.): Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800. Paderborn u. a. 1985, S. 131–154.

Ders.: Deutsche Katholiken 1918–1945. Paderborn 1992.

Ders.: Der katholische Carl Schmitt, in: Historisches Jahrbuch 116 (1996), S. 496–502.

Huß-Michel, Angela: Literarische und politische Zeitschriften des Exils 1933–1945. Stuttgart 1987, S. 70–72.

Hüttenberger, Peter: Ziele der französischen Besatzungspolitik nach dem Ersten Weltkrieg in der Pfalz, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 108 (1972), S. 106–121.

IG Farben. Von Anilin bis Zwangsarbeit. Zur Geschichte von BASF, Bayer, Hoechst und anderen deutschen Chemiekonzernen. Hg. von der Koordination gegen Bayer-Verfahren. Stuttgart 1995.

Im Sog des Westens. Sonderheft der Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 154 (2001).

Italiaander, Rolf: Richard Niklaus von Coudenhove-Kalergi: Begründer der Paneuropa-Bewegung. Freudenstadt 1969.

Jachtenfuchs, Markus: Ideen und internationale Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2 (1995), S. 417–442.

Jacobsen, Hans-Adolf: Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938. Frankfurt am Main u. a. 1968.

Jäger, Jörg-Johannes: Die wirtschaftliche Abhängigkeit des Dritten Reiches vom Ausland, dargestellt am Beispiel der Stahlindustrie. Berlin 1969.

Jarausch, Konrad /Siegrist, Hannes (Hg.): Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945 – 1970. Frankfurt am Main 1997.

Jenschke, Bernhard: Zur Kritik der konservativ-revolutionären Ideologie in der Weimarer Republik. Weltanschauung und Politik bei Edgar Julius Jung. München 1971.

Jilek, Lubor: L'esprit européenne en Suisse de 1860 à 1940. Genf 1990.

Ders.: L'Union européenne à Bâle entre 1938 et 1946: pôle helvétique et versant mondial dans les projets d'une association européenne, in: Dumoulin, Michel (Hg.): Plans des temps de guerre pour l'Europe d'après-guerre 1940–1947. Baden-Baden 1995, S. 275–296.

Jost, Jonas: Der Abendland-Gedanke in Westdeutschland nach 1945. Versuch und Scheitern eines Paradigmenwechsels in der deutschen Geschichte nach 1945. Phil. Diss. Hannover 1994.

Jung, Matthias/Wengeler, Martin: Nation Europa und Europa der Nationen. Sprachliche Kontroversen in der Europapolitik, in: Stötzel, Georg/Wengeler, Martin (Hg.), Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin u. a. 1995, S. 93–128.

Kaehler, A.: Geschichtsbild und Europapolitik des Nationalsozialismus, in: Die Sammlung 1954, S. 337–354.

Kaelble, Hartmut: Auf dem Weg zu einer europäischen Gesellschaft. Eine Sozialgeschichte Westeuropas 1880–1980. München 1987.

Ders.: Das europäische Selbstverständnis und die europäische Öffentlichkeit im 19. und 20. Jahrhundert, in: Ders./Kirsch, Martin/Schmidt-Gernig, Alexander (Hg.): Transnationale Öffentlichkeiten und Identitäten im 20. Jahrhundert. Frankfurt u. a. 1992, S. 85–109.

Ders.: Supranationalität in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Einleitende Bemerkungen, in: Ders./Winkler, Heinrich August (Hg.): Nationalismus – Nationalitäten – Supranationalität. Stuttgart 1993, S. 189–206.

Ders.: Europabewusstsein, Gesellschaft und Geschichte: Forschungsstand und Forschungschancen, in: Hudemann, Rainer/Kaelble, Hartmut/Schwabe, Klaus (Hg.): Europa im Blick der Historiker. München 1995, S. 1–29.

Ders.: Europäer über Europa. Die Entstehung des europäischen Selbstverständnisses im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main 2001.

Kahrs, Horst: Von der „Großraumwirtschaft" zur „Neuen Ordnung", in: Aly, Götz/Dieckmann, Christoph (Hg.): Modelle für ein deutsches Europa. Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum. Berlin 1992, S. 9–28.

Kajima, Morinosuke/De Launy, Jacques/Pons, Vittorio/Zurcher, Arnold: Coudenhove-Kalergi, le pionnier de l'Europe unie. Lausanne 1971.

Keller, Thomas: Katholische Europakonzeptionen in den deutsch-französischen Beziehungen, in: Bock, Hans Manfred/Meyer-Kalkus, Reinhart/Trebitsch, Michel (Hg.): Entre Locarno et Vichy: Les relations culturelles franco-allemandes dans les années 1930. Bd. 1. Paris 1993, S. 222–233.

Ders.: Die Personalismen der Zwischenkriegszeit und die deutsch-französischen Beziehungen: Wider die deutsche Kontingenzscheu, in: Merlio, Gilbert (Hg.), Ni droite – ni gauche. Les chasséz-chroiséz idéologiques de l'entre-deux-guerres. Bordeaux 1994, S. 122–152.

Ders.: Les médiateurs personnalistes entre les générations non-conformistes en France et en Allemagne: Alexandre Marc et Paul L. Landsberg, in: Merlio, Gilbert (Hg.): Ni droite – ni gauche. Les chasséz-chroiséz idéologiques de l'entre-deux-guerres. Bordeaux 1994, S. 257–273.

Ders.: Der Monat. Zwischen Verwestlichung und Europäisierung, in: Grunewald, Michel/Bock, Hans Manfred (Hg.): Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1945–1955). Bern u. a. 2001, S. 245–282.

Kettenacker, Lothar: Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der Britischen Regierung während des Zweiten Weltkriegs. Göttingen u. a. 1989.

Ders.: Der Mythos vom Reich, in: Berding, Helmut: Mythos und Nation. Frankfurt am Main 1996, S. 261–298.

Kiersch, Günther: Internationale Eisen- und Stahlkartelle. Essen 1954.

Kindermann, Gottfried-Karl: Konservatives Denken und die Frage der österreichischen Identität in der Ersten Republik, in: Rill, Robert/Zellenberg, Ulrich E. (Hg.): Konservativismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute. Graz/Stuttgart 1999, S. 213–230.

Kinsky, Ferdinand/Knipping, Franz (Hg.): Le fédéralisme personnaliste aux sources de l'Europe de demain. Hommage à Alexandre Marc. Baden-Baden 1996.

Kipp, Heinrich/Mayer, Franz/Steinkamm, Arnim (Hg.): Um Recht und Freiheit. Festschrift für Friedrich August Freiherr von der Heydte. Bd. 2. Berlin 1977.

Kletzin, Birgit: Europa aus Rasse und Raum. Die nationalsozialistische Idee der Neuen Ordnung. Münster 2000.

Klönne, Arno: Die Liturgische Bewegung – „erblich" belastet? Historisch-soziologische Fragestellungen zur Vorgeschichte der Liturgiekonstitution, in: Becker, Hansjakob/Hilberath, Bernd J./Willers, Ulrich (Hg.): Gottesdienst – Kirche – Gesellschaft. Interdisziplinäre und ökumenische Standortbestimmung nach 25 Jahren Liturgiereform. St. Ottilien 1991, S. 13–21.

Klüber, Franz: Katholische Gesellschaftslehre. Bd. 1: Geschichte und System. Osnabrück 1968.

Kluke, Paul: Nationalsozialistische Europaideologie, in: VfZ 3 (1955), S. 240–275.

Ders.: Theorie und Praxis der nationalsozialistischen Expansion, in: Das Dritte Reich und Europa. Bericht über die Tagung des Instituts für Zeitgeschichte in Tutzing im Mai 1956. Hg. vom Institut für Zeitgeschichte. München 1957, S. 114–122.

Kocka, Jürgen: Ideologische Regression und methodologische Innovation. Geschichtswissenschaft und Sozialwissenschaften in den 1930er und 1940er Jahren, in: Historiographie als Methodologiegeschichte. Zum 80. Geburtstag von Ernst Engelberg. Berlin 1991, S. 182–186.

Koenen, Andreas: Der Fall Carl Schmitt. Sein Aufstieg zum „Kronjuristen des Dritten Reiches". Darmstadt 1995.

Ders.: Visionen vom Reich. Das politisch-theologische Erbe der Konservativen Revolution, in: Göbel, Andreas/Laak, Dirk van/Villinger, Ingeborg (Hg.): Metamorphosen des Politischen. Grundfragen politischer Einheitsbildung seit den 20er Jahren. Berlin 1995, S. 53–74.

Köhler, Henning: Adenauer und die Rheinische Republik. Der erste Anlauf 1918–1924. Opladen 1986.

Ders.: Französische Besatzungspolitik 1918–1923, in: Hüttenberger, Peter/Molitor, Hansgeorg (Hg.): Franzosen und Deutsche am Rhein 1789–1918–1945. Essen 1989, S. 113–126.

Köhler, Otto: ...und heute die ganze Welt. Die Geschichte der IG-Farben und ihrer Väter. Hamburg 1986.

Kondylis, Panjotis: Konservatismus. Geschichtlicher Gehalt und Untergang. Stuttgart 1986.

Koops, Tilman/Vogt, Martin (Hg.): Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten: 1919–1930 und 1945–1949. Koblenz 1995.

Koppe, Karlheinz: Das grüne E setzt sich durch. Köln o.J. [1967].

Kopper, Christopher: Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus. Bankenpolitik im „Dritten Reich" 1933–1939. Bonn 1995.

Körner, Klaus: Eugen Kogon als Verleger, in: Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel 69, 30. 8. 1994, S. 281–293.

Koselleck, Reinhart: Einleitung, in: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Bd. 1. Stuttgart 1972, S. XIII–XXVII.

Ders. (Hg.): Historische Semantik und Begriffsgeschichte. Stuttgart 1978.

Ders.: Zur historisch-politischen Semantik asymetrischer Gegenbegriffe, in: Ders.: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt am Main 1979, S. 211–259.

Koza, Ingeborg: Völkerversöhnung und europäisches Einigungsbemühen. Untersuchungen zur Nachkriegszeit 1945–1951. Köln u.a. 1987.

Kreis, Georg: Der „vierte" Tag der Paneuropa-Bewegung. Zum Basler Kongreß von 1932, in: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde 91 (1991), S. 335–361.

Krieger, Erhard: Große Europäer heute. Erasmus von Rotterdam, Carl. J. Burckhardt, Richard Graf Coudenhove-Kalergi, Albert Camus. Frankfurt am Main 1964.

Krohn, Claus-Dieter: Einleitung: Remigranten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, in: Ders./Mühlen, Patrick von zur (Hg.): Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Nachkriegsdeutschland. Marburg 1997, S. 7–21.

Ders./Mühlen, Patrick von zur (Hg.): Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Nachkriegsdeutschland. Marburg 1997.

Kroker, Evelyn: Heinrich Kost. Rationalisierung und Sozialbeziehungen im Bergbau, in: Erker, Paul/Pierenkämper, Toni (Hg.): Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten. München 1999, S. 291–316.

Krüger, Peter: Die Rolle der Banken und der Industrie in den deutschen reparationspolitischen Entscheidungen nach dem Ersten Weltkrieg, in: Mommsen, Hans/Petzina, Dietmar/Weisbrod, Bernd (Hg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Bd. 2. Düsseldorf 1974, S. 568–582.

Ders.: Das Reparationsproblem der Weimarer Republik in fragwürdiger Sicht. Kritische Überlegungen zur neuesten Forschung, in: VfZ 29 (1981), S. 21–47.

Ders.: Ansätze zu einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, in: Berding, Helmut (Hg.): Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert. Göttingen 1984, S. 149–168.

Ders.: Die „europäische Außenpolitik" des Nationalsozialismus, in: Historische Mitteilungen 6 (1993), S. 104–111.

Ders.: Hitlers Europapolitik, in: Benz, Wolfgang/Buchheim, Hans/Mommsen, Hans (Hg.): Der Nationalsozialismus. Studien zu Ideologie und Herrschaft. Frankfurt am Main 1993, S. 104–133.

Ders.: Europabewußtsein in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: Hudemann, Rainer/Kaelble, Hartmut/Schwabe, Klaus (Hg.): Europa im Blick der Historiker. München 1995, S. 31–53.

Ders.: Wirtschaftliche Mitteleuropapläne in Deutschland zwischen den Weltkriegen. Anmerkungen zu ihrer Bewertung, in: Plaschka, Richard G./Haselsteiner, Horst/Suppan, Arnold/Drabek, Anna M./Zaar, Brigitta (Hg.): Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wien 1995, S. 283–303.

Kruip, Gudrun: Das „Welt"-„Bild" des Axel Springer Verlags. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen. München 1999.

Kube, Alfred: Außenpolitik und „Großraumwirtschaft". Die deutsche Politik zur wirtschaftlichen Integration Südosteuropas 1933–1939, in: Berding, Helmut (Hg.): Wirtschaftliche und politische Integration in Europa im 19. und 20. Jahrhundert. Göttingen 1984, S. 185–211.

Kümmel, Gerhard: Transnationale Wirtschaftskooperation und der Nationalstaat. Deutsch-amerikanische Unternehmensbeziehungen in den dreißiger Jahren. Stuttgart 1995.

Kuhlmann, Alfred: Das Lebenswerk Benedikt Schmittmanns. Aschendorff u.a. 1971.

L'Huiller, Fernand: Dialogues franco-allemands 1925–1933. Straßburg 1971.

Laak, Dirk van: Gespräche in der Sicherheit des Schweigens. Carl Schmitt in der politischen Geistesgeschichte der frühen Bundesrepublik. Berlin 1993.

Langbein, Hermann: „... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank." Frankfurt am Main 1980.

Ders.: Dem brutalsten Terror zum Trotz. Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern 1939–1945, in: Widerstand und Exil 1933–1945. Hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1986, S. 159–168.

Langner, Albrecht (Hg.): Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik 1949–1963. Paderborn u.a. 1978.

Ders.: Wirtschaftliche Ordnungsvorstellungen im deutschen Katholizismus 1945–1963, in: Ders. (Hg.): Katholizismus, Wirtschaftsordnung und Sozialpolitik 1945–1963. Paderborn u.a., S. 27–108.

Lantink, Wilhelm: Oswald Spengler oder die „Zweite Romantik". Der Untergang des Abendlandes, ein intellektueller Roman zwischen Geschichte, Literatur und Politik. Utrecht 1995.

Laughland, John: The Tainted Source. The Undemocratic Origins of the European Idea. London 1997.

Launay, Jacques de: Emile Mayrisch et la politique du patronat européen 1926–1933. Brüssel 1965.

Laurien, Ingrid: Politisch-kulturelle Zeitschriften in den Westzonen 1945–1949. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Nachkriegszeit. Frankfurt am Main 1991.

Leitz, Christian: Hermann Göring and Nazi Germany's economic exploitation of nationalist Spain 1936–1939, in: German History 14 (1996), S. 21–37.

Lenk, Kurt: Deutscher Konservatismus. Frankfurt am Main 1989.

Ders.: Zum westdeutschen Konservatismus, in: Schildt, Axel/Sywottek, Arnold (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau: die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn 1998, S. 636–645.

Lepsius, M. Rainer: Interessen und Ideen bei Max Weber, in: ders., Interessen, Ideen und Institutionen. Opladen 1990, S. 31–43.

Ders.: Interessen, Ideen und Institutionen. Opladen 1990.

LeRider, Jacques: Mitteleuropa. Auf den Spuren eines Begriffes. Aus dem Franz. von Robert Fleck. Wien 1994.

Les relations culturelles franco-allemandes dans les années trente. Hg. vom Deutschen Akademischen Austauschdienst/Institut d'Histoire du Temps Présent. 3 Bde. Paris 1990.

Levi, Lucio (Hg.): Altiero Spinelli and Federalism in Europe and the World. Mailand 1990.

Lewerenz, Olaf: Zwischen Reich Gottes und Weltreich. Friedrich Naumann in seiner Frankfurter Zeit unter Berücksichtigung seiner praktischen Arbeit und seiner theoretischen Reflexionen. Heidelberg 1994.

Liebowitz, Nathan: Daniel Bell and the Agony of Modern Liberalism. Westport 1985.
Lill, Rudolf: Großdeutsch und kleindeutsch im Spannungsfeld der Konfessionen, in: Rauscher, Anton (Hg.): Probleme des Konfessionalismus in Deutschland seit 1800. Paderborn 1984, S. 29–47.
Linz, Norbert: Der Aufbau der deutschen politischen Presse in der Ersten Tschechoslowakischen Republik 1918–1925, in: Bohemia 11 (1970), S. 284–307.
Lipgens, Walter: Europäische Einigungsidee 1923–1930 und Briands Europaplan im Urteil der deutschen Akten, in: HZ 203 (1966), S. 46–89 und S. 316–363.
Ders.: Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945–1950, Teil 1: 1945–1947 (Teil 2 nicht erschienen). Stuttgart 1977.
Ders.: Ideas of the German Resistance on the Future of Europe, in: Ders. (Hg.): Documents on the History of European Integration. Bd. 1. Berlin u.a. 1984, S. 363–455.
Ders.: Die Bedeutung des EVG-Projektes für die politische europäische Einigungsbewegung, in: Volkmann, Hans-Erich/Schwengler Walter (Hg.): Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung. Boppard am Rhein 1985, S. 9–30.
Löhr, Wolfgang: Rechristianisierungsvorstellungen im deutschen Katholizismus 1945–1948, in: Doering-Manteuffel, Anselm/Kaiser, Wolfram (Hg.): Christentum und politische Verantwortung. Kirchen im Nachkriegsdeutschland. Stuttgart u.a. 1990, S. 25–41.
Loock, Hans-Dietrich: Zur „Großgermanischen Politik" des Dritten Reiches, in: VfZ 8 (1960), S. 37–63.
Loth, Wilfried: Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940–1950. Stuttgart 1970.
Ders.: Deutsche Europa-Konzeptionen in der Eskalation des Ost-West-Konfliktes 1945–1949, in: GWU 35 (1984), S. 453–470.
Ders.: Vertragsverhandlungen bei abklingender Europa-Begeisterung. Eine zeitgeschichtliche Einordnung, in: Integration 10 (1987), S. 107–115.
Ders. (Hg.): Die Anfänge der europäischen Integration 1945–1950. Bonn 1990.
Ders.: Die Europa-Bewegung in den Anfangsjahren der Bundesrepublik, in: Herbst, Ludolf/Bührer, Werner/Sowade, Hanno (Hg.): Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in die westliche Welt. München 1990, S. 63–77.
Ders.: Der Weg nach Europa. Göttingen ^{2}1991.
Ders.: Die Résistance und die Pläne zu europäischer Einigung, in: Dumoulin, Michel (ed.): Plans de temps de Guerre pour l'Europe d'après-guerre 1940–1947. Brüssel u.a. 1995, S. 47–57.
Ders.: Rettungsanker Europa? Deutsche Europa-Konzeptionen vom Dritten Reich bis zur Bundesrepublik, in: Volkmann, Hans-Erich (Hg.): Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkrieges. Eine perspektivische Rückschau. München u.a. 1995, S. 201–221.
Ders./Rusinek, Bernd-A. (Hg.): Verwandlungspolitik. NS-Eliten in der west-deutschen Nachkriegsgesellschaft. Frankfurt am Main u.a. 1998.
Lottes, Günther, „The State of the Art". Stand und Perspektiven der „Intellectual history", in: Kroll, Frank-Lothar (Hg.): Neue Wege der Ideengeschichte. Festschrift für Kurt Kluxen zum 85. Geburtstag. Paderborn u.a. 1996, S. 27–45.
Lotz, Albert: Benedikt Schmittmann. Sein Leben und Werk. Frankfurt am Main 1949.
Lovrek, August: Die legitimistische Bewegung, in: Rill, Robert/Zellenberg, Ulrich (Hg.): Konservatismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute. Graz u.a. 1999, S. 231–243.
Lübbe, Hermann: Säkularisierung. Geschichte eines ideengeschichtlichen Begriffs. Freiburg/München 1965.
Lüdtke, Alf/Marßolek, Inge/Saldern, Adelheid von (Hg.): Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 1996.
Lucas, Hans-Dieter: Europa vom Atlantik bis zum Ural? Europapolitik und Europadenken im Frankreich der Ära de Gaulle (1958–1969). Bonn/Berlin 1992.
Lück, Wolfgang: Das Ende der Nachkriegszeit. Eine Untersuchung zur Funktion des Begriffs der Säkularisierung in der „Kirchentheorie" Westdeutschlands. Bern u.a. 1976.

Lüth, Erich: Max Brauer. Glasbläser, Bürgermeister, Staatsmann. Hamburg 1972.
Luckemeyer, Ludwig: Wilhelm Heile 1881–1981. Föderativer liberaler Rebell in DDP und FDP und erster liberaler Vorkämpfer Europas in Deutschland. Politisch-zeitgeschichtliche Festschrift aus Anlaß des 100. Geburtstages des engsten Mitarbeiters Friedrich Naumanns und Präsidenten der FDP am 18. Dezember 1981. Wiesbaden 1981.
Luh, Andreas: Die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei im Sudetenland: Völkische Arbeiterpartei und faschistische Bewegung, in: Bohemia 32 (1991), S. 23–38.
Luhmann, Niklas: Die Wirtschaft der Gesellschaft. Frankfurt am Main ^{3}1999.
Lukaszewski, Jerzy: Coudenhove-Kalergi (1894–1972) et Paneurope, in: Annuaire Européen/European Yearbook 28 (1980), S. 52–80.
Lützeler, Paul Michael (Hg.): Plädoyers für Europa: Stellungnahmen deutschsprachiger Schriftsteller 1915–1949. Frankfurt am Main 1987.
Ders.: Die Schriftsteller und Europa: Von der Romantik bis zur Gegenwart. München 1992.
Ders. (Hg.): Hoffnung Europa: Deutsche Essays von Novalis bis Enzensberger. Frankfurt am Main 1994.
Ders.: Der Schriftsteller als Politiker: Zur Europa-Essayistik in Vergangenheit und Gegenwart. Stuttgart 1997.
Maier, Charles S.: Coal and Economic Power in the Weimar Republik: The Effects of the Coal Crisis of 1920, in: Mommsen, Hans/Petzina, Dietmar/Weisbrod, Bernd (Hg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Bd. 2. Düsseldorf 1974, S. 530–543.
Ders.: Recasting Bourgeois Europe. Stabilization in France, Germany and Italy in the Decade after World War I. Princeton 1975.
Ders./Bischof, Günter (Hg.): The Marshall-Plan und Germany. West German Development within the Framework of the European Recovery Program. New York u. a. 1991.
Maimann, Helene: Politik im Wartesaal. Österreichische Exilpolitik in Großbritannien 1938–1945. Wien u. a. 1975.
Malettke, Klaus: Europabewußtsein und europäische Friedenspläne im 17. und 18. Jahrhundert, in: Francia 21 (1994), S. 63–93.
Mallmann, Marion: „Das innere Reich". Analyse einer konservativen Kulturzeitschrift im Dritten Reich. Bonn 1978.
Marcowitz, Reiner: Option für Paris. Unionsparteien, SPD und Charles de Gaulle 1958 bis 1969. München 1996.
Marten, Heinz-Georg: Politischer Liberalismus in Niedersachsen. Aufbau und Entwicklung der Freien Demokratischen Partei 1945–1955. Eine politiksoziologische Untersuchung der krisenreichen Neubelebung des politischen Liberalismus. Göttingen 1976.
Martin, Bernd: Friedensplanungen der multinationalen Großindustrie (1932 bis 1940) als politische Krisenstrategie, in: GG 2 (1976), S. 66–88.
Mattioli, Aram: „Volksgrenzen" oder Staatsgrenzen? Wissenschaft und Ideologie in der Debatte um die Hochrheingrenze (1925–1947), in: Marchal, Guy P. (Hg.): Grenzen und Raumvorstellungen (11.–20. Jahrhundert). Zürich 1996, S. 285–311.
Mayne, Richard/Pinder, John/Roberts, John C. de V. (Hg.), Federal Union: The Pioneers. A History of Federal Union. Houndsmill u. a. 1990.
Mehringer, Hartmut: Impulse sozialdemokratischer Remigranten auf die Modernisierung der SPD, in: Ders./Mühlen, Patrick von zur (Hg.): Rückkehr und Aufbau nach 1945. Deutsche Remigranten im öffentlichen Nachkriegsdeutschland. Marburg 1997, S. 91–110.
Mérei, Gyula: Die Idee der europäischen Integration in der westdeutschen bürgerlichen Geschichtsschreibung. Budapest 1966.
Merkel, Wolfgang: Die europäische Integration und das Elend der Theorie, in: GG 25 (1999), S. 302–338.
Merlio, Gilbert: Oswald Spengler. Temoin de son temps. 2 Bde. Stuttgart 1982.
Ders.: Spengler ou le dernier des Kulturkritikers, in: Dupeux, Louis (Hg.): La révolution conservatrice allemande sous le république de Weimar. Paris 1992, S. 161–173.

Ders. (Hg.): Ni gauche, ni droite: les chassés-croisés idéologique des intellectuelles français et allemands dans l'entre-deux-guerres. Talence 1995.
Meyer, Ahlrich: Großraumpolitik und Kollaboration im Westen, in: Aly, Götz/Dieckmann, Christoph (Hg.): Modelle für ein deutsches Europa. Ökonomie und Herrschaft im Großwirtschaftsraum. Berlin 1992, S. 29–76.
Meyer, Henry C.: Mitteleuropa in German Thought and Action 1815–1945. The Hague 1955.
Ders.: Drang nach Osten. Fortunes of a Slogan Concept in German-Slavic Relations 1849–1990. Bern 1996.
Michalka, Wolfgang: Vom Antikomminternpakt zum euro-asiatischen Kontinentalblock, Ribbentrops Alternativkonzeption zu Hitlers außenpolitischem „Programm", in: Ders. (Hg.): Nationalsozialistische Außenpolitik. Darmstadt 1985, S. 471–492.
Mikkeli, Heikki: Europe as an Idea and an Identity. London 1998.
Milward, Alan S.: German Economic Policy towards France, 1942–1944, in: Bourne, Kenneth/Watt, Donald C. (Hg.): Studies in International History, London 1967, S. 422–443.
Ders.: The New Order and the French Economy. Oxford 1970.
Ders.: French Labor and the German Economy, 1942–1945. An Essay on the Nature of the Fascist New Order, in: The economic history review 23 (1970), S. 336–351.
Ders.: The Reconstruction of Western Europe 1945–1951. London 1984.
Ders.: The European Rescue of the Nation-State. London 1992.
Missiroli, Antonio: Die Deutsche Hochschule für Politik. Sankt Augustin 1988.
Mitteleuropa, Spuren der Vergangenheit – Perspektiven der Zukunft. Symposion vom 30.–31. 10. 1986 an der Universität Innsbruck. Hg. von der Universität Innsbruck, Innsbruck 1987.
Möller, Horst/Wengst, Udo (Hg.): 50 Jahre Institut für Zeitgeschichte. München 1999.
Mohler, Armin: Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Ein Handbuch. Darmstadt ^{3}1989.
Moll, Martin: Das neue Europa. Studien zur nationalsozialistischen Auslandspropaganda in Europa 1939–1945. Die Geschichte eines Fehlschlags. Phil. Diss. Graz 1986.
Mollin, Gerhard: Montankonzerne und „Drittes Reich". Der Gegensatz zwischen Monopolindustrie und Befehlswirtschaft in der deutschen Rüstung und Expansion 1936–1944. Göttingen 1988.
Ders.: Die Eisen- und Stahlindustrie im Nationalsozialismus, in: Dascher, Ottfried/Kleinschmidt, Christian (Hg.): Die Eisen- und Stahlindustrie im Dortmunder Raum. Wirtschaftliche Entwicklung, soziale Strukturen und technologischer Wandel im 19. und 20. Jahrhundert. Dortmund 1992, S. 469–491.
Mommsen, Hans: Der deutsche Widerstand und die Überwindung der nationalstaatlichen Gliederung Europas, in: Ders.: Alternativen zu Hitler. Studien zur Geschichte des deutschen Widerstands. München 2000, S. 266–283.
Ders./Petzina, Dieter/Weisbrod, Bernd (Hg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Verhandlungen des Internationalen Symposiums in Bochum vom 12.–17. 6. 1973. 2 Bde. Düsseldorf 1974.
Moreau, Patrick: Nationalsozialismus von links. Die „Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten" und die „Schwarze Front" Otto Straßers 1930–1935. Stuttgart 1984.
Ders.: Otto Straßer – Nationaler Sozialismus versus Nationalsozialismus, in: Smelser, Ronald M./Zitelmann, Rainer (Hg.): Die braune Elite. 22 biographische Skizzen. Darmstadt ^{2}1990, S. 286–298.
Mosser, Ingrid: Der Legitimismus und die Frage der Habsburgerrestauration in der innenpolitischen Zielsetzung des autoritären Österreich (1933–1938). Phil. Diss. Wien 1979.
Muchitsch, Wolfgang (Hg.): Österreicher im Exil. Großbritannien 1939–1945. Wien u.a. 1992.
Müller, Franz: Gemeinsam oder getrennt zum Neubau in Mitteleuropa? Das „Dritte Reich" im Kampf gegen den „Ständestaat" 1933–1938, in: Gehler, Michael/Schmidt, Rainer F./

Brandt, Harm-Hinrich/Steininger, Rolf (Hg.): Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert. Stuttgart 1996, S. 481–496.

Müller, Guido: Emile Mayrisch und westdeutsche Industrielle in der europäischen Wirtschaftsverständigung nach dem Ersten Weltkrieg, in: Galeria 10 (1992), S. 545–559.

Ders.: Der luxemburgische Stahlkonzern ARBED nach dem Ersten Weltkrieg. Zum Problem deutsch-französischer Verständigung durch Wirtschaftsverflechtungen, in: Revue d'Allemagne 25 (1993), S. 535–544.

Ders.: Der „katholische Akademikerverband" im Übergang von der Weimarer Republik ins Dritte Reich, in: Breuer, Dieter/Cepl-Kaufmann, Gertrude (Hg.): Moderne und Nationalsozialismus im Rheinland. Vorträge des Interdisziplinären Arbeitskreises zur Erforschung der Moderne im Rheinland. Paderborn u. a. 1997, S. 551–576.

Ders.: Der Publizist Max Claus. Die Heidelberger Sozialwissenschaften und der „Europäische Kulturbund" (1924/5–1933), in: Blomert, Reinhard/Esslinger, Hans-Ulrich/Giovannini, Norbert (Hg.): Die Heidelberger Sozial- und Staatswissenschaften. Das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften zwischen 1918 und 1958. Marburg 1997, S. 369–409.

Ders.: Deutsch-französische Gesellschaftsbeziehungen nach dem Ersten Weltkrieg. Das Deutsch-Französische Studienkomitee und der Europäische Kulturbund im Rahmen deutsch-französischer Verständigungsbewegungen 1924–1933. Habilitationsschrift, unveröffentlichtes Manuskript. Aachen 1997.

Ders.: Katholische Akademiker in der Krise der Moderne. Die Entstehung des Katholischen Akademikerverbandes im wilhelminischen Deutschland zwischen bildungsbürgerlichen Reformbewegungen und Laienapostolat, in: Graetz, Michael/Mattioli, Aram (Hg.): Krisenwahrnehmungen im Fin de Siècle. Jüdische und katholische Bildungseliten in Deutschland und in der Schweiz. Zürich 1997, S. 285–300.

Ders.: Gesellschaftsgeschichte und internationale Beziehungen. Die deutsch-französische Verständigung nach dem Ersten Weltkrieg, in: Ders. (Hg.): Deutschland und der Westen. Festschrift für Klaus Schwabe zum 65. Geburtstag. Stuttgart 1998, S. 49–64.

Müller-List, Gabriele (Hg.): Neubeginn bei Eisen und Stahl im Ruhrgebiet. Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der nordrhein-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie 1948–1948. Düsseldorf 1990.

Muller, Jerry Z.: Enttäuschung und Zweideutigkeit. Zur Geschichte rechter Sozialwissenschaftler im „Dritten Reich", in: GG 12 (1986), S. 289–316.

Münch, Richard: Das Projekt Europa. Zwischen Nationalstaat, regionaler Autonomie und Weltgesellschaft. Frankfurt am Main 1993.

Münkler, Herfried: Europa als politische Idee. Ideengeschichtliche Facetten des Europabegriffs und deren aktuelle Bedeutung, in: Leviathan 19 (1991), S. 521–541.

Nagengast, Emil: Coming to Terms with „European identity": The Sudeten Germans between Bonn and Prague, in: German Politics 5 (1996), S. 81–100.

Nausch, Eckart F.: Die Entwicklung der deutschen und französischen Stahlindustrie nach dem II. Weltkrieg. Köln 1988.

Neebe, Reinhard: Großindustrie, Staat und NSDAP. Göttingen 1981.

Nehring, Holger: Interessen und Integrationserfahrungen. Wirtschaftliche Beziehungen zwischen westdeutschen und westeuropäischen Stahlunternehmern von der Internationalen Rohstahlgemeinschaft bis zur Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1926–1952). Unveröffentlichtes Manuskript. Tübingen 2000.

Neulen, Hans-Werner: Europa und das Dritte Reich. Einigungsbestrebungen im Deutschen Machtbereich 1939–1945. München 1987.

Neurohr, Jean: Der Mythos vom Dritten Reich. Zur Geistesgeschichte des Nationalsozialismus. Stuttgart 1957.

Niehus, Gerlinde Freia: Außenpolitik im Wandel. Die Außenpolitik Spaniens von der Diktatur Francos zur parlamentarischen Demokratie. 2 Bde. Frankfurt am Main 1989.

Niess, Frank: Die Ursprünge der europäischen Idee aus dem Geist des Widerstands. Frankfurt am Main 2001.

Niethammer, Lutz: Zum Wandel der Kontinuitätsdiskussion, in: Herbst, Ludolf (Hg.): Westdeutschland 1945–1955. München 1986, S. 65–83.
Ders.: Die Mitläuferfabrik. Die Entnazifizierung am Beispiel Bayerns. Berlin u.a. ²1982.
Nievelstein, Markus: Lothringen im Kalkül der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie vor dem Ersten Weltkrieg, in: Plumpe, Werner/Kleinschmidt, Christian (Hg.): Unternehmer zwischen Markt und Macht. Aspekte deutscher Unternehmens- und Industriegeschichte im 20. Jahrhundert. Essen 1992, S. 14–28.
Noack, Paul, Öffentliche Meinung und Außenpolitik, in: Handbuch der deutschen Außenpolitik, München 1975, S. 195–207.
Nocken, Ulrich: Das Internationale Stahlkartell und die deutsch-französischen Beziehungen, in: Schmidt, Gustav (Hg.): Konstellationen internationaler Politik 1924–1932. Politische und wirtschaftliche Faktoren in den Beziehungen zwischen Westeuropa und den Vereinigten Staaten. Referate und Diskussionen eines Dortmunder Symposiums, 18.–21. 9. 1981. Bochum 1983, S. 165–202.
Ders.: International Cartels and Foreign Policy: The Formation of the International Steel Cartel 1924–1936, in: Wurm, Clemens A. (Hg.): Internationale Kartelle und Außenpolitik. Beiträge zur Zwischenkriegszeit. Stuttgart 1989, S. 33–82.
Nolte, Paul: Gesellschaftstheorie und Gesellschaftsgeschichte. Umrisse einer Ideengeschichte der modernen Gesellschaft, in: Mergel, Thomas/Welskopp, Thomas (Hg.): Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theoriediskussion. München 1997, S. 275–298.
Ders.: Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert. München 2000.
Nurdin, Jean: Les intellectuels allemands et l'unité culturelle en Europe, in: Gilli, Marita (Hg.): L'identité culturelle, laboratoire de la conscience européenne. Actes du colloque internationale organisé à l'Université du Franche-Comté 3.–5.11.1994. Paris 1955, S. 261–270.
Ders.: Coudenhove-Kalergi et le Mouvement Paneuropéen, in: Reffet, Michel (Hg.): L'Autriche et l'idée d'Europe. Actes du 29e Congrès de l'AGES, Dijon 10./11. 5. 1996. Dijon 1997, S. 273–278.
Nussbaum, Helga: International Cartels and Multinational Entreprises, in: Teichova, Alice/Lévy-Lebouyer, Maurice/Nussbaum, Helga (Hg.): Multinational Entreprise in Historical Perspective. Cambridge u.a. 1986, S. 131–144.
Oberkrome, Willi: Reformansätze in der deutschen Geschichtswissenschaft der Zwischenkriegszeit, in: Prinz, Michael/Zittelmann, Rainer (Hg.): Nationalsozialismus und Modernisierung. Darmstadt 1991, S. 216–238.
Ders.: Volksgeschichte. Methodische Innovation und völkische Ideologisierung in der deutschen Geschichtswissenschaft 1918–1945. Göttingen 1993.
Ders.: Geschichte, Volk, Theorie. Das „Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums", in: Schöttler, Peter (Hg.): Geschichtswissenschaft als Legitimationswissenschaft 1918–1945. Frankfurt am Main 1997, S. 104–127.
Oexle, Otto Gerhard: Das Mittelalter und das Unbehagen an der Moderne. Mittelalterbeschwörungen in der Weimarer Republik und danach, in: Ders., Geschichtswissenschaft im Zeitalter des Historismus. Göttingen 1996, S. 137–162.
Ohneis, Gerhard: Wandel in der Zielsetzung der Deutschen Unternehmerverbände. Eine systemtheoretische Analyse am Beispiel des BDI und BDA. Stuttgart 1990.
Orłowski, Hubert: Die „Reichsidee" als ideologisches Syndrom des literarischen Gruppenbewußtseins von 1945, in: Studia Historica Slavo-Germanica 1 (1972), S. 97–109.
Österreicher im Exil 1933–1945. Protokoll des Internationalen Symposiums zur Erforschung des österreichischen Exils von 1933 bis 1945. Abgehalten vom 3. bis 6. Juni 1975 in Wien. Wien 1977.
Overesch, Manfred: Konzeptionen für den Neuanfang: Hermann Brill und der antinationalsozialistische Widerstand, in: Heiden, Detlev (Hg.): Nationalsozialismus in Thüringen. Weimar 1995, S. 487–506.

Overy, Richard J./Otto, Gerhard/Houwink ten Cate, Johannes (Hg.): Die „Neuordnung" Europas. NS-Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten. Berlin 1997.
Ders.: Heavy Industry in the Third Reich. The Reichswerke Crisis, in: Ders.: War and Economy in the Third Reich. Oxford 1994, S. 93–118.
Palayret, Jean-Marie: Le mouvement européenne 1954–1969. Histoire d'un groupe de pression, in: Girault, René/Bossuat, Gérard (Hg.): Europe brisée, Europe retrouvée. Nouvelles réflexions sur l'unité européenne au XXe siècle. Paris 1994, S. 364–383.
Palonen, Kari: Die Umstrittenheit der Begriffe bei Max Weber, in: Scholtz, Gunter (Hg.): Die Interdisziplinarität der Begriffsgeschichte. Hamburg 2000, S. 145–158.
Paul, Gerhard: Die Zauberformel vom vereinten Europa. Europaideen der deutschen Exil-Sozialdemokratie zwischen politischem Kalkül und sozialistischer Träumerei, in: Galerie 10/2 (1992), S. 262–272.
Pegg, Carl H.: Evolution of the European Idea 1914–1932. Chapel Hill 1983.
Pernack-Wernicke, Anneliese: Georg Stadtmüller, in: Bartl, Peter/Glassl, Horst (Hg.): Südosteuropa unter dem Halbmond. Untersuchungen über Geschichte und Kultur der südosteuropäischen Völker während der Türkenzeit. Festschrift für Prof. Georg Stadtmüller. München 1975, S. 7–16.
Peschanel, Freimut: Das Zentralorgan der DSAP, in: Sudetenjahrbuch 26 (1977), S. 84–86.
Petzina, Dieter: Autarkiepolitik im Dritten Reich – Der nationalsozialistische Vierjahresplan. Stuttgart 1968.
Ders.: Von der Konfrontation zur Integration. Die Schwerindustre in den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen, in: Hüttenberger, Peter/Molitor, Hansgeorg (Hg.): Deutsche und Franzosen am Rhein: 1789–1918–1945. Essen 1989, S. 161–182.
Petzold, Joachim: Wegbereiter des Faschismus. Die Jungkonservativen in der Weimarer Republik. Köln ²1983.
Pichler, Johannes Hanns: Othmar Spann oder Die Welt als Ganzes. Wien 1988.
Piel, Dieter: Die außenpolitische Rolle der Wirtschaftsverbände, in: Schwarz, Hans Peter (Hg.): Handbuch der deutschen Außenpolitik. München 1975, S. 207–215.
Pinder, John: Federal Union 1939–1941, in: Lipgens, Walter (Hg.): Documents on the History of European Integration. Bd. 2. Berlin 1986, S. 26–155.
Piontkowitz, Heribert: Anfänge westdeutscher Außenpolitik 1946–1949. Das Deutsche Büro für Friedensfragen. Stuttgart 1978.
Piskol, Joachim: Zur Entwicklung der außenpolitischen Nachkriegskonzeption der deutschen Monopolbourgeoisie 1943 bis 1945, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte II (1969), S. 329–345.
Ders.: Konzeptionelle Pläne und Maßnahmen der deutschen Monopolbourgeoisie für den Übergang vom imperialistischen Krieg zum imperialistischen Frieden und zur Rettung ihrer Machtgrundlagen aus der faschistischen Niederlage (1943–1945). Phil. Diss. Berlin (Ost) 1972.
Plaschka, Richard G./Haselsteiner, Horst/Suppan, Arnold/Drabek, Anna M./Zaar, Brigitta (Hg.): Mitteleuropa-Konzeptionen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Wien 1995.
Ders. (Hg.): Mitteleuropa. Idee, Wissenschaft und Kultur im 19. und 20. Jahrhundert. Beiträge aus österreichischer und ungarischer Sicht. Wien 1997.
Plichta, Vanessa (jetzt: Conze): „... ein Bollwerk christlicher Kultur gegen heidnisches Chaos". Unveröffentlichtes Manuskript. Tübingen/Aix-en-provence 1997.
Dies. (jetzt: Conze)/Müller, Guido: Zwischen Rhein und Donau. Abendländisches Denken zwischen deutsch-französischen Verständigungsinitiativen und konservativ-katholischen Integrationsmodellen 1923–1957, in: Journal of European Integration History, 5 (1999), Heft 2, S. 17–47.
Dies. (jetzt: Conze): „Eine Erneuerung des Abendlandes wird eine Erneuerung des Reiches sein". Europaideen in der Zeitschrift „Neues Abendland" (1946–1958), in: Grunewald, Michel/Bock, Hans Manfred: Der Europadiskurs in den deutschen Zeitschriften (1945–1955). Bern u. a. 2001, S. 319–343.

Dies. (jetzt: Conze): Reich – Europa – Abendland, in: Im Sog des Westens. Sonderheft der Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 154 (2001), S. 60–69.

Plumpe, Gottfried: Ansätze zur Zusammenarbeit der deutschen und französischen Chemieindustrie vor und nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Cohen, Yves/Manfrass, Klaus (Hg.): Frankreich und Deutschland. Forschung, Technologie und industrielle Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. München 1990, S. 224–233.

Plumpe, Werner: Vom Plan zum Markt. Wirtschaftsverwaltung und Unternehmerverbände in der britischen Zone. Düsseldorf 1987.

Ders.: Politische Zäsur und funktionale Kontinuität: Industrielle Nachkriegsplanungen und der Übergang zur Friedenswirtschaft 1944–1946, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 7 (1992), Heft 4, S. 11–37.

Pohl, Karl Heinrich: Weimars Wirtschaft und die Außenpolitik der Republik 1924–1926. Vom Dawes-Plan zum Internationalen Eisenpakt. Düsseldorf 1979.

Poidevin, Raymond: Vers une relance des relations économique franco-allemandes en 1938–1939, in: Hildebrand, Klaus/Werner, Karl Ferdinand (Hg.): Deutschland und Frankreich 1936–1939. 15. deutsch-französisches Historikerkolloquium des DHI Paris. München 1981, S. 351–363.

Pommerin, Reiner: Das nationalsozialistische Deutschland und Lateinamerika 1933–1945, in: Deutsche in Lateinamerika – Lateinamerika in Deutschland. Eichstätt 1995, S. 1–9.

Pons, Marco: La pensée et l'action de Coudenhove-Kalergi. Bd. 1: L'idée pacifiste source première de l'œuvre du fondateur de l'union paneuropéenne 1914–1926. Lausanne 1979.

Pöpping, Dagmar: Abendland. Konservative Utopie und konfessionelle Erneuerung in Deutschland (1914–1945). Phil. Diss. Unveröffentlichtes Manuskript. Bochum 2000.

Posselt, Martin: Richard Coudenhove-Kalergi und die Europäische Parlamentarier-Union. Die Parlamentarische Bewegung für eine „europäische Konstituante" (1946–1952), Inaugural-Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades. Graz 1987.

Ders.: La pensée et l'action de Richard Coudenhove-Kalergi (1950–1957). Genf 1991.

Ders.: Die Paneuropa-Idee des Grafen Richard Coudenhove-Kalergi, in: Annals of the Lothian Foundation 1 (1992), S. 221–234.

Ders.: „Ich bin seit dem Zusammenbruch meines österreichisch-ungarischen Vaterlandes ein überzeugter europäischer Patriot." Richard Coudenhove-Kalergi, Paneuropa und Österreich 1940–1950, in: Gehler, Michael/Steininger, Rolf (Hg.): Österreich und die europäische Integration 1945–1993. Aspekte einer wechselvollen Entwicklung. Wien u.a.1993, S. 367–404.

Ders.: Die deutsch-französischen Beziehungen und der Briand-Plan im Spiegel der Zeitschrift Paneuropa, 1927–1930, in: Fleury, Antoine/Jílek, Lubor (Hg.): Le Plan Briand d'Union fédérale européenne, Perspectives nationales et transnationales, avec documents. Actes du colloque international tenu à Genève du 19 au 21 sept. 1991. Bern u.a. 1998, S. 31–51.

Prophetien wider das Dritte Reich. Aus den Schriften des Dr. Fritz Gerlich und des Paters Ingert Naab O.F.M.CAP. Gesammelt von Dr. Johannes Steiner. München 1946.

Prümm, Karl: Walter Dirks und Eugen Kogon als katholische Publizisten der Weimarer Republik. Heidelberg 1984.

Pütter, Conrad: Deutsche Emigranten und britische Propaganda. Zur Tätigkeit deutscher Emigranten bei britischen Geheimsendern, in: Hirschfeld, Gerhard (Hg.): Exil in Großbritannien. Zur Emigration aus dem nationalsozialistischen Deutschland. Stuttgart 1983, S. 106–137.

Ders.: Rundfunk gegen das „Dritte Reich". Deutschsprachige Rundfunkaktivitäten im Exil 1933–1945. München u.a. 1986.

Raby, David L.: Fascism and Resistance in Portugal. Communists, Liberals and Military Dissidents in the Opposition to Salazar 1914–1971. Manchester 1988.

Raithel, Roland: Wirtschaft und Außenpolitik. Der Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. als Faktor im außenpolitischen Entscheidungsprozeß der Bundesrepublik Deutschland. Diss. Nürnberg-Erlangen 1984.

Ranelagh, John: The Agency. The Rise and Fall of the CIA. New York 1986.
Raphael, Lutz: Radikales Ordnungsdenken und die Organisation totalitärer Herrschaft. Weltanschauungseliten und Humanwissenschaftler im NS-Regime, in: GG 27 (2001), S. 5–40.
Rauch, Andreas Martin: Katholische Kirche und Europäische Einigung. Grundlagen, Entwicklungen und Probleme des katholischen Beitrages für ein geeintes Europa 1946–1986. Phil. Diss. Bonn 1986.
Réau, Elisabeth du: L'idée d'Europe au XXe siècle. Des mythes aux réalités. Paris 1996.
Reffet, Michel (Hg.): L'Autriche et l'idée d'Europe. Actes du 29e Congrès de l'AGES, Dijon 10./11. 5. 1996. Dijon 1997.
Reichart, Thomas: Bausteine der Wirtschaftsgeographie. Eine Einführung. Bern u.a. 1999.
Reimus, Klaus: „Das Reich muß uns doch bleiben!" Die nationale Rechte, in: Lehnert, Detlef/Megerle, Klaus (Hg.): Politische Identität und nationale Gedenktage. Zur politischen Kultur in der Weimarer Republik. Opladen 1989, S. 231–253.
Repgen, Konrad: Die Erfahrung des Dritten Reiches und das Selbstverständnis der deutschen Katholiken nach 1945, in: Conzemius, Victor/Greschat, Martin/Kocher, Herrmann (Hg.): Die Zeit nach 1945 als Thema kirchlicher Zeitgeschichte. Göttingen 1988, S. 127–179.
Rhenisch, Thomas: Europäische Integration und industrielles Interesse. Die deutsche Industrie und die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Stuttgart 1999.
Rider, Jacques le: La Mitteleuropa. Paris 1994.
Rieber, Arnulf: Vom Positivismus zum Universalismus. Untersuchungen zur Entwicklung und Kritik des Ganzheitsbegriffs von Othmar Spann. Berlin 1971.
Riemeck, Renate: Mitteleuropa. Bilanz eines Jahrhunderts. Freiburg im Br. o.J.
Riesenberger, Dieter: Die katholische Friedensbewegung in der Weimarer Republik. Düsseldorf 1976.
Riklin, Alois/Batlinger, Gerard (Hg.): Subsidiarität. Ein interdisziplinäres Symposium des Liechtenstein-Institutes (23.–25. 9. 1993). Baden-Baden 1993.
Rill, Bernd: Gemeinsames Haus Europa – Anmerkungen zu einem Schlagwort, in: Politische Studien 38 (1988), S. 546–554.
Rill, Robert/Zellenberg, Ulrich (Hg.): Konservativismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute. Graz u.a. 1999.
Rink, Hans: Ildefons Herwegen (1847–1946), in: Morsey, Rudolf (Hg.): Zeitgeschichte in Lebensbildern. Aus dem deutschen Katholizismus des 20. Jahrhunderts. Bd. 2. Mainz 1975, S. 64–74.
Rinke, Stefan H.: Der letzte freie Kontinent. Deutsche Lateinamerikapolitik im Zeichen transnationaler Beziehungen 1919–1933. 2 Bde. Stuttgart 1995.
Rinser, Luise: Die Wahrheit über Konnersreuth. Ein Bericht. Einsiedeln u.a. 1954.
Roemheld, Lutz: Integraler Föderalismus. Modell für Europa. Ein Weg zur personalen Gruppengesellschaft. 2 Bde. München 1977 und 1978.
Rogosch, Detlef: Vorstellungen von Europa: Europabilder in der SPD und bei den belgischen Sozialisten 1945–1957. Hamburg 1996.
Röder, Werner: Die deutschen sozialistischen Exilgruppen in Großbritannien 1940–1945. Bonn ^{2}1973.
Ders./Strauss, Herbert A. (Hg.): Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933. Band 1: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben. München u.a. 1980.
Röhr, Werner/Berlekamp, Brigitte (Hg.): „Neuordnung Europas". Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus und Weltkriegsforschung 1992–1996. Berlin 1997.
Rössler, Mechthild: „Wissenschaft und Lebensraum". Geographische Ostforschung im Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Disziplingeschichte der Geographie. Berlin u.a. 1990.
Roth, Karl Heinz: Rezension von Oberkrome, Volksgeschichte, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 9 (1994), S. 129–136.
Ders.: Die wirtschaftspolitischen Nachkriegsplanungen des deutschen Faschismus. Forschungsbilanz und offene Fragen, in: Röhr, Werner/Berlekamp, Brigitte (Hg.): „Neuord-

nung Europas". Vorträge vor der Berliner Gesellschaft für Faschismus und Weltkriegsforschung 1992–1996. Berlin 1997, S. 179–195.
Ders.: „Neuordnung" und wirtschaftliche Nachkriegsplanungen, in: Eichholtz, Dietrich (Hg.): Krieg und Wirtschaft. Studien zur europäischen Wirtschaftsgeschichte 1939–1945. Berlin 1999, S. 195–219.
Rougemont, Denis: Europa. Vom Mythos zur Wirklichkeit. München 1962.
Roy, Christian: Alexandre Marc et la Jeune Europe 1904–1934: L'Ordre Nouveau aux origines du personnalisme. Thèse. Montréal 1993.
Ruhl, Klaus-Jörg: Spanien im Zweiten Weltkrieg. Franco, die Falange und das „Dritte Reich". Hamburg 1975.
Runge, Gerlinde: Politische Identität und nationale Geschichte. Wirkungsabsichten liberaler Exilpublizistik in Großbritannien 1938 bis 1945, in: Briegel, Manfred/Frühwald, Wolfgang (Hg.): Die Erfahrung der Fremde. Kolloquium des Schwerpunktprogramms „Exilforschung" der DFG. Weinheim u.a. 1988, S. 87–120.
Rupieper, Hermann-Josef: Der besetzte Verbündete. Die amerikanische Deutschlandpolitik 1949–1955. Opladen 1991.
Ders.: Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag 1945–1952. Opladen 1993.
Ruppert, Christel: Die Europa-Union Deutschland. Organisation und Tätigkeit eines Europa-Verbandes. Heidelberg 1960.
Ruster, Thomas: Die verlorene Nützlichkeit der Religion. Katholizismus und Moderne in der Weimarer Republik. Paderborn 1994.
Sal. Oppenheim Jr. & Cie. (Hg.): Sal. Oppenheim Jr. & Cie. Geschichte einer Bank und einer Familie. Köln 1998.
Salewski, Michael: Ideas of the National Socialist Government and Party, in: Lipgens, Walter (Hg.): Documents on the History of European Integration. Bd. 1. Berlin u.a. 1984, S. 37–178.
Ders.: Europa: Idee und Wirklichkeit in der nationalsozialistischen Weltanschauung und politischen Praxis, in: Franz, Otmar (Hg.): Europas Mitte. Göttingen u.a. 1987, S. 85–106.
Ders.: Geschichte Europas. Staaten und Nationen von der Antike bis zur Gegenwart. München 2000.
Sänger, Rolf: Portugals langer Weg nach Europa. Die Entwicklung von einem autoritär-korporativen Regime zu einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie. Frankfurt am Main 1994.
Sator, Klaus: Anpassung ohne Erfolg. Die Sudetendeutsche Arbeiterbewegung und der Aufstieg Hitlers und Henleins 1930–1938. Darmstadt 1996.
Sauer, Thomas: Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellungen und Tätigkeit des Kronberger Kreises. München 1999.
Saunders, Frances Stonor: Who Paid the Piper? The CIA and the Cultural Cold War. London 1999.
Schewick, Bernhard von: Die katholische Kirche und die Entstehung von Verfassungen in Westdeutschland 1945–1950. Mainz 1981.
Schildt, Axel: Deutschlands Platz in einem „christlichen Abendland". Konservative Publizisten aus dem Tat-Kreis in der Kriegs- und Nachkriegszeit, in: Koebner, Thomas/Sautermeister, Gert/Schneider, Sigrid (Hg.): Deutschland nach Hitler. Zukunftspläne im Exil und aus der Besatzungszeit. Opladen 1987, S. 344–369.
Ders.: Reise zurück aus der Zukunft. Beiträge von intellektuellen USA-Remigranten zur atlantischen Allianz, zum westdeutschen Amerikabild und zur Amerikanisierung in den fünfziger Jahren, in: Exilforschung 9 (1991), S. 25–45.
Ders.: Moderne Zeiten. Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist" in der Bundesrepublik der fünfziger Jahre. Hamburg 1995.
Ders./Sywottek, Arnold (Hg.): Modernisierung im Wiederaufbau: die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Bonn 1998.

Ders.: Konservatismus in Deutschland. Von den Anfängen im 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart. München 1998.
Ders.: Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik. Frankfurt am Main 1999.
Ders.: Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre. München 1999.
Ders.: Eine Ideologie im Kalten Krieg. Ambivalenzen der abendländischen Gedankenwelt im ersten Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Kühne, Thomas (Hg.): Von der Kriegskultur zur Friedenskultur? Zum Mentalitätswandel in Deutschland seit 1945. Hamburg 2000, S. 49–63.
Ders.: Ökumene wider den Liberalismus. Zum politischen Engagement konservativer protestantischer Theologen im Umkreis der Abendländischen Akademie nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Sauer, Thomas (Hg.): Katholiken und Protestanten in den Aufbaujahren der Bundesrepublik. Stuttgart u. a. 2000, S. 187–205.
Ders./Siegrist, Detlef/Lammers, Karl Christian (Hg.): Dynamische Zeiten. Die sechziger Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften. Hamburg 2000.
Ders.: Max Brauer. Hamburg 2002.
Schirmann, Sylvain: Les relations économiques et financières franco-allemandes 24 décembre 1932–1er septembre 1939. Paris 1995
Schlarp, Karl-Heinz: Wirtschaft und Besatzung in Serbien 1941–1944. Ein Beitrag zur nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik in Südosteuropa. Stuttgart 1986.
Schmale, Wolfgang: Europäische Geschichte als historische Disziplin. Überlegungen zu einer „Europäistik", in: ZfG 46 (1998), S. 389–405.
Ders.: Geschichte Europas. Köln u. a. 2000.
Schmidt, H. D.: The Establishment of „Europe" as a Political Expression, in: Historical Journal 9 (1966), S. 172–178.
Schmidt, Wolfgang: Vom Feind zum Partner. Amerikanische Deutschlandpolitik von 1944 bis 1949. Bonn 1996.
Ders.: Kalter Krieg, Koexistenz und kleine Schritte. Willy Brandt und die Deutschlandpolitik 1948–1963. Wiesbaden 2001.
Schmitt, Horst: Politikwissenschaft und freiheitliche Demokratie. Eine Studie zum „politischen Forschungsprogramm" der „Freiburger Schule" 1954–1970. Baden-Baden 1995.
Schmitz, Gerold: Die katholische Jugendbewegung. Von den Anfängen bis zu den Neuaufbrüchen. Stein am Rhein 1997.
Schmoeckel, Mathias: Die Großraumtheorie: Ein Beitrag zur Geschichte der Völkerrechtswissenschaft im Dritten Reich, insbesondere der Kriegszeit. Berlin 1994.
Schneider, Heinrich: Leitbilder der Europapolitik. Bd. 1: Der Weg zur Integration. Bonn 1977.
Schneider, Werner: Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik, 1924–1930. München 1978.
Schneller, Martin: Zwischen Romantik und Faschismus. Der Beitrag Othmar Spanns zum Konservatismus der Weimarer Republik. Stuttgart 1970.
Schnorr, Stefan Georg: Liberalismus zwischen 19. und 20. Jahrhundert. Reformierung liberaler politischer Theorie in Deutschland und England am Beispiel von Friedrich Naumann und Leonhard T. Hobhouse. Baden-Baden 1990.
Schoering, Jürgen Hans: „Moralische Aufrüstung und Westeuropäische Politik bis 1954, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 1 (1976), S. 65–100
Schöndube, Claus: Ein Leben für Europa. Richard Graf Coudenhove-Kalergi, in: Jansen, Thomas/Mahncke, Dieter (Hg.): Persönlichkeiten der Europäischen Integration. Vierzehn biographische Essays. Bonn 1981, S. 27–70.
Schönwälder, Karen: Historiker und Politik. Geschichtswissenschaft im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 1992.
Schöttler, Peter: Le Rhin comme enjeu historiographique dans l'entre-deux-guerres, in: Genèse 14 (1994), S. 63–82.

Ders.: Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945. Einleitende Bemerkungen, in: Schöttler, Peter (Hg.): Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft 1918–1945. Frankfurt am Main 1997, S. 7–30.

Schöttler, Peter (Hg.): Geschichtswissenschaft als Legitimationswissenschaft 1918–1945. Frankfurt am Main 1997.

Schrenck-Notzing, Caspar v. (Hg.): Lexikon des Konservatismus. Stuttgart 1996.

Schröder, Hans-Jürgen: Der Aufbau der deutschen Hegemonialstellung in Südosteuropa 1933–1936, in: Funke, Manfred (Hg.): Hitler, Deutschland und die Mächte. Düsseldorf 1976, S. 757–773.

Ders.: Deutsche Südosteuropapolitik 1929–1936. Zur Kontinuität deutscher Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise, in: GG 2 (1976), S. 5–32.

Ders.: Deutsch-französische Wirtschaftsbeziehungen 1936–1939, in: Hildebrand, Klaus/Werner, Karl Ferdinand (Hg.): Deutschland und Frankreich 1936–1939. 15. deutsch-französisches Historikerkolloquium des DHI Paris. München 1981, S. 387–407.

Ders.: Marshall-Plan, amerikanische Deutschlandpolitik und europäische Integration, in: APuZ B 18/87, S. 3–17.

Schröder, Holger: Jean Monnet und die amerikanische Unterstützung für die europäische Integration. Baden-Baden 1994.

Schröder, Karsten: Die FDP in der britischen Besatzungszone 1946–1948. Ein Beitrag zur Organisationsstruktur der Liberalen im Nachkriegsdeutschland. Düsseldorf 1985.

Schroeder, Oskar: Aufbruch und Mißverständnis. Geschichte der reformkatholischen Bewegung. Graz u.a. 1969.

Schroeder, Paul W.: Economic Integration and the European International System in the Era of World War I, in: AHR 98 (1993), S. 1130–1137.

Schröter, Harm G.: Kartellierung und Dekartellierung 1890–1990, in: VSWG 81 (1994), S. 457–493.

Ders.: Kartelle als Versuch der Krisenbewältigung, in: Henning, Friedrich-Wilhelm (Hg.): Krisen und Krisenbewältigung vom 19. Jahrhundert bis heute. Frankfurt am Main 1998, S. 161–187.

Schröter, Verena: Die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt 1929–1933. Frankfurt am Main 1984.

Schulin, Ernst (Hg.): Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1965). München 1989.

Schulz, Gerhard: Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik. Bd. 1: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919–1930. Berlin u.a. 1987.

Schulze, Hagen: Die Wiederkehr Europas. Berlin 1990.

Ders.: Europa als historische Idee, in: Stegmaier, Werner (Hg.): Europa-Philosophie. Berlin/New York 2000, S. 1–13.

Schulze, Winfried: Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945. München 1993.

Ders.: Von der „europäischen Geschichte" zum „Europäischen Geschichtsbuch", in: GWU 44 (1993), S. 402–409.

Ders./Helm, Gerd/Ott, Thomas: Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Beobachtungen und Überlegungen zu einer Debatte, in: Schulze, Winfried/Oexle, Otto Gerhard (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 1999, S. 11–48.

Ders./Oexle, Otto G. (Hg.): Deutsche Historiker im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 1999.

Schumacher, Nestor: Der Wortschatz der Europäischen Union. Eine onomasiologische Untersuchung des sogenannten „europäischen Sprachgebrauchs" im politischen und institutionellen Bereich. Düsseldorf 1976.

Schumann, Wolfgang/Bednareck, Horst: Die faschistische „Neuordnung" Europas, in: Winzer, Otto (Hg.): Deutsche Außenpolitik des Friedens und des Sozialismus. Berlin (Ost) 1969, S. 968–974.

Ders.: Die faschistische „Neuordnung" Europas nach den Plänen des deutschen Monopolka-

pitals. Programme der Metallindustrie, des Metallerz- und des Kohlenbergbaus im Jahre 1940, in: ZfG 19 (1971), S. 123–138.
Ders.: Neue Dokumente der Reichsgruppe Industrie zur „Neuordnung" Europas, in: Jahrbuch für Geschichte 5 (1971), S. 397–438.
Ders.: Nachkriegsplanungen der Reichsgruppe Industrie im Herbst 1944. Eine Dokumentation, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, S. 259–296.
Ders.: Die wirtschaftspolitische Überlebensstrategie des deutschen Imperialismus in der Endphase des Zweiten Weltkrieges, in: ZfG 27 (1979), S. 499–513.
Ders.: Politische Aspekte der Nachkriegsplanungen des faschistischen deutschen Imperialismus in der Endphase des Zweiten Weltkrieges, in: ZfG 27 (1979), S. 395–408.
Ders.: Probleme der deutschen Außenwirtschaft und einer „Europäischen Wirtschaftsplanung" 1943/44, in: Studia Historiae Oeconomicae 14 (1979), S. 141–160.
Schütt, Siegfried: Theodor Oberländer. Eine dokumentarische Untersuchung. München 1995.
Schwabe, Klaus: Die Anfänge des Schuman-Plans 1950/51. Baden-Baden u.a. 1988.
Schwan, Gesine: Europa als Dritte Kraft, in: Haungs, Peter (Hg.): Europäisierung Europas? Baden-Baden 1989, S. 13–41.
Schwarz, Hans-Peter: Die Ära Adenauer. Gründerjahre der Republik 1949–1957. Stuttgart/Wiesbaden 1981.
Ders.: Die europäische Integration als Aufgabe der Zeitgeschichtsforschung. Forschungsstand und Perspektiven, in: VfZ 31 (1981), S. 555–572.
Ders.: Die fünfziger Jahre als Epochengrenze, in: Heideking, Jürgen/Hufnagel, Gerhard/Knipping, Franz (Hg.): Wege in die Zeitgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von G. Schulz. Berlin 1989, S. 473–496.
Ders.: Vom Reich zur Bundesrepublik. Deutschland im Widerstreit der außenpolitischen Konzeptionen in den Jahren der Besatzungsherrschaft 1945–1949. Stuttgart [2]1980.
Ders.: Adenauer. Der Aufstieg: 1876–1952. Stuttgart 1986.
Schwarz, Jürgen: Anti-Europäer oder Realist? Charles de Gaulle, in: Jansen, Thomas/Mahncke, Dieter (Hg.): Persönlichkeiten der europäischen Integration. Bonn 1981, S. 149–183.
Schwarz, Peter: Österreichs politische Exilorganisationen, in: Krohn, Claus-Dieter/von zur Mühlen, Patrik/Paul, Gerhard/Winckler, Lutz (Hg.): Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945. Darmstadt u.a. 1998, Sp. 519–543.
Ders.: Österreich nach Hitler. Neuordnungspläne im österreichischen Exil, in: Krohn, Claus-Dieter/von zur Mühlen, Patrik/Paul, Gerhard/Winckler, Lutz (Hg.): Handbuch der deutschsprachigen Emigration 1933–1945. Darmstadt 1998 u.a., Sp. 660–678.
See, Klaus von: Die Ideen von 1789 und die Ideen von 1914. Völkisches Denken in Deutschland zwischen Französischer Revolution und Erstem Weltkrieg. Frankfurt am Main 1975.
Selzam, Joachim: Monarchistische Strömungen in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1989. Diss. Nürnberg-Erlangen 1994.
Sieferle, Rolf-Peter: Die Konservative Revolution. Frankfurt am Main 1995.
Siegfried, Klaus-Jörg: Universalismus und Faschismus. Das Gesellschaftsbild Othmar Spanns. Wien 1974.
Smelser, Ronald M.: Das Sudetenproblem und das Dritte Reich (1933–1938). Von der Volkstumspolitik zur nationalsozialistischen Außenpolitik. München 1980.
Solchany, Jean: Vom Antimodernismus zum Antitotalitarismus. Konservative Interpretationen des Nationalsozialismus in Deutschland, in: VfZ 44 (1996), S. 373–394.
Sontheimer, Kurt: Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München 1968.
Soutou, Georges: Der Einfluß der Schwerindustrie auf die Gestaltung der Frankreichpolitik Deutschlands 1919–1921, in: Mommsen, Hans/Petzina, Dietmar/Weisbrod, Bernd (Hg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Bd. 2. Düsseldorf 1974, S. 543–552.

Ders.: L'or et le sang. Les buts de guerre économique de la Première Guerre mondiale. Paris 1989.
Später, Jörg: Die Anklage einer Nation. Lord Vansittart, der Vansittartismus und die Deutsche Frage. Göttingen 2003.
Spiller, Jörg-Otto: Reformismus nach rechts. Zur Politik des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in den Jahren 1927–1930 am Beispiel der Reparationspolitik, in: Mommsen, Hans/Petzina, Dietmar/Weisbrod, Bernd (Hg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Bd. 2. Düsseldorf 1974, S. 593–603.
Spoerer, Marc: Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom. Die Eigenkapitalrentabilität der deutschen Industrieaktiengesellschaften 1925–1941. Stuttgart 1996.
Staffelbach, Thomas: Die Europa-Union 1945–1949, in: Studien und Quellen 18. Hg. vom Schweizerischen Bundesarchiv. Bern 1992, S. 159–225.
Stegmann, Dirk: Deutsche Zoll- und Handelspolitik 1924/25–1929 unter besonderer Berücksichtigung agrarischer und industrieller Interessen, in: Mommsen, Hans/Petzina, Dieter/Weisbrod, Bernd (Hg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Bd. 2. Düsseldorf 1974, S. 499–513.
Ders.: „Mitteleuropa" 1925–1934: Zum Problem der Kontinuität deutscher Außenhandelspolitik von Stresemann bis Hitler, in: Ders./Wendt, Bernd-Jürgen/Witt, Peter-Christian (Hg.): Industrielle Gesellschaft und Politisches System. Beiträge zur politischen Sozialgeschichte. Bonn 1978, S. 203–221.
Stehkämper, Hugo: Benedikt Schmittmann (1872–1939), in: Janssen, Wilhelm (Hg.): Rheinische Lebensbilder. Bd. 10. Köln 1985, S. 199–221.
Steiner, Johannes: Therese Neumann von Konnersreuth. Ein Lebensbild nach authentischen Berichten, Tagebüchern und Dokumenten. München 1963.
Steininger, Rolf/Badstübner, Rolf (Hg.): Die doppelte Eindämmung. Europäische Sicherheit und deutsche Frage in den Fünfzigern. München 1993.
Stern, Leo: Die klerikal-imperialistische Abendland-Ideologie, in: Streisand, Joachim (Hg.): Studien über die deutsche Geschichtswissenschaft. Bd. 2. Berlin (Ost) 1965, S. 400–423.
Stillemunkes, Christoph: The Discussion on European Unity in the German Occupation Zones, in: Lipgens, Walter (Hg.): Documents on the History of European Integration. Bd. 3. Berlin 1988, S. 441–565.
Stirk, Peter (Hg.): European Unity in Context: The Interwar Period. London u.a. 1989.
Ders. (Hg.): Making the New Europe. European Unity and the Second World War. London u.a. 1990.
Ders. (Hg.): Mitteleuropa. History and Prospects. Edinburgh 1994.
Ders.: A History of European Integration since 1914. London u.a. 1996.
Stokes, Raymond G.: Divide and Prosper. The Heirs for I.G.Farben under Allied Authority 1945–1951. Berkeley u.a. 1988.
Stölken-Fitschen, Ilona: Atombombe und Geistesgeschichte. Eine Studie der fünfziger Jahre aus deutscher Sicht. Baden-Baden 1995.
Stolleis, Michael: Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland. Bd. 3: Staats- und Verwaltungswissenschaften in Republik und Diktatur, 1914–1945. München 1993.
Ders.: Recht im Unrecht. Studien zur Rechtsgeschichte des Nationalsozialismus. Frankfurt am Main 1994.
Stone, Harry: Writing in the shadow: resistance publications in occupied Europe. London 1996.
Strickmann, Martin: Benedikt Schmittmann (1872–1939) als rheinischer Föderalist zwischen antihegemonialen Reichsneugliederungsinitiativen und sozialethischen Demokratie-Idealen, in: Geschichte im Westen 17 (2002), S. 124–139.
Strikwerda, Carl: Response to „Economic Integration and the European International System in the Era of World War I", in: AHR 98 (1993), S. 1138–1142.
Ders.: The Troubled Origins of European Economic Integration: International Iron and Steel and Labour Migration in the Era of World War I, in: AHR 98 (1993), S. 1106–1129.

Struve, Walter: Elites against democracy: Leadership ideals in bourgeois thought in Germany, 1890–1933. Princeton 1973.
Stürmer, Michael/Teichmann, Gabriele/Treue, Wilhelm: Wägen und Wagen. Sal. Oppenheim jr.&Cie. Geschichte einer Bank und einer Familie. München 1989.
Sutor, Bernhard: Politische Ethik. Gesamtdarstellung auf der Basis der christlichen Gesellschaftslehre. Paderborn u. a. 1991.
Tancsits, Claudian: Katholischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Österreich, in: Rill, Robert/Zellenberg, Ulrich (Hg.): Konservatismus in Österreich. Strömungen, Ideen, Personen und Vereinigungen von den Anfängen bis heute. Graz u. a. 1999, S. 255–272.
Teichert, Eckart: Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930–1939. Außenwirtschaftliche Konzeptionen zwischen Wirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg. München 1984.
Theiner, Peter: Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik. Friedrich Naumann im wilhelminischen Deutschland (1860–1919). Baden-Baden 1983.
Théry, Franck: Construire l'Europe dans les années vingt. L'action de l'Union paneuropéenne sur la scène franco-allemande, 1924–1932. Genf 1998.
Timmermann, Heiner (Hg.): Die Idee Europa in Geschichte, Politik und Wirtschaft. Berlin 1998.
Treue, Wilhelm: Der Privatbankier an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Dem Privatbankier Friedrich Carl von Oppenheim vom 70. Geburtstag, in: Tradition 15 (1970), S. 225–238.
Ders.: Das Schicksal des Bankhauses Sal. Oppenheim Jr. & Cie. und seiner Inhaber im Dritten Reich. Wiesbaden 1983.
Ders.: Einige Kapitel aus der Geschichte der Kölner Bankiersfamilie Oppenheim, in: Bohnke-Kollwitz, Jutta (Hg.): Köln und das rheinische Judentum. Festschrift Germania Judaica 1959–1984. Köln 1984, S. 141–158.
Ders.: Robert Pferdmenges (1880–1962), in: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien. Bd. 13. Münster 1986, S. 203–222.
Tudyka, Kurt P.: Gesellschaftliche Interessen und auswärtige Beziehungen. Materialien zur Außenwirtschaftspolitik der Ära Adenauer. Nijmegen 1978.
Tussing, Werner: Die Internationalen Eisen- und Stahlkartelle. Ihre Entstehung, Entwicklung und Bedeutung zwischen den beiden Weltkriegen. Soz. Diss. Köln 1970.
Uhlig, Ralph: Internationalismus in den zwanziger Jahren. Die Interparlamentarische Union, in: Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft 4 (1991), S. 89–100.
Vasari, Emilio: Dr. Otto von Habsburg oder die Leidenschaft für Politik. Wien 1972.
Ders.: Ein Kämpfer für Europa. Otto von Habsburg im Europa-Parlament. München 1982.
Vierhaus, Rudolf/Brocke, Bernhard vom (Hg.): Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft. Geschichte und Struktur der Kaiser-Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft. Stuttgart 1990.
Vogt, Martin: Die Haltung der deutschen Parteien gegenüber dem französisch besetzten Rheinland und Frankreich in den Jahren der Weimarer Republik, in: Koops, Tilman Vogt, Martin (Hg.): Das Rheinland in zwei Nachkriegszeiten. Koblenz 1995, S. 39–55.
Vogt, Rüdiger: Die Karriere Europas. Vom Eigennamen zum politischen Schlagwort, in: Böke, Karin/Liedtke, Frank/Wengele, Martin (Hg.): Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik. Opladen 1991, S. 276–294.
Vogtmeier, Andreas: Egon Bahr und die deutsche Frage: Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik von Kriegsende bis zur Vereinigung. Bonn 1996.
Voigt, Klaus: Die Genfer Föderalistentreffen im Frühjahr 1944, in: Risorgimento 1 (1980), S. 59–72.
Ders.: Ideas of German Exils on the Postwar Order in Europe, in: Lipgens, Walter (Hg.): Documents on the History of European Integration. Bd. 2. Berlin 1986, S. 555–628.
Ders. (Hg.): Friedenssicherung und europäische Einigung. Ideen des deutschen Exils 1939–1945. Frankfurt am Main 1988.

Volkmann, Hans-Erich: Autarkie, Großraumwirtschaft und Aggression. Zur ökonomischen Motivation der Besetzung Luxemburgs, Belgiens und der Niederlande 1940, in: MGM 1 (1976), S. 51–76.

Ders.: Das außenwirtschaftliche Programm der NSDAP 1930–1933, in: AfS 17 (1977), S. 251–274.

Ders. (Hg.): Das Rußlandbild im Dritten Reich. Köln 1994.

Ders.: Historiker im Banne der Vergangenheit. Volksgeschichte und Kulturbodenforschung zwischen Versailles und Kaltem Krieg. Versuch eines thematischen Aufrisses, in: ZfG 49 (2001), S. 5–12.

Vollnhals, Clemens: Oswald Spengler und der Nationalsozialismus. Das Dilemma eines konservativen Revolutionärs, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte XIII (1984), S. 262–303.

Vorholt, Udo: Die Sowjetunion im Urteil des sozialdemokratischen Exils. Eine Studie des Exilparteivorstandes der SPD, des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes, der Sozialistischen Arbeiterpartei und der Gruppe Neu Beginnen. Frankfurt am Main 1991.

Voss, Ingrid/Voss, Jürgen: Die Revue Rhénane als Instrument der französischen Kulturpolitik am Rhein, in: Archiv für Kulturgeschichte 64 (1982), S. 403–451.

Wachs, Philipp-Christian: Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte. Frankfurt am Main u. a. 2000.

Wadle, Elmar: Visionen vom „Reich". Streiflichter zur Deutschen Rechtsgeschichte zwischen 1933 und 1945, in: Rückert, Jürgen/Willoweit, Dieter (Hg.): Die deutsche Rechtsgeschichte in der NS-Zeit, ihre Vorgeschichte und ihre Nachwirkungen. Tübingen 1995, S. 241–299.

Wagner, Friedrich: Der österreichische Legitimismus 1918–1938, seine Politik und Publizistik. Phil. Diss. Wien 1956.

Walter, Rolf: Der Montanbereich in der Sicht von Nationalökonomen, in: Westermann, Ekkehard (Hg.): Vom Bergbau- zum Industrierevier. Stuttgart 1995, S. 453–479.

Warner, Isabel: Allied-German Negotiations on the Deconcentration for the West German Steel Industry, in: Turner, Ian D. (Hg.): Reconstruction in Post-War Germany. British Occupation Policy and the Western Zones 1945–1955. London 1989, S. 155–185.

Dies.: Steel and Sovereignity. The Deconcentration of the West German Steel Industry 1949–1954. Mainz 1996.

Waschkuhn, Arno: Was ist Subsidiarität? Ein sozialphilosophisches Ordnungsprinzip: Von Thomas von Aquin bis zur „Civil Society". Opladen 1995.

Webb, Carole: Europeanism and the European Movements, in: Kolinsky, Martin/Paterson William E. (Hg.): Social and Political Movements in Western Europe. London 1976, S. 304–330.

Webb, Steven D.: Cartels and Business Cycles in Germany, 1880 to 1914, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 138 (1982), S. 205–224.

Weber, Max: Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie. Bd. 1. Tübingen ^{7}1978.

Weber, Petra-Maria: Spanische Deutschlandpolitik 1945–1958. Saarbrücken 1992.

Weidenfeld, Werner: Konrad Adenauer und Europa. Die geistigen Grundlagen der westeuropäischen Integrationspolitik des ersten Bonner Bundeskanzlers. Bonn 1976.

Weimaer, Christian: „Mitteleuropa als politisches Ordnungskonzept? Darstellung und Analyse der historischen Ideen und Pläne sowie der aktuellen Diskussionsmodelle. Phil. Diss. Würzburg 1992.

Wein, Franziska: Deutschlands Strom – Frankreichs Grenze. Geschichte und Propaganda am Rhein 1919–1930. Essen 1992.

Weinberg, Gerhard L. (Hg.): Hitlers zweites Buch. Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Stuttgart 1961.

Weisbrod, Bernd: Zur Form schwerindustrieller Interessenvertretung in der zweiten Hälfte der Weimarer Republik, in: Mommsen, Hans/Petzina, Dietmar/Weisbrod, Bernd (Hg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Bd. 2. Düsseldorf 1974, S. 674–693.

Ders.: Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise. Wuppertal 1978.

Wendt, Bernd Jürgen: „Sonderweg" oder „Sonderbewußtsein"? Über eine Leitkategorie der deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, in: Ders. (Hg.): Vom schwierigen Zusammenwachsen der Deutschen. Nationale Identitäten und Nationalismus im 19. und 20. Jahrhundert. Frankfurt am Main u.a. 1992, S. 111–141.

Wengenroth, Ulrich: Partnerschaft oder Rivalität? Die Beziehungen zwischen der deutschen und der französischen Schwerindustrie vom späten 19. Jahrhundert bis zur Montanunion, in: Cohen, Yves/Manfrass, Klaus (Hg.): Frankreich und Deutschland. Forschung, Technologie und industrielle Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert. München 1990, S. 321–330.

White Ralph T.: The Europeanism of Coudenhove-Kalergi, in: Stirk, Peter (Hg.): European Unity in Context: The Interwar Period. London 1989, S. 23–40.

Wilkens, Andreas: Verständigung von Wirtschaft zu Wirtschaft. Interessenausgleich zwischen deutscher und französischer Industrie, in: Ders. (Hg.): Die deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1945–1960. Sigmaringen 1997, S. 189–223.

Wiltschegg, Walter: Die Heimwehr: Eine unwiderstehliche Volksbewegung. Wien 1985.

Winkler, Heinrich August: Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte. 2 Bde. München 2000.

Wixforth, Harald: Banken und Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Köln 1995.

Wolf, Ursula: Litteris et Patriae. Das Janusgesicht der Historie. Stuttgart 1996.

Würzeler, Werner: Großbritanniens Interesse an der Westeuropäischen Stahlverständigung und die Gründung der Rohstahlgemeinschaft. Bochum 1991.

Wurm, Clemens: Internationale Kartelle und Außenpolitik. Beiträge zur Zwischenkriegszeit. Stuttgart 1989.

Ziebura, Gilbert: Europaidee und Supranationalität in der westdeutschen Außenpolitik, in: Ders. (Hg.): Grundfragen der deutschen Außenpolitik seit 1871, Darmstadt 1975, S. 442–467.

Zipfel, Friedrich: Hitlers Konzept einer „Neuordnung" Europas, in: Aus Theorie und Praxis der Geschichtswissenschaft. Festschrift für Hans Herzfeld. Berlin 1972, S. 154–174.

Zunkel, Friedrich: Die Gewichtung der Industriegruppen bei der Etablierung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, in: Mommsen, Hans/Petzina, Dietmar/Weisbrod, Bernd (Hg.): Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik. Bd. 2. Düsseldorf 1974, S. 637–647.

Zurcher, Arnold: The Struggle to Unite Europe 1940–1958. New York 1958.

Personenregister

Abele, Theodor 31
Abs, Hermann Joseph 267, 328, 335, 376
Adenauer, Konrad 18, 153–155, 165, 169, 182–183, 185, 189, 191, 198–199, 270–271, 334, 357, 397–398
Andrae, Andreas 55
Aron, Raymond 293
Assmussen, Hans 12, 133
Atarjo, Alberto Martin 174, 182, 194
Aubin, Hermann 85–88

Bach, Otto 306
Bahr, Egon 370
Bauer, Hans 220–221
Berg, Fritz 331
Bergengruen, Werner 55, 57
Bergsträsser, Arnold 233, 335
Bethmann 323
Beutler, Wilhelm 14, 23, 266–267, 326, 329, 331–333, 335, 342, 346–347, 364
Birrenbach, Kurt 335, 364, 371
Blessing, Otto 306
Böhm, Franz 374
Böhm, Max Hildebert 49
Bormann, Martin 286
Brandt, Willy 367, 370–371
Brauer, Max 234, 328, 337, 339
Brentano, Heinrich von 12, 23, 160, 163–165, 167, 184, 191, 377
Briand, Aristide 18, 216
Brill, Hermann 231
Brugmans, Henri 293, 317, 342
Bruns, Viktor 93
Bücher, Hermann 272
Buchheim, Karl 133

Carstens, Karl 191
Churchill, Winston 108, 295
Coudenhove-Kalergi, Richard 15–16, 36–37, 65, 104, 109, 171, 197–199, 203, 210, 213–216, 219–220, 295, 297, 301, 327, 372–377, 388, 392

Dalma, Alfons 191
Deist, Heinrich 328, 335, 339
Ding-Schuler, Erwin 229
Dirks, Walter 319–320
Dohrn, Klaus 80, 228
Dölger, Franz 89
Dollfuß, Engelbert 65, 79, 104, 225, 227
Donovan, William J. 301

Ebel, Basilius 55
Eberle, Joseph 224
Erhard, Ludwig 377
Erler, Fritz 371
Escobar, José Ignacio (Marques de Valdeglesias) 174, 183, 190

Faupel, Wilhelm 93, 95–96, 179
Felmy, Helmut 89
Focke, Ernst-Günther 336
Focke, Katharina 371
Franco, Francisco 94–95, 98, 147, 179, 182, 183, 194, 196
Franz Ferdinand, Erzherzog von Österreich 101
Franz Joseph I., Kaiser von Österreich 72, 101
Franzel, Emil 12, 23, 61–62, 71–85, 89, 90, 101, 102, 106, 116, 127–130, 145, 156–157, 167, 189, 200, 228
Frenay, Henry 350
Friedländer, Ernst 14, 23, 233, 306, 324–326, 328, 335, 337, 339, 351, 357, 359–360, 369, 371, 373–374
Furler, Hans 191

Gasperi, Alcide de 18
Gaulle, Charles de 184, 188–191, 197, 199, 201, 360–363, 366–368, 370, 375, 377, 383, 390
Gaupp-Berghausen, Georg von 12, 133, 173–176, 183, 190–192, 196, 202–203
Gerlich, Fritz 70, 130
Gerstenmaier, Eugen 182, 200
Goppel, Alfons 200
Grau, Karl Friedrich 200, 204
Gumppenberg, Max von 306
Guttenberg, Karl Theodor Freiherr von und zu 200

Haberland, Ulrich 14, 266, 272, 328, 335
Habib-Deloncle, Michel 190
Habsburg, Otto von 12, 63, 80, 99–110, 145, 147, 171, 173, 175, 188, 201–203, 229, 388

Habsburg, Robert von 103, 108
Hagemann, Walter 55
Hagen, Louis 272
Heck, Bruno 200
Heer, Friedrich 200
Heile, Wilhelm 23, 210–219, 236, 248–249, 296–299, 389, 392
Heilmann, Wolfgang 133, 135
Henle, Günter 14, 23, 266, 269, 278, 281, 285–286, 328, 333–335, 338–339
Henlein, Konrad 74
Hermes, Wilhelm 298–300
Herriot, Edouard 295
Herwegen, Ildefons 53–55
Heubl, Franz 12, 189
Heydrich, Reinhard 82
Heydte, Friedrich August von der 12, 23, 55, 63–71, 89–90, 110, 133, 163, 167, 174
Hildebrand, Dietrich von 79
Hippel, Ernst von 12, 85, 91–92, 133
Hirsch, Hans 72
Hitler, Adolf 58, 78, 80–81, 83, 94, 217, 227–228, 268, 286
Höcherl, Hermann 200
Hugelmann, Karl 65
Hundhammer, Alois 12, 200
Hutchins, Florence 287
Hutter, Hans 169

Ibach, Helmut 55, 90, 130, 133
Ingrim, Robert (Pseudonym Franz Klein) 80, 100, 102–103, 106, 145

Jaeger, Richard 12, 156, 166, 174, 182–183, 189, 191, 200
Jaksch, Wenzel 75, 81
John, Robert 55
Josephy, Frances L. 244
Jung, Edgar J. 49, 54

Kaisen, Wilhelm 328
Karl I., Kaiser von Österreich 72, 101
Kasting, Wilhelm 299
Kelsen, Hans 64
Keudell, Walter von 23, 169
Kiesinger, Kurt Georg 183, 367, 371, 378
Kirnberger, Ferdinand 55
Klein, Franz siehe Robert Ingrim
Kleist, Ewald von 174, 189
Klöckner, Peter 266, 278, 285
Kluthe, Hans Albert (Pseudonym Wilhelm Westphal) 14, 23, 233, 235–249, 251, 253–257, 259–262, 264, 337, 340–341
Kogon, Eugen 14, 81, 158, 223–233, 256, 262, 264, 291, 299, 303, 305–307, 309, 312–321, 323–324, 326, 328, 340–343, 345
Kohary, Philipp Josia Prinz 228
Kopf, Hermann 191, 371
Kost, Heinrich 14, 266, 286, 328, 335, 338–339
Kraske, Konrad 191
Kroll, Gerhard 23, 73, 84, 129, 130–132, 165–166
Kuehnelt-Leddihn, Erik 100, 103, 146

Landmesser, Franz Xaver 53
Layton, Walter Sir 244
Leverkuehn, Paul 23, 324–325, 328
Löbe, Paul 262
Lücke, Paul 191
Lüders, Carl-Heinz 359

Majonica, Ernst 191–192
Marc, Alexandre 293
Mayer(-Pfannholz), Anton 55
Mayrisch, Emile 272
Mende, Erich 200
Merkatz, Hans-Joachim von 12, 22, 62, 92–99, 146, 156, 166, 174, 179, 181–183, 191–192, 198, 200–201, 203
Michelet, Edmond 190
Michels, Thomas 55, 133
Mommer, Karl 234, 370
Müller, Josef 231, 325
Münch, Franz Xaver 52

Naumann, Friedrich 44, 47, 211–213
Naumann, Johann Wilhelm 113, 129, 130
Neumann, Therese 70
Neurath, Konstantin von 217
Noack, Ulrich 140
Noë, François de la 174, 191–192
Nossig, Alfred 214

Oberländer, Theodor 12, 90
Oppenheim, Friedrich Carl von 14, 23, 231, 266 f., 270–271, 273, 286–290, 321, 325–329, 335, 339, 349, 357, 359, 370, 375–376
Oppenheim, Ruth von 290
Oppenheim, Simon Alfred von 287–288
Oppenheim, Waldemar von 288–290

Papen, Franz von 54, 225–226, 228
Pferdmenges, Robert 270–271, 273, 288–289, 335, 357, 359, 397
Pinsk, Johannes 55, 133
Platz, Hermann 30–32, 51, 53, 113

Port, Hermann 55
Pünder, Hermann 12, 23, 160

Ritter, Emil 226
Ritter, Gerhard 126, 130
Ritter, Karl Bernhard 133
Ritzel, Heinrich G. 23, 222, 298
Roegele, Otto B. 12, 165, 174, 183
Rohan, Carl Anton Prinz 37–38
Rohloff, Ilse 73
Roosevelt, Franklin D. 103, 254
Rosenberg, Ludwig 14, 234–235, 243, 259–264, 328, 335, 337, 339, 341
Roser, Dieter 23, 306, 325, 352
Roßmann, Erich 23, 300

Salazar, Antonio de Oliveira 98, 147, 179, 196
Sanchez-Bella, Alfredo 173–174, 182
Schäfer, Albert 266, 328
Scheler, Max 53
Schenck, Ernst von 300
Scheuner, Ulrich 12, 166
Schinzinger, Albert 306
Schmaus, Michael 55, 133, 173
Schmid, Carlo 303
Schmidt, Wilhelm 55
Schmitt, Carl 49, 54, 65, 393
Schmittmann, Benedikt 113–115, 128
Schneider, Reinhold 57
Schreyvogel, Friedrich 31
Schröffer, Joseph 163
Schuman, Robert 18
Schuschnigg, Kurt 102
Seebohm, Hans Christoph 200
Simson, Ernst von 272
Spahn, Martin 54
Spann, Othmar 49, 53, 72–73, 151, 224
Spengler, Oswald 28
Spiecker, Carl 233, 240–243, 246, 250, 303
Spinelli, Altiero 344–345, 349–353, 355
Stadtmüller, Georg 12, 23, 85–90, 133, 135, 200
Stählin, Wilhelm 12, 133
Steltzer, Theodor 160, 166
Stettler, Hans 220
Stingl, Josef 371
Straßer, Otto 78, 228
Strauß, Franz Josef 189–190, 200
Stresemann, Gustav 214, 216
Süsterhenn, Adolf 163

Unger, Hans-Joachim von 23, 323
Urach, Eberhard von 133

Valdeglesias, Marques de siehe José Ignacio Escobar
Verdross, Alfred von 65
Voisin, André 293

Wagner, Helmuth 327
Waldburg-Zeil, Alois von 169, 174, 179
Waldburg-Zeil, Erich von 70, 110, 129–130, 132, 173
Waldburg-Zeil, Familie von 12, 22, 69–71, 133–134
Waldburg-Zeil, Franz Georg von 133
Waldburg-Zeil, Georg von 133, 166, 168, 174, 183, 202
Warburg, Max 327
Weinkauff, Heinrich 161
Wenger, Paul Wilhelm 12, 165, 200
Werr, Walter 169
Westphal, Wilhelm siehe Hans Albert Kluthe
Windelen, Heinrich 371
Woller, Rudolf 204
Wust, Peter 29

Zeeland, Paul van 295
Zimmermann, Friedrich 12, 189, 191
Zita, Kaiserin von Österreich 101–102, 106
Zoepfl, Friedrich 55
Zorn, Rudolf 328, 339